VOL. # 21

R7

VOL. # 21

R7

/9

Kressendorf

Mittwoch, den 16.Sept. 1942

7^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Fahrt nach Haus Kressendorf.

11^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

IX/9

Krakau

Donnerstag, den 17.Sept.1942

16[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16[15] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16[30] Besprechung mit Pressechef Gassner.

17[00] Hauptabteilungspräsident Naumann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Zwischenbericht über die Ergebnisse der Ernteerfassungsaktion.

Bis zum 15.September seien 401.000 to Getreide erfaßt worden, während um die gleiche Zeit des Vorjahres erst 68.000 to in deutschen Händen gewesen seien. 80.000 to davon habe man bereits ins Reich geliefert. Dazu kämen 15.000 Stück Rindvieh und jede kommende Dekade würden weitere 19.000 Stück abtransportiert. Das Generalgouvernement sei aber in der Lage, eine größere Anzahl abzuliefern.

In einer Besprechung vom Vortage bei Staatssekretär Bühler habe Staatssekretär Krüger den Namen Behle genannt, der evtl. als Kommissar des Reiches zur Überwachung der Ablieferungen eingesetzt werden solle. Diese Maßnahme erübrige sich aber, da das Generalgouvernement seine Abmachungen mit dem Reich voll und ganz erfüllen werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er zu dieser Maßnahme nie seine Zustimmung geben werde.

17[05] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

17.9.1942

17[15] Sitzung des Befehlsstabes für die Ernteerfassung: Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger und Hauptabteilungsleiter Naumann.

Staatssekretär Krüger erscheint nicht zur Sitzung. Dazu gibt Staatssekretär Dr. Bühler folgende Erklärung zu Protokoll:

Der Erntebefehlsstab der Regierung des Generalgouvernements - bestehend aus Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger und Hauptabteilungspräsidenten Naumann - sollte am 17.Sept. um 16[00] Uhr im Regierungsgebäude zusammentreten. Der Herr Generalgouverneur hat mir den Auftrag gegeben, die Sitzung auf die Burg zu verlegen, da er selbst den Vorsitz der Sitzung übernehmen wollte. Obergruppenführer Krüger, dem ich um 12[30] den neuen Termin auf der Burg mitteilte, hat sich mit der Verlegung einverstanden erklärt und sein Erscheinen zugesagt.

Als ich um 17[00] Uhr von der Burg aus in seinem Büro anrief, erklärte er mir, daß er zu der Sitzung nicht erscheinen werde. Auf meine Frage, warum er von seinem früheren Entschluß abweiche, erklärte er, daß er eine diesbezügliche Weisung des Reichsführers SS habe.

Der Herr Generalgouverneur hat die Sitzung trotzdem abgehalten.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt dann einen eingehenden Bericht über die Ernteablieferung. Wenn man das bisherige Tempo in der Erfassung beibehalten könne, dann könne man mit einer Erfassung von 600.000 to innerhalb der nächsten drei Wochen rechnen. Diese Menge sei höher als das erfaßte Gesamtkontingent des vorigen Jahres. Der Distrikt Radom marschiere an der Spitze. In manchen Kreisen seien bereits bis zu 80 % der Kontingente abgeliefert, im Kreis Garwolin

17.9.1942

fast 100 %.

Der Transport ins Reich stocke augenblicklich infolge Waggonmangels. Man habe bisher insgesamt 80.000 to der bisher abgeschlossenen 250.000 to geliefert; von den ins Reich abzuliefernden 350.000 Stck. Rindvieh seien 15.000 Stck. abtransportiert worden. Praktisch könne das Generalgouvernement größere Mengen zur Verfügung stellen, da die durchgeführte Viehregistrierung bei der Erfassung gute Dienste leiste. Im Augenblick sei die Lieferung nur ein Waggonproblem. Die Erfassung laufe so gut, daß man große Sorgen für die Unterbringung der riesigen Mengen in den Lagern habe. Im Generalgouvernement seien sämtliche Schulen für die Lagerung der erfaßten Kontingente beschlagnahmt; außer den jüdischen Synagogen habe man bis jetzt Kirchen noch nicht herangezogen. Erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten trete der Kreislandwirt an den Pfarrer heran, damit ihm dieser für die Getreidelagerung eine Kirche zur Verfügung stelle.

Die Druschkohlenaktion sei zur Zufriedenheit verlaufen. Die Zuckerfabriken, die infolge dieser Aktion in der Belieferung mit Kohlen stark benachteiligt worden seien, würden in diesen Wochen in erweitertem Umfange mit Kohlen versorgt.

Sehr ernst sei die Lage auf dem Gebiete der Treibstoffversorgung. Von den am 15.Juli zusätzlich für die Ernteerfassung angemeldeten 9.500 to. habe man bisher erst 130 to erhalten. Bis jetzt habe man die abgelieferten Getreidemengen in Notlagern auffangen können. Diese seien aber nunmehr überfüllt. Er könne die Ablieferungsaktion im jetzigen Augenblick auch nicht abstoppen, sodaß alle möglichen Behelfslager herangezogen werden müßten. Laufend würden auch

große Baracken aus Worochta-Holz erstellt.
Die großen Lager in Budzyn und die Lager in Warschau, die von den Heinkel-Werken bzw. der Wehrmacht für ihre Zwecke beansprucht würden, seien restlos vollgefüllt

Die Situation in der Zurverfügungstellung von Prämienwaren sei folgende: für 800.000 to des früheren Kontingents seien genügend Textilien vorhanden. Für die restlichen 160.000 to fehlten sie noch; ebenso fehlte für 150.000 to noch Petroleum. Für das neue Kontingent, für das man weitere Textilien im Werte von 14 Mill. Zloty benötige, habe Präsident Dr. Emmerich noch keine Zusage erteilt. Präsident Dr. Emmerich wolle sich deswegen an das Reich wenden. Für die Milcherfassung, die infolge erhöhter Lieferungen an die Wehrmacht um das Dreifache ausgedehnt werden müsse, reichten die dafür bereitgestellten Kerzen und Seife nicht aus.

In Schnaps sei Prämienware für 800.000 to Getreide vorhanden; für die restlichen 160.000 to des früheren Kontingents stehe eine Lieferungszusage seitens der Monopole noch aus. Für das neue Kontingent benötige man 3 Mill. Liter. Die Generaldirektion der Monopole erkläre, daß bei Lieferung dieser Menge die Versorgung der Deutschen im Generalgouvernement für die drei Monate Oktober, November und Dezember eingestellt werden müsse.

Zigaretten für das alte Kontingent seien vorhanden. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe zur Fabrikation der für das neue Kontingent benötigten 450 Mill. Zigaretten Hopfen an die Monopole geliefert. Dadurch seien

17.9.1942

die Monopole in die Lage versetzt, weitere 220 Mill. als Prämienware zur Verfügung zu stellen. Über die Lieferung der restlichen 230 Mill. Stück müsse noch verhandelt werden.

Die vom Sektor der Ernährung und Landwirtschaft bereitzustellenden Prämienwaren wie Zucker, Marmelade seien vorhanden.

Um diese riesigen Mengen ins Reich transportieren zu können, habe die Ostbahn im Benehmen mit der Hauptabteilung folgenden Verladeplan aufgestellt:

1. bis 15.9.42	täglich	226	Waggons
16. bis 19.9.42	"	498	"
20. bis 30.9.42	"	765	"
1. bis 31.10.42	"	754	"
1. bis 30.11.42	"	754	"
1. bis 15.12.42	"	487	"
16. bis 31.12.42	"	200	"

Nach Durchführung dieses Verladeplans habe das Generalgouvernement 600.000 to. Getreide, 280.000 to. Kartoffeln, 30.000 to. Vieh, 5.000 to. Zucker und 4.000 to. Gartenbauerzeugnisse ins Reich geliefert.

Die Waggongestellung, die bis vor wenigen Tagen zufriedenstellend gewesen sei, sei jetzt infolge der verschiedensten Schwierigkeiten unzureichend. Am kommenden Montag würden daher einige Herren der Ostbahn und der Ernährung und Landwirtschaft nach Berlin fahren, um durch Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium eine zusätzliche Waggon- und Lokgestellung zu erreichen, damit dieser Plan durchgeführt werden könne. Während der Kartoffel- und Rübenernte im Oktober benötige man täglich 3.000 Waggons (im vorigen Jahr 1.600).Das könne die Ostbahn aus eigener Kraft nicht schaffen. Der Distrikt Lublin, in dem bereits 150.000 to erfaßt seien, komme in der Wagengestellung am schlechtesten weg.

17.9.1942

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß in der Transportverzögerung nach dem Reich keine Schuld der Regierung des Generalgouvernements begründet liege. Hauptabteilungspräsident Naumann solle eine Art Tagebuch führen, in dem die Gründe für diese Verzögerung dargelegt seien.

Zur Behebung der Schwierigkeiten in der Benzinfrage ordnet der Herr Generalgouverneur die Abfassung eines Fernschreibens an Reichsmarschall Göring an, in dem als außerordentliche Maßnahme die Zurverfügungstellung von 2.000 to. Treibstoff für Zwecke der Erfassung und Ablieferung des Getreides verlangt werden solle. Ein Fernschreiben ähnlichen Inhalts soll an Reichsführer SS Himmler gerichtet werden, der gelegentlich seines Krakauer Besuches dem Generalgouverneur seine Hilfe in einer besonderen Sache angeboten habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann kurze Richtlinien für den Inhalt eines Briefes an Reichsmarschall Göring über den Stand der Getreideerfassung und -ablieferung an das Reich.

Hauptabteilungspräsident Naumann berichtet, daß man zur Erfüllung der mit dem Reich eingegangenen Verpflichtung ein Molkereibauprogramm habe in Angriff nehmen müssen. Alle Einzelheiten seien in Besprechungen bei Staatssekretär Dr. Bühler geregelt worden. 250 Behelfs- und Primitivmolkereien würden erstellt. Die Bausumme von 13 Mill. Zloty habe die Hauptabteilung Finanzen zur Verfügung gestellt. Von Staatssekretär Dr. Bühler sei ein Erlaß unterschrieben worden, auf Grund dessen die hierfür benötigten Gebäude beschlagnahmt werden können. Präsident Bauder habe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 10 Ziegeleien nominiert, in denen sie mit eigenen Kohlen Ziegelsteine brennen lassen könne . Die Zementfrage gehe in Ordnung

18.9.1942

Vertreter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft kauften im Reich mit Unterstützung des Reichsernährungsministeriums die notwendigen Maschinen auf. Die Beschaffung von 300.000 notwendigen Milchkannen sei allerdings unmöglich; man behelfe sich mit Holz- und sonstigen Gefäßen.

Zwei seiner Leute führen die Woche über die im Lande herum, um Anregungen zu geben und vorhandene Mängel festzustellen. Jeweils am Wochende würden dann in Krakau die Erfahrungen ausgetauscht.

Mit Erlaß von 25.8.1942 sei festgelegt worden, daß neue Bedarfsträger nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Nun wolle neuerdings die Polizei für 30.000 Familienangehörige der polnischen Polizei Zusatzkarten erhalten. Dies sei nur möglich, wenn die dafür benötigten Mengen vom Kontingent, das man ins Reich liefere, abgesetzt würden. Er habe daher General Becker vorgeschlagen, diesbezügliche Verhandlungen in Berlin zu führen.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß Staatssekretär Krüger die Menge ohne Belastung des Reichskontingents zur Verfügung gestellt erhalten wolle

Der Herr Generalgouverneur schließt sich der Auffassung von Hauptabteilungspräsident Naumann an und gibt ihm die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen in diesem Sinne.

Abschließend spricht er ihm Dank und Anerkennung für seine und seiner Männer hervorragende Arbeitsleistung aus und äußert die Absicht, die maßgeblichen Männer der Hauptabteilung demnächst zu empfangen.

17.9.1942

17[50] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18[05] Der Leiter der Staatsbibliothek Krakau Dr. Abb erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die Staatsbibliothek. Auf Grund einer Neuerung, derzufolge die vier Staatsbibliotheken des Generalgouvernements der Hauptbibliothek in Krakau unterstünden, könne er auf diese einen stärkeren Einfluß ausüben. Die Vermehrung der Bücherbestände mache gute Fortschritte. Der hierfür zur Verfügung stehende Betrag von jährlich 5 Mill. Zloty sei reichlich. Man beschaffe damit nicht nur die neuesten Bücher, sondern sammle auch ältere.

Mit der Beschaffung der Neuerscheinungen sei man auf dem laufenden. Besonders rege arbeiteten die acht Bibliotheken Lembergs mit ihrem Personalbestand von 140 Polen. Für die dort stattfindenden Staatlichen Kurse habe man sehr viele Bücher angeschafft.

Die Zahl der deutschen Kräfte sei sehr gering, aber ausreichend. Das polnische Personal sei eingearbeitet und willig. Wenn man in der bisherigen Weise weiterarbeiten könne, werde man in nicht allzu langer Zeit ein gut ausgebautes deutsches Bibliothekswesen im Generalgouvernement haben. Infolge der auftauchenden Luftgefahr müsse eine Dezentralisation eintreten. Er überlege die Absetzung der Handschriften der Staatsbibliothek nach Bielany.

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die vorhandenen Werte vor Luftangriffen bestmöglich geschützt werden.

Dr. Abb erklärt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß in der Staatsbibliothek eine Spezialabteilung der Literatur über das Generalgouvernement bestehe. In ihr werde auf Grund einer Pflichtexemplar-

verordnung jede Neuerscheinung gesammelt. Auch das im Reich über das Generalgouvernement erscheinende Material werde von der Staatsbibliothek Krakau angeschafft. Das Gleiche gelte vom Bildmaterial, soweit irgendein Text als Unterschrift oder Erläuterung beigegeben sei. Das sonstige Bildmaterial, amtliche Plakate und Verlautbarungen würde sicherlich von der Hauptabteilung Propaganda im Archiv aufbewahrt.

Die Räumlichkeiten seien zu eng, da die Dienststelle des Staatssekretärs Mühlmann im ersten Stock untergebracht sei. Präsident Watzke habe bisher ohne Erfolg eine Verlegung angestrebt.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß für die Dienststelle Mühlmann andere Räume gesucht werden müßten. Weiter äußert er den Wunsch, daß des öfteren Berichte über die Tätigkeit und das Leben in der Staatsbibliothek in der Krakauer Zeitung erscheinen sollten. Auch solle Dr. Abb in Abständen ein Literaturblatt über Neuerscheinungen der Krakauer Zeitung beigeben, denn die Hefte der Staatsbibliothek würden nur von wenigen Menschen gelesen. Zum dritten Jahrestag des Generalgouvernements im Oktober solle man eine Art Bibliographie des Generalgouvernements herausbringen, und er bitte Dr. Abb um die nötigen Vorarbeiten.

19^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{30} Eröffnung der Winterspielzeit des Staatstheaters des Generalgouvernements mit dem Schauspiel von Hanns Gobsch "Tron zwischen Erdteilen".

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1002

Krakau

Sonnabend, den 19.Sept.1942

10^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{25} Besprechung mit Herrn Steinheil (Baedecker-Verlag) in Anwesenheit von Pressechef Gassner.

Nach kurzer Rücksprache gibt der Herr Generalgouverneur an den Leiter der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements folgendes Schreiben zu Protokoll:

> Ich habe der Firma Baedecker den Auftrag erteilt, ein Handbuch über das Generalgouvernement in der bei den weltbekannten Baedeckerbänden üblichen Art und Weise herzustellen. Aus diesem Grunde unterbleibt die Fortführung des in der dortigen Hauptabteilung bestehenden Planes, ein anderweitiges Nachschlagwerk über das Generalgouvernement herauszugeben.
>
> Ich bitte Sie, Herrn Steinheil vom Baedecker-Verlag bei der Herstellung dieses für das Generalgouvernement höchst bedeutsamen Werkes mit Rat und Tat zu unterstützen.

Herr Steinheil erklärt dann, daß der kürzlich fertiggestellte Baedeckerband über das Elsass als Vorlage für den Band über das Generalgouvernement dienen solle. Die Hauptredaktion liege beim Baedecker-Verlag, der das Manuskript erstelle und dazu die Zustimmung der einzelnen Dienststellen des Generalgouvernements einholen werde. Er werde im Oktober eine eingehende Reise durch das Land unternehmen. Gegen Ende des Jahres werde dann das Manuskript vorliegen; die Fertigstellung des Baedecker-Bandes für das Generalgouvernement sei für das nächste Frühjahr vorgesehen. Korrekturen könnten bis 4 Wochen vor Erscheinen berücksichtigt werden.

19.9.1942

Der Herr Generalgouverneur äußert das größte Interesse an der Herausgabe des Baedeckerbandes über das Generalgouvernement und sagt Herrn Steinheil für die Durchführung seiner Arbeiten seine vollste Unterstützung zu. Er bestimmt Pressechef Gassner als Verbindungsmann und beauftragt ihn, Herrn Steinheil in jeder Weise behilflich zu sein. Für die Bereisung des Generalgouvernements sagt er ihm die Gestellung eines Kraftwagens zu. Auch das Papier für die geplante Auflage von 20.000 Stück wird das Generalgouvernement zur Verfügung stellen.

15^{30} Vorführung der neuesten Wochenschau und des Ufa-Films "GPU"auf der Burg.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

/9

Kressendorf

Sonntag, den 20.Sept.1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

/9 11^{00} Überreichung einer Erntekrone an den Herrn Generalgouverneur im Beisein der Gefolgschaft des Staatsgutes Kressendorf.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur trifft im Staatstheater ein und wohnt der Erstaufführung der Opern

Cavallaria Rusticana von Mascagni und
Der Bajazzo von Leoncavallo.

bei.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 21.Sept.1942

11^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{40} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

15^{10} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr.Bühler, den Gouverneuren Dr.Fischer, Dr. Wächter, Dr.Zörner, Kundt, Dr. Wendler und dem Bevollmächtigten Dr.Heuber im Arbeitszimmer des Staatssekretärs.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich zunächst nach dem Stande der Ernteerfassung. Die Gouverneure können im allgemeinen ein befriedigendes Bild über die bisher durchgeführte Ernteerfassungsaktion geben.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Frage des Arbeitseinsatzes der nichtdeutschen Bevölkerung und der Beschaffung von Arbeitskräften aus dem Generalgouvernement für das Reich.

Staatssekretär Dr.Bühler weist darauf hin, daß trotz der mit Gauleiter Sauckel getroffenen Vereinbarungen immer noch Schwierigkeiten insofern aufträten, als Arbeitskräfte in Anspruch genommen würden, die im Generalgouvernement bereits für nützliche und kriegswichtigen Aufgaben tätig seien. Im übrigen stehe man offenbar in der Dienststelle des Gauleiters Sauckel auf dem Standpunkt, daß die Forderungen des Gauleiters Sauckel erfüllt werden könnten, wenn die Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements zweckentsprechend organisiert sei.

21.9.1942

Gouverneur Dr. Wächter bemerkt, daß an sich im Distrikt Lemberg noch reichlich Arbeitskräfte vorhanden seien. Ihre Erfassung müßte nur eben richtig organisiert werden. Es dürfe aber nicht vorkommen, daß auch in industrielle Unternehmungen eingriffen werde, während in den Kreisen der Kleinbauern noch genügend Menschenmaterial für die Verschickung ins Reich zur Verfügung stehe. Gegenwärtig stehe die Ernterfassungsaktion im Vordergrunde, und auf diese wichtige Aufgabe müsse in erster Linie Rücksicht genommen werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs berichten die Gouverneure Dr.Wächter, Kundt und Zörner, daß sie irgendwelche besonderen Beschwerden gegen die Tätigkeit der Kommission des Generals von Unruh nicht zu erheben hätten. Allerdings kann sich Gouverneur Dr. Wächter nicht des Eindrucks erwehren, daß die Kommission manchmal doch zu stark nach äußerlichen Erwägungen vorgegangen sei.

Weiter wird zur Frage der Einrichtung eines Polizeihilfsdienstes Stellung genommen. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß in dieser Frage schon Verhandlungen mit Staatssekretär Krüger stattgefunden hätten, die aber noch einer Ergänzung durch eine nochmalige Besprechung bedürften. Von Bedeutung sei der verschiedentlich geäußerte Wunsch, daß die Gouverneure und Kreishauptleute von diesem Polizeihilfsdienst befreit werden möchten. Man bezeichne es als nicht angängig, daß z.B. ein Kreishauptmann als Kreispolizeichef von ihm untergebenen Personen kommandiert werde.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ihm, falls die Verhandlungen mit Staatssekretär Krüger bis Ende dieser Woche nicht zu einem Abschluß gekommen sein sollten, ~~ihm~~ einen Verordnungsentwurf über die Schaffung des Polizeihilfsdienstes vorzulegen.

Es wird sodann die Frage der Neuregelung der Ostzulage behandelt. Der Herr Generalgouverneur will einen Ausgleich für die den Beamten und Angestellten gekürzten Bezüge dadurch geschaffen sehen, daß ihnen hinsichtlich der Aufwendungen für Wohnungsmiete, Verpflegung, Kleidung usw. gewisse Vergünstigungen zuteil werden.

Gouverneur Kundt wendet sich in scharf kritisierender Weise gegen den Text einer Haushaltsverordnung, des sogenannten Haushaltserlasses 1943, und gegen das Wirken einer von der Hauptabteilung eingesetzten Kommission, die unter Führung eines Finanzamtmanns Süßmann in den Distrikten Haushaltsbesprechungen durchführe. In diesem Haushaltserlaß sei u.a. gesagt, daß manche Behördenleiter offenbar das Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen vermissen ließen. Was die Tätigkeit des Amtsmanns Süßmann angehe, so halte er sich für berechtigt, einzelne Abteilungsleiter der Distrikte zu zitieren und ihnen z.B. Belehrungen darüber zu erteilen, wie gewisse Referate zusammengelegt werden sollten.

Staatssekretär Dr. Bühler glaubt hier eine personalle Fehlmaßnahme der Hauptabteilung Finanzen feststellen zu können. Wenn etwa bei der Hauptabteilung Finanzen die Absicht bestehen sollte, die Außenstellen

der Finanzabteilungen irgendwie zu demütigen, so werde selbstverständlich dagegen eingeschritten werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, den ihm unterstellten Hauptabteilungspräsidenten Dr.Senkowsky wissen zu lassen, daß er, der Generalgouverneur, das in diesen Fällen eingeschlagene Verfahren der Hauptabteilung Finanzen durchaus mißbillige.

15^{30} Hauptabteilungsleitersitzung im Kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

An dieser Sitzung nehmen außer den Regierungsmitgliedern Generalleutnant d.Pol.Becker, die Gouverneure der fünf Distrikte, der Bevollmächtigte Dr.Heuber und Oberst von Tschammer und Osten teil.

Am Schluß der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgenden Ausführungen:
Meine Herren! Am Schlusse der heutigenSitzung möchte ich Ihnen grundsätzlich sagen, daß es angesichts der sehr ernsten Entwicklung der allgemeinen Lage auch für das Generalgouvernement absolute Pflicht ist, in alledem, was nun unbedingt geschehen muß, dem Primat der kommenden nicht einfachen Situationen immer wieder zu entsprechen. Von allen Hauptabteilungen muß aber auch im wohlverstandenen Interesse des Reiches darauf geachtet werden, daß die einheitliche Verantwortung für das Geschehen in diesem Gebiet, Land Generalgouvernement, uns zur Zeit noch von niemandem abgenommen ist. Es ist also absolut notwendig, daß Sie sich restlos bis in die unterste Instanz hinein darüber klar sind, daß sich an dem Gesamtstatus des Generalgouvernements als eines selbständigen Nebenlandes des Großdeutschen Reiches unter einem Generalgouverneur,

dem sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen sind, fussend auf dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung, nichts geändert hat, daß daran auch etwa durch das Hereinkommen von Sonderaufträgen, die die Not der Zeit gebiert, oder durch das Erscheinen von Sonderkommissaren für eine Spezialaufgabe, die dem dem Reich auf den Nägeln brennt, nichts geändert werden wird. Sie müssen sich vielmehr grundsätzlich darüber klar sein, daß diese unsere Regierungsform in diesem Lande heute genau so unverrückt feststeht wie damals im Oktober 1939.

Zu meiner Bekümmernis sehe ich da und dort vielleicht eine vorsichtige Tendenz in anderer Richtung: man glaubt, sich vielleicht jetzt aus den Banden dieser engen Geschlossenheit des Generalgouvernements durch möglichst intensive Beziehungen zu Reichszentralen allmählich loslösen zu können. Meine Herren, der Schaden ist dann auch für das Reich gegeben; denn ein verantwortungsloses planloses Hineinprellen in die Gemeinschaftsordnung dieses Landes, die durch eherne Erlasse des Führers festgelegt ist, muß damit den Schaden hervorrufen, daß hier anstatt eines einheitlich festgefügten Machtblockes ein zerrissenes Aggregat von einzelnen Haufen entsteht, die letzten Endes doch hilflos untergehen müßten. Das Rückgrat dieses Landes ist ja die Einheit des Gebietes, wie sie der Führer aufgebaut hat.

Ich werde daher gerade Sie, meine Herren Hauptabteilungsleiter, und auch die Herren des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen immer wieder daran erinnern, daß sich an dieser geschlossenen Führung des Gebietes nicht das geringste geändert hat. Das ist um so notwendiger, weil die Verantwortungen, die uns auch in den kommenden Wochen und Monaten in steigendem Maße auferlegt werden, vom Reich nicht planlos bekannt gegeben werden können, sondern aus der

21.9.1942

Notlage des Reiches, die jeweils auf irgendeinem Gebiet akut ist, an uns herangetragen werden.

Daher ist es auch klar, daß ich mich den Versuchen, vorzeitig etwa die Eisenbahn oder die Post oder das Bauwesen oder einen sonstigen Verwaltungsbereich aus dieser einheitlichen Ordnung des Gebietes herauszureißen, unter Einsatz meiner Person entgegengestellt habe und daß ich es auch in Zukunft immer wieder tun werde. Solange ich hier Generalgouverneur bin, kann an dieser Einheit auch nicht gerüttelt werden; denn die Verantwortung muß einer Tragen, und das bin ich. Sie ist mir noch von niemandem abgenommen worden.

Ich bitte daher, nicht etwa zu glauben, daß diese Ordnung des Gebietes durch Einzelaktionen zerrissen werden könnte. Ich stehe lange genug im politischen Leben, um nicht zu wissen, wie leider Gottes die Strömungen immer wieder dilettantisch von dem staatsmäßigen auf das persönliche Gebiet übergeleitet werden, wie man sich dann auch immer, wenn Schwierigkeiten entstehen, bemüht, irgendwie auf Personen zu tendieren, wo es um sachliche Probleme geht. Das ist der übliche dilettantische Ausweg. Aber der Erfahrene weiß, daß es in der Lage, in der wir uns befinden, - es wird jetzt die ernsteste kriegs- und siegesentscheidende Situation unseres Volkes kommen -, darauf ankommt, daß sich jeder dessen bewußt ist, was für Vollmachten er hat, und daß er von diesen Vollmachten auch Gebrauch macht. Und das werde ich tun, meine Herren, verlassen Sie sich darauf! Ich werde mit dem ganzen Spuk der Greuelpropaganda gegen das Generalgouvernement und auch gegen den Generalgouverneur aufräumen. Ich denke gar nicht daran, auf all' dieses Geschwätz und alle jenen Machinationen das Geringste zu geben. Denn wir wachsen darüber hinaus. Ob jedem diese Arbeit und die Geschlossenheit der Verwaltung

21.9.1942

paßt, die wir notwendig brauchen, ob hier jeder in seinem Ehrgeiz befriedigt werden kann, ist mir vollkommen gleichgültig. Mir geht es darum, das Generalgouvernement als geschlossenen Block zu erhalten, - und das werde ich tun. Ich bin nicht gewillt, irgend jemandem zu weichen, es sei denn dem Führer selber, der mich aber gerade auf dieser Position des Generalgouverneurs erneut mit allem Nachdruck bestätigt hat. Seien Sie, meine Herren, überzeugt, daß ich die Linie der Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes nun mit allem Nachdruck in der Zukunft erneut in den Vordergrund rücken werde.

--

Protokoll s.Beiakten.

17^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Zu dieser Besprechung werden später auch die Gouverneure Dr. Fischer, Dr. Wächter, Zörner, Kundt und Dr. Wendler hinzugezogen.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Kino Urania.

19^{30} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Hindemith. Es gelangen folgende Werke von Ludwig von Beethoven zur Aufführung:

Die Ouvertüre zu "Egmont"
Klavierkonzert Nr.5
Solistin Rosl Schmid

8. Symphonie.

21^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf. (Übernachtung des GG.eurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 22.September 1942

10[55] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Scharrer von der Firma Mercedes, der ihm Grüße und ein kleines Geschenk (Mercedes-Stern mit Sockel) von Generaldirektor Werlin überbringt.

11[15] Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Frauendorfer, ihm einen amtlichen Bericht über den Fall Schepessy (Reichsdeutscher, der zur Zeit in Monte Lupich in Haft sitzt) und auch darüber zu übermitteln, daß ein Angehöriger des Arbeitsamtes in Warschau erschossen wurde und diese Tat bisher keine Sühne fand.

Präsident Dr. Frauendorfer wird vom Herrn Generalgouverneur aufgefordert, nach Erhalt seiner Einberufung zur Wehrmacht Mitteilung zu machen, damit Schritte zur weiteren Freistellung unternommen werden könnten. Dr. Frauendorfer erklärt dazu, daß auch Gauleiter Sauckel sich um eine Freistellung bemühen wolle. Er äußert den Wunsch, seiner Einberufung freien Lauf zu lassen.

Dr. Frauendorfer glaubt, daß er in der Hauptabteilungssitzung am Vortage eine starke Einbuße seines Prestiges erlitten habe; notgedrungen müsse er sich den Wünschen des Herrn Staatssekretärs nach verantwortlicher Einbeziehung der Kreishauptleute in die Organisation der Arbeitererfassung fügen.

Der Herr Generalgouverneur sagt Präsident Dr. Frauendorfer zu, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit die Einbuße an seinem Prestige wettzumachen und ihm öffentlich sein Vertrauen auszusprechen.

22.9.1942

Seine Stellungnahme in der gestrigen Hauptabteilungsleitersitzung sei deswegen erfolgt, weil sich ähnliche egoistische Einstellungen gegenüber den unteren Verwaltungsstellen auch bei anderen Hauptabteilungen zeigten.

11[30] Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seinen Besprechungen mit leitenden Persönlichkeiten des Reiches, vor allem mit Reichsmarschall Göring. Er fertige für den Reichsmarschall einen großen Bericht an, in dem die Leistungen des Generalgouvernements für Front, Rüstung und Reich und die von seiten des Generalgouvernements zur Erreichung dieser Leistungen ergriffenen Maßnahmen eingehend dargelegt würden.

Der Herr Generalgouverneur ist für die Abfassung eines solchen Berichtes dankbar und will ihn zum Dritten Jahrestag des Generalgouvernements fertiggestellt wissen; er wolle ihn führenden Persönlichkeiten im Reich übermitteln, damit volle Einigkeit darüber herrsche, daß sich die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement von vornherein bedingungslos ohne Rücksicht auf die einheimische Entwicklung dem Reich untergeordnet habe.

12[00] Besprechung mit Ministerialrat Dr. Radtke.

12[15] Besprechung mit Ministerialrat Dr. Radtke und Intendant Stampe.

Intendant Stampe führt aus, daß man in der Entwicklung des Staatstheaters des Generalgouvernements

22.9.1942

am Scheideweg stehe, ob das Staatstheater gemäß dem Auftrag des Herrn Generalgouverneurs eine große Bühne oder nur ein Provinztheater werde. Wolle man allmählich auf das Niveau einer großen Bühne gelangen, müsse man sich dazu entschließen, den Spitzenkräften größere Gehälter zu bezahlen. Im Vergleich zu den Gagen an den großen Bühnen des Reiches seien die Verdienstmöglichkeiten der erstklassigen Kräfte hier gering. Für den Osten ließen sich Künstler sehr schwer verpflichten. Die Hauptabteilung Finanzen beanstande ständig die von ihm für notwendig erachteten Spitzengehälter. Er bitte daher um die Vollmacht, mit Spitzenkräften angemessene Gagen vereinbaren zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das Staatstheater eine Bühne von hohem Rang werden müsse und diese Entwicklung nicht am Finanziellen scheitern dürfe. Intendant Stampe müsse das Gefühl haben, daß er nicht in dieser Richtung behindert sei, wenn er für Krakau einen hervorragenden Künstler gewinnen könne. Das Staatstheater müsse eine absolut führende Rolle spielen. Es sei ein reiner Kulturbetrieb für das Deutschtum im Osten, und da dürfe finanzielle Rentabilität keine Rolle spielen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt dann, daß Intendant Stampe bei einer Engagierung von Spitzenkräften in Anbietung einer Gage im gleichen Rahmen, wie sie vergleichbare Kräfte auf großen deutschen Bühnen erhalten, freie Hand bekommt.

Die Gagen der neuen Schauspieler Lex und Erichsen, deren Bestätigung von der Hauptabteilung Finanzen noch aussteht, werden vom Herrn Generalgouverneur genehmigt. Die Bezahlung eines Garderobengeldes für die erste Operettensängerin Frau von Wick wird genehmigt. Der Vertrag des Intendanten Stampe, dessen schriftliche

22.9.42

Bestätigung durch die Hauptabteilung Finanzen noch aussteht, wird vom Herrn Generalgouverneur genehmigt und alle Gehaltsrückstände des Intendanten sollen sofort ausbezahlt werden.

Im übrigen weist der Herr Generalgouverneur Intendanten Stampe an, in den Fällen der Engagierung von Spitzenkräften mit entsprechenden Gehältern direkt mit Ministerialrat Dr.Radtke unter Ausschluß der Hauptabteilung Propagande zu verhandeln. Er ersucht Dr. Radtke, den Bedürfnissen des Staatstheaters in finanzieller Hinsicht wohlwollende Unterstützung zu gewähren.

Im Hinblick auf die kommende Neuregelung in den Bezügen der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes (Erlaß über eine Kürzung der Beschäftigungszulage) spricht sich der Herr Generalgouverneur dafür aus, daß nach Inkrafttreten dieser Neuregelung bei den Künstlern das Grundgehalt um den gekürzten Betrag der Ostzulage erhöht werden soll, um damit der Gefahr einer Abwanderung der Künstler zu begegnen. Er wünsche, daß trotz dieses Erlasses die künstlerische Aufgabe hier gefördert werde, und er werde diese Regelung dem Führer gegenüber persönlich verantworten. Intendant Stampe könne den Künstlern des Staatstheaters des Generalgouvernements erklären, daß in ihren Bezügen keine Änderung eintreten werde.

22.9.1942

12[35] Besprechung mit Hauptschriftleiter Stoeppler und Schriftleiter Struckmann in Anwesenheit von Verlagsleiter Strotzyk und Intendant Stampe.

Der Herr Generalgouverneur äußert sein Mißfallen über die von Schriftleiter Struckmann über die Aufführung des Schauspiels "Thron zwischen den Erdteilen" verfaßte Betrachtung im Feuilleton der Krakauer Zeitung. Die beiden Hauptdarsteller hätten eine hervorragende Leistung gezeigt. Über diese Aufführung könnte man ein ganzes Feuilleton von vier Spalten schreiben. Die Krakauer Zeitung werde im Reich viel gelesen. Sie vermittle im Reich einen matten Eindruck vom deutschen kulturellen Leben des Generalgouvernements, wenn die Eröffnung einer Spielzeit nur in zwei hingehauenen Abschnitten, abgefaßt in einer schnodderigen Art, ihren Niederschlag fände. Die Krakauer Zeitung und das Staatstheater müßten zur Schaffung deutscher Kulturleistungen in diesem Raum zusammenarbeiten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Schriftleiter Struckmann, diesen "Schnitzer" durch eine nochmalige

feuilletonistische Betrachtung dieses Stückes, in der von ihm die hervorragende Aufführung im Staatstheater hervorgehoben werden solle, auszumerzen. Er gibt Schriftleiter Struckmann zu bedenken, entweder mitzuhelfen, das Staatstheater zu fördern, oder auf diesem Gebiet nichts mehr zu schreiben.

Im allgemeinen bitte er Hauptschriftleiter Stoeppler, in der Krakauer Zeitung dafür zu sorgen, daß dem Wirken des Staatstheaters mehr Raum in ihren Spalten gegeben werde. Auf die Entgegnung von Hauptschriftleiter Stoeppler, daß sich die anderen Bühnen des Generalgouvernements ständig über eine Bevorzugung der Aufführungen des Staatstheaters beschwerten, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß man die Intendanten dieser Bühnen an ihn verweisen solle. Das Staatstheater des Generalgouvernements müsse eine großzügige Förderung erfahren, da es von eminenter politischer Bedeutung sei.

12[55] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Intendant Stampe Staatsschauspielerin Kramer und Staatsschauspieler Klippel vom Staatstheater des Generalgouvernements und teilt ihnen als den Hauptdarstellern der Aufführung des Schauspiels "Thron zwischen den Erdteilen" mit, daß in der unzulänglichen Betrachtung des Schriftleiters Struckmann über die Erstaufführung eine Korrektur vorgenommen werde. Es sei vollkommen unerträglich, daß die einzige deutschsprachige Zeitung des Generalgouvernements an dem Geschehen dieses Landes so wenig Anteil nehme und eine hervorragende Aufführung in so kleinem Rahmen behandele.

22.9.1942

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Intendanten Stampe die Anregung, die Aufführungen am Staatstheater des Generalgouvernements im Rahmen des historischen Schauspiels zu halten.

13^{15} F r ü h s t ü c k

15^{30} Der Beauftragte des Generalgouverneurs in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissars Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet über einige geheime Verteidigungssachen (Gasmaskenverteiligung u. Benzinsparmaßnahmen) und regt an, daß über diese Fragen in den nächsten Tagen eine Sitzung beim Generalgouverneur stattfinden solle.

Der Herr Generalgouverneur billigt diese Vorschläge und ersucht Oberregierungsrat Dr. Schepers, mit der Kanzlei des Generalgouverneurs wegen eines Termins zu verhandeln.

15^{45} Gouverneur Dr. Wächter berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Lage in Galizien, die im allgemeinen günstig sei. Weiter berichtet er über seine Besprechungen mit dem Reichsführer SS Himmler über Siedlungsfragen in Galizien und über seine bei dieser Besprechung erzielte völlige Bereinigung seines Verhältnisses zur Polizei in Galizien und auch zum Staatssekretär SS-Obergruppenführer Krüger.

Im übrigen teilt er mit, daß die Ernte in Galizien sehr gut verlaufen sei und die allgemeine Entwicklung der Bevölkerungsstimmung zu Sorgen keinen Anlaß gebe.

22.9.1942

16[lo] Besprechung mit Präsident Gerteis.

Präsident Gerteis teilt mit, daß es bei den Verhandlungen in Berlin nicht gelungen sei, aus dem Osten zurückrollende leere Güterwagen zum Abtransport der Kontingente des Generalgouvernements ins Reich zu erhalten, da sich herausgestellt habe, daß die Ukraine diese Wagen für ihre Lieferungen in starkem Maße benötige. Man versuche nun Getreide und Vieh in O-Wagen zu verladen und in den G-Wagen nur Produkte zu transportieren, die unbedingt gedeckt gefahren werden müßten.

Das OKW habe den Bau der neuen Bahnlinie mit einer Länge von 470 km als Sofortprogramm genehmigt. Die Fertigstellung sei für Ende 1944 vorgesehen. Zu diesem Zweck benötige er für die nächsten 2 Jahre 50.000 Mann Baudienst. Die Vorverhandlungen dazu seien im Gange; das Reich stelle für den Baudienst mehr Unterführer des Reichsarbeitsdienstes zur Verfügung.

Präsident Gerteis erklärt dann an Hand eines Planes die Linienführung durch das Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur führt dann aus, daß in der Frage der Eingliederung der Ostbahn in das Reichsverkehrsministerium bisher keine neuen Gesichtspunkte aufgeworfen worden seien und man sich deshalb in dieser Angelegenheit vorerst ohne Initiative verhalten werde. Präsident Gerteis ersucht den Herrn Generalgouverneur um Anberaumung einer Sitzung mit dem Leiter der Hauptabteilung Gesetzgebung, da er dieser Abteilung verschiedene Vorschläge eingereicht habe, die infolge des Einspruches verschiedener Abteilungen nicht weitergedeihen würden.

22.9.1942

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Zum Schluß äußert sich Präsident Gerteis über die Besserung der Arbeitslage, die durch eine Hinzuführung weiterer jüdischer Kräfte eingetreten sei. Zur Zeit beschäftige die Ostbahn 24.000 Juden, die man bis zum Winter benötige.

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Oberführer Dr. Schöngarth, der ihn bittet, von einem Begleitkommando der Sicherheitspolizei wieder Gebrauch zu machen, das vom Generalgouverneur vor allem bei Reisen und größeren Veranstaltungen als Begleitung herangezogen werden solle, da die Sicherheitspolizei für die Sicherheit des Generalgouverneurs verantwortlich sei.

Der Herr Generalgouverneur benützt die Gelegenheit dieser Aussprache, um allgemeine Gesichtspunkte über sein Verhältnis zur SS und Polizei darzulegen, und macht vor allem darauf aufmerksam, daß eine auf die Dauer demonstrativ zur Schau getragene Trennung der Exekutivorgane von den Regierungsorganen im Generalgouvernement für die Durchhaltung einer einheitlichen Reichspolitik sich nachteilig auswirken würde.

SS-Oberführer Dr. Schöngarth will in dieser Richtung mit SS-Obergruppenführer Krüger Rücksprache nehmen.

23[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IX/3

Kressendorf-Krakau

Mittwoch, den 23.September 1942

10^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Haus Kressendorf den NSKK-Obergruppenführer Höfle, der in Vertretung des NSKK-Korpsführers Kraus die Organisation des NSKK im Generalgouvernement mit dem Generalgouverneur bespricht.

Der Herr Generalgouverneur besteht darauf, daß der Sitz der NSKK-Standarte "Generalgouvernement" nach Krakau gelegt wird und daß, wenn irgendmöglich, ein eigener Führer des NSKK im Generalgouvernement mit dem dauernden ausschließlichen Dienstsitz in Krakau berufen wird.

NSKK-Obergruppenführer Höfle berichtet dann, daß ein Brief, den der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Pg. Stahl, über die NSKK-Standarte an den Korpsführer gerichtet habe, dessen größtes Befremden hervorgerufen habe, da ihn der Ton dieses Schreibens eigenartig berührt habe.

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{05} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Brief an den Korpsführer des NSKK, der die Mißverständnisse, hervorgerufen durch das Schreiben des Pg. Stahl an den Korpsführer, beseitigt und den Inhalt seiner Vereinbarungen mit dem Korpsführer des NSKK wiedergibt.

Der Bitte des NSKK-Obergruppenführers Höfle, ihm den Abschuß eines Ia. Hirsches in der jetzt laufenden Schußperiode zu genehmigen, willfährt der Herr Generalgouverneur in Anerkennung der Verdienste des NSKK-Obergruppenführers Höfle um den Nationalsozialismus im Generalgouvernement.

23.9.1942

11[15] Vortrag des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger.

11[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptschriftleiter Stoeppler und Schriftleiter Struckmann von der Krakauer Zeitung.

Schriftleiter Struckmann unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Anregungen für eine Intensivierung der kulturellen Arbeit im Generalgouvernement, wie z.B. durch Einladung namhafter Dichter, Einrichtung eines Schrifttumpreises, Abhaltung einer Theaterwoche durch die 3 Theater des Generalgouvernements, Wiederaufnahme der Arbeit des bestehenden Kulturrates.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, über diese Themen in den nächsten Tagen eine gemeinsame Besprechung mit den zuständigen Stellen abzuhalten.

11[30] Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Tabellen und Statistiken aus seinem Arbeitsgebiet vor.

11[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbaurat Hofer.

Gegenstand der Besprechung ist das Verhältnis der Baudirektion zur Hauptabteilung Bauwesen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt eine gemeinsame Besprechung dieser Frage mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen für die nächsten Tage auf der Burg.

12[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptabschnittsleiter Stahl und NSFK-Standartenführer Wolf.

23.9.1942

Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur den NSFK-Standartenführer Wolf als Beauftragten des Führers des Nationalsozialistischen Fliegerkorps im Generalgouvernement vor. Wolf legt sodann in längeren Ausführungen dem Herrn Generalgouverneur dar, in welcher Weise er die Organisation des NSFK im Generalgouvernement durchzuführen gedenke. Die im Generalgouvernement eingesetzten Reichsdeutschen, die Mitglieder des NSFK seien, sollten nunmehr durch die Organisation erfaßt und so in die Möglichkeit versetzt werden, sich weiterhin ihrer fliegerischen Ausbildung zu widmen. Darüber hinaus sei auch beabsichtigt, geeignete Volksdeutsche, die die Voraussetzungen für die Aufnahme in das NSFK böten, in das NSFK aufzunehmen. Es werde sich hier vor allem um fähige Handwerker handeln, deren Arbeitskraft dann in den Dienst des NSFK gestellt werden könne. Man beabsichtige weiter Werkstätten für den Bau von Segelflugzeugen zu errichten. Dem Segelflug werde im Generalgouvernement nunmehr jegliche Förderung zuteil werden können, umso mehr, da der Süden des Generalgouvernements zahlreiche für den Segelflug sehr günstige Hänge aufweise.

12^2o Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seinen Besprechungen in der Parteikanzlei in München wegen der kommenden Gestaltung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er sich nach wie vor als Reichsleiter der NSDAP der Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP befleißigen werde. Die Leitung werde in absolut eindeutiger Personalunion mit dem Amt des Generalgouverneurs vereinigt gehalten, da sie nach Meinung des

23.9.1942

Herrn Generalgouverneurs eine der wichtigsten politischen Notwendigkeiten dieses Raumes sei.

Weiter berichtet der Herr Generalgouverneur von einem Brief des Reichsleiters Bormann, in dem die baldige Bildung von Kreisen innerhalb der NSDAP-Organisation des Generalgouvernements parteikanzleiseitig angeregt wird. Er ersucht Hauptabschnittsleiter Stahl, mit Pg. Friedrich von der Parteikanzlei die Verhandlungen in diesem Sinne aufzunehmen. Im übrigen stellt er fest, daß schon seit geraumer Zeit die Bildung von Kreisen im Generalgouvernement im Gange sei.

20^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

9

Krakau

Donnerstag, den 24.September 1942

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{25} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{45} Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Änderung der Organisation des Sonderdienstes
2. einer sechsten Devisenverordnung für das Generalgouvernement
3. einer Verordnung über den Verkehr mit Rauschgiften und Rauschgifterzeugnissen im Generalgouvernement
4. einer neunten Verordnung über die Einführung verwaltungsrechtlicher Vorschriften im Distrikt Galizien
5. einer Verordnung über den Aufbau der Hauptgruppe Ernährung und Landwirtschaft
6. eines Erlasses über die Errichtung des Schewschenko-Instituts in Lemberg
7. einer Verordnung über den Einsatz von Ärzten und Angehörigen anderer Heilberufe

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

24.9.1942

12[lo] Zweite Sitzung des Reichsverteidigungsauschusses im Königssaal der Burg.

An der Sitzung, die der Herr Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar leitet, nehmen teil:

Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Generalleutnant der Ordnungspolizei
B e c k e r
Kapitän z.S. a.D. G a r t z k e
Oberst F i s c h e r
Oberst von T s c h a m m e r und
O s t e n
Oberstltnt. Baron von D a z u r
Hauptabteilungspräsident Dr.
E m m e r i c h
Hauptabteilungspräsident Dr.
S i e b e r t
Hauptabteilungspräsident Dr.
F r a u e n d o r fer
Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s
Oberregierungsrat Dr. W e s s e l
Leiter der Bewirtschaftungsstelle
f. Mineralöl Dr. S c h ü h l e

(Protokoll s.Beiakten)

24.9.1942

16[10] Arbeitssitzung.

Gegenstand der Verhandlungen sind:

Kulturelle Fragen.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Pressechef G a s s n e r
Regierungsrat A r n o l d
Intendant S t a m p e
Hauptschriftleiter S t o e p p l e r
Schriftleiter S t r u c k m a n n
Referent J a e n e c k e
Musikreferent B a d e r

Der Herr Generalgouverneur nimmt zunächst zur Frage der Programmgestaltung der künstlerischen Institute des Generalgouvernements Stellung. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich zu manchen Zeiten besonders in Krakau künstlerische Veranstaltungen aller Art häuften. Es gebe dann eine Fülle von Konzerten, Kammermusikabenden usw., die zum Teil wieder mit Erstaufführungen des Staatstheaters und mit Darbietungen von Frontbühnen zusammenfielen. Man habe deshalb oft den Wunsch, daß diese künstlerischen Veranstaltungen über das ganze Jahr verteilt würden.

Regierungsrat Arnold bemerkt, daß zum Zwecke der Beseitigung dieser Mißstände eine Verordnungsentwurf vorbereitet werde. Allerdings müsse hier noch eine Vereinbarung mit der Polizei getroffen werden, da diese die Überwachung des gesamten Veranstaltungswesens für sich beanspruche. Die Hauptabteilung Propaganda wolle

die Veranstaltungen als solche nicht überwachen, sondern lediglich Einfluß auf die Festsetzung von Terminen von künstlerischen Veranstaltungen nehmen können.

Der Herr Generalgouverneur hält es nicht für angemessen, daß auf dem Wege über die Hauptabteilung Propaganda die Regierung des Generalgouvernements gewisser-maßen als Veranstalterin von Konzerten usw. in Erscheinung trete. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht für diesen Zweck eine staatliche Konzertdirektion ins Leben gerufen werden müßte.

Regierungsrat Arnold bittet, Veranstaltungen, die der Truppenbetreuung dienten, davon auszunehmen.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß für die Programmgestaltung auf längere Zeit in Betracht kämen: 1. das Staatstheater, 2. die Philharmonie des Generalgouvernements, 3. das Referat "Kultur" der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda. Zwischen diesen drei Stellen müsse irgendeine Übereinkunft getroffen werden können.

Referent Jaenecke gibt einen Überblick über die von der Hauptabteilung Propaganda auf dem Gebiet der Musik, der Kleinkunst, der Gastspiele auswärtiger Bühnen usw. getroffene Organisation. Er weist dabei insbesondere darauf hin, daß diese Organisation auch die Darbietung musikalischer und schauspielerischer Leistungen in ganz kleinen Orten ermögliche.

Einen breiten Raum nimmt in der Verhandlung die Frage der Gastspiele in Anspruch.

24.9.1942

Intendant Stampe kommt auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die häufig der Veranstaltung von Gastspielen und dem Auftreten namhafter Künstler aus dem Reiche im Wege ständen. Vereinbarungen mit anderen Städten zutreffen, sei vielfach kaum möglich, da solche Gastspiele schon längere Zeit voraus auf einen bestimmten Termin festgelegt werden müßten. Er müsse zumeist mindestens schon 8 Wochen vorher disponieren können. Daß er übrigens als Leiter des Staatstheaters des Generalgouvernements kein allzu großes Interesse, von Ausnahmen wie etwa einem Gastspiel des Staatsschauspielers George abgesehen, an Gastspielen habe, sei verständlich.

Regierungsrat Arnold gibt zu bedenken, daß der Hauptabteilung Propaganda der Durchführung von Gastspielen gewisse haushaltsrechtliche Schranken gesetzt seien. Diese Erwägungen seien noch von größerem Gewicht, wenn man etwa eine Stadt wie Lemberg mit erstrangigen Gastspielen versorgen wolle.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß er an sich kein großer Freund von Gastspielen auswärtiger Bühnen im Staatstheater des Generalgouvernements sei. Das Berliner Staatstheater z.B. solche Gastspiele so gut wie garnicht, es sei denn, daß es sich um ein italienisches oder spanisches Ensemble handele. Was die Gastspiele großer reichsdeutscher Orchester angehe, so müßten immer die Schwierigkeiten bedacht werden, die hinsichtlich der Reise, der Unterkunft und Verpflegung solcher Orchester aufträten.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß künftig bei der Programmgestaltung ein Zusammenwirken des Staatstheaters, der

24.9.1942

Philharmonie des Generalgouvernements und der Hauptabteilung Propaganda stattfinde. Diese Regelung solle am 1.Oktober 1942 in Kraft treten. - Für die Veranstaltung von Gastspielen solle die Hauptabteilung Propaganda als die federführende Instanz verantwortlich sein.

Ein weiterer Gegenstand der Beratung ist die Schaffung einer

Kulturvereinigung.

Regierungsrat Arnold kann in Rücksicht auf die Schaffung einer solchen Vereinigung von günstigen Erfahrungen berichten, die in Wien mit einer ähnlichen Organisation gemacht worden sind. Es würde sich empfehlen, eine solche Kulturvereinigung für Krakau und auch für die anderen Distrikte zu schaffen. Aufgabe einer solchen Kulturvereinigung wäre die Durchführung von Veranstaltungen aller Art, auch von solchen, die wie etwa Kammermusikabende oder Dichterlesungen in kleinen Sälen stattfinden könnten. Solche Veranstaltungen liessen sich sehr wohl auch in Lublin, in Radom und in Warschau durchführen.

Der Herr Generalgouverneur erkläft sich mit der Schaffung einer Kulturvereinigung für das Generalgouvernement einverstanden. Er ist auch bereit, das Ehrenpräsidium zu übernehmen. Zum Geschäftsführer könnte der Leiter der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda ernannt werden. Über die Einrichtung von Zweigstellen müßten dann noch Verhandlungen gepflogen werden. Dieser Kulturvereinigung könnte auch ein Beirat angegliedert werden, der aus namhaften Vertretern des geistigen Lebens des Generalgouvernements zusammenzusetzen wäre. Auch der Presse müsse hier ein

entsprechender Einfluß gesichert werden. Die Gründung könne zum Jahrestag des Generalgouvernements stattfinden. Die Kulturvereinigung würde die juristische Form eines eingetragenen Vereins erhalten.

Zur Frage der Schaffung eines
Schrifttumpreises

berichtet Referent Jaenecke, daß man bereits im vergangenen Winter über die Voraussetzungen zur Schaffung eines solchen Preises verhandelt habe. Es sei daran gedacht, die für diesen Preis ausgesetzte Summe zu unterteilen, und zwar 1. für Lyrik, 2. für erzählendes Schrifttum, 3. für dramatische Dichtungen. Dabei solle es sich vornehmlich um Dichterwerke handeln, die im engeren oder weiteren Sinne das Generalgouvernement zum Gegenstand hätten. Man habe bislang der Durchführung des Planes noch nicht nähertreten können, weil die Mittel gefehlt hätten. Durch gewisse Einsparungen sei es jetzt aber möglich geworden, eine Summe von 120.000 Zloty zur Verfügung zu stellen für diesen Zweck. Es würde sich empfehlen, diesen Schrifttumspreis etwa im November dieses Jahres im Rahmen einer besonderen Veranstaltung, vielleicht einer Dichterlesung, zur Verteilung zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur überläßt die Verteilung des Schrifttumpreises der Hauptabteilung Propaganda und spricht sich dafür aus, daß der Schrifttumspreis im Rahmen der Gründung der Kulturvereinigung angekündigt wird. Die Verteilung des Preises habe dann später stattzufinden.

24.9.1942

Die Beratung wendet sich dann der Frage der Veranstaltung von

Kunstausstellungen

zu. Von den auf diesém Gebiete von der Hauptabteilung Propaganda eingeleiteten Planungen berichtet Referent Jaenecke. Die erforderlichen Gelder für die Veranstaltung solcher Ausstellungen seien von der Hauptabteilung Finanzen bewilligt. So habe man denn auch bereits die ersten Einladungen an Künstler vorbereitet. Man lege jetzt auch Gewicht darauf, Werke der Plastik zur Ausstellung zu bringen, und wolle Bildhauern die Gelegenheit geben, im Generalgouvernement zu arbeiten. Eine Schwierigkeit bestehe allerdings insofern, als es teilweise an Motiven für die Tätigkeit der Bildhauer fehle. Gelegentlich einer Regierungssitzung sei der Gedanke erwogen worden, in gewissen Städten Rolandssäulen aufzustellen, besonders in den Städten, die nach deutschem Recht gegründet worden seien. Auch deutsche Brunnen könnten von Bildhauern geschaffen werden. - Referent Jaenecke gibt dann einen Überblick über die in nächster Zeit zu veranstaltenden Kunstausstellungen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein volles Einverständnis mit diesen Plänen, weist allerdings in diesem Zusammenhang auf gewisse Schwierigkeiten hin, die mit dem Transport der Kunstwerke, ihrer Versicherung usw. zusammenhingen. Im übrigen müsse darauf Bedacht genommen werden, daß nun nicht etwas das Generalgouvernement mit Kunstausstellungen überschwemmt werde.

Regierungsrat Arnold weist darauf hin, daß die Tuchhalle, in der bislang schon verschiedene Kunstausstellungen stattgefunden hätten, bei Fliegerangriffen besonders gefährdet sei.

24.9.1942

Schriftleiter Struckmann regt die Schaffung eines Studio, einer Schule für den Schauspielernachwuchs, an.

Der Herr Generalgouverneur äußert starke Bedenken gegen die Schaffung eines solchen Instituts im Anschluß an das Staatstheater, sei es doch vorläufig völlig ungewiß, ob geeignete Räume, Lehrer und Schüler vorhanden sein würden. Diese Frage müsse man daher vorläufig zurückstellen. Doch habe er nichts dagegen einzuwenden, daß sich die Kulturvereinigung mit ihr beschäftige.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird dann kurz zu der Frage der Veranstaltung von

Kulturwochen

Stellung genommen.

Regierungsrat Arnold und Referent Jaenecke berichten über die bisher auf diesem Gebiete geleistete Arbeit. Eine kürzlich in Warschau veranstaltete Kulturwoche habe vornehmlich unter dem Zeichen der Soldaten- und Verwundetenbetreuung gestanden. Man habe vorsorglich Mittel für diesen Zweck angefordert, wolle aber solche Veranstaltungen von der gegenwärtigen Lage abhängig machen. Für das kommende Jahr würden sich kaum Möglichkeiten für die Durchführung solcher Veranstaltungen ergeben.

In diesem Zusammenhang erinnert der Herr Generalgouverneur daran, daß die Veranstaltung von Tagungen grundsätzlich verboten sei. Im übrigen werde es auch immer schwieriger, geeignete Persönlichkeiten von Bedeutung wie etwa den Komponisten Pfitzner für solche Veranstaltungen zu gewinnen.

24.9.1942

Referent Jaenecke hält es für möglich, mehr als bisher Dichterlesungen zu veranstalten, für die auch in Krakau kleinere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Rathaussaal in Krakau zum Beispiel würde sich dafür vortrefflich eignen.

Referent Jaenecke teilt dann mit, daß nach Berichten die NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" die Durchführung aller Veranstaltungen übernehmen wolle, die bisher in der Hand der Hauptabteilung Propaganda gelegen hätten. Dafür solle bereits eine Persönlichkeit engagiert worden sein. Offenbar sei darüber bereits eine Vereinbarung mit der Partei getroffen worden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen diesen Plan und will die Zuständigkeiten aufrechterhalten wissen, die sich bis jetzt im Generalgouvernement herausgebildet hätten.

Im Zusammenhang mit der Frage der literarischen Betreuung in schriftstellerischer Hinsicht regt der Herr Generalgouverneur an, die "Blätter für deutsche Kultur" zu einer regelmäßig erscheinenden kulturellen Zeitschrift auszugestalten, in der über die Veranstaltungen des Staatstheaters und andere kulturelle Belange allmonatlich berichtet werden könnte. Diese Blätter für deutsche Kultur könnten dann zum amtlichen Organ der Kulturvereinigung gemacht werden, sie könnten mit dem Entstehen dieser Vereinigung von ihr übernommen werden. Es würden dann im Generalgouvernement als Zeitschriften bestehen: "Die Burg" als wissenschaftliches Organ, "Das Generalgouvernement" als eine Art Propagandaorgan und die "Blätter für deutsche Kultur" als ein mehr auf das Geistig-Seelische

eingestelltes Organ. Aufgabe der beteiligten Stellen werde es sein, im Einvernehmen mit dem Pressechef und Hauptschriftleiter Stoeppler die Vorbereitungen für die Umgestaltung der "Blätter für deutsche Kultur" zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, namhafte Künstler, Schriftleiter, Dichter usw. aus dem Reiche bei sich zu empfangen, und bittet die interessierten Kreise, ihm jeweils mitzuteilen, wann irgendeine prominente Persönlichkeit aus dem Reiche in Krakau weile.

Die Mitteilung des Intendanten Stampe, daß sieben jüngere Mitglieder des Staatstheater-Orchesters nun doch zum Wehrmachtdienst einberufen werden sollten, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der an die Hauptabteilung gerichteten Weisung, für geeigneten Musikernachwuchs Sorge zu tragen. Wenn das von Kapellmeister Hösl geleitete Warschauer Konservatorium vorläufig noch keine Musiker zur Verfügung stellen könne, dann müsse eben auf polnische Musiker zurückgegriffen werden. Die Bläser des Orchesters des Staatstheaters, die zur Wehrmacht eingezogen würden, müßten notfalls durch Mitglieder des Orchesters ersetzt werden, das im Kaffee Ladelli in Warschau konzertiere.

Im Hinblick auf die dem Baedecker-Verlag erteilte Genehmigung zur Herausgabe eines "Baedecker für das Generalgouvernement" erklärt Regierungsrat Arnold, daß die Hauptabteilung Propaganda gegen die Herausgabe dieses Buches an sich nichts einzuwenden habe, diese Ausgabe sogar begrüße. Wenn aber demgegenüber nach einer Weisung des Herrn Generalgouverneurs alle Vorbereitungen für die Schaffung eines "Führers durch das Generalgouvernement", der bereits fertiggestellt

sei und demnächst in Druck gegeben werde, eingestellt werden sollten, so müsse er geltend machen, daß es sich bei dem vom Fremdenverkehrsverband des Distrikts Krakau unter der Ägide der Hauptabteilung Propaganda herauszugebenden Führer um ein Buch handle, das hauptsächlich auf den Kriegsreiseverkehr abgestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt auf Antrag der Hauptabteilung Propaganda das Erscheinen des "Führers durch das Generalgouvernement" unter der Voraussetzung, daß dieses Werk kein Konkurrenzunternehmen gegen den "Baedecker" darstellt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Pressechef Dr.Gassner, daß das Schrifttum des Generalgouvernements nicht verlorengehe, sondern in der NS-Bibliographie enthalten sei. Auch erscheine eine eigene Bibliographie des Generalgouvernements.

Abschließend wird noch einmal zur Frage des Staatstheaters Stellung genommen. Regierungsrat Arnold äußert starke Bedenken gegen die jetzt von der Hauptabteilung Finanzen geübte Gehaltspolitik, angesichts deren es nicht gelungen sei, gute Kräfte mit durchaus nicht zu hohen Gehaltsbezügen zu gewinnen. Auch die Kürzung des Beschäftigungstagegeldes für diejenigen, die ihre Frauen in das Generalgouvernement geholt hätten, gebe zu großen Bedenken Anlaß. Man sei jetzt vor die Notwendigkeit gestellt, künstlerische Kräfte, die man habe engagieren wollen, auf die veränderten Verhältnisse hinzuweisen und sie zu fragen, ob sie unter diesen Umständen noch ins Generalgouvernement kommen wollten. Die meisten würden wahrscheinlich diese

24.9.1942

Frage verneinen.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß aller Wahrscheinlichkeit nach diese Fragen durch eine eingehende Aussprache mit der Hauptabteilung Finanzen bereinigt werden würden. Er sei überhaupt der Auffassung, daß der Erlaß für Sonderverträge nicht gelte, werde aber gegebenenfalls bei einer Kürzung der Bezüge für einen entsprechenden Ausgleich durch Verbilligung der Wohnungsmiete und der Herabsetzung der Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung usw. Sorge tragen.

18^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Referent von Palézieux und Fräulein Mikorey.

18^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Arzt Dr. Pirmin Schneider zum Abschiedsbesuch.

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Kressendorf

Freitag, den 25.September 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Prof. Meriggi in Anwesenheit des Ersten Staatsanwalts Dr.Meidinger und Pressechefs Gassner.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 26.9.1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{35} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

12^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{30} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr.Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung ist der von d Hauptabteilung Finanzen an die Dienststellen der Regierung und der Distrikte gerichtete

Haushaltserlaß 1943 +)

Der Herr Generalgouverneur nimmt auf seine in der Hauptabteilungspräsidentensitzung vom 21.September 1942 gemachten Ausführungen Bezug. Er gibt nochmals seinem größtem Befremden darüber Ausdruck, daß ein amtlicher Erlaß in dieser Form habe hinausgehen können. Die Ausdrucksweise, die der Verfasser des Textes dieses Erlasses, Ministerialrat von Streit, gewählt habe, gehe weit über das hinaus, was im amtlichen Verkehr zwischen Behörden als statthaft angesehen werden könne. Wenn z.B. in dem Erlaß gesagt werde, daß "offenbar vielen Behördenleitern das notwendige Verständnis für eine sparsame Wirtschaftsführung fehle", so liege darin eine völlig unangemessene Kritik.

+) Siehe Hauptabteilungsleitersitzung vom 21.9.1942.

26.9.1942

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß er in Regierungssitzungen wiederholt darum gebeten habe, bei der Einreichung der Einzelhaushalte die gebotene Sparsamkeit walten zu lassen. Seine wiederholten Bitten hätten keinen Erfolg gehabt. Im übrigen sei der Sachverhalt folgender gewesen: Ministerialrat von Streit habe zusammen mit Ministerialrat Dr.Radtke ihm, Präsidenten Dr. Senkowsky, den Entwurf des Erlasses vorgelegt, von der Annahme ausgehend, daß der Erlaß vom Herrn Generalgouverneur selber unterzeichnet werden würde. Angesichts der Abwesenheit des Herrn Generalgouverneurs und des Staatssekretärs Dr.Bühler habe er sich veranlaßt gesehen, nach Vornahme einiger Änderungen im Text des Erlasses ihn selber zu unterschreiben. Er habe nicht den Eindruck, daß man aus der Wortfassung des Erlasses etwas für die Dienststellen Abträgliches herauslesen könne. Wenn z.B. die Möglichkeit bestanden habe, bei einem Teil der eingereichten Haushalte die angeforderte Summe von 1,6 Milliarde auf 1,2 Milliarde herabzumindern, dann könne man wohl schon sagen, daß diese Anforderungen unverantwortlich seien. Ihm, Präsidenten Dr. Senkowsky, sei wiederholt die Anweisung vom Herrn Generalgouverneur gegeben worden, in Haushaltsfragen größte Strenge walten zu lassen. Er habe mit diesem Erlaß dafür sorgen wollen, daß nicht unnütig neue Kräfte eingestellt würden. Wenn ihm zum Vorwurf gemacht werde daß er gegenüber den Gouverneuren Anordnungen treffe, so bitte er zu berücksichtigen, daß er im Rahmen seiner verordnungsmäßigen Kompetenzen in der Lage sei, auch einem Gouverneur Weisungen zu geben. Er beziehe sich in dieser Hinsicht auf §§ 10 u. 11 der ersten Durchführungsverordnung zur Haushaltsverordnung, die ja auch in dem Erlaß zitiert seien. In der Sache müsse er sich vor Ministerialrat von Streit stellen, wenn er

auch zugebe, daß Ministerialrat von Streit in der Formulierung des Erlasses etwas zu weit gegangen sei. - Die Entsendung des Finanzamtmanns Süßmann in die Distrikte sei von ihm nicht gebilligt worden; diese Aufgabe, die Süßmann habe durchführen sollen, hätte zum mindesten einem Regierungsrat übertragen werden müssen.

Der Herr Generalgouverneur kann die von Präsident Dr.Senkowsky dargelegten Gründe für die Herausgabe des Erlasses und die Stellungnahme des Präsidenten Dr. Senkowsky gleichwohl nicht billigen und will den Haushaltserlaß 1943 aufgehoben wissen.

Präsident Dr. Senkowsky bittet den Herrn Generalgouverneur, wenn irgend möglich, von der Aufhebung eines den Dienststellen bereits zugegangenen Erlasses abzusehen. Den einzelnen Dienststellen könnte allerdings mitgeteilt werden, daß der Herr Generalgouverneur die Formulierung des Erlasses mißbillige. Aus der Aufhebung des Erlasses könnten falsche Schlüsse gezogen werden. An dem Grundsatz, daß unter allen Umständen die notwendige Sparsamkeit geübt werden müsse, könne jedenfalls nicht gerüttelt werden, und insofern sei eben in dem Erlaß das Erforderliche gesagt worden.

Der Herr Generalgouverneur will zum mindesten eine scharfe Mißbilligung der Form des Erlasses ausgesprochen sehen und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, ihm unverzüglich den Entwurf eines diesem Zwecke dienenden Schreibens vorzulegen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1042

Kressendorf

Sonntag, den 27.September 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 28.September 1942

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

10^{55} Oberst von Tschammer und Osten teilt dem Herrn Generalgouverneur die Abberufung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement Generals der Kavallerie Frhrn von Gienanth von seinem Posten als Militärbefehlshaber im Generalgouvernement mit.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt SA-Oberführer Peltz und bespricht mit ihm Fragen der SA-Wehrmannschaften. Er beauftragt SA-Oberführer Peltz, mit Staatssekretär Krüger wegen der notwendigen Maßnahmen im Sinne des Erlasses des Führers betreffend Einrichtung der Hilfspolizei Verhandlungen aufzunehmen und darüber zu berichten.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

Staatssekretär Krüger trug dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung betreffend Überführung des Sonderdienstes in die allgemeine Polizei vor.

Der Herr Generalgouverneur machte gegen den Entwurf seine Bedenken geltend, wobei auch Staatssekretär Krüger darauf hinwies, daß er im Sinne gleicher Bedenken mit Reichsführer SS Himmler gesprochen habe, daß aber der vorliegende Entwurf einem Wunsche des Reichsführers entspreche, um die polizeiliche Sicherheit insgesamt sicherzustellen.

Der Herr Generalgouverneur drückte den Wunsch aus, daß der Sonderdienst als eines der unerlässlichsten Instrumente der Sicherheit im Generalgouvernement

anerkannt werde. Die Kreishauptleute könnten praktisch eigentlich nur über den Sonderdienst unmittelbar verfügen, denn die Polizei sei infolge ständigen Hin- und Herversetzens, Kasernierung, Dislocierung usw. der Verfügung der einzelnen Staatsbehörden entzogen. Im Hinblick auf die Verschlechterung der Sicherheitslage, die vor allem durch die im Zusammenhang mit den Lieferungen des Generalgouvernements an das Reich sich ergebende Erschwerung der Ernährungssituation hervorgerufen werde, müsse für die Sicherheit der weit im Lande isoliert verteilten Behörden gesorgt werden. Dem Sonderdienst obliege die Aufgabe, einen solchen Schutz zu gewährleisten.

Der Herr Generalgouverneur bat Staatssekretär Krüger in diesem Sinne mit dem Reichsführer SS Rücksprache zu nehmen, und betonte im übrigen, daß selbstverständlich nichts im Wege stehe, wenn der Sonderdienst durch Führererlaß der Polizei eingegliedert werde, daß er aber persönlich wenig geneigt sei, eine Einrichtung, die er selbst geschaffen und die sich allgemein bewährt habe, aufzugeben, solange er noch Generalgouverneur sei. -

Weiterer Gegenstand der Besprechungen mit Staatssekretär Krüger waren Fragen des Polizeihilfsdienstes und der Heranziehung der Beamten zu diesem Dienst.

Im Hinblick auf verschiedene bereits entstandene Mißhelligkeiten ersuchte der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Krüger, sich mit Staatssekretär Dr.Bühler über eine endgültige Formulierung der diesbezüglichen Vorschriften zu einigen. -

28.9.1942

Bezüglich der SA-Wehrmannschaften sprach der Herr Generalgouverneur den Wunsch aus, daß Staatssekretär Krüger wenn irgend möglich die Übernahme der SA-Wehrmannschaften insgesamt in die Polizei durchführen möchte.

Staatssekretär Krüger erklärte,sich darüber noch mit Oberführer Peltz in Verbindung setzen zu wollen.

Der Herr Generalgouverneur kam dann auf den Fall des Beamten Szepessy zu sprechen und ließ sich von Staatssekretär Krüger über die Gründe, die zur Verhaftung Szepessys geführt hatten, berichten.

Staatssekretär Krüger gab an, daß Szepessy an Juden Ausweise ausgestellt habe, die es diesen ermöglichten, durch Hinweis auf ihre Dienstleistung weiterhin von der Ausweisung aus Krakau ausgenommen zu werden. Ferner habe Szepessy einem Angehörigen des Judenrates beim Abschied die Hand gegeben.

Der Herr Generalgouverneur bemerkte hierzu, daß dieses keine Gründe seien, um einen Mann ohne jeden Richterspruch in Haft zu belassen, und fragte, was geschehen sei, um den Tatbestand einwandfrei zu klären.

Staatssekretär Krüger erklärte darauf-hin, daß die Einvernahmen durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei mittlerweile erfolgt seien und daß er annehmen zu können glaube, in absehbarer Zeit die Akten vorgelegt zu bekommen.

Der Herr Generalgouverneur rief sodann den Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Frauendorfer und die als Gesuchstellerin mit-erschiene Frau Szepessy in das Zimmer und setzte die Besprechung mit Staatssekretär Krüger in Gegenwart der Genannten fort.

28.9.1942

Staatssekretär Krüger konnte weitere Aufklärung darüber, warum Szepessy in Haft gehalten wird, nicht geben.

Präsident Dr.Frauendorfer erklärte, daß Szepessy bei der Ausstellung von Ausweisen für die im Interesse der Wirtschaft des Generalgouvernements und damit im Interesse der Wirtschaft des Reiches beschäftigten Juden im Rahmen seiner Amtspflichten gehandelt habe und daher kein Anlaß bestünde, ihn deshalb zu verfolgen.

Frau Szepessy wies darauf hin, daß sie einen 18 1/2jährigen Sohn habe, der Offiziersanwärter sei, und dem sie sich nicht von dem schweren Schicksal seines Vaters, ohne Gerichtsurteil verhaftet zu sein, Kenntnis zu geben getraue.

Der Herr Generalgouverneur gab abschließend Staatssekretär Krüger das Wort. Dieser weigerte sich, weitere Erklärungen zur Sache abzugeben.

Aus all' dem zog der Herr Generalgouverneur den Schluß, daß die Inhaftierung des Szepessy lange genug gedauert habe, um einen Verstoß, falls ein solcher vorhanden gewesen war, als gesühnt erscheinen zu lassen; denn Szepessy wurde bereits Anfang Juni festgenommen und sitzt seitdem in Haft.

Der Herr Generalgouverneur verfügte die sofortige Freilassung des Szepessy und richtete außerdem an Staatssekretär Krüger ein Schreiben, in dem er ihn von dieser Verfügung in Kenntnis setzte.

28.9.1942

12[35] Präsident Dr. Frauendorfer überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben, in dem er ihn um seine Freistellung zum Wehrdienst bittet.

Der Herr Generalgouverneur entspricht dieser Bitte mit der Maßgabe, daß die Freigabe frühestens zum 1.Januar 1943 erfolgen könne, unter der Voraussetzung, daß ein geeigneter Ersatz für den hervorragend eingearbeiteten und um den Arbeitseinsatz so hoch verdienten Präsidenten Dr. Frauendorfer gefunden werden könne.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch stellt dem Herrn Generalgouverneur den Gauhauptstellenleiter Spengler vor, der in der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda für aktive Propaganda eingesetzt werden soll.

In der anschließenden Besprechung legt Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur ein Programm für die Veranstaltungen am 26.Oktober 1942, dem Dritten Jahrestag der Gründung des Generalgouvernements, vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsch Ausdurck, daß die Feier des Gründungstages in diesem Jahr dem Ernst der Zeit entsprechend ganz einfach gehalten werden solle. Er beabsichtige, am Vormittag des 26.Oktobers eine Regierungssitzung abzuhalten und im Anschluß daran Mutterkreuze zu verteilen. Am Abend des 26. Oktobers würde, ebenfalls in einfachem Rahmen, ein Philharmonisches Konzert stattfinden können und am 25. Oktober das Händel'sche Oratorium "Julius Cäsar" zur Aufführung gelangen. Gegen die Veranstaltung eines Bunten Abends für die Wehrmacht am 27.Oktober hat der Herr Generalgouverneur nichts einzuwenden.

28.9.1942

Im weiteren Verlauf der Besprechung nimmt Präsident Ohlenbusch zur Frage der Veranstaltung von Kunstausstellungen Stellung. - Der Herr Generalgouverneur äußert gewichtige Bedenken gegen die Veranstaltung von Kunstausstellungen, da in der heutigen Zeit die schwierigen Probleme des Transports, der Versicherung, des Bombenschutzes usw. mit ihnen aufgeworfen würden.

13^{15} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler im Namen des Führers dem bisherigen Oberlandwirtschaftsrat Dr. Albert die Urkunde über seine Bestallung zum Regierungsdirektor.

Staatssekretär Dr.Bühler legt dann den Entwurf eines Schreibens an Reichsmarschall Göring betr. Ablieferung von Ernteerzeugnissen des Generalgouvernements an das Reich und die Wehrmacht vor.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt den Entwurf des Briefes und unterzeichnet ihn.

13^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

13^{35} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Landgerichtsrat Taschner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler während des Mittagessens.

Landgerichtsrat Taschner, stellvertretender Leiter des Ministeramtes des Reichsministers Dr.Frank, berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten des Ministeramtes.

28.9.1942

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Landgerichtsrat Taschner, im Hinblick auf die Neureglung des Justizwesens für die Unterbringung des Ministeramtes in eigenen Räumen, getrennt von den Räumen der Akademie für Deutsches Recht, Sorge zu tragen. Er wünsche auch nicht, daß das Ministeramt räumlich in eine Verbindung mit der Dienststelle des Bevollmächtigten gebracht werde.

Wegen der Dienstwohnung des Reichsministers Dr. Frank in Berlin wird Landgerichtsrat Taschner die nötigen Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen führen. Er hat dem Reichsminister Dr. Lammers vorgeschlagen, daß das dem Rechtswahrerbund gehörige Haus in der Regerstraße vom Reich gekauft und Reichsminister Dr. Frank als Wohnung zur Verfügung gestellt werden soll. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange. Nach Abschluß wird Landgerichtsrat Taschner über das Ergebnis Bericht erstatten.

Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß bei allen Stellen des Reiches das Interesse am Generalgouvernement in wachsendem Maße vorhanden sei. Er werde in den nächsten Tagen in Potsdam vor einer Propagandakompanie einen Lichtbildervortrag über das Generalgouvernement halten.

Wegen des Druckes seiner Reden in Berlin, Wien, München und Heidelberg ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß von diesen Reden nur 100 Exemplare gedruckt werden, daß diese Exemplare in seine persönliche Verwahrung genommen werden und nicht zu irgendeiner Verteilung oder Publikation Verwendung finden. Die zweite Ausgabe "Technik des Staates" wird gedruckt und erscheint im Burg-Verlag.

28.9.1942

Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler spricht dann noch über die Vorarbeiten für das Buch, das zum Dritten Jahrestag der Gründung des Generalgouvernements erscheinen und das die Reden des Herrn Generalgouverneurs im Generalgouvernement zum Inhalt haben soll.

Über die Verwendung seiner bisherigen Mitarbeiter ordnet der Herr Generalgouverneur an: Reichshauptamtsleiter Dr. Heuber soll Bevollmächtigter des Generalgouverneurs bleiben, und zwar soll diese Verwendung seine dienstliche Haupttätigkeit darstellen. Eisenlohr und Berckholz sollen im Dienste des Generalgouvernements Verwendung finden; Eisenlohr soll als persönlicher Referent in die Kanzlei des Generalgouverneurs eintreten und dem Herrn Generalgouverneur jeweils nach Bedarf in Krakau, München oder Berlin zur Verfügung stehen. Berckholz wird vom Herrn Staatssekretär Dr. Bühler im Rahmen der allgemeinen Verwaltung des Generalgouvernements untergebracht. Dr. Dresler bleibt Pressechef beim Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1051

Krakau

Dienstag, den 29.September 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Mittwoch, den 30.September 1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{35} Besprechung von Verordnungsentwürfen der Hauptabteilung Eisenbahnen im Königssaal der Burg.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Präsident G e r t e i s
Oberst F i s c h e r
Oberstleutnant von D a z u r
Präsident Dr. S i e b e r t
SS-Standartenführer H a m m e r
Regierungsdirektor A l b e r t
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s
Reichsbahnrat K r a u s e
Abteilungsleiter R a u b e r

Zunächst wird zu dem Entwurf einer

Verordnung über die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben der Ostbahn

Stellung genommen.

Der Verordnungsentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1

(1) Zugunsten von Bauvorhaben der Ostbahn, die der Gebietsbeauftragte für die Regelung der Bauwirtschaft im Generalgouvernement als vordringlich bezeichnet, können die Generaldirektion der Ostbahn und die Ostbahnbezirksdirektionen die für Vorarbeiten oder den sofortigen Baubeginn erforderlichen Grundstücke in Anspruch oder in Besitz nehmen.

(2) Die Generaldirektion der Ostbahn und die Ostbahnbezirksdirektion haben die Absicht der Inanspruch- oder Inbesitznahme mit Zustellungsurkunde oder durch öffentlichen Aushang in der Gemeinde des belegenen Grundstückes den Eigentümern oder Besitzern anzuzeigen und sie zur Räumung aufzufordern. Zwischen Zustellung oder Aushang und Inbesitznahme muß bei Grundstücken, die mit Wohngebäuden bebaut sind, deutscher Eigentümer ein Zeitraum von 1 Monat, bei anderen Grundstücken ein Zeitraum von 10 Tagen liegen.

(3) Soweit der Zustand eines Grundstückes für die spätere Ermittlung des Wertes und für die Bemessung der Entschädigung von Bedeutung ist, ist er bei der Inbesitznahme, notfalls unter Zuziehung eines Sachverständigen, schriftlich festzustellen.

(4) Die Ostbahn hat spätestens 6 Monate nach der Inbesitznahme bei der zuständigen Enteignungsbehörde die Enteignung zu beantragen.

§ 2

(1) Vordringliche Bauvorhaben der Ostbahn können ohne Rücksicht auf das Planfeststellungs- und Begutachtungsverfahren (§ 23 des Reichsbahngesetzes vom 4.7.1939 in Verbindung mit § 18 der Ersten Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 9.11.1939 über die Verwaltung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement vom 23.4.1940) sowie das Enteignungsverfahren durchgeführt werden.

(2) Soweit Bauten, die als vordringliche Bauvorhaben durchgeführt werden, von gesetzlichen Bestimmungen, vom festgestellten oder noch festzustellenden Plänen abweichen, ist die Ostbahn verpflichtet, diese Bauten nach Kriegsende zu

beseitigen und den früheren Zustand wieder herzustellen oder unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen und der Planfeststellung zu ändern.

§ 3

Der Grunderwerb der Ostbahn unterliegt weder d der Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 27.März 1940 (VBlGG. S.115) noch sonstigen Beschränkungen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Präsident Gerteis begründet kurz die Notwendigkeit der Herausgabe einer solchen Verordnung. Für die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben müsse nunmehr eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Da von verschiedenen Hauptabteilungen Einsprüche gegen diesen Verordnungsentwurf erhoben worden seien, habe er es für richtig gehalten, den Herrn Generalgouverneur um eine Entscheidung zu bitten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh geht kurz auf die Entstehungsgeschichte des Entwurfs ein. Er sei im Mai 1942 in den Umlauf gegeben worden, und es habe dann eine nochmalige Bearbeitung stattgefunden. Der Entwurf sei den beteiligten Stellen nochmals zugegangen. Nun seien einige Einsprüche unerledigt geblieben, die mit Mitteln des Amtes für Gesetzgebung nicht hätten beseitigt werden können. Die Einsprüche gingen aus:

1) von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

2) vom Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums

3) vom Hauptamt für Raumordnung

4) vom Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement.

30.9.1942

Regierungsdirektor Albert erklärt, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zunächst einmal gegen Abs. 4 des § 1 Einspruch erheben müsse. Der von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vertretene Standpunkt sei auch von der Ostbahn als richtig anerkannt worden, und man habe sich darüber geeinigt, daß dieser Abs. 4 wegfallen könne, weil ein Enteignungsgesetz noch nicht vorliege.

Präsident Gerteis erklärt sich mit der Streichung des Abs. 4 des § 1 einverstanden. - Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß Abs. 4 des § 1 gestrichen wird.

Regierungsdirektor Albert nimmt sodann zu § 3 des Entwurfs Stellung. Diese Bestimmung würde zur Folge haben, daß unter Umständen seitens der Ostbahn Käufe gegen Entschädigung vorgenommen werden könnten. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vertrete den Standpunkt, daß Käufe besonders von landwirtschaftlichen Grundstücken gegen Entschädigung nicht erfolgen sollten. Man dürfe den Grundsatz, daß erobertes Land Reichsland ist, nicht gefährden; man dürfe keine Präzedenzfälle schaffen und zur Gestaltung von Bodenpreisen beitragen. Das brauche sich im Augenblick für die Landwirtschaftsverwaltung noch nicht ungünstig auszuwirken, könne aber unter Umständen eine Unklarheit in der Bodenpolitik herbeiführen. Die Ostbahn könne die von ihr beabsichtigten Maßnahmen auch durchführen, wenn sie mit der Beschlagnahme vorgehe, auch ohne daß eine Enteignungsverordnung vorliege. Die erfolgte Beschlagnahme ermögliche sofort das Bauen auf den inanspruchgenommenen Grundstücken. Die dagegen geltend gemachten formal-juristischen Bedenken, daß man auf Beschlagnahmten Grundstücken nicht Investitionen vornehmen solle,

seien praktisch wirkungslos. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft wolle nur festgestellt wissen, daß grundsätzlich eine Entschädigung nicht erfolge, weil man bisher in keinem Fall eine Entschädigung gewährt habe. Man könne unmöglich heute schon Besitzer polnischen Bodens entschädigen, da man die Ostpolitik und Bauernpolitik heute noch nicht übersehen könne. Aus allen diesen Gründen beantrage die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, den § 3 zu streichen.

Auch Staatssekretär Dr.Bühler will der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die Möglichkeit geben, sich irgendwie bei der Erwerbung von landwirtschaftlich genutztem Boden seitens der Ostbahn zu beteiligen. - Was die Entschädigungsfrage angehe, so sei die Formulierung: erobertes Land ist Reichsland - ein Schlagwort, das geeignet wäre, die Wirtschaft empfindlich zu stören. Man dürfe nicht mit einem Schlagwort eine Enteignung der gesamten Bevölkerung des Gebietes vornehmen. Er sei an sich auch nicht dafür, daß ein geschätzter, vielleicht über den wirklichen Wert hinausgehender Betrag gezahlt werde, wenn auch andererseits der Ostbahn aus Billigkeitserwägungen die Möglichkeit gegeben werden müsse, den bisherigen Eigentümern irgendeine Abfindung zu gewähren.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Regierungsdirektor Albert, daß im Falle der Streichung des § 3 sich die Regelung nach der zu schaffenden endgültigen Enteignungsverordnung richten würde.

30.9.1942

Reichsbahnrat Krause gibt zu bedenken, daß die Ostbahn auch gegen den Widerstand des polnischen Eigentümers Land zu erwerben imstande sein müsse. Er befürchte für den Fall, daß jedes Mal eine Einigung mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft stattfinden müsse, eine starke Verlangsamung des Verfahrens. Würde die Ostbahn jedoch nicht bei jedem kleinen Grundstück an die Zustimmung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gebunden sein, dann könnte sie sich damit einverstanden erklären.

Regierungsdirektor Albert ist der Auffassung, daß die vorgebrachten Bedenken durch interne Verwaltungsanordnungen beseitigt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur stellt darauf fest, daß mit Einverständnis aller Beteiligten § 3 gestrichen wird.

SS-Standartenführer Hammer weist auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der volksdeutschen Belange hin und hält die Zahlung einer Entschädigung an volksdeutsche Grundstücksbesitzer für geboten.

Oberregierungsrat Dr.Schepers bemerkt, daß der vom Hauptamt Raumordnung erhobene Widerspruch im wesentlichen durch den von Präsident Gerteis ihm zugestellten Entwurf einer besonderen Vereinbarung erledigt sei, solange eine Raumordnungsverordnung nicht bestehe. Er ziehe seine Bedenken gegen den Verordnungsentwurf zurück und sei bereit, über einige Dinge minderer Bedeutung noch mit Präsident Gerteis eine Besprechung zu halten.

30.9.1942

Der Herr Generalgouverneur nimmt zur Frage der Entschädigung folgenden Standpunkt ein: Gegenüber Reichsdeutschen und Volksdeutschen müßte grundsätzlich eine Entschädigung stattfinden, in den anderen Fällen nach billigem Ermessen. In eine Verordnung hineinzuschreiben, daß eine Entschädigung vormals polnischer Grundbesitzer grundsätzlich ausgeschlossen sei, sei politisch unklug. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, als ob man die Polen als rechtlos behandle.

Auf eine Frage des Präsidenten Gerteis erwidert Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert,daß bei der Inanspruchnahme von städtischen Grundstücken oder ganzen Häuserblocks eine Entschädigung gezahlt werden müsse, da ja die Städte für öffentliche Belange arbeiteten. Eine entsprechende Bestimmung werde auch in die künftige Enteignungsverordnung eingefügt werden.

Präsident Gerteis gibt aber zu bedenken, daß es, wenn man etwa die Genehmigung des Stadthauptmanns brauche, unter Umständen Wochen und Monate dauern würde, bis man mit den Bauten anfangen könnte.

Der Herr Generalgouverneur hält in solchen Fällen ein Einschreiten der Hauptabteilung Innere Verwaltung für geboten.

Oberst Fischer nimmt darauf Bezug, daß dem Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement von Präsidenten Gerteis gewisse Zusagen gemacht worden seien, des Inhalts, daß Grundstücke der Wehrmacht und der Rüstungsbetriebe nur mit Zustimmung der Wehrmachtsstellen in Besitz genommen werden würden. Es würde sich jedoch empfehlen, diese Zusagen ebenso wie die Schutzbereichverordnung und Luftverkehrsdienstordnung ausdrücklich in der Verordnung zu erwähnen.

30.9.1942

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß seinerzeit dem Befehlshaber im Generalgouvernement die Berücksichtigung aller dieser Belange schon zugesichert worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man die Verordnung nicht mit zuvielen Einzelheiten überlasten dürfe. Auch die Wehrmacht werde sich damit abfinden müssen. Die Verordnung sei genau so wirksam, ob sie nun diese Einzelheiten enthalte oder nicht. Ein Gesetz könne durch Verordnung nicht aufgehoben werden, und es sei bei jeder Verordnung stillschweigend vorausgesetzt, daß auch Gesetze, die einer Verordnung widersprächen, in Kraft blieben. Selbstverständlich müsse sich die Wehrmacht mit der Ostbahn über diese Dinge einigen.

Präsident Gerteis stellt fest, daß die Bestimmungen der Verordnung grundsätzlich nicht gegen deutsche Behörden angewendet werden sollten. Das habe er auch bereits seinerzeit dem Militär Befehlshaber zugesagt.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Gerteis an, die notwendig gewordenen Vereinbarungen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, der Hauptabteilung Innere Verwaltung, dem Hauptamt Raumordnung und dem Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement als Anlage der Verordnung anzufügen, sodaß daraus ein einheitliches Gesetzgebungswerk entstehe. So werde dann auch die Möglichkeit für eine elastische Entwicklung der Verordnung gegeben sein.

30.9.1942

Staatssekretär Dr.Bühler weist darauf hin, daß die Verordnung über die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben große Vollmachten gebe, die in der jetzigen Zeit und auch noch während der Kriegsdauer durchaus berechtigt seien. Die Verordnung passe aber nicht in eine Friedensentwicklung und in eine normale Verwaltung. Er schlage deshalb vor, eine Begrenzung vorzunehmen und die Gültigkeit der Verordnung auf ein oder zwei Jahre zu befristen. Dann müsste nochmals geprüft werden, ob die gleichen Voraussetzungen noch gegeben seien.

Präsident Gerteis gibt zu bedenken, daß ähnliche Verordnungen im Reich unbefristet seien.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, daß Verordnungen des Reichsverteidigungsrates allgemein , für die Kriegsdauer Geltung hätten. Das Generalgouvernement sei jedoch keine Einrichtung des Krieges, sondern bedeute die Schaffung eines Nebenlandes auch über die Kriegsdauer hinaus. Man könnte allerdings feststellen, daß irgendeine Befristung z.B. bis zum 31.Dezember 1943 gesetzt werde. Es solle der Eindruck erweckt werden, daß es sich hier um eine außerordentliche Maßnahme handelt.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh schlägt vor, zu sagen die Verordnung tritt mit Ablauf des 31.Dezember 1943 außer Kraft, es sei denn, daß ihre Geltungsdauer verlängert wird.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend fest, daß es sich nach Ansicht aller beteiligten Stellen bei

dieser Verordnung um eine außerordentliche Regelung handeln solle.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hält auf Grund des Ergebnisses der Aussprache eine Stellungnahme zu der Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement für überflüssig, da Klarheit darüber bestehe, daß die Ostbahn nicht generell von der Genehmigungspflicht ausgenommen werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß der Entwurf einer Verordnung über die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben der Ostbahn unterzeichnet werden und mit dem Tage der Verkündung die Verordnung in Kraft treten könne.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist darauf hin, daß die Verordnung der Ostbahn die Befugnis zur sofortigen Inanspruchnahme und Inbesitznahme von Grundstücken gebe. Dieser vorübergehende Zustand bedürfe aber selbstverständlich einer generellen Regelung. Sie sollte durch die Grundstücksenteignungsverordnung erfolgen. Der Entwurf einer Enteignungsverordnung werde schon seit einiger Zeit von der Hauptabteilung Innere Verwaltung bearbeitet, er sei auch in den Umlauf gegeben worden und habe eine Reihe von Äußerungen zur Folge gehabt. Dabei sei vor allem die grundsätzliche Frage aufgeworfen worden, ob die Hauptabteilung Innere Verwaltung die Federführung beanspruchen könne. Der Vertreter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volktums mache geltend, daß er für die Federführung bei der Enteignungsverordnung zuständig sei und nur der

30.9.1942

Entwurf, den er einbringe, zur Grundlage des weiteren Verfahrens gemacht werden könne.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß für diese Frage selbstverständlich die Hauptabteilung Innere Verwaltung zuständig sei. Er ersucht den Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, den Originalentwurf und den Vorschlag des Staatssekretärs Krüger als Stellungnahme dazu weiter zu behandeln und darüber noch eine besondere Besprechung zu halten.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert an, im Benehmen mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh den Entwurf einer Enteignungsverordnung bis zum 15.Oktober 1942 besprechungsreif zu machen.

12^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13^{10} F r ü h s t ü c k .

20^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

20^{20} Konzert der Dresdner Philharmonie unter Leitung des Generalmusikdirektors Paul van Kempen.
Zur Aufführung gelangen:

Ouvertüre zu Euryanthe von C.M. von Weber
Symphonie Nr.4 von Robert Schumann
7.Symphonie von Ludwig van Beethoven
"An der schönen blauen Donau", Walzer
von Johann Strauß
Radetzky Marsch von Johann Strauß (Vater)

30.9.1942

22^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

0^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 2.Oktober 1942

11^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{25} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Reise des Parteisekretärs Vidussoni, der mit einem Liebesgabenzug in Begleitung der Parteigenossen Friedrichs und Klöpfer durch das Generalgouvernement gefahren ist. Im Verlaufe der Besprechung, die während dieser Reise stattgefunden hat, ist auch die künftige Parteiorganisation im Generalgouvernement zur Sprache gekommen. Hauptabschnittsleiter Stahl kann dem Herrn Generalgouverneur mitteilen, daß er die Auffassung des Herrn Generalgouverneurs über die Notwendigkeit der Personalunionen auf diesem Gebiete den Herren vorgetragen habe. Wie Hauptabschnittsleiter Stahl weiter berichtet, lassen die italienischen Herren beste Grüße für den Herrn Generalgouverneur bestellen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Hauptabschnittsleiter Stahl den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß die Vorbereitungen für das Kriegswinterhilfswerk des Generalgouvernements im ganz großen Umfange getroffen würden.

11^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Fischer zum Vortrag.

Oberst Fischer teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der neuernannte Wehrkreiskommandeur im Generalgouvernement General von Hennike sich dem Herrn Generalgouverneur gern vorstellen würde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, den Wehrkreiskommandeur am Montag, den 5.Oktober 1942 um 12^{00} Uhr zu empfangen.

2.10.1942

12[00] Besprechung mit Abteilungspräsidenten Dr.Walbaum.

Präsident Dr.Walbaum führt Beschwerde darüber, daß der Vorschlag, ihn zum Ministerialrat zu ernennen, von Staatssekretär Dr.Bühler bis jetzt nicht weitergegeben worden sei. Er, Präsident Dr.Walbaum, fühle sich sehr benachteiligt. Dieses Verhalten des Staatssekretärs Dr. Bühler entspreche auch nicht den Vereinbarungen, die der Herr Generalgouverneur mit dem Reichsärzteführer Dr. Conti bei dessen letzter Anwensenheit im Generalgouvernement getroffen habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er den Vorschlag weiter leiten lassen werde.

12[05] Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Dr.Siebert.

Der Hauptabteilungspräsident bittet den Herrn Generalgouverneur, einen Erlaß zu unterzeichnen, durch den er ermächtigt werde, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig wären, um die zunehmende Überfüllung der Kurorte durch Polen zu verhindern.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Erlaß.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert den Inhalt der soeben mit Abteilungspräsident Dr.Walbaum betreffend dessen Ernennung zum Ministerialrat stattgefundenen Besprechung mit.

12[15] Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

12[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberbereichsleiter Eisenlohr.

Oberbereichsleiter Eisenlohr hat gebeten, nach Auflösung des Reichsrechtsamtes seine Arbeitskraft dem Herrn Generalgouverneur ausschließlich zur Verfügung

stellen zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, den Oberbereichsleiter Eisenlohr bei seiner bisherigen Dienststelle zum Einsatz im Generalgouvernement anzufordern. Oberbereichsleiter Eisenlohr soll als Persönlicher Referent des Generalgouverneurs in die Kanzlei des Generalgouverneurs aufgenommen werden und je nach den dienstlichen Bedürfnissen des Herrn Generalgouverneurs in München oder Krakau Dienst leisten.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1467

Kressendorf

Sonnabend, den 3.Oktober 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

11^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

12^{00} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz und Regisseur Schneider-Edenkoben.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 4.Oktober 1942

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart von Oberbereichsleiter Mehling, Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler Pressevertreter der deutschen Volksgruppen in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Kroatien, Slowakei und Dänemark.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt die Pressevertreter und gibt ihnen dann ein anschauliches Bild von den staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Generalgouvernements.

Namens der Pressevertreter dankt Hauptschriftleiter Josef Hammer von der Südostdeutschen Tageszeitung in Temesburg (Rumänien) dem Herrn Generalgouverneur für die freundlichen Worte der Begrüßung.

12^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater in Krakau.

18^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Staatstheater.

Zur Aufführung gelangt das Schauspiel:
"Der Thron zwischen Erdteilen".

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Montag, den 5.Oktober 1942

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{00} Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, Generaldirektor Berve und Direktor Verres in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Generaldirektor Berve führt einleitend aus, daß die Schaffgotsch-Werke im Jahre 1928 in Galizien Waldungen käuflich erworben hätten. Infolge der Kriegsereignisse sei dann hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse eine Änderung eingetreten, und zur Zeit ständen die Waldungen tatsächlich nicht mehr im Eigentum der Gesellschaft. Man habe sich deshalb schon vor einiger Zeit an Gauleiter Bracht mit der Bitte gewendet, der Gesellschaft zur Wiedererlangung ihrer Rechte auf die Waldungen behilflich zu sein. Er, Generaldirektor Berve, und Direktor Verres hätten auch schon mit Staatssekretär Dr. Bühler über diese Frage gesprochen. Der in Erwägung gezogene Vorschlag, die Wälder der Gesellschaft in treuhänderische Verwaltung zu geben, sei als nicht durchführbar bezeichnet worden. Weiter habe man auch mit dem Reichsforstamt in Berlin Verhandlungen geführt. Er habe es nunmehr für geboten gehalten, dem Herrn Generalgouverneur die Sachlage vorzutragen und ihn um eine wohlwollende Prüfung der von der Gesellschaft gehegten Wünsche zu bitten. Er betone dabei ausdrücklich, daß die Gesellschaft in der Nutzung dieser Waldungen niemals ein Geschäft gesehen habe, was schon deshalb ausgeschlossen sei, weil die Waldungen seinerzeit unter sehr ungünstigen Umständen, nämlich in einem Höhepunkt der Holzkonjunktur, gekauft worden seien. Die Waldungen enthielten fast gar keine alten

5.10.1942

Holzbestände, und deshalb erfordere ihre Verwaltung noch auf Jahrzehnte hinaus einen Zuschuß. Gleichwohl habe man diesen Waldbesitz auch in den Zeiten wirtschaftlicher Depression mühsam gehalten. Als am 1.August 41 Ostgalizien in das Generalgouvernement eingegliedert worden sei, seien die Waldungen von ihnen bereits übernommen gewesen. Man habe deshalb auch geglaubt, daß der Besitz nunmehr gesichert wäre. Überraschenderweise sei dann im August 1941 vom Gouverneur in Lemberg auf ein an ihn gerichtetes Schreiben der Gesellschaft der Standpunkt eingenommen worden, daß für diese Frage Artikel 6 der Sowjetverfassung maßgebend sei. Man könne doch wohl eigentlich nicht die Sowjetverfassung als Rechtsquelle anerkennen, werde es vielmehr als verständlich ansehen, wenn die Gesellschaft das Ziel verfolge, das Eigentum an den Waldungen wieder zurückzuerhalten. Man habe auch sohon einige hunderttausend Mark für die Waldungen aufgewendet. Sollte eine Rückübertragung des Eigentums vorläufig nicht möglich sein, dann könnte vielleicht eine Zwischenlösung in Gestalt der Errichtung einer kommissarischen Verwaltung gefunden werden. Die Stellungnahme des Reichsforstamtes sei nicht unbedingt negativ gewesen, wenn man dort auch den Bedenken habe nachgeben wollen, die von den zuständigen Stellen in Krakau erhoben würden. Auch die Stellungnahme des Staatssekretärs Krüger als Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums sei nicht absolut ablehnend gewesen, wenn sich Staatssekretär Krüger auch darauf berufen habe, daß Ausnahmen von der grundsätzlichen Regelung solcher Fragen eigentlich nicht gemacht werden dürften.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist darauf hin, daß es sich bei dem in Rede stehenden Objekt um wertvolle, wenn auch junge Waldungen handle, die eine Größe von 35,ooo ha hätten und in der Gegend von

Drohobicz lägen. Es handle sich im vorliegenden Falle um eine Frage, die ja nicht nur das Generalgouvernement, sondern auch den Sudetengau und die übrigen besetzten Gebiete betreffe. Es bestünden deshalb Bedenken, hier vorschnell eine Entscheidung zu treffen, da es ein Präzedenzfall für die gesamte Frage der Reprivatisierung sein würde. Praktisch führe heute die Gesellschaft die Verwaltung. Immerhin sei das ein illegaler Zustand; denn nach der Verordnung vom 1.August 1941 ständen die g gesamten Forsten des Generalgouvernements unter der Hauptabteilung Forsten. Zugegeben werden müsse allerdings, daß die Gesellschaft die Verwaltung noch vor der Einrichtung der Zivilverwaltung im Distrikt Galizien übernommen habe.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß man hier offenbar von einer bereits praktisch bestehenden Tatsache stehe. Man könnte unter Umständen den bisherigen Zustand legalisieren, wogegen angesichts der unbestimmten Haltung auch des Reichsforstamtes kaum Bedenken zu erheben seien. Von einem Präjudiz brauche auch nicht gesprochen zu werden, da es sich hier um einen außerordentlichen Fall handle. Zugunsten der Schaffgotsch-Werke müsse irgendeine Regelung getroffen werden. Wenn man Oberschlesien entgegenkomme, so sei das auch günstig. Er wäre also bereit, unter Zurückstellung aller Fragen, die das Eigentum an sich beträfen, die Genehmigung zu erteilen, daß das bisher von der Gesellschaft praktisch geübte Verwaltungsverfahren ausnahmsweise bis zum Ende des Krieges als legal anzusehen sei, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Verwaltung unter der Kontrolle der Hauptabteilung Forsten geführt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß von der Schaffgotschen Verwaltung den Angestellten höhere Gehälter gezahlt würden, als die im staatlichen Forstbetrieb Angestellten erhielten. Selbstverständlich werde dadurch bei den

letzteren eine gewisse Unzufriedenheit ausgelöst werden. Wenn den früheren Eigentümern unter Berufung auf die durhh die Sowjetverfassung geschaffene Eigentumslage heute von der deutschen Verwaltung das Eigentum vorenthalten werde, so sei das für sie ein unbefriedigendes Ergebnis.

Der Herr Generalgouverneur trifft abschließend folgende Entscheidung:

1. Angesichts der Tatsache, daß die Verwaltung der Forsten bereits vor der Eingliederung Ostgaliziens in das Generalgouvernement von der Gesellschaft der Schaffgotsch-Werke geführt wird, bestehen keine Bedenken dagegen, der Gesellschaft die Verwaltung auch weiterhin zu bclassen.

2. Da die von seiten des Reichsforstamtes und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums erhobenen Einwendungen nur allgemeiner Art sind, würden sie einer vorläufigen Regelung nicht im Wege sein.

3. Von der Gesellschaft muß verlangt werden, daß sie sich in jeder Weise den Regeln einer ordentlichen Forstpolitik unterwirft Ein Sonderrecht kann für sie nicht geschaffen werden.

4. Bis zum Ende des Krieges bleibt es bei dem bisherigen Zustand.

5. Die Verwaltung der Forsten wird der Kontrolle der Hauptabteilung Forsten unterstellt. Diese hat dafür Sorge zu tragen, daß in den Waldungen keine von den Grund-

sätzen der staatlichen Forstverwaltung des Generalgouvernements abweichende Forstpolitik geführt wird.

6. Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt wird ersucht, mit Generaldirektor Berve über die Einzelheiten des weiterhin einzuschlagenden Verfahrens zu verhandeln.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt ausdrücklich fest, daß durch die Erklärungen des Herrn Generalgouverneurs eine Verpflichtung zum Ersatz von Aufwendungen der Schaffgotsch-Werke nicht übernommen worden sei.

11^{25} Besprechung mit Oberst Fischer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und der Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberst von Tschammer und Osten den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement General der Infanterie Haenicke und seinen Generalstabschef Oberstleutnant von Wedel. Im Anschluß an den Empfang findet eine Besprechung statt, die die Unterbringung der 167 Offiziere und Beamten des Wehrkreiskommandos zum Gegenstand hat.

General Haenicke legt besonders Gewicht darauf, daß die Offiziere und Beamten möglichst in nebeneinanderliegenden Diensträumen untergebracht würden. Da das Luftgaukommando aller Wahrscheinlichkeit nach in Krakau bleibe, werde die Frage der Beschaffung geeigneter Diensträume großen Schwierigkeiten begegnen.

5.10.1942

Oberstleutnant von Wedel teilt unter Bezugnahme auf eine Besprechung, die er mit Gouverneur Dr. Wendler gehabt hat, mit, daß dieser das Parkhotel und daneben liegende Gebäude als Unterkunft für die Dienststelle des Wehrkreiskommandos vorgeschlagen habe. Solange ein eigenes Dienstgebäude für das Wehrkreiskommando noch nicht gebaut sei, müßte man sich jedenfalls mit einer behelfsmäßigen Unterkunft zufrieden geben. Zur Zeit liege übrigens die Hauptarbeit des Wehrkreiskommandos vornehmlich im Raume von Radom und Warschau.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß mit der Eröffnung des Parkhotels kaum vor dem 1.Dezember gerechnet werden könne. Die Schwierigkeit liege darin, daß gleichzeitig zwei Hotels umgebaut würden, das Parkhotel und das bislang hauptsächlich für die Unterbringung von Offizieren bestimmt gewesene Franzuski-Hotel (Deutscher Hof). Das einzige sonst noch bestehende große Hotel sei das Grand-Hotel, das aber angesichts seiner Uneinheitlichkeit Reichsansprüchen nicht genüge. Ein Ausweg aus den Schwierigkeiten würde sich vielleicht darin finden, daß dem Wehrkreiskommando die in der Waldstraße gelegene SS-Totenkopfkaserne, ein nach außen hin durchaus repräsentables Gebäude, zur Verfügung gestellt werden könnte. Hier ließen sich auch sofort etwa notwendig werdende Umbauten durchführen.

Oberstleutnant von Wedel hält gleichwohl das Parkhotel mit den daneben liegenden Gebäuden am meisten für geeignet, dem Wehrkreiskommando als Dienstgebäude zu dienen. Unter dem Druck des OKW ließe sich wohl auch eine Beschleunigung dieses Hotelumbaues durchführen. Vor dem 1.Jan.1943 werde das Wehrkreiskommando die Räume ohnehin nicht beziehen können. Dann würde auch das ehemalige Franzuski-Hotel nicht mehr belastet werden,

weil durchreisende Offiziere im Parkhotel bzw. im Hotel "Alpenrose" untergebracht werden könnten. Er würde es deshalb für geboten halten, die ganze Angelegenheit unter diesem Gesichtswinkel zu bearbeiten. Ob die SS-Führung die Totenkopf-Kaserne zur Verfügung stellen werde, sei ungewiß, um so mehr, da für die Wehrmacht nur noch die Kaserne in Rakowice zur Verfügung stehe, in der auch SS untergebracht sei. Dies sei übrigens die einzige Kaserne, in der auch Pferde untergebracht werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die beteiligten Instanzen, die Frage der Unterbringung des Wehrkreiskommandos in weiteren Besprechungen einer Lösung zuzuführen.

12^{30} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben der Ostbahn
2. einer Verordnung über die Errichtung einer Zentrale für Vollblutzucht und Rennen im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh mit, daß die Reichsminister des Inneren und der Finanzen Einspruch gegen die Errichtung des Amtes für Gesetzgebung erhoben hätten, und zwar mit der Begründung, daß diese Dienststelle eine organisatorisch verfehlte Gründung sei.

5.10.1942

12[45] Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Luxenberg.

14[20] Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen Bauder, Oberbaurat Eckhardt und Oberbaurat Hofer.

Oberbaurat Hofer weist darauf hin, daß er seinerzeit selber angeregt habe, die Baudirektion mit der Hauptabteilung Bauwesen zusammenzulegen. Trotz dieser Zusammenlegung hätten sich in der letzten Zeit gewisse unerfreuliche Erscheinungen gezeigt. Ihm sei z.B. von Präsident Bauder der Vorwurf illoyaler Arbeit gemacht worden. Er erinnere demgegenüber an die zahlreichen Bauvorhaben, die mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Zloty von der Baudirektion durchgeführt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, was mit der Baudirektion des Generalgouverneurs überhaupt geschehen solle. Vielleicht würde es sich empfehlen, die Baudirektion im nächsten Etatsjahr aufzulösen. Er sehe jedenfalls in der Haltung, die gegen die Baudirektion eingenommen werde, eine, gegen ihn, den Herrn Generalgouverneur, bezw. gegen das Generalgouvernement gerichtete Spitze. Es sei aber auf die Dauer unmöglich, daß der Herr Generalgouverneur auf dem Gebiete des Bauwesens nichts mehr zu bestimmen habe.

Präsident Bauder wendet sich gegen die Auffassung des Generalgouverneurs, als seien die von der Abteilung Bauwesen bzw. den Reichsinstanzen ergriffenen Maßnahmen gegen das Generalgouvernement gerichtet. Hier seien lediglich Zweckmäßigkeitsgründe vorherrschend. Man werde demnächst dazu kommen müssen, der Hauptabteilung Bauwesen eine Abteilung Technik anzugliedern oder

aus der Hauptabteilung Bauwesen eine Hauptabteilung Technik zu machen, in der Hoch- und Tiefbau einschließlich Energie und Maschinenbau zu bearbeiten wären.

Der Herr Generalgouverneur hat kein Bedenken dagegen, zu Ende des Etatsjahres die Baudirektion an eine Abteilung "Staatsbauten" anzugliedern. Jedenfalls dürften seine Mitarbeiter bei Behandlung solcher organisatorischer Fragen nicht benachteiligt werden oder darunter leiden. Er habe seinerzeit auf Wunsch des Geheimrats Rattinger den Oberbaurat Hofer in den Dienst des Generalgouvernements berufen, und man dürfe es ihn nicht entgelten lassen, daß er das Vertrauen des Generalgouverneurs habe.

Präsident Bauder schildert die Zusammenarbeit der Abteilung Hochbau mit der Baudirektion, für die Grundsätze vor allem im Hinblick auf die Haushaltsgebarung festgelegt worden seien. Er habe immer an die Möglichkeit einer ersprießlichen Zusammenarbeit geglaubt, habe dann aber feststellen müssen, daß Oberbaurat Hofer sich in einer Frage, die die Hauptabteilung Bauwesen interessieren mußte, ohne sein Wissen an den Abteilungspräsidenten Dr. Walbaum gewendet habe und ihn gebeten habe, dafür zu sorgen, daß die Baudirektion nach wie vor in gewissen Dingen maßgebend sei. Es gehe unmöglich an, daß eine zu Dritt getroffene Vereinbarung auf Umwegen geändert werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptabteilungspräsidenten Bauder, die zwischen ihm und Oberbaurat Hofer schwebenden strittigen Fragen in einer Besprechung zu klären. In dieser Besprechung müßte auch die Frage

der etatsmäßigen Stellung des Oberbaurats Hofer geklärt werden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu dem Stande der Arbeiten für den Verwaltungsbau der Kanzlei des Generalgouverneurs Stellung genommen.

Oberbaurat Hofer kann zusichern, daß der Bau im Winter keinen Schaden erleiden würde. Wie aber angesichts des Arbeitermangels der Bau weitergeführt werden solle oder könne, stehe noch dahin. Man verfüge heute für diesen Bau nur noch über 150 Arbeiter statt 300.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Bauder, daß man unter den gegebenen Verhältnissen diesen Bau zur Not noch werde weiterführen können.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Bauten in Kressendorf ein und gibt seiner Befürchtung darüber Ausdruck, daß Winterschäden die bereits begonnenen Arbeiten zunichte machen könnten. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Bauder, dafür zu sorgen, daß diese Bauten nachträglich genehmigt würden.

Im Anschluß an die Besprechung führt dann Oberbaurat Eckhardt lebhafte Beschwerde über das Verhalten des Präsidenten Bauder gegenüber seiner Gefolgschaft. Dadurch, dass Präsident Bauder seine Hauptabteilung mit beschimpfenden Ausdrücken belege, werde die Arbeitsfreudigkeit seiner Mitarbeiter stark herabgesetzt. Ihm, Oberbaurat Eckhardt, gegenüber lege Präsident Bauder ein Verhalten zutage, welches darauf schließen lasse, daß er kein Vertrauen mehr zu ihm, Oberbaurat Eckhardt, habe und er irgendwie schikaniert werde. Obwohl er

5.10.1942

Leiter der Abteilung Hochbau sei, erteile Präsident Bauder Aufträge,von denen er, Oberbaurat Eckhardt, nichts erfahre. Jedenfalls fühle er sich durch die Art, wie er von Präsident Bauder behandelt werde, aufs tiefste gekränkt. In der ganzen Gefolgschaft herrscht die Meinung, daß sie von Präsident Bauder unwürdig behandelt werde.

Präsident Bauder glaubt die Beschwerden des Oberbaurats Eckhardt darauf zurückführen zu müssen, daß dieser ihm gegenüber völlig voreingenommen sei. Er müsse demgegenüber unter anderem darauf hinweisen, daß ihm von Oberbaurat Eckhardt für einen wichtigen Bau kein Voranschlag eingereicht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur faßt die von Oberbaurat Eckhardt abgegebene Erklärung als eine dienstliche Beschwerde über das Verhalten des Hauptabteilungspräsidenten Bauder auf und ersucht Oberbaurat Eckhardt, ihm seine Beschwerden mit substantierten Anträgen schriftlich zu unterbreiten. Dem Präsidenten Bauder soll dann Gelegenheit gegeben werden, zu diesen Beschwerden Stellung zu nehmen.

1080

5.10.1942

13[lo] Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks 1942/43 im Königssaal der Burg zu Krakau.
Teilnehmerliste s.Anlage.

Nach Eröffnung der Kundgebung erteilt der Herr Generalgouverneur dem Bereichsleiter Ollesch das Wort.

Bereichsleiter Ollesch erstattet den Rechenschaftsbericht über das zweite Kriegswinterhilfswerk des deutschen Volkes im Generalgouvernement 1941/42.

Nach Abschluß seines Berichtes bittet Bereichsleiter Ollesch den Herrn Generalgouverneur, das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 im Generalgouvernement zu eröffnen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Ollesch! Als Reichsleiter und Leiter des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der NSDAP darf ich Ihnen zunächst von Herzen für den hervorragenden Bericht danken, den Sie uns erstattet haben. Der Inhalt dieses Berichtes ist etwas Ungeheures, schlechterdings in der Geschichte einzig Dastehendes. Die Zahlen, die Sie uns genannt haben, vor allem aber auch der Geist, der aus diesen Zahlen strahlt, ist es, der mich in diesem Augenblick wieder mit stolzer Genugtuung erfüllt. Ihnen, Parteigenosse Ollesch, und allen Ihren Mitarbeitern, deren wesentliche Sie heute zu mir auf die Burg gebracht haben, danke ich im Namen der Bewegung des Führers.

In diesem Augenblicke, einem der schwersten Augenblicke der Geschichte unseres Volkes, ist es eine

besondere Hoffnungsverheißung, daß dieser edelste Gedanke unserer deutschen Gemeinschaft, sich gegenseitig unter Einsatz des eigenen Selbst bis zur letzten Kraft zu helfen, eine so ungewöhnliche Aufstiegskurve in diesem Kriege erlebt hat. Wir können wahrhaft von einer Aufstiegskurve dieses Gemeinschaftshandelns sprechen. Nicht etwa das Beharren in dem bereits von unserer Bewegung erarbeiteten Gesinnungszustand bei Beginn des Krieges 1939, sondern durch den Krieg und im Zusammenhang mit dem Krieg eine weitere Steigerung der Opferwilligkeit unseres Volkes - das ist das eigentliche Wesen dieses Krieges.

Wenn es immanente Gesetze des Krieges gibt, die auf geistig-seelischem Gebiet einer Siegesbereitschaft von innen heraus liegen, dann sind die von Ihnen genannten Zahlen stolze Dokumente für diese innere Siegesaufgeschlossenheit unserer Nation. Und ich glaube, daß ein Volk, das inmitten eines solchen weltterroristischer Neiding-Ringens steht wie das deutsche Volk, vor den ewigen Herrgott hintreten und sagen kann: siehe, zu allen Opfern, die wir blutmäßig für unsere Freiheit, für die Größe unseres Landes, für die Ehre der Nation und unseren sozialen Wiederaufstieg bringen, diese von keiner Gemeinschaft weltanschaulicher oder religiöser Art jemals in der Weltgeschichte erreichte charakterliche Haltung, die nun ihren sinngemäßen Ausdruck in der Hingabe des Einzelnen für die Gemeinschaft findet. Und hierin liegt tatsächlich die geistes-geschichtliche Gewähr unseres Sieges. Ein Volk, das sich eine weltanschauliche Gemeinschaft so aufgebaut hat, wie es der Führer in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erreicht hat, kann und muß das siegreiche Volk in einem Zustand der Welt sein,

aus dem heraus justament gegen diese Gemeinschaft der Krieg von plutokratischen, egozentrischen Mächten begonnen worden ist.

Es ist ganz klar, daß die äußere Rüstung, das Gefüge von Waffen und Wehr, das Bereitsein von Geschossen und Geschützen und die soldatische Haltung in einem Kriege hingenommen werden als irgendwie durch Disziplin, durch klares Regime, durch befehlsmäßig militärische Geordnetheit zu sichernde Faktoren. In einem Zustand der Kriegführung finden sich diese Voraussetzungen als sozusagen normale bei allen Völkern, sie entwickeln sich auf militärisch-, technisch-, soldatisch disziplinärem Gebiet in jedem Krieg irgendwie autoritär. Daß aber dazu in den weiten Schwingungsbereichen der seelischen Grundhaltung eine so enorme Aufstiegkurve festgestellt werden kann, das ist - muß ich sagen - eine Gewähr dafür, daß wir diesen Krieg siegreich bestehen werden. Das hat es in der Weltgeschichte noch nicht gegeben. Wie kläglich mutet demgegenüber die seelisch-karitative Grundhaltung irgendwelcher religiöser oder sonstiger Gemeinschaft an, die die Weltgeschichte kennt. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat das deutsche Herz gereinigt und sonnengleich zu einer ethischen Haltung emporgeführt, wie das bis jetzt noch keine Energie der Weltgeschichte vermocht hat.

Daß die Deutschen des Generalgouvernements hier nun besonders hervorzustechen scheinen, erfüllt mich mit großer Genugtuung. Die Gemeinschaft der Deutschen in diesem Raum ist zahlenmäßig klein, aber offensichtlich gesinnungsmäßig hervorragend. Trotz aller Versuche, die da und dort immer wieder spürbar werden,

aus denkbar beklagenswerten Einzelerscheinungen heraus eine negative Kritik gegenüber dem deutschen Leben in diesem Raume zu üben, muß in dem Ergebnis des Winterhilfswerks eine strahlende Rechtfertigung des deutschen Handelns in diesem Raum aufsteigen. Ihnen, Parteigenosse Ollesch, wie allen Parteigenossen und Parteigenossinnen gebührt der Dank dafür, daß sie unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen eine so gigantische Leistung aufgerichtet haben. Parteigenosse Ollesch, ich bin stolz darauf, in unserer Partei solche Parteigenossen zu haben, wie Sie es sind.

Dass Sie und Ihre Mitarbeiter sich nun aber auch auf das Gros unserer Parteigenossen hier im Generalgouvernement so würdig stützen konnten, erfüllt mich mit besonderer Freude.

Wiederholt hatten Sie Gelegenheit, in Ihrem Bericht des Einsatzes unserer Frauen zu gedenken. Was die Frauen des Generalgouvernements im Winterhilfswerk 1941/42 geleistet haben, das haben Sie mit Fug und Recht festgestellt. Ich möchte mich Ihrem Dank an die Frauen dieses Raumes auch vollen Herzens anschließen.

Daß sich die Hitlerjugend, diese Blüte am Volksbaum unserer Nation, hier so hervorragend betätigt hat, ist ebenfalls eine strahlende Freude. Und daß innerhalb der Hitlerjugend Sie dem BDM eine besondere Anerkennung zollten, ist wiederum ein Zeichen dafür, daß auch der Nachwuchs unserer deutschen Frauen der Größe der Zukunft entspricht, die der Führer mit seiner Wehrmacht und seiner Nation ergänzen wird.

Die erhebliche Vergrößerung der rein zahlenmäßigen Ergebnisse des Winterhilfswerks deutet zudem darauf hin, daß sich auch organisatiorisch das diesem Gebiet gegebene Gefüge parteipolitisch bewährt hat. Es ist ein Bekenntnis zum Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP, dieser Organisation, die ich geschaffen habe,

um die Totalität der Energien der Bewegung ohne Rücksicht auf Gliederungen und angeschlossene Verbände in einer großen Wirkungseinheit zusammenzufassen. Daß sich dieser Arbeitsbereich so hervorragend bewährt hat, sei ausdrücklich festgestellt.

Als Generalgouverneur und damit als Staatschef dieses Nebenlandes möchte ich aber nun dem Dank für die Bewegung ganz besonders auch von der staatlichen Seite aus Ausdruck geben. Ich glaube, auch feststellen zu können und aus Ihren Berichten zu entnehmen, daß die Zusammenarbeit mit den Staatsbehörden dieses Raumes gerade auf diesem Gebiet als außerordentlich hervorragend zu bezeichnen ist. Diese Zusammenarbeit zeigt, daß sich der nationalsozialistische Geist auch innerhalb der Staatsverwaltung dieses Nebenlandes denkbar zu offenbar vermag. Auch hierin liegt eine Gewähr dafür, daß die schweren Aufgaben, die Staat und Partei hier gemeinsam zu leisten haben, auch in Zukunft weit über das Winterhilfswerk hinaus erfüllt werden können.

Das Winterhilfswerk, dessen Eröffnung wir heute in dem schlichten Rahmen, den uns der Krieg aufzwingt, vornehmen, trifft das deutsche Volk, wie das der Führer vor wenigen Tagen in seiner Rede festgestellt hat, in einer der entscheidungsvollsten und härtesten Stunden unserer Geschichte. Es ist ganz selbstverständlich, daß im vierten Kriegsjahr von Hurrapatriotismus, von seichter Phraseologie und billigen Durchhaltesprüchen nicht allzu sehr eine Wendung der Gesinnung erwartet werden kann. Um auch im vierten Kriegsjahr genau so zu bestehen wie in den anderen, brauchen wir nur treue Diener und treue Mitkämpfer des Führers zu bleiben. Wir brauchen nur die Parolen zu befolgen, die der Führer uns gibt, wir brauchen nur die Lebensgesetze zu unseren eigenen zu machen, die der Führer selber uns

vorlegt. Wir brauchen in keiner Weise eine Steigerung in pathetischer Form vorzunehmen oder irgendwie die Appelle sozusagen akustisch zu verstärken, sondern wir brauchen uns nur an die Geschichte unserer kämpferischen kämpfenden Bewegung und unseres Reiches, an die Tradition unserer kämpfenden Wehrmacht und an das Vorbild unserer Soldaten und unserer arbeitenden Volksgenossen und Volksgenossinnen zu erinnern, um auch in diesem vierten Kriegsjahr die Linie zum Endsieg des Führers und seiner Wehrmacht fortzusetzen.

Daher gilt als Parole für das kommende Kriegswinterhilfswerk 1942/43 im Generalgouvernement: es wird in Treue zum Führer und in engster Geschlossenheit aller staatlichen und parteigenössischen Einrichtungen im Generalgouvernement weitergearbeitet. Ich nehme an, daß die Zahlen und die Kraft der Leistung, die aus ihnen spricht, wenn sie nunmehr publik werden, jeden Deutschen im Generalgouvernement zu dem Ernst der kräftigsten Selbstbesinnung führen und ihn dort auch festhalten werden. Gerade von dem Verhalten des deutschen Volkes in den kommenden Monaten wird der Sieg unserer Nation entscheidend abhängen. Auf Grund der Rede des Führers können wir annehmen, daß die Entscheidung dieses Krieges gefallen ist. Der Sieg kann dem Führer nicht mehr entrissen werden. Worum es jetzt geht, ist: dem geballten Gegenangriff der Gegenseite mit siegreichem Bestehen zu begegnen.

Das gilt auch auf dem Gebiet der sozialen Karitas im großen Sinne. Dieses Wort wurde ja von einer religiösen Gemeinschaft zwar für sich geschaffen, bedeutet aber einen der ältesten Kulturbegriffe. Wir sagen: schlechthin: Winterhilfswerk.

Von diesem Kriegswinterhilfswerk 1942/43 erwarte ich mir nun, daß jeder im Generalgouvernement, jeder

5.10.1942

Deutsche, jeder Betriebsführer, jeder Behörden- und Einheitschef die Summe dessen, was er von 1941 auf 42 geleistet hat, persönlich wie amtlich genauestens nachprüft und daß er unter allen Umständen zum mindesten die Hälfte dieses Betrages mehr gibt. Es muß unsere Parole sein, dies zu erreichen. Ich glaube, daß das nur der Mindestsatz ist. Denn auch die Not steigt. Es wird immer schwieriger, die Waren, die uns zur Verfügung stehen müssen, zu beschaffen. Es ist ganz klar, daß die Bedürfnisse des Krieges auch nicht geringer werden. Darum gilt es, auch für die anderen Hilfsquellen das Winterhilfswerk aufzubauen. Ich weiß, daß, so groß und so schön die Zahlen sind, die wir gehört haben, wir doch die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit noch lange nicht erreicht haben. Vielfach hat da und dort mancher aus der etwas selbstsicher gewordenen Form des Vertrauens auf den Opferwillen der anderen seine Leistung so eingeschätzt, wie sie, von uns aus gesehen, als zweifellos zu gering eingeschätzt erscheinen würde. Und da wird die Möglichkeit einer weiteren wesentlichen Erhöhung der Beträge gegeben sein.

Wir sind zwar auf das Ergebnis des letzten Winterhilfswerks stolz, wie wissen, daß es eine ungeheure Leistung war, schon dieses Ergebnis zu erzielen; aber wir wissen vor allem auch alle, welche Unsummen von Einzelenergien aufgewendet werden mußten, um diese Leistung herbeizuführen. Trotzdem wollen wir uns alle geloben, unsere Energien zu verstärken. Von dieser Burg zu Krakau aus soll der Ruf in das Land des Generalgouvernements ertönen, die Leistung soweit wie nur möglich noch höher zu schrauben. Dabei muß vor allem ein Gesichtspunkt im Vordergund stehen: das Generalgouvernement ist bis jetzt ein im Kriege entstandenes

5.10.1942

Gebiet und Gebilde im Dienste des Großdeutschen Reiches. Wir haben durch eine geschickt geführte allgemeine Ordnung in diesem Gebiet Hilfsquellen zu erschließen vermocht, an die man vielleicht früher nicht gedacht hat. Die Ernteergebnisse dieses Landes beweisen zudem, daß auch die allgemeine Arbeitskraft der fremdvölkischen Bevölkerung sehr wohl intensivst in den Dienst des Reiches und des Landes gestellt werden kann. Es erfüllt mich eine stolze Genugtuung darüber, daß das Generalgouvernement 500.000 to Brotgetreide ins Reich abzuliefern vermag. Wenn man die Lieferungan für die Wehrmacht, für die Polizei und für die Deutschen dazu nimmt, so bedeutet das eine Leistung von fast 860.000 t Brotgetreide, die aus diesem Lande direkt oder indirekt im deutschen Interesse aufgebracht werden. Dazu kommen die anderen Leistungen des Generalgouvernements für das Reich, die schlechterdings auf manchen Gebieten nicht abschätzbar sind.

Wenn ich mir die Zahlen, die Parteigenosse Ollesch genannt hat, vergegenwärtige, so kann ich aber auch andererseits sagen: das Deutschtum hier im Lande beginnt sich einzuleben, dieses Gebiet kann nicht mehr als polnisches Gebiet bezeichnet werden. Es ist angesichts der deutschen Leistungen in diesem Raum auf allen Gebieten bereits so in den gesamtdeutschen Zusammenhang hineingearbeitet, daß es mit Fug und Recht als untrennbarer Bestandteil des Großdeutschen Reiches bezeichnet werden kann. Ob und wann die Möglichkeit besteht, das staatsrechtliche Gebilde des Generalgouvernements nun in den letzten formalen Auswirkungen reichsgleich zu gestalten, wird der Führer seinerzeit entscheiden. Aber unsere Tendenz muß dahin gehen. Und diese Leistungen des Kriegswinterhilfswerks in den letzten Jahren hier im Generalgouvernement waren ein großer weiterer Schritt, den Deutschen im Reich selbst erkennbar zu machen, welche Bedeutung das Gebiet des

5.10.1942

Generalgouvernements im Gesamtprogramm der Ausweitung unseres Lebensraums hat. Das sei auch ausdrücklich festgestellt. Deutsche, die in diesem Lande solcher Opfer fähig sind, sind auch berufene Pioniere des nationalsozialistischen Großdeutschlands Adolf Hitlers in diesem Raum in jeglicher Beziehung, und sie haben sich die Legitimation erworben, in diesem Sinne als Vorkämpfer für die Erringung des Lebensraumes unserer Nation in der ersten Reihe genannt zu werden.

Sowohl als Reichsleiter wie als Generalgouverneur möchte ich daher Ihnen, Parteigenosse Ollesch, und Ihnen allen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen für den erhebenden Augenblick danken, den wir hier erlebt haben. Es gibt jetzt wenig Feierstunden; denn der Ernst des Krieges steigt allüberall auf. Es ist so, wie wenn die letzten Masken, die sein düsteres Antlitz noch zu verhüllen vermochten, plötzlich gefallen wären und nun der bitterste Ernst letzter Entscheidungsnotwendigkeit zu Tage tritt. Dieser bitterste Ernst wird sich in vielem zeigen. Er wird sich vof allem in der Notwendigkeit weiterer Opfer zeigen.

Wenn ich das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 nun eröffne, dann tue ich es in der Erwartung, daß wir drei Dinge in unserem Werke zum Ausdruck bringen. Erstens müssen wir uns der Vergangenheit unseres Volkes, seiner tausendjährigen gloreichen Geschichte in dieser ernstesten und von Entscheidungen erfüllten Zeit stets bewußt bleiben. Diese Vergangenheit schaut auf uns. Alles das, was die vor uns wirkenden Generationen an Hohem und Großem geschaffen haben, das muß justament von unserer Generation gehalten werden. Zweitens ist es das Bewußtsein der Gegenwart, die nun einmal unser Schicksal geworden ist. Wir haben es nicht leicht. Die Generation, die diese Gegenwart zu meistern hat, hat außerordentliche Aufgaben zu erfüllen. Vor uns gab es keine Generation, die zwei Weltkriege in einem und

demselben Lebensablauf zu ertragen hatte. Es gab keine Generation vor uns, die aus ihrer Mitte Millionen der Besten hingeben mußte, um bestehen zu können, und es gab vor uns noch keine Gegenwart der deutschen Geschichte, die so mit dem tiefsten Bewußtsein der Verwurzeltheit in die unzerstörbare Geschichte unseres Volkes erfüllt sein mußte wie diese. Von unserem Bestehen hängt alles ab. Daß wir nicht schwach werden, das ist das Entscheidende. Ob dabei einige von uns schwach werden, das werden wir überwinden; ob aber nach uns noch einmal eine deutsche Generation kommen würde, die, wenn wir dahinsänken, sich dann wieder aufrichten könnte, wissen wir nicht. Wir wollen es aber auch gar nicht annehmen; denn den Ehrgeiz hat uns der Führer gelehrt, daß wir aus Eigenem schaffen wollen. Dieser Gegenwart mit ihren drohenden Gefahren und ihren tiefernsten Aspekten sind wir mit unserem Leben eingemeißelt.

Drittens müssen wir uns der Zukunft unseres Volkes bewußt bleiben, hängt sie doch davon ab, daß wir bestehen.

So gilt es denn, daß wir die Vergangenheit in uns tragen, die Gegenwart meistern und die Zukunft sichern.

Und der Ausdruck dieses Dreiklangs, die personifizierte Gestalt für diese Geisteslage und für die Notwendigkeit dieser Zeit ist unser Führer. Mit ihm steigt das stolze Bewußtsein unserer deutschen Vergangenheit, steigt das gegenwärtige Empfinden und Wahrmachen der deutschen Stärke und die Garantie der deutschen Zukunft in einer Person in uns auf. Dessen möge sich jeder deutsche Volksgenosse und jede deutsche Volksgenossin im Generalgouvernement immerdar bewußt sein.

Das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 des Generalgouvernements soll daher dem Führer helfen, einen seiner sozialen Kämpfe siegreich zu bestehen. Und was wir hier

von Partei- und staatswegen dazu tun können, um die Gemüter in dieser Richtung zu führen und zu bestimmen, das sei Ihnen, Parteigenosse Ollesch, zugesagt. In dem Werk, das Sie leiten, sind wir alle,ganz gleich, welchen Rang wir sonst hier einnehmen, Ihnen unterstellt. Wir haben Ihnen mit allen unseren Kräften zu helfen, ganz gleich, in welcher Position staatlicher oder parteimäßiger Art wir uns befinden. Ich selber werde zu jeder Dienstleistung im Rahmen des Kriegswinterhilfswerks bereit sein, zu der Sie mich aufrufen, ganz gleich, was Sie von mir verlangen. Ich will damit auch ein Beispiel für alle anderen geben. Niemand soll sich durch irgendeinen Hinweis entschuldigen dürfen. Das muß in diesem Winter anders werden. Salonpüppchen, Bequemlichkeitsapostel, genießerische Typen aller Art können wir jetzt überhaupt nicht mehr brauchen. Das hört auf.

Es ist daher klar, daß gerade wir, die wir dem engsten Kontakt mit der Front haben, auch mit staatlichen Regulativen dort einschreiten werden, wo der Appell an das freiwillige Walten nicht genügt. Ich werde da, wo es notwendig ist, wo Sie mir Meldung machen, daß Sie den Eindruck haben, Lebensführung oder Verhalten sei dieses großen Opfergangeu nicht würdig, den wir nunmehr alle als Deutsche zu gehen haben, mit aller Brutalität einschreiten. Ich möchte Sie also bitten, Parteigenosse Ollesch, daß Sie in allem und jedem über mich verfügen. Ich als Vertreter des Führers in diesem Raum möchte Ihnen damit die Möglichkeit geben, jede Ausrede, von wem sie auch kommen möge, von vornherein zurückzuschlagen. Es darf nicht sein, daß die einen alles tun und die anderen gar nichts, daß z.B. drei Frauen in ~~ihre~~ irgendeinem Bereich sich totarbeiten und die anderer nichts tun. Ich bitte Sie, Parteigenosse Ollesch, daß Sie dieses neue Kriegswinterhilfswerk 1942/43 auch rein disziplinär so aufziehen, daß Sie mir allenfalls in Form

einer Verordnung oder auf anderem Wege Gelegenheit geben, das, was ich eben sagte, in die Tat umzusetzen. Es wird eine Art Dienstpflicht für das Kriegswinterhilfswerk zu organisieren sein. Das soll nicht heißen, daß ich etwa weniger Vertrauen in denWillen der Deutschen im Lande zum Spenden und zur Mitarbeit hätte. Aber es gibt doch eine allgemeine Wehrpflicht, und sie wird nunmehr durch eine totale Deutschtumspflicht in diesem Raume ergänzt. Diese Deutschtumspflicht sehe ich darin, daß jeder Deutsche hier die ihm von der Reichsgemeinschaft in ernstesten Zeiten der Kriegsentwicklung auferlegte Art von Diensten zu erfüllen hat. Bequemlichkeit und Privatleben des Einzelen dürfen hier einfach keine Rolle spielen. Immer wieder muß gesagt werden: selbst das höchste Opfer, das im Hinterlande gebracht wird, bedeutet nichts gegenüber dem Einsatz der Soldaten an der Front.

Wenn ich diesen Gedanken Ausdruck gegeben habe, so glaube ich, damit das organisatorisch Notwendige gesagt zu haben. Ich weiß, daß das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 in diesem Sinne wieder ein großer Erfolg sein wird. Das sei ausdrücklich gesagt. Das ist natürlich bequem, sich zur Partei und zum Führer bekennen, wenn die Dinge sozusagen im allgemeinen programmäßig und auch dem Einfältigsten erkennbar, sichtlich erfolgreich verlaufen. Es ist aber gerade unsere nationalsozialistische Parteipflicht, in den Augenblicken, die schwierig sind, uns nun mit gesteigerter Energie zu dem Mann und seinem Werk zu bekennen, dem wir auch das Dasein in diesem Gebiet überhaupt zu verdanken haben, Adolf Hitler.

Und deshalb leuchtet über diesem Kriegswinterhilfswerk das stolze Zeichen, daß es hoffentlich eines großen Sieges Adolf Hitlers großartiger weiterer Beweis sein wird.

5.10.1942

Mit dem Herzen siegt man zum mindesten so wie mit den Waffen, mit der Gesinnung sicher mehr als mit den Waffen. Dieses Kriegswinterhilfswerk ist die Waffe des Führers auf dem Gebiet des Herzens und des Geistes. Ich stelle dieses Kriegswinterhilfswerk in den Mittelpunkt der Deutschtumspflicht.

Wir grüßen den Führer! Unser Führer Adolf Hitler Sieg-heil! Sieg-heil! Sieg-heil!

Die Kundgebung ist geschlossen.

16[20] Besprechung mit Pressechef Gassner, Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler, Verlagsleiter Strotzyk und Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger.

17[10] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Anwesenheitsliste

für die .....

am 5.Oktober 1942, 15 Uhr, auf der Burg stattfindende Sitzung

im Königssaal - Betr. Arbeitsbereich - N.S.V.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Willuhn	Oberbereichsl.	
Brechmann	Gauamtsleiter	
Hohmeyer	Bereichsleiter	
Graff	Krakauer Zeitg.	
Neumann	Amtsleiter NSV.	
Kaufmann	Kraka[illegible]	
Oskar	Abt. Arbeitseinsatz	
Hermann	Abt. Leiter NSV	
Hesse	Abt. Leiter N.S.V.	
Hödl	Distrikt Radom	
Schmidt	Warschau	
Hoerner	Bereichsleiter	
Frank	Amtsleiter N.S.V.	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststel
Lenzhold	Obl. Leut	Kommando
Fischer	Nähterin Schneiderin 99	Schneiderei Gaujugend
Adam	Adjm. Uffz	Adjutant HJ.
Fleuter		
Oberländer		Inspektion

Dienstag, den 6.Oktober 1942

bis

Montag, den 19.Oktober 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf

Dienstag, den 20.Oktober 1942

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

10^{15} Besprechungen mit Kammergerichtsrat Dr.Keith und Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Mittwoch, den 21.Oktober 1942

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

12^{40} Sitzung im Königssaal der Burg.
An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert
Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch
Kammergerichtsrat Dr.Keith
Direktor Dr. Coblitz
Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger
Intendant des Staatstheaters Stampe
Hauptschriftleiter Stoeppler
Intendant Haslinde
Chefdirigent Hindemith
Musikalischer Oberleiter Antolitsch
Kapellmeister Erb
Referent Jaenicke
Regierungsrat Gnauck als Protokollführer.

Gegenstand der Beratung ist die
Gestaltung der Feier des Dritten Jahrestages des Generalgouvernements.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Willen Ausdruck, daß angesichts der Kriegszeit die Feier des Dritten Jahrestages des Generalgouvernements diesmal im einfachsten Rahmen gehalten sein solle. Andererseits wünsche er nicht, daß dieser Tag vergessen werde, denn er sei ein historisches Datum.

21.10.1942

Der Herr Generalgouverneur bespricht sodann mit den Sitzungsteilnehmern die Einzelheiten der geplanten Veranstaltungen.

Hauptschriftleiter Stoeppler teilt mit, daß für den 25.Oktober die Herausgabe einer Sondernummer der Krakauer Zeitung vorbereitet sei, die einen längeren Leitartikel enthalten und in der verschiedene Themen, die das Generalgouvernement und seine Geschichte beträfen, behandelt werden sollten.

Am 23.Oktober vormittag 11 Uhr wird Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank im Institut für Deutsche Ostarbeit einen Vortrag über das Thema "Die Epoche des Ostens" halten.

Am 25.Oktober findet die Erstaufführung der Oper "Julius Caesar" von Händel im Staatstheater statt.

Für den 26.Oktober, den eigentlichen Gründungstag des Generalgouvernements, ist eine Regierungssitzung vormittag 11 Uhr vorgesehen. Sie soll im Königssaal der Burg stattfinden und den Charakter eines Staatsaktes tragen. - Vor der Regierungssitzung sollen Auszeichnungen verteilt werden.

Für den 26.Oktober ordnet der Herr Generalgouverneur die Beflaggung der Dienstgebäude der Regierung und der Distrikte an.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann noch nähere Anweisungen für eine einfache, aber doch würdige Ausschmückung des Staatstheaters und des Konzertsaals der Urania, in welchem am 26.Oktober abends ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit dem Pianisten Professor Wilhelm Kempff stattfinden wird.

Mit den Vorbereitungen der obengenannten Veranstaltungen werden Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert, Intendant Stampe und Intendant Haslinde beauftragt, die

sich hinsichtlich der Einzelheiten mit Kammergerichtsrat Dr. Keith ins Benehmen setzen sollen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird sodann zu verschiedenen kulturellen Fragen Stellung genommen. Bei dieser Gelegenheit spricht der Herr Generalgouverneur dem Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch sowie den Intendanten des Staatstheaters und der Philharmonie, ebenso auch Hauptschriftleiter Stoeppler seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihnen unter schwierigsten Umständen geleistete kulturelle Aufbauarbeit aus. Er gibt weiter dem Wunsche Ausdruck, daß der zu gründenden Kulturvereinigung bei allen maßgebenden Stellen vollste Beachtung geschenkt werden möge.

Der Vorschlag des Referenten Jaenicke, demnächst die Verkündung des Schrifttumpreises vorzunehmen, findet die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch, beim Führer den Antrag zu stellen, daß zum 30.Januar 1943

dem Intendanten des Staatstheaters Stampe der Titel "Generalintendant",
dem Chefdirigenten Hindemith, dem Musikalischen Oberleiter Antolitsch und dem Kapellmeister Erb der Titel "Staatskapellmeister"

verliehen werden möge.

21.10.1942

16[lo] Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung, daß er auf Grund einer Anordnung des Gauleiters Sauckel als Sonderbeauftragter für den Einsatz in den Niederlanden bestimmt worden sei. Er bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn für eine Zeit von einigen Monaten aus dem Dienste des Generalgouvernements zu beurlauben.

Ferner teilt Präsident Dr. Frauendorfer dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Arbeitsamtspräsident Dr. Struve mit einem Sonderauftrag für die Erfassung von Arbeitskräften im Interesse des Reiches ins Generalgouvernement beordert worden sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Beurlaubung des Präsidenten Dr.Frauendorfer unter Vorbehalt seiner endgültigen Stellungnahme einverstanden. Der Bitte des Präsidenten Dr.Frauendorfer, den Präsidenten Dr. Struve zu empfangen, will der Herr Generalgouverneur zu gegebener Zeit willfahren.

17[oo] Der Herr Generalgouverneur besucht das Schachturnier im Literarischen Kaffee zu Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Anwesenheitsliste

für die Sitzung

am 21.Oktober 1942 um 12 Uhr 30 Minuten

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Zum. [illegible]	
[illegible]	[illegible]	
[illegible]	[illegible]	
[illegible]	Intendant der Philharmonie der SS Musikal. Oberl. Staatstheater	
[illegible]	Intendant d. Staatl. Staatstheater Krakau SS-Hptsf.	
[illegible]	Dir. des Inst. f. Deutsche Ostarbeit	
[illegible]	Hauptm. d. SS.	
[illegible]	Philharmonie	

Krakau

Freitag, den 23.Oktober 1942

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Institut für Deutsche Ostarbeit.

11^{05} Öffentliche Schlußsitzung der vom Institut für Deutsche Ostarbeit in der Zeit vom 20. bis 23.Oktober 42 veranstalteten Arbeitstagung.

Einleitend referiert der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr.Coblitz über

"Wissenschaftliche Aufbauarbeit im Generalgouvernement".

Der Präsident des Instituts für Deutsche Ostarbeit Generalgouverneur Dr. Frank hält darauf einen Vortrag:

"Die Epoche des Ostens".

1100

23.10.1942

Der Herr Generalgouverneur führt aus:

Das dreijährige Bestehen des Generalgouvernements gab den willkommenen Anlaß, in einer Sondertagung auch die Arbeiten des Instituts für Deutsche Ostarbeit einer eingehenden Schau zu unterziehen und dabei festzustellen, in welch' segensreicher, fortschrittlicher Entwicklung sich dieses geistige Deutschtumszentrum des Generalgouvernements befindet.

Ich möchte Ihnen, Herr Direktor Dr.Coblitz, sowie allen Referenten, Sektionsleitern, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Instituts für Deutsche Ostarbeit meine besondere Anerkennung zum Ausdruck bringen für diese hervorragende, vorbildliche Arbeit, die es nunmehr in zweieinhalb Jahren ermöglicht hat, aus einer von mir gefaßten Idee eines der wirkungsfruchtbarsten Institute der deutschen Ostforschung und Ostlehre überhaupt zu machen. Ich werde auch in Zukunft den Arbeiten und Aufgaben dieses Instituts stets meine besondere Aufmerksamkeit widmen. Denn es ist unerläßlich, daß sich das große politische Geschehen dieses Raumes immer wieder geistig sammle, ideell ausrichte und geradezu dogmatisch unterbaue. Der kühne Versuch, einen zum überwiegenden Teil von fremdvölkischen Elementen bewohnten Raum einer eigenkonstruierten deutschen Führung und Verwaltung zu unterstellen, bildet eine organisatorische und führungsmäßige Aufgabe, die schon im Frieden ein schweres Problem darstellen würde, ine mitten des von furchtbaren Aspekten durchzogenen größten Krieges aller Zeiten aber geradezu von Schwierigkeiten aller Art ausschließlich durchsetzt erscheinen muß.

23.10.1942

Was in diesen drei Jahren aus dem von uns damals übernommenen, völlig zerstörten, aus allen Fugen der allgemeinen Ordnung und der Wirtschaft geratenen Raum - noch dazu bei dessen völliger Entblößung von allen materiellen Voraussetzungen und rohstoffmäßiger Versorgung und der Zerstörung aller technischen Unterlagen - heute geworden ist, spricht für uns. Keine noch so raffierniert angelegte feindliche Gegenpropaganda kann dieses Werk deutscher Männer und Frauen in diesem Raum jemals zum Vergessenbringen. Wer irgendwie unbefangen durch die Straßen unserer Städte und unseres Landes geht, der wird allüberall den Erfolg unserer Aufbauarbeit anerkennen müssen. Buchstäblich blüht hier neues deutsches Leben aus den Ruinen eines früheren fremdvölkischen Staates.

Mitten hineingestellt in die gewaltige Inanspruchnahme seitens des kämpfenden großdeutschen Reiches, über deren Auswirkungen ich im einzelnen bei dem Staatsakt aus Anlaß des dreijährigen Bestehens des Generalgouvernements noch sprechen werde, muß aber gerade hier an dieser Stelle das Augenmerk auf jenen großen, geistigen Rückhalt und jene geistigen Ausblicke gerichtet bleiben, die ich unter dem Thema "Die Epoche des Ostens" heute einmal grundsätzlich erörtern möchte.

Das Generalgouvernement als das älteste der besetzten Gebiete des Großdeutschen Reiches seit Beginn unseres Freiheitskampfes war zugleich der erste Vorstoß inden weiten Ostraum und bis zum Beginn des Krieges gegen die Bolschewisten auch der östlichste Machtpfeiler unseres Reiches. Heute liegt das Generalgouvernement weit hinter den Fronten des Ostens, inmitten der Gesamtraumlage unseres Volkes zwischen Atlantik und Wolga. Es bedeutet somit keineswegs mehr einen dem Osten zugewandten Abschluß, sondern eine zwishhen dem Mutterland und den neuen gewaltigen Territorien des Ostens liegende starke Brücke. Der Osten ist und bleibt unser

deutsches Schicksal, und so muß auf dieser Brücke "Generalgouvernement" ein Treffen stattfinden all' jener gedanklichen Vorstellungen, die zwischen Heimat und Neuland immer und ewig hin und her spielen und die zwischen Heimat und Front im Kriege den wesentlichen Gedankeninhalt unserer Soldaten ausfüllen. Für die aus dem Osten nach dem Reich Reisenden ist das Generalgouvernement bereits ein stark heimatlich anmutendes Gebilde, für die aus dem Reich nach dem Osten Reisenden aber ist es bereits der erste Gruß einer östlichen Welt. Wie immer aber man es ansehen mag: Die Zukunft unseres Volkes, der wesentliche Inhalt unserer völkischen Gemeinschaftsarbeit, die größten kolonisatorischen Entwicklungen unserer nationalen Potenz werden für alle Zukunft in dieser Richtung der aufgehenden Sonne liegen. Die Epoche des Ostens ist für unser großdeutsches Volk angebrochen. Damit schließt sich der Entwicklungslauf unserer großdeutschen Geschichte in einer grandiosen Vollendung. Man könnte ja die deutsche Geschichte ganz allgemein nach der Windrose geradezu etwa in folgende Epochen einteilen:

Es gibt eine Nordepoche unseres Volkes. Es ist dies die Urepoche unserer Nation,und alles, was mit den gewaltigen, heroischen Vorgängen, den Riesengestalten der Urform unseres germanischen Volkstums zusammenhängt, ist dem Nordenzugewandt gewesen oder aus ihm entsprossen. Rasse unseres Volkes, Blut unserer Nation, Germanentum der Vorzeit - sie alle sind für uns mit dem Blick nach dem Norden verbunden. Dort, in der kühlen Atmosphäre der steten Auseinandersetzung mit urelemtaren Motiven völkischen Selbstbehauptungsringens liegt unsere geistige Heimat. Niemals mehr ist aus dem rassischen Urbewußtsein unserer germanischen Abkunft das nordische

23.10.42

Ideal der menschlischen Erscheinung unseres Volkes wegzudenken.

Es gibt auch eine Westepoche unseres Volkes. Sie bedeutet, vom Reich Karls des Großen, dem Frankenreich, angefangen, im Laufe der Jahrhunderte die Auseinandersetzung unseres Volkes mit jenen später als typisch westlich bezeichneten Grundhaltungen des Lebens. Die größte Gefahr aber war die Auseinandersetzung mit der sogenannten Demokratisierung, Parlamentarisierung und Republikanisierung. Durch die Vermengung romanischer, germanischer und keltischer Elemente entstand jenes typisch westliche völkische Bild, aus dem für Europa bedeutsame mittelalterliche und neuzeitliche Gebilde erstanden, die ihre Inkarnation indder Gestalt Napoleon Bonapartes fanden, der darauf ausging, Europa unter dem siegreichen Schwert Frankreichs zu einigen. Wenn der Nordaspekt unseres Volkes einen fast naturgesetzlichen Charakter der blutmäßigen Betrachtung unseres Volkes beinhaltet, so deutet das Westbild die Problematik der Staatskonstruktion unserer Nation an, die von der Idee des Einheitsreiches bis zu den dekadenten Theoremen von Demokratie und Liberalismus sich erstreckte und einen steten Verfall der Staatsautorität und einen gleichzeitig damit sich vollziehenden Aufstieg der nur sehr schlecht mit dem Schlagwort "Individualismus" verbrämten Anarchie aufzeigte.

Wiederum anders leuchtet die Südepoche unseres Volkes.

Ganz abgesehen davon, daß in der Verbindung mit dem Süden durch eine fast ein halbes Jahrtausend dauernde Zugehörigkeit zum antiken römischen Imperium eine gewaltige volkscharakterbildende Bedeutung liegt, war es die mittelalterliche Reichsgestaltung unter den gewaltigen Kaisern etwa der Stauferperiode, die den größten Italiener der damaligen Zeit, Dante, vor der Kaiserherrlichkeit unseres Reiches erschauern ließ und die uns

für viele Jahrhunderte mit einem gewaltigen Impuls erfüllte. Das unausgesetzte, durch Jahrhunderte hindurch sich wiederholende Hinabziehen deutscher Reichsmacht über den Brenner und durch die Salurner- und Veroneserklause bis nach Rom und nach Sizilien hat jenen Einklang zwischen deutschem und italienischem Volksgeist und jene gegenseitige kulturelle und seelische Durchdringung herbeigeführt, die ihren schönsten Ausdruck in der schicksalhaften Verbundenheit des deutschen und des italienischen Volkes im Freiheitskampf um ihre nationale Ehre und Größe gefunden hat und als späte Frucht dieser Entwicklung strahlend aufleuchtet. So kam aus dem Süden und aus der Beschäftigung mit dem Süden und mit dem antiken Ideal, aus der Erkenntnis der Schönheit der Landschaft und aus den geistig seelischen Bedingungen des Lebens der Begriff des Idealismus und der Glaube an die höheren Werte des Daseins, der dann in unserem Volkstum auf unserer eigenen rassischen Grundlage sich entwickelte.

Nunmehr schließt sich der Kreis. Jetzt öffnet sich der Osten, und er blickt uns mit dem ernsten Gesicht der Wirklichkeit an. Wenn uns im Norden die Rasse, im Westen der Staat und im Süden jede Form von Gemeinschaftsideal höherer Art voranschwebte, so haben wir im Osten nunmehr die bodenmäßige Verankerung der Gesamtexistenz unseres Volkes zu vollziehen. Nicht nur der Kreis der Windrose schließt sich damit, sondern auch die Vollendung alles dessen, was unser Volk in seiner Geschichte bei der Erfüllung der für sein Dasein notwendigen Voraussetzungen gesucht, erkämpft, verloren und immer wieder neu aufgerichtet hat, vollzieht sich jetzt. Nunmehr haben wir im Osten den Lebensraum gesichert, der das äußere Bild unserer Volksgeschichte substratmäßig unterbaut und der Verwurzelung der deutschen Führung im Dienste unserer Nation wie vor allem auch im Dienste ganz Europas Raum gibt. So sehen wir

die Epoche des Ostens als die grandiose Entwicklungszusammenfassung der gesamten bisherigen Geschichte unseres Volkes an.

Ohne eine bis ins tiefste gehende geistig-seelische Untermauerung war dieser Krieg vom Führer nicht begonnen. Die vom Führer in entscheidungsvollen, schwersten Stunden vorgenommene Abwehr des unmittelbar drohenden bolschewistischen Flankenangriffs war zugleich der Fanfarenstoß zur Vollendung deutschen Lebensaufbaues auf diesem Planeten. Es kann keine Größe der Aspekte geben, die diesem historischen Moment entspräche; denn er übersteigt alles bisherige Maß unseres politischen und sozialen Denkens ebenso wie unser an Wirtschafts- und Lebensbedingungen bisheriger Art gemessenes Handeln. Die Epoche des Ostens ist das Ende einer spießigen Kleinheitsdemagogie, und sie öffnet den Raum und weitet die Gehirne. Die Epoche des Ostens bedeutet für uns Deutsche eine Verlagerung des Schwergewichts unseres Lebens aus dem heimischen Idyll hinaus in die freie Zone gewaltigster kolonisatorischer und siedlungsmäßiger Neugestaltung. Wir im Generalgouvernement spüren diesen Hauch der neuen Zeit, dieser Epoche des Ostens unseres Volkes vom ersten Tag an. Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß die geschichtsbildende Kraft dieser Idee in unserem Reichsgefüge die gewaltigsten Neuformungen und Entwicklungen zur Folge haben wird.

Auf <u>vier Fundamenten</u> erhebt sich demnach dieses neue Reich, das durch die Epoche des Ostens gekennzeichnet ist:

Das <u>erste Fundament</u> ist das Führertum Adolf Hitlers. Wenn es angebracht ist, eines großen Ereignisses der Geschichte vor vierhundertfünfzig Jahren zu gedenken, dann ist es die Rückerinnerung daran, daß am Freitag, dem 12.Oktober 1942, 2 Stunden nach Mitternacht, Christopherus Columbus, geboren als Italiener in Genua, im Dienste Spaniens Amerika entdeckte. Es gibt kaum einen zweiten, persönlich und zeitlich markanteren,

weltgeschichtlichen Entwicklungspunkt als diesen. Die Entdeckung des Christofero Colombo brachte eine neue Welt, die herüberstrahlend Europa im Laufe der Jahrhunderte, die dazwischenliegen, in weitestem Umfang umformte. Eine Wirkung ging von dieser Tat aus, die schlechterdings im einzelnen nicht mehr aufzuspüren ist, sondern nur in ihrer Gesamtheit annähernd erfaßt werden kann.

Vergleichbar dieser Tat allein ist die historische Tat Adolf Hitlers, die er mit der Entdeckung des Ostens für das Deutschtum und damit für Europa beging. Diese welthistorisch einmalige Tat hat den Ural wieder einbezogen in eine unmittelbare Beziehung zum Atlantik. Sie wird für Europa die gleichen Segnungen und die gleichen Ausweitungen, die gleichen Umformungen zur Folge haben wie die Tat des Columbus. Vorausgegangen war allerdings dieser Tat des Führers schon die Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Durch diese Tat Adolf Hitlers eröffneten sich dem müden und aus eigenen Autarkiebegrenzungen heraus unfruchtbar gewordenen Europa eine neue Ordnung und eine neue Lebensmöglichkeit. Die Epoche des Ostens wurde damals gegründet, als der Führer alle Ideale unserer Geschichte zusammenfaßte und sie gesammelt dem neuen Ziele des Lebensraumes unseres Volkes und Europas zuführte. Es wird die Zeit kommen, in der diese Tat Adolf Hitlers als eine grandiose Erfüllung aller Sehnsüchte unserer Zeit gewertet werden wird. Dieses Führertum ist Führertum, ist schöpferisch und mußte, um seine großen Ziele zu erreichen, in zunehmendem Maße in Konflikt mit den die alte Aufteilungsordnung der Erde gewaltsam aufrechterhalten wollenden Weltmächten kommen. Die Epoche des Ostens konnte nur durch die Abwehr der dauernden bolschewistischen Angriffsdrohung auf Deutschland eröffnet werden. Nur von ihr hing es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft Lebensraum und Nahrung für sich und

Europa sicherstellen könnte oder nicht. Es gab noch nie einen notwendigeren Krieg in der Geschichte, als den, den der Führer am 22.Juni 1941 gegenüber dem insgeheim sich gegen uns zum Aufmarsch sammelnden bolschewistischen Reich begonnen hat. Da dieses Führertum Adolf Hitlers sich in dieser letzten größten geschichtlichen Auseinandersetzung als die zentrale Repräsentanz unseres völkischen Schicksals erwiesen hat, ist es zu einem Lebenselement unserer Nation geworden. Es wird dieses Lebenselement bleiben, ganz gleich, wie im Äusseren die Formen jeweils aussehen werden. Immer wird das Ideal der Staatsführung unseres Reiches in einer schicksalbestimmten Einzelpersönlichkeit bestehen und nicht in einer nach Mehrheitsprinzipien abstimmungsmäßig sich bildenden Kollektivführung.

Das zweite Fundament bildet die Rassenkraft, repräsentiert durch die NSDAP. als die Trägerin dieses vom Führer Adolf Hitler dem Deutschen Volk aufgegebenen Lebensanschaungsprinzips. Diese Rassenkraft unseres Volkes, die sich in den leuchtenden Gestalten unserer Helden an allen Fronten ebenso zeigt wie in der unerschütterlichen Durchhaltekraft unseres Volkes im Inneren, ist der uns von unseren Vorfahren überkommene, grandiose schöpferische Blutstrom, der das Schicksal unseres Volkes trägt. Aus ihr erwuchs die Kraft, die die Vernichtung aller Feinde Europas und aller Feinde der menschlichen Kultur gebietet und die als gottgewollte, urelementare Erscheinungsform den Führungstyp auch der neuen Epoche der Welt vorstellt.

Als drittes Fundament der Epoche des Ostens erscheint uns die Reichsidee in ihrer ganzen grandiosen, geschichtlichen Größe. Dieses Deutsche Reich - "Heilig" bezeichnet durch die gläubige, hingabebereite Treue unserer Vorfahren - soll auch uns heilig bleiben als jenes gewaltige, symbolisch und begrifflich allem deutschen Gemeinschaftshandeln voranleuchtende und übergebaute Gebilde, das fern über uns strahlend unsere letzte

Kraft zu seinem Dienst aufrufen kann. Dieses Reich der Deutschen leuchtet durch die Geschichte ebenso sehr als der heroische Impuls gewaltiger geschichtlicher Vorgänge wie als der hohe Areopag europäischer Ordnung, Gesittung und moralischer Stärke. Es wird in der Epoche des Ostens eine gewaltige Neuerstehung feiern. Dieses Reich "Deutschland" wird seine hohe Mission erfüllen für das deutsche Volk, für Europa und die Welt. Uns hier im Generalgouvernement ist dieses Reich die machtvolle Stütze unserer Arbeit und das Ziel unseres Strebens.

Das vierte wesentliche Element ist der von dem unvergleichlichen Heldentum unserer Wehrmacht eroberte Lebensraum, indessen Neuformung mitten hineingestellt nunmehr das Generalgouvernement in das vierte Jahr seines Bestehens tritt. Dieser Lebensraum sieht zunächst nicht Städte, sondern das bebaubare Land. Ihm geht es nicht um die heroisch-romantische Geste triumphierender Siegesfeiern in fremden, nunmehr eroberten Gebieten, sondern sein Ziel sind Nahrung und Siedlung. Er begreift in sich die Wirklichkeit des Lebens als die logische Schlußform jeder Entwicklung und jene mit den Tatsachen des Tages sich unverträumt vertraut wissende Arbeitsauswirkung im Dienste der Bedürfnisse der völkischen Gemeinschaft auf dem Gebiete der Lebenshaltung und der Lebenssicherung. Man könnte die Epoche des Ostens als die realistische Epoche unserer Volksentwicklung bezeichnen, und sie ist es auch, aber nicht in dem Sinn, daß sie eines Ideals besonders bedürfte; denn welches Ideal des Einzelnen könnte größer und bedeutungsvoller sein als jenes, das Tausenden und Abertausenden deutscher Männer den Kampf für Deutschlands Lebensraum zum Ziel des eigenen Lebens werden läßt! Wenn man von der Epoche des Ostens als einer realistischen Epoche spricht, dann vielmehr in dem Sinn, daß unser Volk, so viele Jahrhunderte hindurch das Volk der Dichter und Denker, der Träumer und Phantasten genannt, nunmehr in weitem

23.10.42

Umfang geweckt erscheint für die Erkenntnis, daß schließlich ohne die Sicherstellung der materiellen Unterlagen der völkischen Gemeinschaft in Raum und Zeit auch die Ewigkeit eines Volkes verloren ist.

Die Epoche des Ostens ist daher auch eine revolutionäre Neuformung unseres Daseins in jedem Hinblick. Sie ist gekennzeichnet durch das allmähliche Aufsteigen der technischen Elemente der Gemeinschaft vor den formalen. Dieses Kennzeichen des typischen 20. Jahrhunderts wird sich nicht nur in dem eigentlichen Industrie-, Verkehrs- und Maschinensektor unserer Gemeinschaftsarbeit auswirken, er wird auch im weitem Umfang die Technik des Staates in seine Einflußzone einbeziehen. Allüberall muß an der Beseitigung der organisatorischen und persönlichen Schwierigkeiten gearbeitet werden, die sich daraus ergeben, daß die Relation zwischen der Bevölkerungszahl der Deutschen und des von den Deutschen beherrschten Lebnesraumes sich verschiebt. Es ist klar, daß wir Deutsche uns in Zukunft nicht mehr mit all' dem Kleinkram des Lebens werden herumschlagen können, wie das in der Epoche der Postkutsche und der Kleinstaaterei möglich war. Ein neuer, frischer Wind antibürokratischer und antiformalistischer Verwirklichungstendenzen muß sich durchsetzen. Die staatstechnischen Begabungen werden all' diesen Einzelvorgängen eine Ordnung vorauszustellen haben, die verhindert, daß aus diesen Neuformungen revolutionärer Art eine Anarchie von Vollmachten und Berechtigungen entsteht. Wenn es uns gelingt, dies alles erfolgreich zu meistern in der Erkenntnis der Größe dieser Zeit, dann werden wir über die schmerzlichen Gräber der für diese kommenden Freiheiten Deutschlands Gefallenen ein neues Land grüßen.

Wir haben hier im Generalgouvernement diese neuartigen Formen auf allen Gebieten zu erproben versucht. Wir haben hier die neuartige Form eines "Nebenlandes". Wir sind hier kein eigener Staat, wir sind auch keine reine Kolonie, wir sind kein Dominion oder Protektorat, wir sind als "Generalgouvernement" das reichseigene Land

des Ostens; mit allen unseren Kräften gehören wir dem Reich. Wir sind das erste staatsgleich aufgebaute organisatorische Instrument zur Verwirklichung der Epoche des Ostens auf Reichsgebiet.

Im Zusammenhang mit den allgemeinen Aufgaben des Generalgouvernements wird das Institut für Deutsche Ostarbeit seine Aufgabe vollführen. Daß ein wissenschaftliches Institut in dem größten Schicksalsringen unseres Volkes sich auch nicht verlieren darf in der reinen Bewältigung einer leeren, immanent logischen Begriffsapparatur, ist selbstverständlich. Trotzdem wird aber dieses Institut auch in der Kriegszeit seinen hohen Rang als wissenschaftliches nur dadurch behaupten können, wenn es in der Erstellung und Weitervermittlung seiner Forschungsergebnisse dem alten deutschen Grundsatz der absoluten Wahrhaftigkeit huldigt. Dieses Institut ist in seiner Forschung und Lehre frei. Es soll nicht auf Grund Befehls von vornherein bestellte Ergebnisse liefern, sondern es soll uns eine Beglückung sein, wenn auf Grund einwandfreier, unabhängiger Forschung die großen Linien unseres Wirkens hier im Raum auch ihre wissenschaftliche Bekräftigung erhalten. Im übrigen wird aber in dem großen Zusammenhang der wirklich gewaltigen Aufgaben dieses Instituts allen Behörden dieses Landes ein wichtiges kulturelles Element vermittelt: die Erkenntnis nämlich, sich in jedem, auch dem kleinsten Staatsakt dieses Landes darüber klar sein zu müssen, daß er nicht um seiner selbst willen, nicht um der Vergänglichkeit eines momentanen Verwaltungsplanes vor sich geht, sondern daß er im großen Entwicklungsstrom dieser Zeit eine Welle ist, untrennbar zusammenhängend mit dem Gesamtschicksal unseres Volkes.

Das deutsche Element ist im Generalgouvernement heute das führende. Es wird es in immer zunehmendem Maße werden. Das heißt nicht, daß wir das fremdvölkische Element irgendwie ausrotten oder germanisieren

wollen. Wer sich hier loyal den deutschen Ordnungsnotwendigkeiten fügt, wird loyal von den deutschen Ordnungsrepräsentanten behandelt. Ich wünsche Ruhe und Klarheit in diesem Raum auch den fremdvölkischen Bewohnern gegenüber, und ich werde persönlich alles tun, um diese Richtung meines bisherigen politischen Wirkens in diesem Raum auch weiterhin durchzusetzen. Das deutsche Volk will nicht vergewaltigen, sondern es will die neue Lebensordnung aller europäischen Völker in alle Zukunft hinein aufrichten. Ich glaube, daß das polnische Volk in diesem Raum noch nie so klar und sauber regiert wurde, wie das heute der Fall ist. Wir Deutsche sind so stark und so unangreifbar durch Adolf Hitler und seine Bewegung geworden, daß uns von keiner Seite hier eine Gefahr droht. Es ist das Recht des Stärkeren, das wir hier in diesem Land ausüben. Eines der größten Rechte des Stärkeren aber ist nicht die Gewaltanwendung, sondern die Führung zu höheren Zielen auch dem unterworfenen Volk gegenüber.

So wird die Epoche des Ostens die vom Führer schon in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigte neue Entwicklung unseres Reiches, die endgültige Bereinigung der Lebensraumprobleme unseres Volke und vor allem auch die endgültige, friedliche Schicksalsgestaltung der im Osten lebenden Fremdvölker unter deutscher Führung gewährleisten. Das Generalgouvernement ist stolz darauf, vom Führer als ältester Teil in dieser Epoche des Ostens verwendet worden zu sein. Wie das Generalgouvernement wird auch das Institut für Deutsche Ostarbeit in dieser Richtung weitermarschieren.

Die Epoche des Ostens für das deutsche Volk hat Adolf Hitler eröffnet. Das deutsche Volk wird sie in Ewigkeit sieghaft bestehen.

Mit einem von Direktor Dr. Coblitz ausgebrachten Sieg-heil auf den Führer findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

23.10.42

13^{10} F r ü h s t ü c k

15^{05} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur diktiert am Schluß der Besprechung folgendes Fernschreiben an Reichsleiter Bormann:

Sehr geehrter Pg. Bormann!

Ich erhalte soeben durch Pg. Stahl in Vorlage Ihr Rundschreiben betreffend die Neuordnung der Justiz, in dem in Absatz 2 mitgeteilt wird, daß ich den Führer gebeten hätte, mich von meinen Parteiämtern zu entbinden.

Ich stelle dazu fest, daß dem nicht so ist; ich habe weder mein Amt als Reichsleiter der NSDAP noch als Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, sondern entsprechend der in dem Schreiben des Reichsministers Lammers vom 28.Juli 1942 enthaltenen klaren Aufforderung, die im Einvernehmen mit Ihnen mir mitgeteilt wurde, mein Amt als Leiter des Reichsrechtsamtes und als Leiter des NS-Rechtswahrerbundes niedergelegt.

Ich ersuche Sie daher, zur Kenntnis zu nehmen, daß hier offentsichtlich ein Irrtum vorliegt, und bitte Sie um Berichtigung dieses Rundschreibens.

Ich wäre gern bereit, mit Ihnen über die Angelegenheit einmal persönlich zu sprechen, und bitte Sie um Mitteilung, ob dies möglich ist. Mit freundlichen Grüßen

Heil Hitler
Ihr sehr ergebener

23.10.42

16[30] Bankdirigent Dr. Paersch hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über verschiedene Notenangelegenheiten.

16[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

/9

Krakau

Sonnabend, den 24.Oktober 1942

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten des Großdeutschen Schachbundes Ratsherr Wolfrum, den stellvertretenden Präsidenten und Hauptgeschäftsführer Post und den Bundeskämmerer Miehe in Anwesenheit des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert.

Der Herr Generalgouverneur regt die Gründung eines Schachverbandes Generalgouvernement an und ersucht Präsident Dr.Siebert, die Präsidentschaft dieses Verbandes zu übernehmen.

Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert äußert Bedenken gegen die Übernahme der Präsidentschaft, insbesondere im Hinblick darauf, daß es nach einer Verfügung des Reichsleiters Bormann verboten sei, daß nahe Verwandte von Parteiangehörigen in hoher Position ähnlich wichtige Positionen übernähmen. Da sein Vater, Ministerpräsident Dr.Siebert, Ehrenpräsident des Großdeutschen Schachverbandes sei, halte er diese Verfügung als auch für sich verbindlich.

Der Herr Generalgouverneur glaubt die Bedenken des Präsidenten Dr.Siebert durch den Hinweis darauf zerstreuen zu können, daß kein Vorwurf gegen Präsident Dr. Siebert erhoben werden könne, wenn er, der Herr Generalgouverneur, im Interesse der Pflege des Schachspiels es für geboten halte, den Präsidenten Dr.Siebert mit der Übernahme dieser Stellung zu betrauen. Gewiß werde auch Ministerpräsident Dr.Siebert nichts dagegen einzuwenden haben.

24.10.1942

Auch Ratsherr Wolfrum richtet die dringende Bitte an Präsident Dr. Siebert, das Amt des Präsidenten des Schachverbandes Generalgouvernment zu übernehmen. Man werde kaum eine andere Persönlichkeit finden, die solches Verständnis für die Pflege des Schachspiels aufbringe, andererseits auch gegebenenfalls die Repräsentation übernehmen und vor allem die Notwendigkeiten des Neuaufbaues eines Schachverbandes so würdigen könne wie Präsident Dr.Siebert. Die möglichst baldige Gründung eines Schachverbandes im Generalgouvernement unter der Leitung einer tatkräftigen Persönlichkeit werde nicht nur dem Schachspiel neue Freunde gewinnen, sondern darüber hinaus auch dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben im Generalgouvernement förderlich sein.

Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert stellt darauf seine Bedenken zurück und erklärt sich bereit, die Präsidentschaft des zu gründenden Schachverbandes Generalgouvernement zu übernehmen.

11[4o] Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Errichtung von Gutsbezirken der Wehrmacht und Waffen-SS im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Vereinfachung der Strafgerichtsbarkeit im Generalgouvernement
3. einer Verordnung über die Einführung der Verordnung über das Halten von Tauben im Distrikt Galizien

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

24.10.42

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Dr.Siebert und des Präsidiums des Großdeutschen Schachbundes, des Ratsherrn Wolfrum, des Hauptgeschäftsführers Post und des Bundeskämmerers Miehe,im Königssaal der Burg die Teilnehmer am Schachturnier, das in den Tagen des 21. bis 23.Okt. in Krakau im Literarischen Kaffee stattgefunden hat.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Ich darf Sie, Herr Präsident Wolfrum, und die Herren vom Präsidium des Großdeutschen Schachbundes Post und Miehe aufs herzlichste begrüßen. Mein Gruß gilt ebenso den Schachmeistern, die hier im Generalgouvernement in schwerer Kriegszeit ein so hervorragendes Schachturnier durchgeführt haben. Ich weiß es auch zu würdigen, welche kulturelle Sendung das Schachspiel mit sich bringt, da es nunmehr gelungen ist, dank der unermüdlichen Arbeit des Großdeutschen Schachbundes einen europäischen Schachbund ins Leben zu rufen.

Ich bin glücklich darüber, daß Sie, Herr Dr. Aljechin, uns die Freude Ihrer Anwesenheit machen und damit die Bedeutung dieses Turniers besonders heraus heben. Es erfüllt mich weiter mit besonderer Freude, daß die Herren hier im Generalgouvernement ein so vorbildliches Kampfschach gespielt haben. In dieser ernsten Zeit des Krieges ist es für uns Deutsche, vof allem für unsere Soldaten, für unsere Verwundeten, aber auch für die Allgemeinheit unseres Volkes ein stolzer Aspekt, mit einem so edlen Spiel wie dem des großartigen Schach nunmehr einer neuen Kultur entgegen zu schreiten. Das Schach ist fürwahr das königliche Spiel, es birgt in sich die große Form menschlich-geistiger

24.10.42

Beglückung. Ich freue mich, Sie alle hier im Königssaal der Burg zu Krakau begrüßen zu können, in einem Lande, in dem soviele deutsche Fürsten als Könige gewirkt haben.

Ihnen, Herr Präsident Dr. Siebert, danke ich herzlich dafür, daß Sie hier persönlich erschienen sind, gibt doch das Gewicht Ihrer Persönlichkeit der Neugründung des Schachverbandes Generalgouvernement eine besondere Weihe. Ich hoffe, daß der Großdeutsche Schachbund auf Grund seiner Erfahrungen im Generalgouvernement die Schachmeister wird veranlassen können, in jedem Jahre einmal hier ein Schachturnier zu gestalten. Was an mir und meinen Dienststellen im Generalgouvernement liegt, soll geschehen, um Ihnen hier den Aufenthalt so angenehm und freundlich wie nur möglich zu gestalten.

Der Herr Generalgouverneur überreicht darauf den Siegern des Turniers die Preise.

Die Sieges des Schachturniers sind:

1. Dr. Aljechin
2. Junge
3. Bogoljubow
4. Keller
5. Sämisch

Der Herr Generalgouverneur stellt die Verteilung einiger Schönheitspreise und Trostpreise in Aussicht.

Der Präsident des Großdeutschen Schachbundes wendet sich darauf mit Worten des Dankes für den freundlichen Empfang an den Herrn Generalgouverneur.

24.10.42

Das Präsidium des Schachbundes sei stolz darauf, daß das königliche Spiel auf der Burg zu Krakau einen so repräsentativen Ausdruck finden dürfe. Wenn das Schachspiel nunmehr im Generalgouvernement fest verankert und Wege gezeigt würden, die nicht nur das Schachspiel im Generalgouvernement befruchten sollten, sondern darüber hinaus von weittragender Bedeutung für das deutsche und europäische Schach sein würden, so gebühre dafür dem Herrn Generalgouverneur herzlicher Dank.

Mit besonderer Genugtuung könne er feststellen, daß er als Präsident des Großdeutschen Schachverbandes nunmehr einen Mann an die Spitze des vom Generalgouverneur verkündeten Schachverbandes Generalgouvernement stellen könne, der sich in Schachkreisen allgemeiner Wertschätzung erfreue, den Präsidenten Dr.Siebert, den Sohn des Ehrenpräsidenten des Großdeutschen Schachbundes Ministerpräsidenten Dr.Siebert.

Dank der tatkräftigen Förderung des Herrn Generalgouverneurs persönlich habe heute das erste Schachseminar des Großdeutschen Schachbundes in Krakau gegründet werden können. Man werde bereits im Januar nächsten Jahres den ersten Lehrgang nach Krakau einberufen. An diesem Seminar würden hervorragende Meister des Schachspiels wie z.B. der Weltmeister Dr.Aljechin wirken. Aus diesem Seminar müsse einmal eine Akademie werden, die das Schachspiel aus der Kaffeehausatmosphäre heraushebe und die geistige Kraft in sich trage, das königliche Spiel weiter zu entwickeln.

Dem Vorschlage des Ratsherrn Wolfrum, an Ministerpräsident Dr. Siebert aus Anlaß der Ernennung seines Sohnes zum Präsidenten des Schachverbandes Generalgouvernement ein Glückwünschtelegramm zu richten, gibt der Herr Generalgouverneur seine Zustimmung.

24.10.42

13^{10} F r ü h s t ü c k , an dem die Teilnehmer des Schachturniers teilnehmen.

Im Anschluß an das Frühstück werden von Dr. Aljechin und anderen Schachmeistern einige "Schönheitsspiele" erläutert.

15^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{10} Diktat der Rede, die der Herr Generalgouverneur in der Regierungssitzung (Staatsakt) am 26.Oktober 1942 halten wird.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 25.Oktober 1942

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{50} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung von Graf di Fossombrone zur Comandatappa, Marktstr.11 zwecks Teilnahme an der Gründungsfeier des italienischen Fascio Krakau.

12^{00} Gründungsfeier des Fascio Krakau.

Nach Begrüßungsworten von Graf di Fossombrone macht der Herr Generalgouverneur folgende kurze Ausführung:

Herr Graf Fossombrone! Wir sind glücklich, Zeugen dieser Stunde sein zu dürfen, in der Sie hier in Erinnerung an die große historische Tat des Marsches auf Rom die Vertreter der italienischen Menschen im Generalgouvernement zusammengerufen haben, um den Fascio in Krakau zu gründen. Sie haben mit Recht auf den gemeinsamen Siegesmarsch unserer beiden Nationen hingewiesen. Ich möchte Ihnen für das große Italien Benito Mussolinis, an dessen Seite wir den letzten grossen Freiheitskampf unserer Völker bestehen werden, die Grüße der Deutschen des Generalgouvernements übermitteln. Aus der Anwesenheit von Vertretern unserer grossen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ersehen Sie, wie sehr von allen Deutschen an Mussolinis historischer Tat Anteil genommen wird. Nehmen Sie meine persönlichen Glückwünsche entgegen und seien Sie überzeugt davon,welch' große Bedeutung der Marsch auf Rom auch für die Geschichte unserer nationalsozialistischen Bewegung gehabt hat.

Nach diesen Worten spricht der Herr Generalgouverneur zu den anwesenden italienischen Volksgenossen in italienischer Sprache.

25.10.42

12^{25} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16^{00} T e e - Empfang für die Teilnehmer am Dritten Schachturnier des Generalgouvernements.

18^{30} Festaufführung der Oper "Julius Caesar" von Händel im Staatstheater.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Montag, den 26.Oktober 1942

10^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht im Großen Sitzungssaal des Hauses der NSDAP acht Müttern aus dem Generalgouvernement das Goldene Mutterkreuz.

Nach kurzen Begrüßungsworten des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP (ViA) Stahl hält Reichsleiter Generalgouverneur Dr. Frank folgende Ansprache:

Als der Führer aus dem völlig verelendeten deutschen Volk wieder ein großes Volk machen wollte, hat er es nicht gemacht wie irgendein Professor oder gescheiter Mann, der ein dickes Buch schreibt, sondern er hat sich gesagt: wenn ich das Volk, mein deutsches Volk groß machen will, dann muß ich so reden, daß mich das Volk versteht; das Volk muß mich, Adolf Hitler, aber nicht nur verstehen, sondern es muß mir auch folgen in alledem, was ich jetzt vornehme und was geschen muß, um das deutsche Volk wieder hoch zu bringen.

Schon damals, in den kleinen Kreisen waren die Frauen von Anfang an dabei; denn wo käme einer hin, wenn er ein Volk befreien wollte und das nur mit Männern machen wollte! Die Frauen sind die Hälfte des Volkes, meistens sogar mehr als die Hälfte. Die Frauen haben offene, aufrichtige Herzen, und die Frauen sind vor allem die Mütter des Volkes. Sie geben dem Volk die Kinder. Was kann ein Staatsmann machen, wenn die Mütter seines Volkes ihm keine Kinder schenken, mit denen er die Zukunft des Volkes sichern kann? Er braucht daher die Mütter, die dem Volk die Kinder geben. Und so waren von Anfang an - ich weiß das aus den ersten Versammlungen - überall schon die Frauen dabei. Das muß man festhalten und immer wieder betonen.

26.10.1942

Ihr Mütter aus dem Generalgouvernement, Ihr deutschen Mütter in diesem Raum, den der Führer als ersten erobert hat, seid heute unsere Ehrengäste. Ihr seid heute die Ehrengäste der Partei, des Führers, unserer Bewegung, die der Führer aus den deutschen Männern und Frauen geschaffen hat.

Heute verlieren soviele Mütter ihre Söhne; wieviele Mütter sitzen nicht heute schmerzgebeugt im Deutschen Reich, haben eine Kerze angesteckt und das Bild ihres Sohnes vor sich und sagen: ja, der Krieg mag groß und schön sein, aber mir hat er das Schönste genommen. Es darf nicht sein, daß sie sich sagen müssen, mein Bub' ist gefallen für ein Land, das unwürdig ist, oder für eine Gemeinschaft, die das große Opfer nicht anerkennt. Eine Gemeinschaft muß dieses schwerste Opfer, das viele Mütter gebracht haben, als das höchste Opfer ansehen, das überhaupt gebracht werden kann; denn darin liegt ein Stück Opfer vom Leben, nicht der Mutter allein, sondern unseres ganzen Volkes. Es gibt viele Völker, die das verkannt haben, bei denen die Mutter gar nichts mehr gegolten hat. Hier hieß es, genieße das Leben. Wir wissen aber auch, wie es diesen Völkern ergangen ist: sie sind alle erloschen. Das französische Volk ist dafür ein typisches Beispiel; denn der französische Zusammenbruch ist darauf zurückzuführen, daß in Frankreich Mutter, Mutterschaft und Kinderbekommen nichts mehr gegolten haben.

Ihr versteht daher, daß Ihr heute unsere Gäste seid und daß es für unsere Partei ein besonderer Festtag ist, daß Ihr zu uns gekommen seid. Wir wollen damit im Generalgouvernement zeigen, daß es der Führer mit seinem Volk nur gut meint. Er wollte den Krieg nicht. Kein Staatsmann mit Verantwortung will den Krieg und der Führer erst recht nicht. Die anderen jedoch wollten uns kein Glück gönnen. Erinnert Euch nur

26.10.1942

wie es Euch ergangen ist, als die Polen die Herrschaft hatten: die deutschen Menschen galten nichts, sie waren ein Objekt für Polizeiknüppel, die Besten hat man ermordet und verschleppt und Euch als deutschen Menschen das Leben schwer gemacht. Sie haben Euch Arbeit und Verdienst genommen, und sie haben Euch von Haus und Hof gejagt, bis der Führer sagte: jetzt ist Schluß, jetzt werden die deutschen Menschen auch Polens frei. Und jetzt ist es anders, jetzt seid Ihr frei, jetzt seid Ihr die Herren dieses Landes. Jetzt seid Ihr die Frauen, die hier maßgeblich sind und es auch bleiben sollen. Dafür sorgen die gewaltigen Einrichtungen unseres Reiches.

So heiße ich Euch herzlich willkommen. Ich möchte haben, daß Euch das Schwere, das Ihr in diesem Raum erlebt habt, vergolten wird. Kinder machen viel Freude, aber auch viel Sorgen; seit jeher gilt das Wort: " Kleine Kinder - kleine Sorgen, große Kinder - große Sorgen." Jeder Mensch hat eine Mutter; auch wenn er noch so mächtig wird und noch so hoch steigt, er wird ein kleiner Bub', wenn er zu seiner Mutter kommt. Wenn ihn seine Mutter aufnimmt, verschwindet die ganze Herrlichkeit der Welt, und er wird wieder ein bescheidener Bub'. Man erinnert sich daran, was einem die Mutter alles getan hat, wenn sie einem mit zittrigen Händen die Lieblingsspeise kocht.

Unsere großen Dichter und Denker im Volk haben von den Kindern gesprochen. Einer von ihnen - er heißt Rainer Maria Rilke - erzählt uns in einem seiner Werke, wie die Dörfer brennen und die Kanonen einschlagen und wie jeder Krieger seine Wunde trägt. Wie sie nun still dahinreiten, spricht einer von den Reitern: "Mutter, wie geht's Dir?" Und da antwortet ein anderer, jetzt sind wir stille geworden und jeder hat im Grauen des Krieges an seine Mutter gedacht. Die

26.10.42

Mutter ist der Friede eines Volkes; aus den Müttern steigt der große Friede auf; die Mütter der Welt sind die Garantie dafür, daß immer wieder Friede in die Welt kommt.

Es ist in einer ernsten Stunde des Krieges, wenn ich Euch heute als Vertreter von 480 deutschen Müttern aus dem Generalgouvernement begrüße und Euch das Ehrenkreuz der Mutter überreiche. Dieses Kreuz hat der Führer gestiftet, um die Mutter zu ehren; denn der Führer sagte sich, ein Kind zur Welt zu bringen, verlangt dasselbe Opfer und denselben Mut und denselben Einsatz, als wenn ein Mann sein Leben an der Front einsetzt. Jedesmal ist die Geburt eines Kindes ein Ringen mit dem Leben. Das wißt Ihr selber, und das habt Ihr selber alle erlebt. Und Ihr wißt auch, wieviele Mütter auf diesem Felde des Ringens für das Volk und seine Zukunft ihr Leben hingegeben haben. So ist dieses Kreuz, dieses Ehrenzeichen der deutschen Mutter ein wahrhaftes Symbol des ewigen Kampfes eines Volkes um sein Leben unter Einsatz des Lebens. Über 400 sind es im Generalgouvernement, die das goldene Ehrenkreuz bekommen, das heißt das Ehrenkreuz für jene, die acht und mehr Kinder haben. Als ich diese Zahl gehört habe, erfüllte mich diese Tatsache als den Chef dieses Landes mit ganz großer Freude.

26.10.1942

lb[30] Verleihung von Kriegsverdienstkreuzen 2. Klasse durch den Herrn Generalgouverneur im Kanonensaal der Burg zu Krakau.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die mit der Auszeichnung bedachten Beamten und Angestellten folgende Worte:

Meine Mitarbeiter! Kameraden! Der Führer hat Ihnen aus Anlaß unseres Jubiläums, des dreijährigen Bestehens des Generalgouvernements als Nebenlandes des Großdeutschen Reiches, eine hohe Auszeichnung verliehen. Es ehrt Sie, und es ehrt das Deutsche Reich, daß Sie sich inmitten einer der schwierigsten Epochen unserer Geschichte auf dem vorgeschobenen Posten eines fremden, sowohl räumlich wie methodisch erst neu zu erobernden Landes so hervorragend bewährt haben. Mich als Ihren Chef erfüllt es mit großer Genugtuung, daß die Zahl der für diese Auszeichnung als würdig Befundenen so stattlich ist.

Indem ich Ihnen im Namen des Führers und des Deutschen Reiches nunmehr diese Auszeichnung verleihe, möchte ich Ihnen als erster meinen Glückwunsch aussprechen, Ihnen auch meinen Dank und meine Anerkennung für diese hervorragende Leistung im Dienste unseres Volkes zum Ausdruck bringen. Sie selber sind unmittelbare Zeugen für die rein tatsächlich, materiell, aber vor allem auch persönlich-charakterlichen Schwierigkeiten dieses Raumes. Sie werden sich oft und immer wieder überlegt haben: es ist eigentlich ein Wunder, daß es eine Hand voll deutscher Männer vermocht hat, unter den denkbarsten widrigsten Umständen eine stabile Ordnung über viele, viele Millionen fremdvölkischer Menschen so aufzurichten, daß an der Stabilität dieser Ordnung für die Zukunft von niemanden mehr gezweifelt

werden kann. Wir sind damit ein Vorbild für alle jene Gebiete geworden, die mittlerweile, seit das Generalgouvernement geschaffen wurde, als besetzte Gebiete in den großdeutschen Machtbereich eingetreten sind. Ich darf ruhig sagen, daß wir keinen Vergleich mit irgendeinem anderen Gebiet zu scheuen brauchen. Denn wir haben dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche nur geholfen, wir haben ihm keine Sorge bereitet. Wir haben in keiner Weise irgendeine Belastung des Deutschen Reiches und Volkes dargestellt, sondern wir haben, abgesehen davon, daß wir unseren eigenen Haushalt haben decken können, es auch vermocht, dem deutschen Reich in diesem schwersten Ringen aller Zeiten materiell, finanziell, leistungsmäßig eine ungeheure Hilfe zuteil werden zu lassen.

Dies alles sei Ihnen nur kurz gesagt. Als ich vor nunmehr ~~vor~~ 3 Jahren mit nur wenigen Männern dieses Land aufzubauen begann, da war es mir noch möglich, eigentlich mit jedem einzelnen meiner Mitarbeiter den Kontakt aufrecht zu erhalten. Jetzt sind es Tausende und Abertausende deutscher Beamten und Angestellten, und schon aus rein physischen Gründen wird es mir unmöglich, mit jedem Einzelnen den Kontakt so zu halten, wie ich mir das immer gewünscht habe. Seien Sie aber trotzdem stets überzeugt, daß wir Ihre Wohlfahrt in diesem Lande und die Gewährung aller dienstlich möglichen Vorteile für Sie und Ihre dienstliche Laufbahn unausgesetzt im Auge habe. Allerdings ist es recht schwierig, das alles zu erreichen; denn man kämpft gegen einen Ozean von Unverständnis, ja sogar von Neid gegen unsere Arbeit. Das wissen und spüren Sie selber. Sie werden daraus erkennen können, daß es unserer ganzen energischen und entschiedenen Härte bedarf, damit die Geschlossenheit dieses Raumes und seiner Ordnung gehalten werden kann. Sie kennen

mich auch und wissen, daß ich nicht gewillt bin, mich von irgend jemanden niederdrücken zu lassen. Ich verleihe nunmehr im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz 2.Klasse, die Medaille zum Kriegsverdienstkreuz und die dritte Stufe des Ehrenzeichens für Volkspflege. Ich möchte bei der Gelegenheit denen, die die Auszeichnung für Volkspflege vom Führer erhalten haben, noch meine besondere Anerkennung zum Ausdruck bringen, da sie sich zuzüglich zu ihren anderen Leistungen noch um das volksdeutsche Wesen im Raum besonders verdient gemacht haben.

Der Herr Generalgouverneur nimmt hierauf die Verteilung der Auszeichnungen vor. Er schließt den Akt mit folgenden Worten:

Kameraden! Ich kann nur wünschen, daß Ihre Arbeit in den künftigen entscheidenden und schweren Wochen genau so erfolgreich weiterverlaufen möge wie bisher. Der Führer hat uns ausgezeichnet, - danken wir es ihm durch ehrenvollen Einsatz mit ganzer Kraft in seinem Dienste!

11^{05} S t a a t s a k t im Königssaal der Burg zu Krakau.

Der Staatsakt, der in die Form einer Regierungssitzung gekleidet ist und an dem die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, die Mitglieder der Regierung und Abteilungspräsidenten, Gouverneur Dr.Wächter, Gouverneur Dr.Kundt, die drei Verbindungsoffiziere, Hauptabschnittsleiter Stahl sowie weitere geladene Gäste teilnehmen, wird durch die Ouvertüre zur Oper "Agrippina" eingeleitet, die ein Kammerorchester des Staatstheaterorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch zu Gehör bringt.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Rede:

26.1o.42

Das Generalgouvernement tritt mit dem heutigen Tage in das vierte Jahr seines Bestehens. Welche Bedeutung den vom Führer seinerzeit mir gegebenen Vollmachten zum Aufbau eines eigenen Verwaltungsbereiches in diesem unter dem tapfersten Einsatz unserer Wehrmacht eroberten Raum zukommt, bedarf keines besonderen Hinweises.

In dieser festlichen Stunde schauen wir auf drei Jahre einer wirklich kaum vergleichbar schwierigen Aufbauarbeit zurück. Als ich damals vom Führer noch im September 1939 in eingehenden Aussprachen die Grundlinien für die Behandlung dieses staatskonstruktiven Problems erhielt, war ich mir des Umfanges, der mir damit vom Führer übertragenen schwierigen Aufgaben bewußt. Unter welch' ungeheurer persönlich, menschlich und sachlich dienstlicher, geradezu gigantischer Beschwernis ich aber dieses Werk zu vollziehen haben würde, das konnte ich nicht voraussehen.

Damals begann ich mit wenigen Männern frisch und ungestüm mit der Leidenschaft des alten nationalsozialistischen Kämpfertums mich in diesem Raum mit Zeit und Not, Mensch und Sachen herumzuschlagen. Und siehe da: dank der großartigen Unterstützung, die mir die in diesen Raum berufenen deutschen Männer und Frauen haben zuteil werden lassen, kann ich nunmehr mit dem grimmigen Trotz des kolonisatorischen Stiles, wie er uns eignet, sagen: mein Führer! der schwere Auftrag, den Sie mir im September 1939 gegeben haben, aus dem zerstörten Raum des eroberten früheren polnischen Staates ein reichseigenes Nebenland Großdeutschlands aufzurichten, ist vollzogen.

Der Krieg hat sich seit Gründung des Generalgouvernements in seiner grandiosen und ernsten Entwicklung fortgesetzt. Schwerste Probleme hat er seither gezeitigt, er hat auch uns im Generalgouvernement mit den Auflagen seiner Not und seiner Bedürftigkeit bestürmt.

26.1o.42

Dieser Krieg hat uns, wie ein steter Schatten das Licht, in unserem mutvollen Beginnen begleitet. Er hat die Erschwernisse unseres Handelns vervielfältigt und er hat uns so weit gebeugt, daß wir heute sagen: nicht eigentlich mehr ein weiterer Ausbau ist jetzt unser Ziel, sondern unser Ziel kann nur sein, die auf Grund dieses vollendeten Ausbaues herbeigerufene Leistungskraft dieses Gesamtraumes in seinen Dienst zu stellen. Der Krieg und seine Notwendigkeiten beherrschen ja heute alles.

Daraus ergibt sich zunächst einmal, daß der mir vom Führer mit auf den Weg gegebene Grundsatz der möglichsten Einheit der Führung und Verwaltung dieses Raumes mit allem Nachdruck auch in Zukunft festgehalten werden muß, ist er doch das unabdingbare Element, auf dem Sein oder Nichtsein des Generalgouvernements beruht. Nur unter Anwendung dieses Grundsatzes allein war es möglich, die die ursprüngliche Leistungskraft dieses Raumes weit übersteigenden Anforderungen des Krieges, die an uns gestellt wurden, bis heute zu bewältigen. Da aber in Zukunft diese Anforderungen nur noch steigen werden, muß um so mehr die Intensivität der absolut einheitlichen Führung dieses Raumes gewährleistet sein, auch denen gegenüber, denen diese Einheit nicht passen sollte.

Hierin gibt es für mich kein Unterhandeln und kein Bedenken; denn die Verantwortung kann von mir nur getragen werden, wenn ich auch allein im Besitz der Verwirklichungsmöglichkeiten dieses Raumes bin. Ich muß jede Verantwortung für ein Geschehen in diesem Raum ablehnen, das nicht im Rahmen dieser meiner Befehlszone vor sich geht. Dieses Handeln wäre auch illegal und würde aufs schwerste gegen die grundsätzliche Gestalt unseres Gebietes verstoßen.

26.1o.42

Die Einheit der Führung zeigt sich in besonders starkem Maße bei der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht, die geradezu als vorbildlich bezeichnet werden muß. Schon zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich daher den Wehrmachtsdienststellen des Generalgouvernements ohne jede Ausnahme den Dank der Regierung des Generalgouvernements, aller Gouverneure und Kreishauptleute sowie aller Dienststellen und Behörden für die hervorragende kameradschaftliche, gediegene Zusammenarbeit aussprechen, die wir mit den Dienststellen des Heeres und der Luftwaffe zu beiderseitigem Wohle in diesem Raume ausüben.

Das gleiche muß ich sofort auch mit besonderer Dankbarkeit für die hervorragende Zusammenarbeit der Staatsdienststellen des Generalgouvernements und des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP sagen. Als Chef dieses Nebenlandes kann ich der Partei dankbaren Herzens die Anerkennung zollen, daß sie uns in stetigem Wirken in jeder Weise geholfen hat. Sie hat damit bewiesen, wie segensreich die NSDAP, in logisch eindeutiger Weise in das Gesamtgeschehen dieses Raumes vor allem auf dem Gebiet der Betreuung unserer Volks- und Reichsdeutschen eingefügt, überhaupt erst ein modernes staatliches Wirken ermöglicht.

Das Generalgouvernement hat sich raummäßig angesichts der Entscheidung des Führers, nach welcher seit ersten August 1941 der Distrikt Galizien mit dem Generalgouvernement vereinigt wurde, seither stabil gehalten. Die Grenzfragen wurden in jeder Himmelsrichtung da, wo sie problematisch waren, bereinigt, sodaß heute das Raumgefüge des Generalgouvernements als zunächst abgeschlossen gelten kann. Das möchte ich mit um so größerem Nachdruck betonen, als sich in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit Gerüchte über eine bevorstehende Änderung des gegenwärtigen gebiets - und verwaltungsmäßigen Zustandes Des Generalgouvernements zeigen. Dieses Gerede erstreckt sich auch auf

eine angeblich bevorstehende Änderung des Umrechnungsverhältnisses des Zloty zur Reichsmark usw.. Alle diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. In dem gebiets- und verwaltungsrechtlichen Verhältnis des Generalgouvernements tritt keinerlei Änderung ein.

Die Bevölkerung des Raumes hat an den Geschehnissen des Generalgouvernements regen Anteil genommen. Man kann sagen, daß dank feindlicher und freundlicher Propaganda das Generalgouvernement eine allgemein populäre Einrichtung geworden ist.

Als ich vor drei Jahren das Generalgouvernement übernahm, hatte ich insgesamt zwölf Männer um mich. Heute nach drei Jahren beträgt die Anzahl der im Generalgouvernement beschäftigten deutschen Beamten und Angestellten aller Ämter der Regierung, der Distrikte, der Kreise einschließlich der Ostbahn und der Deutschen Post Osten zusammen mit den volksdeutschen Angestellten 27 369. Die Anzahl der im Staatsdienst des Generalgouvernements stehenden nichtdeutschen Angestellten und Arbeiter beträgt einschließlich Ostbahn und Deutscher Post Osten sowie Forsten 21o 3o8.

Diese Zahlen ergeben einen deutlichen Einblick in die Entwicklung allein des unmittelbar unter staatlicher Führung stehenden Arbeitseinsatzes in diesem Raum. Wenn Sie dazu die Tausende von deutschen und fremdvölkischen Polizeiorgane und die Fülle der in staatlich überwachter Position befindlichen Wirtschaftsbeamten und -angestellten rechnen, so können Sie daraus erkennen, welchen Umfang die Verwaltung des Generalgouvernements in ihrer Gesamtheit angenommen hat.

Auf dem Gebiet der Hauptabteilung Innere Verwaltung nahmen einen großen Umfang die Arbeiten zur Erfassung der Volksdeutschen im Generalgouvernement ein. In Verbindung damit steht die Ausgabe von Kennkarten und die Einführung eines Deutschstämmigkeitsausweises. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen zur Rückgewinnung

verloren gegangenen deutschen Blutes. Das Generalgouvernement betrachtet die Wiedergutmachung der dem deutschen Volkstum im Gebiet der früheren polnischen Republik, soweit es nunmehr Generalgouvernement ist, zugefügten furchtbaren Schäden als eine Ehrenpflicht und kann dabei mit Stolz auf die Entwicklung der Situation der Volksdeutschen in unserem Raum hinweisen. In jeder nur erdenklichen Weise haben die Dienststellen des Generalgouvernementssich der Volksdeutschen angenommen. So kann denn heute gesagt werden: die völlige Angleichung der Lage der Volksdeutschen an die Situation der Reichsdeutschen hier im Raume ist nur noch eine Frage kürzester Zeit.

Die deutsche staatliche Fürsorge des Generalgouvernements unterstützt darüber hinaus laufend eine große Zahl von Volksdeutschen. Für Kinder und Erwachsene wurden in großem Umfange Kuren in Sanatorien und Heilstätten vermittelt. Hierbei ist vor allem auch der Arbeitsbereich Generalgouvernement in engeter Verbindung mit anderen Dienststellen führend beteiligt.

Die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung ist auch insofern sehr beachtlich, als zur Entlastung der in das Reich eingegliederten Ostgebiete in den letzten Jahren über 5oo ooo Polen ins Generalgouvernement zurückgesiedelt wurden, ganz abgesehen von den vielen Tausenden von Juden, die das Generalgouvernement aus dem gesamten großeuropäischen Raum aufgenommen hat.

Was in diesen Zahlen an Einzelleistungen unserer Regierungsdienststellen, unserer Gouverneure und Kreishauptleute, unserer Polizeiorgane liegt, kann nur angedeutet werden. Was mit diesen Einsiedlungen an Schwierigkeiten jeglicher Art auf den Gebieten der Ernährung, des Transports, der Unterbringung, der Arbeitsbeschaffung der Seuchenbekämpfung usw. zusammenhängt, wird in einer Schrift zusammengestellt werden.

26.1o.42

Eine besondere Leistung stellt im Rahmen der Hauptabteilung Innere Verwaltung die Arbeit unserer deutschen Menschen- und Tierärzte dar. Es ist mir eine angenehme Pflicht, der Leistung der deutschen Ärzte uneingeschränkte Anerkennung zu zollen. Diese wenigen Männer - wir haben hier in unserem Raum kaum 16o deutsche Ärzte - haben wirklich außerordentliches geleistet.

Der deutschen Gesundheitsverwaltung fiel in erster Linie die Seuchenbekämpfung zu. Große Erfolge wurden auf dem Gebiet der Fleckfieberbekämpfung erzielt. Als Maßnahmen kamen in Betracht: Schulung der fremdvölkischen Ärzteschaft, Ausbildung von Desinfektoren, Aufstellung von Seuchenkolonnen, Herstellung von Impfstoffen, Errichtung von Seuchen- und Notkrankenhäusern, Durchführung der Entlausung von etwa einer Million fremdvölkischer Arbeitskräfte für den Arbeitseinsatz in das Reich. Auch bei anderen Krankheiten waren Bekämpfungsmaßnahmen ärztlicher Art notwendig, wie z.B. bei der Ruhr, bei der hier sehr verbreiteten ägyptischen Augenkrankheit, bei Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose. Hätten die deutschen Ärzte hier nicht unter dem Schutz der staatlichen Autorität unter Einsatz äußerster Energien diese Maßnahmen rechtzeitig durchgeführt, so hätte nicht jener wirksame Schutzwall aufgerichtet werden können, der heute das Reich und die hier liegenden bezw. das Generalgouvernement passierenden Truppen in einem früher kaum vorrstellbaren Umfange gegen die typischen östlichen Seuchengefahren auf allen Gebieten schützt.

Eine besonders beachtliche Leistung haben die 13 deutschen Tierärzte des Generalgouvernements vollbracht. Sie haben es erreicht, daß Tierseuchen, die aus dem Osten eingeschleppt zu werden drohten, dem Reich völlig ferngehalten werden konnten. Darüber hinaus

ermöglicht der günstige Tierseuchenstand im Generalgouvernement die reibungslose Erfüllung der Pflichten, die uns hinsichtlich der Ablieferung von Schlachtvieh im Dienste des Krieges auferlegt sind.

Was die deutsche Verwaltung in diesem Gebiet geleistet hat, kann uns wahrhaft mit Stolz erfüllen. Ich möchte daher gerade bei Betrachtung des Wirkens der Hauptabteilung Innere Verwaltung allen deutschen Beamten und Angestellten, allen Staatsarbeitern wie auch den Bürokräften aller Art meine Anerkennung für ihre treue und effolgreiche Mühewaltung aussprechen. Jeder, der hier tätig ist, wird es einmal in der Zukunft als eine schöne Erinnerung empfinden, inmitten eines schwerst umkämpften Gebietes während des Ablaufes des größten Krieges aller Zeiten aufbauende Verwaltungs- und Führungsarbeit geleistet zu haben. Ohne diese hervorragende und zuverlässige Leistung unserer deutschen Berufs- und Fachbeamten sowie aller Angestellten wäre es mir nicht möglich gewesen, meine Aufgabe hier zu erfüllen.

Gestützt auf diese geordnete Verwaltung konnte sich das Finanzwesen des Generalgouvernements erfolgreich behaupten. Die Finanzverwaltung des Generalgouvernements ging nach Beendigung des Polenfeldzuges sofort daran, dem Staat die erforderlichen Einnahmequellen zu erschließen. Die Steuer-, Zoll- und Monopolverwaltung wurden in Gang gesetzt. Die Übernahme der Monopolverwaltung war schon für die erste Zeit des Verwaltungsaufbaues von ganz besonderer Bedeutung, weil hier ja bekanntlich gleich mit dem Eingang grösserer Erträge gerechnet werden konnte.

Die Erfassung der Einnahmen aus der Steuer- und Zollverwaltung hingegen bedurfte naturgemäß einer längeren Anlaufzeit. Die Steuerverwaltung sorgte dafür, daß die mit Nichtdeutschan besetzten Behörden der früheren polnischen Steuerverwaltung ihre Arbeit unter deutscher Aufsicht wieder aufnahmen. So kam es, daß

die Einnahmen des Generalgouvernements an Steuern, Zöller und Monopolablieferungen, insbesondere aber das Steueraufkommen, seither entsprechend der Entwicklung des allgemeinen Auf- und Ausbaues der Wirtschaft auf allen Gebieten und der Wiederherstellung eines irgendwie gesicherten allgemeinen Lebensgefüges wesentlich gesteigert werden konnten.

Schon bald nach Errichtung des Generalgouvernements konnte nach Einrichtung des Kassenwesens auch eine geordnete Finanzwirtschaft geschaffen werden. Der erste Haushalt des Generalgouvernements wurde für das Rechnungsjahr 1940 aufgestellt. In diesem Haushalt spiegelt sich der bis dahin erfolgte Aufbau und Ausbau der Verwaltung wider. Der Haushaltsplan 1940 schloß nach Aufstellung eines Nachtrags im ordentlichen Haushalt mit rund einer Milliarde ab in Einnahmen und Ausgaben, während im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe rund 270 Millionen Zloty veranschlagt waren.

Die fortschreitende Entwicklung des Verwaltungsaufbaues im Generalgouvernement brachte im Haushaltsjahr 1941 eine wesentliche Erhöhung der Haushaltssummen, schloß doch der Haushaltsplan 1941 im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,768 Milliarde Zloty und im außerordentlichen Haushalt mit 714 Millionen Zloty ab.

Der Haushalt für das Rechnungsjahr 1942, der demnächst abgeschlossen werden wird, wird wiederum eine weitere Steigerung der Haushaltssummen erkennen lassen. Es ist zu erwarten, daß die Haushaltssummen des ordentlichen Haushalts 1942 um etwa 50 % höher sind als die des vorjährigen Haushalts, sodaß wir auf eine Etatsumme von weit über 2 Milliarden Zloty kommen werden.

die Einnahmen des Generalgouvernements an Steuern, Zöllen und Monopolablieferungen, insbesondere aber das Steueraufkommen, seither entsprechend der Entwicklung des allgemeinen Auf- und Ausbaues der Wirtschaft auf allen Gebieten und der Wiederherstellung eines irgendwie gesicherten allgemeinen Lebensgefüges wesentlich gesteigert werden konnten.

Schon bald nach Errichtung des Generalgouvernements konnte nach Einrichtung des Kassenwesens auch eine geordnete Finanzwirtschaft geschaffen werden. Der erste Haushalt des Generalgouvernements wurde für das Rechnungsjahr 1940 aufgestellt. In diesem Haushalt spiegelt sich der bis dahin erfolgte Aufbau und Ausbau der Verwaltung wider. Der Haushaltsplan 1940 schloß nach Aufstellung eines Nachtrags im ordentlichen Haushalt mit rund einer Milliarde ab in Einnahmen und Ausgaben, während im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe rund 270 Millionen Zloty veranschlagt waren.

Die fortschreitende Entwicklung des Verwaltungsaufbaues im Generalgouvernement brachte im Haushaltsjahr 1941 eine wesentliche Erhöhung der Haushaltssummen, schloß doch der Haushaltsplan 1941 im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,768 Milliarde Zloty und im außerordentlichen Haushalt mit 714 Millionen Zloty ab.

Der Haushalt für das Rechnungsjahr 1942, der demnächst abgeschlossen werden wird, wird wiederum eine weitere Steigerung der Haushaltssummen erkennen lassen. Es ist zu erwarten, daß die Haushaltssummen des ordentlichen Haushalts 1942 um etwa 50 % höher sind als die des vorjährigen Haushalts, sodaß wir auf eine Etatsumme von weit über 2 Milliarden Zloty kommen werden.

26.1o.42

In dieser finanziellen Klarheit unserer Staatsführung liegt einer der Sicherheitsfaktoren der inneren Konsolidation des Generalgouvernements. Ich werde auch künftig mit allem Nachdruck auf peinlichste Einhaltung der für eine ordentliche Staatsführung maßgeblichen Finanzverwaltungs- und Etatgrundsätze sehen. Ich bin dankbar, daß sich alle Dienststellen diesen Notwendigkeiten verständnisvoll fügen.

Im Generalgouvernement gibt es weder eine übersteigerte gefahrbringende Staatsverschuldung noch eine irgendwie vorhandene Korruption öffentlicher Einrichtungen. Die finanzielle Sauberkeit der Führung und der Beamtenschaft des Generalgouvernements steht einwandfrei da. Hier herrscht keinerlei Etappengeist, keinerlei Fäulnis irgend welcher Art ist hier spürbar. Wo wirklich einmal Unlauteres einnisten zu können glaubte, wurde es rücksichtslos beseitigt. Das Generalgouvernement kann, was seine finanzielle Gebarung im einzelnen wie im allgemeinen angeht, für sich als Staat, wie aber auch für seine Staatsdiensttuer in jeder Weise bestehen.

Von Anfang an war es mein Bestreben, die Gerichtsbarkeit für die deutsche und fremdvölkische Bevölkerung in unserem Raum nach den altbewährten Grundsätzen des deutschen Rechtslebens aufzubauen und vor allem auch dafür zu sorgen, daß unter möglichster Entlastung des deutschen Rechtsbetriebes die fremdvölkische Rechtsfindung nach den von den Polen und Ukrainern für sich durch lange Gewohnheit entwickelten Grundsätzen sichergestellt werden.

Die Einrichtung einer deutschen Gerichtsbarkeit schaffte den Deutschen die Möglichkeit, vor deutschen Richtern Recht zu nehmen und ihre Interessen im Generalgouvernement von deutschen Rechtsanwälten und Notaren vertreten zu lassen. Der Deutsche lebt auch im Generalgouvernement nach deutschem Ehe- und Personenrecht.

26.1o.42

Handelsgesellschaften können nach deutschem Recht errichtet werden.

Durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Wechsel- und Scheckverkehrs, z.B. Verlängerung der Fristen und Hemmung der Verjährung, blieben der deutschen Wirtschaft erhebliche Vermögensnachteile, die durch den Krieg entstehen konnten, erspart.

Auch auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes sind Bestimmungen getroffen worden, durch die für die interessierte deutsche Industrie etwaige durch den Krieg und seine Folgen entstandene Nachteile für die Auswertung von Patenten und Urheberrechten beseitigt worden sind. Darüber hinaus ist ihr die Möglichkeit des Erwerbs von Zwangslizenzen der Patente feindlicher Staatsangehöriger und der Nachprüfung von Vorkriegsentscheidungen des polnischen Patentamtes eröffnet worden.

Die Verwaltung feindlichen Vermögens im Generalgouvernement lehnt sich an die Verwaltung des Feindvermögens im Reich an. Sie erfolgt in engster Fühlungnahme mit dem Reichskommissar. Dabei werden insbesondere die Bedürfnisse der Rüstungswirtschaft berücksichtigt und die durch die Grenzziehung durchschnittenen Betriebe grundsätzlich wieder verbunden und damit leistungsfähiger gestaltet.

Die Arbeitsbetriebe in den Strafanstalten des Generalgouvernements sind nach Möglichkeit auf die Wehr- und Versorgungswirtschaft ausgerichtet.

Der rege Rechtshilfeverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich ist durch grundsätzliche Anordnungen geregelt.

Auf allgemein kulturellem Gebiet, bei der Wiedererrichtung und dem Aufbau von Wissenschaft und Unterricht hat die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht

in den vergangenen Jahren außerordentliches geleistet. Das deutsche Schulwesen wurde völlig nach reichsdeutschem Muster aufgebaut. Im ganzen Generalgouvernement gibt es viele Hunderte deutscher Schulen aller Art, in denen volks- und reichsdeutsche Kinder mit dem Erziehungsgeist unseres Reiches zu vollwertigen deutschen Menschen erzogen werden.

Die Betreuung der Jugend ist für die Regierung des Generalgouvernements eine besondere Aufgabe. Hierbei wird im engsten Zusammenwirken mit der Führung der Hitlerjugend die weltanschauliche Schulung, die sportliche Ausbildung und geistige Förderung insegensreichem Ausgleich gehalten.

Das deutsche Schulwesen des Generalgouvernements ist in voller Entwicklung, es kann, was die Lehrkräfte, die Schulräume und die erzielten Ergebnisse angeht, einen Vergleich mit den besten Gebieten des großdeutschen Reiches vorteilhaft bestehen.

Das Schulwesen für die polnische und ukrainische Bevölkerung wurde in dem diesen Volkstümern und ihren Bedürfnissen entsprechenden Maße verwaltet. Hierbei wurden reiche Erfahrungen gesammelt und vor allem Vorsorge getroffen, daß eine fachliche Ausbildung der polnischen und ukrainischen Handwerker, des technisch-gewerblichen und chemischen Nachwuchses entwickelt wurde. Rund 2o ooo Abgänger dieser fremdvölkischen Fachschulen wurden bereits der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements und auch schon des Reiches abgegeben.

Über 25 ooo Schüler der polnischen und ukrainischer landwirtschaftlichen Berufspflichtschulen wurden durch die Arbeitsämter schon in das Reich vermittelt.

Darüber hinaus wurde auch die wissenschaftlich-fachliche Ausbildung der Fremdvölkischen im Rahmen der dringendsten Kriegsbedürfnisse in Angriff genommen.

Die diesbezüglichen Institute in Lemberg haben unter deutscher Führung zu arbeiten begonnen.

Auch die Sternwarten des Generalgouvernements haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Sie arbeiten vor allem die für die Sternwarten des Reiches unentbehrlichen Tabellen für die veränderlichen Sterne aus.

Die Botanischen Anstalten machten umfangreiche pflanzensoziologische Untersuchungen zur Feststellung des Grundwasserspiegels des an die Weichselufer angrenzenden Geländes.

Die Staatsbibliotheken befinden sich in erfreulichster Entwicklung. Sie verfügen bereits über einen großen Leihverkehr und arbeiten im Wege des Austausches mit den großen deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken eng zusammen.

Das Denkmalamt half vielfach den Denkmalämtern und der Wissenschaft im Reich durch Beschaffung und Zurverfügungstellung von Plänen, Fotos und Urkunden.

Überhaupt vollzieht sich im Generalgouvernement ein wirklich beachtliches kulturelles Leben. Die Entwicklung unseres Theaterwesens, geführt durch das Staatstheater des Generalgouvernements, hat eine um so größere Bedeutung, als der Theaterbetrieb vor allem im Rahmen der Truppenbetreuung eine maßgebende Rolle spielt.

In Gestalt der Philharmonie des Generalgouvernements verfügen wir über ein erstklassiges Orchester. Ihm ist eine Reihe anderer Orchester an die Seite gestellt, die sich bemühen, vor allem den Deutschen dieses Raumes deutsche Musik zu vermitteln.

Die Hauptabteilung Propaganda hat sich insbesondere ja die Truppenbetreuung als Spezialaufgabe gestellt. Im letzten Jahre wurden für Deutsche 209 Konzerte vor 1o6 ooo Zuhörern gegeben. Dazu kamen 739 Veranstaltungen auf dem Gebiete des Varietés, der Kleinkunst und der bunten Abende außerhalb des Programms der bestehenden Theater in Krakau, Warschau, Lublin und Lemberg.

26.1o.42

In Lazaretten wurden 62 Sonderkonzerte veranstaltet.

Die Regierung des Generalgouvernements hat drei Lazarettzüge mit den modernsten Lautsprecheranlagen für Rundfunk- und Schallplattensendung ausgerüstet.

Rund 3 ooo Schallplatten, 4 ooo gerahmte Kunstdrucke, Meisterkopien, deutsche Landschaftsbilder usw. wurden zur Ausschmückung von Mannschaftsräumen ausgegeban.

Zur Verteilung kamen ferner 675 ooo Bücher, 1o ooo Soldatenliederbücher, über 4 2oo Musikinstrumente aller Art und etwa 2oo ooo Illustrierte Zeitungen und Zeitschriften. Darüber hinaus fand eine regelmäßige umfassende Filmbetreuung der Lazarette wie der gesamten Wehrmacht im Generalgouvernement in engster Zusammenarbeit mit der Filmstelle des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP statt.

Ein besonders erfreuliches Zeichen der geistigen Betreuung der hier ansässigen Reichs- und Volksdeutschen ist die Tatsache, daß sich im Generalgouvernement heute bereits 5 Buchverlage, 12 deutsche Buchhandlungen und 150 Buchverkaufsstellen befinden.

Weiter wurde die propagandistische Betreuung der fremdvölkischen Bevölkerung intensiviert. So wurden Sonderaktionen für Feldbestellung und Ernteerfassung durch Rundfunk und Film, Zeitungen und Zeitschriften wie durch Bildbroschüren, Flugblätter, Plakate und Wandbilder eingeleitet.

Propagandistische Sondereinsätze gab es im Distrikt Lublin zur Partisanenbekämpfung mit Lautsprecherwagen, in Lublin und Lemberg durch Filmwagen mit Wochenschauen in ukrainischer und polnischer Sprache.

38 Freilichtvorführungen mit ca. 2ooooo nichtdeutschen Zuschauern sowie eine Reihe von Freilichtfilmvorführungen für besonders bewährte nichtdeutsche Arbeiter verdienen hier ebenfalls Erwähnung, wie auch der

26.1o.42

Einsatz von Aufklärungs- und Werbefilmen vor allem aus Anlaß der Arbeiterwerbung für das Reich.

Das Generalgouvernement verfügt heute über 196 ortsfeste Lichtspieltheater, die dauernd mit Filmen bedient werden.

Eine Überwachung und Lenkung des gesamten kulturellen fremdvölkischen Lebens wird im wohlverstandenen Interesse aller durchgeführt. Damit ist dafür Vorsorge getroffen, daß sich das kulturelle Leben der nichtdeutschen Bevölkerung im Generalgouvernement streng im Rahmen der Kriegserfordernisse abspielt.
80 ukrainische Bücher und Kalender mit einer Gesamtauflage von 583 5oo - ohne Schulbücher - sowie 65 polnische Bücher und Kalender mit einer Gesamtauflage von rund 1,5 Millionen - ebenfalls ohne Schulbücher - wurden genehmigt. Aus diesen Zahlen ist die beginnende Intensivierung und Verfeinerung des kulturellen Betriebes auf allen Gebieten zu erkennen. Sie bieten ein lebendiges Bild für das Ineinandergreifen von Kultur und Staat.

Eine besondere Bedeutung besitzt bei uns die Presse. Unter Führung der großen Krakauer Zeitung, die in Blättern auch in Warschau und Lemberg erscheint, entwickelt sich das Presseleben des Generalgouvernements in hervorragender Weise. Besondere Anerkennung verdient dabei die Anteilnahme der deutschen Presse ganz allgemein an dem Geschehen in dem Generalgouvernement. Einen der Hauptgesichtspunkte für die Werbung und für das Verständnis des Lebens im Generalgouvernement sehe ich darin, daß die gesamte deutsche Presse eigentlich ohne jede Ausnahme unausgesetzt über unser Generalgouvernement wahrheitsgemäß berichtet und damit im gesamten deutschen Volke ein lebendiges Bild von der Aufbauarbeit und den Leistungen des Generalgouvernements gibt.

26.1o.42

Besondere Erwähnung verdient auch das Institut für Deutsche Ostarbeit in diesem Zusammenhang, dessen hervorragende Arbeitsergebnisse bereits in einer Sonderveranstaltung gewürdigt worden sind.

Die Arbeit der Archivverwaltung des Generalgouvernements war von vornherein entscheidend von der im Interesse des Deutschen Reiches zu leistenden Arbeit bestimmt. Sie läßt sich in folgende große Aufgabengruppen zusammenfassen:

1) Rückführung von Archivbeständen, die staatlichen des Reiches entfremdet waren und in polnischen Archiven aufbewahrt wurden, so z.B. Akten der preußischen Zentralbehörden aus der Zeit von 1793 bis 18o6 betreffend Süd- und Neu-Ostpreußen, Akten von Wiener Zentralbehörden betreffend Galizien.

2) Aussonderung und Abgabe der Archivalien, die in den neu zum Reich gekommenen Gebieten entstanden sind. Das Reich mußte diejenigen Archivalien erhalten, die es zum Aufbau der Verwaltung sowie für die Pflege der historischen deutschen Traditionen in den neuen Gebieten benötigte.

Aufgabengruppe 1) ist abgeschlossen;Aufgabengruppe 2) wird zur Zeit gelöst. Bedeutende Archivalienabgaben an die neuen Reichsgebiete sind bereits durchgeführt worden.

Neben dieser Rückführung und Auseinandersetzung von Archivgut steht die Erschließung sämtlicher Archive des Generalgouvernements im Interesse der deutschen

26.1o.42

Forschung. Eine möglichst erschöpfende Bereitstellung zur Geschichte des Deutschtums in Polen ist dabei der maßgebende Arbeitsgesichtspunkt. Die Früchte dieser Arbeit kommen in gleicher Weise der deutschen Forschung im Generalgouvernemant wie den Historischen Instituten und Kommissionen des Reiches zugute.

Das Statistische Amt des Generalgouvernements wurde 1940 errichtet. Es erfüllt seither die gesamten Aufgaben auf allen Gebieten der Statistik. Statistik ist nicht, wie man oft meint, ein nebensächliches, trockenes wissenschaftlich-zahlenmäßiges Beginnen, sondern eine der eminent wichtigen Grundlagen des Staatswirkens überhaupt. Gerade der Entwicklung des Statistischen Amtes werde ich auch in Zukunft meine besondere Aufmerksamkeit widmen. Ich bitte daher sämtliche Behörden des Generalgouvernements, den notwendigerweise mit gewissen Berichten und der Einforderung von Zahlenmaterial verbundenen Unternehmungen des Statistischen Amtes im eigenen Interesse größtes Entgegenkommen zu zeigen.

Die Bedeutung der statistischen Arbeit wird sich vor allem bei der Durchführung der bevorstehenden großen Volks- und Berufszählung des Generalgouvernements zeigen. Für Anfang 1943 plane ich eine summarische Bevölkerungsbestandsaufnahme.

26.1o.42

Eine Statistik der landwirtschaftlichen Betriebe ist weitgehend bearbeitet.

So erstrecken sich denn die Aufgaben des Statistischen Amtes auf das gesamte Leben des Generalgouvernements. Ob es nun die Medizinalstatistik, die Statistik der Krankenanstalten, die Kriminalstatistik, die Erntestatistik auf allen Gebieten, die die Obstbaumzählung, die Baumschulerhebung, die Viehzählung, die Statistik über die Erzeugung der landwirtschaftlichen Industrie, ob es die Strukturfeststellung des Binnenhandels, ob es Statistik über ~~die~~ Gas- und Wasserverbrauch, Kraftfahrzeugbestand, ob es Binnenschiffahrtstatistik, ob es Statistik der Großhandelspreise, ob es Wohnungszählung, Wohnbaustatistik, Finanz- und Steuerstatistik ist: auf allen diesen Gebieten sind die statistische Arbeit und ihre Ergebnisse zu einem Wesensbestandteil unseres staatlichen Wirkens geworden.

Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunstschätze hat seit dem Jahre 1939 zahlreiche Kunstwerke aufgefunden und sichergestellt. Sie waren von den Polen an Orten versteckt gehalten worden, dei für die Lagerung so empfindlicher Arbeiten ungeeignet waren. Durch sein Eingreifen wurden sie vor der sicheren Vernichtung bewahrt. Darunter befanden sich Arbeiten die zu den bedeutendsten Leistungen deutscher Kunst im Osten gehören, wie etwa Werke von Veit Stoß, Hans von Kulmbach vnd anderen Meistern. Die Kunstwerke wurden sorgfältig restauriert und gereinigt, und so konnten rund 90 % des gesamten Kunstbestandes des ehemaligen Polen im Gebiet des Generalgouvernements sichergestellt werden. Diese Kunstschätze sind restlos Eigentum des Generalgouvernements.

Wenn so im Gesamtbereich der allgemeinen und der kulturellen Verwaltung eine beachtliche Ergebnissteigerung festgestellt werden kann, so ist im Gesamtbereich des wirtschaftlichen Lebens das Bild etwa folgendes:

26.1o.42

Trotz umfangreichster Kriegszerstörungen der Industrie, besonders in Warschau, wurde im Dienste des Krieges und seiner Notwendigkeiten die Industriewirtschaft, soweit nur irgend möglich, wieder in Gang gesetzt. Welche Schwierigkeiten sich hierbei angesichts der Einengung des Gebietes, der Transportbeengungen, des Kohlenmangels usw. ergaben, sei nur angedeutet. Gleichwohl wird die Rationalisierung der gesamten Industriewirtschaft weitgehend durchgeführt. Die Produktionsprogramme sind vereinheitlicht, Betriebe, soweit möglich, zusammengelegt und die Einführung deutscher Normen auf allen Gebieten gesichert.

Die ununterbrochen gesteigerte Leistung des Generalgouvernements hatte auch eine Steigerung der energiewirtschaftlichen Verbundwirtschaft zur Folge, vor allem im Hinblick auf den Ausbau von Talsperren und Herstellung einer Erdgasleitung.

Das galizische Erdölgebiet wurde unter Überwindung ungewöhnlicher Schwierigkeiten wieder zu einer bedeutenden Produktionsstätte.

Das Handwerk des Generalgouvernements wird durch Organisation von Liefergemeinschaften fast ausschließlich in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt.

So steht das Generalgouvernement restlos für direkte Kriegsleistungen des Reiches zur Verfügung. Rund loo ooo Arbeiter sind in den Kriegsbetrieben, weitere loo ooo in den Industriebetrieben eingesetzt. Sie dienen indirekt der Erhöhung des Rüstungspotentials. Daneben stehen weitere über loo ooo Arbeiter, die im Dienste des Krieges unmittelbar an kriegswichtigen Stellen arbeiten. - In diesem Zusammenhang darf ich der erfreulichen Zusammenarbeit mit der Rüstungsinspektion der Wehrmacht gedenken.

Was deutsche Wirtschaftsfachleute, deutsche Unternehmungen für den Aufbau geleistet haben, verdient volle Anerkennung. Gleichwohl möchte ich auch von dieser Stelle aus den Ruf ins Land gehen lassen, die

Energie allüberall noch zu steigern, noch größere Leistungen zu erzielen und, soweit es irgend möglich ist, dafür zu sorgen, daß das Generalgouvernement auch auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft einen immer größeren Faktor im Rahmen der gesamten Kriegswirtschaft darstellt. Was ich und meine Behörden an Unterstützung geben können, soll geschehen. Der Wirtschaftskrieg wird von Deutschland genau so gewonnen wie der militärische, und das Generalgouvernement soll und wird auch künftig seinen ganzen Stolz dareinsetzen, dem Reich nach jeder Möglichkeit zu helfen.

Ich möchte aber auch der loyalen fremdvölkischen Arbeiterbevölkerung meine Anerkennung nicht vorenthalten, daß sie unter schwierigsten Umständen der Arbeitspflicht nachkommt. Gerade im Interesse dieser fremdvölkischen Bevölkerung erwarte ich mir ebenfalls eine intensive weitere Steigerung der Leistung. Selbstverständlich wird das Deutsche Reich sein Verhalten gegenüber der fremdvölkischen Bevölkerung in weitem Umfange davon abhängig machen, wie diese ihre Verpflichtungen gegenüber dem Reich erfüllt. Der Arbeitsfrieden ist im allgemeinen vollkommen gewahrt worden; verbrecherische Störungen des Arbeitsprozesses sind nirgendwo in irgendwie vermerkbarem Umfange eingetreten.

Die Zahl der bis zum 30.September 1942 ins Reich vermittelten Arbeitskräfte beträgt 868 744. Von der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements sind etwa 1,3 Millionen Arbeiter im Wirtschaftsleben des Generalgouvernements als Handarbeiter tätig. Diese Zahlen sprechen für sich und bedeuten eine gewaltige Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes wie der deutschen Arbeitslage. Auch für dieses Gebiet gilt, daß unsere Absicht, diese Zahlen möglichst noch zu steigern, verwirklicht werden muß. Und sie wird auch verwirklicht werden.

26.1o.42

In diesem Zusammenhang sei auch des Wirkens des Polnischen Bau- und des Ukrainischen Heimatdienstes im Generalgouvernement gedacht, das besonders Anerkennung verdient. Ich freue mich, feststellen zu können, daß sich diese von hervorragenden Führern des deutschen Reichsarbeitsdienstes geleitete Organisation schlechterdings aus den öffentlichen Arbeitsbereichen des Generalgouvernements nicht mehr wegdenken läßt.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Arbeitsleistungen stehen die Leistungen unserer Hauptabteilung Bauwesen. Sie hat trotz des Krieges eine ganze Reihe von kriegswichtigsten Bauvorhaben in die Tat umgesetzt. So wurden seit Gründung des Generalgouvernements in unserem Raum Meliorationen im Betrage von 63o ooo ha im landwirtschaftlichen Wasserbau durchgeführt. Daraus sind bis heute an fruchtbarem Neuland entstanden 56 ooo ha Wiesen und 12o ooo ha Ackerland. Der Gesamtaufwand für diese Arbeiten beträgt bis zum heutigen Tage rund 160 Millionen Zloty aus Staatsmitteln.

Der Ausbau der oberen Weichsel wurde so weit durchgeführt, daß die Strecke von der Landesgrenze des Generalgouvernements gegen Schlesien bis zur Einmündung des San mit landesüblichen Fahrzeugen nunmehr benutzbar geworden ist.

Der Hafen in Warschau wurde wieder vollkommen in Stand gesetzt, außerdem wurden vier Schutzhäfen und fünf neue Ladestellen an der Weichsel errichtet.

Auch wurden die Werften an der Weichsel wieder in Stand gesetzt und eine neue Werft errichtet. Dafür wurden 56 Millionen Zloty aufgewendet.

Für den Ausbau der Talsperren wurden bis jetzt 46 Millionen Zloty aufgewendet.

26.1o.42

Bei Kriegsbeginn waren nur wenige hundert Kilometer der Straßen ausgebaut. Die Länge des gesamten Straßennetzes im Generalgouvernement beträgt rund 21 7o7 km. Insgesamt wurden bis zum 1.September 1942 893 Kilometer Straßen neuzeitlich ausgebaut, 1 328 Kilometer ohne Oberflächenschutz, 1 226 km durch Bewalzung verstärkt in Stand gesetzt.

Seit November 1939 wurden 790 zerstörte Brücken mit einer Gesamtlänge von 23 937 km neu erstellt. Was dieser Straßen- und Brückenbau für den Krieg bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben werden.

Bei der Schnee-Freihaltung der Straßen waren in den Wintern 1940 und 1941 61 motorisierte und 56o Pferdeschneepflüge mit einem Gesamtaufwand von 24 Millionen Zlota eingesetzt.

Für sämtliche Straßenbauarbeiten hat das Generalgouvernement über 63o Millionen Zloty aufgewendet.

Auf dem Gebiete des Hochbaues sind unter der Führung der Hauptabteilung Bauwesen 933 Bauten verschiedener Art mit einem Kostenaufwand von insgesamt 385 Millionen Zloty erstellt worden. Würdig an die Seite dieser Leistungen stellt sich die Leistung der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements. Seit Bestehen des Generalgouvernements wurden rund 2 34o ooo Festmeter Grubenholz für das Reich geliefert, ferner 53o ooo Festmeter Faserholz und 69o ooo Festmeter Stammholz. Wenn man diese Zahlen hört und bedenkt, dass das Generalgouvernement forstwirtschaftlich unter den denkbar schwierigsten Bedingungen arbeitet, so wird man den Fleiß unserer deutschen Forstmänner anerkennen können, denen diese enorme Leistung zu verdanken ist.

Diese Leistungen auf allen Gebieten werden vor allem durch die Leistungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ergänzt. Es ist geglückt, die Ernährung des Landes nunmehr aus eigener Kraft sicherzustellen und darüber hinaus im Dienste des Krieges dem

gesamten großdeutschen Raum wirkungsvolle Hilfe zu gewähren. Wenn das Generalgouvernement an Brotgetreide allein im Ernährungsjahr 1942/43 61o ooo Tonnen, an Futtergetreide 15o ooo Tonnen, an Fleisch 58 ooo Tonnen, an Kartoffeln 525 ooo Tonnen, an Zucker 11 ooo Tonnen, an Eiern 72 Millionen Stück, an Geflügel eine Million Kilogramm, an Frischgemüse 65 ooo Tonnen, an Gemüsekonserven 1o ooo Tonnen, an Marmelade 6 4oo Tonnen, an Butter 6 ooo Tonnen dem Reich zur Verfügung stellt, so kann man daraus erkennen, in welchem Umfange die Intensivierung der landwirtschaftlichen Arbeit unseres Gebietes bereits gelungen ist.

Die Durchführung der Ernteerfassung hat in diesem Jahre eine verständnisvolle Aufgeschlossenheit der bäuerlichen Bevölkerung dieses Raumes gezeigt. Der Herrgott hat die Ernte unseres Gebietes besonders gesegnet. Nachdem nunmehr die Bauernbevölkerung des Generalgouvernements ihre Pflicht erfüllt hat, wird ihr auch die Regierung des Generalgouvernements jene Behandlung zuteil werden lassen, die den Frieden dieses Raumes und die Sicherstellung des Lebens und der Lebensbedürfnisse vor allem auch der bäuerlichen Bevölkerung gewährleisten.

Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um im Namen des Führers eine Reihe von Auszeichnungen mit dem Kriesverdienstkreuz Erster Klasse an jene zu vollziehen, die sich in besonderem Maße um die Erfassung der Ernte in diesem Jahre verdient gemacht haben. Durch die Heraushebung einzelner Persönlichkeiten soll aber nicht eine Ausschließlichkeit kundgetan werden, etwa der Art, daß sich nur diese ausgezeichneten Persönlichkeiten besonders um die Ernte verdient gemacht hätten. Vielmehr soll durch diese Auszeichnung die Anerkennung gegenüber allen an der Ernteerfassung beteiligten Stellen zum Ausdruck gebracht werden. - Ich werde im Anschluß an

meine Rede die Verleihung der Kriegsverdienstkreuze vornehmen.

So kann denn das Generalgouvernement am Beginne des vierten Jahres seines Bestehens auf hervorragende Leistungen und eine gute Entwicklung auf allen Gebieten zurückblicken.

Alle diese wirtschaftlichen und sonstigen Unternehmungen wurden durch eine Währung getragen, deren Sicherheit unangetastet ist und unangestastet bleibt. Hier hat das Generalgouvernement gegenüber dem Deutschen Reich eine schlechterdings unvorstellbare Leistung vollbracht. Wenn man bedenkt, daß 540 Millionen Zlotynoten der Bank Polski, die in den eingegliederten Ostgebieten erlöst wurden, ohne jede Gegenleistung des Reiches vom Generalgouvernement übernommen wurden, so ist das ein Tribut von über einer halben Milliarde, den das Generalgouvernement abgesehen von den sonstigen finanziellen Leistungen an das Reich entrichtet hat.

Trotzdem hat sich die Währung günstig entwickelt. Der Notenumlauf hält sich im Rahmen des Notwendigen und Möglichen, und es ist nicht anzunehmen, daß irgendeine ernste Gefahr für den Zloty aufsteigt. Die Versorgung aller auf den Zloty angewiesenen Dienststellen ist gewährleistet, und die Übereinkünfte mit dem Reich bewegen sich in der Richtung eines wohl verstandenen Interessenausgleiches zwischen Deutschland und dem Generalgouvernement.

In einem engen Zusammenhang damit steht auch der Ausgleich der auf dem Gebiet der Kapitalverpflechtungen zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich getroffenen Abkommen. Es handelt sich hierbei um die Behandlung polnischer Vermögenswerte im Deutschen Reich, um die Behandlung durchschnittener Betriebe, die Behandlung geteilter Vermögen, um ein Abkommen über das Vermögen der Bank Polski, um Abkommen über die Emissionsinstitute des Generalgouvernements, über durchschnittene

26.1o.42

Kreditinstitute, über die Bezahlung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, über Auseinandersetzung der ehemaligen polnischen Postsparkasse. In Vorbereitung ist noch der Abschluß eines Abkommens über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung der Hauptanstalt für Sozialversicherung in ihrem Verhältnis zum Reich.

Ich habe in meiner Verordnung vom 2.Juni dieses Jahres die Ausgleichstelle für das Generalgouvernement errichtet. Über diese Ausgleichstelle sollen die durch die Grenzziehung und die Kriegseinwirkungen entstandenen Schäden von Gewerbebetrieben, soweit ihr Fortbestand im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegt, beseitigt werden, ohne daß hierfür Reichsmittel in Anspruch genommen werden müssen.

Für eine Reihe von Einzelfällen sind Sondervereinbarungen getroffen worden, die eine Regelung der Schuldverpflichtungen einzelner Betriebe diesseits und jenseits der Grenze des Generalgouvernements zum Gegenstand haben.

Die gesamten unter treuhänderischer Verwaltung der Regierung des Generalgouvernements stehenden Unternehmen haben eine erfreuliche Entwicklung genommen. Auch sie stehen hervorragend im Dienste der Kriegsbedürfnisse und bedeuten einen wesentlichen Faktor im Wirtschaftsaufbau des Generalgouvernements. Die Sauberhaltung der treuhänderischen Betriebsführung wird streng und mit rücksichtsloser Energie gewährleistet. Unwürdige Elemente, insbesondere Kriegsgewinnlertypen werden mit schonungsloser Härte ausgeschaltet. Das gibt die Gewähr, daß unseren deutschen Frontsoldaten auch im Generalgouvernement eine ganze Anzahl von besten Unterkunftsmöglichkeiten sichergestellt wird.

Die schwierige Frage der Preisbildung im Generalgouvernement ist eine der Sorgen, die nicht ohne weiteres aus eigener Kraft zu beseitigen sind. Immerhin

ist festzustellen, daß sich das Amt für Preisbildung in manch' entscheidendem Hinblick erfolgreich durchgesetzt hat und so auf dem Gesamtgebiet der Preisbildung im Rahmen des Möglichen auch eine Preisstabilität in weitem Umfange gewährleistet werden kann.

Die Ostbahn hat sich im Rahmen der staatlichen Unternehmungen des Generalgouvernements zu einer der wichtigsten Transportunternehmungen innerhalb des großdeutschen Raumes entwickelt. Die Kriegswichtigkeit des Wirtschaftsraumes, den heute das Generalgouvernement als Durchgangsland zwischen Reich und Ost und Südost darstellt, ergibt sich daraus, daß rund zweidrittel des Verkehrs Heimat-Front vom Generalgouvernement d.h. der Ostbahn des Generalgouvernements zu tragen sind. Dazu kommen die Umsiedlungs- und Arbeitertransporte, die Transporte für den Flüchtlingsaustausch, der gesamte westöstliche Warenaustausch, Baustofftransporte, Kriegstransporte aller Art, insbesondere aber auch die großen Wirtschaftstransporte und der Transitverkehr auf allen Gebieten. Weiter kommt hier in Betracht die Beförderung von vielen Millionen polnischer, russischer und ukrainischer Arbeiter ins Reich, die Durchführung des Fernverkehrs in Zusammenhang mit der Reichsbahn usw..

Daß diese riesigen Aufgaben nur bewältigt werden konnten, nachdem durch die Dienststellen der Ostbahn die durch Kriegseinwirkungen zerstörten Bahnanlagen wiederhergestellt und ein Ausbau der bislang für die Kriegsbedürfnisse ganz unzureichenden Strecken und Anlagen durchgeführt waren, ist selbstverständlich. Für diese Bauten ist eine Summe von einer Milliarde Zloty aufgewendet worden.

Daneben wurde noch das Werkstättenwesen der Ostbahn gegenüber der polnischen Zeit völlig neu organisiert.

Weiter wurden moderne Spezialzüge und Sonderfahrzeuge in den Dienst der Ostbahn gestellt.

26.1o.42

Mit Fug und Recht kann sich nach alledem die Ostbahn als eine der wichtigsten Einrichtungen des Generalgouvernements bezeichnen, die auch im Reichsinteresse von größter Bedeutung ist.

Das gleiche gilt für die Deutsche Post Osten, die staatliche Posteinrichtung des Generalgouvernements. Sie hat heute als Nachrichtenbrücke zwischen Ostfront und Heimat einen weiten Umfang angenommen und mußte unter der schwierigsten Voraussetzungen ausgebaut werden.

Es ist interessant, festzustellen, daß die Leistungen im Postdienst eine wesentliche Steigerung gegenüber denjenigen des ersten Jahres des Generalgouvernements erfahren haben. Im ersten Halbjahr 1942 waren im Generalgouvernement 31o Millionen Briefsendungen, 3,7 Millionen Pakete sowie ein Geldumsatz im Postscheckdienst von rund 5 Milliarden Zloty zu bewältigen.

Von großer Wichtigkeit sind auch die von der Deutschen Post Osten durchgeführten Neubauten. Zahlen mögen auch hier die Leistung zeigen: so wurde das Fernleitungsnetz, das auf dem Gebiet des Generalgouvernements 95 ooo Kilometer im ehemaligen Polen umfaßte, auf 29o ooo Kilometer erweitert. Die abgehenden Ferngespräche sind von 25 ooo im Dezember 1939 auf 1 275 ooo im August 1942 gestiegen.

Die mir unterstehenden Polizei- und Sicherheitsorgane des Generalgouvernements haben in den verflossenen drei Jahren ihre ernste Pflicht mit Nachdruck und Erfolg erfüllt. Die Sicherheitslage kann im allgemeinen als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die allgemeine Ordnungsdisziplin des Landes hat sich durchaus in entsprechendem Rahmen gehalten. Ich war im wesentlichen nicht veranlaßt, zur Verhängung von Ausnahmezuständen oder Ergreifung sonstiger Maßnahmen zu schreiten. In Anwendung des allgemeinen Sicherheitseinschreitens konnte das normale, kriegsbedingte Leben aufrechterhalten bleiben. Sicherheitspolizei wie Ordnungspolizei haben sich rückhaltlos eingesetzt.

26.1o.42

Der Sonderdienst des Generalgouvernements hat sich auch durchaus bewährt, wie auch die polnische und ukrainische Polizei ihre Pflicht erfüllt hat. Ich spreche allen Sicherheitsorganen des Generalgouvernements meine Anerkennung aus und erwarte größte Pflichterfüllung auch in den kommenden Wochen und Monaten.

Wir haben getreu den uns vom Führer gegebenen Vollmachten unser Verordnungswesen aufgebaut. Diese Arbeit wurde vor allem im Amt für Gesetzgebung geleistet. Dieses Amt ist eines der wichtigsten Zentralämter in der Regierung des Generalgouvernements, denn sein Wirken bedarf der eingehenden interessierten Zusammenarbeit aller Dienststellen.

Wenn wir so auf die Totalität der Leistung der deutschen Menschen in allen Behörden, allen Dienststellen, in Stadt und Land schauen, so muß es uns angesichts der heute von mir nur skizzenhaft und in Gestalt einzelner Zahlenbeispiele gemachten Darlegungen wirklich mit Genugtuung erfüllen, daß der Führer uns diese Aufgebe gestellt hat.

Nach dem Osten geht nicht nur unser Blick, sondern auch der Marschtritt unserer siegreichen Kolonne. Das Generalgouvernement ist sich seiner Pflicht bewußt und wird diese Pflicht selbst unter den schwierigsten Umständen auch im kommenden Jahre mit aller Energie, allem Fleiß und aller Treue zum Führer zu erfüllen trachten.

26.10.42

Staatssekretär Dr.Bühler: Herr Generalgouverneur! An der Schwelle des vierten Jahres, in das uns die Arbeit hier im Generalgouvernement hineinführt, darf ich Ihnen für das Vertrauen, daß Sie uns, Ihren Mitarbeitern, für unsere Arbeit geschenkt haben, herzlich danken. Ich möchte diesen Dank mit dem Gelöbnis verbinden, daß wir Ihnen als dem vom Führer für diesen Raum bestellten Repräsentanten der höchsten Reichsgewalt unermüdlich und in Treue auch weiterhin dienen werden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt nunmehr die Verteilung der Kriegsverdienstkreuze 1.Klasse vor. Er richtet an die mit dieser Auszeichnung bedachten Beamten - Gouverneur Kundt, Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr, einige Kreislandwirte und Kreishauptmänner - Worte der Anerkennung für die von ihnen im Dienste der Ernteerfassung geleistete vorbildliche Arbeit. Diese Auszeichnung - so sagt der Herr Generalgouverneur - soll ein Ansporn für unsere Gemeinschaftsarbeit im kommenden Jahre sein.

Der Herr Generalgouverneur schließt den Staatsakt mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen allen, meine Herren, nochmals für die von Ihnen geleistete Arbeit und rufe Sie auf zur weiteren Pflichterfüllung in vielleicht kommenden schwersten Wochen und Monaten.

Wir grüßen den Führer, den Mann, dem wir in hingebender Treue verschworen sind: Unser Führer Adolf Hitler Sieg-heil! Sieg-heil! Sieg-heil!

Mit den Liedern der Nation findet der Staatsakt seinen Abschluß.

26.10.1942

12[10] Besprechung mit Pressechef Gassner.

13[00] Verabschiedung des aus seinem Amte scheidenden Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Watzke.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache: Meine Herren! Wieder müssen wir von einem unserer bewährten Mitarbeiter Abschied nehmen. Ich sehe Sie, Herr Präsident Watzke, nur sehr ungern aus unserer Mitte scheiden.

Ich habe nun den wichtigen Tag, da das Generalgouvernement in das vierte Jahr seines Bestehens tritt, benützen wollen, um Ihnen im Namen der Regierung und als Chef der totalen Führung dieses Raumes unser aller Dank für die hervorragende Kameradschaft zum Ausdruck zu bringen, die Sie uns gegenüber immer an den Tag gelegt haben. Es obliegt mir ferner, Ihnen in meiner Eigenschaft als Chef dieses Landes im Namen des Führers und des Deutschen Reiches den Dank für die hervorragende Aufbauarbeit abzustatten, die Sie in dem Ihnen gesteckten Rahmen unter den schwierigsten Bedingungen geleistet haben. Wie so eigentlich alles hier war es ein völlig Zerstörtes, was Sie übernommen haben, - bei Ihnen ein besonders Zerstörtes; - denn das etwa das deutsche Volkstum unter der polnischen Republik über irgendein als solches auch nur von fern zu bezeichnendes Schulwesen verfügt hätte, kann man nicht behaupten.

Es ist Ihnen nun gelungen, den Deutschen dieses Raumes ein absolut vorbildliches, nach den besten pädagogischen, technischen und organisatorischen Prinzipien der deutschen Schulerfahrung aufgebautes Schulwesen hier zu errichten. Die Volksdeutschen, wie aber die Reichsdeutschen aller Kategorien, die nach[u]nach

in diesen Raum gekommen sind, danken es Ihnen, Herr Präsident Watzke, daß ihre Kinder nunmehr in Schulen betreut werden, die in ihrer Erziehungsqualität, ihrer Lehr- und Forschungsweise völlig bester deutscher schulischer Tradition entsprechen. Was Sie selber als Fachmann auf Grund Ihrer eigenen jahrzehntelangen Erprobung im Schuldienst Ihrer Heimat und des Reiches dazu beigetragen haben, ist fürwahr ein großer Ausschnitt aus einem reichen Wissens- und Erfahrungsgebiet gewesen. Sie haben sich in langen Jahren der Diensterfüllung immer eines einwandfreien dienstlichen Lebenswandels befleißigt. Seien Sie dafür bedankt, daß Sie dieses Kapital auf uns übertragen haben. Wer immer Ihr Nachfolger sein wird, er wird in dem, was Sie aufgebaut haben, eine der festesten Stützen schulischen Wirkens in diesem Raum sehen.

Auch die fremdvölkische Bevölkerung kann sehr zufrieden mit der großzügigen Art sein, in der Sie mit dem Interesse des Deutschen Reiches die Förderung des Nachwuchses von Fachkräften zu verbinden wußten.

Wenn man dazu Ihr sonstiges Wirken an der Erhaltung der wissenschaftlichen Bestände unserer Bibliotheken, an der Errichtung von Bibliotheken, an dem Ausbau von Instituten aller Art, die direkt oder indirekt von Ihnen betreut wurden, an kulturellen, künstlerischen und fachlichen Veranstaltungen auf allen Gebieten nimmt - ich denke hier an die Botanischen Anstalten, an die Erhaltung des musealen Gutes, das Ihnen unterstellt war, an die Wiedererrichtung von wissenschaftlichen Forschungsstätten wie etwa den Sternwarten - dann kann man wohl mit Recht sagen: für alles dies sind Sie ein nicht weg denkbarer Bestandteil in der Geschichte des Generalgouvernements und damit der Geschichte des Deutschen Reiches, um so mehr, als Sie das

in dem größten Kriege aller Zeiten geschaffen haben.

Wenn ich mich nun verabschiede, so obliegt es mir noch, Ihnen den Dank des Führers und des Reiches und unserer aller Dank abzustatten. Möge Ihnen fernerhin ein persönliches und dienstliches Leben beschieden sein, das Ihnen Befriedigung gibt und Sie mit innerer Genugtuung darüber erfüllt, als guter deutscher Mann Ihre Pflicht für Führer und Volk getan zu haben. Wo immer und in welchen Stellen des Reiches Sie auch verwendet werden, - es kann nur zum Vorteil des Reiches und des Führers sein.

Zum Zeichen meiner Anerkennung überreiche ich Ihnen zur Erinnerung ein Bild, das eine der schönsten Stellen des Generalgouvernements darstellt, die Piastenburg in Lublin. Bewahren Sie es in der Erinnerung an uns als Ihre alte Kameraden!

Präsident Watzke erwidert mit folgenden Worten: Herr Generalgouverneur! Ich danke Ihnen für die ehrenden Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Ich will mich, soweit es möglich ist, in dieser Stunde von irgend welchen Ausdrücken des Gefühls fernhalten.

Ich scheide aus dem Generalgouvernement mit dem königlichen Bewußtsein, daß ich hier meine Pflicht erfüllt, ja mehr, daß ich mein Herz daran gehängt habe, und Herzen reißen sich nicht so schnell los. Ich scheide mit dem Bewußtsein, daß ich in politischer Hinsicht einiges zum Aufbau der NSDAP in diesem Bereich beitragen konnte. Ich scheide in dem Bewußtsein, daß ich persönlich einen absolut sauberen Lebenswandel geführt habe

In dieser Stunde ist und wird es für mich stets / eine der schönsten Erinnerung/ bleiben, daß ich zu sämtlichen Kameraden, die Hauptabteilungen leiten, in einem - ich darf wohl sagen- wundervollen kameradschaftlichen Verhältnis stand und daß dieses Verhältnis uns auch menschlich verband.

26.10.42

Der Wunsch, den ich in dieser Stunde für das Generalgouvernement hege, kann nur der sein, daß sich das Generalgouvernement in jeglicher Weise glücklich entwickeln möge. Dieser Wunsch gilt für jeden Einzelnen, der hier führenden und tätigen Männer.

Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen für die Ehrengabe, die Sie mir überreicht haben.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler beruft der Herr Generalgouverneur den bisherigen Regierungsdirektor Dr. Eichholz zum Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht.

Anschließend überreicht der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Boepple und dem Senatspräsident Dr. Blauert das Kriegsverdienstkreuz 2.Klasse.

13^{15} F r ü h s t ü c k .

15^{30} Vorführung des Films "Die Entlassung".

19^{35} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

Unter Leitung des Chefdirigenten Hindemith gelangen zur Aufführung:

1. Vorspiel zu "Die Meistersinger" von Richard Wagner
2. Klavierkonzert von Robert Schumann
   Solist: Prof. Wilhelm Kempff
3. Fünfte Sinfonie von L. van Beethoven.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Aufruf.

Der Gen. Gouverneur Reichsminister Dr Frank:

Am 26.Oktober 1942 vollendet sich das dritte Jahr, seitdem der Führer mich an die Spitze dieses Gebietes berufen hat.

Schwere Jahre des Aufbaues und der Durchsetzung einer Ordnung von Führung und Verwaltung dieses Landes, ungeheure Anstrengungen auf dem Gebiete der Wiedererstellung der wirtschaftlichen und ernährungsmäßigen Grundlagen, des Transport-, Straßen- und Hochbauwesens, des Staats- und Gemeindefinanzwesens sowie der kulturellen und geistigen Einrichtungen liegen hinter den deutschen Männern und Frauen, die im Dienste von Führer und Reich dieses völlig neuartige Gebilde unseres Generalgouvernements aus den Trümmern einer in Schmach und Elend untergegangenen sog. polnischen Republik wieder aufgerichtet haben. Untrennbar in alle Zukunft hinein bildet das Generalgouvernement einen Wesensbestandteil des Großdeutschen Reiches. Was ich seinerzeit in meiner ersten Proklamation an die Bevölkerung dieses Gebietes verkündete, wurde in die Tat umgesetzt. Heute, inmitten des gewaltigen, schicksalstolzen Ringens um die deutsche Freiheit und um die glücklichere Neuordnung Europas steht das Generalgouvernement durch die Einheit seiner immanenten klaren Ordnung festgefügt im regsten und unausgesetzten Dienste dieses gewaltigen Ringens.

Deutsche des Generalgouvernements! Bei Beginn des vierten Jahres des Bestehens dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches erwarte ich von Euch so wie bisher die unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen in den Gemeinschaftsdienst unseres herrlichen Volkes opferwillig sich

einordnende Hingabe an die uns von Führer und Reich gestellten Aufgaben. So wie bisher werdet Ihr, Männer, Frauen und Jugend in diesem Raum, Euch als die stolzen Künder des nationalsozialistischen Lebensideals bewähren und dadurch zu einem ehernen Block des fanatischsten Siegeswillens ebenso wie des treuesten Führerdienstes zusammenwachsen. So werden wir, durch aufgeschlossene Kameradschaft verbunden, den Millionen fremdvölkischer Bewohner dieses Landes eine auch für diese allein mögliche deutsche Führung machtvoll repräsentieren.

Beamte und Angestellte der Verwaltung des Generalgouvernements! Ich spreche Euch als Euer Chef meine restlose Anerkennung für die hervorragende Pflichterfüllung aus, die Ihr hier in diesem Raum unter den denkbar schwierigsten Umständen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens bisher gezeigt hat, und ich kann daher erwarten, daß sich das verwaltungsmäßige Gefüge des Generalgouvernements entsprechend den unverrückbaren Grundsätzen der absoluten Einheit der Führung und der Verwaltung dieses Raumes auch im vierten Jahr des Bestehens des Generalgouvernements ~~sich~~ erfolgreich weiter entwickeln wird. Ob es die Behörden der Regierung, aller Hauptabteilungen, der Gouverneure, der Kreishauptleute, ob es die Fachbehörden der Eisenbahn, der Post oder der technischen Baubereiche usw. sind: alle haben an ihrer Stelle dazu beigetragen, dieses neuartige Staatsgebilde des Generalgouvernements zu einem wirkungsvollen staatsorganisatorischen Faktor innerhalb der großdeutschen Reichsordnung zu machen.

Männer der Polizei und der Sicherheit! Ihr habt auch in diesem dritten Jahr so wie fast alle Bereiche des Staats-

dienstes, neue, schwere und unvergessene Opfer im Dienste der Befriedung dieses Raumes gebracht. Indem wir uns alle vor diesen Helden der Durchsetzung deutscher Führung in diesem Raum verbeugen, kann ich insbesondere auch von Euch erwarten, daß Ihr im kommenden Jahre, getreu meinen Weisungen die Sicherheit dieses Landes im Dienste des Reiches gewährleistet.

Der gesamten Bevölkerung dieses Gebietes, den Polen sowohl wie den Ukrainern, möchte ich meine Anerkennung nicht versagen für die in weitem Umfang bewährte loyale Mitarbeit an den Gemeinschaftsaufgaben dieses Raumes. Meine Anerkennung gilt hierbei insbesondere den Arbeitern in den großen Werken und den weiten Kreisen der Landbevölkerung. Ich werde entsprechend den von mir aufgestellten Grundsätzen unverrückbar daran festhalten, daß die von der Bevölkerung dieses Raumes geleistete loyale Mitarbeit ihre Gegenleistung findet in einer Sicherung der Lebensgrundlagen in dem mit den Erfordernissen des Krieges zu vereinbarenden Umfang.

Stolzer, geschlossener und härter denn je schart sich in diesem vierten Kriegsjahr das großdeutsche Volk um seinen Führer. Voll Vertrauen in die Kraft unseres unzerstörbaren Volkstums und die unbesiegbare Stärke unserer Wehrmacht treten wir in das vierte Arbeitsjahr im Dienste des Reiches.

Es lebe der Führer!

Es lebe das Großdeutsche Volk!

Es lebe die Wehrmacht!

Frank

Krakau

Dienstag, den 27.10.1942

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt den in Begleitung von Oberst von Tschammer und Osten erschienenen General Altrichter in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

12^{05} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr.Schulte-Wissermann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Oberregierungsrat Dr.Schulte-Wissermann überreicht dem Herrn Generalgouverneur den ersten Band seines Werkes "Preisvorschriften des Generalgouvernements".

Im Anschluß daran erklärt er, daß der springende Punkt in der Wirtschaftspolitik die Frage der Rationalisierung sei. Um diese zu fördern, schlage er die Einsetzung eines Ausschusses vor.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberregierungsrat Dr.Schulte-Wissermann an, diese Frage mit Staatssekretär Dr.Bühler zu besprechen.

12^{10} Besprechung mit Direktor Dr.Müller vom Statistischen Amt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Dr.Müller, daß die Vorbereitungen für die am ersten Februar 1943 geplante Volkszählung im Generalgouvernement schon weitgehend gediehen seien. Die Zählung verursache viele Kleinarbeit. Er könne den Herrn Generalgouverneur das Versprechen abgeben, daß sie genau so schlagartig wie im Reich durchgeführt und er am Abend der Volkszählung das Ergebnis bekannt geben werde.

27.10.1942

Der Herr Generalgouverneur ersucht Direktor Dr. Müller, ihm zur gegebenen Zeit Abschlußmeldung über die Vorbereitungen zu machen. Bei dieser Gelegenheit solle er dann vor einigen Herren der Regierung einen kurzen Vortrag darüber halten, und er, der Generalgouverneur, werde dann einen Aufruf zur Mithilfe erlassen.

12^{30} Besprechung mit Sendeleiter Bosch in Anwesenheit von Präsident Ohlenbusch.

Sendeleiter Bosch erklärt, daß er als Angestellter der Reichsrundfunkgesellschaft als Sendeleiter des Reichsrundfunks im Generalgouvernement tätig sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Sendeleiter Bosch, im Sendeprogramm des Generalgouvernements in starkem Maße die Weisungen des Generalgouverneurs und seiner Dienststellen zu befolgen. In der kommenden Zeit werde man den Rundfunk zu Propagandazwecken in starkem Maße benötigen. Er verfolge als verantwortlicher Chef dieses Landes in der Behandlung der Polen folgenden klaren Kurs: Die Beziehungen zum polnischen Volk würden in den kommenden Monaten so gepflegt, wie er es zum Nutzen des Deutschen Reiches als notwendig ansehe. Solange er die Verantwortung für dieses Land trage, werde er sich darin von niemanden abbringen lassen. Solange der Krieg nicht gewonnen sei, müßten die 12 Millionen Polen als aktive Potenz im Dienste unseres Reiches erhalten werden. Infolge der kommenden Ernährungsschwierigkeiten werde der Kurs notwendigerweise zwar ein schärferer werden, er solle aber nicht entspringen als Ausfluß einer politischen Grundhaltung, sondern nur aus der Situation heraus.

27.10.1942

Sendeleiter Bosch überbringt dem Herrn Generalgouverneur Grüße des Reichsrundfunkintendanten Dr. Glasmeier, und erklärt, daß Dr. Glasmeier am 7.Dezember nach Krakau kommen werde. An diesem Tage plane der Reichsrundfunk im Staatstheater des Generalgouvernements einen großen Richard-Wagner-Abend mit ersten Sängern und Sängerinnen des Reiches.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß in der Besetzung des Dirigentenpostens für dieses Konzert Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatstheater aufgetreten seien. Intendant Stampe wünsche, daß Kapellmeister Antolitsch als Dirigent herangezogen werde. Da aber am 16.November vom Orchester des Staatstheaters unter Leitung von Kapellmeister Antolitsch Aufnahmen für eine Übertragung über den Deutschlandsender gemacht würden, sehe er nicht ein, daß Antolitsch auch dieses Konzert dirigiere.

Der Herr Generalgouverneur bedauert, daß zu diesem Richard-Wagner-Abend Kräfte aus dem Reich herangezogen würden, obwohl genügend eigene Künstler vorhanden wären, spricht sich aber dafür aus, daß sich Antolitsch mit seinem erstmaligen Auftreten im Deutschlandsender bescheiden solle.

Sendeleiter Bosch weist zum Schluß auf die unzureichende Unterbringung des Senders Krakau hin.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, demnächst eine Besichtigung des Senders vorzunehmen.

12^{55} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

13^{05} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Heuber.

13^{15} Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur

27.10.42

Schriftleiter Grossmann (Zeitschrift "Das Generalgouvernement") vor, der ihm das neueste Heft der Zeitschrift überreicht.

Der Herr Generalgouverneur spricht Schriftleiter Grossmann für hervorragend geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus und ordnet an, daß ihm vom Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs ein Durchschlag eines Schreibens von Reichsminister Lammers mit lobenden Ausführungen über die Zeitschrift übermittelt wird.

12^{20} Besprechung mit Hauptabteilungsleiter Naumann.

Hauptabteilungsleiter Naumann berichtet, daß Staatssekretär Krüger Bedenken gegen die Errichtung von Staatsdomänen geäußert habe.

Der Herr Generalgouverneur entgegnet, daß es sich hier um eine staatspolitische Notwendigkeit handle,und ordnet an, daß der Einspruch von Staatssekretär Krüger übergangen wird.

13^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart von Graf di Fossombrone 12 Italiener.

13^{30} F r ü h s t ü c k .

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek und anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

1168

Kressendorf

Mittwoch, den 28.Oktober 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Donnerstag, den 29.Oktober 1942

10^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

12^{20} Besprechung mit Pressechef Gassner und Referent Dr. Graf.

Referent Dr. Graf legt dem Herrn Generalgouverneur einen Plan für die Umgestaltung des Nachrichtendienstes der Sender des Generalgouvernements vor. Es habe sich, so führt er aus, im Laufe der Zeit herausgestellt, daß es sehr schwierig sei, aktuelle Nachrichten für den Rundfunkdienst im Rahmen der "Nachrichten aus dem Generalgouvernement" zu bringen. Er beabsichtige deshalb, diese Rundfunksendung zu einem "Tagesecho des Generalgouvernements" umzugestalten. In diesem Tagesecho würden dann neben Nachrichten aus dem Generalgouvernement Wortberichte, Sportberichte, Berichte über das kulturelle Leben, über politische Ereignisse, Wiedergabe von Reden des Generalgouverneurs usw. gebracht werden. Diese Sendung würde jeweils 15 Minuten in Anspruch nehmen. Je nach dem vorliegenden Material solle dabei dem einen oder anderen Gebiet besondere Beachtung geschenkt werden.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt diese Änderung in den Sendungen der Rundfunksender des Generalgouvernements und stimmt dem von Referent Dr.Graf entworfenen Plan um so mehr zu, als er sich offenbar auf praktische Erfahrungen gründe.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob etwa von seiten der Hauptabteilung Propaganda gegen diesen Plan Bedenken erhoben werden könnten, wird von Pressechef Gassner mit dem Hinweis darauf verneint, daß diese Umgestaltung der infrage stehenden Sendungen ohne

29.10.42

Zweifel im allgemeinen Interesse liege.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu einigen Pressefragen Stellung genommen. Pressechef Gassner teilt mit, daß nach einer neuerdings getroffenen Entscheidung des Führers alle Presseangelegenheiten über den Reichspressechef zu gehen hätten. - Erfreulich sei die Feststellung, daß in der Reichspresse im allgemeinen ein recht beachtliches Interesse am Generalgouvernement genommen werde. Auch das D.N.B. leiste hier anerkennenswerte Arbeit und habe z.B. über den Staatsakt am 26.Oktober einen größeren Bericht an die Reichszeitungen gegeben.

Der Herr Generalgouverneur spricht Pressechef Gassner und Referent Dr.Graf seine Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit aus. Die Pressearbeit im Generalgouvernement sei, so betont der Herr Generalgouverneur, verglichen mit derjenigen anderer besetzter Gebiete geradezu als vorbildlich zu bezeichnen.

13^{10} F r ü h s t ü c k .

18^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{00} Aufführung der Oper "Julius Caesar" von Händel im Staatstheater.

22^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 3o. Oktober 1942

8^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach der Burg.

9^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Tarnow und Gumniska.

In Brzesko, Kreis Tarnow, hält der Herr Generalgouverneur vor den Vögten, Schulzen und Gemeindeagronomen des Kreises folgende Ansprache:

Ich danke dem Herrn Gouverneur Dr. Wendler dafür, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, persönlich in einem für die Ernteerfassung hervorragend arbeitenden Kreis zu sprechen.

Ich danke Ihnen, Herr Kreishauptmann, und allen Ihren Kreisbehörden für die hervorragende Erfüllung einer Pflicht, die im Interesse der Gesamtbevölkerung dieses Nebenlandes Großdeutschlands geleistet wurde, die aber ebenso sehr im Interesse der sieghaften Durchsetzung der neuen Ordnung in Europa in diesem Kriege liegt. Ich weiß sehr wohl, welche ungeheuren Schwierigkeiten hierbei zu überwinden waren. Herr Kreislandwirt, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß das Ablieferungssoll verhältnismäßig sehr hoch gewesen ist und es aller Anstrengungen bedurft hat, damit dieses Soll erfüllt werden konnte. Sie, Herr Kreishauptmann, haben sich dabei ganz besonders für die Ernteerfassung eingesetzt. Ihre Dienststellen, Ihre Behörden wie auch die Bevölkerung des Kreises haben sich trefflich bewährt. Herr Kreislandwirt, Ihnen und Ihren Mitarbeitern gebührt dafür meine besondere Anerkennung. Auch daß sich das Kommando der deutschen wie der polnischen Polizei und der Sonderdienst so hervorragend für diese Aufgabe eingesetzt haben, erfüllt

mich mit Genugtuung. Alle deutschen Dienststellen können auf dieses Ergebnis einer 100 %igen Ablieferung stolz sein. Das ist der entscheidende Ehrentitel für die agronomische Führung eines Kreises, und er gebührt diesem Kreis.

Dass die Volksdeutschen, die Siedlungsdeutschen, aber auch die eingewanderten Reichsdeutschen so tüchtig und bei der Erreichung dieses Ergebnisses so vorbildlich gewesen sind, war eigentlich selbstverständlich. Sie sind ja die Träger der harten Entscheidungen dieser Zeit. Sie wissen, daß der Kampf in diesem Raum, der Kampf, der Europa frei machen soll, von deutschem Blut getragen wird, daß es deutsche Männer sind, die ganz Europa mit dem Generalgouvernement schützen, daß auch in diesem Zeitpunkt, da wir friedlich unter dem Schutze der Flagge Adolf Hitlers versammelt sind, einige tausend Kilometer östlich von uns Hunderttausende deutscher Männer mit ihrem Leben auch den Frieden hier in diesem Lande decken. Daher ist es nur eine gerechte Ausgleichsforderung des Deutschtums, wenn es angesichts seiner unmeßbaren Blutopfer beansprucht, daß ihm die Führung des entscheidungsvollen Schicksals in diesem europäischen Raum zukommt. Dieser Friede kann nur geschützt und gewahrt werden durch eine harte, aber gerechte und sachliche deutsche Führung, unter der das Generalgouvernement und die Bevölkerung dieses Raumes leben.

Selbstverständlich muß die Bevölkerung dieses Raumes immer wieder bedenken, unter welchen Schwierigkeiten es allein möglich war, die Ordnung in diesem völlig zerstörten Gebiet wieder aufzurichten. Wie entsetzlich wäre es in diesem Land geworden, wenn nicht der Führer durch seinen rechtzeitigen Entschluß den

bolschewistischen Angriff auf dieses Gebiet hintangehalten hätte! Dann ständen die polnischen Mädchen nicht in ihrer Tracht hier, dann ständen hier nicht die Herren der Kirche in ihrem feierlichen Gewand, sondern die Kirchen wären zerstört und der Friede des Landes hinweggefegt worden, ohne Rücksicht, ob deutsch oder polnisch, hätte man alles zerstört. Vor diesem Schicksal hat die deutsche Wehrmacht ganz Polen bewahrt.

Ich bin daher sehr froh, daß mich gerade das Vertrauen der Bevölkerung dieses Kreises einmal in die glückliche Lage versetzt, meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Diese Anerkennung gilt vor allem den Herren Woits. Sie sind die unmittelbaren Verbindungsstellen der deutschen Ordnungsgewalt zur Bevölkerung. Seien Sie besonders bedankt. Ich will Ihnen auch helfen, die Maßnahmen, die die Behörden ergreifen, richtig zu würdigen, damit dann die Woits sich bei Erfüllung ihrer Aufgaben immer sicherer fühlen und ihre Autorität vor der Bevölkerung gestärkt wird.

Mit besonderer Freude habe ich vernommen, daß die Kirche hier durch ihre Vertreter bei der Ernteerfassung sowürdig mitgewirkt hat. Sie werden mir bestätigen, daß die deutsche Verwaltung in diesem Raum Ihnen und Ihren dienstlichen Obliegenheiten gerecht wird.
Auch in Zukunft wird es unser Bestreben sein, den kirchlichen Bedürfnissen der Bevölkerung in jeder Weise entsprechen zu lassen.

Mein besonderer Dank gilt nun Euch, Ihr polnischen Bauern und Landwirte, Frauen, Mädchen und Buben. Ich weiß, wie schwer Ihr es habt, wie entsetzlich es ist, unter den Erschwernissen des Krieges heute zu bauen. Denkt aber daran, daß der Bauer im Großdeutschen Reich und alle Bauern in Europa es schwer haben und daß sie

schwer kämpfen müssen. Denkt daran, daß Ihr das Glück habt, in einem befriedeten Lande Eurer Arbeit nachgehen zu können, daß es auch ein Glück für Euch ist, wenn Ihr der modernen Erfahrungen der hochgesteigerten landwirtschaftlichen Kultur teilhaftig werdet. Unser Bemühen ist es, die Landwirtschaft hier zu entwickeln, soweit das nur möglich ist. Wenn einmal friedliche Verhältnisse bestehen, dann werden wir in jeder Form dafür sorgen, daß die Landwirtschaft in diesem Gebiet technisch, wirtschaftlich und menschlich blüht und gedeiht.

Jedenfalls freue ich mich darüber, daß Ihr dem Appell der Regierung des Generalgouvernements entsprochen habt, so daß, wenn in wenigen Tagen der Ernteausnahmezustand außer Kraft tritt, wieder die volle normale Ordnung herrscht.

Nun sollen sich die Felder ausruhen dürfen, die uns mit Gottes Hilfe so reiche Früchte gebracht haben. Nun sollen sich die Menschen auch wieder darauf besinnen, daß der Sinn des Lebens im Ablauf der Jahreszeiten wiederkehrt. Neues Saatgut ist in die Erde gesenkt.

Möge nun in diesem Einklang von Führung und Volkstum, in diesem Einklang von dienstlichen Befehlen, die Sie, Herr Kreishauptmann, nach den Weisungen Ihres Gouverneurs zu erteilen haben, und den Notwendigkeiten, denen Sie auf Grund meiner und der von der Regierung des Generalgouvernements gegebenen Anordnungen gerecht werden müssen, dem Kreise auch weiterhin der Segen nicht vorenthalten bleiben. Das ist mein Wunsch für Sie, Herr Kreishauptmann, für Ihre Mitarbeiter, für die Deutschen, für die Behörden und für die Bevölkerung dieses Raumes.

30.1o.42

Anläßlich der Weihe des Gidranhauptgestütes Gumniska hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Im Namen aller Anwesenden möchte ich Ihnen, Herr Generaldirektor Rauert, für die sehr eindrucksvolle Veranstaltung danken. Ich bin gern Ihrer Einladung gefolgt, um hier an Ort und Stelle das Wunder von Gumniska zu sehen. Angesichts des herabgewirtschafteten Zustandes, der Belastung durch die Gesamtlage, der Transportschwierigkeiten, der Schwierigkeiten in der Beschaffung geeigneten Personals mußten die Voraussetzungen für den Aufbau erst geschaffen werden. Hier war ja zunächst überall das Negative größer als das Positive. Heute kann ich nun zu meiner großen Freude feststellen, daß Sie nach kaum drei Jahren einen mustergültigen für das gesamte Generalgouvernement führenden landwirtschaftlichen Großbetrieb eröffnet haben. Insbesondere leuchtet das Gestüt aus der Gesamtanlage der Liegenschaftsverwaltung Gumniska hell heraus.

Der Staatssekretär der Regierung Dr. Bühler hat bei mir den Erlaß einer Verordnung beantragt, die das gesamte Gutswesen des Generalgouvernements einer endgültigen Ordnung zuführen soll. Ich habe die Verordnung unterzeichnet. Nach dieser Verordnung hat die Regierung des Generalgouvernements die Möglichkeit, besonders hervorragende und auch in erzieherischer Hinsicht vorbildliche Gutsanlagen als Staatsgüter des Generalgouvernements zu erklären.

Einem Antrag des Staatssekretärs Dr. Bühler folgend habe ich Ihnen, Herr Generaldirektor Rauert, mitzuteilen, daß in dankbarster Anerkennung des gewaltigen Aufstiegs der von Ihnen aufgebauten und geführten Gutsbetriebe Gumniska in seiner Gesamtheit den Ehren-

titel des ersten Staatsbetriebes des Generalgouvernements erhalten hat. Für Sie muß eine besondere Genugtuung sein, mitten im Kriege ein solches Werk geschaffen zu haben. Was Sie getan haben, ist an sich schon in normalen Friedenszeiten eine Leistung, wieviel mehr aber in den anormalen Zeiten des Krieges. Das konservative Element wäre für uns als Grundsatz nicht annehmbar gewesen. Denn was wir übernommen haben, war völlig versehrt. Daß es uns aber geglückt ist, nicht nur den normalen Status aufzurichten, sondern noch mitten im Kriege in wenigen Jahren etwas aufzubauen, was sonst selbst unter günstigeren Bedingungen nicht geleistet worden wäre, das ist eines der stolzesten Dokumente deutscher Arbeit.

Sie haben wirklich eine ganz großartige, prächtige - ich möchte sagen - preußische Arbeit geleistet. Man kann sie wirklich als fabelhaft bezeichnen. Aus vollem Herzen spreche ich Ihnen daher meinen Dank und meine Anerkennung aus. Ich werde mich dieses Gutes mit ganz besonderem Interesse annehmen, Herr Generaldirektor Rauert. Der Kreishauptmann und die Landwirtschaftsführung haben sich bis jetzt schon Ihrer angenommen und werden es weiter tun. Daß Sie von der Regierung nur geringe finanzielle Mittel in Anspruch genommen haben, spricht ebenfalls für Sie.

Daß dieses Gut kein Luxusgut ist, daß es nicht nur als eine Schule errichtet wird, sondern in der Praxis Not beseitigen und Arbeit leisten soll, haben Sie schon betont. Auch möchte ich Ihnen, Herr Rauert, den Dank der Regierung für die hervorragende Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zum Ausdruck bringen. Wir arbeiten ja nur für den Krieg, den Sieg und die Wehrmacht. Alles, was geschieht, ist - wie das ganze

30.10.42

Generalgouvernement - ein Kriegseinsatz für das Großdeutsche Reich. Darum werden Sie auch in Zukunft auf unser aller Hilfe rechnen können.

17^{45} Rückkunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 31.Oktober 1942

10^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Krakau.

11^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs, in dessen Begleitung sich der Komponist Professor Hans Pfitzner befindet, in den Tuchhallen.

11^{05} Eröffnung der Kunstaustellung

"Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement".

Verkündung der Preisträger des Veit-Stoß-Preises.

An der Eröffnung der Kunstausstellung nehmen die Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr. Boepple, die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements und Abteilungspräsidenten, Generalleutnant von Höberth und zahlreiche Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht teil.

Nach einer musikalischen Einleitung - Allegro moderato aus der Sinfonie Nr. 20 von Mozart, gespielt von einem Kammerorchester des Orchesters des Staatstheaters unter Leitung von Kapellmeister Antolitsch - begrüßt der Präsident der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch die Gäste und gibt einen kurzen Überblick über Wesen und Zweck der Kunstausstellung.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

31.1o.42

Meine Damen und Herren! Alle Kriege haben eine innerste Aufwühlung des geistig-seelischen Elements der von den Kriegen Betroffenen zur Folge. Es ist eins der tiefsten Erlebnisse der Weltgeschichte, daß die epochale Durchdrungenheit einer Generation durch weltgeschichtlich-gigantische Ereignisse sich immer im künstlerischen Gedanken formt, - freilich nicht immer gleichzeitig. Es bedarf eines gewaltigen Ablaufs der Ereignisse, einer Wiedersammlung der geistig-seelischen Potenzen und eines mählichen Herausgerücktwerdens aus den aktuellen Zertrümmerungen der friedlichen Bewußtheiten, damit aus dem tiefsten Erleben eines Volkes heraus den weltgeschichtlichen Ereignissen künstlerische Form gegeben werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet erscheint uns der Weltkrieg von 1914 bis 1918 in engstem Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen der Jetztzeit. Denn irgendwie kommt über uns in Europa das starke Empfinden, daß wir jetzt nicht in einem seit 1939 begonnen habenden Kriegsablauf stehen, sondern daß der Krieg von heute eine Fortsetzung des bereits von 1914 bis 1918 dem deutschen Volke auferlegten schicksalhaften Ringens bedeutet. Und so könnte man mit Fug eigentlich nicht verlangen, daß das künstlerische Gestaltungsvermögen dieser Zeit schon heute gereift erscheint, dem weltgeschichtlichen Format der Ereignisse von heute zu entsprechen. Es ist eine alte Erfahrung, daß gerade das zeitgenössische künstlerische Schaffen unter Kriegen zu leiden beginnt. Die Menschen werden als Künstler gepackt von den gewaltigen auf sie einstürmenden Momenten des Aufeinanderprallens von Energien, die wohl

von einem Einzelnen oder einer Generation ausgelöst sein mögen, aber irgendwie in dem uns Menschen vorenthaltenen weisen Plan der Vorsehung verwurzelt zu sein scheinen.

So vermag der Künstler eine Zeit in ihrer Tiefe zu ahnen. Und jeder wird in den Tiefen des Erlebens des Krieges für seelische Empfindungen auch dann aufgeweckt, wenn er sich sonst im normalen, glatten Ablauf der Alltagsbefriedigung bürgerlicher Zonen vielleicht sagt: des Lebens Genuß ist mehr wert als des Lebens Dienst.

Und dies ist heute unser Thema. Die Künstler unserer Zeit sind durch den Krieg in das tiefste und höchste Erlebnis zugleich des Daseins unseres Volkes gerückt. Es ist klar, daß sich auf allen Gebieten der Kunst demnach das Neue schüchtern emporwagt. Es ist ja auch der Trost und Halt in den Schwierigkeiten unserer Zeit, daß das Ergebnis dieses Krieges die endliche Befriedung Europas, die totale Zusammenfassung der europäischen künstlerischen Potenzen in einer neuen Ordnung darstellt.

Wir glauben daran, daß dieser Krieg mit allen seinen entsetzlichen Folgen der letzte Krieg Europas für viele Generationen sein wird. Wir glauben daran, daß der tiefste Sinn dieses Krieges nicht die Zerstörung der 2ooojährigen europäischen Kultur, sondern die letztmögliche Formung einer Wiedererweckung des Besten dieses Kontinents bedeutet.

Und so sollen uns auch die Zeugnisse der Kunst, die wir hier heute dankbar begrüßen, den Optimismus wiedergeben, der vielleicht da und dort durch das Grauen des Tages verschüttet erscheint. Sie sollen uns in den jungen Künstlern die Sendboten einer großen kommenden Kultur- und Kunstepoche zeigen.

31.1o.42

Daß diese Künstler heute zum großen Teil mit der Waffe in der Hand für das Vaterland kämpfen, verbindet uns ihnen als Kameraden, soll uns aber nicht ihren künstlerischen Leistungen gegenüber in der Weise verbinden, daß wir ihnen die Leistungen nachsehen. Denn die Waffe in der Hand des Künstlers ist auch die Palette, die Waffe in der Hand des geistig Ringenden eines Volkes ist der Stift des Dichters, - die Waffe in der Hand des großen Bühnengestalters ist das Bühnenbild, sie ist auch die Partitur des genialen Komponisten. Kurz, es sind die ewigen Waffen, in deren Dienst die Waffe aus Eisen eigentlich bescheiden zurückzutreten hat. Und die Künstler, die heute mit der Waffe aus Eisen ihren Dienst tun, sollen uns besonders gefallen, wenn sie in den Pausen ihres Waffendienstes die Tradition des einzig und ewig würdigen Daseins des Geistig-seelischen uns immer wieder offenbaren und wenn aus dem Blute des Krieges die neue Blüte einer menschlichen Harmonie aufsteigt.

Wir haben im Generalgouvernement der Kunst eine würdige Heimstätte bereitet. Wir können sagen, daß es uns hier inmitten des Krieges geglückt ist, den guten Traditionen und Bedürfnissen unseres Volkes auf künstlerischem Gebiet zu entsprechen. Wir können aber noch mehr sagen: ein Gebilde wie das des Generalgouvernements ersteht selbst zunächst als Kunstform. Es ist ein Entwurf schöpferischer Art, der einer Form von Staatskunst gleicht, die durchaus in ihren technischen Voraussetzungen und formalen Methoden nach den Gesichtspunkten des großen Kunstwerks gewertet werden kann. Und welches sind diese? Ich möchte hier ganz offen ein Bekenntnis ablegen: wir kommandieren die Kunst nicht. Ich werde mich nach meinem Wort, daß "Ostluft frei macht", dafür einsetzen, daß die Freiheit der schöpferischen Persönlichkeit eines der größten Güter eines Volkes darstellt und daß für sie ein Staat sich zu bewähren

hat, soll er selbst von Ewigkeit sein.

Diese Freiheit der schöpferischen Persönlichkeit leuchtet über dem Wirken unseres staatsmännischen Apparates hier im Lande. Denn hier kann nicht das Schema einer Massenideologie an die Stelle der Persönlichkeitsleistung gesetzt werden. Hier steht jeder einzelne Deutsche für sich mit seiner persönlichen Kraft. Nicht anders steht er den Problemen des Lebens, der Zeit und des Raumes gegenüber, als jeder Künstler in sich diese unmittelbare Verbundenheit mit Gott empfindet.

Die Sehnsucht nach dem freien Schaffenkönnen ist groß; die Sehnsucht nach der Rückkehr zum Vorrange des Geistig-seelischen ist stark. Mag es vielleicht auch ein kühner Gedanke sein, so ist es doch wohl richtig, daß jedes Empire bereits die Grundzüge der Sehnsucht nach der kommenden Romantik in sich trägt und in jeder gewaltigen weltgeschichtlich übertrumpften Zeit die heimliche Sehnsucht nach dem Idyll schwebt. Wie im Kriege die Sehnsucht nach dem Frieden irgendwie in dem Einzelnen aufsteigen kann und aufsteigen wird, so wird in einer Zeit, die notwendig aus dem geschichtlichen Verantwortungsempfinden für das Werden eines Volksschicksals heraus die Gesamtenergien eines Volkes unter einem Befehl zusammenfassen muß, doch der Einzelne die Spannungen empfinden, die in ihm bei dem Gedanken daran sich erheben, wie romantisch die Welt sein könnte, wenn die Menschen nicht so sehr kriegerisch wären.

Es ist klar, daß, je tiefer wir in das Kriegserleben hineinsteigen, diese Sehnsucht nach dem romantischen Idyll, nach der Farbe dem Grau gegenüber, nach der Freude dem Schmerz gegenüber, nach der Ewigkeit der höchsten Werte der Menschheit den Bedingnissen dieses unseres kleinen Raumes gegenüber aufsteigt.

31.1o.42

So sollen die Bilder dieser Ausstellung, soweit sie von unseren feldgrauen Kameraden kommen, uns Zeugen dieser Sehnsucht sein, die, verbunden mit der strengsten Pflichterfüllung im Dienste des Krieges und der tapfersten soldatischen Einstellung, die Verklärung des Heroismus darstellen.

Ein Befreiendes liegt auch in dem Gedanken, daß man Kunst nicht vermassen kann; denn in der Genialität des einzelschöpferischen Künstlers liegt die Straße der Entwicklung eines Volkes. Jedes einzelne Kunstwerk ist ein Meilenstein an der Entwicklungsstraße unseres Volkes. Und so müssen wir sagen: wohl uns, wenn wir diese Straße auch im Kriege fortsetzen können; wohl uns, wenn wir mitten im Grauen dieser Zeit die Träger der tiefsten künstlerischen Empfindungen bleiben können, die es auf diesem Planeten gibt. Die Genies kann der Staat nicht befehlen. Alles können wir, - es gibt aber etwas über uns, und das kommt aus der Rasse unseres Volkes. Dem Genie gegenüber kann der Mächtigste einer Zeit nur den Allmächtigen bitten, uns möglichst viele und reiche Genialität zu schenken. Und der Staat, das Reich kann sich der Genialität gegenüber verpflichten, ihr die Auswirkung, die Erfüllung ihres eigenen Lebensprinzips zum Zwecke der Höhersteigerung der Gesamtkraft unseres Volkes zu ermöglichen.

Wir haben eine ganze Reihe genialer junger Kräfte. Wenn man etwa sagen wollte: wir befinden uns in einer Kurve des Abstieges und des Ausklingens früherer Epochen, - so ist der Gedanke falsch. Diese Ausstellung wird Sie, meine Damen und Herren, überzeugen, welche Kraft, welches Sehnen, welche Genialität in der Jugend liegt, die dereinst unsere Volksgemeinschaft darstellen wird, und welch' schöne Synthese das geballte Licht des Bildes zwischen Raum und Zeit ist.

31.1o.42

Seien wir daher im Generalgouvernement echte Menschen, die wissen, daß sie als Deutsche zuerst von der Sonne begrüßt werden. Möge diese Ausstellung ein Symbol der Stärke unseres Volkes, ein Zeichen des aufsteigenden jugendlichen Impulses dieser Epoche sein! Möge sie in ihren Bildern den Zentralpunkt darstellen. Das Vorbild, das Bild, das Abbild und das Nachbild sind die Epochen. Wir stehen immer noch in unserer künstlerischen Geschichte inmitten des Bildes unter dem Bann großer Vorbilder. Noch sind wir nicht zur rein epigonenhaften Ab- und Nachbilddekadenz herabgesunken; noch sind es echte Bilder, noch ist es ein echtes schöpferisches Gestalten, noch besteht die Möglichkeit, daß aus Bildern von heute Vorbilder werden. Nur einem müssen wir entgegentreten, dass nämlich aus einem generellen Mattigkeitsempfinden heraus das Negative in die Kunstbetrachtung Eingang finden/könnte.

Wir haben gewiß - und darüber waren die Preisrichter einig - bei der Preisverteilung hohe Anforderungen gestellt. Es ist wahrlich ein Glück, daß wir diesen Anforderungen entsprechende Leistungen der Malerei, der Plastik, der Architektur und der Kunst des Bühnenbildes feststellen konnten. Dabei soll es auch bleiben; denn wenn wir schon ins Abbild und ins leere Nachbild herabsänken, dann hätte es keinen Sinn mehr, Ausstellungen zu veranstalten.

Ich rufe Sie auf, daß Sie sich diese Bilder zu Gemüte führen und daß Sie jedem einzelnen Künstler glauben, der ernst mit sich und seiner Kunsterfahrung ringt. Danken wir den Künstlern dafür, daß sie ein so schwer erkämpftes Land wie das Generalgouvernement mit dem Zauber ihrer Farben verklären. Möge von dieser Ausstellung ins Deutsche Reich der Appell dringen, diesem Lande des Ostens, so schwer erkämpft durch die würdigsten Toten unseres Volkes, die im Dienste des Führers und seiner

Wehrmacht gefallen sind, - diesem Lande und diesem Osten überhaupt sein ganzes Interesse und sein opferbereite Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Photographie ist ein wichtiges Instrument des Tages. Die Kunst aber, die unsere Landschaft hier, unsere Menschen, die uns die Geschichte dieses Raumes zeigt, ist berufen, auch die Verewigung der Ereignisse dieses Raumes darzustellen.

So sei denn der Wehrmacht besonders dafür gedankt, daß sie unseren jungen Künstlern Gelegenheit gegeben hat, sich auch während des Krieges ihrer Kunst zu widmen, soweit das mit ihren Belangen vereinbar ist. Ich danke auch der NSDAP, daß sie in sich diese Prinzipien verfolgt. Vor allem danke ich der Hauptabteilung Propaganda unter ihrem so tatkräftigen Leiter Parteigenossen Ohlenbusch und seinen Mitarbeitern, daß sie im engsten Verein mit allen Reichsstellen die Ausstellung ermöglicht haben.

Die Führung auf dem Gebiete des Staates ist eine klare Angelegenheit des Willens und damit des Geistes, die Führung auf dem Gebiete der Kunst ist eine Frage der Seele und der tiefsten takterfüllten Einsicht in die Bedingungen der schöpferischen Persönlichkeit. Während der Staat über die Persönlichkeit hinwegsehen muß, weil er die Gemeinschaft des Volkes zu betreuen hat, lebt die Kunst nur von den Persönlichkeiten.

Der Veit-Stoß-Preis ist heuer an eine Reihe von Persönlichkeiten verliehen worden, die insgesamt Anteilseigner des einheitlichen Preises sind, die in diesem Sinne sowohl Volk wie Kunst zu einem schöpferischen Einklang gebracht haben.

Auf Vorschlag des Preisrichterkollegiums, dem meine besondere Anerkennung für seine Arbeit gilt, habe ich nunmehr die Preise zu verkünden.

31.1o.42

In der Malerei erhielt den Ersten Preis Karl Klasen, Rostock, zur Zeit Wehrmacht.

Karl Klasen erscheint als vorbildliches Beispiel dafür, wie ein deutscher Maler das Generalgouvernement sieht. Als Soldat ist er mit dieser Landschaft verwachsen und hat die starke Verbundenheit mit dem Osten in seinem Werk mit Klarheit, formaler und farbiger Geschlossenheit allgemein gültig gestaltet. Neben der Landschaft hat er den deutschen Menschen, der in der Weichselniederung so häufig anzutreffen ist, in seinen Blättern festgehalten. Er hat in vorzüglicher Weise den von der Regierung des Generalgouvernements gedachten Zweck der Ausstellung erfüllt und erscheint damit als erster Anwärter auf den Veit-Stoß-Preis für Malerei.

Den Zweiten Preis erhielt Karl Walter, München. Karl Walther hat durch ungemein temperamentvoll vorgetragene Bilder von Warschau einen wertvollen Beitrag zur Charakterisierung der Barockbauten, die während der Regierungszeit der sächsischen Könige errichtet worden sind, geleistet.

Den Dritten Preis erhielt Werner Seippel, Neu-Isenburg, zur Zeit Wehrmacht.

Werner Seippel benutzte einen Genesungsurlaub von der Front, um das Erdölgelände in der Umgegend Borislaw in frischen, farbigen, auf das feinste abgestimmten Blättern wiederzugeben.

Ebenfalls einen Dritten Preis erhielt Otto Westphal, Rudolstadt, Dresden, zur Zeit Wehrmacht.

Otto Westphal hat als Soldat während des Vormarsches in Polen und Rußland in den Stunden der Kampfpause eindringliche Aquarelle von Landschaften, zerschossenen Dörfern und Städten gearbeitet, die einen charakteristischen Eindruck vom Kriegsgeschehen vermitteln.

31.1o.42

In der Abteilung Graphik erhielt den Ersten Preis Erich Feyerabend, Stuttgart.

Erich Feyerabend hat im Auftrage der Hauptabteilung Propaganda der Regierung des Generalgouvernements einen Holzschnitt geschaffen. Er setzt damit die Meister des 17.Jahrhunderts fort und übertrifft sie durch die Größe und Genauigkeit seiner Arbeit. Der Schnitt ist eine kulturpolitische Tat und dokumentiert jedem Beschauer, daß die Stadt Krakau in ihrer Anlage und Architektur eine typisch altdeutsche Stadt ist.

Den Zweiten Preis erhielt Richard Duschek, Berlin. Richard Duschek zeichnete mit Blei- und Farbstift in lebendigster Weise das Straßenleben von Krakau um die Marienkirche und um die Tuchhallen.

Ebenfalls einen Zweiten Preis erhielt Hans Jüchser, Dresden, zur Zeit Wehrmacht.
Hans Jüchser, der sich bereits im Weltkriege als Fliegeroffizier bewährte, hat in kleinen, sehr zarten und eigenwilligen Federzeichnungen seine Erlebnisse im Osten festgehalten.

Den Dritten Preis erhielt Helmuth Heinsohn, Krakau. Helmuth Heinsohn hat durch seine Arbeit einen wesentlichen erzieherischen Einfluß auf die geschmackliche Gestaltung der graphischen Arbeit im Generalgouvernement ausgeübt.

In der Abteilung Plastik erhielt den Ersten Preis Herbert W. Kühn, Radom.

Kühn hat durch seine Architekturplastiken für das Verwaltungsgebäude in Radom, die sich geschlossen in das Gesamtbild einreihen, einen wertvollen Beitrag für die deutsche bildnerische Kunst im Generalgouvernement geliefert.

In der Abteilung Architektur erhielt den Ersten Preis A. Wittmann, Radom.

Wittmann hat durch den Erweiterungsbau und Umbau

des Verwaltungsgebäudes in Radom als freischaffender Architekt ein repräsentatives Gebäude geschaffen, das der neuen deutschen Architektur im Generalgouvernement klaren Ausdruck gibt.

Den Zweiten Preis erhielt B. Haas, Krakau, zur Zeit Wehrmacht.

Nach den Entwürfen des Reg.Baumeisters Haas werden die Lebensbedingungen für die deutsche Bevölkerung wesentlich verbessert werden. Die Entwürfe für das Sportgelände in Krakau, das Staatstheater des Generalgouvernements und das Staatliche Krankenhaus in Krynica sind seine bedeutendsten Arbeiten auf diesem Gebiet.

Den Zweiten Preis erhielt ebenfalls Dr.Stahl,Krakau

Dr.Stahl hat als Stadtbaumeister durch die Burgfreilegung das monumentalste Bauwerk des Generalgouvernements in glücklichster Weise gehoben. Durch den Bau der Siedlung "Reichsstraße" werden der deutschen Bevölkerung würdige Wohnräume geschaffen.

Den Preis für das Bühnenbild erhielt Hans Gassner, Krakau.

Gassner hat durch seine Bühnenbilder und Ausstattungen dem Staatstheater des Generalgouvernements eine besonders eindrucksvolle Note verliehen. Damit hat er im besten Sinne deutscher Theatertradition und schöpferischer Bühnengestaltung die deutsche Theaterkultur im Generalgouvernement wesentlich gefördert und vorbildlich für den ganzen deutschen Osten gewirkt.

Ich bin glücklich, daß ich wirklich hervorragenden deutschen Künstlern des Generalgouvernements meinen Dank abstatten kann. Alle jene, die diesmal bei der Preisverteilung nicht offiziell genannt werden konnten, seien darüber nicht vergrämt oder sollten sich deshalb nicht zurückgesetzt fühlen. Der Preis wird jedes Jahr verteilt. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre viele, viele neue Anwärter für den Preis kommen werden und dann vielleicht schon ein Preis für ein großes sieghaftes

31.1o.42

deutsches Friedensmonument verteilt werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Mit einem von Präsident Ohlenbusch ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet der feierliche Akt seinen Abschluß.

Anschließend besichtigt der Herr Generalgouverneur die in den Tuchhallen ausgestellten Kunstwerke.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann in das Institut für Deutsche Ostarbeit und besichtigt dort die Architekturausstellung.

13^{1o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{25} F r ü h s t ü c k .

16^{oo} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonntag, den 1.November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 2.November 1942

10^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{55} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberbereichsleiter Eisenlohr mit seiner Vertretung bei den Feierlichkeiten aus Anlaß der Beisetzung des verstorbenen Ministerpräsidenten Siebert.

11^{05} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Bekanntgabe nachstehenden Nachrufes für den verstorbenen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert in der Krakauer Zeitung.

Abschied von Ludwig Siebert

von Generalgouverneur Reichsminister Dr.Hans Frank.

Der Tod des Ministerpräsidenten von Bayern Ludwig Siebert reißt in die älteste Kämpferschar Adolf Hitlers eine Lücke, die nicht geschlossen werden kann. In ihm verliert der Führer einen seiner aktivsten und getreuesten Männer, das deutsche Volk einen ungewöhnlich schöpferischen Geist, das Land Bayern einen fürsorglichen Chef der Landesverwaltung, wir alle einen der besten Deutschen, die je gelebt haben.

Die Geschichte seines Lebens ist die der Entwicklung eines selbstsicheren Geistes, der aktiv, temperamentvoll, lebensaufgeschlossen, die Wirkungskreise, durch die ein Schicksal ihm zu schreiten aufgab, mit Energie und Erfolg durchpulste. Von Ludwig Siebert strahlte ein stets zukunftssicherer Optimismus, der die Schwierigkeiten wie die Zweifel in jedem Fall zu bannen vermochte. Mit ihm geht ein Mann in die Ewigkeit ein, der für alle, die nit ihm zusammenarbeiten durften, ein stetes Vorbild war.

In seinem dienstlichen Wirken war er als Jurist ein vollwirksamer Vertreter der nationalsozialistischen

Rechtsidee, die in der Vereinigung von Staatsautorität und persönlicher Freiheit den germanischen Staatscharakter erkannte und als Ideal hochhielt.

Er war nach Abschluß seiner juristischen Studien und nach kurzer Laufbahn innerhalb des Gerichtsbereiches Erster Bürgermeister der alten deutschen Stadt Rothenburg, die unter ihm und seiner meisterhaften Führung zu einer Perle deutscher städtischer Kultur entwickelt wurde. Auf den damaligen Bürgermeister Siebert geht die Wiedererweckung des Bewußtwerdens jener kulturellen Bedeutung zurück, die mit dem alten deutschen Gedanken der Selbstverwaltung in der Blütender alten deutschen Städte eines der großen geschichtlichen Ergebnisse unserer völkischen Entwicklung sieht. Von Rothenburg strahlte damals in alle deutschen Lande auch aus die Wiedererweckung der Freude an der hohen mittelalterlichen Kultur unseres Volkes, und neu leuchtete auf die seelische Verbindung mit den traumhaft erstrahlenden Zeugen der alten hohen Städtebaukunst unseres Volkes.

Als er darauf Bürgermeister von Lindau wurde, eines anderen durch Lage und Geschichte ausgezeichneten deutschen Gemeinwesens, brachte er den ersten Schatz seiner Erfahrungen mit in diese damalige Grenzposition unseres Volkes. In Lindau gab es mit dem Einsatz Sieberts als Bürgermeister neues Leben. Es quirlte an allen Ecken und Enden dieser alten deutschen Reichsstadt von Energien: Umbauten, Straßendurchbrüche, Uferanlagen, neue Brücken, Häuser und Gebäude aller Art entstanden. In den etwas verträumten Bodenseewinkel zog damit der frische Luftzug eines Aufbauwillens, der auch von hier aus weit ins Land hinein Schule machte.

Dieses Wirken des Pg. Siebert in Lindau war um so merkwürdiger, als er, der doch als Nationalsozialistischer Vorkämpfer der Idee unseres Führers weithin bekannt war und als solcher schon früh dem Bayrischen Landtage angehörte, in seinem eigenen Stadtrat auch bei den

gegnerischen Parteien ob seiner sachlich-fachlichen Überlegenheit jene Unterstützung fand, wie sie eben geborenen Führernaturen selbst widerstrebend angesichts der Fülle des Leistungsvorrangs auf die Dauer nicht vorenthalten werden kann.

So kam es, daß sich unter seiner Leitung der Umfang und die Bevölkerungszahl der Stadt Lindau fast vervierfachten und diese Stadt ihre ursprüngliche Inselposition verließ, um weithin am Gestade des Bodensees eine ganze Reihe von Gemeinden in den Stadtbereich aufzunehmen.

Die nationalsozialistische Revolution in Bayern vom März 1933 fürhte dann den Bürgermeister Siebert an die Spitze der bayerischen Staatsverwaltung. Reichsstatthalter Ritter von Epp ernannte ihn auf Anordnung des Führers zum Ministerpräsidenten. Durch diese Berufung zeichnete der Führer seinen unerschrockenen Mitkämpfer aus. Zugleich aber konnte der Führer auch dessen gewiß sein, daß er in Siebert einen Mann mit den obersten Funktionen der bayerischen Staatsführung unter dem Reichsstatthalter betraute, der den idealen Schwung revolutionären Kämpfertums mit der sachlich-fachlichen Beherrschung der Lebensprobleme eines ganzen Staates zu verbinden wußte. In der Tat hat sich denn auch Ministerpräsident Ludwig Siebert in seinem fast zehnjährigen Wirken, stets getragen vom Vertrauen des Führers und des Reichsstatthalters, eine achtunggebietende Stellung im Rahmen der deutschen Verwaltung erworben, die der bayrischen Verwaltung weit über das Land hinaus im ganzen Reich Ehre und Anerkennung verschaffte.

Ludwig Siebert führte neben dem Ministerpräsidium von Anfang an auch das bayrische Staatsministerium der Finanzen. In dieser Eigenschaft brachte er die völlig zerfahrene Finanzsituation des ihm anvertrauten Gebietes in verblüffend kurzer Frist in beste Ordnung. Man kann mit Recht sagen, daß die bayrische Finanzverwaltung dem Reiche Vorbild werden konnte.

2.11.42

Nach dem Ausscheiden des ersten Wirtschaftsministers übernahm Ministerpräsident Siebert auch noch das bayrische Wirtschaftsministerium. In dieser Eigenschaft realisierte er die geniale das ganze deutsche Wirtschaftsleben erfassende Politik Adolf Hitlers auch in Bayern und führte es zu einem neuen Aufstieg. In der Zusammenfassung seiner Ämter zeigte er eine Konzentrierung der Energien, wie sie allerdings nur von einem außerordentlichen Mann auf die Dauer geleistet werden konnte.

Aber selbst mit dieser Häufung von Ämtern war seiner Tatkraft noch nicht Genüge geschehen. Er wurde vom Führer zum Präsidenten der Deutschen Akademie, jener weitwirkenden geistigen Instanz unserer Nation berufen. In steiler Kurve nach oben vollführte er in dieser Eigenschaft eine völlig neuartige, in der deutschen Geistesgeschichte bis dahin unerhörte Leistung in der Verlebendigung wissenschaftlicher Forschung und nationalsozialistischer Kulturpolitik. Unter Ministerpräsident Siebert wurde die Deutsche Akademie zu der schlechterdings führenden Institution deutscher geistiger Wertarbeit.

Mittlerweile aber war sein siebenundsechzigstes Lebensjahr herangerückt. Er, dessen nimmermüde, eifrige, tatendurstige Lebendigkeit schier unverminderbar schien, wurde nun mitten in seiner weit gespannten unausgesetzten Aktivität von dem gewaltigen Herrn aller Geschicke in die Ewigkeit berufen. Trauernd stehen wir, seine alten ersten Minister, seine getreuen Knappen, um seinen Sarg. Daß seine gütigen, stets so lebensvollen Augen nun uns nicht mehr leuchten sollen, daß sein oft von so köstlichem Humor getragener Charakter uns nun nicht mehr im Grauen des Lebens strahlen soll: welch' Schmerz, welche Tragik, welch' unersetzliches Vergehen um diesen Mann!

2.11.42

Die Fahnen Adolf Hitlers und seiner Bewegung, die Fahnen des Reiches senken sich um die Bahre des Ministerpräsidenten Ludwig Siebert. Inmitten des schweren Krieges dieser Zeit, verläßt uns der Mann, der uns ein Garant unserer Frische schien. Es wird einsam um uns, die ältesten Kämpfer des Führers. Möge Gott der Allmächtige unserem Volke gnädig bleiben! Möge er aus dem Opfer Ludwig Sieberts erkennen, in welche Weiten der deutsche Geist zur Ehre der Menschheit aufragen möchte! Möge das ganze deutsche Volk in Ludwig Siebert erkennen, mit welcher Treue die Männer für Adolf Hitler sterben.

Ludwig Siebert ! an Deinem Sarge geloben wir, in Deiner Rechtlichkeit, in Deiner Menschlichkeit, in Deiner nationalsozialistischen Führertreue weiter zu arbeiten.

11^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Emmerich den Präsidenten der Reichswirtschaftskammer Albert Pietzsch, Hauptgeschäftsführer Dr. Erdmann und Dr. Grünig. Anwesend sind noch: Präsident Dr. von Gregory, Dr. Neupert und Senatsrat Bergemann.

13^{30} E s s e n im Danziger-Zimmer.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Dienstag, den 3.November 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{35} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu.

Stadthauptmann Pavlu bittet den Herrn Generalgouverneur, in ungefähr 14 Tagen einen eingehenden Rechenschaftsbericht über die Aufbauarbeit in der Stadt Krakau vor einem größeren Kreis unter Teilnahme des Herrn Generalgouverneur s und des Gouverneurs des Distrikts Krakau erstatten zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Stadthauptmann Pavlu berichtet sodann, daß er Professor Popp von der Akademie der Bildenden Künste in Wien vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs mit gewissen Ausschmückungsarbeiten in der Stadt beauftragt habe. Die Arbeiten würden von der Akademie als Schulaufgabe durchgeführt werden. Er denke auch daran, einen Freiplatz in der Akademie zu schaffen und zu diesem Zweck ein wohlausgestattetes polnisches Atelier in Krakau zur Verfügung zu stellen.
Weiter habe sich Professor Popp bereit erklärt, an Stelle des infolge veränderter Verkehrsführung inzwischen überholten Generalbebauungsplanes für die Stadt Krakau einen neuen auszuarbeiten.

Auf einen Wunsch von Professor Popp hin richtet Stadthauptmann Pavlu an den Herrn Generalgouverneur die Frage, ob er, wie andere führenden Persönlichkeiten dieses bereits getan hätten, auch einen Freiplatz an der Akademie für Bildende Künste inWien für Begabte aus dem Generalgouvernement stiften wolle; die Kosten würden ungefähr 4 ooo Zloty im Jahr betragen. Weiter

3.11.42

fragt er an, ob der Herr Generalgouverneur etwas dagegen einzuwenden habe, daß die Stadt Krakau dem Kreis der Freunde der Akademie für Bildende Künste in Wien durch Zahlung eines jährlichen Beitrages beitrete.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu allen diesen Punkten seine Zustimmung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Stadthauptmann Pavlu, einige weitere Angelegenheiten der Stadt Krakau mit Staatssekretär Dr.Bühler zu besprechen. Er erklärt sich bereit, nach dieser Besprechung Staatssekretär Dr.Bühler und Stadthauptmann Pavlu gemeinsam zu empfangen und evtl. notwendig werdende Entscheidungen selbst zu treffen.

11[35] Besprechung mit General Schindler und Oberingenieur Kobold.

General Schindler führt aus, daß durch Verfügung des Reichsmarschalls für jeden Bezirk eine Rüstungskommission gebildet worden sei. Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition habe ihn, General Schindler, zum Vorsitzenden und Oberingenieur Kobold zum stellvertretenden Vorsitzenden dieser Kommission im Generalgouvernement ernannt.

Aufgabe dieser Kommission sei es, die allgemeine Rüstung mit den Belangen der Kriegswirtschaft in Einklang zu bringen, insbesondere der Rüstungsindustrie unbedingt notwendige Dinge wie Arbeitskräfte, ihre Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung, Kohle, elektrische Energie, Transportraum usw. sicherzustellen. Ein Hauptpunkt ihrer Arbeit sei die Schließung vieler kleiner Betriebe, damit Rohstoffe und Arbeitskräfte für die Belange der Rüstungsindustrie eingespart würden.

3.11.42

Mit den zuständigen Stellen der Regierung des Generalgouvernements habe die Kommission bereits eingehende Besprechungen gepflogen. Dabei hätten sich einige Differenzen mit Präsident Dr.Emmerich ergeben. Da die Kommission jedoch auf eine freudige Mitarbeit der Regierungsstellen angewiesen sei, ersuche er den Herrn Generalgouverneur, ihm bei den zuständigen Stellen seine Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß auch bisher ohne Bestehen dieser Kommission das Generalgouvernement in den drei Jahren seiner Existenz wirklich Nennenswertes für die deutsche Kriegswirtschaft geleistet habe. Es dürfe nicht den Anschein erwecken, als ob das Generalgouvernement erst durch diese Kommission zu einer solchen Leistung herangezogen werden müsse. Im übrigen glaube er nicht, daß sich Präsident Dr.Emmerich Reichsnotwendigkeiten ernstlich verschließe. Vielleicht sei es zweckmäßig, daß man bei ihm eine gemeinsame Besprechung unter Teilnahme aller Beteiligten abhalte. Er werde in diesem Sinne Dr. Emmerich Mitteilung machen.

12^{35} Besprechung mit Präsident Dr.Walbaum und Dr. Burmann.

Dr. Walbaum überreicht dem Herrn Generalgouverneur sein Buch "Kampf den Seuchen".

Anschließend berichtet er über den günstigen Seuchenstand im Generalgouvernement. Die Arbeiten der Abteilung Gesundheitswesen seien von großem Erfolg begleitet gewesen; heute zähle man pro Monat durchschnittlich nur 3 ooo Seuchenfälle im ganzen Gebiet des Generalgouvernements. Man habe eine beträchtliche Anzahl von Entlausungsanstalten, Seuchen- und Notkrankenhäusern errichtet und sei für den kommenden Winter gerüstet. Nach dem Krieg werde ein Fünfjahresplan aufgestellt werden, durch den die radikale Beseitigung des Fleckfiebers aus diesem Raum erreicht werde.

3.11.42

Dr. Burmann weist darauf hin, daß man diese Erfolge mit einer Mindestzahl an Ärzten dank der Aufgeschlossenheit der einzelnen Kreishauptleute habe erreichen können. Im ganzen Generalgouvernement gebe es nur 123 deutsche Ärzte.

Dr. Walbaum erklärt noch, daß die für Ende November geplante Einweihung des neuen Fleckfieberinstituts in Lemberg, zu der auch der Reichsgesundheitsführer erscheinen werde, auf den 10. Dezember verschoben werden müsse. Der Anlaß der Einweihung werde auf propagandistischem Gebiet dazu benutzt werden, die breite Öffentlichkeit auf die großen Erfolge der deutschen Verwaltung in der Bekämpfung der Seuchen hinzuweisen.

Der Herr Generalgouverneur spricht den Herren für ihre wertvolle Arbeit Dank und Anerkennung aus.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Kressendorf

1200

Mittwoch, den 4.November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Donnerstag, den 5.November 1942

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

Dort wohnt der Herr Generalgouverneur einer Probe für das am 5.November 1942 unter Stabführung von Professor Hans Pfitzner stattfindende Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements bei.

12^{45} Rückfahrt zur Burg.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Präsidenten Ohlenbusch und des Regierungsrats Arnold den Ministerialdirigenten Schmid-Leonhardt, Leiter der Rechtsabteilung im Reichspropagandaministerium, und den Ministeraldirigenten Vogt, Leiter der Abteilung "Aktive Propaganda" im Reichspropagandaministerium.

In der anschließenden Besprechung spricht der Herr Generalgouverneur dem Ministerialdirigenten Schmid-Leonhardt seinen Dank für das Interesse aus, das dieser an den Außenstellen des Propagandaministeriums, insbesondere an derjenigen des Generalgouvernements nehme.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann den beiden Vertretern des Reichspropagandaministeriums ein anschauliches Bild von den verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Generalgouvernement. Er weist insbesondere darauf hin, daß das Problem "Polen" in der Praxis wesentlich anders aussehe, als es in manchen Berliner Zentralen vom grünen Tisch aus beurteilt werde. Er vermeide es absichtlich, von großen Erfolgen zu erzählen, glaube aber sagen zu können, daß die Verwaltung des Generalgouvernements auch hinsichtlich der Propaganda für alle Zukunft ein Ruhmesblatt

in der Geschichte deutscher Aufbauarbeit sein werde. Eine hervorragende Rolle spiele die Propaganda auch im Rahmen einer Betreuung der 18 Millionen Fremdvölkischen, und hier habe sich z.B. bei der Ernteerfassung, bei der Seuchenbekämpfung uws. die Hauptabteilung Propaganda durch Aufklärung der Bevölkerung in jeder Form große Verdienste erworben. Der Erfolg dieser propagandistischen Arbeit wie überhaupt der Aufbauarbeit im Generalgouvernement sei auch nicht ausgeblieben, und man könne wohl mit Recht sagen, daß das Generalgouvernement bis zum gewissen Grade das befriedetste aller besetzten Gebiete sei. Deshalb müsse man sich auch im Reiche an den Gedanken gewöhnen, daß das Generalgouvernement nicht als Reichsgau behandelt werden könne, was ja übrigens schon technisch und praktisch nicht möglich wäre, da eine Aufteilung des Generalgouvernements etwa in drei Reichsgaue zu keinem befriedigenden Ergebnis führen würde.

Der Herr Generalgouverneur geht dann des näheren auf die Arbeit der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements ein und hebt dabei die anerkennenswerte Leistung dieser Hauptabteilung unter ihrem tatkräftigen Leiter, dem Präsidenten Ohlenbusch hervor. Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch die vortrefflichen Leistungen des Staatstheaters in Schauspiel, Oper und Operette und widmet der Philharmonie des Generalgouvernements anerkennende Worte.

Ministerialdirigent Schmid-Leonhardt dankt dem Herrn Generalgouverneur für den freundlichen Empfang und verspricht, auch weiterhin der Frage der Propaganda im Generalgouvernement sein volles Interesse zuzuwenden.

5.11.1942

13^{30} F r ü h s t ü c k .

14^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Präsident Dr. Senkowsky.

In der Besprechung wird zunächst zur Frage des Verrechnungsverkehrs zwischen Reich undGeneralgouvernement Stellung genommen, wobei insbesondere der aus den Wehrmachtslieferungen sich für das Reich ergebenden finanziellen Verpflichtungen gedacht wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr.Bühler, daß ein vom OKW ergangener Befehl über die Abrechnung der Wehrmachtsbeträge bislang einfach nicht befolgt worden sei. Die Befolgung dieses Befehls müsse nun aber erzwungen werden.

In diesem Zusammenhang kommt die Sprache auch auf den Geldumlauf. Hier gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß nach ihm gewordener Mitteilung der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft offenbar nicht über die Entwicklung des Geldumlaufes unterrichtet sei. Wenn auch die Erörterung der Währungsfrage allgemein gefährlich sei, so müsse doch der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft über diese wichtigste Frage im Bilde sein.

Staatssekretär Dr.Bühler macht dann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung davon, daß die Rüstungsinspektion am 4.November zum ersten Male getagt habe. Dieser Kommission gehörten von der Regierung des Generalgouvernements u.a. die Präsidenten Dr. Emmerich und Dr. Frauendorfer an.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Mitglieder der Rüstungskommission, wenn sich ihre Tätigkeit einigermaßen eingespielt habe, zu empfangen.

5.11.1942

Präsident Dr. Senkowsky berichtet nunmehr über die Vorarbeiten für den Haushalt 1942/43. Er weist darauf hin, daß die Haushaltszahlen gegenüber den Vorjahren eine erhebliche Steigerung zeigten.

Die Mitteilung des Präsidenten Dr. Senkowsky, daß von Ministerialrat von Streit während seiner Abwesenheit eine Summe von 280 Millionen Zloty als Reichsverteidigungsbeitrag vorschußweise an das Reich überwiesen worden sei, und zwar, wie Ministerialrat von Streit ihm gesagt habe, auf Ersuchen des Bankdirigenten Dr. Paersch, nimmt der Herr Generalgouverneur mit großem Befremden entgegen, da er in dieser Handlungsweise einen schweren Verstoß gegen einen Befehl des Generalgouverneurs erblickt. Der Herr Generalgouverneur weist Präsidenten Dr. Senkowsky an, dem Ministerialrat von Streit das Haushaltsreferat zu nehmen, eine andere Persönlichkeit mit diesem Referat zu betrauen und Ministerialrat von Streit, wenn auch nicht zu entlassen, so doch mindestens in eine andere Position zu versetzen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Ostzulage Stellung genommen. Sowohl Staatssekretär Dr.Bühler wie Präsident Dr. Senkowsky äussern starke Bedenken gegen die vom Reichsfinanzministerium ins Auge gefaßte Neuregelung. Auch der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen die geplante Neureglung und will alle Möglichkeiten erschöpft sehen, damit sie vermieden kann.

Präsident Dr. Senkowsky macht den Vorschlag, eine Änderung in der Auszahlung der Gehaltsbezüge eintreten zu lassen, und zwar dergestalt, daß auch den Angestellten wie den abgeordneten Beamten das Grundgehalt im Reich ausgezahlt und ihnen im Generalgouvernement eine Zulage gewährt werde.

5.11.1942

Präsident Dr. Senkowsky macht sodann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von dem gegenwärtigen Stand der Einkommen- und Lohnsteuer. Nachdem offenbar vom Reichsfinanzministerium vergessen worden sei, eine dem Reich entsprechende Regelung auch für das Generalgouvernement anzuordnen, habe sich die Finanzverwaltung des Generalgouvernements veranlaßt gesehen, von sich aus Steuerermäßigungen durchzuführen, zumal diese Ermäßigung in den eingesiedelten Ostgebieten eingeführt worden sei. G egen die in dieser Beziehung ergangene Verordnung der Hauptabteilung Finanzen sei vom Reichsfinanzministerium Einspruch erhoben worden, und zwar mit der Behauptung, daß Deutsche sowohl wie Polen im Generalgouvernement steuerlich günstiger behandelt würden als die Reichsdeutschen in der Heimat. Eine neue Einkommensteuerverordnung liege jetzt im Referentenentwurf vor und solle an das Reichsfinanzministerium übersandt werden, damit über das gesamte Problem nochmals gesprochen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß ein Schreiben, in welchem auf die steuerliche Lage im Generalgouvernement hingewiesen wird, an das Reichsfinanzministerium gerichtet wird.

Endlich wird noch kurz die Frage der Zollgrenze berührt.

Staatssekretär Dr.Bühler weist darauf hin, daß zwar die Ein- und Ausfuhrverbote fallen gelassen worden seien, die Zollgesetzgebung des Generalgouvernements aber nach wie vor in Geltung bleibe.

19[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Komponisten Professor Hans Pfitzner als Gast.

5.11.42

Zur Aufführung gelangen:

Ouvertüre zu "Käthchen von Heilbronn
von Hans Pfitzner

Duo für Violine und Cello von Hans Pfitzner

Sinfonie Op.44 von Hans Pfitzner

Sinfonie Nr. 3 (Rheinische) von Robert Schumann

Ouvertüre zu "Tannhäuser" von Richard Wagner.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.
Anschließend Abendessen.

0^{1o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 6.November 1942

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{15} Stadtspaziergang des Herrn Generalgouverneurs.

15^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

20^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Haus Kressendorf zum Bahnhof Trzebinia.

21^{08} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Sonnabend, den 7.November 1942

bis

Dienstag, den 17.November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf

Mittwoch, den 18.November 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

12^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

17^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18^{05} Besprechung mit Pressechef Gassner.

18^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

Erstaufführung des Schauspiels:

"Die ewige Kette"

von Edgar Kahn.

21^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Donnerstag, den 19.November 1942

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{05} Besprechung mit dem Präsidenten der Deutschen Post Osten Dr. Lauxmann und Konsul Sieger.

Präsident Dr. Lauxmann stellt dem Herrn Generalgouverneur den Konsul Sieger vor, der als Berater der Deutschen Post Osten in Briefmarkenangelegenheiten tätig ist.

Präsident Dr.Lauxmann überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur die neueste Briefmarkenserie der Deutschen Post Osten. Er gibt dann dem Herrn Generalgouverneur ein Bild von der Ausgestaltung des Briefmarkenwesens im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über die Gestaltung der demnächst in den Verkehr gelangenden neuen Serie Ausdruck. Die Herausgabe der neuen Marken mit den Köpfen von Veit Stoß, Hans Dürer, Christian Schuch, Kopernikus, Elsner werde bei allen Briefmarkenfreunden größte Beachtung finden. In diesem Zusammenhang wirft der Herr Generalgouverneur die Frage auf, ob es vielleicht möglich sei, den schönen alten bayrischen Marken ähnliche Prägemarken für das Generalgouvernement herzustellen.

Konsul Sieger weist darauf hin, daß abgesehen von einigen Ausnahmen solche Prägemarken von der Reichspost nicht mehr hergestellt worden seien. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich der Herstellung solcher Marken in den Weg stellten, würden solche Marken wohl auch nur für einige Sonderserien infrage kommen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der Frage Stellung genommen, wie die Marken der Deutschen Post Osten weiterhin zu gestalten seien.

Präsident Dr. Lauxmann bemerkt, daß man im allgemeinen wohl wieder zu den Kleinmarken werde zurückkehren

müssen; man werde allerdings die Großmarke mit dem Bildnis des Führers bis auf weiteres beibehalten. Im übrigen werde man nach wie vor bemüht sein, die Marken der Deutschen Post Osten wie bisher möglichst schön zu gestalten. Künstler wie Professor Dachauer-Wien und Professor Menzel-Königsberg würde man auch weiterhin für die künstlerische Ausgestaltung der Marken heranziehen.

Präsident Dr. Lauxmann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über das Briefmarkenwesen anderer Länder. Er berichtet in diesem Zusammenhang, daß die polnische Emigrantenregierung in London einige Marken habe herstellen lassen, die zwar vom Weltpostverein nicht anerkannt, aber doch z.B. in England und Amerika Geltung hätten. Verkauft würden diese Marken durch die Emigrantengesandtschaft in Bern.

Präsident Lauxmann bittet abschließend den Herrn Generalgouverneur, dafür Sorge zu tragen, daß eine in Warschau befindliche Markendruckmaschine, die zur Zeit noch im Besitz der Hauptabteilung Finanzen stehe, der Deutschen Post Osten überlassen werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr.Lauxmann, sich in dieser Frage mit Staatssekretär Dr.Bühler ins Benehmen zu setzen.

16[lo] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 20.November 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{35} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Besprechung mit dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann.

Der Herr Generalgouverneur macht dem Präsidenten Naumann zunächst Mitteilung davon, daß sich die Ministerialdirektoren im Reichsernährungsministerium Moritz und Ricke äußerst lobend über die Leistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete von Nahrungsmittellieferungen an das Reich ausgesprochen hätten. Das Generalgouvernement sei, so hätten beide ausgeführt, absolut führend unter allen besetzten Gebieten und habe sich stets als vollkommen zuverlässig erwiesen.

Präsident Naumann verweist in seinen Ausführungen zunächst auf den von ihm erstatteten Bericht über den gegenwärtigen Stand der Ernteerfassung. Des weiteren entwirft er einen Plan über die Versorgung bis zur Ernte 1943 und einen weiteren Plan über die Sicherstellung der Ernte 1943. Man müsse immer berücksichtigen, daß man im Jahre 1943 mit denselben Verhältnissen zu rechnen und genau die gleichen Lieferungen an das Reich durchzuführen haben werde wie bisher.

Bei Getreide seien 1,2 Millionen Tonnen für die Erfassung umgelegt worden. Davon seien bisher 1,065 Millionen Tonnen erfaßt. Von den 1,6 Millionen Tonnen Kartoffeln seien bisher 1,5 Mill. to erfaßt. Die 600 000 to Brotgetreide, die das Reich erhalte, seien restlos sichergestellt. Leider seien bisher erst 270 000 to abtransportiert. Die Absicht, bis zum 15. Dezember ds.Jrs. die Gesamtmenge dem Reich zur Verfügung zu stellen, lasse sich leider aus Transportgründen nicht verwirklichen.

20.11.1942

Von den insgesamt abzuliefernden 180 ooo Stück Vieh seien bisher 159 ooo an das Reich geliefert worden.

An Eiern habe man bisher 360 Millionen Stck erfaßt. Davon erhalte das Reich 92 Millionen, 85 Millionen Stck seien bereits im Besitze des Reiches; die übrigen 7 Millionen Stück würden in den nächsten Tagen geliefert.

Auch die übrigen Lieferungen vollzögen sich im großen und ganzen reibungslos, und man hoffe, daß man die Leistungen z.B. an Honig, Geflügel, Zucker voll durchführen könne.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über diese Ergebnisse Ausdruck und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach einer Feststellung des Ministerialdirektors Ricke Zweidrittel der im Reich durchgeführten Rationserhöhung auf das Generalgouvernement entfielen.

Präsident Naumann nimmt dann zu der Frage Stellung, wie die Verteilung der übrigbleibenden Mengen an Nahrungsmitteln im Generalgouvernement vorgenommen werden solle. In dem Erlaß vom 25.August 1942 sei festgestellt worden, daß Rationssenkungen erfolgen bzw. für die nicht im deutschen Interesse arbeitende polnische Bevölkerung die Rationen vollkommen wegfallen sollten. Man habe nun folgenden Plan in Aussicht genommen: Beginnend ab 1.Febr.1942 solle die Ausgabe von Lebensmittelkarten an den einzelnen Polen oder Ukrainer nicht mehr vom Ernährungsamt, sondern an die Betriebe erfolgen, die im deutschen Interesse arbeiteten. Auf diese Weise würden vielleicht 2 Millionen Menschen von der nichtdeutschen Normalverbraucherrationierung ausgeschaltet werden. Wenn nunmehr die Karten nur noch von den Betrieben ausgeteilt würden, dann werde sich naturgemäß ein Teil dieser Menschen zu den Betrieben drängen. Von dort aus könnten dann entweder Arbeitskräfte für

20.11.1942

Deutschland abgeschöpft,oder sie könnten für die wichtigsten Arbeiten in den Betrieben des Generalgouvernements eingesetzt werden. Damit sei auch im gewissen Umfange der Hauptabteilung Arbeit geholfen, die vorhandenen Arbeitskräfte innerhalb der polnischen Bevölkerung besser in die Hand zu bekommen. Wenn evtl. zwei Millionen Polen von der Rationierung ausgeschlossen würden, dann könnten [illegible] unter Umständen den Familienangehörigen der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung höhere Rationssätze zugebilligt werden, so z.B. in Gestalt der Erhöhung der Brotration auf 1 4oo gr, der Zuweisung von Mehl, der Zuweisung größerer Fleischmengen.

Selbstverständlich müßten sich die Betriebsführer der Verantwortung, die sie mit der Verteilung der Lebensmittelkarten übernähmen, voll bewußt sein, und Angaben über die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter müßten absolut der Wahrheit entsprechen. Zur Vermeidung von etwaigen Unterschleifen müßten deshalb auch ganz scharfe Bestimmungen erlassen werden; für die Richtigkeit der Zahlen, die der Betriebsführer in jedem Monat erneut melden müsse, habe er persönlich zu haften.

Geplant sei ferner, dem polnischen Hauptauschuß eine gewisse Menge von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, zu dem Zwecke, alte und gebrechliche Menschen, die nicht mehr arbeiten könnten, entsprechend zu versorgen.

Nachdem man in die Bestände eingegriffen habe, werde die Hauptsorge darauf gerichtet sein müssen, für die Sicherung der Ernte 1943 das möglichste zu tun. Er habe deshalb in seiner Abteilung II dafür die notwendigen Pläne bereits im September aufstellen lassen.

20.11.1942

Als Ergebnis dieser Planung lege er dem Herrn Generalgouverneur vor einen

E r l a ß

betreffend Sofortmaßnahmen für die Erzeugungsschlacht 1943.

Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Die Ernte des Jahres 1942 ist eingebracht. Ein günstiger Witterungsverlauf hat die Frostschäden des Winters und den ernsten Mangel an Produktionsmitteln gemildert. Es kann und darf aber nicht damit gerechnet werden, daß sich ein solcher Witterungsverlauf im kommenden Jahre wiederholt, sondern es müssen nun alle Kräfte angespannt werden, um die landwirtschaftliche Erzeugung des Generalgouvernements im Jahre 1943 zu sichern und zu steigern.

Der zusammengefaßte Einsatz aller staatlichen Organe am "Ernteausnahmezustand" hat sich hervorragend bewährt und reiche Früchte getragen. In noch stärkerem Masse müssen alle Bemühungen und Energien auf die jetzt verstärkt fortzusetzende Erzeugungsschlacht konzentriert werden.

Die gesamte Staats- und Wirtschaftsführung hat sich ab sofort in totaler Weise mit auf dieses Ziel auszurichten. Zu diesem Zwecke beauftrage ich den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements, unter besonderer Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Erfordernisse geeignete Maßnahmen zur Sicherung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu treffen.

20.11.1942

1. Die Verteilung von Arbeitskräften ist so zu lenken, daß der Arbeitskräftebedarf der mittleren und größeren Betriebe sowie der Gartenbaubetriebe gesichert und daß bei notwendigen Erfassungen von Arbeitskräften auf die Stadt und die landwirtschaftlichen Kleinstbetriebe zurückgegriffen wird. Der zur Durchführung landeskultureller Arbeiten notwendige zusätzliche Bedarf ist sicherzustellen.

2. Die für die Erzeugung notwendigen gewerblichen Produktionsmittel, insbesondere Kalk und Handelsdünger aller Art, Eisen, Landmaschinen und Geräte, Treibstoffe, Holz, Zement und alle sonstigen Baumaterialien sind in größtmöglichen Umfange bereitzustellen und nach Maßgabe des örtlichen Bedarfes rechtzeitig und planmäßig zu verteilen.

3. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements ist bei der Durchführung ihres für die weitere Erzeugungssteigerung notwendigen Bauprogramms in jeder Weise zu unterstützen.

4. Der rechtzeitigen Bereitstellung der notwendigen Transportmittel für landwirtschaftliche Produktionsmittel aller Art, vor allem für Saatgut, ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist ferner insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß das Stickstoffwerk Moszice und die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

zu benennenden Kalkbrennereien unter allen Umständen transportmäßig mit Kohle versorgt werden können.

5. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind mit dem Ziele einer größtmöglichen Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Preisen einer Überprüfung zu unterziehen. Die zur Sicherung des lebenswichtigen Bedarfes und der Erzeugungsfreudigkeit notwendigen Preisänderungen sind vorzunehmen.

6. Bei allen Einrichtungen und Maßnahmen zur Schulung und Ausbildung ist den Erfordernissen des Erzeugungsprogrammes in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten für den Nachwuchsbedarf von Fachkräften aller Art auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft ist sicherzustellen.

7. Die Ziele und Notwendigkeiten des Erzeugungsprogrammes sind bei der ländlichen Bevölkerung in der umfangreichsten und intensivsten Weise zu propagieren; hierbei sind alle Propagandamittel zum Einsatz zu bringen.

8. Alle verwaltungsorganisatorischen und gesetzgeberischen Maßnahmen für das Erzeugungsprogramm sind unter Zurückstellung sonstiger Aufgaben sofort in Angriff zu nehmen. Für die Verkündung eines wirkungsvollen Agrarstrafrechtes ist schnellstens Sorge zu tragen.

20.11.1942

Zu 1 bis 8 :

Federführend für alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Erzeugungsschlacht ist die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements, nach deren zentralen Weisungen die Erzeugungsschlacht durchzuführen ist. Dem Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements obliegt die Verantwortung dafür, daß die gesamten Kräfte und Bemühungen in totaler Weise auf das Ziel der Erzeugungssicherung und -steigerung ausgerichtet werden. Er wird mich, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der zuständigen Hauptabteilungsleiter, über die in Durchführung dieses Erlasses getroffenen Maßnahmen und deren Fortgang laufend unterrichten.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Erlaß.

In Ergänzung dieses Erlasses unterbreitet Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Anordnung über allgemeine Pflichten im Landbau.

Diese Anordnung soll im Verordnungsblatt veröffentlicht werden. Sie findet ebenfalls die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

Abschließend spricht der Herr Generalgouverneur dem Präsidenten Naumann seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus und versichert ihn seines vollen Vertrauens.

20.11.1942

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Verbindungsoffiziers Oberstleutnants von Dazur, den Oberstleutnant der Flieger Hayna.

Oberstleutnant Hayna ist als Nachfolger des zum Luftgau XII (Wiesbaden) versetzten Obersten Giese zum Chef des Stabes des Generals der Flieger Sommé ernannt worden und macht dem Herrn Generalgouverneur dienstliche Meldung von dieser Ernennung. Er teilt gleichzeitig mit, daß er unter Umständen in baldiger Frist eine andere weiter vorn liegende Kommandostelle übernehmen müsse.

In der anschließenden Besprechung gibt Oberstleutnant Hayna dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Entwicklung und den Einsatz der Luftwaffe.

Oberstleutnant von Dazur überreicht dem Herrn Generalgouverneur das Buch: "Der Deutsche Ritterorden" von Otto Jamrowski.

13[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kapitän z.S a.D. Gartzke von der Rüstungsinspektion.

Kapitän Gartzke meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zum Industriebeauftragten für mehrere Werke bei Olmütz ernannt worden sei. Kapitän Gartzke dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihm gewordene Gastfreundschaft und das Wohlwollen, das ihm der Herr Generalgouverneur stets entgegengebracht habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kapitän Gartzke seine Anerkennung für die von ihm in schwierigen Zeiten geleistete vorbildliche Arbeit aus.

20.11.1942

13^{00} Mittagessen.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Hauptabteilungspräsident Naumann.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage einer etwaigen Nachfolgerschaft in der Leitung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seinem dringenden Wunsche Ausdruck, daß, wenn irgend möglich, die wertvolle Mitarbeit des Präsidenten Naumann auch weiterhin dem Generalgouvernement erhalten bleiben und von seiner Abberufung Abstand genommen werden möge.

15^{05} Besprechung mit dem Hauptabteilungspräsidenten Dr.Siebert in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, wem anstelle des zum bayrischen Finanzminister ernannten Ministerialrats Dr.Siebert die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung übertragen werden soll.

Staatssekretär Dr. Bühler schlägt vor, dem jetzigen Amtschef Losacker-Lemberg die kommissarische Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu übertragen. Eine für diese Posten geeignete Persönlichkeit werde im Generalgouvernement sonst kaum zu finden zu sein. Falls Amtschef Losacker für eine dauernde Übernahme des Amtes nicht infrage kommen sollte, müßte gegebenfalls Staatssekretär Stuckart ersucht werden, eine geeignete Persönlichkeit für dieses Amt abzuordnen. Andererseits wäre es mißlich, wenn man solche Ergänzungen von außen her vornehmen müßte, liege doch gerade ein großer Anreiz für viele Beamte des GG darin, schneller und besser eine Möglichkeit des Aufstiegs im Generalgouvernement zu haben.

20.11.1942

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß der jetzige Amtschef Losacker zunächst kommissarisch die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung übernimmt.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 21.November 1942

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{35} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

9^{40} Besprechung polizeilicher Angelegenheiten.

An dieser Besprechung nehmen teil:
Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär SS-Obergruppenführer Krüger
Generalleutnant der Ordnungspolizei Becker
SS-Oberführer Dr. Schöngarth
Ministerialrat Dr. Siebert

Generalleutnant Becker berichtet zunächst über die Stärke der im Generalgouvernement befindlichen Polizeikräfte. Im Generalgouvernement seien, so führt er aus, 10 Polizeibataillone stationiert. Dazu kämen noch einige Reiterschwadronen, ferner die Gendarmerie und die Mannschaften des Einzeldienstes. Insgesamt könne gegenwärtig mit einer Stärke der Polizeikräfte von 12 ooo Mann gerechnet werden, wozu noch 12 ooo Mann polnischer Polizei und etwa 1 5oo bis 1 8oo Mann ukrainischer Polizei kämen.

SS-Oberführer Dr. Schöngarth macht sodann Angaben über die Stärke der Sicherheitspolizei. Die Zahl ihrer Angehörigen betrage etwas über 2 ooo deutscher Kfäfte, wozu noch etwa 3 ooo polnische Kräfte kämen. Die Gesamtzahl von etwa 5 ooo Mann sei für die im Generalgouvernement auftretenden Bedürfnisse völlig ausreichend.

Generalleutnant Becker führt weiter aus, daß der Sonderdienst zur Zeit über rd. 3 ooo Mann verfüge. Die Rekrutierung für den Sonderdienst werde bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben. Der Sonderdienst werde nunmehr etwas systematischer ausgebildet, damit er ein etwas besseres militärisches Aussehen erhalte.

21.11.42

Da 75 % der Angehörigen des Sonderdienstes die deutsche Sprache nicht beherrschten, habe für sie ein Lehrgang eingerichtet werden müssen, um sie in der deutschen Sprache zu schulen.

Der Polizeihilfsdienst sei in seiner ersten Rate voll in Ausbildung. Zur Zeit würden in Krakau etwa 2 ooo Mann, in Warschau etwa 3 ooo Mann ausgebildet. Im ganzen Generalgouvernement erstrecke sich die Ausbildung zur Zeit auf 10 ooo Mann. Man rechne damit, daß man den Polizeihilfsdienst auf eine Stärke von insgesamt 18 ooo Mann bringen könne. Die Ausbildung der Angehörigen des Polizeihilfsdienstes erstrecke sich auf die Handhabung des Gewehrs, auf Übungen im Scharfschießen, auf den Einsatz kleiner Trupps zur Verteidigung von Gebäuden usw..

Staatssekretär Dr.Bühler weist darauf hin, daß in den verschiedenen Distrikten die Heranziehung zum Polizeihilfsdienst verschieden gehandhabt werde. Er habe soeben aus dem Distrikt Lublin ein Fernschreiben des Inhalts bekommen, daß aus der Dienststelle des Gouverneurs ohne jede vorherige Verwarnung oder Bestrafung staatliche Funktionäre wegen Versäumnis des Polizeihilfsdienstes verhaftet worden seien, obwohl sie sich unter Angabe dienstlicher Gründe wegen des Fernbleibens vom Dienst entschuldigt hätten. Man habe sie im Angesicht der fremdvölkischen Bevölkerung verhaftet und zum Teil in Kellerlöchern eingesperrt. Unter den Inhaftierten habe sich auch ein Träger des goldenen Ehrenzeichens und ein Beamter befunden, der den Weltkrieg als Offizier mitgemacht und auch an dem gegenwärtigen Feldzug mit Auszeichnung teilgenommen habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem großen Befremden über diese von der Polizei eingeleiteten Maßnahmen Ausdruck. Es sei unerträglich, daß etwa der

21.11.42

Polizeihilfsdienst und seine Durchführung zu einer weitgehenden Zersetzung der Staatsautorität führe. Wenn die Inhaftierten nicht sofort freigelassen würden, würde er sich persönlich beim Führer beschweren.

Generalleutnant Becker kann zu der Inhaftierung staatlicher Funktionäre im Distrikt Lublin noch keine Stellung nehmen, da er diesen Fall noch nicht nachgeprüft hat. Im übrigen müsse man im Generalgouvernement mehr und mehr die Beobachtung machen, daß sich bei den Reichsdeutschen ein Mangel an Disziplin und Ordnungswillen bemerkbar mache. Dieser Gleichgültigkeit gegenüber den vom Staat gegebenen Verordnungen müsse mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Ihm sei eine ganze Anzahl Männer gemeldet worden, die sich einfach nicht an die Bestimmungen und die dienstlichen Anordnungen hielten und grundsätzlich vom Polizeihilfsdienst wegblieben. Infolge dessen habe er angeordnet, daß nunmehr mit Strafen durchgegriffen werde. Natürlich dürfe nicht ohne weiteres zu solchen Maßnahmen wie der Inhaftierung oder Einsperrung geschritten werden. Er glaube auch nicht, daß Männer eingesperrt worden seien, die sich vorher entschuldigt hätten.

Der Herr Generalgouverneur führt die Tatsache, daß man sogar stellvertretende Abteilungsleiter in dieser Weise behandle, auf die Gegensätze zurück, die zwisbhen dem Polizeiführer Globocnik und dem Gouverneur Zörner beständen, und weist Staatssekretär Dr. Bühler an, den geschilderten Fall zu klären.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß er, um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen, den Auftrag zur Herausgabe einer Verordnung gegeben habe. Nach dieser Verordnung müßten Hauptabteilungsleiter, Gouverneure, Amtschefs und Abteilungsleiter, wenn ihre dienstliche Unabkömmlichkeit bescheinigt werde, vom Polizeihilfsdienst befreit werden können. Er stehe auf dem

21.11.42

Standpunkt, daß diese Beamten in erster Linie im Generalgouvernement tätig seien, um hier die Verwaltung zu führen, und daß die Teilnahme am Polizeihilfsdienst in zweiter Linie erst Berücksichtigung finden könne.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Krüger erwidert Generalleutnant Becker, daß gegen eine solche Regelung keine Bedenken bestünden. Was sich im Distrikt Lublin zugetragen habe, sei ihm gestern telefonisch mitgeteilt worden. Er habe ausdrücklich die Anweisung gegeben, keine Männer mit Arrest zu bestrafen, die entschuldigt beim Polizeihilfsdienst gefehlt hätten. Im übrigen dürfe aber aus psychologischen Gründen nicht der Eindruck erweckt werden, daß höher gestellte Beamte geschützt, die kleinen Beamten und Angestellten dagegen voll zur Verantwortung gezogen würden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden verschiedene Einzelfälle behandelt, in denen z.B. einem höheren Beamten des Generalgouvernements Ladungen zum Polizeihilfsdienst in unangemessener Form zugegangen sind. Auch der Fall des Kraftfahrers des Generalgouverneurs wird in diesem Zusammenhange erwähnt.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß nach den bestehenden Bestimmungen jeder Reichsdeutsche grundsätzlich zum Polizeihilfsdienst herangezogen werden könne. Er habe jedoch schon bei Erlaß der Verordnung sich damit einverstanden erklärt, daß es einem hochgestellten Beamten wie etwa einem Gouverneur freigestellt bleiben müsse, selber zu entscheiden, ob seine dienstliche Inanspruchnahme ihm eine Teilnahme am Polizeihilfsdienst gestatte.

21.11.42

Generalleutnant Becker gibt zu bedenken, daß über die Freistellung vom Polizeidienst ganz klare und eindeutige Bestimmungen erlassen worden seien. Man habe sich allerdings darauf verlassen, daß die Männer, die nicht zum Dienst kämen, sich vorher ordnungsmäßig entschuldigten oder eine entsprechende Mitteilung ihrer Dienststelle brächten. Angesichts des wiederholt festgestellten unentschuldigten Fernbleibens zahlreicher Männer vom Polizeihilfsdienst habe man sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität der Polizei genötigt gesehen, schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Im übrigen handle es sich ja bei den zum Polizeihilfsdienst einberufenen Reichsdeutschen nicht nur um staatliche Beamte und Angestellte, sondern auch um Personen, die in der freien Wirtschaft tätig seien.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet eine Klärung der Frage für unbedingt geboten. Durch Maßnahmen, die im Interesse der Durchführung des Polizeihilfsdienstes getroffen würden, dürfe jedenfalls die Autorität der Verwaltung nicht erschüttert werden. Gegen eine Verhaftung etwa von Abteilungsleitern müsse er auf das entschiedenste protestieren. Mit der Autorität einer Reichsbehörde dürfe unter keinen Umständen gespielt werden, und das sei im Generalgouvernement schon um des Ansehens der Verwaltung willen gegenüber 18 Millionen Fremdvölkischen völlig unmöglich. Er habe im Augenblick keine andere Möglichkeit, als die maßgebenden Stellen vor der Verfolgung dieses Kurses zu warnen. Ihm gehe es zunächst um die im Generalgouvernement tätigen Beamten und staatlichen Funktionäre. Die anderen Reichsdeutschen mögen so behandelt werden, wie es die Polizei für richtig befinde.

Abschließend ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß die gesamte Frage des Polizeihilfsdienstes nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei alle Probleme, die in der heutigen Besprechung berührt worden sind, baldmöglichst einer Klärung zugeführt werden.

21.11.42

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der Einrichtung bzw. des Ausbaues von SS- und Polizeistützpunkten zu.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß die gesamte Wirtschaft dieser SS-Liegenschaftsgüter, die als SS- und Polizeistützpunkte bezeichnet würden, den Richtlinien der Hauptliegenschaftsverwaltung angepaßt sei. Diese Güter brächten, praktisch und personell gesehen, eine Entlastung für die Liegenschaftsverwaltung.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob der Antrag zur Übernahme solcher Güter von der Liegenschafts verwaltung aus gestellt werde, wird von Staatssekretär Dr.Bühler mit dem Hinweis darauf verneint, daß für diese Frage SS-Sturmbannführer Diehl von der Dienststelle des Staatssekretärs Krüger zuständig sei.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß im Benehmen mit der Liegenschaftsverwaltung Entscheidung darüber getroffen wird, ob und welche Möglichkeit für die Übernahme solcher Güter bestehe. Man gehe bei dieser Regelung von dem Grundgedanken aus, daß die Möglichkeit bestehen müsse, auf diesen Gütern Landwirte auszubilden.

Staatssekretär Dr.Bühler verweist auf einen Erlaß des Reichsmarschalls, nach welchem in den besetzten Gebieten für Gliederungen der Polizei Grundbesitz nicht abgegeben werden dürfe. Gleichwohl seien im Distrikt Lublin z.B. etwa 24 solche Güter beschlagnahmt worden, darunter auch sehr wertvolle Objekte. In ein früher in polnischen Händen befindlich gewesenes landwirtschaftlich sehr wertvolles Gut, das mit einer Pferdezucht verbunden gewesen sei, wolle die SS ein Pferdedepot zur Unterbringung von Remonten legen. Angesichts des Fehlens von Weideland eigne sich nach dem Urteil

von Fachleuten das Gut für diesen Zweck nicht. Sollten dort zahlreiche Remonten untergebracht werden, so würde die dann entstehende Ansteckungsgefahr die dortige Pferdezucht unter Umständen vernichten.

Staatssekretär Krüger hält es für zweckmäßig, solche und ähnliche Fragen in gemeinsamer Besprechung zwischen den beiden Staatssekretären einer Klärung zuzuführen. Ihm sei jedenfalls von seiten der Hauptliegenschaftsverwaltung die vollste Anerkennung der Bewirtschaftung dieser SS-Güter ausgesprochen und bestätigt worden, daß auf ihnen die Ernte voll und ganz erfaßt worden sei. Der Hauptvorzug dieser Güter bestehe darin, daß sie von Reichsdeutschen verwaltet würden.

Staatssekretär Dr.Bühler bemerkt, daß die Erklärung dieser Güter zu SS- und Polizeistützpunkten nicht im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen geschehen sei. Die Güter seien vielmehr beschlagnahmt worden.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ihm eine genaue Aufstellung darüber vorzulegen, welche Güter seit wann zu SS- und Polizeistützpunkten erklärt worden sind und in welcher Form die Beschlagnahme vorsichgeht.

Ein weiterer Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Mitwirkung der Polizei beim Arbeitseinsatz. Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß er, nachdem Staatssekretär Dr.Bühler die in dieser Beziehung erlassene Polizeiverordnung in einem Punkt beanstandet habe, die Polizeiverordnung zurückgezogen habe. Staatssekretär Dr.Bühler habe die Auflage gemacht, daß eine Zuziehung von Polizeikräften nur auf Ersuchen der Arbeitseinsatzbehörden erfolgen dürfe. In einem Fall sei es nämlich bei der Erfassung von Arbeitern zu Differenzen gekommen. Deshalb habe er, Staatssekretär

21.11.42

Krüger, die Präsidenten Dr. Frauendorfer und Dr. Struve um Auskunft gebeten, wieweit die Polizei bei der Erfassung von Arbeitern gehen dürfe, wenn diese sich widerwillig zeigten, da man natürlich in diesen Dingen sehr vorsichtig sein müsse. Er müsse aber die Möglichkeit haben, von sich aus die Kommandeure der Ordnungs- und Sicherheitspolizei ein-zusetzen, damit sie im Zivilstrafverfahren vorgehen könnten. Diese Auffassung habe nun Staatssekretär Dr. Bühler mit der Begründung abgelehnt, daß ein Einsatz von Polizeikräften nur auf Ersuchen der Arbeitseinsatzbehörde erfolgen könne.

Staatssekretär Dr.Bühler gibt den Bericht eines Kreishauptmanns zur Kenntnis, nach welchem offenbar auf Befehl des SS- und Polizeiführers Waldarbeiter und andere im Interesse des Generalgouvernements tätige Polen in Haft genommen worden seien, desgleichen z.B. auch einige Feuerlöschmänner. Von allen solchen Vorkommnissen sei ihm, Staatssekretär Dr. Bühler, amtlich keine Kenntnis geworden.

Staatssekretär Krüger gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Staatssekretär Dr.Bühler diese Dinge dem Herrn Generalgouverneur vortrage, wo er, Staatssekretär Krüger, doch stets seine Bereitwilligkeit erklärt habe, mit Staatssekretär Dr. Bühler zusammenzuarbeiten.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt demgegenüber, daß er in zwei Fällen, in denen er Staatsekretär Krüger telefonisch habe sprechen wollen, diesen habe nicht erreichen können. Auch sei ihm von der Dienststelle des Staatssekretärs unter anderem erklärt worden, daß dieser soeben aus dem Zimmer gegangen sei und für einen Anruf nicht zur Verfügung stehe. Aus

diesen Gründen sei er zum schriftlichen Verfahren übergegangen.

Staatssekretär Krüger bemerkt demgegenüber, daß diese Mißverständnisse leicht durch eine Besprechung hätten aus der Welt geschafft werden können. Er könne nur mit aller Bestimmtheit sagen, daß er jeder Zeit zu sprechen sei. - Was die Sache selbst angehe, so sei sie wohl durch die Zurückziehung der Polizeiverordnung erledigt.

Staatssekretär Dr.Bühler fügt seiner ersten Erklärung noch ergänzend hinzu, er habe deswegen Einspruch gegen diese Polizeiverordnung eingelegt, weil er habe klarlegen wollen, daß die Arbeitseinsatzaktion von der zuständigen Arbeitsbehörde ausgehe und die Polizei nicht selbständig vorgehen könne, ohne sich vorher mit der Arbeitseinsatzbehörde ins Benehmen gesetzt zu haben. Jedenfalls dei durch das Vorgehen der Polizei in mehreren Fällen sogar die Durchführung des Ernteausnahmezustandes empfindlich gestört worden.

Staatssekretär Krüger betont, daß die Polizei im besten Willen gehandelt habe. Präsident Struve habe ihn, Staatssekretär Krüger, ausdrücklich gebeten, die Polizeikräfte aus dieser Aktion nicht herauszuziehen, da die Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe ohne Polizei nicht möglich sei. Die Polizei dränge sich angesichts der zahlreichen ihr sonst gestellten Aufgaben wirklich nicht zu solchen Aktionen, sondern widme sich lieber ihren sogenannten klassischen Polizeiaufgaben. Er habe seinerzeit auch die erwähnte Polizeiverordnung allen interessierten Stellen zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt sodann den Inhalt zweier Bittschriften bekannt. Die eine

21.11.42

Bittschrift geht aus vom polnischen Hilfsausschuß, die andere von Fürstbischof Sapieha. Beide Bittschriften, so führt Staatssekretär Dr.Bühler aus, hätten ungefähr den gleichen Tenor und enthielten etwa das gleiche Petitum. Man beklage sich vor allem über die unbegründete Festhaltung von Polen durch die Sicherheitspolizei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Oberführer Dr. Schöngarth, die Zahl der inhaftierten Polen und die Gründe ihrer Verhaftung bekannt zu geben. Er sei vom Führer ausdrücklich verpflichtet worden, den Fürstbischof Sapieha persönlich zu empfangen. Voraussetzung für den Empfang sei allerdings, daß im Gebiete des Generalgouvernements unter allen Umständen die Ruhe aufrecht erhalten werde. Er werde deshalb auch dem Fürstbischof Sapieha erklären, daß er den von ihm geführten Beschwerden nicht nachgehen werde, so lange nicht eine absolute Loyalitätserklärung von ihm vorliege.

Vertrauliche Mitteilungen, die SS-Oberführer Dr. Schöngarth hierauf über das Wirken des Füstbischofs Sapieha und seines Vertrauensmannes Paters Odilo-Gerhard macht, veranlassen den Herrn Generalgouverneur, vorläufig von einem Empfang des Fürstbischofs abzusehen. Er beauftragt gleichzeitig SS-Oberführer Dr. Schöngarth, ihm einen eingehenden Bericht über die Sachlage zuzu.-leiten.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es zur Zeit mit der allgemeinen Stimmung der polnischen Bevölkerung stehe, erwidert SS-Oberführer Dr. Schöngarth, daß naturgemäß viel von der Ernährungslage der Bevölkerung abhänge. Sollten sich die Ernährungsschwierigkeiten noch vergrößern, dann müsse

man mit einem Absinken der Stimmung und gegebenenfalls auch mit gewissen Gewalttaten rechnen.

Der Herr Generalgouverneur verweist in diesem Zusammenhang auf den von Präsident Naumann vorgelegten neuen Ernährungsplan für die polnische Bevölkerung, nach welchem vom 1.März 1943 an Lebensmittelkarten nur noch an Polen abgegeben würden, die direkt oder indirekt für deutsche Betriebe arbeiteten oder in deutschen Diensten ständen. Mit dieser Neuregelung sollten die Polen gezwungen werden, sich zur Arbeit im Generalgouvernement oder im Reich zu melden.

Der Hinweis des Staatssekretärs Dr. Bühler darauf, daß allgemein über die Vornahme von Geiselerschießungen geklagt werde, gibt SS-Oberführer Dr. Schöngarth Gelegenheit, allgemein zu der Frage der Bekämpfung der Widerstandsbewegung Stellung zu nehmen. Die Sicherheitspolizei habe sich veranlaßt gesehen, in verschiedenen Fällen Sühnemaßnahmen zu ergreifen. Diese scharfen Maßnahmen hätten doch ihre Wirkung gehabt, was auch stimmungsmäßig festzustellen sei. Man könne Sabotageakten, wie sie in letzter Zeit vor allem bei Warschau auf den Eisenbahnzufahrtsstrecken vorgekommen seien, nur durch scharfes Zugreifen entgegentreten und dürfe unter keinen Umständen die Zügel locker lassen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nicht gegen Maßnahmen, die im Interesse der Staatssicherheit notwendig sind, will aber absolut sinnlose Brutalitätsmaßnahmen vermieden sehen. Es sei durchaus verständlich, daß die Sicherheitspolizei den Polen grundsätzlich mißtrauen müsse, aber andererseits dürfe doch bei allen diesen Maßnahmen nicht vergessen werden, daß zahlreiche Polen - wie z.B. die 12o ooo polnischen Eisenbahner -

21.11.1942

im deutschen Interesse tätig seien.

Staatssekretär Krüger nimmt an der weiteren Besprechung nicht teil.

Zu der weiteren Beratung wird der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung Ministerialrat Dr. Siebert hinzugezogen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, was die Sicherheitspolizei von der Tätigkeit des Conte di Fossombrone im Generalgouvernement halte, erwidert SS-Oberführer Dr. Schöngarth, daß seiner Überzeugung nach Graf Fossombrone versuche, den italienischen Einfluß im Generalgouvernement sehr stark geltend zu machen. Über diese Frage habe er, Dr. Schöngarth, auch bereits mit dem Gesandten von Wühlisch gesprochen.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß Graf Fossombrone zwar Mitglied der italienischen Botschaft und ihr Sonderbeauftragter, aber nicht irgendwie dauernd etwa als Gesandter im Generalgouvernement tätig, sondern eigentlich bei der Berliner Botschaft stationiert sei. Er empfange den Grafen Fossombrone, den er von seiner Tätigkeit in der Akademie für Deutsches Recht kenne, nur selten, habe auch Veranlassung, die Art seines Auftretens im Generalgouvernement nicht immer gutzuheißen. Man müsse bei der Beurteilung solcher Persönlichkeiten berücksichtigen, daß der italienische Adel mit dem polnischen innerlich liiert sei, worin vielleicht eine gewisse Gefahr liege. Im übrigen handle es sich im vorliegenden Fall um eine rein politische Angelegenheit, bei der man gewisse Opfer bringen müsse, um so mehr, da die Tätigkeit des Grafen Fossombrone auf einem zwischen dem italienischen und dem

deutschen Auswärtigen Amt getroffenen Übereinkommen beruhe. Graf Fossombrone sei bei seinen Aufenthalten in Rom häufig Gast des Duce; seine Berichte könnten deshalb von Vorteil für das Generalgouvernement sein, wenn auch vielleicht sein Wirken im Rahmen des Generalgouvernements nicht unbedingt erfreulich sei.

In diesem Zusammenhang macht SS-Oberführer Dr. Schöngarth davon Mitteilung, daß wiederholt italienische Geistliche auf Grund von Empfehlungen des Nuntius in Berlin um die Erlaubnis zur Einreise ins Generalgouvernement gebeten hätten, daß aber der Führer grundsätzlich die Erteilung solcher Einreisegenehmigungen verboten habe.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich das Recht des Päpstlichen Nuntius nicht auf das Generalgouvernement erstrecke, also schon aus diesem Grunde solche Einreisegenehmigungen nicht gegeben zu werden brauchten. Maßgebend für solche Fragen sei im übrigen auch das Konkordat.

Staatssekretär Dr. Bühler macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von dem Wunsche des Cholmer Bischofs, daß ein Priesterseminar der Orthodoxen Kirche nicht in Warschau, sondern in Cholm errichtet werde. Seiner Ansicht nach beständen keine Bedenken, diesem Wunsche zu willfahren.

Während SS-Oberführer Dr. Schöngarth vom Standpunkt der Sicherheitspolizei die Errichtung dieses Priesterseminars wie überhaupt die weitere Förderung kirchlicher Einrichtungen ablehnen zu müssen zu glaubt, da die Kirchen ohnehin schon einen zu starken Einfluß auf die fremdvölkische Bevölkerung ausübten, spricht sich auch der Generalgouverneur für die Erfüllung des Wunsches des Cholmer Bischofs aus, vor allem mit Rücksicht darauf, daß in einer Stärkung der Orthodoxen Kirche die einzige Waffe gegen den Einfluß der Katholischen Kirche liege.

21.11.1942

Der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung Ministerialrat Dr. Siebert nimmt sodann zur Frage der Deutschstämmigkeitsausweise Stellung. Es handle sich dabei, so führt er aus, um eine Kategorie von Menschen, die zu 25 % deutsches Blut in sich hätten. Diese Menschen sollten aus der polnischen Bevölkerung herausgenommen und in gewissen Beziehungen besser behandelt werden als die Polen, so z.B. hinsichtlich der Ernährung, der Möglichkeit, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. Um diese Vorteile genießen zu können, bedürften sie eines Deutschstämmigkeitsausweises. Nun weigere aber sich die E.W.Z. (Einwandererzentrale), die notwendigen Unterlagen darüber, ob diese Personen rassisch einwandfrei seien, herauszugeben, und zwar mit der Begründung, daß die Kreishauptmänner nicht berechtigt sein dürften, die Ausweise zu unterschreiben, sondern daß dieses Recht nur der E.W.Z. zustehe. In der einschlägigen Verordnung, der auch Staatssekretär Krüger zugestimmt habe, sei ausdrücklich die Zuständigkeit der Kreishauptmänner festgestellt. Infolge des Verhaltens der E.W.Z. sei die Erledigung dieser Angelegenheit nun schon um 3 Monate verzögert worden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine eingehende Prüfung dieser Frage an.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich dann nach dem Stand des Falles Szepessy.

SS-Oberführer Dr. Schöngarth teilt mit, daß Szepessy auf Befehl des Reichsführers in die Zentrale (Lager Sachsenhausen) gebracht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Oberführer Dr. Schöngarth, den Fall Sz. nochmals einer genauen Prüfung zu unterziehen und ihm Bericht darüber zu erstatten, warum Szepessy in Haft genommen worden sei und wie lange er in

21.11.1942

Haft sitze. Der Fall müsse als ungewöhnlich bedenklich bezeichnet werden; denn in dem gegen Szepessy eingeschlagenen Verfahren liege eine Rechtsvernichtung schlimmster Art. Abgesehen davon, daß Szepessy einem jüdischen Obmann die Hand gereicht haben solle, habe er sich nach der Auskunft des Präsidenten Dr. Frauendorfer sonst, z.B. hinsichtlich der Ausstellung von Ausweisen für Juden, keinerlei dienstliche Verfehlungen zu schulden kommen lassen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine erneute Besprechung des Falles Szepessy für Dienstag den 24. Nov. an.

21.11.1942

11[25] Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß nach einer Verfügung des Staatssekretärs Krüger vom 1. Oktober 1942 der Sonderdienst dem Befehlshaber der Ordnungspolizei unterstellt worden sei. Ein Teil der Mannschaften des Sonderdienstes sei inzwischen von einer Kommission der Waffen-SS gemustert worden. Nach einer zwischen den beteiligten Stellen getroffenen Vereinbarung dürften aber nur soviele Mannschaften zur Waffen-SS eingezogen werden, wie neue Rekruten in den Sonderdienst eingestellt werden könnten, so daß der Mannschaftsstand des Sonderdienstes mit etwa 2 9oo Mann gesichert sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsrat Dr. Hammerle, Generalleutnant Becker auf die vom Generalgouverneur erlassene grundlegende Verordnung über den Sonderdienst hinzuweisen.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann seinem Wunsche Ausdruck, einige Kompanien des in Krakau liegenden Ersatzbataillons des Sonderdienstes in der nächsten Woche zu besichtigen, und weist Rechtsrat Dr. Hammerle an, im Benehmen mit Kammergerichtsrat Dr.Keith die notwendigen Vorbereitungen für diese Besichtigung zu treffen.

11[35] Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt legt dem Herrn Generalgouverneur das Muster einer Uniform für polnische Forstbeamte vor. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Einführung dieser Uniformen einverstanden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forst- und Holzwirtschaft im Generalgouvernement. Er weist dabei insbesondere darauf hin,

daß die Anforderungen auf dem Gebiet der Holzlieferungen ständig stiegen. Die Holzsituation sei in Deutschland katastrophal, da in Deutschland zu wenig Holz produziert werde. Holz aus Rußland zu erhalten, sei angesichts der herrschenden Transportverhältnisse so gut wie unmöglich. Für das alte Generalgouvernement seien die Verhältnisse auf dem Gebiet der Holzproduktion einigermaßen zufriedenstellend, nicht so für Galizien, wo man mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Ukrainer nur schwer für diese Arbeiten zu gewinnen seien und vor allem die Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres zahlreiche Zerstörungen an Brücken und Wegen zur Folge gehabt habe.

Erschwert werde die Arbeit der Forstverwaltung durch den großen Mangel an geeigneten deutschen Forstbeamten. Angesichts dieses Personalmangels müsse schon vielfach auf ältere Beamte zurückgegriffen werden, die naturgemäß nicht mehr so leistungsfähig seien wie die jüngeren Beamten.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt schildert dann im einzelnen die großen Anforderungen, die zur Zeit von der Wehrmacht an die Forstverwaltung des Generalgouvernements gestellt würden. So werde z.B. von der Forstverwaltung des Generalgouvernements für 3o ooo Schlitten das notwendige Holz gefordert. Weiter verlange das Reichsverkehrsministerium große Mengen Holzes für die Herstellung von Schwellen. Ferner sei infolge der Ersetzung der Kupferleitungen durch Eisenleitungen größeren Querschnittes und Gewichtes die Herstellung großer Mengen neuer stärkerer Holzmasten erforderlich. Zudem werde das Oberschlesische Kohlenrevier zum großen Teil aus dem Generalgouvernement mit Grubenholz versorgt. Angesichts dieser steigenden Anforderung habe die Forstverwaltung größere Vorräte an Holz angesammelt, die

21.11.42

für etwa 10 Wochen reichten. Schwierigkeiten biete vor allem immer die Abfuhr, während Einschlag und Einschnitt einigermaßen zufriedenstellend seien. Für die Abfuhr brauchte man große Lastzüge, die aber leider nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, so daß man zumeist auf Pferdegespanne angewiesen sei. Andererseits verlange jetzt Landesbauernführer Körner für die Bestellungsarbeit in der Ukraine vom Generalgouvernement loo ooo Pferde und eine entsprechende Anzahl Wagen.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt an, solchen Forderungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch gehe es auf die Dauer unmöglich an, daß jede Verwaltung oder Dienststelle auf der sofortigen Erfüllung ihrer Ansprüche bestehe. In heutiger Zeit dürften Planungen nur auf weite Sicht erfolgen, und nur auf Grund solcher Planungen könne dann im Rahmen des Möglichen geleistet werden.

12[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Obersturmbannführer Pehle, Sonderbeauftragten der Dienststelle des Vierjahresplanes, in Gegenwart des Präsidenten Naumann.

SS-Sturmbannführer Pehle teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er auf Befehl seiner Dienststelle ins Generalgouvernement gekommen sei, um sich ein Bild von der Durchführung der Ernteerfassung zu machen. Er könne nach seinen bisherigen Beobachtungen feststellen, daß hinsichtlich der Ernteerfassung alles in bester Ordnung sei: die Mengen, die dem Reich zur Verfügung gestellt werden sollten, seien bereits im Rollen. Maßgebend für die Möglichkeit weiterer Lieferungen sei die Transportfrage, und es sei zu hoffen, daß im Laufe der nächsten Wochen der Abtransport zufriedenstellend vor sich gehen werde.

21.11.42

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sturmbannführer Pehle, daß er nicht dauernd im Generalgouvernement zu bleiben gedenke, sondern wahrscheinlich zum 15.Dezember wieder ins Reich zurückkehre.

Der Herr Generalgouverneur zeigt in längeren Ausführungen die Schwierigkeiten auf, mit denen das Generalgouvernement bei der Durchführung der Lieferungen an das Reich zu kämpfen hat. Über die Folgen der dem Generalgouvernement auferlegten Belastung müsse man sich nun aber auch endlich bei den zuständigen Reichsstellen klar werden. Die Regierung des Generalgouvernements sehe sich schon angesichts der dem Reich gegenüber übernommenen Verpflichtungen genötigt, vom 1. März 1943 an einschneidende Änderungen in der Zuteilung der Lebensmittelrationen an die polnische Bevölkerung durchzuführen. Es wäre auch völlig irrig, aus dem gegenwärtigen Ablieferungsvermögen des Generalgouvernements schließen zu wollen, daß die Ernährungslage des Generalgouvernements noch weitere Belastungen tragen könne. Bei alledem seien auch die Leistungen zu berücksichtigen, die das Generalgouvernement für die Wehrmacht erbracht und weiter zu erbringen habe. Ob es im nächsten Jahre dem Generalgouvernement möglich sein werde, ähnliche Leistungen für das Reich zu bewerkstelligen, sei noch absolut ungewiß.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sturmbannführer Pehle, daß die Ernte in der Ukraine und im Ostraum recht gut zu werden verspreche. Doch sei zu befürchten, daß das größere Aufkommen des Ostraums noch nicht die Entlastung für den gesamten europäischen Markt bringen werde, deren es bedürfe, damit das Generalgouvernement etwas weniger stark belastet werde. Man scheine deshalb in der Dienststelle

des Reichsmarschalls der Auffassung zu sein, daß die Lieferungen des Generalgouvernements an das Reich auch im nächsten Jahre aufrechterhalten bleiben müßten. Wieweit sie erfüllt werden könnten, sei allerdings eine andere Frage.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er irgendeine Verpflichtung in dieser Richtung nicht übernehmen könnte. Wie der von ihm gestern unterzeichnete Erlaß über die Erzeugungsschlacht 1943 zeige, solle von seiten des Generalgouvernements für die Steigerung der Ernteerträge alles nur Mögliche getan werden. Andererseits aber müsse auch das Reich auf die Schwierigkeiten Rücksicht nehmen, mit denen das Generalgouvernement dauernd zu kämpfen habe. Deshalb werde es notwendig sein, schon im Frühjahr 1943 erneute Verhandlungen zwischen Reich und Generalgouvernement über den Umfang der Hilfe zu pflegen, die vom Generalgouvernement dem Reich gegeben werden solle.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob das Reich dem Generalgouvernement im nächsten Jahre in gewisser Beziehung werde helfen können, erwidert Sturmbannführer Pehle, daß eine solche Hilfe wohl nicht notwendig sein werde. Die von der Regierung des Generalgouvernements eingeleiteten Maßnahmen würden sicher eine so gewaltige Leistungssteigerung auf dem Gebiete der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit sich bringen, daß irgendwelche Gefahren für die Ernährungslage des Generalgouvernements nicht zu befürchten seien. Er habe sich davon überzeugt, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ausgezeichnet arbeite und auch in Zukunft der Schwierigkeiten, die etwa auftreten könnten, Herr werden würde.

21.11.42

Präsident Naumann gibt dann einen Überblick über die gegenwärtige Ernährungslage des Generalgouvernements. Dabei weist er insbesondere darauf hin, daß durch die Verlegung von Rüstungsbetrieben in das Generalgouvernement neue Belastungen des Ernährungssektors eintreten würden.

Präsident Naumann betont, daß das Zusammenarbeiten mit dem Sonderbeauftragten Pehle ausgezeichnet gewesen sei. Dieser habe sich alle Mühe gegeben, bei der Durchführung seiner Aufgabe nicht gewisse Schärfen aufkommen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Sonderbeauftragten Pehle seinen Dank aus für die Art, wie er sich seines Auftrages im Generalgouvernement entledigt habe, wenn auch zunächst in dem Erscheinen eines Sonderbeauftragten ein gewisses Mißtrauen gegen die Landwirtschaftsverwaltung des Generalgouvernements habe erblickt werden können. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn fürderhin von solchen Sonderaufträgen Abstand genommen werden würde.

12[4o] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialrat im Reichsfinanzministerium Burmeister in Gegenwart des Ministerialrats Radtke.

Der Herr Generalgouverneur gibt Ministerialrat Burmeister einen Überblick über die Finanzlage des Generalgouvernements, und über die finanziellen Belastungen, die dem Generalgouvernement von seiten des Reiches auferlegt werden. Besprochen wird weiter die Frage der Neuregelung der Ostzulage. Ferner bittet der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Burmeister, dafür Sorge zu tragen, daß Ministerialrat von Streit

21.11.42

sobald wie möglich von seinem Posten in der Hauptabteilung Finanzen abgelöst werde.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

18^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonntag, den 22.November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

15^{00} Hausmusik in Kressendorf.

Gäste: Staatssekretär Dr. Bühler
Ministerialrat Dr. Siebert
Notar Gutbrod
Hauptschriftleiter Stoeppler
Major Graf
Professor Bader
Richard Schneider
Intendant Stampe.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater Krakau.

18^{30} Gastspiel Hermine Körner:

"Frau Inger auf Östrot"
Schauspiel von Henrik Ibsen.

20^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Montag, den 23.November 1942

9^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{15} Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu.

Stadthauptmann Pavlu berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß Prof. Kopp von der Akademie Wien und Bürgermeister Judex-Brünn in der Zeit vom 1. bis 10.Dezember 42 nach Krakau kommen wollten.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ordnet an, daß Stadthauptmann Pavlu in der gleichen Zeit seinen großen Rechenschaftsbericht über die Aufbauarbeit in der Stadt Krakau während der letzten drei Jahre halten solle; weiter ersucht er den Stadthauptmann, alle seine Beschwerdepunkte für eine Besprechung mit Gouverneur Dr. Wendler schriftlich zu fixieren, und gibt dabei seine Absicht kund, durch eine Verordnung, die Stadt Krakau direkt der Regierung des Generalgouvernements zu unterstellen.

12^{50} Besprechung mit Architekt Koettgen.

16^{00} Vorführung des Wien-Films "Wien 1910" und der neuesten Wochenschau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau,

Dienstag, den 24.November 1942

9^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{45} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der gänzlich unzureichenden Kohlenversorgung des Stickstoffwerkes Moscice. Das Werk sei infolge dieses Kohlenmangels zu einem Drittel stillgelegt worden, was sich selbstverständlich bei der dadurch eintretenden Verminderung der Düngerherstellung für die Landwirtschaft und damit für die Ernährungslage sehr ungünstig auswirken werde.

Der Herr Generalgouverneur nimmt diesen Fall zum Anlaß,um den beiden Staatssekretären folgende Eröffnung zu machen:

Ich habe angesichts der Entwicklung der Situation in den letzten Wochen dem Führer erneut meinen Rücktritt angeboten. Heute ist nun ein Fernschreiben eingegangen, in welchem Reichsminister Dr. Lammers mir mitteilt, daß er dem Führer am 22. November über mein Rücktrittsgesuch Vortrag gehalten und der Führer diesem Gesuch nicht entsprochen habe. Ich sehe in der wiederholten Ablehnung meines Rücktrittsgesuchs einen erneuten Vertrauensbeweis und bin nunmehr fest entschlossen, die Autorität des Generalgouverneurs unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und von den mir seinerzeit gegebenen Vollmachten rücksichtslos Gebrauch zu machen. Ich werde z.B. mit aller Energie für die Bereinigung des Falles Szepessy sorgen und habe auch Staatssekretär Krüger

eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

Ich werde den Sonderdienst wieder in die Verwaltung eingliedern. Ich werde dafür sorgen, daß bis auf weiteres von einer Umwandlung der Generaldirektion der Ostbahn in eine oder mehrere Reichsbahndirektionen Abstand genommen wird. Auch werde ich mich einer Kürzung der Ostzulage widersetzen und über diese Frage dem Führer unmittelbar Bericht erstatten.

Weiter werde ich bestrebt sein, die Verwaltung in jeder Weise zu intensivieren und zu vereinheitlichen. Ich sehe mit Ingrimm eine sich immer mehr fortsetzende Verwischung der Zuständigkeiten zwischen Regierung des Generalgouvernements und Distrikten. So will z.B. Gouverneur Dr.Fischer offenbar Warschau sozusagen zum Zentrum des Generalgouvernements machen. Ich lasse mir das nicht bieten; und ich werde auch in Sachen Globocnik entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Der Ernst der Lage, der wir entgegengehen, kann nur gemeistert werden, wenn ich sämtliche Machtmittel des Staates einheitlich zusammenfassen kann. Ich gehe eiskalt von dieser These aus und bitte Sie als meine beiden engsten Mitarbeiter, davon auch den Hauptabteilungsleitern Mitteilung zu machen.

Der Herr Generalgouverneur kündigt dann an, daß er noch in diesem Jahre eine Sonderregierungssitzung abhalten und danach für einige Zeit in Warschau residieren werde. Im Hinblick auf die allgemein ungünstige Lage im Generalgouvernement werde er die Einführung der neuen Ostzulage bis zum 31. März nächsten Jahres verschieben. Bis dahin werde man dann versuchen müssen, gewisse Notstandseinrichtungen für die Beamten- und Angestelltenschaft zu schaffen.

24.11.42

Er beabsichtige ferner, die Stadt Krakau aus der Aufsicht des Distrikts herauszunehmen, sie Exempt zu machen und ihr den Charakter einer Bundeshauptstadt zu geben, und zwar im Wege eines einfachen Rechtsaktes, den er jeder Zeit vornehmen könne. Es sei auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, daß am Sitze der Regierung ein ununterbrochenes Hin- und Herregieren zwischen Distrikt und Stadthauptmann stattfinde.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als dringend erforderlich, daß von nun an eine zusammenfassende Berichterstattung über die Leistungen des Generalgouvernements an die interessierten Stellen geleitet werde. Er weist Staatssekretär Dr.Boepple an, beginnend mit dem 1. Januar 1943 vielleicht eine Rückschau auf die vergangenen drei Jahre zu halten.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann mit, daß Reichspressechef Dietrich mit seiner, des Generalgouverneurs, Genehmigung den Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Gassner zum Bevollmächtigten des Reichspressechefs beim Generalgouverneur und bei der Regierung des Generalgouvernements ernannt habe. Er verfügt die Veröffentlichung einer Notiz darüber in der Krakauer Zeitung und die Bekanntgabe dieser Ernennung durch Rundschreiben an die Hauptabteilungsleiter.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, die Versetzung des Gouverneurs Fischer von Warschau nach Krakau, des Gouverneurs Kundt von Radom nach Warschau und des Gouverneurs Dr. Wandler von Krakau nach Radom möglichst zum 1. Januar 1943 in die Wege zu leiten.

Mit der Übertragung der Geschäfte des Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung auf den bisherigen Amtschef Losacker-Lemberg erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

24.11.42

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler im Königssaal der Burg eine Abordnung von 20 Baudienstführern aus dem Generalgouvernement.

Die Baudienstführer werden dem Herrn Generalgouverneur von Oberstarbeitsführer Hinkel vorgestellt.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Hinkel! Meine Kameraden!

Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen und freue mich, Sie hier in dem festlichsten Saal des Generalgouvernements, am obersten Sitz der Regierung des Generalgouvernements feierlich empfangen zu können. Ihnen, Parteigenosse Hinkel, und allen Ihren Mitarbeitern bringe ich meine ganz besondere Anerkennung für die hervorragende Leistung zum Ausdruck, die Sie auf dem Gebiet der Organisation des Baudienstes im Generalgouvernement vollbracht haben. Ich kann ruhig sagen, daß ohne Ihren bewährten Einsatz entsprechend der großen ruhmreichen Tradition des deutschen Arbeitsdienstes, der genialen Schöpfung unseres hochverehrten Parteigenossen Reichsleiters Hierl, dieser Gedanke überhaupt nicht in die Tat umzusetzen gewesen wäre.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich Ihnen in den Weg stellten, haben Sie in vortrefflicher Weise gemeistert. Aus kleinen Anfängen ist der Baudienst zu einer Institution geworden, die aus dem Dasein dieses Ostraumes nicht mehr wegzudenken ist. Mit dem Dank an Sie und an Ihre Mitarbeiter darf ich auch den Dank aller maßgeblichen dienstlichen Instanzen des Generalgouvernements für diese Aufbauleistung verbinden.

Wir sind hier in einem Gebiet, in dem alles neu ist, in dem, von den Einrichtungen des Staates Generalgouvernement und seiner merkwürdigen, völker- und staatsrechtlich einzigartigen Form angefangen bis zu diesem speziellen Sektor, alles neu erdacht, organisiert

und verwirklicht werden mußte. Das Menschenmaterial, das Sie zur Verfügung haben und das sich Ihnen unterstellt hat, ist ein dem deutschen Wesen völlig entgegengesetztes. Aber wir dürfen auch immer wieder aus Ihren Berichten entnehmen, daß sich dieses Menschenmaterial der Polen und Ukrainer im wesentlichen den Notwendigkeiten des Dienstes, der Disziplin und der Arbeit willig fügt. Dassdem so ist, dafür möchte ich Ihnen auch meine besondere Anerkennung zollen.

Ich glaube, Reichsleiter Hierl hat bei seinem letzten Besuch im Generalgouvernement einen entscheidenden Durchbruch seiner persönlichen Anschauungen erlebt: wenn man ursprünglich diesem unserem Gedanken des Baudienstes skeptisch gegenüber gestanden hat, so ist dach heute ein völliger Umschwung in der Einstellung eingetreten. Daß die Heimat uns nicht immer versteht, wissen Sie ja auch. Das ist wohl das Schicksal aller solcher Neuschöpfungen. Zu allen Zeiten ist es bei allen Völkern das Merkwürdige gewesen, daß sie in ihrem Planen und Handeln, in ihrem Aufbauwerk von nirgendwoher soviele Hemmungen und soviele Kritik erfuhren wie gerade von der Heimat, in deren Dienst sie ein neues Gebiet erobert hatten. Die Wehrmacht besetzt ja den Raum, erobert aber haben wir das Generalgouvernement für das Reich, indem wir es zu einem wichtigen Glied des großdeutschen Raumes gemacht haben.

Diese stolze Leistung des Generalgouvernements hat vor wenigen Wochen ihre Krönung in der ungeheuren kaum erwarteten Getreideablieferungsquote gefunden. Sie wissen, daß das Generalgouvernement über 500000 to Brotgetreide an das Reich liefert und allein 2/3 der gesamten Erhöhung der Brotration in Deutschland für die laufende Ernährungsperiode trägt. Das ist eine Leistung, die Aufsehen erregt und, wie ich voller Stolz erklären kann, auch beim Führer einen großen Eindruck hervorgerufen hat.

24.11.42

Und diese Leistung konnte auch wieder nur vollbracht werden, weil Sie auf Ihrem Gebiet mit dazu geholfen haben: Sie haben Straßen gebaut, Kanäle angelegt, Sie haben sich für alle möglichen anderen Arbeiten bereitgestellt. Ihnen ist es gelungen, die Bevölkerung dieses Raumes unseren Aufgaben auf einem Sektor dienstbar zu machen, der gewiß an manchen Stellen der entschei-dende Arbeitseinsatz der fremdvölkischen Bevölkerung war. Ohne die disziplinierte Führung, ohne die scharfe, harte, aber auch gerechte Behandlung der Arbeitskolonnen des Baudienstes wäre Ihnen dieses Werk nicht gelungen.

Aber all' das hätten Sie auch wieder nicht schaffen können, wenn Sie nicht aus der Schule unseres herrlichen Deutschen Arbeitsdienstes gekommen wären. Ich bin stolz, das sagen zu dürfen, als Deutscher und als Generalgouverneur bin ich stolz auf dieses Ihr Werk.

Ich wünsche Ihnen, Parteigenosse Hinkel, den Kameraden, die hier erschienen sind, und allen Ihren Mitarbeitern noch viele schöne Leistungen. Ich weiß, daß ich mich auf Euch restlos verlassen kann. Und der Reichsarbeitsdienst kann auf Euch stolz sein; denn Ihr habt ihm mit beispielhafter Geltung für andere Gebiete ein neues Gebiet erobert.

Oberstarbeitsführer Hinkel erwidert mit folgenden Worten:
Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen von Herzen dafür, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, einmal hierher zu kommen. Ganz besonders aber danke ich Ihnen dafür, daß Sie meinen Baudienstführern, die ja letzten Endes, wenn sie hier im Dienste des Generalgouvernements stehen, die Träger der gesamten Arbeit und der Idee sind, diese schöne Anerkennung ausgesprochen haben. Das wird für alle ein weiterer Ansporn sein,

noch mehr zu tun, als sie vielleicht bisher geleistet haben. Ich verspreche Ihnen, Herr Generalgouverneur, daß Sie sich auf die Baudienstführer immer und überall verlassen können.

13^{10} M i t t a g e s s e n .

Als Gäste nehmen die Baudienstführer an dem Essen teil.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Kanonensaal der Burg in Gegenwart von Staatssekretär Dr.Bühler den stellvertretenden Leiter und die Abteilungsleiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sowie den Leiter und die Mitarbeiter der Landwirtschaftlichen Zentralstelle (L.Z.). Die Herren werden dem Herrn Generalgouverneur von Präsident Naumann vorgestellt.

Präsident Naumann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Ergebnisse der Jahresarbeit der Hauptabteilung. Der vom Generalgouverneur am 11.Juli 1942 verordnete Ernteausnahmezustand habe sich, so führt Präsident Naumann aus, als vollen Erfolg erwiesen, dank der hervorragenden Arbeit der Hauptabteilung und ihrer Gliederungen, dank nicht zuletzt auch der wirksamen Unterstützung durch die Polizei und die anderen Hauptabteilungen.

Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur weiter die Ergebnisse der Ernteerfassung dar.+)

Abschließend führt Präsident Naumann aus, daß zur Zeit die Hauptabteilung E. u. L. damit beschäftigt sei, die Ablieferung der Mengen ans Reich durchzuführen und die verbleibenden Mengen so zu verteilen, daß der

---

+) S. Seite 7256

24.11.42

Anschluß an die Ernte 1943 gewährleistet sei. Weiter liefen in diesen Wochen die neuen Maßnahmen an, die der Vorbereitung der Ernte 1943 dienen sollten.

Präsident Naumann schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:
Herr Generalgouverneur! Sie haben am 20. November dieses Jahres den Erlaß über die Sicherung der Ernte 1943 unterzeichnet. Möge dieser Erlaß ähnliche Kräfte auslösen wie der Erlaß über die Sicherung der Ernteerfassung. Dann werden wir für die Ernte 1943 das erreicht haben, was mit menschlichem Können zu erreichen möglich ist. Meine Mitarbeiter und ich versprechen, wie bisher ihre ganze Arbeitskraft, ihr ganzes Können einzusetzen, damit diese hohe Aufgabe erfüllt werden kann.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Naumann

Lieber Parteigenosse! Meine Herren! Ich ergreife mit Freude die Gelegenheit, Ihnen, Herr Präsident Naumann, und Ihnen, den Mitarbeitern der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, meinen ganz besonderen Dank für die Sie alle höchst auszeichnende Art der Durchführung der Ernte in diesem Jahre zum Ausdruck zu bringen. Mit Stolz können wir auf diese Leistung blicken. Die Regierung des Generalgouvernements hat in ihrer Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine der aktivsten Gruppen, sie verfügt in dieser Hauptabteilung über Fachmänner erster Qualität, Männer mit Mut und Herz.

Ich bin beglückt über die Zahlen, ~~über~~ die Sie mir gemeldet haben, Parteigenosse Naumann . Ich möchte Ihnen auch ganz besonders dafür danken. Ihr leuchtendes

24.11.42

Vorbild, Ihre Unerschrockenheit, Ihr jugendliches Ungestüm und Ihren Aktivismus, zusammengeballt zu einer totalen Energie, haben Sie stets anfeuernd und aneifernd auf Ihre Mitarbeiter zu übertragen gewußt.

Das Generalgouvernement hat sich als das, zeitlich gesehen, nunmehr älteste der seit Beginn dieses großen Freiheitskampfes besetzten Gebiete zu einer achtunggebietenden Stellung inmitten der europäischen Agrarsituation emporgerichtet. Eines der stolzesten Merkmale dieser Arbeit ist es, daß sich das Generalgouvernement, das mit seiner Agrarsubstanz früher bestimmt nicht zu den bevorzugten Gebieten gehörte, mitten im Kriege unter den gehäuften Schwierigkeiten einer sich gerade im Osten zeigenden Kriegführung, unter einer Fülle von Spezialproblemen, die wir überhaupt erst an Ort und Stelle erfahren konnten, ernährungspolitisch autark entwickelt hat, darüber hinaus aber sich zu einem der mächtigsten Stützpunkte des großdeutschen Ernährungsraumes hat formen lassen.

Daß das Generalgouvernement heuer allein an Brotgetreide weit über 7oo ooo to dem Großdeutschen Reich, der Heimat und der Wehrmacht hier im Lande hat zur Verfügung stellen können, ist ein gigantisch einmaliger Erfolg einer knapp dreijährigen Ernährungspolitik in diesem Raum, der einmal zu einer der stolzesten Kapitelüberschriften der deutschen ernährungspolitischen Entwicklung werden wird. Ich glaube, wir können den Kopf höher tragen, wenn wir daran denken, was wir hier im Generalgouvernement dank Ihrer Leistung, dank der Leistung Ihrer Mitarbeiter in den Distrikten, dank der unermüdlichen verständnisvollen Mitarbeit der Gouverneure, der Distriktsämter, der Polizei und aller anderen Organe, die hier eingesetzt waren, dank vielleicht auch der sehr klaren rechtlichen und organisatorischen

24.11.42

Grundlagen und Methoden, die wir diesem Erntevorgang gegeben haben, haben erreichen können. Selbst der Führer hat persönlich von diesem Ergebnis mit großer Freude und Anerkennung Kenntnis genommen. Ich weiß es, und Sie wissen es auch, daß dieses Leistungskontingent bei den Ernährungszentralen des Reiches ebenfalls großes Aufsehen und große Freude hervorgerufen hat. Und das ist auch nur begründet; denn das Generalgouvernement trägt allein zwei Drittel der jetzt vorgenommenen Erhöhung der Brot- und Mehlration im gesamten großdeutschen Raum für die laufende Ernährungsperiode.

Das will etwas heißen. Das sind nicht nur Sprüche, das sind nicht nur große kolonialpolitische Zukunftsromane, das ist nicht irgendein Pionierreglement, das sich einmal in der Zukunft auswirken wird, sondern das sind echte Körner, das sind gefüllte Säcke, das sind Waggons mit wirklicher Ware.

Parteigenosse Naumann, Sie können wirklich auf diese Leistung stolz sein. Was hier von Ihnen und Ihren Männern geschaffen worden ist, das wird einmal eines der stolzesten Kapitel in der Geschichte der deutschen Ernährungspolitik sein. Ich spreche Ihnen in meinem und im Namen meiner Regierung herzlichsten Dank und höchste Anerkennung aus. Ich bitte Sie, davon allen Ihren Mitarbeitern Kenntnis zu geben. Ich habe schon im Auftrag des Führers aus diesem Anlaß eine Reihe von Auszeichnungen des Kriegsverdienstkreuzes 1. Klasse verteilt. Ich kann nur verkünden, daß weitere Auszeichnungen folgen werden.

Sie selber, Parteigenosse Naumann, haben mein volles Vertrauen als Leiter der Hauptabteilung E.u.L.. Sie wissen, daß ich beabsichtige, Sie schon demnächst endgültig zum Nachfolger des Parteigenossen Körner zu ernennen. Die Hauptabteilung E. u.L. kann bei mir stets auf Entgegenkommen rechnen.

24.11.42

Ich glaube auch, Parteigenosse Naumann, daß Sie nicht nur auf dem Gebiet der Ernährung,sondern auch für den Gesamtbereich des Ansehens des Generalgouvernements mir und allen meinen Mitarbeitern einen ganz großen Dienst erwiesen haben. Wie die bekannte kolonialgeschichtliche Erfahrung lehrt, verfolgt die Heimat die Männer, die draußen in fremden Landen ihre Pflicht erfüllen, oft mit Neid und übler Nachrede. Jetzt zeigt sich nun angesichts dieser überraschenden Leistung des Generalgouvernements ein plötzliches Aufhellen des Horizonts gegenüber dem Generalgouvernement. Die Stimmung beginnt völlig umzuschlagen. Da, wo bisher Neid und Mißgunst,teilweise unter lächerlichsten Argumentationen als persönliche Verfolgungssucht sich austobende Einstellungen spürbar waren, da tritt nun plötzlich unser bisheriger Feind für diese Belange auf. Für uns alle muß das nur ein weiterer Ansporn sein, unsere Pflicht zu erfüllen. Das Generalgouvernement ist eines der größten und wichtigsten Kriegseinrichtungen in diesem Befreiungskampf geworden. Das danke ich nicht zuletzt Ihnen und Ihrer unermmüdlichen Arbeit.

15^{20} Der Herr Generalgouverneur überreicht den Assessoren Dr. Jänsch und Schulz mit Worten der Anerkennung für die bisher geleisteten treuen Dienste das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse nebst Urkunde.

15^{25} Filmvorführung im Großen Saale der Burg.

Zur Vorführung gelangen der Film "Ordnung schafft Brot" und eine Zusammenstellung aus den Generalgouvernements-Wochenschauen mit Bildern von dem vielseitigen Einsatz des Baudienstes. Regierungsdirektor Dr.Albert und Oberstarbeitsführer Hinkel geben Erläuterungen zu diesen Filmen.

24.11.42

17[25] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

In Gegenwart der beiden Staatssekretäre verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Fernschreibens:

Fernschreiben

An den
Herrn Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches
Beauftragten für den Vierjahresplan
Hermann G ö r i n g
B e r l i n

Herr Reichsmarschall!

Für das Generalgouvernement sind bis zum 23.November 1942 auf den drei wichtigsten Gebieten der Ernährungswirtschaft folgende Leistungen vollbracht:

1) Bei Getreide:

erfaßt	1.o7o.ooo to	
für das Reich sichergestellt	5oo.ooo to	Brotgetreide
	1oo.ooo to	Futtergetreide
davon an das Reich geliefert	28o.ooo to	

2) Bei Kartoffeln:

erfaßt	1.35o.ooo to	
für das Reich sichergestellt	28o.ooo to	
davon an das Reich geliefert	2oo.ooo to	

3) Bei Vieh:

aus dem registrierten und damit insgesamt erfaßten Viehbestande	
an das Reich zu liefern	35.ooo to
davon an das Reich geliefert	22.125 to

24.11.1942

Außerdem erhalten der Wehrkreis, SS und Polizei folgende Lieferungen:

1) Bei Getreide:

zu liefern und sichergestellt in monatlichen Teilmengen abzunehmen.	160.000 to

2) Bei Kartoffeln:

zu liefern	245.000 to
davon geliefert	172.000 to
sichergestellt	73.000 to

3) Bei Vieh:

zu liefern und sichergestellt in monatlichen Teilmengen abzunehmen.	26.500 to

Demnach sind die von Ihnen, Herr Reichsmarschall, mir als Generalgouverneur auferlegten Verpflichtungen des Generalgouvernements auf dem Gebiet der Ernährungsleistung in voller Erfüllung begriffen.

Ich bitte dringendst, Herr Reichsmarschall, daß auf dem Gebiet des Transports dieser Lieferungen durch besondere Anweisung von Ihnen die Verkehrsleistung sichergestellt wird.

Ich freue mich besonders, Ihnen heute diese Meldung machen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
F r a n k , Generalgouverneur.

Weiter richtet der Herr Generalgouverneur an Reichsminister Dr. Lammers, Reichsleiter Bormann und Staatssekretär Backe Briefe, in denen er ihnen von dem Wortlaut des Fernschreibens an Reichsmarschall Göring Kenntnis gibt.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 25.November 1942

8^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Barackenlager des Ersatzbataillons des Sonderdienstes in Krakau.

9^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Barackenlager des Ersatzbataillons des Sonderdienstes. Dort wird der Herr Generalgouverneur von dem Befehlshaber der Ordnungspolizei, Generalleutnant der Polizei Becker, empfangen. Anwesend sind ferner: Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, der Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle und Pressechef Gassner.

Der Bataillonschef Hauptmann Dr. Tischer meldet die angetretenen Einheiten. Der Herr Generalgouverneur schreitet darauf unter den Klängen des Präsentiermarsches die Front ab. Dann richtet der Herr Generalgouverneur an die Sonderdienstmänner eine Ansprache.

(Siehe Anlage).

Nach der Ansprache dankt der Herr Generalgouverneur dem Generalleutnant Becker und spricht dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle seine Anerkennung aus.

Im Anschluß an den Appell besichtigt der Herr Generalgouverneur in Begleitung des Generalleutnants Becker und unter Führung des Bataillonschefs die Unterkunfts- und Wirtschaftsräume des Sonderdienst-Ersatzbataillons.

9^{45} Rückfahrt zur Burg.

1259

Ansprache des Herrn Generalgouverneurs
bei der Besichtigung des Ersatzbatl.
des Sonderdienstes am 25.Nov.1942.

--

Offiziere! Beamte! Männer des Sonderdienstes!

Ich wollte die heutige Gelegenheit wahrnehmen, um Euch wieder einmal ins Auge zu sehen. Ich freue mich, daß sich das Bataillon des Sonderdienstes Krakau wieder aufgefüllt hat, daß sich tapfere junge Volksdeutsche gefunden haben, die den besonderen Dienst, der dieser Einrichtung den Namen "Sonderdienst" gegeben hat, im Generalgouvernement übernehmen wollen. Ihr seid fürwahr bestimmt, eine stolze Aufgabe im Rahmen der Staatsverwaltung des Generalgouvernements zu übernehmen; Ihr sollt draußen im Lande, in den Kreisen den Schutz der Behörden darstellen und noch eine Fülle anderer Aufgaben durchführen.

Ich wollte nun diese Stunde benutzen, um allen Offizieren, Beamten, Dienstgraden und den Männern des Sonderdienstes meinen und den Dank der Regierung des Generalgouvernements für die bisherigen Leistungen zum Ausdruck zu bringen. Dieser Sonderdienst ist ein Kriegskind, mitten aus der Not der Spannungen, in einem fremden, kaum dem Krieg entrissenen Raum geboren. Dieser Sonderdienst ist von Anfang an mit Energie aufgerichtet worden. Ich könnte mir draußen im weiten Lande bei den Kreishauptleuten den Dienst nicht ohne diese dauernde Fühlungnahme mit Euch Männern des Sonderdienstes denken. So ist denn auch der Sonderdienst als eine besondere Einrichtung aus dem Generalgouvernement nicht mehr wegzudenken. In enger Verbindung mit den Sicherheitsorganen des Staates und der Polizei hat der Sonderdienst eine starke Position und ein traditionelles Rückgrat bekommen, sowohl für das Großdeutshhe Reich wie für

dieses Nebenland Generalgouvernement. Ich glaube daher, daß der Sonderdienst mit Stolz auf seine Leistungen blicken kann. Er gehört mit hinein in die große Gerüstetheit der inneren Ordnung des großdeutschen Machtraumes. Auch er kann von sich sagen, daß er an seiner Stelle für den Führer und für das Reich arbeitet.

Die Regierung des Generalgouvernements wird alles tun, um Euch Sonderdienstmännern, wenn Ihr Eure Dienstzeit erfüllt habt, in Eurem weiteren Leben zu sichern, und zwar durch Zurverfügungstellung von Eurem Dienst entsprechenden Positionen. In Euch soll ein Nachwuchs von volksdeutschen Vorkämpfern erstehen. Auch Ihr sollt der deutschen Lebensrechte teilhaftig werden.

Ihr habt Euch wacker geschlagen. Wir wollen es bekennen, daß unsere Gedanken in diesem Augenblick den gefallenen Kameraden sich zuwenden. Achtundzwanzig Männer hat der Sonderdienst im heldischen Ringen um die Sicherheit dieses Gebietes verloren. Wir gedenken dieser Toten. - Der Geist der Toten soll Euch erfüllen, das ist mein Wunsch. Seid gehorsam, treu, aufopfernd, selbstlos und wachst hinein in die Gemeinschaft unseres herrlichen großen ewigen Volkes.

Ich hoffe, daß gerade die Gruppe, die ich hier sehe, ihren besonderen Stolz darein setzen wird, tapfere Sonderdienstmänner zu werden. Ich hoffe, daß wir hier keinen Gram bekommen, weiß ich doch, daß Ihr den Ernst dieser Zeit begriffen habt, die nicht zum Spiel und zum Tändeln da ist, sondern zur ewigen Schicksalsdurchsetzung des deutschen Lebensrechtes. Gerade wir im Osten haben den anderen das Leben vorzuleben. Sonderdienstmänner, seid mutig und entschlossen, mit den diesem Raum gestellten Aufgaben fertig zu werden. Ich wünsche Euch für Eure Ausbildung und für Eure Zukunft alles Beste. Bleibt Deutsche, werdet Soldaten!

Herr General Becker, Ihnen und Ihren Männern danke ich besonders dafür, daß Sie sich des Sonderdienstes so angenommen haben. Ich hoffe, daß die Regierung des Generalgouvernements in Ihnen auch den Mann gefunden hat, der den großen Gedanken des Sonderdienstes und seiner Geordnetheit hier im kolonialen volksdeutschen Raum mit Tatkraft und bewährter Sicherheit des deutschen Offiziers durchführt. Ich danke auch den Ausbildern, Offizieren und Beamten, die sich in so vorbildlicher Weise dem Sonderdienst zur Verfügung gestellt haben.

25.11.42

lo[4o] Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Direktor Dr. Coblitz den Auftrag, eine Broschüre über die seinerzeit von dem Herrn Generalgouverneur im Ostinstitut über das Thema: "Die Epoche des Ostens" gehaltene Rede auszuarbeiten.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob und was für die volksdeutsche Forschung von seiten des Ostinstituts getan werden könne, erwidert Direktor Dr. Coblitz, daß bereits im Ostinistitut eine Sektion "Sprachwissenschaft" und eine Sektion "Rassenforschung" bestänben. Diese Sektionen befaßten sich vornehmlich mit dem Volksdeutschtum, der Festlegung von realen Tatsachen, die die Volksdeutschen beträfen, und ihrer praktischen Verwertbarkeit etwa im Hinblick auf die Frage, wie man sie blutmäßig behandeln und in der Wirtschaft einsetzen solle. Man gehe an dieses Problem mit allen Methoden der Wissenschaft, von der anthropologischen, der volkskundlichen Seite usw. heran. Gerade die Forschung auf dem Gebiete der Rasse und des Volkstums sei eines der wichtigsten Prinzipien des Institutes überhaupt. Damit komme man zu einer unmittelbaren Verwertung der Arbeitsergebnisse. Im übrigen arbeite das Institut in engster Verbindung mit allen Dienststellen des Generalgouvernements. Die geistige Betreuung der Volksdeutschen vollziehe sich zum größten Teil in den Volksbildungsstätten.

Der Herr Generalgouverneur regt die Herausgabe einer Broschüre etwa mit dem Titel: "Das Deutsche Element im Generalgouvernement". Der Verfasser dieser Broschüre müßte sich dann für seine Arbeit mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Verbindung setzen.

25.11.42

Abschließend berichtet Direktor Dr. Coblitz über die Arbeiten des Instituts und kann mitteilen, daß trotz des Krieges das Institut noch weiter ausgebaut worden sei. Auch die Zweigstelle Warschau sei bereits in voller Tätigkeit. - Die Herausgabe eines umfangreichen Jahresberichtes stehe bevor.

10^{50} Besprechung mit Bibliotheksdirektor Dr. Abb.

Direktor Dr. Abb berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Erfolge seiner Reise nach Frankreich. Es sei ihm gelungen, verschiedene Reliquien des Komponisten Elsner aufzufinden, so u.a. eine sehr schöne Totenmaske des Komponisten Elsner und den Flügel, auf dem er seinerzeit gespielt habe, ferner eine Reihe Gebrauchsgegenstände und eine vollständige Bibliothek.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Direktor Dr. Abb, die notwendigen Schritte für den endgültigen Erwerb dieser Dinge zu tun. - Wegen der Räume in der Staatsbibliothek soll sich Direktor Dr. Abb mit Staatssekretär Dr. Boepple in Verbindung setzen.

11^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Ganzmüller.

Staatssekretär Ganzmüller legt in der anschließenden Besprechung dem Herrn Generalgouverneur den Grund seines Kommens in das Generalgouvernement dar. Der Führererlaß vom 17. Januar 1942 über die Grundsätze der Organisation der Reichsbahn müsse insofern durchgeführt werden, als nunmehr eine Betriebsleitung eingerichtet werden müsse, die größer sei als das Generalgouvernement. Man beabsichtige, eine Generaldirektion in Krakau einzurichten, die die Räume von der Westgrenze bis zur Ostgrenze umfasse, auch mit den Direktionen Oppeln und Lemberg zusammenstoße und weiter sich nach Königsberg und vielleicht auch Danzig erstrecke. Mit

dieser Neuordnung werde sich hinsichtlich des Vermögens der Ostbahn grundsätzlich nichts ändern, so daß nach wie vor etwaige Überschüsse dem Generalgouvernement zur Verfügung ständen.

Der Herr Generalgouverneur geht von dem Grundsatz aus, daß nach außen hin etwa durch Schaffung einer Reichsbahndirektion das einheitliche Gefüge des Generalgouvernements nicht zerstört werden dürfe. Die Ostbahn des Generalgouvernements müsse als solche unter allen Umständen bestehen bleiben, weil sich sonst das Generalgouvernement überhaupt auflösen würde; denn Reichspost, Reichsjustizverwaltung und andere Behörden würden sofort ähnliche Forderungen stellen. Die Regelung könne nur so erfolgen, daß die Einbezogenheit des Ostbahnvermögens in das Gesamtvermögen des Generalgouvernements bestehen bleibe, wenn auch die Betriebsführung von der Reichsbahnzentrale ausgehe.

Staatssekretär Ganzenmüller beruft sich nochmals auf den Wortlaut des Führererlaßes, demzufolge im Generalgouvernement eine Reichsbahndirektion eingerichtet werden müßte. Auch das Reichsministerium Rosenberg habe dieser Regelung sofort zugestimmt. Im Osten bestehe schon beinahe ein Jahr lang eine absolut einheitliche Eisenbahnorganisation. Die Schaffung einer einheitlichen Eisenbahnorganisation auch für das Generalgouvernement entspreche nur dem Willen des Führers.

Der Herr Generalgouverneur macht in längeren Ausführungen geltend, daß er sich angesichts der im Generalgouvernement herrschenden Situation unter keinen Umständen mit dieser Neuregelung einverstanden erklären könne. Reichsverkehrsminister Dorpmüller habe ihm seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß an dem Verhältnis Ostbahn-Reichsbahn nichts geändert werden solle. Wenn es der Reichsbahn nur darauf ankomme, die Betriebsführung in Händen zu haben, so wüßte er nicht, wann er,

der Generalgouverneur, jemals einen Betriebsbefehl gegeben hätte. Der Betrieb der Ostbahn in technischer Hinsicht sei stets auch eine Angelegenheit der Reichsbahn gewesen. Die Reichsbahnverwaltung habe nach wie vor die Möglichkeit, den Betrieb nach ihrem Ermessen einzurichten oder Betriebsbefehle zu erteilen, ob es sich nun um die Ostbahn oder eine Reichsbahndirektion handle. Würde er die Ostbahn nach außen hin an das Reich abgeben, dann wäre das der erste große Einbruch einer Reichsbehörde in das einheitliche Verwaltungsgefüge des Generalgouvernements. Eine solche Regelung würde ihn veranlassen, sein Amt niederzulegen. Er als Generalgouverneur trage die Verantwortung dafür, daß 18 Millionen einer fremdvölkischen Bevölkerung von kaum 8o ooo Deutschen geführt würden. Diese Verantwortung könne er nur tragen, wenn nach außen hin die Befehlsgewalt in seiner Hand liege. Angenommen selbst, diese Neuordnung würde durchgeführt werden, so könnte das nur zu weiteren Spannungen führen. Im Reiche vergesse man offenbar immer, daß die Sorge für die deutschen Eisenbahner hinsichtlich Bekleidung, Ernährung Schulunterricht der Kinder usw. bei der Regierung des Generalgouvernements liege. Wolle man den Reichsbehörden völlig freies Spiel im Generalgouvernement lassen, dann möge man endlich dazu übergehen, drei Reichsgaue in Krakau, Warschau und Lemberg zu errichten. Solange diese Regelung nicht getroffen worden sei, sei das Generalgouvernement eine Reichseinrichtung und müsse als solche geachtet werden. Die Generaldirektion der Ostbahn unterstehe dem Reichsverkehrsministerium in transportmäßiger und disziplinarischer Hinsicht genau so wie eine Reichsbahndirektion. Im übrigen weise er darauf hin, daß bisher auch nicht eine einzige Beschwerde über das Versagen der Ostbahn ihm zu Ohren gekommen sei.

25.11.42

Staatssekretär Ganzenmüller weist demgegenüber darauf hin, daß er von seinem Amtsantritt an die Betriebsführung der Ostbahn genau beobachtet habe. Er habe leider feststellen müssen, daß hinsichtlich des Nachschubs für die Ostfront im Bereiche der Ostbahn mancherlei Schwierigkeiten aufgetreten seien.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß ihm von diesen Schwierigkeiten oder gar von einem Versagen der Ostbahn bisher amtlich nichts bekannt geworden sei. Er könne nur feststellen, daß die Regierung des Generalgouvernements in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt habe. Welche Bedeutung das Generalgouvernement für das Reich habe, zeigten die gewaltigen Lieferungen von Getreide und anderen Nahrungsmitteln, die zur Zeit ins Reich rollten. Nachdem der Führer aus politischen Gründen die Errichtung von drei Reichsgauen im Gebiet des Generalgouvernements abgelehnt habe, bedürfe er als Generalgouverneur nunmehr der vollen Bestätigung der ihm seinerzeit erteilten Vollmachten. Dazu gehöre auch, daß die Ostbahn als solche bestehen bleibe. Er wolle lediglich verhindern, daß etwas geschehe, was nicht im Sinne der totalen Vollmacht des Führers liege.

Staatssekretär Ganzenmüller nimmt sodann zur Frage der Schaffung einer Generalbetriebsleitung auch für das Generalgouvernement Stellung. Eine solche Generalbetriebsleitung würde sich über weitere Räume erstrecken, müßte aber selbstverständlich mit der Regierung des Generalgouvernements in Fragen des Arbeitsrechts, der Personalpolitik usw. verankert bleiben.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Frage noch nicht für spruchreif, will aber unter allen Umständen die Generaldirektion der Ostbahn aufrecht erhalten wissen. Nach außen hin müsse jedenfalls die Einheitlichkeit der Verwaltung des Generalgouvernements nach wie vor in Erscheinung treten.

25.11.42

12[00] Besprechung mit Staatssekretär Ganzenmüller, Präsident Gerteis und Ministerialrat Zwinger in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Teilnehmern an der Besprechung von dem Inhalt des Gesprächs Kenntnis, das er soeben mit Staatssekretär Ganzenmüller gehabt hat.

Staatssekretär Ganzenmüller nimmt nochmals in eingehenden Ausführungen zu der Frage der Einrichtung einer oder mehrerer Reichsbahndirektionen im Generalgouvernement Stellung. Der Führer habe in einem Erlaß angeordnet, daß eine einheitliche Betriebsführung für das gesamte Reich einschließlich des Generalgouvernements geschaffen werde. Das sei nicht etwa auf Anschauungen zurückzuführen, die als zentralistisch bezeichnet werden könnten. Daß eine Änderung in der Organisation notwendig sei, zeigten die großen Schwierigkeiten, die sich im vergangenen Winter bei der Ostbahn ergeben hätten.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß er in den Regierungssitzungen jeweils die gesamte Betriebslage der Ostbahn eingehend geschildert habe. Seit 3 Monaten kämpfe er darum, daß der Ostbahn die Züge abgenommen würden und für ihre Ausladung Sorge getragen werde.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann eingehend zu den Betriebsverhältnissen der Ostbahn Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob nicht der Begriff der Generalbetriebsleitung Ost mit dem Namen der Ostbahn verbunden werden könnte. Damit würde ein Übergangsstadium geschaffen werden. Die Generaldirektion der Ostbahn würde dann nach außen hin bestehen bleiben, trotzdem aber würde die Ostbahn völlig

25.11.1942

in die Reichsbahnverwaltung eingefügt werden. Jedenfalls müsse die Ostbahn nach wie vor als Institution des Generalgouvernements nach außen hin in Erscheinung treten.

13[05] Besprechung mit SA-Obergruppenführer Kob und SA-Oberführer Peltz.

SA-Obergruppenführer Kob teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er als Nachfolger des SA-Obergruppenführers Litzmann mit der Leitung der Reit-- und Fahrausbildung vom Führer beauftragt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß SA-Obergruppenführer Kob auch im Generalgouvernement tätig werden solle. Gerade im Generalgouvernement beständen für die Ausübung des Reitsports Möglichkeiten, die es in so weitem Umfange im Reich nicht gebe. Der Reitsport müsse im Generalgouvernement mehr als bisher gepflegt werden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SA-Oberführer Peltz, im Benehmen mit Kammergerichtsrat Dr.Keith die Vorbereitungen für einen erneuten Besuch des SA-Obergruppenführers Kob zu treffen.

16[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Frauendorfer in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Präsident Dr. Frauendorfer meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zum 1.Dezember 1942 zur Wehrmacht eingezogen worden sei, und bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn für einige Zeit zu beurlauben.

Der Herr Generalgouverneur beurlaubt Präsident Dr. Frauendorfer auf seinen Antrag mit Wirkung vom 1.Dezember 1942 von seiner Stellung als Präsident der

25.11.42

Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements bis auf weiteres zum Zwecke der Ableistung des Wehrdienstes und stellt fest, daß Präsident Dr. Frauendorfer nicht endgültig aus seinem Dienst verabschiedet wird.

Mit der Führung der Geschäfte des Leiters der Hauptabteilung Arbeit während der Abwesenheit des Präsidenten Dr. Frauendorfer wird auf seinen Vorschlag der bisherige Stellvertreter des Präsidenten Dr. Frauendorfer Ministerialrat Rhetz betraut.

Anschließend wird dann noch auf den Fall Szepessy eingegangen. Präsident Dr. Frauendorfer teilt mit, daß eine Verfügung ergangen sei, nach welcher Szepessy frei gelassen werde.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob Szepessy bei der Ausstellung von Ausweisen für Juden im Rahmen dienstlicher Befugnisse gehandelt habe, bejaht Präsident Dr. Frauendorfer.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Dr. Frauendorfer seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus und entläßt ihn mit seinen besten Wünschen.

17^{lo} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{oo} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Krakau

Dienstag, den 1. Dezember 1942

7^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof Krakau.

7^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

8^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{30} T e e - Empfang im Kasino.

17^{25} Besprechung mit Pressechef Gassner.

17^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

18^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien.

Donnerstag, den 26.November 1942

bis

Montag, den 30.November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München und Berlin.

1272

Mittwoch, den 2.Dezember 1942

bis

Sonntag, den 6.Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Montag, den 7.Dezember 1942

8^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

10^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

15^{45} Gouverneurs-Sitzung im Königssaal der Burg.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr.Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Zörner
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wendler
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur berichtet Staatssekretär Dr.Bühler zunächst über die Ergebnisse der Besprechung, die er am Vormittage mit den Gouverneuren im Regierungsgebäude gehalten hat.

Eingehend besprochen worden seien, so führt Staatssekretär Dr.Bühler aus, die

Maßnahmen zur Erzeugungsschlacht 1942/43.

Man sei sich darüber einig geworden, daß der neue Ernährungsplan, der vorsehe, daß ab Februar 1943 2 Millionen polnische Normalverbraucher aus der Versorgung ausscheiden müßten, nicht durchgeführt werden könne, wenn nicht eine umfangreiche Erzeugungssteigerung

zunächst auf dem Gebiet der Düngerversorgung erfolge, für die auch wieder die Kohlenfrage von maßgebender Bedeutung sei. Der Gesamtbedarf werde deshalb neu festgesetzt werden müssen, damit die Kalk- und Stickstoffproduktion entsprechend erhöht werden könne. Vor allem müsse man bestrebt sein, das Stickstoffwerk Moscice, das zur Zeit nur zu einem Drittel seiner Kapazität ausgenutzt sei, wieder voll in Ganz zu bringen. Weiter müsse auf dem Gebiet des Einsatzes der Arbeitskräfte bei den Lieferungen an das Reich auf den Eigenbedarf der Erzeugungsbetriebe des Generalgouvernements weitgehend Rücksicht genommen werden. Ferner müßten im Interesse der Durchführung der Erntearbeiten die erforderlichen Transportmittel bereitgestellt werden. Das gelte auch für die Beschaffung des notwendigen Treibstoffes.

Besonderes Augenmerk müsse auch auf die Divergenz der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der gewerblichen Produkte gelenkt werden. Die landwirtschaftliche Zentralstelle könnte wesentlich dazu beitragen, daß die gewerblichen Produkte zu einem geringeren Preis an den landwirtschaftlichen Erzeuger gebracht würden. Man müsse oft feststellen, daß die Handelsspanne viel zu groß sei.

Besondere Maßnahmen müßten auch für die Ausbildung eines Nachwuchses von Fachkräften z.B. in Molkereibetrieben getroffen werden.

Auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes sei vielfach darüber geklagt worden, daß landwirtschaftliche Arbeitskräfte wahllos von den Gütern weggeholt würden. Dieses Problem habe in Galizien eine große Rolle gespielt, und deshalb schwebten zur Zeit zwischen der Arbeitseinsatzbehörde und der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Verhandlungen zu dem Zwecke, einen befriedigenden Ausgleich herbeizuführen.

7.12.42

Dann seien in der Sitzung einige Organisationsfragen besprochen worden, so die Frage der Einrichtung von Ämtern für Jugend in den Distriktsämtern und bei den Kreis- und Stadthauptleuten.

Gegenstand der Besprechung sei weiter die Kinderlandverschickung gewesen.

Endlich seien noch Personalfragen der Propagandaverwaltung besprochen worden. Präsident Ohlenbusch habe beantragt, ihm die Mittel für die Anstellung von Propagandisten zur Verfügung zu stellen, die mehrere Kreise als Arbeitsgebiet zugeteilt erhalten sollten. Die Hauptabteilung Finanzen habe bisher die Bereitstellung entsprechender Mittel verweigert, und nun sollte von den Gouverneuren festgestellt werden, ob ein Bedürfnis für eine solche Einrichtung bestehe.

Der Herr Generalgouverneur hält angesichts der Wichtigkeit dieser Frage die Möglichkeit nicht für gegeben, jetzt schon eine Entscheidung zu treffen.

Staatssekretär Dr.Bühler geht dann in längeren Ausführungen auf die Neuregelung der Gouvernementszulage ein. Durch eine Anordnung des Chefs der Reichskanzlei Reichsministers Dr. Lammers sei diese Zulage mit Wirkung vom 1. Mai 1942 neu festgelegt worden. Diese Neuregelung gelte nicht für die ins Generalgouvernement abgeordneten Beamten und Angestellten, für die es bei den bisherigen Sätzen verbleibe. Die Neuregelung beziehe sich nur auf diejenigen Beamten und Angestellten, die bereits mit ihrer Familie nach dem Generalgouvernement umgezogen seien. Die übrigen neu eingestellten Reichsdeutschen müßten auf Grund dieser Neuregelung eine starke Reduzierung der bisher gewährten Vergütungen auf sich nehmen. Nach dem bisherigen Stand der Dinge werde die Einführung dieser Regelung nicht noch länger hinausgeschoben werden können; denn das Reich arbeite mit dem Argument, man könne sich von den Teurungsverhältnissen in den jeweiligen Gebieten nicht abhängig machen, sondern es sei Sache der Verwaltung,

7.12.42

Einrichtungen zu schaffen, welche es den Gefolgschaftsmitgliedern ermöglichten, nach reichsdeutschen Grundsätzen zu leben. Diese Einrichtungen könnten bestehen in der Bereitstellung von Wohnungen, in der Gewährung von Gemeinschaftsverpflegung, Schaffung von Einkaufmöglichkeiten, in der Errichtung von Werkstätten usw.. Von diesen Maßnahmen könnte z.B. diejenige der Herabsetzung der Mieten sofort durch Erlaß durchgeführt werden. Er würde vorschlagen, daß für alle Reichsdeutschen die Mieten von loo % auf 6o % heruntergesetzt würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er diese Neuregelung im Generalgouvernement unter keinen Umständen einführen werde, es sei denn, daß durch Sondermaßnahmen der Regierung wie etwa Verbilligung der Wohnungsmieten, Gemeinschaftsverpflegung, Zurverfügungstellung von Lebensbedarf aller Art, Kleidung, Schuhwerk usw. die sonst in aussichtstehende Schlechterstellung der Beamten und Angestellten vermieden werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklären die Gouverneure, daß sie die Durchführung dieses Erlasses für unmöglich halten, wenn nicht im Interesse der betroffenen Beamten und Angestellten entsprechende Maßnahmen getroffen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Frage der Generalgouvernementszulage in der morgigen Hauptabteilungspräsidentensitzung einer eingehenden Besprechung unterzogen wird.

Es folgt eine allgemeine Aussprache über die politische Lage.

Gouverneur Dr. Fischer bezeichnet die Lage im Distrikt Warschau trotz der Arbeit der Widerstandsbewegung als zur Zeit noch erträglich. Allerdings werde die Sicherheitslage immer schlechter, wie man überhaupt im Distrikt Warschau eine Versteifung der Lage fest-

stellen könne. Wenn der neue Ernährungsplan durchgeführt werden solle, so bedeute das allein für die Stadt Warschau und ihre nächste Umgebung, daß 500 000 Menschen keine Verpflegung mehr bekämen. Wenn auch die Erfassungsaktion ein großer Erfolg gewesen sei, so sei doch für die Zeit ab Februar nächsten Jahres die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß selbst die Bauern im Distrikt Warschau in große Not gerieten.

Gouverneur Zörner berichtet über die Lage im Distrikt Lublin. Nach den Berichten vor allem der Kreishauptleute sei festzustellen, daß das Bandenwesen nach wie vor eine große Gefahr bedeute. Infolge der von der Polizei durchgeführten Aktion sei zwar dieses Bandenwesen etwas zurückgegangen, doch scheine sich eine neue Welle vorzubereiten, und zwar in erster Linie in Pulawy und Radzyn. Einige kleinere Aktionen hätten zwar Erfolge gebracht, doch sei der größere Teil dieser Banden entkommen. - Die Siedlungsaktion, die an und für sich ganz befriedigend angelaufen sei, sei nunmehr etwas schwieriger geworden, weil die Polen vorzeitig mit ihrer gesamten Habe flüchteten und die Volksdeutschen nur noch die leeren Häuser vorfänden. Aus diesem Grunde werde z.B. der Kreis Sanok für die Bestellung der Ernte im nächsten Jahre ausfallen, da es an jeglichem Gerät mangele. - Die Judenaktion, die zunächst im allgemeinen gut vonstatten gegangen sei, sei leider in den letzten Wochen überstürzt worden, mit dem Erfolge, daß ein großer Teil der Juden sich aus den Ghettos in die Wälder geflüchtet und sich auch Banden angeschlossen habe. Wenn auch die Überwachung des Gebietes militärisch und polizeilich besser sei, als im Frühjahr, so fehle es doch an einer durchgreifenden systematischen Aktion.

7.12.1942

Gouverneur Kundt teilt mit, daß sich die Sicherheitslage des Distrikts Radom in den letzten Wochen sehr verschlechtert habe. Während man es früher im wesentlichen mit den üblichen Banditenüberfällen vor allem auf polnische Bauernwirtschaften zu tun gehabt habe, scheine jetzt eine gewisse politische Organisation am Werke zu sein, die ein bestimmtes Ziel verfolge. So würden z.B. in der Kreishauptmannschaft Radom Gemeindeämter und Gemeindekassen überfallen, aber nicht lediglich zu dem Zwecke, Geld zu rauben, sondern um die gesamte Verwaltungsapparatur wie Telefon, Schreibmaschinen, Steuerunterlagen, Karteien usw. zu vernichten. Aus den Molkereien werde nicht mehr nur die Butter gestohlen, sondern es würden in ihnen auch die Maschinen zerstört. Diese und ähnliche Beispiele zeigten den Ernst der Lage. Wenn nun die Ernährungssituation ~~nun~~ noch schlechter werde, dann sei ein starkes Anwachsen der Agitation der Kommunisten zu befürchten. Solange allerdings die breite Masse der polnischen Bevölkerung und vor allem auch der Arbeiter nicht in Bewegung komme, liege in diesen Verhältnissen ein Risiko, das ein Deutscher auf sich nehmen müsse, es liege darin wohl eine Erschwerung der Verwaltung, die aber nicht unbedingt ihr Erliegen zur Folge haben müsse. Wenn aber infolge ungeschickter politischer Maßnahmen vor allem auf dem Ernährungssektor die Stimmung noch gereizter werde, dann könnte sich unter Umständen aus diesen Einzelerscheinungen politisch organisierter Banden angesichts der Agitation ein organisiertes Auftreten der Massen entwickeln.

Gouverneur Dr. Wächter kann berichten, daß es im Distrikt Galizien bisher noch keinerlei Zwischenfälle politischer Art gegeben habe. Aus gewissen Anzeichen sei allerdings zu entnehmen, daß mehr und mehr eine gefährliche Gesamtsituation in der Entwicklung begriffen sei.

7.12.42

Das ergebe sich zunächst aus der Tatsache, daß die Gegenpropaganda sehr aktiv werde und mit immer geschickteren Parolen arbeite. Weiter sei festzustellen, daß die bislang nicht hergestellte Einigung zwischen der polnischen und ukrainischen Widerstandsbewegung nunmehr in Gestalt der Bandera-Bewegung vollzogen sei, dieeine Eigenstaatlichkeit anstrebe. Darüber hinaus zeige sich in letzter Zeit eine Passivität und Zurückhaltung der Bevölkerung. All' das sei um so auffallender, als man bisher eigentlich mit den Ukrainern ausgezeichnete Erfahrungen gemacht habe, wie z.B. die vorbildliche Ernteerfassung zeige. Auch die Arbeitserfassung habe die besten Erfolge gezeitigt. Leider werde ja auch in vielen Beziehungen durch gewisse behördliche Maßnahmen der Widerstandsbewegung in die Hände gearbeitet. Hinsichtlich der Ernährungssituation dürfte man doch die Bevölkerung zum mindesten nicht schlechter stellen als bisher. Auch sei es ein großer Fehler, wenn man bei der Arbeitererfassung mit zu scharfen Gewaltmaßnahmen vorgehe. Eine große Gefahr liege ferner darin, daß man seit einiger Zeit die Ukrainer und Polen völlig gleichstelle.

Gouverneur Dr. Wendler führt aus, daß die Sicherheitslage in einigen Kreisen des Distrikts Krakau nunmehr auch zu wünschen übrig lasse. Besonders in den Grenzkreisen sei es wiederholt zu Bandenüberfallen gekommen. Vor einigen Tagen habe man im nördlichen Teil des Kreises Weichsel richtige Unterstände mit ausgebauten Bunkern, Vorratskammern usw., für den Winter angelegt, gefunden. Solche Erscheinungen mahnten zur Vorsicht. Man müsse immer berücksichtigen, daß solche Banden nur unter der Mithilfe der Bevölkerung selbst im Zaume zu halten seien. Sollten durch irgendwelche

7.12.42

Maßnahmen große Teile der Bevölkerung einer gewissen Verzweiflung in die Arme getrieben werden, dann werde man mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben und Maßnahmen ergreifen müssen, die gewiß nicht erwünscht seien.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß auf die Tagesordnung der Hauptabteilungspräsidenten-Sitzung am 8.Dezember 1942 folgende Gegenstände gesetzt werden:

1. landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht
2. Arbeitseinsatzfragen
3. Generalgouvernementszulage
4. Holzbeschaffungsplan 1943.

17^{50} T e e für die Teilnehmer an der Gouverneur-Sitzung im Kasino des Generalgouverneurs.

(Übernachtung des Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 8.12.1942

9^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

9^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{30} Hauptabteilungspräsidenten-Sitzung im Bankettsaal der Burg.

(Protokoll s.Beiakten)

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Rathaus.

16^{10} Großer Rechenschaftsbericht des Stadthauptmanns Rudolph Pavlu.

Nach einführenden Worten des Staatssekretärs Dr. Bühler gibt Stadthauptmann Pavlu einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Stadtverwaltung der Regierungshauptstadt Krakau während des letzten Jahres und über die sich für die Stadt Krakau ergebenden Probleme der Gegenwart.

Im Anschluß an die Ausführungen des Stadthauptmanns Pavlu ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich möchte Ihnen, Herr Stadthauptmann, und allen Ihren deutschen Mitarbeitern in der Stadtverwaltung in unser aller Namen danken. Meine Absicht bei der heutigen Veranstaltung war, die Herrn der Regierung und mich über das Geschehen in der Hauptstadt des Generalgouvernements ins Bild zu setzen.

Wir wissen selbstverständlich auf Grund unseres dienstlichen Verkehrs mit Ihren Behörden einigermaßen Bescheid über die Vorgänge hier. Mit unserem heutigen Erscheinen im Rathaus soll auch eine Anerkennung der Leistungen der deutschen Stadtverwaltung Krakau verbunden sein. Die Regierung des Generalgouvernements

wollte bei Ihnen zu Gaste sein, um auch einmal insgesamt und korporativ den Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß ihr die Stadt Krakau so eine gastliche Heimstätte bietet; gleichzeitig wollte sie auch den Dank der deutschen Menschen dieser Stadt zum Ausdruck bringen für die Fürsorge, die sie ihnen zu teil werden läßt.

Die Sorgen, die Sie uns aufgezeigt haben, sind uns alle nicht neu. Aus allen Ihren Argumenten geht aber hervor, daß die Anwesenheit der Regierung des Generalgouvernements Ihrer Stadt nicht unbedingt und ausschließlich zum Nachteil ist, sondern im Gegenteil, daß die Möglichkeit eines direkten Kontakts mit der Regierung der Stadt viele Vorteile bringt. Aus allen diesen Beziehungen freundschaftlicher und dienstlicher Art hat sich bereits etwas wie ein Begriff herausgebildet, der Begriff nämlich, den die Stadt Krakau im weiten Reich als Ausdruck der kürzesten und prägnantesten Fassung unserer Aufbauarbeit im Generalgouvernement erhalten hat. Sie haben vielleicht zu wenig darauf Bezug genommen, daß der Begriff der deutschen Stadt Krakau allmählich erst wieder geschaffen werden mußte. Dies konnte geschehen durch die deutschen Leistungen ~~ei~~ in der Stadt; infolge der Bildung von kulturellen Einrichtungen in dieser Stadt stellt der Begriff Krakau bereits heute weit über die Grenzen des Generalgouvernements hinaus ein Programm dar.

Gerade in diesem Rahmen will ich bekennen, daß mich der Vorschlag, in Krakau die Hauptstadt des Generalgouvernements einzurichten, wie ich es dem Führer vorgeschlagen habe, noch in keiner Stunde gereut hat. Wir wollen daher auch das deutsche Element in dieser Stadt weiter fördern. Alle Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, kommen aus deutschem Interesse. Die Fehlbehandlung des Generalgouvernements durch zentrale Reichsstellen liegt immer darin, daß man im Reich glaubt wir sorgten zu sehr für die polnische Bevölkerung

8.12.42

Die Fürsorge für die Polen im Generalgouvernement, soweit man von einer solchen reden kann, geschieht jedoch ausschließlich im deutschen Interesse. Nehmen Sie in der Stadtverwaltung Krakau zur Kenntnis, daß ich jede Maßnahme unterstützen werde, die Sie pflichtgemäß vorzunehmen haben, um die Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung dieser Stadt irgendwie sicherzustellen. Das liegt in Ihrem Interesse und im Interesse unseres Aufbauwillens und vor allem auch darin, die Gesamtordnung in diesem Raum aufrecht zu erhalten.

Es besteht kein Zweifel, daß das Generalgouvernement als Vorposten des Ostens wichtigstes Glied zwischen Heimat und weitem Osten ist und daß gerade der Hauptstadt Krakau eine ganz besondere Bedeutung als Kulminationspunkt des gesamten Verkehrs - wenigstens auf der Südstrecke - zukommt. Zur Zeit gibt es keinen Punkt, über den so unendlich viel hin- und herflutet, wie das im Generalgouvernement und hier ganz besonders in der Stadt Krakau der Fall ist.

Sie, Herr Stadthauptmann, stehen daher an bevorzugter und wichtiger Stelle. Mir persönlich war es eine große Freude, Ihrem Vortrag beiwohnen zu können, und ich möchte Ihnen sagen, daß wir Ihnen weiter helfen werden, daß wir Verständnis dafür haben, daß die deutsche Führung dieser Stadt herausgestellt werden muß. Ich glaube, daß neben dem Stadthauptmann ein eigener polnischer Bürgermeister gar nicht nötig ist; wichtig ist auch, daß die Stadt Krakau als Hauptstadt des Generalgouvernements sich in ihrer Position über das Distriktsniveau erhebt und daß gerade die Stellung des Stadthauptmanns herausgehoben wird. Ich werde deswegen mit Gouverneur Dr. Wendler sprechen und dafür sorgen, daß die fürsorge- und verwaltungsmäßige Leitung dieser Stadt im wesentlichen in eine direkte Beziehung zum Generalgouverneur und zur Regierung des Generalgouvernements kommt.

8.12.42

Mit dem heutigen Besuch, dem ersten korporativen Besuch der Regierung bei einer Stadtverwaltung wollte ich aber auch den Dank an die übrigen großen Stadtverwaltungen des Generalgouvernements zum Ausdruck bringen. Was sie alles in Radom, Warschau, Lublin und Lemberg leisten, das ist ja auch ein ganz wesentlicher Bestandteil unseres Aufbauwerkes im Generalgouvernement.
Ich richte von hier aus an die Gouverneure die Bitte, sich der Stadtverwaltung in ihrer Distriktshauptstadt mit ganz besonderer Fürsorge anzunehmen. Es ist eines der beklagenswertesten Kapitel, wenn sich da und dort die Repräsentanz der Staatsverwaltung mit der Repräsentanz der Stadtverwaltung nicht gut versteht. Beim Dasein dieser beiden Lebensbereiche innerhalb des Staates wird oft aus mangelnder Erkenntnis dieser notwendigen Zweigleisigkeit eine Spannung erzeugt, die vom Übel ist.

Wenn das Generalgouvernement innerhalb des großdeutschen Raumes noch eine Art Autarkie darstellt, dann geschieht das auch nicht, um dem Generalgouverneur eine Freude zu machen, sondern nur aus dem sehr einfachen und durchsichtigen Grund, eine klare verantwortliche Stelle zu haben, an die man sich in den unangenehmen Fällen, alle Verantwortung abschiebend, wenden kann. So geschieht es auch innerhalb eines Landes mit den Stadtbereichen. Es ist unendlich schwieriger, 360 000 Menschen auf 150 qkm in Ordnung zu halten und zu versorgen, als das im weiten Raum oft eines Landkreises der Fall ist, wo auf einige tausend Quadratkilometer einige hunderttausend Bewohner treffen. Dort gibt es natürlich wieder andere Probleme.

Der Stadthauptmann veranstaltet Konzerte, kann Abendessen geben, kann Gäste aus dem Reich empfangen, kurz, er hat Gelegenheit, irgendwie mit einem Nimbus zu erscheinen. Es gibt nun Leute, die daran Anstoß

nehmen. Darüber müssen wir uns nun klar aussprechen: Herr Stadthauptmann, ich bin durchaus einverstanden damit, daß Sie Konzerte geben, Gäste empfangen, daß Sie nett Ihrer liebenswürdigen Art zum Durchbruch verhelfen; ich wünsche sogar, daß die Hauptstadt des Generalgouvernements im entsprechenden Rahmen repräsentiert. Ich habe jedenfalls keine Angst, daß Ihre Empfänge die Eintopfempfänge auf der Burg in Gefahr bringen. Wir verstehen uns!

(Heiterkeit)

Das ist einer der Komplexe, die oft zu Schwierigkeiten auch im Reich führen und die Spannungen zwischen der Bürgermeisterzentrale und der Staatszentrale auftreten lassen.

Für das Deutschtum in diesem Raum muß hier eine große Heimat-werdung kommen, und dazu trägt stadtbürgerliches Heimatempfinden bei, das aus dem stadtbürgerlichen Ehrenbild einer kultivierten und gemütlichen Stadthäuslichkeit ersteht. Wir wären nichts in diesem Land, wenn wir nicht das neue Reis einer Stadtentwicklung deutschen Charakters aufpfropfen würden. Hier war eine deutsche Stadtkultur durch viele Jahrhunderte hindurch und hier sprechen alte Zeugen zu uns. Mein Stolz wäre es, wenn ich hier lange bleibe, daß man einmal sagt, nicht Krakau ist das Nürnberg des Ostens, sondern Nürnberg ist das Krakau des Westens. Das läßt sich auch erreichen. Wieoft hat der Führer gesagt, daß Krakau so schön ist, und daß er sich freut, daß dort das deutsche Leben wächst.

Wenn man in anderen Bereichen sieht, wie schwer es ist, echte Kultur ohne Stadtzentren aufzubauen, dann muß man dankbar sein, daß wir hier Ansatzpunkte in den deutschen Städten besitzen. 600 Jahre deutsches Lublin! Das klingt zwar irgendwie vermessen, riecht stark nach einem Propagandatrick, aber es ist tatsächlich so: 600 Jahre deutsche Stadtgeschichte! Lublin

bedeutet jenseits der Weichsel ein großes Leuchten. Was die Österreicher in Lemberg in der Aufrichtung eines Kleinen Wiens geleistet haben, das bedeutet für uns, daß wir Stützpunkte haben auf dem ganzen Weg, den wir von Krakau bis nach dem Kaukasus noch zu durchschreiten haben, und diese heißen Krakau, Lemberg, Lublin, Warschau und auch Radom, von dem ich einmal scherzhaft sagte, daß es das Weimar des Generalgouvernements werden solle. Es ist selbstverständlich, daß dieses städtische kulturelle Streben auch für das Wirken der Regierung und aller Herren der Regierung des Generalgouvernements von größter Bedeutung ist.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß es nicht nur mit den Schematismen der kolonialen Ausbreitung auf dem Lande durch die Errichtung von Dörfern, Trutzhöfen usw. getan ist; denn das sind in sich geschlossene Punkte. In den Städten dagegen schafft das geballte Energiebild wahre Tradition. Wenn z.B. einer nach Krakau kommt, so wird er hier zum Deutschtum emporgezogen; auf dem Lande dagegen haben die Deutschen das Deutschtum aus sich selbst zu schaffen. In einer Stadt lagert es geballt wie ein großes Reservoir. Die Dörfer sind als Ruhepunkte für die Deutschen draußen wichtig, während die Städte deutsches Leben und deutsche Veranstaltungen den Besuchern vom Lande vermitteln müssen. Man soll eine gesunde Landflucht immer als einen Rest von vorhandenem Kulturbedürfnis ansehen und über die Städte nicht immer das Schlechteste sagen. Die Städte können nichts dafür, daß sie durch die Massierung der Menschen in ihrem Urkern entwertet werden.

Wir sind in Krakau in der glücklichen Lage, daß wir eine Großstadt haben, die zu gleicher Zeit eine deutsche Kleinstadt ist. In ihr leben 3o ooo deutsche Menschen, von denen jeder die Sünden und Vorzüge des anderen kennt, jeder den anderen kritisieren kann und in der alle mit einem echten und gesunden Neidempfinden erfüllt sind

8.12.42

Man kann in ihr schon leben. Alles in allem aber ist diese Stadt von 3o ooo Deutschen heute eines der stolzesten Aufstiegsmomente der deutschen Ostpolitik geworden. Diese 3o ooo Deutschen tun treu und brav ihre Pflicht, ertragen alle Nachteile und nehmen alle Vorteile hin, ertragen auch, daß Krakau das schlechteste Brot im ganzen Generalgouvernement hat.

(Heiterkeit)

Ich möchte zum Schluß kommen. Ich bitte Sie, Herr Stadthauptmann, mit Ihrer Arbeit wie bisher fortzufahren, und davon überzeugt zu sein, daß die Regierung des Generalgouvernements an Ihrem Wirken großen Anteil nimmt. Das geschieht aus der Überlegung heraus, daß die Steigerung des deutschen Einflusses in Krakau eine der sichersten Grundlagen für die Fortsetzung ihrer Arbeit im Generalgouvernement ist. Ihnen und Ihren Mitarbeitern besten Dank und die Erklärung unserer Bereitwilligkeit, Ihnen jeder Zeit zu helfen.

In einer nachfolgenden kurzen Aussprache erklärt Stadthauptmann Pavlu, daß die Wohnungsneubauten an der Reichsstraße demnächst fertiggestellt werden. Die Qualität des Brotes sei nicht schlechter wie in den anderen Distriktshauptstädten, da überall eine 91 %ige Ausmahlung vorgeschrieben sei. Die deutschen Geschäfte in der Stadt seien ausreichend. Um eine gleichmäßige Verteilung der Kundschaft herbeizuführen, würden in nächster Zeit Kundenlisten eingeführt und für bestimmte Bezirke bestimmte Geschäfte festgelegt. Dadurch würde das Anstehen vermieden werden. Die Zahl der deutschen Ärzte betrage 25, die der Zahnärzte 4. Das Wohnungsproblem bereite sehr große Sorgen.

8,12.42

Staatssekretär Dr.Bühler erklärt in diesem Zusammenhang, daß man die vielen Baulücken der Stadt mit Holzbaracken schließen werde, in die dann polnische Behörden kommen sollten. Auf diese Weise werde man geeigneten Wohnraum für Deutsche freimachen können. Der Zimmernachweis in den Hotels erfolge jetzt durch das Wohnungsamt. Dadurch sei auch auf diesem Gebiet eine wesentliche Besserung eingetreten. Infolge des Zuzugs des Wehrkreisbefehlshabers werde ein ganzer Hotelblock besetzt; er habe aber Vorsorge getroffen, daß die YMKA für Hotelzwecke frei-gemacht würde.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich zum Schluß für eine strenge Kontrolle des deutschen Zuzugs nach Krakau aus.

Unter Führung von Stadtbaumeister Stahl findet eine eingehende Besichtigung von in einem Nebenraum aufgestellten Modellen und ausgelegten Stadtbauplänen durch den Herrn Generalgouverneur statt.

18[lo] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 9.12.1942

10^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den italienischen General Baggi in Gegenwart des Grafen di Fossombrone.

10^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

11^{00} Regierungssitzung im Großen Saal des Regierungsgebäudes.

(Protokoll siehe Beiakten)

15^{00} Filmvorführung auf der Burg.

Zur Vorführung gelangen:

Der Film "Ordnung schafft Brot"
eine Wochenschau
Der Ufa-Film "Diesel" .

18^{30} A b e n d e s s e n im Bankettsaal der Burg.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

19^{46} Abfahrt des Sonderzuges nach Lemberg.

Lemberg

Donnerstag, den 1o.Dezember 1942

7^{00} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof in Lemberg.

9^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schauspielhaus.

$1o^{00}$ S t a a t s a k t aus Anlaß der Eröffnung des Behring-Instituts im Foyer des Schauspielhauses.

Nach der vom Standortmusikkorps Krakau vorgetragenen Ouvertüre zu Fidelio von Ludwig van Beethoven ergreift Gouverneur Dr. Wächter das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Ich habe die Ehre und Freude, Sie, Herr Generalgouverneur, Sie, hohe Gäste, aus Partei, Wehrmacht und Staat, insbesondere Sie, hohe Vertreter der Wissenschaft, in Lemberg, der Hauptstadt des Distrikts Galizien, herzlich begrüßen zu dürfen, - in Lemberg, der östlichsten Stadt des Generalgouvernements, der östlichsten Großstadt Europas, die von der Arbeit und dem Aufbauwerk der Generationen deutscher Vergangenheit ein deutsches Gesicht trägt.

Lemberg und Galizien freuen sich über Ihren Besuch und über den Anlaß des Besuches. Es erscheint symbolhaft, daß kaum anderthalb Jahre, nachdem der deutsche Soldat dieses Land von der politischen Geißel des Ostens befreit hat, Ärzte und hohe Vertreter der Wissenschaft hier ein Institut errichten, durch das die Krankheitsgeißel des Ostens vertrieben werden soll. Hohe Gäste! Lemberg kann Ihnen in diesem dritten Kriegsjahr nicht den Empfang bieten, den es Ihnen gern bieten möchte. Es kann kein festliches Kleid anlegen, Ihnen keinen frohen Feiertag bereiten, es kann nicht dem Ruf entsprechen, den es in der Vergangenheit erworben hat, das Klein-Wien des Ostens zu sein.
Der Willkomm, den ich Ihnen namens der Behörden und der Bevölkerung entbiete, ist aber darum nicht minder herzlich.

lo.12.42

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

In den Ländern, die eine große Nation in einem Kriege erobert, gewinnt diese erobernde Nation Raum, sie gewinnt Grundlagen für die Erweiterung der Lebensfähigkeit der sieghaften Nation, gewinnt Segen über Segen. Wie immer auf dieser Erde ist aber auch in diesen Segen des neugewonnenen Raumes das Gift gemengt. Jede Eroberung, jede Erweiterung des Lebensraumes bringt auch eine Erweiterung der Krankheitserscheinungen. Die medizinische Erfahrung geht durch die Geschichte, daß im Umbruch der Umformung von Grenzbeziehungen zwischen Völkern und Kontinenten auch große Krankheitswanderungen, Krankheitsgebietserweiterungen stattfinden. Ich glaube, daß der Einbruch der Lepra in den Osteuropäischen Kontinent auf die Züge Alexanders zurückzuführen ist. Ich nehme an, daß die Beulenpest im Gefolge des Mongolensturms nach Europa kam. Wir kennen aus der Geschichte der Geschlechtskrankheiten das merkwürdige Phänomen der Ausbreitung der Syphilis im Zusammenhang mit Kriegszeiten.

So haben wir Deutschen nunmehr durch den Aufbruch des Ostens jene schreckliche Gefahr des Fleckfiebers uns unendlich nahegebracht. Wie immer bei diesen Gefahren medizinischer Art bedarf es, um diese Gefahren wirklich populär einsichtig und klar zu machen, erst der schrecklichen Ereignisse von Seuchen. Es ist eines der stolzesten Dokumente der deutschen Gesundheitsgeschichte, des deutschen ärztlichen Wirkens, daß man auf Grund der geballten Erfahrungen dem Fleckfieber von Anfang an den Krieg angesagt hat, einen speziellen Krieg, der neben dem großen Krieg einhergeht, einen Krieg, der mit den Waffen der Wissenschaft, der Forschung, der Institute ausgetragen wird, aber einen Krieg, der nicht weniger Segen beim Siege zu bringen verspricht als der Sieg, den das Militärisch-soldatische erringt.

lo.12.42

Ich bin sehr glücklich, daß sich die deutschen Ärzte im Generalgouvernement - diese geringe Zahl von 14o Männern - im Dienste der medizinischen Forschung von Anfang an über diese Gefahr besonders klar waren, daß sie, auf den erprobten Erfahrungen der deutschen ärztlichen Wissenschaft weiterbauend, hier im Generalgouvernement die Errichtung einer Heimstätte für die totale Bekämpfung dieser größten Ostgefahr des Fleckfiebers ins Auge gefaßt haben.

Daß wir heute hier in Lemberg das größte Institut des Generalgouvernements zur Bekämpfung des Fleckfiebers errichten, verpflichtet mich als Generalgouverneur, zu einem besonderen Dank gegenüber den Ärzten. Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, und Ihren Mitarbeitern bin ich besonders dankbar dafür, daß Sie die Stadt Lemberg, die Hauptstadt Ihres Distrikts; uns besonders zur Verfügung stellten und wir nun die Möglichkeit haben, hier eines der größten wissenschaftlichen Institute aufzubauen. Ich danke auch allen anderen Beteiligten. Für die Regierung des Generalgouvernements kann ich nur versprechen, daß wir alles tun wollen, um der deutschen ärztlichen Forschung im Generalgouvernement im Interesse des gesamten deutschen Freiheitsringens, insbesondere auf dem Gebiet der Fleckfieberbekämpfung jede nur denkbare Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der Gedanke an einen der größten Namen der deutschen medizinischen Forschung, Behring, weilt diese heutige Stunde. Dieser geniale Entdecker des Diphterieserums, dieser gewaltige Erkennen der Giftimmunisierung, dieser gewaltige große Geist, dieser unvergleichliche deutsche Arzt leuchtet mit seinem unvergeßlichen Wirken auch über dem Forschen und dem Wirken der deutschen Ärzte auf dem Gebiete der Fleckfieberbekämpfung.

<u>1o.12.42</u>

Wie Herr Gouverneur Dr. Wächter schon sagte, ist Lemberg einstmals ein kleines Wien gewesen. Wien aber ist im großdeutschen Lebensbereich eine allbekannte Stätte hervorragender medizinischer Forschung und Tätigkeit. Der Ruhm Wiens als einer Ärztestadt durchleuchtet die ganze Welt. So soll denn unter diesen beiden Traditionen Behrings und der deutschen ärztlichen Forschung, deren stolze Stätte Wien war, hier in Lemberg das gemeinsame Arbeitswerk entstehen.

Der Führer selber nimmt an dem heutigen Tage seinen Anteil. Auf meinen Antrag hat er den beiden bedeutenden Vorkämpfern der ärztlichen Wissenschaft und Forschung, denen wir auch den heutigen Tag verdanken, das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. - Ich rufe auf Herrn Professor Dr. Robert Kudicke und Herrn Dr. Wohlrab und darf die beiden Herren bitten, hier vorzutreten. - Herr Professor Dr. Kudicke, im Namen des Führers überreiche ich Ihnen das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse, indem ich Ihnen auch persönlich meine Anerkennung für die hervorragende Leistung ausspreche, die Sie auf dem Gebiet der ärztlichen Forschung vollzogen. - Herr Dr. Wohlrab, im Namen des Führers verleihe ich auch Ihnen das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse und spreche Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung für Ihre hervorragende Arbeit aus.

Ich begrüße nun in unserer Mitte vor allem den stellvertretenden Reichsärzteführer Dr. Blome. Durch Ihre persönliche Anwesenheit, Herr Professor Dr. Blome, bringen Sie zum Ausdruck, welches Interesse die gesamte deutsche Ärzteschaft an dem heutigen Festakt nimmt. Übermitteln Sie dem Herrn Reichsärzteführer meinen besonderen Dank für den Einsatz der Ärzte im Generalgouvernement. Übermitteln Sie ihm meine Anerkennung und meine wirklich dankerfüllte Verbundenheit

mit der deutschen Ärzteschaft, die dem deutschen Aufbauwerk im Generlggouvernement eine entscheidende Mithilfe geliehen hat. Ohne das Wirken der deutschen Ärzte hier könnte ich mir unser Aufbauwerk gar nicht mehr vorstellen.

Ich freue mich auch, die Vertreter der Wehrmacht begrüßen zu können. Die Ärzte der Wehrmacht helfen hier treu zusammen mit den Ärzten der allgemeinen Verwaltung am gemeinsamen Werk. Es kann wirklich nicht immer genau untersucht werden, ob es nun ein Arzt im militärischen Dienst oder im Zivildienst ist. Der Arzt ist, ganz gleich welche Uniform er trägt, eine der wichtigsten Gemeinschaftsfiguren unseres Volkes und stets bereit, ohne Rücksicht auf die ~~Form~~ Uniform, dem kranken Menschen zu helfen. Das ist die beste Tradition.

Es ist ein Glück für den Osten, daß er von Deutschland beherrscht werden wird. Die Völker dieses Raumes werden den Segen der deutschen Führung daran erkennen, daß mit dem deutschen Schwert die deutsche Wissenschaft, das deutsche Können und deutsche Vermögen auf allen Gebieten der Höherführung menschlicher Kräfte hier Einzug gehalten hat. In diesem Siegeszeichen eröffne ich das Behring-Institut für Fleckfieberforschung in Lemberg.

(Lebhafter Beifall)

Das Wort ergreift dann der Stellvertreter des Reichsärzteführers Professor Dr. Blome. Er überbringt dem Herrn Generalgouverneur und den Teilnehmern am Festakt die herzlichsten Grüße und Wünsche des Reichsgesundheitsführers, der, wie er sagt, es außerordentlich bedauere, infolge seiner starken dienstlichen Beanspruchung nicht selber anwesend sein zu können.

Professor Dr. Blome gibt dann einen Überblick über die Geschichte der Seuchen und Seuchenbekämpfung besonders im Kriege. Er schließt seine Ausführungen

mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Die Reichsgesundheitsführung ist Ihnen ganz besonders dankbar dafür, daß Sie sich in so vorbildlicher Weise, seit Übernahme Ihres Amtes als Generalgouverneur der schwierigen gesundheitlichen Belange angenommen haben. Die Ärzte haben mit Freude immer davon Kenntnis genommen, in welcher Weise Sie ihre nicht immer leichte Arbeit und Leistung anerkennen. Ich bin fest überzeugt, daß dieses ausgezeichnete Verhältnis auch in Zukunft weiter bestehen bleiben wird.

Wenn heute dank Ihrer Unterstützung und dank der weiteren Unterstützung durch die Wissenschaft und den deutschen Unternehmergeist dieses Institut ins Leben gerufen worden ist, können wir mit Sicherheit annehmen, daß in absehbarer Zeit dieses Institut zur größten Fleckfieberforschungsstätte nicht nur Europas, sondern bestimmt der ganzen Welt werden wird. Daraus kann man ermessen, wie der Deutsche bemüht ist, nicht nur sich und seinem Volke auf gesundheitlichem Gebiete zu dienen, - er schützt mit seiner Tätigkeit und seiner Erfahrung zugleich auch die anderen Völker, die von diesen Krankheiten bedroht sind. In Wirklichkeit ist doch so, daß Deutschland heute nicht nur einen Schutzwall von Waffen gegen den Bolschewismus für das Abendland darstellt, sondern daß neben diesem Wall von Waffen auch ein Seuchenschutzwall errichtet wird. Wenn nicht beide Wälle so wunderbar ausgebaut wären, dann wären sicherlich ganz Europa und das ganze Abendland diesen Seuchen zum Opfer gefallen. Ich persönlich bin fest überzeugt, daß, nachdem dieser Krieg mit seinen Schrecken zum Siege geführt hat, einmal der Tag kommen wird, an dem auch die Welt anerkennen muß, welches wertvolle und unschätzbare Geschenk Deutschland in diesem Kriege durch die Rettung der abendländischen Kultur und der weißen Rasse der gesamten Welt gemacht hat.

<u>1o.12.42</u>

Mit der von Medizinalrat Dr. Buurmann ausgebrachten Führerehrung und den Liedern der Nation findet der Festakt seinen Abschluß.

11^{00} <u>Besichtigung</u> des Behring-Instituts durch den Herrn <u>Generalgouverneur</u>.

12^{00} Fahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> zum Hause des Gouverneurs Dr. <u>Wächter</u>.

13^{30} M i t t a g e s s e n im Foyer des Schauspielhauses.

Nach einer Begrüßungsansprache, in der Gouverneur Dr. <u>Wächter</u> auch die anwesenden Vertreter der italienischen und ungarischen Nation willkommen heißt, ergreift der Herr <u>Generalgouverneur</u> das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur Dr. <u>Wächter</u>! Wir alle danken Ihnen für den Empfang, den Sie uns bereitet haben. Ich wünsche dem heute gegründeten Institut im Namen aller, die hier Ihre Gäste sind, das beste Gedeihen-. Lemberg ist durch die Errichtung dieses Instituts zu einer wichtigen Stätte der Fleckfieberbekämpfung geworden. Die Bedeutung der Stadt wird durch dieses Institut auf einem wichtigen Gebiet wesentlich gesteigert. Ich beglückwünsche Sie dazu, daß Sie die schöne Aufgabe haben, dieses Institut zu betreuen. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit den Gästen aus dem Reich dafür danken, daß sie ins Generalgouvernement gekommen sind. Ich bitte Sie alle, meine Herren, die Erinnerung an diese schöne Stunde mitzunehmen. Was Sie hier sehen, was Ihnen hier so strahlend entgegenleuchtet, das ist alles bereits unter deutscher Verwaltung und Führung in diesem Raum geschehen. Wir bemühen uns, in den entscheidend schwierigen Punkten den Sowjetverfall wieder auszugleichen, eine neue Ordnung aufzurichten und Frieden und Segen imDienste unseres großdeut-

schen Vaterlandes in dieses Land zu bringen. Wir stehen hier auf vorgeschobenen Posten; um so größer ist darum unsere Beglückung, daß wir mit der Errichtung dieses Instituts in die geistesgeschichtliche Entwicklung dieser Zeit einbezogen sind. Ich bin glücklich über den heutigen Tag, ist er doch ein Gewinn für das Generalgouvernement. - Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl der deutschen Ärzte.

14^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

18^{30} Der Herr Generalgouverneur trifft im Lemberger Opernhaus ein. Dortselbst findet eine Aufführung der Oper "Carmen" von Bizet statt. Die Mitwirkenden sind ukrainische Künstler und ein ukrainischer Opernchor.

23^{12} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

Krakau

Freitag, den 11. Dezember 1942

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs aus Lemberg am Krakauer Hauptbahnhof.

10^{15} Ankunft auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberfinanzpräsident Spindler-Bremen.

12^{25} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Friderici und Major Korab.

17^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 12.Dezember 1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{20} Besprechung mit Pressechef Gassner und Verlagsleiter Strozyk.

Verlagsleiter Strozyk berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß 3 ooo Exemplare der Broschüre "Technik des Staates" fertiggestellt seien und nunmehr zum Versand gelangen würden. Die Nachfrage nach dieser Broschüre sei sehr lebhaft.

Schwierigkeiten bereitete die Papierbeschaffung, vor allem auch deswegen, weil in zunehmendem Maße reichsdeutsche Verleger von der Hauptabteilung Propaganda die Genehmigung erhielten, Bücher im Generalgouvernement drucken zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine eingehende Besprechung dieser Angelegenheit unter Teilnahme der maßgeblichen Stellen für die kommende Woche an.

Verlagsleiter Strozyk macht dann Ausführungen über die Personalsituation des Verlages, die im Hinblick auf die Einziehungen zur Wehrmacht immer schwieriger werde. Zur Zeit beschäftige der Verlag in seinen Unternehmungen ungefähr 5 ooo Leute. - Die Gesamtauflage der "Krakauer Zeitung" halte sich seit einem Jahr auf 14o ooo Exemplare, von denen 7 ooo ins Reich gingen.

12^{50} Besprechung mit Direktor Herbst-Berlin.

15^{45} Kaffeetafel zu Ehren reichsdeutscher Ärzte und Wissenschaftler unter Führung des stellvertretenden Reichsärzteführers Professor Dr. Blome und in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. Siebert und Pressechefs Gassner.

1300

12.12.42

Der Herr Generalgouverneur widmet den Gästen folgende Begrüßungsworte:

Meine Herren! Es war mir eine angenehme Pflicht, der Eröffnung des Behring-Instituts in Lemberg beizuwohnen zu könnnn. Ich wollte Sie nicht ins Reich zurückkehren lassen, ohne Sie auf der Burg zu Krakau empfangen zu haben. Für mich, den Staatssekretär und den Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung und die Herren, denen die Medizinalangelegenheiten amtlich besonders unterstehen, ist es eine ganz besondere Auszeichnung, eine solche Elite der deutschen ärztlichen Forschung und wissenschaftlichen Praxis begrüßen zu können. Mit großer Genugtuung erfüllt es mich, daß ich unter Ihnen den Reichsärzteführer, den Leiter der Seuchenabteilung im Innenministerium und prominente Ärzte aus Heer, Marine, Waffen-SS und Luftwaffe willkommen heißen kann.

Es ist das erste Mal, daß wir im Osten eine Forschungsinstanz von so großem Umfang errichtet haben. Ich entnehme daraus das Vertrauen der Heimat in dieses neue Gebiet und glaube, daß durch die Hinbezogenheit der Aufgaben, die wir uns gestellt haben, zum Reich für unser Gebiet ein neuer Stabilitätsfaktor geschaffen wurde. Dafür bin ich Ihnen besonders dankbar.

Nehmen Sie von dieser Burg zu Krakau die Erinnerung mit, daß von hier durch die Jahrhunderte hindurch ein schrecklicher Entschluß Wirklichkeit werden sollte, nämlich der Kampf gegen das Deutschtum im Lande.

Von dieser Burg schauen wir oft mit Sehnsucht in die Heimat und wissen dabei, daß wir auf einem vorgeschobenen Platz unsere Pflicht zu erfüllen haben. Daß uns die Ärzte dabei helfen, weiß ich.

12.12.42

Ich trinke auf das Wohl der deutschen Ärzte.

Stellvertretender Reichsärzteführer Professor Dr. Blome dankt dem Herrn Generalgouverneur im Namen der Gäste für die freundliche Aufnahme, die Sie in Krakau und im ganzen Generalgouvernement gefunden hätten. Anläßlich seiner verschiedenen Besuche im Generalgouvernement habe er immer gewaltige Fortschritte, die die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements auf allen Gebieten erzielt habe, feststellen können.

Professor Dr. Blome sagt zum Schluß die tatkräftige Mithilfe der deutschen Ärzteschaft bei der Meisterung der Probleme des Generalgouvernements auf ärztlichem Gebiet zu.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1302

Kressendorf

Sonntag, den 13.Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 14.Dezember 1942

10^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

16^{00} Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank erstattet Hauptabschnittsleiter Stahl einen Bericht über die Tätigkeit der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs im Jahre 1942.

Darauf ergreift Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank das Wort.
Er führt aus:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Das Jahr 1942 wird in die Geschichte unseres deutschen Volkes als eines der schwersten und problemreichsten Kampfjahre eingehen, die wir bis jetzt erlebt haben. Die beiden großen Reden, die der Führer in den letzten Monaten bei Eröffnung des Winterhilfswerks in Berlin und aus Anlaß unseres Jahrestages in München gehalten hat, haben dem deutschen Volke, insbesondere den Parteigenossen und Parteigenossinnen schon gezeigt,mit welch' tiefem Ernst, aber auch mit welch' unabänderlicher Siegeszuversicht und mit welchem Zukunftsglauben derFührer dieses Problem ansieht.

In dem zunehmenden wuchtigen Ernst der Kriegslage müssen die Menschen, die ein solches Schicksal zu tragen haben, müssen insbesondere wir Deutschen und Nationalsozialisten immer wieder feststellen, dass das, was uns persönlich angeht oder interessiert, gleichgültig ist gegenüber dem, was der ewigen Gemeinschaft

zugehört und zugedacht ist. In diesem Prozeß der Auseinandersetzung zwischen den individuellen Belangen und den Belangen der Gemeinschaft hat die NSDAP bis jetzt ihr größtes geschichtliches Verdienst.

Wenn Sie die Gesamthaltung und die Gesamtlage des deutschen Volkes als den Ausdruck des Willensimpulses im vierten Jahr dieses Krieges vergleichen mit der seelisch-geistigen Grundhaltung, mit der Bildung des Stimmungsmilieus des vierten Jahres des Weltkrieges von 1914 bis 1918, dann kanndas Positive dieser Zeit gegenüber dem fast ausschließlich Negativen jener Zeit nur verstanden werden, weil die NSDAP existiert. Das bedeutet, daß die Partei, daß unsere Bewegung mit der totalen Willensbildungsbeherrschung des deutschen Volkes, mit der Ausschaltung jeglicher Störungsfaktoren von dieser Willensbildung, mit der festen Sicherung der Grundhaltung unseres Volkes das entscheidende Verdienst auch an der Durchsetzung des Siegeswillens unserer Nation hat. Wenn also je eine politische Bewegung gerechtfertigt war, dann ist es die unsere in dem Ablauf gerade dieses Jahres.

Dieses Jahr brachte uns, wie Sie das aus den Führerreden vernommen haben, die grundsätzliche Umstellung, die etwa strategisch ganz kurz dahin zu deuten wäre, daß wir vom Angriff auf die Verteidigung übergegangen sind. Der Führer sagte in seiner großen Rede bei Eröffnung des WHW, daß wir in dieser Defensive, in dem Festhalten dessen, was wir haben, auch jetzt unsere starke Aufgaben sehen. "Mögen sie anrennen," so sagte der Führer, "soviel sie wollen, wir werden das, was wir haben, behalten". Seien Sie, Parteigenossen und Parteigenossinnen, daher unentwegt tätig in der Klarlegung des Gedankens, daß diese Defensive nicht etwa die Aufgabe oder Zurückschraubung unseres

Kriegsziels bedeutet, sondern sie legt geradezu fest, daß wir, wenn wir das, was wir erobert haben, behalten können, auf jeden Fall den Krieg gewonnen haben. Man darf und muß diese Erkenntnis unausgesetzt auch dem deutschen Volke vermitteln.

Seien wir uns darüber klar: Deutschland verfügt heute über Europa. Die wenigen Restchen und Splitterchen, insbesondere die, die nicht unmittelbar heute schon von den Achsenmächten beherrscht werden, bilden weder zahlenmäßig noch machtmäßig eine Potenz, mit der ernstlich irgendwie zu rechnen wäre. Die übrigen Mächte, insbesondere auch die neutralen, haben sich irgendwie in das Machtsystem eingefügt. So verfügt denn ganz Europa zum ersten Mal in seiner Geschichte über eine einheitliche klare Führung. Innerhalb dieser Führung aber besitzt das deutschen Volk unter Adolf Hitler im nationalsozialisten Großreich unserer Bewegung die eindeutige Vorrangstellung. Sagen Sie bei Auseinandersetzungen mit irgendwelchen Repräsentanten der Bedenklichkeit, sagen Sie jenen Miesmachern, die sich an Sie heranmachen wollen, daß es jetzt darum geht, das, was wir haben, nicht aufzugeben, sondern zu behalten, damit wir den Krieg siegreich bestehen können.

Die Gebiete, die wir im Osten haben, sind so enorm groß, und in ihrer Zukunftsreichhaltigkeit bedeuten sie eine so gigantische einmalige Erweiterung des Lebensraumes unseres Volkes, daß damit auf Tausende von Jahren hinaus das Lebensproblem unseres Volkes gelöst ist, was die Ernährung der Bevölkerung, die Arbeitssicherung, die Möglichkeit der Autarkiebildung weit über die typisch europäischen Lebensmittelarten hinaus angeht. Ist uns doch die Möglichkeit gegeben, Baumwolle anzupflanzen, mit Koxagys Gummireserven zu bilden,

große Holzvorräte anzulegen. Ich glaube also, daß die doch von vielen propagandistisch vielleicht schwer empfundene Umstellung unseres Propagandaapparates von der steten Angriffsenergie zur sogenannten Defensivenergie von uns absolut positiv behandelt werden kann.

Es besteht auch keinerlei Anlaß, angesichts der Wirklichkeit der Dinge an unserem Siege und am Durchhaltewillen unseres Volkes zu zweifeln. Seien Sie überzeugt, daß die Führung dieses Reiches wohl den Mut hätte, vor diesem Volke, insbesondere vor einem so kleinen Gremium wie dem heutigen es ganz offen zu bekennen, wenn es anders wäre. Der Führer und alle seine Mitarbeiter haben das Vertrauen, daß man heute dem Volke jede Wahrheit sagen könnte. Aber es besteht kein Anlaß dazu. Was da und dort immer wieder an miesmacherischen Bedenken aufsteigen möge, das ist nichts anderes als eine bewußte Verkennung der wirklichen Lage. Und die wirkliche Lage ist so, daß sich das Anrennvermögen der Amerikaner, Engländer und Russen gegen unsere geschlossene europäische Welt mehr und mehr totlaufen wird. Mit mir sind alle der festen Überzeugung, daß die schweren Ereignisse dieses Jahres letzten Endes von uns mit offenen Augen gesehen werden müssen. Wir waren auch vielleicht da und dort schon etwas verwöhnt, weil wir immer nur durch Sondermeldungen erfahren durften, welche neuen Städte und Gebiete welche neuen Flüsse, Gebirge, Länder, Territorien, Kontinente, wir erobert haben. Und nun trat plötzlich die Notwendigkeit ein, das, was wir in vier Jahren erobert haben, einmal zu verteidigen, - plötzlich kam da und dort ein Umschwung. Im übrigen müssen wir aber auch das außergewöhnliche Faktum feststellen, daß z.B. ganz Frankreich heute besetztes Gebiet ist, was seit Karl dem Großen nicht der Fall war. Wir können mit Fug und

Recht sagen, daß dieses Territorium des Westens, eines der reichsten Gebiete der Welt, eines der stärksten Pfänder in unserer Hand bedeutet. Die nahrungsmäßige Unterbauung der Gesamtsituation durch die Einbeziehung Frankreichs, des fruchtbarsten Gebietes von ganz Europa, in unseren unmittelbar beherrschten Lebensraum wirkt sich genau so stark aus, bedeutet genau so eine Untermauerung unserer Gesamtlage wie etwa die Besetzung des Ostens. Darauf möchte ich mit besonderem Nachdruck hinweisen. Es ist zu wenig davon die Rede. Auch mögen politische Gründe vorgebracht werden, die ich andeuten will, daß wir die Besetzung Frankreichs nicht so herausstellen. Aber in diesem Kreise, Parteigenossen und Parteigenossinnen, möchte ich doch sagen, daß die Potenz ganz Frankreichs in unserer Hand im vierten Kriegsjahre eine ungeheuere Bereicherung unserer Macht und unserer Gesamtlage bedeutet.

Wenn Sie so mit mir den Blick auf die Gesamtlage Europas und die Situation der Kriegsführung wenden, so möchte ich auch einmal ein ganz ernstes Wort über Italien sagen. Die letzte Rede des Duce Benito Mussolini war eine angesichts der Gesamtsituation so hervorragende staatsmännische Leistung, ein so grandioser Ausdruck der Schicksalsverbundenheit mit diesem Volk, daß ich Sie sehr bitten würde, Parteigenossen und Parteigenossinnen, auch im engsten Rahmen jegliche Kritik zu vermeiden, zu lächeln oder vielleicht irgendeine zurückhaltende Stellung gegenüber unserem Bundesgenossen einzunehmen. Der Duce Benito Mussolini und die bedeutendsten Männer Italiens sind absolut entschlossen, an der Seite des Führers und des nationalsozialistischen Reiches bis zum Endsieg auszuharren. Gerade weil es von der Gegenseite versucht wird, Italien irgendwie in seinem Widerstandswillen zu erschüttern, müssen und wollen wir alles tun, um die Achtung vor diesem gewaltigen Mann Benito Mussolini, um im gewissen Sinne auch die kameradschaftliche Anerkennung der militärisch-soldatischen und

volksmäßigen Leistung Italiens in diesem Kriege immer wieder in den Vordergrund zu rücken. Gerade in der nächsten Zeit wird es notwendig sein.

Sie wissen also, daß etwa in dieser Richtung die allgemeine stimmungsmäßige Entwicklung des deutschen Volkes vor sich zu gehen hat. Daß die Ernährungslage des Deutschen Reiches sich in den letzten Wochen und Monaten doch einigermaßen gebessert hat, müssen wir feststellen. Offensichtlich sind die größten Schwierigkeiten auf dem Ernährungsgebiet überwunden. Was Parteigenosse Göring sagte, daß es von jetzt an immer besser werden wird, ist absolut zutreffend.

Wenn wir den Blick in die Weite lenken und überall sehen, welche ungeheuren Anstrengungen unser Volk auf sich zu nehmen hat, um sich auf dieser Welt zu behaupten, welche Bedeutung dieses Ringen um die Behauptung in dem immer ernster werdenden Entscheidungspunkt des Krieges, dem wir ja nahe sind, hat, so können wir ermessen, daß von uns aus gesehen die Lage Deutschlands immer insofern entscheidend ist, als das Generalgouvernement mit seiner eigenen Existenz von der Situation des Reiches völlig abhängig ist.

Wir können heute drei große Gebiete unterscheiden, über die das Reich verfügt. Das erste ist das Heimatgebiet. Zu diesem Heimatgebiet des deutschen Reiches nach dem Stande vom September 1939 gehören das Protektorat und die seit 1939 in das Reich eingegliederten Gebiete von Ostpreußen, der Reichsgau Wartheland, der Reichsgau Danzig-Westpreußen, Schlesien und Oberschlesien. Drüben im Westen wird Elsaß-Lothringen gleichsam als ein Bereich des Großdeutschen Reiches behandelt. Luxemburg, Eupen-Malmedy sind mit einbezogen, ferner im Süden die Steiermark und Kärnten. In diesem eigentlichen Heimatgebiet gelten die deutschen Reichsgesetze, gilt ausschließlich die Autorität des Reiches, der Reichsregierung und der Gauleiter.

14.12.42

Neben diesem Heimatgebiet liegt der Bereich der besetzten Gebiete, die wiederum in verschiedene Bereiche aufgeteilt sind. Wir haben besetzte Gebiete, die unter Reichskommissaren stehen wie etwa Norwegen und Holland, wir haben andere besetzte Gebiete, die wie Belgien und Frankreich unter Militärbefehlshabern stehen. Wir haben endlich jene Teile der besetzten Gebiete, die irgendwie in eine eigene Verwaltung genommen worden sind wie die Ostgebiete. Zu ihnen gehört das Generalgouvernement unter dem Generalgouverneur, der wiederum dem Führer unmittelbar unterstellt ist. Die besetzten Ostgebiete unterstehen dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, ihm unterstehen die Reichskommissare und diesen wieder die Generalkommissare. In dieser Fülle von Bereichen und mit den verschiedenen aus den Notwendigkeiten der Zeit sich ergebenden Verwaltungsmethoden ist die gesamte staatliche Arbeit des Krieges nach jeweils verschiedener Grundsätzen zu leisten.

Das Generalgouvernement stellt das älteste der besetzten Gebiete dar. Bei der letzten Regierungssitzung am vergangenen Mittwoch habe ich schon einen eingehenden Einblick in die Geschichte des staatlichen Bereiches dieses Gebietes gegeben. Für mich ist es heute wichtig,festzustellen, daß es dem Generalgouvernement als Verwaltungskörper geglückt ist, im wesentlichen mit demn ihm gestellten Aufgaben fertig zu werden. Wenn der Staat Generalgouvernement sich durchgesetzt und seine Prinzipien, die ich damals aufgestellt habe, auch hat durchhalten können, so liegt das vor allem in der Notwendigkeit begründet, angesichts deren diese Einrichtung geschaffen wurde. Ich, der ich dieses ganze Gebäude aufgerichtet habe, bin mir darüber klar, daß es wie alle menschliche Arbeit seine großen Schatten und Fehler hat. Aber im allgemeinen hat mir noch niemand ein besseres Rezept gezeigt, vor allem ist mir

in den anderen besetzten Gebieten keine Methode vorgewiesen worden, die etwa der unseren gegenüber einen Vorrang oder größeren Wert besäße. Das Generalgouvernement ist etwas durchaus Einzigartiges geblieben und wird es in seinem Bestande bestimmt bis zum Ende des Krieges auch bleiben. Alle Vermutungen, Erwartungen oder auch Hoffnungen darauf, daß das Generalgouvernement vom Führer noch während des Krieges aufgeteilt, ins Reich eingegliedert oder irgendwie in seiner grundsätzlichen Struktur geändert werden soll, sind an der bekannten ehernen Grundhaltung des Führers, nach der im Kriege nur das notwendigste zu geschehen hat, gescheitert. Allenfalls wäre die Aufteilung des Generalgouvernements in drei Reichsgaue Krakau, Lemberg, Warschau oder sonstiger Gauhauptstädte oder in fünf Reichsgaue infrage gekommen. Aber die Entwicklung dahin, die vor allem von manchen Stellen wie dem Reichsinnenministerium betrieben wurde, wurde vom Führer abgestoppt. Die Unruhe, die im staatlichen Sektor hierdurch entstand, war eigentlich bei uns viel geringer als in den Zentralen des Reiches. Es ist klar, daß dieser alteingefuchssten Zentralbürokratie des Reiches ein Gebilde wie dieses nicht in den Kram paßt. Natürlich ist es ihr unangenehm, daß nicht jede ihrer Tausende und Abertausende von dienstlichen Vorschriften, Verordnungen, Erlassen ohne weiteres auch im Generalgouvernement durchrollt, sondern daß wir hier die völlig eigene Sperre besitzen, daß wir eine Selbständigkeit im staatlichen Rahmen durchhalten müssen, nicht gegen das Reich, sondern im Dienste des Reiches. Die Sehnsucht, dieser Bürokratie, die zentrale Linie bis ins letzte auszuweiten, wird völlig ausgeglichen durch die realpolitische und wirklichkeitsnahe Einsicht jener, die genau wissen, daß es besser ist, man hat einen Generalgouverneur und eine Regierung in einem besetzten Gebiet oder einem

neu eroberten Land, auf die dann allerdings die gesamte Verantwortung für das Funktionieren der Verwaltung in diesem Gebiet fällt. Und es hat sich praktisch doch gezeigt, daß diese Verwaltung in Ordnung ist, worüber ich Ihnen wohl nichts zu sagen brauch. Gerade in diesem Jahre ist es offenbar geworden, daß der Aufbau, den das Generalgouvernement vollzogen hat, unerschütterlich ist. Der von mir ehern festgehaltene und vom Führer in seiner grundlegenden Verordnung vom 26. Oktober 1939 festgelegte Grundsatz der Einheit der Verwaltung, der Zusammenfassung aller Zuständigkeiten in der Hand einzelner Persönlichkeiten ist so zukunftsweisend, daß wohl mein Wort zu Recht besteht, nach welchem das Generalgouvernement eigentlich ein Laboratorium für Verwaltungsstudien und für die Grundsätze ist, nach denen in Zukunft verwaltet werden soll.

Diese staatliche Seite des Generalgouvernements hat demnach eine feste Grundlage, im Willen des Führers ruht seine Existenz, auf der Notwendigkeit seiner Sonderleistungen beruht die Art der Führung, in der Bewährung seiner Existenz liegt die Durchhaltung dieser Einrichtung.

Für die Partei war mir nun die Notwendigkeit einer eigenen Organisation aufgegangen, als etwa mit Ende des Jahres 1939 schon die ersten größeren Scharen von Deutschen in das Generalgouvernement hereinzuströmen begannen. Unter diesen Deutschen bildeten sich damals so gewisse Zirkel und Kreise, Stammtischgesellschaften und Fidelitäten aller möglichen Art. Demgegenüber ergab sich die Notwendigkeit, die politische wie die stimmungsmäßige Ausrichtung dieser Deutschen nach reichsdeutschen Grundsätzen herbeizuführen, mit anderen Worten, die NSDAP hier organisch zu verankern.

Es war nun die Frage, wie die Partei in Erscheinung treten sollte. Zwei Dinge vor allem waren hier nicht

möglich. Wir konnten für das Generalgouvernement nicht die Form des Gaues übernehmen; denn 1939/4o war noch viel weniger als heute überhaupt von deer die Möglichkeit die Rede, daß das Geheralgouvernement als gauartiges Gebilde in Erscheinung treten konnte. Wir konnten aber auch nicht etwa ähnlich wie im Protektorat die Betreuung der Parteiangelegenheiten durch einen der umliegenden Gaue oder gar die Hereinstellung nur der angeschlossenen Verbände wie der Arbeitsfront oder der Gliederungen in dieses Gebiet ohne jede organisatorische Zusammenfassung der Parteigenossen in diesem Raume auf uns nehmen.

Bei diesen Überlegungen kam mir nun der Gedanke von dem eigenen Arbeitsbereich, einem Zwischending zwischen Gau- und Reichsorganisation. DieserGedanke wurde von dem damaligen Stellvertreter des Führers aufgegriffen und angenommen. Mit diesem Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP hat somit genau so wie im staatlichen Verwaltungssektor des Generalgouvernements an sich auch eine völlig neuartige Organisationsform in die Partei ihren Einzug gehalten.

Dieser Arbeitsbereich war von mir nach folgenden Grundsätzen, die auch anerkannt wurden, gedacht: die Leitung des Arbeitsbereiches mußte in Personalunion beim Generalgouverneur liegen. Das ist selbstverständlich und wird auch in Zukunft unerläßlich notwendig sein; denn nur die Personalunion von Generalgouverneur und Leiter des Arbeitsbereiches gibt die autoritären Möglichkeiten, für den Staat der Parteimann zu sein und für die Partei dem Staat nahe zu stehen. Das ist völlig klar und hat sich tatsächlich

auch bewährt. Ganz gleich, wer immer hier Generalgouverneur ist, er muß in Personalunion der Führer der Deutschen in diesem Raume sein. Würde man von dieser Personalunion absehen - und es gab natürlich wie immer Bestrebungen, soll sie auch noch geben, diese Personalunion aufzulösen, - so würde ja dieser arme Generalgouverneur, gleichgültig, wer es ist, auf die Zustimmung der Polen angewiesen sein; denn er hätte dann eigentlich niemanden mehr, auf den er sich unmittelbar in diesem Lande berufen könnte.

Die Repräsentanz der deutschen Autorität in diesem Raum muß selbstverständlich parteigenössisch und Parteigeschichtlich in demselben Zusammenhang stehen wie das Entstehen des Reichsgaues. Der Reichsgau kommt ja nicht aus der geographischen Staatssphäre, sondern aus der parteiorganisatiorischen Form des damaligen Gaues. Die Gaue waren damals etwa den Reichstagswahlkreisen angegliedert, - eine Tatsache, die vielfach unbekannt ist, auch heute keine Rolle mehr spielt; denn wir haben damals diese Gauorganisation aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen eingeführt.

Diese Einheit der Parteiorganisation soll sich nun auch, soweit es mit den Parteigrundsätzen vereinbar ist, nach unten fortsetzen. Deshalb war es meine Absicht, auch in den Distrikten möglichst die Führung der Partei in Personalunion mit den Staatsstellen zusammenzufassen. Hier liegen, wie Sie wissen, große Probleme. Im Reich hat sich die Tendenz sehr deutlich durchgesetzt, daß man die Regierungspräsidenten von der Personalunion trennt, daß man auch den Landrat vom Kreisleiter trennt. Wir stehen auch im Generalgouvernement in dieser Entwicklung. Man geht mit dem Gedanken um, unter dem einheitlichen Arbeitsbereich Stellen für Kreisleiter der NSDAP im Generalgouvernement zu errichten, wobei jeder Kreis dann

mehrere Kreishauptmannschaften umfassen soll usw.. Von seiten der Staatsrepräsentanten im Generalgouvernement werden gegen diesen Plan erhebliche Bedenken geäußert. Wir befinden uns mitten in der Auseinandersetzung, nach denen gehandelt wird. Die Parteikanzlei hat, wie man uns erzählt, das Programm zunächst erst einmal etwas zurückgestellt. Ich nehme an, daß wir zu einer Lösung kommen werden, die den Wünschen aller Beteiligten gerecht wird. Über die Grundsätze,

Die Einheit des Arbeitsbereiches sollte nun vor allem von dem Begriff des Parteigenossen schlechthin ausgehen. Das war meine Absicht; denn die Zahl der Deutschen im Raume ist an sich schon gering, sie beträgt, gemessen an der Gesamtbevölkerung, wie ich vertraulich sagen kann, kaum 3/4 pro Mille. Die Zahl der anderen dazu gekommenen Reichsdeutschen ist nicht so erheblich, daß sich dieser Prozentsatz wesentlich vergrößern würde. Aber die Zahl der alten Nationalsozialaisten, insbesondere der parteiorganisatorisch geschulten und erfaßten innerhalb dieser an sich schon geringen Zahl von Deutschen, war nun so gering, daß ich, wenn ich nach dem Vorbild des Reiches gleich begonnen hätte, die angeschlossenen Verbände und Gliederungen aufzuziehen, vor lauter angeschlossenen Verbänden und Angehörigen der Gliederungen keine Partei im Lande gehabt hätte.

Deshalb mußte ich also auf den Begriff des Parteigenossen und der einheitlichen Partei zurückgehen. Wie Sie wissen, wurde dieser Grundsatz auch ganz zäh durchgehalten. Immer wieder wurden Versuche und Bestrebungen dagegen wach, - mein Gott, Ausbrecher gibt es überall, - aber es gelang doch, und hier hat wirklich die Partei des Reiches, nicht nur die Parteikanzlei, geholfen, die Einheit der Bewegung durchzuhalten. An dieser Einheit der Bewegung muß auch grundsätzlich festgehalten werden.

14.12.42

Wenn nun nach und nach teils in vorsichtigem Tempo, teils aber auch mit der Energie des alten Kämpfers der Partei die angeschlossenen Verbände hier zu leben beginnen, dann freue ich mich, aus Ihren Berichten zu ersehen, daß Sie sich so gut entwickelt haben. Und ich kann allen Parteigenossen, die sich auf diesem Gebiete betätigt haben, nur meinen herzlichen Dank dafür aussprechen. Vor allem freut mich der machtvolle Aufstieg der SA und ihr kämpferischer Schwung. Ich glaube, daß gerade mit dem Entstehen der SA im Generalgouvernement eine der weltanschaulich klarsten, sichersten und unbedingtesten Gliederungen der Bewegungen in die Erscheinung trat.

Die angeschlossenen Verbände sollen von uns betreut werden, sie sollen auch leben. Ich wünsche auch, daß sie sich entwickeln. Nur mögen sich die angeschlossenen Verbände erst dann endgültig etablieren, wenn sie sich vorher über Art und Umfang der Arbeit, über ihren organisatorischen Aufbau und vor allem auch über die Persönlichkeiten, die in ihnen tätig werden sollen, klar wgeworden sind. Es geht nicht an, daß das Erscheinen irgendeines angeschlossenen Verbandes mit großem Tamtam hier im Lande kund getan wird und irgendein Vergessener, Verlorener, Einsamer beginnt, diesen mit Pathos verkündeten Zukunftsentschluß schon jetzt in die Tat umzusetzen. Es ist viel besser, daß wir uns dafür Zeit lassen. Sorgen Sie dafür, daß das Auftreten der angeschlossenen Verbände, wenn sie in Erscheinung treten, mit dem Ansehen der Bewegung als machtvoller Gliederung der deutschen Geschichte vereinbar ist.

Es ist selbstverständlich, daß innerhalb dieser organisatorischen Fragen noch gewisse Entwicklungen Platz greifen. Angesichts der komplizierten Mechanismen und einmaligen Erscheinungsform bin ich mir klar darüber, daß die endgültige Form dieses Gebietes eine völlig andere sein wird als die, die wir heute haben.

14.12.42

Aber wir müssen uns auch in der Parteiarbeit immer wieder dessen bewußt sein, daß es viel besser ist, wir arbeiten in dem bescheidenen Rahmen, den wir heute haben, als daß wir im Hinblick auf etwas Kommendes die Tagesarbeit begrenzen. Ich bitte daher auch, Fragen, die jetzt innerhalb der Bewegung nicht unbedingt gelöst werden müssen, nicht zu behandeln. Ich bedauere, daß es noch soviele Parteiämter im Reich gibt, die sich offensichtlich mit uns völlig fernliegenden Fragen beschäftigen, die tatsächlich auch unwichtig sind. Es ist geradezu belustigend, zu hören, daß irgendeine für die Kirchenpolitik des Ostens interessierte Dienststelle der Parteikanzlei ihren Sendboten uns herüberschickt, der sich danach erkundigen soll, wie etwa die Baptisten polnischer Volkszugehörigkeit ihre Ehe schließen. Solche Fragen, bei denen es sich vielleicht alles in allem um 2o ooo Menschen handelt, sind ganz unwichtig und beschäftigen uns in gar keiner Weise. Auch andere Fragen, bei denen es sich im einzelnen darum handelt, ob und wie dieses oder jenes Teilproblem, das im Reich schon längst gelöst ist, bei uns gelöst werden wird, kann man bei uns nicht in allem und jedem so behandeln, wie es im Reich geschehen ist. Der grundsätzliche Fehler liegt eben darin, daß man glaubt, die neuen Gebiete nach denselben Grundsätzen behandeln zu können, die im Altreich Geltung haben. Hier liegt ein grundsätzlicher Denk-, ja ein Weltreich-Konstruktionsfehler vor. Wir sind das Nebenland des kommenden Reiches und müssen in neuen Formen experimentieren. Unmöglich kann das, was in Bad Kissingen, in Reichenhall, in Hamburg, in Köln oder sonstwo gilt, ohne weiteres im Osten zur Anwendung kommen, nur damit das alte überlebte Schema von zu Hause Bestand behält. Die meisten Fehlerquellen wie auch manche Ärgernisse stammen daher, daß man einfach das Generalgouvernement als eine Provinz des Reiches oder einen Reichsgau ansieht und glaubt, damit

das ganze Problem gelöst zu haben. Die Herren der Zentralstellen, wo sie sich auch befinden, mögen zur Kenntnis nehmen, daß der Führer eine sehr große Sicht in die Zukunft eingeleitet, daß er diese neuen zusätzlichen Lebens- und Wirkensformen für die Deutschen geschaffen hat. Nicht wir haben uns den alten Formen einzufügen, sondern die dann für uns unbrauchbare gewordenen Formen des Reiches haben sich den neuen Weltreichsbedürfnissen anzupassen. Das ist die Lage. Und das Problem, das sich hier ergibt, gilt grundsätzlich allüberall für die neuen Formen. Wenn da und dort neue Spannungen vorhanden sind, so beruhen sie zumeist auf gegenseitigem Mißverständnis: vielleicht verstehen wir die Güte und Fürsorge mancher Zentralstellen des Reiches falsch. Wie dem aber auch sei, - für die Partei ist die Lage so, daß sie in ihrer Eigenheit diese neue Erscheinungsform des Parteiwesens an sich darstellt. Immerhin war doch das Parteileben klarer, traditionsloser und freier von jeglicher Gegenströmung noch nirgendwo anders als in diesem neuen Gebiet. Denn hier galt es nicht, etwas Altes abzulösen, sondern wir bauten eine eigene Organisation völlig neu auf, - und das war uns die NSDAP. Wir übernahmen auch niemanden aus anderen Parteien oder anderen Gliederungen, wir hatten keine andere Bewegung im Raume zu beseitigen, sondern hier entstand mit dem deutschen Leben zugleich auch das Neue.

Und das gibt nun auch dem Erscheinungsbild unserer Bewegung hier im Raum das gewisse Zukunftsblitzende, das etwas merkwürdig in den Dingen selbst noch Stehende. Es gibt ihr diesen kolonial-imperatorischen Anstrich, das vorsätzlich und bewußt die Dinge Meisternde und weniger im Programmatischen Herumschlürfende. Das führt dazu, daß sich der Arbeitsbereich Generalgouvernement immer stärker erhebt und von den Deutschen als weltanschauliche Repräsentanz der Heimat anerkannt wird.

14.12.42

Ich sehe also, ganz allgemein gesprochen, ~~in~~ aus der Einrichtung des Arbeitsbereiches eine der größten Notwendigkeiten für den staatlich-organisatorischen Aufbau des Generalgouvernements erstehen. Ich könnte mir die Arbeit des Staates hier überhaupt nicht ohne die Bewegung, ohne die klare Gewissheit der Führung und steten Betreuung der Deutschen in diesem Raum vorstellen. Ich sehe vor allem in dem Arbeitsbereich die Erscheinungsform einer neuen Aufgabenstellung. Wenn wir z.B. die beiden äußeren Schematismen des Staates und der Partei bei uns ganz allgemein einer Betrachtung unterziehen, so möchte ich für beide sagen, daß sie sich hervorragend bewährt haben, daß auch die Zusammenarbeit beider im allgemeinen recht erfreulich ist. Alle Probleme, die irgendwie zur Frage stehen, werden intern ausgetragen; es gibt darüber keine wesentliche Debatte. Auch besteht keine Gefahr, daß etwa der Staat die Bewegung oder die Bewegung den Staat überrennt. An dieser Ordnung muß ich festhalten. Und ich möchte dazu ein ganz ernstes Wort sagen: in diese gegenseitigen Bezogenheiten dürfen wir unter keinen Umständen, noch dazu in einem Augenblick denkbar prägnantester, mit geschichtlichem Ernst erfüllter Zeit, eine Wandlung bringen.

Es wäre völlig falsch, würden wir in diesem Lande nur den Sichtblick vom Deutschen zum Deutschen haben. Ich muß mit ernstem Nachdruck darauf hinweisen, daß hinter jedem Deutschen in diesem Lande viele Hunderte Fremdvölkischer stehen. Die Opfer, die der Deutsche hier in seinem Dienst für den Staat bringt, die Opfer, die auch von der Partei gebracht werden, müssen uns eine stete Mahnung sein, daß wir uns hier nicht etwa insular gebärden, als Menschen, die völlig harmlos den Dingen nachtaumelten, die uns vielleicht nebensächlich erscheinen. Wir müssen mehr denn je erkennen, wie gefährdet die Lage der Deutschen in diesem Raum an sich ist und daß sie nur mit äußerster Waffengewalt

und mit einer ganz scharfen Autorität gehalten werden kann. Es ist leider zur Übung geworden, daß wir Deutschen ± uns allein viel zu sehr untereinander sehen, daß auch die Besucher aus dem Reich bei uns meist nur Deutsche sehen. Daraus könnte im Reich das Bild entstehen, als ob das Generalgouvernement ein schon völlig ausgedeutschtes oder durchdeutschtes Gebiet wäre. In Wirklichkeit braucht man nur einmal durch die Straßen einer unserer Großstädte zu gehen und das Volk in Massen etwa auf den Bahnhöfen zu sehen, um das bedrückende Gefühl zu erhalten, daß dieser Deutschtumskampf hier eine der ernstesten und vitalsten Angelegenheiten ist. Nur mit absoluter Ruhe und mit einer unglaublichen Beharrungskraft allein ist es möglich, diesen Weg zu gehen. Von der Partei aus muß hier noch sehr viel getan werden; denn die Sorglosigkeit, mit der sich manche Deutsche in diesem Raum bewegen, führt leider zu vielen Opfern. Seien wir uns darüber klar, daß mit dem zunehmenden Ernst der Kriegslage auch die sog. Bereitwilligkeit der Bevölkerung dieses Raumes, uns zu dienen, immer wieder neuen Spannungen unterstellt wird. Daher muß es gerade Aufgabe der Bewegung sein, bei den Deutschen hier im Lande nicht Leichtsinn, unangebrachte Selbstsicherheit und Sorglosigkeit aufkommen zu lassen. Nicht das Streben nach den Genüssen des Lebens, nicht die Ansicht, als erstehe hier eine Art Friedensinsel, dürfen maßgebend sein, sondern die Partei muß immer wieder darauf hinweisen, daß das Deutschtum sich hier nur im harten Kampf wird durchsetzen müssen.

Ich habe aus dem Bericht des Parteigenossen Stahl zu meiner Freude entnommen, daß sich die Bewegung in aufsteigender Entwicklung und auf einer Linie der Intensivierung ihrer Arbeit bewegt. Ich danke dem Parteigenossen Stahl als meinem Stellvertreter besonders dafür, daß er unseren Geist gehalten und auch in den

ernsten Zeiten unserer Entwicklung die Partei immer im Blickfeld organisatorisch und arbeitsmäßig ausgerichtet hat. Ich danke ebenso allen anderen Parteigenossen und Parteigenossinnen, besonders den Distriktstandortführern und denen, die sich in der Leitung des Arbeitsbereiches wie draußen in den Kreisen betätigen. Wir und Sie haben allen Anlaß, auf Ihre Arbeit stolz zu sein. Die Partei hat in diesem Jahre eine gewaltige Bewährungsprobe bestanden. Die Feier des zweijährigen Bestehens des Arbeitsbereiches hat gezeigt, über welche Kraft die Bewegung bei uns verfügt. Die Partei marschiert, ob einer mitgeht oder ob er sich aus persönlichen Rücksichten von ihr fernhält. Das kann die Partei nicht interessieren; denn die Bewegung ist nicht für den einen oder anderen da, sondern sie ist das Schicksalsinstrument unseres Volkes. Wer an ihren zentralen Veranstaltungen, an ihren Parteitagen nicht teilnimmt, gibt damit nur zu, daß sein persönliches Interesse anderen Dingen mehr gehört als der Gemeinsamkeit der Bewegung. Wir haben es nur mit dieser Bewegung zu tun. Ich bitte daher, daß wir im kommenden Jahre den ernsten Schritt unserer Bewegung umso intensiver in Gang setzen, je schwerer es unter Umständen sein wird, unsere Ziele in die Tat umzusetzen. Wir müssen immer daran denken, daß die NSDAP den Ehrennamen einer"Bewegung", nicht den Namen eines Schemas trägt. Man vergißt zuweilen völlig, daß dieses Wort "Bewegung" für unsere Partei nicht als nur eine andersartige Bezeichnung für die Partei erfunden worden ist, sondern daß es den symbolhaft kürzesten formelmäßigen Ausdruck für die Tendenz ihrer Richtung bedeutet. Ich muß manchmal feststellen, daß dieses Sichbewegen der Partei oft zu wenig in Erscheinung tritt gegenüber den schematischen oder teilweise sogar parteibürokratischen oder organisatorischen Phänomenen. Dieses Bewegtsein der Partei ist ja das Entscheidende. Nicht bewegt ist der Staat als technisches Aggregat von Menschen, das mir zur

14.12.42

Verfügung steht, damit ich jeweils Sachbereiche technisch und verwaltungsmäßig beherrschen kann. Bewegt aber sein muß die Partei. Sie darf ihr Ziel nicht darin sehen, ihre Organisation noch mehr zu bürokratisieren, noch mehr Ämter und Zentralen zu schaffen, noch mehr Papierkrieg und Persönlichkeitskampf zu entfesseln. Die Partei muß die Bewegung sein, die unserem Volke voranmarschiert. Hier geschieht mir schon zuviel in der Befriedigung darüber, daß die Erfüllung solcher internen staatsparallel gedachten Aufgaben schon als Parteiarbeit gewertet wird. Parteiarbeit aber bedeutet immer die Nutzung des Parteiapparates zum Zwecke der Inbewegunghaltung des Volkes, setzt also den Parteiapparat voraus. Die Erfüllung des parteiapparatmäßigen Denkens oder der internen Bedürfnisse ist gar keine Parteiarbeit im eigentlichen Sinne, sondern eine notwendige Verwaltungstätigkeit.

Und daher das zweite: Reden müssen wir zum Volke und nicht Appelle halten. Wir müssen die seelische nur Substanz aufrütteln, dürfen aber nicht zusammenrufen und stillstehen lassen und dann die Menschen befehlsmäßig anbrüllen. Reden heißt: sich mit jemandem auseinandersetzen und dem, den man anredet, auch die Chance geben, sich über das, was er hört, klar zu werden, mit zu denken und Stellung zu nehmen. Daher soll man also auch nicht Appelle ansetzen, sondern Versammlungen, man soll die Versammlungen auch nicht besonders einberufen, sondern ruhig darauf vertrauen, daß die Menschen kommen. Man soll lieber eine Versammlung mit kleinerem Zuhörerkreis abhalten als irgendwie eine Masse vortäuschen, die in Wirklichkeit nur zusammenbefohlen ist.

Das ist es also, was ich mir von der Arbeit unseres Arbeitsbereiches im nächsten Jahre erwarte. Ich erwarte, daß wir das Schema der Parteiarbeit als erfüllt

ansehen und nun mit diesem fertigen Apparat die Bewegung in Gang setzen. Ich freue mich sehr, daß im allgemeinen dieser Grundsatz durchgehalten wird, schon um deswillen, weil wir Gott sei Dank keine so enge Verkleisterung dieses Apparates haben. Es gibt gottlob noch immer wenige parteibürokratisch gesonnene Elemente unter uns; alles ist noch bewegungsmäßig aufgelockert. Aber ich muß immer wieder darauf hinweisen: eigentlich sollte dafür gesorgt sein, daß dieses Inbewegungsein immer und ewig zum Ausdruck kommt.

Das Volk hat volles Vertrauen zum Führer, weil der Führer es versteht, zum Volke zu reden. Viele von uns machen den Fehler, daß sie in zwei Parallelen denken. Die eine Gruppe der Parteigenossen denkt staatsmäßig und sieht in der Übernahme der im Staatsapparat maßgebenden Erfahrungsgrundsätze auf den Parteiapparat die Erfüllung einer Parteiaufgabe. Eine andere Gruppe denkt militärisch und sieht in der Übernahme der im Rahmen der soldatischen Dinge notwendigen Erscheinungsform des Lebens auf die Partei die Erfüllung der Parteiaufgabe. Beides ist grundsätzlich falsch. Für die Gliederungen mag es bis zum gewissen Grade notwendig sein; sie sollen in ihrem Erscheinungsbild soldatisch sein, weil sie ihre Männer zusammenhalten und die Disziplin aufrecht erhalten müssen. Und wenn die Parteiorganisation ebenfalls im gewissen Umfange sich die Staatserfahrungen zunutze macht und manche Einrichtungen auf den Parteiapparat übernimmt, so ist auch das einigermaßen begreiflich. Man darf nur nie vergessen, daß das nicht die Bewegung ist. Die Bewegung muß im Volke lebendig sein und lebendig erhalten werden, und das muß schon im Volke nach außen hin in Erscheinung treten. Die Reden, die wir hören, leiden meist darunter, daß sie viel zu schematisch sind. Ich

lasse mir über die Reden der Reichsredner öfter Bericht erstatten. Reden ist ja sehr schwer, viel schwerer, als im allgemeinen angenommen wird.

Ich halte es deshalb mit dem Parteigenossen Stahl für unbedingt notwendig, daß wir im Arbeitsbereich so schnell wie möglich eine Schulungszentrale oder Schulungsburg bekommen, in der auch gerade die Redekunst gepflegt wird.

In den Reden, die jetzt gehalten werden, kommt viel zu sehr ein Schlagwort dieser Zeit vor; das ist die Härte. Man redet nur noch von Härte. Man darf Härte der seelischen Haltung, der geistigen Einstellung nicht erzwingen wollen, indem man etwa Betonmassen auf die Seele wälzt. Härte ist völlig unabhängig vom Bizeps, auch von der körperlichen Erscheinung. Es gibt Frauen, die viel Härter sind als manche Männer, und es gibt innerhalb der einzelnen Lebensentwicklungen Greise, die härter sind als mancher Junge. Diese Härte, die man nun immer predigt und lehrt und die dem Menschen eingehämmert werden soll, soll etwa bedeuten, daß man keinerlei Empfindung mehr hat gegenüber dem Schmerz der Zeit, daß man nicht mehr hingeneigt ist zu seelisch-geistigen Vorgängen, zu Kulturvorgängen, zu Vorgängen vielleicht eines überirdischen Lebens. Diese Härte soll bedeuten, daß man in jedem Augenblick bereit ist, den Ton eines Unteroffiziers zum eigenen Lebensstil zu machen. Diese Härte ist nur die Gleichförmigkeit einer Grundhaltung, die eines Tages gebrochen werden kann. Die wirkliche Härte kommt aus der Entschlossenheit einer mutvollen Seele, eines mutvollen Geistes, einer Einsicht auch in Zusammenhänge, die ganz ruhig dargestellt werden können. Wenn man z.B. heute eine harte Einstellung gegenüber dem Kriege und seinen Verhältnissen erreichen will, dann ist es besser, man stellt einmal die Folgen dar, die eintreten würden, wenn wir den Krieg nicht gewännen, - um dann den Leuten zu sagen: dann ist alles aus, - auch für Dich ist

alles aus. Wer eben jetzt in dieser Stunde nicht eine Art Selbstdisziplin üben, nicht sich irgendwie völlig auf das Kriegsziel einstellen will, der soll uns in unserer Gemeinschaftsarbeit nicht behelligen.

Ich wollte den Begriff der Härte hier nur einmal in den Vordergrund rücken, weil mit ihm kombiniert eine solche Fülle von Fehlbetrachtungen verbunden ist, daß die Werbung für die Härte schon allmählich anfängt eine Art psychisch bedenklichen Zustand/os hervorzubringen. Ich meine, daß die Reden, die heute zu halten sind und die der Nationalsozialismus vorzubereiten hat, demnach der Aufrüttlung der seelischen und geistigen Eigenbesinnung unseres Volkes zu dienen haben.

Diese Reden müssen auch den Hinweis enthalten, daß die Persönlichkeit des Einzelnen wichtig ist. Nehmen Sie sich immer das Beispiel unserer ersten Kampfzeit vor. Wir haben wir damals um jeden Einzelnen gerungen! Lassen Sie sich auch heute die Mühe nicht verdrießen, um diesen Einzelnen zu ringen! Von den Rednern wird viel zu sehr manchmal der Begriff des Einzelnen despektierlich behandelt. Man verwechselt Persönlichkeitsautorität und Individualismus! Man soll ruhig auch bei den Reden weiter so tun, als ob man um jeden Einzelnen wirbt. Man soll nicht immer nur von der Masse, von der Allgemeinheit und der Totalität reden und den Einzelnen wie ein kleines Würmchen vor einem Riesenpanzer zusammenbrechen lassen. Die vielen Einzelnen summieren sich ja zu unserem Volk.

Dem Einzelnen muß auch das Recht gewährt werden, zu dem, was er hört, Stellung zu nehmen. Man muß so reden, daß man überzeugen will, man darf nicht einfach alles herunterreden und vom vornherein annehmen, daß die anderen das schon alle wissen;- das ist denen sowieso nichts Neues. Das sind Dinge, die Sie sich sehr wohl merken wollen; denn darunter leidet auch

unser Volk.

Eine weitere Begriffspaarung hängt damit zusammen, nämlich die der Autorität und der Freiheit. Man soll nicht immer nur davon reden, daß der Einzelne jetzt seine ganze Freiheit der Gemeinschaft zu verschreiben hat, sondern man soll ruhig sagen: wir haben das Vertrauen zum deutschen Volke und glauben, daß auch in dieser gewissen sicherzustellenden persönlichen Freiheit die Bejahung der Gemeinschaft liegt, aus freiem Entschluß heraus dem Volke zu dienen. Das ist der germanische Gedanke.

In dieser Hinsicht müssen wir mit der Anwendung solcher Begriffe in unseren Versammlungen sehr viel vorsichtiger, sagen wir, sehr viel klüger werden. Es hat sich so eine gewisse Art von Kriegsreden herausgebildet, die manchmal nicht stimmungsfördernd sind. Solche Reden dürfen nicht in das deutschnationale Gesalbader des Weltkrieges vom absoluten eisernen Deutschen ausarten, sondern müssen das nationalsozialistische, volksverbundene, kameradschaftlich Gemeinschaftsschicksal ertragen wollende Element unserer Idee in den Vordergrund rücken, mehr jedenfalls als das harte Pochen auf den Befehl. Denn das erlebt unser Volk sowieso alltäglich; von früh bis abend wird das deutsche Volk zum Gehorsam erzogen, jeder Einzelne spürt es am eigenen Leibe.

Wir sind so selbstsicher, und unserer Entwicklung kann gar nichts passieren. Wir sind auch unseres Volkes sicher und wissen genau, daß die gemeinsame Erörterung unseres Schicksals den Inhalt solcher Reden bilden kann. Der Tonfall braucht auch nicht unbedingt der des kommandierenden Feldwebels zu sein.

Die Reden sollen auch noch ruhig etwas Humor in sich tragen; sie sollen gerade in dieser traurigen Zeit die Kraft einer witzigen Bemerkung besitzen. Das alles

geht nicht gegen den Krieg oder die Härte. Im Gegenteil, man soll das allen ruhig ausklingen lassen, wie wir es in der Kampfzeit auch getan haben. Wir müssen es erreichen, daß sich der Einzelne an unseren Versammlungen interessiert, daß er sich in ihnen betätigen zu können glaubt. Die Persönlichkeit des einzelnen Volksgenossen muß wieder in den Mittelpunkt treten, ihm muß gezeigt werden, daß die Fürsorge für ihn, die ja gerade im Winterhilfswerk so grandios in Erscheinung tritt, unser Hauptprogramm darstellt. Wir müssen dem Volksgenossen zeigen, daß wir als Bewegung immer wieder Ausdruck der Sorgen und Nöte unseres Volkes sind und nicht der verlängerte Arm der Staatsbürokratie, daß wir wirklich noch der Ausdruck dessen sind, was an Sehnsüchten, Kritik und Neigungen von unten herauf aus dem Volke aufsteigt. Das müssen wir auf dem Umwege über den Staat einfangen und umformen. Wir dürfen nicht so vorgehen, daß es den Anschein gewinnt, als sei die Partei nur der verlängerte Arm des Staates zur Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, zur Hintanhaltung jeglicher Kritik. Sonst brauchten wir keine Partei und keine Bewegung, dann kann irgendein Ministerialrat einen Volksappell abhalten und die Gesetze erläutern. In einem neuen Lande, in einer neuen Organisationsform müssen wir immer die Verlebendigung der Arbeit, die unmittelbare Bezogenheit, das menschliche Verständnis auch den Fehlern des Einzelnen gegenüber zu unserem Grundsatz machen. Wir werden niemals dahin kommen, daß unser Volk nur aus Engeln besteht; es wäre auch schlimm. In unserem Volke wird es immer wieder diese

schwarzen Böcke geben, und wir werden andererseits immer wieder jene Lakaientypen finden, die zu allem ja und Amen sagen, die überhaupt keine Meinung mehr haben oder sie nicht zu äußern wagen. Sie sind aber nicht der Typ dieser Zeit - sie sind zwar bequem für den, der die Bequemlichkeit liebt, aber zur Aufrichtung der geistig-kulturellen Grundhaltung unseres Volkes bedarf es der selbständigen Köpfe. Desbalb ertragen Sie es auch bei dem Dienst in Ihren Ämtern und bei Ihren Veranstaltungen, daß von Ihren Untergebenen Fragen an Sie gerichtet werden. Sprechen Sie sich mit ihnen aus, hören Sie die Meinung des anderen an, verurteilen Sie ihn nicht gleich und sehen Sie nicht in der abweichenden Meinung des Parteiuntergebenen eine persönliche Gehässigkeit gegen Sie!

Im allgemeinen wird die Kriegsnot dieses Notkrieges uns noch zu vielem Veranlassung geben, was Einengung der persönlichen Freiheit usw. bedeutet. Umso wichtiger ist es, daß die Partei Bewegung bleibt und wirklich Ausdruck der Volksstimmung, Trägerin des Volkswillens ist. Wir dürfen nicht in eine Form von Staatspartei abschlittern; das sind wir nicht. Daher sehe ich auch in dem Verhältnis von Partei zu Staat in unserem Generalgouvernement gerade das Moment, daß die Partei der Ausdruckskörper der Meinung und des Willens der Deutschen hier im Lande und der Regierung gegenüber sein wird. Entscheidend ist, daß man nicht etwa glaubt, mit der Partei und den Parteidienststellen eine Art Konkurrenzeinrichtung gegenüber den Einrichtungen des Staates schaffen zu müssen. Das wäre sinnlos. Die Partei muß sich vielmehr zur Repräsentantin der Volksführung machen und als solche dem Staat gegenüber ruhig ihren Standpunkt vertreten. Wenn diese Verlebendigung der Parteiarbeit noch gesteigert werden kann, so wäre das nur zu begrüßen.

14.12.42

Reden, nicht Appelle sollen an sich für die allgemeine Parteiarbeit notwendig sein. Bei den Gliederungen liegen die Dinge anders. Den Rednern aber, die zu uns ins Generalgouvernement kommen, muß man etwas über die Lage des Ostens sagen. Es ist doch eigentlich lächerlich, wenn ein solcher Redner z.B. in Radom seine Rede nach dem Schema des Reiches hält.

Wir haben uns mit ernsten Problemen zu befassen, auf die ich in diesem Kreise noch etwas vertraulich eingehen möchte. Wenn ich Ihnen das jetzt sage, dann möchte ich wirklich zu Ihnen als meinen Mitarbeitern sprechen. Ich bitte daher um Ihre strengste Vertraulichkeit. Das erste Problem, das uns immer bewegt, ist das Problem der Fremdvölkischen. Wir haben hier ein ganz ungeheueres Übergewicht dieser Fremdvölkischen gegenüber den Deutschen. Sie wissen, daß es jetzt auch für das Reich ein ernstes Problem zu werden beginnt, was mit den von uns beherrschten Fremdvölkischen heute geschehen soll. Uns interessieren hier in erster Linie die Polen, in zweiter Linie die Ukrainer. Sie wissen, daß innerhalb der Partei im allgemeinen absolut die Meinung vertreten wird, daß die Aussiedlung der Polen, ihre Vernichtung oder ihre Behandlung lediglich als Arbeitswesen Ausdruck unserer Polenpolitik ist. Sie wissen auch, daß das in weitem Umfange in die Tat umgesetzt wurde. Nun zeigt sich aber in zunehmenden Maße auf diesem Gebiet eine ungeheure Erschwerung. Sie liegt insbesondere darin, daß das Reich in seiner territorialen Notsituation zur Verlagerung großer Industrien aus den einfluggefährdeten Gebieten in das Generalgouvernement gezwungen ist. Andererseits besteht aber auch die Notwendigkeit, die bereits vorhandenen Betriebe des Generalgouvernements mit einheimischen Arbeitskräften unter allen Um-

ständen durchzuhalten, das Transportwesen und die gesamte Verwaltungsapparatur aufrecht zu erhalten, die Ernte zu sichern usw.. Auf Grund dieser Sachlage gewinnt man dann plötzlich die Einsicht, daß man nicht gleichzeitig das Polentum vernichten und andererseits mit der Arbeitskraft des Polentums Berechnungen anstellen kann.

In diesem Zwischenproblem stehen wir zur Zeit. Dabei bedeuten die Anforderungen an Arbeitskräften, die vom Reich an uns gestellt werden, noch die geringste Sorge. Sie wissen, daß wir über 940 000 polnische Arrbeiter ans Reich abgegeben haben. Damit steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller europäischen Länder. Diese Leistung ist enorm; sie wurde auch von Gauleiter Sauckel als solche anerkannt.

Daß nun für uns die Frage entsteht, wie es mit der Polenpolitik weiter gehalten werden soll, hängt nicht etwa damit zusammen, daß ein akuter Anlaß dazu vorliegt. Es wäre vielmehr wünschenswert, daß sich die Reichsinstanzen, die Parteiinstanzen und die territorialen Instanzen endlich einmal über einen Weg klar werden. Es geht nämlich nicht an, daß die einen sagen: alle Polen, ganz gleich, welcher Art, werden ausgerottet, - und die anderen sagen: alle Polen, ganz gleich, welcher Art, wenn sie arbeitsfähig sind, müssen in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Hier klafft ein diametraler Gegensatz. Man könnte sagen: alle Polen, die hier im Arbeitseinsatz stehen, können wir behalten, alle Polen, bei denen das nicht der Fall ist, können wir ausrotten. Darin liegt nur die eine große Schwierigkeit, daß eine Ausrottung von Millionen menschlicher Wesen an Voraussetzungen geknüpft ist, die wir zur Zeit nicht erfüllen können.

Es wäre für unsere Bewegung im Lande natürlich das beste, wenn diese Polenpolitik von uns völlig autark staatlich durchgeführt werden könnte. Wir müssen aber

auch bedenken, daß in diesem Kriegsablauf die Situation der Deutschen in diesem Lande umso gefährdeter wird, daß die deutsche Arbeit, auch die Aufbauarbeit in diesem Raum umso bedenklicher erscheint, je gefährdeter die Situation durch ein Verhalten der Fremdvölkischen hier im Raume wird. Auf der einen Seite sagt man: die Polen brauchen wir überhaupt nicht zu ernähren, wir sollen sie auf Hunger setzen oder sie gegebenenfalls ins Reich bringen, - auf der anderen Seite sagt eine Reichsinstanz: wenn die Polen für das deutsche Interesse tätig sind, müssen sie genau so ernährt werden wie die Polen im Reich. Das ist ein völliger Gegensatz. Die eine Seite im Reich sagt: alle Polen, die arbeitsfähig sind, müssen ins Reich abtransportiert werden, - die andere Seite sagt: alle Polen, die im Lande und arbeitsfähig sind, müssen im Lande bleiben, damit wir ein Arbeiterreservoir für die Rüstungswerke, für das Transportwesen, für die Industrie usw. haben. Solche diametral entgegengesetzte und völlig unvereinbare polenpolitische Anregungen hageln auf meinen Tisch, oft an einem Tage zwei von verschiedenen mit gleichstarken Führervollmachten versehenen Instanzen, etwa von den Dienststellen des Parteigenossen Speer und des Parteigenossen Sauckel. Da gilt es nun, im einzelnen zu verhandeln, aufzuklären, zu erfahren, welche Richtung das Reich verfolgt. Sollen wir ausrotten oder aufbauen, soll die Arbeit hier oder im Reich geschaffen werden, sollen wir Arbeiter abgeben oder sie hierbehalten, sollen wir die Polen verhungern lassen oder sie ernähren?

Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage: angesichts dieses völligen Wirrwarrs und Durcheinanders kann ich mich nicht auf die eine oder andere Reichsinstanz stützen, sondern muß kraft der mir innewohnender

14.12.42

Verantwortungslust und der mir gegebenen Vollmachten meinen eigenen Weg gehen. Ich muß versuchen, den denkbar größten Nutzen für das Reich insgesamt herauszuholen. Ich werde also das eine tun und das andere nicht lassen. Ich werde versuchen, aus dem Reservoir des Gebietes alles herauszuholen, was noch herausgeholt werden kann.

Damit hängt nun eine zweite sehr ernste Frage zusammen, die uns auch beschäftigen muß, nämlich die Ernährungslage des Generalgouvernements. Wir haben zwar eine hervorragende Ernte gehabt und aus der Ernte eine fast loo %ige Erfüllung der Ablieferungsquote erreicht. Das ist ein einzigartiger Vorgang. Wenn es irgendwie eines Beweises oder einer Bewährung des für uns maßgebenden Verwaltungsprinzips bedurft hätte, dann wäre das Ergebnis der letzten Ernteablieferung einer der ganz großen Beweise für die Richtigkeit des hier eingeschlagenen Führungsweges. Wenn Sie bedenken, daß es mir möglich war, an das Reich 6oo ooo to Brotgetreide zu liefern, daß dazu noch 18o ooo to Brotgetreide für die hier liegende Wehrmacht kommen, weiter eine Mille von vielen Tausende Tonnen betragenden anderen Leistungen wie Saatgut, Fett, Gemüse, außerdem die Lieferung von 3oo Millionen Stück Eiern an das Reich usw., so können Sie ermessen, welche Bedeutung die Arbeit in diesem Gebiet für das Reich besitzt. Um Ihnen die Bedeutung der Ablieferung von 6oo ooo to Brotgetreide aus dem Generalgouvernement klar zu machen, seien Sie darauf hingewiesen, daß das Generalgouvernement mit dieser einen Leistung allein zwei Drittel der Erhöhung der Brotration im Großdeutschen Reich für die laufende Ernährungsperiode deckt. Diese ungeheure Leistung kann von uns mit Fug und Recht festgestellt werden. Daß diese Leistung selbstverständlich von den Reichsstellen in der Öffentlichkeit nicht erwähnt wird, müssen wir hinnehmen. Das Generalgouvernement wird als

14.12.42

Aschenbrödel behandelt; man nimmt seine Leistungen an, aber nach außen hin erkennt man sie nicht besonders freudig an. Jedoch ändert das nichts an den Dingen.

Nun hat diese Ablieferung an das Reich die eine große Schattenseite, daß das uns auferlegte Lieferungssoll die wirkliche Ernährungsbedürftigkeit des Gebietes überschreitet und wir deshalb vor folgendem Problem stehen: können wir schon ab Februar über 2 Millionen der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes aus der allgemeinen Ernährungsfürsorge völlig ausschalten oder nicht? Diese Frage ist von ungeheurer Bedeutung; denn von ihrer Beantwortung hängt es ab, wie wir den weiteren Arbeitsausbau oder Arbeitseinsatz, die Sicherung des Landes, die Bekämpfung des Schleichhandels, die Sicherung der Währung usw. durchhalten können. Ich stehe zur Zeit mitten in diesem Problem und hoffe, daß es durch Intensivierung der Aufnahme aller Restbestände bei einem letzten - ich möchte eigentlich sagen - erstmaligen Entgegenkommen des Reiches möglich ist, die bisherige Ration einigermaßen aufrecht zu erhalten.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist selbstverständlich katastrophal. Wir haben den absoluten Aushungerungsstatus, und wer hier nicht direkt oder indirekt in den deutschen Arbeitsprozeß eingeschaltet ist, steht ernährungsmäßig katastrophal da. Daß damit im Zusammenhang der wilde Schleichhandel blüht, muß hingenommen werden. Wenn nun irgendwo von Reichsstellen aus mit billiger Kritik gearbeitet wird, so ist das alles nur Geschwätz. Ich habe im ganze Lande so wenig Polizei, daß ich absolut nicht imstande bin, sie restlos einzusetzen.

Wenn Sie diese drei Probleme der allgemeinen Polenvolkstumspolitik, der Arbeitspolitik, der Brot- und Ernährungspolitik betrachten, so würde das an sich schon genügen, um uns in den nächsten Wochen zu be-

schäftigen.

Dazu kommen noch andere unangenehme Dinge. Da hat z.B. das Reich festgestellt, daß die Zulage, die die hiesigen Beamten und Angestellten erhalten, viel zu hoch wären. Diese Feststellung wurde Ende vorigen Jahres auf Veranlassung der Wehrmacht getroffen. Mittlerweile hat sich die Situation im Generalgouvernement preismäßig, versorgungs- und warenmäßig so katastrophal entwickelt, daß ich mich entschlossen habe, die vom Führer an sich verfügte Kürzung der Generalgouvernementszulage nicht durchzuführen. Daß ich diese Nichtdurchführung auf meine eigene Kappe nehme und notfalls persönlich beim Führer vertrete, hat vor allem seinen Grund darin, daß ich nicht einsehen kann, daß die Staatsangestellten und Staatsbeamten, die immerhin auch das Gros unserer Parteigenossen darstellen, schlechter gestellt sein sollen als die Angestellten der Privatwirtschaft oder der Wehrmacht. Das kann man von uns nicht verlangen, und ich werde diese Kürzung praktisch nicht durchführen. Hier stehen Verhandlungen mit dem Reich in Aussicht. Selbstverständlich hätte die plötzliche Reduzierung des Einkommens auf etwa die Hälfte in einer Zeit, in der im Verhältnis zum Reich manches Lebensnotwendige nur noch mit höchsten Preisen, unmäßig überteuert, gekauft werden kann, stimmungsmäßig zu einer Katastrophe geführt.

Die Preisentwicklung im Generalgouvernement, die zu vielen Erörterungen Anlaß gibt, würde sich nicht so gestalten, wenn erstens das Generalgouvernement kein Durchreise- und Aushohlungsland für West und Ost wäre, und wenn es zweitens endlich gelänge, der sinnlosen Massierung der Zlotynoten bei der Wehrmacht Einhalt zu gebieten. Vergessen Sie nicht, daß die Finanzierung der Wehrmacht im Generalgouvernement ausschließlich auf Rechnung der Währung des Generalgouvernements vor sich geht, daß wir nur die Noten zu drucken haben, die von den Wehrmachtsbeamten abgeholt und an die Soldaten als Sold ausgezahlt werden.

Für diesen Betrag, der monatlich 2oo- bis 3oo Millionen Zloty ausmacht, stellt man uns im Reich nicht Waren zur Verfügung, sondern er bedeutet lediglich eine Anhäufung unserer Guthabenssumme bei der Reichsbank. Es bedurfte eines 9monatigen Kampfes, bis nunmehr bis vor wenigen Tagen endlich das Oberkommando der Wehrmacht meinem dringenden Ersuchen nachgab, dieses System zu ändern; denn wir wären sonst in eine ganz katastrophale Währungssituation geraten. Der Umstand, daß selbstverständlich im Zusammenhang mit den dauernden Ablieferungen, mit der an sich schon sehr geringen Ergiebigkeit der Landwirtschaft, der Wirtschaft und Industrie dieses Landes, im Zusammenhang mit dem Treiben unkontrollierbarer Aufkäuferkolonnen aller möglichen Dienststellen und Wehrmachtsteilen, im Zusammenhang mit der Tatsache, daß sogar aus dem Reichskommissariat bei uns eingekauft wird, hat zur Folge, daß die Preise jedes vorstellbare Maß übersteigen. Wenn wir den einen oder anderen schnappen oder bestrafen, so hat das keinen Sinn; denn die Preisentwicklung zeigt, daß das Eingreifen mit den drakonischsten Mitteln nicht abschreckt, sondern erneut preissteigernd wirkt. Es ist vor allem klar, - und das mag ein ernstes Wort sein - , daß im vierten Kriegsjahr die Disziplin und auch die Haltung der Soldaten im Sektor des Etappenmäßigen nicht mehr so sind wie zu Beginn des Krieges. Wir müssen immer wieder feststellen, daß gerade von durchreisenden oder sich kurze Zeit hier aufhaltenden Soldaten Aufkaufaktionen eingeleitet werden, daß Truppenteile von Holland oder Norwegen Aufkäufertrupps ins Generalgouvernement schicken. Alles das ist zweifellos für uns ehrend, aber doch ungewöhnlich ernst.

14.12.42

In diesen Zusammenhang gehört auch die Verschlechterung der Gesamtlage durch die durch Drängen des Reiches erfolgte Freigabe der Ausfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen ins Reich. Die Aufhebung der Zollgrenze ist damit praktisch nicht ausgesprochen, sondern es gilt nur für die der Herkunft nach aus dem Generalgouvernement stammenden Waren. Tatsächlich aber können nunmehr von jedem Soldaten wahllos und ohne Grenzen Päckchen ins Reich geschickt werden. Das führt nun zu einem wilden Aufkaufen von Fett, Butter, Hühnern, Gänsen im Lande, und zwar mit der weiteren Wirkung, daß es immer schwieriger wird, ein wirklich durchgreifendes Ernährungsprogramm durchzuführen. Hier sind wir am Rande des möglichen angelangt. Das Reich steht offenbar auf dem Standpunkt, daß die besetzten Gebiete dazu da sind, dem Reich ausschließlich zu dienen, und daß sie in ihrer eigenen Existenz nicht berücksichtigt zu werden brauchten. Wenn das konsequent durchgeführt würde, dann wäre es leicht. Wenn aber das Reich gleichzeitig auf dem Standpunkt steht, daß trotz aller Aushohlung der besetzten Gebiete diese neuen Gebiete in erster Linie in den Arbeitsprozeß des Reiches eingeschaltet werden sollen, dann stimmt es nicht. Eine Kuh kann man entweder schlachten oder melken. Man hat aber den Eindruck, daß manche Reichsinstanzen die besetzten Gebiete sowohl schlachten wie melken wollen.

Aus dieser Gegensätzlichkeit ergibt sich nun wiederum das dauernde Problem der unausgesetzten Verhandlungen mit dem Reich. Im vierten Kriegsjahr steigt naturgemäß die Not im Reich auf allen Gebieten, rohstoffmäßig, warenmäßig usw.. Im Reich besteht die

14.12.42

Situation, daß einer stetig wachsenden Menge von Formalgeld eine schrumpfende Menge von echten Gütern gegenübersteht. Aus diesem kriegsmäßig bedingten Mißverhältnis von Währungsinhalt und Währungswirklichkeit zur Warenmenge steigen ungeheure Wirtschaftsprobleme auf, die natürlich auch zu uns hineinspielen. Es ist selbstverständlich, daß wir die Probleme nur ganz allgemein erörtern können. Gleichwohl kann ich sagen: es ist trotzdem geglückt, das Generalgouvernement einigermaßen durchzuhalten.und so etwas wie ein geordnetes Gebilde zu sichern. Alle, die durch Norwegen oder sonstige Länder gereist sind und ins Generalgouvernement kommen, sagen doch immer wieder, es sei auffallend ruhig bei uns. Wenn es möglich ist, diesen Kurs durchzuhalten, bin ich zufrieden. Ich will nichts anderes als die Ruhe im Lande so lange aufrecht erhalten, bis wir den Sieg errungen haben. Es kommt nur auf den Sieg an und sonst auf gar nichts. Alles, was den Sieg gefährdet oder hemmt, darf nicht geschehen. Ich bin der Meinung - und offensichtlich teilen diese Meinung jetzt auch mehr und mehr Gruppen der maßgeblichen Reichsinstanzen -, daß es darauf ankommt, die besetzten Gebiete in Ruhe zu halten, statt daß wir dauernd genötigt sind, Aufruhr oder Unrast niederzuschlagen. Der Ruhe bedürfen wir, nicht um die Wohlfahrt der fremden Gebiete zu sichern, sondern um im Dienste des Reiches arbeiten zu können. Wenn Sie bedenken, daß drei Fünftel des gesamten Nachschubes für die Ostfront durch das Generalgouvernement laufen, daß also die Ostbahn daran den weitaus wesentlichen Anteil hat, daß aber diese Ostbahn von über 12o ooo Polen gefahren wird, denen nur 6 ooo Deutsche vorgesetzt sind, daß der Ostbahn nur 6- bis 7 ooo Ukrainer angehören, so können Sie daraus ermessen, daß diese volkstumspolitischen fremdvölkischen Überlegungen für uns nicht theoretischer Art sind, wie manche

14.12.42

Zentralen des Reiches glauben, die sich nicht genug tun können in Ausrottungsparolen, sondern daß sie für uns von akutestem Lebensinteresse sind.

Diese Gegensätzlichkeit zwischen Theorie und Praxis ist bei uns auch immer deutlich spürbar. Die Partei hat hier eben auch die Aufgabe, über alle diese Schwierigkeiten hinweg und ungeachtet der Notwendigkeit, mit den in den deutschen Arbeits- und Transportprozeß zu Hunderttausenden eingeschalteten und daher doch irgendwie zu ernährenden oder sogar in ihren Lebensbedürfnissen zu schützenden Fremdvölkischen fertig zu werden, - sie hat die Aufgabe, die erhabene Künderin der deutschen Führung und der deutschen Zukunft in diesem Lande zu sein. Es ist nicht gut, wenn sich Parteidienststellen zu sehr mit internen polnischen Fragen abgeben. Ich habe eine gewisse Sorge davor, daß sich die Partei zu stark in die Manipulation der polnischen Arbeiter usw. einmischt. Bleibe die Partei ausschließlich in der Betreuung des Deutschtums und in der Höherführung der deutschen Aufgaben. Lassen Sie die Finger von allem, was ohnehin so schwierig ist, daß man es kaum meistern kann. Seien wir uns darüber klar, daß das im Zusammenhang mit dem, was ich vorhin sagte, auch immer mehr die Notwendigkeit erkennen läßt, vor allem den Soldaten und Verwundeten im Lande, die für uns gekämpft und geblutet haben, in der Partei das reine lautere Wollen des Führers in Erscheinung treten zu lassen. Unseren Soldaten gegenüber darf man nicht eine im Persönlichkeitskämpfen sich zermarternde Masse von Gegensätzlichkeiten zeigen, sondern ihnen muß die klare Kraft der Durchdrungenheit mit dem höheren Ziel unserer deutschen kulturellen Sendung entgegenleuchten. Sie müssen immer wieder durch die strahlende Idee unseres Führers aufgerichtet werden. So glaube ich denn auch, daß die Verwundetenbetreuung eines der schönsten Denkmäler ist, das

sich die Bewegung hier im Lande gesetzt hat, wie das auch allgemein anerkannt wird.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich habe Ihnen so einen allgemeinen Einblick in die Dinge gegeben, wie ich mir dachte, heute zu Ihnen sprechen zu müssen: sachlich und ernst und mit der Wirklichkeit verwachsen. Wir haben schöne Zeiten gehabt. Der Krieg war für uns ein leuchtend-heroisches Ringen. Es strahlte eine herrliche Glücksempfindung in uns, als die deutschen Truppen in Paris einmarschierten und als wir die Stunde miterlebten, in der über den Deutschen Rundfunk nach der Einnahme von Straßburg zuerst das Lied "Oh, Straßburg" ertönte. Wir können nicht dankbar genug dafür sein, daß wir Zeugen und Mitgestalter dieser Zeit sein dürfen. Wir können vor allem auch sagen, daß wir in unserem Gebiet schwere Krisen sieghaft bestanden haben.

Auch das Generalgouvernement steht nunmehr in seinem vierten Jahr. Ich selber habe im vergangenen Jahre eine schwere Entscheidung getroffen. Ich habe nämlich mein Bekenntnis zu den Dingen des Rechts in einer großen apotheotischen Form zum Ausdruck gebracht. Sie wären nicht meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Kameraden, wenn ich nicht zu Ihnen einige Worte darüber sagen wollte.

Ich bin, wie Sie wissen, als Mann des Rechts in die Bewegung gekommen. Meine Anschauungen sind klar. Ich halte und habe es immerfür notwendig gehalten, daß das, was man den unabhängigen Richter nennt, nicht beseitigt wird. Niemand soll verurteilt werden, der nicht gehört worden ist; man muß ihm die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. Auch soll überhaupt niemand verhaftet oder irgendwie geschädigt werden, es sei denn im Wege des richterlichen Spruches. Das ist

meine Anschauung, und von dieser Anschauung ausgehend haben wir auch den Kampf der Bewegung geführt. Mit diesem Argument habe ich Tausende von Parteigenossen in dem Ringen der Bewegung direkt und indirekt verteidigt. Ich bin durch sämtliche Gerichtssäle der deutschen Republik und in alle großen Oberlandesgerichtsbezirke als Anwalt gekommen und habe daher eine innere Verpflichtung. Ich habe 1929 nach ernster Prüfung der Lage auch dem Führer in Leipzig die Möglichkeit gegeben, den berühmten Legalitätseid zu leisten. Ich habe den Rechtswahrerbund gegründet. Nach alledem ist es klar, daß ich diese meine Anschauung für die richtige halte. Das ist nun einmal meine Meinung, und diese meine Meinung lasse ich mir von niemanden nehmen. Sie geht durch die deutsche Geschichte und gehört zum deutschen Charakter. Es ist meine persönliche Meinung, wenn ich sage: ich halte es nicht für richtig, daß man von diesen Rechtsgrundsätzen abgeht, - ich halte es nicht für richtig, daß man die Möglichkeit hat, einen Deutschen ohne Richterspruch zu verhaften, ihn in Haft zu behalten usw..

Ich habe diese Anschauung zum Audruck gebracht, und wußte, daß die Folgen die sein würden, die dann auch eintraten. Ich habe damit eine Schlußfolgerung gezogen, die notwendig war, und sie ist ja auch akzeptiert worden. Ich weiß ja nun selbstverständlich, daß diese meine Meinungsäußerung bei andern äußersten Widerspruch finden wird, die da sagen, das sei absolut nicht so, sondern die Aufrechterhaltung der Konzentrationslager usw. sei unerläßlich notwendig. Diese letztere Meinung hat gesiegt, und ich als disziplinierter Parteigenosse schweige dazu. Ich habe nur die Hoffnung, daß eines Tages der Führer doch den Punkt 19 unseres Parteiprogramms wieder in allen Ehren aufrichten wird. Mich bewegt nur die ernste Sorge: ich

wünsche nicht, daß unsere Bewegung als Gewaltinstrument erscheint. Wir sind eine vom Volkswillen getragene Organisation, und der Volkswille will das Recht, die Gerechtigkeit, er will den Richter.

Der Führer hat kraft seiner Autorität das Amt des Obersten Richters der Nation übernommen und damit auch den Rechtsstand geehrt. Als Generalgouverneur widme ich mich in intensivèr Form meiner Aufgabe und werde sie auch durchhalten, so lange es geht. Ich bitte Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, mir als Leiter dieses Arbeitsbereichs so wie bisher in treuer Kameradschaft verbunden zu bleiben. Wir haben in diesem Kriege vielleicht das schwerste noch nic ht hinter uns. Es kann sein, daß in diesem Kriege noch sehr, sehr graue Stunden und Tage kommen. Umso wichtiger ist es, daß der Parteibereich Generalgouvernement geschlossen intensiv, aktiv, energiegeladen und stimmungshart bleibt. Wir dürfen uns nicht zerreißen, und jener lächerliche persönliche Kleinkram und Kleinkrieg darf sich hier nicht breit machen. Gerade weil man uns so beobachtet, gerade deshalb muß unsere Partei in der vordersten Kampflinie stehen.

Ich werde im nächsten Jahr im August einen ganz großen Tag aus Anlaß des dreijährigen Bestehens des Arbeitsbereiches veranstalten. Ich werde ein ausgeprägtes Rede- und Versammlungsprogramm in den ersten Monaten des beginnenden Jahres für das ganze Genralgouvernement durchführen. Ich werde selber als Redner zum mindesten in jede Distriktshauptstadt kommen.

Ich verlange von Ihnen, daß Sie sich nun auch in intensivster Arbeit betätigen. Die Deutschen im Lande müssen nicht nur versorgt, sondern auch zu den großen Aufgaben erzogen werden, die die Bewegung hier hat. Die Deutschen im Lande machen nicht nur Freude, sie machen auch Sorgen, sind es doch nicht

immer die besten, die aus dem Reich zu uns kommen. Ich habe schon immer gesagt: schauen wir uns jeden Deutschen genau an, prüfen wir, woher und weshalb er kommt. Erst dann, wenn wir einwandfrei der Meinung sind, daß sein Verbleiben im Lande notwendig und nützlich ist, soll er bleiben. Ich werde alle Ämter anweisen, einmal die gesamten Deutschen hier von diesem Gesichtspunkt aus anzusehen.

Vor allem muß es so gehalten werden, daß die Deutschen denselben Pflichten unterstellt sind wie im Reich. Ich begrüße daher auch die verschiedenen Pflichtauferlegungen, die jetzt im Generalgouvernement als notwendig durchgeführt werden. Ich begrüße insbesondere die Art, in der sich die Partei intensivst um das Schicksal der Deutschen, vor allem der Volksdeutschen kümmert. Das Schicksal dieser Siedlungsdeutschen ist noch lange nicht geregelt. Ich weiß nicht, ob es gut war, daß wir gerade jetzt große Umsiedlungen im Distrikt Lublin vornehmen. Es hätte vielleicht ein günstigerer Zeitpunkt abgewartet werden müssen. Wenn es aber schon geschehen ist, dann muß zum mindesten der Partei ein gewisser Einfluß eingeräumtwerden.

Wie im Staat werde ich auch in der Partei den Kurs durchhalten. Seien Sie überzeugt, daß ich wie ein Kapitän auf dem Schiff ohne Rücksicht auf jeden Sturm hier ausharren werde. Und ich verlange das gleiche von Ihnen. Was man auch immer im Reich an uns kritisiert, das eine steht fest, daß das, was nur irgendwie möglich war, in diesem Raum geleistet worden ist. Das danke ich den Beamten und den treuen Dienstträgern aller Bereiche, das danke ich vor allem auch Ihnen, den Parteigenossen in diesem Raum.

Wenn wir so wie bisher weiterarbeiten, wenn es uns gelingt, das, was wir haben, zu halten, dann leuchtet der Sieg für das Deutsche Reich. Unsere Gegner

werden sich wohl noch einige Zeit, anrennend gegen die Waffen Europas, betätigen. Eines Tages werden sie erkennen, daß sie an dieser Festung scheitern. Und dann kommt die Stunde des Friedens, eines Friedens, der unserem Volke die Ewigkeit sichert. Diesen Frieden verdanken wir dem Führer und seiner Bewegung, der Tapferkeit unserer Soldaten und dem Heldenmut unseres Volkes.

Indem ich diese heutige Arbeitsstunde schließe, bitte ich Sie, mit mir den Führer zu ehren. Unser Führer Adolf Hitler: Sieg-heil, Sieg-heil, Sieg-heil!

(Mit den Liedern der Nation findet die Führertagung ihren Abschluß).

Schluß der Tagung 18 Uhr.

18^{10} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania: Sechstes Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Haus Urania zum Haus der NSDAP zwecks Teilnahme an einem Kameradschaftsabend der Partei.

23^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Dienstag, den 15.Dezember 1942

11[30] Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Direktor Müller.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Verordnung über eine summarische Bestandsaufnahme der Bevölkerung des Generalgouvernements

vor.

Direktor Müller vom Statistischen Amt gibt dazu folgende Erläuterungen:

Die Form einer summarischen Bestandsaufnahme habe man deshalb gewählt, da eine Volkszählung zuviel Papier gekostet und eine zu große Belastung der Gemeindeverwaltungen bedeutet hätte,und bei dem gegenwärtigen Stand der Bevölkerung des Generalgouvernements das Ergebnis vor seiner Erzielung schon überholt wäre. Bei der summarischen Bestandsaufnahme würden nicht nur alle Einzelpersonen, sondern eine Personengesamtheit, die Wohnungsgemeinschaft erfaßt. Diese werde wieder untergegliedert nach den wichtigsten Volksgruppen und innerhalb dieser wieder nach Geschlechtern und Alter. Die Einteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen unter und über lo Jahre sei von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gewünscht worden. In jedem Kreis werde außerdem eine Gemeinde ausgesucht und in ihr sämtliche Personen nach dem Alter erfaßt. Auf Grund der hier erzielten Ergebnisse könne man dann Rückschlüsse auf die übrigen Gemeinden ziehen und sei dadurch in der Lage, jede verlangte Auskunft über die Altersgruppierung zu geben. Auf indirektem Wege gewinne man für die Zwecke der Hauptabteilung Arbeit nicht nur die Zahl der Wohnungen, sondern auch eine Gruppierung der Wohnungen nach Größe.

15.12.42

Große Schwierigkeiten habe die Behandlung der militärischen Formationen gemacht. Durch Verhandlungen habe man nun erreicht, daß die Angehörigen von Formationen grundsätzlich von der Zählung ausgenommen seien; gezählt werde nur, was gewissermaßen hier zum Stamm gehöre.

Zur Durchführung der Zählung benötige man ungefähr 3oo ooo ehrenamtliche Zähler. Die Propaganda für die Zählung setze bereits am nächsten Morgen ein. Die Kosten würden 35o ooo Zloty betragen, während eine Volkszählung 5 bis lo Millionen beanspruche. Der Termin des Inkrafttretens der Verordnung sei der 1. Januar 1943, die Zählung selbst werde am 1. März 1943 stattfinden. Mitte März werde er dann dem Herrn Generalgouverneur das vorläufige Ergebnis der Bestandsaufnahme geben können.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Verordnungsentwurf.

Weiter unterzeichnet der Herr Generalgouverneur einen von Dr. Weh vorgelegten Entwurf einer Verordnung über die Dienstverpflichtung deutscher Staatsangehöriger im Generalgouvernement.

Dr. Weh überreicht anschließend dem Herrn Generalgouverneur den zweiten Band seines Werkes "Das Recht des Generalgouvernements".

12[3o] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Finanzpräsident Dr. Senkwosky.

Dr. Senkowsky berichtet zunächst dem Herrn Generalgouverneur, daß er vom Reichsfinanzministerium zu einer Tagung sämtlicher Finanzabteilungsleiter aus den besetzten Gebieten nach Berlin geladen sei, auf der Fragen der Besatzungskostenpraxis, der Zoll- und Vertragssteuerangleichung, des schwarzen Marktes und Organisationsfragen der deutschen Verwaltung in den besetzten Ostgebieten

behandelt werden sollen.

Weiter berichtet er über eine Reise, die er nach Bulgarien und der Türkei zwecks Tabakeinkauf für die Monopole des Generalgouvernements unternommen hat. Die Situation auf dem Tabakgebiet werde im Südosten immer angespannter, da die Bauern gezwungen seien, auf Kosten der Tabakanbauflächen mehr Lebensmittel zu erzeugen. Das Deutsche Reich habe in der Türkei von der Tabakernte 1942 für 15 Millionen gekauft; die Türkei gebe den Tabak aber erst ab, wenn er mit aus Deutschland gelieferten Waren bezahlt sei. Der deutsch-türkische Warenverkehr stocke aber sehr erheblich und umfasse meistens Öl und Fette.

Ihm sei es geglückt, noch 6 ooo Kilogramm türkische Tabake für sofortige Lieferung zu erhalten. Das Generalgouvernement müsse aber damit rechnen, ab Ende des nächsten Jahres fast ausschließlich auf die eigene Produktion angewiesen zu sein.

Die Lage auf dem Gebiete der eigenen Tabakerzeugung sei sehr günstig. Die heurige Ernte habe mehr erbracht als man erwartet habe. Besonders gut sei die Tabakernte in Galizien ausgefallen. Er werde daher im kommenden Jahre noch eine neue Zigarrenfabrik eröffnen. Auch habe er mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vereinbart, die Anbaufläche von 13 ooo auf 14 ooo ha zu steigern. Dadurch werde ein Mehrertrag von 1 ½ Millionen Kilogramm erzielt. Der jährliche Verbrach des Generalguuvernements betrage 9 Millionen Kilogramm. Bis jetzt habe man hier 2 bis 3 Millionen kg Orienttabake verarbeitet. Es bestehe also die Möglichkeit, mit der geplanten Erhöhung der Anbaufläche den Ausfall an Orienttabaken in Zukunft aus eigener Produktion zu decken.

Auf die Erklärung Dr. Senkowskys, daß aus dem Jahre 194o ein Führererlaß existiere, demzufolge eine Vergrößerung der Tabakanbaufläche verboten sei, erklärt der Herr

Generalgouverneur, daß er auf Grund seiner Vollmachten diesen Erlaß als für das Generalgouvernement nicht bindend ansehe. Die Lieferungen des Generalgouvernements an die Wehrmacht seien so umfangreich, daß auf Grund der gegenwärtigen Situation auf dem Tabakmarkt eine Erhöhung der Anbaufläche wohl zu vertreten sei.

Präsident Dr. Senkowsky äußert dann die Bitte, daß der Herr Generalgouverneur, wenn er wieder einmal in irgendeiner Ansprache über die Ergebnisse der Ernteerfassung spreche, auch der Monopolverwaltung einige Worte des Dankes und der Anerkennung widmen möge.

Der Herr Generalgouverneur gibt hier seine Absicht kund, im kommenden Jahre im verstärktem Maße Dienststellen aus den Distrikten geschlossen nach Krakau einzuladen und Krakauer Dienststellen Besuche abzustatten. Er sei damit einverstanden, den ersten dieser Besuche bei der Monopolverwaltung abzustatten und bei dieser Gelegenheit für die wirkliche anerkennenswerten Leistungen der Beamten und Angestellten der Monopolverwaltung seinen Dank auszusprechen.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet weiter von den Unstimmigkeiten, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Hauptabteilung Finanzen der Regierung des Generalgouvernements wegen der Einkommens- bzw. Lohnsteuerfrage bestehen. Das Reichsfinanzministerium stehe auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung des Generalgouvernements die Deutschen steuerlich zu gut und die Polen zu schlecht behandle. Staatssekretär Reinhardt werfe der Hauptabteilung Finanzen vor, daß sie ohne Zustimmung des Reichsfinanzministeriums die neuen steuerlichen Maßnahmen eingeführt habe und daß die Deutschen im Generalgouvernement auf steuerlichem Gebiet günstiger behandelt würden als

die in den eingegliederten Ostgebieten tätigen.

Dem müsse er entgegenhalten, daß sich das Reichsfinanzministerium, dem die neuen Maßnahmen des Generalgouvernements vor ihrem Inkrafttreten durch die Hauptabteilung Finanzen vorgelegt worden seien, dazu nicht geäußert habe. Auch habe Staatssekretär Reinhardt für den Bezirk Bialystock eine noch weitergehende Ermäßigung als im Generalgouvernement genehmigt. Das Reichsfinanzministerium verlange vom Generalgouvernement, daß es die Steuersätze den in den eingegliederten Ostgebieten geltenden angleiche.

Er schlage vor, dem Reichsfinanzministerium in dem Sinne zu schreiben, daß es damals diesen neuen Steuermaßnahmen schweigend zugestimmt habe, daß das Generalgouvernement mit einer Angleichung der Steuersätze an die der eingegliederten Ostgebiete einverstanden sei, wenn das Gleiche im Bezirk Bialystock geschehe.

Dabei wünscht der Herr Generalgouverneur, daß nicht der Eindruck erweckt werde, daß das Generalgouvernement steuerliche Maßnahmen von der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums abhängig mache. Der Reichsfinanzminister könne im Generalgouvernement keinen Einfluß ausüben.

Präsident Dr. Senkowsky weist zum Schluß darauf hin, daß die Einrichtung der Monopolverwaltung in den Ostgebieten nach dem Vorbild der Monopolverwaltung des Generalgouvernements geschehe. Er habe sämtliche Entwürfe gemacht; die Verwaltung der Monopole des Generalgouvernements schule auch in längeren Kursen die für diese Zwecke zum Einsatz gelangenden Beamten und Angestellten. Bis heute sei diese Arbeit nur im stillen geschehen. Das Reich habe dieser wertvollen Vorarbeit noch keine Anerkennung gezollt.

15.12.42

13^{00} F r ü h s t ü c k .

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Wächter.

21^{30} Fahrt zum Hause der NSDAP zwecks Teilnahme am einem Kameradschaftsabend des Aufbaustabes der SA.

23^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Mittwoch, den 16.Dezember 1942

11^{00} Der Generalgouverneur empfängt den Buchhändler Fritzsche, in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur spricht Herrn Fritzsche seine Anerkennung dafür aus, daß er in Krakau eine vorbildliche Buchhandlung errichtet habe.

Herr Fritzsche gibt dem Herrn Generalgouverneur dann einen Einblick in die Aufgaben, die einer deutschen Buchhandlung im Generalgouvernement gestellt sind, und schildert dabei die Schwierigkeiten, mit denen er bei seinem Aufbauwerk zu kämpfen gehabt hat.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage des Verlagswesens Stellung genommen. In diesem Zusammenhang weist Präsident Ohlenbusch auf die Tatsache hin, daß nunmehr die Osteuropäische Verlagsanstalt ihre Tätigkeit im Generalgouvernement durch Errichtung von Filialen in Tschenstochau, Zakopane, Reichshof, Radom, Lublin und Lemberg aufgenommen habe. Diese Verlagsanstalt, ein großes Unternehmen des Reichsleiters Amann bzw. des Eher-Verlages, dem auch die Krakau-Warschauer Zeitung gehöre, habe das verlegerische Monopol für das deutsche wie fremdvölkische Schrifttum. Leider werde dadurch ein Wirken des guten deutschen Verlages im Generalgouvernement ausgeschaltet.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen solche Monopolbestrebungen und will die Möglichkeit geschaffen sehen, daß auch andere Verlage im Generalgouvernemnt zu ihrem Recht kämen. Verlage wie Teubner, Brockmann, Insel-Verlag und andere müßten auch im Generalgouvernement ein Feld der Betätigung finden. Auch halte er die Schaffung eines Staatsverlages für unbedingt geboten. Es komme vor allem darauf an, daß man auch auf diesem so wichtigen

16.12.42

kulturellen Gebiete im Generalgouvernement einen eigenen Weg gehe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch die Frage der Schaffung eines Staatsverlages baldmöglichst einer Lösung zuzuführen.

Die Besprechung wendet sich dann verschiedenen literarischen Fragen zu. Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß mehr als bisher das Generalgouvernement und vor allem die Stadt Krakau als alte Stätte deutscher Kultur in den Bereich literarischer und auch bildnerischer Darstellung gezogen werden möge.

Gegenstand der Besprechung sind weiter die Fragen der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements, deren Leitung nach dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs auch Buchhändler Fritzsche angehören soll, der Schaffung eines Kulturfilms, in welchem Geschichte, Wesen, Art und Landschaft des Generalgouvernements zur Darstellung kommen, der Ausgestaltung des Schachseminars als einer Einrichtung des Großdeutschen Schachbundes in Krakau.

16.12.42

12[lo] Besprechung mit Oberbereichsleiter Stahr.

Oberbereichsleiter Stahr berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zur Zeit intensiv mit dem Problem beschäftigt sei, wie angesichts der gegenwärtigen Ernährungslage die Verpflegung der Arbeiter in den Betrieben der Rüstungsindustrie und anderer wichtiger Industrien sichergestellt werden könne. Er habe darüber mit vielen Betriebsführern einen regen Meinungsaustausch gehabt. Alle hätten ihm bestätigt, daß die Leistung der polnischen Arbeitskräfte mehr und mehr absinken würde, wenn man ihnen nicht eine einigermaßen ausreichende Ernährung gebe. Die Betriegsführer täten auch von sich aus wie z.B. im Stickstoffwerk Moscice alles mögliche in der Sorge für die Verpflegung der Arbeiter. Das bisherige System der Kartenzuteilung an die Arbeiter habe bis zum gewissen Grade versagt. Ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sei vielleicht darin zu finden, daß dem Betriebsführer für eine bestimmte Zeitspanne von etwa 8 Tagen entsprechende Mengen von Nahrungsmitteln zugeteilt würden. Wenn so die nahrungsmäßige Versorgung der Arbeiter einigermaßen sichergestellt sei, dann brauchten diese sich nicht auf den Weg des Schleichhandels zu begeben. Er habe über diese Frage schon Besprechungen mit Staatssekretär Dr. Boepple und Gouverneur Kundt in einem Arbeitsausschuß gehabt, habe sich auch mit dem Leiter der Hauptabteilung E. u. L. ins Benehmen gesetzt, der ihm aber erklärt habe, über entsprechende Nahrungsmittelmengen nicht zu verfügen. Er schlage nun vor, 5o Betriebe aus der Rüstungsindustrie, aus dem Großhandel und dem Kleinhandel herauszugreifen und für diese eine Regelung in diesem Sinne durchzuführen, und bitte den Herrn Generalgouverneur, ihm einen diesbezüglichen Auftrag zu erteilen.

16.12.42

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberbereichsleiter Stahr, ihm unter Bezugnahme auf die soeben stattgefundene Besprechung einen Bericht zu unterbreiten. Das an ihn, den Herrn Generalgouverneur, zu richtende Schreiben soll folgende Punkte enthalten:

1. Oberbereichsleiter Stahr soll auf Grund seiner bisherigen Arbeit im Generalgouvernement seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Versorgung der polnischen Arbeiter schildern, und zwar unter Anführung von Einzelbeispielen: Angabe der Firma, Zahl der beschäftigten Arbeiter, Arbeitsbedingungen usw..

2. Oberbereichsleiter Stahr soll in seinem Resümee darauf hinweisen, daß die bisherige Versorgungslage der polnischen Arbeiter ein unmöglicher Zustand sei, um so mehr, da notwendige Nahrungsmittel im Schleichhandel gekauft werden müßten.

3. Oberbereichsleiter Stahr geht von der Schlußfolgerung aus, daß offensichtlich noch soviele Waren im Lande vorhanden sind, daß nach seiner Meinung hier eine Fehlorganisation bestehe.

4. Oberbereichsleiter Stahr soll bestimmte Vorschläge machen.

Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur Oberbereichsleiter Stahr, sich unverzüglich mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Naumann sowie Vertretern der Rüstungsinspektion und der allgemeinen Wirtschaft in Verbindung zu setzen. Die Aufstellung eines Planes wird dann Gegenstand einer Besprechung beim Herrn Generalgouverneur sein.

16.12.42

12[25] Der Herr Generalgouverneur empfängt Senator Wiesner in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

Senator Wiesner berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seiner Tätigkeit als Führer der jungdeutschen Bewegung im ehemaligen Polen.

Der Herr Generalgouverneur äußert den Wunsch, Senator Wiesner in einer amtlichen Tätigkeit im Generalgouvernement zu verwenden, etwa in irgendeiner Funktion im Rahmen der Hauptabteilung Innere Verwaltung. Er, der Generalgouverneur, fühle sich verpflichtet, dem Senator Wiesner als altem Vorkämpfer des Deutschtums eine Dankesschuld abzutragen. Der Herr Generalgouverneur stellt Senator Wiesner anheim, seinen Wohnsitz baldmöglichst von Bielitz nach Warschau zu verlegen.

13[00] M i t t a g e s s e n .

16[30] Besprechung mit NSKK-Obergruppenführer Höfle und NSKK-Staffelführer Diederich in Anwesenheit von Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Gegenstand der Unterhaltung ist die Klärung der Uniformfrage des Fahrers Parlitz des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß Parlitz bis Ende des Jahres seine bisherige NSKK-Uniform tragen darf. Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith soll dafür Sorge tragen, daß Parlitz mit Beginn des nächsten Jahres die Fahreruniform der Regierung des Generalgouvernements zur Verfügung hat. Die NSKK-Kurierkompanie soll ab Januar einen Truppführer als Ersatzfahrer zur Verfügung stellen.

16.12.42

17^{00} Baubesprechung.

Teilnehmer: Präsident Bauder, Kammergerichtsrat Dr. Keith, Baudirektor Hofer und die Architekten Koettgen, Horstmann, Kaulfuß und Pohl.

Gegenstand der Besprechung: Die Arbeiten am Kanzleigebäude auf der Burg.

Der Herr Generalgouverneur führt eingangs aus, daß der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith die Einstellung der Arbeiten am Neubau des Kanzleigebäudes auf der Burg vorgeschlagen habe. Bevor er dazu Stellung nehme, wolle er sich einen eingehenden Überblick über die jetzigen Stand der Arbeiten geben lassen.

Auf Grund von Rückfragen an die anwesenden Herren stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß der Bau in den ersten Monaten des Jahres 1941 begonnen wurde. Als Bauherr zeichnet die Baudirektion des Generalgouvernements, die auch mit der Firma Hochtief den Vertrag für den Rohbau abgeschlossen hat.

Baudirektor Hofer erklärt dazu, daß die Firma Hochtief auf Grund des abgeschlossenen Vertrages hauptsächlich das Rohbaumäßige fertigzustellen habe. Die Bausumme habe zuerst rund 1 Millionen Zloty betragen und habe sich, da sich verschiedene Erweiterungen als notwendig erwiesen, auf 1,6 Millionen Zloty erhöht. Neben dieser Firma seien dann andere für die Installations-, Steinmetz-, Zimmermannsarbeiten usw. hinzugekommen, so daß die Gesamtbausumme etwas über lo Mill. Zloty betrage. Als bauleitende Architekten fungierten Kaulfuß und Korinthenberg, die Angestellte der Architekten Koettgen & Horstmann seien.

16.12.42

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Bauder, daß zur Zeit die Bauvorhaben, die unbedingt als kriegswichtig weiter zu bauen seien, in eine Wehrkreisliste aufgenommen würden. Das Bauvolumen werde im großdeutschen Raum in der kommenden Zeit so gering, daß er überhaupt keine Möglichkeit sehe, hier noch bauen zu können.

Der Herr Generalgouverneur weist in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im Generalgouvernement mit Nachdruck darauf hin, daß das Verwaltungsgebäude des Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau eine absolut kriegswichtige Angelegenheit in diesem Gebiet ist. Er sehe nicht ein, daß Bauten des Wehrkreiskommandos dringlicher seien. Seine Dienststelle sei eine Kriegseinrichtung; er müsse mit den wenigsten Mitteln vor einer Fremdbevölkerung von 16 Millionen den deutschen Willen vertreten.

Vom Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen verlange er, daß die Fortsetzung des Verwaltungsbaues auf der Burg in die aufzustellende Wehrkreisbauliste aufgenommen werde; denn es sei kein Luxusbau, sondern einer der wichtigsten Bauten, der im Generalgouvernement notwendig sei.

Der Herr Generalgouverneur drückt dann sein Befremden aus, daß der Bau trotz der langen Bauzeit noch nicht fertiggestellt worden sei. Er fordert die Prüfung der Voraussetzungen, unter denen die Fortsetzung und Vollendung dieses Baues, wenn auch im kriegsmäßigen Stil,gemacht werden kann. Seine Dienststelle sei keine Zivilbehörde, sondern eine Einrichtung des Krieges. Es sei unmöglich, den Dienstbetrieb mit den jetzigen Behelfseinrichtungen aufrecht zu erhalten. Die Bauarbeiten seien auch so weit fortgeschritten, daß eine

16.12.42

Fortsetzung der Arbeiten die Sache des deutschen Sieges nicht erschwere. Bei der weiteren Ausführung der Bauarbeiten wolle er auf alles verzichten, was irgendwie nach Luxus aussehe; alle Einrichtungen, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung zusammenhängen, brauchten nicht ausgeführt zu werden. Die Hauptsache sei eine Aneinanderreihung von Verwaltungsräumen.

Die Verantwortung des Generalgouverneurs werde von Tag zu Tag größer. Jeder fordere von ihm und wenn er seine eigene Werkstätte ausbauen wolle, erkläre man plötzlich, das sei eine Zivilbehörde. Notfalls werde er in dieser Angelegenheit eine Entscheidung des Führers herbeiführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, daß er aus den vielen Vorträgen, die ihm Dr. Keith in dieser Angelegenheit gehalten habe, die getreue Mithilfe von Präsident Bauder an diesem Bauobjekt entnommen habe; dafür spreche er ihm seinen besonderen Dank aus. Präsident Bauder brauche eine Verantwortung für die Fortsetzung des Baues nicht übernehmen; diese Verantwortung werde er, der Herr Generalgouverneur, von jetzt ab selbst tragen.

Mit einer Einstellung der Bauarbeiten sei er auf keinen Fall einverstanden, es sei denn, daß technische oder transportmäßige Unmöglichkeiten dazu zwängen.
Es sei ein unmöglicher Zustand, daß der verantwortliche Vertreter des Reiches für ein Gebiet von 16 Millionen Fremdvölkischen kein richtiges Büro besitze, während diese den Kreishauptleuten ohne weiteres zugestanden würden.

Es gelte nun, ein kriegsmäßiges Notprogramm für diesen Bau aufzustellen, d.h. die Vollendung des Teiles des Verwaltungsgebäudes herbeizuführen, der unbedingt für die Verwaltung notwendig ist und alles, was Luxus oder überflüssig ist, abzustoppen.

16.12.42

Fortsetzung der Arbeiten die Sache des deutschen Sieges nicht erschwere. Bei der weiteren Ausführung der Bauarbeiten wolle er auf alles verzichten, was irgendwie nach Luxus aussehe; alle Einrichtungen, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung zusammenhängen, brauchten nicht ausgeführt zu werden. Die Hauptsache sei eine Aneinanderreihung von Verwaltungsräumen.

Die Verantwortung des Generalgouverneurs werde von Tag zu Tag größer. Jeder fordere von ihm und wenn er seine eigene Werkstätte ausbauen wolle, erkläre man plötzlich, das sei eine Zivilbehörde. Notfalls werde er in dieser Angelegenheit eine Entscheidung des Führers herbeiführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, daß er aus den vielen Vorträgen, die ihm Dr. Keith in dieser Angelegenheit gehalten habe, die getreue Mithilfe von Präsident Bauder an diesem Bauobjekt entnommen habe; dafür spreche er ihm seinen besonderen Dank aus. Präsident Bauder brauche eine Verantwortung für die Fortsetzung des Baues nicht übernehmen; diese Verantwortung werde er, der Herr Generalgouverneur, von jetzt ab selbst tragen.

Mit einer Einstellung der Bauarbeiten sei er auf keinen Fall einverstanden, es sei denn, daß technische oder transportmäßige Unmöglichkeiten dazu zwängen.
Es sei ein unmöglicher Zustand, daß der verantwortliche Vertreter des Reiches für ein Gebiet von 16 Millionen Fremdvölkischen kein richtiges Hiro besitze, während diese den Kreishauptleuten ohne weiteres zugestanden würden.

Es gelte nun, ein kriegsmäßiges Notprogramm für diesen Bau aufzustellen, d.h. die Vollendung des Teiles des Verwaltungsgebäudes herbeizuführen, der unbedingt für die Verwaltung notwendig ist und alles, was Luxus oder überflüssig ist, abzustoppen.

16.12.42

Architekt Kaulfuß macht dann Angaben über den jetzigen Stand der Arbeiten:

Die Heizungsanlage sei bis zu 8o % fertig; im Februar könne man den Gesamtbau heizen, in dem bereits seit 4 Wochen der größte Teil der Heizungsanlage in Betrieb sei. Licht-, Schwachstrom-, Meldewesen und andere Anlagen seien so weit vorgetrieben, daß man bei dem heutigen Arbeitstempo im April mit der Fertigstellng rechnen könne. Im übrigen sei er der Meinung, daß man den Bau nach einem Jahr in Betrieb nehmen könne, vorausgesetzt, daß das heutige Arbeitstempo nicht noch weiter verlangsamt werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Architekt Kaulfuß, daß sämtliche benötigten Baumaterialien bis auf kleine Mengen bereits auf der Burg lagerten, wie z.B. Klinker, Fußbodenplatten, Wand- und Estrichfließen, Gips für Putz-und Stuckarbeiten. Für die Steinmetzarbeiten fehlten noch 2 bis 3 Waggons. Sämtliche Zimmermannsarbeiten seien fertiggestellt und die restlichen Dachbedeckungsarbeiten könnten noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Tischlerarbeiten wie Fenster lagerten vollzählig auf der Burg; die Beschläge dazu seien zur Hälfte vorhanden, der Rest werde bis Ende Februar geliefert. Auch das Glas für den gesamten Bau lagere hier. Materialmäßig könne man die Situation also als durchaus günstig bezeichnen.

Die Post habe bereits sämtliche Telefonleitungen gelegt; ebenfalls fertiggestellt sei die elektrische Installation. Alles, was in den Räumen gestellt oder an die Wand gehängt werde wie Möbel und Bilder, lagerte zu 8o % auf der Burg. Schwierig seien die nötigen Materialien für die Klimaanlage, die Kühlanlagen und die Aufzugsanlagen zu beschaffen. Tressore und Stahlschränke würden im März geliefert werden.

16.12.42

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß solche überflüssigen Einrichtungen, die nicht unbedingt mit dem Bürobetrieb zu tun hätten, zurückgestellt werden sollten. Er stellt dann fest, daß auf Grund der Angaben des Architekten Kaulfuß materialmäßig die Fortsetzung des Baues keine Schwierigkeiten bereite. Die noch fehlenden geringen Sachen würden sich sicherlich beschaffen lassen.

Architekt Kaulfuß behandelt sodann die Hauptschwierigkeit, nämlich die Gestellung der Arbeitskräfte. Seit eineinhalb Jahren litten die Bauarbeiten an einer zu geringen Belegschaft. Im Sommer dieses Jahres, habe die Firma Hochtief allein 37o Mann beschäftigt. Heute habe sie einen Sollbestand von 2oo Mann, von denen in Wirklichkeit durchschnittlich immer nur 15o anwesend seien. Von den zur Zeit vorhandenen 6o Maurern seien nur 25 Putzer. Von den übrigbleibenden 35 Mann müßten für Hilfsarbeiten bei den Installationsarbeiten 2o Mann abgestellt werden, so daß also nur 15 Maurer wirklich zur Verfügung ständen. Wenn es möglich wäre, die Zahl der 6o Maurer um weitere 6o zu erhöhen, wären die Putzarbeiten bis zum April und in weiteren 3 Monaten die Feinarbeiten fertigzustellen.

Auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur äußern die Herren Hofer, Koettgen und Horstmann die gleiche Anschauung.

Kammergerichtsrat Dr. Keith berichtet von den ungeheueren Schwierigkeiten, die die Arbeiterfrage schon immer verursacht habe. Selbstverständlich habe er das größte Interesse an der Fertigstellung des Baues, da die bisherigen behelfsmäßigen Einrichtungen auf die Dauer untragbar seien. Auf Grund seiner Erfahrungen glaube er aber, daß sich die Zahl der jetzt beschäftigten Arbeiter nicht erhöhen lasse. Man müsse heute um

jeden einzelnen Facharbeiter schwer kämpfen. Außerdem bereite die Verpflegung der Leute zunehmende Schwierigkeiten. Man müsse den Arbeitern zusätzlich Naturalien verabfolgen, da sie bei Zahlung nur des gesetzlich zulässigen Lohnes überhaupt nicht zur Arbeit erschienen.

Der Herr Generalgouverneur will sich deswegen mit den Leitern der Hauptabteilungen Ernährung und Landwirtschaft und Arbeit in Verbindung setzen. Als der kriegswichtigste Mensch im Generalgouvernement müsse er unbedingt Wert darauf legen, daß er möglichst bald eine "Werkstätte" zur Verfügung bekomme. Zu diesem Zweck müsse die Arbeiterfrage unbedingt einer Lösung zugeführt werden.

Auf den Hinweis von Präsident Bauder, daß er für die Fortführung des Baues die Genehmigung von Reichsminister Speer für erforderlich halte, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er vorerst eine diesbezügliche Mitteilung des Reichsministers abwarten werde. Im Generalgouvernement könne man nicht das Schema des Reiches anwenden. Man könne dem Generalgouverneur den Ausbau seiner Dienststelle, die unbedingt als kriegswichtig anzusehen sei, nicht verweigern. Sollte es deswegen zu einem Konflikt kommen, dann werde er den Führer um eine Entscheidung angehen. Er gäbe offiziell die Weisung, daß der Bau des Kanzleigebäudes, also seiner Werkstätte im Hinblick darauf, daß es sich um einen kriegwichtigen Bau handele und daß bis zu 9o % des Materials vorhanden seien und daß es in der Arbeiterfrage sich um die Gestellung von nur wenigen Dutzend Arbeitern handle, fortgesetzt wird. Allerdings wünsche er nicht, daß am Bau etwas geschieht, was überflüssig ist oder einen Luxus darstellt. Wichtig sei ihm allein die Erstellung einer Arbeitsstätte.

16.12.42

Vor allem müßten Arbeitsräume in Serien fertiggestellt werden können und gegenüber dem nichtfertigen Bau abgeriegelt werden. Die Arbeiten am Festsaal müßten eingestellt werden. Im Programm, das von heute ab gelte, sei nur die Fertigstellung des Allernotwendigsten und für einen gewöhnlichen Bürobetrieb unbedingt Erforderlichen zu berücksichtigen. Die Verantwortung für die Fortsetzung des Baues als der Werkstätte des Generalgouverneurs übernehme er persönlich. Baudirektor Hofer habe sich der Weiterführung des Baues intensiv und tatkräftig zu widmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zum Schluß nochmals seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Neubau von seiten der Architekten nicht mit dem nötigen Nachdruck und der nötigen Energie betrieben worden sei.

Kammergerichtsrat Dr. Keith berichtet dann, daß die Verlegung der neuen Schloßküche so weit gediehen sei,daß sie am 1. April in Betrieb genommen werden könne.

19^{00} Besuch der Aufführung "Der Kreidekreis" von Johannes von Guenther im Staatstheater Krakau.

21^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Donnerstag, den 17.12.1942

12^{10} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet anhand von Tabellen, Aufstellungen und Statistiken über verschiedene Angelegenheiten aus seinem Arbeitsgebiet.

12^{40} Besprechung mit Pressechef Gassner.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf di Fossombrone

13^{00} M i t t a g e s s e n .

15^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler Fräulein Emilie Bauer.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Freitag, den 18. Dezember 1942

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die vier Erlasse betreffend die Eingliederung des Distrikts Galizien in das Generalgouvernement vor.

Der Herr Generalgouverneur macht Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh Mitteilung davon, daß Staatssekretär Krüger in Sachen des Polizeihilfsdienstes ein Schreiben an ihn gerichtet habe. Aus diesem Anlaß trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. von einer Veröffentlichung der Verordnung über Befreiungen vom Polizeihilfsdienst in der Krakauer Zeitung und ihrer Bekanntgabe im Rundfunk ist abzusehen.
2. Das Amt für Gesetzgebung ist als die große Sicherungsinstanz für die geordnete Gesetzgebung im Generalgouvernement anzusehen.
3. Dem Staatssekretär Krüger ist davon Mitteilung zu machen, daß der Herr Generalgouverneur an seiner bisher eingeschlagenen Richtung festhält.
4. Die Polizeiverordnung über den Polizeihilfsdienst, die nunmehr mit der Verordnung des Generalgouverneurs nicht mehr zusammenstimmt, ist entsprechend abzuändern bzw. ist festzustellen, inwieweit durch die Verordnung des Generalgouverneurs die ursprüngliche Polizeiverordnung abgeändert wird.

18.12.42

5. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß bis zum Beginn des Jahres 1943 sämtlichen Amtsträgern des Generalgouvernements und auch sämtlichen maßgebenden Parteidienststellen die Verordnung des Generalgouverneurs durch Rundschreiben nochmals bekannt gegeben wird, und zwar mit der Weisung, daß sie sich strikte danach zu richten hätten.

11^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{15} Besprechung über die gegenwärtige Papiersituation und verschiedene verlegerische Fragen.

Teilnehmer: Präsident O h l e n b u s c h, Pressechef G a s s n e r, Dr. L ü d e m a n n, Herr von K r a e w e l, Verlagsleiter S t r o z y k, Hauptschriftleiter F e n s k e und Herr St o f f e r.

Herr Stoffer, Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier erstattet über die gegenwärtige Papiersituation Bericht. Die Lage spitze sich immer mehr zu. Erst jüngst sei das Kontingent, das das Generalgouvernement vom Reich erhalte, um 3o % gekürzt worden; weitere Kürzungen müssten erwartet werden. Die eigene Produktion in drei grossen Papierfabriken sei infolge Kohlenmangels unzureichend.

Der Normalbedarf des Generalgouvernements einschliesslich Galiziens belaufe sich auf monatlich 11.ooo t. Dem gegenüber erhaltet das Generalgouvernement aus dem Reich 2.5oo t, sodass es mit seiner Eigenerzeugung von 15oo t eine Gesamtmenge von 4ooo t Papier im Monate zur Verfügung habe. Mit dieser Menge könnten nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden.

Dieses Papierkontingent werde in verschiedenen Strängen verteilt. Der Hauptabnehmer sei der Zeitungs=

verlag Krakau-Warschau mit monatlich 7oot. Es sei damit zu rechnen, dass man dem Zeitungsverlag die jetzige Menge auch in Zukunft zur Verfügung stellen könne. Weitere Kontingente erhielten Dienststellen, Wehrmacht, verschiedene Verarbeiter (Zigarettenhül=sen), Druckereibetriebe; eine kleine Menge werden noch an deutsche Einzelhändler verteilt. Schulhefte würden zum grössten Teil eingeführt; im Generalgou=vernement würden für diese Zwecke nur 3o t Papier zur Verfügung gestellt.

Verlagsleiter S-trozyk weisst in diesem Zusammen=hang darauf hin, dass der Zeitungsverlag Papier=vorräte für 2 Monate angelegt habe, um bei auftre=tenden Schwierigkeiten nicht in Verlegenheit zu kommen. Man benötige allein für Krakau 3oot Papier im Monat. Die Auflageziffern der polnischen Zeitun=gen hätte man schon vor längerer Zeit beschränken müssen. Das meiste Papier verschlinge der Druck von Zeitschriften.

Herr Stoffer fährt dann fort, dass die Papier=verteilung für den Buchdruck neu geregelt worden sei. Während sich bis jetzt die Propangaabteilungen der Distrikte das Papier beim Grosshandel beschafft hätten, werde nunmehr der Hauptabteilung Propaganda eine Sondermenge zur Verteilung an die einzelnen Propagandaämter der Distrikte zur Verfügung gestellt. Diese Menge betrag zur Zeit 5ot Rotationsdruck- und 5ot gewöhnliches Druckpapier.

Abschliessend gibt der Herr Generalgouverneur seine Stellungnahme dahin kund, dass er es den Fach=leuten überlassen wolle, sich auf einen gerechten Verteilungsmodus zu einigen.

Anschliessend wird die Schaffung eines Staats=verlages, den Präsident Ohlenbusch zur Durchführung einer möglichst raschen Fertigstellung von dringen=

den Staatsaufträgen errichtet haben will, da der Zeitungsverlag dieser Aufgabe wegen zu grosser Über= lastung nicht zur Zufriedenheit nachkommen könne, erörtert. Der Herr Generalgouverneur sieht vorerst von der Schaffung eines solchen Staatsverlages ab, beauftragt aber Verlagsleiter Strozyk, innerhalb des Zeitungsverlages eine Verlagerung und Verteilung der Druckaufträge der verschiedenen Dienststellen der Regierung so vorzubereiten und vorzunehmen, dass drin= gende Regierungsaufträge in den Krakauer Druckereinn des Zeitungsverlages sofort nach Auftragerteilung aus= geführt werden könnten. Vorbereitungen seien von ihm dahin zu treffen, dass weniger wichtige und weniger eilige Aufträge zwecks Entlastung der Krakauer Betrie= be an die Warschauer oder Lemberger Druckereien des Zeitungsverlages abgezweigt werden könnten. Er habe dafür zu sorgen, dass auf Grund dieser jetzt von ihm -zu treffenden Neuregelung plötzliche Aufträge der Re= gierung jederzeit sofort erledigt werden können. Über diese Neuregelung erwarte er von Herrn Strozyk im nächsten Monat einen eingehenden Bericht.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, dass in einem neuen Land wie dem Generalgouvernement unbe= dingt auch Privatinitiative auf verlegerischem Gebiet spührbar sein müsse. Ein absolutes Verlagsmonopol dürfe nicht Platz greifen und er wünsche, dass auch andere Verlage im Generalgouvernement in Erscheinung treten. Man müsse Versuche, wie sie z.B. Buch= händler Fritsche durch die Planung einer kleinen Broschüre "Das schöne Krakau" unternehmen wolle, för= dern. Derartige Versuche dürften nicht, weil sie Pri= vatinitiative darstellten, von vornherein ausge= schaltet werden, sondern jeder diesbezügliche Antrag müsse wohlwollend geprüft werden. Er werde dem Buch= händler Fritsche die Genehmigung zum Druck seiner Broschüre erteilen.

18.12.42

Dr. Lüdemann, Leiter der Abteilung Schrifttum in der Hauptabteilung Propaganda, weist anschließend auf die Tatsache hin, daß im Generalgouvernement ein Schrifttum fehle, das den Deutschen dieses Gebiet zur Heimat mache. Er werde demnächst dem Herrn Generalgouverneur den Plan zur Errichtung eines "Dr. Frank-Preises" vorlegen. Mit Hilfe dieses Preises werde man versuchen, deutsche Schriftsteller, die sich für den deutschen Osten interessierten, ins Generalgouvernement zu bringen. Auf dem Gebiete des Buchhandels sei hier durch Fritsche mit seiner Hauptniederlassung in Krakau und seinen Nebenniederlassungen in Lemberg, Warschau, Radom und Lublin bereits sehr viel geleistet worden.

Auch der Herr Generalgouverneur gibt wie schon früher seinem Wunsche Ausdruck, daß deutsche Dichter, die sich für den Osten interessierten, ins Generalgouvernement berufen werden müßten. Allmählich müsse eine aus dem Raum stammende Literatur entstehen. Besonders wichtig sei, daß jetzt die romantische Literatur des Generalgouvernements ihr Leben beginne. Themen biete der Raum genügend, wie z.B. die Verfassung einer romantischen Geschichte aus dem Krakau um 1830 (Aufenthalt Karl XII), einer Geschichte der Hansestadt Krakau (Fuggerstädel in Warschau) oder einer Novelle über Mozarts Sohn in Lemberg u.a.. Vielleicht finde man auch einen östereichischen Militär, der einen Roman aus der Zeit der östereichischen Garnison zu Krakau schreibe. Die deutsche Geschichte dieses Raumes biete genügend Ansatzpunkte für derartige Romane und Kurzgeschichten.

Der Hauptzweck, der damit erreicht werden solle, müsse sein, das Gebiet den Deutschen allmählich heimisch zu machen und eine eigenständige geistige Verwurzelung zu schaffen. Historische Novellen erfüllten voll und ganz diesen Zweck.

Dr. Lüdemann nennt für solche Vorhaben als geeignete Dichter Otto Romberg, Erna Grauhoff, Emanuel Eckelberger, Herbert Kranz, Myrko Jellusich, Erhard Wittek u.a.m..

18.12.42

Verlagsleiter Strozyk weist darauf hin, daß im Auftrage des Zeitungsverlages bereits mehrere Romane von jungen deutschen Schriftstellern geschrieben würden. Dr. Scholz arbeitet z.B. zur Zeit an drei Krakauer Romanen.

Der Herr Generalgouverneur spricht seine Genugtuung aus, daß auf diesem Gebiet bereits soviel Vorarbeit geleistet sei und sagt bereitwillige Unterstützung und tatkräftige Förderung zu. Er sei bereit, jeden ins Generalgouvernement kommenden deutschen Dichter und Schriftsteller auf der Burg zu empfangen und ihm einige Anregungen für seine Arbeit zu geben. Besonders am Herzen liege ihm die Schaffung eines Romans oder einer Novelle "Kopernikus in Krakau" oder ähnliches, die bis April des nächsten Jahres geschrieben sein müßte. Vielleicht könne Dr. Lüdemann dafür Professor Hänseling gewinnen.

Weiter wünscht der Herr Generalgouverneur die Herausgabe einer deutschen "Krakauer Illustrierten", wenn sie auch nur einmal im Monate erscheinen könne. Er beauftragt Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner, für eine Verwirklichung dieses wenn auch schwierigen Wunsches Sorge zu tragen.

Den Antrag von Dr. Lüdemann, einige Bücher leichter Unterhaltungsliteratur für Polen herausbringen zu dürfen, genehmigt der Herr Generalgouverneur.

Verlagsleiter Strozyk erklärt dazu, daß im Zeitungsverlag bisher bereits 3o Bücher der polnischen Literatur erschienen seien und daß weitere 2o in Vorbereitung seien.

Für die Lesebedürfnisse der Deutschen in den kleineren Städten ziehe die Atlas GmbH. zur Zeit 5o deutsche Leihbüchereien auf, in denen schwer käufliche Bücher ausgeliehen würden.

18[2o] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Sonnabend, den 19.Dezember 1942

10^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertretenden Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst SS-Hauptsturmführer Ernst.

SS-Hauptsturmführer Ernst überreicht dem Herrn Generalgouverneur im Auftrage des Staatssekretärs Dr. Mühlmann das erste Exemplar des Behaim-Kodex in der Bearbeitung von Professor Winkler-Berlin. Er übergibt weiter dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Staatssekretärs Dr. Mühlmann, das folgenden Wortlaut hat:

> Eben wird mir das erste Exemplar des Krakauer Behaim-Kodex in der Bearbeitung von Professor Fritz Winkler überbracht. Ich beeile mich, Ihnen dieses gut gelungene schöne Werk, das der Deutsche Verein für Kunstwissenschaft seinen Mitgliedern als Jahresgabe widmet, überreichen zu lassen. Ohne Ihre großzügige Förderung, Herr Generalgouverneur, wäre diese wissenschaftlich bedeutende Publikation keineswegs zustande gekommen. Ich glaube, Ihrem Wunsche entsprochen zu haben, wenn gemeinsam mit dem Deutschen Verein für Kunstwissenschaft das Institut für Deutsche Ostarbeit als Herausgeber zeichnet. Der Druck nahm zwei volle Jahre in Anspruch; denn gut Ding braucht Weile. Ich glaube aber, daß die kaum mehr zu überbietende Wiedergabe der farbigen Miniaturen den Aufwand der Zeit vollauf rechtfertigen.
>
> Dr. Mühlmann

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über das schöne Werk Ausdruck und beauftragt SS-Hauptsturmführer Ernst, dem Staatssekretär Dr. Mühlmann seinen Dank und seine Anerkennung zu übermitteln.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Polizeimajor Graf zu einer persönlichen Besprechung.

13^{00} M i t t a g e s s e n aus Anlaß der Verabschiedung der Hauptabteilungspräsidenten Körner und Dr. Siebert.

14^{35} Feierliche Verabschiedung der aus ihren Ämtern scheidenden Hauptabteilungspräsidenten Landesbauernführers Körner und Ministerialrats Dr. Siebert.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Mein lieber Parteigenosse Körner! Es ist mir nunmehr vorbehalten, in feierlicher und offizieller Form Sie namens der Regierung des Generalgouvernements zu verabschieden. Als Sie damals, dem Rufe des Führers folgend, in dieses Gebiet kamen, um als altbewährter Vorkämpfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Agrarpolitik, um als Landesbauernführer hier Ihre Dienststelle zu übernehmen, da ging es Ihnen nicht anders als uns allen. Sie fanden eine völlig zerstörte Landwirtschaft vor, der jede agrarische Geordnetheit jeder bevölkerungserzieherische, preis- und marktmäßig organisatorische Unterbau fehlten. Was Sie nun, ausschließlich gestützt auf die Kraft dieses Landes, auf die Geschlossenheit der Regierung dieses Raumes, vor allem aber auch auf Ihre eigene Erfahrung und Tatkraft, mit Ihrer unvergleichlich charakteristischen männlich entschiedenen Führungsleistung aus diesem landwirtschaftlich so völlig zerstörten und vor dem Abgrund

stehenden

19.12.42

Lande in der kurzen Zeit Ihrer Wirtschaftsführung gemacht haben, das wird einmal eines der stolzesten Blätter in der Geschichte der deutschen nationalsozialistischen Agrarpolitik sein. Diese Ihre Leistung steht mit an der Spitze des Aufbaues deutscher Ordnung in diesem Raum. Auf dem festen Untergrund, den Sie der Agrarpolitik hier gegeben haben, werden Ihre Mitarbeiter und alle die Männer, die sich um Sie gesammelt haben, auch unter der Führung Ihres Nachfolgers solide, sauber und sicherlich auch erfolgreich weiterbauen können. Und wenn heuer das Generalgouvernement allein über die Reichsgrenze 6oo ooo Tonnen Brotgetreide ins Reich zu liefern sich angeschickt hat, wenn das möglich war, so ist es auch mit Ihr Verdienst und das Verdienst Ihrer hervorragenden Leistung.

Aus diesen Meinen Worten mögen Sie entnehmen, wie schwer wir in der Regierung des Generalgouvernements, wie schwer auch ich persönlich Ihren Abschied von uns empfinden. Sie gehörten von Anfang an zu uns; Sie waren uns immer ein treuer Kamerad. Sie hatten in Ihren frohen Augen immer das Leuchten eines gesunden Optimismus. Sie strahlten eine ungeheuere Energie, aber auch eine unglaubliche Zuversicht aus. Sie waren niemals pessimistisch, niemals schlecht gelaunt. Sie hatten immer die Frische des die Scholle beackernden Bauern und Landmannes. Sie brachten auch in Ihre Verwaltung einen frischen Luftzug. Dafür möchte ich Ihnen meinen Dank in besonders herzlicher Form zum Ausdruck bringen.

Im Namen des Führers und des Reiches verabschiede ich Sie nunentsprechend Ihrem Antrage aus dem Amt eines Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements. Sie sind zu einer neuen großen Aufgabe berufen worden. Möge im Interesse des Führers, des Reiches und unseres ganzen deutschen Volkes der großen Aufgabe, die Ihnen nunmehr gestellt ist, der gleiche Segen erblühen wie der Arbeit, die Sie hier so segensreich begonnen haben.

7370

19.12.42

Als Geschenk der Regierung des Generalgouvernements überreiche ich Ihnen ein Bild, das einen Ausschnitt aus der Landschaft darstellt, die Sie so meisterhaft betreut haben. Wollen Sie es als bescheidenes Zeichen meiner Anerkennung für Ihre vorbildliche Arbeit entgegennehmen.

Landesbauernführer Körner dankt dem Herrn Generalgouverneur mit bewegten Worten für diesen Abschiedsgruß. Seine Gedanken, so sagt er, gingen zurück an den Tag, an welchem er zum ersten Male dem Generalgouverneur gegenüber getreten sei und dieser ihm den Auftrag erteilt habe, ihm in die besetzten Polnischen Gebiete als Leiter der Landwirtschaftlichen Verwaltung zu folgen. Stets werde er sich daran erinnern, welch' großes Vertrauen ihm der Generalgouverneur vom ersten Tage an entgegengebracht habe. Nur auf dieses Vertrauen gestützt habe er überhaupt erst seine Arbeit entwickeln können. Für den Generalgouverneur sei es sicher ein großes Risiko gewesen, einem Mann aus dem mitteldeutschen Bauernstande diese großen Vollmachten zu geben. Die großen Erfolge, die die Landwirtschaftliche Verwaltung des Generalgouvernements erzielt habe, seien nur diesem Vertrauen und dem Umstande zuzuschreiben, daß der Herr Generalgouverneur immer seine starke Hand schützend über die Verordnungen und Planungen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft gelegt habe.

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann an Ministerialrat Dr. Siebert mit folgenden Worten:
Lieber Präsident Dr. Siebert! Nachdem ich im Oktober 1939 die Regierung des Generalgouvernements übernommen hatte, war es mir sehr willkommen, daß Sie sich gleich dem Aufbauwerk im Osten zur Verfügung stellen konnten. Wir alle haben Sie damals h-erzlich aufgenommen. Ihre damalige Leistung habe ich bereits bei Ihrem ersten Abschied vom Generalgouvernement gebührend gewürdigt. Sie sind es gewesen, der für den Gedanken der Einheit der Verwaltung, der klaren autoritären Durchdringung aller Instanzen nach einem Ziele hin eingetreten ist, der diese Neugliederung des Regierungsapparates durchdachte, organisierte, formulierte, in die Tat umsetzte und damit das Verwaltungsgebäude des Generalgouvernements auch in der Verwaltungsgeschichte unseres Reiches erstmalig zum Vorbild machte.

Als Sie dann, einem ernsten Rufe Ihres Vaters folgend, wieder in Ihre Heimat zurückkehrten, da war das schon damals and Anlaß für einen Abschied von uns. Dann kamen Sie wieder, und Sie haben sich nunmehr nochmals weit über ein Jahr bei uns sehr erfolgreich betätigt. Jetzt kehren Sie entgültig als Leiter der Bayrischen Finanzverwaltung nach München zurück.

Herr Präsident Dr. Siebert, ich glaube, daß auch Ihr Werk unvergänglich in die Geschichte des deutschen Verwaltungsaufbaues, der deutschen Führungsarbeit im Osten eingeht. Sie sind der Mann an meiner Seite gewesen, der im engsten Verein mit allen Dienststellen dieses schwierige, auch durch viele unangenehme und sehr problematische Gegenaktionen oft bedroht gewesene Gebilde der einheitlichen Führung und Verwaltung dieses Raumes immer mit entschiedener Willensklarheit und auch

taktischem Führungsgeschick verteidigt, der die hier aufgetretenen Schwierigkeiten überstanden und durchgestanden hat. Ich verliere in Ihnen den Mann, der mir auf diesem Gebiet die entscheidende Arbeit geleistet hat. Auch alle meine Mitarbeiter bedauern Ihr Fortgehen von uns aufs tiefste. Ihr Name wird in der Geschichte des Generalgouvernements und des deutschen Ostaufbaues zweifellos unvergessen bleiben.

Ich nehme an, daß auch von Ihnen, Herr Präsident Dr. Siebert, die Zeit, die Sie im Generalgouvernement verbracht haben, als eine Zeit würdiger Tätigkeit bezeichnet werden kann. Die Verwaltung, die Sie aufgebaut haben, begrüßt Sie durch mich. Die Herren der Regierung, die Gouverneure , die Kreis- und Stadthauptmänner, ja selbst die Vögte und Woits grüßen Sie. Denn in Ihnen erstand allen diesen Männern im Lande nicht nur der Geist, der von der Regierung in die Dinge der Inneren Verwaltung geleitet wurde, sondern Sie waren auch der stete tapfere Vorkämpfer der Verwaltungsgrundsätze, die wir für diesen Raum als notwendig erkannt haben. Seien Sie bedankt für alles, was Sie hier geleistet haben!

Im Namen des Führers und des Reiches entspreche ich Ihrem Antrag, Sie aus der Stellung eines Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements zu entlassen. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß wir Ihr Scheiden herzlich bedauern. Sie ziehen jetzt in Ihre Heimat und gehen von der Hauptstadt der Regierung des Generalgouvernements an einen ebenso würdigen Regierungsdienstsitz, um dort eine neue große Aufgabe zu übernehmen. Seien Sie stets dessen eingedenk, daß Sie hier eine Stelle hinterlassen, die Ihrem Herzen nahe ist.

Zum Zeichen meiner Anerkennung überreiche ich Ihnen eine Mappe mit Kunstdrucken von Krakau.

19.12.42

Präsident Dr. Siebert dankt dem Herrn Generalgouverneur bewegt für die Worte, die der Herr Generalgouverneur ihm gewidmet habe. Als im Frühjahr 1942 der Ruf an ihn ergangen sei, wieder in den Dienst des Generalgouvernements zu treten, sei er freudigen Herzens ins Generalgouvernement zurückgekehrt. Er habe gehofft, in diesem Nebenland des Reiches nun auch weiterhin seine Pflicht tun zu können. Aber das Schicksal habe es anders bestimmt; der Führer habe angeordnet, daß er in die Heimat zurückkehre, um einen Teil der Arbeit zu übernehmen, die sein Vater bisher geleistet ha be. So ehrenvoll diese Aufgabe auch für ihn sei, so scheide er doch mit wehem Herzen vom Generalgouverneur, von der Regierung des Generalgouvernements und seinen bisherigen Mitarbeitern. Er habe versucht, seine Pflichten im Generalgouvernement zu erfüllen, oft unter nicht einfachen Umständen. Wenn er dem Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements ein Helfer habe sein können, dann verdanke er das vor allem dem Entgegenkommen des Generalgouverneurs, der ihn immer gestützt und seine Arbeit gefördert habe. Für all' das danke er dem Herrn Generalgouverneur aus innerstem Herzen. Dieser Dank gelte auch den Männern, mit denen er habe zusammen arbeiten dürfen. Er sei stolz und glücklich gewesen, an der Aufbauarbeit im Osten des Reiches mitzuwirken.

19.12.42

16^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung von Pressechef Gassner zwecks Teilnahme an der Weihnachtsfeier in das Reservekriegslazarett I, Teillazarett Studentenheim, Grzegorzcecka 2o.

Nach Begrüssungs- und Dankesworten von Oberstabsarzt Dr. Holtschmidt ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Für mich ist es eine selten schöne Weihestunde, in Ihrer Mitte weilen zu dürfen; ich freue mich, daß wir noch vor Weihnachten so schön zusammensein können. Ich möchte Euch alle in Krakau herzlich willkommen heißen. Darüber hinaus gilt mein Gruß allen Verwundeten, die im weiten Generalgouvernement in den Lazaretten liegen und dort in ihren Wunden und Verletzungen, die sie an der Ostfront für das Vaterland erlitten haben, gepflegt werden.

Wir haben hier an diesem früheren königlichen Zentralpunkt des polnischen Staates eine starke deutsche Führung aufgerichtet. Viele von Euch, die nicht nur einige Tage hier sind, sondern längere Zeit verweilen müssen, werden sich sicher gesagt haben: "So ein Pech, jetzt bleibe ich ausgerechnet in Krakau hängen, statt daß ich in die Heimat komme!" Diesen allen möchte ich sagen, daß wir uns bemühen wollen, Ihnen den Aufenthalt im Generalgouvernement so schön wie möglich zu machen. Auch uns war furchtbar zu Mute, als wir im Jahre 1939 in dieses Land an der Weichsel einzogen. Ich mußte frisch von der Truppe weg und wurde in diesen polnischen Schlendrian hineingestellt, aus dem wir die Läuse mit Schaufeln

wegräumen mußten. Damals herrschten hier grauenhafte Zustände, alle Straßen waren von Flüchtlingen verstopft, Licht, Gas und Wasser nicht vorhanden, die Bahnen, Brücken und viele Häuser zerstört.

Nach knapp drei Jahren kann man nun vom Generalgouvernement als von einem zur Heimat gehörigen Gebiet sprechen. Ich freue mich immer wieder, wenn ich bei unseren kulturellen Veranstaltungen die Verwundeten und die weißen Hauben der Schwestern sehe. Ich weiß doch, daß es uns auf einem geistig-seelischen Weg gelingt, ihnen allen eine Stunde Heimatempfinden zu vermitteln.

Das Opfer, das Ihr gebracht habt und zu dem Ihr Euch als Soldaten auch weiter verpflichtet fühlt, ist in diesem Krieg nicht umsonst gebracht; denn dieser Krieg wird von Deutschland gewonnen. Wenn man irgendwie auf den Ernst der Zeit verweist und dabei erklärt, jetzt kommen die großen Schwierigkeiten, so trifft das nicht zu. Der sowjetische Angriff, den Ihr selber am deutlichsten in Erinnerung habt, war furchtbar; die Kämpfe an der Ostfront sind schwer. Aber der deutsche Soldat ist der beste Soldat der Welt und jeder sowjetische Soldat wird sich eines Tages vor den deutschen Waffen verkriechen müssen. Ich bin wie Ihr der Überzeugung, daß wir den Krieg gewonnen haben, wenn wir den Raum, den wir bis jetzt erobert haben, halten können. Sie sollen ruhig anrennen und sich die Schädel blutig schlagen; wir werden den Raum behalten und das deutsche Volk wird den Krieg gewinnen.

In diesem Riesenraum, der von den Pyrenäen bis weit nach Rußland hinein reicht, wird jeder

19.12.42

Deutsche eine ihm gebührende hervorragende Stellung einnehmen können. Das ist der Sinn des Leides, das Ihr durchgemacht habt, und das ist der Sinn Eures Einsatzes. Der Führer lebt es Euch ständig vor. Heute seid Ihr dran, wie wir vor 2o Jahren dran waren.

Wenn ich Euch in diesen Kitteln sehe, dann erinnere ich mich der Zeit, in der auch wir einmal in diesem Gewande in den Lazaretten lagen und auch die gleichen Gedanken an Heimat und Familie hatten wie Ihr. Und gerade an Weihnachten freuten wir uns unserer Jugend und empfanden es als ein Glück, Deutscher zu sein und die deutsche Aufgabe zu empfinden und miterfüllen zu helfen.

Ihr dürft Euch in der grössten Zeit des Deutschen Volkes als echte Deutsche Männer bewähren. Seid stolz darauf und dankbar dafür.

Für mich als Chef dieses Landes ist es eine der ehrenvollsten Pflichten, für das Wohlergehen der vielen tausenden Verwundeten im Generalgouvernement zu sorgen. Ich kann Euch sagen, dass auf diesem Gebiete alles geschieht, und ich weiss auch, dass Eure Ärzte alles tun und Eure Schwestern auch alle Opfer bringen. Wir, die wir für die Geschehnisse dieser Zeit die Verantwortung zu tragen haben, wissen, dass der Glaube an die deutschen Menschen die Zukunft ausmacht.

Meine lieben verwundeten Kameraden, meine lieben Schwestern und Herren Ärzte! Ich wünsche Euch allen im ganzen Generalgouvernement von Herzen ein gesegnetes Weihnachten und ein gutes neues Jahr und uns allen, dass wir diesen Krieg mit einem sieghaften Ende abschliessen können und dass dies der letzte Krieg, den wir in Europa erleben, sein möge. Unser deutsches Volk verdient den Frieden.

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur besucht im Anschluss an die Kaffeetafel mehrere Schwerverwundete des Lazarettes.

17^{15} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19.12.42

17[30] **J u l f e i e r** der auf der Burg zu Krakau stationier-
ten 3. Kompanie des Polizei-Wachbataillons Dresden
im Gemeinschaftsraum der Polizeiunterkunft.

Nach Begrüßungsworten des Kompanieführers Oberleutnants Klinder ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:
Meine lieben Kameraden von der Polizei! Ich wollte gern das Ende des Jahres dazu benutzen, um Euch dafür zu danken, daß Ihr mich auf der Burg immer so schön bewacht. Ihr seid so besorgt um mich, daß mir eigentlich gar nichts passieren kann.

Wir befinden uns hier oben auf der Burg zu Krakau in einem etwas merkwürdigen Gefilde. Aber eines muß ich doch sagen: mögen wir nach Ost oder West schauen, die Burg zu Krakau ist doch einer der schönsten Sitze, die wir uns im Laufe der letzten Jahre geschaffen haben. Diese Burg dürfen wir nicht wieder hergeben. Zudem wüßte man ja auch nicht, wem man sie geben sollte; denn die Polen sind in einigen Jahren nicht mehr vorhanden. Wir haben bereits 3o ooo Deutsche in Krakau, und das mitten im Kriege. Und wißt Ihr, mit wievielen Deutschen ich meine Arbeit begonnen habe? Als ich im November 1939 hier einzog, da gab es ganze 3lo Deutsche in Krakau. Nun lasst einmal den Krieg vorübergehen - er geht ja hoffentlich auch einmal zu Ende - dann wird hier in Krakau ein Deutschtum einziehen wie jenes, das sich einstmals diese schöne Stadt Krakau geschaffen hat.

Mit Stolz könnt Ihr Euch nennen "Burg-Wachkompanie der Deutschen Polizei". Ihr werdet einmal über kurz oder lang von hier weggehen. Aber ganz

gleich, wohin Euch Eure weiteren dienstlichen Verpflichtungen auch noch rufen werden, Ihr werdet Euch gern dieser schönen Burg erinnern, an der man einige Jahrhunderte hindurch gebaut hat.

Sooft ich an Euch vorbeifahre, - immer sehe ich die tapferen Männer. Als Soldat freue ich mich über Euer Erscheinungsbild, über Eure stramme Haltung und Eure Meldungen und kann immer wieder feststellen, wie das alles klappt, wie exakt es ist. Für mich, der ich Offizier in einem der stolzesten preußischen Regimenter, dem ersten Garderegiment zu Fuß, war, ist es eine besondere Genugtuung, Euch sagen zu können, daß Ihr in Eurer soldatischen Haltung den besten Eindruck macht. So etwas von Polizei, wie Ihr es seid, hat es noch nie gegeben. Früher stellte man sich unter einem Polizisten einen dicken gemütlichen Mann mit einem großen Schnauzbart und einem Riesennotizbuch vor, der meistens nicht zu sehen war, wenn etwas wirklich geschah. Heute ist die Polizei ein soldatisches Gebilde geworden. Es ist eine der großartigsten Taten des Reichsführers Himmler und des Polizeigenerals Daluege gewesen, daß sie aus der deutschen Polizei ein so hervorragendes Instrument gemacht haben.

Meine lieben Kam eraden! Ich möchte Euch nun zu diesem Weihnachtsfest meine herzlichsten Wünsche übermitteln. Ich verspreche Euch, daß, was an mir liegt, geschehen soll, um Euch das Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Ich glaube, wir können mit dem Verlauf dieses Jahres zufrieden sein. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich uns im Osten entgegenstellten, ist es doch so, daß der Sowjet bereits anfängt, matter zu werden. Sein großer Plan, den Durchbruch noch in diesem Jahre zu erzwingen, ist ihm nicht geglückt und wird ihm auch nicht glücken. Den Krieg haben wir gewonnen,

wenn es uns gelingt, das, was wir haben, zu behalten. Der Raum, den unsere tapferen Truppen erobert haben und der sich weit in Rußland hinein erstreckt, genügt, um das deutsche Volk für tausende von Jahren mit dem zu versehen, worin wir auf dem Gebiete der Notbedürfnisse des Lebens immer am knappsten gestellt waren. Außerdem haben wir jetzt ganz Frankreich, und Frankreich geben wir auch nicht mehr her.

So kann also gar kein Zweifel sein, daß dieses Jahr wirklich mit einem Plus abschließt. Die Sorgen, die wir im vorigen Jahre hatten, haben wir jetzt nicht. Und was sonst in der Welt geschieht, kümmert uns nicht. Angesichts des Aufbauwerkes und der gewaltigen Leistungen, die von uns vollzogenworden sind, können wir in unerschütterlicher Ruhe der Zukunft entgegensehen.

Ich wünsche Euch von ganzem Herzen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr! Ich weiß, viele von Euch, die weit von überall herkommen, denken jetzt an die Heimat, - viele werden sich sagen: ach, wenn wir doch wieder zu Hause wären. Aber es geht Euch so wie uns allen, die wir auf diesen Platz gestellt sind, daß man diese Wünsche jetzt noch zurückstellen muß und nur an das große Geschehen danken darf. Jedenfalls danke ich Euch und wünsche Euch alles Gute.

19.12.42

18[30] Der Herr Generalgouvernenr begibt sich von der Julfeier auf der Burg zur Weihnachts= feier der 1. Kompanie des Landesschützen-Bataillons 995 in die Rajska-Kaserne.

Der Kompaniechef Oberleutnant Buchstein begrüsst den Herrn Generalgouverneur, und Ge= neralleutnant von H ö b e r t h und dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Weih= nachtsgaben an die Kompanie.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Ich danke Ihnen, Herr Oberleutnant, für den freundlichen Willkomm, den Sie mir gewid= met haben, Ich bin gern Ihrer Einladung, den vorweihnachtlichen Festabend in Ihrer Kompa= nie zu verbringen, gefolgt. Ich tat das umso lieber, da für mich das soldatische Leben am 15. Sept. 1939 durch die Berufung auf den Posten des Generalgouverneurs beendet war. Trotzdem aber beschäftigt mich in Weiter-Wir= kung des Kriegserlebens ständig die Frage, was wohl die Männer meiner Kompanie, die ich da= mals auf Befehl des Führers verlassen musste, um diese Staatsstellung anzutreten, machen mögen. In Gedanken bin ich bei meiner Kompa= nie, mit der ich damals im September 1939 von Potsdam ausrückte. Nur noch wenige von denen, mit denen ich damals zusammen war, sind heute noch am Leben; die meisten von ihnen haben ihr Leben geopfert, denn gerde das Regi= ment, zu dem damals meine Kompanie gehörte, hatte ausserordentlich hohe Verluste. Neulich besuchte mich mein damaliger Unteroffizier,

der jetzt als Oberleutnant die Kompanie übernommen hat. Im Krieg hat aber jeder deutsche Mann, wenn er gesund, stark und kräftig ist, seinem Vaterland als Soldat zu dienen, und auch, wenn er nicht unmittel= bar als Soldat tätig ist, muss er soldati= sches Empfinden in sich führen.

Die Aufgabe, in dem eroberten Gebiet irgendeine Ordnung aufzubauen, wie sie mir der Führer damals gestellt hat, haben wir gelöst. Alles wäre schön und gut, wenn die Schwierigkeiten dieses Krieges auch einmal ein Ende nehemen würden.

Unser heutiges Beisammensein freut mich deswegen ganz besonders, weil ich von Ihnen, Herr Oberleutnant, gehört habe, dass hier eine ganze Reihe von Münchner Kamera= den und auch Niederbayern versammelt sind. Diesen Menschenschlag kenne ich sehr gut, bin ich doch in Rottal in die Schule ge= gangen. Heute soll einmal das bayrische Element den Vorrang haben; ich möchte die Münchner Kameraden daran erinnern, wie wir Münchner Weihnachten zu feiern pflegen: Wer erinnert sich nicht daran, wie am Weih= nachtsmorgen von der Peterskirche die alten Trompeter mehr laut als schön ihre Weih= nachtschoräle anstimmen, wer von den Münchnern denkt nicht an den Christkindl= markt am Sendlinger-Torplatz. Jeder hat ein Stück Heimat in die Fremde getragen. Das geht nicht nur den Münchnern und Bayern so, sondern allen Deutschen Stämmen so, die heute im gemeinsamen Ringen dieses Krieges zusammengebannt sind. In diesen Weihnachts=

19.12.42

tagen denken sie alle an Zuhause, mögen sie im Westen oder im Osten in den Schnee=wüsten Russlands, in der Heimat ~~xdxx~~ in irgendeiner Kaserne oder auch in Krakau ste=hen. An diesen Tagen gelten unsere Gedanken unserem Zuhause. Das soll auch so sein, denn das, was für uns das Zuhause ist, ist die Wurzel unseres Volkstums. Dieses Zuhause geschützt haben und diesee Heimat vor jeder Bedrohung geschützt wissen, ist das Ziel unseres Ringens.

Es muss einmal Schluss werden mit den Kriegen in Europa; und es muss möglich sein, dass dieses Europa sich unter der Führung der deutschen Nation, der stärksten Nation zu neuer Ordnung zusammenfindet, in der jedes Volk Anteil an den Gütern finden wird. Wir glauben alle, dass dieser Krieg tatsächlich der letzte Krieg in Europa sein wird. Auf Grund der Entwicklung der Lage in den letzten Wochen kann es keinen Zweifel geben, dass der Sieg Deutschlands sicher ist, der im Beharren=können in dem Raum, den die deutsche Wehr=macht erobert hat, liegt. Dieser Raum reicht heute von der Wolga bis zu den Pyrenäen und vom Nordkapp bis Tunis. Wenn wir diesen Raum halten können, dann, Kameraden, ist das Leben der deutschen Heimat für tausende von Jahren gesichert. Dann ist dieser Krieg glorreich bestanden und dann wurde kein Opfer um-sonst gebracht.

Denkt einmal daran, dass ganz Frankreich sich in unserer Hand befindet, dass die Macht erst kommen muss, die uns Frankreich wieder

abnehmen kann. Es ist zurückgekehrt in den Reichszusammenhang, den es einst unter Karl den Grossen gebildet hat.

Man kann ja im Krieg nicht prophezeien; es kann sein, dass wir noch ein Kriegsweih= nachten oder auch zwei erleben; ein Weih= nachten jedoch wie 1918 werden wir nicht mehr erleben. Es wird nicht vorkommen, dass aus einer Ermattung heraus ein politisch führer= los gewordenes Volk die Waffen niederlegt. Wenn heute ein Siebengescheiter jammernden Tones darauf hinweist, dass die Amerikaner mit ihrer ungeheuren Rüstung aktiv eingreifen, so kann man ihm nur erwidern, auch die Herren Amerikaner werden die deutschen Waffen kennen lernen. Sie sollen sich ja nicht einbilden, dass unser Volk schwächer wird; es wird von Jahr zu Jahr stärker. Ich sage Euch das nicht, weil ich als offizieller Redner so sprechen muss, sondern ich sage Euch das als aufrechter deutscher Mann, der im Generalgouvernement beim Aufbau einer neuen Ordnung gesehen hat, was schon wenige deutsche Menschen aus einem Lande auch unter grauenhaften Verhältnissen machen können. Die Leistungen unseres Volkes und unserer Wehrmacht unter unserer einzig= artigen Führung und mit unseren Waffen zeigen sich gerade in diesen Tagen im Osten wieder strahlender denn je. Die Sowjetrussen wollten uns mit ihrer Offensive, die sie jetzt begannen, entscheidend treffen. Es steht aber bereits fest, dass ihr Angriff nicht nur aufgefangen ist, sondern dass unsere Wehrmacht sich sogar im Gegenangriff befindet. Das Schwerste haben wir überwunden.

Im übrigen hat uns der Krieg bis jetzt verwöhnt, da wir dauernd Sondermeldungen

über errungene Erfolge hörten. Jetzt müssen wir einmal unser Beharrungsvermögen zeigen. Und wer die Bayern und Münchner kennt, weiss, dass sie im Beharren grossartig sind.

Meine lieben Kameraden! Ich freue mich wirklich, in Eurer Mitte weilen zu können. Ich bin wieder Soldat unter Soldaten und bin für diese schöne gemeinsame Stunde dankbar. Sicher denkt sich mancher von Euch, ich sitze auf meiner schönen Burg und führe ein ruhiges Leben. So ist ~~di~~es aber nicht. Mit Sehnsucht denke ich oft an meinen kleinen Bauernhof, an den Schoberhof zurück; denn mit jeder Ehre sind Sorgen verbunden, und diese Sorgen sind bei mir nicht gering. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Land, in dem 16 Millionen Polen und Ukrainer leben, ein Höchstmass an Nahrungsmitteln erzeugt. Wir haben es fertig gebracht, dass aus dem Generalgouvernement 6hunderttausend Tonnen Brotgetreide ins Reich geliefert werden können. Diese Leistung spricht für den vollen Einsatz der in diesem Raum tätigen deutschen Menschen. Krakau zählt heute 3o.ooo Deutsche gegenüber 3oo vor 3 Jahren. Ich bin überzeugt, dass, wenn der Krieg einmal beendet ist, der eine oder der andere von Euch zu mir ins Generalgouvernement kommt. Er braucht dann nur zu sagen, dass er von München ist oder dass er der 1. Kompanie des Landesschützen-Bataillons angehörte, dann bekommt er von mir einen Bauernhof. So stelle ich mir das vor. Heute gebe ich gar nichts aus der Hand, Die Treuhänder hier im Lande haben die Geschäfte und Betriebe dieses Gebietes

bis zum Kriegsende zu verwalten. Verteilt aber wird erst nach Kriegsende und die ersten Anwärter sind dann unsere Soldaten, die mit der Waffe in der Hand für ihr Vaterland ge= kämpft haben. Das verspreche ich Euch. Es gibt viele, die das nicht einsehen wollen und die heute, da Tausende von jungen Deutschen ihr Leben einsetzen, verdienen wollen. Das ist nicht nazionalsozialistisch.

Zu Weihnachten wünsche ich Euch, dass Ihr Eurer Familie und Eurer Heimat in Freude gedenken könnt und dass Eure Herzen höher schlagen bei dem Gedanken, dass auch Ihr Eure Pflicht tut im Dienste des Führers und Rei= ches. Wie Adolf H i t l e r, der sein ganzes Leben, seine ganze Kraft und sein Lebensglück unausgesetzt Tag und Nacht uns allen opfert. Diesem Mann müssen wir segnen und vor der gan= zen Welt hoch-halten. Er ist das grösste Ge= schenk, das der ewige Herrgott dem deutschen Volk gegeben hat. Alle seine Gedanken gelten seinen Soldaten und ich spreche nur in seinem Sinne, wenn ich Euch für Euren Einsatz und für Euren Heldenmut Dank sage. Ich wünsche Euch ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.—

Anschliessend spricht Generalleutnant von H ö b e r t h dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank für seine warmherzige Fürsorge für die im Generalgouvernement liegenden Wehr= machtsangehörigen aus und überbringt im Namen der Truppen des Distrikts Krakau die herzlichsten Glückwünsche zu Weihnachten und zum neuen Jahr. "Möge Ihnen die Vorsehung die Kraft geben, auf dem beschrittenen Wege

weiterzugehen, um Ihr grosses Werk auszu=
bauen. Sie sind durchaus nicht auf Rosen ge=
bettet; ich weiss, welche Schwierigkeiten
Ihre Arbeit zu überwinden hat".

21^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

21^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staats=kasino der Regierung des Generalgouvernements zwecks Teilnahme an der Weihnachtsfeier der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouver=nements.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r begrüsst den Herrn Generalgouverneur bei seinem Erscheinen und spricht ihm den Dank dafür aus, dass er trotz seiner vielen Arbeit zur Weihnachts=feier der Regierung erschienen ist.

Im Laufe des Abends hält der Herr Gene=ralgouverneur folgende Ansprache:

Ich freue mich sehr, Kameraden und Kamera=dinnen, noch vor Ende dieses Jahres Euch einige Worte des Dankes und der Anerkennung und der Ausrichtung für die Arbeit des ~~letzten~~ nächsten Jahres sagen zu können. Das Jahr 1942 wird als eines der schwersten und sorgenvollsten Jahre, die wir je erlebt haben, in die deutsche Geschichte eingehen. Ohne Zweifel trug dieses Jahr die grössten Gefahren in sich, und es konnte infol=ge mancher Ereignisse erzittern machen bei dem Gedanken an die Gefährdung, die jeder Krieg und ganz besonders dieser Krieg für das Schick=sal aller an ihm Teilnehmenden in sich birgt.

19.12.42

Dieser Krieg, der nunmehr in sein Schlusstadium einzutreten scheint, wurde von uns Deutschen im Generalgouvernement stets als der Bringer dieses Landes betrachtet; denn wir sind hier territorial, in unserem Aufbau, in unserer Verwaltung, Führung und Zielsetzung, in den Bedingungen unserer Arbeit ein ausgeprägtes Kriegskind. Das Generalgouvernement wäre nicht, wenn nicht Adolf H i t l e r den grossen Entschluss gefasst hätte, mit der im Osten des Reiches aufstehenden jungen Macht der sogenannten polnischen Republik eine letzte Entscheidung zu suchen. Das dürfen wir nie vergessen.

Viele, die jetzt in dieses Land hereinströmen, haben keine Ahnung und können sie auch nicht haben von dem Zustand, in dem sich dieses Gebiet bei der Errichtung des Generalgouvernements befunden hat: das Land war völlig zerstört, es gab keine Brücken, keine brauchbaren Strassen, keinen Ansatz von Organisation für staatliches, wirtschaftliches, politisches, soziales oder völkisches Wirken. Alles musste erst aus Schutt und echt polnischem Dreck aufgebaut werden.

Die Verwaltung des Generalgouvernements kann stolz auf ihre Leistungen ~~zeigen~~ sein, und Ihr alle, die Ihr seit Anfang an diesem Aufbau beteiligt seid, könnt Euch stolz und glücklich preisen, dass Euch der Führer ausersehen hat, an dieser Aufbauarbeit Anteil zu nehmen. Wie schwer eine derartige Aufbauarbeit ist, erkennt man an den schwierigen Verhältnissen einer solchen Neuorganisation

wie sie sich heute weiter im Osten von uns zeigen.

Bei einem Rückblick auf unsere Arbeit muss uns immer wieder die Erkenntnis erfüllen, dass alles, was hier geschieht, durch den Krieg und seine Notwendigkeiten bedingt ist. Das Generalgouvernement ist nicht zu seinem eigenem Spass gegründet worden und es ist nicht mit Sondervollmachten versehen, um ein beschauhliches Dasein zu führen, sondern ist als ein Sonderinstrument des Reiches entstanden, um in Anwendung besonderer Verwaltungsformen eine desto intensivere Indienststellung des Landes für Führer und Reich zu ermöglichen. Im allgemeinen ist dieser Grundsatz bei uns im Lande bekannt. Viele, die in dieses Land neu hineingekommen sind, haben sich allmählich an den eigenartigen Charakter dieses Gebietes, seiner Verwaltungs- und Lebensformen gewöhnt; das geht fast automatisch vor sich.

Früher war es ausserordentlich schwer, Mitarbeiter aus dem Reich zu bekommen, da sie sich von der Not, die allenfalls im Generalgouvernement herrschen würde, veranlassen liessen, in der Heimat zu bleiben. Dieses Bild hat sich heute gewandelt. Die Betriebstreue der Staatsgefolgschaft des Generalgouvernemts ist ausserordentlich erfreulich und diese Treue erfüllt mich als Chef dieses Nebenlandes mit besonderer Genugtuung. Das Beharrungsvermögen der Deutschen im Generalgouvernement ist im Wachsen, wenn auch einige Ansätze vorhanden sein mögen, in den weiteren Bereichen des Ostens Dienst zu nehmen.

Bei der ersten Fahrt in dieses Gebiet von Berlin nach Posen waren wir Ende 1939

bei Beginn meiner Arbeit insgesamt 7 Per=
sonen. Diese Zahl hat sich bis heute um
ein Vielfaches vertausendfacht. Das Anwach=
sen der hier in Krakau bei den Zentralstel=
len tätigen Beamten und Angestellten zeigt
am besten die Tatsache, das die erste Jahres=
schlussfeier im Jahre 1939 von mir noch auf
der Burg in einem ihrer Säle abgehalten
werden konnte, in dem die gesamte damalige
Gefolgschaft des Amtes des Generalgouver=
neurs Platz finden konnte. Heute genügen
dafür die sämtlichen Räume des Staatskasinos
nicht µnd dabei wird diese Entwicklung noch
gehemmt; denn wenn der Krieg nicht wäre,
wenn alle diejenigen, die die Möglichkeit
haben, sich im Osten zu betätigen, ihre Ab=
sichten auch ausführen könnten und wenn
der Krieg, eine Kriegsberufung oder Kriegs=
aufgabe sie daran nicht hinderte, dann würde
der Deutschwerdungsprozess in diesem Raum
noch wesentlich schneller vor sich gehen.
In Krakau leben heute annähernd 3o.ooo Deut=
sche, bei Beginn unserer Arbeit im Jahre
1939 waren es knapp 3oo. Dieser zahlen=
mässige Gegensatz zeigt uns einen erfreuli=
chen Erfolg unserer Durchdringungsarbeit
dieses Gebietes mit dem deutschen Führungs-,
Verwaltungs- und Lebenselement.

Meine Kameraden und Kameradinnen!
Auch für das Generalgouvernement war dieses
Jahr sicherlich eines der schwersten und
sorgenreichsteh. Die Hauptsorge für mich
war, ob es uns gelingen würde, die Ernte
zu sichern, damit wir uns im Lande selbst
ernähren und auch den dringendst geforderten
Nahrungszuschuss an das Reich und an die
Wehrmacht abgeben konnten. Heute kann ich
feststellen, dass unsere Erwartungen auf

diesem Gebiete übertroffen wurden. Der Abschluss der Nahrungsversorgung in diesem Jahr bedeutet für das Generalgouvernement den schlechterdings grössten Triumph seiner Aufbaugeschichte. Wir alle können stolz darauf sein, dass das Generalgouvernement dem deutschen Volk und seiner Wehrmacht für die Kriegsnotwendigkeiten eine Hilfe leistet, die jedes frühere Vorstellungsbild weit übertrifft. Die Führung eines Raumes bewährt sich nicht in schallenden Worten und grossen Proklamationen, sondern schlicht und einfach im Erfolg und in der Leistung. Dieses kann man beim Generalgouvernement auf die Dauer nicht bestreiten und auch nicht ableugnen. Das Generalgouvernement erlebt ein Anwachsen seiner Popularität. Das ganze Reich be= schäftigt sich mit ihm. Es geht unendlich viel Geraune durch das Reich über das Ge= neralgouvernement. Wir wollen uns auch daran gewöhnen. Das Neue lockt eben und reizt an. Interessant wird sein, wer nach dem General= gouvernement dran kommt. Eine alte Erfah= rung lehrt, dass die Heimat erst allmäh= lich in einen neuen Lebensrahmen, den ihr der Sieg der eigenen Wehrmacht gibt, hinein= wachsen muss.

Sie selbst werden erkennen können, dass die Regierung des Generalgouvernements sich bemüht, immer wieder die Totalität des Iner= scheinetretens der Staatsführung und Staats= verwaltung zu betonen. Ich spreche nicht zu meinem Vergnügen von der Einheit der Verwal= tung, vom Zusammenhang aller Staatsdienst= tuer, vom Einklang aller Dienste der Staats=

arbeit in einer grossen Gemeinschaft. Mir liegt daran, dass diese Einheit d~~ieser~~ Verwaltung eine Einheit der Gesinnung ist, eine Einheit des Pflichtbewusstseins, eine Einheit der Kampfentschlossenheit und eine Einheit auch der menschlichen Grundhaltungsübereinstimmung. Ich weiss, warum ich dies immer wieder betone. Die Erfahrungen, die man in der alten traditionellen Verwaltungsmaschinerie des Reiches auf dem Gebiete der Aufspaltung der Ressourts, des Auseinanderwachsens der Zentrale macht, zeigen deutlich, dass dieses Vorbild in den neuen Gebieten nicht brauchbar ist. Ich bemühe mich daher unentwegt,- und die Herren der Regierung waren mir dabei wirklich treue Mitarbeiter - das Gesamtstaatsbild dieses Nebenlandes zusammengefügt in Erscheinung treten zu lassen. Dass es da und dort so lächerliche Aussenseiter, Gurnemanze und G'schaftelhuber gibt, die zunächst nicht mitmachen, ist gleichgültig. Wir holen in die Staatsautorität des Generalgouvernements, die vom Führer selbst bestellt ist, im Laufe der Zeit alle herein und überzeugen sie davon, dass der einheitliche Wille dieses Gebietes entsprechend der einheitlichen Führung des Reiches einheitlich dargestellt und durchgeführt werden muss.

Ich freue mich sehr über den heutigen Abend. Ich möchte gern einmal mit dem einen oder dem anderen von Euch sprechen, möchte ihn nach seinen Wünschen fragen, ob wir noch mehr Theater oder noch mehr Konzerte veranstalten, ob wir die Gehälter erhöhen, die Preise reduzieren oder ob wir öfter zusammenkommen sollen. Ich weiss von den Leistungen der gesamten Gefolgschaft, von den Leistungen der Angehörigen der Regierung,

der Sicherheitsorgane; ich weiss von den Leistungen nicht nur der Krakauer Dienststellen, sondern auch der Angehörigen der Dienststellen der Gouverneure, Kreis- und Stadthauptleute und der vielen anderen Dienststellen des Ge= generalgouvernements. Sie alle sind hier Mit= gestalter an dem Werden von etwas absolut Neuem, das uns bis jetzt noch keiner nach= gemacht hat. Das Generalgouvernement ist heute noch eine patentierte Sondereinrichtung. Man versucht da und dort, es zu imitieren, aber es ist noch nicht gelungen. Wir sind daher auch sehr stolz.

Beim Überlegen der Beweggründe Eures Hier= bleibens kann ich annehmen, dass Ihr im all= gemeinen mit Eurer Arbeit, mit dem kulturellen und gesellschaftlichem Leben zufrieden seid; ich nehme auch an, dass Ihr mit Eurer wirt= schaftlichen Lage zufrieden sein könnt. Dabei verspreche ich Euch, dass eine Minderung Eurer Bezüge von mir niemals zugelassen wird (star= ker Beifall). Ihr braucht mir deswegen nicht Beifall klatschen, denn ich nehme an, dass Ihr nicht des Geldes wegen hierher gekommen seid. Ihr müsst Euch auch darüber klar sein, dass wir hier eine toternste Aufgabe zu erfüllen haben. Wenn Sie einige tausend Kilometer nach Osten blicken, dann sehen Sie ein unge= heures Ringen deutscher Männer, die auch zu Hause ihren Beruf haben und die auch Hoffnun= gen für ihr zukünftiges Leben hegen und die je= derzeit den bittersten fortwährenden Lebens= einsatz zu leisten haben, nicht um sich selbst zu verteidigen, sondern um uns alle zu schüt= zen. So mancher Kritiker, der da und dort herumschleicht, soll sich daran erinnern, wie unendlich ernst es heute um das Schicksal Millionen deutscher Menschen geht, wie unend= lich ernst dieses Schicksal heute die Men= schen rütteln und zu letzter Verantwortung

aufruft. Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob das Generalgouvernement eine Art befriedetes, etappenmäßig verwaltetes oder gesegnetes Land ist. Mit Ingrimm höre ich von den Unzufriedenheitsäußerungen solcher Kritiker und ich habe schon einige Exemplare dieser Unzufriedenen aus dem Generalgouvernement wieder zurückgeschickt. Wir sind hier nicht, um ein bequemes Leben zu führen, sondern wir sind hier, um in einem Kriegsland in Kriegszeiten Kriegsdienst zu leisten.

Diese Tatsache verbindet uns gegenseitig; wir tragen hier alle irgendwie eine Uniform. Die Uniform des Generalgouvernements ist die Leistung dieses Landes. Unsere Aufgabe ist gänzlich neu und Ihr könnt Euch daher vorstellen, mit wievielen Querköpfen in Berlin ich über die Eigenheiten des Generalgouvernements verhandeln muß. So wie ich mich dabei vor Euch stelle, müßt Ihr Euch vor die Aufgaben des Generalgouvernements stellen, immer daran denkend, daß auf Grund Eures Verhaltens, Eurer dienstlichen und menschlichen Eigenschaften das Gesamturteil über das Generalgouvernement gefällt wird.

Am Ende dieses Jahres wollen wir uns gegenseitig in die Augen sehen und versprechen, daß wir im nächsten Jahr die Leistungen dieses Jahres noch übertreffen und daß wir noch entschlossener sein wollen. Die Aufgabe, die uns im nächsten Jahre obliegt, besteht in erster Linie in einer Intensivierung der Verwaltung, in einem in die Tiefe Hineinarbeiten der Probleme.

Das Generalgouvernement ist in der glücklichen Lage, auf finanziellem und auf nahrungsmäßigem Gebiet unabhängig zu sein; auch in vielen anderen Beziehungen ist eine solche Unabhängigkeit vorhanden. In Eurem

späteren Leben werdet Ihr einmal gern an Euren Aufenthalt im Generalgouvernement zurückdenken und Ihr Krakauer werdet gern an Eure Krakauer Zeit und an die schönen Leistungen zurückdenken, die vollbracht wurden.

Ich werde die Absicht weiter zäh verfolgen, die Stadt Krakau systematisch und allmählich zu einer absolut deutsch geführten Stadt zu machen und jeder einzelne von Euch ist auf diesem Gebiet mein Gehilfe und Mitarbeiter. Ich freu mich, dass Ihr an dem kulturellen Leben der Stadt so regen Anteil nehmt. Den kulturellen Prozess der Deutschwerdung können wir ungestört fortsetzen. Heute kann sich mancher, der sich in diesen Tagen an die Heimat erinnert, aber dorthin nicht reisen kann, sagen, auch in Krakau kann man Heimatempfindungen haben, auch Krakau, Zakopane oder Krynica sind auch ganz schön. Wir können allmählich schon von einer Heimatwerdung deutscher Empfindungen in diesem Lande sprechen. Denkt z.B. daran, dass für die Soldaten die aus dem Osten kommen, Lemberg oder Krakau schon deutsch, schon deutsche Heimat sind.

Wir haben uns die Gemeinschaftsaufgabe gestellt, dieses Land dem Führer als ein reichseigenstes Land aufzubauen. Alles schaut auf uns. Wir können daher auch mit dem alten Trotz, der über die Tagesarbeit hinaus in die ewige Zukunft unseres -Volkes schaut, und aus dem Durchdrungensein unseres eigenen Lebens von den grossen Ereignissen dieser Zeit in unsere

eigenen dienstlichen Sorgen und in unseren Ärger, der keinem von uns erspart bleibt, immer wieder den Zauber bringen, dass das Leben und Wirken in diesem neuen Raum des grossdeutschen Reiches ein stolzes Zukunfts=symbol in sich trägt.

Ich bin glücklich, Euch in diesem schönen Raum, dem schönsten Gemeinschafts=kasino - möchte ich meinen - einer deutschen Dienststelle im grossdeutschem Raum, in die=sem Staatskasino der Regierung des General=gouvernements aus vollem Herzen danken zu können für die treue Arbeit, die Ihr ge=leistet habt, für Euren Mut, Euren Einsatz, für Eure Dienstwilligkeit und für das stolze Hinwegschreiten über die Nöte dieses Raumes. Danken möchte ich Euch, dass Ihr Euch stolz zum Deutschtum bekennt, und auch dafür, dass wir in dieser polnischen Flut nicht nur unter=gegangen sind, sondern stolz und erhaben den Kopf hoch tragen und sagen: soll einer kommen, der uns die deutsche Führung in diesem Raum streitig macht; hier sind wir und hier blei=ben wir. Neue Geschlechter werden nach uns kommen und werden dieses Land im deutschen Sinne weiterführen. Niemals aber wird eine Macht kommen, die die deutsche Zeit dieses Raumes beenden wird. Aus diesem grossen Ge=fühl heraus, in eine grosse Aufgabe hinein=gestellt zu sein, müsst Ihr Euren Dienst ver=sehen. In diesem Sinne grüsst Euch auch die Heimat. So müssen wir uns bewähren und so werden wir uns auch weiter bewähren.

Mit meinem Dank an Euch alle verbinde ich die Erwartung, dass Ihr Euch auch im

kommenden Jahr wie bisher zu der Sache des Generalgouvernements bekennt und Euren Dienst eifrig verseht. Ich glaube, dass das kommende Jahr nicht so viel Sorgen bringen wird wie dieses Jahr und dass wir auf allen Gebieten das Schwer= ste überwunden haben. Ich glaube, das$ nicht nur, weil ich Optimist bin, sondern weil ich Deutscher bin, der die Kraft seines Volkes kennt. Ich weiss, dass der Krieg gewonnen ist, wenn wir den Raum, den wir jetzt haben, halten.

Meine Kameradinnen und Kameraden, haltet daher den Kopf hoch! Unsere Her= zen senden der Heimat einen stolzen Gruss. Lassen wir sie im Dienste Deutschlands immer höher schlagen, halten wir die Augen offen und gehen wir aufrecht in das neue Jahr, im Geiste vor uns die Fahne des deutschen Reiches und die Auf= gaben des Generalgouvernements. Ich wünsche Euch als Eurer Chef vom Herzen ein glückliches Fest und sehr gutes neues Jahr.

(Beifall)

Staatssekretär Dr. B ü h l e r:

Herr Generalgouverneur! Wenn Sie von der Treue zur Sache und von der Liebe zum Generalgouvernement gesprochen haben, dann möchte ich hierzu nur erklären, dass diese Treue und dieses Hineinwachsen in das Generalgouvernement fest verbunden sind mit unserer Treue zu Ihrer Person. Sie haben sich in allen schwierigen Si= tuationen für uns eingesetzt, dafür sei

Ihnen unser aller Dank ausgesprochen. Wir werden Treue mit Treue, Einsatzbereit= schaft mit Einsatzbereitschaft zu vergel= ten wissen.

Meine lieben Kameradinnen und Kameraden! Wir stehen im Dienste des Führers, wir wollen deshalb auch des Führers gedenken! Unser Führer Adolf H i t l e r Sieg Heil!

0^{45} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Sonntag, den 2o. Dezember 1942

13^{00} M i t t a g e s s e n .

14^{4o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Weihnachtsfeier des Standorts "Horst Wessel" im Kasinosaal der Ostbahn.

Dortselbst wird der Herr Generalgouverneur durch Standortführer Pg. Kiesche begrüßt. Pg. Kiesche weist in kurzen Worten auf den Sinn der Weihnachtsfeier hin, die vor allem den Volksdeutschen das geben solle, was sie in langen Jahren unter polnischer Herrschaft schmerzlich vermißt hätten.

Der Herr Generalgouverneur hält darauf folgende Ansprache:
Meine lieben Kleinen! Liebe deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Es ist mir eine aufrichtige Freude, Euch allen meine herzlichsten Wünsche für das Weihnachtsfest zu überbringen. Ich freue mich ganz besonders, daß es mir möglich ist, in einem Standort an dieser Feier teilzunehmen, der den Namen unseres hochbewährten Vorkämpfers Horst Wessel trägt. Daß in Krakau, dem früheren polnischen Zentrum, diese Volksweihnacht als deutschestes Fest begangen werden kann, muß uns alle in diesem Augenblick aufs tiefste beglücken.

Ihr deutschen Mütter, ich danke Euch dafür, daß Ihr den Mut gehabt habt, Eure Kinder in dieses Land zu bringen. Ich freue mich des Leuchtens in den Augen der Kinder, ich freue mich, daß sie in so kindlicher Unruhe und Unrast den Wundern des Lichtes entgegenstarren. Euch Müttern verspreche ich, daß die Sorge für das Leben der Deutschen in diesem Raum mir immer am Herzen liegen wird.

1400

20.12.42

Ich freue mich vor allem über Eure Mitarbeit. Ich weiß, daß Eure Männer den schwersten Dienst versehen. Zum größten Teil sind es ja Beamte und Angestellte der Ostbahn, dieser so ungeheuer wertvollen, ja kriegswichtigsten Transporteinrichtung im großdeutschen Lebensraum. Vier Fünftel des gesamten Nachschubs für die Ostfront gehen über die Ostbahn.

Es ist mir eine große Genugtuung, Euch und Euren Kindern die Gefühle übermitteln zu dürfen, die uns alle in diesem Jahre bewegen. Ich danke Euch dafür, daß Ihr auch im vergangenen Jahre so tapfer in diesem Gebiet ausgeharrt habt. Ich verspreche Euch, daß die Regierung des Generalgouvernements und die Führung des Arbeitsbereiches alles tun werden, um dem deutschen Leben und der deutschen Führung in diesem Raum zum Durchbruch zu verhelfen. Seid herzlichst bedankt und nehmt meine Wünsche für das kommende Jahr entgegen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

17^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf 1401

Montag, den 21.Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

16^{15} Vorweihnachtsfeier, an der Staatssekretär Dr. Bühler, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und die früheren Beamten und Angestellten des Ministeramtes sowie Kammergerichtsrat Dr. Keith, Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger und Regierungsrat Gnauck teilnehmen.

21^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Dienstag, den 22.Dezember 1942

bis

Donnerstag, den 31. Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

END OF

VOL. # 21

R7

VOL. #22

R 7

Inhaltsverzeichnis
zum

Tagebuch 1942.

--

I. Sachweiser

II. Personelles Inhaltsverzeichnis

III. Verzeichnis der Reden, Ansprachen und Trinksprüche des Generalgouverneurs, Reichsministers, Reichsleiters Dr. F r a n k .

I

S a c h w e i s e r

zum

Tagebuch 1942.

--

A

Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung
Memorandum des Generalgouverneurs 968

Adolf Hitler-Platz in Lemberg 781

Akademie für Deutsches Recht 651

Dr. Aljechin, Schachweltmeister
s.Schach

Alpen- und Tatra-Verein 285

Amt für Gesetzgebung 1075. 1155

Angestellte, deutsche, Zahl 1132

Arbeit
Hauptabteilung Arbeit

Behandlung poln. Arbeitskräfte im Reich 919

Einsatz poln. Arbeiter im Reich 256. 344. 1005. 1274

Fall Szeppessy 1045. 1012

Gewerbeaufsicht 258

Lohnsituation im GG.ment 257

Sauckel, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung 288

Stellvertretung des Präsidenten Dr. Frauendorfer 1269

Dr. Struve, Arbeitsamtspräsident
Sonderauftrag 1098

Vermittlung von polnischen Arbeitskräften ins Reich 721. 892. 913. 918. 919. 964.1005. 1147

Verpflegung der Arbeiter in den Betrieben 1350

/Arbeit/

Wechsel der Arbeitskräfte in den Betrieben 61o

Arbeitsfrieden 1147

Arbeiterbevölkerung, fremdvölk. 1147

Arbeiterwerbung für Reichsbetriebe im GG.ment 173

Architekturausstellung 1189

Archivverwaltung 1143

Arbeitsbereich

allgemein 1131

angeschlossene Verbände 1315

Arbeitstagungen 7o. 182. 859. 13o3

Aufbauarbeit der Partei 183. ff.

Aufgaben weltanschaulicher Art 871

Ausgestaltung des Arbeitsbereichs 1o23

Auszeichnung verdienter Parteigenossen 9o7

Einheit der Bewegung 87o

Einheit der Parteiorganisation 1313

Empfang der Amtsleiter des Arbeitsbereiches durch den Generalgouverneur 437

Empfang politischer Leiter der Distrikt-Standortführung Lemberg durch den GG.eur 788

Ernennung des Stabsleiters Stahl zum kommissarischen Distr.-Standortführer Krakau 123

/Arbeitsbereich/

Erscheinungsbild der Partei im GG.ment 1317

Erziehungsarbeit 894

Finanzielle Mittel
Beschränkung in der Anforderung 275

Fremdvölkische
Aufgaben des Arbeitsbereiches gegenüber den Fremdvölkischen 866

Probleme 1328

Führerinnen-Lehrgang des BdM 126

Führerrat des Arbeitsbereiches 176

Gliederungen im GG.ment 869. 9o3. 1314

Großkundgebungen 386.4o2 . 793

Haushalt des Arbeitsbereiches 315. 571

Hitler-Jugend 899. 1139

Gebietssportfest in der deutschen Kampfbahn 855

Grundgesetz f. das GG.ment 487

Morgenfeier im Staatskasino 487

Morgenfeier im Burghof zu Krakau 852

Schulung der Jugend 878

Ständchen des Musikzuges 3o (Steiermark) 562

Verpflichtungsfeier 229

Intensivierung der Arbeit der Partei im GG.ment 1319

/Arbeitsbereich/

Jahresmitgliederversammlung 884

Jahrestag, zweiter 437. 519. 84o. 852. 861

Kameradschaftsabend 1341

Kreisorganisation 1o24

Kriegswinterhilfswerk 1o64. 1o8o. 1o83

N.S.-Bibliographie 1o36

N.S.-Fliegerkorps 917. 1o23

N.S.-Frauenschaft 82

N.S.-Volkswohlfahrt 9o3

NSKK-Standarte 1o21

Organisation 868. 1o64

- Aufbau im Distr. Galizien 747
- Notwendigkeit einer eigenen Organisation im GG.ment 1311. 1312

Ostpolitische Tendenzen 863

Partei als Bewegung 132o

Parteiprogramm 875

Parteirichter Brodmann 7o

Parteiverfahren gegen Hofrat Watzke 93o

Personalpolitik 83

Personalunion GG.eur-Parteileiter 1312

Rechenschaftsbericht über das 2. Kriegswinterhilfswerk 1o8o

Rednerschulung 879. 1321

Reichsdeutsche, Betreuung 865

/Arbeitsbereich/

S A

SA-Einheit "Generalgouvernement" 315. 316. 373. 458

Erfassung der SA-Männer im Generalgouvernement 177

SA-Wehrbereitschaften 519. 525

SA-Wehrmannschaften 1o43

Sozialpolitik 879. 9oo

Trauerfeier für Stabsamtsl. Kastein 481

Verhältnis Partei-Staat 197. 1327

Verleihung von goldenen Mutterkreuzen 1122

Verleihung von Dienstauszeichnungen der NSDAP 372

Verwundetenbetreuung 878. 891. 1336

Vidussoni, ital. Parteisekret. 1o64

Volksdeutsche Betreuung 9o2

"Vorfeld" Schulungsblatt 4o2

Weihe von Hoheitsfahnen 9o7

Weihnachtsfeier des Standorts "Horst Wessel" 1399

Ärzte, reichsdeutsche
Empfang durch den GG.eur 1299

Aufrufe des GG.eurs

zum Gründungstag des GG.ments 1161

zur Wintersachensammlung 3

Ausfuhrbeschränkungen

Aufhebung für Lebensmittel 948

Ausfuhrverbot 12o5. 1334

Ausgleichstelle für das GG.ment 1152

Ausstellung "Altdeutsche Kunst
aus Krakau und dem Karpatenland"
s. Inst. für Deutsche Ostarbeit

Auszeichnung für Volkspflege 1128

Autoritäre Ideengruppe 541

Axmann, Reichsjugendführer 455. 458. 473. 485.
492. 493

Baedecker-Verlag s.a. Verlagswesen 1002. 1035

Bäckereibetriebe in Krakau 289

Großbäckereimonopol 349

Baudienst 213. 1148

Bericht des Oberstarbeitsführer Hinkel 214

Aufbau und Einsatz 480

Einrichtung des GG. ments 516

Einsatz für die Ostbahn 517

Einsatz für den Sonderdienst 517

Einsatz in Galizien 722

Einsatz von RAD-Führern 480. 516

Empfang des Führerkorps 518. 1248

Irreführende Presseartikel anderer Dienststellen 517

Musterung der polnischen Mannschaften 480

Sonderbeauftragter für Baudienstangelegenheiten 516

Wegfall der Bezeichnung "Polnischer Baudienst" 402

Baudirektion s. Bauwesen

Bauwesen

Abteilung "Technik" 1076

Abteilung "Staatsbauten" 1077

Baubesprechungen 89. 258. 291. 1353

Bauarbeiten am Staatskasino 208

Baudirektion

Verhältnis zur Hauptabtl. Bauwesen 1022. 1076

Hofer, Oberbaurat 1077

Bauliche Entwicklung der Stadt Lemberg 787

/Bauwesen/

Bauordnung 95

Bauplanungen im Distr. Lublin 832

Bauten in Kressendorf 1o78
Bauten im Staatstheater 2o7
Besichtigung eines Modells d. Stadt Krakau 142

Besichtigung des Modells eines neuen Regierungsgebäudes 573

Durchführung eigener Bauten des GG.ments 92

Eckhardt, Oberbaurat

Beschwerde über Präs.Bauder 1o78

Einstellung jeglicher Bautätigkeit 2o5

Finanzierung von Straßenbauvorhaben 686

Gesamtplanung für die Stadt Krakau 143

Geschäftsverteilung zwischen Hauptabteilungen Bauwesen u. Arbeit 257

'Grundsätze für die Raumordnung und Planung im GG.ment", Denkschrift des Oberbaurats Stürzenacker 291

Hotelbauten 2o7

Ordnung und Planung im baulichen Sektor 89

Rattinger, Geh. Oberbaurat

Persönlicher Beauftragter des GG.eurs für Bauvorhaben 291

Nachruf für Geh.Oberbaurat Rattinger 663

Sonderstellung des Distrikts Galizien auf dem Bausektor 2o9

"Städtebau im GG.ment"
Vortrag des Oberbaurats
Stürzenacker 89. 98

Stadtplanungen 94. 258

Straßenbau 1149

Straßenbau in Galizien 723. 732, 737

Straßenbau in Krakau 2o7

Straßenbauämter

Eingliederung in die Distr.-Verwaltung 814

Verbreiterung der Burgstr. in Krakau 2o9

Verschärfung der Lage auf dem Baumarkt 2o5

Verwaltungsgebäude der Kanz. des GG.eurs 2o6. 291. 1353

Vorplanung von großen Bauunternehmungen 91. 95. 96

Wohnungsbauprogramm 2o5

Zuständigkeit für die baul. Gestaltung der Städte 96

Beamte, deutsche

Beamtenschulung 587. 95o

Beamtenfortbildung 6

Berufsbeamtentum 6

Dank des GG.eurs f. die Beamten 16

Dienstaufwandentschädigung 18o

Ehefrauen von Beamten

Aufenthalt im GG.ment 255

Einziehung zur Wehrmacht 4o

/Beamten/

Ostzulage 153. 274. 394. 4o4. 1oo7. 1o15. 12o4. 1241. 1275. 1332

Stellenplan 18. 395. 4o5. 57o. 738

Uniformfrage 739

Verwaltungsakademie des GG.ments in Krakau 6. 58o

Zahl der deutschen Beamten 1132

B.D.M.

Führerinnen-Lehrgang 126

Befehlsstab für die Ernte-erfassung 994

Begleitkommando des GG.eurs 1o2o

Behaim-Codex 1367

Behring-Institut s. Galizien

Belvedere, Schloß in Warschau 441

Besetzte Gebiete 13o9

Besichtigungsreise des GG.eurs durch einige Kreise des Distr. Galizien 666

Bestandsaufnahme d. Bevölkerung des GG.ments 1342

Bevollmächtigter des GG.eurs 1o49

Bibliographie des GG.ments 1o36

Bildstelle der Regierung des GG.ments 953

Dr. Boepple, Staatssekretär

Stellung eines Landesstaats-sekretärs 395

Dr. Bömer, Prof.,Min.Dirigent Beisetzung 953. 958

Bolschewismus 538

Botanische Anstalten 114o

Brotqualität s.Ernährung

Brückenbau bei Neu-Sandez

Besichtigung durch den GG.eur 945

Buchhandel 1348

Budin, Gen.-Dir. der Hasag-Werke

Werbung von Arbeitern im GG.ment 173. 271

Dr. Bühler, Staatssekretär

Schreiben des GG.eurs betr. Ernennung von Staatssekr. Dr. Bühler zum Staatsminister 86

Stellung eines Reichsstaatssekr. 395

Überreichung des Kriegsverdienst-I.Klasse durch den GG.eur 431

Burg zu Krakau

Verwaltungsgebäude 2o6

Catlos, slowak. Kriegsminister 455. 473. 487. 493. 495

Chopin-Nachlaß 602

Chorvereinigung Königshütte 600

Colin Roß

Vortrag im Institut für Deutsche Ostarbeit 431

D.

Denkmalamt 1140

Deutsche Oberschule i.Krakau

Teilnahme des GG.eurs an d. Entlassungsfeier 253

Deutsche Post Osten

Bestempelung von Briefmarken 574

Briefmarken 25. 574. 1209. 1210

Brief- und Paketverkehr 575

Disziplin d. deutschen Gefolgschaft 27

Fernleitungsnetz 1154

Fernschreiber 26

Fernsprechdienst 575

Fernstprechleitungen 574

Fernsprechwesen 26

Führermarke 25

Kraftpostwesen 27

Markendruckmaschine 1210

Nachrichtenbrücke zw. Ostfront und Heimat 1154

Neubauten 1154

Prägemarken 1209

Reichspostminister Ohnesorge 842. 844

Reichstarif 26

Rundfunk 27

Sperre für die Beförderung von Gepäckstücken während des Ernteausnahmezustandes 936

Telegraphenleitungen 27

Zensur von Briefsendungen 575

Deutsches Rotes Kreuz

Eingabe des Präsidiums betr. Ausgestaltung des D.R.K. 511

Lazarettzüge 511

Deutschstämmigkeitsausweis 1133. 1234

Devisen s. Währung

Dichterlesungen 1034

Dienstaufwandentschädigung
s. Beamte

Dienstkalender 1943 286

Dolmetscherwesen

Reichsfachschaft 51

Dreifaltigkeitsaltar in d.
Kreuzkapelle d. Kathedrale 564

Dresdner Philharmonie

Konzert unter Leitung von
Gen.-Musikdir. Paul van Kempen 1062

Düngemittel s. Landwirtschaft

Dunajec-Talsperre

Besichtigung durch den GG.eur 945

E

Einfuhrverbot 12o5

Einheit der Führung und Verwaltung 113o

Einheit der Verwaltung 123. 139. 185. 583. 73o. 77o. 8o3. 946. 1oo9. 1246

Eisenhütte Tschenstochau 577

Elsner, Komponist

Reliquien 1263

Emissionsbank 276

Änderung der Bezeichnung 277

Tätigkeit von Ukrainern bei der Emissionsbank 79

Energiewirtschaft 38

Entlausungsanstalten
s. Gesundheitswesen

"Epoche des Ostens"
Vortrag des GG.eurs 1loo

Erdgas 38. 268. 578

Erdölkonsum 745

"Erlebtes Generalgouvernement"
Buch des Schriftleiters Hirche 226

Ernährung

Bäckereibetriebe in Krakau 289

Brotqualität 179. 289.

Brotration 44

Butter- und Fettversorgung 45

Erfassungs- und Ernährungsplan 955. 957

Ernährungsplan für die poln. Bevölkerung 1231

Fleischerfassung 44

Gemüseversorgung 179

Rationssenkungen f.die poln. Bevölkerung 1212

Tätigkeit der Hauptabteilung E.u.L. 1149

Verpflegung der poln. Beamten u. Angestellten 257

/Ernährung/

Versorgung d. poln. Bevölkerung 1332
Verteilung d. Lebensmittelkarten an die polnischen Arbeiter durch die Betriebsführer 1212
Vollkorn-Brot 29o
Zusatzkarten für Angehörige poln. Polizisten 999

Ernährungslage des Deutschen Reiches 146. 13o8
Ernährungslage des GG.ments 1331
Ernährung und Landwirtschaft, Hauptabteilung
Empfang der leitenden Beamten durch den GG.eur 1251
Ernteablieferung s.Landwirtschaft
Ernteausnahmezustand s.Landwirtschaft
Ernteerfassung s.Landwirtschaft
Erzeugungsschlacht 1943
Sofortmaßnahmen 1214
Europa
Vormachtstellung Deutschlands i. Europa 13o5
Europäische Neuordnung 539. 543. 545. 547

F

Fascio italiano
- Gründungsfeier 112o
- Verlegung des Fascio nach Krakau 251

Feindvermögen
- Feindvermögen im GG.ment 514
- Reichskommissar für die Behandlung des Feindvermögens 513
- Verwaltung 1138

Filmvorführungen auf der Burg 228. 263. 278. 282. 314. 951. 1oo3. 116o 1255. 1289

Finanzverwaltung s.a. Haushaltswesen
- Einnahmenentwicklung 569
- Haushaltsplan 1941 152
- Selbständige Finanzverwaltung des GG.ments 18o
- Dr. Senkowsky, Präsident
  - Einführung in das Amt des Hauptabteilungspräsidenten 54
- Spindler, Finanzpräsident
  - Verabschiedung 53

Finanzwesen des GG.ments 1153

Finanzwirtschaft 1136

Fischzucht s.Landwirtschaft

Fleckfieber-Institut in Lemberg 129o
s.a. Gesundheitswesen

Fleckfieber s. Gesundheitswesen

Fliegerkorps, nat.-sozialistisches 916

Fremdvölkische
- Federführung d. Hauptabteilung Innere Verwaltung für fremdvölkische Probleme 256
- Fremdvölkische Nachwuchskräfte 284
- Stellung gegenüber den Fremdvölkischen im GG.ment 191

Forsten

Forstliche Fachkurse zur Schulung fremdvölk.Nachwuchskräfte 459. 46o
Forst- und Holzwirtschaft 1149. 1236
Grubenholz 211. 1149
Holzabfuhr 1138
Holzeinschlag 211
Holzeinschnitt in den Sägewerken 211
Holzessig-Holzkohle 211
Holzlieferungen 1237
Holzlieferungen 1237
Holzlieferung für Flußregulierungen 211
Holzmaterial für Lokomotivschuppen 21o
Holzproduktion 211
Lieferung von Eisenbahnschwellen für die Ostbahn 21o
Papierholz 211
Personalmangel 212. 1237
polnische Forstarbeiter 211
Tankholzproduktion 21o. 268
Torfgewinnung 211
Uniform d.poln. Forstbeamten 1236

di Fossombrone, Graf
Beauftragter d. Ital.Botschaft 251. 1232
Bereitstellung von Diensträumen 933
"Führer durch das Generalgouvernement" 1o36
Führergeburtstag 373
Führertum Adolf Hitlers 11o7

G

Galizien, Distrikt

Aufbauarbeit 713. 763

Ausbildungskurse f. Agronomen, Mediziner, Pharmazeuten 2o4

Baudiensteinsatz 722

Behring-Institut

Eröffnung- Staatsakt 1199. 129o. 1296

Bericht des Gouverneurs Dr. Wächter über die wirtschaftliche u. politische Lage 365

Beseitigung von Kriegsschäden 141

Besichtigungsreise des GG.eurs 666 ff.

Bevölkerungsstimmung 1o18

Bolschewistische Zerstörung 716

Braunkohle 744

Czortkow, Kreis

Ansprache des Leiters des Ukrainischen Kreiskomitees 695

Besuch des GG.erus 698

Tabakfabrik Jagielnica 698

Zaleszyki, Ort am Dnestr 7o2

Dienstbesprechung in Lemberg 713

Eingliederung des Distr.in das GG.ment 1361

Einheit der Verwaltung 732. 77o

Eisenbahnlinien 742

Emfpang von Wirtschaftsschriftleitern durch den GG.neur 777

Empfang einer poln. Delegation in Lemberg durch den GG.eur 778

Erdgasleitung 743

Erdölgebiet 1146

Fleckfieberinstitut s. Behring-Institut

Galizienspende des GG.eurs 141

Gas- und Elektrizitätswerk 725

Gemeinderevisoren 734

Gemeindeverbände 731. 732

Grenzbereinigung zwischen San und Bug 736

Grenzfragen 34

Galizien

Großkundgebung d.Distr. Standortführung im Opernhaus Lemberg 793
Huzulische Trachtengruppe 7o7
Huzulische Volkskunst 7o5
Institute in Lemberg 2o2
Jablonica-Paß 7o8
Jaremcze 7o8
Judenfrage 795
Kaligruben (Gal.Kaliwerke) 249. 349. 399
Kohlenversorgung 724, 742
Kolomea, Kreis 7o3
Begrüßung d. GG:eurs durch den ukr. Bürgermeister in Kossow 7o5
Versuchsanstalt f.Almenwirtschaft in Zabie 7o6
Kreishauptmannschaften 728
Lage des Distr. Galizien 716. 1o18
Landkommissariate 672. 677. 728. 729
Landwirtschaft 72o. 739
Landwirtschaftl. Kontingente 74o
Landwirtschaftl. Lagerraum 741
Lastwagenverkehr 725
Lemberg-Stadt 748
Aufenthalt des GG.eurs 712
Bauliche Entwicklung, Vortrag des Stadtbaudirektors Hallbacher 787
Adolf-Hitler-Ring i.Lemberg 781
Deutsche Bühne i. Lemberg 519
Ehrenfriedhof 761
Hotel George 95o
Institut f.Deutsche Ostarbeit, Zweigstelle 565
Institute 46o
Messe, Lemberger 36. 772

/Galizien/

/Lemberg-Stadt/

Opernhaus d. Stadt Lemberg
Carmen-Aufführung 1297
Schauspielhaus, Eröffnung 751
Stadtgüter von Lemberg 347

Loyalität d. fremdvölkischen Bewohner 764
Nationalisierung d.Betriebe durch die Sowjets 72o
Parteiorganisation
Aufbau 747
Aufgaben 788. 8o7
Personal für die Verwaltung 726. 727
Personalproblem 14o
Pferdeaushebung f. die Liegenschaftsgüter 741
Planstellenreserve 738
Proklamation 33. 14o
Propagandamaterial für die fremdvölk. Bevölkerung 685
Rationssätze
Angleichung an diejenigen des GG.ments 74o
Reprivatisierung 32. 65. 14o. 284. 669. 676. 682. 749. 765. 357. 358
Russischer Truppenübungsplatz 35
Sammelgemeinden 733. 737
Schleichhandel 726
Sicherheitslage 1278
Siedlungsfragen 1o18
Sonderauftrag des Oberregierungsrats Dr. Schepers 14o
Sonderstellung des Distr. Galizien 33. 34. 2o9. 713
Sowjetrussische Trusts 33
Sowjetwirtschaft 717. 746
Stadthauptmannschaft 728
Stanislau, Kreis
Sägewerk Worochta 7o7
Worochta-Fichte 7o7

/Galizien/

Staatsakt zum einjährigen Bestehen des Distr. Galizien 761

Staatsbad Morszyn 141

Straßenbau 723. 732

Tarnopol, Kreis u. Stadt 667

Besuch des GG.eurs 667

Bodenstruktur 672

Dienstbesprechung in d. Kreishauptmannschaft 667

Eierkontingent 674

Elektrizitätswerk 682

Empfang des poln. Hilfskomitees 692

Empfang des ukrainischen Hilfskomitees 688

Ernte-Ernteerfassung-Ernteeinbringung 671. 675. 679

Finanzgebarung der Stadt Tarnopol 682

Gesundheitswesen d. Stadt T. 681

Haltung der Bevölkerung 669

Herbstbestellung 673

Hochbau 672

Kartoffelanbaufläche 674

Kulturelle Einrichtungen 687

Lagerräume f. die Aufnahme der Ernte 674

Landkommissariate 672. 677

Landplanung 671

Landwirtschaftl. Besitzverhältnisse 67o

Liegenschaftsbetrieb Mikulcine 694

Liegenschaftsverwaltung 67o

Milchablieferung 674

Miscowice. Gut im Kreise Tarnopol 694

Straßenbau u.-reinigung 671. 676. 68o. 686

Trembowla, Ort im Krs.Tarn. 695

Verwaltungsorganisation des Kreises 667

/Galizien/

Tarnopol
- Viehablieferung 674
- Wasserwerk 681
- Wohnungsmangel 68o
- Tataren-Paß 7o8

Territoriale Gliederung der Hoheitsverwaltung 73o
Textilienversorgung 745
Treibstofflage 267
Treibstoffversorgung 741. 747
Treibstoffversorgung
Ukrainer 32
- Empfang einer Delegation in Lemberg 773
- Mitarbeit d. Ukrainer in d.Verwaltung 669

Uniformfrage 739
Verhältnis zur Polizei 1o18
Verkehrsverhältnisse 723
Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich 721
Verwaltungsorganisation im Distrikt 722
Verwaltungsvereinfachung 738
Waldungen in Galizien
- Übernahme durch die Schaffgotsch-Werke 1o69

Dr. Wächter, Gouverneur
- Übernahme der Distriktsverwaltung 139
- Wirtschaft im Distrikt 36. 72o. 742
- Wirtschaftsrat 36

Gartzke, Kapitän a.D.
- Verabschiedung 1218

Geldabschöpfung 24o
Geldfälschung s.Währung

Gemeinschaftsfremde 277. 28o. 281

Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder

Gendarmerie s. Polizei

Generalgouverneur

Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung 968. 986

Aufruf zum Gründungstag des GG.ments 1161

Aufruf zur Wintersachensamml. 3

Begleitkommando 391. 1o2o

Besichtigungsreise durch Galizien 666

Besprechung mit dem Führer über die Aufbauarbeit im GG. 436

Niederlegung des Amtes des Generalgouverneurs 961. 986. 1245

Personalunion

Generalgouverneur-Parteileiter 1312

Persönliche Stellung im Reich 961

Reden des Generalgouverneurs in Berlin, Wien, München, Heidelberg 499. 512. 536. 623. 64o. 1o49

Reichsverteidigungskommissar 1o18

Salonwagen 483

Stadtspaziergang 12o7

Verhältnis zur SS. und Polizei 1o2o

Verwendung bisheriger Mitarbeiter 1o5o

Generalgouvernement

ältestes besetztes Gebiet 13o9

Aufgabengebiet 86o

Ausgleichstelle 1152

Berichterstattung über die Leistungen 1247

Bestandsaufnahme der Bevölkerung 1342

Bevölkerung 1132

Bibliographie 1o1. 1o36

Diensterlaß über Beobachtung größter Sparsamkeit 88

/Generalgouvernement/

Durchgangsland 613
Finanzhoheit 394
"Führer durch das GG.ment" 1o36
Führung und Verwaltung 13. 1oo9
Gründungstag 519. 1o47. 1o48. 1o95. 1128. 1161
Handbuch für das GG.ment 1oo2
Industriealisierung des GG.ments 613
Lage des GG.ments 595
Landeskunde des GG.ments 6o2
Leistungen für Front, Rüstung und Reich 891. 1o13
Spezialliteratur über das GG.ment 1ooo
Staatsakt aus Anlaß der Feier des Gründungstages 1128
Staatsrechtliche Stellung 285
Verein: "Freunde des GG.ments" 95o
Verhältnis: Reich - GG.ment 96o
Versorgungslage 38
Vorträge über das GG.ment 4o3
Werbestelle in Berlin 5o. 428. 95o.
Wirtschaftl. Lage 239
Zeitschrift "Das Generalgouvernement" 1167
Zusammenarbeit mit der Wehrmacht 1131

Generatoren
Generatorfahrzeuge 268
Koksgenerator 6o9
Gerichtsbarkeit 1137
Gesetzgebung s. Amt für Gesetzg.
Gestüt
Gidran-Hauptgestüt 1175
Lippizaner-Hauptgestüt 346

Gesundheitswesen

Buch des Obermedizinalrats Dr. Walbaum: "Kampf den Seuchen" 1198

Behring-Institut in Lemberg 1199. 129o

Deutsche Ärzte 1134. 1199

Empfang reichsdeutscher Ärzte durch den GG.eur 1299

Entlausungsanstalt in Przemysl 24

Fleckfieber 22. 1134. 1198

Fleckfieber-Institut s.Behring-Institut

Sanatorien und Heilstätten 1133

Seuchenbekämpfung 1134

Streitfall zwischen Gouverneur Dr. Fischer u. O.M.R. Dr. Walbaum 254

Dr. Walbaum, Obermedizinalrat

Beschwerde über Nichtbeförderung 1o65

Gidran-Hauptgestüt 1171. 1175

Gliederungen d. Partei s.Arbeitsbereich

Gouverneurbesprechungen 441. 814. 1oo5. 1273

Einbau der Straßenbauämter in die Distriktsverwaltung 814

Gewerbeaufsicht 258

Gouverneure

Versetzung 1247

Grau, Soldat 511

Grenzfragen

Bereinigung für das GG.ent 1131

Galizien, Oberschlesien,Petrikau 35
Ungarn - Generalgouvernement 296. 396

Verbot von Debatten über Grenz- und Gebietsänderungen 255

Grube Jaworschno 479

Gründungstag des GG.ments
s. Generalgouvernement

Gumniska

Einweihung des Gidran-
Hauptgestüts 1171

Hauptabteilungspräsidenten
Sitzungen 293. 454. 818. 1008 1281
Hauptausschuß, polnischer 527. 1213
Haushaltswesen 569
Außerordentlicher Haushalt
Deckung durch Anleihe 405
Begrenzung der Haushaltsansprüche 275
Einbau des Polizeihaushalts in den Haushalt des Reiches 180
Einzelhaushalte 1040
Finanzamtmann Süßmann 1041
Haushaltserlaß 1943 1007. 1039
Haushaltsjahr 1941 1136
Haushaltsplan 1941 152
Haushaltsplan 1942 1136. 1204
Haushaltsplan 1943 964
Heimatdienst, ukrainischer 213. 1148
Heldengedenkfeier
auf dem Soldatenfriedhof Rakowice 171
Himmler, Reichsführer SS 162. 165
Hitler-Jugend s. Arbeitsbereich
Hochofen in Tschenstochau 271
Holz - Holzwirtschaft s.Forsten
Hotelwesen
Hotelbauten 207
Hotel George i.Lemberg
Umgestaltung 950
Osthotel in Krakau 207
Hühnlein, Corpsführer des NSKK
Trauerfeier-Staatsakt in München 534
Huzulen s. Galizien

Hauptabteilungspräsidenten
Sitzungen 293. 454. 818. 1008 1281
Hauptausschuß, polnischer 527. 1213
Haushaltswesen 569
Außerordentlicher Haushalt
Deckung durch Anleihe 405
Begrenzung der Haushaltsansprüche 275
Einbau des Polizeihaushalts in den Haushalt des Reiches 180
Einzelhaushalte 1040
Finanzamtmann Süßmann 1041
Haushaltserlaß 1943 1007. 1039
Haushaltsjahr 1941 1136
Haushaltsplan 1941 152
Haushaltsplan 1942 1136. 1204
Haushaltsplan 1943 964
Heimatdienst, ukrainischer 213. 1148
Heldengedenkfeier
auf dem Soldatenfriedhof Rakowice 171
Himmler, Reichsführer SS 162. 165
Hitler-Jugend s. Arbeitsbereich
Hochofen in Tschenstochau 271
Holz - Holzwirtschaft s.Forsten
Hotelwesen
Hotelbauten 207
Hotel George i.Lemberg
Umgestaltung 950
Osthotel in Krakau 207
Hühnlein, Corpsführer des NSKK
Trauerfeier-Staatsakt in München 534
Huzulen s. Galizien

J

Industrie

Rohstoffversorgung der Fabrikationsstellen des GG.ments 617

Zusammenarbeit der Industrien des GG.Ments u. des Protektorats 614

Industrialisierung des GG.ments 613

Industrialisierungsgrenze 6o9

Industriewirtschaft 1146

Innere Verwaltung, Hauptabteilung

Verabschiedung des M.R. Dr.Siebert 1371

Wechsel in der Leitung 1219. 1247

Institute in Lemberg 2o2

Institut für Deutsche Ostarbeit 1143

Anerkennung der Arbeit in den Berliner Ministerien 397

Arbeit des Instituts 1263

Aufgaben 111o

Ausstellung "Altdeutsche Kunst aus Krakau" 563. 6o1. 6o2

Behaim-Codex 67. 1367

"Epoche des Ostens"

Vortrag des GG.eurs im Institut 1o99. 1262

Erschwerung der Forscherarbeit 564

Gründung einer deutsch-ital. wissenschaftl. Vereinigung 397

Jahrbuch 68

Kassenführung 68

Kunstausstellung des "Hilfswerks für deutsche bildende Kunst" 113

Organisatorischer Aufbau 67

Publikationen des Instituts 461. 565

Sektion "Rassenforschung" 1262

Sektion "Sprachwissenschaft" 1262

Selbständigkeit des Institus hinsichtlich Ostforschung 397

Serenade im Gotischen Hof 524

Veit-Stoß-Preis 461. 565. 1178

Volksdeutsche Forschung 1262

Vozt

/Institut für Deutsche Ostarbeit/

Vorträge
Colin Roß 431
Professor Karlinger 224
Prof. Dr. Kienle 483
Watzke, stellv. Präsident
Amtsniederlegung 68
Wissenschaftliche Arbeit 67. 1099
Würdigung der Arbeit des Instituts f. Deutsche Ostarb. durch den GG.eur 1100
Zeitschrift "Die Burg" 601
Zweigstelle in Lemberg 565. 578

Italien
Duce Benito Mussolini 1307
Fascio Italiano
Verlegung des Sitzes nach Krakau 251. 1120
di Fossombrone, Graf
Beauftragter d. Ital.Botschaft 1232
Fürsorge für die GG.ment ansässigen Italiener 251
Gründung einer deutsch-Ital. wissenschaftl. Vereinigung 397
Italiener-Haus in Krakau 260
Italienische Geistliche
Einreiseerlaubnis 1233
Italienisches Restaurant in Krakau 252
Kulturelles Leben der Italiener im GG.ment 252

Juden 195. 868
Arbeit 896
Ghetto in Lublin 443
Juden in Galizien 795
Juden in der Rüstungsindustrie 611
Judenaktion 1277
Judenumsiedlung 447

Julfeier s. Weihnachtsfeier

Justiz
Neuordnung 1112

K

Kali s. Landwirtschaft

Kaliwerke, galizische 399

Kammerorganisation s. Wirtschaft

Kammerwesen (s.a.Wirtschaft) 479

- Klagen über die Wirtschaftskammer 248
- Wirtschaftskammern 242, 247
- Zentralkammer 242

Kanäle

- Ausbau des östlichen Kanalnetzes 36

Kanzlei des Generalgouverneurs

- Einstellung der Arbeiten am Verwaltungsgebäude 1353
- Verwaltungsgebäude s.a. Bauwesen 291

Kapitalver-flechtung 1151

Karpaten-Öl-Gesellschaft 244. 576. 744

Kastein, Stabsamtsleiter

- Trauerfeier 481

Kathedralchor, Berliner 225. 226

Kirchen

- Berliner Kathedralchor 225. 226
- Kein Kirchenproblem im GG.ment 19o
- Orthodoxe Kirche
  - Priesterseminar in Cholm 1233
- Reichsverband für das kathol. Deutschtum im Ausland 226
- Übergabe d. 12-Apostel-Kirche in Krakau an die deutschen Katholiken 225

Kob, SA-Obergruppenführer

- Leiter der Reit- und Fahrausbildung 1268

Körner, Landesbauernführer

- Verabschiedung 1368

Kohle

- Kohlentransporte 265. 268. 328
- Kohlenversorgung im GG.ment 343. 577

Koksgenerator s. Generatoren

Kommission des Generals von U n r u h 914. 935. 954. 963 1oo6

Koxagys s. Landwirtschaft
Kraftverkehr Bayern 324. 325
Krakau, Stadt
Ausschmückungsarbeiten 1196
Bauliche Umgestaltung 933
Bäckereibetriebe in Krakau
Ziarno-Bäckerei 348
Bundeshauptstadt 1247
Deutsche Führung 933
Direkte Unterstellung unter die Regierung des GG.ments 1244
Einzelbauplanung 259
Entwicklung der Stadt Krakau 932
Ernährungs- u.Gesundheitslage 934
Gesamtplanung für den Ausbau 143
Großstadt-Kleinstadt 1286
Hauptstadt des GG.ments 1282
Herausnahme aus der Aufsicht des Distrikts 1247
Neubauten 259
Rechenschaftsbericht des Stadthauptmanns 1196. 1244. 1281
Ansprache des GG.eurs 1281
Rechtliche Stellung des Stadthauptmanns 932
Sicherheitslege 1279
Stadtbaupläne 1288
Straßenbau 2o7
Verbreiterung der Burgstraße 2o9
Verhältnis des Stadthauptmanns zum Gouverneur 568
Verschönerung durch Anlegung von Waldungen in der näheren Umgebung 143
Wohnungsamt, Städtisches 2o6
Wohnungsneubauten 1287

Kreishauptmann

Recht der Ernennung u. Einführung von Kreishauptmännern 285

Kressendorf

Bauten in Kressendorf 1o78

Hausmusik in Schloß Kressend. 1243

Staatsgut - Erntefest 1oo4

Kriegsgefangenenlager

Schaffung eines solchen in Lublin 2oo

Kriegsteilnehmer, Übertragung kleinerer u. mittlerer Betriebe auf Kriegsteilnehmer 75. 161

Kriegsteilnehmerbetriebe 934

Kriegsverdienstkreuz II. Klasse -medaille 132. 712. 1126

Kriegsverdienstkreuz I. Klasse 115o. 1156

Kriegswinterhilfswerk 571.1o64. 1o8o. 1o83

Krüger, Staatssekretär für das Sicherheitswesen

Feierliche Amtseinführung 432

Kultur

Arbeitssitzung

Besprechung kultureller Fragen 1o27

"Blätter für Deutsche Kultur im GG.ment" 52o. 1o34

Intensivierung der kulturellen Arbeit im GG.ment 1o22

Kulturelle Aufbauarbeit in Theater, Musik und Presse 1o97

Kulturvereinigung des GG.ments 1o3o. 1o97. 1349

Kulturwochen 1o33

Programmgestaltung d. künstl. Institute des GG.ments 1o27

Überwachung des gesamten kulturellen fremdvölkischen Lebens 1142

Kurhäuser in den Staatsbädern 57o

Kurorte

Überfüllung durch Polen 1o65

Kunst

Amt für Pflege alter Kunst 1367

"Eindrücke von deutscher Kunst im Ostraum" Vortrag des Prof. Karlinger 224

Inventarverzeichnis für die zur Burg gehörigen Bilder 69

Staatskunstaammlung Burg 69

Kunstausstellungen 1o32

Kunstausstellung "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement" 1178

Kunstausstellung des Hilfswerks für deutsche bildende Kunst 84. 113. 29o

Sonderbeauftragter für die Sicherung der Kunstschätze 1145

L

Landbau

Anordnung über allgemeine Pflichten im Landbau 1217

Landeskunde des GG.ments 602

Landespferdezucht

"Dienst am Pferde" 351

Lippizaner - Hauptgestüt 346

Pferderennen in Lublin 349

Vollblutzucht im Distr.Lublin 448

Landkommissariat 672. 677. 686. 728. 729

Landwirtschaft

Ablieferung von 500 000 to Getreide an das Reich 927

Abtransport der Lieferungskontingente an das Reich 1019

Anordnung über allgemeine Pflichten im Landbau 1217

Arbeitereinsatz 1274

Auswinterungsschäden 345

"Dienst am Pferde" 346. 351

Druschkohlen-Aktion 995

Düngemittel 42. 1274

Distrikt Lublin als Saatgutdistrikt 347

Einheitliche Preisbildung f. landwirtschaftl. Produkte im GG.ment 368

Ernteablieferung 994

Ernteausnahmezustand 596. 600. 611. 936

Ernteerfassung 44. 239. 340. 578. 618. 675. 943. 993. 1005. 1150. 1211. 12 1238. 1251. 1256

Befehlsstab 994

Fernschreiben des GG.eurs an Reichsmarschall Göring 1256

Ernteerfassungsaktion 239

Ernteerfassungs-Aufruf des GG.eurs 926

/Landwirtschaft/

Erfassungs- u. Ernährungs-plan

Kontingentserhöhung 955. 957
Erzeugungsschlacht 1943 1214. 1273
Felderbestellung 41
Geflügelzucht 73
Kali- Kaligruben i.Galizien 43. 249. 349. 399
Kalisyndikat 43
Kalk 43
Karpfenzucht 73
Kartoffelanbau i.Distr.Galiz. 42
Kontingente i. Galizien 74o
Koxagys, Kautschukpflanze 345
Lagerraum in Galizien 741
Lagerung der erfaßten Kontingente 995
Landwirtschaft in Galizien 72o
Landwirtschaftl. Berufspflichtschulen 1139
Landwirtschaftl. Forschungsanstalt in Pulawy 452
Landwirtschaftl. Preise 675. 1274
Landwirtschaftl.Maschinen

Fabrikation im GG.ment 616
Landwirtschaftl. Zentralstelle 27. 475. 948. 1251
Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft in Wolhynien-

Denkschrift des Prof.Dr. Christiansen-Weniger 46
Lieferung von Lebensmitteln aus dem GG.ment an das Reich 475
Lieferung von Brotgetreide an das Reich u.die Wehrmacht 947. 963
Milcherfassung 996
Molkerei-Bauprogramm 998
Pferdeaushebung 741
Pferdehaltung 73

/Landwirtschaft/

Pferdezucht 346
Prämienscheine 684
Prämienware 996
Preise der landwirtschaftl. Erzeugnisse 675. 1274
Preiserhöhung f. landwirtschaftl. Produkte 333
Schweinehaltung 73
Sicherung der Ernte 1943 1213. 1252
Staatsdomänen 928. 1167
Steigerung der Ernteerträge 124o
Stickstoff-Syndikat
Beitritt des Werkes Moscice 42
Stickstoffversorgung 42
Stickstoffwerk Moscice 269. 1245
Tätigkeit der Hauptabteilung E. u. L. 1149
Treibstoff für die Ernteerfassung u.Getreideablieferung 998
Treibstoffversorgung 995
Überwachung der Lieferungen aus dem Reich 993
Verabschiedung des Landesbauernführers Körner 1368
Verladeplan für die Lieferungen aus dem Reich 997
Versuchsanstalt f. Almenwirtschaft 7o6
Viehwirtschaft 72
Waggongestellung f.die Lieferungen aus dem Reich 997
Zentralkammer, landwirtschaftl. ~~Zugvieh~~ 948
Zugvieh 43

Dr. Lasch, Gouverneur 185. 477
Einzelfall einer Korruptions-erscheinung 276
Verhaftung 146
Lazarettzüge
Ausstattung mit Lautsprecher-anlagen 1141
Lazarettzug für die Wehrmacht 455
Lebensmittel
Lieferung von Lebensmitteln aus dem GG.ment an das Reich 475
Lebensmittelkarten
Verteilung durch die Betriebs-führer 1212
Lebensraum des deutschen Volkes 11o8
Leihbüchereien 1366
Leistungskampf der Betriebe
Verleihung der Siegerurkunden 463
Lemberger Messe s.Galizien
Liegenschaftsbetrieb Mikulcine 694
Liegenschaftsverwaltung im Kreise Tarnopol 67o
"Lindenhorst"
Erholungsstätte bei Lublin 443
Lohnsituation im GG.ment 257
Lohnwesen-Lohnerhöhung 339
Lublin, Distrikt
Arbeit d. Distr.-Verwaltung Durchführung des Prinzips d. Einheit d. Verwaltung 445
Bauplanungen 832
Saatgutdistrikt 347
Sicherheitslage 823
Sonderprobleme 82o
Städtplanung 83o
Überfälle 473
Umsiedlung 83o
Lublin-Stadt
"Lindenhorst"-Erholungs-stätte 443
Luftgau VIII
Unterbringung 28

Marine-Schwimm-Mannschaft Kiel s. Sport
Meldeverordnung 2o7
Meliorationswesen 45. 1148
Memorandum des GG.eurs 968. 986
Messewesen
Lemberger Messe 36. 772
Mikulcine, Liegenschaftsbetrieb 694
Milcherfassung s. Landwirtschaft
Militärbefehlshaber der bes. Gebiete
Besprechung in Berlin 848
Militärbefehlshaber i.GG.ment 965. 1o43
Umwandlung d. Dienststelle in die eines Wehrkreisbefehlshabers 954
Militärjustiz
Urteile d. Militärgerichte gegen Polen und Ukrainer 473
Mineralölzuteilung 745
Ministeramt des Reichsministers Dr. Frank 1o49
Molkereien s. Landwirtschaft
Morszyn, Staatsbad s.Galizien
Moscice, Stickstoffwerk s.Landwirtschaft

Monopole

Branntweinmonopol 152
Einschränkung d. Erzeugung von Branntwein 152
Großbäcker-Monopol 349
Karpaten-Öl-Gesellschaft 244
Monopolverwaltung 239. 1135. 1346
Tabakmonopol
Tabakeinkauf 1344
Tabakerzeugung 1344
Tabakproduktion 569
Zigarettenlieferungen an die Wehrmacht 276
Unterstützung d. Ernteerfassungsaktion durch die Monopolverwaltung 239

Munitionsfabrik Kamiena 577

Museen

Verwaltung durch Staatssekretär Dr.Mühlmann 459

Musik

Chopin-Nachlaß 602

Komponist Elsner, Reliquien 1263

Ständchen der Chorvereinigung Königshütte 600

Mussolini, Benito, Duce 1307

Mutterkreuz, goldenes

Verleihung an 8 Mütter aus dem GG.ment 1122

N

Naleczow
Ausflugsort bei Lublin 452
Nordepoche des deutschen Volkes 11o2
Notenumlauf s.Währung
NSDAP (s.a. Arbeitsbereich) 87o
NS-Fliegerkorps 1o23
Einheit "Generalgouvernement" 916
Segelflug 1o23
NS-Frauenschaft s.Arbeitsbereich
NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" 1o34
NSKK 1352
Standarte "Generalgouvernement" 1o21
NSV s.Arbeitsbereich

O

Oberlandesgerichtsprädidenten

Empfang d. Oberlandesgerichts-präsidenten von Königsberg, Danzig, Kattowitz u. Posen 524

Oberstes Rechnungsprüfungsamt 219

Ohnesorge, Reichspostminister

Empfang durch den GG.eur 842

Oshima, japanischer Botschafter

Empfang durch den GG.eur 842

Ostag (s.a. Werke des GG.ments) 319. 57o

Ostbahn

Abtransport d. Lieferungskontin-gente ins Reich 1o19

Angliederung der Ostbahn an die Reichsbahn 37

Arbeitsbesprechung 1o52

Arbeitslage 1o2o

Bahnhofsumbauten 24

Baudiensteinsatz 517. 1o19

Bauvorhaben d. Ostbahn 1o52. 1o54

Betrieb 148

Betriebsleitung Ost

Zweigstelle des R.V.M. 23

Eingliederung in den Reichs-bahnbetrieb 145. 1o19

Entlausungsanstalt in Przemysl 24

Entwicklung der Ostbahn 1153

Fleckfiebergefahr 22

Galizien-Eisenbahnlinien 21. 742

Dr. Ganzenmüller, Staats-sekretär im R.V.M. 1263

Generalbetriebsleitung f.das GGment 1266

Holzmaterial f. Lokomotiv-schuppen 21o

Kohlentransport 268

Kohlenversorgung 21

/Ostbahn/

Nachschubverkehr 2o
Organisation der Reichsbahn 1263
Personenverkehr 15o
Polnische Bedienstete 22. 149
Rangstufe der Dringlichkeit d. Transporte 149
Reichsbahndirektionen im GG. 1264. 1267
Salonwagen des GG.eurs 483
Selbständigkeit der Ostbahn 23. 38. 1264. 1268
Sofort-Programm für den Ausbau d. Bahnen im Osten 23
Sperre d. Beförderung v. Gepäckstücken während des Ernteausnahmezustandes 936
Sperre des Eisenbahnverkehrs f. Nichtdeutsche während des Ernteausnahmezustandes 936
Sperre des Verkehrs vom Reich nach dem GG.ment 21
Strecke Krakau-Lemberg 24
Transport- und Verkehrslage 148
Übernahme der Ostbahn durch die Reichsbahn 15o
Übertragung des Ausbaues und der Betriebsführung der Bahnen des Ostens an das R.V.M.
Umgehungsbahn bei Krakau 24
Verfügungsgewalt des Reiches 8o
Verkehr in Galizien 21
Verkehrsverhältnisse 2o
Verordnungsentwurf 1o52
Waggongestellung 21. 997
Werkstätten 15o. 115o
Zulassungskarten f. den Personenverkehr 15o
Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn u. Ostbahn 71

/Ostbahn/

Zusatzverpflegung der poln. Bediensteten 22

Ostepoche des deutschen Volkes 11o4

Ostinstitute

Tagung in Wien 564

Ostzulage s. Beamte

P

Papierbeschaffung 1299. 1362
Patentrecht 477. 1138

Pferdehaltung - Pferdezucht
a.s.Landwirtschaft 741
"Dienst am Pferde" - Verordnung 346. 351. 474
Gestüte 474
Landespferdezucht 346
Oberlandstallmeister Rau 474
Pferderennen in Lublin 349
Staatsgestüt 475
Staatshengste 475
Vollblutzucht 474

Philharmonie des GG. 114o
Chor d. Philharmonie 439. 52o
Erb, stellv. Chefdirigent 47. 87. 399
Führendes Orchester des deutschen Ostens 4oo
Haslinde, Intendant 399. 4o5
Hindemith, Chefdirigent 47. 86. 399
Konzerte 81. 1o11. 116o.12o5 1341
Kulturaufgabe der Philharmonie 439
Nachfolge des verstorbenen Chefdirigenten Dr.Rohr 86
Pfitzner-Konzert 438
Philharmonie, Dresdner 1o26
Programm f. die Winterspielzeit 51o
"Staatskapellmeister" Titel f. Hindemith u. Erb 1o97

Polen
Arbeits- und Versorgungslage 1351
Arbeitskräfte, polnische
Behandlung im Reich 919
Einsatzzahl im Reich 256
Baudienst, polnischer 213

/Polen/

Beeinflussung d. poln. Bevölkerung durch die poln.Zeitungen 312

Bestandsaufnahme d. poln. Bevölkerung 1343

Emigranten, polnische 3o3

Empfang

einer Abordnung des poln. Hilfskomitees 692

einer poln. Delegation in Lemberg 778

des Poln. Hauptausschusses 526

Ernährungsplan f. die poln.Bevölkerung 1231

Forstarbeiter, poln. 211

Haupt (Hilfs)Ausschuß,poln. 1213. 123o

Kurorte

Überfüllung durch Polen 1o65

Polenpolitik 1329

politische Behandlung d. Polen 156

Polizei, polnische 999

Presse, polnische 299. 3o1. 3o4

Rationssenkungen der Lebensmittel f. die poln. Bevölkerung 1212

Rundfunk

Teilnahme d. Polen am R. 157

poln. Rundfunknachrichtendienst 3o2

Stellung d. Polen zur deutschen Herrschaft 897

Stimmung d. poln. Bevölkerung 123o

Verteilung d. Lebensmittelkarten durch Betriebsführer 1212

Versorgung d. poln. Bevölkerung 1332

Werkzeitung f. die in wehrwirtschaftl. Betrieben arbeitenden Polen 566

Widerstandsbewegung 1231. 1279

Polizei

Arbeitseinsatz

Mitwirkung d. Polizei 1227

Begleitkommando des GG.eurs 391. 473. 1o2o

Einbau von SS u. Polizei in die Regierungszuständigkeit 169. 246

Exekutive

Polizei-Exkutive d. Regierung 389

Gendarmerie

Unterstellung unter den Kreishauptmann 17o

Haushalt der Polizei 18o

Höherer SS- und Polizeiführer 169

Informationsberichte des SD 392

Krüger, SS.O.Gr.Führer, Gen.d. Polizei,

Einführung in das Amt des Staatssekretärs f. das Sicherheitswesen 432

Kritik durch den GG.eur 389

Ordnungspolizei

Organisation 473

Polizeibesprechungen 524. 1221

Polizeihilfsdienst 1oo6. 1o44. 1222. 1361

Polizeiverfügung

betr. Beschlagnahme von Grundstücken i.Distr. Lublin 34

Polnische Polizei

Beschaffung von Uniformen 49

Todesopfer 5o

Zusatzkarten f. Familien-angehörigen 999

Regierungszuständigkeit

Einbau von SS u.Polizei 169. 246.

Sicherheitslage 1154. 1278. 1279

Sicherheitspolizei-Stärke 1221

/Polizei/

Sonderdienst

Überführung in die Polizei 1043. 1044

Staatssekretär f.das Sicherheitswesen 169. 174. 393. 392. 946

Stützpunkte d. SS. u.Polizei 1226

Stellung des GG.eurs zum SS- und Polizeiproblem 389. 1020

Todesopfer bei der Polizei 596

Übereinkommen über die Zusammenarbeit von Polizei u. Verwaltung 163. 185. 389

Ukrainische Polizei 49. 50

Verordnung über die Neuregelung d. Polizeiverhältnisse 210

Vorgänge im Distr. Lublin 473

Widerstandsbewegung s.Polen

Polizeihilfsdienst s.Polizei

Postwesen s.Deutsche Post Osten

Prämienscheine, Prämienware s.Landwirtschaft

Preisbildung 79.1152. 1332

Einheitliche Preisbildung f.landwirtschaftl. Produkte im GG.ment 368

Erhöhung d.Preise f.landwirtschaftl.Produkte 333

Handelsspanne 340

Lohnerhöhung 339

Preise d.landw.Erzeugnisse 1274

Preisschere 337

Preisverhältnis GG.ment-Galizien 368

"Preisverschriften des GG.ments"

Schrift des O.R.R. Dr. Schulte-Wissermann 1164

Verhältnis von Löhnen zu Preisen 339

Preisbildungsstelle 41

Preise im freien Handel 277

Preisüberwachung

Arbeit des Preiskommissars 41

Presse

Anerkennung des Interesses d.reichsdeutschen Presse am GG.ment 222. 1142

Besichtigung von Druckerzeugnissen des Krakau-Warschauer Zeitungsverlages durch den GG-eur 314

Bevollmächtigter des Reichspressechefs bei der Regierung des GG.eurs 1247

Deutsches Nachrichten-Büro 117o

Dr. Dresler, Pressechef beim Bevollmächtigten des GG.eurs 1o51

Einheitlichkeit der Presseführung 313

Empfang von Pressevertretern der deutschen Volksgruppe in Bulgarien, Rumänien, Ungarn 1o68

Empfang reichsdeutscher Schriftleiter 272. 53o. 6o8. 665. 911

Empfang von Studenten der zeitungswissenschaftl. Institute Wien 6o8

Empfang von Wirtschaftsschriftleitern 777

"Erlebtes GG.ment"

Buch des Schriftleiters Hirche 226

Fremdvölkische Presse 297

Haus der Presse in Krakau

Eröffnung 22o. 221

Krakauer Illustrierte 1366

Krakauer Zeitung 314. 1142

Feuilleton-Kritik 1o17

Leistungsschau 22o

Papierbeschaffung 1299. 1362

Polnische Presse 3o1. 3o6

Ausgestaltung 3o5

Einfluß auf die Bevölkerung 312

/Presse/

/Polnische Presse/

Führung und Wesen 299. 3o4
Nachrichtenapparat 3o2
Pressebesprechung am 14.4.42 297
Pressechef der Regierung
Zusammenarbeit mit dem Leiter d. Hauptabtl. Propaganda 31o. 313
Pressepolitik 298
fremdvölkische 3o4. 3o7
Preßburg
Besuch durch Pressechef Gaßner u.Hauptschriftl. Stoeppler 473
Reichspressechef Dietrich
Begrüßungstelegramm aus Anlaß d. Eröffnung des Hauses d. Presse 221
Ukrainische Presse 311
Verlag Krakau-Warschau 227
Personal 1299
Volksdeutsche Zeitung 227

Priesterseminar in Cholm 1233

Propaganda

"Blätter f. deutsche Kultur im GG.ment" 52o
Filmbetreuung 1141
Lazarettzüge
Ausstattung mit Lautsprecheranlagen 1141
Polizeiliche Handlungen auf propagandistischem Gebiet 927
Propaganda im GG.ment 12o1
Propagand.Beeinflussung d.poln. Bevölkerung 298. 1141
Rundfunk 52o
Einbau einer Radiozelle im Staatstheater Krakau 455
"Musik aus dem GG.ment" 455

/Propaganda/

/Rundfunk/

Nachrichtendienst	1169
polnischer Nachrichtend.	3o2
Sendeprogramm	1165
Sendeleiter Bosch	1165
Tagesecho des GG.ments	1169
Teilnahme der Polen am Rundfunk	157
Sonderaktion d. Propaganda f.den Distr. Lublin	518
Truppenbetreuung	114o
Wehrmachtsausstellung in den Tuchhallen	619

Pulawy

Landwirtschaftliche Forschungs-anstalt	452

R

Radom, Distrikt
Sicherheitslage 1278
Rassenkraft 11o7
Rattinger, Geh. Oberbaurat
Nachruf 663
Raumordnung 89. 93
Primat des Reiches auch für das GG.ment 9o
Rechnungsprüfungsamt, oberstes 219

Recht

Angriffe gegen Justiz u.Richtertum 5o7
Aufrechterhaltung der Rechtsordnung 186
Bekenntnis des GG.eurs zu den Dingen des Rechts 1337
Elementare Formen f. die Befriedigung des Rechtsbedürfnisses 971
Elementarinhalte des Rechts 551
Europäische Neuordnung unter dem Gesichtspunkt des Rechts 536. 539
Führer als oberster Gerichtsherr 635
Gemeinschaftsvoraussetzung 4o7
Grundlage d. Volksgemeinschaft 622
Haus des Deutschen Rechts 639
Justiz als Erscheinungsform des Rechts 55o
Kritik am Recht 5o8. 638
Kritik am Wirken der Juristen 625
Menschlichkeit im Recht 555. 658
Mission des Rechts 548
von der Pfordten, Theodor 549. 639
Postulat d. Rechtskultur 635
Punkt 19 des Parteiprogramms 164. 636
Rechtsauffassung des GG.eurs 164

/Recht/

"Rechtsgedanke u. die europäische Neuordnung"
Vortrag des GG.eurs in Heidelberg 64o
Rechtsgefühl des deutschen Volkes 658
Rechtsidee 5o5. 969
"Rechtsidee u. Volksgemeinschaft"
Vortrag des GG.eurs i.Berlin 498
Rechtskultur 55o. 635
Rechtssicherheit 187
Rechtsprechung 5o4
Rechtsunsicherheit 97o
Richterliche Unabhängigkeit 5o1. 631. 655
Richtertum 5o4
Schutz der schöpferischen Persönlichkeit 5o6. 552
"Schwarzes Korps"
Kritik an Rechtsanwälten 628
Tag des deutschen Rechts in Leipzig 634
Verunglimpfung des Rechts u. der Rechtswahrer 657
Völkisches Rechtsbewußtsein 5o7

Rechtshilfeverkehr 1138
Rechtskammer, internationale
Landesvertretung Deutschland 4o6. 415
Rechtsschutz, gewerblicher 1138
Regierungssitzungen 159. 593. 955. 1128 1289
Reichsarbeitsdienst 48o. 516
Reichsauflagen gegenüber dem GG.ment 594
Reichsbahn s.Ostbahn
Reichsbeauftragter f.Eisen u. Stahl in den bes. Gebieten 612
Reichsfinanzministerium
Tagung der Finanzabteilungsleiter d.bes.Gebiete 1343

Reichsidee 11o7

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums 82o

Reichskriegsgericht 46

Reichsminister Dr. Frank

- Dienstwohnung 1o49
- Verwendung der bisherigen Mitarbeiter 1o5o

Reichsrechtsamt 1o65

Reichsrundfunk 1165

Reichsverband für das kath.Deutschtum im Auslande 226

Reichsverband für das kath.Deutschtum im Auslande 226

Reichsvereinigung "Eisen" 612

Reichsverkehrsministerium

- Einflußnahme auf die Ostbahn 23
- Empfang des Staatssekretärs Dr. Ganzenmüller 1263

Reichsverteidigungsausschuß 1o26

Reichsverteidigungsbeitrag 12o4

Reichsverteidigungskommissar 1o18

Reichswerke Hermann Göring 243

Reichszentralen

- Beziehungen einzelner Dienststellen des GG.ments zum Reich 1oo9

Reprivatisierung s.Galizien

Rüstungsbetriebe

- Verfügungsgewalt des Reiches 245

Rüstungsindustrie 238

- Arbeiterverpflegung 135o
- Judenbeschäftigung 611

Rüstungsinspektion 212. 1146. 12o3

Rüstungskommission 1197

Rüstungsproduktion 6o9

Rüstungswerke 27o. 6o9

- ungenügende Waggongestellung 271

Rumänien 396

Rundfunk, s. Deutsche Post Osten u. Propaganda

S A des GG.ments 177. 286. 458
Aufstellung zweier SA-Standarten im GG.ment 178
SA-Einheit Generalgouvernement 315. 316. 373. 1347
SA-Wehrmannschaften 519. 525. 1043. 1045
Salonwagen des GG.eurs 483
Sapieha, Fürstbischof
Bittschrift 1230
Sauckel, Gauleiter
Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung 288. 344. 918
Schach
Dr. Aljechin, Schachweltmeister 461. 1119
Bogoljubow, Schachmeister 293
Europäischer Schachbund 1114
Großdeutscher Schachbund
Empfang des Präsidiums 1114.1116
Schachschule 461
Schachseminar 1118. 1349
Schachverband "Generalgouvernement" 1114. 1116
Dr. Siebert
Präsident des Schachverbandes GG.ment 1114. 1118
Verteilung von Schachspielen an die Lazarette 293
Schaffgotsch-Werke 1069
Schramm, Reichshandwerksmeister 835
Schrifttum im GG.ment
Dr. Hans Frank-Preis 1365
Schrifttumspreis 1031. 1097
Schulwesen, deutsches 1139. 1157
Schulwesen, fremdvölkisches 1139
S.D.
Informationsberichte 392
Selbstverwaltungsorganisation d. Wirtschaft
Einrichtung einer Gewerbeaufsicht durch die Reichsgruppe Industrie 258

Siebert, bayr. Ministerpräsident
Beisetzung 1191
Nachruf des GG.eurs 1191
Dr. Siebert, Min.Rat,Hauptatl. präsident
Verabschiedung 1371
Sikorski, poln. General 298. 3o2. 3o3
Soldatenfriedhof in Rakowice 171
Soldatenkino in Krakau
Gastspiel der Schauspielerin Lill Dagover 279
Sonderdienst 176. 1155
Ablösung d. Polizei-Burgwache durch eine Wache des Sonderdienstes 49
Aufrechterhaltung des Sonderdienstes im Interesse der Kreishauptmannschaften 177
Ausscheiden des Rechtsrats Dr. Hammerle 288
Besichtigung einer Abtl. des Sonderdienstes u.Ansprache des GG.eurs 1258
Eingliederung in die Verwaltung 1246
Einrichtung des GG.ments 457
Grundverordnung über den Sonderdienst 2o1
Musterung von Mannschaften zur Aufnahme in die Waffen-SS 1236
Peltz, SA-Oberführer als Inspekteur des Sonderdienstes 315
Persönliche Führung durch den GG.eur 2o2. 246
Polizeioffiziere für den Sonderdienst 287
Referat beim Staatssekretariat für das Sicherheitswesen 2oo. 246. 457

/Sonderdienst/

Selbständigkeit des Sonderdienstes 2o1
Stärke des Sonderdienstes 1221
Technische Sondereinrichtung für die örtlichen Instanzen 287
Überführung in die allgemeine Polizei 1o43. 1o44
Übergabe einer Hoheitsfahne 37o
Unterstellung unter den Befehlshaber d. Ordnungspolizei 1236
Unterstellung unter den GG.eur 392. 457
Vereidigung 286
Verwaltung durch Rechtsrat Dr. Hammerle 2o1

Sowjetrussische Trusts in Galizien 33
Sparsamkeitserlaß 88
Spindler, Finanzpräsident
Verabschiedung 51

Sport

Finanzierung von Sportanlagen 3o
Marine-Schwimm-Mannschaft Kiel 3o.47
Reitsport 286. 1268
Schießsport 199
Spitzenorganisation für alle Sportgemeinschaften 3o
Sportführer des GG.ments 29
Sportgau Generalgouvernement 3o
Werbeabende für den Sport 3o

S.S.

Aufstellung eines SS-Sturmbannes im GG.ment 178. 2oo
SS- und Polizeistützpunkte
SS-Liegenschaftsgüter 1226

Staatsbibliothek 1000. 1140. 1167

Bibliographie des GG.ments 1001
Neuerwerbungen 602
Spezialabteilung: Literatur über das GG.ment 1000

Staatsdomänen 928. 1167
Staatsgut Kressendorf 1004
Staatskasino 208. 1387
Staatsorchester des GG.ments 520
Staatsverschuldung 1137
Staatswirtschaftsausschuß 332. 350. 569
Staatswirtschaftsrat 399
Staatssekretär f.das Sicherheitswesen 169. 174. 284. 392. 393. 946

Amtseinführung des SS-Obergruppenführers Krüger 432
Sonderdienst als Referat des Staatssekretariats 200. 201

Staatstheater

Aufführungen der Opern:

"Iphigenie in Aulis" von Gluck 283
"Julius Caesar" von Händel 1170
"Cavalleria Rusticana" u.d. "Bajazzo" von Leoncavallo 1004
"Der Schneider von Schönau" (Lustspiel) 434
"Was Ihr wollt" von Skakespeare 110
"Die ewige Kette" (Schauspiel) 1208
"Thron zwischen Erdteilen" (Schauspiel) 1001. 1016. 1017. 1068
"Nero und Agrippina" (Tragödie) 97

/Staatstheater/

Bauten 2o7
Eintrittspreise, Erhöhung 51o
Entwicklung 1o13
Festabend deutscher Meister 858
Freilichtaufführung "Torquato Tasso" 958
Gastspiele 1o28. 1243
Gehaltspolitik 1o15. 1o36
Historisches Schauspiel 1o18
Intendant Stampe
  Ernennung zum Generalintendanten 1o97
  Vertrag des Intendanten Stampe 1o14
Kritik an der Aufführung des Schauspiels "Thron zwischen Erdteilen" 1o16. 1o17
Orchester 438. 51o. 1o35
  Kapellmeister Antolitsch 1o97
Ostzulage 1o15
  Schule für den Schauspielernachwuchs 1o33
  Spitzenkräfte 1o14

Staatsverlag 1348. 1363
Stadtgüter 347
Stadtplanung s. Bauwesen
Stalowa-Wola-Werke 615
Starachowicer Werke 614
Statistisches Amt
  Aufgaben 74. 1144
  Preisstatistik 74
  Summarische Bestandsaufnahme d.Bevölkerung 1342.
  Volkszählung 598. 1164
  Wohnungsbaustatistik 74
von Stauß, Staatsrat 531
Stellenplan s. Beamte

Sternwarten 397. 114o

Steuerwesen

Einkommensteuer 153. 12o5. 1345

Einwohnerabgabe 153

Lohnsteuer 153. 394. 12o5. 1345

Grundsteuer

Kriegszuschlag 153

Steuerliche Begünstigung d. Deutschen 153

Steuerpolitik 241

Steuerverwaltung 1135

Stickstoffwerk Moscice 1245

Strafanstalten 1138

Straßenbau s.a. Bauwesen 1149

Straßenverkehr 264

Organisation 264

Straßenverkehrsämter 266

Streckenbelastungskarte 343

Frhr von Streit, Oberregierungsr. 151

Südepoche des Deutschen Volkes 11o3

Substantielle Ideengruppe 542

Szeppessy, Angestellter bei der Hauptabtl.Arbeit 1o12. 1o45. 1234. 1245. 1269

T

Tabak s. Monopol
Talsperren 1148
Tarnopol, Kreis d.Distrikt Galiz. 667. 1171
Technik des Staates 654. 1o49. 11o9. 1299
Textilversorgung 238
Theater 114o
  Deutsche Vollbühne i. Lemberg 519
  Schauspielhaus der Stadt L. 752
Torfgewinnung 269

Treibstoff

  Diesel-Öl 268
  Erdgas als Treibstoff 268. 578
  Generatorfahrzeuge 268
  Öl- und Benzinversorgung 578
  Nichtzulassung von Kraftfahrzeugen im GG.ment 267
  Tankholzproduktion 268
  Treibstoff f. Ernteerfassung 998
  Treibstoffkontingente f. die Distrikte 265
  Treibstofflage in Galizien 267. 747
  Treibstoffversorgung
    für die Herbstbestellung in Galizien 741
    für die Landwirtschaft 995
  Zentralisierung der Bewirtschaftung von Treibstoff 265
  Zuteilung von Treibstoff 267

Treuhandwesen

  Dezentralisierung der Treuhandverwaltung 78
  Grundvermögen 76
  Grundstücksverwaltung 76
  Kriminalität der Treuhänder 78
  Treuhänder 194
  Treuhandgesellschaft 16o
  Treuhandverwaltung 75. 1152. 161
  Treuhand-Verwertungs GmbH. 77

/Treuhandwesen/

Verwaltung u. Verwertung des Vermögens des früheren poln. Staates 77

Truppenbetreuung 1140

Trusts, sowjetrussische in Galizien 33

Türkei

Lichtbildervortrag des YProf. Dr. Christiansen-Weniger 453

Übereinkommen zwischen GG.eur u. Reichsführer SS Himmler
betr. Stellung d. Polizei im GG.ment 389
U.K.-Stellung s. Wehrmacht

Ukrainer
Ablehnung des Empfanges einer Delegation durch den GG.eur 285
Aufführung der 9. Symphonie von Beethoven durch ukrain. Künstler 758
Ausbildungskurse in Lemberg 2o4
Bandera-Bewegung 1279
Bankwesen
Beschäftigung von Ukrainern in leitenden Stellungen des Bankwesens 277
Empfang von ukrainischen Abordnungen 59. 688. 7o8. 773
Ernährungslage im Distrikt Galizien 65
Heimatdienst 213
Presse 311
Spannungsverhältnis zwischen Ukrainern u.Polen 867
Sportverbände 256
Stiftung des GG.eurs f.die ukrainischen Genossenschaften 64
Unklarheiten in der Ukrainerfrage 255
Ukrainer im Distr. Galizien 32
Ukrainisches Komitee in Zabie 7o6
Ukrainisches Kreiskomitee in Czortkow 696
Verwaltung
Heranziehung d.Ukrainer zu Verwaltungsstellen 65
Widerstandsbewegung 1279

Ungarn
Grenzziehung gegen GG.ment 396
Urheberrecht 1138

Veit-Stoß-Preis
s.a. Institut f.Deutsche Ostarbeit 1178

Verbundwirtschaft, energiewirtschaftliche 1146

Vereinfachung der Verwaltung 155

Verlagswesen 1141

Baedecker-Verlag 1002. 1035

Staatsverlag 1348. 1363

Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich s.Arbeit

Verordnungsblatt 158

Verordnungswesen 1155

Verrechnungsverkehr zwischen Reich u. GG.ment 1203

Verwaltung

Einheit der Verwaltung s.diese

Intensivierung 1246

Verwaltungsakademie des GG.ments 6. 7. 8. 10. 12.14. 16. 580

Verwundetenbetreuung (s.a. Arbeitsbereich)

Besichtigung eines SS-Lazaretts durch den GG.eur 883

Veterinärwesen

Maul- und Klauenseuche 72

Tierärzte 1134

Tierseuchen 72. 1134

Tollwut 72

Viehwirtschaft (s.a.Landwirtschaft) 72

Zahl der deutschen Tierärzte 73

Vidussoni, faschistischer Parteisekretär 1064

Villa Gioia in Naleczow 452

Volksdeutsche

Betreuung durch die Partei 902

Deutschstämmigkeitsausweis 1132

Erfassung 1132

Kennkarte 1132

Kinder- u. Erziehungsbeihilfen 571

Verleihung des deutschen Bürgerrechts 946

Volksgerichtshof für das GG.ment 478
Volksgesetzbuch 5o1
Vortrag des Prof. Dr.Hedemann 1o
Volkspflege
Auszeichnung f.Volkspflege 1128
Volkstum
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums 284. 391
Volkstumsfragen 169
Volkszählung s.Statistisches Amt

Dr. Wächter, Gouverneur

Verabschiedung aus seinem Amt als Gouverneur des Distr.Krakau 12o

Währung

Devisenlage des GG.ments 79
Fälschung von Banknoten 562
Fälschung von 5o.Groschen-Stck. 478. 563
Gebrauchsmünzen 57o
Geldumlauf 12o3
Kaufkraft des Zloty 155. 238
Notenumlauf 79. 155. 237.1151
Vertrauen zur Währung 237
Währungslage des GG.ments 155. 478
Wehrmachtsforderungen 235

Dr. Walbaum

Beschwerde über Nichtbeförderung 1o65

Warschau, Stadt

Teilnahme des GG.eurs an einem Konzert im Stadttheater 442

Wasserbau 949. 1148
Wasserwirtschaft 45

Watzke, Hofrat, Abtl.-Präsident

Parteiverfahren 93o
Verabschiedung 1157

Wechsel- und Scheckverkehr 1138
Weiselländische Schiffahrts-A.G. 328

Weihnachtsfeiern

der Gefolgschaft d.Regierung des GG.ments 1387
der Ortsgruppe "Horst Wessel" 1399
der Burg-Wachkompanie 1378
der I.Kompanie des Landesschützen-bataillons 995 1381
des Reserve-Kriegslazaretts I 1374

Wehrbeitrag 152. 234. 24o. 246. 249. 274. 12o4

Wehrkreiskommando in Krakau 1o73

Wehrmacht

Bauten d. Wehrmacht 94
Einberufung von Beamten u. Angegtellten des GG.ments 88

/Wehrmacht/

finanzielle Wehrmachtsforderungen 235

Fleischlieferungen an die Wehrmacht 688

Großkonzert d.Luftwaffe 911

Kommission des Generals von Unruh 915. 935. 954. 963. 1006

Leistungen der Ostfront 187

Leistungen des GG.ments im Dienste der Wehrmacht 891

Luftgau VIII, Unterbringung 28

Militärbefehlshaber im GG.ment 1043

Militärbefehlshaber-Wehrkreisbefehlshaber 965

Rüstungsbetriebe 245

Tag der Wehrmacht 273

Truppenbetreuung 1140

U.K-Stellung von Beamten u. Angestellten des GG.ments 288. 294. 295

Umwandlung der Stelle des Militärbefehlshabers in die eines Wehrkreisbefehlshabers 954

Verfügungsgewalt der Wehrmacht über Rüstungsbetriebe 245

Wehrbeitrag s.diesen

Wehrkreiskommando in Krakau

Unterbringung von Offizieren u. Beamten 1073

Wehrmachtsausgaben 236

Wehrmachtsausstellung "Weltkampf gegen Bolschewismus" 565. 618

Zigarettenlieferung durch die Monopolverwaltung 276

Zusammenarbeit mit den Dienststellen des GG.ments 1131

Wehrschützengemeinschaften (-bereitschaften) des GG.ments 29. 83. 84. 175. 176. 196. 200. 286. 288. 458

Dr. Wendler, Gouverneur
Amtseinführung 343. 352
Werbestelle des GG.ments in Berlin 5o. 428. 95o

Werke des Generalgouvernements

Bericht des Gen.-Dir. Dr.Decker 317
Eigentumsfrage 326. 329. 332
Gründungszeit 317
kommissarische Verwaltung 318
Organisation 16o. 33o
Organisationsentwurf 316. 318. 331
Ostag 319. 327. 329. 333. 399. 57o
Rümelin, Bevollmächtigter des GG.eurs 322. 398
Westepoche des deutschen Volkes 11o3
Dr. Westerkamp, Hauptabtl.-Präs.
Verabschiedung aus seinem Amt 123
Widerstandsbewegung, poln. 1231
Wille, Pianist 515
Winterhilfswerk s.Kriegswinterhilfswerk
Wintersachensammlung 3. 137

Wirtschaft

Erdölkonsum 745
Handelszentrale Dietrich Dirksen 576
Kammerorganisation 4o. 248. 479. 484
Karpaten-Öl-A.G. 576. 744
Keine Schaffung endgültiger Verhältnisse im GG.ment 146
Klagen gegen die Wirtschaftskammern 248
Kohlenversorgung 324
Leistung d. Wirtschaft des Generalgouvernements f.Reich u. Rüstung 1o13
Mineralölzuteilung 745
Öl- und Benzinversorgung 578

/Wirtschaft/

Papierwirtschaft 1299. 1362
Prämienscheine f. die Landwirtschaft 996
Reichsvereinigung 577
Rüstungswirtschaft 238
Schwarzhandel 241
Spinnstoffsammlung 578
Staatswirtschaftsausschuß 332. 35o. 569
Staatswirtschaftsrat 399
Tätigkeitsbericht der Firma Gaiser-Hamburg 576
Textilversorgung 238
Wirtschaftl. Lage des GG.ments 239
Wirtschaftskammer 242. 247
Wirtschaftspolitik
Rationalisierung 1164
Wirtschaftspolitik in Galizien 72o
Wirtschaftsrat 4o
Zentralkammer 4o. 178. 242. 577. 578
Zulassung von Kraftwagen 266
Wissenschaft und Unterricht, Hauptabteilung 85o. 1138. 116o
Wittrisch, Marcell, Kammersänger 515
Woermann, Geh.Rat 531
Woll- und Pelzsammlung s. Wintersachensammlung
Wolsegger, Min.Rat 122. 521
Wohnungsbau s. Bauwesen
Worochta-Fichte 7o7
Wysocki, führerer poln.Gesandter 156

Z

Zeitschrift "Die Burg"
s. Institut f.Deutsche Ostarbeit
Zentralkammer s. Wirtschaft
Ziarno-Bäckerei 348
Zigaretten s.Monopole
Zollwesen

Zollgrenze 12o5. 1334
Zollverwaltung 1135

Personelles Inhaltsverzeichnis

zum

Tagebuch 1942

--

Dr. Abb, Direktor der Staatsbibliothek — looo. 1263.

Dr. Albert, Oberlandwirtschaftsrat, Reg.-Dir. — 941. 943. lo48. lo55 lo57. 1255.

Dr. Albrecht, Kreishauptmann — 7o7. 76o.

Aldinger, Frauenschaftsführerin — 82. 435

Dr. Aljechin, Weltschachmeister — 919. 1117. 1119

Altrichter, General — 1164

Dr. Ansel, Kreishauptmann — 827

Antolitsch, Kapellmeister — 438. 858.

Arnold, Regierungsrat — lo27. lo29 ff. lo35 lo36. 12o1.

Dr. Arnold, Hauptmann — 934

Axmann, Reichsjugendführer — 485 ff. 493

B aggi, ital. General — 1289

Barth, Landwirtschaftsrat — 448

Bauder, Präsident d. Hauptabtl. Bauwesen — 94. 2o5. 2o7. 2o9. 259. 291. 435. 441 816. lo76. lo77. lo79. 1358

Dr. Bauer, Rechtsanwalt, Leiter d. Abtl. Innere Verwaltung beim Distr. Galizien — 727. 739

Bauer, Emilie — 136o

Baumgärtel, Oberbaurat — 945. 949

Becker, Generalleutnant d.Ordnungspolizei — 473. loo8. lo26 1221 ff. 1258

Dr. Behr, Oberlandwirtschaftsrat — 289

Berckholz — lo5o

Dr. Bergemann, Senatsrat — 71. 264. 835. 1195

Berger, Generalleutnant der Waffen-SS 841

Berisch, Sachverständiger d. Treuhandverwertungsstelle 48o

Berve, Generaldirektor 1o69

Beuttel, Generalleutnant, Oberfeldkommandant 618

Bieber, Professor 573

Bieneck, General d. Flieger 911

Birkner, Konteradmiral 842

Bisanz, Oberst 59. 65

Bittner, stellvertretender Leiter d. Bewirtschaftungsstelle für Kohle 264

Blauert, Senatsrat, Leiter des Obersten Rechnungsprüfungsamts 219. 356. 116o.

Dr. Blome, Professor, Stellvertr. des Reichsärzteführers 1294. 1299. 13o1

Blum, Gebietsführer 126.

Dr. Boepple, Staatssekretär 19. 2o. 25. 151. 288 344. 358. 441. 761 85o. 934. 938. 946 116o.

Bofinger, Baurat 676

Bogoljubow, Schachmeister 293. 1117.

Dr. Bömer, Karl, Prof., M.Dirigent 958

Bosch, Sendeleiter 1165

Dr. Brandel, Leiter der Abtl. Wirtschaft im Distr. Galizien 742

Brandt, Kreishauptmann 452

Braun, Regierungsrat 617. 664

Breithaupt, Ministerialrat 941

Brodmann, Standartenführer, Parteirichter 7o. 562

Dr. Bühler, Staatssekretär 6. 86. 136. 16o. 431. 814. 829. 85o 96o. 994. 999. 1oo5 1o26. 1o48. 1o6o. 1o71. 1o73. 1o74. 1156. 1222. 1223. 1226. 1227.ff. 1233 1245. 1273. 1288. 1387. 1397.

Dr. Burckhardt, 835

Dr. Burmann, Arzt 1199

Burmeister, Ministerialrat im Reichsfinanzminister. 2o2. 1241

Catlos, slowakischer Verteidigungsminister 487. 493. 495.

Dr. Christiansen-Weniger, Prof. 452. 453

Dr. Coblitz, Dir. des Instituts f. Deutsche Ostarbeit 51. 67. 87. 17o. 2o2. 396. 461. 484 563. 6o1. 1o67. 1o99 1262.

Colin Ross 431

Dagover, Lil, Filmschauspielerin 279

von Dazur, Major, Verbindungsoffizier 28. 148. 351. 463. 911. 1026. 12.18

Dr. Decker, Generaldirektor 316. 331. 327

Diedrich, NSKK-Staffelführer 1352

von Dörnberg, Gesandter 272

Dörrie, Kapellmeister 442

Dr. Dorpmüller, Reichsverkehrsminister 428

Dr. Draeger, Oberlandesgerichtspräsident 524

Dr. Dresler, Reichshauptamtsleiter 81. 663. 664. 1048. 1068. 1092

Duchstein, Oberleutnant 1381.

Ebert, Ministerialdirektor 460

Eckardt, Oberbaurat 291. 1078

Dr. Eichholz, Regierungspräsident, Leiter d. Hauptabtl. Wissenschaft u.Unterricht 1160

Eisenlohr, Oberbereichsleiter 286. 814. 1050. 1065 1191

Eißfeldt, Dr.,Oberlandforstmstr. 142. 143. 210.296 460. 708. 1069. 1236

Dr. Emmerich, Ministerialdirigent, Präsident d.Haupt.-Abtl. Wirtschaft 36. 41. 71. 234. 238 241. 243. 245. 246 316. 324. 333. 337. 343. 576. 612. 615. 683. 742. 835. 938. 939. 1013. 1026. 1195

Engler, Oberregierungsrat 445

Erb, stellvertretender Chefdirigent 47. 81. 399. 405. 438. 579.

Dr. Erdmann, Hauptgeschäftsführer d. Reichswirtschaftskammer 1195

Ernst, stellvertretender Leiter des Amtes f.die Pflege alter Kunst 1367

Fatken, Vizepräsident d.Ostbahn 177. 396.

Fenske, Hauptschriftleiter 3o3. 312.

Fiedler, Direktor d.Deutschen Oberschule 246

Fischer, Oberstleutnant - Oberst Verbindungsoffizier 28. 88. 137. 148. 157. 262. 277. 294. 295. 343. 356. 526. 761. 839. 911. 914. 926. 934. 935. 954. 1o26. 1o58. 1o64. 1o73.

Dr. Fischer, Gouverneur 111. 254. 372. 385. 44o. 441. 617. 1oo5 1oll. 1276.

Fischer, Irmgard, Gebietsführerin 126. 131. 132.

Dr. Föhl, Leiter d.Abtl. Bevölkerungswesen und Fürsorge 59

Förschle, Hauptbannführer 174. 458. 487. 492. 664. 84o. 852.

di Fossombrone, Graf, Beauftragter d.Ital.Botschaft 251. 287. 291. 846. 926. 112o. 1167. 1289

Dr. Frank, Generalgouverneur, Reichsminister, Reichsleiter 3. 11. 23. 24. 45. 52. 63. 89. 96. 114 12o. 122. 123. 126. 132. 138. 151. 156. 159. 162. 169. 171. 173. 177. 18o. 182. 2oo. 2o1. 2o3. 2o5. 2o8. 221. 229. 238. 242. 247. 252. 26o. 294. 297. 3o5. 332.

/Dr.Frank/

342. 344. 352. 363. 364. 37o.
373. 386. 389. 392. 395. 4o6.
415. 428. 432. 437. 442. 448.
45o. 452. 454. 457. 46o. 461.
463. 481. 483. 487. 493. 498.
521. 526. 531. 536. 537. 58o.
593. 6o3. 616. 619. 622. 641.
663. 691. 7o1. 71o. 712. 748.
751. 759. 761. 775. 779. 785.
788. 794. 817. 818. 82o. 823.
831. 835. 842. 852. 855. 859.
885. 9o7. 911. 913. 915. 917.
918. 927. 93o. 932. 94o. 948.
955. 96o. 968. 986. 998.1oo1.
1oo3. 1oo8. 1o14. 1o16. 1o21.
1o27. 1o44. 1o52. 1o72. 1o8o.
1o95. 1o99. 1112. 1116. 112o.
1122. 1126. 1128. 1156. 1157.
1161. 1165. 1171. 1175. 1179.
1191. 1221 ff. 1245. 1248.
1252. 1256. 1263 ff. 1267.
1281. 1289. 1291. 13oo. 13o3.
1353.ff. 1362 ff. 1368. 1371.
1374. 1378. 1381. 1387.1399.

Dr. Frauendorfer, Präsident d.Haupt-abtl. Arbeit — 95. 173. 256. 293. 333. 338. 359. 53o. 1o12. 1o26. 1o46. 1o47. 1o98. 1268.

Dr. Freisler, Staats-sekretär — 4o6.

Dr. Frey-Breslau,Prof. — 6o8

Friderici, Oberst-leutnant — 132. 1298

Fritsch, Ministerialrat
Fritzsche, Alfred, Buchhändler 1348
Froboese, Oberlandesgerichts-präsident 524

Dr. Ganzenmüller, Staatssekretär im Reichsverkehrs-ministerium 1263 ff. 1267.
Dr. Gareis, Leiter d. Abtl. E.u.L. im Distrikt Galizien 739
Dr. Gartz, Referent 361.
Gartzke, Kapitän z.d.S. a.D. 27o. 1o26. 1218.
Gassner, Pressechef 31. 46. 59. 11o. 137. 156. 22o. 272. 287. 299 311. 312. 344. 431. 435 437. 473. 511. 561. 576. 591. 6o1. 663. 665. 841. 85o. 917. 993. 1oo2. 1o36. 1o39. 1o68. 1o92. 1112. 1157. 1169. 12o8. 1245. 1258. 127o. 1299 1352. 136o. 1362.
Gerteis, Präsident der Ostbahn 2o. 148. 262. 28o. 428. 936. 939. 942. 1o19. 1o54. 1o55. 1o59. 1267.
von Gienanth, Frhr, General d. Kavallerie 2o9. 44o. 618. 9o7. 911 1o43.
Giese, Oberstleutnant 28. 148. 462.
Glehn, Kreishauptmann 44o.
Globocnik, SS- u.Polizeiführer 825. 829. 833.
von der Goltz, Frhr, Oberltnt. 286.
Dr. Gorgon, Kreishauptmann 7o3. 7o7.
Gottfriedsen, Legationsrat 842.
Gottlewski, Präsident des Statistischen Reichsamts 85
Graf, Polizeimajor 1368

Dr. Graf, Referent bei d. Pressestelle 1169
Dr. Graeger, Beauftragter des Deutschen Roten Kreuzes 293. 431
Dr. Frhr von Gregory, Präsident d.Zentral-kammer 835. 1195.
Grimm, Sachverständiger 48o
Großmann, Schriftleiter 1167
Dr. Grünig 1195
Dr. Gschließer, Oberregierungsr. 913
Dr. Günter, Ministerialrat 939. 942.
Gutbrod, Notar 435

Haenicke, General d. Infanterie, Wehrkreisbefehlshaber 1o73
Hallbacher, Stadtbaudirektor 787
Hammer , SS-Standartenführer 1o57
Hammer , Hauptschriftleiter 1o68
Dr. Hammerle, Rechtsrat 49. 2o1. 277. 286. 287. 457. 1236. 1258
von Harbou, Kreishauptmann 667. 693. 695.
Haslinde, Intendant 47.86. 399. 4o5. 438. 1o96
Dr. Hasse, Regierungsrat 826
Hauer, Forstrat 142
Hayna, Oberstleutnant 1218
Dr. Hedemann, Prof. 1o
Heimstedt, Oberlandforstmeister 46o
Dr. Heinrich 59
Dr. Heller, Oberstführer des D.R.K. 431. 511
Henseling, Astronom 397
Herbst, Direktor 1299

Herzog, S.A.-Obergruppenführer	372
Heß, Hauptbannführer	174
Dr. Heuber, Bevollmächtigter	4o6. 813. 1oo5.1oo8 1o5o. 1166
Himmler, Reichsführer SS	162. 165.
Hindemith, Chefdirigent	47. 399. 4o5. 438. 51o. 116o.
Hinkel, Oberstarbeitsführer	212. 479. 516. 1248 125o. 1255
Hirche, Schriftleiter	226. 314. 945.
von Höberth, Generalleutnant	226. 29o. 531. 618. 1386.
Hofer, Oberbaurat	2o8. 2o9. 435. 438. 474. 1o22. 1o76. 1o78. 1353. 1357.
Hoffmann, Gauleiter, Stellvertr.	914. 935.
Hofmann, Direktor	612.
Höfle, NSKK-Obergruppenführer	1o21. 1352.
Dr. Höller, Stadthauptmann	748. 751. 758. 782.
Dr. Holtschmidt, Oberstabsarzt	1374
Horstmann, Architekt	291. 1357.
Dr. Hummel, Amtschef	111.
Hummelberger, Generaldirektor	612.
Hühnlein, Korpsführer des NSKK	534
Immich, Oberstleutnant	71

Jaenicke, Referent 515. lo28. lo34. lo97
Jähne, Reichsbankrat 521
Jahnicke, Reichsinnungsmeister 835
Dr. Jänsch, Assessor 1255
Jesrang, Gebiets- Musikstammführer 562
Jonuiers, Direktor 85
Junge, Schachmeister 1117

Karlinger, Professor 17o. 224.
Kastein, Stabsamtsleiter 481
Kaulfuß, Architekt 291. 1356.
Kehrberg, NSFK-Brigadeführer 916
Kehrl, Präsident 145
Dr. Keith, Kammergerichtsrat 66. 2o6. 291. 1357 1359
Keller, Schachmeister 1117
van Kempen, Generalmusikdirektor lo62
Dr. Kienle, Prof. 483. 484.
Kiesche, Standortführer 1399
Dr. Klaus, Oberlandwirtschaftsrat 825
Klinder, Polizeioberleutnant 1378
Klippel, Staatsschauspieler lo17
Kneisel, Restaurator 69
Dr. Knoll, Prof., Rektor der Universität Wien 536
Dr. Knoll 835
Kob, S.A.-Obergruppenführer 1268
Kobold, Oberingenieur 1197
Kobusch, Oberbereichsleiter 137. 562. 84o.
Dr. Koepke, Bereichsleiter 252
Koettgen, Architekt 124. 22o. 291. 1244. 1357

Köhn, Ministerialdirigent im Reichspostministerium	841
Kolbach, Ministerialrat	459
Konrad, Generalmajor d.Flieger	935
Korab, Major	1298
Korinthenberg, Architekt	291
Körner, Landesbauernführer	819. 1368. 137o.
Kramer, Schauspielerin	1o17
Krause, Stabsführer	132
Krause, Reichsbahnrat	1o57
Krebs, Gauleiter	372. 386. 387.
Dr. Krohn, Staatssekretär im Reichsjustizminist.	512
Krüger, SS-Obergruppenführer, General d.Polizei, Staatssekretär	154. 162. 2oo. 2o2. 389. 392. 432. 433. 435. 437. 441. 454. 476. 51o. 531. 591. 821. 827. 828. 83o. 832. 936. 937. 938. 94o. 994. 1o43.1224 1226. 1227.ff. 1232
Kubijowitsch, Prof.	59
Kuchinka, Generaldirektor	612. 614. 617.
Kujat, Kreishauptmann	699. 695.
Kuniczki, ukr.Pfarrer	7o7
Kundt, Gouverneur	16o. 44o. 441. 815. 1oo5. 1o11. 1278.

Labuda, Landkommissar 677
Dr. Lamke, Direktor 934
Dr. Lammers, Reichsminister 71
Dr. Landfried, Staatssekretär 145
Lange, Reichsbankvizepräsident 521
Dr. Lasch 146
Laux, Direktor 48o
Lauxmann, Präsident der Deutschen Post Osten 25. 574. 841. 12o9.
Lehmann, Ministerialdirektor 473.
Leiber, Oberlandforstmeister 46o.
Leist, Stadthauptmann 442
Dr. Lepsius, Reichswirtschaftsrichter 148.
Dr. Ley, Reichsorganisationsleiter 472
Lochmann 747
Lojewski, Schriftleiter 512
Dr. Losacker, Amtschef 358. 364. 368. 667. 716.
Lukaniecz, Demeter, ukr.Bürgerm. 7o5
Dr. Luxenberg, Landgerichtsrat 5o. 95o. 1o76.
Dr. Lüdemann, Leiter d. Abtl. Schrifttum i.d. Hauptabtl. Propaganda 1365

Malaparte, ital.Hauptschriftleiter	11o
Mappes, S.A.-Obergruppenführer	617
von Medem, Frhr, Assessor	914
Mehling, Oberbereichsleiter	1o68
Dr. Meidinger, Staatsanwalt	11o. 1oo5. 1o22. 1o39. 1o43. 1o52 1o65. 1o92.
Meriggi, Frau, Prof.	1o38
Miehe, Bundeskämmerer des Großdeutschen Schachbundes	1114. 1116.
Mikorey, Referentin	399. 4o5. 438. 579. 1o37.
Moser, Generalleutnant	618
Dr. Mühlmann, Staatssekretär	142. 2o7. 22o. 566. 573. 1113. 1367
Dr. Müller, O.Reg.rat, Direktor des Statistischen Amtes	72. 74. 85. 1164 1342.
Müller, Hauptschriftleiter	4o2
Naumann, Leiter der Hauptabtl. E.u.L.	41. 333. 341. 344. 345. 359. 363. 367. 441. 447. 591. 674. 683. 688. 7o8. 74o. 834. 927. 947. 955. 993. 998. 1167.1211. 1219. 1241. 1251.
Naux, Angestellter d. Treuhandverwertung	439
Neupert, Hauptgeschäftsführer	835
Dr. Neupert	1195
Dr. Niffka, Sportbeauftragter	29

Ohlenbusch, Präsident der Haupt-abtl. Propaganda 85. 124. 137. 156. 298. 313. 316. 455. 518. 565. 572. 619. 663. 917. 926. 953. 1047. 1097. 1166. 1178. 1201. 1348.

Dr. Ohnesorge h.c. Reichspost-minister 841. 842. 846.

Ollesch, Bereichsleiter 113. 1080

Opitz, SS-Hauptsturmführer, Sportbeauftragter 29. 855.

Orth, S.A.-Brigadeführer 617.

Oshima, Kaiserl.Jap.Botschafter 842. 845.

Ostwald, Schriftleiterin 272

Dr. Paersch, Bankdirigent d. Emissionsbank, Bankdirektor a.D. 79. 155. 234. 235. 237. 240. 246. 249. 276. 316. 329. 333. 340. 343. 361. 478. 511. 521. 562. 957. 1022. 1113. 1360.

von Palézieux, Architekt,Referent 850. 935. 1037.

Pavlu, Stadthauptmann 96. 206. 261. 289. 435. 568. 932. 933. 1196. 1244.1281. 1287.

Peltz, S.A.-Standartenführer - S.A.-Oberführer 82. 174. 176. 286. 315. 316. 372. 385. 431. 458. 525. 562. 617. 839. 1043.1268.

Pehle, Sonderbeauftragter d. Dienststelle des Vier-Jahresplans 1238

Dr. von Petersdorf 362

Dr. Pfeifer, Geschäftsführer des NS-Rechtswahrerbundes 177

Pfitzner, Hans, Professor 1178. 1201. 1205.

Pietsch, Präsident der Reichswirtschaftskammer 1195.

Ploch, Generalmajor 911

Plodeck, Ministerialrat 74. 316. 330. 456. 479.

Dr. Pohl, Architekt 209. 435.

Post, stellvertr. Präsident des Großdeutschen Schachbundes 1114. 1116.

Prantz, Erna, Sozialreferentin 132

Pschuku, Bürgermeister 703

Pylypeć, Wladimir, ukr.Pfarrer 708

Radtke, Ministerialrat 393. 1013. 1241.

Rattinger, Geh.Oberbaurat 124. 170. 209. 291. 438. 573. 663.

Reichersberg, Graf, Kreislandwirt 672. 675. 676. 684. 688.

Reinhardt, Generalmajor 356

Rhetz, Oberregierungsrat 913.

Dr. Richter, Direktor 612.

Dr. Frhr von Ringhofer, Generaldirektor 612.

Rodewald, Paul, Studienrat 600

Dr. Rohr, Hanns, Chefdirigent 81. 86.

Ronikier, Adam, Graf, Präsident des polnischen Hauptausschusses 526. 527.

Rosenberg, Reichsminister 428

Dr. Roslak, Michael, Leiter eines ukr. Kreiskomitees 696.

Rösner, Bildberichterstatter 4o3. 945.

Rossum, Generalmajor 441. 618.

Dr. Rümelin, Gesandter a.D. 88. 16o. 316. 322. 331. 397

Saigo, jap.Oberstleutnant 842.

Sämisch, Schachmeister 1117.

Saltner, Stadtkommissar 679.

Sauckel, Gauleiter, Bevollmächtigter f.den Arbeitseinsatz 917. 923.

Sauke, NSFK.-Obergruppenführer 916.

Schänzlin, S.A.-Obersturmbannführer 617

Schalk, Oberbereichsleiter 252

Scharrer, Vertr.d.Fa.Mercedes 1o12

Schattenfroh, Rittmeister 157

Dr. Schauwecker 4o4

Dr. Schepers, Oberregierungsrat 32, 36. 95. 296. 1o18. 1o26. 1o57.

Schill, Karl, Schauspieler 53o.

Schindler, Generalleutnant 6o9. 1197.

Schlotterer, Ministerialdirigent 71

Schmalbruch, Ministerialrat 356

Dr. Schmauser, Senatspräsident 459.

Dr. Schmidthenner, Professor, Rektor d. Universität Heidelberg 64o

Schmidt-Leonhardt, Min.-Dirigent 12o1

Dr. Schneider,Pirmin, Arzt 141. 262. 1o37.

Schneider, Direktor 934

Schneider-Edenkoben, Regisseur 1o67

Dr. Schöngarth, SS-Oberführer 1o2o. 1221. 123o. 1231.ff.

Dr. Schönbauer, Professor 556

Schramm, Reichshandwerksmeister 835. 838.

Dr. Schüle, Leiter d.Bewirtschaftungsstelle f.Treibstoffe 264. 1o26

Dr. Schulte-Wissermann, O.Reg.rat 333. 335. 1164

Schulz, Assessor 1255

Schweitzer-Mjölnir, Prof. 84. 113.

Seider, August, Kammersänger 858.

Seifert, Leiter des Personalamts des Arbeitsbereiches 82

Semrat, Direktor d.Tabakfabrik Jagielnica 698

Sendel, Polizeioberst 563

Dr. Senkowsky, Präsident d. Hauptabtl. Finanzen 51. 66. 151. 152. 179. 2o7. 234. 236. 239. 24o. 242. 246. 248. 274. 315. 316. 326. 328. 333. 34o. 394. 395. 4o4. 428. 569. 682. 686. 1o39. 1o4o. 12o3. 1343.

Dr. Siebert, Ministerialrat, Präsident d.Hauptabtl. Innere Verwaltung 139. 169. 17o. 254. 246. 284. 286. 289. 359. 441. 525. 686. 687. 735. 816. 914. 929. 935. 946. 1o26. 1o58. 1o65. 1o96. 1114. 1116. 1219. 1234. 1299. 1368. 1373.

Siebert, Bayr.Ministerpräsident 1191

Sieger, Konsul 12o9

Soltau, Wehrmachtsinspektor 688.

Sommé, General der Flieger 148. 463.

Sommer, Kriegsverwaltungsrat 71.
Sonnleitner, Fritz, Konzertmeister 524
Spengler, Gauhauptstellenleiter 1047
Spindler, Finanzpräsident 51.54. 1298.
Sprenger, Reichsstatthalter 524
Stahl, Hauptabschnittsleiter 4. 29. 70. 82. 123. 126. 132. 137. 155. 174. 175. 176. 182. 234. 252. 372. 373. 387. 402. 435. 437. 454. 458. 463. 472. 477. 525. 562. 572. 664. 839. 840. 850. 852. 855. 859. 883. 884. 907. 911. 916. 935. 1022. 1023. 1064. 1112. 1122.1195. 1270. 1303.
Stahl, Baurat 260. 573. 1288.
Stahr, Bodo, Oberbereichsl. 1350.
Stampe, Intendant 438. 510. 1013. 1016. 1017. 1029. 1035. 1096.
von Stauß, Staatsrat 530. 531.
Dr. von Steekracht, Legationsrat 272.
Steinbach, General 814.
Steinheil, Vertr. des Baedekkerverlages 1002
Stöckmann, Schriftleiter 272.
Stoffer, Leiter d.Bewirtsch.-Stelle f.Papier 1362
Stöppler, Hauptschriftleiter 438. 473. 512. 1016. 1022. 1096.
Strozyk, Verlagsleiter 226. 227. 312. 438. 460. 664.1016. 1092. 1299. 1363 1366.
Struckmann, Schriftleiter 1016. 1022.
Stuchlik, Baumeister 438
Dr. Stuckart, Staatssekretär 406
Studentkowski, Reichsredner 572
Stürzenacker, Oberbaurat 89. 578.

Taschner, Landgerichtsrat 28o. 1o48.
Thiel, Schriftleiter 272
Tiessler, Oberbürgermeister 397
Dr. Tischer, Hauptmann 1258
von Tschammer und Osten, Reichssportführer 855. 857.
von Tschammer und Osten, Oberstleutnant - Oberst 148. 262. 28o. 9o7. 914. 1oo8. 1o26. 1o43.

von Unruh, General d.Infanterie 914. 935.

Ushiba, jap.Botschaftsrat 842

Dr. Veesenmaier, 434
Dr. Verbeck, Reichsbahnrat 937
Verhous, Ingomar, Propaganda-amtsleiter 812
Verres, Direktor 1o69
Vogt, Min.Dirigent 12o1

Waber, General d. Flieger 351

Dr. Wächter, Gouverneur 119. 122. 139. 14o. 148. 199. 2o2. 296. 357. 364. 365. 441. 667. 685. 688. 712. 713. 75o. 751. 761. 773. 782. 785. 788. 792. 793. 815. 1oo5. 1o11. 1o18. 1278. 129o. 1296.

Wächter, Frau 1347

Dr. Walbaum, O.Med.Rat 254. 28o. 1o65. 1198.

Dr. Walther, Professor 397

Watzke, Hofrat, Präsident d. Hauptabtl. Wissenschaft u.Unterricht 68.87. 2o2. 2o4. 4o2. 435. 459. 6o2. 929.1157. 1159.

von Wedel, Oberstleutnant 44o.1o74.

Dr. Weh, Oberlandesgerichtsrat 57. 137. 157. 21o. 246. 247. 249. 277. 35o. 362. 4o1. 435. 456. 484. 533. 572. 58o. 929. 1o25.1o54 1o6o. 1o61. 1o75. 1115. 1342. 1361.

Weidlich, Fritz, Musikdirekt. 757.

Weihenmeier, Kreishauptmann 827

Weiß, Oberst 294.

Dr. Wendler, Stadthauptmann - Gouverneur 139. 352. 356. 441. 815. 9o5. 1oo5. 1o11. 1279.

Wessel, Oberregierungsrat 264. 1o26.

Westerkamp, Präsident d. Hauptabtl. Innere Verwaltung 51. 12o. 123.

Weth, Leiter des Sägewerkes Worochta 7o7

Wiese, Oberstleutnant 132

Wiesner, Senator 1352

Wilden, Landgerichtsdirektor 225

Wille, Ministerialrat, Präsident d.Hauptabteilung Justiz 155. 477. 513. 524.

Wille, Pianist 515

Winkler, Generalmajor d.Polizei 49. 287.

Witt, SS-Obersturmbannführer 935.

Wittrisch, Marcel, Kammersänger 515

Woermann, Geheimrat, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt 531

Dr. Wohler, Oberlandesgerichtspräs. 524

Wolf, NSFK.-Standartenführer 1o22

Dr. Wolfgram, Rechtsanwalt 513

Wolfrum, Ratsherr, Präsident des Großdeutschen Schachbundes 1114. 1116.1117.

Wolsegger, Ministerialrat 59. 81. 119. 122 155. 169. 17o. 177. 254. 28o. 351. 359. 521. 522.

von Wühlisch, Gesandter 66. 251. 272. 396. 839.

Zellner, 84

Ziegenmayer, Kreishauptmann 826

Dr. Ziehme, Oberregierungs- und Veterinärrat 72

Dr. Zimmermann, Direktor 612

Zinkann, Regierungsrat 258

Zörner, Gouverneur 44o. 441. 444. 45o. 815. 824. 828.1oo5. 1oll. 1277.

V e r z e i c h n i s

der

Reden, Ansprachen und Trinksprüche des Generalgouverneurs, Reichsministers, Reichsleiters Dr. Hans F r a n k , gehalten im Jahre 1 9 4 2 .

12.1.1942	Ansprache bei der Eröffnung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.
15.1.1942	Ansprache bei der Verabschiedung des Finanzpräsidenten Spindler.
16.1.1942	Ansprache an eine ukrainische Abordnung.
28.1.1942	Ansprache bei der Eröffnung der Ausstellung des "Hilfswerks für Deutsche Bildende Kunst".
28.1.1942	Ansprache bei der Verabschiedung des Gouverneurs Dr. Wächter.
3o.1.1942	Ansprache an Teilnehmerinnen eines BDM-Führerinnen-Lehrganges.
3o.1.1942	Ansprache bei der Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen und Kriegsverdienstmedaillen.
11.3.1942	Einleitende und abschließende Ansprache in der Regierungssitzung.
13.3.1942	Trinkspruch bei einem Abendessen aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler.
18.3.1942	Rede auf der Arbeitstagung der Distriktsstandortführer und Amtswalter des Arbeitsbereiches.
2o.3.1942	Ansprache bei der Eröffnung des Hauses der Presse.
22.3.1942	Ansprache bei einer Verpflichtungsfeier der Hitlerjugend.
14.4.1942	Ansprache in einer Pressebesprechung.
17.4.1942	Ansprache bei der Einführung des bisherigen Stadthauptmanns Dr. Wendler in das Amt des Gouverneurs des Distrikts Krakau.

2o.4.1942	Ansprache bei der Übergabe einer Hoheitsfahne an den Sonderdienst.
2o.4.1942	Rede beim Festakt aus Anlaß der Gründung der S.A.-Einheit Generalgouvernement.
2o.4.1942	Ansprache bei einer Parteikundgebung im Hause Urania - Begrüßung des Gauleiters Krebs.
24.4.1942	Ansprache bei der Gründung der Landesvertretung Deutschland der Internationalen Rechtskammer.in Berlin.
25.4.1942	Ansprache in der Sitzung der Landesvertretung Deutschland der Internationalen Rechtskammer in Berlin.
19.5.1942	Ansprache bei der Amtseinführung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführers Krüger.
3o.5.1942	Ansprache bei einem Abendessen, gegeben von Stadthauptmann Leist-Warschau.
31.5.1942	Schlußansprache bei einer Sitzung der Distriktsverwaltung Lublin.
31.5.1942	Trinkspruch bei einem Mittagessen im Deutschen Haus zu Lublin.
4.6.1942	Ansprache bei einer Feier aus Anlaß der Überreichung von Urkunden an die Sieger im Leistungskampf der Betriebe.
5.6.1942	Ansprache bei dem Trauerakt für Blutordensträger Stabsamtsleiter Kastein.
6.6.1942	Ansprache zur Begrüßung des Reichsjugendführers Axmann.
7.6.1942	~~Trinkspruch~~ Ansprache bei einer Morgenfeier der Hitlerjugend aus Anlaß des Besuches des Reichsjugendführers.

7.6.1942 Trinkspruch bei einem Mittagessen zu Ehren des Generals Catlos und des Reichsjugendführers Axmann.

9.6.1942 Rede, gehalten in der Neuen Aula der Berliner Universität, über das Thema: "Rechtsidee und Volksgemeinschaft".

17.6.1942 Ansprache bei der Verabschiedung des Ministerialrats Wolsegger.

18.6.1942 Einleitende Ansprache in der Polizeisitzung.

19.6.1942 Ansprache an das Präsidium des Polnischen Hauptausschusses.

1.7.1942 Rede, gehalten im Festsaal der Akademie der Wissenschaften zu Wien, über das Thema: "Das Recht und die europäische Erneuerung".

11.7.1942 Ansprache beim Abschluß des ersten Lehrganges der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

13.7.1942 Einleitende Ansprache in der Regierungssitzung.

14.7.1942 Ansprache bei der Eröffnung der Ausstellung: "Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland".

15.7.1942 Ansprache bei der Eröffnung der Wehrmachtsausstellung: "Weltkampf gegen Bolschewismus und Plutokratie".

20.7.1942 Rede, gehalten in der Universität München, über das Thema: "Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft".

21.7.1942 Rede, gehalten in der Aula der Universität Heidelberg, über das Thema: "Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung".

29.7.1942	Trinkspruch bei einem Mittagessen in der Tabakfabrik Jagielnica.
3o.7.1942	Ansprache an eine Ukrainische Delegation in Jaremcze-Galizien.
31.7.1942	Ansprache bei der Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen im Distriktsgebäude zu Lemberg.
31.7.1942	Ansprache bei einer Dienstbesprechung der Distriktsverwaltung Galizien in Lemberg.
31.7.1942	Ansprache bei dem Festakt aus Anlaß der Eröffnung des Schauspielhauses Lemberg.
31.7.1942	Trinkspruch bei einem Abendessen im Foyer des Schauspielhauses Lemberg.
1.8.1942	Rede beim Staatsakt im ehemaligen Landtagsgebäude zu Lemberg.
1.8.1942	Ansprache an eine Ukrainische Delegation im Landtagsgebäude zu Lemberg.
1.8.1942	Ansprache an eine Polnische Delegation im Landtagsgebäude zu Lemberg.
1.8.1942	Trinkspruch bei einem Mittagessen, gegeben von Gouverneur Dr. Wächter im Kasino Lemberg.
1.8.1942	Ansprache bei einem Empfang der politischen Leiter der Distriktsstandortführung im Kasino Lemberg.
18.1942	Rede bei einer Großkundgebung der NSDAP, Distriktsstandortführung Galizien, im Opernhaus Lemberg.
4.8.1942	Ansprache, gerichtet an Reichshandwerksmeister Schramm.

5. 8.1942	Begrüßungsansprache bei einem Mittagessen, gegeben zu Ehren des Jap. Botschafters Oshima und des Reichspostministers Dr. h.c. Ohnesorge.
14. 8. 1942	Ansprache bei einer Morgenfeier der Hitlerjugend im Burghof.
14. 8. 1942	Ansprache beim Gebietssportfest der Hitlerjugend in der deutschen Kampfbahn zu Krakau.
15. 8. 1942	Rede beim Abschluß der Arbeitstagung der politischen Leiter des Arbeitsbereichs.
16. 8. 1942	Ansprache bei der Weihe von 78 Hoheitsfahnen im Burghof.
18. 8. 1942	Ansprache in einer Arbeitssitzung aus Anlaß der Anwesenheit des Gauleiters Sauckel.
24. 8. 1942	Einleitende Ansprache in der Regierungssitzung.
21. 9. 1942	Schlußansprache in der Hauptabteilungsleitersitzung.
5. lo. 1942	Ansprache zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks 1942/43.
23. lo. 1942	Rede, gehalten in der Schlußsitzung einer Arbeitstagung des Instituts für Deutsche Ostarbeit, über das Thema: "Die Epoche des Ostens".
24. lo. 1942	Ansprache bei einem Empfang des Präsidiums des Großdeutschen Schachbundes.
25. lo. 1942	Ansprache bei der Gründungsfeier des Fascio Italiano zu Krakau.
26. lo. 1942	Ansprache bei der Überreichung von Goldenen Mutterkreuzen.

26.1o.1942	Ansprache bei der Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen.
26.1o.1942	Rede beim Staatsakt im Königssaal der Burg.
26.1o.1942	Ansprache aus Anlaß der Verabschiedung des Präsidenten Watzke.
3o.1o.1942	Ansprache, gerichtet an Vögte, Schulzen Gemeindeagronomen des Kreises Tarnow.
3o.1o.1942	Ansprache anläßlich der Weihe des Gidranhauptgestütes Gumniska.
31.1o.1942	Ansprache bei der Eröffnung der Kunstausstellung: "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement".
24.11.1942	Ansprache bei einem Empfang von Baudienstführern.
24.11.1942	Ansprache bei einem Empfang von leitenden Beamten und Angestellten der Hauptabteilung E.u.L. und der Landwirtschaftlichen Zentralstelle.
25.11.1942	Ansprache bei einer Besichtigung des Ersatzbataillons des Sonderdienstes.
8.12.1942	Ansprache, gehalten im Rathaus zu Krakau im Anschluß an den von Stadthauptmann Pavlu erstatteten Rechenschaftsbericht.
8.12.1942	Ansprache in der Hauptabteilungsleitersitzung.
9.12.1942	Rede in der Regierungssitzung.
1o.12.1942	Ansprache beim Staatsakt aus Anlaß der Eröffnung des Behring-Instituts in Lemberg.
1o.12.1942	Trinkspruch bei einem Mittagessen im Schauspielhaus zu Lemberg.

12.12.1942	Ansprache, gerichtet an Reichsdeutsche Ärzte und Wissenschaftler.
14.12.1942	Rede in einer Arbeitstagung der politischen Leiter des Arbeitsbereichs.
19.12.1942	Ansprache aus Anlaß der Verabschiedung des Landesbauernführers Körner und des Ministerialrats Dr. Siebert.
19.12.1942	Ansprache bei einer Weihnachtsfeier des Reserve-Kriegslazaretts I.
19.12.1942	Ansprache bei der Julfeier der Burg-Wachkompanie des Polizeibataillons Dresden.
19.12.1942	Ansprache bei einer Weihnachtsfeier der 1.Kompanie des Landesschützenbataillons 995.
19.12.1942	Ansprache bei einer Weihnachtsfeier der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements.
2o.12.1942	Ansprache bei einer Weihnachtsfeier des Standorts "Horst Wessel" zu Krakau.

END OF

VOL. #22

R 7

END OF

VOL. #22

R 7

VOL. # 23

R7

8C

Inhaltsverzeichnis

--

18. 3.1942 Arbeitstagung der Distriktsstandorts-führer und Amtsleiter des Arbeitsberei-ches.

3o. 5.1942 Arbeitssitzung der Gouverneure im Schloß Belvedere zu Warschau.

6. 6.1942 Arbeitsbesprechung über die Zentral-kammer.

18. 6.1942 Polizeisitzung.

24. 9.1942 Sitzung des Reichsverteidigungsaus-schusses.

A r b e i t s t a g u n g

der Distriktsstandortführer und Amtsleiter
des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 18.März 1942

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:
1. Hauptabschnittsleiter Stahl
2. Wirtschaftsberater Dr.Senkowsky
3. z.d.A. der Kanzl. des GG.

Anwesenheitsliste

für die Arbeitstagung d. Dist. Standortführer u. Amtsleiter der Arbeitsbereiche

am 18. 3. 42

im Rüstsaal der Burg zu Krakau.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Müller	H. Sturmführer	
Reichelt	Feldpostamtsleiter	
Ofterdinger	Hptm. d. Sch.	
Hellmich	Leiter der Befehlsstelle Ost	
Lipp	Hauptstellenleiter d. K.	
Fischer	Leiter der Gp. K.	
Brodmann	Ganrichter	
Lemmrich	Wirtschaftsberater	
Heyer	Bereichsleiter	
Koch	Führer des W. K. B.	
Stahr	Abschnittsleiter	
Schwarz	Wirtschaftsberater Lublin	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle

IV/1

Beginn der Tagung 10^{30} Uhr

Nach Eröffnung der Tagung durch den Herrn Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank, ergreift Hauptabschnittsleiter Stahl das Wort. Er erinnert daran, daß unter Führung des Parteigenossen Schalk vor einem halben Jahr die letzte Arbeitsbesprechung stattgefunden habe. Damals habe man den organisatorischen Aufbau der NSDAP. im Arbeitsbereich Generalgouvernement abgeschlossen. Das letzte halbe Jahr sei dazu benutzt worden, um den weiteren Ausbau des Arbeitsbereichs und seiner Herausführung an die Frontarbeit zu bewerkstelligen.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß Reichsleiter Dr.Frank trotz seiner starken Überlastung die Zeit gefunden habe, in der Arbeitstagung zu erscheinen und den führenden Parteigenossen des Arbeitsbereiches für die Arbeit in diesem Raum und für die Ausrichtung der Führerschaft und die Erfüllung des vom Führer erteilten einmaligen Auftrages Richtlinien zu geben. Die Führerschaft des Arbeitsbereichs wisse, daß sie im allgemeinen selbständig arbeiten müsse und an Reichsleiter Dr.Frank nur große Dinge heranbringen könne. In ihren ~~seinen~~ Entscheidungen draußen an der Front müsse die Führerschaft deshalb eine Initiative entwickeln. - Die Parteigrganisation stehe. Jetzt heiße es, die volksführende Arbeit übernehmen, die Arbeit der Menschenbetreuung und Menschenführung. Für den Auftrag, den der Führer Reichsleiter Dr.Frank gegeben habe, kämen zwei Sektoren in Betracht. Primär erscheine in dieser Arbeit der Staat, der schon 1 1/2 Jahre früher im Generalgouvernement vorhanden gewesen sei. Dann habe aber Reichsleiter Dr.Frank als alter Nationalsozialist die Partei hierherberufen, weil ja von ihr die großen Impulse kämen.

Die

Die Parteiführerschaft habe versucht, den ihr von Reichsleiter Dr.Frank erteilten Auftrag durchzuführen, und es sei ihr auch zum großen Teil gelungen.

In der Aussprache ergreift zunächst Distriktsstandortführer Dr.Wächter das Wort. Er kann über die Parteiarbeit im Distrikt Galizien noch nicht viel berichten, da man hier ebenso wie auf dem staatlichen Sektor noch in den ersten Anfängen stehe. Die Situation sei insofern nicht leicht, als man im Distrikt Galizien insbesondere für die Bearbeitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten aus dem Reich nicht das beste Menschenmaterial erhalten habe. So sei es auch für die Partei außerordentlich schwer, die wichtige erzieherische Arbeit zu leisten. Hinzu komme, daß sämtliche privaten Betriebe in Treuhandverwaltung ständen und die Qualität der Treuhänder mehr noch als im alten Generalgouvernement sehr zu wünschen übrig lassen. Aber angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse sei man eben oft genötigt, sich auch mit charakterlich nicht einwandfreien Menschen zu behelfen. Auch die Qualitäten der Volksdeutschen in Galizien ließen viel zu wünschen übrig. Die besten Elemente seien ja seinerzeit bei der Umsiedlung ins Reich gegangen. Dieses volksdeutsche Element in Galizien werde noch durch viele Tausende verstärkt, die plötzlich ihr Deutschtum entdeckten, weil sie ja als Deutsche die besseren Lebensmittelsätze erhielten. Diese Menschen wüßten von der Partei nichts, lehnten sie vielfach überhaupt ab. So werde es denn eines langsamen Einschaltungs- u. Erziehungsprozesses bedürfen, um diese Menschen für die Idee der Partei zu gewinnen. Schwierig sei die parteiliche Situation auch angesichts der Tatsache geworden, daß Galizien der Front um 350 km näher gerückt worden sei. Die Frontzüge bleiben vielfach stecken, und 1oooode von Soldaten, die nicht weiter kämen, bevölkerten die Straßen. Gleichwohl hoffe er, aller dieser Schwierigkeiten

Herr

Herr zu werden. Größere Kundgebungen wie diejenigen aus Anlaß der Gründung der Partei und der Feier des 30.Januar hätten einen schönen Verlauf gehabt. Man lege auch Wert darauf, in Zukunft regelmäßig Kundgebungen zu veranstalten, für die man wirklich hervorragende Redner zu gewinnen suche. - Ein Parteiheim sei bereits im Aufbau, doch wisse man noch nicht, ob man dieses Heim als Parteihaus bestimmen wolle, da es etwas abseits vom Zentrum der Stadt liege.- Mit dem organisatorischen Aufbau der Partei habe man erst begonnen; vorläufig gäbe es nur 5 Standorte. Man sei noch etwas zurückhaltend mit der Organisation, weil man die organisatorische Neuregelung abwarten wolle. Im Distrikt bestehe grundsätzlich keine Personalunion zwischen Kreishauptmann und Standortführer, sondern nur dort, wo sich der Kreishauptmann als absolut geeignet für diese Aufgabe gezeigt habe. Von besonderer Wichtigkeit sei die Aufgabe der Verwundetenbetreuung durch die Partei. Zur Zeit befänden sich etwa 5 000 Verwundete im Distrikt, man rechne aber nach Beginn der Frühjahrsoffensive mit der Notwendigkeit, 27 000 Verwundete in Lemberg aufnehmen zu müssen. Dafür würden jetzt bereits große Gebäude bereitgestellt.

Distriktstandortführer Dr.Fischer, Warschau, kann von einer regen Parteiarbeit in seinem Distrikt berichten. Häufig würden Standortapelle veranstaltet, die von den Reichs- und Volksdeutschen immer sehr gut besucht seien. Auch würden bei allen Gelegenheiten große Kundgebungen veranstaltet, deren Verlauf ebenfalls recht befriedigend sei. Warschau sei bislang die Etappenstadt des Ostens gewesen. Das habe sich zu Beginn des Winters ganz besonders bemerkbar gemacht, doch hätten sich die Verhältnisse seit Januar laufend gebessert. Die von der Front zurückkommenden Soldaten hätten nach Warschau keinen sehr erfreulichen Geist gebracht. Es sei viel von diesen Soldaten organisiert worden, und das habe natürlich

lich auch seine Rückwirkungen auf die Zivilbevölkerung gehabt. Die Partei habe neben dem Staat und der Wehrmacht scharfe Maßnahmen gegen diese Erscheinungen ergriffen. Parteistreifen seien eingerichtet worden, die täglich alle deutschen Lokale revidierten und die Deutschen Kontrollierten. Dieses Vorgehen habe sich sehr gut bewährt, und man wolle daher diese Maßnahme weiter bestehen lassen. Er habe sich auch veranlaßt gesehen, die Polizeistunde herabzusetzen, und die Lokale würden zum Teil schon um 10 Uhr geschlossen. Die Wehrmacht sei leider nicht mit der notwendigen Schärfe gegen ihre Angehörigen vorgegangen.

Die Hauptarbeit der Partei habe sich im letzten Jahr auf die Betreuung der Volksdeutschen erstreckt, deren es im Distrikt Warschau 26 654 gebe. Von ihnen lebten über 15 000 in Warschau selbst; zumeist seien es kleine Leute, ungelernte Arbeiter, die sich in sozial sehr schlechten Verhältnissen befänden. Von seiten der Partei sei man bestrebt gewesen, ihnen eine wirtschaftliche und geistige Betreuung angedeihen zu lassen Ihre Unterbringung im deutschen Viertel habe immer die größten Schwierigkeiten bereitet, weil eine Mietpreissenkung nicht möglich gewesen sei. Seit kurzer Zeit hätten die Mietpreise nun so festgesetzt werden können, daß die Volksdeutschen in das deutsche Viertel ziehen könnten. Die Bildung eines deutschen Viertels sei eine unbedingte Notwendigkeit, weil man sonst gar nicht die Möglichkeit habe, die Volksdeutschen zu erziehen. Sie lebten heute noch vielfach inmitten der polnischen Bevölkerung und ihrer polnischen Verwandtschaft und seien deshalb dauernd polnischen Einflüssen ausgesetzt. Die Bildung dieses deutschen Viertels sei übrigens auch aus Sicherheitsgründen notwendig. Wenn in Warschau sich ein polnischer Aufstand erheben würde, so wären die Volksdeutschen dem Pöbel schutzlos preisgegeben. Die Widerstandsbewegung habe genaue Listen über die Wohnungen

der

der Volksdeutschen in der Hand. In dem deutschen Viertel lägen auch die deutschen Schulen, was für die Erziehung der volksdeutschen Kinder von besonderer Wichtigkeit sei. Es sei zu hoffen, daß dieses Wohnviertel bis zu Beginn des Sommers fertiggestellt sei und dann sämtliche Reichs- und Volksdeutsche dort wohnen könnten. Die Polen wurden zwangsweise aus ihren Wohnungen entfernt und könnten in Teilen des Ghettos untergebracht werden, in welchem angesichts der Verkleinerung 1ooode von Wohnungen freigeworden seien.

Die wirtschaftliche Betreuung der Volksdeutschen sei sehr schwierig, weil alle Bestrebungen bisher an den Tarifen gescheitert seien. Die Partei arbeite auf diesem Gebiete sehr energisch und hoffe auf eine baldige befriedigende Lösung dieser Frage. Eine wirtschaftliche Besserstellung der Volksdeutschen sei unbedingt von Nöten, und die deutsche Industrie sei sehr wohl in der Lage, den Volksdeutschen andere Tariflöhne zu zahlen. Wenn die Vertreter der Abteilung Wirtschaft den Einwand erhoben hätten, daß die Wirtschaft finanziell nicht in der Lage sei, die Tarife zu erhöhen, so sei das kein stichhaltiges Argument, zumal die Industrie in Litzmannstadt auch die deutschen Tarife zahlen müsse.

Gute Erfolge seien in der kulturellen Betreuung erzielt worden. Er habe für die Volksdeutschen besondere Theatervorstellungen eingeführt, die zu einem ganz geringen Eintrittspreis besucht werden könnten. Die Vorstellungen seien regelmäßig ausverkauft.

Er habe die Bildung eines deutschen Chors angeregt, und dieser Chor sei auch bereits in der Arbeit begriffen. In allen deutschen Zentren seien Singgemeinschaften eingerichtet, weil durch sie die Pflege der deutschen Sprache gefördert werde.

Das Schulwesen sei in Warschau gut entwickelt, wenn es auch leider immer noch an Lehrkräften fehle. Es gebe 200 Volksschulen mit 1200 Kindern und 27 Lehrkräften, weiter eine Fachschule, eine Handwerker- u. eine Handelsschule mit 700 Schülern und 25 Lehrkräften, eine Oberschule mit 218 Schülern und 19 Lehrkräften. Die Schulen seien sämtlich gut untergebracht. Der Zustand der reiferen volksdeutschen Jugend sei sehr bedenklich, und es sei vielleicht der einzige Weg, diese Jugend in der Schule erzieherisch zu erfassen. Aber dazu bedürfe es weit mehr Lehrkräften.

Für die Versorgung auf dem Lande ergäben sich einige Schwierigkeiten. Die volksdeutschen Bauern seien zumeist Kleinbauern mit einer nur geringen Landfläche, fielen aber trotzdem unter den Begriff der Selbstversorgung. Sie erhielten oft keinerlei Nahrungsmittel für ihre Kinder zugeteilt. Was sie aus ihrer eigenen Wirtschaft übrig hätten, reiche für die Ernährung der Kinder nicht aus. Er habe deshalb schon vor Monaten eine Regelung durchgeführt, nach welcher solchen Familien Nahrungsmittel für die Kinder von den deutschen Verteilungsstellen zugeteilt würden. Die Verteilung übernehme die Stelle "Mutter und Kind". Diese Maßnahme habe sich sehr gut bewährt, und die Volksdeutschen seien dafür sehr dankbar. Weiter sei man dazu übergegangen, die 15-17jährigen volksdeutschen Bauernkinder zu sammeln und sie als Ackerbauschüler geschlossen auf den Liegenschaftsgütern unterzubringen. Sie würden unter Leitung des Verwalters landwirtschaftlich ausgebildet und von der Partei weltanschaulich betreut. Man wolle damit erreichen, daß man diesen Volksdeutschen später, wenn sie landwirtschaftlich ausgebildet seien, auch eine größere Landfläche in die Hand geben könne. Heute seien die volksdeutschen Kleinbauern kaum in der Lage, größere Güter selbständig zu bewirtschaften, und daran scheiterten auch vielfach die geplanten Ansiedlungsaktionen.

Trotzdem habe man eine Umsiedlung dieser volksdeutschen Bauern schon in kleinem Rahmen in Angriff genommen: die Volksdeutschen, die vereinzelt in polnischen Gemeinden wohnten, würden umgesiedelt und in volksdeutsche Dörfer gesetzt, aus denen dann polnische Landleute entfernt würden. Das seien aber alles nur kleine Hilfsmittel. Für die Förderung des volksdeutschen Bauerntums sei es notwendig, daß ihm mehr Land gegeben werde. Das setze gleichzeitig wieder eine große geistige und fachliche Erziehung dieser Menschen voraus.

Mit dem Aufbau der Wehrschützenbereitschaften habe man in Warschau auch schon begonnen. Zur Zeit träten über 1000 Deutsche zu den wöchentlichen Apellen an. Die Ausbildung sei im Gange. Natürlich fehle noch die einheitliche Bekleidung sowie die Ausrüstung mit Waffen.

Distriktstandortführer Globocnik berichtet, daß der Zustand der Partei im Distrikt Lublin als normal bezeichnet werden könne. Die Teilnahme der Parteigenossen an den Veranstaltungen habe sich gerade in den letzten Monaten sehr gesteigert und für die Versammlungen und Zusammenkünfte brauche jetzt keine große Propaganda mehr gemacht zu werden. Eine Schwierigkeit liege nur darin, daß die Amtswalter nicht so ausgebildet seien wie es für einen normalen Parteibetrieb notwendig wäre. Aber auch hier werde man entsprechende Maßnahmen ergreifen. - Die Opferfreudigkeit der Reichsdeutschen sei sehr groß, jede Veranstaltung des WHW zeige ein besseres Ergebnis. - Ein Hauptarbeitsgebiet sei in der letzten Zeit die Verwundetenbetreuung gewesen, und hier sei wirklich Hervorragendes geleistet worden.

Die Volksdeutschen könnten, wenn man sie richtig behandelt, langsam in die Höhe gebracht werden. Im Gebiet um Zamosz seien 10 000 Menschen zusammengefaßt,

und man könne damit rechnen, daß etwa 70% ein brauchbares deutsches Material abgeben würde. Die Partei sei ja auch hier voll eingeschaltet, und gerade die NSV und die Hitlerjugend leisteten in dieser einsamen Gegend Hervorragendes. Für eine Erleichterung des Parteibetriebes wäre vielleicht eine bessere Ausbildung der Kreisstandorte notwendig, weil sie eine Zusammenfassung der guten Kräfte ermögliche. Auch müßte die Pflicht zur selbständigen Anmeldung der Parteigenossen nochmals schärfer betont werden. Wenn auch viele sich bereits freiwilig melden, so gebe es doch immer noch eine Anzahl, die nebenher laufen und so immer wieder Unfrieden erregen. Man könne aber doch zusammenfassend sagen, daß die Deutschen langsam in einen besseren Status hineinkämen.

An Deutschblütigen gebe es ungefähr 7000 im Distrikt. Viele von Ihnen kämen langsam zum Bewußtsein ihrer deutschen Herkunft und stellten sich, wie z.B. bei der Verwundetenbetreuung, gern in den Dienst der Parteiarbeit. Man würde schon manches erreichen können, wenn man ihre Wohnungen etwas besser ausgestaltete. Gelegentlich der letzten Umsiedlung sei eine kleine Flurbereinigung durchgesetzt worden, und diese Volksdeutschen hätten so viel Acker bekommen, daß sie einigermaßen leben könnten.

Distriktstandortführer Kundt führt aus, daß die ziemlich erschütterte Parteiorganisation im Distrikt Radom von Pg. Mehling wieder einigermaßen in eine gewisse Ordnung gebracht worden sei. Von einer Distriktstandortführung sei seinerzeit wenig zu spüren gewesen, und in den einzelnen Standorten seien auch Personen tätig gewesen, die in ihrer Lebensführung kein Vorbild darstellten. Heute sei aber die Ordnung wieder gänzlich hergestellt, die Organisation stehe nunmehr, und die

Distriktstandortführung sei zu einer kameradschaftlichen Einheit geworden, sodaß man nunmehr dazu übergehen konnte, die eigentliche Parteiarbeit in Angriff zu nehmen.

Er habe eine Schulung der Amtswalter in die Wege geleitet. Diese Maßnahme sei deshalb notwendig gewesen, weil der größte Teil der Reichsdeutschen auch in der Heimat niemals mit der Partei zu tun gehabt habe, selbst wenn sie Mitglied der Partei gewesen seien. Für die Durchführung der Schulung habe es zunächst eines gewissen Druckes bedurft. Mit Unterstützung des Arbeitsbereiches sei dann jede Arbeitsweise durchbesprochen und alle Grundfragen seien geklärt worden. Es sei seine Absicht, im Sommer alle diese Amtswalter der Standorte zu einer Tagung in Kielce zu berufen.

Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Parteiarbeit hätten gezeigt, daß die Standorte nicht etwa so groß sein dürften, wie die entsprechenden Gebilde im Reich. Es habe sich auch als zweckmäßig erwiesen, zwischen die Distriktstandortführung und die Standorte eine Instanz einzuschalten, die eine unmittelbare Verbindung mit den Verhältnissen des betreffenden Gebietes habe. Deshalb müßten die Standortführer einen kleineren Sektor betreuen und vielmehr mit den einzelnen Menschen zusammenkommen können.

Die Parteiarbeit stoße auch auf Schwierigkeiten, wenn der Kreishauptmann nicht die parteimäßigen Voraussetzungen besitze, die ihn gleichzeitig als Kreisstandortführer geeignet erscheinen ließen. Die 3 Kreishauptmänner, die gleichzeitig Standortführer seien, gehörten zu den besten Beamten des Distrikts. Es werde aber auch möglich sein müssen, daß sich der Kreisstandortführer ausschließlich mit der Schulung und Überwachung der Amtswalter beschäftige, daß er dem Standort-Amtswalter, die volksdeutsche seien, die Probleme zeige und ihnen gene-

relle Anweisungen gebe.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Distrikt Radom und dem Arbeitsausschuß zur Behebung volksdeutschen Notstandes sei außerordentlich gut. Die Volksdeutschen im Distrikt Radom beherrschten in ihrer Mehrheit die deutsche Sprache. Es gebe Dörfer, in denen die Leute nur deutsche Dialekte sprächen.

Eine der Hauptschwierigkeiten liege in der Erziehungsarbeit, die auch den Reichsdeutschen gegenüber geleistet werden müsse. Man habe leider feststellen müssen, daß sich reichsdeutsche Frauen nicht zur Frauenschaft und reichsdeutsche Männer nicht zur ~~reichs~~deutschen Gemeinschaft gemeldet hätten. Er habe deshalb angeordnet, daß niemand an der Lebensmittelversorgung teilnehme, der seine Meldung nicht abgegeben habe. Auch mache er die Aufenthaltsgenehmigung der Frauen reichsdeutscher Beamter und Angestellten von ihrer Medlung zur Mitarbeit abhängig. Darüber werde von der Partei eine Kontrolle geübt.

Kundgebungen, Versammlungen und Zusammenkünfte fänden laufend in allen Standorten, auch zellenweise, unter starker Beteiligung statt. Wie hier die Teilnahme der Volksdeutschen wesentlich größer sei als diejenige der Reichsdeutschen, so übertreffe auch die Opferfreudigkeit der Volksdeutschen für das Winterhilfswerk diejenige der Reichsdeutschen. Das WHW-Konzert der Stadt Radom habe mit Beiträgen von 4000 Reichsdeutschen und 1500 Volksdeutschen eine Summe von 75000 Zloty erbracht.

Ein besonderes Lob verdiene die rege Arbeit für die Verwundetenbetreuung. Sie sei im Anfang auf große Schwierigkeiten gestoßen. In Zusammenarbeit mit der Oberfeldkommandantur sei schon eine Bahnhofsbetreuung eingerichtet worden. Hier müsse vor allem der dieser Arbeit durch den General Moser, dem früheren Ausbildner

der Leibstandarte Adolf Hitler und Mitarbeiter des Reichsführers SS Himmler, gewordenen Unterstützung gedacht werden. Leider seien der Verwundetenbetreuung gerade von den Leitern von Lazaretten große Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden.

Auf dem Gebiete der Erziehung der Volksdeutschen sei vor allem die Tätigkeit der Stelle "Mutter und Kind" hervorzuheben. Man habe dafür ein vorbildliches Gebäude zur Verfügung gestellt. Zu begrüßen wäre es allerdings, wenn da und dort besser geschulte Frauen eingesetzt werden könnten. Im allgemeinen sei jedenfalls die Tätigkeit der Stelle "Mutter und Kind? von größtem Segen. In den volksdeutschen Kreisen herrsche eine starke Kindersterblichkeit, die wohl auf eine falsche Ernährungsweise zurückzuführen sei. Infolge der Aufklärungsarbeit der Stelle "Mutter und Kind" sei die Kindersterblichkeit z.B. im Kreisstandort Petrikau von 16% auf 6% in einem Jahr gesunken.- Erfreulich sei auch der Einsatz von Mädchen des BDM, aus denen der beste Nachwuchs für Volkspflegerinnen werden dürfte.

Die Verpflegungssicherung der Volksdeutschen habe im Distrikt Radom auch zu Schwierigkeiten geführt, die aber im allgemeinen jetzt behoben seien. Die Erscheinung, daß die Volksdeutschen amtlich Nahrungsmittel zugeteilt erhielten und sie auf Schleichwegen wieder verkauften, sei zwar noch verhanden, werde aber wohl im Gefolge der Erziehungsarbeit auch behoben werden können.

Mit der Rundfunkversorgung liege es vielfach noch im argen. Benötigt würden vor allem Batterie-Geräte, da die geschlossenen volksdeutschen Dörfer vielfach keinen elektrischen Strom hätten. Solche Rundfunkgeräte seien erfreulicherweise zur Verfügung gestellt worden. Ferner brauche man fahrbare Wanderkinos.

Im übrigen könne er feststellen, daß auch die Volksdeutschen Parteiveranstaltungen zu gestalten wüßten. Er habe z.B. in einem Ort einer Weihnachtsfeier beigewohnt, die ausschließlich volksdeutsche Amtswalter gestaltet hätten und die weltanschaulich eine Meisterleistung gewesen sei. Mögen auch in manchen Dörfern die Leute noch schwerfällig sein, die Arbeit der HJ und des BDM sei jedenfalls vorbildlich.

Die polnische Widerstandsbewegung scheine dieser Entwicklung unter den Volksdeutschen sozusagen vom polnischen Staatsgeist zum Nationalsozialismus nicht gern zu sehen. Es sei bezeichnend, daß in derselben Gegend, in der diese Weihnachtsfeier stattgefunden habe, ein Überfall auf eine Zellenversammlung stattgefunden habe. Von Polen sei aus dem Dunkel in das beleuchtete Schulzimmer einer Volkschule hineingeschossen worden. Im Verfolg dieses Überfalles sei dann ein Sonderdienstmann, den die Polen mit seinem Bruder verwechselt hätten, erschossen worden. Man habe das Begräbnis zu einer Sache des Sonderdienstes und der Partei gemacht. Zur Zeit finde von seiten der Polizei eine Vergeltungsaktion in den Dörfern dieser Gegend statt. Eine bestimmte Zahl von verdächtigen Leuten sei verhaftet worden, und 50 von ihnen würden an die Wand gestellt. Die Volksdeutschen der Gegend seien durch dieses Ereignis wieder ganz eingeschüchtert, sie hätten keine Waffen und seien den stark bewaffneten polnischen Widerstandskräften völlig ausgeliefert. Daher sei es geboten, daß die deutschen Männer bewaffnet und im Schießen unterwiesen würden. Leider fehle es an Waffen und Munition, sodaß Übungsschießen nicht veranstaltet werden könnten. Hier biete sich den Wehrschützengemeinschaften ein wirksames Feld der Betätigung. Leider sei den Angehörigen der SS verboten worden, an den Wehrschützengemeinschaften teilzunehmen. Darüber hinaus solle die SS beabsichtigen, einen

einen eigenen Sturmbann aufzustellen. Wenn dem so sei, dann werde man kein Bedenken tragen, auch SA-Stürme aufzustellen.

Distriktstandortführer Dr.Fischer befürwortet auch als Angehöriger der SA die Errichtung der Wehrschützenbereitschaften und betont, daß die SA sich jederzeit gern in den Dienst dieser Sache stellen wird.

Distriktstandortführer Kundt gibt davon Kenntnis, daß er eine Anordnung getroffen habe, nach welcher jederzeit im Falle eines Alarms die Wehrschützenbereitschaft antreten könne und dann dem Kommandeur der Ordnungspolizei zur Verfügung stehe. Man müsse berücksichtigen, daß eine ganze Anzahl Deutscher vereinzelt auf den Gütern sitze und jederzeit überfallen werden könne. Hier müsse schnell durchgegriffen werden können, ohne daß man erst auf die Gendarmerie zu warten brauche.

IX/6
2/1

Pgn. Aldinger behandelt die Leistungen des Hauptarbeitsgebietes " Fraueneinsatz". An erster Stelle stünden die Leistungen in der Verwundetenbetreuung, die von den Frauen in ehrenamtlicher Tätigkeit durchgeführt werden. Seit Ausbruch des Russlandfeldzuges hätten 4445 Frauen eine Arbeitsleistung von 71 211 Stunden vollbracht. Zweimal in der Woche würden die Verwundeten in den Lazaretten besucht und die Liebesgaben, die von der NSV gesammelt und hergestellt würden, an die Soldaten verteilt. Vielfach hätten die Soldaten bei diesen Unterhaltungen auch zum ersten Mal Gelegenheit, sich von ihren Erlebnissen an der Front frei-zu-sprechen. Ausserdem würden in Zusammenarbeit mit dem BDM Briefe an die Angehörigen in der Heimat geschrieben werden, wenn die Soldaten infolge ihrer Verwundungen dazu nicht in der Lage wären. Dadurch sei es den Frauen möglich, die Erlebnisschilderungen der Soldaten abzuschwächen und zu erreichen, dass in der Heimat nicht zu sehr die Schilderung der Erlebnisse in den Vordergrund gerückt werde, sondern mehr der verwundete Soldat. Infolge dieser Übung habe sich auch ein Briefwechsel zwischen volksdeutschen Frauen und den Angehörigen der Soldaten entwickelt, sodass die gegenseitigen Bande mit dem Reich immer fester würden. Man habe auch erreicht, dass die Soldaten, wenn sie ausgehen könnten, in die volksdeutschen Familien eingeladen würden. Durch alle diese Massnahmen werde bei den Soldaten das Gefühl erweckt, dass sich die Partei um die Betreuung der Verwundeten kümmere. Während die Veranstaltungen der Partei in den Lazaretten nur Augenblickserfolge seien, gebe die Arbeit der Frauen den Verwundeten infolge ihrer Beständigkeit mehr das Gefühl einer Betreuung durch die Partei. Ausserdem hätten 700 im Bahnhofsdienst tätigen Frauen eine Arbeitsleistung von 74 663 Stunden vollbracht.

Pgn. Aldinger weist dann auf die Schwierigkeiten hin, die der Frauenarbeit in der Verwundetenbetreuung von Seiten der Wehrmacht gemacht würden. Man habe auf Grund eines Hilfeschreis des Roten Kreuzes, dass in den Lazaretten zu

wenig Einsatzkräfte vorhanden seien, in einer Sofortaktien allein in Krakau 200 Frauen aufgestellt, die ausgebildet würden. Mit diesem Nachwuchs wollte man den Dienst in den Lazaretten zur Entlastung der Schwestern ehrenamtlich aufnehmen. Man habe der Wehrmacht auch unausgebildete Frauen angeboten, die Verbandszeug schneiden und legen sollten, damit die Schwestern des Roten Kreuzes für die rein pflegerischen Aufgaben frei werden. Die Wehrmacht habe dies abgelehnt mit der Begründung, dass man nicht wisse, wie man diese Frauen in den Lazaretten anreden solle. Der wahre Grund läge aber scheinbar darin, dass die Wehrmachtsstellen sich nicht hinter die Kulissen schauen lassennwollten.

Auch die Instandsetzung der Lazarettwäsche habe man übernommen. Auch hier lege die Wehrmacht grosse Schwierigkeiten in den Weg . Sie wolle vor allem nicht wahrhaben, dass zu wenig Wäsche vorhanden sei. Von ungefähr 2000 Frauen seien in 23000 Arbeitsstunden die Lazarettwäsche instand gesetzt worden. Diese Aktionen laufen weiter. Die Arbeit auf diesem Gebiete leide aber unter diesen Schwierigkeiten sehr stark und es sei erforderlich, einmal den Männern des OKW und des Militärbefehlshabers die Einstellung der Partei zur Verwundetenbetreuung klarzulegen. Es sei eigenartig, dass die verantwortlichen Offiziere sich ständig auf den Standpunkt stellten, dass Fleckfiebergefahr vorhanden sei. In den SS- Lazaretten würden der Frauenarbeit keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Tatsache sei, dass in diesen Lazaretten keine Frau vom Fleckfieber angesteckt worden sei oder umgekehrt.

Sie habe den Antrag gestellt, dass die ehrenamtliche Arbeit innerhalb der NSDAP ausschlaggebend sei für den Aufenthalt der deutschen Frau im Generalgouvernement. Dadurch werde vermieden, dass der Aufenthalt im Generalgouvernement nur als Erholungsaufenthit betrachtet werde. Wenn eine Mitarbeit abgelehnt werde, dürfe der Aufenthalt nicht

über 3 Wochen verlängert werden. Dadurch habe man erreicht, dass man alle Frauen im Generalgouvernement einsetzen könne. Gerade der kriegsmässige Einsatz in den Lazaretten könne als ein gewisser Kriegseinsatz der Frau betrachtet werden. Wenn eine Frau erkläre, dass sie nur kurze Zeit hier weile, würden Massnahmen ergriffen, dass sie nach ihrer Rückkehr ins Reichegebiet dort zum Kriegseinsatz herangezogen werde. Sie bittet die Distriktsstandortführer um ihre Unterstützung auf diesem Gebiet.

Auf einen Einwurf von Distriktsstandortführer Fischer, dass in Warschau die Heranziehung der deutschen Frau zur Mitarbeit nicht besonders ernst gehandhabt werde, entgegnet Pgn.Aldinger, dass diese Tatsache auf die wenig tatkräftige Arbeit der dortigen Führerinnen zurückzuführen sei. Pg. Stahl habe an die hauptamtlich tätigen Parteigenossen eine Anweisung hinausgegeben, derzufolge auch die Frauen dieser Parteigenossen zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. Im Kriegseinsatz müsse auch die Frau eines politischen Leiters wie ihr Mann politisch tätig sein. Es sei technisch möglich, die Frauen so einzusetzen, dass sie am Abend für ihren Mann da seien.

Anschliessend macht Pgn. Aldinger Ausführungen über die Betreuung der Volksdeutschen. Im letzten Jahr habe man vom Reich leider nur sehr wenig pflegerische Lehrkräfte erhalten können, die den volksdeutschen Frauen neuzeitliche Säuglingspflege beibringen müssten. Von 2 Lehrkräften seien insgesamt 51 Lehrgänge durchgeführt worden. Man habe festgestellt, dass gerade in den Dörfern, in denen Säuglingspflegekurse abgehalten worden seien, sich ein merkliches Besserbefinden der Kinder eingestellt habe.

Die Frauenschaft begrüsse auch den BDM- Einsatz, müsse es aber ablehnen, dass 14-bis 15-jährige Mädel die Frauen über Säuglingspflege unterrichten. Der BDM müsse für diese Aufgabe ältere Mädchen einsetzen. In Krakau werde Ende April die erste Mütterschule eröffnet. Auch in Warschau

und anschliessend in Radom sei die Einrichtung einer Mütterschule geplant. In ihnen würden die deutschen Frauen über Wohnkultur unterrichtet; auch auf dem Gebiete der Haushaltsführung würden alle Erkenntnisse der letzten Zeit unterrichtet werden. Angeschlossen sei eine Waschlehrküche, in der die polnischen Hausangestellten über die deutschen Waschmethoden belehrt würden. Weiter würde die Schulung der Berufstätigen für eine möglichst zweckmässige Umstellung in der Ernährung durchgeführt. Man habe im letzten Jahr 10 000 Rezepte für Berufstätigkeit herausgegeben, die die Hauptabteilung Propaganda sogar ins Polnische übersetzen lassen wolle.

Eine andere Frage sei die Unterbringung der weiblichen Angestellten in neu zu schaffenden weiblichen Wohnheimen. Man stosse dabei auf den Widerstand vieler Männer, die darin eine Kasernierung der Frau sähen. Der Frauenschaft gehe es aber nur darum, für die berufstätige deutsche Frau im Generalgouvernement anständige Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Viele Mädels wohnten in unmöglichen Zimmern, oft noch bei Polen. Man wolle in den neuen Wohnheimen für jedes Mädel ein Zimmer schaffen; ausserdem seien Gemeinschaftsräume vorgesehen. Damit könne man auf die Lebensführung der Mädels grossen Einfluss ausüben. Die Hauptabteilung Arbeit wolle diese Wohnheime erstellen, während die Finanzierung von der Regierung übernommen werde; die Bereitstellung des benötigten Personals und die Betreuung erfolge durch die Partei.

Pg. Mehling geht in seinem Referat von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft zur Behebung volksdeutschen Notstandes im Oktober vorigen Jahres aus. Er habe damals sofort in einer Anzahl von Besprechungen Abhilfe zu schaffen versucht. Als erstes habe er den Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 % gestellt, der auch gewährt

worden sei. Auch seien den Kindern unter 18 Jahren aller im öffentlichen Dienst stehenden volksdeutschen Angestellten und Arbeitern auf seinen Antrag hin Weihnachtszuwendungen gemacht worden. Vorschüsse zur Beschaffung von Brennmaterial und Winterkartoffeln seien gewährt worden. Im Dezember habe man eine einmalige Beihilfe in Höhe von 300 Zl. für Verheiratete und von 150 Zl. für Ledige ausbezahlt. Ebenso sei allen in der freien Wirtschaft stehenden Volksdeutschen im Januar ein einmaliger Betrag ausgehändigt worden. Dies alles seien Sofortmaßnahmen gewesen.

Vor acht Tagen sei auch eine Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen für Volksdeutsche nach den im Reich geltenden Bestimmungen unterzeichnet worden. Die von der Partei beantragte laufende Besserstellung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Volksdeutschen durch Gewährung von 50 % der Beschäftigungstagegelder sei ebenfalls ab Januar in Kraft getreten. Einige Schwierigkeiten seien bei Regelung dieser Frage bei der Ostbahn aufgetreten, die erklärt habe, dazu nicht in der Lage zu sein, da sie bereits im vergangenen Jahr zusätzliche Leistungen für die Volksdeutschen aufgebracht habe. In Verhandlungen habe sich die Ostbahn aber bereit erklärt, eine Beschäftigungszulage in Höhe von RM 30.- zu gewähren. Dadurch und durch die bereits seit längerer Zeit bestehenden Leistungen erhielten die volksdeutschen Angestellten der Ostbahn dieselben Bezüge wie die im öffentlichen Dienst Tätigen.

Weiter habe er eine laufende Besserstellung der Volksdeutschen in der freien Wirtschaft beantragt. Die Hauptabteilung Wirtschaft erkläre aber, daß die Wirtschaft die dafür notwendigen Mittel nicht aufbringen könne. Gewisse Schwierigkeiten bereite auch die Hauptabteilung Arbeit, indem sie Bedenken tariflicher Art ins Feld führe. Sie erkläre, daß ein West-Ost-Gefälle bestehen müsse. Bei Ermittlung des Existenzminimums habe er festgestellt, daß es für ein kinderloses Ehepaar monatlich mindestens 255 Zl. betrage, für ein Ehepaar mit einem Kind 308 Zl., für ein Ehepaar mit 8 Kindern 887 Zl. Der Verdienst z.B. im Baugewerbe, das am besten bezahle

betrage bei zehnstündiger Arbeitszeit für ungelernte Arbeiter aber nur 234 Zl. Vorerst helfe man auf dem Unterstützungsweg. In einer Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft vor einigen Tagen sei er zu der Auffassung gekommen, daß man eine Kinderzulage von mindestens 40 Zl. pro Kind zahlen müsse und auch könne. Einen dementsprechenden Antrag werde er in den nächsten Tagen stellen. Dazu sei ein Betrag von rund 8 Millionen Zl. im Jahre notwendig, den die Wirtschaft des Generalgouvernements ohne weiteres aufbringen könne.

Pg. Mehling berichtet weiter, daß er schon einmal eine Anzahl von Rundfunkgeräten habe verteilen können. Neuerdings ständen weitere hundert Stück zur Verfügung. Er habe den Antrag gestellt, daß die Hauptabteilungen Finanzen und Propaganda die nötigen Mittel zur Verfügung stellten. Wenn man die volksdeutschen Dörfer am deutschen Leben teilnehmen lassen wolle, dann müsse man sie unbedingtmit Rundfunkapparaten versorgen.

In der Frage der Behebung des Notstandes der Jugend sei er in Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums mit der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht übereingekommen, unbedingt Schulinternate einzurichten. Gebäude dafür seien vorhanden, wenn sie auch zur Zeit für andere Zwecke gebraucht würden.

In diesem Zusammenhang weist Distriktsstandortführer Kundt darauf hin, daß die Wehrmacht auch Gebäude nicht freigebe, wenn man sich bereit erkläre, sie sofort wieder zu räumen, wenn sie die Wehrmacht für ihre Bedürfnisse benötige.

Pg. Mehling erklärt dazu, daß sich der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement bereit erklärt habe, in der Freigabe der Schulen behilflich zu sein. Wenn man die volksdeutschen Kinder in die Hand bekommen wolle, so müsse man unbedingt solche Schulinternate einrichten. Er halte es für notwendig, die Kinder sogar zwangsweise

in diese Internate aufzunehmen. Die Finanzierung müßte der Staat übernehmen. Mittel, die heute als Kinderbeihilfen gewährt würden, könne man für diese Zwecke verwenden. Die Zwerggschulen in den Dörfern, deren Wert er wegen der darin tätigen schlechten Lehrer bezweifele, könnten dafür verschwinden. Wenn man diese Internate im Mittelpunkt eines gewissen Bezirkes errichte, sodaß den Eltern die Möglichkeiten eines häufigeren Besuches ihrer Kinder geboten seien, würde man auch den Widerstand der Eltern beseitigen. Schwierig werde es sein, die Kinder auf längere Zeit ins Reich zu schicken. Nach drei bis vier Jahren Internatsbesuch dagegen könne man gegen eine solche Aktion nichts einwenden.

Mit dem Internat erreiche man auch die Schulspeisung, die man mit Feldküchen bewerkstelligen könne, deren Einrichtung materialmäßig keine Schwierigkeiten im Wege ständen.

Außerdem werde über die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft geklagt, daß sie zu große Preisspannen zulasse. Er habe jetzt mit der Hauptabteilung Ernährung die Einrichtung von Verkaufsstellen für Volksdeutsche bei den Kreisgenossenschaften vereinbart. Dadurch werde es dem volksdeutschen Bauern möglich gemacht, sich die täglichen Bedarfsartikel unter Zahlung von normalen Preisen zu beschaffen.

50 000 Paar Schuhe, die Pg. Ollesch beschafft habe, seien andie Volksdeutschen ausgegeben worden. Man plane auch die Ermäßigung der Mitgliedsbeiträge für Kinderreiche. Außerdem werde er in den nächsten Tagen einen Antragauf Gewährung von Ehestandsdarlehen, die in Form von Gutscheinen ausgegeben werden sollten, beantragen.

Auf grund seiner Erfahrungen müsse er feststellen, daß seine Arbeit von den Hauptabteilungen Finanzen und Erziehung und Unterricht in jeder Weise unterstützt werde, während die Hauptabteilung Wirtschaft und zum Teil auch die Hauptabteilung Arbeit immer wieder Hemmungen zeigten. Der Grund dafür sei wohldarin zu suchen, daß diese Hauptabteilungen die Dinge lediglich vom Wirtschafts

standpunkt sähen, während sie die volkspolitischen Gesichtspunkte außer acht ließen. Sie vergäßen, daß der Volksdeutsche heute noch gar nicht so viel arbeiten könne.

Abschnittsleiter Stahr geht in seinem Bericht davon aus, daß die Arbeit auf seinem Arbeitsgebiet unter folgenden Gesichtspunkten stehe: Durchführung der Betreuungsarbeit zugunsten der deutschen Arbeiter im Generalgouvernement, Leistungssteigerungsaktion der deutschen Wirtschaft und Vorbereitung des Berufserziehungswerkes.

Er sei notwendig, daß die deutschen Arbeiter, die aus dem Reich abkommandiert und im Generalgouvernement in Gemeinschaftslagern untergebracht seien, ordentlich betreut würden. Diese Betreuungsarbeit habe bisher der Gau Niederschlesien und der Gau Wartheland durchgeführt. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht tragbar gewesen. Durch Verhandlungen mit Berlin und den beiden Gauen habe er in den letzten Wochen erreicht, daß die Betreuung der nunmehr bestehenden 37 Lager (in den nächsten Wochen kämen noch einige große Lager in Galizien hinzu) ab 1.April von ihm durchgeführt würde.

Außer drei hauptamtlich tätigen Mitarbeitern habe er für seine Arbeit nur ehrenamtliche Kräfte zur Verfügung. Für ihn ergebe sich daher die Notwendigkeit, zur Durchführung seiner Aufgabe möglichst eng mit den Stellen der Regierung und der Distrikte zusammenzuarbeiten. Zehn Arbeitsprozesse, die er zur Zeit zu führen habe, müsse er infolge des Fehlens von Arbeitsgerichten im Generalgouvernement im Reich durchführen. Dieser Zustand werde aber demnächst abgeändert.

Im Generalgouvernement sei eine große Anzahl deutscher Gefolgschaftsmitglieder in Wehrmachtsbetrieben eingesetzt. Um seine Arbeit auch auf diese Betriebe ausdehnen zu können, habe er mit den Luftgauen Posen und Krakau Abkommen getroffen, nach denen er die Schulung der Arbeiter auch dort aufnehmen könne. Die Zusammenarbeit mit General Sommé sei ausgezeichnet.

Sehr wichtig sei das Problem des Handels und des Handwerks im Generalgouvernement. Durch die Organisation der gewerblichen Wirtschaft habe man eine wirtschaftliche Selbstverwaltung, in der Deutsche und Polen verankert seien. Diese Organisation sei nun an die deutschen Betriebsführer herangetreten und habe sie aufgefordert, dieser Einheitsorganisation beizutreten. Viele von Ihnen würden sich aber weigern, da auch gleichzeitig Polen Mitglieder seien.

Reichsleiter Dr. Frank beauftragt Finanzberater Dr. Senkowsky um Nachprüfung dieser Angelegenheit.

Abschnittsleiter Stahr berichtet weiter, dass die Deutsche Post Osten mit 153 Dienststellen im Endwettbewerb des Leistungswettkampfes stünde, den Reichsleiter Dr. Frank im Januar für das Generalgouvernement freigegeben habe. Durch diesen ersten Wettkampf solle eine Ausrichtung gegeben werden, um zu einer Leistungssteigerung zu kommen. Mit Präsident Lauxmann habe er vereinbart, dass am 1.Mai bereits einige Ämter, die seit 2 Jahren im Generalgouvernement arbeiteten, ausgezeichnet werden sollten. Diese Tatsache werde zu weiterer Leistungssteigerung anregen.

Im Reich werde eine nochmalige Leistungssteigerungsaktion durchgeführt. Für das Generalgouvernement sei es notwendig, die deutschen Menschen, die hier irgend eine Funktion einnähmen, durch eine psychologische Aktion zu einem noch grösseren Leistungswillen zu bringen. Für eine solche Leistungssteigerung sei eine vorbildliche Betriebsorganisation notwendig. Vorbildliche Einrichtungen, die von den einzelnen Betriebsführern gemacht würden, sollten allgemein bekannt gegeben werden. Es gebe noch eine ganze Menge deutscher Menschen, die eine ganz andere Arbeit ausfüllen könnten. Hier müsse die Bewegung eingreifen und sagen : " Deutscher Mann, Deutscher Arbeiter, erfüllst Du auch eine kriegswichtige

2/10

Aufgabe ? : Die Aktion werde unter der Parole gestartet " Wie konzentriere ich mich auf den Sieg ". Er habe bereits eine Betriebsführertagung angesetzt, in der er diese Gedanken darlegen wolle. Auch im Generalgouvernement würde sich trotz der wenigen Menschen noch eine Leistungssteigerung herausholen lassen.

Betreuung der Volksdeutschen : Man habe gesehen, dass es zur Zeit unmöglich sei, die volksdeutschen Arbeiter tarifmässig zu erfassen, da das Leistungsniveau noch unter dem der deutschen Arbeiter stehe. Diese Tatsache habe ihn veranlasst, an das Problem der Berufserziehung heranzugehen. Man müsse die Volksdeutschen in ihren Leistungen auf eine Höhe bringen, die eine gute Bezahlung rechtfertige. Der Reichsleiter habe die Unterschrift unter die Anordnung über die Berufserziehung bereits gesetzt, sodass man nunmehr daran gehen könne, die Volksdeutschen in ihren Beruf so zu erziehen, dass in ein oder zwei Jahren ihre Leistungen denen der deutschen Arbeiter gleich kämen.

Weiter habe er an die Betriebsführer einen Aufruf gerichtet, ab 1.Mai den Leistungswettkampf in allen Betrieben zu eröffnen. Diese Arbeit sei kriegsbedingt. Er bitte den Reichsleiter, Betriebe, die Hervorragendes geleistet hätten, durch einen Besuch auszuzeichnen.

I/1
3/1

Bereichsleiter Ollesch führt aus, daß die in das Ergebnis des Kriegswinterhilfswerk 1941/42 gesetzten Hoffnungen nicht getrogen hätten. Das laufende KWHW, das kurz vor dem Abschluß stehe, sei als außerordentlich gut zu bezeichnen. Allein die beiden Veranstaltungen des Wunschkonzerts mit 2,5 Mio Zloty und des Tages der Deutschen Polizei mit 2,2 Mio Zloty brächten annähernd das Ergebnis des gesamten letztjährigen Winterhilfswerks. Nach vorläufigen Schätzungen könne er mit einem Gesamtergebnis von vielleicht 10 bis 12 Mio für das laufende KWHW rechnen.

Die Zahl der Betreuten sei in diesem Jahr wesentlich höher. Gegen 13128 Volksdeutsche des vorigen Jahres habe man diesmal 47207 Volksdeutsche im Rahmen des Winterhilfswerks unterstützt. Das sei ungefähr die Hälfte der amtlich registierten Volksdeutschen. Allerdings seien in diese Zahl einbegriffen mit 20 000 Menschen, die man als deutschstämmig bezeichne. Man sei jetzt zur Gutscheinbetreuung übergegangen und habe Wertgutscheine ausgegeben, die in allen deutschen und polnischen Geschäften eingelöst werden könnten. Die Erfolge dieser Betreuungsart seien sehr erfreulich. Der Betreuungssatz sei auf Grund der Ermittlungen eines Existenzminimums festgestellt worden. Es betrage 148 Zloty je Kopf der Betreuten für die Dauer des Winterhilfswerks. Daraus ergebe sich eine monatliche Durchschnittsbetreuung von 22 Zloty. Am Tage der Machtübernahme sei eine Sonderbetreuung von 5 Zloty je Kopf durchgeführt worden. Auch die Ausgabe von Sachwerten werde stark gefördert. So seien schon 50 000 Paar Lederschuhe zum größten Teil zur Ausgabe gelangt. Daneben habe man einen Waggong mit rund einer halben Million Bekleidungsstücken aller Art aus dem Reich organisiert, die, soweit sie gebrauchsfähig seien, sofort ausgegeben würden und, soweit sie noch bearbeitet werden müssen, in den Nähstuben der Frauenschaft einer Neugestaltung entgegensehen. Darüberhinaus

3/2

hinaus würden die Läger für die NSV-Arbeit aufgefüllt.

Das KWHW werde mit April dieses Jahres abschließen. Die letzte Versammlung sei auf den 11.April verlegt worden. Von Anfang April beginne dann das weitere Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz zu laufen. Im Rahmen dieses Werkes würden 5 Listensammlungen und 2 Abzeichensammlungen durchgeführt werden. Mit dem 31.August 1942 werde dann das Kriegshilfswerk durch das nächste Kriegswinterhilfswerk abgelöst werden.

Mit Wirkung vom 1.November 1941 habe er die organisatorische und verwaltungsmäßige Aufgabe der Verwundetenbetreuung übernommen. Die praktische Auswirkung der Verwundetenbetreuung in den Lazaretten und Lazarettzügen geschehe durch die Angehörigen der Frauenschaft, aber die Beschaffung der Materialien habe er mit seinem Amt übernommen. Selbstverständlich habe man in die bis dahin etwas planlose Betreuung eine gewisse Regel bringen müssen; man habe einen Betreuungssatz je Verwundeten, je Bett und Monat von 10 Zloty festgesetzt, für die Betreuung der Verwundeten in den Zügen einen Satz von 1,5 Zloty je Mann. Diese Sätze reichten im allgemeinen für die Durchführung der Betreuung aus. Es genüge durchaus, wenn alle 14 Tage in den Lazaretten Sachwerte ausgegeben würden, da neben dieser materiellen noch die ideelle Betreuung stehe, der er den weitaus größten Wert beimesse. Hinzu komme, daß dieser Satz angesichts des großen Mangels an Zigaretten, Alkohol, Obst oder Wein nicht erhöht werden könne. Vom ersten November an seien rund 2 Millionen Zloty für die Verwundetenbetreuung ausgegeben worden; dieser Betrag werde aus Mitteln des WHW finanziert. Zu einem großen Teil würden allerdings diese Mittel vom Reichshauptamt für Volkswohlfahrt erstattet.

Die Zusammenarbeit mit den Wehrmachtstellen sei schon mehrfach behandelt worden. Die Wehrmacht behaupte zwar,

zwar, sie gehe richtig vor, die Praxis zeige aber leide ein ganz anderes Bild. Im Zuge der Anordnung des Reichspropagandaleiters über die Aktivierung der Verwundetenbetreuung zur Behebung der Winterschäden habe er über 40 Schwestern eingesetzt, die an den Grenzbahnhöfen - Brest, Blody, Tarnopol, Malkinia - die Liebesgaben ausgeben sollten. Diese Schwestern seien im Zuge der zusätzlichen Lazarettzugaktion zurückgerufen worden und seien z. Teil durch Angehörige des Frauenhilfsdienstes, z.T. durch Frauen aus dem Reich z. Teil aber auch durch Frauen, die von Frau Aldinger aus dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellt worden seien, ersetzt worden. Die Schwestern hätten an einigen Stellen wochenlang unbeschäftigt gewartet, weil sich die Wehrmacht gegen diesen Fraueneinsatz gewehrt habe mit der Begründung, daß alle diese Dinge durch das Rote Kreuz durchgeführt werden müßten. Aber das Rote Kreuz habe nicht eingreifen können, weil die Einheit nicht draußen gewesen sei. Er habe einen schweren Kampf durchfechten müssen, und es sei manchmal unerträglich, zu sehen, welchen Standpunkt die Wehrmacht in diesen Dingen einnehme.

Zur Zeit seien in der Verwundetenbetreuung rund 40 Personen hauptamtlich beschäftigt. Einzelne Bahnstationen, die mit Angehörigen des Frauenhilfsdienstes besetzt seien, würden von je einem poltischen Leiter geleitet, der ihm einsatzmäßig zur Verfügung gestellt sei. Man habe im Einvernehmen mit der Wehrmacht insgesamt 14 Stationen im Generalgouvernement festgelegt, an denen eine zusätzliche Betreuung stattfinden solle. Nach seinen Feststellungen über das Funktionieren dieser Einrichtung hätten sich die Verwundeten übereinstimmend äußerst günstig geäußert. Besonders an den Stationen Tarnopol, Blody und Brest funktioniere dieser Einsatz ganz hervorragend. Diese Fürsorge hebe sich sehr wohltuend von der Betreuung ab, die in den Gebie-

ten

3/4

ten der Reichskommissariate durchgeführt werde. Beim Hauptamt sei angeregt worden, daß Betreuungskommandos eingesetzt würden, die im Laufe des kommenden Frühjahrs im Osten tätig werden könnten.

Im übrigen sei der Zustand der Züge nicht mehr so schlecht wie vor einigen Wochen. Die Wehrmacht habe Betreuungskommandos aufgestellt, die die behelfsmäßigen Züge mit Stroh, Holz, Öfen, Wasser usw. versorgten. Vordem seien die Verwundeten einfach in die Züge gepackt worden, und man habe sie den Zufälligkeiten eines 14 tägigen bis 3-wöchentlichen Transportes ausgesetzt. Die meisten Erfrierungen seien nicht draußen an der Front vorgekommen, sondern auf dem Transport zu den Grenzen des Generalgouvernements. Diese Zustände hätten sich heute etwas gebessert, auch sei die Zahl der Transportzüge nicht mehr so groß. Es scheine doch, als ob die Lazarette im weiteren Osten ziemlich geräumt seien. Auch im Generalgouvernement gehe man dazu über, die Verwundeten aus den Lazaretten zu nehmen und sie nach dem Reich zu bringen. Im Reich seien 250 000 Betten neu organisiert worden. Die Zahl der Betten im Generalgouvernement betrage augenblicklich 40 000. Dazu kämen rund 15 000 Notbetten, vor allem im Distrikt Warschau. Der Distrikt Warschau habe überhaupt die meisten Verwundeten. Die dortigen ärztlichen Stellen, insbesondere der Oberstarzt Dr. Prymers arbeiteten mit der Partei sehr gut zusammen. Schwierigkeiten entständen jeweils dadurch, daß die Transport- u. Bahnhofsoffiziere das ausschließliche Recht hätten, zu bestimmen, wer auf den Bahnhof und in die Züge komme. Sie erhielten keine Anweisungen vom Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, sondern hätten den Anordnungen des Transportchefs im Hauptquartier des Führers zu folgen.

Im Zuge der Lazarettbetreuung seien durch Vermittlung der Hauptabteilung Propaganda 200 Rundfunkgeräte zur Verfügung gestellt worden. Die Verstärkung dieses Rundfunkeinsatzes sei beabsichtigt und werde bei sich bietender

bietender Gelegenheit durchgeführt.

Was die eigentliche NSV-Arbeit angehe, so habe er inzwischen das Netz der Hilfsstellen, mit denen das Generalgouvernement überzogen werden solle, weiter verstärkt. Es gebe jetzt 29 Hilfsstellen, die mit rund 6o Fachkräften besetzt seien, Volkspflegerinnen, NSV-Schwestern und sonstigen Kräften, die die Betreuungsarbeit verrichteten. Die Besetzung sei soweit vorgeschritten, daß er am 15.April in den Distrikten Warschau und Radom, darüber hinaus an einigen Orten des Distrikts Krakau die Durchführung des Erlasses vom 25.August 1941 vornehmen könne, nachdem eine ganze Anzahl von Aufgaben der öffentlichen Fürsorge auf die Partei verlagert worden sei.

Zur Verstärkung der Fachkräfte habe er mit fast sämtlichen Volkspflegerinnenseminaren und Frauenschulen des Deutschen Reiches Abmachungen dahin getroffen, daß dem Generalgouvernement Probeschülerinnen und Praktikantinnen laufend zur Verfügung gestellt würden. Man rechnet für das laufende Jahr mit weiteren 60 Praktikantinnen und Probeschülerinnen, die dann ihre praktische Lehrzeit im Generalgouvernement durchmachten und teilweise auch ihr Probejahr ableisteten. Sie könnten hier auch die staatliche Anerkennung erwerben, die für den Abschluß der Lehrzeit notwendig sei. Die meisten Kräfte, die hier eingesetzt würden, entschlössen sich schon auf Grund der besonderen Eigenart der Arbeit ständig im Generalgouvernement zu bleiben. Die Arbeit bietet viel Neues auf allen Gebieten, die sei nicht so bürokratisiert wie im Reich und gebe auch dem einzelnen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten. Aus diesen Einsatzkräften könne man das brauchbarste Material an Mitarbeiterinnen heranziehen.

Die Hilfsstellen seien so organisiert, daß in jedem politischen Kreis eine sog. große Hilfs- u. Beratungstelle bestehe, und zwar unter Leitung einer Volkspflegerin

gerin oder einer NSV-Schwester.

Im Interesse der gesundheitlichen Betreuung der Frauen und Mütter habe er in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesundheitswesen erreicht, daß Reichsdeutsche Hebammen in großer Anzahl im Generalgouvernement eingesetzt werden konnten. Hebammen würden ausschließlich durch sein Amt eingesetzt. Die Abteilung Gesundheitswesen habe für diese Dinge angeblich keine Gelder.

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Volksdeutschen sei die Geburtenfreudigkeit sehr gering. Nach einer Erhebung im Distrikt Warschau betrage die Kinderzahl je Familie nur 1,5. Dazu komme noch die hohe Säuglingssterblichkeit, die z.B. im Kreise Tomaschow im letzten Jahr 52% betragen habe.

Zur Zeit seien 16 Hebammen aus dem Reich im Generalgouvernement eingesetzt. Ihre Zahl solle auf 60 erhöht werden. Man könne aber angesichts des großen Mangels an Hebammen im Deutschen Reich nicht mit einem sofortigen Einsatz rechnen. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesundheitswesen habe man eine Umschulung der volksdeutschen Hebammen vorgesehen und wolle auch darüber hinaus die Einrichtung einer eigenen Hebammenlehranstalt ins Auge fassen, die der Ausbildung volksdeutscher Hebammen dienen solle.- Die Schwangerenberatung seitens deutscher Hebammen habe bereits begonnen.

Eine unerfreuliche Tatsache sei die sog. Ausbildung und Umschulung polnischer Hebammen. Die Abteilung Gesundheitswesen habe sich auf den Standpunkt gestellt, man müsse unbedingt den Gesundheitszustand der polnischen Menschen heben. Seines Erachtens bestehe aber gar kein Interesse, den Ausbildungsstand polnischer Hebammen oder überhaupt die gesundheitlichen Einrichtungen der Polen über den Stand hinaus zu heben, den der polnische Staat seinerzeit selbst als angemessen gesehen habe.

habe. Wenn man sich in diesem Rahmen halte, dann genüge der Ausbildungsstand der polnischen Hebammen durchaus.

Die Abteilung Gesundheitswesen habe auch im Distrikt Warschau an über 10 000 polnische Säuglinge und zahlreiche polnische Mütter Vitaminpräparate C und B ausgegeben, an denen im Deutschen Reich ein großer Mangel herrsche und von denen man für die Reichsdeutschen hier überhaupt nichts erhalte. In allen deutschen Krankenhäusern sollen deutsche Stationen eingerichtet und diese mit deutschen Schwestern besetzt werden. Der Einsatz dieser Schwestern erfolge durch die Vermittlung seines Amtes. Bis jetzt seien 8 deutsche Krankenhäuser mit deutschen Schwestern versehen worden, der Einsatz weiterer 5 Schwestern sei zu erwarten. Daneben solle auch in jedes Krankenhaus eine deutsche Wirtschaftsleiterin kommen. Diese Maßnahme sei deshalb notwendig, damit die erhöhten Lebensmittelzuteilungen den erkrankten Deutschen zugute kämen.

Den Kindergärten würde trotz aller Schwierigkeiten eine weitere Fürsorge zuteil. Er habe im letzten Sommer von der Abteilung Innere Verwaltung 36 Kindergärten übernommen. Sie seien inzwischen auf deutsche Verhältnisse umgestellt und ihre Zahl auf 45 erhöht worden. Daneben gebe es noch 20 Hilfskindergärten, die demnächst auf deutsche Verhältnisse umgestellt würden, sodaß man im ganzen über 65 deutsche Kindergärten verfüge. Ein großer Teil dieser Kindergärten liege im Gebiet von Zamosz und in Galizien, wo man in Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Kleinkinder schon in Betreuung genommen habe. Er habe sich vom Hauptamt 50 Baracken für Kindergärten zur Verfügung stellen lassen, die dort aufgestellt werden sollten, wo man stationäre Häuser nicht einrichten könne. Für die Kindergärten habe man ihm auch Einsatzmädel zur Verfügung gestellt. Von den Mädchen, die ihre Einsatzzeit in diesen Tagen beenden, werde ein gewisser Teil im Generalgouvernemen

gouvernement bleiben. Daneben laufe in Zusammenarbeit mit dem BDM die Ausbildung von Kindergartenhelferinnen Der zur Zeit in Zakopane laufende Kursus werde eine Zahl von 37 Helferinnen ergeben. Er beabsichtige weiter, in Krakau ein Kinderpflegerinnenseminar einzurichten.

Seit einigen Wochen bestehe das Verbot, Mädchen unter 21 Jahren ins Generalgouvernement kommen zu lassen. Das Verbot möge im allgemeinen begründet sein, mache sich aber gerade auf seinem Arbeitssektor sehr unangenehm bemerkbar, da hinsichtlich der Fahrtkräfte vor allem bei Kindergärtnerinnen die Altersgrenze zu hoch sei. Man sei eben darauf angewiesen, junge Mädchen zu nehmen, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, und diese ständen vielfach im Alter von 19 und 20 Jahren. Auch der BDM ziehe Einsatzkräfte nach dem Generalgouvernement, die noch nicht 21 Jahre alt seien.

Das Säuglingsheim in Warschau sei inzwischen so stark belegt, daß er sich veranlaßt sehe, weitere Säuglingsheime einzurichten.

Die Jugenderholungsarbeit in dem Heim in Zakopane sei weitergelaufen. Man habe 374 Kinder dorthin verschicken können. - Das Mütterheim habe seit seinem Bestehen 104 Frauen Erholung bieten können. Die Errichtung weiterer Heime, und zwar eines weiteren Jugenderholungsheimes in Zakopane und von 2 Mütterheimen in Zakopane und im Distrikt Warschau sei geplant. Geplant sei weiter ein Kinderheim für volksschulpflichtige Kinder im Distrikt Warschau und ein Jugendheim. Die Errichtung und Fertigstellung seien allerdings wegen der Materialbeschaffung sehr schwierig.

Im Rahmen der materiellen Hilfe seien von seinem Amt bereits Gutscheine laufend an alle Hilfstellen ausgegeben worden, besonders für Lebensmittel und Textilien.

lien. Damit habe man nur gute Erfolge erzielt, vor allem dank des Zusammenarbeitens mit der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Warschau. Durch ein Abkommen sei erreicht worden, daß die gesamte Säuglingswäsche und die Textilien für Volksdeutsche nur über die Hilfsstellen ausgegeben würden. Auch sei dafür gesorgt, daß der Bedarf an Textilien und Säuglingswäsche nur dorthin gelegt werde, wo er tatsächlich auftrete. Dadurch seien diese Gegenstände dem Schiebertum und Schleichhandel entzogen.

Zur Versorgung der Mütter und Frauen mit zusätzlichen Nahrungs- u. Stärkungsmitteln habe man dank der Hilfe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft größere Mengen von Reis über die Hilfsstellen an die Verbraucher leiten können.

Daneben habe man mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eng zusammengearbeitet. Man plane eine laufende Betreuung der in das Deutschtum zurückzuführenden Bevölkerung. Leider habe es hier an einer Begrenzung der Zuständigkeiten gefehlt. Für die Umsiedlung deutscher Menschen in deutsche Wohngebiete habe sein Amt auch gewisse Aufgaben zu erfüllen. In Warschau sei dafür ein Betrag von rund einer halben Million zur Verfügung gestellt worden. Die Auswahl der Menschen, die in die deutschen Viertel kommen sollten, müsse nach einem scharfen Maßstab erfolgen. Es sei unumgänglich notwendig, bei der Auswahl der Menschen gewisse bevölkerungs- u. rassenpolitische Momente obwalten zu lassen.

In der letzten Zeit habe sein Amt an den Vorbereitungen zur Errichtung eines TBC-Ausschusses für das Generalgouvernement mitgewirkt. Man habe versucht, die Forderungen der Abteilung Gesundheitswesen auf ein erträgliches Maß herabzudrücken und die vorgesehenen Maßnahmen für die Deutschen sicherzustellen.

Er danke den Distriktsstandortführern dafür, daß sie den Bestrebungen seines Amtes immer Unterstützung geliehen hätten. Es sei oft nicht leicht, die notwendigen Fachkräfte zu erhalten, und es komme vor, daß sich eine Fachkraft, die draußen eingesetzt werde, in der praktischen Arbeit als nicht tragbar erweise. Nicht jeder, der sich im Reich bewähre, bewähre sich im Generalgouvernement, und deshalb sei eine Auswahl notwendig. Im allgemeinen sei aber zu Klagen kein Anlaß.

Man möchte wohl noch viel stärker und aktiver arbeiten, sei aber manchmal durch das Unverständnis einiger Regierungsstellen gehemmt, die z.B. die Notwendigkeit einer Arbeit im Interesse der Volksdeutschen gar nicht einsehen wollten. Wenn z.B. heute noch bei der Hauptabteilung Arbeit Unkenntnis darüber bestehe, ob die Volksdeutschen im Generalgouvernement bleiben sollten, dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn alle Maßnahmen, die die Partei im Interesse der Volksdeutschen ergreife, auf Unverständnis und Widerstand stießen.

Reichsleiter Dr. Frank wendet sich entschieden dagegen, daß Einzelfälle zu einer Kritik gegen die Regierung ausgenutzt werden. Das Zusammenarbeiten von Partei und Regierung sei auf allen Gebieten ausgezeichnet. Aus der Tatsache, daß es in amtlichen Stellen auch Menschen gebe, die für die Parteiarbeit kein Verständnis aufbrächten, dürften unter gar keinen Umständen allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden. Im übrigen sei in der Frage der Umsiedlung der Volksdeutschen noch nicht das letzte Wort gesprochen, wie er aus einer Besprechung mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums schließen könne. Gerade die Hauptabteilung Arbeit, die einem alten Parteigenossen übertragen sei, werde in diesen Dingen nicht versagen.

Wenn

Wenn ein Referent eine unzutreffende Bemerkung mache, so habe das mit der Regierung des Generalgouvernements nichts zu tun. Jedenfalls wolle er unter keinen Umständen den Eindruck erwecken lassen, als ob es notwendig wäre, daß dieser Kreis ununterbrochen in Opposition stehen müßte.

Bereichsleiter Ollesch will mit seinen Worten nicht eine Kritik gegen die Regierung gerichtet haben, sondern nur darauf hinweisen, daß man zuweilen mit Unverständlichkeiten rechnen müsse. Der Referent Mehlis, um den es sich im vorliegenden Falle handelt, habe als amtlicher Vertreter der Hauptabteilung Arbeit an jener Besprechung teilgenommen und seine Stellungnahme als Vertreter der Hauptabteilung Arbeit begründet. Er könne feststellen, daß im übrigen die Zusammenarbeit mit den Regierungsstellen durchaus erfreulich sei.

(Mittagspause)

IX/6

4/2

SA-Oberführer Peltz macht Ausführungen über die Wehrschützenbereitschaften im Generalgouvernement.

Mit Erlass vom 17.Dezember 1941 sei die Aufstellung von Wehrschützenbereitschaften im Generalgouvernement verfügt worden. Infolge der bis vor kurze Zeit bestehenden Schwierigkeiten sei es noch nicht möglich gewesen, die Ausführungsbestimmungen zu dem Erlass herauszugeben, in denen die Erfassung und Dienstleistung festgelegt seien.

Die Aufgabe der Wehrschützenbereitschaften liegen in erster Linie auf dem Gebiet der Wehrerziehung. Es könne nicht eine ausschliessliche Angelegenheit der Wehrschützenbereitschaften sein, ein militanter Verband zu werden. Um eine solche Ausbildung zu gewährleisten, sei es nicht möglich, sich mit einer geringen Stundenzahl monatlich zu begnügen, sondern sie müsse sich auf eine kasernierte Einheit erstrecken, die im regelmässigen Dienst alltäglich ausgebildet werde.

In den Wehrschützenbereitschaften gehe es zunächst darum, die im Generalgouvernemtnt befindlichen duutschen Männer durch eine kämpferische Einstellung des Geistes zu einer positiven Einstellung zur Gemeinschaft zu bringen. Der deutsche Mann müsse durch eine politische Schulung die Erkenntnis gewinnen, dass er innerhalb des deutschen Volkes nur dann bestehen könne und als Nationalsozialist angesprochen werden könne, wenn er sich über die Bejahung der Volksgemeinschaft und Brotgemeinschaft auch zur Wehrgemeinschaft bekenne. Während er sonst von der Gemeinschaft für sich nur Positives habe, werde er in der Wehrgemeinschaft gezwungen, für die Gemeinschaft einzutreten und Dienst zur Erhaltung der Volksgemeinschaft zu tun. Es müsse in ihm also der politische Soldat herangebildet werden. Um diesen kämpferischen Willen zu erreichen, sei es erforderlich, dass der deutsche Mann in die Lage ver-

4/2

setzt werde, seinen Körper entsprechend zum Einsatz zu bringen.

Das Endziel der Ausbildung sei der Einsatz des Mannes mit der Waffe. Der Schiessdienst sei somit in den Wehrschützenbereitschaften der einzige Dienst; er ~~ist~~ sei Selbstzweck, während alle anderen Dienste, exerzieren, Ordnungs-und Geländedienst nur Mittel zum Zwecke seien. Die Zugehörigkeit zu den Wehrschützenbereitschaften werde derart festgelegt, dass es für sämtliche Deutsche des Generalgouvernements zur Pflicht erklärt werde, ihnen anzugehören. Aufgabe der Führung müsse es hierbei sein, neben dem bestehenden staatlichen Zwang zur Angehörigkeit in den Einzelnen auch die sogenannte sittliche Pflicht zu erziehen. Ihm müsse beigebracht werden, dass er als Nationalsozialist nur bezeichnet werden könne, wenn er bereit sei, in die Wehrgemeinschaft des Volkes einzutreten.

Er sehe in der Erfassung der im Generalgouvernement lebenden Volksdeutschen eine sehr grosse Verstärkung der Erziehungsarbeit der Partei an diesen bisher noch nicht restlos zum Deutschtum zurückgeführten Menschen deutschen Blutes. Durch das Gemeinschaftsleben in den Wehrschützenbereitschaften würden die Volksdeutschen praktisch mit der Kameradschaft, der Urzelle des Nationalsozialismus vertraut gemacht und erlebten auf diese Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl .

Neben diesen rein ideellem Erfolgen der Wehrschützenbereitschaften an den Volksdeutschen würden sich auch andere Erfolge einstellen insofern, als diese Männer, soweit sie dem deutschen Sprachtum verloren gegangen seien, durch die deutschen Lieder und die deutsche Kommandosprache wieder zurückgeführt würden. In diesem Zusammenhang wolle er auf die Ergebnisse hinweisen, die die Wehrmannschaften der Südsteiermark geseitigt

4/3

in der Zurückgewinnung des deutschen Volkstums gezeitigt hätten.

Die Ausbildung erfolge grundsätzlich in der Weise, dass Gediente und Ungediente dabei getrennt würden. Es gehe nicht an, dass ein in der deutschen Wehrmacht ausgebildeter Mann mit Ungedienten zusammen-gebracht werde. Die Aufgabe werde es sein, bei der äusserst beschränkten Freizeit der Deutschen im Generalgouvernement die Männer durch möglichst wenig Dienst schnellstens auf einen einsatzfähigen Ausbildungsstand zu bringen. Das werde bei den gedienten Männern wenig Zeit beanspruchen. Bei ihnen genüge es, sie wieder in die Gemeinschaft , die ihnen aus ihrer aktiven Dienstzeit wohl bekannt sei, zu stellen und sie in einem regelrechten Turnus heranzuziehen.

Ein ungedienter Mann müsse gründlicher behandelt werden. Die Führer der Wehrschützenbereitschaften seien nach charakterlicher und fachlicher Eignung auszusuchen. Besonderen Wert lege er auf die charakterliche Eignung. Dies sei die Hauptvoraussetzung , da sich der Führer nicht auf ein Disziplinarrecht beziehen könne. Neben der charakterlichen Eignung müsse der eingesetzte Führer ein fachlicher Könner sein, der in der Lage sei, seinen Männern eine Weltanschauliche Schulung zu geben, nicht in der Art der Vermittlung trockenen Wissens sondern durch Stellungnahme zu den täglichen Dingen des Lebens. Bei der Führerauswahl sei, da es sich um eine Ausbildung mit der Waffe handle, weitgehend der militärische Dienstgrad zu berücksichtigen. Bei gleichem Können dürfe der Inhaber eines höheren Dienstgrades nicht in der Front stehen, während der ihm untergeordnete Führer Befehle erteile. Weiterhin sei der Besitz des SA-Sportabzeichens zu berücksichtigen.

Das bisherige Anlaufen der Wehrschützenbereitschaften sei von Schwierigkeiten begleitet gewesen.

Trotzdem könne er aber feststellen, dass von allen Männern des Generalgouvernements, soweit sie eine positive Einstellung zur Gemeinschaft einnähmen, richtig verstanden worden sei, was der Reichsleiter mit den Wehrschützenbereitschaften beabsichtige. Ohne seine Anweisung abzuwarten hätten die Männer im Lande drausswn bereits mit der Erfassung und dem Zusammenschluss begonnen und den Dienst durchgeführt. Die Ergebnisse seien in jeder Weise befriedigend. In diesem Zusammenhang gebe er bekannt, dass der im Generalgouvernement bestehende Postschutz durch Präsident Lauxmann beschlossen in die Wehrschützenbereitschaften eingegliedert werde.

Die Beschaffung von Uniformen und Waffen sei äusserst schwierig. Es werde auch für die Folgezeit nicht möglich sein, den geäusserten Wünschen in jeder Weise Rechnung zu tragen, da während der Kriegszeit die Beschaffung von Uniformen äusserst schwierig sei und in jedem Falle das Primat bei der Wehrmacht liege. Trotzdem werde es das Bestreben der Führung der Wehrschützenbereitschaften sein, soweit möglich, eine Bekleidung herbeizuführen. Durch Verhandlungen hoffe er zu erreichen, dass den aufgestellten Einheiten eine beschränkte Anzahl von Waffen zur Verfügung gestellt werden könnten. Die in dieser Sitzung geäusserten Wünsche , eine restlose Bewaffnung aller Angehörigen der Wehrschützenbereitschaften durchzuführen, liessen sich nicht verwirklichen. Das scheitere an der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Gewehre und an der Tatsache, dass man im Generalgouvernement nicht ohne Weiteres einen neuen Waffenträger heranbilden könne. Die für die Ausbildung innerhalb jeder Einheit benötigten Gewehre müssten aber zur Verfügung gestellt werden. Bewaffneter Einsatz sei vorgesehen und werde durch entsprechende Vereinbarungen festgelegt. Im Notfall würden auch die benötigten Waffen vorhanden sein.

4/5

Aufgabe der Wehrschützenbereitschaften müsse es sein, bis zu diesem Zeitpunkt durch eine energisch betriebene Ausbildung alle Angehörigen mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen. Neben dieser Ausbildung sei das primäre , zu erreichen, dass der einzelne Angehörige der Wehrschützenbereitschaften zu einer wehrgeistigen Bereitschaft erzogen werde. Dann werde auch die technische Seite zum Erfolg führen.

Einwände, die gegen eine allgemeine Pflichterklärung der Teilnahme an den Wehrschützenbereitschaften gemacht würden, könnten und brauchten nicht angenommen zu werden. Es dürfe auch nicht dazu führen, dass grundsätzlich ein bestimmter Personenkreis innerhalb des Generalgouvernements von dieser Dienstleistung befreit werde. In besonders gelagerten Fällen müsse es Angelegenheit der Wehrschützenführung sein, die entsprechende Dienstbereitschaft in den Wehrschützengemeinschaften mit der beruflichen Arbeit abzustimmen.

Dr. Senkowsky stellt sich den führenden Mitarbeitern der NSDAP im Generalgouvernement in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsberater vor. Er wurde vom Reichsleiter im Juli mit der Bearbeitung der Wirtschaftsfragen innerhalb des Arbeitsbereiches betraut. Auf Grund von Besprechungen mit Dienstleiter Schalk und den Distriktsstandortführern sei er zum Entschluss gekommen, dass ein grosser Apparat des Wirtschaftsberaters nicht erforderlich und auch nicht zweckmässig sei. Ohne weiteres werde es genügen, wenn einige ständige ehrenamtliche Mitarbeiter im Arbeitsbereich tätig seien und wenn bei den Distriktsstandortführungen ein Wirtschaftsberater eingesetzt werde. Diese Wirtschaftsberater seien von den Distriktsstandortführern im Laufe des Januar ernannt worden. Diese Wirtschaftsberater habe er Ende Februar

zu einer ersten informatorischen Besprechung nach Krakau eingeladen. Zwei seien nicht gekommen, einer habe einen Vertreter geschickt; von Radom und Lublin sei niemand erschienen. Die Gründe dafür habe er bis heute nicht feststellen können.

Da man im Generalgouvernement eine staatliche Wirtschaftsverwaltung, deren Spitze die Hauptabteilung Wirtschaft sei, habe und da auf diese Wirtschaftsverwaltung durch den Herrn Generalgouverneur selbst ständig Einfluss genommen werde, könne sich auch der Apparat des Wirtschaftsberaters in der Partei nicht zu einer Art Beschwerdestelle gegenüber der staatlichen Wirtschaftsführung auswirken. Das müsse mehr oder weniger von vorneherein allgemein abgelehnt werden, womit aber nicht gesagt sei, dass in einzelnen Fällen, die an die Partei herangetragen würden, nicht eine Einflussnahme und Einwirkung der Partei auf gewisse Stellen der staatlichen Wirtschaftsverwaltung möglich sei.

Er sehe die Hauptaufgabe des Wirtschaftsberaters nicht so sehr in der Einschaltung in die täglichen Dinge, als in der Erarbeitung von Grundsätzen, wie sie in der Zukunft auf lange Sicht gesehen im Generalgouvernement gewertet werden müssten. Wenn das Generalgouvernement nach den Willen des Führers als künftiges deutsches Siedlungsgebiet in Frage komme, müsse natürlich in der Wirtschaftsführung auf diese Tatsache sehr stark Rücksicht genommen werden. Er habe in seiner neuen Stellung als Leiter der Hauptabteilung Finanzen viel Gelegenheit auf die Entwicklung wirtschaftlicher Dinge Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang wolle er nur auf die von der Hauptabteilung Finanzen beabsichtigten Steuermassnahmen hinweisen, die eine wesentliche Besserstellung der Deutschen gegenüber den Polen bringen würden.

4/7

Das sei ein wichtiger Schritt, durch den das Deutschtum im Generalgouvernement auf wirtschaftlichem Gebiet die Möglichkeit habe, festen Fuss zu fassen. Der deutsche Geschäftsmann arbeite hier nicht nur mit der Konkurrenz sondern stehe auch der Ablehnung durch die Nichtdeutschen gegenüber. Daher sei es notwendig, ihn steuerlich gegenüber den Nichtdeutschen zu begünstigen, weil dadurch die Konkurrenz ausgeglichen werden könne. Diese Steuermassnahmen sähen vor, dass die Gehaltsempfänger bis zur Höhe von etwa 300 RM monatlich von der Lohn- und Einkommensteuer befreit würden. Das werde sich auch für die Volksdeutschen im Sinne einer Besserstellung auswirken. Wichtig sei auch, dass bei der Verwertung des eingezogenen jüdischen und staatsfeindlichen Besitzes darauf Rücksicht genommen werde, dass möglichst viele deutsche Einzelpersonen zu Grund- und Bodenbesitz nicht nur auf dem flachen Lande, sondern auch in den Städten kämen.

Es werde auch notwendig sein, für die Zukunft, nach Kriegsende, wirksame und durchhaltende Richtlinien zu erarbeiten, wie das ganze Generalgouvernement in seinem wirtschaftlichen Schwerpunkt organisiert werden soll. Es werde die Frage auftauchen, wie man im Frieden Warschau behandeln soll; soll man nach Warschau noch friedensmässige Industrie hineinlegen oder wegnehmen. Er neige zu der Meinung, dass man Warschau zugunsten anderer Provinzstädte etwas abbauen solle. Diese Gedanken müssten mit den beteiligten Herren entsprechend durchgesprochen werden. Man solle aber darüber nicht in Kreisen sprechen, die es nichts angehe.

Weiter sehe er die Möglichkeiten einer Einwirkung in einer persönlichen Aussprache mit massgeblichen Persönlichkeiten der staatlichen Wirtschaftsführung. Er habe erst vor kurzem mit Dr. Emmerich eine Aussprache gehabt, in der sie sich geeinigt hätten, einen gegensei-

/8

tigen ständigen Gedankenaustausch zu pflegen. Er habe auch den ersten Mitarbeiter von Dr.Emmerich, Dr.Bergemann, als ersten Mitarbeiter in seinen Stab als Wirtschaftsberater aufgenommen, während ein Regietungsrat aus der Hauptabteilung Finanzen die Tätigkeit eines Geschäftsführers im Stabe wahrnehme. Er richte an die Distriktsstandortführer die Bitte, dem Ausbau seines Stabes in bescheidenen Grenzen (2 bis 3 Mitarbeiter je Distrikt) ihr Augenmerk zuzuwenden.

Pg. Oppitz berichtet über die Arbeit auf sportlichem Gebiet. Durch eine Anordnung des Reichsleiters vom 12.Januar ds.Js. sei die Sportführung in der Partei einheitlich festgelegt worden. Er habe in der Organisation einige kleine Umstellungen durchgeführt, indem er verschiedene Umbenennungen vorgenommen und ungeeignete Kräfte abgesetzt habe. Die ganze Organisationsarbeit der sportlichen Betätigung im Generalgouvernement solle durch die Schaffung eines Verbandes für Leibesübungen ihren letzten Ausdruck finden. Man könne im Ausland keine Spiele und Treffen durchführen, wenn nicht eine vom Reichsbund anerkannte Körperschaft des Generalgouvernements bestehe. Zur Regelung dieser Frage werde er dem Reichsleiter in nächster Zeit einen Erlass vorlegen.

Die Aufgabe auf sportlichem Gebiet bestehe vor allem in einer grossen Erziehungsarbeit. Das Sportleben im Generalgouvernement könne sich nicht wie bisher weiter entwickeln. Das Jahr 1942 werde leistungsmässig für das Generalgouvernement einen kleinen Rückschrift bedeuten. Jedoch werde in zielbewusster Klein- und Ausbildungsarbeit das geschaffen, was einmal notwendig sei, um die Grundbasis für die weitere sportliche Entwicklung herzustellen. Er habe überall die Durchführung von Lehrgängen angeregt, in denen nicht nur die Ausbildung der

Lehrer, sondern auch die von Frauen als Übungsleiterinnen für Kinderturnen geplant sei.

Auf vielen Dienstfahrten habe er den Eindruck gewonnen, dass den Leibesübungen in den Schulen noch nicht die nötige Beachtung geschenkt werde. Es fehlten vor allem die Lehrkräfte in den volksdeutschen Schulen. Dem gesamten Schulwesen stünden für die Zwecke der Leibesübungen nicht unbedeutende Geldmittel zur Verfügung und er werde versuchen, durch Heranbildung geeigneter Lehrkräfte auch den Leibesübungen den nötigen Betätigungsraum zu sichern.

Seine zweite Aufgabe sehe er darin, dass auch der Sport seinen Beitrag für die Verwundetenbetreuung leiste. Mit verschiedenen Mannschaften des Reiches seien Spiele vereinbart worden. Der Durchführung vieler Spiele ständen aber die allgemein bekannten grossen Verkehrsschwierigkeiter im Wege. Die grundsätzliche Anordnung des Reichssportführers, dass Vereine und Sportler nicht mehr als 50 km zur Ableistung von Wettkämpfen und Spielen verreisen dürften, habe er dadurch etwas umgangen, dass aufgrund von Vereinbarungen vorerst im Generalgouvernement Sportreisen stattfinden dürften, wenn sie die Belange der Ostbahn nicht beeinträchtigten. Die noch ausstehende Einverständniserklärung des Heeres hoffe er demnächst von Spala zu erreichen.

Grosse Sorgen bereite die Hallenfrage im Generalgouvernement, auf die Distriktsstandortführer Kundt bereits hingewiesen habe. In Krakau stünde nur eine kleine Halle zur Verfügung, während eine zweite immer noch von der Luftwaffe, die dort nur einige Unteroffiziere untergebracht habe, mit Beschlag belegt sei. Eine Bitte um Freigabe sei bereits einmal abgelehnt worden. Gerade für Schul- und Kinderturnen benötige man Hallen sehr dringend.

Ein Volksmarsch am 1. Mai stelle den Auftakt des gesamten sportlichen Lebens während des Sommers dar. Alle

Deutschen des Generalgouvernements würden dafür mobilisiert. Dieser Volksmarsch werde sämtlichen Dienststellen-, Behörden- und Betriebsleitern mit einem Aufruf bekanntgegeben werden. Ausserdem würden im Monat Mai in ungefähr 35 Städten mit der HJ Volkssporttage durchgeführt. Darüber hinaus sei eine Unzahl von Veranstaltungen, Treffen usw. vorgesehen, zB. ein solches mit der Slowakei in der Leichtathletik, grosse Fussballspiele. Ausserdem bestünde die Aussicht, dass die Deutschen Gerätemeisterschaften im September in Krakau abgehalten würden.

Ein wichtige Frage sei die Stellung der Sportführung gegenüber den ukrainischen Sportverbänden. Gerade von Seiten der Ukrainer werde alles unternommen, um auf sportlichem Gebiet für sich das alles wieder in Anspruch zu nehmen, was sie früher hatten. Die ukrainische Sportbewegung umfasse ungefähr 6oo Sportgemeinschaften, denen Geräte, Hallen usw. in ausreichender Anzahl zur Verfügung ständen. Er bitte, dass in dieser Frage möglichst bald eine Entscheidung gefällt werde. Vorläufig sei eine Zusammenarbeit mit den ukrainischen Sportverbänden untersagt.

Gebietsführer Blum umreisst aus Anlass der Übernahme seines Amtes durch Hauptbannführer Förschle den Stand seines Arbeitsgebietes. Gemäss einem Wunsche des Reichsleiters habe er in letzter Zeit seine Hauptaufgabe darin gesehen, die kulturelle Innenarbeit in den Einheiten der HJ vorwärtszutreiben. Dabei könne er erfreulicherweise berichten, dass insbesondere der sprachliche Zustand der HJ-Einheiten gute Fortschritte gemacht habe. Von den 8o %, die bei Aufnahme der Arbeit der deutschen Sprache nicht mächtig gewesen seien, sei nur ein kleiner Teil noch übriggeblieben. Trotzdem sei die Arbeit anders gelagert als im Reich, da man nicht unmittelbar durch das Wort zu den Jungen und Mädel sprechen könne, sondern in erster Linie auf optische und akustische Methoden zurückgreifen müsse.

Grosse Aufmerksamkeit verdiene folgender Punkt: die Jungen und Mädel im Generalgouvernement würden voraussichtlich als erwachsene Menschen einmal die Pioniere des Deutschtums in diesem Raum sein. Die Hj habe eine Tradition gefunden in der Geschichte der deutschen Kolonisation der vergangenen Jahrhunderte und dem Lied der Hitlerjugend.

Für die Gesamtarbeit der Hitlerjugendarbeit sei die wirtschaftliche Lage von grosser Bedeutung. Die Uniformierung der Einheiten sei mit Hilfe der NSV in grösserem Umfange möglich gewesen. Trotzdem sei die wirtschaftliche Notlage gross, so dass der Dienst dadurch starke Beeinträchtigungen erfahre. Gerade in der Wintermonaten hätten die Jungen am Dienst wegen Fehlens des nötigen Schuhwerkes nicht teilnehmen können. Als Nationalsozialist halte er es für unbedingt erforderlich, dass diese Frage nicht über den Tarifweg gelöst werden ~~könne~~ dürfe. Wenn dieser Ostraum in Zukunft der Zukunftsraum des deutschen Volkes sein solle und wenn aus dem übervölkerten Gebiet des Westens eine Bewegung von Westen nach Osten stattfinden solle, dann sei das nur möglich, wenn auch die Angehörigen und Angestellten der freien Wirtschaft in einer Weise gestellt würden, wie man das verantworten könne. Damit würde auch die gesamte Notlage innerhalb der Einheiten der Hitlerjugend behoben.

Die gewünschte Kinderlandverschickung habe man wegen Transportschwierigkeiten nicht dürchführen können. Auch würden von Seiten massgeblicher Parteiführer Einwände geltend gemacht, die man nicht übergehen könne. Z. B. werde erklärt, dass in dem Augenblick, in dem die 14- und 15-Jährigen das Generalgouvernement verliessen, den Schulen von Seiten der Wehrmacht Gefahr drohe. Man habe daher in Erwägung gezogen, dem Vorschlage von Distriktsstandortführer Kundt entsprechend diese Verschickung etappenweise durchzuführen. Der heute vorgetragene Einwand, dass durch die Kinderlandverschickung eine Ostfremde entstehen könne, sei dadurch behoben, dass

12

die Betreuer der Kinder im Reich vorher einige Wochen die Verhältnisse im Generalgouvernement kennengelernt und sich verpflichtet hätten, jeder Tendenz der Berufsvermittlung ins Reich zu begegnen.

Ganz besonders müsse er betonen, dass vom Standpunkt der HJ, die Schulerziehung in Internaten durchzuführen, begrüsst werde. Die Loslösung von fremdem und nicht immer positivem Einfluss der Familie werde dadurch erreicht. Neben Oberschulmüsse man auch Volkschulinternate einrichten.

Besonderes Augenmerk sei auf die Berufserziehung gerichtet, in der man aber in einen gewissen tragischen Konflikt geraten sei. Auf der einen Seite müsse man eine Berufserziehungspropaganda für die Wirtschaft und Kriegsindustrie betreiben, auf der anderen Seite machten sich aber in der volksdeutschen Jugend bereits Tendenzen der Landflucht bemerkbar. Im Einvernehmen mit dem Reichsjugendführer würde daher jetzt schon die Berufsaufklärung auch auf die besondere Bedeutung der landwirtschaftlichen Berufe hinweisen. Lehrbauernhöfe seien geplant.

Eine schwierige Frage sei die Schaffung geeigneter Schulungsstätten der HJ. In dem vom Reichsleiter der HJ zur Verfügung gestellten Haus der ehemaligen Auslandsjugend in Zakopane läge zur Zeit immer noch der Grenzschutz. Hier könnte man gut 12o Jungen oder Mädel schulen. In Krynica habe man eine Stätte gefunden, die von der Waffen-SS, Polizei und Wehrmacht als untauglich abgelehnt worden sei. Sie sei aber als Führerschule gut geeignet. Er werde dem Reichsleiter demnächst einen Antrag auf Überlassung dieses Hauses für die Zwecke der HJ einreichen.

Bei der gesamten Arbeit der HJ in der Vergangenheit und in der Zukunft stünde das volkspolitische Problem stets im Vordergrund. Aus den Ausführungen der einzelnen Distriktsstandortführer habe man ersehen können, dass die HJ volkspolitisch viel geleistet habe.

4/13

Zu der Frage, ob 14- und 15-jährige Mädel auf den Dörfern zum Einsatz gelangen sollten, wolle er sagen, dass dasselbe Problem schon früher aufgetaucht sei, wie ~~sich~~ mir aus den Darlegungen und Schriften der alten Kolonialpioniere ersehen könne. Es sei nicht so, dass sich die Mädel dazu drängten, sondern umgekehrt, sie würden gebeten werden. Trotzdem glaube er nicht, dass hier eine Gefahr bestehe. Es sei geradezu erstaunlich, dass Mädel aus den übervölkerten Gebieten Westdeutschlands in diese entlegenen Dörfer gingen und erklären, sie wollten ihr ganzes Leben lang hier bleiben. Das sei ein sehr erfreulicher Blick in die Zukunft.

Das HJ-Gesetz stehe vor dem Abschluss. Die Augenblickaufgabe der Verwundetenbetreuung sei im engsten Einvernehmen mit den berufenen Vertretern der Partei durchgeführt.worden.

Abschliessend könne er sagen, dass die HJ trotz aller personeller Schwierigkeiten mit einer Begeisterung und Zielstrebigkeit ihre Aufgabe ~~xixx~~ als junger Nachwuchs der Bewegung erfülle.

Propagandaleiter Ohlenbusch ersucht den Reichsleiter, dahin zu wirken, dass die Männer der Hauptabteilung Propaganda ehrenamtlich in die Parteiorganisation eingebaut würden. Anschliessend berichtet er von den einmaligen Leistungen des Arbeitsbereiches Generalgouvernement in der Verwundetenbetreung. Zahlreiche Zuschriften aus dem Reich und von der Front würden diese Tatsache lobend anerkennen.

In der Betreuung der Volksdeutschen arbeite wohl Lublin am hervorragendsten, vor allem in der Zurückführung Deutschblütiger. Dort gebe man ein kleines Heftchen "Kolonistenbriefe" heraus, das er für das ganze Generalgouvernement herausbringen wolle. Er halte sie sehr geeignet, um die Volksdeutschen langsam vom Einfluss des Polentums zu befreien.

Ein Vorschlag von Propagandaleiter Ohlenbusch, die in Richtung Front fahrenden Lazarettzüge schon im Generalgouvernement mit Zigaretten und Schnaps zu versorgen, verfällt der allgemeinen Ablehnung.

Im allgemeinen habe auch er, Ohlenbusch, große Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zu überwinden, die von der Propaganda wenig wissen wolle. Es sei ihm aber gelungen, alte Parteigenossen, die draußen an der Front stünden, für den Rednereinsatz vor den Volksdeutschen im Generalgouvernement zurückzugewinnen und umgekehrt auch Parteiredner für die Wehrmacht einzusetzen. Für den 20.April werde die Frauenschaft in großem Maße in den Lazaretten Blumen spenden. Er werde auch bemüht sein, alle hier eingesetzten Künstler möglichst auch für die Verwundetenbetreuung zur Verfügung zu stellen. Außerdem beabsichtige er in jedem Distriktsstandort eine Großkundgebung zu veranstalten, in der ein guter Redner eingesetzt werden solle. Vielleicht könne er auch an diesem Tage an die Volksdeutschen eine Anzahl Führerbilder verteilen.

Was den Rednereinsatz betreffe, so seien bis jetzt in der Rednerkartei 58 Redner erfasst. Die Ausrichtung der Redner erfolge nach den allgemein bekannten Grundsätzen, sie müßten immer wieder darauf hinweisen, daß eine strikte Trennung der Volksdeutschen von den Fremdvölkischen nötig sei. Er müsse auch feststellen, daß im Generalgouvernement das Thema "gelbe Gefahr" lebhaft diskutiert werde; auch über Italien fielen sehr oft abfällige Bemerkungen Dagegen müsse die Führerschaft der Partei ständig einschreiten.

Die Frage, ob die Distriktsstandortführer mit der Arbeit des Gastspieldienstes, der die Durchführung einer monatlichen Veranstaltung in den einzelnen Standorten garantieren soll, zufrieden sei, wird zustimmend beantwortet.

Distriktsstandortsführer Dr.Fischer wendet sich anschließend gegen die von Wirtschaftsberater Dr.Senkowsky vertretene These, Warschaus frühere wirtschaftliche Bedeu-

/15

tung langsam abzubauen, weil dadurch die kriegswichtigen Aufgaben Warschaus ständig gestört würden.

Dr. Senkowsky weist demgegenüber darauf hin, daß es sich nur um eine ferne Friedensaufgabe handeln würde.

Distriktsstandortführer Kundt erläutert die Schwierigkeiten, die sich bei der Übergabe der im Distrikt gesammelten Woll- und Wintersachen an die Wehrmacht ergeben hätten. Die Wehrmacht habe die reichlich gesammelten Wintersachen nicht abnehmen wollen, da sie den Standpunkt eingenommen hätte, daß die Sachen von den Juden und Polen stammten. Das habe dazu geführt, daß die verantwortlichen Offiziere von an die Ostfront abrückenden Truppen, die von den militärischen Stellen keine Winterausrüstung hätten erhalten können, an die Partei mit der Bitte herangetreten seien, für ihre Leute Wollsachen zur Verfügung zu stellen. Dem habe aber ein Befehl des MiG entgegengestanden. Diese Tatsache habe bei den Reichsdeutschen große Erbitterung hervorgerufen. Auch habe man festgestellt, daß die Angehörigen der Kommandantur sich sehr reichlich mit Pelzen versehen hätten.

Erst mit General Moser, der dem MiG während dessen Urlaub vertreten habe, sei ein Einverständnis erzielt worden. Dabei habe sich herausgestellt, daß der zuständige Militärarzt behauptet habe, die gesammelten Woll- und Wintersachen stammten aus dem Besitz von Polen und Juden. Das zeige, wie wenig gewisse Mitarbeiter des MiG die eingehenden Berichte lesen würden.

Bei der Diensteinteilung für die Wehrschützenbereitschaften würde man berücksichtigen müssen, daß die darin zu erfassenden Männer arbeitsmäßig schon sehr stark beansprucht würden. Man dürfe also nach einer Beteiligung oder Nichtbeteiligung nicht die nationalsozialistische Grundhaltung beurteilen. Die Wehrschützenbereitschaften seien eine Notstandsangelegenheit des Generalgouvernements; wie sie sich im Frieden weiter gestalten würden, müsse sich

4/16

zeigen. Man dürfe aber jetzt im Kriegseinsatz von den Deutschen, die im Generalgouvernement schon ein Übermaß von Arbeit bewältigen müßten, nicht zu viel verlangen.

Da die Krakauer Zeitung für die Volksdeutschen Bedürfnisse nicht richtig geeignet sei, habe man Schritte unternommen, um eine eigene volksdeutsche Zeitung herauszubringen. Die Vorarbeiten seien nun so weit abgeschlossen, daß die Zeitung am ersten April in Radom erscheinen könne.

V/1
/1

Reichsleiter Dr. Frank ergreift darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

Parteigenossen!

Ich bin eigentlich sehr glücklich über den Verlauf dieser Arbeitstagung, insbesondere angesichts des Umstandes, daß wir uns hier in einer der schwersten Vorbereitungszeiten eines der gewaltigsten Kriegsabschnitte, der vor uns steht, zu einer so schönen, harmonischen verlaufenen Arbeitstagung zusammengefunden haben.

Ich darf mich zunächst der angenehmen Pflicht unterziehen, Sie, Parteigenosse Seekamp von der Parteikanzlei, herzlich zu begrüßen. Mein Gruß gilt auch dem Parteigenossen Früschle, dem neuen HJ-Führer im Generalgouvernement.

Die Aufgaben, die Sie heute in Ihren Referaten umrissen haben, sind im allgemeinen diejenigen, die uns von der Zeit her aufgegeben worden sind. Lassen Sie mich kurz etwas von dieser Zeit sagen. Nehmen Sie einmal an: vor einer Viertelstunde wäre ein Mann in unsere Mitte getreten, der heute früh in einem Flugzeug von der Front etwa bei Kertsch ge-

kommen wäre. Dieser Mann würde uns davon erzählen, daß seit vier oder fünf Tagen ununterbrochen ein Trommelfeuer von Granaten jeglichen Kalibers auf eine Stellung ergeht, die von deutschen Mannschaften seit Wochen und Monaten ohne eigentliche echte Ablösung gehalten werden muß, und zwar unter den furchbarsten Umständen und unter wirklich erschütternden Verlusten menschlicher und materialmäßiger Art. Da müssen wir bedenken, daß wir vor einem solchen Mann bestehen könnten. Wir könnten ihm sagen: freilich, der Kampf, den du draußen führst, geht unter ganz anderen Bedingungen vor sich; er vollzieht sich nicht in einem wohlgemessenen Raum angesichts schöner Gemälde, nicht in einer gewissen Sicherheit, daß man wenigstens noch den Abend erleben wird. Wir könnten aber von unserem Standpunkt aus sagen: weil wir das Generalgouvernement von 1939 an entgegen allen Versuchen, dieses Gebiet völlig zu zertrümmern, zu einem Aufbaugebiet gemacht haben, ist es auch möglich gewesen, den Aufmarsch 1941 so vorzutreiben, daß heute die Front im Osten steht. Das Generalgouvernement hat sich dadurch - das hat mir der Führer im Juni 1942 gesagt - ein weltgeschichtliches Verdienst erworben. So können wir denn bestehen, wir können es allgemein vor allem deshalb, weil sich die Partei hier im Lande so fest etabliert hat. Ich darf ruhig sagen: was wir heute von Schwierigkeiten gehört haben, was sich uns an Problemen zeigt, das hängt nicht mit der Partei, der Organisation der Partei oder der Idee der Bewegung zusammen, sondern mit den Schwierigkeiten des Krieges und den unerhörten Problemen der Auseinandersetzung mit anderen Erscheinungen, es hängt mit dem Menschenmangel, mit dem Mangel an Qualitäten der Menschen zusammen, die wir hier haben. Die Partei aber hat im Generalgouvernement die Unsterblichkeit der Idee des Führers erwiesen. Denken Sie sich die Partei aus

diesem Gebiet weg, dann hätten Sie den völlig seelenlosen Mechanismus einer Verwaltung. Daraus können Sie auch erkennen, was etwa Militärverwaltungen im politischen Sinne in besetzten Gebieten bedeuten. Das hätten wir hier, wenn wir die Partei nicht hätten.

Es geht eben nicht an, einen Staat zu gründen, ohne daß man von Anfang an diesem Staat eine weit über das Materielle hinausgehende Idee mit auf den Weg gibt. Es ist nicht damit abgetan, einen Staat gründen oder verwalten zu wollen. Was will ich mit diesem Staat? Er ist doch nur ein Mittel zum Zweck, eine technische Apparatur, ein Aggregat von Einrichtungen und Zuständigkeiten, eine Ordnung von Befehlsorganisationen, die aber nicht einem höheren Zweck unterstellt sein müssen. Dieser höhere Zweck kann nicht die Wehrmacht sein. Es ist nicht richtig, wenn hier im Anfang etwa gesagt wurde: es braucht nur verwaltet zu werden. Wenn das das Prinzip wäre, dann wäre es nicht möglich, von einem Aufbau zu reden. Wir erleben es ja in manchen Gebieten, die von der Wehrmacht verwaltet sind. Was ist dort in den zwei Jahren geschehen, was ist dort an deutschen Häudern aufgebaut, an deutschen Einrichtungen geschaffen worden? Wir können also mit Fug und Recht angesichts der Ergebnisse der heutigen Sitzung als große Erkenntnis wieder einmal feststellen: die Partei hat hier wirklich ihre große Aufgabe erfaßt und diese Aufgabe in einer völlig neuartigen Weise glänzend durchgeführt.

Dabei scheuen wir uns vor keiner Kritik, nicht davor, daß auch Fehler gemacht worden sind, daß sich Menschen eingeschlichen haben, die vollkommen minderwertig sind. Wenn ein Distriktsstandortführer so tief sinkt, daß er seine Stellung mißbraucht, um schmutzige Geschäfte zu machen, wie wir es in den letzten Monaten erlebt haben, so lassen wir ihn verhaften, wir machen ihm den Prozeß, und wir werden dafür sorgen, daß sich so etwas nicht wiederholt. Und

wenn es sich wirklich wiederholen sollte, dann werden wir einen solchen Mann wieder verhaften, ihn erschießen oder beseitigen lassen. Solche Vorgänge kann man nicht verhindern; denn jede menschliche Gemeinschaft birgt minderwertige Elemente in sich. Ich möchte aber zu diesem Fall Lasch sagen, daß kein Führer des Generalgouvernements, kein Beamter, kein Funktionär von irgendwelchem Rang außerhalb des engsten Kreises dieses besagten Herrn Lasch irgendwie in eine Korruptionsaffäre oder eine sonstige anrüchige Aktion einbezogen ist. Es ist daher die größte und gemeinste Lüge, gegen die wir uns alle leidenschaftlich zu verwahren haben, wenn von einer besonderen Krisis der Moral in wirtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen des Generalgouvernements gesprochen wird. Daß soetwas passieren kann, ist verständlich. Ein Mann kann über Bord gehen, das Schiff wird aber weiter fahren. So fährt auch das Schiff Generalgouvernement weiter.

Ich möchte hier grundsätzlich nur als Reichsleiter sprechen, als Generalgouverneur nur insofern, als mir das im Augenblick besonders wichtig erscheint. In dem Schlußpunkt des Verwaltuggsaufbaues des Generalgouvernements war immer noch das Problem des Verhältnisses von Polizei zur Verwaltung zu klären. Zwischen mir und dem Reichsführer SS Himmler hat in den letzten Tagen eine eingehende Besprechung stattgefunden. Wir sind zu einem sehr schönen, von beiden Seiten eigenhändig unterzeichneten Übereinkommen gekommen, durch das diese Frage geklärt wird, und zwar so, wie es in unser beider Interesse liegt.

Wie Sie wissen, bin ich Fanatiker der Einheit der Verwaltung, habe auch niemandem gegenüber einen Zweifel darüber gelassen, daß man hier nur regieren kann, wenn derjenige, der die Verantwortung hat, sie auch ausschließlich hat. Deshalb ist es klar, daß der Höhere SS und Polizeiführer mir unterstellt, daß

die Polizei Bestandteil der Regierung, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Gouverneur unterstellt ist und daß der Kreishauptmann auch die Kommandogewalt über die Gendarmerie in seinem Kreise haben muß. Das hat der Reichsführer SS anerkannt; in dem schriftlichen Übereinkommen sind alle diese Punkte wortwörtlich aufgeführt und unterzeichnet. Es ist ja auch selbstverständlich, daß wir hier nicht einen abgeschlossenen Laden herstellen können, der nach kleinstaatlicher überkommener Weise behandelt werden kann. Es wäre z.B. lächerlich, wenn wir hier eine eigene Sicherheitspolitik gegen unsere Polen im Lande aufbauen wollten, während wir wissen, daß die Polacken in Westpreußen, in Posen, im Wartheland und in Schlesien eine und dieselbe Widerstandsbewegung haben. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei muß also die Möglichkeit haben, die das Reichsinteresse im ganzen angehenden Polizeiangelegenheiten mit seinen Instanzen durchzusetzen. Das geschieht allerdings nur in der Form, daß ich von den zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen bin, und nur dann, wenn ich meine Zustimmung dazu gebe.

Im Generalgouvernement ist die Polizei die Wehrmacht. Infolgedessen wird von mir auch der Leiter dieses Polizeiwesens in die Regierung des Generalgouvernements berufen, er untersteht mir bzw. meinem Stellvertreter als Staatssekretär für das Sicherheitswesen. Das sind im wesentlichen die Grundsätze, nach denen eine gesamte Bereinigung der Situation eintreten wird.

Daß ich eine ganz bestimmte Anschauung auf dem Gebiet der inneren Ordnung habe, ist bekannt. Man weiß aus meinem Kampf für den Führer und die Bewegung, wie sehr ich der Anschauung huldige, daß auf die Dauer eine Volksgemeinschaft ohne eine klargegliederte Rechtsordnung nicht gehalten werden kann. Von dieser

Anschauung gehe ich nicht ab, ich betrachte sie sozusagen als mein Lebensideal. Meiner Meinung nach ist es mit der Gewalt und der Durchsetzung der Aktivität allein nicht getan. Für die Erhaltung einer Volksgemeinschaft bedarf es des Glaubens der Menschen, daß die führenden Mächte der Zeit auch die Rechtsidee und die Rechtssicherheit des Einzelnen achten, daß sie vor allem den Umstand berücksichtigen, daß demjenigen, der kein Unrecht getan hat, auch vom Staat in diesem Sinne kein Unrecht zugefügt werden darf. Daher muß die Möglichkeit eines unabhängigen Richtertum auch in unserem Reich bestehen, und gerade der kleine ohnmächtige Volksgenosse muß gegen Mißbrauch staatlicher Machtmittel in jeder Form geschützt werden. Wenn er wirklich unschuldig in Haft genommen ist, muß er die Möglichkeit haben, seine Unschuld zu beweisen. Das alles habe ich in hunderten von Reden dargelegt, es ist auch im Parteiprogramm gesagt.

Ich habe mich mit Reichsführer SS Himmler über alle diese Dinge unterhalten. Ohne Rücksicht darauf, daß man methodisch vielleicht verschiedener Meinung sein kann, sind und bleiben wir als Diener des Führers Träger der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Auf dieser Grundlage wird daher nicht so sehr die Art und Weise des Regimes stehen wie der Umstand, daß wir diesen Krieg gewinnen, damit überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen wird, von der ausgehend man später die endgültige Ordnung wird aufbauen können.

Dieser Krieg muß gewonnen werden. Hier in diesem engsten Kreise will ich Ihnen folgendes sagen: wir sind nur durch die Genialität des Führers, durch dieses unvergleichliche Genie unseres Volkes um eine der größten Katastrophen in unserer Geschichte herumgekommen. Was unsere Soldaten aller Waffengattungen ohne jede Ausnahme geleistet haben, was menschlich jemals von einem Soldaten verlangt worden ist, das hat

der deutsche Soldat in diesen letzten Monaten geleistet. Wir haben Frontabschnitte, die auf Hunderte und Aberhunderte von Kilometern von einer einzigen schwachen Linie gedeckt sind. Wir haben Bataillone, die statt der regulären Zahl von 1 200 Mann heute vielleicht 50, 60, 80 Mann zählen. Wir haben Kompaniestärken von 15 bis 40 Mann. Wir haben Regimente, in denen kein Offizier mehr vorhanden ist, Divisionen, in denen von sämtlichen Führern vielleicht noch 10 am Leben sind. Wir haben es erlebt, daß Unteroffiziere, die vor einigen Monaten nach dem Osten gekommen sind, heute schon Bataillonskommandeure sind. Und das alles mußte von einer Truppe von Menschen geleistet werden, um deren persönliches Wohl, um deren soldatisches Schicksal, um deren Leben sich niemand von den hohen Herren gekümmert hätte, wenn nicht der Führer selbst, der dieses Grabenleben kennt, nicht eines Tages in tiefstem Groll hätte erkennen müssen, wie man hier in seinem Namen gesündigt hat. Die Lage ist so, daß man hier einem ungeheuren Gegner gegenüber steht, der Tag und Nacht weiterangreift, der sehr wohl weiß, daß mit dem Zuendegehen dieser Angriffe auch seine letzten Möglichkeiten erschöpft sind.

Um die Entfernungen, die jetzt vor uns liegen, zu bewältigen/ brauchen wir das Öl, das wir jetzt noch nicht haben. Dieses Öl muß daher beschafft werden. Es wird daher wohl zur Herbeiführung des Sieges in den kommenden Wochen und Monaten zu gigantischen kriegerischen Ereignissen kommen, die schlechterdings alles in den Schatten stellen werden, was wir bis jetzt in der Weltgeschichte erlebt haben. Demgegenüber ist das Schicksal des Einzelnen, das Schicksal dieser Generation, demgegenüber sind vor allem auch innerorganisatorische Probleme vollkommen belanglos und absolut gleichgültig. Angesichts dieser letzten Anseinander-

setzung mit unserem Todfeind muß ich von Ihnen, Parteigenossen, als Nationalsozialisten verlangen, daß Sie in den kommenden Wochen und Monaten die fanatischsten, härtesten und vor allem die nervenstärksten Menschen seid, die wir im Generalgouvernement haben. Wir stehen im dritten Kriegsjahr; dieser Krieg ist der zweite ganz große Weltkrieg einer Generation. Wenn man heute ins Reich kommt, wenn man da und dort die Berichte liest, so merkt man, daß die Nerven nachzulassen beginnen. Das ist kein Wunder; denn die Nerven sind das sensitivste Instrument, das wir in unserem Körper haben. Das dauernde Trommelfeuer von Berichten, Meldungen, Sorgen und Nöten zertrümmer/t allmählich den Fundus einer Stimmungskraft. Daher ist es für die Partei unerläßlich notwendig, bei sich selbst scharf das zu unterscheiden was wirklich auf Tatsachen beruht und was nur nervenbedingt ist. Sehr viel von dem Geschwätz, von Gerüchtemacherei, von Momenten der Unruhe, von schlechten Träumen usw. geht auf die Nerven zurück. Die Menschen haben oft nicht mehr jenen freien, kühlen, frischen, mutigen Blick, den sie brauchen. Das ist ja auch bei den Berichten von der Ostfront so erschütternd, daß zu hören, daß dieses monatelange Kämpfen, dieses Stehen in Eis, in Dreck und Trommelfeuer zu einer gewissen Nervenabspannung der Leute führt, die bei ihnen den Gedanken aufkommen läßt: so oder so muß jetzt ein Ende kommen. Aus der Heimat, aus dem Lande der Verheißung, der Zukunft muß die Partei dafür sorgen, daß der Geist aufgerichtet bleibt.

Und hätten wir nicht allen Anlaß dazu? Ist nicht die Lage des deutschen Volkes jetzt im dritten Kriegsjahr wahrhaft großartig? Wer will heute noch dem deutschen Namen in der Welt Widerstand leisten! Alle jene kleinen Geister und lächerlichen Spießer

werden sich in wenigen Wochen und Monaten ob ihrer pessimistischen Anschauung verkriechen müssen. Wir stehen vor dem größten Sieg der deutschen Geschichte. Am Ende dieses Jahres wird der Führer ein Reich geschaffen haben, in dem wir Nationalsozialisten dann wirklich sagen können: sieh an, mein Führer, das ist das Reich, das Sie uns vor 22 Jahren im kleinsten Kreise im Kaffee Heck am Odeonsplatz in München prophezeit haben; das ist dieses Reich, über dem die Hakenkreuzflagge weht, das ist das Generalgouvernement, in welchem wir den Ostgotengau errichtet und wo sich dann hochrassige deutsche Menschen ansiedeln werden, es ist das Reich, in welchem es wirklich alles das geben wird, was wir zur Lebensnotdurft unseres Volkes brauchen, und in diesem Reich wird von dieser spießbürgerlichen vermotteten und verrotteten Ideologie früherer Zeiten nichts mehr Geltung haben.

Um die Kirche brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich lasse die Kirchen gar nicht erst zu uns herein, ein Kirchenproblem wird bei uns nicht bestehen. Wenn die Wehrmacht Kirchen im Generalgouvernement hat, - zivile deutsche Kirchen wird es im Generalgouvernement nicht geben. Bis jetzt ist auch an mich noch kein Antrag gestellt worden. Wenn ein Deutscher künftig kirchliche Bedürfnisse hat, so soll er sich gefälligst in die Heimat begeben. Wir sind hier sozusagen ein glücklicher Garten, wir haben mit diesem Problem nicht zu rechnen.

Wir haben andere Probleme, z.B. das Problem, wie wir in den kommenden Monaten und Wochen die Transportlage meistern sollen. Ich habe mir vorgenommen, Sie alle zur nächsten Regierungssitzung einzuladen. Ich halte es für sehr zweckmäßig, daß das, was an sachlichen Einzelheiten in der Regierungssitzung besprochen wird, den Parteiführern bekanntgegeben wird; das erleichtert uns die Arbeit sehr.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir es nur mit einigen hundertausend Deutschen zutun haben. Dieser Eindruck entsteht sehr stark, wenn man es innerhalb der Parteiarbeit nur mit Deutschen zutun hat. Uns Deutschen in der Regierung ist aber die Aufgabe gestellt, mit 16 oder 18 Millionen Fremdvölkischer fertig zu werden. Mit der sehr naiven Formel: den Polen gar nichts, den Deutschen alles, kann man es sehr gut machen. Diese Schwarz-weiß-Technik wird zu unserer großen Freude in Berlin geübt. Auf der anderen Seite wünscht man aber natürlich, daß das Generalgouvernement aus Eigenem lebt, daß unsere Fabriken in Betrieb sind, unsere Eisenbahnen laufen, unsere Straßen gebaut werden, daß wir Arbeiter ins Reich vermitteln. Wie das gemacht wird, überläßt man grundsätzlich uns. Wie soll ich ein Unternehmen wie die Ostbahn, die 110 000 Bedienstete, darunter nur 6- bis 7 000 Deutsche hat, durchbringen, wenn ich diesen Polen nicht wenigstens Essen und Kleidung gebe, um sie soweit zu stärken, daß sie diesen Dienst verrichten können. Wenn ich den Polen bei der Eisenbahn nun eine solche Verpflegung gebe, mit der sie gerade durchkommen, dann kommt wieder aus Berlin der Ruf: wie können Sie das tun? Und so ist es auf allen Gebieten. Wir produzieren hier Wodka. Davon gehen 376 000 Liter an die Front. Wodka wird an die Polen nur noch im freien Verkauf ausgegeben. Wenn wir den Wodka herstellen, so ist das selbstverständlich kein Luxus. Und wenn man in Berlin sagt: liefert die Kartoffeln lieber an das hungernde Sachsen, - so ist das eine üble Stimmungsmacherei. Und wenn man Galizien an das Generalgouvernement gibt, dann fordert man sofort am anderen Tage 5 to Fleisch je Woche für das Reich, ferner in jedem Monat soundsoviel Tonnen von Getreide usw.. Und wenn das dann nicht gleich

durchgeführt wird, dann fragt man sofort: wo bleiben die Schätze aus Galizien? In dieser Schwarz-weiß-Technik, mit der man alles auf die besetzten Gebiete abwälzen will, ohne ihnen irgendwie Hilfe zu gewähren, liegt das eigentliche Übel der Schwierigkeiten dieses Gebietes. Ich kann für uns alle in Anspruch nehmen, daß wir viel lieber an der Front wären. Aber wir sind aufgrund eines Befehls des Führers hier, und weil wir hier stehen, schämen wir uns dieser Aufgabe nicht, im Gegenteil, wir sind stolz, daß wir das geleistet haben. Ich möchte nochmals feststellen, was Reichsmarschall Göring einmal gesagt hat, daß das Generalgouvernement das einzige besetzte Gebiet ist, von dem das Deutsche Reich etwas hat.

Daher steht auch die Partei unter einem Siegeszeichen. Was Sie, Parteigenossen, heute berichtet haben, erfüllt mich mit großer Genugtuung. Lassen Sie mich Ihnen aus übervollem Herzen danken. Ich weiß, was Sie in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben, ich weiß auch, was geschwätzt worden ist und was alles auf Sie auf einstürmt. Wir wissen es aus unserer eigenen Kampfzeit, wie die Horden unserer Feinde, wie die Gerüchtemacher und die Machtgierigen gegen uns angegangen sind, um irgendetwas auszuschlachten und unserer Bewegung eins auszuwischen. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß wir strahlend bestehen und weiter bestehen werden. Diese ganze Frage Partei - Staat spielt bei uns daher eigentlich als Problem keine Rolle.

Was haben wir in den zweieinhalb Jahren nicht alles aus dem Nichts, aus dem Dreck, aus dem Zerstörung, dem Chaos und dem völligen Verfall geschaffen! Wenn wir es heute übernehmen müßten, dann garantiere ich Ihnen, daß wir in zweieinhalb Jahren nicht mehr die Hälfte aufbauen könnten. Wir hätten weder die Baustoffe noch die Arbeitskräfte noch Transportmög-

lichkeiten noch irgendwelche Vorräte. In diesem Gebiet kann sich das Reich auf die Partei verlassen. Der Arbeitsbereich Generalgouvernement ist in seiner Struktur zu beachten, er war und ist der Versuch, eine einheitliche Bewegung durchzuführen. Wie ich im Staat einfach nicht davon abgehe, daß die Einheit der Verwaltung und Führung der Regierung gesichert sein muß - Generalgouverneur, Gouverneur, Kreishauptmann, - so muß auch in der Partei die Einheit des Nationalsozialistischen, des Parteigenössischen jeden Vorrang vor der Gliederungszugehörigkeit oder vor der Zugehörigkeit zu einem angeschlossenen Verband haben. Wir befinden uns hier zweifellos infolgender Situation: je stärker, je intensiver sich sozusagen die Angleichung unserer inneren Zustände an das Reich vollzieht, desto mehr werden wir uns auch in unseren Gesamteinrichtungen dem Reich annähern. Es ist klar, daß heute schon das Generalgouvernement für weite Bereiche in viel intensiverem amtlichen Zusammenhang mit der Reichszentrale stehen als 1939. Das ist unser Ziel, und gerade wir müssen darin unseren höchsten Ehrgeiz sehen. Andererseits muß ich Ihnen unmittelbar aus dem Mund des Führers sagen, daß dem Führer absolut nichts an einer Beschleunigung dieses Prozesses liegt. Der Führer weiß, daß erst nach dem Kriege die Möglichkeiten bestehen werden, die Siedlungsfrage in ganz großem Umfange zu klären. Aus den Besprechungen, die ich unlängst mit Reichsführer SS Himmler hatte, weiß ich auch, welche Termine er allein für die Zurückführung von Deutschen nach Westpreußen, Posen usw. gestellt hat. Das wird noch Jahre nach dem Kriege dauern.

Infolgedessen haben wir zunächst die Aufgabe, den Betrieb hier als solchen durchzuhalten und überhaupt dafür zu sorgen, daß Bahnen hier fahren, die Fabriken gehen, die Brücken gebaut werden, keine großen Seuchen entstehen, daß wir uns ernährungsmäßig

einigermaßen durchbringen. Diese Probleme müssen wir absolut aus eigener Kraft lösen. Hier hilft uns niemand, vor allem auch nicht die Kommissionen, die von Berlin kommen, besonders dann, wenn sie von unseren Parteigenossen und von Regierungsstellen zum Mittagessen eingeladen werden und dann hinterher über das Schlemmerleben im Generalgouvernement herziehen. Ich habe mir vorgenommen, in Zukunft nur noch Schwarzbrot und Wasser zu reichen.

Parteigenossen, Sie müssen mir nun auch helfen, hier die Deutschen in Ordnung zu halten. Das ist das wundeste Problem. In der Hauptsache handelt es sich ja wohl um die Treuhänder. Ich stelle mir oft die Frage: haben denn diese Kerle den ganzen Nationalsozialismus völlig mißverstanden? Da denke ich vor allem an diese Unternehmertypen. Bei ihnen handelt es sich vielfach gar nicht mehr um Privatunternehmer, sondern sie treten unter großen Firmennamen auf. Im Grunde genommen haben sie dieselbe Art der grauenhaftesten Ausbeuter. Vor kurzem kommt jemand zu mir und teilt mir mit, daß ein Großindustrieller in Leipzig für seinen Betrieb 2.000 polnische Arbeiter gestellt haben will. Er will diese Arbeiter und Arbeiterinnen so, wie sie gehen und stehen, in einen von uns zur Verfügung zu stellenden Transportzug, der auf dem Fabrikgleis stehen soll, verfrachten und unter peinlichster Bewachung sofort nach Leipzig transportieren lassen, damit diese Polen dann sofort am nächsten Tag die Arbeit aufnehmen können, ohne je wieder nach dem Generalgouvernement zurückzukommen. Solche Pläne werden mir vorgetragen, über solchen Unsinn muß man diskutieren. Auf einer solchen dilettantischen Ebene kann man natürlich die Probleme, mit denen wir hier zu tun haben, nicht meistern. Dann wäre es ja das einfachste, zu sagen: hier sind 16 Millionen Polen, das sind 16 Millionen Nackenschüsse, - dann ist das Problem gelöst.

Ich weiß, welche Scherereien uns die Juden machen. Sie müssen weg; das ist klar. Aber andererseits ist es auch ausgeschlossen, daß man in dieser Weise, wie ich es eben schilderte, seine Arbeiten führen kann. Daher wird es auch Aufgabe der Partei sein, darauf zu achten, daß uns die Weltreichsaufgabe unserer Zeit zu anderen höheren, auch methodisch weiter reichenden Anschauungen zwingt, als sie etwa einer binnenstaatlichen Aufgabe gegenüber am Platze wären. Und hier müssenwir schon sagen: die Aufgaben, die uns gestellt werden, können nur Nationalsozialisten meistern. Als wir 1933 kaum die Macht übernommen hatten, da sind diejenigen, die uns bis dahin überhaupt nicht verstanden haben, die lautesten Schreier im Kampfe gegen die Reaktion gewesen. Und den Leuten, die früher gar kein Verständnis für das Volkstum gehabt haben, können wir gar nicht genug Polacken umbringen.

Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter. Sie sehen, wie die staatlichen Organe arbeiten, Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig, weil hier eine einfache Überlegung sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen. Man hört ja heute schon in Deutschland, daß Kriegsgefangene etwa bei uns in Bayern oder in Thüringen vollkommen selbständig große Güter verwalten, während sämtliche kampffähigen Männer aus einem Dorf an der Front stehen. Wenn sich dieser Prozeß fortsetzen sollte, dann würde allmählich eine Unterwanderung des Deutschtums eintreten. Man soll diese Gefahr nicht geringschätzen. Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden.

Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend. Und wenn wir uns den Luxus gestatten, eine Art Philharmonie den Polen zu gewähren, die wir den ausländischen Journalisten zeigen, so bedeutet das gar nichts. Die Leute machen Musik in unserem Sinne, und wenn wir sie nicht mehr brauchen können, lösen wir dieses Institut auf. Im übrigen muß man das alles mit Vernunft und Ruhe betrachten. Wir unterhalten Landschulen und technische Fachschulen, wir lassen Medizinalpraktikanten ausbilden, die aber keinen akademischen Rang oder Titel erhalten können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Millionenbevölkerung hier arbeiten, sich beschäftigen und dabei gesund bleiben kann. Das geschieht nicht im Interesse der Polen sondern der Deutschen in diesem Raum und des deutschen Volkes, was man im Reich meistens nicht erkennt.

Wir werden in sehr schwere Zeiten kommen und haben auch alles vorbereitet, um diesen schweren Zeiten zu entsprechen. Wir können in den kommenden Monaten weder aufbauen noch etwas großes durchführen, sondern müssen nur dafür sorgen, daß wir im Zusammenhang mit diesen Ereignissen nicht untergehen.

Zu dem Problem der Wehrschützenbereitschaften kann ich nur sagen: wenn die SS nicht mitmacht, dann nicht, - ich zwinge keinen. An einem Prinzip halte ich fest: für mich als Reichsleiter ist die SS eine Gliederung der Bewegung. Wenn sie ihren eigenen Laden aufziehen will, so habe ich nichts dagegen, - und wenn einer die Einheit der Partei sprengt, dann kann ich es nicht verhindern. Schließlich ist die Gesamtpartei aber auch etwas. Wenn die SS meint, sie könne es besser als wir, - ich kann es nicht verhindern. Wir wollen sie auch nicht daran hindern, einen SS-Sturmbann zu errichten. Wir wollen sehen, wie er sich entwickelt. Aber an den Wehrschützengemeinschaften wird unter allen Umständen festge-

halten. Sie hat die Aufgabe, zu schießen und schießbereit zu sein, und ich habe gehört, daß audh die Frauen schießbereit sein müssen. Diese Aufgabe ist von so ungeheurer Wichtigkeit, daß sie absolut den Inhalt unseres Kolonialpioniertums darstellen muß. In diesem Sinne sind wir Kolonialpioniere.

Eins soll man wissen: dieser Arbeitsbereich des Generalgouvernements der NSDAP fühlt sich unendlich stark. Wir haben eine tolle Aufgabe übernommen und werden sie meistern. Ich bin weniger denn je entschlossen, von diesem einmal als richtig erkannten Wege abzugehen. Und mich deckt dabei die volle Autorität des Führers. Daher ist auch für uns wichtig, daß sich jeder an seinem Platz in der gleichen Richtung weiter entwickelt. Der Tag und seine Sorgen werden den nicht überwinden, der in sich das Bewußtsein der Ewigkeit trägt. Schauen Sie sich in diesem Saal einmal um. Dieser Saal ist gebaut von polnischen Königen, bestimmt, einen Staat zu repräsentieren. Hier stand der Thron. Meine Absicht, gerade diesen Saal der Partei zur Verfügung zu stellen, entsprang dem Gedanken, daß da, wo der Staat ist, auch die Partei ihren Platz hat. Ich kenne da keinen Unterschied. Daher ist es klar, daß wir uns in diesem Saal auch voll innerster Bewegtheit als alte Nationalsozialisten zu einem großen Gemeinschaftswerk zusammengeschlossen finden. Was jetzt die, leider Gottes, recht bürokratisch werdende Entwicklung auch in der Partei mit sich bringt, bei der man nicht daran denken will, was draußen geschieht, und bei der das Ringen um den Einzelnen das Wichtigste zu sein scheint, darf bei uns nicht irgendwie Platz greifen. Wir müssen uns vielmehr des großen Wortes des Führers erinnern: wenn ich Sorgen habe, komme ich zu Euch, denn ich gehöre zu Euch.

Der Gegensatz zwischen Staat und Partei soll bei uns nicht einreißen. Der unmittelbare Kampf mit dem

17

Leben und seinen Problemen ist der Sinn der Bewegung und ihrer Initiative. Der Staat ist in diesem Sinne nur unser Mittel, eines der Mittel, mit denen wir unser Ziel zu erreichen suchen. Diesen Staat verdrängt man nicht mehr, in diesem Königssaal bleiben wir. Hier wird auch der Führer erscheinen, wie er mir gesagt hat; hier wird er einmal, wenn wir über den Berg sind, von uns die Rechenschaft für das entgegennehmen, was wir aufgebaut haben.

So, wie Sie hier um mich herumsitzen, sind Sie zu einer der wichtigsten Aufgaben zusammengerufen. Lassen Sie sich nie von Streiterei ankränkeln, bleiben Sie ruhig und gehen Sie Ihren Weg. Wenn jemand sich für eine Aufgabe besonders interessiert, - der eine für die Volksdeutschen, der andere für das Winterhilfswerk oder die Hitlerjugend oder den Sport, - er soll ruhig seine Aufgabe weitererfüllen. Aber was ich hier gesehen habe, das ist alles voll frischen Lebens. Hier sind Männer und Frauen am Werk, die etwas schaffen wollen und werden. Und wenn es sich um ein Problem handelt, dann soll man nicht gleich fragen: um Gottes willen, was ist da passiert? - nichts ist passiert, - eine Welle kommt, aber das Schiff fährt weiter.

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, daß auch in dem großen Krieg dieser Zeit unsere kleine bescheidene Arbeit trotz mancher Stürme bestehen wird. Sie dürfen glücklich sein, einmal zu sagen, daß Sie auch dabei gewesen sind.

Ich werde in absehbarer Zeit wieder eine Führertagung berufen, um Sie mit dem Ergebnis dessen vertraut zu machen, was bei den Besprechungen in den nächsten Tagen und Wochen erörtert werden wird. Vor allem interessiert mich hier die Frage der Volksdeutschen. Hier handelt es sich beispielsweise um das

Problem, ob man nicht vielleicht den Volksdeutschen in Tomaschow, die dort kleine Güter haben, größere Siedlungen geben könnte. Man müßte das wohl in Erwägung ziehen. Weiter wäre zu überlegen, ob und wie von der SA in Kombination mit dem Einheitsgedanken der Partei Sturmbanne errichtet werden könnten. Endlich müßte auch die Frage des Sportschießens irgendwie gelöst werden. Die zentrale Tätigkeit der Deutschen im Generalgouvernement muß das Schießen sein Die Zeitung darf als das erste volksdeutsche Blatt keine Konkurrenz für etwas anderes sein. Der Parteigenosse Professor Schweitzer-Mjölnir hat mir ein Plakat geschickt, mit dem Sie, wie ich höre, nicht ganz einverstanden sind. Ich würde trotzdem die Herausgabe eines solchen Plakats gerade von Mjölnir besonders begrüßen

Hauptabschnittsleiter Stahl schließt die Tagung mit folgenden Worten:

Reichsleiter! Parteigenossen! Zwanzig Amtsleitern der NSDAP., zwanzig Nationalsozialisten haben Sie, in Ihrer bekannten und klaren Weise Richtlinien gegeben. Zwanzig Nationalsozialisten scheiden aus diesem Saal mit dem Blick auf dieses schöne Land, das uns gehört und uns bleibt. Reichsleiter, Sie dankten uns für die Arbeit, die wir aus Pflichtgefühl verrichteten. Wir danken Ihnen, daß Sie uns in den Jahren, die wir hier arbeiteten, und wieder auch für das kommende Jahr Weisungen gegeben haben. Aber den Dank, den wir Ihnen sagen, müssen wir eigentlich dem Manne zollen, der Sie befruchtet, der Sie geholt, der Sie, Reichsleiter, zu seinen engsten Mitarbeitern berufen hat.

Aus den zwanzig Menschen, die der Führer damals um sich hatte, wurden Tausende, Hunderttausende, Millionen. Sie waren einer der ersten von den zwanzig Menschen, die hier sitzen und die Sie weiter kneten und bearbeiten mit den begeisterten Worten und Anschauungen, wie sie der Führer Ihnen gegeben hat. Diese zwanzig Nationalsozialisten erziehen auch diese 110 000 Deutschen im Generalgouvernement zum Nationalsozialismus, zur Idee des Führers, und das tun sie zum Wohle des Deutschen Volkes. Kameraden, lassen Sie uns am Schluß unserer Arbeitstagung des Mannes gedenken, der Deutschlands Zukunft vorwärts treibt. Wir wollen unserem Führer Adolf Hitler geloben, um der deutschen Zukunft willen ihm unser ganzes Herz und unser ganzes Sein zu widmen, nicht mit Worten, nein, mit Taten. Möge der Führer uns Nationalsozialisten immer vorangehen, in jeder Stunde, in jeder Minute! - Unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Sieg Heil!

Die Tagung ist geschlossen.

(Schluß der Tagung: 16,45 Uhr)

Arbeitssitzung

im Schloß Belvedere zu Warschau
am 30. Mai 1942

====

Ausgefertigt in 6 Exemplaren:

1. für den Herrn Generalgouverneur
2. zu d. Akten d. Kanzl. des GG.eurs
3. Staatssekretär Dr. Boepple
4. Dr. Wendler
5. Dr. Siebert
6. z. d. Akten d. Kanzl. des GG.errs

Beginn der Sitzung 10 Uhr 30 Minuten.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Staatssekretär K r ü g e r
Abteilungspräsident Dr. S i e b e r t
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur Z ö r n e r
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r.
Präsident B a u d e r
Präsident N a u m a n n

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend darauf hin, daß das wichtigste Ereignis der letzten Zeit die restlose Bereinigung jener Frage gewesen sei, die die Regierung des Generalgouvernements viel beschäftigt habe, das Verhältnis der Polizei zum Staat. Er könne heute den General der Polizei Krüger als Staatssekretär für das Sicherheitswesen begrüßen. Die Einzelheiten der Vereinbarung, die er grundlegend mit Reichsführer Himmler getroffen habe, seien in einem Erlaß bekanntgeben worden. Auf Grund dieser Vereinbarung sei die grundsätzliche Zusammenarbeit in jeder Weise gesichert. Im Falle der Abwesenheit des Generalgouverneurs bzw. seines Stellvertreters werde er durch Staatssekretär Krüger vertreten. Der Höhere SS- und Polizeiführer unterstehe dem Generalgouverneur unmittelbar, die SS- und Polizeiführer unterständen den Gouverneuren. Weisungen, die Reichsführer SS Himmler im gesamtdeutschen Interesse an Staatssekretär Krüger gebe, dürften nur vollzogen werden, wenn der Generalgouverneur seine Einwilligung

gebe. Andererseits müßten im Rahmen der Reichspolizei notwendige Weisungen mit Reichsführer SS abgestimmt werden. Eine direkte Befehlsführung der Reichspolizei sei danach jedenfalls im Generalgouvernement nicht möglich. Damit sei ein Verhältnis hergestellt, das sich bislang schon in den Distrikten bewährt habe.

Er beabsichtige, die Amtschefs und die SS- und Polizeiführer der Distrikte zu einer Sitzung am 16. Juni zu berufen.

In der letzten Regierungssitzung habe Gouverneur Dr. Fischer eine generelle Erklärung dahin abgegeben, daß das Zusammenarbeiten mit der Regierung in Krakau sehr schwierig sei und hier zahlreiche Probleme aufträten. Auch die anderen Gouverneure hätten den Eindruck, daß ihre eigene Position von der Regierung oder von Regierungsstellen nicht genügend anerkannt, daß ihnen manchmal Maßnahmen vorgeschrieben würden, die für ihre Distrikte von größter Bedeutung seien, ohne daß sie dazu Stellung nehmen könnten.

Der Führer habe ihm, dem Generalgouverneur, die hohe Auszeichnung zuteil werden lassen, fast 2 Stunden lang über die Aufbauarbeit im Generalgouvernement und andere Probleme zu sprechen. Diese Aussprache habe gezeigt, welch' großes Interesse der Führer am Gesamtwerk des Generalgouvernements nähme. Er sei überrascht gewesen, über wieviel Einzelheiten des Generalgouvernements der Führer Bescheid wisse. Bei dieser Aussprache habe sich auch gezeigt, daß alle Versuche, aus Anlaß des Falles Lasch subversive Propaganda gegen die Arbeit im Generalgouvernement zu treiben, beim Führer zum Scheitern verurteilt seien. Wenn er vom Führer gelobt werde, dann müsse er ihm immer wieder erklären, daß die Aufbauarbeit im Generalgouvernement nur deshalb so vortrefflich gelungen sei, weil er, der Herr Generalgouverneur, in seinen Regierungsmitgliedern und Gouverneuren so hervorragende Mitarbeiter gefunden habe.

Er könne demnach in dieser Sitzung erklären:

1) Das Aufbauwerk im Generalgouvernement sozusagen die Organisation des Nebenlandes des Deutschen Reiches ist durch den Schlußstein der Schaffung des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen abgeschlossen.

2) Die Gemeinschaftsarbeit, die im Generalgouvernement geleistet worden ist, findet die volle Anerkennung des Führers.

3) Die für die Behandlung großer Probleme aufgestellten Grundsätze haben das volle Einverständnis des Führers.

4) Die Einheitlichkeit der Verwaltung des Gebietes in Gestalt der vom Führer eingesetzten maßgebenden Persönlichkeit des Generalgouverneurs ist gewährleistet. Jeder Versuch, im Generalgouvernement eine Neben- oder Überregierung oder ein Hineinregieren der Berliner Ressorts herbeizuführen, ist von vornherein unmöglich gemacht.

Die Regierung des Generalgouvernements könne daher mit Stolz die Feststellung treffen, daß das Generalgouvernement eine einzigartige Staatsverwaltungs - und führungsrechtliche Position im großdeutschen Raum habe. Diese Stellung habe man sich gemeinsam erkämpft, und auf dieser Linie wolle und werde man auch die noch bevorstehenden schweren Aufgaben meistern.

tl. Gesund-
itswesen

In der Aussprache nimmt zunächst Gouverneur Dr. Fischer das Wort. Er führt Beschwerde über das Verhalten des Hauptabteilungspräsidenten Obermedizinalrats Dr. Wallbaum. Er habe in der Angelegenheit der Ärzte Dr. Viehweg und Dr. Lamprecht verschiedene Anträge und Schriftsätze an Präsident Dr. Wallbaum geleitet, ohne eine Antwort zu erhalten. Dr. Wallbaum habe die Entscheidung getroffen, daß auch Dr. Lamprecht das Generalgouvernement verlassen müsse. Er empfinde diese Haltung des Präsidenten Dr. Wallbaum als eine große Unfreundlichkeit diesen Ärzten gegenüber. Ganz objektiv könne festgestellt werden, daß sowohl Dr. Viehweg wie auch Dr. Lamprecht zwei hervorragend tüchtige Ärzte seien. Dr. Lamprecht habe als Distriktsarzt eine Gesundheitsorganisation in Warschau aufgerichtet, die man wohl als einmalig bezeichnen könne.

uptabtl. Innere
rwaltung

Bei einer Reihe von Einzelfällen, die in das Gebiet der Verwaltung gehörten, sei man in den Distrikten der Auffassung, daß sie besser dort geregelt würden. Er habe diese Einzelfälle in einem Schreiben zusammengestellt. Vor allem sei auf dem Gebiet der Personalien festzustellen, daß man im Distrikt oft gar nichts davon erfahre, wenn ein Beamter oder Angestellter dorthin versetzt werde. So sei z.B. ein Studienrat ohne Wissen der Distriktsverwaltung nach Zakopane versetzt worden. Aus diesem Vorgehen anderer Verwaltungen seien große Schwierigkeiten mit allen Hauptabteilungen entstanden. Aus all' dem könne man nur den Schluß ziehen, daß die Verwaltung noch mehr als bisher schon zentralisiert werden solle.

Gouverneur Dr. Wächter hat ebenfalls Gelegenheit genommen, zu der Frage der Vereinfachung der Verwaltung im einzelnen Stellung zu nehmen und Vorschläge zu machen. Nach seinen Eindrücken im Distrikt Galizien

habe er es für notwendig erachtet, eine Reihe von grundsätzlichen Reformen durchzuführen. Es komme immer wieder vor, daß Hauptabteilungen wie diejenigen des Bauwesens oder der Ernährung und Landwirtschaft in unwichtigen Angelegenheiten Weisungen erteilten, während der Distrikt in großen grundsätzlichen Dingen ganz sich selbst überlassen sei. Wenn man z.B. in der Frage der Herabnahme eines Ballusters von einer Fassade eine Entscheidung treffen wolle, so sei man an die Zustimmung der Hauptabteilung Bauwesen gebunden. Eine solche Regelung könne man nur als absoluten Fehler in der Konstruktion dieser Dinge bei der Regierung empfinden.

Hauptabtl. Bauwesen

Ähnlich liege es auf dem finanziellen Sektor. Es sei festzustellen, daß der Zloty heute nicht mehr seine frühere Kaufkraft habe. Gleichwohl sei die Distriktsverwaltung nach wie vor verpflichtet, sich bei notwendigen Aufwendungen an die bisherige Grenze von 20 000 Zloty zu halten. Und so müßten denn auch kleinere Bauvorhaben oft wochen- und monatelang untersucht werden. Man empfinde in solchen Dingen immer einen schmerzlichen Autoritätsverlust der deutschen Führung. Wenn eine Distriktsverwaltung nicht ermächtigt sei, solche verhältnismäßig unwichtigen Angelegenheiten selbständig zu erledigen, dann werde das der Verwaltungsapparatur insgesamt zur Last gelegt. Er könnte eine Unmenge von Einzelfällen aufzählen, die besonders unangenehm seien, weil sie als Mangel der deutschen Führungsmaschine überhaupt ausgelegt würden. Seiner Überzeugung nach müßte im Gesamtinteresse des Generalgouvernements der Regierungsapparat insofern reformiert werden, als man diese Dinge kleineren und mittleren Formats nach unten abgebe und den Distrikten das Vertrauen schenke, daß sie solchen Aufgaben gewachsen seien. Nicht die Hauptabteilung Finanzen, sondern der Distrikt Krakau habe auf die Einführung der Gewerbesteuer gedrängt. Die Verzögerung der Einführung habe das Generalgouvernement eine Mindereinnahme von etwas 100 Millionen Zloty gekostet.

Hauptabtl. Finanzen

Andere Organisationen wie z.B. die L.Z. seien angesichts der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in der Lage, bei ihren Planungen und Aufwendungen weit höhere Summen als 20 000 Zloty auszugeben. Die Beschränkung auf die Summe von 20 000 Zl. mache sich vor allem bei den Kreishauptmannschaften fühlbar. Angesichts der Anforderungen, die an sie für ~~die~~ den Ausbau ihrer Dienstgebäude, für die Errichtung von deutschen Gaststätten usw. gestellt würden, seien sie vielfach dazu übergegangen, sich nicht mehr an diese Beschränkung zu halten. So sehr das auch zu begrüßen sei, so liege darin doch immerhin ein schwerer formeller Verstoß. Darin liege ein weiterer Autoritätsverlust. Aber die Kreishauptmänner seien eben der Überzeugung, daß sie mit ihren Eingaben an die Regierung keine Aussicht auf Erfolg hätten. In den letzten Wochen habe er zweimal mit Präsident Bauder über diese Dinge gesprochen, Präsident Bauder habe ihm auch gewisse Zusagen gemacht. Ob sie eingehalten würden, stehe dahin.

auptabtl.
wesen

Was die Personalfrage angehe, so empfinde er den Niveauunterschied der einzelnen Beamten und Angestellten außerordentlich stark. Zwar gebe es eine Reihe äußerst leistungsfähiger Beamter und Angestellter, aber auch zahlreiche, die absolut nicht leistungsfähig seien. Sein Wunsch gehe deshalb dahin, daß mehr als bisher auf die Qualität der Beamten und Angestellten gesehen werde. Es müsse gelingen, auch im Distrikt Lemberg trotz seiner Größe mit einem zahlenmäßig kleineren Personal auszukommen. Das setze allerdings voraus, daß die Distriktverwaltung nicht mit Kleinarbeit wie etwa statistischen Erhebungen usw. überlastet werde.

rsonalamt

Die Einrichtung der Wirtschaftskammern möge für Friedensverhältnisse sicherlich am Platze sein. In der jetzigen Zeit aber, in der überall der große Personalmangel beklagt würde, könne man eigentlich die Schaffung solcher Organisationen nicht verstehen.

Hauptabtl. Wirtschaft

Dabei falle vor allem die Tatsache ins Gewicht, daß es der Wirtschaftsabteilung des Distrikts nur schwer gelinge, tüchtige Kräfte für die staatliche Arbeit zu gewinnen, da diese zumeist angesichts der ihnen gebotenen wesentlich höheren Gehälter in die Kammerorganisationen gingen. Es sei auch verständlich, daß der Unterschied in den Gehältern, die vom Distrikt und andererseits von der Wirtschaft bezahlt würden, zu Mißstimmung führe. Auch die Abteilungen Arbeit, Forsten, Ernährung und Landwirtschaft wendeten sich mit Recht gegen das Bestehen dieser Wirtschaftskammern, deren Aufgaben nach ihrer Meinung in den Bereich dieser Abteilungen fielen. Ganz besonders werde dieser Standpunkt von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vertreten, die darauf hinweise, daß neben dem staatlichen Sektor noch die Organisation eine der L.Z., die Landinspektionen und die Genossenschaften ständen. Auch müsse man bedenken, daß diese Wirtschaftskörperschaften der Kammern doch im wesentlichen mit dem fremden Volkstum der Polen und Ukrainer arbeiteten. Dabei zeige sich dann zuweilen das groteske Bild, daß z. B. Rohstoffzuteilungen nicht über den Kreishauptmann, sondern über den polnischen Innungsmeister gingen. Das müsse selbstverständlich auf die Bevölkerung einen merkwürdigen Eindruck machen.

Hauptabtl. Ernährung u. Landschaft

Bei der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zeige sich eine starke Zentralisierungstendenz. Eine neue Verordnung sehe wieder die Regelung von Einzelfragen vor, die er als Distriktsgouverneur den Kreishauptmännern überlassen würde. Dahin gehöre z.B. eine Anordnung über die Bewirtschaftung und Registrierung von Vieh und die Errichtung von Schlachtviehmärkten.

tabtl.
schaft

Daß die Frage der Zulassung von Gewerbebetrieben zentral von der Hauptabteilung Wirtschaft bearbeitet werde, halte er nicht für notwendig; denn ihre Regelung könne man sehr wohl den Distrikten und Kreisen überlassen. Jetzt seien 18 Behörden eingeschaltet, die bei der Zulassung eines Gewerbebetriebes mitzusprechen hätten. Daß dadurch starke Verzögerungen in der Erledigung von Anträgen entständen, sei begreiflich.

Die Regierung beabsichtige jetzt, die Elektrizitätswerke zusammenzufassen, wogegen an sich nichts einzuwenden wäre, da es sich hier um einen der wichtigsten Rohstoffe handle und das Gemeininteresse zweifellos überwiegt. Er bitte jedoch, daß bei dieser Neuordnung den örtlichen Interessen vor allem durch Einschaltung der Stadthauptleute Rechnung getragen werde. Gerade unter den Kriegsverhältnissen lasse die Einschaltung einer Zentralinstanz die Praxis in den unteren Instanzen nicht vorwärts kommen.

Gouverneur Zörner kann sich im großen und ganzen den Wünschen und Beschwerden der Vorredner anschliessen. Nachdem der Führererlaß über die Vereinfachung der Verwaltung ergangen sei, sei bei der Regierung in Krakau der Fehler gemacht worden, daß man sich nicht auf das Regieren beschränke, sondern verwaltete. Verwalten aber sei Sache der Unter- und Mittelinstanz.

Was die Selbstverwaltung der Wirtschaft angehe, so bedeute sie eigentlich im Generalgouvernement in der Praxis eine polnische oder ukrainische Selbstverwaltung. Darüber hinaus führe sie zu einer Herrschaft der Syndizi, die man in der Kampfzeit auf's schärfste bekämpft habe. Sein Antrag, den Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Lublin in Personalunion zum Kommissar bei der Distriktskammer zu machen, sei noch nicht erledigt worden. Im übrigen habe er auch die Erfahrung machen müssen, daß Mitar-

tabtl.
schaft

beiter der Distriktsverwaltung zu wesentlich höheren Gehältern von der Wirtschaftsorganisation wegengagiert worden seien. Maßgebend sei aber vor allem der Gesichtspunkt, daß unmöglich irgendein Pole oder Ukrainer in der Kammer über die Zuteilung von Rohstoffen entscheiden könne. Weiter gehe es auch nicht an, daß die Durchführung gewisser wirtschaftlicher Maßnahmen an die Zustimmung der Wirtschaftskammer gebunden sei, wenn im Reich nur die Anhörung verlangt werde. Er habe deshalb die stärksten Bedenken gegen einen Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in diesem Ausmaß und in der jetzigen Zeit.

Für die Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft in der Ost-Energie-A.G. habe er als alter Kommunalpolitiker das größte Verständnis. Aber im Generalgouvernement gehe man in dieser Beziehung auch wieder weiter als im Reich: im Reich blieben die Elektrizitätswerke selbständig, im Generalgouvernement sollten sie einheitlich zusammengefaßt werden. Das könne leicht dazu führen, daß rein privatwirtschaftliche Gedankengänge in den Vordergrund träten und die Erzielung einer recht hohen Rente maßgebend wäre.

Hauptabtl. Wirtschaft

Befremdend sei die Tatsache, daß z.B. der Leiter der Abteilung Forsten im Distrikt sich die Genehmigung für einen Urlaub von der Hauptabteilung Forsten holen müsse, obgleich der Abteilungsleiter von einem anderen Forstbeamten des Distrikts vertreten werde.

Hauptabtl. Forsten

Angesichts der Papiernot wäre zu erwägen, ob nicht vonder Forderung, gewisse Schreiben in vierfacher Ausfertigung bei der Regierung einzureichen, Abstand genommen werden könnte.

Für die Holzwirtschaft im Generalgouvernement seien einige deutsche Einsatzfirmen von der Hauptabteilung Forsten herangezogen worden, die übergroße Gewinne machten. Von einer dieser Firmen solle jetzt ein Sägewerk erworben werden, das zu einem größeren Gut gehöre, wodurch dann dieser wirtschaftlich

Hauptabtl. Forsten

zusammenhängende Betrieb auseinandergerissen würde.

Gouverneur Kundt stellt fest, daß die Einheit der Verwaltung insofern bis zu einem gewissen Grade wieder aufgehoben werde, als sich einzelne Hauptabteilungen mit Referenten bei Abteilungen im Distrikt unmittelbar in Verbindung setzten. Das sei sogar so weit gegangen, daß manchmal rekommandierte Briefe in schwierigen Angelegenheiten direkt an einen Referenten gerichtet worden seien, ohne daß der Gouverneur bzw. der Abteilungsleiter davon Kenntnis erhalten hätten. Er habe dagegen entsprechende Schritte unternommen. Augenscheinlich gebe es manche Beamte in der Regierung, die nur ressortmäßig zu arbeiten gelernt hätten. Er sei in dieser Auffassung dadurch bestärkt worden, daß im Zusammenhang mit dem Stellenplan die Beförderung oder Übernahme von Beamten von der Zustimmung der entsprechenden Hauptabteilung abhängig gemacht werden solle.

Ein Beispiel für diesen Ressortstandpunkt biete das Verhalten des Präsidenten Dr. Walbaum. Er halte sich für berechtigt, den Distriktsärzten unmittelbar Weisungen zu geben. Ärzte, die aus sachlichen Gründen anderer Meinung seien oder sich in dieses System nicht einfügen wollten, machten sich mißliebig; es werde mit allen Mitteln gegen sie gearbeitet. So habe Präsident Dr. Walbaum den Distriktsarzt Dr. Weizenäcker aus seinem Amt entfernen wollen. Eine von ihm, dem Gouverneur, geführte Untersuchung habe bisher nichts Nachteiliges für Dr. Weizenäcker erkennen lassen.

Abteilung Gesundheitswesen

Aus allen solchen Vorkommnissen ergebe sich für die Beamten eine gewisse Unsicherheit, da sie ja nicht wüßten, ob sie ihrem Gouverneur oder ihrem fachlich Vorgesetzten bei der Hauptabteilung folgen sollten. Er, Gouverneur Kundt, habe nach alledem den Eindruck, daß der Erlaß des Führers über die Vereinfachung der

Verwaltung von gewissen Hauptabteilungen der Regierung systematisch ignoriert werden.

Eine weitere Tendenz, die bei manchen Hauptabteilungen bestehe, laufe darauf hinaus, gewisse Angelegenheiten in das Gebiet der Selbstverwaltung zu verweisen. Er habe seinerzeit selber den Gedanken der Selbstverwaltung unterstützt, allerdings in dem Gedanken, daß es sich dabei um eine wirkliche Ergänzung der staatlichen Verwaltung handle. Die Kammerorganisation dürfe aber unter keinen Umständen dahin führen, daß polnische Innungsmeister über die Zuteilung von Rohstoffen verfügen könnten. Daß der volksdeutsche Trafikant von dem polnischen Großverteiler gegenüber polnischen Trafikanten benachteiligt werde, sei kein Wunder. Solche Vorkommnisse seien in allen Wirtschaftszweigen zu beobachten.

Kammerorganisation

Die Hauptabteilung Arbeit habe einen Erlaß herausgegeben, nach welchem im deutschen Interesse arbeitenden Juden sozialversichert werden müßten. Überhaupt hätten die Fachabteilungen der Wirtschaft die Tendenz, sich staatsverwaltende Funktionen anzueignen. So würden auch verwaltungsstrafrechtliche und verwaltungspolitische Entscheidungen getroffen. Es gehe sogar so weit, daß der Kreislandwirt Strafen in unbegrenzter Höhe verhängen dürfe, während der Kreishauptmann eine solche Befugnis nicht habe. Eine Verwaltungsstrafe wegen Nichteinhaltung der Bewirtschaftungsbestimmungen könne nur vollzogen werden, wenn die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zustimme. Die fachlichen Hauptabteilungen schienen zu einer Entwicklung treiben zu wollen, die man als eine Umwandlung aus dem politischen Verwaltungsstaat in den Ständestaat bezeichnen könne.

Es bedürfe einer ganz klaren Entscheidung darüber, ob und inwieweit Firmen, Häuser oder Güter entsprechend der Anordnung desReiches für Kriegsteilnehmer aufgehoben werden sollten. In einem

bestimmten Fall solle eine von einem ausgezeichneten Treuhänder geleitete Firma unter der Hand verkauf/t werden.

Vor mehr als einem halben Jahr habe er den Antrag gestellt, daß die Kommunalverbände des Distrikts in einen Distriktsverband zusammengefaßt würden, der von dem Leiter der Abteilung Innere Verwaltung geführt werde.Die Schaffung eines Distriktsausgleichsfonds wäre für seinen Distrikt besonders wichtig, weil dann die Überschüsse der reicheren landwirtschaftlichen Gebiete entsprechend herangezogen und die Volksdeutschen besser versorgt werden könnten.

Gouverneur Dr. Wendler führt Beschwerde darüber, daß Beamtenernennungen ohne sein Wissen vorgenommen würden. Ebenso führt er Klage darüber, daß einige Hauptabteilungen direkte Berichte von den Abteilungen im Amte des Distriktes verlangten.

In Zakopane bestehe ein Elektrizitätswerk, das unbedingt ausgebaut werden müsse. Die Ostenergie-A.G. weise aber darauf hin, daß ein von ihr geplantes großes Projekt durchgeführt werden müsse. Seiner Ansicht nach sei die Durchführung eines solchen Projektes unmöglich, und es könne entsprechend dem Bedarf von Zakopane nur ein kleineres Projekt durchgeführt werden. Durch diese Haltung der Ostenergie werde nun auch der im kleinen Rahmen vorgesehene Ausbau verzögert.

Für die breiten Massen der volksdeutschen Arbeiter sei bisher nichts getan. Gleichwohl sei einem Arbeitergeber verboten worden, einen Lohntarif für diese Arbeiter zu schaffen.

Daß nach einem Erlaß des Amtes für Preisbildung verschiedene Maßnahmen eingestellt werden sollten, weil angeblich der Schleichhandel erheblich nachgelassen haben soll, sei ihm unverständlich.

Der Herr Generalgouverneur dankt den Gouverneuren für ihre Berichte. Er selber habe auch den Eindruck, daß die Frage des Verhältnisses von Regierung zu Gouverneuren einmal einer grundsätzlichen Bereinigung entgegenführt werden müsse. Er habe im übrigen schon oft betont, daß an der Spitze der Regierung der Generalgouverneur mit den totalen Vollmachten stehe, die der Führer ihm gegeben habe, und daß als Vertreter des Generalgouverneurs der Gouverneur und als dessen Vertreter der Kreishauptmann zu wirken hätten. Andererseits sei es selbstverständlich notwendig, daß irgendeine Zentrale im Generalgouvernement vorhanden sei, die als die Behörde des Generalgouverneurs für die Durchführung sämtlicher Maßnahmen sorge. Die Regierung des Generalgouvernements sei die Dienststelle, die dem Generalgouverneur helfe, sie sei dem Amt beim Distrikt zu vergleichen. Sein Auftrag an die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple wie auch an den Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert gehe dahin, diese Dinge so ernst wie nur möglich zu nehmen. Er müsse hier auch im vollen Umfange den Gouverneuren beistimmen, wenn sie sich gegen gewisse Praktiken der Hauptabteilungen wendeten. Er werde nicht dulden, daß das von ihm so schwer erkämpfte Prinzip der Einheit der Verwaltung durch solche ressortmäßigen Anschauungen wieder Schaden leide. Aus Regierungskreisen kämen Stimmen, der eine oder andere Distrikt solle überhaupt nicht mehr neu besetzt werden. Wenn er aber als Generalgouverneur einen Distrikt aufhebe, dann verliere ein Gebiet des Generalgouvernements eine deutsche Zentrale. Andererseits sei auch die Verstrickungen der Wirtschaft des Generalgouvernements mit der Betriebswirtschaft des Reiches so gewaltig, die Durchsetzung einer einheitlichen Ernährungs- und Währungspolitik gegenüber der Gesamtbevölkerung so wichtig, daß nicht Gesichtspunkte der Distrikte, sondern unter allen Umständen solche des

Generalgouvernements in den Vordergrund zu treten hätten. Gleichwohl habe sich an dem Grundsatz nichts geändert, daß heute die örtlich verantwortliche Instanz auch nach dem Willen des Führers entscheidend sei.

Das einmütig geradezu als Gefahr angesehene Verhalten der Wirtschaftskammerorganisationen mit ihren Tendenzen werde ihn veranlassen, so schnell wie möglich diese Frage in einer Sondersitzung in Krakau zu behandeln. Weiter müsse auch in dieser Sitzung die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Zentralstelle einer Prüfung unterzogen werden.

Was den Einzelfall Dr. Walbaum angehe, so seien diese Dinge ja schon öfter erörtert worden. Wenn ein verantwortlicher Mann der Meinung sei, daß an irgendeiner Dienststelle im Distrikt ein unfähiger Vertreter vorhanden ist, und wenn der Gouverneur eine andere Meinung hege, so müsse er sich die Entscheidung vorbehalten. Er behalte sich vor, in einem jeden solchen Fall Befehle und Weisungen zu erteilen. Die Regierung sei nun einmal die Behörde des Generalgouverneurs. Er müsse manchmal in einem Konflikt zwischen Gouverneur und Regierung aus objektiver Erkenntnis die Partei der Regierungsinstanz ergreifen. Das liege nicht daran, daß er mehr Sympathie für die eine oder andere Stelle habe, sondern daran, daß er aus der Erkenntnis der Notwendigkeiten des Raumes zu einer Entscheidung kommen müsse.

An den weiteren Beratungen nehmen die inzwischen erschienenen Präsidenten Bauder und Naumann teil.

Staatssekretär Dr. Boepple gibt einen Überblick über die Tätigkeit und die Aufgaben der Wirtschaftskammern.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert verwahrt sich auch im Namen seiner Abteilungsleiter gegen den Vorwurf, daß sie bestrebt seien, die Stellung der Gouverneure bewußt zu untergraben. Für sich und wohl auch für seine Kollegen könne er in Anspruch nehmen, daß ihnen solche Tendenzen vollkommen fernlägen.

Gouverneur Dr. Fischer betont, daß er von jeher den Grundsatz der Dezentralisation der Verwaltung vertreten habe. Er stehe auf dem Standpunkt, daß man den Gouverneuren eine ganze Anzahl weiterer Gebiete der Inneren Verwaltung überlassen könne.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert bemerkt, daß das Ausbleiben einer solchen Regelung mit dem Aufbau zusammengehangen habe. - Was die von Gouverneur Zörner hervorgehobenen Tendenzen der Ostenergie-A.G. angehe, so sehe auch er in dieser Frage für die Gemeinden sehr schwarz.

Gesundheitswesen

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert nimmt dann zu dem Verhalten des Präsidenten Dr. Walbaum gegenüber den Ärzten Dr. Viehweg, Dr. Weizenäcker und Dr. Lamprecht Stellung. Er habe im Falle Weizenäcker den Gouverneur Kundt gebeten, eine Untersuchung durchzuführen. Diese Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Aus einem Bericht gehe aber hervor, daß gewisse Verfehlungen des Dr. Weizenäcker keinen Anlaß geboten hätten, ihn aus dem Dienst zu entlassen. Das Vorgehen des Präsidenten Dr. Walbaum gegen Dr. Lamprecht habe seinen Grund in dessen Haltung gegenüber dem Hebammengesetz gehabt. Präsident Dr. Walbaum habe eine Untersuchung dieser Fälle ohne seine, des Präsidenten Dr. Siebert, Kenntnis eingeleitet und eine Entscheidung dahin herbeizuführen gewußt, daß die drei Ärzte das Generalgouvernement zu verlassen hätten; er habe von Staatssekretär Dr. Conti, mit dem er sehr enge Berührung habe, verlangt, daß die Ärzte anderswo untergebracht würden.

Inzwischen seien Dr. Weizenäcker und Dr. Lamprecht nach dem Ostministerium, Dr. ~~Fiebig~~ Viehweg nach Wiesbaden abberufen worden. Nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub habe dann Staatssekretär Dr. Bühler auf Wunsch der Gouverneure Dr. Fischer und Kundt dem Staatssekretär Dr. Conti mitgeteilt, daß er mit der Abberufung von Dr. Lamprecht und Dr. Weizenäcker nicht einverstanden sei. Für Dr. Lamprecht sei mittlerweile ein Nachfolger eingetroffen, der nach seinem Wunsch durch Präsident Dr. Walbaum bei der Regierung Verwendung finden solle.

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß Dr. Viehweg auch als Standortführer der Partei vorbildlich gearbeitet habe. Die Frage seiner früheren kommunistischen Einstellung sei durch ein gerichtliches Urteil erledigt. Dagegen, daß man ihm heute aus seiner kommunistischen Vergangenheit einen Vorwurf machen wolle, müsse er sich mit aller Entschiedenheit verwahren.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert schließt sich hinsichtlich der Schaffung eines Distriktsausgleichsfonds grundsätzlich der Auffassung des Gouverneurs Kundt an und ist der Meinung, daß eine solche Maßnahme ohne weiteres durchgeführt werden könne. Allerdings mache die Hauptabteilung Finanzen gewisse Schwierigkeiten. - Im übrigen bitte er die Gouverneure, ihm von Fällen, in denen sie Anlaß zur Beschwerde zu haben glaubten, Bericht zu erstatten. Er werde dann die notwendigen Schritte unternehmen.

Haupt.abtl. Finanzen

Der Herr Generalgouverneur gibt hierauf dem Präsidenten Bauder Kenntnis von den durch die Gouverneure gegen die Hauptabteilung Bauwesen erhobenen Vorwürfen, die darauf hinausliefen, daß die Baubehörde sich völlig außerhalb des allgemeinen Aufbaues bewege, daß die Gouverneure keinerlei Möglichkeiten hätten, etwas auf dem Gebiete des Straßenbaues

Bauwesen

des Wohnungsbaues usw. zu erfahren.

Gouverneur Dr. Fischer führt als Beispiel an, daß er auf dem Gebiete des Straßenbaues nicht wisse, wer der Leiter der Außenstelle in Warschau sei. Von einer Zusammenarbeit der Baubehörde mit seinem Amt sei überhaupt keine Rede. Daß man bei Bauvorhaben nur über eine Summe bis zu 20 000 Zloty verfügen dürfe, sei ein unmöglicher Zustand. Auch für kleine Bauvorhaben bedürfe es einer Meldung nach Krakau. Die Eröffnung des Technikums in Warschau könne angesichts der Haltung der Baubehörde nicht zu dem vorgesehenen Zeitpunkt stattfinden. Überhaupt bestehe ein generelles Verbot für bauliche Planung. Dagegen sei die Hauptabteilung Arbeit in der Lage, z.B. Siedlungsplanungen in großer Anzahl durchzuführen.

Bauwesen

Auch Gouverneur Dr. Wächter beklagt sich darüber, daß die Durchführung von Straßenbauten, an der der Distrikt außerordentlich interessiert sei, unmöglich gemacht werde. Im Distrikt Lemberg komme es vor allem darauf an, die Zufahrtsstraßen in einen verkehrsmäßigen Zustand zu bringen. Für solche Straßenbauten sei auch das Steinmaterial vorhanden. Man habe fast den Eindruck, als werde jegliches Bauvorhaben verhindert, wenn es auch wesentlich wäre, ohne daß das Material an einer anderen Stelle praktisch verwertet werden könne. Das führe zu einem Prestigeverlust der Hauptabteilung Bauwesen.

Auch Gouverneur Kundt unterzieht das Wirken der Hauptabteilung Bauwesen einer scharfen Kritik. Wenn seinerzeit nach der Verordnung über die Einheit der Verwaltung der Straßenbau angesichts der strategischen Notwendigkeiten und des Aufmarsches gegen die Sowjetunion außerhalb der Distriktsinstanz gelegen habe, so sei das gewiß ein wichtiges

Argument. Nach Wegfall dieses Arguments habe man den Antrag gestellt, daß die Straßenbaustellen ebenfalls in die bestehende Abteilung Bauwesen eingliedert werde. Auch sei der gesamte Stellenplan, der mit den Reichsinstanzen vereinbart sei, schon so aufgebaut, daß eine Abteilung Bauwesen mit sämtlichen Planstellen vorhanden sei. Präsident Bauder habe aber darauf bestanden, daß eine Abteilung Bauwesen gebildet werde, die der Distriktsbehörde nur angegliedert sei. Er, Gouverneur Kundt, halte das für unzweckmäßig und unbegründet.

Präsident Bauder teilt mit, daß dem Staatssekretär ein Entwurf über die Neuorganisation der Bauverwaltung vorliege, über den noch nicht entschieden sei. Die Ausführungen des Gouverneurs Kundt stimmten insoweit mit diesem Entwurf überein, als dort die Eingliederung vorgeschlagen werde. Die Reichsstellen bzw. der Generalinspekteur und Reichsminister für Waffen und Munition verträten hinsichtlich der Eingliederung eine andere Auffassung.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß auch die Bauverwaltung nur im Rahmen der allgemeinen Verwaltung ihre Tätigkeit ausüben könne. Das gehe auch daraus hervor, daß der Führer ihm als dem Generalgouverneur die volle Verantwortung für die gesamte Verwaltung übertragen habe. Auch die Hauptabteilung Bauwesen müsse sich deshalb an die Weisungen des Generalgouverneurs halten. Deshalb müsse der vorliegende Entwurf mit dem Staatssekretär und dem Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung nochmals durchgesprochen und dafür Sorge getragen werden, daß bis zum 1. Juli 1942 die Bauverwaltung des Generalgouvernements entsprechend der Struktur der anderen Hauptabteilungen organisiert werden. Er habe z.B. mit dem Führer über den Umbau

des Staatstheaters gesprochen und dabei das Wort fallenlassen: "Schließlich sei ja alles, was im Generalgouvernement geschehe, kriegswichtig; denn das Generalgouvernement als solches sei eine kriegswichtige Einrichtung." Wenn Wohnungsbauten für Beamte und Angestellte errichtet würden, so geschehe das zu dem Zwecke, um den Deutschen würdige Wohnstätten zu bereiten und weitere Deutsche nach dem Generalgouvernement zu ziehen. Es müsse endlich einmal aufhören, daß seine Gouverneure ihm immer wieder berichteten, daß die Hauptabteilung Bauwesen ein Hemmnis für die Durchführung ihrer Pläne darstelle. Er sei gern bereit, die Verantwortung für eine Neuordnung dieser Dinge zu übernehmen, und ersuche den Präsidenten Bauder, sich darauf zu berufen, daß der Generalgouverneur die volle Verantwortung übernehme. Andererseits sei es Pflicht des Präsidenten Bauder, der Regierung des Generalgouvernements ihre Aufgabe zu erleichtern, nicht aber die Regierungsdienststeller und Gouverneure in die Zwangslage zu versetzen, einen mehr oder minder illegalen Zustand hinnehmen zu müsser und Autoritätskonflikte herbeizuführen. Er beauftrage deshalb den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Summe von 20 000 Zloty für Durchführung von Bauvorhaben entsprechend erhöht werde. Andererseits müßten auch die Regierungsmitglieder darauf hingewiesen werden, daß eine gewisse Beschleunigung der Aktenvorgänge zu erfolgen habe. Auch sie müßten dem Generalgouverneur die Möglichkeit geben, sich durchzusetzen, und die schwierige Lage des Präsidenten Bauder berücksichtigen.

Präsident Bauder begrüßt es, daß er endlich einmal aus seiner Zwitterstellung herauskommen solle. Voraussetzung für die Durchführung dieser Neuordnung sei allerdings, daß nicht irgendwelche Dienststellen des Generalgouvernements ihm bei der Berliner Zentrale Schwierigkeiten machten. Er sei darauf gefaßt, daß

es zu harten Kämpfen kommen werde.

Der Herr Generalgouverneur sichert dem Präsidenten Bauder seine volle Unterstützung zu, verlangt aber von allen beteiligten Stellen, daß sie nunmehr jedes Bauvorhaben einer gemeinsamen Prüfung unterzöge.

Gouverneur Dr. Wächter bezeichnet es als notwendig, daß eine möglichste Stärkung der Stellung des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt gegenüber den anderen Einrichtungen, die der Abteilung irgendwie angegliedert seien, wieder L.Z. und der Liegenschaftsverwaltung herbeigeführt werde. Der Leiter der Abteilung sollte eigentlich auch Leiter der anderen Einrichtungen sein. Weiter müßten die starken Zentralisierungstendenzen, die sich immer noch in der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch nach dem Führererlaß zeigten, abgebaut werden. Gerade bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zeige sich im starken Maße das Bestreben, auch kleinste Angelegenheiten in die Zentrale zu ziehen. Das zeige z.B. die Anordnung über die Registrierung und Bewirtschaftung von Vieh und die Errichtung von Schlachtviehmärkten, für die die Zustimmung der Regierung erforderlich sein solle. Für diese und andere unwichtigen Angelegenheiten würde nicht einmal die Distriktsinstanz eine Zuständigkeit beanspruchen, sondern man könne ohne weiteres erwarten, daß der Kreishauptmann genügendes Verständnis dafür habe, wobei ja immer zu bedenken sei, daß die Regierung bzw. der Distrikt die Möglichkeit habe, als Aufsichtsinstanz einzugreifen.

Hauptabteilungspräsident Naumann kann in Aussicht stellen, daß für die größte Zahl der vom Vorredner angeführten Fälle demnächst eine befriedigende Neureglung stattfinden werde. Wennman jetzt zu einer Dezentralisierung übergehe, dann müßten aber

auch unter Hintanstellung der Versorgungslage der Distrikte die Weisungen der Hauptabteilungen unverzüglich befolgt werden. Angesichts der Notwendigkeit, Lieferungen an die Wehrmacht oder sonstige Dienststellen zu tätigen, müsse unter Umständen ein Distrikt von seinen Beständen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen etwas an einen anderen Distrikt abgeben. Man habe am 16. Mai die Kontingente der entscheidenden Nahrungsmittel für dieses und das nächste Jahr den einzelnen Distrikten auferlegt und ihnen freie Hand gelassen, wie sie in den Besitz dieser Kontingente kommen. Auch hinsichtlich der Einrichtung der Anbauflächen habe man den einzelnen Distrikten die Verantwortung überlassen. Auch für Fett und Butter würden in jedem Distrikt Aufbringungskontingente festgelegt werden. Es könne unmöglich bei dem Zustand bleiben, daß sich ein Distrikt zunächst immer selber versorge, ohne die Bedürfnisse anderer Distrikte zu berücksichtigen.

Die L.Z. sei eine Staatsgesellschaft. Der Staat habe für die Errichtung dieser Organisation seinerzeit 20 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt. Man habe der L.Z. gewisse Aufgaben übertragen. Das Wirken der L.Z. werde von allen Dienststellen anerkannt, und, von einigen Schwierigkeiten abgesehen, die der Aufbau einer so großen Organisation immer im Gefolge habe, habe sich diese Organisation im großen und ganzen so bewährt, daß sie auch für den weiteren Aufbau im Osten beispielgebend geworden sei.

Was die Stärkung der Stellung des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt angehe, so sei festzustellen, daß dieser Abteilungsleiter sowohl die Liegenschaftsverwaltung wie auch die Landinspektion vollständig in seiner Abteilung habe.

Die <u>Weidenerfassung</u> habe die Hauptabteilung im kriegswirtschaftlichen Interesse übernommen, da die Weiden für die Herstellung von Geschoßkörben dringend gebraucht würden.

Bekanntlich sei der Raps im vergangenen Winter fast restlos ausgewintert. Im vorigen Jahre habe man immerhin fast 3000 t Öl herstellen können, rund ⅓ des gesamten für das Generalgouvernement benötigten Fettes. Man müsse nun eine Vorratswirtschaft treiben, um über die Schwierigkeiten des Erntejahres 1942/43 hinwegzukommen. Wenn man jetzt die Rapsmenger die in Dschabors lägen, von dort nach Bielitz transportiert habe, so deshalb, weil es im Generalgouvernement nur eine einzige Margarinefabrik gebe.

Gouverneur Dr. Fischer gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß dem Distrikt Warschau wesentlich höhere Kontingente auferlegt worden seien als den übrigen Distrikten, und bittet um Auskunft, nach welchem Schlüssel die Verteilung vor sich gehe.

Hauptabteilungspräsident Naumann erwidert, daß man bei der Aufstellung der Kontingente die Anbaufläch je Distrikt, die Versorgungsberechtigten, die Selbstversorger und die mutmaßlichen Ernteergebnisse zu Grunde gelegt habe. Er müsse allerdings zugeben, daß genaue Unterlagen nicht zur Verfügung ständen. Hinsichtlich des Getreides müßten jedenfalls die Kontingentsmengen als vollkommen gerechtfertigt angesehen werden. Ein Vergleich des Distrikts Warschau mit dem Distrikt Krakau sei fehl am Platze; denn der Distrikt Krakau sei ein Viehzuchtdistrikt mit zahlreichen Wiesen und Weiden. Der Distrikt Warschau dagegen sei ein Distrikt, der Ackerland für Getreide und Kartoffeln besitze.

Abschließend faßt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Beratung zusammen. Er erklärt, daß er den von den Gouverneuren vorgebrachten Argumenten

immerhin einiges Gewicht beilegen müsse .

Der Herr Generalgouverneur beraumt für Sonnabend den 6. Juni 1942, eine Sitzung an, in der behandelt werden sollen:

1. Die Frage der Kammerorganisation
2. Die Frage der landwirtschaftlichen Zentralstelle
3. Die Fragen der Hauptabteilung Bauwesen
4. Einzelfragen, die den Gegenstand der heutigen Beratung gebildet haben.

Gouverneur Dr. Wendler wird beauftragt, in dieser Sitzung die anderen Gouverneure zu vertreten.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 50 Minuten.

Arbeitsbesprechung über die Zentralkammer

im Königsaal der Burg
am 6. Juni 1942.

Ausgefertigt in 2 Exempl

1. z.d.A. der Kanzlei
   des Generalgouv.
2. H. O.L.G.R.Dr.Weh

Anwesenheitsliste

für die Arbeitsbesprechung: Zentralreferenten der ges. Wirtschaft

am 6. Juni 1942

im Königsaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Koch		
Seyß-Inquart		
Backe		
Brandt		
Schmidt		
Stuckart		
Wetzel		
Dr. Landfried		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dr. Boepple		

Beginn der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur weist zu Beginn der Sitzung darauf hin, daß ihm verschiedene Beschwerden der Gouverneure anläßlich der letzten Gouverneurssitzung in Warschau Anlaß dazu gegeben hätten, einmal das ganze Problem der Kammerorganisation zum Gegenstand einer Besprechung zu machen. Leider fehle bei der heutigen Besprechung der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft.

Er habe geglaubt, daß es möglich sein müsse, alle Belange des die Gemeinschaft Interessierenden im Wege Generalgouverneur - Regierung - Gouverneure-Kreishauptmann und deren Ämter und Behörden sich vollziehen zu lassen. Im Laufe der Jahre habe es sich aber herausstellt, daß es notwendig sei, für die Aufgaben der Verwaltung autonome Gebilde einzuschalten. So entwickelte sich das Wirtschaftskammerwesen, das wider Erwarten einen sehr weitreichenden Einfluß auf die Staatsverwaltung genommen habe. Die plötzliche Blüte dieser Organisation habe ihn sehr erschreckt. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß z. B. der Kreishauptmann in die Lage kommen könne, am Sitz seines Kreises von einem polnischen Handwerker die Auskunft einholen müsse, ob die für einen vorgesehenen Zweck benötigten Materialien vorhanden seien. Weiter werde geklagt darüber, daß die Beiträge für diese Organisation sehr hoch seien und daß durch diese Kammern eine Verunklärung der staatlichen Zuständigkeit eintrete. Ziel der heutigen Sitzung solle sein, Klarheit darüber herbeizuführen, ob der Weg, den die Entwicklung der Kammerorganisation beschritten habe, gutgeheißen werden könne, oder ob dieser Weg da und dort einer Korrektur bedürfe; Ziel solle nicht sein, etwa die Auflösung der Kammern zu betreiben, denn was er einmal gegründet habe, wolle er nicht wieder auflösen. Er bitte also die

Gouverneure, kurz zu wiederholen, was sie an Hauptargumenten gegen die Kammerorganisation vorzubringen hätten, und anschließend Staatssekretär Dr. Boepple in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar der Zentralkammer und Frhr von Gregory um ihre Stellungnahme.

Gouverneur Kundt geht davon aus, daß er sich zum starken Befürworter der Einrichtung der Kammern gemacht und wesentlichen Anteil an der Formulierung der ersten Verordnung über die Zentralkammer gehabt habe. Im Gegensatz zum größten Teil der Regierung mit gegenteiliger Einstellung habe er die Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung immer wieder betont.

Ein wesentlicher Teil der Ursachen für die Unzufriedenheit der Gouverneure in ihrer Eigenschaft als Regierungskommissare der Distriktskammern - Gouverneur Zörner habe in der letzten Sitzung in Warschau sogar die Auflösung angeregt - sei darauf zurückzuführen, daß im Herbst vorigen Jahres eine Veränderung der ersten Verordnung durchgeführt und damit dem Streben nach Zentralismus großer Raum gegeben worden sei. Er mache darauf aufmerksam, daß damals entgegen der sonstigen Übung dieser Verordnungsentwurf den Gouverneuren nicht zur Stellungnahme vorgelegt worden sei.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erklärt, daß hier ein Irrtum vorliegen müsse. Gouverneur Wächter habe den Entwurf dieser Veränderungsverordnung als Vertreter sämtlicher Gouverneure in Krakau mit seinem Amtschef Wolsegger bei Staatssekretär Dr. Boepple durchberaten und ihm im Namen der Gouverneure zugestimmt.

Bei dieser Gelegenheit spricht sich der Herr Generalgouverneur dagegen aus, daß ein Gouverneur

im Namen der übrigen einem Verordnungsentwurf allein zustimmte. Er ersucht Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh um genaue Feststellung des damaligen Vorgehens.

Gouverneur Kundt führt weiter aus, daß die Firmen zwar Mitglieder der Zentralkammer und der Distriktskammern seien, ihre Beiträge aber allein an die Zentralkammer zu leisten hätten. Die Distriktskammer wisse nicht, wieviel Mitglieder und welche Mitglieder in ihrem Bereich vorhanden seien und was die einzelnen bezahlen müßten. Nicht einmal die Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft im Distriktsgebiet sei davon unterrichtet. Die Beitragszahlung sei also für das ganze Generalgouvernement bei der Zentralkammer zentralisiert. Er kenne keinen Staat von der Größe des Generalgouvernements mit einer derartigen Zentralisation. Die Distriktskammer habe an unmittelbaren Einnahmen lediglich einige Gebühren zur Verfügung.

Durch die zweite Verordnung sei auch der Einfluß des Vorsitzenden der Distriktskammern wesentlich herabgedrückt. Er habe in wesentlichen Dingen der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft überhaupt nichts mitzureden. Genau gesehen sei der Vorsitzende der Distriktskammern eine Person, von der lediglich der Titel existiere. Von den verschiedenen Anordnungen erfahre er überhaupt nichts. Er habe in den letzten dreivierteln Jahren keine Abschrift über die Absichten der Wirtschaftspolitik der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft bekommen. Die Hauptabteilung Wirtschaft erteile Anrodnungen an die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft, die nach unten im Distrikt wirksam würden, und der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt erhalte davon nicht einmal eine Abschrift.

Man habe den Anschein gelassen, als ob der Gouverneur etwas zu sagen hätte. Das sei aber praktisch z.B. bei der Ernennung des Leiters oder der Genehmigung des Haushaltes nicht der Fall. Bei Akutwerden der Veränderungsverordnung im Herbst vorigen Jahres habe er an Freiherrn von Gregory geschrieben; in der Antwort sei dieser aber nicht auf den Inhalt der geplanten Veränderung eingegangen. Eine persönliche Fühlungnahme sei nicht erfolgt. Es wäre zweckmäßig gewesen, darüber zu sprechen umso mehr, da er und Freiherr von Gregory in der ersten grundlegenden Besprechung über die Einrichtung der Kammer sich darüber klar gewesen seien, daß eine allzustarke Zentralisation nicht Platz greifen dürfe.

Ein dritter wesentlicher Punkt sei die stillschweigende und allmähliche Übertragung behördlicher Zuständigkeiten auf die Kammer. In den Vorsprechungen über den Zweck der Kammerorganisation sei nie davon die Rede gewesen, daß die Kammerfunktionäre behördliche Zuständigkeiten erhalten sollen, sondern nur davon, daß die Kammern eine fachliche Beratung und Betreuung für die Ziele der Regierung in einer Ergänzungsfunktion zur Behörde ausüben sollten. Die Verwaltungsorganisation erhalte davon nicht einmal Mitteilung, sodaß sich vor allem in der Rohstoffbewirtschaftung groteske Zustände ergäben. Die Bewirtschaftungsstellen hätten Kontingentierungen und Verteilungen von Rohstoffen an die Kammern abgegeben, ohne daß die Distriktsstellen davon unterrichtet worden seien. Es sei sogar vorgekommen, daß eine Bewirtschaftungsstelle sich geweigert habe, derartige Vereinbarungen zwischen der Bewirtschaftungsstelle und der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft bekannt zu geben. Bei der Wirtschaftsbesprechung in Krynica sei die Besprechung dieses Problems boykottiert worden. Sämtliche Leiter der Abteilungen Wirtschaft aller Gouverneure erklärten, daß ihre Tätigkeit all-

mählich unmöglich werde, denn sie seien einesteils wie ihr Gouverneur für die Wirtschaftspolitik ihres Distrikts verantwortlich, auf der anderen Seite aber in sehr wesentlichen Dingen, die die Kammer an sich gerissen habe, beiseite geschoben.

Weiter habe auf Grund der Verofdnung der Leiter in der Zentralkammer ein Strafrecht bis zu einer Höhe von 20 000 Zloty, während die Gouverneure ein solches nur bis zu einer Höhe von 3 000 Zloty besäßen. Sie würden nicht einmal davon Kenntnis erhalten, daß eine Firma in ihrem Gebiet bestraft worden sei.

Man müsse die Frage aufrollen, ob es richtig sei, den beruflichen Selbstorganisationen eine polizeihoheitliche Funktion dieser krassen Art zu gewähren. Es würde absolut genügen, wenn die betreffende Kammerorganisation einen Antrag auf Bestrafung bei der zuständigen Polizeiinstanz stellen würde.

Viel stärker habe sich in der letzten Zeit diese Tendenz der Strafrechtsbefugnis-Erlangung bei der Landwirtschaft zu entwickeln versucht. Das sei sogar so weit gegangen, daß der Kreislandwirt in unbegrenzter Höhe bestrafen könne, aber nicht der Kreishauptmann und der Gouverneur. Die Gouverneure und Kreishauptleute hätten das Recht, Strafen in unbegrenzter bzw. bestimmter Höhe zu verhängen, dringend nötig, da nur eine solche schnell ausgesprochene Strafe einen Erfolg zeitige.

Ein weiterer grundsätzlicher Punkt sei folgender: während zwischen der Regierung des Generalgouvernements und der Zentralkammer das gegenseitige Verhältnis so sei, daß die Zentralkammer im Wege der Verwendung des Stellvertreters des Staatssekretärs in gewissem Sinne der Regierung unterstellt sei, sei das Verhältnis beim Distrikt, in dem lediglich die Personalunion durch den vorsitzenden Gouverneur

gegeben sei, schon lockerer; ein Weisungsrecht des Abteilungsleiters Wirtschaft auf die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft bestehe nicht. Während im Distrikt der Leiter der Abteilung Forsten und der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gleichzeitig der Leiter der Kammer sei, bestehe beim Gewerbe leider die Trennung. Es wäre ausgezeichnet, wenn der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft zugleich der Leiter der Distriktskammer wäre.

Eine starke Verbitterung in das gesamte Personal der Abteilungen Wirtschaft in den Distrikten und bei den Kreishauptleuten bringe die Tatsache, daß ihre Bezüge viel niedriger seien als die der in der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft beschäftigten Personen. Es bestehe ein großer Gehaltsunterschied zwischen den Bezügen der Leiter der Abteilungen Wirtschaft der Distriktsbehörden, die doch die Gesamtverantwortung für die Wirtschaftspolitik trügen und mindestens die gleichen Fähigkeiten wie die Leiter der Kammern besitzen müßten, und dem Geschäftsführer der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft in den Distriktskammern. Durch diese Tatsache würde das Personal, das in den Abteilungen Wirtschaft der Distriktsbehörden arbeitete, in die Kammern weggelockt

Während in der Distriktsebene zwischen Kammer und Behörde infolge der Personalunion des Regierungskommissars noch eine lockere Verbindung bestehe, sei in der Ebene der Kreishauptleute überhaupt keine Regelung getroffen. Lediglich auf landwirtschaftlichem Sektor sei nach Kampf der Gouverneure und Kreishauptleute mit Landesbauernführer Körner erreicht worden, daß der Kreislandwirt dem Kreishauptmann unterstehe. Jedoch habe der Kreishauptmann oder sein Amt für Wirtschaft überhaupt keiner/lei Einfluß auf die örtlichen Gliederungen der sogenannten Selbstverwaltung. Das sei von besonderer Bedeutung, da im Gegensatz zur Regierungs- und Distriktsebene in der lokalen Ebene meist polnische Leute die oberste Spitze darstellen. Man könne eben Einrichtungen

aus dem Reich nicht einfach in Gebiete mit fremdvölkischen Bewohnern übertragen. Die Auswirkungen könnten derart werden, daß z.B. ein polnischer Innungsmeister von einem deutschen Frisör die Vorweisung des Meisterbriefes verlangen könne. Auch könne vorkommen, daß der Kreishauptmann gewisse benötigte Materialien, die bewirtschaftet würdnn, vom polnischen lokalen Repräsentanten der Gewerblichen Selbstverwaltung anfordern müsse. Er sehe nicht ein, warum nicht der Kreishauptmann der lokale Verteiler von bewirtschafteten Gütern sein könne. Daraus ergebe sich die Frage, in welche Rechtsstellung der Kreishauptmann bzw. sein Amt für Wirtschaft gegenüber den lokalen Faktoren der wirtschaftlichen Selbstverwaltung gebracht werden solle. Auch sei es zweckmäßig, die da und dort vorhandenen Außenstellen der Kammern formell und vorschriftsmäßig in ein Verhältnis zum Kreishauptmann zu bringen. Desgleichen sei von Bedeutung, daß zumindest der Gouverneur wenn nicht auch der Kreishauptmann von Verhandlungen mit großen Betrieben zwecks Stillegung, Einschränkung oder Förderung der Produktion unterrichtet werde. Die ganze politische Leitung des Distrikts wäre eine mechanische Aktenschreiberei, wenn der Gouverneur nicht die gewerbliche Wirtschaftspolitik zu einem Hauptpunkt seines täglichen Interesses machen könne. Gerade in dieser Beziehung werde aber sein Einfluß immer mehr und mehr ausgeschaltet.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> faßt die Hauptbeschwerdepunkte von Gouverneur Kundt folgendermaßen zusammen:

All zu starke Zentralisierung der Mitgliederschaft;

Stellung der Gouverneure als Regierungskommissare der Distriktskammern nur fiktiv und nicht in Erscheinung tretend (Ehrenposition);

zu starke Übertragung behördlicher Zuständigkeiten auf die Kammer;

Totalbetrachtung der Struktur der Kammern und Konstruktion beim Kreishauptmann.

Gouverneur Dr. Wendler schließt sich im großen und ganzen den Ausführungen von Gouverneur Kundt an, erklärt aber ebenfalls, daß er kein Feind der Kammerorganisation sei. Auch nach seiner Erfahrung hätten die Zentralisierungsbestrebungen grossen Umfang angenommen. Die Abteilungen in den Distrikten würden vielfach ausgeschaltet werden. In der Zentralkammer werde z.B. entschieden, was kriegswichtig ist; so sei angeordnet worden, daß im Gebiete des Generalgouvernements die Erfassung sämtlicher Hausverwaltungen zu geschehen habe, während die Bestimmung der Großhändler heute noch nicht erledigt sei. Auch werde direkt in die Wirtschaft hineinregiert, ohne daß der zuständige Kreishäuptmann gehört werde. Seine Hauptbedenken richteten sich gegen die übersteigerte Zentralisierung.

Staatssekretär Dr. Boepple räumt in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar der Zentralkammer ein, daß die unteren Stellen der Zentrale die Neigung zeigten, von sich aus in die Distrikte und Kreise hineinzuregieren. Diesen Bestrebungen müsse selbstverständlich entgegengetreten werden. Leider hätten gerade die tüchtigsten Beamten die größte Neigung, sich nach dieser Richtung zu betätigen.

Klar sei, daß die Zentralisierung bei einem eben entstandenen Gebilde zu Anfang stärker sei als nach Einspielung des aufgebauten Apparates. Die Gouverneure hätten aber in ihrer Eigenschaft als Regierungskommissare der Distriktskammern dieselben Rechte wie der Regierungskommissar der Zentrale.

Wer in ihrem Bereich nicht pariere, könne von ihnen gepackt werden. Er werde bei jeder Gelegenheit die Hauptabteilungen, vor allem die Hauptabteilung Wirtschaft aufmerksam machen, daß sie im engsten Kontakt mit den Gouverneuren zu arbeiten hätten; es gehe nicht an, daß der Distriktschef keine Mitteilung von den Anordnungen der Hauptabteilungen bekomme.

Bezüglich der Strafbefugnis gibt der Herr Generalgouverneur seinem Willen Ausdruck, daß das Recht auf Verhängung von Strafen grundsätzlich beim staatlichen Sektor, also bei der Polizei liegen müsse und er gibt diese Erklärung Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh offiziell zur Kenntnis. Weiter weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß es ein unerträglicher Zustand sei, wenn der Kreishauptmann zwecks Erlangung von bewirtschafteten Gütern sich an den zuständigen polnischen Innungsmeister wenden müsse.

Staatssekretär Dr. Boepple kommt dann auf die Betriebsstillegungen zu sprechen. Sie würden in Zusammenarbeit mit der Rüstungsinspektion verfügt. Es sei begreiflich, daß das Vorgehen in dieser Beziehung unbedingt zentral gesteuert werden müsse. Auf Antrag sagt er den Gouverneuren zu, daß sie davon jeweils rechtzeitig Mitteilung erhalten würden.

Gouverneur Kundt erklärt in diesem Zusammenhang, daß nicht einmal die vollständige Unterrichtung der Staatssekretäre von seiten der Hauptabteilungsleiter gepflogen werde. Es würden Erlasse herausgegeben, von denen die Staatssekretäre nichts wüßten.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet dahingehend, daß die Unterrichtung der Gouverneure auf allen Gebieten durch einen direkten Brief zu geschehen habe, da sie jeder Zeit im Bilde darüber sein müßten, was sich in ihrem Gebiet ereigne. Er for-

dert größere kameradschaftliche Aufgeschlossenheit. Auch müßten alle Hauptabteilungen von sämtlichen Anordnungen in Kenntnis gesetzt werden.

Im Gegensatz zu einer Behauptung von Gouverneur Fischer, daß in seinem Distrikt ohne sein Wissen ein Studienrat versetzt worden sei, erklärt Staatssekretär Dr. Boepple, daß dieser Studienrat in seiner alten Stelle in Warschau Dienst tue.

Bezüglich der von den Gouverneuren gerügten Überbezahlungen in der Kammerorganisation müsse er feststellen, daß die Schreibkräfte absolut korrekt nach der Tarifordnung bezahlt würden. Nur die Bezahlung der leitenden Kräfte sei höher als bei den Beamten des Distrikts. Der Grund hierfür liege darin, daß man die dafür benötigten Fachkräfte aus hochbezahlten Stellungen der deutschen Wirtschaft engagieren müsse.

Die Zulassung von Gewerbebetrieben sei zentral geregelt worden, obwohl es wünschenswert sei, daß der Distriktschef und der Kreishauptmann solche Zulassungen von sich aus machen könnten. Maßgebend dafür sei gewesen, daß im Generalgouvernement sehr viele Handwerksbetriebe gar nicht erwünscht seien; es dürfe z.B. nicht der Fall eintreten, daß ein deutscher Frisör aus Mangel an deutscher Kundschaft Polen bedienen müsse. Daher sei die zentrale Lenkung dieser Angelegenheit nötig.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Anschauung Ausdruck, daß es genügen müsse, wenn die Zentrale den Distriktsstellen allgemeine Anweisungen gebe, daß sie z.B. erkläre, so und soviele Betriebe könnten zugelassen werden. Auf diese Weise könne sie sich von sehr viel Kleinkram befreien.

Zur Frage der Mitgliedsbeiträge (nach Ansicht von Gouverneur Wendler hat ein Mitglied Beiträge an 2 verschiedenen Stellen zu entrichten) äussert Staatssekretär Dr. Boepple , dass zwischen der Wirtschaft und der Ernährung und Landwirtschaft ein Abkommen getroffen worden sei, dem zufolge in Fällen, in denen ein Betrieb bei Beiden verankert sei, nur ein Beitrag bezahlt werden müsse. Er werde Nachforschungen über die Einhaltung dieser Abmachung anstellen. Für die Festsetzung der Höhe der Beiträge schalte er den Preiskommissar, die Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilung Wirtschaft, ein, sodass 3 Kontrollinstanzen darüber bestimmen würden.

Staatssekretär Dr. Boepple verspricht, eine nochmalige zusammenfassende Darstellung der Aufgaben der Zentralkammer an die Gouverneure zu übersenden.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh regt die Verkündung der Beitragsordnung im Amtlichen Anzeiger an, der der Herr Generalgouverneur befürwortend zustimmt.

Dr. Freiherr von Gregory nimmt dann in eingehenden Ausführungen Stellung zu der Organisation der Zentralkammer und zu den von den Gouverneuren vorgebrachten Beschwerden.

Einleitend spricht er sich für die Notwendigkeit der Kammerorganisation aus. Im Generalgouvernement benötige der Staatsapparat ebenfalls eine Ergänzung durch eine Hilfsorganisation , wie sie die Selbstverwaltungskörperschaft darstelle. Diese müsse alle kleinen Aufgaben durchführen, damit sich der Staatsapparat unbelastet seinen richtigen hoheitlichen Aufgaben widmen könne. Eine fremdvölkische Wirtschaft bedürfe in viel stärkerem Masse als eine rein deutsche Wirtschaft der Erziehung und Betreuung. Man müsse

nur dafür sorgen, dass diese Organisation restlos mit dem Staatsapparat zusammenspiele und nicht ihren eigenen Weg gehe und dass der Staatsapparat über alle Geschehnisse den genügenden Überblick habe. Er sei sich darüber klar, dass bei dem schwierigen Aufbau der Kammerorganisation Reibungen und unerfreuliche Zustände aufgetaucht seien, hoffe aber ebenso sehr, + dass sich diese Reibungen zusehends würden beseitigen lassen. Man habe im Generalgouvernement eine ganz moderne Organisation aufgezogen, die für das Reich Vorbild gewesen sei; denn die Gauwirtschaftskammern des Reiches seien letzten Endes eine Nachahmung der Organisation, die man vor einem Jahr im Generalgouvernement ins Leben gerufen habe.

Nach seiner Überzeugung sei diese Organisation als Erziehungsorgan für die Polen notwendig. Zweckmässig sei es , im Generalgouvernement in einer auf die politischen Verhältnisse abgestimmten Organisation ein Instrument in der Hand zu haben, das auch von der Front her dem Regierungsapparat Meldung erstatten könne, auf Schwierigkeiten hinweisen würde, die durch staatliche Massnahmen entstanden seien, und auch eine gewisse treuhänderische Fürsorge für die Wirtschaftsorgane gegenüber dem Staat darstelle. Im besonderen Masse müsse das für die im Lande lebenden deutschen Unternehmer zutreffen. Auch für die polnischen und sonstigen Unternehmer müssten die in dieser Organisation stehenden Deutschen in gewissen Grenzen sorgen; das dürfe freilich niemals in der Öffentlichkeit geschehen. Selbstverständlich hätten nur die Regierungsorgane das Recht, die Berechtigung von Beschwerden bezw. die Abstellung anzuerkennen oder zu verfügen.

Während im Reich noch immer die Gauwirtschaftskammern bis zu einem gewissen Grade neben der Fachorganisation herliefen, habe man hier den Zustand

erreicht, dass die Distriktshauptgruppe eine Einheit darstelle, aber doch in zwei Teile geteilt sei, nämlich einen, der die gesamtwirtschaftlichen Aufgaben zu vertreten habe, und einen fachlichen Teil, der als Unterorganisation der zentralen Fachorganisation in der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft in der Distriktskammer, die grösstenteil zentral zu lösenden fachlichen Dinge auszuführen habe. Die meisten Schwierigkeiten kämen davon her, dass unten in den Distrikten dieser fachliche Teil mit dem gesamtwirtschaftlichen Teil in der Distriktshauptgruppe noch nicht genügend zusammenspiele. Die Hauptaufgabe der Leiter der Distriktskammern müsse die Erreichung des Zusammenspielens der fachlichen und gesamtwirtschaftlichen Organisation sein.

Der Distriktsleiter habe die Pflicht, den Regierungskommissar (Gouverneur) ständig auf dem Laufenden zu halten. Sache des Regierungskommissars sei es, diese Unterrichtung selbst unter Androhung der Absetzung vom Distriktsleiter zu erreichen. Die Tätigkeit von Dr.Wenischnigger in Krakau und Dr.Gurski in Lemberg gäben in dieser Beziehung zu keinen Beanstandungen Anlass.

Die Schwierigkeit, die gesamtwirtschaftlichen und fachlichen Aufgaben in Gleichklang zu bringen, rührten vor allem davon her, weil im Generalgouvernement bislang eine Fachorganisation nicht bestanden hätte; sie sei erst im März 1941 durch Verordnung geschaffen worden und müsse sich erst einspielen. Verzichten könne man auf diese Fachorganisation nicht, da fachliche Aufgaben, die im Wesentlichen nur zentral mit der Hauptabteilung Wirtschaft gelöst werden könnten, nicht in den 5 Distrikten verschiedenartig angepackt werden dürften. Die Aufgabe der Distriktskammern sei es, die gesamtwirtschaftlichen Interessen des Distriktes zu wahren und daneben auch die fach-

lichen Aufgaben, deren Lösung zentral geschehen müsse, durchzuführen. Die Zentralkammer gebe die fachlichen Weisungen, die in der Distriktshauptgruppe mitausgeführt würden. Selbstverständlich sei es, dass der Hauptleiter in der Distriktsgruppe unterrichtet sein müsse. Er habe auch die Pflicht, den Gouverneur als den Distriktskommissar in allen Dingen zu unterrichten.

Im Gegensatz zur Meinung von Gouverneur Kundt müsse festgestellt werden, dass die Distriktshauptgruppe einen eigenen Haushalt zur Verfügung habe. Die Zentrale stehe auf dem Standpunkt, dass ebenso wie der Staatshaushalt auch der Haushalt der gesamten Organisation der gewerblichen Wirtschaft eine Einheit darstellen müsse, in der für die 5 Distrikte Unterhaushalte beständen. Dieser Unterhaushalt werde vom Distriktsgruppenleiter aufgestellt, der ihn mit dem Distriktskommissar abstimmen müsse. Der Distriktskommissar habe ihn nach Bewilligung dem Regierungskommissar der Zentralkammer vorzulegen; er könne also bei der Aufstellung des Distriktshaushaltes jederzeit seinen Einfluss geltend machen.

In der Beitragsfrage habe man im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich einen Fortschritt insofern erzielt, dass im Generalgouvernement ein Mitglied nur einen Beitrag zu leisten habe. Der Beitrag werde nicht zentralistisch und willkürlich erhoben. Im Ganzen seien im Gebiete des Generalgouvernements 168 500 Betriebe erfasst. Die Beiträge würden mit Ausnahme derjenigen der Industriebetriebe und der wenigen Banken-und Versicherungsbetriebe (41) in den übrigen Gruppen dezentral, in den Distrikten eingezogen. Sie würden in die Kasse der Distriktskammern fliessen, die sich davon die Mittel für ihren Haushalt zurückbehalten können und nur den Rest an

die Zentrale abzuführen hätten. Die Zentrale ziehe also vielleicht ein Drittel der Beiträge ein. Für die Zentrale Einziehung der Beiträge in der Gruppe Industrie habe die Überlegung der Beschaffung der nötigen Geldmittel für die Zentrale eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Ausserdem würden die Distriktsgruppen als Rechtsnachfolger der Polnischen Industrie-und Handelskammern noch über zusätzliche Einnahmen. In den nächsten Tagen werde dem Regierungskommissar der Zentralkammer, Staatssekretär Dr. Boepple, eine Gebühren-und Beitragsordnung vorgelegt werden, über die dann die Regierung ihre Entscheidung treffen könne. Mit diesem elastischen Verfahren sei der Finanzhoheit der Distriktsgruppen genügend Rechnung getragen.

Erstaunt sei er über die Beschwerde, dass der Distriktsgruppenleiter nicht wisse, wer bei ihm Mitglied sei. Jedes erfasste Mitglied werde in der Zentralkartei und in den 5 Teilkarteien der Distrikte geführt; die Erfassung der Betriebe geschehe über den Distrikt; nur bei der Gruppe Industrie sei das Verfahren umgekehrt, da eine zentrale Erfassung dieser Betriebe an Hand der Bewirtschaftungsstellen leicht durchgeführt werden könne. In diesem Falle mache die Zentrale aber Meldung an dem für diesen Betrieb zuständigen Distrikt.

Auch nach dem Sinne der Verordnung sei der Einfluss der Regierungskommissare in den Distrikten gewährleistet. Der Regierungskommissar könne sich fortlaufend durch den Hauptgruppenleiter im Distrikt unterrichten lassen. Denkbar sei, dass der Distriktsgruppenleiter nicht immer über die Geschehnisse in den Fachgruppen orientiert sei. Sobald ihm ein solcher Mangel bekannt würde, würde er durchgreifen, wie er immer den Herren zur Pflicht mache, ihre Hauptgruppenleiter zu unterrichten.

Dr.Freiherr von Gregory bittet dass Gouverneur Kundt um Entschuldigung dafür, dass er eine persönliche Fühlungnahme mit ihm unterlassen habe und erklärt diese Tatsache mit grosser Arbeitsüberlastung beim Aufbau der gesamten Apparatur. Beim Besuch eines Distrikts werde er immer dem Gouverneur und dem Distriktsleiter der Abteilung einen Besuch abstatten.

Übertragung von Behördenfunktionen an die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung:

Auch im Reich habe man zur Entlastung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung Bewirtschaftungsmassnahmen (Verteilung von Klein-und Kleinstmengen) weitgehend den Bewirtschaftungsstellen übertragen. Selbstverständlich sei es, dass die Unterabteilung Distrikt über eine solche Massnahme unterrichtet werde. Wenn gesagt worden sei, dass der Kreishauptmann beim polnischen Innungsmeister um Zuteilung von bewirtschafteten Material einkommen müsse , so weise er darauf hin, dass das nicht ganz zutreffend sei, denn diesen Weg habe nur der polnische Handwerker, dem der Kreishauptmann einen Auftrag erteilt habe, zu gehen.

Das Strafrecht sei vielleicht in seiner jetzigen Höhe nicht nötig. Bis jetzt habe man es auch noch nicht angewandt. Im Reich betrage die oberste Grenze 5000.-RM. Bei der Festsetzung der Höhe im Generalgouvernement sei davon ausgegangen worden, dass es viel schwieriger sei, fremdvölkische Unternehmer in Ordnung zu halten. Er würde die Befreiung von dieser Strafbefugnis nur begrüssen.

Zu der Forderung " Verbindung zwischen dem Leiter der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft in den Distrikten und dem Leiter der entsprechenden Distriktsabteilung" müsse er sagen, dass die Arbeit bei-der Herren soviel Arbeitskraft beanspruche, dass ein Einziger beide Arbeitsgebiete nicht bewältigen könne. Darüber hinaus sei es wünschenswert, dass eine gewisse Polarität be-

stehe. Auch er betrachte es als einen unerwünschten Zustand, dass deutsche Betriebsführer polnischen Innungen angehörten. In vielen Kreisen gäbe es aber so wenig deutsche Handwerker, dass man dafür nicht eine besondere Organisation schaffen könne. Gelöst sei diese Frage an Orten, an denen der Deutsche der Leiter der polnischen Innung sei. Man plane die Zusammenfassung aller deutschen Unternehmer in Distrikts-bezw.Kreisinnungen.

Dr.Freiherr von Gregory geht zum Schluss noch auf einige kleinere Beschwerden der Gouverneure (Anstellung von Untersuchungen der Fachgruppe Steine und Erden, Betriebsstillegungsfragen usw.) ein und erklärt dabei, dass diese Arbeiten von der Zentralkammer nur im Auftrage des entsprechenden Referats der Hauptabteilung Wirtschaft durchgeführt würden. Die Zentralkammer fälle in diesen Dingen keine Entscheidung , sondern behandle sie nur vorbereitend und gutachtlich. Mit noch nicht 120 deutschen Angestellten müsse die Kammer für 168 500 Betriebe einstehen.

Der Herr Generalgouverneur dankt Freiherrn von Gregory für seine eingehende Stellungnahme und ersucht die Vertreter der Regierung um Abgabe ihres Standpunktes.

Ministerialrat Plodeck erklärt, dass die Organisation der gewerblichen Wirtschaft grundsätzlich zu begrüssen ist. Sie müsse dazu da sein, die Mittelstellung zwischen der rein staatlichen Führung der Wirtschaft und der eigentlichen Wirtschaft herstellen. Vermieden werden müsse aber, was in dieser Besprechung überzeugend zum Ausdruck gekommen sei, das zunehmende Abgleiten von behördlichen Aufgaben auf die wirtschaftliche Selbstverwaltung. Ansätze dazu müssten radikal beseitigt werden. Den Anregungen der Gouverneure werde man weitgehend folgen müssen. Daher seien Überlegungen anzustellen, inwieweit

die Gouverneure und ihre Wirtschaftsabteilungen mit mehr Durchschlagskraft als bisher in die Abwicklung der Arbeit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft einzuschalten seien. Er sei der Auffassung, dass immer noch die Führung bei der staatlich organisierten Wirtschaft liegen müsse und dass daher die Organisation der gewerblichen Wirtschaft nur ein Hilfsorgan darzustellen habe. Auch von Gregory habe die gleiche grundsätzliche Auffassung; er habe zugegeben, dass sich Dinge ereignet hätten, die nicht seine Billigung fänden. Nach seiner Meinung würden sich diese Reibungen in internen Besprechungen beseitigen lassen.

Ministerialrat Dr.Siebert sieht die 3 ihm interessierenden Fragen " Strafrecht, Verhältnis der Kammer zum Kreishauptmann und Verhältnis der Polen zu den Deutschen " als geklärt an.

Bankdirigent Paersch stellt Vergleiche mit der Wirtschaftorganisation des Reiches an und kommt zu dem Schluss, dass die im Generalgouvernement gefundene Form im Grunde richtig sei. Jetzt drehe es sich nur darum, die innerhalb des eineinhalbjährigen Ablaufes dieser Einrichtung gesammelten Erfahrungen der Organisation anzupassen. Für diese Zwecke schlage er die Einsetzung eines kleinen Ausschusses, in dem der Regierungskommissar, der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, ein Gouverneur und eventuell andere vertreten sein sollten, vor.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky schliesst sich den Ausführungen seines Vorredners an. Auch er habe in der Finanzverwaltung die besten Erfahrungen gemacht. Zweckmässig scheine ihm die Herstellung einer gewissen örtlichen Nähe und die Verlagerung der Probleme

in die Distriktsinstanzen auf dem Gebiete der Kammerorganisation. Durch die Zentralkammer könnten Erfahrungen und allgemeine Richtlinien in die Distrikte hinausgegeben werden. Vom Standpunkt der Finanzverwaltung müsse er grössten Wert darauf legen, dass in der Beitragsleistung nicht zu starke Belastungen der Wirtschaft einträten; Man müsse erreichen, dass der Zweck mit den geringsten finanziellen Mitteln erreicht werde. Gleichzeitig müsse er aber vor der Gefahr warnen, die darin liege, dass Erhebungen zur Erlangung von Entscheiduhgen, was kriegswichtig sei, bis nach unten in die Kreise gingen. Aus diesem Sektor heraus könnten wertvolle Nachrichten an die polnische Widerstandsbewegung fliessen. Polnische Organisationen auch im Kleinen ohne unmittelbare deutsche Aufsicht und Führung stellten immer eine gewisse Gefahr dar.

Der Herr Generalgouverneur ersucht am Schluss der Sitzung Staatssekretär Dr. Bühler, alle beachtlichen Momente der beiden Parteien, die in der vorangegangenen Aussprache vorgetragen worden sind, zusammenzuschmelzen und in einer Ergänzung zur Zentralkammerverordnung niederzulegen, und spricht sein Vertrauen darüber aus, dass eine gesunde Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Regierungsinstanzen und der Kammer stattfinden wird.

Schluss der Sitzung 12^{05}

Polizeisitzung

im Königssaal der Burg zu Krakau

am 18. Juni 1942.

Ausgefertigt in 2 Exempl.

1. Z.den Akten d. Kanzl. des GG.eurs.

2. Staatssekr. Dr. Bühler

Anwesenheitsliste

für die Polizeisitzung

am 18. Juni 1942 Vorm. 10 Uhr

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	
[illegible]	[illegible]	
[illegible]	[illegible]	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Abt. Leiter Forw. Verw.	[illegible]
[illegible]	Leiter d. Amts für Gesetzgebung	Regierung
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Sitzung mit folgender Ansprache ein:

Meine Herren! Ich freue mich sehr, daß ich Sie in der heutigen Sitzung begrüßen kann und mir und uns allen Gelegenheit gegeben ist, im Zusammenhang über die großen Fragen, die sich aus der allgemeinen Verwaltung des Generalgouvernements und der Sicherheitslage ergeben, zu sprechen.

Die Situation des Generalgouvernements in ihrem äußeren Aufbau hat in den letzten Wochen einen entscheidenden Abschluß dadurch erfahren, daß zwischen dem Reichsführer SS Himmler und mir eine endgültige Vereinbarung über die Position des Sicherheitswesens im Generalgouvernement getroffen wurde, die auch die Billigung des Führers gefunden hat. Auf Grund dieser Vereinbarung wird im Generalgouvernement ein Staatssekretariat für das Sicherheitswesen errichtet, mit dessen Leitung der Höhere SS- und Polizeiführer Parteigenosse Krüger beauftragt worden ist. Im Zusammenhang damit habe ich dann mit Reichsführer SS Himmler eine Vereinbarung getroffen, die gewisse Streitfragen, die öfter aufgetaucht sind, bereinigt.

(Der Herr Generalgouverneur verliest den Text dieser Vereinbarung).

Wichtig ist in dieser Vereinbarung vor allem die Regelung der Befehlsgewalt: der Reichsführer SS kann dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen Befehle erteilen, vor deren Vollzug allerdings mein Einverständnis einzuholen ist. Andererseits habe ich mich verpflichtet, Polizeiverordnungen nur im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS Himmler zu erlassen.

Damit sehe ich nun den Aufbau des Generalgouvernements als eines Nebenlandes des Großdeutschen Reiches äußerlich für abgeschlossen an. Danach haben die inneren organisatorischen Probleme für die Dauer des Krieges ganz allgemein hinter die großen uns beschäftigenden Probleme zurückzutreten. Diese großen Probleme werden in der nächsten Zeit manche Schwierigkeiten für uns bringen.

Ich habe nun den Plan gefaßt, die Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger um die Einberufung dieser Sitzung zu bitten, weil es meine Absicht ist, eine solche Sitzung mit den unmittelbaren Sachbearbeitern der Distrikte zu wiederholen. Das Maß der Arbeit, die auf den Herren der Ämter wie der Sicherheit liegt, ist mir wohl bekannt. Ich weiß, welche ungeheure Verantwortung sie draußen in den Distrikten zu tragen haben; das wissen auch die Herren der Regierung und des Staatssekretäriats für das Sicherheitswesen. Ich möchte den Herren daher von seiten der Verwaltung und auch der SS-Führung meinen herzlichsten Dank für die wirklich hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen, die sie leisten. Damit verbinde ich aber auch die Erwartung, daß im Verfolg dieser Neuregelung gewisse persönliche Schwierigkeiten, die sich vielleicht gezeigt haben, zurückgestellt werden. Trotz der bedrohlichen Situation, in der sich doch manchmal gewisse Bereiche des Generalgouvernements bis jetzt befunden haben, ist es geglückt, hier eine Ordnung aufzurichten. Wir können feststellen, daß die allgemeine Situation im Generalgouvernement wesentlich günstiger ist als die in anderen Gebieten. Dem unermüdlichen und tapferen Zugreifen unserer Sicherheitsorgane, dem vernünftigen und logischen Gefüge des Regierungssystems ist zu danken, daß wir die Riesenaufgabe meistern konnten, 18 Millionen Fremdvölkischer unter deutscher Autorität zusammenzufassen. Ganz allgemein gesehen ist diese Aufgabe

bisher von niemandem in einer solchen Form gelöst worden.

Wenn wir die Kriterien und kritischen Stimmen, die sich in den letzten Monaten da und dort, etwas künstlich aufgebauscht, gegenüber dem Generalgouvernement gehäuft haben, prüfen, so können wir sie auf betrübliche Einzelerscheinungen zurückführen, die liquidiert sind oder liquidiert werden können. Ich muß aber doch auch feststellen, daß sich die weitaus überwiegende Masse der Deutschen im Lande wirklich hervorragend bewährt hat. Man muß das immer wieder sagen, weil es ja viel leichter ist, von außen her über uns mit Fehlvorwürfen herzufallen, als das nachzumachen, was wir aus Schmutz, Unordnung und Verwahrlosung aufgebaut haben. Vor allem darf ich feststellen, daß hinsichtlich der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements, abgesehen von einer traurigen Ausnahme, doch eigentlich in keiner Weise irgendwie der Schatten eines Verdachtes über uns geworfen werden könnte. Abgesehen von jenen Erscheinungen, die mir einige Sorge bereitet haben, kann ich doch zu meiner Freude erklären, daß die Gesamthaltung des Staates und dieses Landes gerade angesichts dieser Schwierigkeiten überraschend gut war~~en~~.

Das Verhältnis zur Wehrmacht ist im allgemeinen sehr gut. Allerdings muß ich in diesem Kreise sagen, daß sich für uns im Hinblick auf die Wehrmacht zur Zeit zwei Umstände sehr unangenehm bemerkbar machen. Zunächst einmal muß man bei der Truppe eine Schwächung der allgemeinen Disziplin, vor allem bei ihrem Verhalten in Lokalen, Gaststätten usw. ~~zeigt~~. Ich habe fast den Eindruck, daß Offiziere der Wehrmacht eine Scheu haben, unmittelbar einzugreifen, aus der Befürchtung heraus, sie könnten sich nicht genügend durchsetzeh. Ob das

nun alles Frontsoldaten sind, die diese Disziplinlosigkeit zeigen, möchte ich noch bezweifeln; ich glaube beinahe, daß manchmal sehr viel Etappe dabei ist. Auf diese Frage werde ich vielleicht noch zurückkommen, weil ich Sie bitten möchte, mir Berichte darüber zu erstatten.

Der zweite Umstand, der sich unangenehm bemerkbar macht, liegt darin, daß wir hier verschiedene Militärbefehlsbereiche haben, einmal in Gestalt des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement, zum anderen in Gestalt des eigentlich schon friedensmäßig aufgezogenen Luftgaukommandos, endlich in Gestalt der unmittelbaren Truppenführung der durchmarschierenden Kolonnen, die weder von der einen noch der anderen Stelle abhängig sind und, da sie nur kurze Zeit im Generalgouvernement bleiben, meistens nicht so diszipliniert sind, daß sie für die Aufrechterhaltung der Ordnung besonders brauchbar wären. Diese Entwicklung macht mir Sorge, weil die Anforderungen, die seitens des Reiches für Bereitstellung von Öl, Nahrungsmitteln, Pferden, Unterkunft, Verpflegung an das Generalgouvernement gestellt werden, ununterbrochen steigen. Trotz aller Hinweise auf die völlige Erschöpfung unseres Gebietes erhalte ich fast jeden Tag von einer Berliner Zentrale einen Brief, wir sollten mit Pferden aushelfen oder das und das zusätzlich liefern. Neuerdings kam wieder ein Hilferuf aus Lublin, wo für die Wehrmacht 4000 t Kartoffeln verlangt wurden.

Wir werden also in den kommenden Monaten in große Schwierigkeiten geraten. Das ist nun allerdings auch das Zentralproblem insofern, als Sie bedenken müssen, daß man, ohne uns zu fragen, einfach von Berlin aus den Sold der Truppe im Osten verdoppelt. Jeder Soldat erhält jetzt 4 Zloty, je Mark die er hier ausgeben oder nach Hause schicken oder mit denen er etwas kaufen will. Weiter hat mir das Reich nunmehr ganz offiziell mitgeteilt, wie dort

die Schwierigkeiten eingeschätzt werden und daß aus dem Generalgouvernement unbedingt auch noch Lebensmittel ins Reich geschafft werden müßten. Sie sehen also, vor welchen massierten Schwierigkeiten wir in den nächsten Monaten stehen werden. Das gemütliche Leben im Generalgouvernement ist vorbei, und Sie, Herr General Becker, werden wohl auch bestätigen, daß es früher hier gemütlich war.

Ich hatte Gelegenheit, am 23. Mai dieses Jahres zu einer entscheidenden Besprechung vom Führer empfangen zu werden und mit dem Führer die gesamten Probleme des Generalgouvernements eingehend zu erörtern. Dabei war die Feststellung sehr beachtlich, daß der Führer voller Anerkennung für die Leistungen des Generalgouvernements ist. Er hat das in schönsten Worten zum Ausdruck gebracht und gesagt: "Es ist doch eine großartige Arbeit, daß es geglückt ist, aus diesem Lande in zweieinhalb Jahren einen so wertvollen Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen." Und das ist ja auch spürbar. Denken Sie nur einmal daran, daß eine halbe Million Liter Wodka und 150 Millionen Zigarretten an die Ostfront aus dem Generalgouvernement geliefert worden sind. Wenn man weiter bedenkt, daß zusätzlich noch große Ernährungslieferungen für die Ostfront von seiten des Generalgouvernements getätigt worden sind, wenn man darüber hinaus berücksichtigt, daß die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement verstärkt worden ist, daß wir 750 000 Arbeiter trotz alledem ins Reich vermittelt haben, daß die Ostbahn imstande war, ihre Transportleistungen restlos zu erfüllen usw., so darf man wohl zufrieden sein, daß es von einigen Sabotagefällen abgesehen geglückt ist, die Ordnung und den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten.

Alles das wird vom Führer anerkannt, und er verpflichtet uns zu weiteren Leistungen. Ich bin stolz und froh über diese Anerkennung des Führers

und möchte nicht verfehlen, an Sie den Ihnen gebührenden Anteil an dieser Anerkennung des Führers weiterzuleiten. Diese Anerkennung gilt nämlich unserer Gemeinschaftsarbeit. Ich nehme hier keinen aus, wenn auch manchmal Schwierigkeiten persönlicher Art aus der Nervenkrise dieser Zeit emporsteigen. Jeder, auch der mit den stärksten Nerven gewappnete wird im Laufe der Zeit doch von den dauernden Sorgen und Nöten angegriffen. Wenn man das alles in Rücksicht zieht, dann können wir mit Stolz an unsere Arbeit denken.

Bevor ich den Herren aus den Distrikten zu Ihren Berichten das Wort gebe, möchte ich noch eine Frage erörtern, die mit der Sicherheitslage im Distrikt Lublin zusammenhängt. Darüber sind mir verschiedene Nachrichten zugegangen.

Staatssekretär Krüger führt aus, daß die Sicherheitslage im Generalgouvernement auf den ersten Blick natürlich ernst erscheine, wenn man die zahlreichen Meldungen von Gewalttaten, Raubüberfällen und allen möglichen anderen Ereignissen dieser Art höre, die sich vor allem in den letzten Monaten zugetragen hätten. Solche Erscheinungen seien ja letzten Endes nicht nur Kriegserscheinungen, sie seien eigentlich im polnischen Raum früher immer bekannt gewesen. Man habe ihnen seinerzeit nicht so starke Beachtung geschenkt, sei dazu auch nicht genötigt gewesen, da man mit den Truppen der Ordnungspolizei jede Maßnahme habe ergreifen können. Er persönlich bedauere im Rückblick auf diese Zustände, daß man sich seiner Zeit doch wohl zu stark mit der Frage der Dislozierung der Gendarmerie befaßt, weniger an die Zukunft gedacht und sich nicht die Polizeibataillone erhalten habe, die heute praktisch fehlten. Heute werde jedes Polizeibataillon dringend gebraucht. Ostwärts vom Generalgouvernement seien die Verhältnisse noch viel schlimmer

als im Generalgouvernement.

Trotz alledem bestehe grundsätzlich kein Anlaß, infolge dieser schwierigen Sicherheitslage im Generalgouvernement überbesorgt zu sein. Er bitte deshalb vor allem die Distriktschefs bzw. die Amtschefs der Distrikte, dafür zu sorgen, daß nicht unnütig Unruhe in das Gebiet hineingetragen werde und vor allem durch Gerüchtemacherei nun der Eindruck entstehe, als ob man sich heute auch bei Tage gar nicht mehr irgendwie in dem Gebiet bewegen könne. Die nun seit Monaten schon bestehende Unruhe sei praktisch dadurch entstanden, daß im Herbst vorigen Jahres Hunderttausende von russischen Kriegsgefangenen in Lagern Unterkunft fanden und die Kräfte der Wehrmacht für die Bewachung der Kriegsgefangenen zu schwach waren. Angesichts der Tatsache, daß man für die Ernährung der Kriegsgefangenen nicht genügend Vorsorge getroffen habe, seien die Kriegsgefangenen aus den Lagern ausgebrochen. Diese Elemente hätten sich dann zu vielen Hunderten während des Winters in Gegenden verzogen, in die man verkehrsmäßig nicht gelangen könne. Sie hätten sich mit der Bevölkerung verständigt oder die Bevölkerung gezwungen, ihnen während des Winters Unterkunft, Nahrung usw. zu geben.

Im Frühjahr sei dann die Unruhe etwas stärker geworden. Man habe zunächst im Gebiet des Distrikts Lublin zugegriffen. Die Partisanen würden nach den Beobachtungen der Sicherheitspolizei irgendwie zentral geführt und gelenkt, was naturgemäß ihre Bekämpfung erschwere. Andererseits verfüge man nicht mehr über die Zahl von Polizeikräften, deren es bedürfte, um ein solches Gebiet planvoll durchzukämmen und die Partisanen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Tatsächlich seien auch in dieses Gebiet Fallschirmabspringer gekommen, die in Verbindung mit dem Ausland, d.h. mit Moskau ständen und nun versuchten, durch Sabotageakte die Verbindungen und rückwärtigen Linien des Nachschubs für die

Wehrmacht zu stören. Angesichts der Vorgänge der letzten drei Wochen könne man jedoch zufrieden sein, daß es den Partisanen nicht gelungen sei, ob mit oder ohne Hilfe der polnischen Bevölkerung, das durchzuführen, was sie geplant hätten. Man habe weiter festgestellt, daß sich infolge des Eingreifens der Polizei diese Banden und Partisanen, unruhig geworden, aus dem Lubliner Gebiet langsam nach Süden verzogen hätten. Er habe einige Meldungen aus dem Distrikt Galizien, daß in der Gegend von Rawa Ruska und Sokal die ersten Partisanen aufgetreten seien. Er habe zunächst als vorbeugende Maßnahme dem Befehlshaber der Ordnungspolizei den Auftrag erteilt, in Gemeinschaft mit den zuständigen Polizeiführern dafür zu sorgen, daß die Partisanen keine Unruhe in den Distrikt Lublin brächten und möglichst nach Süden abgeriegelt würden. Wahrscheinlich werde vielleicht in 14 Tagen eine größere Aktion durchgeführt werden, für die weitere Polizeibataillone vorübergehend zur Verfügung gestellt würden. Auch habe ihm Generalleutnant Moser, der Stellvertreter des MiG, seine ganze Unterstützung für die Partisanenbekämpfung zugesagt. Voraussichtlich werde im südlichen Teil von Lublin und im nördlichsten Teil des Distrikts Lemberg ein Großeinsatz durchgeführt werden. Man hoffe, mit dem Einsatz dieser Polizeikräfte und von Truppenteilen die Partisanen nach Osten abdrängen zu können. Wesentlich sei aber zunächst, daß die Hauptstraßen Lublin - Lemberg und Lemberg - Osten gesichert seien und keine Überfälle auf Lastautos usw. mehr stattfänden. Es sei natürlich nicht möglich, in einem Raum von dieser Ausdehnung eine Aktion durchzuführen, wie sie man seinerzeit im Frühjahr 1940 bei Konskie durchgeführt habe. Damals habe er zur Überwältigung von einigen hundert Männern Regimenter der Waffen-SS und der Polizei einsetzen können. Eine solche Aktion könne man heute nicht durchführen, ganz abgesehen

davon, daß eine wirksame Bekämpfung der Partisanen ganz andere Mittel voraussetze.

Von größter Bedeutung sei es, daß nicht infolge der Vorgänge in diesem Gebiet unnötige Unruhe entstehe und die erschütternsten Märchen und Gerüchte weiterverbreitet würden. Aus Meldungen gehe hervor, daß angesichts der Unsicherheit im Distrikt Lublin kaum noch ein Auto zu sehen sei. Aber die SS-Führer seien zu Tage und zu Nacht hinausgefahren, ohne daß ihnen etwas geschehen sei. Mit Überfällen auf Autos müsse man selbstverständlich immerrechnen. Es sei sehr schwer, jede einzelne Partisanengruppe zu erfassen. Man müsse vor allem die Führer der Partisanen aus ihren Schlupfwinkeln herausholen, und die Taktik der Polizei, der Gendarmerie und der Wehrmacht müsse dahin zielen, die beabsichtigten Gewalttaten der Partisanen nach Möglichkeit zu vereiteln.

Er habe mit dem Militärbefehlshaber auch darüber gesprochen, daß in den kommenden Wochen 450 000 Kriegsgefangene durch das Gebiet des Generalgouvernements hindurchgeschleust werden sollten; sie würden dann entlaust und weitertransportiert werden. Darin liege natürlich auch ein erhöhtes Gefahrenmoment. Der Militärbefehlshaber wolle aber dafür sorgen, daß das Ausladen, das Umladen, der Marsch zu den Lägern und der Aufenthalt der Kriegsgefangenen so gesichert und bewacht werde, daß man hoffen könne, diese Kriegsgefangenen, die als Arbeiter ins Reich verschickt werden sollten, ordnungsgemäß weiterzutransportieren.

Amtschef Oberregierungsrat Engler berichtet von den im Distrikt Lublin durch Partisanen und Banditen verübten Überfällen. Besonders in den Kreisen Samocz und Rubieszow habe sich die Lage so verschärft, daß sogar die Leiter der Kreisgüter zurückgezogen werden mußten und bei den Außenstellen der Forstämter die Arbeit vielfach nicht mehr geleistet werden kann.

SS-Brigadeführer Globocznik betont demgegenüber, daß die Forstproduktion in keiner Weise behindert sei. Die Tatsache, daß Leiter von Liegenschaftsgütern ihre Posten verlassen hätten, zeige nur, daß es sich bei ihnen nicht um beherzte Menschen handle, die die Pflicht in sich fühlten, auf ihrem Posten bis zum letzten auszuharren. Man müsse die Lage insgesamt betrachten und könne dann feststellen, daß bei solchen Überfällen lediglich einige Sägewerke und einige Höfe abgebrannt seien.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem darauf gesehen wissen, daß die Autorität der Behörde unter allen Umständen aufrecht erhalten werde. Für die Autorität des Staates wäre es selbstverständlich unerträglich, wenn von seiten der Behörden irgendwelche Positionen aufgegeben würden.

Oberregierungsrat Engler stellt fest, daß sich bisher behördliche Stellen wie etwa Kreishauptmannschaften nicht von ihren Posten zurückgezogen hätten. Immerhin sei aber zu bedenken, daß solche Ereignisse auch eine politische Bedeutung insofern hätten, als bei der polnischen Bevölkerung langsam der Gedanke aufkommen könne, die deutsche Verwaltung sei nicht imstande, gegen das Banditenunwesen wirklich durchgreifende Maßnahmen zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur erkennt die schwierige Situation an, besteht aber darauf, daß diese Schwierigkeiten mit aller Energie bekämpft würden. Er müsse unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Autorität des Staates mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde. Wenn es nicht anders möglich sei, müsse eben eine Art deutschen Landsturms aufgestellt werden. Es dürfe unter gar keinen Umständen dahin kommen, daß eine deutsche Dienststelle sich von ihrem Posten sich zurückziehe. Das würde eine Niederlage der deutschen Autorität gegenüber der polnischen Bevölkerung bedeuten, die ja nur auf solche Gelegenheiten warte.

SS-Brigadeführer Globocznik weist in diesem Zusammenhang auf die unschlüssige Haltung der polnischen Bevölkerung hin, die zunächst nicht gewußt habe, ob sie sich den Banditen anschließen sollte. Heute könne aber ~~schon~~ erfreulicherweise festgestellt werden, daß sich die Polen vielfach schon selber gegen die Banditen zur Wehr setzten, daß sie auch dem Nachrichtendienst sich gern zur Verfügung stellten.

Der Umstand, daß Oberregierungsrat Engler noch von verschiedenen Überfällen auf Beamte und Reichsdeutsche zu berichten weiß, veranlaßt Staatssekretär Krüger zur Feststellung, daß angesichts der gegenwärtigen Lage eine Gewähr für absolute Sicherheit nirgends gegeben sei.

Der Herr Generalgouverneur betont nochmals, daß die Staatsautorität niemals in Gefahr kommen dürfe. Mit dieser Gefahr müsse man aber rechnen, wenn sich etwa Behörden von ihren Posten zurückzögen. Er müsse deshalb von den Beamten und allen anderen Reichsdeutschen verlangen, daß sie ihren Platz hielten. Hier stehe der Beamte dem Soldaten gleich, der auch auf seinem Posten bleiben müsse.

Oberregierungsrat Engler geht nunmehr auf die allgemeine Lage im Distrikt Lublin ein . Die Felderbestellung, so führt er aus, sei durchgeführt. Die Ernte werde voraussichtlich besser ausfallen als im letzten Jahre, wenn sie auch immerhin angesichts des Banditenunwesens gefährdet sei. Allerdings müsse die Einbringung der Ernte sehr schnell vor sich gehen.

Die Verwaltung des Distrikts Lublin komme mit den ihr zur Verfügung stehenden Beamten aus. Auch mit der Leistung der Beamten könne man im allgemeinen zufrieden sein. Der Gesundheitszustand habe sich wesentlich gebessert, das Fleckfieber sei sehr zurückgegangen. Die Wohnungslage sei für die Deutschen in Lublin sehr beschränkt, und es sei sehr schwierig, sie entsprechend unterzubringen. Aber angesichts der guten Arbeit des Wohnungsamtes sei es bis jetzt immer noch gelungen, den deutschen Beamten und Angestellten den notwendigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Für die kulturellen Belange der Reichsdeutschen sei durch Theatervorstellungen, Konzerte und Kinovorführungen gesorgt.

Die Situation auf dem Gebiete des Straßenwesens sei zum Teil gut, zum Teil aber auch schlecht. Manche Straßen würden zur Zeit ausgebessert, jedoch gingen die Arbeiten nicht recht voran.

Die Judenfrage sei in der Stadt Lublin geklärt. Man habe das bisherige Judenviertel evakuiert und die arbeitsfähigen Juden außerhalb der Stadt in einem besonderen Bezirk untergebracht. Im übrigen seien im Distrikt Lublin die Juden in Ghettos zusammengefaßt. Man habe den Eindruck, daß infolge der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Juden eine wesentliche Besserung der Verhältnisse insbesondere auf dem Gebiet des Schleichhandels eingetreten sei.

Was die Ernteerfassung angehe, so überlege man sich, ob man, wenn die Kontingente zu 100 % eingebracht seien, den Rest den Bauern belassen könne.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage für alle Distrikte gemeinschaftlich geregelt wissen. Die Grundsätze für eine ganz große Enteaktion würden bereits ausgearbeitet.

Oberregierungsrat Engler wendet sich dann dagegen, daß die städtischen Elektrizitätswerke zu sehr unter den Einfluß der Ostenergie-A.-G. kämen. Man müsse bedenken, daß diese Werke für die Städte finanziell von größter Bedeutung seien.

Weiter bemängelt Oberregierungsrat Engler die große Zersplitterung auf dem Gebiete des Genehmigungsverfahrens und überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Zusammenstellung der für das gewerbliche Genehmigungsverfahren getroffenen Bestimmungen. Hier müßte wohl eine Vereinheitlichung stattfinden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für eine Änderung und Vereinfachung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen.

Oberregierungsrat Engler berichtet sodann über die Forstwirtschaft. Sie funktioniere im allgemeinen im Distrikt Lublin gut, wenn man auch leider immer noch Schwierigkeiten mit der Gespanngestellung habe. - Wenn es auch noch verhältnismäßig zahlreiche Pferde im Distrikt gebe, so sei doch im allgemeinen der Gesundheitszustand der Pferde schlecht, da sie vielfach an Unterernährung litten. Für die Pferdezucht beständen im Distrikt zwei Gestüte.

Was die Vermittlung von polnischen Arbeitskräften ins Reich angehe, so finde man jetzt erfreulicherweise keinen Widerstand mehr bei der pol-

nischen Bevölkerung. Vielfach habe sich schon die Einsicht durchgesetzt, daß polnische Arbeiter nicht schlecht führen, wenn sie ins Reich gingen. Allerdings habe man die Beobachtung gemacht, daß die polnischen Arbeiter kein Geld aus dem Reich an ihre Angehörigen schicken könnten und daß dann die Gemeinden mit Unterstützungen zu schnell bei der Hand seien. Diese Frage bedürfe einer Überprüfung, da ein zu starkes Anwachsen der Unterstützungslast der Gemeinden zu befürchten sei.

Die im Distrikt Lublin bestehenden Kriegsgefangenenlager brächten gewisse Übelstände mit sich, da sie nicht genügend bewacht seien.

SS-Brigadeführer Globocznik befürchtet keine Schwierigkeiten für die allgemeine Lage im Distrikt, da Produktion und Ernte gesichert seien. Unangenehm bemerkbar mache sich immer noch der Wohnraummangel. Für die Behebung dieses Notstandes schlage er als wirksame Maßnahme vor, daß die Polen, die nicht arbeiteten, aus ihren Wohnungen entfernt würden.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß immer noch zahlreiche junge Polen auf den Straßen herumlungerten und es nicht gelinge, diese Elemente zu erfassen. Mit der Musterung zum Baudienst würden leider immer nur einige Jahrgänge erfaßt. Auch bedürfte es zur Durchführung entsprechender Maßnahmen überall der notwendigen Exekutivorgane und Transportmittel, über die man leider nicht verfüge. Eine wirksame Maßregel würde vielleicht in einer Beschränkung des Wohnraums und der Lebensmittelzuteilung liegen. Man könnte etwa eine Bestimmung des Inhalts treffen, daß vom 1. September an nur noch an jene Polen Lebensmittelkarten gegeben würden und nur jene Polen ein Wohnrecht hätten,

die die Bestätigung einer deutschen Behörde vorweisen könnten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Engler, daß im Mai 1942 die Stadt Lublin 96000 Einwohner gezählt habe.

Amtschef Losacker nimmt zunächst zur Frage der Reprivatisierung Stellung. Im Anschluß an die Sitzung, die im April stattfunden habe, habe Bankdirigent Dr. Paersch einen ausführlichen Entwurf eingereicht. Dieser Entwurf habe die Veranlassung gegeben, sich nochmals mit diesem Problem zu beschäftigen. Nach Prüfung der Dinge sei die Distriktsverwaltung im wesentlichen zu den Grundlagen des ursprünglichen Entwurfs zurückgekehrt. Dr. Paersch habe vor allem Wert darauf gelegt, daß der Zustand wieder hergestellt werde, der am 1.Aug. 1939 geherrscht habe. Die Distriktsverwaltung sei dagegen der Auffassung, daß es politisch unzweckmäßig sei, rückwirkend zu arbeiten und die Polen vergessen zu lassen, daß sie den Krieg verloren hätten. Deshalb könne man nicht zulassen, daß die Polen sich auf Eigentum beriefen, das sie angeblich am 1. August 1939 gehabt hätten. Die Frage der Wiederherstellung auch der Schuldrechte habe man angesichts der damit verbundenen Arbeit bewußt ungeregelt gelassen, da man von dem Standpunkt ausgehe, daß nur grundbuchrechtlich gesicherte Forderungen in Betracht kämen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß über die Verordnung zur Zeit noch debattiert werde. Er erwarte einen Schlußbericht darüber. Im übrigen sei er auch der Ansicht, daß man nicht ohne weiteres das reprivatisieren könne, was die Polen in Galizien besässen hätten oder worauf sie Anspruch erhöben.

Staatssekretär Krüger erinnert daran, daß er bei seiner Stellungnahme zum ersten Entwurf den Standpunkt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums dargelegt habe. Reichsführer SS Himmler würde es lieber sehen, wenn von einer Reprivatisierung zur Zeit abgesehen würde; es würde genügen, den Ukrainern die Landnutzung zu überlassen. Gegen den Vorschlag des Gouverneurs Dr. Wächter, den Ukrainern schon jetzt ihr Eigentum an Grund und Boden zurückzugeben, da sie dann mit größerem Erfolg arbeiten und die Kontingente sich erhöhen würden, habe er Einspruch erhoben, weil man nicht wisse, wieweit Galizien in den Siedlungsraum einbezogen werde. Jedenfalls wäre es verfrüht, jetzt schon den Ukrainern den Grund und Boden in die Hand zu geben. Bei fachlicher Eignung und loyaler Einstellung gegenüber der deutschen Staatsautorität könne ihnen die Möglichkeit des späteren Erwerbs von Grund und Boden vorbehalten bleiben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, vor seiner endgültigen Entscheidung alle vorgebrachten Gesichtspunkte gerecht zu prüfen und jede Meinung zu Worte kommen zu lassen, besteht aber darauf, daß der Verordnungsentwurf seine endgültige Erledigung findet.

Amtschef Losacker berichtet sodann, daß die Felderbestellung im allgemeinen gut vonstatten gegangen sei. Leider hätten aber 20 % der Ackerfläche wegen des großen Saatgutmangels nicht bestellt werden können. Von den geforderten 15 000 t Saatgetreide habe man nur 2500 t erhalten, zum Teil wegen der Transportverhältnisse, zum Teil wegen des absoluten Mangels an Saatgut. Bei Kartoffeln habe man statt 49 000 t nur 3 000 t Saatgut bekommen.

Die Ernährungslage im Distrikt Galizien sei im allgemeinen überaus schlecht. Man müsse gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1939 eine um ein Vielfaches überhöhte Sterblichkeit vor allem in den südlichen Kreishauptmannschaften feststellen. Auch die Ungunst der Verkehrsverhältnisse beeinflusse die Versorgungslage nachteilig.

Die Distriktsverwaltung habe sich veranlasst gesehen, außerhalb der eigentlichen Arbeit der Hauptabteilung Bauwesen ein Straßenbauprogramm durchzuführen. Unter Heranziehung der gesamten Bevölkerung lasse man Straßen im Scharwerk bauen und ausbessern, man lasse Steine heranfahren usw.. Für diese Arbeiten werde auch der Baudienst eingesetzt.

Leider müsse das Bestehen eines großen Schleichhandels festgestellt werden. Die Preise, die im Distrikt Galizien im Schleichhandel gezahlt würden, hätten die Schleichhandelspreise von Warschau schon um 50 % bis 100 % überflügelt: für ein Kilogramm Butter würden schon 140 Zloty gezahlt. Man hoffe, daß sich die Verhältnisse nach der neuen Ernte bessern würden. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die Juden entfernt würden. Aber auch andere Umstände spielten hier eine bedeutsame Rolle, so vor allem die von der Wehrmacht gestellten Forderungen, die über die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an den Distrikt Galizien gerichtet worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß von den Distriktsverwaltungen direkt mit der Wehrmacht solche Verhandlungen geführt werden. Diese Frage müsse zentral bei der Regierung in Krakau geregelt werden.

Amtschef Losacker teilt weiter mit, daß im Distrikt Galizien 105 000 t Getreide erfasst worden seien, an sich verhältnismäßig viel, absolut dagegen gesehen sehr wenig. Immerhin könne man feststellen, daß das ganze Generalgouvernement im Jahre 1939/40 weniger erfaßt habe als der Distrikt Galizien im ersten Jahre. Gleichwohl sei die erfaßte Menge besonders mit Rücksicht auf die Anforderungen der Wehrmacht bei weitem nicht ausreichend.

In letzter Zeit habe die Distriktsverwaltung einen Fernschreibewechsel mit der Regierung wegen der Kürzung der Rationssätze in den Städten gehabt. Man habe bisher in Lemberg und Tarnopol der Bevölkerung nicht einmal die herabgesetzten Rationen geben können, sondern nur einen kleinen Bruchteil. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und der Erscheinungen von Hungersnot könne man die Rationssätze unmöglich herabmindern. Wenn die neue Ernte erfaßt sei und man eine einigermaßen ausreichende Ernährung der städtischen Bevölkerung durchführen könne, wäre es vielleicht auch nach Ansicht des SS- und Polizeiführers Katzmann an der Zeit, mit den Sätzen herunterzugehen.

Große Schwierigkeiten bereite der Distriktsverwaltung die Getreidekontingentierung. Man habe kürzlich feststellen müssen, daß die Kontingente unmöglich erfüllt werden könnten. Für die Aufrechterhaltung der deutschen Autorität wirke es sehr ungünstig, wenn Kontingentsforderungen gestellt würden, die sich nicht erfüllen ließen. Lieber solle man mit den Kontingenten heruntergehen, dann aber darauf sehen, daß sie restlos erfüllt würden.

Die Frage des Generalgouverneurs, ob die Kontingentsbestimmungen im Einvernehmen mit dem Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim Distrikt Galizien erlassen worden seien, wird von Amtschef Losacker bejaht.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß solche Kontingente immer eine Ungewißheit in sich trügen. Obwohl man im Reich seit 10 Jahren an diesem Problem arbeite, könne man heute noch nicht die Kontingente mit absoluter Gerechtigkeit verteilen. Hier spielten zahlreiche Momente der Unsicherheit eine Rolle, so vor allem die Ergebnisse der Ernte. Nur lange Erfahrung könne Ungerechtigkeiten vermeiden lassen.

Amtschef Losacker stellt fest, daß man im vergangenen Jahre 110 000 t Getreide erfasst habe und für die neue Ernte von der Regierung eine Auflage von 317 000 t erhalten habe. Mit den radikalen Erfassungsmethoden werde man wohl das Doppelte, nicht aber das Dreifache der vorjährigen Erfassung erreichen.

Staatssekretär Krüger ist der Ansicht, daß der Gemeinde die Verantwortung für die Aufbringung des Solls auferlegt werden müßte.

Amtschef Losacker weist demgegenüber auf die schon bestehenden Erfassungsausschüsse hin. Er sieht in dem Anwachsen der Schleichhandelspreise ein sicheres Anzeichen dafür, daß an sich nennenswerte Mengen nicht mehr vorhanden seien. Im übrigen sei man noch in der Erfassung der letzten Ernte. Jedenfalls habe der Distrikt Galizien das nur irgendwie Mögliche herausgeholt.

Amtschef Losacker wendet sich dann der Frage der Vereinfachung der Verwaltung zu. Auf Grund des von Staatssekretär Dr. Bühler herausgebenen Erlasses habe die Distriktsverwaltung eine größere Denkschrift zu diesem Thema verfasst. Vor allem auf dem Gebiet der gewerblichen Genehmigung bestehe eine große Unordnung: 18 verschiedene Stellen im Generalgouvernement seien für die Gewerbezulassung zuständig. Auch auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft lähme die zentralistische Auffassung vielfach die Schlagkraft der Mittelinstanz. Die Bestimmung der Wurstsorten, die nach einer Verordnung Sache der Regierung des Generalgouvernements, könne sehr wohl in die Hand des Kreishauptmanns oder Landkommissars gelegt werden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß im Reich die Frage der Wurstsorten auch zentralistisch durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geregelt sei. Eine solche Regelung könne daher nicht wohl anders als zentral erfolgen.

Auf den Hinweis des Amtschefs Losacker, daß auch sonst viele Angelegenheiten wie z.B. die Errichtung von Baumschulen, die Belieferung mit Karpfen durch die Zentralinstanz bearbeitet würden, erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, daß bei der Hauptabteilung Innere Verwaltung das Bestreben bestehe, im Laufe der Zeit weitgehend zu dezentralisieren.

Amtschef Losacker spricht sich dann für eine Lockerung der Bestimmungen für den Baumarkt aus und bittet, wenn möglich, angesichts der Dringlichkeit mancher Bauvorhaben Ausnahmen von der allgemeinen Bausperre zu gestatten.

Die Verschickung von Arbeitern ins Reich sei auch im Distrikt Lemberg durchaus zufriedenstellend und gehe eigentlich ohne jede Zwangsmaßnahme vor sich. Gauleiter Sauckel habe bei seinem neulichen Besuch in Lemberg nochmals die Gestellung von 100 000 Arbeitern aus dem Distrikt Galizien für das Reich verlangt, was angesichts der bisher an den Distrikt gestellten Forderungen nur schwer durchführbar sein werde.

Die wissenschaftlichen Institute in Lemberg seien noch nicht in Betrieb genommen, da noch gewisse politische Sicherungen gegeben werden müßten.

Zu beklagen sei die sehr verzögerte Zuweisung von Betriebsmitteln für die Kreishauptmannschaften. Die Beträge würden zumeist nur zu einem Viertel oder Drittel ausgezahlt, wodurch naturgemäß die Arbeit der Kreishauptmannschaften sehr behindert werde. Aus diesem Grunde müßten häufig wichtige Vorhaben auf den nächsten Monat verschoben werden. An sich müßten doch die Summen zur Verfügung stehen, da ja der Haushalt genehmigt sei.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Prüfung dieser wichtigen Frage an, kann dabei aber feststellen, daß in den anderen Distrikten zu einer solchen Beschwerde kein Anlaß gegeben sei.

Amtschef Losacker kommt dann auf die Frage der Stellvertretung der Kreishauptmänner zu sprechen. Hier zeigten sich gewisse unangenehme Erscheinungen. Man unterscheide nämlich zwischen formeller und materieller Vertretung. Der formelle Vertreter sei zumeist Leiter einer Fachbehörde, während der materielle Vertreter nach außen überhaupt nicht hervortrete; zumeist handle es sich bei ihm um einen Oberinspekteur oder einen jüngeren Regierungsassessor. Es sei eigentlich unerträglich, daß die politischen Funktionen des Kreishauptmannes auf

Persönlichkeiten übertragen würden, die nur vom Standpunkte ihres Fachressorts aus die angenehmen Seiten der Vertretung des Kreishauptmannes genießen wollten, sonst aber kaum gewillt seien, die schweren Pflichten dieses Amtes zu übernehmen. Die Distriktsverwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß materielle und formelle Vertretung zusammenfallen müßten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Amtschef Losacker, daß die Situation hinsichtlich der Grenzziehung gegenüber Ungarn zur Zeit günstig sei. Die Delegation wolle der Regierung vorschlagen, auf eine Neuregelung dieser Grenzfrage zu verzichten, insbesondere nachdem die für den Distrikt z.B. aus der Hochwassergefahr sich ergebenden Folgen geschildert worden seien. - Andererseits bestehe bei der Distriktsverwaltung der Wunsch nach Wiederherstellung der alten galizischen Nordgrenze gegenüber Lublin.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Erörterung der Grenzfrage der Distrikte Galizien und Lublin für notwendig.

SS- und Polizeiführer Katzmann macht Ausführungen über die Sicherheitslage im Distrikt Galizien und erklärt, daß sie im allgemeinen zu keinen Beunruhigungen Anlaß gebe. Im Distrikt seien zur Zeit zwei Polizeibataillone stationiert. Nur im Norden des Distrikts zeigten sich einige Unruheherde, die aber bald befriedet sein würden.

Die ukrainische Polizei erfülle noch nicht die in sie gesetzten Erwartungen, wie man überhaupt habe feststellen müssen, daß die polnischen Polizisten viel brauchbarer seien. Die Schulung in der neuen Lemberger Polizeischule zeitige zwar schon Erfolge, doch kämen immer noch Übergriffe vor, die bei einem Polizisten nicht vorkommen dürften.

Die Stimmung der Bevölkerung sei immer noch deutschfreundlich. Er bitte, die geplante Herabsetzung der Lebensmittelrationen vorerst nicht durchzuführen.

Juden habe man bereits in ziemlich großer Anzahl evakuiert. Zur Zeit lebten in Lemberg noch 85 000 Juden, von denen 45 000 in den Arbeitsprozeß eingegliedert seien. In den nächsten Wochen würden weitere Juden ausgesiedelt.

Die Grenzüberwachung zwischen dem Distrikt und dem Reichskommissariat Ukraine funktioniere noch sehr schlecht. Es würden viele Klagen über Schmuggler an der Grenze erhoben und die Polizei sei nicht in der Lage, diese Erscheinungen zu verhindern. Eine Besserung ließe sich vielleicht durch eine gemeinsame Abmachung mit der dortigen Grenzpolizei erzielen.

Amtschef Dr. Hummel referiert über die Verhältnisse im Distrikt Warschau. Das Bild der Stadt Warschau werde weitgehend durch das Verhalten der Wehrmachtangehörigen bestimmt. Dieses Verhalten wechsle je nach der starken Hand des am Platze befehlenden Mannes und nach der Jahreszeit. Im Winter und im Sommer stiegen die Exzesse in starkem Maße an. Besonders im letzten Winter sei die Lage sehr unerfreulich gewesen. Warschau komme immer mehr in den Ruf einer Etappenstadt und eines Sündenbabels. Ein Fliegergeneral habe seinen Truppen sogar verbieten wollen, im Urlaub die Stadt Warschau zu berühren.

Die Distriktsverwaltung tue alles in ihren Kräften Stehende, von Warschau den Ruf der Etappenstadt abzuwenden. Auch der neue Oberfeldkommandant greife stark durch, indem er gewaltige Strafen wegen Gefährdung des Ansehens der Wehrmacht ausspreche. Für die Wehrmachtangehörigen stünden genügend deutsche Gaststätten zur Verfügung, die jedoch um 9 Uhr abends bereits leer seien. Die Soldaten zögen diesen Wehrmachtslokalen die polnischen Lokale vor. In ihnen würden dann die unerhörten Preissteigerungen die Soldaten zu delikten Handlungen anreizen. Man plane jetzt die Eröffnung eines getarnten polnischen Lokals, in dem die Soldaten zu erträglichen Preisen Speisen und Getränke erhalten könnten. Im allgemeinen habe sich aber die Haltung der Wehrmachtsangehörigen gebessert.

Weiter werde das Bild der Stadt durch die deutsche Beamtenschaft bestimmt. Von kleinen Auswüchsen abgesehen sei ihr Verhalten gut. Man habe in den deutschen Lokalen die Barhocker verboten und greife bei Trunkenheit scharf durch. Die Distriktsverwaltung habe für die Beamten alles getan, habe sie gut untergebracht und Sorge für anständige und verbilligte Verpflegung. Auch für die polnische Beamtenschaft habe man einer Weisung

des Herrn Generalgouverneurs entsprechend gesorgt und gebe täglich für 8 000 polnische Angestellte mittags eine kräftige Suppe aus. Infolge Mangels an Lebensmitteln sei es noch nicht möglich gewesen, auch für die Familienangehörigen dieser polnischen Angestellten zu sorgen. Die Nurverpflegung des Familienvaters bringe den Nachteil mit sich, daß er seine Ration mit nach Hause nehme und der durch die Verabreichung einer Suppe verfolgte Zweck nicht erreicht werde. Die gleiche Erscheinung zeige sich übrigens auch in den Werksküchen der Industrie.

Die Ernährungslage habe sich in diesem Frühjahr gegenüber den Verhältnissen im vorigen Jahr gebessert. Die Gemüseversorgung sei gut, da 50 % des Gemüseanbaues zwangsweise erfaßt würden. Die Lockerung der Schleichhandelsbekämpfung habe einen starken Sog in die Großstadt hervorgerufen und Mengen von Kartoffeln und Getreide mobilisiert, die der deutschen Erfassung unzugänglich gewesen seien. Dadurch sei in den letzten Wochen eine gewisse Preissenkung eingetreten, die bei Brot zweieinhalb Zloty und bei Kartoffeln eineinhalb Zloty pro Kilo ausmachte. Diese Maßnahme der Lockerung der Schleichhandelsbekämpfung sei im vergangenen Jahr ausprobiert worden, ohne daß, wie die Regierung befürchtet habe, eine Minderung der deutschen Autorität eingetreten sei. Der Verwaltung sei es gelungen, trotzdem 95 % der Kontingente der letzten Ernte zu erfassen, und er hoffe, auch bei der diesjährigen Ernte das auferlegte Soll zu erreichen. Die Lockerung trage viel zur Familienverpflegung bei, sodaß jetzt die Prozentzahl der von den Arbeitsstellen fernbleibenden Arbeiter viel niedriger sei.

Die Felderbestellung könne als 100 %ig abgeschlossen angesehen werden. Leider ergebe sich bei Raps eine 100 %ige Auswinterung und bei Körnerfrüchten eine solche von 20 %. Die betreffenden Felder habe man aber mit Kartoffeln neu bestellen können.

Im Gegensatz zu früheren Gutachten sei es gelungen, das Ghetto wirtschaftlich so zu aktivieren, daß staatliche Zuschüsse bisher nicht notwendig gewesen seien. Im Ghetto arbeiteten ungefähr 25 000 Juden in kriegswichtigen Betrieben, während im externen Einsatz 3 000 Juden beschäftigt würden. Die zweitgrößte Pelzfirma, die den überwiegenden Wehrmachtsbedarf an Pelzen anfertige, habe ihre Betriebsräume im Ghetto. Der monatliche Umsatz zwischen Ghetto und arischem Wohnbezirk betrage zur Zeit 6 Millionen; dazu trete ein nicht erfaßter Umsatz von vielleicht noch 2 bis 3 Millionen. Von diesem Umsatz lebten die Insassen des Ghettos recht und schlecht. Er hoffe, daß die Stadt Warschau in absehbarer Zeit von der arbeitsunfähigen Judenlast befreit werde.

Ein bestimmender Faktor im Bild der Stadt Warschau sei die fluktuierende Masse von sich unbeschäftigt herumtreibenden Menschen. Auch er sei dafür, die Zuteilung von Wohnraum und Lebensmitteln vom Nachweis einer geordneten Beschäftigung abhängig zu machen, denn es sei sicher, daß Tausende von Polen in einem Scheinarbeitsverhältnis stünden, also nicht arbeiten würden. Bei einer Polizeiaktion auf dem sogenannten Diebesmarkt in Warschau habe man tausend Polen festgenommen, von denen nur 200 ohne Beschäftigung gewesen seien. Obwohl die Aktion in der Zeit von 10 bis 15 Uhr stattgefunden hätte, hätten die restlichen 800 den Nachweis ihrer Beschäftigung erbringen können. Dies sei ein Zeichen, daß viele in einem Scheinarbeitsverhältnis ständen. Auf der anderen Seite zähle man etwa 300 000 Sozialversicherte, während es vor dem Krieg etwa 400 000 gewesen seien.

In der Stadt würden immer wieder überraschende Aktionen durchgeführt, um die herumlaufenden Faulenzer festzunehmen und einer geordneten Beschäftigung zuzuführen. Diese fluktuierende Masse schädige das Ansehen des Generalgouvernements und vor allem Warschaus, denn jeder Besucher aus dem Reich wundere sich über die vielen Menschen auf den Straßen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet Warschau als das Hauptzentrum aller Fälscherkünste. Man müsse zur Erfassung der arbeitsunlustigen Menschen eine große blitzartige Gemeinschaftsaktion vorbereiten und jeden Erfassten sofort in Waggons zum Transport ins Reich verladen.

Amtschef Dr. Hummel weist darauf hin, daß der Distrikt Warschau bisher 45 000 Arbeitskräfte für das Reich gestellt habe. Eine Änderung der Werbemethoden sei zweckmäßig; bisher arbeite man ziemlich ungeschickt, da man gleich brutal vorgehe. Vielleicht käme man weiter, wenn man bei den Werbungen mehr darauf hinweise, daß im Reich für sie große Möglichkeiten zur Erlernung moderner Bewirtschaftungsmethoden gegeben seien. Bei Anwendung dieser Methoden nach der Rückkehr in ihre Heimat würden den Arbeitern dann diese Kenntnisse zugute kommen.

Staatsekretär Krüger erinnert daran, daß die Methode der Freiwilligenwerbung versagt habe. Präsident Dr. Frauendorfer habe ihn um polizeiliche Unterstützung angegangen.

Auch der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß die Arbeitskräfte, die sich freiwillig zur Arbeit im Reich gemeldet hätten, bereits abgeschöpft seien. Nunmehr könne man mit dem System der freiwilligen Meldung nichts mehr erreichen.

Amtschef Dr. Hummel trägt einen Vorschlag der Kreishauptleute des Distriktes Warschau vor, demzufolge wenigstens auf dem Lande die Freiwilligenwerbung von Arbeitskräften weiter mit Hilfe von Aufrufen duchgeführt werden solle. Dadurch werde sich ein ziemlich gerechtes Vorgehen erreichen lassen. Es könne dann nicht vorkommen, daß von einem Hof der einzige Mann weggenommen würde, während auf einem anderen gleich zwei Männer zurückblieben. In der Stadt müsse man jedoch mit Zwang vorgehen.

Eine andere Frage sei die Bewirtschaftung der Güter auf dem industriellen Sektor. Man mache die Erfahrung, daß die Polen im Gegensatz zu den Deutschen ohne Bezugschein in den Besitz aller bewirtschafteten Güter kämen. Das könne nur möglich sein, weil viele bewirtschaftete Waren u. Gegenstände gleich bei der Urproduktion oder am ersten Eingangspunkt ins Generalgouvernement in den Schleichhandel abflössen. Ein Kreishauptmann, der heute z.B. Eisen brauche, schicke einen seiner Beamten mit etwas Lebensmitteln in die Stadt, um sich dieses Eisen dafür einzuhandeln. Mit den Bezugscheinen könne er häufig nichts anfangen. So könne man z.B. mit Bezugscheinen nur einen Zinkeimer bekommen, während zur gleichen Zeit Hunderte von Eimern im Schleichhandel natürlich zu entsprechenden Preisen angeboten würden. Es müsse da irgendwo ein Loch vorhanden sein Wie wäre es sonst z.B. möglich, daß man im Schleichhandel riesige Mengen Kohlen bekommen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß der Herr Generalgouverneur die Ermächtigung zur Bewirtschaftung aller Waren gegeben habe. Grundsätzlich müsse gesagt werden, daß amtliche Stellen sich zum Erwerb solcher Gegenstände des Schleichhandels nicht bedienen sollten. Dadurch würden die Schleichhandelspreise einen gewaltigen Stoß erleiden.

Eine Behinderung in der Aufbauarbeit werde sicherlich nur übergangsweise eintreten.

Staatssekretär Dr. Boepple hält die Durchleuchtung der ganzen gewerblichen Wirtschaft für notwendig. Das sei Aufgabe der Zentralkammer. In wenigen Monaten werde diese Aufgabe von ihr beendet werden.

Amtschef Dr. Hummel bringt zum Schluß noch einige Wünsche wegen des Sonderdienstes vor. Da die Polizei- und Gendarmeriekräfte in den Kreisen äußerst gering seien, brauche man unbedingt für den Sonderdienst. Leider habe das Verhalten seiner Angehörigen draußen zu vielen Klagen Anlaß gegeben. Er bitte, die Einflußmöglichkeiten des Kreishauptmanns auf den Einsatz des Sonderdienstes bei Verwaltungsaufgaben zu verstärken. Gleichzeitig sei das Verhältnis des Kreishauptmanns zum Sonderdienstführer zu klären. Sehr nachteilig habe der Kreishauptmann in Ostrow die Anordnung empfunden, daß der Sonderdienst vom Freitag bis zum Sonntag zu keiner Aktion zur Verfügung stehen könne. Diese Anordnung sei vom Sonderdienstführer erlassen worden. Es erweise sich als notwendig, die Hand des Kreishauptmanns dem Sonderdienst gegenüber möglichst stark zu machen.

Staatssekretär Krüger erklärt, daß der Sonderdienst an sich dem Staatssekretariat für das Sicherheitswesen unterstellt sei, er aber auf Grund der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs, nach der der Sonderdienst dem Generalgouverneur persönlich unterstellt ist, keinen Einfluß ausüben könne. Der Sonderdienst sei dem Staatssekretariat nur verwaltungsmäßig unterstellt.

Grundsätzlich vertrete er die Auffassung, daß der Sonderdienst für den Kreishauptmann und seine Verwaltungsarbeit eine unentbehrliche Hilfe darstelle; darum werde an seiner jetzigen Stellung nichts geändert. Bekomme er polizeiliche Befugnisse, dann erhalte er sie vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen, gebietsmäßig gesprochen vom zuständigen SS- und Polizeiführer. Von einer Anordnung, daß der Sonderdienst vom Freitag bis Sonntag den Kreishauptleuten nicht zur Verfügung stehen könne, sei ihm nichts bekannt. Er lege steigenden Wert darauf, daß der Sonderdienst polizeiliche Aufgaben in den Distrikten nur von den zuständigen Polizeiführern erhalten dürfe. Keine Zweifel bestünden aber darüber, daß der Kreishauptmann dem Sonderdienst entsprechende Verwaltungsaufgaben übertragen könne. Bei polizeilichen Maßnahmen habe der Sonderdienst nach den Weisungen des jeweiligen Polizeioffiziers zu handeln. In erster Linie solle der Sonderdienst aber die Verwaltungsaufgaben erledigen, die früher die Gendarmerie durchgeführt habe.

Auf das Ersuchen von Amtschef Dr. Hummel nach Verstärkung des Sonderdienstes erwidert Staatssekretär Krüger, daß laufend Musterungen vorgenommen würden. Nach den Aussagen des Inspekteurs des Sonderdienstes müsse ständig stark gesiebt werden, da charakterlich Untaugliche den Aufgaben des Sonderdienstes nicht gewachsen seien. In Krakau bestehe ein Ersatzbataillon, das ständig neue Leute ausbilde.

Auch Staatssekretär Dr. Bühler sieht die Hauptaufgabe des Sonderdienstes in der Unterstützung des Kreishauptmanns bei seinen vielfältigen Verwaltungsaufgaben. Auch zur Überwachung des Arbeitseinsatzes der fremden Bevölkerung müsse er in stärkerem Maße herangezogen werden. Im übrigen freue er sich, daß der Sonderdienst auch zur Durchführung von polizeilichen Aufgaben herangezogen werden solle.

Wegen der Beibehaltung der drei Tage, an denen der Sonderdienst dem Kreishauptmann nicht zur Verfügung stünde, sollten Dr. Hummel und Oberregierungsrat Engler sich mit dem Inspekteur des Sonderdienstes in Verbindung setzen.

SS- und Polizeiführer von Sammern berichtet, daß die Sicherheit im Distrikt Warschau im allgemeinen gewährleistet sei. Im Kreise Sokolow trieben einige Banden ihr Unwesen; erst am Vortage habe man wieder zwanzig russische Kriegsgefangene festnehmen können. Bei Bekämpfung dieser Banden wolle sich die Wehrmacht einschalten, er glaube aber, daß ein Eingreifen der Wehrmacht überflüssig sein werde. Im allgemeinen würde in den Meldungen vom Auftreten von Banden sehr stark übertrieben: wenn man 40 oder 50 Banditen melde, dann seien es in Wirklichkeit nur 5 oder 6.

Auf eine Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, ob es polizeilicherseits erwünscht sei, die polnischen Waldheger mit Waffen zu versorgen, erklärt SS-Oberführer Dr. Schöngarth, daß ein solches Vorgehen nicht verantwortet werden könne. Die Sicherheitspolizei könne keine Garantie dafür übernehmen, daß die bewaffneten polnischen Waldhüter nicht zur polnischen Widerstandsbewegung stießen und evtl. unter Führung eines polnischen Offiziers gegen die deutsche Ordnung vorgingen; denn innerlich stünden sie auf der Gegenseite. Es wäre ja zu begrüßen, daß die weit verstreut diensttuenden Angestellten und Arbeiter der deutschen Verwaltung mit Waffen versehen würden. Man habe aber schon die Erfahrung gemacht, daß die in ~~unseren~~ deutschen Diensten stehenden Polen sich die Waffen von den Banditen freiwillig abnehmen ließen. Vielleicht könne man die Leute verpflichten, mehr als bisher Meldungen über das Auftreten von Banden an die deutschen Dienststellen zu

leiten.

SS- und Polizeiführer von Sammern wendet sich dann der Lage in Warschau zu. Die Stadt müsse von der Polizei immer wieder durchgekämmt werden. Bei einer Aktion vor einigen Tagen habe man unter 2 500 angehaltenen Personen 44 Devisenschieber und einige hundert Nichtbeschäftigte festgestellt, die sofort dem Arbeitsmarkt zugeführt worden seien. Die Einsetzung einer motorisierten Streife an der Ghettomauer habe sich sehr bewährt.

X Auf die Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, ob eine Aussicht auf eine schnellere Verminderung der Ghettobevölkerung bestehe, erwidert Staatssekretär Krüger, daß man darüber wohl im Laufe des August einen Überblick haben werde. Das Problem der Judenaussiedlung dränge zu einer Entscheidung. Die jetzigen Maßnahmen hätten gezeigt, daß die Ausschaltung von Juden Preissenkungen der Schleichhandelspreise im Gefolge habe. Der Erfolg einer möglichst günstigen Ernteerfassung habe die Beseitigung des Schleichhandels und dieser wiederum die Ausschaltung der Juden zur Voraussetzung. Für die Durchführung einer solchen Aktion sei die Gestellung X von ausreichenden Transportzügen notwendig. Trotzdem für die nächsten 14 Tage eine restlose Zugsperre verordnet sei, habe er in Verhandlungen mit Präsident Gerteis erreicht, daß für den Abtransport von Juden ab und zu Züge bereitgestellt würden. Nach Ablauf der Sperrfrist müsse die Judenaktion verstärkt durchgeführt werden.

Stellvertretender Amtschef Oswald äußert sich über derzeitige Lage im Distrikt Radom. In der Finanzverwaltung bestehe allgemein die Bestimmung, daß bis zur Genehmigung des Haushalts nur über 1/15

des Jahresbetrags des letztjährigen Haushaltvoranschlages verfügt werden dürfe. Diese Übung werde so schematisch gehandhabt, daß auch in Fällen, in denen für laufende Arbeiten viel Geld notwendig sei, davon nicht abgewichen werde. Das wirke sich sehr nachteilig z.B. bei den Forstarbeiten aus. Die Forstverwaltung müsse Wege bauen, um das geschlagene Holz abführen zu können. Die Arbeiten würden aber infolge der Unmöglichkeit, genügend Mittel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, sehr behindert.

Über die Sicherheitslage im Distrikt Radom werde der SS- und Polizeiführer sprechen; er wolle nur auf folgendes hinweisen: im Kreis Opatow im Weichselbogen herrsche ein starkes Banditenunwesen. Man habe jedoch festgestellt, daß die polnische Bevölkerung bei der Bekämpfung dieser Banditen auf seiten der deutschen Verwaltung stehe. In jeder Dorfgemeinde sei nun aus den sechs wohlhabendsten Polen ein Dorfrat gebildet worden, der mit seinem Besitz dafür verantwortlich sei, daß jeder ins Dorf kommende Fremde sofort gemeldet werde, da bisher auf dem Dorfe die Meldeordnung noch außerordentlich schlecht funktioniere. Gleichzeitig habe man in jedem Dorf eine Nachtwache von vier Männern aufgestellt. Die Erfahrungen aus diesen Einrichtungen müßten noch abgewartet werden.

Im Distrikt seien zwei Reichsdeutsche an Fleckfieber erkrankt. Von seiten des Amtsarztes in Petrikau Dr. Henndorfer werde sehr geklagt, daß die Wirkung des sogenannten Behring'schen Serums sehr schlecht sei. Im Vordergrund müsse darum eine Belehrung der mit diesem Serum gegen Fleckfieber geimpften Personen stehen, damit sich diese Leute nicht zu sehr auf den Impfschutz verließen.

In der Judenumsiedlung sei der Distrikt Radom etwas ins Hintertreffen geraten. Im Distrikt habe man im Laufe des letzten Jahres jüdische Wohnbezirke gebildet, in die man nun die 15 000 Juden aus Radom umsiedeln wollte. Der Verteilungsplan sei bereits aufgestellt gewesen, als die Umsiedlung nach dem Distrikt Lublin akut geworden sei. Diese Aussiedlung der Juden hänge jetzt nur noch von dem Transportproblem ab und hier sei erklärt worden, daß der Distrikt noch 6 bis 8 Wochen warten müsse. Dieser Zeitpunkt liege aber zu spät für die Ernteerfassungsaktion.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß von seiten der Polizei die Judenaktion bis in alle Einzelheiten vorbereitet sei und daß ihre Durchführung nur eine Frage des Transportes sei. In Radom und Tschenstochau müßten jüdische Arbeiter für die Rüstungsindustrieen zurückgehalten werden. Natürlich müsse man auch die unmittelbaren Familienangehörigen dieser Arbeiter zurücklassen, alles andere aber würde ausgesiedelt.

Stellvertretender Amtschef Oswald kommt dann auf den starken Zuzug der Familienangehörigen der im Distrikt beschäftigten deutschen Beamten und Angestellten zu sprechen. Es zögen Familien mit vier und mehr Köpfen zu und belasteten den Ernährungshaushalt. Nach seiner Meinung sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, dieses Land mit deutschen Frauen und Kindern zu füllen.

Der Herr Generalgouverneur und Staatssekretär Krüger sprechen sich für den Zuzug von deutschen Familien aus. Ernährungsschwierigkeiten müßten eben beseitigt werden.

Eine vom Stellvertretenden Amtschef Oswald vorgebrachte Beschwerde, daß im Arbeitseinsatz im Reich stehende Volksdeutsche wie Polen behandelt werden, leitet der Herr Generalgouverneur an Ministerialrat Dr. Siebert zur Erledigung durch die Polizei weiter.

Weitere Ausführungen des Stellvertretenden Amtschefs Oswald beschäftigen sich mit Wünschen, die volksdeutsche Bürgermeister nach Zuteilung besserer Böden geäußert haben. Gouverneur Kundt habe ihnen erklärt, daß eine solche Aktion wegen der damit für die polnischen Bauern verbundenen Unruhen während des Krieges nicht vorgenommen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur steht auf dem Standpunkt, daß ein solches Problem gründlich überlegt und zentral angepackt werden müsse. An seine Durchführung könne man während des Krieges aus dem oben angeführten Grunde nicht denken.

Staatssekretär Krüger erklärt, daß er in seiner Eigenschaft als Kommissar für die Festigung deutschen Volkstums bereits Unterlagen für eine spätere Verwirklichung dieser Aktion sammeln lasse.

Der Herr Generalgouverneur sagt die vom Stellvertretenden Amtschef Oswald gewünschte Tarnoscheck-Ecke zwischen San und Weichsel dem Distrikt Radom zu.

Zum Schluß berichtet Stellvertretender Amtschef Oswald von den Erfahrungen, die der Distrikt mit den sogenannten Verwaltungsstraflagern gemacht habe, in die sämtliche Schleichhändler eingewiesen würden. Der Sonderdienst habe für seine Zwecke ein eigenes Straflager eingerichtet, dessen Wirksamkeit für die vollständige Erfassung der Baudienstpflichtigen von großer Wichtigkeit sei.

SS- und Polizeiführer Dr. Böttcher sieht die Sicherheit im Distrikt Radom als gewährleistet an. Lediglich im Kreise Opatow sei es zu einem Überfall gekommen. Der Kreis Opatow sei von jeher auch in polnischer Zeit ein Herd der Unruhe gewesen, weil man dort seinerzeit Zuchthäusler angesiedelt habe. Für den gesamten Distrikt Radom sei die auffallende Tatsache zu verzeichnen, daß innerhalb der ersten Hälfte des Monats Juni fast genauso viel Raubüberfälle stattgefunden hätten wie insgesamt im Monat Mai. Ob das damit zusammenhängt, daß Splitter von Banditengruppen aus Lublin nach Radom gegenüber hin gewechselt seien, habe er noch nicht feststellen können. Neuerdings habe eine Gruppe von 16 Mann einen gemeinsamen Überfall auf einen polnischen Polizeiposten gemacht. Ob es sich dabei um politische oder rein kriminelle Beweggründe handelt, stehe noch nicht fest.

Die volksdeutschen Industriearbeiter verdienten nach seinen Ermittlungen so wenig, daß sie nicht einmal in der Lage seien, ihre Lebensmittelkarten voll auszunutzen, und sie deshalb an die Polen verkauften. Wenn im Generalgouvernement ein verschiedenes Recht für die Nationalitäten bestehe, so sei nicht einzusehen, weshalb dieses unterschiedliche Recht sich nicht auch auf die Löhne erstrecken solle.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt in diesem Zusammenhange mit, daß die Regierung des Generalgouvernements von der Berliner Zentrale wegen ihrer Haltung zu einer Besserstellung der Volksdeutschen schwer angegriffen worden sei. Das Reichsfinanzministerium stehe solchen Bestrebungen offensichtlich ablehnend gegenüber.

SS- und Polizeiführer Dr. Böttcher bemerkt dann weiter, daß sämtliche Umsiedlungspläne im Distrikt Radom vom Gouverneur Kundt vorläufig zurückgestellt worden seien. Was die Sicherheits- und Ordnungspolizei im Distrikt Radom angehe, so verfüge sie neben dem Einzeldienst über 4 Kompanien und 5 Schutzpolizei-Dienstabteilungen in den einzelnen großen Städten. Man könne feststellen, daß weder der Straßenverkehr gefährdet sei noch auch sonst irgendein Anlaß zur Beunruhigung bestehe.

Amtschef Dr. Eisenlohr behandelt zunächst die Beamtenfrage. Die Beamten, so führt er aus, seien vielfach angesichts der Verteurung aller Bedarfsartikel in eine Notlage geraten. Die Ostzulage, werde als zu gering bezeichnet.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß während des Krieges eine abschließende Regelung der Ostzulage nicht werde getroffen werden können.

Auch der Herr Generalgouverneur verkennt die auf diesem Gebiet obwaltenden Schwierigkeiten nicht. Vorläufig könne man nichts anderes tun als einfach die bisherigen Beträge weiter auszuzahlen. Das Reich erhebe auch dagegen scharfe Einwendungen und wolle überhaupt nur eine Zulage von 10 % des Heimatgehalts als gerechtfertigt ansehen. Im übrigen werde ja über die Frage der Ostzulage dauernd verhandelt.

Amtschef Dr. Eisenlohr behandelt sodann im Zusammenhang mit dem Problem der Vereinfachung der Verwaltung die Frage einiger Grenzberichtigungen in den Kreisen Przemysl und Jaroslau. Die bisherige Grenzziehung sei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht tragbar, und eine entsprechende Grenzberichtigung wäre umso mehr durchzuführen, als es sich hier

nur um eine kleine Fläche handle.

Der Herr Generalgouverneur sagt eine wohlwollende Prüfung dieser Frage zu.

Amtschef Dr. Eisenlohr nimmt hierauf zur Frage des Baudienstes Stellung und stellt dabei fest, daß die für die Inhaftierung von Baudienstpflichtigen eingerichteten Strafläger ihren Zweck nicht erreichten, da es Angehörigen des Baudienstes vielfach gelinge, trotzdem dienstflüchtig zu werden. Er schlage deshalb vor, ganz strenge Maßnahmen zu ergreifen, flüchtige Baudienstpflichtige als Deserteure zu behandeln und zu erschießen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist darauf hin, daß ein solches Verfahren bereits nach der Verordnung vom 1. März 1942 möglich sei.

Amtschef Dr. Eisenlohr beklagt dann auch das Bestehen der Bausperre. Sie mache sich besonders für die Kreishauptmannschaft Miechow angesichts des dort bestehenden großen Wohnraummangels unangenehm bemerkbar.

Im Distrikt Krakau sei über starke Winterschäden zu klagen. - Die Kontingente der zu erfassenden landwirtschaftlichen Produkte seien entschieden zu hoch gesetzt. Gleichwohl werde von seiten des Distrikts alles geschehen, um ein Höchstmaß an Leistungen zu erzielen. Die Milchanlieferung befinde sich in einer erfreulichen Steigerung. So seien z.B. im Kreise Jaroslau 3 Millionen Liter gegenüber 1 Million im Januar 1941 und 500 000 Litern in der polnischen Zeit geliefert worden. Entsprechend stark sei natürlich auch die Buttererzeugung. Die LZ habe sich sogar geweigert, unter Hinweis auf die

Transportschwierigkeiten die Butter abzunehmen.

SS- und Polizeiführer Scherner gibt einen kurzen Bericht über die Sicherheitslage im Distrikt Krakau. Sie sei im allgemeinen gewährleistet, und zu besonderen Gewalttaten sei es abgesehen von einem Angriff auf eine Brücke im Kreise Nisko nicht gekommen. - In Krakau befänden sich 11 ooo Juden, die als Arbeiter bei der Wehrmacht, der Rüstungsinspektion, verschiedenen Dienststellen und Firmen beschäftigt seien. Im Zuge der Verkleinerung des Ghettos sei ein Teil bisher von Juden bewohnter Wohnungen den Polen zur Verfügung gestellt worden. Auch könne jetzt endlich an die Schaffung eines deutschen Viertels herangegangen werden. - Von den bisher in Tarnow lebenden 32 ooo Juden ständen 8ooo jetzt in Arbeit. Leider müsse man diese Arbeit jetzt abstoppen, da die Ostbahn keine Transportmittel mehr stellen könnte. Von größter Wichtigkeit sei die endgültige Liquidierung des jüdischen Landbesitzes. In Krakau-Land gebe es 3oo jüdische Landbesitze, im Kreise Przemysl 9oo. Auf diesen jüdischen Landbesitzen säßen die Judenfamilien mit 15 bis 2o Menschen, und sie seien in der Lage, bei den benachbarten Bauern Eier und Butter zu erfassen.

Auch er müsse über die schlechte Bezahlung der Volksdeutschen klagen. In einer Glasfabrik seien z.B. volksdeutsche Mädchen im Alter von 18 bis 2o Jahren beschäftigt, sämtlich Angehörige des BDM, und sie erhielten im Monat 8o Zloty.

3/5

Auf eine Frage des Herrn Generalgouveneurs erwidert SS- und Polizeiführer Scherner, daß infolge Überfüllung mit Soldaten die unteren Räume des Hauses Krakau einfach nicht mehr zu betreten seien.

Staatssekretär Krüger führt die Tatsache, daß sämtliche Lokalitäten und Gaststätten Krakaus von Soldaten überfüllt seien, darauf zurück, daß sich die Soldaten in den für sie bestimmten Heimen nicht wohlfühlten; sie wollten eben einmal etwas anderes erleben. Das Haus Krakau z.B. sei wirklich zu einem unmöglichen Ausschank geworden, stets überfüllt von Wehrmachtsangehörigen, die mit allen Mitteln versuchten, in eine solche Gaststätte hineinzukommen.

SS- und Polizeiführer Scherner führt diese Mißstände auch darauf zurück, daß auf der Langen Wiese zu Hunderten die Kraftwagen der Nachschubkommandos ständen. Die Fahrer dieser Kolonnen zeichneten sich vielfach durch besonders rüpelhaftes Benehmen aus. So komme es auch dauernd zu Zusammenstössen mit der Polizei. Auch das Staatskasino sei häufig Schauplatz unliebsamer Szenen, da sich die Soldaten den Eintritt einfach erzwängen. Streifen des Sicherheitsdienstes könnten auch nicht viel an diesen Zuständen ändern.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß Generalleutnant von Höberth als Oberfeldkommandant bzw. der Stadtkommandant von Krakau für eine Beseitigung dieser Übelstände zu sorgen habe.

Staatssekretär Dr. Boepple bringt einen Fall zur Sprache, in welchem ein Beamter oder Angestellter von einem Soldaten schwer angegriffen worden sei. Er habe sich um Schutz an die Polizei gewendet, dieser Schutz sei ihm aber verweigert worden.

3/6

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Untersuchung solcher Fälle an. Da das Publikum offenbar den randalierenden Soldaten nicht gewachsen sei, müsse von der Wehrmacht energisch durchgriffen werden. Gegebenenfalls müßten für die Soldaten entsprechende Unterkünfte geschaffen werden.

Amtschef Engler wirft die Frage auf, ob es möglich sei, einem Angestellten, der sich kriminell vergangen habe und deswegen verurteilt worden sei, die Berechtigung zum Tragen des ihm verliehenen Kriegsverdienstkreuzes zu entziehen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß hinsichtlich der Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes leider eine gewisse Inflation eingetreten sei. Da diese Auszeichnung nicht entwertet werden dürfe, müsse man mit der Verleihung fürderhin etwas vorsichtiger sein.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei Schöngarth berichtet über den gegenwärtigen Stand der Widerstandsbewegung und stellt dabei fest, daß sich die Lage nicht wesentlich geändert habe. In den Monaten Februar bis April dieses Jahres seien verschiedene große Aufstände vorbereitet gewesen, es sei aber immer gelungen, durch Agenten rechtzeitig diese Pläne zu enthüllen. Zur Zeit gebe eine kommunistische Propaganda und Organisation zu Befürchtungen Anlaß. Die nationalpolnische Organisation versuche offenbar, dem Kommunismus gewisse Gewalttaten zur Last zu legen, um sich selber zu schonen. Durch eine straffe Zusammenfassung in den Ostgebieten habe man es erreicht, daß alle Meldungen aus diesem Gebiet zentral nach Krakau kämen und so die gesamte Bekämpfung zentral gesteuert werden könne. Der Mittelpunkt der gesamten polnischen kommunistischen Bewegung liege in

3/7

Warschau. Er glaube jedoch versichern zu können, daß man ernsthafte Störungen nicht zu befürchten brauche. Der Umstand, daß die rein-nationalpolnische Widerstandsgruppe in einem gewissen Widerspruch zu der kommunistischen Gruppe stehe, müsse selbstverständlich ausgenutzt werden. Trotzdem bleibe die Lage ernst. So seien zum Beispiel Pläne über Attentate auf führende Männer bekannt geworden. Äußerste Vorsicht sei deshalb unter allen Umständen geboten. Es gebe eben keinen absolut sicheren Schutz für einen Deutschen. Deshalb müsse jeder Einzelne der Sicherheitspolizei von irgendwelchen Beobachtungen sofort Meldung machen, damit rechtzeitig eingegriffen werden könne. Zur Zeit brauche man jedoch keine Sorge zu haben, daß im Generalgouvernement irgendwelche Aufstände aufflackern werden. Die harten Sühnemaßnahmen, zu denen man greifen müsse, schreckten doch immer noch einen Teil der polnischen Bevölkerung ab. Bei der Beurteilung dieser Dinge dürfe man keine Rücksicht auf die Ansichten irgendwelcher Reichsdienststellen nehmen. Der Sicherheitsdienst führe eine sorgfältige Prüfung aller Personen durch. Wenn man überzeugt sei, daß jemand gefährlich sei, müsse er entfernt werden. Er könne nur mit Leuten arbeiten, die dem polnischen Volkstum ablehnend gegenüber ständen. Wenn Geiseln ergriffen würden, dann blieben sie im Gewahrsam und alle Einwendungen würden geprüft. Eine Anzahl von ihnen sei auch entlassen worden.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> hält es für zweckmäßig, daß sich der Befehlshaber der Sicherheitspolizei mit den Regierungsinstanzen in Verbindung setze. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei sei ihm unterstellt, und infolge dessen werde er nicht davor zurückschrecken, in geeigneten Fällen entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. Er müsse sich dagegen wenden, daß, wenn sein Stellvertreter

einen Wunsch äußere, dieser Wunsch nicht berücksichtigt werde.

Generalleutnant Becker teilt mit, daß die Frage der Polizeiunterkunft geklärt sei, daß die Unterkunftsbauten weitergingen und alles, was in dieser Beziehung von der Polizei gefordert werde, berücksichtigt sei.

Abteilungspräsident Dr. Siebert stellt fest, daß sich der Übergang der polizeilichen Angelegenheiten auf das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen glatt vollziehe. Analog dieser Regelung müßten nun aber auch Bestimmungen für die Distrikte erlassen werden. Im Einverständnis mit Staatssekretär Krüger bitte er die Amtschefs der Distrikte, vorläufig in dieser Beziehung nichts zu unternehmen, bis eine Weisung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen ergehe.

Staatssekretär Krüger will vor allem bei der Übernahme der Aufgabengebiete jegliche Störung oder Stockung vermieden sehen. Für das Sachgebiet des Staatssekretariats brauche er, um nicht in Schwierigkeiten zu kommen, das notwendige Personal. Die Befehlshaber der Sicherheits- und der Ordnungspolizei seien ersucht worden, sich mit dem Leiter der Inneren Verwaltung in Verbindung zu setzen, sodann je nach Können ein Gebiet nach dem anderen zu übernehmen. Das würde dann den Gouverneuren bekannt gegeben werden, damit sie Bescheid wüßten, welches Gebiet übernommen worden sei. Soweit der Wunsch bestehe, Beamte, die bisher bei den Distrikten gearbeitet haben, in das Sachgebiet des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen zu übernehmen, falls die gesetzlichen Voraussetzungen vorlägen, müßte für ihre Freigabe gesorgt werden, selbstverständlich mit

ihrer Einwilligung.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es mit der Dezentralisation bzw. Vereinfachung der Verwaltung stehe, erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, es sei damit zu rechnen, daß ein wesentlicher Teil der Verwaltung an die Distrikte abgegeben werde. Selbstverständlich bedürfe es angesichts der Tatsache, daß sämtliche einschlägigen Verordnungen geändert werden müßten, einer gewissen Vorbereitung. - Im Laufe der nächsten Woche werde eine Verordnung über das Dienststrafrecht der Beamten ergehen. Weiter stehe eine Verordnung über das Enteignungsrecht in Aussicht, über die allerdings noch Verhandlungen mit Staatssekretär Krüger zu führen seien. - Die Hauptabteilung Innere Verwaltung werde selbstverständlich darauf sehen, daß die Belange der Städte gegenüber den Bestrebungen der Ostenergie-A.G. soweit als möglich gewahrt würden. - Im Oktober finde voraussichtlich die erste große Volkszählung statt. Die Vorbereitungen dafür würden bereits getroffen. Mit dieser Volkszählung könne man vielleicht ein klares Bild über die Bevölkerungsdichte gewinnen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 15 Minuten.

7. Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal der Regierung

am 22. Juni 1942.

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. Staatssekretär Dr. B ü h l e r,
2. OLGR Dr. W e h,
3. z.d.A. d.Kanzlei des Generalgouverneurs,
4. z.d.A. d.Kanzlei des Staatssekretärs.

Zweite Sitzung

des

Reichsverteidigungsausschusses im Generalgouvernement

im Königssaal der Burg zu Krakau, am 24.9.42.

Ausgefertigt in 2 Exemplaren:

1 ~~x. e~~ z. d. Akten der Kanzl. des Generalgouverneurs.

z. Hd. Herrn Oberreg. Rat
H. Schepers

Anwesenheitsliste

für die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses

am 24. September 1942

im Königsaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Lasser		
Gerteis		
Frauendorfer.		
Dr. Lasser		
Fischer		
Dr. Wächter		
Leibbrandt		
Schöpke		
Dr. Schindler	[Dr Schindler]	

EKW. 12. 41. 4756

K/9

Beginn der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß sie der Behandlung von zwei geheimen Kommandosachen des Reiches dienen solle.

Oberregierungsrat Dr. Schepers führt aus, daß der Reichsminister des Inneren auf Veranlassung des Oberbefehlshabers der Luftwaffe an die Reichsverteidigungskommissare folgendes Schreiben gerichtet habe.

1. Betr.: VM-Verteilung für den Fall des Einsatzes von Kampfstoffen

Um für den Fall des Einsatzes von Kampfstoffen eine rasche und reibungslose Verteilung der Volksgasmasken sicherzustellen, ist folgendes angeordnet worden:

1. Falls mit dem bevorstehenden Einsatz chemischer Kampfstoffe durch den Feind zu rechnen ist, ergeht das Stichwort

"Wolke"

an die in Betracht kommenden Luftgaukommandos unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Reichsleitung der NSDAP-Hauptamt für Volkswohlfahrt und des Präsidiums des Reichsluftschutzbundes. Die Luftgaukommandos geben das Stichwort unverzüglich an die RLB-Gruppen und an die örtlichen LS-Leiter weiter.

Die Ausgabe der VM geschieht in diesem Falle wie bisher durch Verkauf unter Einsatz einer verstärkten Propaganda durch den Reichsluftschutzbund.

2. Bei überraschendem Einsatz chemischer Kampfstoffe wird an die in Betracht kommenden Luftgaukommandos das Stichwort

"Gewitter"

durchgegeben unter ebenfalls gleichzeitiger Benachrichtigung der Reichsleitung der NSDAP -Hauptamt für Volkswohlfahrt- und des Präsidiums des Reichsluftschutzbundes. Weitergabe des Stichwortes wie zu 1.

In diesem Fall sind die VM zunächst kostenlos an die Bevölkerung zu verausgaben.

Die NSDAP -Hauptamt für Volkswohlfahrt- hat besondere Anweisungen durch den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe erhalten und wird entsprechende Durchführungsanordnungen erlassen.

Abschrift eines Schreibens des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe an das Präsidium des Reichsluftschutzbundes füge ich bei.

Auf das besondere Geheimhaltungsbedürfnis weise ich ausdrücklich hin. Eine schriftliche Weitergabe dieses Erlasses kann nicht erfolgen.

2. An das
Präsidium des Reichsluftschutzbundes
Abschrift wird mit dem Ersuchen übersandt, folgendes zu veranlassen:

1. Die RLB-Gruppen sind schon jetzt anzuweisen, eine verstärkte Aufklärungs-Aktion hinsichtlich der Verwendung der VM bei der Brandbekämpfung durchzuführen. Hierbei ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß mit Rücksicht auf den vom Feind verstärkt eingesetzten Abwurf von brandstiftender Munition, insbesondere Phosphorbomben, und

die Erfahrung, daß die VM einen besonders wirksamen Schutz gegen die Rauchentwicklung bietet, der Erwerb der VM dringend empfohlen wird. Diese Aufklärung ist in Ausbildungslehrgängen, bei Haus- und Wiederholungsunterweisungen und Amtsträgerappellen vorzunehmen.

2. In allen für die VM-Verteilung freigegebenen LS-Orten sind die in den Wohnhäusern angebrachten LS-Merkblätter oder Haustafeln des Reichsluftschutzbundes schon jetzt durch einen deutlich erkennbaren Zusatz folgenden Inhalts zu ergänzen:

   "Nächste Ausgabestelle für Volksgasmasken: ..."

   Diese Hinweise sind in einfachster Form, z.B. durch Aufschrift mit roter Tinte oder mit rot unterstrichener Schrift auf die LS-Merkblätter oder Haustafeln des Reichsluftschutzbundes zu setzen.

   Diese Anweisungen zu 1 und 2 können offen ergehen.

3. Bei Empfang des Stichwortes "Wolke" wird die Aufklärungsaktion in verstärkter Form, in beschränktem Umfange auch durch entsprechende Notizen in den Tageszeitungen, durchgeführt. Darüber ergehen zu gegebener Zeit besondere Anweisungen.

4. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei Eingang der Stichworte "Wolke" oder "Gewitter" bei den RLB-Gruppen von diesen die nötigen Anweisungen zur schnellen Durchführung der angeordneten Maßnahmen binnen kürzester Frist, spätestens in 6-8 Stunden, an die nachgeordneten Dienststellen bis zu den Revier- und Gemeindegruppen gelangen.

5. Die nachgeordneten Dienststellen sind anzuweisen, nach Durchgabe der Stichworte "Wolke" oder "Gewitter" in jeder VM-Ausgabestelle eine ausreichende Anzahl von Amtsträgern zur Verpassung der VM bereitzustellen.

Eine ordnungsgemäße Verpassung der VM ist in jedem Fall, nach Durchgabe des Stichwortes "Gewitter", sicherzustellen.

6. Vor Abgang ist ein Entwurf der an die nachgeordneten Dienststellen zu erlassenden Durchführungsanweisungen dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (L.In. 13) vorzulegen.

Oberregierungsrat Dr.Schepers erklärt dann, daß man vor längerer Zeit im Generalgouvernement eine sehr beschränkte Anzahl von Volksgasmasken verteilt habe, mit denen höchstens 10 % der Gefolgschaftsmitglieder versorgt seien. Nunmehr müsse man prüfen, wieviel Volksgasmasken für ständig im Generalgouvernement anwesende Reichsdeutsche benötigt würden, inwieweit nicht ständig im Generalgouvernement anwesende Reichsdeutsche von hieraus zu versorgen seien und inwieweit die nichtdeutsche Bevölkerung in die Aktion einzubeziehen sei. Wenn man ernsthaft mit der Anwendung von Gas rechne, würde eine Außerachtlassung der nichtdeutschen Bevölkerung zweifellos zu einem Erliegen der Produktion in der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements führen. Man müsse daher auch prüfen, auf welche Kreise und Gebiete man die Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung mit Gasmasken personell und räumlich beschränken könne, da eine vollständige Versorgung unmöglich durchzuführen sei.

General der Ordnungspolizei Becker führt dazu aus, daß die ganze Angelegenheit in das Ressort des Befehlshabers der Ordnungspolizei falle. Es sei gelungen, für das Generalgouvernement 80.000 Gasmasken zu beschaffen, die vom Generalgouvernement bezahlt würden, da dieses Gebiet einen eigenen Luftschutz habe. Die Masken befänden sich zur Zeit im Besitze der Polizei. Sie bestünden zu 62 % aus sehr gutem

tschechischem Material, während 30.000 davon Volksgasmasken seien.

Man habe die Verbindung mit der Partei bereits aufgenommen, die das Verpassen der Masken , von denen es 3 Muster gebe, an alle Reichsdeutschen vornehmen werde. Die Kaufanträge müßten jeweils an die Parteidienststellen gerichtet werden, die dann auf Grund dieser Anforderungen die entsprechenden Mengen von der Polizei geliefert erhielten. Das Gesamtdepot der Masken müsse bei der Polizei bleiben, da die Abnahme der Masken längere Zeit beanspruche und in dieser Zeit eine ordnungsgemäße Lagerung, Pflege und Bewachung stattfinden müsse. Durch Propaganda würden die Reichsdeutschen demnächst angehalten werden, sich eine Gasmaske zuzulegen.

Eine Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung mit Gasmasken halte er für überflüssig mit Ausnahme einzelner Kategorien. Wichtig sei zum Beispiel die Ausrüstung des LHD mit Gasmasken. Das sei Sache des Luftgaues. Vielleicht auch könne man eine gewisse Anzahl wichtiger Rüstungsbetriebe vor allem für die Facharbeiter zur Verfügung stellen. Eine Belieferung würde aber erst nach der Versorgung der Reichsdeutschen infrage kommen können oder wenn man neue Gasmasken erwerben könne. Das sei aber ziemlich aussichtslos.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß alle Maßnahmen von den zuständigen Stellen getroffen und in Vorbereitung seien. Inwieweit für die deutschen Interessen wichtige Kategorien der nichtdeutschen Bevölkerung wie z.B. LHD, Facharbeiter der Rüstungsindustrie, Eisenbahner, Postbeamte usw. mit Masken versorgt werden könnten, müsse Einzelverhandlungen der zuständigen Verwaltungsstellen mit dem Befehlshaber der Ordnungspolizei überlassen bleiben.

Auf die Frage von Oberregierungsrat Dr.Schepers, wer über die Stichworte "Wolke" und "Gewitter" zu unterrichten sei, erklärt General Becker, daß nur der Polizei, den Parteidienststellen und höchsten Behördenstellen Kenntnis zu geben sei.

2. Punkt der Tagesordnung: Benzineinsparung.

Oberregierungsrat Dr.Schepers erklärt, daß vom Reichsminister des Inneren verschiedene Erlässe über Einschränkung des Kraftstoffverbrauches ergangen seien. Im Reich könnten ab nächstes Frühjahr Personenkraftwagen kaum mehr mit einer Zuteilung von Benzin rechnen. Alle Wagen sollen auf Generatorbetrieb eingestellt werden.

Im Generalgouvernement sei bisher nur eine bestimmte Kategorie von Lastkraftwagen auf Generatorbetrieb umgestellt worden. Es frage sich nun, ob mit Rücksicht auf die kommenden Ereignisse nicht auch Personenkraftwagen mit Generatorbetrieb ausgestattet werden sollen. Da aber im Generalgouvernement kein Umstellungswerk vorhanden sei, auf der anderen Seite im Reich die Lieferfristen sehr lang seien, müsse man im Reich die Freigabe eines bestimmten Kontingents zum Umbau erwirken und vielleicht schon jetzt eine Anzahl von aufgebockten Personenkraftwagen höheren Zylinderinhalts ins Reich zum Umbau auf Generatorbetrieb abgeben. Da im Generalgouvernement jede Dienststelle einen räumlich größeren Kreis als im Reich zu betreuen habe, sei die Frage des Mobilbleibens der Verwaltung ungeheuer wichtig. Man müsse Vorsorge treffen, wenn die Benzinzuteilung noch stärker eingeschränkt oder gar ganz eingestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß Reichsmarschall Göring auf ein dringendes Fernschreiben ein zusätzliches Kontingent von 1.000 to für Zwecke der Ernteerfassung im Generalgouvernement bewilligt habe, gleichzeitig aber zu äußerster Sparsamkeit aufgefordert habe.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Mineralöl Dr. Schühle berichtet, daß bei kürzlich in Berlin stattgefundenen Verhandlungen das Kontingent des Generalgouvernements eine weitere Kürzung erfahren hätte, und zwar um 10 % auf der Diesel- und 7 % auf der Benzinseite. Die Kontingente würden von Monat zu Monat neu festgelegt und man müsse damit rechnen, daß im November eine weitere Einschränkung eintrete. Man könne in absehbarer Zeit mit Öl aus den eroberten Ölfeldern im Kaukasus nicht rechnen.

Im Generalgouvernement müsse man daher vesuchen den PKW von einer Versorgung weitgehend auszuschalten und alle verfügbaren Mengen für den Lastwagenverkehr freimachen. Die Kürzungen, die man durchführe, erfolgten innerhalb des Generalgouvernements nach den Anweisungen des Reiches. Allmonatlich müsse man festlegen, wie man die zur Verfügung stehenden Mengen verteile. Die von Reichsmarschall Göring bewilligten zusätzlichen 1.000 to. würden von den Lieferungen an die Ukraine abgezweigt.

Auf eine Frage von Staatssekretär Dr.Bühler, wie es mit Gasflaschen zur Umstellung auf Treibgas stünde, weist Präsident Dr.Emmerich auf verschiedene Möglichkeiten der Umstellung hin. Aus Erdgas könne Flüssiggas gewonnen werden. Das Erdgas könne man auf Flaschen komprimieren. Da sich der Druck aber auf 30 bis 40 Atmosphärenhalte, könnten nur Flaschen gebraucht werden, die eine besondere Stahllegierung besäßen. Die

Beschaffung dieser Flaschen sei ein Engpaß.

Es liege ein Plan vor, für das Treibgas im ganzen Generalgouvernement Tankstationen zu schaffen. Ein Übereinkommen mit der Generaldirektion der Monopole bestimme, daß an Stellen, an denen bisher Erdöl verkauft werde, in Zukunft Flaschen zu haben seien, sodaß in bestimmten Entfernungen sich sehr leicht ein Verkehr mit Treibgas einrichten lasse. Das treffe vor allem für die Südstrecke zu, da dort kein weiter Flaschentransport erforderlich sei. Schwierig sei ein Verkehr auf der Grundlage von Treibgas in Warschau, da die Anfuhr sehr viel Tankraum verschlinge.

Im Generalgouvernement werde man sich darauf einstellen müssen, die verschiedenen Ersatzstoffe zu kombinieren. In Warschau werde man vielleicht Flüssiggas, das in Tankwagen herangeschafft werden müsse, verwenden können; im Süden dagegen dürfte die Verwendung von Treibgas infrage kommen, sobald die Kompressoren aufgestellt seien, von denen man im Laufe des Jahres drei oder vier bekommen werde. Daneben laufe das System der Holzgasgeneratoren.

Oberregierungsrat Dr. Wessel führt aus, daß im Generalgouvernement die Umstellung auf Treib- und Flüssiggas bei den kleinen Nutzfahrzeugen geplant sei. Nach den Richtlinien des Generatorstabes des Reiches sollen Nutzfahrzeuge nur von 2 bis 2½ to aufwärts auf Generatorbetrieb umgebaut werden. Die bisherige Weisung des Generatorstabes gehe also dahin, daß ein Umbau von PKW's auf Generatorbetrieb nicht erwünscht sei, um einen weitgehenden Umbau der Nutzfahrzeuge ermöglichen zu können.

Im Generalgouvernement würden nach diesen Richtlinien des Generatorstabes etwa 2500 Fahrzeuge umgebaut, von denen der Umbau von 320 Fahrzeugen bereits durchgeführt worden sei. Wenn die Wehrmacht im bisherigen

Umfange die Umbauwerkstätten zur Verfügung stelle und wenn die Umbauteile, auf deren Bezug aus dem Reich man angewiesen sei, weiterhin einträfen, könne das Umbauprogramm bis Sommer nächsten Jahres fertiggestellt sein.

Der Umbau von Personenkraftwagen sei mit Ausnahme von Einzelfällen verboten. Man müsse also prüfen, welche Personenkraftwagen für die Verwaltung wichtiger seien als die Lastkraftwagen für die Wirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend fest, daß im Generalgouvernement die Umstellung auf Generatorbetrieb im Gange sei im Rahmen der Richtlinien des Generatorstabes; eine Abänderung des Benzinkontingents brauche man nicht durchzuführen, da das Kontingent für jeden Monat vom Reich selbst dem Generalgouvernement bewilligt werde.

Er weist weiter darauf hin, daß man eine Erweiterung der Produktion aus dem Erdölgebiet im Generalgouvernement nicht erwarten könne, da in Drohobycz die Ruhr herrschte.

Die Treibstoffversorgung stehe derart im Vordergrund, daß ihr gegenüber alle anderen Probleme wie Versorgung der Wirtschaft, Landwirtschaft und Rüstung zurücktreten müssten. Im Schreiben des Reichsmarschalls heiße es, daß alles andere in Kauf genommen werden müsse. Aus diesem Grunde müsse auch die Wehrmacht in Kauf nehmen, wenn das Generalgouvernement seine Wehrmachtslieferungen infolge Treibstoffmangels nicht durchführen könne; auch das Reich müsse gewärtig sein, daß die Ablieferung der Kontingente des Generalgouvernements nicht im vollen Umfange stattfinden könne.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 45 Minuten.

END OF

VOL. # 23

R7

VOL. # 24

R. 7.

VOL. # 24

R. 7.

8C

1

Inhaltsverzeichnis

--

11. 3.1942 Regierungssitzung im Regierungsgebäude zu Krakau.

13. 7.1942 Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu Krakau.

24. 8.1942 Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal zu Krakau.

9.12.1942 Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

--

13. 4.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

28. 4.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

4. 6.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

22. 6.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

21. 9.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

8.12.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

11. 5.1942 Hauptabteilungsleitersitzung.

Regierungssitzung

im Regierungsgebäude zu Krakau, am

11.März 1942.

Gefertigt in 3 Exemplaren:

1.z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2.Staatssekretär Dr.Bühler
3.Hauptabschnittsleiter

S t a h l

SITZUNG
DER
REGIERUNG
DES GENERALGOUVERNEMENTS

Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 11. März 1942

10³⁰ Uhr.

Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Generalgouverneur	Frank	
Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements	Bühler	
Der Höhere SS- und Polizeiführer Staatssekretär Dr. Boepple	SS. Boepple	
~~**Der Unterstaatssekretär**~~ ~~Der~~ Stellvertreter des Staatssekretärs	Seyß-Inquart	
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei	Wünsche	
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei	Krüger	
Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs General-gouvernement der NSDAP	Fuchs	
Der ~~Chef~~ Gouv. des Distrikts Krakau	Stuckart	
Der ~~Chef~~ Gouv. des Distrikts Lublin	Lasch	
Der ~~Chef~~ Gouv. des Distrikts Radom	Schmidt	
Der ~~Chef~~ Gouv. des Distrikts Warschau	Dr. Fischer	
Der Gouv. des Distrikts Galizien		
Der Bevollmächtigte des General-gouverneurs in Berlin	i.V. Dr. Dreßler	
Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung	Fischer	
Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen	Mulbe	
Der Leiter der Abteilung Strassenverkehr		
Der Leiter der Hauptabteilung Finanzen	Lemmerhirt	

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Leiter der Generaldirektion der Monopole		
Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft		
Der Leiter der Abteilung Treuhand		
Der Leiter der Abteilung Devisen und Aussenwirtschaft		
Der Leiter der Hauptabteilung Justiz		
Der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft		
Der Leiter der Hauptabteilung Forsten		
Der Leiter der Hauptabteilung Arbeit		
Der Leiter der Hauptabteilung Propaganda		
Der Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht		
Der Leiter der Hauptabteilung Bauwesen		
Der Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen		
Der Leiter der Hauptabteilung Post		
Der Bankdirigent der Emissionsbank in Polen		
Der Leiter des Betriebsamtes		
Der Leiter des Amtes für Gesetzgebung		
Der Leiter des Amtes für Preisbildung		
Der Leiter des Amtes für Raumordnung		
Der Leiter des Personalamtes		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Fremdenverkehrsverbandes Generalgouvernement		
Der Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht		
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers des Heeres und des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement		
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe		
Der Verbindungsführer des Reichsarbeitsführers		
Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunst- und Kulturschätze		
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes		
Der Beauftragte des Reichsjugendführers		
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes		
Der ~~Leiter des Amtes für Aussenhandel~~ Sonderbeauftragte des Generalgouvernements		
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements		
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben		
Die Baudirektion des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Obersten Rechnungsprüfungsamtes		

Referenten: Wimmer, Gerlach, Jurisch, Stanelle, Sander

Beginn der Sitzung 10^{35}

Generalgouverneur Dr.Frank:

Meine Herren!

Ich heiße Sie zur ersten Regierungssitzung in diesem Jahr herzlich willkommen.

Seitdem wir die letzte Regierungssitzung hatten, haben das deutsche Volk, an der Spitze des deutschen Volkes unser Führer, die Wehrmacht, aber auch unser Generalgouvernement einen teuren Toten verloren, zu dessen Gedenken wir uns erheben. - Der Reichsminister Parteigenosse Dr.Todt, einer der hervorragendsten Männer des Reiches Adolf Hitlers, ist in die Ewigkeit eingegangen. Das verpflichtet auch die Regierung des Generalgouvernements und alle Deutschen im Generalgouvernement zu einem feierlichen Trauergedenken. Gerade wir im Generalgouvernement können feststellen, daß erst durch die geniale Tatkraft und die schöpferische Leistung des Parteigenossen Dr.Todt auch unser Aufbauwerk im Dienste des Reiches und der Wehrmacht ermöglicht worden ist. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen.

Von den Toten zu den Lebenden! Morgen feiert der Reichsminister Pg.Frick seinen 65 Geburtstag. Im Namen der Regierung des Generalgouvernements, aller Deutschen und Parteigenossen möchte ich diese heutige Sitzung benutzen, um ihm unsere Glückwünsche zu übermitteln. Parteigenosse Dr.Frick hat ein Leben lang dem Dienst des Führers und des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Verwaltung gewidmet.

Seit der letzten Regierungssitzung haben sich einige Veränderungen in den Gouverneurpositionen ergeben . Ich begrüße in unserer Mitte den Gouverneur Dr.Wächter in seiner neuen Eigenschaft als Gouverneur

des Distrikts Lemberg, ferner den Parteigenossen Dr.Wendler in seiner Eigenschaft als Gouverneur des Distrikts Krakau. Die Neubesetzung dieser Gouverneurposten ist infolge des sehr traurigen Falles des früheren Gouverneurs Dr.Lasch notwendig geworden. Über diesen Fall und die damit zusammenhängende gewisse Erregungswelle können wir heute schon rückschauend urteilen. Wenn ein Mann über Bord geht, so läuft der Kurs des Schiffes in der alten Richtung weiter. Ich möchte nur feststellen, daß jeder Versuch, aus diesem Anlaß gegen die Allgemeinheit der Führung des Generalgouvernements, gegen das dienstliche, wirtschaftliche, soziale oder parteigenössische deutsche Leben des Generalgouvernements allgemeine Vorwürfe zu erheben, völlig unberechtigt ist. Ich kann im Gegenteil feststellen - und zu dieser Feststellung bin ich auch aufgrund meiner Besprechungen im Führerhauptquartier mit den Parteigenossen Himmler, Bormann und Lammers ermächtigt - daß im großen und ganzen das Generalgouvernement unter allen besetzten Gebieten vorbildlich dasteht. Daß es überall irrende, strauchelnde Menschen und auch Verbrecher und Gauner gibt, kann niemand verhindern. Eins wollen wir aber aus Anlaß dieses Falles mit aller Deutlichkeit aussprechen unser gemeinschaftliches Bemühen muß es sein, dafür zu sorgen, daß sich der mit der Dauer jedes Krieges zusammenhängende allmähliche Verfall öffentlicher Moral im Generalgouvernement nicht auszubreiten vermag. Ich bin allen beteiligten Dienststellen dafür dankbar, daß sie durch klares blitzartiges Zuschlagen, durch Sicherstellung aller Beweise dafür gesorgt haben daß diese Krisis eingefangen und der Klarlegung entgegengeführt werden kann.

Seit der letzten Regierungssitzung hat die Schwierigkeit der Kampflage des Deutschen Reiches dem Führer wiederholt Anlaß gegeben, sich an das deutsche Volk zu wenden. Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Kriegslage des Ostens das deutsche Volk, den

deutschen Soldaten und alle Energien unserer Nation zur höchsten Anspannung zwingen. Wir haben es in Sowjetrußland mit einem Feind zu tun, der der größte Gegner, ist das den deutsche Heer Adolf Hitlers, die deutsche Wehrmacht bisher gefunden hat. Aber alles an Größe der Leistung, was bisher die deutsche Kriegsgeschichte kennt, ist in heroischstem Maße durch die wahrhaft einzigartige Haltung der deutschen Soldaten in den letzten Monaten im Osten übersteigert worden. Unter den denkbar~~aten~~ schwierigsten persönlichen und transportmäßigen Verhältnissen ist es einer durch Opfer dünn gewordenen Frontlinie unseres Volkes gelungen, dem gigantischsten Massenangriff unausgesetzt herantobender asiatischer Horden Widerstand zu leisten. Ich glaube, gerade wir im Generalgouvernement, die wir dem Osten und der Ostaufgabe verschrieben sind, haben einen besonderen Anlaß, dieses Heldenmutes der deutschen Soldaten dankbarst zu gedenken.

Es ist ganz klar, daß man Kriege nicht gewinnen, kann wie man etwa Sportpreise einheimst. Der Krieg ist in jedem Fall das grauhafteste Ereignis. Sie wissen selber, meine Herren, wieoft der Führer gerade aus seiner eigensten Kenntnis des Krieges heraus uns die Schrecken dieses Krieges in seinen Reden deutlich dargestellt hat. Es war nicht seine Absicht, diesen Krieg zu führen. Nun er uns und ihm aber aufgezwungen ist, müssen wir alles tun, um den Krieg zu gewinnen. Und wir werden diesen Krieg gewinnen. Schon ist England im Niedergang. Das Eingreifen Japans kam, weiß Gott, im richtigen psychologischen Zeitpunkt. Es ist ganz offensichtlich, daß durch die bevorstehenden militärischen Ereignisse binnen kurzen Wochen eine völlige Umkehr der Situation eintreten wird. Hierzu bedarf es nun der gesamten geballten Energie des deutschen Volkes und damit auch des Generalgouvernements.

Vorweg dieser heutigen Regierungssitzung möchte ich dafür ein Kennzeichen geben: es hat keinen Sinn, große Probleme, Projekte, Vorhaben aller Art legisla-

tiver, baulicher, erziehlicher, ideeller oder sonstiger Prägung in einem geschichtlichen Zeitpunkt durchsetzen zu wollen, in dem schlechterdings jede irgendwie verfügbare persönliche oder materielle Energie dem einen Ziel zu dienen hat, der deutschen Ostfront die Offensive zu ermöglichen und den Sieg herbeizuführen.

Wir haben uns schon oft über dieses Thema unterhalten. Immer wieder sagten wir: trotz dieser Vorrangstellung der militärischen Dinge wird es gelingen, dem Generalgouvernement das zu geben, was es braucht. Heute muß ich sagen, daß ohne Rücksicht darauf, ob das Generalgouvernement das bekommt, was es braucht, der Dienst an der Ostfront allem anderen vorangeht. Ich sage das vorweg auch deshalb so deutlich, weil es uns durch einen sehr ernsten und tiefschürfend gedachten Erlaß des Führers über die Vereinfachung der Verwaltung, der Gottlob auch im Generalgouvernement gilt, gerade zur Pflicht gemacht ist, diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken. Dieser Erlaß kann daher nicht andere gehandhabt werden als in dem Sinne, daß generell die Verantwortung aller Dienststellen, aller Führer, aller maßgeblichen Persönlichkeiten des Generalgouvernements, ganz gleich, auf welchem Posten sie stehen, niemals anders gesehen werden kann als in der Frage: was hast du dazu getan, daß die Ostfront den notwendigen Nachschub, die notwendige Lebensmittelsicherung und die notwendigen Pferde bekommt? - oder: was hast du dazu nicht getan?

Die grundsätzliche Verantwortung für das Generalgouvernement und für die ihm gestellten Aufgaben wird in den kommenden Monaten völlig hinter die allgemeine Verpflichtung zurücktreten, dafür zu sorgen, daß wir den Krieg im Osten gewinnen.

Dieses sei deshalb auch so deutlich gesagt, weil sich an den Grundsätzen, nach denen wir die Verwaltung hier aufgebaut haben, nichts ändert. Die Einheitlichkeit der Führung des Generalgouvernements, die

Totalität, die der Generalgouverneur hat, wird nicht berührt. Das letzte bis jetzt noch aufgesparte Problem des Einbaues der Polizeiorgane in die Gesamtorganisation des Generalgouvernements unter dauernder Berücksichtigung der Notwendigkeit, daß gerade die Polizei über das Gebiet des Generalgouvernements hinaus einheitlich geführt werden muß, ist in einer Besprechung zwischen dem Reichsführer Himmler und mir in wesentlichen Grundsätzen festgelegt, und diese Regelung wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen in Kraft treten. Damit wird auch dieses letzte organisatorische Problem, das wir uns noch gestellt hatten, im Generalgouvernement gelöst, und damit ist dann der Aufbau, den wir uns gegeben haben, in Ordnung.

Dabei möchte ich nun aber das eine deutlich aussprechen: die Grundsätze, die wir aufgestellt haben, haben sich bewährt und werden sich auch weiter bewähren. Einheit Generalgouverneur, Einheit Gouverneur, Einheit Kreishauptmann, - das ist das Fundament, auf dem sich unsere Verwaltungskunst betätigt hat. Und hier hätte ich nur den einen Wunsch an alle Herren der Regierung: sorgen Sie immer dafür, daß in diesem Zeitpunkt Ihre eigenen Hauptabteilungen und Abteilungen in Krakau etwas darauf Rücksicht nehmen, daß draußen die Distrikte und Kreise nunmehr personell auf's knappste dastehen und in den kommenden Wochen unter keinen Umständen imstande sind, grundsätzlich neues allgemein Idealpolitisches, sei es auch verwaltungstheoretischer Art, in die Tat umzusetzen. Ich habe beim Staatssekretär Dr.Bühler beantragt, wenn es möglich wäre, dafür zu sorgen, daß ein größerer Teil der jüngeren Beamten und Angestellten aus der Zentrale Krakau auf jeweils ein Viertel- oder Halbjahr bei einem Kreishauptmann Dienst tun würde, damit diese Herren einmal das Leben im Lande von unten her kennenlernen könnten. Die Klagen wollen nicht enden, daß die theoretische Art der Erfüllung von Regierungsaufgaben mit den wirklichen Bedürfnissen draußen im Lande nichtharmoniere. Gerade wir haben die Möglichkeit,

auch hier einen Durchbruch herbeizuführen. Ich habe die besondere Form, die ich mir dafür vorstelle, etwa aus dem Gleichnis des Generalstabsoffiziers genommen: jeder Generalstabsoffizier hat wenigstens in normaler Friedenszeit immer wieder zur Truppe, zur Kompanie zurückzukehren, um nicht dort oben in ein ödes Kriegstheoretisieren zu verfallen, sondern in dauerndem Kontakt mit dem Leben zu bleiben. Wir können das nun im Generalgouvernement exerzieren. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Gesichtspunkt nach dem Kriege bei einer allgemeinen Verwaltungsreform eines der Hauptmomente sein wird, damit das Verhältnis zwischen Zentrale und unteren Verwaltungsinstanzen im Reich auch etwas günstiger gestaltet werden kann.

Daß wir demnach im Generalgouvernement auf diesem Sektor in der nächsten Zeit mit gesteigerten Schwierigkeiten auf allen möglichen Gebieten rechnen müssen, werden Sie aus einzelnen kurzen Stellungnahmen der von mir aufzurufenden Hauptabteilungsleiter vernehmen. Ich möchte jetzt nur noch zwei Dinge in den Vordergrund rücken. Da ist das Völkertumsproblem des Generalgouvernements in der kommenden Zeit von Wichtigkeit, nämlich unser Verhältnis zu den Polen und Ukrainern, - zum anderen die Gesamtsituation gegenüber dem Reich und der Wehrmacht.

Das Völkertumsproblem im Generalgouvernement muß allein unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß dieses Gebiet des Generalgouvernements endgültig für die deutsche Wiederbesiedelung bestimmt ist. Das heißt, daß, ganz gleich, welchen Zeitraum wir dafür ansetzen, die Zielrichtung dahingeht, das gesamte Weichselland einschließlich Galiziens der deutschen Besiedelung freizumachen. Das ist selbstverständlich nur dadurch möglich, daß die fremden Volkstümer der Polen und Ukrainer im Laufe der Zeit ~~in~~ aus diesem Gebiet entfernt werden. Daß sich solche Veränderungen über Jahrzehnte erstrecken werden, ist auch klar. Aber alles, was in dieser Richtung liegt, ist richtig, alles

was gegen diese Richtung sich wendet, ist falsch. Wenn wir heute schon Frieden hätten, dann würde ja die Situation volkstumspolitischer Art sehr viel einfacher sein, als sie heute ist; denn dann könnten wir nach freiem Belieben auch volkspolitisch wirtschaften, wie wir wollten. So aber müssen wir bedenken, daß im Generalgouvernement, in Oberschlesien, in den Reichsgauen Wartheland und Westpreußen, in Südostpreußen-Ziechenau Millionen von Polen leben, die heute schon um deswillen nicht ausgesiedelt oder beseitigt werden können, weil ihre Arbeitskraft im Dienste des Krieges und des Sieges unseres Volkes unentbehrlich ist. Es ist klar, daß man demnach die arbeitende polnischeBevölkerung ernähren, kleiden und dafür sorgen muß, daß sie arbeitsfähig im weitesten Umfange bleibe.. Daß damit zusammenhängend auch eine gewisse Tarnung unseres letzten politischen Wollens notwendig ist, ist selbstverständlich. Schlimm wäre es bei uns im Generalgouvernement, wenn ein politisches Zusammenwachsen der Ukrainer und Polen hier zur Tat werden und wir dieses immerhin noch etwas von uns geübte Schaukelspiel eines völkerpolitischen Gegensatzes zwischen Polen und Ukrainern verlieren würden. Außerdem ist es gut, wenn man auch mitten im Kriege dafür sorgt, daß keine überflüssige Unruhe in ein an sich nur von wenigen Deutschen geführtes Land kommt. Aus allen diesen Gründen habe ich es seit Beginn der Führung im Generalgouvernement für notwendig gehalten, diese Mittellinie einzuhalten. Ich habe mich durch nichts davon abbringen lassen und gedenke, diese Linie auch so lange einzuhalten, wie sie uns Deutschen Nutzen bringt.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Widerstandsbewegung zunimmt, und zwar deshalb, weil sich die Lage der intellektuellen polnischen Schichten wirtschaftlich katastrophal entwickelt, weil auch vor allem die Einwirkungen von außen her von uns nicht völlig beseitigt werden können, weil zudem der Pole in seiner romantischen Widerstandssucht ein alterfahren

er

Organisator im dunklen ist, wie das seine Geschichte zeigt. Ich glaube, daß es bei vernünftigen Anschauungen auf diesem Gebiete möglich ist, in den kommenden Monaten gerade noch durchzukommen. Einige sehr bedenkliche Fälle sind vorgekommen; sie zwingen uns allerdings, zu den schärfsten Gegenmitteln zu greifen. Es handelt sich dabei um einige ganz zweifellose Sabotageakte z.B. in Elektrizitätswerken. Aber selbst wenn es sich hierbei nicht um Sabotage, sondern um einen Unfall gehandelt hätte, müssen wir doch in den kommenden Monaten mit solchen Sabotagefällen rechnen. Daher müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten auch mit größter Entschiedenheit gegen jeden Versuch angehen, der in dieser Richtung zu einer Unterwühlung unserer inneren Ordnung aus dem Gesichtspunkt der Widerstandsbewegung heraus führen könnte.

Die Ukrainer sind in dieser Beziehung noch um einen Grad zuverlässiger, wenn auch im allgemeinen das Verhältnis nicht gerade sehr klar ist, da angesichts der Entwicklung in der Großukraine gewisse Schwierigkeiten in diese Dinge gekommen sind. Ich nehme jedoch an, daß es uns gelingt, mit den Dingen fertig zu werden, und hoffe, daß sich die Ukrainer mehr und mehr der Aufbauarbeit zur Verfügung stellen werden.

Ich habe mit Ermächtigung des Führers vor einiger Zeit den früheren polnischen Gesandten in Berlin Wysocki empfangen, den einzigen Polen, von dem der Führer sagt, daß er ihn ausstehen könne, weil er seinerzeit in Berlin mit dazubeigetragen habe, daß die Annäherung Deutschland und Polen geschaffen wurde. Ich habe mich mit ihm über diese Dinge ausgesprochen und habe ihm vor allem erklärt, daß natürlich ein Ansteigen des Widerstandes auch zu einer völligen Umkehr unserer bis jetzt noch sehr großzügigen Anschauung führen könnte. Ich habe ihm weiter mitgeteilt, daß wir die jetzige Entwicklung der Dinge genau beobachten werden. Ich habe ihm allerdings auch gesagt, daß die Loyalität ein Kennzeichen dafür sei, daß man in einem ~~Gesch~~ Gemeinschaftswesen arbeiten

und leben wolle. Er konnte nicht anders als mich dieser Loyalität versichern. Es ist immer ganz gut, wenn solche Aussprachen stattfinden; man kann für später immer sagen, daß der gute Wille wenigstens auf unserer Seite vorhanden war.

Ich habe dann mit einem Vertreter der Ukrainer Professor Kubiowitzsch gesprochen; ich nehme an, daß er mehr nominell die Dinge führt, praktisch aber von den Ukrainern nicht besonders anerkannt wird. Aufgabe des Gouverneurs von Galizien wird es wohl sein, sich der ukrainischen Frage besonders anzunehmen.

Die Lage im Deutschen Reich zwingt uns, dem volksdeutschen Problem eine besondere Bedeutung beizumessen. Ich würde der Partei erneut zu Dank verpflichtet sein, wenn sie dafür sorgt, daß die Lage der Volksdeutschen einer eingehenden Betrachtung unterzogen und ihnen eine möglichste Förderung zuteil werden würde. Ich freue mich, aus den Berichten der Parteigenossen Stahl und Kundt lesen zu können, daß die volksdeutsche Betreuung zunimmt. Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind sehr schwierig; sie müssen aber schon stimmungsmäßig und aus psychologischen Gründen von uns ernsthaft erwogen werden. Hier kann und muß noch viel geschehen.

Aus dem Reich sind verschiedene Dinge übernommen worden, die für den inneren Dienstbetrieb von größter Bedeutung sind, so die Regelung der Arbeitszeit, die Urlaubsbeschränkung, die Beschränkung des Bauwesens, des Automobilverkehrs usw.. Ich möchte die Herren von der Regierung und die Herren Gouverneure darauf aufmerksam machen, daß es zweckmäßig ist, wenn auch sie für ihre eigene Person an diesen Regelungen vorbildlich Anteil nehmen und sich in ihren eigenen Dienststunden und ihrem eigenen Leben an diese Regelungen, die aus dem Reich kommen, angleichen. Ich verlange als Ihr Chef nicht gerade von Ihnen, daß Sie schon um ½ 8 Uhr pünktlich jeden Tag im Büro sind, möchte es aber doch als außerordentlich wünschenswert ansehen, daß Sie sich in Ihrer eigenen dienstlichen

Führung so zeigen, daß der Angestellte Ihres eigenen Betriebes sieht; aha, unser Chef geht mit gutem Beispiel voran.

Das Verhältnis zur Wehrmacht ist ausgezeichnet. Ich möchte wiederholt auch für die Mitarbeit der Herren Verbindungsoffiziere meinen Dank sagen. Für die Arbeit hier im Generalgouvernement kann ich nur sagen, daß beiderseits der Eindruck besteht: man tut, was man kann, um sich gegenseitig zu helfen.

Auch das Verhältnis zur Polizei und SS ist im allgemeinen sehr gut, und ich glaube, daß wir die Schwierigkeiten gemeinsam meistern werden.

Die Verwundetenbetreuung im Generalgouvernement ist, wie das allgemein anerkannt wird, schlechterdings vorbildlich geregelt. Ich darf als Generalgouverneur der Partei und allen Deutschen in diesem Raum für die hervorragende Anteilnahme an der Verwundetenbetreuung, die weit ins Reich hinein Eindruck gemacht hat, meinen Dank sagen.

In eine ernste Zeit schreitend, aber in sich geschlossener denn je und willensklarer denn je ist das Generalgouvernement bereit, die Aufgaben auf sich zu nehmen, die wir uns selber gestellt haben in der Erfüllung der Pflichten, die uns der Führer übertragen hat. Ich freue mich sehr, daß Sie, Parteigenosse Krüger, wieder in unserer Mitte weilen und von Ihrem Unfall genesen sind.

Ich erteile nun zunächst das Wort dem Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann zu seinem Referat über die

Ernährungslage.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann:

Anläßlich der heutigen Regierungssitzung, möchte ich wiederum - wie in meinem letzten Bericht im Dezember 1941 - einen Überblick über die Versorgungslage im GG und abschließend einen Ausblick auf die den Umständen nach zu erwartende Entwicklung in den nächsten Monaten geben.

Auch der dritte Kriegswinter war genau so hart in Kälte undSchnee wie die vorhergegangenen zwei Kriegswinter. Trotzdem haben wir versorgungsmäßig gesehen auch diesen Kriegswinter gut überstanden und sind nennenswerte Schwierigkeiten oder sogar die von der feindlichen Propaganda wiederum angekündigten Hungerkatastrophen nicht nur vermieden worden, sondern konnten auch - wie ich nachfolgend noch ausführen werde - die Versorgungsverhältnisse für die marktordnerischen Schaufenster Warschau, Krakau und den Radomer Industriebezirk durch besondere Zuteilungen in den Monaten Dezember, Januar und Februar wesentlich verbessert werden.

Bedeutung des Generalgouvernements

Angesichts der Bedeutung, welche das GGment in der augenblicklichen und entscheidenden Phase des Krieges im Osten hat und noch haben wird, wird es - wie bisher - mein Bestreben sein, trotz der immer schwieriger werdenden Erfassungs- und Verteilungsverhältnisse die Ernährungs- und Versorgungslage bis zum Anschluß an die neue Ernte zu meistern.

Mehr denn je ist die augenblickliche und zukünftige Lage dadurch gekennzeichnet, daß das GG.ment als ausgesprochene Etappe der kämpfenden Ostfront Verbindungsstück zwischen Heimat und Heer darstellt.- Die immer stärkere Einbeziehung der Eisenbahn und des gesamten Verkehrswesens überhaupt in den Bereich der kämpfenden Front sowie die für Anfang April zu erwartende völlige Abdrängung des zivilen Sektors insbesondere aus dem Eisenbahnverkehrsnetz lassen mich für die Gesamtwirtschaft, insbesondere für die

Ernährungswirtschaft, Auswirkungen befürchten, die mich mit ernster Sorge erfüllen.

Als Beitrag des GG.ments in Erfüllung der diesem Raum gestellten Aufgabe sind auf dem Sektor Ernährungswirtschaft in den letzten Monaten Vorleistungen für die kommende Zeit der Entscheidungen im Osten erstellt worden.

Das letzte halbe Jahr seit der Ernte war in Entlastung des Reichs gekennzeichnet

1. durch Übernahme zusätzlicher Versorgung des MiG
2. durch Einbeziehung des gesamten Personals der Ostbahn in die Zusatzverpflegung I
3. als Sonderleistungen Lebensmittelbereitstellung für die Unterhaltung der Werksküchen der Ostbahn
4. Lebensmittelbereitstellung für den Unterhalt der Werksküchen der Rüstungsindustrie für 80 000 Menschen
5. Lebensmittelbereitstellung für den Unterhalt von Werksküchen der Post für 5 000 Menschen
6. Bereitstellung von Pauschalkontingenten für die Arbeitskräfte in der Forstwirtschaft, für 65 000 Menschen
7. Bereitstellung von Lebensmitteln für Durchführung eines Prämiensystems der Ostbahn
8. für 84 500 Arbeitskräfte im unmittelbaren Heeresgefolge und von Betrieben im Einsatz für die Wehrmacht einschließlich Luftwaffe durch Bereitstellung von Pauschalkontingenten für die Zusatzverpflegung I
9. im Rahmen dieser Sonderleistungen die zusätzliche Bereitstellung von Mehl, Zucker, Kunsthonig, Eiern, Öl für 2,3 Millionen Menschen der Großstädte Warschau, Krakau, Radom, Tschenstochau, Kielce und das Radomer Industriebezirks

10. für die Zusatzversorgungsberechtigten I und II die Ausgabe von über 6 Mill.Eiern

11. die Bereitstellung von Lebensmitteln für den polnischen Hauptausschuß und das russische sowie ukrainische Hilfskomitee.

Insgesamt kann gesagt werden, daß im GG.ment einschließlich Distrikt Galizien rund 2 Millionen Menschen zusatzversorgungsberechtigt sind, was bedeutet, daß fast jeder vierte Normalverbraucher zusätzlich versorgt wird.

Bewußt haben wir bei diesen Sonderleistungen und bei den zusätzlichen Versorgungsmaßnahmen für kriegswichtige und kriegsentscheidende Betriebe gerade in diesen Wintermonaten berücksichtigt, daß die Befriedigung sonstiger Lebensbedürfnisse, wie insbesondere Heizung und Kleidung,nicht immer gegeben war.

In Aussicht gestellt habe ich ferner für 50 000 Arbeiter im Rahmen des auf Befehl des Führers durchzuführenden Ostbauprogramms die Zusatzverpflegung 1 neben weiteren zusätzlichen Versorgungsmaßnahmen für Arbeitskräfte in der Schiffahrt und in der Seuchenbekämpfung.

Getreide:

Im einzelnen stellt sich die Lage der Lebensmittelversorgung wie folgt:

Auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft sind bis zum 28.Februar an Brotgetreide im GG.ment außer Galizien ..... 366.017 to = 63,7 %

erfaßt worden.

Am gleichen Tage des Vorjahres belief sich die erfaßte Menge an Brotgetreide auf ... 290.260 to = 42,4 %

d.h. es sind in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre mehr erfaßt worden ..... 75.757 to.= 21.3 %

Dieser Erfolg hat seine Begründung vor allem darin, daß auf einen schnellen Erfassungsrhythmus ganz besonders Wert gelegt wurde; denn was bis

4

Dezember des Jahres nicht erfaßt worden ist, wird, - wie die Ergebnisse der nachfolgenden Dekaden beweisen - auch später nicht mehr erfaßt. Ein sich immer mehr einspielender Erfassungsapparat, eine gut funktionierende Prämienwarenaktion und etwas bessere Preise haben trotz fehlenden Einsatzes von Polizeikräften zu diesem Ergebnis geführt.

Infolge der außerordentlichen Belastung durch Bereitstellung von Brotgetreide an die Wehrmacht und die vorhin aufgeführten Bedarfsträger bin ich gezwungen, den Rationssatz für nichtdeutsche Normalverbraucher mit Wirkung vom 1.5.42 wieder auf den alten Stand von 4.200 gr Brot monatlich zurückzuführen. Alle A- und B-Karteninhaber behalten die alten Sätze. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß auch im deutschen Reich im Hinblick auf einen reibungslosen Anschluß an die neue Ernte ab 6.4.42 eine Brotrationssenkung durchgeführt werden muß.

Im Distrikt Galizien sind 66.503 to Brotgetreide erfaßt worden. Wenn auch dieses Ergebnis insgesamt gesehen nicht befriedigen kann, so muß doch berücksichtigt werden, daß im Distrikt Galizien

1. die Transportschwierigkeiten größten Ausmaßes die Hautursache darstellen
2. der Erfassungsapparat immer noch im Aufbau begriffen ist und
3. Prämienwaren wie in den vier anderen Distrikten bisher nicht zur Verfügung standen

Seit Mitte Februar wird für die Deutschen im GG.ment ebenfalls Schwarzbrot ausgegeben; diese Maßnahme ist erforderlich, da man sich im GG.ment an die Ausmalungsquote des Reiches angleichen mußte, die 91 % beträgt.

<u>Kartoffeln:</u>

Während wir im Herbst 1940/41 bis Ende Februar

490 000 to Kartoffeln

erfassen konnten, sind vom Herbst 1941 bis Ende Februar 1942 insgesamt

649 400 to Speisekartoffeln und

79 000 To Fabrikartoffeln
erfaßt worden, das ergibt eine Gesamtmenge von

728 400 to Kartoffeln.

Diese Mehrerfassung von 48 % gegenüber dem Vorjahre ist um so beachtlicher, als die späte Kartoffelernte und der zeitige Frost der Verbringung von Kartoffeln außerordentliche Schwierigkeiten entgegensetzten und insgesamt im Herbst 1941 zur Bergung der Kartoffelernte nur 4 bis 5 Wochen zur Verfügung standen.

Im Frühjahr 1942 müssen folgende Mengen aufgebracht werden:

296 000	to Speisekartoffeln
114 000	to Fabrikkartoffeln
34 000	to Pflanzkartoffeln für Galizien
444 000	to insgesamt (sodaß)

Kartoffeln als Versorgungssoll zu erfassen sind, davon sind in Mieten bereits erfaßt 95 000 to, sodaß noch 349 000 to einzubringen sind.

Durch den lange anhaltenden Frost läßt es sich aber bereits heute übersehen, daß die Bewegung dieser Kartoffelmengen in die Monate fällt, die voraussichtliche die größten Transportschwierigkeiten, die jemals bestanden haben, bringen werden und damit außer den Erfassungsschwierigkeiten die Aufbringung dieser Mengen fast zu einer Unmöglichkeit machen.

Ferner steht zu befürchten, daß ein großer Teil der durch Frost überraschten Mietenkartoffeln den Winter nicht ordnungsgemäß überstanden hat und stärkere Verluste als normal zu befürchten sind.

Gartenbau:

Die Lage auf dem Gebiet der Gemüse- und Obstversorgung war besonders für die Großstädte des GG.ments mit Ausnahme von Winterobst einigermaßen ausgeglichen. Die Anfuhr von frischem Gemüse ist teilweise noch

derart, daß der laufende Bedarf einigermaßen gedeckt werden kann. Bis zu Beginn der neuen Ernte müssen mit Ausgehen des Frischgemüses aus den Mieten, mit Sauerkraut, Trockengemüse, Essig- und Salzgemüse, Obstsäften und zusätzlichen Einfuhren von Frischgemüsen Versorgungslücken überbrückt werden. Soviel sei in diesem Zusammenhang gesagt, daß die Versorgung der Deutschen mit Südfrüchten und Gemüsen als ausreichend angesehen werden kann.

Zucker:

Auf dem Gebiet der Zuckerwirtschaft hat sich die Versorgungslage aufgrund der schlechten Ernte wie in ganz Europa grundlegend geändert. Statt der zu erwartenden und in der Bilanz vorgesehenen 1,3 Millionen Doppelzentner Zucker sind bis Januar 42 nur 737 000 dz Zucker hergestellt worden, und zwar als Folge einer durch die anhaltende Nässe schlechten Zuckerrübenernte, wozu noch außerordentliche Verluste durch den frühzeitig einsetzenden Frost hinzutraten. Als Auswirkung dieser schlechten Zuckerernte ergab sich zwangsläufig eine Senkung der Rationssätze für Zucker, und zwar für Deutsche um 200 gr und für Nichtdeutsche um 50 %. Ausserdem wurden den Betrieben, die Zucker benötigen, die Kontingente heruntergesetzt.

Brauwirtschaft:

Auf dem Gebiet der Brauwirtschaft reichen die jetzt vorhandenen Vorräte an Gerste und Weizen in den Brauereien für eine Bierversorgung bis Anfang Juni dieses Jahres. Insbesondere durch die starken Wehrmachtsanforderungen und den Mehrverbrauch durch Wehrmachtsangehörige ist die Bierversorgungslage im GG.ment wesentlich beeinträchtigt, obwohl die Biererzeugung gegenüber dem Vorjahr eine 40 %ige Steigerung erfahren hat.

Die Bierlieferung erfolgt zu ca. 80 % an die Wehrmacht, SS und Polizei sowie an andere Formationen, während die restlichen ca. 20 % nur an deutsche Zivilstellen und Gaststätten ausgegeben werden, die außerdem noch von Wehrmacht und vorerwähnten Formationen sehr stark besucht werden. Wenn sich die Erwartung, weitere Braugerste zu erfassen, erfüllt, wird es gelingen, die Bierversorgung bis zur neuen Ernte sicherzustellen.

Vieh:

In der Vieh- und Fleischwirtschaft wurde im Rahmen der festgesetzten Versorgungssätze durch die Viehaufbringung der Bedarf gedeckt - ein Erfolg der sich bereits in einigen Distrikten auswirkenden Viehregistrierung. Der Anfang Mai beginnende Weidegang und die Transportschwierigkeiten werden zweifellos auch die Lage auf diesem Versorgungssektor grundlegend ändern, wenn auch gewisse Vorräte die Lücke für einige Wochen schließen helfen. Auch aus psychologischen Gründen konnte vor einer Senkung der Rationssätze ~~um 25 %~~ für die Deutschen im GG.ment ab 1.4.42 nicht halt gemacht werden, da mit Wirkung vom 6.4.42 im Reich die Rationssätze um 25 % gekürzt werden. Analog dieser Kürzung werden die Rationssätze für Fleisch im GG.ment um 25 % gekürzt.

Eier:

Auf dem Gebiet der Eierwirtschaft ist in der vergangenen Woche mit der neuen Erfassungsperiode begonnen worden. Statt - wie im letzten Erfassungsjahr - 3/4 kg Zucker als Prämienware kann in der kommenden Erfassungsperiode aufgrund der schlechten Zuckerversorgungslage nur ¼ kg Zucker als Prämienware je 1 kg Eier zur Verfügung gestellt werden. Ich hoffe, daß bei der knappen Versorgungslage diese geringe Menge ausreichen wird, um als Prämienware eine entsprechende Erfassungskraft auszuüben.

8

Im vergangenen Frühjahr sind 384 Mill. Eier erfaßt worden, von denen nach den Ihnen bekannten Sätzen im GG.ment selbst verteilt sind

367.650.000

während zur Ausfuhr nach Deutschland gelangt sind:

16.350.000 Stck

In diesem Jahre rechne ich einschließlich Galizien mit einer Erfassung von

630.000.000 Stück Eiern.

Vorgesehen ist eine Ausfuhr nach Deutschland von 50 Mill. Eiern, eine Zahl, die sich gegebenenfalls noch vergrößern wird, wenn die Erfassung ein besseres Ergebnis zeitigen sollte. Die Zuteilungssätze in diesem Wirtschaftsjahr sind die gleichen wie 41/42. Die Vorschätzung der Erfassung 1942 hängt ebenfalls von der Überwindung der Transportschwierigkeiten, vor allem in Galizien, und von der Zurverfügungstellung des erforderlichen Verpackungsmaterials ab.

<u>Fett:</u>

Allen Anstrengungen zum Trotz hat die Versorgungslage in Butter und Fett weiterhin eine Verschärfung erfahren, die auf dem Gebiet der Milchwirtschaft saisonbedingt ist. Durch das Ausgehen der Futtervorräte ist die Milcherzeugung außerordentlich abgesunken, sodaß die meisten Distrikte gezwungen waren, im Hinblick auf die Versorgung der Verwundeten, Frauen und Kinder zu Verbrauchseinschränkungen bei Milch zu schreiten und bei Butter im Distrikt Krakau 50 % in Form von Margarine oder Butterschmalz zu ersetzen. Diese Versorgungsschwierigkeiten haben auch noch ihre Gründe in der Abriegelung von Gemeinden und teilweise Kreisstücken oder gar ganzen Kreisen vom Verkehr infolge der weit verbreiteten Maul- und Klauenseuche und des Flecktyphus.

Mit Einsatz der wärmeren Witterung und des beginnenden Weideganges wird die natürliche Milchschwemme diese Versorgungsschwierigkeiten beseitigen.

Anders sieht es jedoch auf dem Gebiet der übrigen Fettversorgung, insbesondere mit Margarine aus. Durch die schlechte Rapsernte konnten statt der in der Bilanz vorgesehenen

14 000 to Raps bisher
nur 7 000 to "

erfaßt werden, woraus sich ein natürlicher Rückgang in der Margarine- bzw. Ölerzeugung ergibt. Eine wesentliche Verbesserung wird sich auch bis zur neuen Ernte kaum ergeben, und auch im kommenden Jahr wird mit einer Stabilisierung der Versorgungsverhältnisse auf dem Gebiet dieses Fettstoffes nur dann zu rechnen sein, wenn der Raps in diesem Winter gut durchkommt und eine einigermaßen gute Ernte bringt.

Analog der Rationssenkung bei Fleisch ist aus den gleichen psychologischen Gründen für Deutsche die Senkung der Rationssätze für Butter und Fett um 75 gr pro Woche ab 1.4.1942 verfügt worden.

Ausblick:

Die zukünftige Gestaltung der Versorgungslage ist in weitgehendem Ausmaße davon abhängig, inwieweit sich auf anderen Gebieten in der kommenden Zeit Verhältnisse herausbilden werden, die in kriegsbedingten Erfordernissen ihre Ursache haben. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Transportlage.

Für den Fortgang der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist außer einer angemessenen Erhöhung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Bereitstellung ausreichender Mengen an Prämienwaren insofern eine weit größere Bedeutung als bisher beizumessen, als die fehlenden Polizeikräfte Zwangsmaßnahmen unmöglich machen.

Mit diesen Ausführungen über die Lage auf dem Versorgungssektor möchte ich schließen, um einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen der Frühjahrsbestellung zu geben.

Die Herbstbestellung konnte in den vier Distrikten des alten GG.ments restlos durchgeführt werden, wenn auch der frühe Frosteintritt manche Hindernisse und Schäden hier verursacht hat. In Galizien konnte infolge mangelnder Bespannung und nicht vorhandener Traktoren die Herbstfurche nur zu einem gewissen Teil ausgeführt werden, und auch die Wintersaat wurde nicht 100 %ig durchgeführt. In den Wintermonaten sind die Vorbereitungen für die Frühjahrsbestellung getroffen worden. Durch den lang anhaltenden Winter werden wir mit einer verspäteten, zusammengedrängten Frühjahrsbestellung rechnen müssen. Diese Tatsache ist insbesondere deshalb ungünstig, weil allein über 500 Traktoren, die im Reich verladebereit stehen, wegen Waggonmangel bis heute noch nicht ins GG.ment transportiert werden konnten. Auch ist durch die Pferdemusterungen der vergangenen Jahre und durch die augenblicklichen Aushebungen der Wehrmacht der Pferdebesatz für die Durchführung der Frühjahrsbestellung sehr knapp geworden. Während der Frühjahrsbestellung dürfen deshalb auf keinen Fall Gespannleistungen von anderen Bedarfsträgern verlangt werden. - Bisher wurden insgesamt über 200 000 Pferde der Wehrmacht aus der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Für die Sommergetreidesaat wird ausreichend Saatgut aus eigener anerkannter Produktion zur Verfügung gestellt werden können. Aus dem Reich sind dem GG.ment noch 13.000 to Hochzuchtsaatgut und 27.000 to Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt. Durch Waggonmangel ist jedoch das rechtzeitige Hereinkommen dieser Saatgutmengen in Frage gestellt. Insbesondere für die Versorgung des Distrikts Galizien mit hochwertigem Sommergetreidesaatgut, Zucker- und Runkelrübensaatgut und Kartoffeln werden noch erhebliche Schwierigkeiten auf dem Transportsektor zu überwinden sein.

11

Leider konnte die Versorgung der Landwirtschaft mit Handelsdünger nicht zufriedenstellend erfolgen. Wenn man berücksichtigt, daß durch das Hinzukommen von Galizien sich die landwirtschaftliche Nutzfläche von 6½ Millionen auf 10 Millionen Hektar erhöht hat, erkennt man erst die richtige Lage bei der Betrachtung folgender Gegenüberstellung: im Reich stehen pro Hektar z.B. 17 kg rN und 65 kg Kalk der Landwirtschaft zur Verfügung. Durch den Rückgang der Stickstoffproduktion und die vor einigen Wochen erfolgte Stillegung des Stickstoffwerks Moscice stehen nicht - wie im Vorjahre - 15.600 to rN, sondern nur 8.000 to rN zur Verfügung. Das bedeutet, daß der Landwirtschaft des GG.ments nur 0,8 kg rN pro Hektar zur Verfügung gestellt werden können.

Auch bei der Phosphorsäureversorgung und der Kaliversorgung macht sich die schwierige Transportlage hemmend bemerkbar. So sind z.B. für den Distrikt Warschau

7 000 to Thomasmehl

zugeteilt, von denen leider bisher erst 10 % im Distrikt Warschau eingetroffen sind.

Zu einer ordnungsgemäßen Durchführung der Kalkdüngung würden pro Jahr 500.000 to Kalk für das Generalgouvernement gebraucht. Leider können indiesem Jahr nur ca. 10 000 to Kalk zur Verfügung gestellt werden. Das ist pro Hektar = 1 kg. - Allein die Kaliversorgung ist zufriedenstellend.

Heute steht noch nicht fest, ob die im GG.ment vorhandenen Traktoren für die Frühjahrsbestellung eingesetzt werden können, da die Zuteilung des Betriebsstoffs noch nicht gesichert ist.

Bei Berücksichtigung der aufgezählten erschwerenden Umstände, deren Zahl sich noch beliebig erweitern ließe, muß mich der Verlauf einer ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung und die Erzeugung einer ausreichen-

12

den Ernte mit ernster Sorge erfüllen.

Produktionsmittel zur Erhöhung der Erträge können nicht mehr - wie in den vergangenen Jahren - in dem benötigten Umfange der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es muß deshalb der einzige Faktor, der noch ausreichend zur Verfügung steht, 100 %ig mobilisiert werden; das ist die Arbeitskraft des polnischen Panje.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hat durch Einrichtung eines ausgedehnten Agronomenapparates Voraussetzungen für die Mobilisierung und Ausrichtung der Landbevölkerung auf das Ziel der Erzeugungssteigerung geschaffen. Maßnahmen wie Unkrautbekämpfung, bessere Pflegearbeiten sind eingeleitet.

Es müssen jedoch auch von anderen Dienststellen alle Maßnahmen unterlassen werden, die eine Beunruhigung der Landbevölkerung zur Folge haben. So würde z.B. die Durchführung der beabsichtigten Verordnung über Einführung einer 200 %igen Erhöhung der Grundsteuer die Arbeitslust der Landbevölkerung erheblich beeinträchtigen. Durch die beabsichtigte Grundsteuererhöhung würde außerdem ein weiterer Teil der Erzeugung in den Schwarzhandel abwandern, da der polnische Panje, um in den Besitz von Geldmitteln zu gelangen, mehr Produkte im Schleichhandel verwerten würde als bisher.

Als letztes Mittel zur Anfeuerung der polnischen Bauern wird eine angemessene Preiserhöhung für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte angesehen. Diese Maßnahme wird in diesem Frühjahr auch im Reich weitgehendst durchgeführt. So sind z.B. die Kartoffel-, Raps- und Schweinepreise vor einigen Wochen stark erhöht worden. Schon im August des vergangenen Jahres beantragte ich Preiserhöhung für Getreide, um die Produktionskraft des Landes zu stärken. Damals

13

wurden diese Preiserhöhungswünsche abgelehnt und der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entweder Preissenkungen für Produktionsmittel oder Subventionen in Aussicht gestellt. Leider konnte bisher beides nicht erfüllt werden. Ich habe deshalb in Sorge um die Erhaltung der Produktion vor einigen Tagen dem Amt für Preisbildung die meiner Ansicht nach notwendigen Preiserhöhungen mitgeteilt und bitte, schnellstens diese Preiserhöhungen zu genehmigen, damit sie als Propagandamittel für die Frühjahrsbestellung und die Pflegearbeiten noch rechtzeitig eingesetzt werden können.

Der Mangel an Produktionsmitteln und die sonstigen Erschwernisse bei der diesjährigen Erstellung der Ernte lassen keinen anderen Weg mehr zu, um wenistens d en Stand der Produktion meiner Ansicht nach auf der bisherigen Höhe zu halten.

Nur ein Appell an die materiellen Instinkte und ein günstiges Mitwirken der Natur wird denselben oder hoffentlich einen höheren Ertrag der kommenden Ernte im Generalgouvernement bringen.

IV/9
1/1

Über

das Eisenbahnwesen und die Lage
der Ostbahn

berichtet Präsident Gerteis. Er führt einleitend aus, daß das Großdeutsche Eisenbahnwesen seit Monaten infolge des Hinzutretens des Ostraumes den schärfsten Belastungen unterworfen sei. In diesem Ostraum sei das gesamte Eisenbahnwesen völlig verwüstet vorgefunden worden. Die Russen hätten nicht nur die Schienenwege und Brücken restlos gesprengt, sondern kein für den Betrieb geeignetes Fahrzeug zurückgelassen. Darüber hinaus sei alles, was zur Betriebsführung notwendig sei, vollkommen vernichtet worden, so die Werkstätten für die Instandhaltung der Fahrzeuge, die Signaleinrichtungen, Stellwerke, Fernsprechleitungen usw.. Dies alles habe in den vergangenen Monaten von deutschen Militär- und Zivileisenbahnern neu aufgebaut und das dazugehörige Material restlos aus Deutschland wieder herangeschafft werden müssen. Der Winter habe das übrige getan, daß der Aufbau der Linien und des Eisenbahnnetzes sowie die Verbesserung des Betriebes im Ostraum nur langsam vorwärts gehen konnte. Aber gerade dieser Winter habe gezeigt, daß nur die Eisenbahn imstande gewesen sei, Massentransporte aus dem Reich nach dem Osten zu bringen.

Die Folge des Aufbaues des Eisenbahnnetzes im Ostraum sei eine ganz scharfe Dresselung des Eisenbahnverkehrs im Altreich und im Generalgouvernement. Die Wagengestellung sei um ein volles Drittel eingeschränkt worden. Es handele sich um 60 000 Wagen, die etwa täglich weniger gestellt werden könnten. Aus allen diesen Gründen könnten nur Transporte durchgeführt werden, die absolut kriegswichtig seien. Zur Zeit bewege sich ein sehr starker Verkehrsstrom in der Richtung vom Westen durch das Generalgouvernement und Ostpreußen nach dem Süden für die Wehrmacht und für die Eisenbahn selbst, nämlich für den Aufbau und die Versorgung des Eisenbahnbetriebes im Ostraum. Keine

Kohle, kein Betriebsstoff, keine Ersatzteile seien für den Betrieb vorhanden, und alles müsse aus Deutschland herangeführt werden.

Die Betriebsabwicklung seit der letzten Regierungssitzung sei infolge des langen und starken Frostes maßgebend beeinflußt gewesen. Bei der Drosselung der Betriebsleistung habe wieder manches zurückbleiben müssen, was an sich mit der Wagengestellung hätte gefahren werden können. Man habe eine Klassifikation der zu befördernden Güter vornehmen müssen. In erster Linie komme natürlich alles das in Betracht, was die Wehrmacht im Osten benötige, dann das, was die Eisenbahn dort benötige, und dann erst könnten die Anforderungen besonders der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft befriedigt werden. Im ganzen entfielen aus dem Durchgangsverkehr durch das Generalgouvernement nach dem Osten 3/8 der beförderten Güter allein auf die Eisenbahn, 5/8 der gesamten Leistung blieben für Transporte der Wehrmacht frei. Jede Steigerungsmöglichkeit der Transporte werde sofort wieder durch Neuforderungen der Wehrmacht wettgemacht, die gerade jetzt wieder sprunghaft wüchsen.

Angesichts dieser Sachlage könne für das Verkehrsbedürfnis des Generalgouvernements eine größere Quote von Transporten kaum in Aussicht gestellt werden. Zu berücksichtigen seien ja auch die im Frühjahr akut werdenden Neuforderungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Verfrachtung von Kartoffeln und Getreide und die Frühjahrsbestellung. Hier ergebe sich ein Bedarf von 32 000 Wagen in sechs Wochen. Er könne sich aber für die Erfüllung dieses Programms nicht verbürgen, sondern könne nur in Aussicht stellen, gewissermassen auf Schleichwegen Wagenmaterial vom Reich hereinzubringen.

Selbstverständlich habe auch der Personenverkehr seit Wochen stark gedrosselt werden müssen. Auch die Rüstungsindustrie werde unter keinen Umständen eine fühlbare Erleichterung erfahren. Für die Polen

sei mittlerweile die Zulassungskarte eingeführt worden, aus der sofort ein börsenmäßiges Papier geworden sei, das mit 60 bis 80 Zloty bezahlt werde.

Die Ostbahn beschäftige zur Zeit mit ihrem ganzen Bereich etwa 100 000 nichtdeutsche und 7 000 deutsche Eisenbahner. Die Ernährung der reichsdeutschen Beamten gebe zu Bemängelungen keinen Anlaß; auch die der nichtdeutschen Eisenbahner sei seit einigenWochen dank des Entgegenkommens der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ausreichend. Die Verwaltung der Ostbahn sei auch in der Lage, ihre Werkkantinen zu betreiben und Lebensmittelscheine sowie Gutscheine für Schnaps und Zigarretten zu verteilen. Nach den Ber/ichten aller Dienststellen habe sich eine merkliche Hebung der Leistungsfähigkeit der polnischen Eisenbahnbediensteten gezeigt.

Auf dem Gebiet der Bekleidung seien inzwischen auch große Verbesserungen erzielt worden. Die Verwaltung der Ostbahn sei seit einem halben Jahr in dieser Beziehung auf die Hilfe des Reichswirtschaftsministeriums angewiesen. Bei einer Besprechung sei unter energischer Mithilfe der Abeilung Wirtschaft für das laufende Jahr eine Bekleidungsquote erzielt worden, die ausreichend erscheine und es möglich mache, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Winterbekleidung sei leider zu spät gekommen, werde aber im nächsten Winter ihrem Zweck zugeführt werden können.

Über das Verhalten der nichtdeutschen Belegschaft der Ostbahn könne im allgemeinen nicht geklagt werden, sie sei unter Berücksichtigung des Ernährungszustandes nach wie vor zufriedenstellend. Sabotagefälle seien nur in geringer Zahl vorgekommen. Leider sei die Diebstahlsgefahr noch nicht mit Erfolg bekämpft, und es sei auch angesichts der Mangellage ein ziemlich hoffnungsloses Bemühen, dieser Gefahr Herr zu werden. In einer Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Obergruppenführer Krüger und der Hauptabteilung Justiz sei anerkannt worden, daß von seiten der Ostbahn in dieser Beziehung alle erforderlichen Maßnahmen getroffe

worden seien. Zur Abschreckung habe er einen Schießbefehl erlassen, der sich auch gegen Frauen und Kinder richtet, doch habe man auch damit keinen nennenswerten Erfolge erzielt.

Angesichts der Wichtigkeit des Eisenbahnwesens im Osten müßten selbstverständlich beschleunigt große Bauplanungen durchgeführt werden, die auch die Ostbahn selbst angingen, weil 2/3 des Gesamtverkehrs aus dem Reich nach dem Osten über die Bahnen des Generalgouvernements liefen. Wenn die Bauarbeiten des letzten Jahres mit etwas 200 Millionen Reichsmark dem Verkehrsinteresse des G.G. mehr gedient hätten, so seien die jetzigen Arbeiten ausschließlich dafür bestimmt, eine Steigerung des Durchgangsverkehrs zu ermöglichen. Das neue Bauprogramm sehe eine Summe von 250 Mill. Reichsmark vor und umfasse vor allem auch den Ausbau der besonders notleidenden Südbahn von Krakau nach Lemberg sowie die Erweiterung der Leistungsfähigkeit anderer Durchgangslinien, so von Tchenstochau über Warschau nach dem Osten und der Mittellinie über Radom, Kielce und Brest. Die Durchführbarkeit dieser Bauvorhaben sei von seiten der Arbeitskraft sichergestellt, desgleichen eine notdürftige Ernährung durch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Nicht sichergestellt sei sie allerdings vom Standpunkt des Transports aus. Es seien allein 50 000 Wagen für den Ausbau der Südstrecke zum Transport der erforderlichen Materialien notwendig. Jedenfalls müsse alles versucht werden, wenigstens eine erste oder zweite Linie in der Verbesserung der Verhältnisse auf der Südbahn zu erreichen.

IX/9
2/1

Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft Präsident Dr. Emmerich beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf ein Wort des Herrn Generalgouverneurs, der von der Verpflichtung des Generalgouvernements zum Dienst an der Ostfront und am Reich gesprochen habe. Gelegentlich werde versucht, den Dienst des Generalgouvernements am Reich und das wirtschaftliche Eigenleben desGeneralgouvernements in einen Gegensatz zu bringen. Er wolle ein Wort zitieren, daß Staatssekretär Landfried anläßlich seiner letzten Besprechungen in Krakau gebraucht habe, und der sagte, daß er für das Reich den Ausdruck "ziviler Sektor" ganz ablehne. Heute stehe das ganze produktive Schaffen des Reiches direkt oder indirekt im Dienste des Krieges. Wenn diese Tatsache für das Reich zutreffe, dann gelte sie für das Generalgouvernement schon längst; denn die ganze Versorgungspolitik des Generalgouvernements mit gewerblichen Gütern sei ja seit je ganz darauf eingestellt, aus der bestehenden Mangellage heraus nur diejenigen Stellen zu begünstigen, die Leistungen für diese Zwecke erstellten, also auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft, der Rüstung, des Verkehrswesens arbeiteten. Im Generalgouvernement habe bis zur Mitte des vergangenen Jahres die Rüstung in den Sparten der gewerblichen Erzeugung absolut an der Spitze gestanden. Alles, was mit Rüstung zusammenhinge, habe in der Versorgungsbegünstigung die erste Stelle eingenommen.

In zunehmenden Maße habe sich nun neben die Rüstung das unmittelbare Bedürfnis der Front gestellt. Diese Tatsache könne man aufgrund von Zahlen, die sich in einer Besprechung mit dem MiG ergeben hätten, erläutern. In dieser Besprechung seien Forderungen angemeldet worden für 110 000 Arbeiter, die nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigt seien - in dieser würden ungefähr 90 000 bevorzugt betreut, - sondern von denen 65 000 in Wehrmachtsregiebetrieben arbeiteten

(in Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge, auf Flugplätzen usw.) und 45 000 in Betrieben, die, ohne Rüstungsbetrieb zu sein, doch unmittelbar für die Wehrmacht schafften. Der Militärbefehlshaber im GG.ment habe für diese Arbeiterkategorie einen absoluten Vorrang in der Versorgung beantragt. Ohne weiteres müsse man anerkennen, daß diesen unmittelbar frontorientierten Betrieben mindestens eine Gleichrangigkeit mit den Rüstungsbedürfnissen zukomme. Er könne in Aussicht stellen, daß er zur Befriedigung dieser neu~~en~~gestellten Ansprüche voraussichtlich sofort

10 000 Arbeitsanzüge
10 000 Unterhemden
10 000 Paar Socken oder Fußlappen und
15 000 Paar Schuhe

zur Verfügung stellen ~~könne~~ werde. Eine solche außerprogrammäßige Leistung sei nur möglich, wenn die Bewirtschaftung die gesunde Planung einhalte, die im Generalgouvernement seit langem geübt werde. Sollten solche Anforderungen an die Regierung aber zur Gänze befriedigt werden und nicht nur in Abschlagszahlungen, dann müsse die Wehrmacht zu ihrem Teil mithelfen, daß die Produktionsstätten des Generalgouvernements, die derartige Dinge schafften, auch in Betrieb gehalten werden könnten. Er glaube, daß in dieser Beziehung Abreden bevorstünden, die sich durchaus verwirklichen ließen. Er halte es für möglich, daß die Textilbetriebe des Generalgouvernements auch über die Wehrmacht zusätzlich mit Kohle versorgt werden, mit Hilfe der Wehrmacht Flachs- und Hanfbestände in den Ostgebieten, vor allem aus der Gegend von Wilna ins Generalgouvernement geschafft und in seinen Betrieben veredelt werden könnten. Das liege auch, wie sich aus den jüngsten Besprechungen mit Staatssekretär Landfried und Präsident Kehrl ergeben habe, durchaus im Sinne der Bewirtschaftungsmaßnahmen des Reiches. Das gleiche gelte für die Heranführung

der Rohstoffe, die im Osten nicht verarbeitet werden könnten, an die Betriebe des Generalgouvernements, allerdings unter geringstmöglicher Transportbelastung, da es wirtschaftlicher sei, die Rohstoffe in nächster Nähe ihres Ursprungs zu lassen, als sie bis nach Oberschlesien und weiter zu transportieren.

Auf dem Gebiete der Textilversorgung sei es allen Schwierigkeiten zum Trotz gelungen, bestimmte dafür wichtige Betriebe in Gang zu halten. Dies sei zum Teil nur dadurch möglich gewesen, daß man die Kohlen in Kraftwagen herangeführt habe, so vor allem in Tschenstochau, in dessen nächster Nähe sich die Kohlengruben befänden. Da an dem Inganghalten bestimmter Fabrikationsstätten, wie etwa der Zellwollefabriken in Tomaschow so unendlich viel abhänge, habe man seiner Ansicht nach diese Transporte verantworten können.

Durch Verhandlungen mit dem Reich sei eine Erleichterung in der Textilversorgungssituation erreicht worden, die Präsident Gerteis in seinen Ausführungen bereits angedeutet habe: von dem dem Generalgouvernement zugestandenen Gesamtkontingent an Textilien von jährlich 12 000 to seien einzelne Verbrauchergruppen des Generalgouvernements ausgeschaltet und direkt auf die Versorgung durch das Reich verlagert worden. Die Bedarfsträger der Ostbahn, der Organisation Todt und des Forstschutzes seien auf das Reich angewiesen, das heißt, das Reichswirtsschaftsministerium habe über seine Verteilungsstellen die Versorgung auch der fremdvölkischen Arbeiter in direkte Regie übernommen, sodaß diese Gruppen nicht mehr aus dem "Topf" des Generalgouvernements befriedigt zu werden brauchten. Auf diese Art habe man auch in diesem Jahr für die Ernteerfassungsaktion eine gewisse Menge von Textilwaren bereitstellen können. Er könne aber nicht versprechen, ob die bisherige Quote durchgehalten werden könne. Das hänge

davon ab, inwieweit das Produktionsprogramm des Generalgouvernements in den nächsten Monaten durchzuführen sei.

Ganz allgemein sei also die Lage der Wirtschaft so, daß auch auf Gebieten, auf denen es aussehe, als ob die Produktion für das wirtschaftliche Eigenleben diene, es sich nur um eine Kraftzufuhr für den wirtschaftlichen Blutkreislauf handele, ohne den sich auch die Wehrmacht in diesem Raum nicht aufhalten könne.

Über die Frage, was eine überflüssige Produktion sei, habe er sehr eingehende Diskussionen mit der Rüstungsinspektion gepflogen. Der Reichsminister für Waffen und Munition habe vor einiger Zeit angeordnet, daß die sogenannten Auskämmkommissionen, die im Reich und in den besetzten Westgebieten tätig seien, auch im Generalgouvernement arbeiten sollten. Diese Kommissionen hätten das Ziel, zusätzliche Arbeitskräfte, Fachkräfte und zusätzliche Maschinen für die Rüstungskapazität aufzuspüren. Man müsse ohne weiteres einsehen, daß sowohl im Reich wie auch in den besetzten Westgebieten für diese Zwecke noch erhebliche Reserven zur Verfügung ständen. Im Generalgouvernement bestünden solche Reserven größeren Ausmaßes nicht; das liege in der Struktur des Industriekörpers dieses Landes. Ein großer Teil der hiesigen Industrie sei rückständig und befinde sich auf dem Entwicklungsstand vom Jahre 1890. Nur einige große und moderne Betriebe seien dann in der polnischen Zeit hauptsächlich mit Hilfe ausländischen Kapitals in dieses Land hineingesetzt worden. Die Reserven seien also außerordentlich gering, und er glaube, daß bei aller Nützlichkeit der Tätigkeit dieser Kommissionen der Erfolg nur sehr gering sein werde.

Präsident Dr.Emmerich gibt anschließend einen kurzen Überblick über die Kohlenversorgung. Bekannt sei, daß von der Kohle die ganze industrielle Wirtschaft abhänge. Gegenüber den guten Kohlen- und Koksbahnverladungen im Oktober (317 000 to), im November (291 000 to.) und im Dezember (248 000 to)

habe sich die Lage in den Monaten Januar und Februar erheblich verschlechtert. Die Gesamtverlademöglichkeit an Kohle und Koks habe im Januar nur 197 000 to und im Februar 213 000 to. betragen. Die Wagengestellung in den Oberschlesischen Revieren sei gegenüber einem normalen Durchschnitt von 24 000 O-Wagen auf 18 000 O-Wagen zurückgegangen. Damit sei der Anspruch des Generalgouvernements bei dieser Wagengestellung auf 7.500 to Kohle (gegenüber 12 000 to bei 24 000 O-Wagen) zurückgegangen. Im allgemeinen sei es möglich gewesen, diese reduzierten Mengen verladen zu lassen, jedoch habe es auch Tage gegeben, an denen der Anspruch wegen der schlechten Transportlage bei der Ostbahn nicht habe ausgenutzt werden können.

Während in den Monaten Oktober bis Dezember die Zufuhrmöglichkeiten nach Warschau besonders schlecht gewesen seien, habe man über die Strecke Krakau jede Menge verladen können. Mitte Dezember seien die Transportverhältnisse auf der Südstrecke außerordentlich angespannt geworden. Die hier zur Verfügung stehenden Mengen hätten bei weitem nicht ausgereicht, den dringendsten Bedarf der Versorgungsbetriebe und kriegs- und lebenswichtigen Unternehmen zu decken. Die Zufuhrverhältnisse nach Warschau hätten sich seit Mitte Januar erheblich gebessert, sodaß hier zur Zeit von einer befriedigenden Versorgung gesprochen werden könne. Die Westhälfte des Generalgouvernements, die an der Strecke Tschenstochau-Warschau liege, sei ausreichend versorgt. Die Transportmöglichkeiten über die Mittelstrecke seien ständig unzureichend.

Von der Hauptabteilung Wirtschaft, dem MiG. und der Rüstungsinspektion sei bei den zuständigen militärischen Stellen des Reiches gefordert worden, daß die für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens im Generalgouvernement und für die wichtigsten Fertigungen des Truppenbedarfes und des Schwerpunktprogramms verladenen Mengen wegen ihres unmittelbaren

Interesses für die Front gleichberechtigt mit dem Nachschub von der Bahn abgefahren werden müßten. In diesem Rahmen wären transportmäßig zu bewältigen:

für Warschau-Ort und Übergang:
täglich 2 Züge à 1 300 to

für Strecke Tschenstochau bis Warschau:
täglich 2 Züge à 1 300 to

für Strecke Kielce-Radom:
täglich 3 Züge à 600 to

für Strecke Krakau:
täglich 4 Züge à 800 to,

insgesamt wöchentlich 61 800 to

Bei Wegfall jeglicher Fertigung wären zu fahren:

für Strecke Warschau-Ort und Übergang:
täglich 2000 to

für Strecke Tschenstochau bis Warschau:
täglich 1000 to

für Kielce-Radom:
täglich 1200 to

für Strecke Krakau:
täglich 2400 to

insgesamt wchtl. also 46 200 to

Das wäre das äußerste Programm, das bei völliger Abschaltung jeglicher industrieller Produktion durchzuführen sei. Immer wieder müsse darauf hingewiesen werden, daß vor jeder Fertigung die Deckung des dringendsten öffentlichen Bedarfes (Versorgungsbetriebe, Gesundheitswesen, Ernährungswirtschaft) zu erfolgen habe. Eine Entscheidung auf die Anträge auf Gleichberechtigung sei bisher vom Chef des Transportwesens nicht ergangen.

Mit einer Besserung der Transport- und damit der Versorgungslage sei in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Mit einer durch die Witterung bedingten Erleichterung werde auch eine Verstärkung des Nachschubs eintreten. Daher werde notwendig sein, die Verlademöglichkeiten in gleich starkem Umfang wie bisher auf die Versorgungsbetriebe, sonstigen öffentlichen Bedarf und die kriegswichtigen und lebenswichtigen Unternehmen zu beschränken. Auf den besonders notleidenen Strecken würden die Fertigungsbetriebe nach wie vor zurücktreten müssen .

Die Abfuhr mit Lastkraftwagen habe bisher durchgehalten werden können. Die Weichselschiffahrt werde in diesem Monat ihren Anfang nehmen und vor allem zunächst der Stadt Krakau, später auch den anderen an der Weichsel gelegenen Gebieten Entlastung bringen.

Der augenblickliche Versorgungsstand sei etwa folgender:

Distrikt Warschau:

Versorgungs- und Rüstungsbetr. 2 Wochen

Distrikt Radom an der Weststrecke:

Versorgungs- und Rüstungsbetr. 3-4 Wochen

Distrikt Radom an der Mittelstrecke:

Versorgungsbetriebe... 2-3 Wochen

Rüstungsbetriebe bei eingeschränkter Fertigung 1 Woche

Distrikt Krakau:

Versorgungsbetriebe höchstens 1 Woche

Rüstungsbetriebe " 1 "

(Stickstoffwerk Moscice seit 6 Wochen infolge Kohlenmangels stillgelegt)

Distrikt Lublin:

Versorgungsbetriebe 1-2 Wochen

einige kleinere E-Werke zur Zeit stillgelegt

ernährungswirtschaftliche Betriebe schwach versorgt.

Distrikt Galizien:

Versorgungsbetriebe 1 Woche

alle anderen Verbraucher unversorgt.

Im Anschluß an diese Ausführungen gibt Präsident Dr. Emmerich einen zusammengefaßten Überblick über die Lage auf dem Gebiete der Eisenversorgung.

Walzwerkserzeugnisse: da die vier Stahlwerke im Generalgouvernement zur Zeit nicht in der Lage seien, die bei ihnen aufgelaufenen Auftragsrückstände in normalen Lieferzeiten zu erledigen, sei mit der Eisenhütten-Gemeinschaft vereinbart worden, die rückständigen Aufträge folgendermaßen zu bereinigen:

25 % würden von den Walzwerken noch erledigt,
25 % würden nach dem Reich umgelegt, über die restlichen
50 % könne erst am 30.6.42 eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Reichsseitig habe man ein neues System von Kontrollmarken eingeführt. Für das erste Quartal 1942 hätten der Bewirtschaftungsstelle 20 000 to Kontrollmarken zum Bezug von Walzwerks- und Gießereierzeugnissen aus dem Reich und dem Protektorat zur Verfügung gestanden. Diese Kontrollmarken seien zum Teil den selbständigen Kontingentsverwaltungsstellen zur Verfügung gestellt bzw. von der Bewirtschaftungsstelle direkt ausgegeben worden. Sie seien bis auf einen kleinen Rest verbraucht.

Für das II. Quartal 1942 seien als Vorschuß 10 000 to eingegangen, von denen vorerst die Rüstungsbetriebe ebenfalls vorschußweise einen Teil erhalten hätten. Durch die Einführung der Kontrollmarken habe sich die Lieferzeit im Reich auf 1 bis 3 Monate verkürzt. Sinn dieser Maßnahme sei die Verkürzung der bisher bestehenden phantastischen Lieferzeit; denn keinem Betrieb sei damit gedient, wenn er eine Lieferzeit von eineinhalb Jahren in Kauf nehmen müsse. Hier habe einmal ein Schnitt durchgeführt werden müssen, der auch im Sinne einer allgemeinen wirtschaftlichen Bereinigung liege, und er bitte die betroffenen

Dienststellen um entsprechendes Verständnis.

Besondere Schwierigkeiten ergäben sich zur Zeit aus der Beschaffung der erforderlichen Legierungsmittel in der eisenschaffenden Industrie. Die Verkehrsschwierigkeiten machten sich bei den eisenschaffenden Werken sehr ungünstig bemerkbar; vor allem ließen die Schrottzufuhren aus dem Ostland viel zu wünschen übrig. Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung habe man wegen der ineinandergreifenden Schwierigkeiten nicht steigern können; sie sei im Gegenteil zurückgegangen. In Ostrowiec sei das Universalwalzwerk wegen Reparaturbedürftigkeit des Transformators auf ca. 6 Monate stillgelegt.

Besonders schwierig biete sich die Lage auf dem Erdölsektor dar. Vor einigen Tagen sei ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Abteilung Mineralöl, in Krakau zu Besprechungen gewesen, als deren Ergebnis weitere Einsparungen zu erwarten seien.

Der Herr Generalgouverneur weist bei Behandlung dieses Themas ausdrücklich nochmals darauf hin, daß die Ausführungen des Präsidenten Emmerich streng vertraulich zu behandeln seien. Ausführungen, die in der Regierungssitzung gemacht würden, dürften auf keinen Fall in die Außenwelt gelangen. Die Erdöllage des deutschen Reiches sei kriegspolitisch so ernst, daß von ihr im gewissen Sinne das Schicksal des Krieges abhänge.

Wie Präsident Dr. Emmerich weiter ausführt, habe das Generalgouvernement im Rahmen seiner Produktion an Erdölerzeugnissen die Aufgabe zugewiesen erhalten, im gegenwärtigen Zeitpunkt, da im Osten Erdölquellen noch nicht zur Verfügung ständen, die Versorgung der Ukraine zur Ermöglichung der landwirtschaftlichen Bestellung zu übernehmen. Selbstverständlich müsse man diesen ernährungswirtschaftlichen Anforderungen des

Reiches in jeder Weise Rechnung tragen. Man könne im Generalgouvernement Öl nicht allein dadurch ersparen, daß man sich etwa darauf beschränke, eine Anzahl von Personenkraftwagen stillzulegen und überflüssige Fahrten ausfallen zu lassen, sondern man müsse in erster Linie auf die treibstoffressenden Kraftwagen zurückgreifen. Jedes einzelne Ressort müsse sich auf Kürzungen gefaßt machen.

Der Hauptabteilung Wirtschaft sei es selbstverständlich nicht möglich, in den letzten Betrieb im Lande hineinzuschauen. Das Verfahren der Kontingentierung erfolge derart, daß der Hauptkontingentsträger ein Sammelkontingent erhalte, das er seinerseits in Ansehung der besonderen Verhältnisse am zweckmäßigsten unter seine Anspruchsberechtigten verteilen müsse. Es sei bekannt, daß die zuständigen Sachbearbeiter in den einzelnen Ressorts geneigt seien, bei ihren Anmeldungen eher etwas vorsichtiger nach oben als unvorsichtig nach unten zu sein. Darauf müsse bei der Verteilung Bedacht genommen werden. Dies könne man nur auf dem Wege von individuellen Erhebungen machen. Die Hauptabteilung Wirtschaft könne nur summarisch die Zuteilungen an die Hauptbedarfsträger kürzen. Mit diesen unter Anlegung strengster Maßstäbe gewährten Kontingenten müßten die einzelnen Ressorts eben auskommen.

Aus dem Kreis der bewirtschafteten Waren habe er mit seinen Ausführungen drei wichtige Gebiete herausgegriffen. Die zunehmende Verknappung auf allen Warengebieten führe dazu, daß man den Kreis der zu bewirtschaftenden Waren leider immer mehr ausdehnen müsse. So habe bis vor etwa einem halben Jahr die Papierversorgung des Generalgouvernements einigermaßen automatisch geklappt, da das Reich bei auftretender Verknappung zusätzlich geliefert habe. Jetzt müsse für die Bewirtschaftung des Papiers ein neuer Apparat aufgezogen werden, und alle Klagen über

2/11

Überbürokratismus, über zunehmenden Zentralismus enthielten keinen Rat, wie man es besser machen könnte. So gehe es mit dem Papier, mit allen notwendigen Fertigwaren, die bewirtschaftet werden müssen. Es komme darauf an, von den erzeugten Gütern, auch wenn sie bisher nicht bewirtschaftet seien, einen möglichst großen Teil in den kontrollierten Sektor der Wirtschaft zu leiten, um die Abwanderung in den Schleichhandelssektor zu verhindern.

Dies bedeute scharfe Maßnahmen, die leider auch eine gewisse Aufblähung des Verwaltungsapparates mit sich brächten. Es gäbe aber nur zwei Möglichkeiten: entweder verzichte man, Einfluß auf den Lauf der Dinge zu nehmen, oder man versuche, den Dingen mit entsprechenden Maßnahmen beizukommen.

Was die Wirtschaftsverbände als solche anlange, so sei Staatssekretär Dr.Landfried, der sich eingehend über die Verwaltungsverhältnisse im Generalgouvernement unterrichtet habe, aufrichtig erstaunt gewesen, daß die Wirtschaftsverwaltung bisher mit so geringem Personaleinsatz ausgekommen sei. Die Wirtschaftsverwaltung habe sich in der Hauptgruppe Wirtschaft und Verkehr ein Ergängzungsorgan geschaffen, das als verlängerter Arm der Verwaltung Aufgaben zu erfüllen habe, die sehr wichtig seien. Wenn nun diese Hauptgruppe zur Bewältigung der ihr zugewiesenen Aufgaben, zur Verfeinerung und zunehmenden Erfassung auch des letzten Betriebes und der Nutzbarmachung für die kriegswirtschaftlichen Leistungen sich den nötigen Personalapparat beschaffen müsse, so solle man das nicht in Bausch und Bogen kritisieren wie es gelegentlich von Beobachtern geschehe. Er spreche dabei gar nicht pro domo. Aus einer Unterhaltung mit dem Leiter des Amtes für Preisbildung habe er entnommen, daß dieser ebenfalls d er Ansicht sei, daß noch eine erhebliche Verstärkung notwendig sei; denn diese Organisation allein könne auf dem

Preisgebiet die Hilfestellung leisten, die erwartet werde.

Deshalb müßte er auch in den allgemeinen Personaldingen für die Wirtschaftsverwaltung eine gewisse Sonderstellung beantragen. In kriegswirtschaftlichen Betrieben könnten heute neben den Facharbeitern auch sogenannte Schlüsselkräfte reklamiert werden. Diesen Begriff könne man nicht grundsätzlich ablehnen. Es fehle nicht an Ratschlägen, nicht an Kritiken, wie man die Verwaltung in diesem Raum besser aufziehen sollte. Der schlimmste Vorwurf, den man der Wirtschaftsverwaltung machen könnte, wäre der, daß sie die Dinge treiben ließe, daß sie ein laissez-faire-Leben führe. Es komme nicht nur darauf an, die Schwierigkeiten desTages zu meistern, sondern man habe auch die Verantwortung, die kommenden Schwierigkeiten vorauszusehen und diesen nach Möglichkeit zu begegnen. So stelle die Wirtschaft heute schon auf dem Energiesektor die Verbundwirtschaft her, die die Aufgabe habe, das Generalgouvernement transportmäßig in entscheidender Weise zu entlasten. In diesem Sinne habe er im Rahmen der Hauptabteilung der Herstellung der Verbundwirtschaft, der Schaffung und der Durchführung der großen Bauvorhaben, der Ostenergie ebenso wie der Verbundwirtschaft auf dem Sektor des Erdgases einen Vorrang zuerkannt. Er bitte auch die übrigen Ressorts um ihren Beitrag, daß man nach einem Jahr sagen könne, das Generalgouvernement habe nichts versäumt, im Rahmen des Möglichen schon für die Kriegswirtschaft der kommenden Jahre eine besonders gesunde Grundlage zu schaffen.

10 Minuten Pause.

1/13 Nach der Pause folgt das Referat des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch.

A u s z u g :

Abteilung Kultur betreut:

3 deutsche Verlage

4 polnische Verlage

6 deutsche Buchhandlungen.

4 deutsche Buchhandlungen in Vorbereitung.

Verkaufsstellen der Fa. Ruch A.G. in allen bedeutenden Orten.

Anläßlich des Jahrestages des GG.ments Buchausstellung "Deutscher Kampf im Osten" in Krakau und Warschau mit über 15 000 Besuchern.

In der Zeit vom 14.6.41 bis heute 375 Varietee- und Kabarett-Veranstaltungen durchgeführt.

Vom Mai 1941 bis Ende Februar 1942 128 öffentliche Konzerte mit einer Besucherzahl von mehr als 73 000. Namhafteste Solisten, Orchester, Chöre und Kammermusikgruppen. Einsatz dieser Künstler in den Kriegsreservelazaretten. Im Rahmen der Mozarttage (8. bis 14.12.41) mehr als 20 Veranstaltungen in allen größeren Städten des GG.ments.

Kunstausstellung des Hilfswerks für deutsche bildende Kunst. 179 Kunstwerke im Betrag von 100.777 RM verkauft. - Vergleichsweise brachte die nächsterfolgreiche Ausstellung in Berlin im vergangenen Jahre nur 73.000 RM.

800 polnische Buchhandlungen und 600 private polnische Leihbüchereien erfaßt.

Liquidierung von 400 jüdischen Buchhandlungen und 200 jüdischen Leihbüchereien.

/14

Sichtung von mehr als 20 Millionen Büchern mit etwa 10.000 Titeln.

In der Liste des unerwünschten Schrifttums wurden 3.500 Titel erfaßt.

Abteilung Film:

im gesamten GG.ment 17 deutsche und 90 polnische Lichtspieltheater betreut.

in ortsfesten Kinos innerhalb von 2 Jahren 2000 Wehrmachtsvorführungen; durch Tonfilmwagen mit fahrbarer Apparatur 15.000 Vorführungen.

Abteilung Rundfunk:

270 Zeitfunkberichte aus dem GG.ment.

Anzahl der eingeführten Rundfunkgeräte: 15.955. Diese Geräte wurden an Wehrmacht, deutsche Dienststellen, Händler und Deutsche ausgegeben. Eigenproduktion an Rundfunkgeräten im GG.ment: 20.000 Empfänger. 1942/43 Bau von weiteren 70.000 Geräten.

Einfuhr von 500 italienischen Geräten.

Von den beschlagnahmten polnischen Rundfunkgeräten wurden nach Instandsetzung durch die Hauptabteilung und die Distriktsabteilungen 22.000 Stück verteilt.

Lautsprecheranlagen von 46 auf 360 Anlagen erhöht.

200 Rundfunkgeräte an Volksdeutsche verausgabt.

Abteilung Propaganda :

Zusätzliche Betreuung von 2.000 Schwerkriegsbeschädigten in Zakopane.

Vorbereitungen und Durchführung des 1.Wunschkonzertes des GG.ments 2,6 Millionen Spenden.

2/15

/Abteilung Propaganda/

Durchführung der Ausstellung "Wunder des Lebens" in Krakau und Warschau mit über 175.000 Besuchern.

Abteilung Truppenbetreuung:

200 Vorstellungen von Frontbühnen auf Truppenübungsplätzen, in Kasernen, Soldatenheimen und Lazaretten.

Ausgabe von 13.000 verlagsneuen Büchern.

Ausstattung von 24 Lazarettzügen mit Büchereien.

Ausgabe von 8.000 Zeitschriften.

Ausgabe von 150 gerahmten Führerbildern und 200 Brettspielen.

Erstmalige Errichtung einer mustergültigen Radioübertragungsanlage für einen Schwerverwundetenzug mit 18 Wagen.

Als nächster Redner beginnt der Leiter der Hauptabteilung Finanzen Dr. Senkowski seine Ausführungen mit dem Haushaltplan des Generalgouvernements. Nach schwierigen Vorarbeiten sei es nunmehr gelungen, den Haushalt für das Jahr 1941 genehmigungsreif zu machen. Die Ausgabenseite decke sich mit der Einnahmenseite. Die Haushaltsansätze seien gegenüber dem Jahr 1940 ganz erheblich gestiegen: der ordentliche Haushalt bilanziere mit einer Summe von 1.767 Mill. Zloty, der außerordentliche mit einer Summe von 500 Millionen; es seien also Gesamteinnahmen und -ausgaben von 2.300 Millionen Zloty vorgesehen. In der Summe des außerordentlichen Haushaltes, der gegenüber dem Vorjahr ebenfalls erheblich gestiegen sei, seien die Ausgaben und Einnahmen des neu hinzugekommenen Distrikts Galizien enthalten. Das werde beim Haushalt für das

das Jahr 1942 nicht mehr der Fall sein; denn dann würden die Einnahmen und Ausgaben des Distrikts Galizien im ordentlichen Haushalt erscheinen.
Mit Rücksicht auf den Distrikt Galizien werde sich im kommenden Haushaltsjahr die Ziffer der Einnahmen und Ausgaben beträchtlich erhöhen.

Die Hauptabteilung Finanzen gehe von der Tatsache aus, daß der Distrikt Galizien im kommenden Haushaltjahr Ausgabeverpflichtungen haben werde, die in den übrigen Distrikten ~~Distrikten~~des Generalgouvernements schon in den Jahren 1940/41 geleistet worden seien, d.h. also, daß der Distrikt Galizien gegenüber den anderen Distrikten vieles werde aufholen müssen. Die Distrikte des Altgeneralgouvernements müßten sich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des neu hinzugekommenen Distrikts Galizien und dessen möglichste rasche Eingliederung ins Generalgouvernement in ihren Ausgaben da oder dort Abstriche gefallen lassen. Die Hauptabteilung Finanzen sei gezwungen, die Sachlage vom ganzen her und sehr streng zu betrachten. Sie habe die Bitte, daß die angebenen Termine für den Haushalt 1943 wenn möglich nicht weitgehend überschritten würden; sie bitte ferner, daß jede Ausgabenstelle sich selbst den Verhältnissen entsprechend Einschränkungen auferlege. Aus den bisher eingereichten Voranträgen müsse man leider feststellen, daß die Summen gegenüber dem Haushaltsjahr 1942 erheblich gestiegen seien. Bei den meisten Kapiteln und Titeln des Haushaltsplanes würden die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Im Haushalt 1941 hätten nur die Forsten und die Arbeit Überschüsse abgeliefert, alle anderen Abteilungen hätten Zuschußbedarf.

Die Finanzverwaltung habe ein nach Möglichkeit mit dem ersten April in Kraft zu setzendes ziemlich umfangreiches Steuerreform-Programm in Vorbereitung. Diese Reform solle der erste Schritt zu einem nationalen

2/17

Steuerrecht im Generalgouvernement sein, d.h. der liberalistische Grundsatz der Gleichheit vor dem Steuergesetz solle bewußt fallen gelassen werden, um den Deutschen gegenüber den Nichtdeutschen steuerliche Vergünstigungen einzuräumen. Den von Hauptabteilungsleiter Naumann erwähnten Kriegszuschlag hätten nur die Polen zu tragen. Die Anregung zur Grundsteuererhöhung sei nicht von der Hauptabteilung Finanzen, sondern vom Amt für Preisbildung ausgegangen, das in einem außerordentlich gut durchdachten Vorschlag gewisse Maßnahmen empfohlen habe, die der Abschöpfung des zweifellos vorhandenen Geldüberflußes dienten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Hauptabteilungsleiter Naumann, daß er von diesen beabsichtigten Maßnahmen erst vor einigen Tagen erfahren habe, während der Leiter des Amtes für Preisbildung O.RR. Schulte-Wissermann dazu äußert, daß er die Vorschläge dem Herrn Staatssekretär direkt übersandt habe.

Präsident Dr.Senkowski spricht die Hoffnung aus, daß die Grundsteuererhöhung, die für eine Unterzeichnung der Verordnung durch den Herrn Generalgouverneur erforderliche Gesamtgenehmigung finde möge. Die Hauptabteilung Finanzen sei auf die Einnahmen angewiesen. Er habe schon erklärt, daß der Distrikt Galizien für ein ganzes Jahr nur in der Ausgabenseite in Erscheinung trete. Die bisherige Entwicklung habe gezeigt, daß die direkten, die Besitz- und Verkehrssteuern sich erst nach eineinhalb bis zwei Jahren auswirkten; man könne also für das nächste Jahr aus dem Distrikt Galizien keine Einnahmen erwarten.

Auch mit Einnahmen aus den Monopolen könne man in Galizien nicht rechnen; denn sie seien zerstört und zudem sei die Rohstoffdecke bei Branntwein keineswegs gesichert. Hauptabteilungsleiter Naumann habe vorhin die Ziffern über die Kartoffelerfassung gebracht. Die Monopolverwaltung habe bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft einen Anspruch auf Lieferung von 250.000 to Kartoffeln. Von der veranschlagten Produktionsmenge von 25 Millionen Litern seien bis heute erst 2/10 erzeugt.

Die Monopolverwaltung wolle möglichst viel der Wehrmacht zur Verfügung stellen. Dieses Bemühen werde auch von seiten der Wehrmacht voll anerkannt. Zur Zeit erhalte sie monatlich 400.000 Liter Wodka, dazu erhebliche Spritlieferungen, sodaß man ohne weiteres auf eine Menge von 500.000 Litern monatlich komme. Das sei im Jahr eine Menge von 6 Millionen Litern.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wieviel Liter davon die Wehrmacht im Generalgouvernement bekomme, erklärt Präsident Senkowski, daß diese Menge sich auf 70.000 Liter monatlich belaufe. Alles übrige werde an die Ostfront geliefert. Diese Menge stelle einen ganz erheblichen Export des GG.ments dar, dessen Wert zum Beispiel vom Januar bis Oktober 1941 einen Betrag von 125 Millionen Zloty ausmache. Er sei fest entschlossen, diese Lieferungen an die Wehrmacht aufrecht zu erhalten.

Mit dem 1.Februar habe er daher den Flaschenverkauf an die polnische Bevölkerung eingestellt. Sie bekomme nunmehr nur noch aufgrund des Prämiensystems bei der Ernteerfassung Wodka zugeführt. Der Ausschank sei von einem ursprünglichen 100 %igen Kontingent auf 30 % ermäßigt worden. Für die deutsche Bevölkerung habe man ab 1.März eine Wodka-Bezugskarte eingeführt, die für die Männer 1 Liter und für die

Frauen über 21 Jahren einen ½ Liter monatlich vorsehe. Diese Regelung sei auch deswegen getroffen worden, weil Deutsche den Wodka im Schleichhandel abgesetzt hätten; das halte er der Würde des deutschen Menschen nicht für angemessen.

Der Ausfall im kommenden Rechnungsjahr auf der Einnahmenseite betrage voraussichtlich 140 Mill.Zloty Die Grundsteuererhöhung könne vielleicht diesen Ausfall wettmachen. Die Bauernschaft sei der einzige polnische Bevölkerungsteil, der mit Wodka noch versorgt werde; daher könne sie die zusätzliche Belastung auch tragen.

Das weitere Steuerprogramm sehe auch einen 100 %igen Zuschlag zur Einwohnerabgabe für die nichtdeutsche Bevölkerung vor. Im selben Verordnungsentwurf sei die Befreiung der deutschen Bevölkerung im Generalgouvernement von der Einwohnerabgabe vorgesehen. Der Ertrag dieser Einnahme werde den Gemeinden nicht direkt zufließen, sondern zum Ausbau des Ausgleichsstocks für die Gemeinden benützt.

Eine umfassende Reform plane man auf dem Gebiet des Einkommensteuerrechts einschließlich Lohnsteuer. Hier arbeite man mit Steuererhöhungen beim polnischen Sektor und mit Steuerermäßigung beim deutschen Sektor. Er stelle aber von vornherein fest, daß in den untersten Lohnsteuersätzen sehr vorsichtig vorgegangen werde. Die Erhöhung betrage in diesen Stufen nur einige Groschen, sodaß die breite Masse der Lohnarbeiter von dieser Steuererhöhung nur ganz gering betroffen werde. Dabei könne festgestellt werden, daß eine indirekte Steuerbelastung der nichtdeutschen Bevölkerung aus verschiedenen Gründen nicht eintrete: von Hauptabteilungsleiter Naumann habe man gehört, daß an die polnische Bevölkerung kein Bier abgegeben werde. Weiter sei der Wodkaverkauf an die polnische Bevölkerung äußerst minimal.

Im Zigarettenverbrauch treffe auf die polnische männliche Bevölkerung nur 1 Zigarette täglich. Die Produktion/ steige zwar und er hoffe, daß sie gehalten werden könne, wenn die Verkehrsverhältnisse dies zuließen. Die Reichsregierung sei aber an die Monopolverwaltung mit dem Vorschlag herangetreten, die Zigarettenzuteilung an die nichtdeutsche Bevölkerung zugunsten der Lieferungen an die Wehrmacht um 20 % zu kürzen. 35 % der Produktion stelle man seit Inkrafttreten dieser Regelung für die Bedürfnisse der Wehrmacht zur Verfügung.

Aus diesen Angaben sei klar ersichtlich, daß man von einer steuerlichen Belastung der polnischen Bevölkerung in diesen Dingen nicht sprechen könne. Es sei daher begründet, diese auf eine andere Art und Weise durchzuführen, vor allem auch, um aus der bäuerlichen Bevölkerung zusätzliche Geldmittel herausholen zu können, die man dringend benötige.

Bei der Einkommen- und Lohnsteuer sei eine weitgehende steuerliche Begünstigung der deutschen Bevölkerung vorgesehen, wie sie auch im Warthegau Geltung habe. Er könne heute noch nicht mit Ziffern aufwarten, hoffe aber, der Abteilung Gesetzgebung in den nächsten Tagen einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

Nur bei Ausschöpfung aller dieser Einnahmen werde ein Ausgleich des nächstjährigen Haushaltsplanes möglich sein. Er wiederhole noch einmal seine Bitte, bei den Ausgabenansätzen möglichst selbstkritisch und streng vorzugehen, um einen Ausgleich des Haushalts im kommenden Jahr zu ermöglichen, damit die Hauptabteilung Finanzen allen Distrikten die Mittel zur Verfügung stellen könne, die sie billigerweise für ihre Ausgaben verlangen könnten.

Nach längeren Vorarbeiten sei es nunmehr gelungen, einen Gehaltszuschuß für Volksdeutsche im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Leider sei man mit dieser Maßnahme nicht auf das richtige Verständnis gestoßen. Man dürfe diese Frage aber nicht vom engen Ressortstandpunkt aus betrachten, handele es sich hier doch um das Problem der Festigung und Neubildung deutschen Volkstums im Generalgouvernement, das nach den Worten des Generalgouverneurs deutsches Siedlungsgebiet sei.

Offen bleibe noch die Frage, wie man die Stellenzulage, die die Volksdeutschen im öffentlichen Dienst erhielten, auch auf die Volksdeutschen im privaten Dienst ausdehnen könne. Auch dafür würden wohl, weil die Wirtschaft die Belastung nicht tragen könne, Zuschüsse des Generalgouvernements erforderlich sein.

Außerdem sei nunmehr auch eine Verordnung über die Einführung der Kinderbeihilfen nach dem Muster des Reiches erlassen worden. Diese Verordnung erstrecke sich auf die kinderreichen Familien von Volksdeutschen.

Für die so schwierige Kunstdüngerversorgung des Generalgouvernements spiele das Stickstoffwerk Moscice, das von der Monopolverwaltung mit Salz beliefert werde, eine erhebliche Rolle. In manchen Gegenden des Generalgouvernements herrsche zur Zeit ein starker Salzmangel, der auf Kohlen- und Transportschwierigkeiten zurückzuführen sei. Das große Salzwerk in Wielicka stehe zur Zeit still, weil es keine Kohle mehr habe. Die in die Provinz gelegten Salzläger seien aufgebraucht. Andererseits habe dieser Salzmangel vielleicht auch sein gutes, weil dadurch das Salz einen erheblichen Tauschwert gewinne.

Der Herr Generalgouverneur richtet den dringenden Appell an alle Hauptabteilungsleiter, Ihre Haushaltsvorschläge entsprechend dem Wunsche des Präsi-

denten

Senkowski möglichst präzise und beschleunigt einzureichen. Die Klarheit, Sauberkeit, Übersichtlichkeit und möglichste Praktizität des Finanzgebarens im GG.ment seien die Grundsäulen des staatlichen Lebens. Er bitte also, die Ausführungen des Präsidenten Senkowski als eine ernste Mahnung aufzufassen, und sei gewillt, seine Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt sodann den Abteilungspräsidenten Dr.Siebert und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser wieder in den Dienst des Generalgouvernements zurückgekehrt sei.

Gouverneur Dr.Fischer berichtet über die Lage des Distrikts Warschau. Gegen alle Erwartungen sei die allgemeine Lage im vergangenen Winter durchaus befriedigend gewesen. Die Lebensmittelversorgung habe geklappt, man habe rechtzeitig Vorräte in die Stadt gebracht, und immer hätten die Kontingente zugeteilt werden können. Sehr gut habe sich das System der Sonderzuteilungen bewährt, durch das die Schleichhandelspreise etwas niedriger gehalten wurden. Sie seien seit Dezember bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf dem Gebiet der Lebensmittel nur um wenige Groschen gestiegen, wenn sie natürlich auch immer noch um das drei- bis vierfache über den Preisen des vergangenen Jahres lägen. Auch die Kohlenversorgung habe in diesem Winter zu keinen Schwierigkeiten geführt, sodaß Warschau seine Funktion als Rüstungszentrum vollkommen habe erfüllen können. Die Rüstungsindustrie in Warschau habe sich seit dem letzten Jahr gewaltig vergrössert; die gesamte Warschauer Industrie stehe heute fast ausschließlich im Zeichen der Rüstung. Dazu kämen die unzähligen indirekten Wehrmachtbetriebe, die für Frontbedürfnisse arbeiteten. Auch hier sei Warschau zum Mittelpunkt geworden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß bei den künftigen Lebensmittelzuteilungen die

Sätze für die Rüstungsarbeiter unter allen Umständen gehalten würden; denn das sei die Voraussetzung für das weitere Funktionieren der Arbeit in der Stadt Warschau.

Die politischen Verhältnisse hätten sich verschlechtert. Die Widerstandsbewegung sei zweifellos rühriger geworden. Er sei deshalb gezwungen gewesen, scharfe Maßnahmen zu ergreifen, und habe vor 14 Tagen hundert Polen erschießen lassen müssen, weil sie tatsächlich schwere Terrorakte verübt hätten. Die Masse der Bevölkerung stehe diesem Treiben nicht freundlich gegenüber, sie sei vielmehr froh, wenn auf diesem Gebiete nichts geschehe. Zweifellos handele es sich bei den Urhebern solcher Terrorakte um Elemente, die von außen kämen. Man nahme an, daß doch viele dieser Terroristen durch Fallschirme abgesetzt würden, dann nach Warschau strömten und dort den Widerstand organisierten. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß bei Anwendung entsprechend scharfer Maßnahmen größere Schwierigkeiten nicht entstehen würden.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei nach wie vor ausgezeichnet; man arbeite reibungslos zusammen. Aber im Verhältnis zur Regierung sei im Laufe der letzten Monate eine unerfreuliche Entwicklung eingetreten. Leider müsse fast jede Verordnung oder jeder Verordnungsentwurf von der Distriktsverwaltung irgendwie kritisiert werden. Die einzelnen Hauptabteilungen der Regierungen seien im steigenden Maße dazuübergegangen, rein verwaltungsmäßige Angelegenheiten, die ohne weiteres in den Distrikten erledigt werden könnten, an aich zu ziehen und dadurch einen Instanzenweg zu schaffen, der angesichts der heutigen Lage nicht verantwortet werden könne. Er sei deshalb dem Generalgouverneur sehr dankbar, daß er sich für die Aufrechterhaltung der Einheit der Verwaltung mit solcher Energie eingesetzt habe.

Gouverneur Dr.Wächter spricht zunächst den Mitgliedern der Regierung den Dank für die tatkräftige Hilfe aus, die sie ihm in seiner neuen Stellung geleistet hätten. Den schwierigen Verhältnissen in Galizien könne man ja auch nur mit einer echten Gemeinschaftsleistung entgegentreten. Man müsse bedenken, daß die Entwicklung des Distrikts Galizien ganze zwei Jahre hintangehalten worden sei und daß die Sowjets während dieser Zeit tatsächlich alles von oben nach unten gekehrt hätten. Auch in psychologischer Hinsicht hätten die Sowjets große Schwierigkeiten herbeigeführt, was besonders für den wirtschaftlichen Sektor gelte. Er danke insbesondere dem Oberregierungsrat Dr.Schepers für seine vorbildliche Arbeit. Präsident Schepers habe aufgrund genauer Kenntnis der Verhältnisse auch in allen praktischen Dingen den Aufbau der Verwaltung in Galizien stark gefördert.

Die größte Schwierigkeit biete in Galizien immer noch das Personalproblem. Da Galizien erst nach zwei Jahren zum Generalgouvernement gekommen sei, sei der Fundus an Beamten und Angestellten, der im Jahre 1939 für das Generalgouvernement zur Verfügung gestanden habe, inzwischen schon völlig erschöpft worden. Was noch übriggeblieben sei, sei nicht immer das beste Menschenmaterial gewesen. Umso dankbarer sei er für die Hilfe, die ihm in diesem personellen Dingen zuteil geworden sei.

Auf allen Sektoren stehe man im Distrikt Galizien noch im Anfangsstadium der Arbeit. Auf dem Gebiete der Ernährung sei die Notlage besonders in den Bergkreisen so groß, daß man zum Teil von einer gewissen Hungersnot sprechen könne. An diesem Zustand werde aber vorab angesichts der Mangellage und der schwierigen Transportverhältnisse kaum etwas geändert werden können. Er bitte die zuständigen Abteilungen der Regierung, die mit Hilferufen aus der ukrainischen Bewohnerschaft überschüttet würden, nicht zu glauben, daß die Verwaltung des Distrikts Galizien dort Menschen

verhungern lasse.

Die größte Sorge bereite der Distriktsverwaltung die Frage, wie die Verhältnisse für das nächste Jahr gebessert werden könnten. Für die vergangene Zeit müsse man ja noch das Sowjetsystem verantwortlich machen. Er sehe die Lage in Galizien für das kommende Jahr als recht ungünstig an. Man verfüge nicht über Gespanne, Traktoren, Saatgut, Düngemittel usw.. Diese Situation wirke sich umso schlimmer aus, als das wichtigste Nahrungsmittel für die Breite Masse der Bevölkerung, die Kartoffeln, nicht vorhanden sei. Die Sowjets hätten bekanntlich den Kartoffelanbau mit allen Zwangsmaßnahmen unterdrückt, sie hätten ihn hoch besteuert, weil sie aus Galizien ein reines Getreidegebiet hätten machen wollen. Man brauche ungefähr 50 000 to Saatkartoffeln, um einigermaßen diesen Schwierigkeiten entgegentreten zu können. Diese 50 000 to Saatkartoffeln lagerten aber zu einem wesentlichen Teil in Lublin, in Radom und im Reich. Dieses Saatgut zu erhalten, dafür bestehe angesichts der angespannten Transportlage wenig Aussicht.

Das Transportproblem zeige im Distrikt Galizien ein recht trübes Bild. Die Straßen seien noch nicht gebaut, siebefänden sich, was vor allem das Nebenstraßennetz angehe, in einem außerordentlich schlechten Zustand. Er bitte deshalb den Präsidenten Bauder, dem Distrikt Galizien hier mit allen Mitteln zu verhelfen. Die Distriktsverwaltung sei bereit, nach Möglichkeit für die Beschaffung von Arbeitern und für ihre Ernährung zu sorgen. Auch habe er von der Polizei die Zusage erhalten, daß Juden für die Arbeit zur Verfügung gestellt würden, desgleichen viele Tausende von Baudienstmännern. Wenn der Distrikt von Firmen entsprechend mit Material versorgt werden könnte, würde man einen großen Schritt weiterkommen. In Galizien gebe es einige Überschußgebiete, in denen noch Vieh, Geflügel und Eier vorhanden seien; an diese

5a

Gebiete kommen man aber wegen der schwierigen Transportlage nicht heran.

Der bescheidenst errechnete Monatskohlenbedarf betrage für den Distrikt Galizien 24 000 to. Davon habe man aber im Januar nur 5 600 to und im Februar sogar nur 837 to erhalten. Man sei deshalb auch nicht in der Lage, die Räume der Dienststellen einigermaßen zu beheizen, was naturgemäß eine starke Erschwerung der Verwaltungsarbeit mit sich bringe. Wenn nach den Worten des Präsidenten Dr.Emmerich die Rüstungsindustrie Galiziens für eine Woche bevorratet sei, so schlage das kaum zu Buche, da die Rüstungsindustrie Galiziens verhältnismäßig gering sei. Das zwischen der Kohlenbewirtschaftungsstelle und der Reichsbahndirektion Kattowitz getroffene Abkommen, nach welchem der Distrikt Galizien vier Kohlenzüge in der Woche erhalten sollte, sei nicht eingehalten worden bisher.

Was die Reprivatisierung angehe, so komme es der Distriktsverwaltung nicht so sehr auf den Inhalt der von der Regierung zu treffenden Entscheidung als vielmehr darauf an, daß man überhaupt endlich eine klare Entscheidung erhalte. Für die Mittelinstanz wie für die untere Instanz der Kreishauptmänner und Landkommissare bedeute es eine große Erschwerung ihrer Arbeit, wenn sie auf Anfragen der Bevölkerung keinen Bescheid geben könnten, weil sie noch keine klaren Richtlinien von der oberen Instanz hätten.

Die Verhältnisse auf dem politischen Gebiet seien gerade im ukrainischen Sektor deshalb so schwierig, weil man nicht nur das wegräumen müsse, was im Jahre 1941 nach der Sowjetherrschaft angetroffen worden sei, sondern auch das, was in der Interimszeit zwischen dem Abziehen der Sowjets und dem Aufbau der Generalgouvernementsverwaltung von den Ukrainern selbständig aufgebaut worden sei. Das habe naturgemäß unangenehme politische Erscheinungen im Gefolge. Er sei aber überzeugt, daß man auch dieses

6
.4

Problem meistern werde; denn auch die Ukrainer begännen einzusehen, daß sie einfach nicht in der Lage seien, ihre Verwaltungsorganisationen entsprechend leistungsfähig zu halten.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Dienststellen laufe sich gut ein. Mit der Wehrmacht sei sie sehr gut. Man habe insbesondere von der Wehrmacht weitgehende Zusagen hinsichtlich einer Hilfe bei der Pferdegestellung erhalten. Auch habe sich die Wehrmacht bereit erklärt, für die Frühjahrsbestellung und andere landwirtschaftliche Arbeiten Mannschaften zur Verfügung zu stellen.

IX/9
4/1

Gouverneur Zörner geht in seinen Ausführungen von der Tatsache aus, daß der Distrikt Lublin schon lange das landwirtschaftliche und Ernährungsrückgrat des Generalgouvernements sei und auch für die kommende Ernte noch bleiben werde. Das gebe seiner Arbeit die Richtlinien. Wie Hauptabteilungsleiter Naumann schon festgestellt habe, sei die Ernteablieferung in diesem Jahre besser gewesen wie im vergangenen. Im Distrikt Lublin habe man z.B. in drei Kreisen eine 100 %ige Ablieferung des Brotgetreides erreicht. Dieser Fortschritt sei auf die außerordentlich geschickten Maßnahmen der betreffenden Kreishauptleute bzw. auf ihre Zusammenarbeit mit allen Exekutivorganen zurückzuführen.

Die Situation im Schleichhandel sei gerade bei Lebensmitteln, die jetzt auch neben Warschau nach Galizien verschoben würden, ziemlich unverändert geblieben. Es sei auch verständlich, daß ein gewisser Prozentsatz der Ernte, die der Bauer einbringe, illegal abgesetzt werden müsse. Die Verwaltung könne nur dafür sorgen, daß der legale Teil immer höher werde. Der Bauer sei dazu gezwungen, um seine landwirtschaftlichen Geräte erwerben zu können. Liefere er 100 % legal ab, so könne er ~~das~~ bei der Preisschere, die zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen - auch wenn eine kleine Erhöhung eintreten werde - und den Preisen der gewerblichen Wirtschaft klaffe, das nicht tun. Man müsse sich deshalb darüber klar sein, daß ein gewisser Teil seiner Erzeugnisse immer illegal abgesetzt werde.

Da der Bauer nicht alles legal einkaufen könne, werde er immer flüssige Mittel im Strumpfe haben . Er sei deshalb der Ansicht, daß der geplante Kriegszuschlag auf die Grundsteuer vom Bauer getragen werden könne. Bei ihm herrsche eine Geldflüssigkeit, wie er sie früher nie gekannt habe.

Die Arbeitsleistungen der großen Masse der Bauern sei dank der Erziehungsarbeit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ausgezeichnet. Entsprechend den Richtlinien habe die Steigerung des Tabak-und Rübenanbaues durchgeführt werden können. Auch bei der neuen Frühjahrsbestellung hege man begründete Hoffnungen auf weitere gute Arbeitsleistungen der Bauern. Er sei der Ansicht, daß der ganz überwiegende Teil der polnischen Bevölkerung zur Zeit auch politisch ruhig sei, daß abgesehen von einem zahlenmäßig nur ganz geringen Teil, der aktiv in der Widerstandsbewegung stehe, 90 bis 95 % der Polen ruhig seien. Dem Bauer und dem Arbeiter gehe es heute in der Behandlung besser als früher unter ihren eigenen Leuten. Man müsse aber trotzdem die Augen offen halten. Eine gute Führung der Widerstandsbewegung, wie es jetzt der Fall zu sein scheine, könne große Störungen hervorrufen. Daher müsse alles getan werden, um gegen Überraschungen gefeit zu sein.

Deutsche Eisenbahner äußerten immer wieder ihr Erstaunen über die Arbeitsleistungen, die die polnischen Ostbahner im letzten Winter trotz der schlechten Ernährungslage vollbracht hätten. Hier könne man sehen, was von Polen unter der Führung einer geringen Anzahl Reichsdeutscher geleistet werden könne. Im ~~Sit~~ Distrikt Lublin sei also die politische Lage bislang ruhig und normal. Einzelne Unruhen hätten nicht in erster Linie die Banditen, sondern entlaufene russische Kriegsgefangene, vielleicht auch russische Fallschirmabspringer verursacht. Eine Beteiligung der polnischen Bevölkerung an solchen Aktionen sei bislang nicht größer gewesen als früher.

Der Abtransport des Holzes, bei dem die Bauern sehr stark eingespannt waren, habe sehr verschiedenartig geklappt; in einzelnen Kreisen sei er zufriedenstellend, in anderen sehr schlecht. Nach seiner Ansicht hätten die damit betrauten deutschen Privatfirmen teilweise

13

nicht die richtigen Leute gehabt, bzw. nicht das notwendige Geld zur Bezahlung der Fuhrleute. So betrage z.B. im Kreis Pulawy der Rückstand 400.000 Zl.

Im Distrikt Lublin sei ein Torfverband, eine Dachorganisation gegründet worden, die auf keine große Gegenliebe gestoßen sei. Da die Errichtung von einzelnen Betrieben oder größeren Gesellschaften zum Abbau des Torfes letzten Endes 100 %ig in den landwirtschaftlichen Sektor falle, sei es im Distrikt Lublin beim alten Zustand geblieben. Die Abteilung Wirtschaft betreue diese Neugründung in stärkstem Maße. Er bezweifle, ob durch die Gründung einer großen Dachorganisation vieles besser geworden sei. Die größte Sorge bestehe darin, Fachleute zur Verfügung zu bekommen, um einen fachmännischen Abbau zu bewerkstelligen.

Für die Frühjahrsbestellung hege er eine große Sorge: die Polen und die Ukrainer seien sehr hellhörig im Bezug auf die Absichten, daß dieses Land künftig als deutsches Siedlungsland angesehen werde. Jetzt schon werde mit den Vorarbeiten für eine Umsiedlung begonnen. Dies bedeute eine Gefährdung des Frühjahrseinsatzes, da die Leute sich auf den Wurschtigkeitsstandpunkt stellten, da sie doch über kurz oder lang evakuiert werden könnten. Seiner Ansicht nach müßten diese Umsiedlungsvorarbeiten mindestens bis nach der Frühjahrsbestellung vollkommen ruhen, bzw. sich nicht auf Außentätigkeit erstrecken.

Mit Genugtuung habe er vernommen, daß die Deutschen des Distrikts Lublin auf dem Gebiete der Branntweinversorgung ihren Liter pro Monat erhalten sollten; denn bisher hätten sie nur einen ½ Liter bekommen. Auch in der Bierversorgung sei der Distrikt Lublin etwas benachteiligt, da die Brauereien nur 50 % von dem erhielten, was im gleichen Verhältnis zum Umsatz

den Krakauer Brauereien zur Verfügung stände. Er wäre für eine gleichmäßige Behandlung dankbar. Was den Ausgleichsstock der Gemeinden, von dem Präsident Senkowski gesprochen habe, betreffe, so habe er hierzu auch im Namen der anderen Gouverneure folgende Bitte: man solle diesen Ausgleichsstock nicht zentral bei der Regierung belassen, sondern wenn möglich von vornherein den einzelnen Distrikten zur Verteilung zur Verfügung stellen; denn von Krakau aus könne man die einzelnen Gemeinden, bezw. ihre Bedürfnisse nicht so beurteilen, wie das nötig sei. Eine solche Dezentralisierung bestehe ja auch im Reich.

Gouverneur Zörner beantragt anschließend einen finanziellen Zuschuß für die Entgasung von Ghetto-Wohnungen in Lublin, in die man Polen unterbringen wolle. Diese Wohnungen würden dringend benötigt, damit von Polen benutzte Wohnblocks zur Unterbringung von Deutschen frei würden. Von der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements habe die Distriktsverwaltung Entwürfe für deutsche Arbeiterbauten erhalten; diese Entwürfe stammten aber von einem Architekten, der vom Dritten Reich noch nicht viel verspürt habe.

Präsident Emmerich habe erklärt, daß die Angestellten des Amtes für Preisbildung wegen neuer Aufgaben vermehrt werden sollten. Dagegen äußere er große Bedenken. Er wisse zwar, daß dieses Gebiet infolge der großen Warenknappheit und des Vorhandenseins einer vollkommen undisziplinierten Bevölkerung sehr schwierig sei; auf der anderen Seite könne man aber durch Vermehrung der Angestellten im Amt für Preisbildung keine Erfolge erzielen. Erfolge lägen nur auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung habe man nur durch Ergreifen sehr scharfer Maßnahmen über die überaus schwierigen letzten Wochen hinwegkommen können. Die Deutschen hätten dabei große Disziplin gezeigt; in den Dienststellen sei nur bei Tageslicht gearbeitet worden. Auf diese Weise habe man die Spitze am Morgen und am Abend um 30 % herunterdrücken können.

Gouverneur Zörner kommt dann auf den Führererlaß über die Vereinfachung der Verwaltung zu sprechen und untersucht in diesem Zusammenhang die Frage der Zentralkammern. Seiner Ansicht nach sei dieses Zentralkammersystem im Frieden vertretbar. Im Kriege dagegen ziehe man damit einen Apparat auf, der an die Personalpolitik gewaltige Ansprüche stelle. Er sehe nicht ein, daß ein solcher Riesenapparat mitten im Krieg aufgezogen werden solle, da die Männer der Verwaltung die Arbeit dieses Selbstverwaltungskörpers übernehmen könnten. Es leuchte ihm nicht ein, daß der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaf seine Anordnungen nicht über die Abteilungsleiter der Wirtschaftsabteilungen der Distrikte leiten könne. Er sei deshalb der Ansicht, daß der Führererlaß auf die Frage der Zentralkammer 100 %ig zutreffe.

Zum Schluß meldet Gouverneur Zörner einen starken Rückgang der Fleckfieberkurve. Die getroffenen Maßnahmen hätten zu einem schnellen Erfolg geführt. Selbst bei einem evtl. neuen Gefangenenzuwachs im Sommer werde eine mögliche zeitweilige Erhöhung nie wieder die Ausmaße des letzten Sommers annehmen, da man in der Bekämpfung des Fleckfiebers nun große Erfahrungen gesammelt habe.

Gouverneur Kundt erklärt eingangs, daß er im Gegensatz zur Regierungssitzung in Radom nunmehr den Distrikt nicht nur theoretisch übersehe, sondern auch verwaltungs- und parteimäßig ganz in der Hand habe. Aus dieser Kenntnis heraus wolle er einige Punkte, die in den Rahmen der heutigen Regierungssitzung paßten, kurz herausgreifen.

Der Distrikt Radom sei in der volksdeutschen Frage der hervorstechendste Distrikt. Der Herr Generalgouverneur habe in seiner heutigen Rede die Tatsache unterstrichen, daß entschieden sei, daß in weiter Zukunft gesehen dieses Gebiet deutsch werden solle und daß die Volksdeutschen weiterhin größte Förderung erfahren müßten. Abgesehen von Erziehungsaufgaben seien vor allem noch viele Probleme auf dem sozialen Sektor zu lösen. Präsident Senkowski habe schon hervorgehoben, daß in Bezug auf die staatlichen Bediensteten und öffentlichen Angestellten aus volksdeutschen Kreisen eine sehr wesentliche Lösung durch den Erlaß der Hauptabteilung Finanzen erreicht worden sei. Diese Regelung sei von den Volksdeutschen dankbar anerkannt worden und habe sich bereits segensreich ausgewirkt. Offen bleibe aber die Not der Volksdeutschen, die in der Privatwirtschaft tätig seien und deren die von ihrem Grundbesitz von einigen Hektaren so minimale Ernten erzielten, daß sie die auferlegten Kontingente nicht erfüllen könnten. Sie könnten auch ihre Steuern nicht bezahlen. Für eine Grundsteuererhöhung für die Polen trete auch er ein. Zwei Fragen müßten gelöst werden:

im Arbeitsauschuß der Partei habe der Vertreter der Wirtschaft leider erklärt, daß die Privatwirtschaft nicht in der Lage sei, die Löhne der Volksdeutschen zu erhöhen. Dazu müsse er feststellen, daß die gewerbliche Wirtschaft aufgrund seiner Erkundigungen, die er in seinem Distrikt eingezogen habe, gar

nicht gefragt worden sei, ob ihre Unternehmer zu solchen Lohnerhöhungen imstande seien. Im Gegenteil, sie seien bereit; die Schwierigkeit läge nur bei der Hauptabteilung Arbeit. Er bedauere die Verständnislosigkeit dieses Vertreters. Die deutsche Industrie müsse ja den Volksdeutschen in dem Augenblick, da sie Reichsbürger werden, die reichsdeutschen Lohnsätze zahlen. Es erhebe sich die Frage, warum das die reichsdeutschen Unternehmer nicht schon jetzt tun könnten. Die Volksdeutschen seien im wesentlichen in Rüstungsbetrieben und in deutschen Betrieben beschäftigt. Auf die Dauer sei es unmöglich, daß die Volksdeutschen, die als Vorarbeiter in der Privatwirtschaft bei Firmen, die sehr viel Geld verdienten, tätig seien, genau so schlecht bezahlt würden wie die Polen und noch schlechter als die Volksdeutschen jenseits des Generalgouvernements im Warthegau.
Er werde daher nicht ruhen - das besonders in seiner Eigenschaft als Distriktsstandortsführer - bis die Hauptabteilung Wirtschaft bzw. die Zentralkammer ihren Standpunkt ändere.

Die zweite Frage sei die, ob man den volksdeutschen Bauern nicht größeren und besseren Boden geben könne, ob man den Volksdeutschen, die heute nur 3 Hektar zur Bewirtschaftung hätten, nicht vom Grundbesitz der Liegenschaftsgüter eine gute Bodenfläche zuteilen könnte. Diese volksdeutschen Bauern bildeten den Grundstock für das deutsche Generalgouvernement. Vielleicht könne die Liegenschaftsverwaltung eine solche Aktion ins Auge fassen. Der Privatwirtschaft, also dem polnischen Bauern Boden für diese Zwecke wegzunehmen, halte er nicht für ratsam; denn damit nehme man den polnischen Bauern die Lust zur Bebauung der Felder und bringe Unruhe ins Land. Die Felderbebauung könne damit infrage gestellt werden.

Eine Lösung dieser letzten Frage sei dringend notwendig. Die Volksdeutschen, die sich draußen auf ihren Katen nicht halten könnten , drängten in die Stadt. Sie ließen ihre Bauernwirtschaften im Stich, verpachteten ihren geringen Grundbesitz und verdingten sich in der Stadt als Lohnarbeiter bei irgendwelchen gewerblichen Betrieben. So ist z.B. der Kreishauptmann von Tomaschow genötigt gewesen, den Industriekreisen Anweisungen zu geben, Volksdeutsche, die vom Lande kämen, ohne seine Genehmigung nicht einzustellen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß sie sich in der Stadt niedrige Lohnarbeit suchten.

Die Frechheit der Banditen sei in der letzten Zeit immer stärker geworden und habe die Volksdeutschen auch stimmungsmäßig zu berühren begonnen. Der Distrikt Radom mache scheinbar den Eindruck, daß er der politisch unsicherste Distrikt werden wollte; vielleicht hänge das mit den dort konzentrierten Rüstungszentren zusammen. Das Bandenunwesen sei vor allem in den Kreishauptmannschaften Starachowice und Pruskow sehr lebhaft: Gemeindekassen würden ausgeraubt, Überfälle auf öffentliche Gelder ereigneten sich. In einem Fall hätten Banditen sogar in den Versammlungsraum einer volksdeutschen Kundgebung hineingeschossen.

Wie auch der Polizeiführer des Distrikts Radom habe er ebenfalls den Eindruck, daß man in der nächsten Zeit bis nach dem vollen Lauf der Offensive im Osten steigend mit Schwierigkeiten und Sabotage rechnen müsse. Die Direktoven der Widerstandsbewegung an diese Kreise lägen scheinbar in einer größeren

Aktivität, um sich so den Bolschewiken nützlich zu erweisen. Er habe einen neuen Einsatzplan für seine Beamten aufgestellt, damit jeder Zeit eine gewisse Alarmbereitschaft vorhanden sei. Die Beamten, die draußen im Lande zu tun hätten, sollten ständig eine Waffe bei sich führen.

In diesem Zusammenhang sei auch die Frage der Wehrschützengemeinschaften möglichst einheitlich zu regeln. Die einzelnen Gliederungen beabsichtigten scheinbar, eigene Formationen aufzustellen. Man brauche aber eine Einsatzgruppe, in der auch die Beamten vor allem im Schießen ausgebildet würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dieser ganze Fragenkomplex vom Arbeitsbereich der NSDAP im Generalgouvernement bearbeitet würde.

Was die Kohlenversorgung angehe, so müsse er berichten, daß die Lage im Distrikt Radom heute genau so schlecht sei wie zur Zeit der letzten Regierungssitzung im Dezember vorigen Jahres. Die ihm damals von O.RR.Wessel angekündigten 5 Transportzüge seien bis heute noch nicht eingetroffen. Man habe sich so recht uns schlecht durchgeschlagen, die Beamten hätten gefroren und Erkältungskrankheiten seien an der Tagesordnung gewesen.

Auf dem Gebiete der Fleckfieberbekämpfung habe man große Erfolge erzielt: der Distrikt Radom, der vor nicht allzu langer Zeit der gefährdetste im ganzen Generalgouvernement gewesen sei, verzeichne jetzt den niedrigsten Fleckfieberstand aller fünf Distrikte. Gewisse Schwierigkeiten beständen nur noch in der Kreishauptmannschaft Tomaschow, in die immer noch Juden aus dem Distrikt Warschau verbotswidrig einwanderten. Da der Staatsanwalt in Petrikau zu lange von der Anwendung der Verordnung über das widerrechtliche Verlassen der Judenbezirke absah, hätten auch keine

abschreckenden Exempel den Juden vor Augen geführt werden können. Das sei heute abgeändert.

Gouverneur Kundt hält es für notwendig, daß den Kreishauptleuten eine größere Strafbefugnis zu erkannt werde.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ersucht seinen Staatssekretär um Vorbereitung der notwendigen Schritte.

Gouverneur Kundt berichtet dann von der Einrichtung von Verwaltungsstraflagern in seinem Distrikt, die einen guten Erfolg gezeitigt hätten. Große Schwierigkeiten bereite auch die Heranziehung der in den Städten und auf den Straßen beschäftigungslos herumwandernden Polen zu nützlicher Arbeit. Diese Frage werde man ohne Such- und Exekutivorgane nie ganz lösen können. Vielleicht wäre es gut, wenn man zur Ausführung verschiedener öffentlicher Arbeitsnotwendigkeiten, vor allem für solche der Wehrmacht, den polnischen Baudienst im stärkeren Maße heranziehen würde. Man solle einen oder zwei Jahrgänge der Polen im Sinne der Verordnung über den Baudienst einberufen. Dabei müßte man aber gegen diejenigen Dienstpflichtigen, die der Einberufung nicht Folge leisteten, mit exemplarischen Strafen vorgehen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß demnächst ein Jahrgang nicht nur für den Baudienst sondern für Bedürfnisse des Reiches eingezogen werde.- Die Bedenken von Gouverneur Kundt, daß infolge der scharfen Maßnahmen zur Beziehersparnis die Verwaltung des Generalgouvernements weitgehend behindert würde, entkräftigt der Herr Generalgouverneur mit dem Hinweis, daß auf die besonderen Verhältnisse des Generalgouvernements Rücksicht genommen werde.

In diesem Zusammenhang kommt Gouverneur Kundt auf die Tatsache zu sprechen, daß die Wehrmachtsangehörigen im Generalgouvernement, das als Etappengebiet gelten müsse, noch in sehr starkem Maße Autos benützten. Auch wäre die Arbeitszeit gewisser militärischer Verwaltungsstellen im Gegensatz zu der der zivilen Dienststellen ~~noch~~ vielfach noch sehr kurz. Die deutschen Verwaltungsangehörigen verträten den Standpunkt, daß sie für den Frontsoldaten alle Opfer bringen müßten, daß aber auch die Soldaten in der Etappe das gleiche zu tun hätten. Die Ansprüche des Etappensoldaten dürften nicht höher sein als die Ansprüche des Etappenverwaltungsmannes. Forderungen, die an den Verwaltungsmann gestellt würden, müßten für den Etappensoldaten die gleiche Geltung besitzen. In der letzten Zeit machten sich bei der Wehrmacht Etappenerscheinungen in sehr starkem Maße bemerkbar.

Gouverneur Kundt führt ein Beispiel an: aufgrund eines Befehls aus Spala, in dem angeordnet worden sei, daß die nichtdeutsche Bevölkerung mit Nachrichten zu versehen sei, habe man sämtliche Radioapparate aus den Lazaretten herausgeholt mit der Begründung, daß sie an der Front benötigt würden. Er habe daraufhin den Grundbefehl des OKW's nachgesehen. In ihm werde aber von der nachrichtlichen Betreuung der Bevölkerung im Operationsgebiet gesprochen. Man betrachte also unrichtiger Weise das Generalgouvernement immer noch als Operationsgebiet. Der Verbitterung, die sich infolge dieser Maßnahmen unter den Verwundeten in den Lazaretten verbreitet habe, habe er durch Zurverfügungstellung neuer Radioapparate Abhilfe verschafft. Gleichzeitig habe er Vorsorge getroffen, daß diese Apparate nicht wieder das gleiche Schicksal träfe. Er wolle diesen Vorfall erwähnen, um aufzuzeigen, daß es den Anschein habe, daß in Wehrmachtskreisen noch eine zu milde Einstellung gegenüber den Polen vorhanden sei. Die Härte,

12

die von der deutschen Verwaltung den Polen gegenüber verlangt werde, müsse auch von der Wehrmacht gefordert werden.

Das Personal der Verwaltung erfülle freudig die immer höher geschraubten Anforderungen, werde aber dauernd beunruhigt durch Gerüchte, die von einer Kürzung der Ostzulage und der Trennungsentschädigung wissen wollten. Man habe den Beamten und Angestellten im letzten Vierteljahr durch Kürzung des Urlaubs, Vermehrung der Dienststunden und Drosselung der Ernährung immer stärkere Anforderungen gestellt. Dafür sollte man ihnen die Beruhigung geben, daß keine weiteren Kürzungen zu erwarten seien. Die in der Verwaltungsfront arbeitenden Männer und Frauen würden durch solche Gerüchte ständig in Beunruhigung versetzt.

Weiter sollten endlich einmal in den Krakauer Kaffeehäusern die Diskussionen über eine beabsichtigte Teilung des Distrikts Radom, die in letzter Zeit wieder stark zugenommen hätten, aufhören. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, den Führererlaß, der jede Grenzveränderung während des Krieges verbiete, so ins Gedächtnis zu rufen, daß auch in den hiesigen Dienststellen die Gespräche über eine Teilung von Distriktsgrenzen verstummten. Man werde auch jenseits der Grenze, in Litzmannstadt bereits unruhig.

Der Warthegau würde unliebsame Elemente über die Grenzen nach seinem Distrikt abschieben. In dieser Richtung betätige sich vor allem ein Staatsanwalt in Litzmannstadt. Er habe seinen Kreishauptmännern den Auftrag gegeben, diese Elemente wieder in ihr Herkunftsland abzuschieben.

Gouverneur Kundt kommt dann auf das Verhältnis zwischen Distrikts- und Kreishauptmannschaftsverwaltung und Teilen der Regierung, bzw. einzelnen Referenten

mancher Hauptabteilungen zu sprechen. Er habe bereits dem Herrn Staatssekretär Vortrag gehalten und auch um einen Termin beim Herrn Generalgouverneur gebeten. In der Angelegenheit der Kammern, an der er sehr aktiv beteiligt sei, müsse er sich den Ausführungen des Gouverneurs Zörner anschließen. Frhr von Gregory sehe seine Aufgabe falsch an; er nehme den Behörden immer mehr Zuständigkeiten ab und entwickle sich zu einem Wirtschaftsdiktator. Hier werde in aller Stille vieles gemacht, das der Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft gar nicht erfahre. Er sei dafür, daß - wie in den Hauptabteilungen Forsten und Ernährung und Landwirtschaft - alle Leiter der Abteilungen der Distriktsbehörde gleichzeitig die Leiter der entsprechenden Hauptgruppe der Distriktskammer seien. Er sehe nicht ein, daß bestellte Leiter und Geschäftsführer fungieren müßten. Außerdem werde dadurch die Gefahr ausgeschaltet, daß zwischen der entsprechenden Hauptgruppe der Distriktskammer und der entsprechenden Gruppe der Distriktsbehörde ein Zuständigkeitsstreit entstehen könne. In seinem Distrikt habe er den Leiter der Abteilung Wirtschaft zum Leiter der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft bestellt. Er halte es für zweckmäßig, daß alle Angelegenheiten, die in der unteren Instanz erledigt werden könnten, nach unten abgetreten würden. Dadurch könne man die viele Berichterei und umständliches Arbeiten vermeiden.

In diesem Zusammenhang berichtet Gouverneur Kundt über einige unerquickliche Vorfälle in der gegenseitigen Zusammenarbeit und kritisiert die vielen Zuständigkeiten. Man müsse vor allem den unteren Verwaltungsstellen mehr Bewegungsfreiheit gewähren, damit die Regierung den Kopf für die großen Richtlinien freihalten könne. Mit den Polen werde die unterste Verwaltungsfront schon fertig werden.

Gouverneur Dr.Wendler kann angesichts der kurzen Dauer seiner Tätigkeit als Gouverneur des Distrikts Krakau keinen ausführlichen Bericht über die Lage in diesem Distrikt geben. Er sei zunächst bestrebt, die Verhältnisse jeder Kreis/Hauptmannschaft kennenzulernen, um dann zu den maßgebenden Problemen Stellung zu nehmen. Vor kurzem hätten die Goralen ihr von der Regierung genehmigtes Statut erhalten, und diese Maßnahme werde sich sicherlich gut auswirken, da nunmehr der Volkstumscharakter der Goralen anerkannt worden sei.

Hauptabteilungspräsident Ministeraldirigent Dr.Emmerich hält es für notwendig, die von den Gouverneuren Zörner und Kundt erörterte Frage der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft einer Sonderbesprechung zu unterziehen. Die beiden Gouverneure hätten offenbar ihre Ausführungen in Unkenntnis wichtigster Umstände gemacht. Wenn im Reich heute die entsprechende Organisation für die kriegswirtschaftliche Verfeinerung derartig in den Vordergrund geschoben sei, daß das ganze Programm der Kriegsindustrie mit seiner Realisierung bei dem Leiter der Reichsgruppe Industrie liege, wenn besondere Anlässe hinzu gekommen seien, daß unbeschadet der scharfen Bestimmungen über die Einziehung diese Organisation zusätzliche große Aufgaben zu übernehmen habe, dann könne man diese Vorgänge angesichts der Politik der Angleichung an das Reich im Generalgouvernement nicht übersehen. Bei den eingehenden Besprechungen mit Staatssekretär Dr.Landfried habe über diese Frage absolutes Einvernehmen geherrscht.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann nimmt kurz zu der Frage einer Bodenordnung für die Volksdeutschen Stellung. Er habe dem Staatssekretär Dr.Bühler bereits Vortrag darüber gehalten, wie sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine

Vergrößerung des Grund und Bodens für die volksdeutschen Bauern denke. Er weise im übrigen darauf hin, daß nicht die Liegenschaftsverwaltung, sondern das Generalgouvernement Eigentümer des Bodens sei und daß alle Gewinne in die Kasse des Generalgouvernements flössen. Wenn es bestritten werden sollte, dann sei zu bedenken, daß zahlreiche Ausgaben, die sonst die Kasse des Generalgouvernements belasten würden, von der landwirtschaftlichen Zentralstelle getragen würden.

Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert führt aus, daß im Zuge der nunmehr einsetzenden Verwaltungsreform, die vor allem der Vereinfachung gelte, die Zuständigkeiten im Laufe der nächsten Zeit weitgehend nach unten verlagert werden würden. Er hoffe, daß man auf diesem Gebiet zu großen Ergebnissen kommen könne. Ferner werde es wohl der Grundsatz der Regierung sein, eine Verwaltungsstetigkeit herbeizuführen und alle Beunruhigungen auf verwaltungstechnischem Gebiet auszuschalten. Er habe deshalb auch dem Staatssekretär Dr.Bühler den Vorschlag gemacht, künftighin Grenz- und Gebietsveränderungen nur noch dann zu genehmigen, wenn das die Lebensnotwendigkeiten des Generalgouvernements erheischten.

Staatssekretär Dr.Bühler ergreift hierauf das Wort zu folgenden Ausführungen: ich bin zufrieden, festzustellen zu können, daß sich nur 2/5 der Herren aus den Distrikten in einer abfälligen Kritik der Regierungsmaßnahmen, wenn ich so sagen darf, gefallen haben. Das Problem liegt meines Erachtens anders, als es von dort aus gesehen wird. Die Herren scheinen zu verkennen, daß es gegolten hat, hier eine ganz neue Verwaltungsgrundlage zu schaffen, daß von polnischer Seite nichts unternommen werden konnte, daß es daher notwendig war, alle Zuständigkeiten in diesem bei ihnen versammelten Arbeitsstand, aus dem sich die

Regierung, später die Distrikte und Kreise entwickelt haben, zu vereinen. Daß die Ausgeglichenheit, wie sie in einem seit Jahrzehnten spielenden Staatsmechanismus besteht, in diesem zweieinhalb Jahren angesichts der bekannten sonstigen Schwierigkeiten nicht erreicht werden konnte, ist wohl selbstverständlich. Wenn uns aber der Führer heute den Auftrag gibt, unseren gesamten Apparat aus einer zwingenden Notwendigkeit heraus nochmals daraufhin zu überprüfen, was wir nach unten legen, was wir tun können, um Menschen einzusparen, so ist es ganz selbstverständlich, daß wir diesem Auftrag des Führers in allem pflichtgemäß entsprechen. Ich kann Ihnen, meine Herren Distriktschefs und Kreishauptmänner, ankündigen, daß Sie sich nicht darüber zu beklagen brauchen, was Sie in den nächsten Wochen an Arbeit erhalten.

Im übrigen hat Gouverneur Dr.Fischer seine Beschwernisse im einzelnen nicht substantiiert. Ich sehe die Zusammenarbeit zwischen Distrikt und Regierung von einer anderen Warte aus: ich sehe nämlich die gemeinsame Aufgabe und weiß, daß jeder von uns alles daransetzen muß, ein gemeinsames Ergebnis zustande zu bringen, - die Regierung als Dach der Verwaltung, die Mittelinstanz als die örtliche Stelle. Daß hierbei naturgemäß Spannungen auftreten, ist klar, und das ist schließlich auch das Moment, das zur Fruchtbarkeit der Arbeit führt. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, daß ich in den letzten Monaten in jeder Hinsicht einen engen Kontakt mit den Gouverneuren gehalten, auch die Mühe nicht gescheut habe, in minder wichtigen Angelegenheiten sachliche und persönliche Differenzen auszuschalten. Ich glaube, annehmen zu können, daß die Beschwerden des Gouverneurs Dr. Fischer darauf zurückzuführen sind, daß er in grauer Morgenstunde mit dem linken Fuß aus dem Bett gestiegen ist.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in der kommenden Arbeitsperiode jegliche Illusion und alles, was im allgemeinen Sprachgebrauch eigentlich unter dem Begriff "zivil" verstanden wird, aus unserem Arbeitsprogramm zu streichen haben. Ich stimme Herrn Gouverneur Kundt insofern bei, daß es praktisch auch gar keinen Unterschied mehr macht, ob jemand bei einer militärischen oder zivilen Dienststelle angestellt ist. Er hat die gleichen Aufgaben. Der Krieg zeigt sein totales Gesicht. Ich freue mich aber, hier festzustellen, daß ich mit der Wehrmacht in enger Verbindung stehe, um die Lebensbedingungen der einzelnen hier arbeitenden Deutschen einander anzugleichen. In der nächsten Zeit werden wir vor einer schwierigen Situation stehen. Hierzu rechne ich insbesondere auch die Einschränkungen, die wir uns auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugverkehrs auferlegen müssen. Es ist mir aber eine große Genugtuung, Herr Generalgouverneur, Ihnen melden zu können, daß aufgrund des Erlasses über eine Einschränkung von Stadtfahrten, von privaten und halbprivaten Fahrten, den ich im Dezember, also schon vor dem Führererlaß, herausgebracht habe, eine enorme Benzinersparnis eingetreten ist. Ich nehme an, daß das gleiche Ergebnis in den Distrikten erzielt sein wird. Bei der Neuregelung wird den besonderen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Wenn man der Verwaltung das Kraftfahrzeug nimmt, legt man sie lahm, - unter diesem Grundsatz werde ich auch die Neuregelung treffen.

Was die Gerüchte über die Teilung des Distrikts Radom und sonstige dumme Reden anlangt, so kann ich Ihnen, Herr Gouverneur Kundt, die Versicherung geben, daß die örtlichen Verhältnisse zumindesten während der Dauer des Krieges bzw. des Ostfeldzuges in keinem Distrikt geändert werden. Die Einzelfälle, die Sie mir genannt haben, in denen es sich darum handeln soll, daß von seiten des Reiches Versuche gemacht werden,

Leute hierher abzuschieben, habe ich durch Einzelmaßnahmen abgestellt. Ich glaube auch nicht, daß eine generelle Absicht dahintersteht.

Was die Ostzulage angeht, so kann ich Ihnen die beruhigende Versicherung abgeben, daß wir, solange die Verhandlungen nicht zu einem uns befriedigenden Ergebnis geführt haben, an den uns heute gewährten Sätzen festhalten werden. Jeder Beamte hat es selber in der Hand, sich weiterhin im Besitz der Trennungszulage befindlich zu betrachten. Insoweit bei dieser Frage die Belange der Wehrmacht eine Rolle spielen, sind auch wir im Begriff, mit dem Oberkommando der Wehrmacht Fühlung zu nehmen, immer unter dem Gesichtspunkt, daß die hier friedensmäßig stationierten Dienststellen der Wehrmacht das gleiche Interesse an einem lebenswürdigen Standard der Deutschen haben wie wir. Ich glaube auch, daß wir auf diesem Gebiete bald zu einer befriedigenden Regelung kommen werden.

Für die Erörterung der Frage der Zentralkammer steht eine Besprechung an. Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, daß wir alles daransetzen werden, um hier eine ungesunde Aufblähung zu verhindern. An sich kann ich aber nichts dabei finden, wenn Zuständigkeiten der Verwaltung, die bisher deshalb bei der Verwaltung lagen, weil keine andere Stelle dafür vorhanden war, nun an besonders zu diesem Zweck errichtete Einzelinstitutionen abgegeben werden.

Hauptabschnittsleiter Stahl:

Reichsleiter! Ich freue mich, als Vertreter der NSDAP wiederum an einer Regierungssitzung teilnehmen zu können, und zwar deshalb, weil ich hier Gedanken aufnehmen kann, die auch für meine Arbeit zu verwerten sind. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Chef der Regierung des Generalgouvernements Herrn Staatssekretär Dr.Bühler und mir ist selbstverständlich

Diese enge Zusammenarbeit wird aber auch weiter mit den Herren Gouverneuren gepflogen, sowohl denjenigen, die Distriktsstandortführer sind, wie auch den anderen.

Von den Ergebnissen dieser engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei spricht man schon im Reich. Präsident Ohlenbusch hat bereits zwei dieser Ergebnisse bekanntgegeben: die Kunstausstellung und das Wunschkonzert, das am letzten Sonntag in Krakau stattgefunden hat. Die mit diesen beiden Veranstaltungen erzielten Erfolge sprechen für sich selbst. Darüber hinaus möchte ich aber noch das Ergebnis der Woll- und Wintersachensammlung erwähnen, das gar nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Diese drei Beweise der Opfer- und Gebefreudigkeit des Deutschtums sind nicht zuletzt auf die enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei gegründet und werden auch von der Reichsleitung der NSDAP als solche anerkannt. Ich möchte daher dieGelegenheit nicht vorübergehen lassen, dem Chef der Regierung, Herrn Staatssekretär Dr.Bühler und überhaupt der gesamten Staatsverwaltung meinen Dank für die wirklich gute Unterstützung auszusprechen.

Wenn wir nun von der NSDAP Ihnen, Reichsleiter, als dem zuständigen Chef noch einige Vorschläge unterbreiten, so deshalb, damit eine noch stärkere Intensivierung der Arbeit herbeigeführt werden kann. Vor allem möchte ich Sie, Reichsleiter, bitten, mir zu helfen, daß der Leistungssteigerung mit dem Ziel, die Ostfront zu stärken, eine besondere Förderung zuteil wird. Diese Leistungssteigerung wird einmal durch die Tätigkeit der Betriebsobmänner, die nunmehr eingesetzt sind, zum anderen durch das Berufserziehungswerk erreicht werden können, das wir demnächst gründen werden und gründen müssen, um eine Gesamtleistungssteigerung des Deutschtums im Generalgouvernement zu erzielen. So haben wir denn auch schon versucht, einen Leistungswettbewerb anlaufen zu lassen.

Hier ist Präsident Dr.Lauxmann von der Deutschen Post Osten vorbildlich vorangegangen. Wenn wir erst auf diesem Gebiete Erfahrungen haben, dann, so glaube ich, wird auch für alle anderen Dienststellen von Staat und Verwaltung wie für die anderen Betriebe der Wirtschaft dieser Leistungswettbewerb durchgeführt werden können. Dieses Leistungswettbewerbes bedarf es unbedingt, haben wir doch die große Verpflichtung, aus dem deutschen Menschen für die kommende Entscheidung das Möglichste herauszuholen.

Generalgouverneur Dr.Frank:

Meine Herren! Ich danke Ihnen allen für die rege Teilnahme an der heutigen Regierungssitzung. Ich möchte am Schluß dieser Sitzung ganz kurz zusammenfassend einige Feststellungen treffen.

Zunächst ist es ein Zeichen für die schon sehr große Stabilität des Apparats, den das Generalgouvernement darstellt, daß wir überhaupt eine solche Regierungssitzung abhalten. Sie ist einzigartig; denn solche Sitzungen finden heute an keiner Stelle im Deutschen Reich noch statt. Es ist ein einzigartiger Vorgang. Sie brauchen ihn sich nur auf das Reich übertragen vorzustellen: wenn sämtliche Mitglieder der Regierung, sämtliche maßgebenden Persönlichkeiten und auf der anderen Seite die Vertreter der Gaue, der Länder und Provinzen zusammensäßen, wie würde da wohl eine Debatte über die Lebensfragen des Reiches in diesen Zeiten aussehen, was würde da wohl an Schwierigkeiten, an Problemen, an Gegensätzlichkeiten, an Wünschen, Beschwerden und Klagen aufsteigen!

Ich werde dieses Prinzip auch absolut durchhalten. Ich wünsche, daß wir hier eine echte Auseinanderordnung der Probleme, der gegenseitigen Nöte und Anschauungen vornehmen, auch zum Zwecke der Schulung unserer führenden

Männer im Lande.

Der Inhalt der heutigen Auseinandersetzungen erstreckte sich im wesentlichen auf die Notwendigkeiten der Zeit und auf methodische Fragen, die ohne weiteres gelöst werden können, allerdings auch gelöst werden müssen, sollte nicht in der nächsten Zeit da oder dort eine ernste Schwierigkeit eintreten. Ernste Schwierigkeiten aus dem Status des Generalgouvernements, aus dem Status der Weltlage, der Kriegslage und aus der Reichssituation haben wir bestimmt vor uns. Wenn wir nach unserer kalendermäßigen Planung wiederum in einem Vierteljahr zu einer großen Regierungssitzung zusammentreten, so werden wir uns - das kann ich heute schon wohl vormerken - über ganz ungewöhnliche und neuartige Schwierigkeiten unterhalten können, die bis dahin in Erscheinung getreten sein werden.

Das Ergebnis der heutigen Regierungssitzung fasse ich dahin zusammen, daß der Apparat des Generalgouvernements nicht nur steht, sondern marschiert und daß dem Chef der Regierung, den Instanzen der Regierung, den Gouverneuren und den Kreishauptmännern allüberall mein Vertrauen gilt. Und diese Vertrauen ist gerechtfertigt. Ich spreche Ihnen, allen, meine Herren, meine Anerkennung und meinen Dank aus. Ich erwarte, daß Sie nun gerade in den kommenden Monaten, in dieser schwersten und entscheidungsvollsten Epoche der deutschen Geschichte, in die wir nunmehr eintreten, - und von den Ereignissen der kommenden Monate hängt ja das Schicksal unseres Volkes für, weiß Gott, welche Zeitepoche ab, - daß Sie dann gerade zeigen werden, wie würdige Männer hier vom Führer eingesetzt sind.

Wir schließen die Sitzung mit dem Blick auf den Führer. Unser Führer Adolf Hitler Sieg Heil, Sieg Heil, Sieg Heil!

Schluß der Sitzung 15 Uhr 15 Minuten.

Regierungssitzung

im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu

Krakau, am 13. Juli 1942.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.den Akten d. Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Herrn Staatss. Dr.Bühler
3. Herrn Gouverneur Dr.Wächter

Beginn der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten.

Generalgouverneur Dr Frank:

Meine Herren! Ich habe Sie nach längerer Zeit wieder zu einer Regierungssitzung zusammen gerufen, um mit Ihnen einige Themen zu erörtern, die zeitgemäß und zeitbedingt sind.

Seit unserer letzten großen Regierungssitzung hat sich nun im wesentlichen das ereignet, was wir erwartet haben. Der gewaltige Angriff im Osten ist, aufs intensivste vorbereitet, losgebraust, und der Krieg hat damit, wie wir alle hoffen dürfen, die entscheidende Schlußphase erreicht. Für das Generalgouvernement ist festzustellen, daß, wie schon zur Vorbereitung des beginnenden und vorauszusehenden Abwehrkampfes gegen die Sowjetunion im Jahre 1941, so auch diesmal für die Vorbereitung der kriegerischen Ereignisse in diesem Sommer das Generalgouvernement im weitesten Umfange herangezogen worden ist. Ich kann auch weiter feststellen, daß den seitens der Wehrmacht an das Generalgouvernement gestellten Anforderungen in jeder Weise hat entsprochen werden können. Die Transport-, Ernährungs-, Unterkunfts-, Bauanforderungen sind einschließlich der finanziellen Anforderungen vom Generalgouvernement vollauf gedeckt worden. So hat also das Generalgouvernement als Staat

wie als Einheit deutscher Energien die Aufgaben erfüllt, deren Erfüllung man von ihm verlangte. Das muß uns mit einer großen Genugtuung erfüllen; denn die Schwierigkeiten, diesen stets steigenden Anforderungen des Reiches zu entsprechen, wachsen leider auch.

Die Lage des Generalgouvernements ist heute so, daß von einer eigenen Wirtschaftspolitik, eigenen Verkehrspolitik, eigenen Ernährungspolitik in diesem Lande selbstverständlich nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß in den wesentlichen und umfangreichsten Voraussetzungen des Binnenlebens dieses Nebenlandes das Reich und seine Bedürfnisse den totalen Vorrang besitzen. Das hat zur Folge, daß bei einem Binnenblick ins Generalgouvernement, bei einer kritischen Würdigung der Binnensituation unseres Landes dieser Gesichtspunkt nicht deutlich genug betont werden kann.

Es ist ganz selbstverständlich; ~~daß,~~ wenn sich etwa die Verkehrslage des Generalgouvernements so entwickelt, daß für die Eigenbedürfnisse unseres Nebenlandes kaum mehr Raum bleibt, wenn sich die Ernährungslage unseres Gebietes und seiner Bevölkerung angesichts der Anforderungen aus Kriegsgründen weiterhin kritisch gestaltet, so muß die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung dafür ablehnen. Die Erfüllung der Reichsobliegenheiten und der Reichsauflagen, die weit über das eigentliche Substanzvermögen dieses Raumes hinausgehen, ist nur möglich, wenn demgegenüber die Eigenbedürfnisse dieses Raumes rücksichtslos reduziert werden. Daraus ergibt sich auch die stete Notwendigkeit, jenen sinnlosen Kritisierereien an dem Binnenzustand im Generalgouvernement seitens aller Regierungsstellen mit

Regierungssitzung

im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu

Krakau, am 13. Juli 1942.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.den Akten d. Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Herrn Staatss. Dr.Bühler
3. Herrn Gouverneur Dr.Wächter

Beginn der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten.

Generalgouverneur Dr Frank:

Meine Herren! Ich habe Sie nach längerer Zeit wieder zu einer Regierungssitzung zusammen gerufen, um mit Ihnen einige Themen zu erörtern, die zeitgemäß und zeitbedingt sind.

Seit unserer letzten großen Regierungssitzung hat sich nun im wesentlichen das ereignet, was wir erwartet haben. Der gewaltige Angriff im Osten ist, aufs intensivste vorbereitet, losgebraust, und der Krieg hat damit, wie wir alle hoffen dürfen, die entscheidende Schlußphase erreicht. Für das Generalgouvernement ist festzustellen, daß, wie schon zur Vorbereitung des beginnenden und vorauszusehenden Abwehrkampfes gegen die Sowjetunion im Jahre 1941, so auch diesmal für die Vorbereitung der kriegerischen Ereignisse in diesem Sommer das Generalgouvernement im weitesten Umfange herangezogen worden ist. Ich kann auch weiter feststellen, daß den seitens der Wehrmacht an das Generalgouvernement gestellten Anforderungen in jeder Weise hat entsprochen werden können. Die Transport-, Ernährungs-, Unterkunfts-, Bauanforderungen sind einschließlich der finanziellen Anforderungen vom Generalgouvernement vollauf gedeckt worden. So hat also das Generalgouvernement als Staat

13.7.1942

wie als Einheit deutscher Energien die Aufgaben erfüllt, deren Erfüllung man von ihm verlangte. Das muß uns mit einer großen Genugtuung erfüllen; denn die Schwierigkeiten, diesen stets steigenden Anforderungen des Reiches zu entsprechen, wachsen leider auch.

Die Lage des Generalgouvernements ist heute so, daß von einer eigenen Wirtschaftspolitik, eigenen Verkehrspolitik, eigenen Ernährungspolitik in diesem Lande selbstverständlich nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß in den wesentlichen und umfangreichsten Voraussetzungen des Binnenlebens dieses Nebenlandes das Reich und seine Bedürfnisse den totalen Vorrang besitzen. Das hat zur Folge, daß bei einem Binnenblick ins Generalgouvernement, bei einer kritischen Würdigung der Binnensituation unseres Landes dieser Gesichtspunkt nicht deutlich genug betont werden kann.

Es ist ganz selbstverständlich; ~~daß,~~ wenn sich etwa die Verkehrslage des Generalgouvernements so entwickelt, daß für die Eigenbedürfnisse unseres Nebenlandes kaum mehr Raum bleibt, wenn sich die Ernährungslage unseres Gebietes und seiner Bevölkerung angesichts der Anforderungen aus Kriegsgründen weiterhin kritisch gestaltet, so muß die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung dafür ablehnen. Die Erfüllung der Reichsobliegenheiten und der Reichsauflagen, die weit über das eigentliche Substanzvermögen dieses Raumes hinausgehen, ist nur möglich, wenn demgegenüber die Eigenbedürfnisse dieses Raumes rücksichtslos reduziert werden. Daraus ergibt sich auch die stete Notwendigkeit, jenen sinnlosen Kritisierereien an dem Binnenzustand im Generalgouvernement seitens aller Regierungsstellen mit

13.7.1942

Energie entgegenzutreten, jener Kritik, die ohne Rücksicht auf diesen dauernd betonten Vorrang der Reichsinteressen an Zuständen geübt wird, für die nicht die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung trägt, sondern die eben die notwendige Folge des Reichsvorranges darstellen. Ich werde künftig solche Kritiken - als da sind mangelnde Ernährung der Arbeiter in den Rüstungsindustrien, mangelnde Kohlenversorgung in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, mangelnde Verkehrserfüllung in den verschiedensten Gebieten, mangelnde Unterkunft, mangelnder Wohnraum usw. - mit Keulenschlägen zurückschlagen. Ich denke nicht daran, mir dauernd von Reichsstellen, die keinen Dunst und keine Ahnung von den Dingen haben, Kritik in den Weg schmeißen zu lassen für Folgen, die als zwangsläufig anerkannt werden müssen, weil das Generalgouvernement nicht imstande ist, wirklich das alles aus Eigenem zu leisten, was von ihm verlangt wird, und man daher zu mehr Leistungen schreiten muß, die auf Kosten der Binnensubstanz gehen.

Ich möchte das nur am Rande feststellen. Ich glaube, jeder Vernünftige - und es soll ja auch in den Berliner Zentralen noch einige Vernünftige geben - wird auf die Dauer einsehen, daß in einem Gebiet wie diesem nicht ununterbrochen die Auspowerung betrieben werden kann, wie es jetzt geschieht, ohne daß das zu ernsten Folgen führt.

Verglichen mit anderen Gebieten ist die Lage des Generalgouvernements immer noch verhältnismäßig gut: wir stehen sicherheitsmäßig, ernährungsmäßig und auch der Gesamtlage nach immer noch wesentlich besser da als andere Gebiete. Das darf uns aber nicht beruhigen, weil doch immerhin einige ernste Anlässe

gegeben sind, die eine innere Umwandlung auch in diesem Gebiet erkennen lassen. In einigen Teilen des Generalgouvernements, vor allem in den Distrikten Lublin und Galizien, hat sich angesichts des Eindringens fremder aufrührerischer und die Sicherheit zerstörender Elemente eine merkliche Unruhe gezeigt. Es ist gar kein Zweifel, daß hier die Sicherheitskräfte des Generalgouvernements in einem schweren Abwehrkampf stehen. Es ist meine gern geübte dankbare Pflicht, in diesem Augenblick derer zu gedenken, die aus dem Chor des Sicherheitswesens des Generalgouvernements im Dienste für Führer und Reich das Leben hingegeben haben. Eine ganze Reihe hervorragender tapferer Polizei- und SS-Männer und auch sonstiger Deutscher ist im Kampf mit minderwertigen Subjekten gefallen.

(Die Sitzungsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen).

- Ich danke Ihnen.

Im Mittelpunkt der heutigen Erörterung soll die Verkündung des

Ernteausnahmezustandes

stehen. Es ist ganz klar, daß in diesem schwersten Jahr des Krieges mit allen, aber auch allen Mitteln zur Verfügung der deutschen Dienststellen, also der Regierung des Generalgouvernements hereingebracht werden muß, was nur irgendwie vom Felde weggeholt werden kann. Wir können heuer nicht irgendwie mit normalen Mitteln rechnen, etwa mit dem normalen Ausgleich von Ware und Preis, von Ware und Entgelt, sondern wir müssen unter allen Umständen, notfalls unter Anwendung der härtesten Methoden, dafür sorgen, daß wir unsere Scheunen in einem Zeitraum, in welchem allein es möglich ist, nämlich spätestens bis November dieses Jahres voll bekommen. Wir werden außerordentliche Maßnahmen ergreifen. Ich habe am Sonnabend auf Vorschlag meiner Staatssekretäre eine

Verordnung über den Ernteausnahmezustand unterzeichnet. Sie stellt eine völlige Neuerung in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches dar, bedeutet aber, daß heuer auf diesem Gebiete äußerst ernste Maßnahmen zur Anwendung kommen werden. Wir werden vor nichts zurückschrecken, um den Ertrag der Ernte in unserem Sinne sicherzustellen.

Im übrigen darf ich die Erwartung hegen, daß die Ernte einigermaßen erträglich wird. Wir können durchaus damit rechnen, daß wir den Anforderungen, die schon jetzt von allen Seiten an uns herantreten, werden entsprechen können. Eins sei auch deutlich gesagt: ich werde auch diesmal meinem Prinzip treu bleiben und dafür sorgen, daß abgesehen von dem Eigenbedarf des Generalgouvernements, der unter allen Umständen gesichert werden muß, die Wehrmacht dieses Raumes einschließlich der Lazarette und einschließlich der durchziehenden Truppen vom Generalgouvernement ernährt wird. Darüber hinaus wird aber eine weitere Leistung an das Reich selbst wohl kaum möglich sein. Inwieweit wir dieses Programm angesichts der sehr ernsten und täglich ernster werdenden Ernährungssituation und Verkehrslage unseres Landes werden durchhalten können, steht dahin. Sicher ist, daß, bevor die Deutschen im Reich verhungern, die Polen verhungern. Das heißt, daß ich vor nichts zurückschrecken würde, um allenfalls mit den äußersten Mitteln des Generalgouvernements unserer Heimat zu helfen.

In zunehmenden Maße beschäftigt man sich mit dem Benehmen der Deutschen im Lande. Es ist kaum mehr erträglich, wie sehr das Gewinnstreben der hereinströmenden deutschen Menschen zu charakterlichen und anderen Schwierigkeiten führt. Hier wird ein ziemlich radikales Durchgreifen notwendig sein. Diesen Leuten muß nunmehr auch klar gemacht werden, daß die Zeit des Sturmes und Dranges im Generalgouvernement

wie überhaupt im Osten vorbei ist. Sie belieben sich offenbar immer noch an die seligen Zeiten von 1939 und 1940 zu erinnern.

Wir planten ursprünglich die Durchführung einer großen Volkszählung im Generalgouvernement. Sie ist notwendig geworden, damit wir einigermaßen zuverläßige Grundlagen erhalten können. Ich nehme an, daß infolge dieser Ernteausnahmesituation und der damit gehäuften Arbeit der Außenbehörden es erwünscht sein wird, wenn wir den Termin dieser Volkszählung vom 1.Oktober auf den 1.Dezember dieses Jahres verlegen. Wir wollen dann diese große Volkszählung im Generalgouvernement vorbereiten und durchführen, und wir werden damit endlich einmal eine Grundlage für die Fülle der Verwaltungs- und Behördenarbeit erhalten,hinsichtlich deren man bisher mehr oder weniger auf Schätzungen angewiesen war.

Meine Herren, ich wollte Ihnen diesen knappen Überblick geben, Sie sollten aus dieser knappen Fassung meiner Ausführungen vor allem aber auch eines entnehmen: trotz der Schwierigkeiten der Zeitläufe und der ungewöhnlichen Situation, in der wir das Generalgouvernement begründet haben, beginnen sich die verwaltungsmäßigen Einrichtungen ebenso wie die Führungseinrichtungen allmählich einzuspielen. Ich stelle ganz allgemein fest, daß sich die Autorität der Staatsorgane in unserem Gebiet zunehmend gefestigt hat. Auch ist für unsere Einrichtung in diesem Nebenlande des Großdeutschen Reiches eine wesentliche Autoritätssteigerung feststellbar. Sie bedeutet eine Normalisierung des behördlichen Lebens einerseits, bringt allerdings andererseits auch die große Gefahr mit sich, daß infolge dieser Normalisierung eine immer wieder spürbare Einlahmung der Initiative und anderer Erscheinungen zu beobachten sind. Wir dürfen daher

trotz dieser Normalisierung der Behördenstruktur und des behördlichen Arbeitens nie vergessen lassen, daß wir hier als eine zahlenmäßig ganz kleine Minderheit Millionen fremden Volkstums zu beherrschen haben. Daß dieses Experiment bis jetzt geglückt ist, ist kein Beweis dafür, daß es in alle Zukunft hinein weiter glücken wird. Mit aller Härte und Entschiedenheit muß daher auch von den Herren draußen bei ihren Behörden immer wieder verlangt werden, daß das Verhalten gegenüber dem polnischen und auch den anderen Fremdvölkern sich nicht etwa abschwächt und abweichelt. Wir müssen absolut dafür sorgen, daß dieser Abgrund zwischen Deutschen und Polen aufrechterhalten wird. Es muß daher daran festgehalten werden, daß nur schärfstes Durchgreifen und intensivstes Vertreten des Großdeutschen Machtstandpunktes allein imstande sind, die Autorität der Macht aufrecht zu erhalten. Einige sehr ernste Sabotagefälle der letzten Zeit haben gezeigt, daß es angesichts der Versuche, die immer wieder unternommen werden, unser Land in Unruhe zu bringen, nur mit schwerster Mühe möglich ist, die allgemeine Ordnung grundsätzlich aufrecht zu erhalten. Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Wenn Sie daher in Ihren eigenen Bereichen immer wieder die Erfahrung machen, daß Sie mit den Polen und anderen Fremdvölkern zufrieden sein können, weil sie brav arbeiten, dann vergessen Sie nicht, daß Tag und Nacht in zunehmendem Maße gerade auf das Generalgouvernement stimmungsmäßig ein verzweifelter Angriff beabsichtigt ist, weil ja die Tatsache, daß Hunderttausende von Polen ihre Dienstleistung im Interesse des Deutschen Reiches erfüllen, für die Feindpropaganda eine Belastung darstellt. In diesem Lande eine beständige Unruhe, eine Häufung von Sabotageakten herbeizuführen, ist ja eines der merkbarsten Ziele der Feindpropaganda. Deshalb müssen auch alle Regierungsinstanzen die Bemühungen unserer Sicherheits-

faktoren unterstützen. Es muß durch restloses Durchgreifen dafür gesorgt werden, daß das Minimum an Zahl durch ein Maximum an Energie ausgeglichen wird. Das soll nun nicht bedeuten, daß wir einen brutalen Ausrottungsfeldzug gegen alles beginnen werden, was im Lande polnisch ist. Aber wir müssen es durchsetzen, daß jeder Versuch einer Obstruktion oder einer Sabotage an unserem Gemeinschaftswerk im Keime erstickt wird. Für unsere Wehrmacht, die draußen weit im Osten auf den Nachschub in diesem Lande angewiesen ist, könnte das geradezu tödlich wirken. Es hat sich erwiesen, daß durch einen einzigen Sabotageakt auf einen Zug eine Verspätung des Militärtransports um viele Stunden herbeigeführt wurde. Sie sehen daraus, wie wichtig es ist, daß die Schärfe dieser Aktion unmittelbar und spürbar einsetzt.

Ich erteile nun zunächst dem Hauptabteilungspräsidenten Naumann das Wort zu seinem Referat über den

Ernte-Ausnahmezustand.

Referat des Hauptabteilungsleiters Naumann über den Ernte-Ausnahmezustand:

Frühjahrsbestellung trotz erheblicher Schwierigkeiten zufriedenstellend erledigt. In gewissem Umfang Ausgleich der Winterschäden durch günstiges Wachstumswetter. Sommergetreide steht zufriedenstellend. Gute Mittelernte bei Kartoffeln und Hackfrüchten zu erwarten. Gemüseanbau soweit ausgedehnt, daß heute schon in manchen Gebieten an Massengemüse Angebot nicht abgenommen werden kann.

Entwicklung der Erfassung 1939/40 bis 1942/43:

1939: Lieferte das Reich an das Generalgouvernement aus dem Warthegau und dem Regierungsbezirk Zichenau.

1940: Keine Lieferungen mehr vom Reich, aber auch keine Lieferungen vom Generalgouvernement.

1941: Lieferung bedeutender Mengen vom Generalgouvernement.

1942: Große Forderungen des Reiches vom Generalgouvernement.

Ausführungen zum Ernährungsplan 1942/43 unter Berücksichtigung der Wehrmachtslieferungen:

Getreidewirtschaft

In der Getreidewirtschaft sind umgelegt auf die fünf Distrikte ..... 660.000 t Brotgetreide
Der dezentrale Bedarf der fünf Distrikte an Brotmehl und Haushaltsmehl ist ..... 482.700 t
Der dezentrale Bedarf mit Einschluß von Wehrmachtslieferungen ist ..... 235.000 t

insgesamt ... 717.700 t

Durch Metze, d.h. 20 %igen Abzug des Mahlgutes der Selbstversorger, sollen 160.000 t zusätzlich erfaßt werden. Rationssätze für Nichtdeutsche Normalverbraucher pro Monat vom 1.August 1942 bis 31.Juli 1943

4,2 kg Brot.

Für die Deutschen und A- und B-Karteninhaber werden die alten Rationssätze bzw. Zusatzrationen aufrechterhalten. Die Erfassung muß also mit Einschluß der Metze mit 85 % mindestens durchgeführt werden, wenn es gelingen soll, allen Verpflichtungen nachzukommen.

Futter- und Industriegetreide:

An Hafer sind umgelegt: ..... 160.000 t
der Gesamtbedarf beträgt ..... 153.500 t
sodaß eine 96 %ige Erfassung zur Abdeckung des Bedarfs durchgeführt werden muß.

Für G e r s t e sind umgelegt: ... 130.000 t
der Gesamtbedarf beträgt ..... 70.000 t
Hier ist eine gewisse Reserve vorhanden, die aber - da wahrscheinlich die Notwendigkeit sich einstellt, daß Gerste mit ins Brot zu verbacken ist -, weitgehend aufgezehrt wird.

Industriegerste:

Bei den Verhandlungen in Berlin ist der im Gegensatz zum Reich sehr hohe Stammwürzegehalt des Bieres bemängelt worden. Nach längeren Verhandlungen konnte ich das Reichsernährungsministerium davon überzeugen, daß die technischen und Transportvoraussetzungen für die Herstellung eines niedriger prozentigen Bieres für das Generalgouvernement nicht gegeben sind. Es bleibt infolge dessen bei Bier bei dem Stammwürzegehalt von 8 bis 8,5 % auch im ~~Winter~~ Wirtschaftsjahr 1942/43. Alle Anstrengungen müssen jedoch gemacht werden, die Gersteerfassung weitgehend sicherzustellen, um diesen Plan auch wirklich durchführen zu können.

Kartoffelwirtschaft:

Kartoffeln sind umgelegt = 1.200.000 t.
Gebraucht werden in den fünf Distrikten

742.000 t Speisekartoffeln
und .....321.000 t Fabrikkartoffeln
insgesamt 1.063.000 t

Der zentrale Bedarf für die Wehrmacht ist mit 130.000 t eingesetzt, sodaß auch hier eine 100 %ige Erfassung nötig ist, wenn Rationssätze aufrechterhalten werden sollen.

Rationssätze für Deutsche: 200 kg pro Kopf und Monat
A-Karteninhaber und sonstige im Interesse der Kriegswirtschaft wichtige Personen: 350 kg pro Kopf und Monat
großstädtische Verbraucherschaft 100 kg pro Kopf und Monat

Bei den A-Karteninhabern werden deshalb 350 kg ausgegeben, um deren Familien etwas besser zu versorgen, als die nichtdeutschen Normalverbraucher, die nicht im deutschen Kriegsinteresse arbeiten.

Zuckerwirtschaft:

Die augenblicklich etwas propagandistisch gehaltenen Zuckererzeugungserwartungen für das Generalgouvernement nach dem Stand der Zuckerrüben und des Anbaues belaufen sich auf

150.000 t Gesamternte.

Verbraucht werden für die Bevölkerung der fünf Distrikte 40.000 t.

Zentralbedarf mit Einschluß von Lieferungen an Wehrmacht, Süßwarenindustrie, chemische Industrie, Marmeladenherstellung und Prämienversorgung beträgt:

60.000 t

der Gesamtbedarf somit

100.000 t

Falls die errechnete Zuckerernte tatsächlich produziert werden könnte, würde hier ein gewisser Vorrat vorhanden sein, der entweder zur Vorratsbildung oder zu einer gewissen Rationserhöhung oder zur Ausdehnung des Prämienscheinsystems eingesetzt werden könnte.

Die Rationssätze sind für Deutsche 1.000 gr pro Mon.
Für nichtdeutsche Normalverbraucher 200 gr " "

Gartenbauwirtschaft:

Umgelegt sind an Gemüse in den fünf Distrikten
336.000 t
Gebraucht werden in den fünf Distrikten
ca. 350.000 t
Die Wehrmacht braucht 48.000 t
sodaß die Erfassung etwas über 100 % erfolgen muß, um den Bedarf zu decken.

Eierwirtschaft:

Bei der Eierwirtschaft ist die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vor großen Enttäuschungen nicht verschont geblieben.

Ziel der Erfassung: 700 Mill. Stck. Eier.

Der knapp vorhandene Zucker (schlechte Zuckerernte 1941) ließ nur soviel Tonnen Zucker für die Zucker-Eier-Tauschaktion frei, daß ¼ kg Zucker für 1 kg Eier gegeben werden konnte. Dieses ungünstige Tauschverhältnis gegenüber einem günstigen Tauschverhältnis im vergangenen Jahr (1 kg Zucker zu 1 kg Eier) ließ die Erfassung sehr schlecht anlaufen. Am 23.5.42 entschloß ich mich daher unter Reduzierung der Eiererfassungsmenge auf 350 Mill. Stück zur Erhöhung der Zuckertauschmenge pro 1 kg Eier von ¼ auf ½ kg Zucker.

Auch diese Mengen genügten scheinbar noch nicht, um in dem erwarteten Umfange Eier zu erfassen. Es

wurde deshalb vor kurzer Zeit noch Zigaretten als Prämienware mit eingesetzt.
Der **zentrale** Bedarf, hier insbesondere für Wehrmacht und Ausfuhr ins Reich, beträgt ..... 117 Mill.Eier
Der Bedarf der fünf Distrikte beläuft sich auf
..... 198 Mill. "

Da die Erfassung nicht die von mir gewünschte Menge von 350 Mill. Stck. Eier ergeben wird, habe ich ab 1.7.1942 die Rationszuteilung herabsetzen müssen, und zwar:
bei Deutschen pro Monat von 20 auf 12 Stück
bei nichtdeutschen Normalverbrauchern von 2 auf - Stück.
Die A- und B-Karteninhaber werden von der Kürzung nicht betroffen. Diese Maßnahme war notwendig, da wir für die Deutschen und A- und B-Karteninhaber infolge der schlechten Erfassung Wintervorrat noch nicht ansammeln könnten.

Viehwirtschaft:

Gesamtumlage an die fünf Distrikte:	110.200 t	
Dezentraler Bedarf der Distrikte:	51.000 t	und
zentraler Bedarf mit Einschluß der Lieferungen an Wehrmacht, SS und Polizei sowie sonstige Formationen	53.000 t	
insgesamt	104.000 t	

Rationssätze pro Monat:

für die Deutschen	2.400 gr
für deutsche Kinder	1.500 gr
f.nichtdeutsche Normalverbraucher	400 gr
f. Zusatzkarteninhaber I (zu nichtd. Normalverbraucherkarten) bis	800 gr. Zusatz
f. Zusatzkarteninahber II (zu nichtd. Normalverbraucherkarten) bis	400 gr. Zusatz.

Fettwirtschaft:

In der Fettwirtschaft ist durch das 90 bis 95 %ige Auswintern der Winterölfrüchte das Versorgungsproblem außerordentlich verschärft worden. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sah sich deshalb gezwungen, auf die fünf Distrikte Erfassungskontingente an Butter umzulegen, und zwar in Höhe von 9.500 t für alle fünf Distrikte.
Der Gesamtbedarf der fünf Distrikte beträgt 8.700 t
dazu kommt noch ein Zentralbedarf mit Einschluß von Wehrmachtslieferungen von 2.025 t
sodaß selbst bei 100 %iger Erfüllung der Kontingente ein Fehlbetrag bleibt.
Rationssätze pro Kopf und Monat an Butter
f. deutsche Erwachsene und deutsche Kinder 1.200 gr
Zusatzkarteninhaber I ..... 240 gr
Zusatzkarteninhaber II ..... 240 gr

Der zu erwartende Fehlbetrag wird hoffentlich durch eine Erfassung der geringen Winterrapsernte und der teilweise zum Ersatzangebauten Sommerölfrüchte wettgemacht.

Aus meinen Ausführungen geht hervor, daß bei allen Produkten eine fast 100 %ige Erfassung der umgelegten Kontingente notwendig ist, um die Versorgung sicherzustellen. Die hohen Schleichhandelspreise und die in einigen Teilen des Generalgouvernements vorhandene unsichere Lage (Banditenüberfälle) lassen die Befürchtung aufkommen, daß es mit normalen Mitteln nicht gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Bei der allgemeinen Ernährungslage des Reiches sind die Lieferungen für Wehrmacht und Reich als die vordringlichsten zu bezeichnen. Falls daher die umgelegten Kontingente nicht aufgebracht werden können, müssen weitere Rationssatzsenkungen im Generalgouver-

nement in Erwägung gezogen werden.

Deshalb hat sich der Herr Generalgouverneur am 11.7.1942 entschlossen, folgenden Erlaß herauszugeben, den ich hiermit der Regierungssitzung zur Kenntnis gebe.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt darauf den Wortlaut des Erlasses über den

Ernte-Ausnahmezustand

und die dazu ergehende Verordnung bekannt:

Der kommende vierte Kriegswinter ist für das Schicksal des Deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung. Die Entscheidung wird vor allem davon abhängen, daß es gelingt, die Ernährung der Deutschen und der für das Deutsche Reich arbeitenden Bevölkerung der europäischen Staaten sicherzustellen. Auf die planmäßige restlose Erfassung der kommenden Ernte sind daher sämtliche staatlichen Maßnahmen einheitlich auszurichten. Während die deutschen Männer an den Fronten für die Erhaltung der europäischen Kultur bluten, ist es die Pflicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Generalgouvernement, den ihnen von den deutschen Behörden auferlegten Ablieferungsverpflichtungen hundertprozentig nachzukommen.

Für die deutsche Verwaltung ergibt sich die Notwendigkeit, alle ihre Energien und Kräfte auf die Ernteerfassung abzustellen. Ich erkläre daher, beginnend mit dem 1. August 1942, einen E r n t e a u s n a h m e z u s t a n d . Während dessen Dauer sind alle sonstigen staatlichen Aufgabén, die nicht der Ernteerfassung dienen, im größtmöglichen Umfang zurückzustellen. Alle Kräfte, auch die anderer Fachverwaltungen als der landwirtschaftlichen sind auf Anforderung für die landwirtschaftliche Ernteerfassung

16

zur Verfügung zu stellen. Federführend für die Ernteerfassung ist die Regierung des Generalgouvernements - Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Nach ihren zentralen Anweisungen ist die Ernteerfassung durchzuführen. Keine Mittelinstanz oder untere Instanz ist befugt, Anweisungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ohne deren vorherige Zustimmung zu ändern oder ihnen durch widersprechende Maßnahmen entgegenzuwirken.

Zur Unterstützung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bei der Ernteerfassungsaktion werden der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements im zivilen Sektor die erforderlichen zivilen Kräfte und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen im polizeilichen Bereich die erforderlichen Polizeiorgane zur Verfügung und ihre Dienststellen in den Dienst der Erfassung stellen.
Im einzelnen verfüge ich folgendes:

1. Um die erforderlichen Lagerräume für eine Erfassung zu sichern, sind - soweit ausreichende Lagerräume nicht vorhanden sind - Kirchen und Schulen und sonstige geeignete öffentliche oder private Gebäude sofort als Lagerräume herzurichten. Die rechtliche Grundlage für diese Maßnahme bildet die Verordnung vom 16.Juli 1940 über die Sicherung von Lagerraum für Getreide und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse (VBL.GG.S 219)

2. Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements hat sofort die erforderlichen Verhandlungen zur Sicherstellung der Druschkohle für den landwirtschaftlichen Bedarf aufzunehmen. Er hat weiter sofort alle Maßnahmen vorzubereiten, um einen ausreichenden Transport der erfaßten Erntemengen unter allen Umständen zu gewährleisten, insbesondere unter Ausschöpfung

17

aller bestehenden Möglichkeiten für die Bereitstellung der für den Bedarf der Ernteerfassungsorgane und für den Transport der Ernte notwendigen Treibstoffmengen zu sorgen.

3. Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen wird beauftragt, durch polizeiliche Maßnahmen eine Störung der Einbringung der Ernte zu verhindern sowie für die Sicherung der Transportwege für die eingebrachte Ernte und der Lagerbestände Sorge zu tragen. Er ist in Durchführung dieser Aufgabe insbesondere ermächtigt, eine Gesamthaftung von Gemeinden oder bestimmter Gruppen von Gemeindemitgliedern anzuordnen. Diebstähle oder Sabotage an Lagern oder Transportwegen werden standgerichtlich geahndet, die Urteile sofort vollstreckt.

4. Um die Einheitlichkeit der Erfassung, der Einbringung und die Sicherheit der Ernte zu gewährleisten, werden Befehlsstäbe gebildet

   a) in der Regierung, vertreten durch die Staatssekretäre der Regierung und des Sicherheitswesens und den Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft
   b) in den Distrikten durch den Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und den SS- und Polizeiführer.

5. Für die Ernteerfassung und Einbringung werden nachstehende Termine bestimmt:

   a) Lagerung oder Abtransport von 60 % der Ernte vom 1.August 1942 bis 30. Sept. 1942
   b) Lagerung oder Abtransport der restlichen 40 % der Ernte bis spätestens 30. November 1942.

Die zur Abwicklung der Ernteerfassung im einzelnen erforderlichen Anordnungen erläßt im Auftrage des Befehlsstabes der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements. Ich erwarte von allen Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements, daß sie sich mit aller Kraft unter Beachtung der vorstehenden Richtlinien in den Dienst der Ernteerfassung stellen und werde jeden, der durch irgendwelche Maßnahmen den Gang der Ernteerfassung behindert oder es an dem erforderlichen restlosen Einsatz fehlen läßt, unnachsichtlich zur Verantwortung ziehen.

Krakau, den 11.Juli 1942

Der Generalgouverneur

Verordnung zum Schutze der Ernteerfassung vom 11. Juli 1942:

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12.Oktober 1939 (Reichsgesetzblatt I S.2077) verordne ich:

§ 1

Wer landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art, die der menschlichen oder tierischen Ernährung dienen, böswillig beschädigt, vernichtet wird mit dem Tode bestraft.

§ 2

Wer der Pflicht zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse böswillig nicht nachkommt, wird mit dem Tode bestraft.

§ 3

Wer durch Diebstahl erhebliche Mengen landwirtschaftliche Erzeugnisse behördlicher Verfügung entzieht, wird mit dem Tode bestraft.

§ 4

Wer zu den in den §§ 1 und 2 unter Strafe gestellten Verbrechen auffordert oder anreizt, wird mit dem Tode bestraft.

§ 5

Die Aburteilung und die Vollstreckung des Urteils erfolgen durch Standgerichte. Das Urteil kann sofort vollstreckt werden. Im übrigen gelten für das Verfahren der § 11 Abs. 2 und 3 und der § 12 der Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement vom 31.Oktober 1939 (VBlGG. S.10) in der Fassung der zweiten Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement vom 26.November 1941 (VBlGG. S. 665)

Generalgouverneur Dr. Frank:

Ich habe großes Gewicht darauf gelegt, daß diese Neuordnung heute bekanntgegeben wird. Meine Herren, Sie dürfen daraus den Ernst und die Entschlossenheit entnehmen, mit denen ich und meine Organe in diesem Jahre an die Ernteerfassung herantreten werden. Ich darf vor allem auch die Wehrmacht bitten, uns bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Sie möge der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch möglichst im Wege einer Erleichterung des Gespanndienstes und in sonstiger Art entgegenkommen. Wir haben ja alle das größte Interesse daran, daß die Ernte heuer unter allen Umständen so intensiv wie nur möglich erfaßt und eingebracht wird.

Im übrigen werden Sie aus der Fassung meines Erlasses erkannt haben, daß ich die Dinge diesmal ganz durchgreifend und zentral geregelt wissen will. Ich bitte besonders die Herren Gouverneure, in ihren Bereichen dafür zu sorgen, daß ohne jede Voreingenommenheit oder jede distriktbedingte Vorbeziehung irgendwelcher eigener Notwendigkeiten dem Gemeinschaftsinteresse des Generalgouvernements der Vorrang gegeben wird, wie das ja schon so vielfach in bewährter Weise geschehen ist. Es ist gar kein Zweifel, daß wir vom Reich angegangen werden, unsere Verpflichtungen ihm gegenüber zu erfüllen. Deshalb muß auch die Ernteerfassung einheitlich von der obersten Instanz dieses Gebietes durchgeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt darauf das Wort dem Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Ministerialdirigenten Dr. Emmerich.

IX/9
2/1

Ministerialdirigent Dr. Emmerich knüpft an die Ausführungen des Hauptabteilungspräsidenten Naumann an und erklärt, daß vom gewerberlichen Sektor aus im wesentlichen die Voraussetzungen hätten geschaffen werden können, die das Gelingen der Ernteerfassungsaktion in dem bisher üblichen Verfahren sicherstellen sollen. Im Generalgouvernement habe sich die Ernteerfassung auf dem Wege des Prämienscheinsystems fest eingebürgert und ein Abgehen von diesem System hätte zweifellos eine erhebliche Minderung der Erfassung zu bedeuten. Eine Kräftekonzentration auch von seiten des gewerblichen Sektors sei ein unbedingtes Erfordernis. Auch in diesem Jahr habe man das Prämiensystem weiter verfeinert. An der Spitze stehe nach wie vor die Überlegung, daß dem Bauern neben dem Zwang zur Ablieferung ein gewisser Anreiz gegeben werden solle, der darin bestehe, daß er auf Grund von Prämienscheinen Waren seines täglichen Bedarfs zu erträglichen Preisen beziehen könne.

Auch in diesem Jahre sei die Zuteilung gewerblicher Güter an den landwirtschaftlichen Sektor von Januar bis Juli nur mit größter Zurückhaltung erfolgt, so daß sich jetzt zur Zeit der Ernteerfassung ein gestauter Bedarf zeige, der den Anreiz zur Ablieferung erhöhen solle. Es gebe aber auch für diesen Anreiz gewisse Grenzen: wenn der Bauer für sein abgeliefertes Getreide 20 % des Wertes an Textilwaren bekomme, so bilde sich für ihn ein bestimmter Kurs dieser Prämienscheine. Dabei bestehe die Gefahr, daß der Schleichhandelspreis, den er für sein Getreide erziele, für ihn einen günstigeren Kurs darstelle. Daraus ergebe sich, daß Anreiz und Zwang in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen müßten und daß, je höher der Kurs des natürlichen Anreizes sei, um so schärfer die Schraube des Zwanges angezogen werden müsse .

In der Kohlenbelieferung an die Landwirtschaft habe man Vorsorge getroffen, daß sie als bevorzugter Bedarfsträger mit Vorrang versorgt werde. In diese Maßnahme hätten sich die anderen Bedarfsträger, vor allem die Rüstungsinspektion einsichtsvoll gefügt. Auf dem Sektor des Mineralöls werde im Rahmen des Erreichbaren alles geschehen, um der Landwirtschaft zu helfen.

Bezüglich des gewerblichen Sektors im Generalgouvernement müsse er zunächst einmal auf das Geschehen im Reich verweisen, denn die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches, die im Laufe des dritten Kriegsjahres eine Steigerung der Kräfteanspannung und damit eine gewaltige Steigerung der Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge bedeuteten, machten sich auch im Generalgouvernement sehr stark bemerkbar. Um die Leistungen zu erhöhen habe man im Reich Betriebe zusammengelegt, die Aufträge auf die wirtschaftlichsten Betriebe verlagert und nicht kriegswichtige Produktionszweige ganz oder teilweise geschlossen. Alle Rücksichten auf eine Beschäftigung von mittleren oder kleineren Betrieben oder auf regionale Wünsche müßten hinter dem Gesichtspunkt des rüstungswirtschaftlichen Gesamteffekts zurücktreten. Auch in den kriegswirtschaftlichen Behörden und Organisationsformen seien im Reich entscheidende Änderungen vorgenommen. Ein Erlaß des Führers über die einheitliche Steuerung der Rüstungswirtschaft vom 7.Mai 1942 konzentriere die Zuständigkeiten auf Reichsminister Speer. Durch den Einbau des Reichsministers für Bewaffnung und Munition in die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan sei eine weitere Vereinheitlichung und Zusammenfassung erreicht worden. Auch auf dem Gebiet der Rohstofflenkung und -bewirtschaftung habe es durchgreifende Neuerungen gegeben. In die Organisationen der Wirtschaft sei eine sehr weitreichende Verwantwortung für

kriegswirtschaftliches Schaffen gelegt worden.

Schon seit Ende des vergangenen Jahres werde die Wirtschaft des Generalgouvernements ausgekämmt, d.h. die Betriebe würden von Kommissionen, in denen neben den Hauptabteilungen Wirtschaft und Arbeit weitere Hauptabteilungen der Regierung, ein Vertreter des Distriktschefs und der Rüstungsinspektion zusammengefaßt seien, nach entbehrlichen Arbeitern überprüft. Vorläufige Ergebnisse lägen bereits vor: von 608 überprüften Betrieben liefen 180 unverändert weiter, bei 299 Betrieben habe ein teilweiser Entzug von Arbeitskräften stattgefunden, während 9 Betriebe zusammengelegt und 120 % stillgelegt worden seien. Bei dem anscheinend hohen Prozentsatz der stillgelegten Betriebe handle es sich um kleine und überalterte Betriebe, die keine wirtschaftliche Leistung im Kriegssinne bieten könnten. Von den 42 ooo in diesen überprüften Betrieben beschäftigten Arbeitern seien 8 ooo zur Umschulung vorgeschlagen worden.

Die Rationierung auf dem Gebiete der Kriegsverwaltung des Reiches bedinge eine generelle Überprüfung und Abstimmung der Regierung des Generalgouvernements mit den Reichsinstanzen. Einzelabreden müßten getroffen werden, wie dies bereits auf dem Gebiete des Eisens geschehen sei. Dadurch solle verhindert werden, daß die allgemeine Organisationsumbau-Freudigkeit zu summarisch auf das Generalgouvernement ausgedehnt werde ohne Berücksichtigung ~~auf~~ der besonderen Verhältnisse dieses Landes. Dabei könne er feststellen, daß eine gewisse organisatorische Parallelentwicklung des Generalgouvernements zum Reich sich als außerordentlich erwünscht erweise. Die im Jahre 1941 eingeleitete Entwicklung der sogenannten wirtschaftlichen Selbstverwaltung sei gerade angesichts der Organisationstendenzen der Kriegswirtschaft des Reiches sehr segensreich. Es handle sich ja nicht um eine Selbstverwaltung im eigentlichen Sinne, sondern nur um

eine die Verwaltung entlastende Instanz.

Der stete Beitrag des Generalgouvernements zur deutschen Rüs tungsleistung in den vergangenen drei Jahren habe bewirkt, daß das Generalgouvernement als Industriegebiet im Reich nicht mehr umstritten sei. Der Führer habe die Ostgrenze des Generalgouvernements als Grenze der Industrialisierung festgelegt. Durch die Entwicklung der Kriegslage und die Verstärkung der Luftangriffe auf den Westen würden die Verlagerungstendenzen zweifellos bestärkt und die Blicke der deutschen Industrie richteten sich im verstärkten Maße auf das Generalgouvernement. Bei dieser Entwicklung entstehe für das Generalgouvernement die Frage, inwieweit es ein solches zusätzliches Industriepotential im Lande unter den derzeitigen Verhältnissen verkraften könne, denn jeder neue Betrieb bedeute zusätzliche Energieanforderungen. Auf dem Gebiete der Energiewirtschaft müßten darum die Hauptanstrengungen des Generalgouvernements liegen, da die wesentlichste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung des Generalgouvernements ein Ausbau der Energiewirtschaft sei.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich greift diese energiemäßigen Dinge auf und erstattet einen Bericht über den derzeitigen Stand der Arbeiten, die der Ostenergie-A.-G. als der staatlichen Gesellschaft des Generalgouvernements übertragen sind.

I. Hochspannungsleitungen

1. Zweck der Leitung:

Die Leitung dient einerseits zum Abtransport der im Kraftwerk Nisko zur Verfügung stehenden Leistung von 26 ooo kW, andererseits zum Abtransport von Wasserkraftstrom oder oberschlesischem Steinkohlenstrom über die Leitung Moscice-Starachowice bei Ausfall der Kohlentransporte für das Kraftwerk Nisko. Mit der Leitung

werden die Rüstungsbetriebe Starachowice, Ostrowiec und Hasag, die das erstrebenswerte Produktionsprogramm heute nicht bewältigen können, abgestützt und ausreichend mit Strom versorgt. Ferner kann die Leistung aus dem Kraftwerk Nisko über die im Bau befindliche Leitung Starachowice-Warschau dem Verbrauchsschwerpunkt Warschau zugute kommen.

Stand der Bauarbeiten:

Die Leitung ist trassiert; Mastausteilung ist erfolgt. BBC hat Baubüro in Nisko, Elin in Ostrowiec eingerichtet. Kies für die Fundamente wird zur Zeit angefahren. Das Walzeisen für die Maste ist zu 30 % abgewalzt. Die Maste befinden sich in Fabrikation in Minsk Mazowiecki.

Schwierigkeiten:

Amt für Raumordnung und Luftwaffe haben etwa eineinhalb Monate gebraucht, um ihre Genehmigung zu der vorgeschlagenen Trasse auszusprechen. Die Eisenhütten-Gemeinschaft-Ost hat gegen den Einspruch der Ost-Energie die Walzaufträge sistiert mit der Begründung, daß eine genaue Mastspezifikation vorliegen müsse. Hierdurch Zeitverlust von etwa eineinhalb Monate. Die Walzwerke erklären, das Programm in der vorgesehenen Zeit nicht mehr bewältigen zu können, was ursprünglich möglich gewesen wäre. Die Kiestransporte haben sich infolge der totalen Frachtensperre um eineinhalb Monate verzögert, da es nicht gelang, von der Gedob Eisenbahnwagen zu erhalten. Den engsten Querschnitt bilden die Armaturen- und Isolatorenbestellungen im Reich, da eine Herstellung im Generalgouvernement nicht möglich ist. Die Auslieferung ist

überhaupt infrage gestellt, weil das Generalgouvernement keine S- oder SS-Kennzeichnung vornehmen kann. Es wird trotzdem versucht, die Leitung noch in diesem Jahre fertigzustellen.

Behebung der Schwierigkeiten:

Kiestransporte werden zur Zeit mit Lastkraftwagen bewältigt. Der Transport ist außerordentlich kostspielig und es können, da nur wenig Fahrzeuge zur Verfügung stehen, nur geringe Mengen transportiert werden. Wegen der Auswalzung der Profile wird erneut mit der Rüstungsinspektion wegen Vorverlegung verhandelt. Wegen der Isolatoren ist der von Reichsminister Speer ernannte Ringführer Dr. Scheid um Einschaltung gebeten worden. Aller Voraussicht nach kann nunmehr mit einer termingemäßen Anlieferung gerechnet werden. Auch bezüglich der Armaturen sind Maßnahmen eingeleitet worden.

2. Leitung Starachowice-Warschau

Zweck der Leitung:

Versorgung des Verbrauchsschwerpunktes Warschau. Ersatz der Kohlentransporte durch Wasserkraft- und Kohlenstrom. Stand der Bauarbeiten:

Die Leitung ist trassiert, Mastausteilung ist bis auf 30 km fertig. Das Baubüro der Ost-Energie befindet sich in Skarzysko, dasjenige der Starkstromanlagen Essen in Grojec. Kies wird mit Lastkraftwagen angefahren. Rund 40 km der Leitung sind vollkommen fertiggestellt. Walzeisen zu 2/3 abgewalzt. Maste befinden sich in Fabrikation bei Ostrowiec und Radomsko.

/7

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und deren Behebung siehe unter 1. Durch verstärkten Einsatz von Lastkraftwagen wird versucht, die eineinhalb Monate Verzögerung wieder aufzuholen, sodaß heute noch mit einer Inbetriebnahme der Leitung in diesem Jahre gerechnet werden kann.

3. Leitung Lemberg-Boryslaw:

Zweck der Leitung:

Leitung dient zur Versorgung des Erdölgebietes Boryslaw.

Stand der Bauarbeiten:

Leitungstrasse ist festgelegt; vorläufige Mastausteilung ist fertig. Zur beschleunigten Fertigstellung der Leitung wird die Imprägnierung am Ort der Aufstellung durchgeführt. Holzmaste werden geschlagen und zu ihrem Aufstellungsort abgefahren. Baubüro befindet sich in Lemberg.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und ihre Behebung siehe unter 1. Termin 1.10.1942 kann gehalten werden, wenn Armaturenfrage gelöst.

4. Leitung Nisko-Lublin:

Zweck der Leitung:

Die Leitung dient zur Stromversorgung des Verbrauchsschwerpunktes Lublin, insbesondere der Betriebe der Waffen-SS (Kriegsgefangenenlager, KZ usw.). Die Stadt soll vom Transport der Kohle zur Stromerzeugung entlastet werden.

Stand der Bauarbeiten:

Trassierung der Leitung und Mastausteilung sind fertig; die Kleineisenteile befinden sich in Fabrikation. Mastaufstellung wurde in Angriff genommen; Holz ist bereits geschlagen und zum großen Teil imprägniert. Die Ost-Energie hat das Personal des Elektrizitätsverbandes Lublin zur Durchführung des Baues herangezogen. Baubüros befinden sich in Lublin und Nisko.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und ihre Behebung siehe unter 1. Termin 1.11.1942 kann gehalten werden, wenn Armaturenfrage gelöst.

5. Leitung Moscice-Reichshof:

Zweck der Leitung:

Leitung dient zur Stromversorgung der Waffen-SS in Debica und der Stadt Reichshof, insbesondere des Flugmotorenwerks.

Stand der Bauarbeiten:

Leitung ist trassiert; Mastausteilung ist fertig; Holz wird geschlagen und zum Imprägnieren abgefahren. Baubüro befindet sich in Tarnow.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und ihre Behebung siehe unter 1. Termin 1.11.1942 kann gehalten werden wenn Armaturenfrage gelöst.

6. Leitung Moscice-Jaworschno:

Zweck der Leitung:

Leitung dient zum Abtransport oberschlesischen Steinkohlenstromes in das Generalgouvernement. Reichslastverteiler hat bis Mitte nächsten Jahres 35 ooo kW statt bisher 8 ooo kW zugesagt.

Stand der Bauarbeiten:

Leitung wurde von Landesgrenze bis Moscice vortrassiert; vorläufige Mastausteilung wurde durchgeführt. Mastfabrikation befindet sich bei Metallurgia in Radomsko. Baubüros befinden sich in Krenau, Krakau und Tarnow.

Schwierigkeiten:

Das Leitungsstück Jaworschno-Landesgrenze wurde bereits im Januar dem Generalinspektor für Wasser und Energie auf Grund des Energie-Wirtschaftsgesetzes angezeigt. Eine Antwort ist bisher trotz vieler Mahnungen nicht erteilt worden. Ende Juni erhielt die Ost-Energie die Mitteilung, daß sie erneut eine Anzeige einreichen solle, was inzwischen geschehen ist. Zustimmung liegt noch immer nicht vor. Es besteht die Gefahr, daß die durch den Reichslastverteiler dem Generalgouvernement zugedachte Leistung aus Oberschlesien auf absehbare Zeit überhaupt nicht abtransportiert werden kann. Durch das Hinauszögern der Genehmigung ist Fertigstellung in diesem Jahr nicht mehr möglich.-

Zusammenfassung der Schwierigkeiten:

1. Transportlage, 2. die Auswalzung, 3. die im Reich getätigten Bestellungen auf Armaturen und Isolatoren und 4. das geringe Verständnis, das vom Amt des Generalinspektors für Wasser und Energie dem Generalgouvernement entgegengebracht wird. Eine Behebung der Schwierigkeiten ist nur durch Unterstützung aller Dienststellen des Generalgouvernements möglich.

II. Erdgasleitungen:

1.Ost-West-Erdgasleitung

Zweck der Leitung:

Die Leitung dient zur Verbindung der ostgalizischen Erdgasfelder mit dem Rüstungsdreieck. Sie muß gebaut werden, da im Spätherbst mit einem Erschöpfungszustand der bisher das Industriedreieck speisenden westgalizischen Erdgassonden zu rechnen ist.

Stand der Bauarbeiten:

Von der erforderlichen Rohrmenge mit einem Gesamtgewicht von 13 6oo t sind bereits 12oo t abgewalzt und 7oo t an Ort und Stelle. Die angelangten Rohre werden ausgefahren. Sämtliche Schieber sind bereits fertig. Wenn man bedenkt, daß die Vergabe der Leitung erst am 22.Mai 1942 erfolgte, so ist die außerordentliche Geschwindigkeit, mit der das Bauvorhaben vorgetrieben wird, erkennbar. Den engsten Querschnitt bildet das Transportproblem. Durch persönliche Verhandlungen mit Staatssekretär Dr. Ganzenmüller wurde erreicht, daß geschlossene SS-Wagenzüge von den Walzwerken in das Generalgouvernement rollen. Es handelt sich um rd. 750 Waggons. Die Leitung ist in acht Baulose aufgeteilt, wobei die eingesetzten Baufirmen unter der Oberbauleitung der Deutschen Bergwerks- und Hüttenbau G.m.b.H.-Berlin stehen. Baubüros befinden sich in Nisko, Lezaisk, Przemysl, bei Daszawa, Rudnik, Gorzyce, Jaroslaw, Radymno und Sambor. 240 Stammarbeiter und ein großer Gerätepark sind bereits an Ort und Stelle. Die zuständigen Regierungsstellen wurden davon unterrichtet, daß mit sofortiger

Wirkung 17oo Mann Baupersonal erforderlich sind. 12 Baracken sind auf der Strecke aufgestellt, einige weitere folgen in den nächsten Tagen. Der zügige Baufortschritt hängt davon ab, daß die angeforderte Arbeiterzahl sofort zur Verfügung steht und daß die Verpflegung sichergestellt wird.

Schwierigkeiten:

Das Transportproblem und Sicherstellung der Verpflegung. Azetylenbeschaffung; die Zuteilung der Gasflaschen ist nur zum Teil gelöst. Mit der Inbetriebnahme der Leitung im November dieses Jahres kann gerechnet werden, wenn alle Dienststellen des Generalgouvernements helfen und keine neuen Schwierigkeiten auftauchen.

Behebung der Schwierigkeiten:

Einschaltung des Verkehrsministeriums wegen des Transportproblems und des GB-Bau in Berlin. Von diesen wurde die Kennzeichnung sämtlicher Transporte unter dem Kennwort "Mineralöl" ~~erteilt~~ v. Der Vorstand der Osag hat veranlaßt, daß ein in Landshut stillstehendes Aztylenwerk wieder in Betrieb genommen wird, sodaß der gesamte Aztylenbedarf sichergestellt ist. Die Flaschen wurden durch Einschaltung des OKW zum Teil sichergestellt.

2. Erdgasleitung Stry-Lemberg:

Zweck der Leitung:

Versorgung der Stadt Lemberg, da die bisherige Leitung bei weitem nicht mehr ausreicht. Insbesondere ist sie notwendig, um den Strom für das Erdölgebiet in Boryslaw erzeugen zu können.

Stand der Bauarbeiten:

Den Auftrag erhielt die Osag von der Regierung am 13.7.1942. Die Vergabe erfolgte am gleichen Tage an die Nordböhmische Wasserbau-A.G. Der Bau der Leitung ist eine sehr undankbare Aufgabe. Das Erbe, das von den Russen übernommen wurde, ist mehr als zweifelhaft: die Schweißung ist undicht, die Isolierung restlos verdorben. Trotzdem besteht begründete Aussicht auf Fertigstellung noch in diesem Jahr, falls die Anerkennung des Bauvorhabens durch den GB-Bau sofort erfolgt und die erforderlichen Arbeitskräfte (300 Mann) umgehend zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommt die rasche Lieferung der Baracken und die Sicherstellung der Verpflegung.

III. Kompressorstationen für Treibgas:

Die Ost-Energie hat die Umstellung von flüssigen Treibstoffen auf Erdgas im Generalgouvernement vorgeschlagen und die dafür erforderlichen Pläne entwickelt. Hiernach sind etwa 50 ooo t Benzin und Dieselöl einzusparen.

Nach Entscheidung der Regierung soll die Ost-Energie das komprimierte Erdgas an die Staatlichen Monopole verkaufen und diese es an die Monopol-Vertriebsgesellschaft zum Vertrieb weitergeben. Sobald der Ost-Energie der Auftrag zur Errichtung der Kompressorstationen für die Verdichtung von rd. 35 Millionen Kubikmeter pro Jahr erteilt wird, kann die Vergabe erfolgen.

IV. Wasserkraftwerk Zakopane:

Zwecks Einsparung von Dieselöl baut die Ostenergie für das in Zakopane befindliche Dieselkraftwerk ein Wasserkraftwerk. Mit Hilfe

hervorragender Sachverständiger wurde ein Projekt ausgearbeitet. Das Kraftwerk soll über die Stadt Zakopane hinaus auch die Umgebung mit Strom versorgen. Nach der Entscheidung des Herrn Staatssekretärs, daß die Ost-Energie den Bau durchführen soll, sind von ihr alle zur Verleihung der Wasserrechte erforderlichen Vorarbeiten veranlaßt worden.

V. Erweiterung von Dampfkraftwerken:

In den Dampfkraftwerken Pionki und Lemberg entspricht die Kesselleistung nicht der vorhandenen Maschinenleistung. Die Ost-Energie stellt daher mit größter Beschleunigung die von den Polen begonnenen Kesselbauten, die seit der deutschen Besatzung ruhen, fertig. -

Das Gesamtprogramm der unter I bis V aufgeführten Bauten stellt einen Gesamtwert von rd. 140 ~~000~~ Millionen Zloty dar. Alle Bauten liegen nicht im Rahmen der Friedensplanung, sondern sie tragen zu einer Stützung und Verstärkung der Kriegswirtschaft des Generalgouvernements bei. Ihre Aufgaben sind in folgenden Punkten zusammenzufassen:

1. Entlastung der Schienenwege von den Kohlentransporten
2. Schaffung ausreichender Strommengen für die Kriegsproduktion
3. ausreichende Gasbelieferung der Rüstungsbetriebe
4. Einsparung von flüssigen Treibstoffen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß damit ein umfangreiches Problem in Angriff genommen worden sei, das dazu beitragen werde, das Generalgouvernement zu einem wirklich zuverlässigen und widerstandsfähigen Gefüge zu machen, das immer enger an das Reich herangeführt werden könne.

Hauptabteilungspräsident Bauder weist darauf hin, daß sich auf dem Transportsektor erhebliche Schwierigkeiten ergäben. Von der Hauptabteilung Bauwesen sei alles in ihrer Kraft stehende getan worden, um die Bestrebungen der Ost-Energie zu fördern. Aus den Worten von Dr.Emmerich könne man entnehmen, daß die Belieferung mit Armaturen und Isolatoren aus dem Reich einen großen Engpaß darstelle. Man müsse sich auch darüber klar sein, daß man ohne persönliche Verbindungen zu den Lieferfirmen und vor allem zum Generalinspektor für Wasser und Energie, der diese Firmen in der Hand habe, schlecht weiterkommen werde; die Situation des Reiches sei zu sehr angespannt. Er glaube aber, daß der Generalinspektor diese Ausbaupläne weitgehend fördere und daß man durch ein enges Zusammenarbeiten und persönliche Aussprachen evtl. formelle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hier, daß er sich mit Reichsminister Speer in Verbindung setzen werde. Die näheren Einzelheiten will er mit den Präsidenten Dr. Emmerich und Bauder noch besprechen. Der Antrag auf Verlegung der Industrialisierungsgrenze an die Ostgrenze des Generalgouvernements sei vom Reichsministerium Speer ausgegangen.

14

Präsident Bauder fügt noch hinzu, daß die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte große Schwierigkeiten bereiten werde. Im Generalgouvernement sei man jetzt so weit, daß Arbeitskräfte für weitere Bauvorhaben an anderer Stelle abgezogen werden müßten. Er rege daher eine ähnliche Aktion, wie man sie in diesen Tagen gegen die Juden durchführe, auch gegen die Polen an. Es habe sich nämlich gezeigt, daß die Judenaktion einen großen Andrang der Juden zur Arbeit mit sich gebracht habe. Man könne daher die berechtigte Hoffnung hegen, daß die gleichen Bestrebungen sich auch bei den Polen zeigen würden.

Hauptabteilungspräsident Gerteis erklärt eingangs seiner Ausführungen, daß in der Transportlage augenblicklich eine gewisse Erleichterung zu verspüren sei, da die großen Transporte nach der Ostfront nachgelassen hätten. Diese vorübergehende Erleichterung werde von der Ostbahn nach Kräften ausgenützt. Für das Programm der geplanten Strom- und Gasleitungen, deren Bau als vordringlich anerkannt sei, könnten die Materialtransporte aus dem Reich durchgeführt werden. Jedoch erweise sich dieses Bauprogramm neben dem Bauprogramm der Ostbahn als große Belastung. Die für das Bauprogramm der Ostbahn benötigten Transporte seien so umfangreich, daß außer Transporten für die Ernährung und Landwirtschaft für andere Zwecke wenig Aussicht bestehe.

Auch die Wagengestellung sei augenblicklich nicht groß. Nachdem sich die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Wagen bereits um 10 % erhöht habe, müsse er jetzt eine weitere dringende Erhöhung um 20 % erreichen. Das genüge aber immer noch nicht, um den Tonnagemangel zu beheben. Die Zahl der täglich mehr gestellten Wagen müsse das zwei-bis dreifache übersteigen, da man täglich 180-bis 190 000 Wagen benötige, um die Bedürfnisse der Ernährung und Kriegswirtschaft befriedigen zu können. Bei dem Umfang

des Lok- und Wagenbauprogramms und den Schwierigkeiten der Fertigung werde es Jahre dauern, bis eine Erleichterung eintreten könne. Man sei deshalb gezwungen, den letzten Wagen und die letzte Lokomotive einzusetzen. Wenn es gelänge, den Wagenumlauf noch um einen Tag zu senken, dann wäre alle Not behoben. Die Reparatur der Wagen sei stark beschleunigt worden, und auch bei der Reparatur der Lokomotiven bestehe dazu Aussicht.

Auf dem Bausektor gehe es trotz großer Schwierigkeiten voran, da auf direktem Befehl des Führers hin nur Mineralöltransporte in ihrer Dringlichkeit vor den Transporten für Baumaterial rangierten. Den Engpaß bilde augenblicklich die Arbeiterfrage. Täglich liefen 10 bis 30 % der Arbeiter von den Baustellen; ihre Qualität sei schlecht, sodaß man keine Rekordleistungen vollbringen könne. Dankbar müsse er anerkennen, daß der polnische Baudienst sehr wertvolle Dienste leiste. Leider reiche die Zahl des polnischen Baudienstes nicht aus; die Ostbahn benötige noch mindestens 10 ooo Mann.

Der erste Bauabschnitt 1942 mit einem Gesamtkostenaufwand von 400 Millionen Zloty müsse am 1.Okt. abgeschlossen sein. Dann werde sofort ein neues Programm anlaufen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinen beiden Staatssekretären Dr. Bühler und Krüger den Auftrag, auf dem Gebiete der Arbeiterbeschaffung in gemeinschaftlichen Besprechungen mit den zuständigen Hauptabteilungen ein rigoroses Programm zur Erfassung der unbeschäftigten Arbeiter auszuarbeiten und ihm vorzulegen. Er unterstreicht die Feststellung, daß die Erfassungsaktion gegen die Juden gute Ergebnisse gezeigt habe und daß man eine ähnliche Maßnahme gegen die Polen in Erwägung ziehen könne. Das flache Land sei stark übervölkert und es müsse gelingen, aus den

kleinen Landstädten zusätzliche Arbeitskräfte herauszuziehen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet, daß die Etatvorarbeiten voraussichtlich Ende August abgeschlossen sein werden. Besorgnisse wegen der Deckung gerechtfertigter dringender Bedürfnisse der Verwaltung seien nicht vorhanden. Produktionsausfälle infolge Betriebseinschränkungen oder -stillegungen im vergangenen Winter könnten jetzt wieder wettgemacht werden, sodaß keine Einnahmeausfälle einträten.

Das Generalgouvernement sei staatsfinanziell gesehen in der angenehmen Lage, einen ganz geringen Schuldenstand zu besitzen. Die Haushaltentwicklung zeige folgendes Bild: Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1939 = 500 Millionen, im Rechnungsjahr 1940 rd. 1200 Millionen und im Rechnungsjahr 1941/42 ohne Wehrbeitrag rd. 2 Milliarden Zloty.

Bei den Haushaltsverhandlungen habe sich gezeigt, daß bei der Erstellung der Voranschläge nicht ~~mehr~~ mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen werde. Die meisten Dienststellen seien mit ihrer Ausbautätigkeit fertig: die Einrichtung der Büros, die Beschaffung ~~von~~ Möbel für Angestellte seien durchgeführt und nur kleinere Anschaffungen seien noch nötig. Trotzdem habe die Hauptabteilung Finanzen aber festgestellt, daß die für diese Zwecke benötigten Beträge in den Voranschlägen auch jetzt noch die gleiche Höhe aufwiesen. Bei den letzten Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß es ohne weiteres möglich sei, diese Ansätze auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben. Dabei könne eine Einsparung von 20, 30 und 40 Millionen erzielt werden.

Wie aus den Ausführungen von Dr. Emmerich hervorgehe, benötige die Ost-Energie-A.G. für die nächste Zeit einen Finanzbedarf von rd. 140 Millionen.

Über das normale Investitionsbedürfnis hinaus seien für das Generalgouvernement finanzielle Anforderungen deshalb notwendig, weil der notwendige Einsatz von Privatkapital nicht möglich sei. Die Finanzsituation des Generalgouvernements könne als nicht ungünstig bezeichnet werden. Die Hauptabteilung Finanzen sei in der Lage, das abrollende Wohnungsbauprogramm zu finanzieren; auch der Ost-Energie-A.G. werde man die notwendigen Kapitalien zur Verfügung stellen können.

Der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe die Monopolverwaltung die geforderten Kontingente an Tabak und Branntwein bereitgestellt, sodaß ein gutes Gelingen der Ernteerfassung zu hoffen sei. Hier müsse er insbesondere den Dienststellen der Wehrmacht danken, die auf seinen Vorschlag hin während der Sommermonate ihre Anforderungen an Branntwein zugunsten der Ernteerfassung zurückgeschraubt hätten, nachdem er versprochen habe, in den Wintermonaten wieder verstärkt an die Front zu liefern.

Die Versorgung der Deutschen mit Monopolartikeln sei, abgesehen von örtlichen Verkehrsschwierigkeiten, gut. Ein Liter Wodka monatlich und 20 Zigaretten pro Tag seien ausreichend. Leider würden die Deutschen mit den ihnen zugeteilten Waren Tauschhandel treiben.

Für die Zoll- und Monopolverwaltung sei von außerordentlicher Wichtigkeit, daß ihnen die eingearbeiteten Arbeitskräfte erhalten blieben. Es sei eine bequeme Methode, von einem festen Arbeiterbestand einfach 50 % für andere Zwecke abzuziehen. So sei es vorgekommen, daß von den Arbeitern eines Betriebes, der 80 % seiner Erzeugnisse an die Wehrmacht liefere, 50 % der nichtdeutschen Arbeiter und Angestellten kurzfristig zu anderem Einsatz angefordert worden seien. Das Ergebnis einer solchen Aktion sei immer ein radikaler Produktionsrückgang, bis neues Personal eingestellt und eingearbeitet sei.

Günstig entwickelt hätten sich die Einnahmen aus den im Frühjahr erhöhten Kriegssteuern, deren erste Hälfte im Juli fällig gewesen und glatt bezahlt worden sei. Auch im Tabakmonopol seien die Einnahmeentwicklungen durchaus günstig. Der Kassenbestand, der noch durch eine Schatzanleihe von 60 Millionen verstärkt werden solle, sei befriedigend.

Gouverneur Kundt trifft für die Ernteerfassung im Distrikt Radom die Feststellung, daß sämtliche Vorarbeiten beendet seien. In einer vor kurzem stattgefundenen Kreishauptleute-Besprechung seien alle Anweisungen gegeben worden. Er habe verfügt, daß über die Kontingenthöhe nicht debattiert werden dürfe, da die Einbringung der auferlegten Kontingente eine unbedingte Notwendigkeit darstelle.

Bezüglich der Lagerräume solle man mit der Wehrmacht darüber verhandeln, inwiefern leer-stehende Gebäude für diese Zwecke von ihr zur Verfügung gestellt werden könnten. Gerade in den Gebieten, in denen im Distrikt Radom die besten landwirtschaftlichen Erzeugnisse geerntet würden, herrsche der größte Lagerraummangel; infolge des Nichtvorhandenseins von Eisenbahnlinien könne auch der gewünschte sofortige Abtransport nicht durchgeführt werden; auch ein Abtransport mit Kraftwagen sei infolge der Drosselung des Benzinverbrauchs schlecht möglich. Große Sorgen bereite daher die Tatsache, wie man aus diesen Gebieten die örtlich erfaßte Ernte wegbringen könne. Auf dem Lande stünde eine große Anzahl von Militärbaracken leer, während in den Gebäuden innerhalb der Städte Unterbringungen von Soldaten stattfänden. Auch viele Schulen seien für die im letzten Winter erwarteten Einquartierungen noch beschlagnahmt.

Über das Prämienscheinsystem zur Ernteerfassung wolle er auf Grund einer genauen Prüfung folgende Bemerkungen machen: schon bei der letzten Ernteerfassung habe das Prämienscheinsystem für Textilien eine geringe psychologische Wirkung gezeitigt, und die gleiche Erfahrung werde wohl auch diesmal wieder gemacht. Die Textilien seien knapp, sodaß der Landwirt trotz seiner Prämienscheine wenig oder nichts einkaufen könne. Zu überlegen sei daher die Frage, ob bei Textilien nicht eine Veränderung des jetzigen Systems Platz greifen solle, indem man Gemeinden, die hundertprozentig abgeliefert hätten, bestimmte Mengen zuteile; es solle also im Gegensatz zu bisher nicht jeder für eine bestimmte abgelieferte Menge Prämienscheine erhalten. Man könne bestimmte Mengen von Textilien den Gemeinden, die mindestens 90 % des auferlegten Solls abgeliefert hätten, zur Weiterverteilung zuleiten. Auf den anderen Gebieten sei eine Veränderung des jetzigen Systems nicht nötig. Auf dem Textilsektor trete ein Engpaß auf, der auch nachteilige Wirkungen auf das Schulwesen ausübe. Die primitivste Ausstattung der volksdeutschen Kinder und der Internate, über deren Einrichtungsnotwendigkeit nirgends Zweifel bestehe, sei mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß die Textilien für die Ernteerfassung benötigt würden. Alle Kreishauptleute des Distrikts Radom verträten die Auffassung, daß das Prämiensystem für Textilien abgeändert werden müsse. Man habe diese Verteilungsart zu Beginn der deutschen Verwaltung als Lockmittel benutzt, um einen Überblick über die Leistungen der einzelnen Kreise zu gewinnen. Diesen Überblick besäßen jetzt die Kreislandwirte, sodaß man von der polnischen Landbevölkerung eine Ablieferung ohne Prämien fordern könne. Schwieriger sei die Erfassung von anderen Waren wie z.B. von Eiern. Dazu werde das Prämiensystem immer notwendig sein.

2/19a

Das Leben der Deutschen: in der letzten Zeit habe er mit Hilfe des Parteiapparates einen scharfen Kampf dagegen geführt, daß gewisse Elemente noch an der Tatsache des Krieges des deutschen Volkes vorübergehen. Gerade durch die Partei könne auf diesem Gebiet vieles erreicht werden. Aber auch auf gerichtlichem Wege werde gegen unsaubere deutsche Elemente vorgegangen. Er schlage vor, Urteile und Bestrafungen von Deutschen im inneren Dienstwege bekanntzugeben. Das Sondergericht in Radom habe vor kurzem gegen einen Deutschen, der sich durch den Aufbau einer deutschen Scheinfirma widerrechtlich Lebensmittelkarten verschafft habe und diese von einem Juden im Ghetto zu Schleichhandelspreisen weiterverkaufen ließ, ein Todesurteil gefällt. In einem der nächsten Appelle habe er diesen Fall erzählt und er sei überzeugt, daß dieses ~~Tatsache~~ Urteil abschreckend wirken werde.

Zur Versorgung der Ernährung und Landwirtschaft mit Benzin habe er angeordnet, daß für die nächsten drei Monate 60 % des Benzins für die Distriktsbehörde ausschließlich dieser Abteilung zur Verfügung ständen. Diese Menge werde aber nicht ausreichen.

Zur Sicherheitslage des Distrikts Radom könne er die Feststellung treffen, daß das Auftreten von Partisanen nicht zu berichten sei. Die Lage sei im allgemeinen günstig, wenn auch eine gewisse Verstimmung Platz greife. In der unruhigsten Kreishauptmannschaft Opatow habe man alle Vorkehrungen getroffen.

Im Generalgouvernement bestehe nunmehr Arbeiterknappheit. Man dürfe sich nicht täuschen lassen, wenn an vielen Orten Leute herumliefen, und nicht annehmen, daß diese lauter Nichtstuer seien. Von entscheidender Wichtigkeit für solche Erscheinungsbilder seien die Markttage.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dies alles berücksichtigt werde, daß aber noch mindestens eine Million Arbeitskräfte erfaßt werden könnten. Bei einer Bevölkerung von 18 Millionen könne man sich mit 750 ooo vermittelten Arbeitskräften nicht zufrieden geben.

Gouverneur Kundt ersucht zum Schluß bei Vergleichen der Ausgaben in den früheren Jahren mit den Anforderungen für jetzt um Berücksichtigung der Preiserhöhungen für gewisse Ausrüstungsgegenstände; nach seiner Meinung sind auch die amtlichen Preise auf ein Mehrfaches gestiegen.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann wendet sich gegen diese Meinung. Bei der Beschaffung werde jedoch die Dringlichkeit so in den Vordergrund gerückt, daß der Preishöhe nicht mehr die richtige Beachtung geschenkt werde. Man verzichte, die geforderten Preise der Preisbehörde zwecks Überprüfung zu übergeben. Das Amt für Preisüberwachung sorge in jedem Fall dafür, daß Überpreise zurückgezahlt werden.

Gouverneur Kundt erwidert, daß die Dienststellen die Preise oft nicht einhalten können, da sonst die Gefahr bestehe, daß sie überhaupt nichts erhielten.

Dr. Senkowsky rügt die Tatsache, daß die deutschen Dienststellen in der Ausstellung von Dienstgut-Bescheinigungen sehr freigebig seien. So habe ein polnischer Händler Schreibmaschinen, die auf Grund dieser Bescheinigungen zollfrei ins Generalgouvernement eingeführt werden könnten, nach Belieben beziehen können.

Gouverneur Dr. Wächter wendet sich gegen die Auffassung, als herrschten im Distrikt Galizien die größte Unruhe und Unordnung. Die kleine Unruhe, die da und dort herrsche, sei teils durch die Partisanenverhältnisse im Lubliner-Distrikt und teils durch gewisse Vorgänge im Reichskommissarat Ukraine in der Nähe der Grenze in den Distrikt hineingetragen worden. Was die bodenständigen Teile der Bevölkerung angehe, so sei im Distrikt Galizien eine ruhige und stete Arbeit festzustellen. Im ersten Jahre des Bestehens des neuen Distrikts Galizien sei immerhin allerhand geschehen. So habe der Distrikt an Kontingenten mehr abgeliefert als das ganze Generalgouvernement im ersten Jahre der deutschen Verwaltung. Ferner seien fast 200 000 Arbeiter ins Reich vermittelt worden. Sowohl die Stimmung wie die Mitarbeit der Bevölkerung seien im ganzen gesehen durchaus zufriedenstellend. Zu bedenken sei, daß man ja auch erst am Anfang der Entwicklung stehe. Er und seine Mitarbeiter seien bemüht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß bereits im zweiten Jahre dank der Tätigkeit aller deutschen Dienststellen ein vielfaches des Ergebnisses des ersten Jahres erreicht werde.

Entscheidend sei nach seinen Feststellungen für die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung die Ernährungssituation. Möge man auch die Menschen mit schärfsten Zwangsmaßnahmen zur Arbeit heranholen, sie würden nur dann zufriedenstellende Leistungen vollführen, wenn sie einigermaßen ernährt seien. Das zeige das Beispiel der Judenarbeitslager, die vorzüglich da funktionierten, wo es gelinge, die Menschen einigermaßen satt zu machen. Das gleiche gelte für den polnischen Baudienst und die freie Wirtschaft, wo die Arbeiter vielfach wegliefen, weil ihre Ernährung nicht im geringsten gesichert werden könne. Er hoffe, eine Besserung der Ernährungssituation nach der Ernte trotz

der Ablieferungen an das Reich herbeiführen zu können. Hand in Hand mit etwa notwendig werdendem harten Zugreifen müsse eine förderliche Behandlung der Bevölkerung gehen.

In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler an, in den Erlaß über den Ernte-Ausnahmezustand einen Passus des Inhalts aufzunehmen, daß der Schutz der Bevölkerung bei loyaler Beachtung der in diesem Erlaß vorgesehenen Maßnahmen gewährleistet wird.

Gouverneur Dr. Wächter hofft, für die Ernteerfassung eine entsprechende Menge von Prämienware zu erhalten. Auch er gedenke die Methode anzuwenden, daß den Bauern, die ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Gespanndienste und der sonstigen Arbeit nachkämen, Sonderkontingente, wenn auch geringen Umfanges, belassen würden. Das werde bei der Bevölkerung eine sehr gute Wirkung erzielen. Daß dabei in einzelnen Fällen hart durchgegriffen werden müsse, sei klar. Die Zwangsarbeitslager, die der SS- und Polizeiführer in Galizien errichtet habe, zeigten eine gute Wirkung, weil die dort inhaftierten Menschen nach einiger Zeit als gebessert entlassen werden könnten. Die Einrichtung dieser Lager werde auch von den Vögten dankbar begrüßt, weil die Bevölkerung dadurch inzwischen disziplinierter geworden sei. In Gegenden, in denen ein Zwangsarbeitslager unter einem tüchtigen Leiter gut funktioniere, habe die Gespanndienstverweigerung aufgehört.

Auch er sei der Auffassung, daß hier allein zentrale Maßnahmen eine Wirkung haben könnten. Andererseits sei aber auch die Leistung des Kreislandwirts und sogar des Bezirkslandwirts von größter Be-

deutung, ebenso wie die gute Arbeit des Gendarmerie-führers und Polizeileiters. Er bitte deshalb die Regierung, für den Ausbau der Verwaltung in den unteren Instanzen Sorge zu tragen. Leider habe man von einer praktischen Auswirkung des Führererlasses vom März dieses Jahres über die Personalverringerung noch nicht viel gehört.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert gibt die Erklärung ab, daß in etwa 14 Tagen die Gouverneure das Material in Händen haben würden. Ihre Wünsche könnten weitgehend berücksichtigt werden. Leider sei die Durchführung dieser Maßnahmen nicht von heute auf morgen möglich; denn es müßten etwa 40 bis 50 Verordnungen abgeändert und Verhandlungen mit sämtlichen Hauptabteilungspräsidenten geführt werden. Er hoffe aber, daß Ende Juli diese Sammelverordnung dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt werden könne.

In diesem Zusammenhang gibt Gouverneur Dr. Wächter seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in einer Zeit, in der der genannte Führererlaß noch nicht einmal praktisch durchgesetzt sei, schon wieder an eine neue Gesellschaftsgründung herangegangen werde.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß es sich bei derGründung dieser Gesellschaft um die jüdischen Grundstücke handle, für deren Verwaltung bzw. Erfassung eine weitgehende Dezentralisation in Aussicht genommen worden sei. Darüber habe zunächst ein Einvernehmen mit der Hauptabteilung Finanzen herbeigeführt werden müssen, um den Gesamtkomplex dieser rund 50 000 Objekte, der einen Milliardenwert darstelle, richtig aufteilen zu können. Die Regierung des Generalgouvernements habe ja beispielsweise auf dem Gebiete des außerordentlichen Haushalts große Verpflichtungen zu übernehmen. Es werde nun geprüft, was an Vermögenswerten für die Regierung vorbehalten bleiben solle, und was einer dezentralisierten Verwaltung, für die er eine weitgehende Heranziehung der

Gemeinden vorschlage, zuzuführen sei. Nach diesem Plan behalte sich die Regierung selbst nur die Verwaltung von großen Objekten vor, während 42 000 kleine Objekte in die dezentralisierte Verwaltung gegeben würden, ohne daß die Regierung Ansprüche auf die Ertragswerte stellen werde.

Gouverneur Dr. Wächter kann hier die Durchführung einer Zentralisierung nicht anerkennen, da man ja auf ähnlichen Gebieten schon die Dezentralisierung habe. Die Wirtschaftsleiter der Kreise seien solchen Aufgaben in durchaus zufriedenstellender Weise nachgekommen. Wenn tüchtige Fachleute zur Verfügung ständen, dann sollte man sie den Distrikten und Kreisen zur Verfügung stellen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß es sich um einige größere Objekte handle, die Staatseigentum würden und praktischerweise schon wie bisher direkt von der Treuhandstelle verwaltet würden. Im übrigen seien die Besprechungen über diese Frage noch nicht abgeschlossen, er habe auch den endgültigen Entwurf noch nicht kennengelernt.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich stellt fest, daß die treuhänderische Verwaltung dieser Grundstücke nicht befriedigend gewesen sei, und deshalb eine endgültige Verwaltung herbeigeführt werden solle. In den Gesamttopf würden 50 ooo Grundstücke kommen, 42 ooo würden von der Regierung gewissermaßen an die Gemeinden verschenkt, die im Zuge ihrer Siedlungsvorhaben und ihrer städtischen Sanierung mit diesen Objekten etwas anfangen könnten. Die Regierung könne aber unter keinen Umständen jene 8 ooo Objekte großen

Ausmaßes an die Distrikte ~~zu~~ verschenken, weil das den Rahmen vollständig sprengen würde. Wenn die Treuhandverwaltung abgelöst werden würde, dann bedeute das, daß die bisher dort tätigen Mitarbeiter in eine dezentralisierte Verwaltung übergeführt würden; es bedeute nicht, daß damit eine Zentralisierung einsetze. Für die 8000 Großobjekte solle nur ein ganz kleiner Apparat in der Spitze gehalten werden, während Distriktsgesellschaften faktisch die Dinge in der Hand behielten. v

Gouverneur Dr Wächter befürchtet, daß es sich bei dieser neuen Organisation nicht um einen kleinen Apparat handeln werde; denn für Krakau allein würden 40 bis 45 Räume für die zu gründende Aktiengesellschaft angefordert. Nach alledem halte er es für zweckmäßiger, daß man es bei der bisherigen Methode belasse und nach wie vor die Treuhandverwaltung unter Führung der Hauptabteilung Wirtschaft für die Dinge verantwortlich sei.

Hauptabteilungspräsident Dr Emmerich betont, daß die Verwaltung und Erhaltung der Gebäude eine Änderung des bisherigen provisorischen Zustandes notwendig mache. Eine etwaige Vernichtung von Werten könne unter keinen Umständen verantwortet werden.

Auch Finanzpräsident Dr Senkowsky hält die Schaffung eines endgültigen Zustandes für dringend geboten. In diesem Zusammenhange werde - selbstverständlich immer unter Berücksichtigung der Wünsche der einzelnen Distrikte - entschieden werden müssen, ob ein jüdischer Grundbesitz, mit dem ein Betrieb verbunden sei, aus dem Staatsvermögen abgestoßen werden solle. Wenn ein solcher Grundbesitz Staatseigentum werden würde, dann müßte er praktisch zur Hauptabteilung Finanzen kommen, un-abhängig von der Betreuung durch einzelne Hauptabteilungen. Die

Frage, wie diese Regelung am zweckmäßigsten zu treffen sei, könne später berücksichtigt werden, wenn sich herausstelle, daß das eine oder andere Objekt besser auf andere Weise verwaltet werde.

Gouverneur Dr. Wächter ist der Auffassung, daß auch nach Gründung der Aktiengesellschaft hinsichtlich der mit dieser Frage beschäftigten Personen kaum ein Wechsel eintreten werden. Schließlich müsse bei der endgültigen Regelung auch daran gedacht werden, daß solche Grundstücke gegebenenfalls für Frontsoldaten bereitzustellen seien.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß Judenvermögen Staatseigentum werde, alsodiese Frage mit der Versorgung des Frontsoldatentums nichts zu tun hat.

Gouverneur Dr. Wächter kommt sodann auf die Erdgasleitung zu sprechen, die nach Lemberg gelegt werden soll, und bittet, den Bau dieser Leitung mit allen Mitteln zu fördern. Ihre endgültige Fertigstellung würde vielleicht in zwei bis drei Monaten möglich sein, da die Rohre bereit lägen und der Graben schon gezogen sei, während für die Rohrleitung nach Sandomiercz große Eisenkontingente vom Reich angefordert werden müßten. Die Verlegung dieser Erdgasleitung sei um so notwendiger, da Lemberg kaum über Kohlenvorkommen verfüge und angesichts der Verkehrsverhältnisse ein Bezug von Kohlen aus dem Reiche nicht infrage komme. Die sowjetischen Kohlenvorräte vom vergangenen Jahre seien aufgebraucht, Man stehe also vor einem Nichts. Diese zweite Erdgasleitung werde es ermöglichen, wenigstens das Elektrititätswerk von Lemberg voll auszunützen und damit dem Ölgebiet von Drohobitsch Strom zu liefern. Das dortige Elektrizitätswerk sei vollkommen vernichtet, und man sei deshalb auf den Strom aus Lemberg angewiesen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß zwar die einzelnen Rohre der Leitung von den Russen schon geschweißt worden seien,

aber so unvollkommen, daß diese Arbeit zum größten Teil wiederholt werden müße. Daß diese Leitung fertiggestellt werde, sei nur seinen Bemühungen zu verdanken; denn die Dienststelle des Vierjahresplans habe die Leitung von dieser Trassierung abbrechen und als Teilstück auf der Linie von Ostgalizien zum Industriedreieck verwenden wollen. Er habe Professor Dr. Benz davon überzeugt, daß die von den Russen geplante Leitung trotz einer angeblichen Überkapazität, die für Lemberg entstehe, fertiggebaut werden müße.

Gouverneur Dr. Wächter teilt weiter mit, daß das Elektrizitätswerk in Lemberg vor einigen Tagen in die Verwaltung der Ostenergie übergegangen sei. Bei allem Verständnis dafür, daß der wichtige Grundstoff der Elektrizität einer Verbundwirtschaft überlassen werden müße, könne er sein Befremden darüber nicht verhehlen, daß das gerade in einem Zeitpunkt geschehe, in welchem man kurz vor den Reprivatisierungsmaßnahmen stehe, ohne daß der Stadt irgendein Gegenwert für den Ausfall ihres größten Vermögensträgers zugesichert und ohne daß ein Übereinkommen getroffen werde, nach welchem auch die örtlichen Stellen hier eingeschaltet würden. Er bitte, auch die örtlichen Interessen zu berücksichtigen .

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist demgegenüber darauf hin, daß es sich hier um primitivste Maßnahmen handle, die sofort hätten ergriffen werden müssen. Im Hintergrunde stehe der Ausfall von zweihunderttausend Tonnen Mineralöl. Es habe sofort ein Verbund nach Borislaw geschaffen werden müssen; denn man dürfe in einem solchen Fall nicht das Kraft.erzeugende Elektrizitätswerk von der Heranführung dieses Stromes nach Borislaw trennen, um so weniger, als sich in Lemberg eigentlich nur eine Veredlungsstätte des Erdgases befinde. Wenn sich die Gemeinde Lemberg bisher aus dem Elektrizitätswerk trotz seines völlig unzureichenden technischen Zustandes bezahlt gemacht habe, dann

seien jetzt solche Entnahmen unter Zurückstellung von Investitionen nicht mehr zu vertreten, sondern das kommunale Finanzinteresse müsse hinter die kriegswirtschaftlichen Notwendigekiten zurücktreten. Übrigens seien schon vor vier oder fünf Monaten Besprechungen über diese Dinge geführt worden, in denen der Standpunkt der Hauptabteilung Wirtschaft klar zu Tage getreten sei. Jetzt sei nur noch der Schlußstein gelegt worden. Er glaube nicht, daß irgendwelche Gesichtspunkte unberücksichtigt geblieben seien. Er selber habe mit dem Stadthauptmann eingehend über die Frage gesprochen. Das Elektrizitätswerk werde in seiner Organisation so gestellt bleiben, daß die Gemeinde Lemberg es nach wie vor als ihr Eigentum betrachten können, auch die energiewirtschaftlichen Gesichtspunkte von der Stadtverwaltung immer zur Geltung zu bringen seien.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert mißt dieser Frage deshalb größte Bedeutung bei, weil sie präjudizieller Natur sei. Er habe in der letzten Zeit an verschiedenen Besprechungen teilgenommen, die auf seine Veranlassung bei Staatssekretär Dr. Boepple stattgefunden haben. Selbstverständlich könnten solche Werke nur dann hergegeben werden, wenn die Finanzverwaltung sich bereiterklären würde, den Städten einen Ausgleich zu gewähren. Die Städte seien im größten Umfange auf die Gewinne dieser Werke angewiesen. So habe z.B. die Stadt Warschau in einem Jahre nicht weniger als 48 Millionen Zloty aus dem Elektrizitätswerk geschöpft. Andererseits müsse aber auch die Frage eines gewissen Einflusses des Stadthauptmannes bereinigt werden. Der Stadthauptmann von Lemberg oder Krakau habe selbstverständlich das größte Interesse an einer Einflußnahme auf die Gestaltung der Tarife. Das sei sichergestellt. In einer demnächst stattfindenden Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler werde die grundsätzliche Seite der Sache erledigt werden, und dann werde man auch darüber verhandeln, was die

Stadt Lemberg erhalten solle. Zu bedauern sei allerdings, daß der Stadthauptmann von Lemberg über den Schlußakt nicht ins Bild gesetzt worden sei, man auch bisher nicht über die Abfindung gesprochen habe.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Art und Weise, in der hier von Seiten der Zentralinstanz vorgegangen worden sei. Gerade wenn die Zentrale ihren Vorrang betone, müsse sie schon in Fragen der Verhandlungsführung gewisse Rücksichten walten lassen. Er wünsche deshalb dringend, daß in so wichtige Akte die Gouverneure vorher rechtzeitig eingeschaltet würden. Es dürfe nicht wieder vorkommen, daß ein Gouverneur in solchen Fragen vor eine vollendete Tatsache gestellt werde.

Gouverneur Dr- Wächter geht dann auf die im Distrikt Galizien herrschende Bausituation ein.. Trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten sei dem Distrikt insbesondere hinsichtlich des Staßenbaus und des Brückenbaus von Seiten der Bauverwaltung geholfen worden. Er habe allerdings selbständig mit seinen Kreisbauämtern starken Einfluß auf den Ausbau des Straßennetzes genommen.

Der polnische Baudienst stehe im Distrikt Galizien im allgemeinen in einem recht guten Ruf. Auch die Eisenbahn bediene sich seiner in steigendem Maße und könne chne ihn kaum noch auskommen. Die Nutzbarmachung des polnischen Baudienstes hänge von der weiteren Steigerung des Einsatzes deutscher Arbeitsdienstführer zusammen; denn man könnten nicht mehr als 400 oder 500 Polen bezw. Ukrainer unter einen deutschen Arbeitsdienstführer stellen.

Er bitte, angesichts der Sonderlage des Distrikts Galizien ihm möglichste Fürsorge angedeihen zu lassen. Die Tatsache, daß dieser Distrikt erst zwei Jahre später zum Generalgouvernement gekommen sei, mache sich stark fühlbar. Trotzdem der Distrikt größer sei als die anderen, arbeite er mit zwei Dritteln des Personals der übrigen Distrikte. Angesichts der Schwierigkeiten des Transportpro-

blems sei es beinahe unmöglich gewesen, manche Gegenden z.B. in den Karpaten ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, sodaß dort oft richtiger Hunger geherrscht habe. Trotzdem habe die Bevölkerung auch in diesen armen Gebieten besser gearbeitet als diejenige der reichen Gebiete. Einer der schönsten Erfolge deutscher Verwaltungsarbeit in diesem Gebiete wäre es, wenn es gelänge, die Bevölkerung immer mehr in die Arbeit für die Wirtschaft des Distrikts einzuschalten. Leider sei unter den Ukrainern vielfach die Meinung vertreten, daß sie schlechter behandelt würden als die Polen. Dies hänge wohl in der Hauptsache damit zusammen, daß in der Frage der Reprivatisierung immer noch keine endgültige Lösung gefunden sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß mit dem Staatsakt am 1. August irgendwie die Reprivatisierungsfrage verbunden werden möge.

Regierungsrat Braun teilt mit, daß die Entwürfe für die Verordnung bereits fertiggestellt seien. Auch seien bereits die Einspruchsfristen festgelegt. Am 21. Juli solle noch eine abschließende Besprechung über diese Frage stattfinden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm über das Ergebnis dieser Sitzung unverzüglich Bericht erstattet wird. Er werde dann seinen Entscheidung so treffen, daß er am 1. August etwas über die Frage der Reprivatisierung verkünden könne.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß der wirtschaftliche Aufbau im Distrikt Warschau trotz aller Schwierigkeiten unbeirrbar weitergehe. Die Reichsindustrie zeige ein großes Interesse, Betriebe nach Warschau zu verlegen. Allerdings sei dem in der Möglichkeit der Strommlieferung eine Grenze gesetzt. Man versuche aber z.Zt., diese Schwierigkeit dadurch zu überwinden, daß man zur Schicht-

arbeit übergehe. Damit hoffe man die Arbeitsleistung, die ausschließlich rüstungswirtschaftlich und heereswichtig sei, fast verdoppeln zu können. Voraussetzung sei allerdings, daß man sichere Aufträge für längere Dauer und die notwendigen Arbeitskräfte erhalte. Man versuche mit allen Mitteln, das äußere Bild Warschaus zu ändern, indem man die Herumlungernden von den Straßen bringen wolle. Man habe mit Hilfe der Waffen-SS und unter Einsatz starker Polizeikräfte verschiedene Aktionen durchgeführt und dabei leider feststellen müssen, daß das Ergebnis dieser Aktionen den Erwartungen nicht entspreche. Man habe z.B. zweitausend Menschen auf der Straße festgenommen, unter dem Vorwande, es handle sich bei dieser Aktion um eine Bekämpfung des Devisen- und Goldschmuggels. Diese zweitausend Menschen seien eingehend geprüft worden, und das Ergebnis sei gewesen, daß man 8o Menschen erfasst habe, die nicht in Arbeit standen. Alle übrigen hätten ihre Beschäftigung nachweisen können. Weiter sei durch die Abteilung Arbeit eine Prüfung des Beschäftigungsstandes im Vergleich zu früher durchgeführt worden. Dabei habe sich herausgestellt, daß es für Warschau Stadt und Land 29o ooo Sozialversicherte gegenüber ungefähr 35o ooo vor dem Kriege gäbe. In dem Bericht sei der Überzeugung Ausdruck gegeben worden, daß z.Zt. in Warschau vielleicht noch 3o ooo oder höchstens 4o ooo freie Arbeitskräfte vorhanden seien.

Die Juden seien ebenfalls sehr stark beschäftigt: in llo Arbeitsstätten, die sich im Ghetto befänden, seien 77 ooo beschäftigt, davon 22 ooo in Rüstungsbetrieben. Man sei auch dazu übergegangen, die gesamte Privatproduktion, die zum Teil noch im Ghetto vorhanden gewesen sei, auf kriegswichtige Aufgaben umzustellen. Von 3o ooo Juden seien jetzt bereits größere Mengen außerhalb des Ghettos beschäftigt. Dieser Arbeitseinsatz werde noch vermehrt werden, jedoch bedürfe es unbedingt einer besseren Ernährung dieser Menschen.

Die Lebensmittelpreise in Warschau seien im Vergleich zu denjenigen des vergangenen Jahres wesentlich niedriger, sie seien auch noch vom Mai bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesunken. Darin liege offenbar ein Erfolg der Schleichhandelbekämpfung vor allem auf dem Gebiet der Kartoffeln und Getreideerzeugnisse. Mit dem ersten August ds.Js. solle auch in dieser Richtung wieder ganz scharf vorgegangen werden. Jeglicher Hereinbringung von Lebensmitteln im Schleichhandel nach Warschau werde mit allen Mitteln unterbunden werden.

Die Ernteerfassung sei gut vorbereitet. Günstige Wetterverhältnisse vorausgesetzt, hoffe er, daß im Distrikt Warschau die Kontingente zu loo% erfüllt würden. Der Saatenstand sei günstig. Die Bauern seien durch die getroffenen Maßnahmen bereits so erzogen, daß man mit großen Schwierigkeiten bei der Ernteerfassung nicht rechne. In jedem Kreis seien Zwangsarbeitslager eingerichtet, und sie hätten schon eine segensreiche Wirkung gezeigt.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet eingangs von den Vorbereitungen zur Ernteerfassung im Distrikt Krakau. Die Kontingente seien in Besprechungen mit den Kreishauptleuten an Ort und Stelle festgelegt worden und jeder Ablieferungspflichtige werde in kürzester Frist im Besitze einer schriftlichen Mitteilung über sein Ablieferungskontingent sein. Bei den geplanten strengen Maßnahmen dürfe man die verschärfte Schleichhandelsbekämpfung nicht vergessen. Heute würden Milch, Butter, Eier usw. in rauhen Mengen in die Stadt geschmuggelt. Da man vor mehreren Wochen gewisse polizeiliche Maßnahmen eingestellt habe, bestehe die Gefahr, daß heute riesige Mengen der Erfassung verlorengingen, da sich ihr Absatz auf den Schleichhandelsweg eingespielt habe. Weiter müßten für die Zeit der Ernteerfassung vom 1.August bis 30. November von den Dienststellen draußen im Lande alle anderen Dinge möglichst ferngehalten werden, damit sie sich voll der Erfassung widmeten könnten.

Wegen der Gründung einer neuen Aktiengesellschaft zur Verwertung des jüdischen Vermögens vertrete er den Standpunkt, daß, wenn dieses Vermögen in die Staatsverwaltung übergehen solle, die Finanzverwaltung die geeignete Stelle dafür sei. An ihn sei für diese neue Stelle ein Raumbedarf von 45 bis 50 Räumen herangetragen worden. Diese Anforderungen gingen zu Lasten des an sich schon sehr stark beschränkten Wohnraums. Im Zeitpunkt, in dem die Lebensmittelerfassung ein so brennendes Problem darstelle, solle man doch die Schaffung einer solchen Stelle zurückstellen.

Bezüglich der Arbeitskräfteerfassung könne er aus Erfahrung der letzten Wochen folgendes mitteilen: zur Zeit laufe eine große Landarbeitererfassung für etwa 150 ooo Mann. Er sei in der Lage, ohne Arbeitsamt und ohne irgendeine Zwangsmaßnahme in einem Kreis 40 ooo Mann aufzubringen. Dabei werde aus folgenden

Überlegungen heraus vorgegangen: im vorgenannten Kreis (Miechow) befänden sich 60 ooo kleine Bauernschaften. Der Kreislandwirt erkläre, daß hier zuviel Leute vorhanden seien und ohne weiteres 40 oco Kräfte abgestellt werden könnten. Den Vögten und Schulzen sei nun von den deutschen Verwaltungsstellen in Versammlungen für jedes Dorf eine gewisses Kontingent von Arbeitskräften zwecks Freistellung genannt worden. Man habe auch versprochen, das Lebensmittelkontingent der Polen, die sich zur Arbeit im Reich meldeten, beim Hof zu belassen. Auf der anderen Seite sei gesagt worden, daß das Anwesen, aus dem ein im Reich arbeitender Pole stamme, dem Staat verfalle, wenn der betreffende Pole seine Arbeitsstätte im Reich widerrechtlich verlasse.

Die Juden drängten sich seit Beginn der Judenaktion nach jeder Arbeit. Im Zuge dieser Maßnahmen habe der Kreishauptmann von Reichshof seinen ganzen Kreis judenfrei gemacht. Als Folge davon habe sich ein Fallen der Schleichhandelspreise um 70 % gezeigt. Von den dort erfaßten 22 ooo Juden seien die Steuern bis zur Mitte des Jahres 1943 in Höhe von über 3 Millionen hereingebracht worden. Insgesamt hätten die Juden innerhalb von 4 Tagen 5 Millionen Zloty an Steuern, Strafen usw. bezahlt. Auf Grund dieser Erfahrungen plane er, in den übrigen Kreisen die Juden nach Möglichkeit in einen, zwei oder drei Orten zusammenzufassen; sie müßten vom flachen Land unbedingt verschwinden.

Außerordentlich gut bewährten sich die Zwangsarbeitslager; ein Aufenthalt von einem Monat bewirke Wunder.

Wenn die Ostbahn für ihre großen Bauvorhaben Arbeitskräfte benötige, dann solle man einen weiteren Jahrgang der Polen zum Baudienst aufrufen.

Beim jetzt eingerückten Jahrgang 1922 hätten sich bei jedem Eingezogenen mindestens fünf Gesuche um Freistellung ergeben. Man solle darum als nächsten Jahrgang vielleicht den vorhergehenden, nicht aber den Jahrgang 1923 nehmen, da diese Leute sich darauf eingestellt hätten und auf Arbeitsplätzen tätig seien, an denen sie sich als unabkömmlich betrachteten.

Oberstarbeitsführer Hinkel erklärt, daß er bereits einen anderen Jahrgang als den von 1923 zur Einziehung vorgeschlagen habe, da von diesem Jahrgang schon viele Polen weggezogen worden seien.

Gouverneur Dr. Wendler glaubt, daß noch eine große Arbeitskraftreserve ohne geordnete Beschäftigung herumlaufe. Er verpflichte sich, an einem schönen Wochentag auf der Langen Wiese in Krakau ein paar tausend Menschen aufzugreifen. Das schlimmste sei, daß die vermittelten Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze wieder verließen. Das sei eine staatliche Pleite, denn darunter leide die Staatsautorität. Er würde darum bitten, den Erlaß über den Einsatz von Arbeitskräften so zu formulieren, daß auch einmal Abschrekkungsmaßnahmen (Todesstrafe) ausgesprochen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß vor Herausgabe eines solchen Erlasses die Gouverneure durch Staatssekretär Dr. Bühler verständigt werden sollen, damit sie auf die Gestaltung des Erlasses ihren Einfluß geltend machen können.

Oberregierungsrat Dr. Engler (i.V. des Gouverneurs Zörner) berichtet, daß im Distrikt Lublin für die Ernteerfassung alle Vorbereitungen getroffen seien.

Man werde mit der nötigen Energie und dem nötigen Nachdruck vorgehen und erhoffe sich eine mindestens 90 wenn nicht gar 100 %ige Erfassung der Kontingente. Der Abteilungsleiter der Ernährung und Landwirtschaft habe die Kontingente an Ort und Stelle mit den Kreis- und Bezirkslandwirten durchgeprüft. Ein Organisationsplan sei aufgestellt worden und er zweifle nicht, daß die Aufbringung der Ernte zur Zufriedenheit ausfallen werde. Er bitte, daß man diejenigen Leute, die ihrer Ablieferungspflicht genügten, auch entsprechend behandle. Auch er vertrete die Ansicht, daß die Prämien erst gewährt werden sollten, wenn 90 % der Kontingente abgeliefert seien.

Hauptabteilungsleiter Naumann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Hauptabteilung darüber längere Überlegungen angestellt habe. Die bittere Erfahrung der Eiererfassung habe sie aber bewogen, das Prämiensystem auch in diesem Jahr wie im vergangenen zu handhaben. In einigen Kreisen werde man das neue System durchprobieren. Man könne aber die Ernteerfassung des ganzen Generalgouvernements durch Einführung einer neuen Prämienverteilung nicht gefährden.

Oberregierungsrat Dr. Engler erklärt dann, daß man große Bedenken hinsichtlich der Sicherheitslage im Distrikt Lublin hege. Selbstverständlich werde stark übertrieben. So sei es vorgekommen, daß eine Pressefahrt in den Distrikt mit der Begründung ausgefallen sei, daß zu große Gefahren beständen. In den abgelegenen Orten trieben sich aber Banditen, entlaufene Kriegsgefangene, abgesetzte Russen, Angehörige des Baudienstes und andere unzufriedene Menschen herum. Der SS- und Polizeiführer glaube jedoch, die Lage meistern zu können. Die Kreishauptleute drückten sich

in ihren Lageberichten zurückhaltend aus. Man müsse auf größere Sabotageakte nach Einbringung der Ernte gefaßt sein. Wichtig sei die sofortige Erfassung und die Beschaffung des benötigten Lagerraumes. Auch er bitte, daß die Wehrmacht Baracken, die sie nicht brauche, zur Verfügung stelle.

Die Neuorganisation des Straßenbaues sei scheinbar noch nicht durchgeführt. Die Straßenbauämter seien noch nicht so an die Distrikte angegliedert, wie das nach dem Prinzip der Einheit der Verwaltung wünschenswert wäre.

Ministerialrat Dr. Siebert erklärt, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Auch Oberregierungsrat Dr. Engler ist der Meinung, daß noch viele junge Menschen unbeschäftigt herumliefen, die für eine Erfassung zur Arbeit infrage kämen. Die Landarbeitervermittlung im Distrikt Lublin habe gut funktioniert. In einem Durchgangslager würden jetzt russische Kriegsgefangene gesichtet und je nach ihrer Qualität ins Reich vermittelt. Beim Entlaufen eines Baudienstpflichtigen habe man sich an die Familie des Betreffenden gewandt und einen der Angehörigen bestraft und damit gute Erfolge erzielt. Allerdings müsse gesagt werden, daß in Fällen, in denen viele Baudierstpflichtige davongelaufen seien wie z.B. an der Strecke Demblin, die Unterbringung und Verpflegung nicht ganz in Ordnung gewesen seien. Auch habe es an genügend Aufsichtspersonal gemangelt.

Der Schleichhandel habe nachgelassen, seit die Juden aus der Stadt entfernt seien. Immer noch werde jedoch geklagt über einen enormen Schleichhandel auf der Ostbahn.

Die Treuhandverwaltungs-Angelegenheit jüdischen Vermögens habe man im Distrikt Lublin den Kreishauptleuten unterstellt. Seiner Ansicht nach sei es nicht nötig, hier eine besondere Aktiengesellschaft ins Leben zu rufen.

Ein alter Wunsch der Distrikte sei die Erreichung einer gewissen Finanzhoheit.

Diesen Wunsch nimmt der Herr Generalgouverneur zur Kenntnis und beauftragt die Präsidenten Dr.Siebert und Dr.Senkowsky mit einer wohlwollenden Prüfung der Angelegenheit.

Zum Schluß gibt Oberregierungsrat Dr.Engler ein Kuriosum zum besten: Für die Erteilung eines Gewerbes seien Anträge an 18 verschiedenen Stellen notwendig; man könne also nicht im mindesten von einer Vereinfachung der Verwaltung sprechen.

Der Herr Generalgouverneur faßt am Ende der Sitzung folgende zwei Punkte als Hauptergebnis zusammen:

1) Rigorose Durchführung der Ernteerfassungsaktion unter Schonung der loyalen Bevölkerung

2) Erfassung der unbeschäftigten Arbeiter in großem Umfange.

Nächste Regierungssitzung: Ende September.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 10 Minuten.

Regierungssitzung

im Grossen Sitzungssaal des Regierungs-
gebäudes zu K r a k a u

Montag, den 24.August 1942

Thema: Neuer Erfassungs- und Ernährungsplan
des Generalgouvernements

ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. der Kanzlei d.General-
gouverneurs

2. Herrn Staatssekretär Dr.Boepple

3. Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh

Wienerroither

Anwesensheitsliste zur Sitzung vom 24.8.1942

Der Herr Generalgouverneur

Staatssekretär Krüger

Staatssekretär Dr. Boepple

General Becker

Schöngarth

Kobusch

Dr. Wendler

Dr. Siebert

Dr. Radtke

Plodeck

Tetzner

Naumann

Dr. Eißfeldt

Dr. Gschließer

Ohlenbusch

Watzke

Bauder

Gerteis

Dr. Breithaupt

Dr. Paersch

Dr. Weh

Dr. Schulte-Wissermann

Dr. Wohlrab

b.w.

Neumann

Dr. Behr

Bette

Rauber

Eden

Neumann

Dr. Zeisner

Winkler

Grafmann

Gareis

Dr. Odenthal

Pietschmann

Krahmer

Schubert

Oberst Fischer

Reitz

Major Dr. Herrmann

Hpt. Behringer

Verw. Rat Korff

v. Dazur

Vogel

Dr. Ness

Topf

Blauer

Beginn der Sitzung 16 Uhr.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Sitzung mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Mit besonderer Eile und mit besonderem Nachdruck habe ich Sie heute zusammengebeten, um Ihnen eine ausserordentlich wichtige und für die gesamte Arbeit des kommenden Jahres im Generalgouvernement ungewöhnlich entscheidende Massnahme bekannt zu geben. Was ich Ihnen sage, das sage ich unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit. Ich mache darauf aufmerksam, dass jedes Wort, das heute aus dieser Sitzung nicht amtlich weitergegeben wird, eine ungeheure Schädigung unseres Landes bedeuten könnte.

Vor wenigen Tagen hat beim Herrn Reichsmarschall in Berlin eine Sitzung stattgefunden. Dem Herrn Reichsmarschall haben die Berichte aus dem gesamten Reich über die geradezu katastrophale Entwickung der Ernährungslage im Deutschen Reich vorgelegen. Nach allen vertraulichen Berichten der Polizei sowohl wie der Gauleiter, die, wie er sich ausgedrückt hat, auch aus seiner eigenen Erfahrung bestätigt werden, sieht die Situation so aus, dass wir binnen kurzem, wenn nicht eine wesentliche Aufbesserung der Lebensmittellage im Deutschen Reich stattfinden kann, vor schwersten gesundheitlichen Schädigungen, vor allem des

deutschen arbeitenden Menschen stehen. In Hunderttausenden von Krankheitsfällen zeigt sich bereits die erschütternde Auswirkung nicht nur dieser Beschränkung der Lebensmittel, sondern auch vor allem der gesundheitsgefährdenden Verschlechterung der Lebensmittel. Das gilt besonders für die Qualität des Brotes, das in den letzten Wochen an die deutsche Bevölkerung verteilt worden ist: sie führt zu grössten gesundheitlichen Störungen.

Eine ernste Situation ist daher insofern eingetreten, als das Deutsche Reich ja nicht nur sich selbst, sondern auch einen grossen Teil der europäischen Völker mit zu versorgen hat und dafür zu sorgen ist, dass in den kommenden Monaten und im nächsten Winter durch Zurverfügungstellung genügender Lebensmittel die deutsche Bevölkerung so gehalten wird, dass sie vor allem auch den Nervenanspannungen der kommenden Monate in jedem Fall gewachsen sein wird.

Unter diesen Umständen wird es Sie nicht verwundern, dass nunmehr das Wort wahr zu werden beginnt: bevor das deutsche Volk in eine Hungerkatastrophe kommt, sind die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung dem Hunger auszuliefern. In diesem Augenblick muss uns daher auch hier im Generalgouvernement die eiserne Entschlossenheit erfüllen, dem grossen deutschen Volke, also unserer Heimat zu helfen.

Die Heimat hat zwar auf dem Gebiete des Roggens knapp den Anschluss an die neue Ernte gefunden, nicht

aber auf dem Gebiete des Weizens. Daher kann in grösseren Gebieten des Deutschen Reiches in der nächsten Zeit kein Weizen mehr ausgegeben werden. Wir müssen daher bis zur neuen Weizenernte der Heimat helfen.

Für das Generalgouvernement hat sich daraus folgende Schlussfolgerung ergeben: das Generalgouvernement hat sich verpflichtet, zuzüglich zu dem, was wir aus dem Generalgouvernement an Lebensmitteln zur Entlastung der Heimat und für die hier stationierten Verbände der Wehrmacht, Polizei und SS liefern, noch 500 000 Tonnen Brotgetreide ins Vaterland abzuführen. Wenn Sie damit das Mass unserer Gesamtleistungen vom vorigen Jahr vergleichen, so können Sie daraus etwa eine Versechsfachung der für das Generalgouvernement sich ergebenden Leistung schliessen.

Die Folgerungen werden ausschliesslich auf Kosten der fremdvölkischen Bevölkerung gezogen. Sie müssen eiskalt und ohne Mitleid gezogen werden; denn dieser Beitrag des Generalgouvernements ist heuer umso notwendiger, als die besetzten Ostgebiete - Ukraine, Ostland usw. - noch nicht imstande sein werden, etwas irgendwie Nennenswertes zur Entlastung der Heimat beizutragen. Selbst wenn eine Million Tonnen Brotgetreide aus Ostland und Ukraine geliefert werden könnten, so wäre auch das nur angesichts der Gesamtlage des Reiches ein Tropfen auf den heissen Stein.

Deshalb wollte ich Sie, meine Herren, hier im

Regierungsgremium mit den Entschliessungen bekannt machen, die ich heute dem Parteigenossen Naumann gegenüber getroffen habe. Sie sehen im wesentlichen eine nachträgliche Erhöhung des abzuliefernden Kontingents und eine Neuregelung der Versorgung der Bevölkerung, insbesondere der Juden und der polnischen Bevölkerung, unter möglichster Aufrechterhaltung der Versorgung der arbeitenden und vor allem der für das deutsche Interesse sich hier betätigenden Bevölkerung vor.

Der Schritt, den wir heute gemeinsam tun, ist insofern einer der entscheidendsten, weil er für die innere Ordnung dieses Landes ganz bestimmt im Januar und Februar nächsten Jahres gewisse Auswirkungen haben wird. Diese Auswirkungen müssen in Kauf genommen werden; denn bevor irgendwie das deutsche Volk verhungert, müssen selbstverständlich andere daran glauben.

Ich erteile zunächst das Wort dem Parteigenossen Naumann, der Ihnen einen allgemeinen Bericht über diese Frage erstatten wird.

Präsident der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann:

Herr Generalgouverneur! Meine Herren! In der letzten Regierungssitzung Anfang Juli hatte ich die Ernährungsbilanz des Jahres 1942/43 vorgetragen. Ich hoffte, diese Ernährungsbilanz auch durchhalten zu

können. Der Herr Generalgouverneur hatte zur Erreichung des hohen Zieles, das sich das Generalgouvernement gesteckt hatte, den Ernteausnahmezustand verkündet, um die letzte Möglichkeit für die Durchführung der Erfassung auszuschöpfen.

Vorher hatten wir mit dem Reichernährungsministerium die Verhandlungen abgeschlossen. Wir hatten die Lieferungen, die nach der damaligen Lesart vom Generalgouvernement zu übernehmen waren, mit in die Ernährungsbilanz einkalkuliert, und durften hoffen, reibungslos bis zur Ernte 1943 hinzukommen. In der Zwischenzeit sind sowohl ein Schreiben des Herrn Staatssekretärs Backe als auch ein Schreiben des Herrn Reichsmarschalls Göring eingetroffen, und der Herr Generalgouverneur hat angeordnet, dass nunmehr die Forderungen des Reiches unter allen Umständen bevorzugt zu erfüllen sind.

Aus dieser Situation ergeben sich nun folgende Notwendigkeiten:

1. Getreide

Nach genauen Überlegungen wird das Getreidekontingent um 25 % erhöht, d.h. von 960 000 Tonnen auf 1,2 Millionen Tonnen. Die Metze der Selbstversorger, die bisher 30 kg pro Kopf und Jahr betrug, wird auf 50 kg pro Kopf und Jahr erhöht. Das heisst: der Selbstversorger - das sind insgesamt im Generalgouvernement 8,8 Millionen Menschen, die bisher einen Doppelzentner 20 kg

Brotgetreide pro Jahr essen durften, - wird in Zukunft einen Doppelzentner pro Jahr essen. Mit dieser Massnahme wird es möglich sein, das Aufkommen bei der Metze von 160 000 Tonnen auf 264 000 Tonnen zu erhöhen. Das ist die Belastung, die wir der polnischen und ukrainischen Landwirtschaft zumuten und zumuten müssen.

Auf der anderen Seite habe ich in der Ernährungsbilanz von Anfang Juli einen Gesamtbedarf von 670 000 Tonnen Brotgetreide für das Generalgouvernement angegeben. Die Anforderungen des Reiches machen es notwendig, dass ausserordentliche Einsparungen im Interesse der restlosen Erfüllung der Reichslieferungen durchgeführt werden.

Die Versorgung der bisher mit 1,5 Millionen Juden angenommenen Bevölkerungsmenge fällt weg, und zwar bis zu einer angenommenen Menge von 300 000 Juden, die noch im deutschen Interesse als Handwerker oder sonstwie arbeiten. Für diese sollen die jüdischen Rationssätze zuzüglich gewisser Sonderzuteilungen, die sich für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft als notwendig herausgestellt haben, beibehalten bleiben. Die anderen Juden, insgesamt 1,2 Millionen, werden nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt.

Die nichtdeutschen Normalverbraucher erhalten ab 1.I.1943 bis 1.3.1943 statt 4,2 kg Brot pro Monat 2,8 kg; vom 1.3.1943 bis 30.7.1943 wird für diese nicht-

deutschen Normalverbraucher die gesamte Brotration gestrichen.

Die Versorgungsberechtigten setzen sich folgendermassen zusammen. Wir rechnen, dass für die Rüstungsarbeiter, die A-und B-Karteninhaber und deren Angehörige ca 3 Millionen Personen in Frage kommen, und dass etwas über 3 Millionen Personen nichtdeutsche Normalverbraucher sind, die nicht im deutschen Interesse unmittelbar oder mittelbar arbeiten. Die Rüstungsarbeiter, die A-und B- Karteninhaber und ihre Familienangehörigen, etwa 3 Millionen Menschen, werden aber weiter bis zur Ernte 1943 zu den jetzt giltigen Sätzen versorgt.

Ferner werden Einsparungen auf dem Saatgutgebiet dadurch herbeigeführt, dass Saatgut für den allgemeinen Saatgutbedarf nur dann herausgegeben wird, wenn der Betrieb über sein Kontingent hinaus dafür die gleiche Menge Brotgetreide oder Futtergetreide abliefert.

Die Zuteilungen von Futterhafer an die gewerblichen Pferdehalter müssen weitgehendst gedrosselt werden. Leider wird auch hier ein gewisser Teil des Hafers wegfallen, der bisher für die Pferde, mit denen die dringende Holzabfuhr durchgeführt werden musste, der Hauptabteilung Forsten zur Verfügung gestellt worden ist.

Bei den Be-und Verarbeitungsbetrieben werden weitgehende Kürzungen durchgeführt, die sich auf den Nährmittelsektor auswirken werden. Auch Sonderzuteilun-

gen, wie wir sie im vergangenen Jahr in den Wintermonaten in Warschau, Radom, Krakau usw. durchgeführt haben, können in diesem Winter nicht durchgeführt werden. Durch diese Massnahme wird eine Ersparung von 115 000 Tonnen Brotgetreide erzielt.

Wenn die oben erwähnte Kontingentserhöhung 100 %ig hereinkommt, wird es möglich sein, die neue Ernährungsbilanz auf dem Getreidesektor aufrecht zu erhalten. Jede Menge, die von einer 100 %igen Erfassung des Gesamtkontingents fehlt, wirkt sich in einer zusätzlichen Kürzung zunächst für die 3 Millionen nichtdeutscher Normalverbraucher aus, die nicht im deutschen Interesse arbeiten. Falls die Erfassung und das Hereinholen der Metze auch dann noch gewisse Schwierigkeiten bringen würden, muss sich das auf die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Rüstungsarbeiter und A-und B-Karteninhaber auswirken. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft wird aber versuchen, diese letztere Massnahme nicht durchzuführen, wenn die Erfassung einigermassen das Ergebnis zeitigt, das wir alle von ihr erhoffen.

2. Kartoffel.

Auch hier muss das umgelegte Kartoffelkontingent um 25 % erhöht werden, d.h. von 1,2 Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen Tonnen. Vorgesehen ist, dass die Rüstungsarbeiter und die A-und B-Karteninhaber wie im vorigen Jahre wieder 3,5 Doppelzentner Kartoffeln erhalten,

die sie für sich und ihre Familienangehörigen verbrauchen können. Für die Deutschen sind 2 Doppelzentner pro Kopf und Versorgungsjahr vorgesehen, für die 7 Grosstädte des Generalgouvernements 1 Doppelzentner pro Person. Vor der Versorgung der Grosstädte mit Kartoffeln sollen in erster Linie der Bedarf und die Kontingente an Fabrikkartoffeln sichergestellt werden. Erst dann, wenn diese Sicherstellung erfolgt ist, werden Kartoffeln an die grosstädtische Bevölkerung in einer Menge von einem Doppelzentner pro Kopf herausgegeben. Diese Vorsichtsmassnahme hat den Zweck, vor allem dafür zu sorgen, dass genügend Sprit erzeugt werden kann, um erstens die Prämienmengen zu erhalten und zweitens auch noch Sprit für andere wichtige Dinge zur Verfügung zu haben.

3. Fleisch.

Auch auf dem Gebiete des Fleisches erfolgt eine 25%ige Kontingentserhöhung, damit die neuen Reichsleistungen erfüllt werden können. Die jetzt fast restlos durchgeführte Viehregistrierung begünstigt die Erfassung. Wir hoffen, es mit an sich erheblichen Eingriffen erreichen zu können, dass für die nichtdeutschen Normalverbraucher die 400 Gramm Fleisch pro Monat ausgegeben werden können. Jedoch kann der Fall eintreten, dass zu bestimmten Zeiten und hier und dort einmal die 400 Gramm je Monat nicht gegeben werden können, sondern weniger gegeben werden muss, da auch hier

die Lieferungen an die Wehrmacht und die Reichsleistungen immer den Vorrang haben.

Diese einschneidenden Massnahmen können nur gelingen, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen, bezw. durchgehalten werden können. Jede Rationserhöhung für Rüstungsarbeiter, A-und B-Karteninhaber oder ihre Familienangehörigen muss abgelehnt werden. Erst vor kurzem hat die Rüstungsinspektion mich gebeten, die Rationen zu erhöhen. Weiter sind gerade für das Drohobyczer Ölgebiet Wünsche gekommen, die ungenügenden Rationen zu erhöhen. Angesichts der ernsten Ernährungssituation, in der sich das Generalgouvernement befindet, können Rationssatzerhöhungen für diese Gruppen von Arbeitern und auch ihre Familienangehörigen nicht durchgeführt werden.

Neue Bedarfsträger können unter keinen Umständen mehr zugelassen werden. Das heisst: neue Industrien, neue Bauvorhaben oder Grossmassnahmen können nicht mehr mit Nahrungsmitteln zusätzlich befriedigt werden, soweit ein Bedarf durch neue Arbeitermassen hervorgerufen wird, es sei denn, dass das Reich von den Lieferungen, die wir an das Reich durchführen müssen, eine dem Bedarf der zusätzlichen Arbeitermassen entsprechende Menge zur Verfügung stellt und abzweigen lässt.

Die zugesagten Prämienmengen der Hauptabteilungen Wirtschaft und Monopole müssen restlos geliefert werden. Darüber hinaus müssen infolge der Erhöhung der Kontingente der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

neue Prämienwaren zur Verfügung gestellt werden. Wenn es nicht möglich ist, Zigaretten, Schnaps, Textilien und bisherige Prämienwaren zu erhalten, dann bitte ich darum, dass nunmehr auch das Salz in die Prämienaktion voll mit eingeschaltet wird, d.h. dass ab sofort die gesamte Salzzuteilung in den Städten über Lebensmittelkarte, auf dem Lande nur über den Prämienschein erfolgt.

Beabsichtigte Umsiedlungsprojekte, wie sie nach Meldung der Abteilungsleiter von Lemberg und Lublin vorgesehen sind, müssen meines Erachtens zurückgestellt werden, und zwar im Hinblick auf eine reibungslose Erfassung und Erstellung der Ernte für das kommende Jahr.

Die Sicherung aller Läger und ernährungswirtschaftlichen Betriebe sowie ihrer Transportwege muss gewährleistet sein, da sonst uneinbringbare Verluste entstehen, die eine weitere Belastung der Ernährungsbilanz bedeuten. Ich habe mir für sämtliche Kreise Karten herstellen lassen, in denen überall die Läger eingezeichnet sind. Ich bitte, dass von Seiten der Polizei die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, damit diese Läger, die ja vor allem in den Zeiten, in denen die Kürzungen durchgeführt werden, im Blickpunkt der hungernden Massen stehen, scharf bewacht und die wenigen Vorräte, die wir bis zur neuen Ernte haben, nicht durch Brandstiftung oder Sabotage vernichtet werden.

Die noch ausstehende Preisangleichung verschiedener Produkte im Distrikt Galizien an das Preisniveau des alten Generalgouvernements muss sofort durchgeführt werden. Weiter bedeuten die nunmehr durch die Kontingentserhöhung eintretenden starken Eingriffe in die Substanz der landwirtschaftlichen Betriebe zweifellos eine Schädigung, die sich auf die Erstellung der Ernte 1943 sehr ungünstig auswirken wird.

Endlich muss Anfang November geprüft werden, ob der Ernteausnahmezustand, der bis zum 30.November verkündet ist, bis zum 31.Dezember verlängert werden muss. Der Ernteausnahmezustand ist auf alle zu erfassenden Erzeugnisse ausgedehnt worden.

Die beabsichtigte Kontingentserhöhung und Rationssatzkürzung muss unter allen Umständen geheimgehalten und darf erst zu dem Zeitpunkt veröffentlicht werden, den die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für richtig hält. Falls die Rationssatzkürzung oder Kontingentserhöhung früher bekannt werden würde, würden ausserordentlich empfindliche Störungen in der Erfassung eintreten. Die Masse der polnischen Bevölkerung würde sich dann aufs Land hinausbegeben und als zusätzlicher Konkurrent unserer Erfassungsorgane in Wirksamkeit treten. Falls die Kontingentserhöhung vorzeitig bekannt werden würde, würden die Wintersaat und die Bestellungsarbeiten empfindlichen Schaden leiden. Wir haben uns deshalb entschlossen, erst die Wintergetreidesaat in den Boden zu bringen und dann die Kontingents-

erhöhung bekannt zu geben.

Auf dem Ernährungssektor hat das Generalgouvernement in den letzten 3 Jahren ernste und harte Zeiten durchlebt. Ich glaube aber, dass das kommende Jahr 1942/43 auf dem Ernährungsgebiet das härteste sein wird. Meine Mitarbeiter und ich werden alles tun, um die Situation unter den gegebenen Umständen zu meistern.

Der Herr Generalgouverneur:

Meine Herren! Sie haben die sehr ernsten Ausführungen des Präsidenten Naumann vernommen. Sie werden daraus auch entnehmen, dass jede Debatte über die von ihm verkündeten Zahlen oder Massnahmen völlig überflüssig und eigentlich gänzlich sachwidrig wäre. Denn jede Debatte würde den Anschein erwecken lassen, als ob vielleicht noch ein anderer Weg möglich wäre.

Ich muss darauf aufmerksam machen, dass einige Sektoren der Verwaltung das deutlich spüren werden. In erster Linie wird es die Polizei spüren; denn sie wird mit einem erhöhten Umsichgreifen des Schleichhandels und der Verwahrlosung der Ernährungssitten, wenn ich so sagen darf, zu rechnen haben. Ich werde der Polizei gern ausserordentliche Vollmachten geben, damit sie mit diesen Schwierigkeiten fertig werden kann.

Die Wirtschaft wird es spüren: Das Absinken der Arbeitsleistung wird in allen Sektoren,Sparten und Bereichen deutlich spürbar werden. Ich nehme auch an, dass es unser Transportwesen spüren wird. Auch für die Eisenbahnarbeiter und die anderen Kategorien wird, da die bisherigen Ernährungssätze schon nicht ausreichend waren, angesichts der Verschlechterung der Lebenslage der Familien eine ausserordentliche Erschwernis eintreten. Die Monopole werden es durch eine Verringerung ihrer Einnahmen spüren, weil die für die Erzeugung von Wodka zur Verfügung stehende Kartoffelmenge geringer sein wird.

Nicht spüren sollen es die Deutschen dieses Raumes. Wir wollen trotz dieses neuen Planes daran festhalten, dass die Sätze für die Deutschen durchgehalten werden können. Nicht spüren sollen es die Wehrmacht und die sonstigen kasernierten Verbände in diesem Raum. Wir hoffen, dass es uns möglich ist, hier die vollen Kontingente aufrecht zu erhalten.

Mit dieser Notwendigkeit, zu helfen, fällt nun eine Massnahme zusammen, die dahin lautet, dass die Überwachung der aus dem Generalgouvernement ins Reich reisenden Personen, vor allem der militärischen Personen daraufhin, ob sie Lebensmittel aus dem Generalgouvernement ausführen, eingestellt werden soll. Das bedeutet also, dass zu alledem, was wir nun aus dem Lande herauswirtschaften müssen, noch eine völlige Aufhebung der Kontrolle über das stattfinden soll,

was zweifellos illegal und gegen unsere Regierungsmassnahmen von Tausenden und Abertausenden aus dem Lande herausgeschleppt wird.

Daraus erkennen Sie, wie ernst sich die Lage gestalten wird. Vergessen Sie dabei aber nie, dass die Ernährungslage des Reiches ungünstiger ist. Bei allen Schwierigkeiten, die Sie hier irgendwo in Gestalt von Krankheiten IhrerArbeiter, beim Zusammenbrechen ihrer Genossenschaften usw. feststellen, müssen Sie immer daran denken, dass es noch viel besser ist, wenn ein Pole zusammenbricht, als dass der Deutsche unterliegt. Dass wir 1,2 Millionen Juden zum Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt. Es ist selbstverständlich, dass ein Nichtverhungern der Juden hoffentlich eine Beschleunigung der antijüdischen Massnahmen zur Folge haben wird.

Das andererseits aber nun von allen Beteiligten erwartet wird, dass sie für diese Regierungsmassnahmen Verständnis aufbringen, sei auch nur am Rande betont. Die ursprüngliche Forderung des Reiches an das Generalgouvernement betrug 1 Million Tonnen. Es ist aber doch geglückt, diese Forderung auf die Hälfte zu réduzieren.

Wenn Sie daran denken, dass ein Land wie das Protektorat mit einer Grösse von knapp 50 000 qkm und einer grossen Industriebevölkerung verpflichtet wurde, über 200 000 Tonnen Brotgetreide abzuliefern, dass Länder wie Frankreich und Holland gezwungen werden, bis

auf das Letzte an das Reich zu liefern, dann können Sie ermessen, wie ernst die Ernährungslage des Reiches angesehen wird.

Ich wollte nicht verfehlen, Sie von diesem Erlass, den ich nunmehr in Kraft setze, in Kenntnis zu setzen.

Auf eine Frage vom Präsident Gerteis erklärt der Herr Generalgouverneur, dass bei der kommenden Neuregelung die Versorgung der Angehörigen der Ostbahn unter die Kategorie der Rüstungsarbeiter, A-und B-Karteninhaber falle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann die Vertreter der Wehrmacht, angesichts der Ernährungssituation des Generalgouvernements der Regierung noch intensiver zu helfen, ein Aufkaufen von Lebensmitteln für die weiteren Ostgebiete zu verhindern. Die gleiche Bitte richte er auch an Staatssekretär Krüger wegen der SS und Polizei. Es sei vollkommen ausgeschlossen, dass im Generalgouvernement weiterhin Aufkäufer aus irgendwelchen anderen Bereichen.tätig sein könnten. Wehrmacht und Polizei müssten im eigenen Interesse dafür sorgen, dass das Generalgouvernement nicht mehr ein Nachschub - oder Aufkaufgebiet für andere Bereiche oder Truppenteile darstelle, es sei denn im Rahmen der Kontingentsverpflichtungen des Generalgouvernements an das Reich.

Ministerialrat Reis (MiG) weist darauf hin, dass der Oberquartiermeister beim Generalquartiermeister einen diesbezüglichen Befehl herbeiführen werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, dass es einer kommenden Besprechung der massgeblichen Faktoren der Regierung des Generalgouvernements überlassen sei, Massnahmen gegen die Folgen aus dieser heutigen Entscheidung zu treffen. Die Folgen würden wohl erst Anfang des nächsten Jahres zur Auswirkung kommen, da bis Ende dieses Jahres die alten Rationssätze Geltung hätten.

Anschliessend setzt der Herr Generalgouverneur den neuen Erlass in Kraft und ermächtigt Hauptabteilungspräsident Naumann, im Rahmen seines Vorschlages die Ernährungspolitik des Generalgouvernements zu führen.

Staatssekretär Dr. Boepple weist darauf hin, dass auf Grund der Anwesenheitsliste die Namen aller Sitzungsteilnehmer festgestellt seien. Sollten eventuell Gerüchte über die heute beschlossenen Massnahmen vor Erlass der jeweiligen Verordnungen an die Öffentlichkeit dringen, werde er sie als Vertreter der Regierung bis an ihre Quelle verfolgen lassen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

Schluss der Sitzung 16 Uhr 40 Minuten

(R e g i e r u n g s s i t z u n g)
im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes (am 9. Dezember 1942.

--

Ausgefertigt in 3 Exempl.

1. z.d.A. d. Kanzl. des Generalgouverneurs
2. Staatssekretär Dr. B ü h l e r
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Beginn der Sitzung 11 Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Verehrte Gäste von Partei und Wehrmacht! Meine lieben Kameraden!

Das deutsche Volk steht in seinem schicksalhaften Kampf um die Befreiung und Erneuerung Europas an der Schwelle des vierten Kriegswinters. Nachdem die Deutsche Wehrmacht in den vergangenen drei Jahren auf allen Kriegsschauplätzen dieser Welt unvergänglichen Ruhm an ihre Fahnen geheftet und damit die Voraussetzung für einen deutschen Sieg geschaffen hat, hat der Führer in diesem Jahre unter Weiterführung der militärischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und seinen Verbündeten England und Amerika ein gigantisches Arbeitsprogramm für den Osten verkündet: der von den deutschen Truppen eroberte Ostraum, die mit deutschem Blut getränkte Erde, soll nach dem Willen des Führers die Ernährungsgrundlage für alle Völker eines künftigen Europas abgeben. Es ist klar, daß das Generalgouvernement als erstes der von den deutschen Truppen erobertenGebiete auch in der Erfüllung dieses Führerbefehls mit invorderster Reihe steht.

Wir blicken auf ein Jahr mühevoller, unermüdlicher, aufopfernder, aber auch erfolgreicher Arbeit im Dienste des deutschen Sieges. Es ist das wunderbare, daß sich unter dem Bewußtsein, daß es sich bei diesem Kampf nicht etwa um die Verbesserung der materiellen Lage der einen oder anderen Schicht des deutschen Volkes, sondern um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, um die Erkämpfung eines Schicksals handelt, dem sich kein Einzelner entziehen kann, die Kräfte der in diesem Raum eingesetzten deutschen Menschen verzehnfacht haben und in diesem Bewußtsein diese deutschen Menschen zur Her-

gabe ihrer äußersten Energien angespornt werden.

Ich bin glücklich, Herr Generalgouverneur, als Ihr Gefolgsmann auf die Erfolge zurückblicken zu können, die die deutsche Verwaltung im vergangenen Jahre erzielt hat, Erfolge auf allen Gebieten, sei es auf dem Gebiet der Ernährung, sei es auf dem Gebiet der Holzwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft, der Rüstung, sei es auf dem Gebiet der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse oder auf vielen anderen Fachgebieten. Trotz der großen Schwierigkeiten und der oft widerlichen Umstände und Begleiterscheinungen ist es gelungen, Vorbildliches und Erstaunliches zu leisten.

Herr Generalgouverneur, Sie haben mir den Auftrag gegeben, zum Jahresende nochmals die Mitglieder der Regierung, die Gouverneure der Distrikte und sämtliche Kreishauptmänner zum einem Jahresschlußappell in der Hauptstadt des Generalgouvernements zusammenzufassen. Ich begrüße die hier erschienenen Gäste aus Partei und Wehrmacht aufs herzlichste. Ich freue mich ganz besonders, daß sich in dieser einmaligen Weise sämtliche staatlichen Hoheitsleiter zur Ausrichtung durch den Herrn Generalgouverneur zusammengefunden haben. Ich erkenne in Ihrem Auftrag, Herr Generalgouverneur, nicht nur eine Unterstreichung des Ernstes und der Bedeutung der künftig von uns zu leistenden Arbeit, ich sehe in dieser Zusammenfassung vielmehr einen Appell zur Einigkeit, zur Geschlossenheit, zur Aufrichtigkeit der Gesinnung bei der Lösung der uns bevorstehenden Aufgaben. In dieser Zusammenfassung glaube ich ferner eine Bestätigung unserer bisherigen Arbeitsmethode erkennen zu können. Kein Befehl soll vom grünen Tisch aus erlassen werden. Jede Maßnahme soll durch Besprechung, durch echte sachliche Erörterung mit den Männern der Außenverwaltung, der ersten Instanz, der Front der Verwaltung und der Mittelinstanz in ihren

Grundlagen, Auswirkungen und Voraussetzungen geklärt werden.

So wollen wir auch weiter arbeiten, und ich darf Sie bitten, Herr Generalgouverneur, uns für diese künftige Arbeit die Ausrichtung zu geben.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Kameraden! Ich freue mich sehr, daß wir uns hier einmal alle zusammenfinden und Gelegenheit haben, uns ins Auge zu sehen. Die gewaltige Zeit, die wir durchleben, hat für jeden von uns eine solche Fülle nicht nur amtlicher, sondern auch geistig-seelischer Probleme gebracht, daß wir uns immer wieder von Zeit zu Zeit im Wege gegenseitiger Fühlungnahme darauf besinnen müssen: nicht der Tag ist das Wichtigste im menschlichen Leben, sondern der Glaube an die Ewigkeit dessen, was über dem Einzelnen steht. Jeder Einzelne von uns kann noch so weit den Marsch in sein Dasein antreten, wir könnten noch so sehr versuchen, bei dem, was jeder Einzelne an Hoffen und Planen für sein Leben in sich trägt, uns frei zu machen von jeder Bezogenheit auf die Umwelt, auf die Zeit, auf die Politik und die Geschichte, - es würde doch alles scheitern, wenn sich nicht andere bereit erklären würden, für den Einzelgänger die Lebensnotwendigkeiten zu schaffen.

So kommt es, daß durch die Geschichte gerade unseres Volkes auch immer wieder spürbar diese Auseinandersetzung zwischen der Persönlichkeit und der Gemeinschaft der Nation, zwischen dem individuellen Lebenserfüllen und den geschichtlichen Notwendigkeiten der nationalen Gemeinschaft geht. Dieser Krieg bedeutet in geradezu idealer Synthese aber nun die Verbindung dieser beiden Weltanschauungselemente, des Ichs mit dem All des Volkes. Jeder Einzelne von uns kann seinem

Schicksal daher gar nicht innig genug dafür danken, daß wir hier im Generalgouvernement an einem der schlechterdings bedeutsamsten historischen Brennpunkte inmitten der Ereignisse dieses Krieges eingesetzt sind. Jeder Einzelne von uns war einmal zu Beginn unserer Arbeit ein Spezialemissär der Nation, jeder wurde schnell an irgendeinen Platz gesetzt, und er sollte nun irgendetwas, was ihm völlig neu war, übernehmen, organisieren, aufbauen, retten, sichern. Das alles wäre schließlich in ein chaotisches Nichts zerlaufen, wäre nicht allmählich aus dem Einzelhandeln der verschiedenen Sonderbeauftragten, Sonderkommissare, Verwaltungschefs usw. ein Gebilde entstanden, das sich eine Eigengesetzlichkeit der Beharrung und der Bewährung aneignete.

Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, ist die Geschichte des Generalgouvernements völker- und staatsrechtlich bekanntlich ein Unikum. Sie können alle Handbücher und Kompendien des Völker- und Staatsrechtes durchblättern, sofern Sie sich heute diese müde Zeit überhaupt nehmen wollten, in den Pandekten früheren Staatsdenkens zu blättern, Sie würden kein Vorbild und auch keinen Vergleich zu dem finden, was heute das Generalgouvernement ist.

Die Geschichte des Generalgouvernements erkennen Sie am besten in einem dreifachen Entwicklungsprozeß. Ich möchte Ihnen heute in dieser Beziehung einige grundsätzliche gedankliche Einstellungen einprägen. Der erste Punkt der Entwicklung lag darin, daß nach Abschluß der kriegerischen Ereignisse im ehemaligen Polen vom Führer der Oberverwaltungschef beim Militärbefehlshaber eingesetzt wurde. Das war etwa die Zeit von Mitte September bis annähernd zum letzten Drittel des Monats Oktober 1939. Der Bereich des damaligen Militärbefehlshabers Ost - es war bekanntlich Generaloberst von Rundstedt, dem ich als Oberverwaltungschef beigegeben war, - das gesamte von den deutschen Truppen

besetzte polnische Gebiet. Es gehörten damals zum Bereich des Oberverwaltungschefs ebenso Gdingen wie Posen, ebenso die hernach zu Ostpreußen geschlagenen Orte Ziechenau wie Warschau und das, was dann später das Generalgouvernement wurde. Diese erste Periode der rein militärischen Verwaltung des Gebietes war die eigentliche Aufräume- und allererste linare Ordnungsepoche. Damals waren die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen noch nicht genügend festgelegt. Eine irgendwie geartete gemeinsame Verwaltungsapparatur bestand nicht, die technischen Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Apparatur waren auch noch gar nicht wieder gegeben. Der Krieg mit allen seinen Folgen für Land und Leute hatte die Transportverbindungen ebenso zerstört wie die postalischen Verbindungen, wie Häuser, Straßen, Brücken und vieles Andere. Diese ersten sechs Wochen unserer Arbeit hier waren schlechterdings ein kaum Aufbau zu nennendes Schwimmen inmitten der alltäglichsten Notwendigkeiten. Es war eine völlige Atomisierung der Arbeit hier gegeben. Oft wußte ein C.d.Z. nichts vom anderen; erkonnte sich kaum auf irgend jemand berufen. Jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk, der kühn und vage irgendwie abgegrenzt war, war auf sich selbst angewiesen. Das war eigentlich die wilde Periode des Ostens, für die nicht ohne weiteres nachgeprüft werden kann, was da alles hin und her getan und gearbeitet wurde. Sie entsinnen sich alle dieser Zeit noch. Ein ausgeprägtes Kriegsbild zeigte sich den Blicken: überall, auf allen Straßen lungerten die Flüchtlinge herum, überall gab es Hungersnot, es drohten Seuchen und andere Katastrophen.

Diese Periode mußte sehr schnell zu Ende gebracht werden, denn sie hätte für Deutschland nichts Positives erbracht; sie wäre für die weitere Kriegführung nur ein Schaden gewesen. Immerhin ist diese

Periode typisch für die erste Entwicklungszone der Verwaltungsübernahme in jedem kriegsmäßig unter härtesten Waffenbedingungen und härtesten Schlachtvorgängen übernomenen neuen Gebiet.

Mit der Ernennung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete am 26.Oktober 1939 begann die zweite Periode der Entwicklung des Generalgouvernements. Damals, also nach Auflösung der eigentlichen Militärverwaltung, wurde - und das ist charakteristisch - zum ersten Mal der zivile Sektor in diesem Raume führend. Das militärische Element zog sich aus der eigentlichen Verwaltungsarbeit völlig zurück. Die Gebiete wurden übergeben. Die einzelnen Funktionen des Verwaltens, Befehlens, Führens, Ordnens, Organisierens gingen auf mich über. Ich selber unterstand schon damals nur dem Führer direkt und unmittelbar.

Diese zweite Periode des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete dauerte allerdings auch nur eine gewisse Zeit, nämlich nur bis zum Juli 194o. In ihr wurden für das Gebiet, das später Generalgouvernement wurde, aber schon damals die Grenzen gezogen. Nach Ausscheidung der zum Reichsgau Danzig - Westpreußen, zum Reichsgau Wartheland, zu Ostpreußen und Oberschlesien gekommenen Gebiete wurde damit das Generalgouvernement ein Begriff, den wir damals aber noch nicht anwenden konnten; denn die Landesbezeichnung war die der besetzten polnischen Gebiete. Der Staat firmierte unter der Bezeichnung "Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete." Das Gebilde wurde vom Amt des Generalgouverneurs geführt.
Allerdings gab es damals schon die Distriktschefs, auch die einzelnen zentralen Ämter, wie damals auch schon die Kreis- und Stadthauptmänner erschienen.

Diese zweite Periode war die Periode der Grundlegung für das, was nun einigermaßen endgültig sein sollte. In diesen Monaten zwischen dem Oktober 1939 - am 7.November 1939 hielt ich meinen Einzug auf die Burg zu Krakau - bis Juni 194o wurden alle jene grundlegenden

Verordnungen für den Aufbau der Instanzen erlassen. Sie entsinnen sich, daß damals die schwierige Frage der Grenzziehung allüberall brennend war, daß wir im Westen in jeder Weise bedroht waren, daß man im Osten zu verhandeln hatte, daß im Süden die Slowaken auf Zakopane spekulierten, daß man im Norden Warschau das Hinterland nahm, kurz, daß überall der Versuch gemacht wurde, dieses Gebilde der besetzten polnischen Gebiete grenzmäßig möglichst so festzulegen, daß ein etwa neu erstehender polnischer Rechtsstaat, den man damals noch für möglich gehalten hatte, heute aber für völlig unmöglich hält, in jedem Fall auf Grenzen reduziert würde, die keinerlei Gefährdung des deutschen Lebens aus diesem fiktiven Zukunftsgebilde erwarten ließen.

Diese Fragen beschäftigten uns damals ebenso wie die ersten organisatorischen Aufbauten. Sie alle wissen, was damals hieß, die neuen Begriffe überhaupt zu prägen, sie einzuführen, dann wieder die Grenzen zwischen den Distrikten und innerhalb der Distrikte zwischen den Kreisen festzulegen, die Kreis- und Stadthauptmannschaften zu bilden, die Distrikthauptstädte einigermaßen in Betrieb zu setzen.

In dieser Periode setzte sich aber bei uns zum ersten Mal so etwas wie ein Gemeinschaftsarbeitsgefühl durch. Diese Periode war nur von der notwendig klaren endgültigen Bestimmung des Schicksals dieses Raums völlig überschattet. Zwei sich völlig ~~si~~ konträr gegenüberstehende Richtungen gingen damals durch die Reichspolitik. Man vermeinte auf der einen Seite, dieses Gebilde der besetzten polnischen Gebiete als eine Art Ecke oder Loch im Großdeutschen Reich ansehen zu können, um dorthin alles, was im Deutschen Reich asozial, antisozial oder rassisch untauglich war, abzuschieben. Damals entstanden die Phantasien von der Umsiedlung vieler Hunderttausender von Juden und Polen ins Generalgouvernement. Sie entsinnen sich dieser Schreckensmonate, in denen Tag um Tag Güterzüge ins Generalgouvernement hineinrollten, voll beladen mit

Menschen, manche Waggons waren bis obenhin mit Leichen gefüllt. Das war eine furchtbare Zeit, in der jeder Distriktschef, jeder Kreis- und Stadthauptmann vom frühen Morgen bis zum Abend zu tun hatte, um mit diesem Hereinwogen von im Reich unliebsam gewordenen Elementen, die man plötzlich abschieben wollte, fertig zu werden.

Hand in Hand mit dieser Tendenz, das Generalgouvernement als einen Misthaufen zu betrachten, auf den man allen Dreck des Reiches abkehren und abschieben konnte, ging die Tendenz, uns wirtschaftlich völlig zu vernichten. Man sagte sich, es sei sehr nützlich, wenn dieses Gebiet überhaupt keine eigene Wirtschaft habe, - holen wir also alle wertvollen Maschinen aus diesem Land, brechen wir alle wertvollen Fabriken ab, zerstören wir, wenn irgend möglich, alle wertvollen Verbindungslinien und Leitungen. Man ging damals sogar mit dem Plan um, alle Telefon- und Telegrafenkabel herauszuholen, die Eisenbahnstrecken nur notdürftig eingleisig aufrecht zu erhalten und alles übrige Eisenbahnmaterial wie Schienen und dergleichen ins Reich zu führen. Man sagte weiter, man sollte keine irgendwie geartete Lebensordnung in diesem Raum mehr anerkennen, man sollte sozusagen das ganze Generalgouvernement als ein einziges Konzentrationslager behandeln, in dem nur noch die Wachposten die einzigen wären, die den freien Schritt tun könnten.

Dies alles mußte von uns überstanden werden. Ich entsinne mich noch meiner furchtbaren schweren Verhandlungen mit dem Führer im Dezember 1939, als ich einfach erklärte: so geht das nicht. Der Führer zeigte damals wie immer als der größte Mann unserer Zeit sofort vollstes Verständnis. Und dann kam das, was ich den neuen Plan nannte.

Man sah ein, daß man ein solches Gebilde von fast loo ooo qkm Fläche nicht ganz sich selbst überlassen konnte. Damals war offensichtlich noch nicht von der Gefahr der Sowjetunioh zu sprechen, und so konnte unsere Ostgrenze als einigermaßen gesichert und befriedet angesehen werden. Und so war es möglich, ein Verwaltungs- und Stabilisierungsprogramm auch hinsichtlich der Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Ich habe damals beim Führer darauf hingewiesen, daß im Interesse der Kriegführung und gerade auch wegen des Drängens des Reiches, Arbeitskräfte aus diesem Raum zur Verfügung zu stellen, daß angesichts der Notwendigkeit einigermaßen Ordnung in dieses Beschlagnahmewesen, in dieses Wegholen von Betriebseinrichtungen hineinzubringen, eine geordnete Wirtschaft auch im Interesse des Reiches lägen. Es war - man muß sich heute darüber wirklich wundern - ein ungeheur schweres Problem, wenigstens nach aussen hin diese Änderung herbeizuführen. Wenn man heute daran denkt - und ich gehe nun blitzartig auf den jetzigen Verwaltungsstand des Generalgouvernements ein, - so ist das eine Wendung von der absolut verachtetsten Bedeutungslosigkeit zur Zentralposition der Verbindung zwischen Reich und Osten wie sie in monumentalererGegensätzlichkeit in einer Entwicklung von wenigen Jahren überhaupt nicht gedacht werden kann.

Diese Zwischenperiode war für Euch alle, meine Kameraden, auch die schrecklichste. Sie war ebenso schlimm für die Männer, die im Amtes des Generalgouverneurs saßen, wie für die Gouverneure, die Kreis- und Stadthauptleute. Es war die Zeit, wo wir mit den notwendigsten Bedürfnissen des Lebens fertig zu werden hatten, darüber hinaus uns noch mit dem

Kehricht beschäftigen mußten, der aus dem Reich zu uns kam. Damals spürten wir auch die Auswirkungen der neuen Grenzziehung. Plötzlich fehlte es an den notwendigen Lokomotiven im Lande; die wenigen, die vorgefunden wurden, waren durch den bei uns immer noch in lieber Erinnerung stehenden General Bührmann weggeholt worden. Ich habe damals den technischen Begriff des Ausbührmannens erfunden und habe festgestellt, daß dieser Begriff dort in Anwendung kam, als GeneralgBührmann drüben erschien.

Diese zeit war die Sturm- und Drangperiode des Generalgouvernements. Wir haben sie überstanden, und gottlob hat sie auch das Reich überstanden.

Im Juni 194o habe ich mich dann entschlossen, mit dem Führer in eingehenden Besprechungen in Berlin die endgültige Form des Generalgouvernements zu erörtern. Erst seit Juni 194o, seit nämlich der Führer mir genehmigte, dieses Gebiet nicht mehr als besetztes polnisches Gebiet zu bezeichnen, sondern ihm den eigentlichen Namen des Generalgouvernements zu geben, haben wir staatsrechtlich und begrifflich das Generalgouvernement gebildet. Dieser Begriff schwebte mir als Bezeichnung neutraler Art vor, die keinerlei Rückerinnerung an frühere Zustände in diesem Raum ermöglichte. Wir konnten nunmehr von diesem Lande als vom Generalgouvernement sprechen, ohne Rücksicht darauf, ob hier Polen, Ukrainer, Juden, Russen oder sonstige Menschen lebten. Dieser Begriff war eine sehr gute Vereinfachung für die allgemeine staatsrechtliche Diktion. Er trägt auch der charakteristischen Unterscheidbarkeit zu den eingegliederten Ostgebieten, zum Protektorat und zu den echten neuen besetzten Gebieten des Nordens und Westens Rechnung. Mit der Einführung dieses Begriffes "Generalgouvernemant" war aber mehr als eine Begriffsfunktion vollzogen; denn nunmehr

war dieses Gebilde alls völlig eigenartig, als selbständig und autark in seiner Entwicklung anerkannt.

Es war im gleichen Atemzug, daß ich dem Führer die Einführung des Begriffes "Generalgouvernement", Nebenland des Großdeutschen Reiches" vorschlug. Von diesen beiden Begriffen leiten nun die gewisse Selbständigkeitsentwicklung des Generalgouvernements her. Wir konnten nunmehr sagen: "An die Bevölkerung des Generalgouvernements" - ganz gleich, welche Sprache sie spricht. Wir konnten den Begriff des Generalgouvernements in klaren eigenartigen Aufgabepositionen dem Einzelnen voranstellen. Mit diesem Begriff konnten wir auch eine ganz besondere Ostpropaganda entfalten. Schließlich lag in dem Begriff "Generalgouvernement" auch das völlig Eigenartige und Neugesetzliche dieser Entwicklung; denn es gab in der Geschichte des Deutschen Reiches früher niemals ein ähnliches Gebilde.

Hand in Hand mit dieser Umstellung von den besetzten polnischen Gebieten auf das Generalgouvernement gingen nun einige wesentliche Änderungen an der Spitze des Generalgouvernements. Aus dem Amt des Generalgouverneurs als einer rein persönlich aufgezogenen Behörde wurde die Regierung des Generalgouvernements, also eine überpersönliche, sachliche Behörde. Diese Umbildung war für die Durchsetzung des Nebenlandes, also des Staatscharakters dieses Bereiches von entscheidender Bedeutung. In dieser Regierung des Generalgouvernements fommte sich die Einheitsbehörde in der Zentrale. Von ihr ausstrahlend gingen die gesamten staatstechnisch notwendigen Regularien ins Land. In ihr sammelte sich die Gesamtpotenz des Fachlichen, so, wie wir im Generalgouverneur die Gesamtpotenz des Persönlichen sehen. Die Vollmachten des Generalgouverneurs wurden dadurch nicht berührt. Er ist nach wie vor Repräsentant aller Verwaltungszuständigkeiten, die bei ihm zusammengefaßt sind.

Diese dritte Periode des Generalgouvernements, in der wir uns jetzt befinden, wird eine weitere Entwicklung nicht mehr erfahren. Als weiteren Entwicklungspunkt des Generalgouvernements könnte ich mir eigentlich nur die endgültige völlige territoriale und staatsrechtliche Eingliederung dieses Gebietes in das Deutsche Reich denken. Also jenseits des Generalgouvernements würde es demnach als denkbares Vorstellungsbild nur den Reichsgau oder die Reichsgaue geben, die aus ~~dei~~ diesem Gebiete bestehen werden. Ich möchte gleich sagen, daß von dieser Möglichkeit zur Zeit im Ernst nirgendwo die Rede ist; alles, was darüber gesagt wird, ist Geschwätz, ist entweder Wunschtraum oder auch Haßbild, muß uns aber in unserer ernsten Arbeit völlig gleichgültig lassen. Wenn jemand die Nerven zuletzt verliert, dann bin ich es, dann sind es meine Männer.

Das Generalgouvernement, wie es sich bisher und besonders in diesem letzten Jahre bewährt hat, ist ein fester Begriff von hoher Leistungsqualität. Daran vermögen weder Neid noch Mißgunst, weder persönlicher noch sachlicher Verfolgungswahn das geringste zu ändern. So, wie die Lage heute ist, ist das Generalgouvernement das festeste Ordnungsblockgebäude im Osten. Zwischen der Front und der Heimat stellt es heute das wichtigste Verbindungsglied dar. Vierfünftel des Gesamtverkehrs zwischen Osten und dem Reich gehen über das Generalgouvernement. Zwischen dem Reich und den Reichskommissariaten des Ostens liegt hier eine durchgeführte Verwaltung, völlig in den Händen der Deutschen. Hier fügt sich die Funktion eines eigenstaatlichen Apparats in die Bezugsetzung zu den Notwendigkeiten des Daseins. Hier lebt ein neues Stück werdender deutscher Heimat.

Dieses Generalgouvernement, wie es sich nunmehr seit 1940 herausgebildet hat, ist uns allen miteinander in diesem Kriege als Kameradschaftsaufgabe gestellt worden.

Diese Kameradschaftsaufgabe habe ich, wie Sie wissen, wiederholt mit dem Begriff "Einheit der Verwaltung" bezeichnet. Ich nahm die Legitimation für diese Begriffsbestimmung und -anwendung auf unseren Bereich aus der grundlegenden Führerverordnung, durch die der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete eingesetzt worden war. Dort heißt es bekanntlich, daß sämtliche Verwaltungszweige beim Generalgouverneur zusammengefaßt sind. Da es ja unmöglich ist, daß ein Mann in einem solchen Riesenbereich alles allein macht, habe ich meinen Mitarbeitern in der Einheit der Verwaltung das persönliche Substrat der Verwaltung in diesem Ostraum vermittelt. Ich wollte mit dem Begriff "Einheit der Verwaltung" sagen, daß es hier keinen krankhaften Ressortpartikularismus, kein sinnloses Gegeneinanderwüten von Staatszuständigkeitsträgern geben soll, sondern daß hier schließlich der verantwortliche Führer in einem bestimmten Bereich zugleich auch der Repräsentant der Kommandogewalt des Generalgouverneurs in seinem Gebiet ist. Der Begriff der Einheit der Verwaltung ist daher sowohl ein staatstechnischer wie ein persönlichkeitsbedingender. Diese Lehre wird mehr und mehr an Wichtigkeit gewinnen. Ich sehe in der heutigen Veranstaltung ein siegreiches Durchgesetzthaben dieses meines Prinzips. Ich habe heute hier die Herren der Regierung zusammengerufen, jene Herren, die die Fachgebiete, nach denen nun einmal erfahrungsgemäß die große Staatsarbeit ausgerichtet werden muß, als Präsidenten der Hauptabteilungen leiten. Soweit Bereiche allgemeiner Bedeutung nicht von einem Hauptabteilungspräsidenten geleitet werden, sind sie beim Staatssekretär der Regierung zusammengefaßt, so etwa die Ämter für Gesetzgebung und Raumordnung usw.. Diese Regierung des Generalgouvernements entspricht völlig dem Aufbau der Regierung in einem anderen normalen Lande. Wir sind auch hier über die berühmte klassische Fünfzahl der Ressorts weit hinausgegangen. Die ursprüngliche

Fünfzahl, die die wesentlichen Ressorts umfasste, ist ~~sind~~ sowieso für uns nicht maßgebend. Wir brauchen weder ein Außenministerium noch ein Kriegs- oder Wehrministerium. Diese beiden Bereiche scheiden in unserem Lande schon um deswillen völlig aus, weil für diese Ämter keinerlei Tätigkeit vorhanden wäre. Aber die verbleibenden drei klassischen Ressorts des Inneren, der Finanzen und der Justiz haben wir selbstverständlich auch.

Wenn Sie die Verwaltungsgeschichte durchsehen, so werden Sie feststellen, daß da s Ressort des Innern seit über hundert Jahren im Deutschen Reich - und nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch anderswo- ununterbrochen Abteilung um Abteilung als Sonderministerium abgibt. Was heute als Hauptabteilung Wirtschaft, als Hauptabteilung Bauwesen oder eine sonstige Hauptabteilung in der Regierung über diese klassische Dreizahl hinausgeht, war ursprünglich einmal in der Verwaltungsgeschichte Bestandteil des Innenministeriums.

Es ist klar, daß diese Entwicklung der Aushohlung der Inneren Verwaltung durch Aufbau neuer zentraler Zuständigkeiten noch lange nicht abgeschlossen ist, sondern daß wir hier und auch im Reiche vor gewaltigen Entwicklungen stehen. Wenn ich heute die Zahl der Hauptabteilungen der Regierung des Generalgouvernements überschaue, so ist im allgemeinen ein Entwicklungsbild gegeben, das befriedigen kann. Ich neige nicht dazu, einer weiteren Verselbständigung von Abteilungen zu Hauptabteilungen zuzustimmen. Das würde eine Erschwerung des Gesamtapparates bedeuten und auch rein staatstechnisch und staatspolitisch nicht ohne weiteres erträglich sein.

Diese Regierung des Generalgouvernements muß nun im Lande draußen auch auf das vollste Verständnis rechnen. Sie darf nicht, wie mir manchmal draußen gesagt wurde, ihre tägliche Freude allein darin erblicken, den armen gequälten Gouverneuren, den Kreis- und Stadthauptleuten durch, weiß Gott, wieviele Verordnungen und Erlasse das Leben schwer zu machen. Sie ist für Euch da,

sie ist in den Distrikten und Kreisen das Organ, das Euch den Kampf abnimmt, den Ihr sonst zu führen hättet. Diese Regierung und die Männer dieser Regierung haben die unendlich schwere Aufgabe, Euch den Rücken freizuhalten, Euch Eure Arbeit zu ermöglichen, Euch die Einheit der Verwaltung zu sichern, Euch Eure persönliche Bewährung dadurch zu ermöglichen, daß auf Euch nicht das Chaos des Verwaltungsdurcheinanders hereinprasselt, das auf die Mitglieder der Regierung dauernd aus dem Reich hereinströmt. So klar, wie wir hier geordnet sind, kann ein Riesenreich wiedas Deutsche Reich nicht sein. Ich sehe ein, daß es notwendig war, neben die Reichsministerien eine Fülle von Sonderbeauftragten und Sonderbevollmächtigten zu setzen. Der Krieg hat leider die Notwendigkeit gezeitigt, manche genau diametral entgegengesetzten Vollmachten zu vermitteln. Wir haben heute im Reich eine Fülle von Zuständigkeiten, die sich gegenseitig aufs engste bekriegen.

Es ist klar, daß sich diese Erschwerungen, die von draußen hereinströmen, bei uns in der Zentrale durch dauernd sich gegensätzlich gegenüberstehende, voneinander völlig abweichende Sonderwünsche von Reichszentralen auswirken, die sich alle auf Sondervollmachten berufen. Die eine Stelle im Reich will Arbeiter ins Reich gebracht wissen, die andere Stelle im Reich beruft sich auf ihre Vollmacht und sagt, es müßten Rüstungsbetriebe ins Generalgouvernement gelegt werden, und dazu würden die notwendigen Arbeiter gebraucht. Die eine Stelle sagt: alles Getreide, das zur Verfügung steht, muß ins Reich gebracht werden, - die andere Stelle sagt: es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter, die im Lande tätig sind, ob Polen oder Juden, gut ernährt werden. Die eine Stelle sagt: es ist vollkommen gleichgültig, wie der Transport in diesem Lande verläuft, wir brauchen nur die Durchgangslinien, sie allein sind für uns wichtig. Die andere Stelle sagt: um Gottes Willen, wie brauchen die Kohle bis in den letzten Bereich des Generalgouvernements für unsere Rüstungswerke, wir müssen die Kohlenzüge haben und brauchen auch den Verkehr auf den Nebenlienien.

Die eine Stelle sagt: Ihr müßt finanzpolitisch vollkommen selbständig arbeiten, keinen Pfennig bekommt ihr vom Reich. - Bekommen wir auch nicht, und es ist unser Stolz, daß wir selbständig sind, daß wir sogar die aus dem Reich kommenden Beamten vom ersten Tag an bar dem Reich vergüten können. - Aber die andere Stelle sagt: nein, das genügt nicht; ihr müßt ohne Rücksicht auf eure Finanzordnung oder Währung einen Wehrbeitrag ans Reich zahlen, ihr müßt darüber hinaus ohne Rücksicht auf eure Währungssituation und eure Notenpresse der Wehrmacht soundsoviel Geld geben.

So könnte ich Ihnen, meine Kameraden aus den Distrikten und den Kreisen, unausgesetzt Beispiele vortragen, um Ihnen zu zeigen, was die Herren der Regierung jeden Tag ununterbrochen unter Leitung des Chefs der Regierung, meines altbewährten Parteigenossen Bühler, zu leisten haben. Eine der großen Aufgaben der heutigen Zusammenkunft ist es, zu erreichen, daß sich die Herren aus den Kreisen und den Distrikten nicht nur in sehr billigen und sehr bequemen Kritizismen über das angeblich bürokratische und verordnungssüchtige Treiben der Regierungsstellen auslassen, sondern daß sie erkennen, mit welchem Ernst und ungeheuer sich steigender Schwierigkeit von der Regierungsstelle aus die notwendige Gemeinschaftsgefügtheit dieses Gebietes durchgesetzt werden muß.

Selbstverständlich muß nun auch die Regierung des Generalgouvernements in ihren fachlichen Zuständigkeiten auch vom ganzen Lande unterstützt werden. Wir können heute angesichts der an uns zentral gelangenden Bedürfnisse des Reiches nicht die übergroßen Rücksichten auf den einzelnen Teile des Generalgouvernements nehmen; denn das Reich kann nicht einmal Rücksicht auf sich nehmen, geschweige denn natürlich auf die erogerten Gebiete. Wir haben einfach die Aufgabe, der Lage des Reiches in jeder Form Rechnung zu tragen und mit Aufwand unserer letzten Kraft für das Reich zu sorgen. Wir dürfen nicht an die Zukunft des Generalgouvernements denken, sondern nur an die Zukunft des Reiches. Denn wir sind hier gar nichts.

Wir können hier nicht ein Eigenleben aufbauen und irgendwie stolz darauf sein, was wir hier hätten, wenn alle diese Erschwerungen für das Generalgouvernement nicht wären. Das Eigenleben bauen wir nur auf im Rahmen der Bedürfnisse des Reiches, und so ist es auch von uns allen vom ersten Tage an gesehen worden. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die Distrikte und die Kreishauptmannschaften des Generalgouvernements in Erfüllung der uns dem Reich gegenüber auferlegten Verpflichtungen wirklich diese absolute Selbstlosigkeit durchgehalten haben. Wir haben es mit angesehen und ansehen müssen, was hier alles durchtransportiert worden ist und wird, zuweilen in einem Maße, daß die Bunker ohne Kohle sind, daß es an Holz, Steinen, Zement, Eisen und jeglichen Rohstoffen mangelt. Wir haben unseren internen Verkehr im Interesse der Wehrmacht und der Kriegführung auf ein Minimum reduziert. Wir liefern heute nicht nur nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten. Gerade aus den Ostgebieten kommen die dringendsten Hilferufe nach Pferden, nach Gespannen, nach Wodka, nach Tabak, nach Holz. In allem und jedem wird das Generalgouvernement von West und Ost als ein Aushohlungsgebiet ersten Ranges angesehen.

Gerade für die Regierung des Generalgouvernements besteht daher immer wieder die Notwendigkeit, an jenen Grundsatz ernsthaft zu appellieren, der da lautet: man soll die Kuh, die man melken will, nicht schlachten. Das Reich will aber unter dem Drang und Druck der Verhältnisse die Kuh Generalgouvernement sowohl melken wie schlachten.

Hier liegt nun die schwere Aufgabe, immer wieder das einzig Mögliche zu tun, durch Appell an die Vernunft, durch persönliche Rücksprache, durch Darlegung oder Darstellung der wirklichen Lage die Dinge einigermaßen in Ordnung zu halten. Das wäre sehr einfach, wenn die Reichsfunktionen genau so klar gegliedert wären wie die des Generalgouvernements. Aber man verhandelt mit einer

Reichsstelle, und am anderen Tage kommt die zweite mit der gleichen Vollmacht. Und nicht nur das; es ist begreiflich, daß wir im vierten Kriegsjahr nicht mehr in allen Bereichen des Staatslebens über jene Zahl von Fachleuten in der Verwaltung verfügen wie zu Beginn des Krieges. Sie werden draußen im Lande auch spüren, daß durch die Wegholung der jungen Elemente, der jüngeren wehrdiensttauglichen Mitarbeiter aus unseren Bereichen - das gilt sowohl für die Regierung wie für die Gouverneure und die Kreishauptmänner - ein unendlicher Schaden entsteht. Denn die Intensität der Verwaltung sinkt damit ab. Das ist ja gerade der Typ, den wir brauchen, der junge noch bürokratisch unverzogene, noch nicht irgendwie verweichlichte Typ, den wir hier gerade lebensnotwendig brauchen. Und gerade der wird uns nun angesichts des dringendsten Ersatzbedarfs der Wehrmacht unausgesetzt weggeholt. Daß das die Verwaltungsarbeit bei uns und im Reiche erschwert, ist klar. Trotzdem müssen wir es schaffen; wir können uns nicht darauf hinausreden, sondern müssen versuchen, das beste mit den uns verbliebenen wenigen Kräften zu leisten. Gleichwohl muß es unsere Aufgabe sein, den Personalbedarf zu lenken, es muß dafür gesorgt werden, daß irgendwie doch noch etwas Ersatz kommt. Wo wir die Möglichkeit haben, muß dieser Ersatz aus dem Lande geholt werden, es müssen Schulen in Gang gesetzt werden, in denen eine eigene Erziehung für den Dienst im Generalgouvernement entsteht. Sie müssen sich vor allem auf die eigene Kraft verlassen. Uns hilft niemand, wir sind völlig auf uns gestellt und müssen uns den Weg im Rahmen unserer Verantwortung selber freimachen. Das gilt für die Regierung ebenso wie für die Gouverneure und Kreishauptmänner.

Das ist es ja, was ich vorhin die steigende Bedeutung des Persönlichkeitselements innerhalb der Einheit der Verwaltung nannte. Ich bin stolz darauf, daß sich die Männer der Regierung, der Distrikte und der Kreise schon so als ein Stamm von Persönlichkeiten herausgebil-

det

haben, die nicht nur kraft der papiernen Bevollmächtigung, die sie besitzen, sondern schon durch den Eindruck ihrer eigenen Persönlichkeit etwas leisten und etwas sind. Wir müssen grundsätzlich davon abgehen, immer nur mit dem Legitimationspaß in der Hand aufzutreten und zu sagen: hier bin ich, ich habe die und die Vollmachten, seien Sie so gut und tuen Sie das und das. Nein, wir müssen sagen: hier bin ich, weil ich etwas aufgebaut habe, weil ich mir das hier geschaffen habe, deshalb bin ich etwas und bestehe darauf, daß man mir gehorcht. Das ist die Formel des Mannes des Ostens. Und dann werden Sie sehen, daß dieses Persönlichkeitselement der Einheit von Führung und Verwaltung mit einem ganzen Meer von kämpferischen Gegensätzen aufzuräumen vermag.

Auch in der Verwaltung gibt es dieses persönlichkeitsbildende Element. Es kommt nämlich aus dem kolonialen System, dieses persönlichkeitsbildende Element, von dem der Osten abhängt, von dem auch wir abhängen. Sie kennen ja den von mir seit 1939 durchgehaltenen Grundsatz, daß ich jedem meiner Gouverneure, meiner Kreishauptleute, auch jedem Mitglied meiner Regierung das ich als genau so an der Front stehend ansehe wie die Gouverneure und Kreishauptleute, - daß ich ihnen allen in ihren Bereichen die Vollmachten gebe, soweit sie irgendwie noch erträglich und mit der Gesamtheit der Verwaltung vereinbar sind. Heute können, glaube ich, ein Gouverneur des Generalgouvernements, ein Kreis- oder Stadthauptmann mit Stolz darauf sehen, was ihnen anvertraut ist, was von ihnen abhängt und wofür sie einstehen können, dürfen und müssen. Sie wissen aber auch, daß sie über sich einen Schutz spüren.

Dieses persönlichkeitsbildende Element der Einheit der Verwaltung ist überhaupt das Rückgrat der Zukunft im Schatten unserer Gemeinschaft. Es bietet aber auch allein die Möglichkeit, mit alldem Unverstand, mit allem Neid und mit dem in allen kolonialen Perioden auftauchenden Kampf gegen uns fertig zu werden. Davon redet

man nicht, was ein Kreishauptmann zu tun hat, was einem Gouverneur auferlegt ist. Wohl aber spricht man davon im Reich, daß jeder Kreishauptmann hier auf einem Schloß wohnt, um sich zweitausend Mameluken und 6o Janitscharen, daß er sozusagen dort herumstolziert und gockelt und daß er eigentlich ein großer Nichtstuer wäre, der dicke Gelder einzieht, ein fabelhaftes Essen hat und auch sonst ein wohl gesegneter Herr ist. Das ist so etwa die Auffassung, die sich jetzt aus den Greuelpropagandaberichten über das Generalgouvernement herausgebildet hat. Das gilt auch für die Gouverneure und für den Generalgouverneur. Wir sind sozusagen alle das gleiche Opfer einer Einstellung, die nichts davon weiß, daß ein Volk eine lange Erziehungsarbeit braucht, bis es vom Nationalstaat zum Weltreich sich emporringt. Es ist leider so, daß in allen großen imperialen Entwicklungsstufen die heimische Zentrale zuerst immer die Leute hinausschickt, sie dann aus dem Dreck draußen etwas machen läßt, ihnen alle Vollmachten gibt. In dem Augenblick aber, wo der Mann draußen etwas geschaffen hat, sagt man: es ist doch eigentlich eine Unverschämtheit, daß dieser Kerl so selbständig geworden ist, das ist doch unerhört im Vergleich zu unserer eigenen Position. So kommt dann das Neidgefühl. Sie entsinnen sich, welche gewaltigen Wogen des Hasses gegen das Generalgouvernement unter dem Begriff der Generalgouvernementszulage entfesselt wurden. Nun wissen Sie aber alle, meine Herren Kreishauptleute und Gouverneure, daß mittlerweile das Leben im Generalgouvernement für den Deutschen fast unerschwinglich teuer geworden ist. Die Preise auch der dringendsten Lebensbedürfnisse betragen ein Vielfaches dessen, was im Reich dafür anzulegen ist. Das werden Sie mir alle bestätigen. In einer Zeit, in der, unter uns gesagt, die reine Geldsumme an sich, also die Zahl der Geldscheine, die auf den Tisch gezahlt werden, immer bedeutungsloser gegenüber dem Realwert dieser Scheine, nämlich dem

Kaufwert dieses Papiergeldes, wird, - ausgerechnet in dieser Zeit sollen die Zulagen im Generalgouvernement herabgesetzt werden, und zwar in einem Umfange, der alles, was hier noch Lebenskraft bedeutet, vernichtet.

Ich habe deshalb gestern auf dringende Vorstellung der Gouverneure und auch in Besprechungen mit den Hauptabteilungen der Regierung verfügt, daß wir von einer Kürzung der bisherigen Bezüge im Generalgouvernement grundsätzlich absehen. Diese Regelung kann unmöglich durchgeführt werden. Ich habe alles versucht, und ich werde auch weiter versuchen, ob es möglich ist, durch Errichtung von Werkstätten, durch Mietsenkungen, durch Einrichtung von Kaufhäusern für die deutschen Beamten und Angestellten einen irgendwie gearteten realen Ausgleich für die Summenminderung des Gehalts herbeizuführen. Es läßt sich jedenfalls darüber sprechen. In einer Zeit aber, in der ich die entsprechenden Einrichtungen nicht schaffen kann, kann ich unseren Angestellten und Beamten, die in zunehmenden Maße in diesem Gebiet unter persönliche Lebensgefahr kommen, nun nicht auch noch ihre Bezüge kürzen. Das müßte dann über mich hinaus geschehen. Ich halte mich jedenfalls für verpflichtet, mich für das Los der Angestellten und Beamten in diesem Raum schon als Kamerad und auch als derjenige, der die Hauptverantwortung trägt, mit meiner letzten Kraft einzusetzen.

Dieses Persönlichkeitselement der Einheit der Verwaltung aber bedingt nun, daß Sie sich, meine Herren Kreishauptleute, aber in jedem Fall als Repräsentanten dieser großdeutschen Schicksalsgemeinschaft zeigen. Es ist kein Persönlichkeitselement, wenn einer den Herrenmenschen markiert. Der Herrenmensch ist einer der gefährlichsten Begriffsbildungen, die wir haben. Bekanntlich wird ein Herrenmensch nicht ohne weiteres dadurch gekennzeichnet, daß er mit der Peitsche herumfuhrwerkt, wie auch das Kennzeichen nicht die Gewaltanwendung oder kaum verhüllte Tobsuchtsanfälle sind.

Das ist eine charakteristische Fehlentwicklung. Der wahre Herr wirkt mit den einfachsten Mitteln, er verläßt sich eben auf die Wirkung seines Herrentums. Wenn jemand diese Selbstsicherheit nicht beseitzt, dann ist er eben auch kein Herr. Wir dürfen dem polnischen Volkstum gegenüber, das gerade auf diesem Gebiet eine besondere, man könnte fast sagen, blutmäßig bedingte Empfindung besitzt, nicht den falschen Typ des Herrenmenschen hervorkehren; denn über den lacht er nur.

Wenn Sie Angestellten und Beamten, die neu aus dem Reich zu uns kommen, ein gutes Auftreten, eine starke bewußte Haltung gegenüber den Polen empfehlen, dann werden die zunächst einmal 150%ig und glauben, nur mit der Peitsche, nur mit Gewalt oder Drohungen arbeiten zu können. Aber die Persönlichkeit, die das Großdeutsche Reich heute repräsentieren will, muß eine totale sein, sie muß in ihrem Erscheinungsbild, in ihrem Auftreten, in ihren Anordnungen, in ihrer Redeweise, ihrer Lebensführung und in allem anderen offenbaren, daß dieses deutsche Reich kein von zimperlicher Bürokratenangst durchzitterter und von Hockneid verfinsterter Bereich eines zentralen Instituts ist, sondern daß dieses Deutsche Reich, das wenigstens wir im Herzen tragen, einmal die Heimstätte der größten Nation der Welt sein wird, daß dieses Reich vor allem die Eigenschaft hat, vor niemanden Angst zu haben, und daher auch in jeder Weise jene souveräne schnodderige Gleichgültigkeit gegenüber manchen Dingen an den Tag legt, die andere aus dem Häuschen jagen. Diese Kunst müssen wir Deutschen noch lernen. Wir sind manchmal noch so etwas die kleinen Parvenüs. Wir sind der Meinung, es gehe in den fremden Gebieten nur mit Gewalt, nur mit Erschießungen, mit Verfolgungen, mit Hinrichtungen usw. Ich bin der Meinung, es ginge sehr wohl mit der still wirkenden Autoritätsvermittlung eines selbstsicheren Weltreiches. Dieses Problem ist sehr schwierig, es ist geschichtlich, psychologisch und politisch von mir gestreift worden. Ich erwarte mir aber

von den Gouverneuren und Kreishauptleuten, daß sie sich darüber klar sind, daß ich in zunehmenden Maße an ihr Persönlichkeitsempfinden appelliere. Die Einheit der Verwaltung muß organisch in die Persönlichkeiten hinübergeleitet werden; denn davon hängt viel ab, um so mehr, je mehr das Vollmachtenchaos der Reichsinstanzen zunimmt.

Für uns im Generalgouvernement ist es im Verlauf dieser drei Jahre ein großes Ereignis gewesen, daß wir mit der Eingliederung Galiziens eine der wesentlichsten Vergrößerungen unseres Gebietes erfahren haben. Dieser Distrikt Galizien hat sich in die Gemeinschaft eingefügt.

IX/21
2/1

Wir können den deutschen Beamten und Angestellten des Distrikts Galizien, die unter unendlich schwierigen Bedingungen dort ihre Arbeit 2 Jahre nach dem Bestehen des Alt-Generalgouvernements aufgenommen haben, unsere besondere Anerkennung nicht versagen.

Im allgemeinen sieht die Lage des Generalgouvernements zur Zeit wie folgt aus:

Auf dem Gebiete der Finanzen haben wir eine verhältnismässige Klärung unseres Staatsstatus erreicht. Wir sind dabei, den Etat für das kommende Jahr schon sehr frühzeitig aufzustellen. Er wird für dieses Jahr die Summe von 2 Milliarden Zloty übersteigen. Diese Zahl ergibt bei einem Vergleich mit unserem ersten Etat von etwa 3 bis 4 Millionen Zloty eine Verfünffachung der ursprünglichen Finanzpotenz unseres Staatsgebildes. Wir sind finanziell autark. Dafür gilt der Hauptabteilung Finanzen der Regierung des Generalgouvernements und allen Dienststellen unser aller Anerkennung. Wenn wir in diesem Gebiet nicht die finanzielle Unabhängigkeit besässen, würde die wesentlichste Betätigung frühzeitig gebrochen sein. Sehen Sie sich nur im Reich um, wie es da schwierig ist, der Entwicklung auch nur auf den notwendigsten Gebieten zu entsprechen, da der Apparat der etatlichen Unterbringung neuer Summen ausserordentlich schwierig ist. Darum können Sie ja merken, dass die finanzielle Selbstständigkeit, die einmal für das Generalgouvernement eine Belastung sein sollte, einen der wesentlichsten Punkte unseres selbstständigen Arbeitens darstellt.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft sieht es bei uns sehr ernst aus. Von einer irgendwie gearteten freien

Wirtschaft mit Privatinitiative kann bei uns kaum geredet werden. Das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements leidet unter den unglaublichen Kriegsanforderungen aus Ost und West, aus der Heimat und von der Front. Wir haben hier einen Kuchen, aus dem das Reich längst alle Rosinen weggeknabbert und in den sich das Reich tief hineingefressen hat. Wir können - wirtschaftspolitisch gesehen - glücklich sein, wenn ab und zu für uns ein biederer Brocken abfällt. Wir schauen zu, wie das Reich an unserer Wirtschaft knabbert und sich alles holt, wie man unter dem Schlagwort der Notwendigkeit die Selbstsicherheit einer Wirtschaftsführung in unserem Land völlig beseitigt. Das geht aber im Deutschen Reich auch nicht anders; auch hier kann man nur noch von der Kriegswirtschaft sprechen. Es ist daher müßig, wenn von uns versucht würde, etwas zu retten, was dem Reich notwendigerweise verfallen ist. Wir müssen daran denken, daß wir das letzte geordnete Gebiet im Osten sind. Wir sind dem Zugriff der Front ausgeliefert und, da wir Holz, Panjes, eben vieles besitzen, dazu eine geordnete Verwaltung haben, auch besonders gefährdet; denn in einem völlig ungeordneten Gebiet kann man von der Regierung nichts verlangen.

Unsere Wirtschaft leidet an dem Mangel an Rohstoffen und dem völligen Fehlen der Kohle. Die Kohlensituation des Generalgouvernements nähert sich einer Katastrophe. Wenn die Transportlage sich nicht bessert und wenn vor allem mit dem Gesichtspunkt, daß für das Generalgouvernement der schundigste Kohlendreck gut genug ist, nicht aufgerümt wird, ist nicht abzusehen, wie wir die Kapazität unserer Industrie ausnützen und vor allem die Rüstungsbetriebe durchhalten können.

Die Wirtschaft des Generalgouvernements hängt von dem Arbeitsvolumen ab, das hier geleistet werden

2/3

kann. Dieses Arbeitsvolumen ist aber durch die vorhandenen Arbeitskräfte bedingt. Und hier stehen wir vor dem Dilemma, dass wir Arbeitskräfte so= wohl ins Reich abliefern sollen, als auch unsere Industrie im Lande in Gang halten sollen.

Es dürfte Sie interessieren, dass das General= gouvernement nach authentisch einwandfreien Unter= lagen, die auch von Sauckel anerkannt wurden, seit Dezember 1939 960.000 Arbeitskräfte ins Reich ver= mittelt hat. Diese 960.000 Arbeitskräfte sind auch für Ihre Arbeit, meine Herren Gouverneure und Kreis= hauptleute, ein stolzes Zeichen; denn wenn Sie draussen nicht mitgeholfen hätten, diesen Arbeits= einsatz für das Reich herbeizuführen, hätte keine Stelle der Regierung und keine Reichsstelle mit noch so viel schwätzerischen Behauptungen und Drohungen etwas erreicht. Mit diesem Kontingent steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller Länder Europas, die Arbeits= kräfte nach dem Reich geschickt haben. Diese stolze Leistung wird ja auch intern anerkannt, wenn sie auch nicht nach aussen dringt. Mit diesen Arbeits= kräften ist aber nur ein Teil derer, die aus dem Generalgouvernement stammen und im Reich arbeiten, aufgezählt; hinzu rechnen müssen wir die fast 1 ½ Millionen Kriegsgefangene der früheren pol= nischen Armee, die ebenfalls im Arbeitsprozess des Reiches stehen, sodass insgesamt 2,46 Millionen Männer und Frauen, die in das Generalgouvernement zuständig sind, zur Zeit in den Arbeitsprozess des Reiches eingeschaltet sind.

Das Reich war so grosszügig und lässt und die Unterstützungssätze für die Familienangehörigen dieser Menschen aus unseren Staatsmitteln bezahlen. Die Behandlung der Polen im Reich entspricht in keiner Weise dem, was wir hier im Namen des Reiches den Polen versprochen haben. Ich habe von Pg. Sauckel,

der wirklich ein hervorragender und aufgeschlossener Mann auf seinem Gebiete ist, anlässlich seiner letzten Anwesenheit in Krakau die feste Zusage erhalten, dass mit dem Skandal der fortgesetzten Polenmisshandlung im Reich aufgeräumt wird. Es geht nicht an, dass man unsere Werbemöglichkeiten, die wir hier im Lande noch besitzen, dauernd dadurch belastet, dass man die Polen mit den Juden auf eine Stufe stellt. Das widerspricht auch unserem rassischen Grundsätzen und ist deshalb auch abzulehnen. Im übrigen kann ich feststellen, dass nach allgemeinen Stimmen aus dem Reich die Polen da und dort sich schon sehr gut bewährt haben; dass sie natürlich nicht das hochwertigste Material sind, müssen wir zugeben; wir können das im eigenen Lande feststellen. Wir hätten mindestens um 5o % mehr freie Arbeiter ins Reich vermitteln können, wenn die Behandlung der Polen im Reich besser wäre. So gross ist für mich der Unterschied zwischen Tschechen und Polaken auch nicht. Im übrigen soll man auch hier daran denken, dass wir, wenn wir dieses Land mit allen seinen Potenzen dauernd behalten wollen, auch nicht hinter jeden Polen einen Schutzmann stellen können, dass darum eine vernünftige Behandlung der von uns beherrschten Völker eintreten muss und wird.

Die Wirtschaft des Generalgouvernements ist also ein schwer sich fortmühender Apparat. Bei dem dauernden neuen Anforderungen, bei dem Hereinlegenwollen von neuen grossen Werken aus luftgefährdeten Gebieten des Reiches wird die Wirtschaftsintensität zunehmen, also ein zweites grosses Arbeitsprogramm des Generalgouvernements stattfinden. Für diese neuen Betriebe müssen wir die Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Im Reich scheint man sich aber nicht ganz klar zu sein, ob hier Fabriken aufgebaut oder das Gebiet als Arbeiterreservoir für das Reich betrachtet werden soll. Reichskommissar Sauckel steht auf dem Stand=

punkt, dass die hiesigen Rüstungswerke nicht voll/tätig sein sollen, bevor die Rüstungswerke des Reiches volle Beschäftigung aufweisen. Er erklärt, dass ihm das der Führer mit auf seinen Weg gegeben habe. Mit Recht kann aber General Schindler darauf verweisen, dass er die Voll= macht hat, hier im Generalgouvernement die Rüstungswerke aufzubauen. Auf diesem Gebiete herrscht also ein unausgeglichenes Dilemma.

Wir können hier nur helfen, wo es möglich ist. Ich möchte auch von dieser Stelle aus an die Kreishauptleute, denen ich nun auf Wunsch der Gouverneure den Arbeiterprozess im wesent= lichen übertragen habe, den leidenschaftlichen Appell richten: räumen Sie mir die Dörfer aus, in denen das Volk nichts tut, suchen Sie, wo immer möglich, Arbeitskräfte herauszuziehen. Wir können aus einer Bevölkerung von über 14 Milli= onen nochmals die gleiche Anzahl Arbeitskräfte, die wir jetzt schon haben, finden. Ich erwarte mir, von Ihrer Elastizität alles und bitte Sie, sich nicht auf Unklarheiten von Wirtschaftspro= grammen hinauszureden. Für Sie gilt die klare Weisung, in jedem Falle Arbeitskräfte herbei= zubringen, wo es immer geht.

Nicht unwichtige Arbeitskräfte hat man uns in unseren altbewährten Judenschaften genommen. Es ist klar, dass der Arbeitsprozess erschwert wird, wenn Mitten in dieses Arbeitsprogramm des Krieges der Befehl kommt, alle Juden sind der Vernichtung anheim zu stellen. Die Verant= wortung hierfür trifft nicht die Regierung des Generalgouvernements. Die Weisung der Judenver= nichtung kommt von höherer Stelle. Wir müssen uns nur mit den Schlussfolgerungen abfinden und können auch den Reichsstellen nur mitteilen, dass die Wegholung der Juden arbeitsmässig zu ungeheuersten Schwierigkeiten geführt hat. Ich habe neulich Staatssekretär Ganzenmüller, der

Klage darüber führte, daß ein großes Bauvorhaben im Generalgouvernement zum Stocken kam, beweisen können, daß das nicht passiert wäre, wenn nicht die vielen tausende dort eingesetzten Juden abgeholt worden wären. Nun lautet der Befehl, daß die Juden aus der Rüstung wegzuholen seien; ich hoffe, daß dieser Befehl, wenn nicht bereits aufgehoben, noch aufgehoben wird, denn dann sieht die Lage noch schlimmer aus.

Sie haben bereits in ihren Berichten mitgeteilt, daß die Methoden der Arbeiterbeschaffung teilweise zu verurteilen sind. Es ist unmöglich, mit solchen Methoden befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Daß man Kinos umstellen läßt und die Männer in geschlossene Waggons verfrachtet, sind keine Vorgänge, die die Autorität unseres Reiches stärken. Das Geschwätz vom dauernden Gewalttätig-, Brutalsein hört sich bald auf. Das ist eine zentrale Formulierung, die uns im Reich genannt wird, deren Unmöglichkeit man aber einsieht, wenn man an unsere Kreishauptleute mit vielleicht 3o Gendarmen und 1o Sonderdienstmännern für ein Gebiet von 3.ooo qkm denkt. Er muß sich eine vernünftige Basis suchen, damit er mit seiner Bevölkerung zurechtkommt.

Im wesentlichen ist also die Wirtschaft des Generalgouvernements eine bedingte Kriegswirtschaft, die völlig im Dienste des Reiches steht, für deren Grundsätze aber eine irgendwie geartete Ordnung noch nicht durchgesetzt ist. Wir haben keinen Handelsvertrag, wir werden ausgehöhlt, unsere Betriebe arbeiten und die Waren gehen ohne jedes Entgelt über unsere Grenzen. Wir haben nichts, was man Wirtschaft nennt, wir sind nur ein Abstellort von anderswo geleiteten Wirtschaftsunternehmungen.

Was man unsere eigene Wirtschaft nennen kann, ist denkbar gering und kümmerlich. Die uns selbst verbleibenden Industrien stehen unter dem dauernden

Drohungen der Reichszentralen, bieten im allgemeinen kein erfreuliches Bild. Hier kann mich nur an Ihre persönliche initiative Haltung appellieren, meine Herren Kreishauptleute. Sehen Sie zu, daß Sie in Ihren Kreisen etwas machen können, um das Leben in Gang zu halten; melden Sie, wo noch ein Betrieb geschlossen werden kann; sorgen Sie dafür, daß jeder überflüssige mit dem Krieg nicht vereinbare Produktionsbetrieb eingestellt wird. Sollten Sie Schwierigkeiten haben, dann wenden Sie sich an mich. Es ist klar, daß jeder geschickte Unternehmer nicht nur der Zivilsphäre angehört, sondern daß mancher Bataillonskommandeur einen polnischen Betrieb an der Seite hat, der ihm meinetwegen Hufeisen schmiedet. Hier werden dann unserer Regierungskommission, wenn sie solche Betriebe stillegen will, große Vollmachten entgegen gehalten. Hier sind Schwierigkeiten über Schwierigkeiten , die aber schließlich Auswirkungen des Krieges darstellen.

Die Decke unserer Vorräte ist sehr klein, jeder zerrt sie hin und her, jeder schimpft auf den anderen und glaubt, möglichste Rücksichtslosigkeit anwenden zu müssen. Das Endergebnis davon ist, daß die Schwierigkeiten noch weiter steigen.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft wird es mein Ziel sein, schon in der nächsten Zeit dieses Durcheinander mit Hilfe doch sich auch klärender Reichszuständigkeiten einigermaßen zu beseitigen.

Sehr ernst wird für uns die Preisfrage, sehr ernst die Währungsfrage, sehr ernst werden die ganzen Probleme, die mit dem Schleichhandel zusammenhängen. Dies alles steht im Zusammenhang mit der Ernährungssituation des Generalgouvernements.

Die Leistungen des Generalgouvernements auf diesem Gebiet, die es in diesem Jahre vollbracht hat, erfüllen mich mit größter Genugtuung. Es ist ein einzigartiger Vorgang, wie die heurige Ernte geborgen wurde. Ich möchte an dieser Stelle meine höchste Anerkennung den Herren Gouverneuren und Kreishauptleuten und allen Organen, die in die

in die Ernteerfassung eingeschaltet waren, ins= besondere auch unseren Polizei- und Sicherheits= organen für die hervorragende und geradezu einma= lige Leistung dieses Ernteablieferungsvorganges 1942 im Generalgouvernement zum Ausdruck bringen. Dass dies möglich war, ist einer der schönsten und evidentesten Beweise für die Richtigkeit unseres Führungs- und Verwaltungsprogramms im General= gpuvernement. Man kann nicht ein System immer nur preisen und loben. Wenn dieser fast loo%ige Ablie= ferungsvorgang im Generalgouvernement möglich war, ist das einer der grossartigsten Leistungsbeweise für unsere Verwaltung. Das Reich war so grosszügig und hat bei seiner Verlautbarung in der Rede des Staatssekretärs Backe das Generalgouvernement über= sehen. Auch das gehört zu der Methode des Reiches dem Generalgouvernement gegenüber. Ich möchte in diesem Kreise feststellen, dass die Leistung des Generalgouvernements für die Ernährungswirtschaft des Reiches an der Spitze steht, selbst bei einem Vergleich mit der Ukraine und dem besetzten Osten. Wir liefern an die Heimat und für die Truppen im Lande 78o.ooot Brotgetreide und auf allen Gebieten der Nahrungsproduktion dieser Zahl entsprechende Mengen. Es muss Sie mit Ingrimm erfüllen, wenn der massgebliche Mann des Reiches auf ernährungs= wirtschaftlichen Gebiet ungerechterweise diese Zah= len verschweigt. Wir müssen uns eben daran gewöh= nen, dass man uns wohl gebrauchen kann, uns aber nicht lobend erwähnt. Wir liefern allein 6oo.ooot Brotgetreide unmittelbar ins Reich, das sind zwei Drittel des Bedarfes für die jüngste Erhöhung der Brotration im Grossdeutschen Reich. Daraus können Sie ermessen, welche Bedeutung diese Leistung des Generalgouvernements für das Reich und die Heimat besitzt. Begnügen Sie sich vorerst mit meinem Dank. Man kann durch noch so raffinierte Prppa= ganda die Leistung des Generalgouvernements auf

die Dauer nicht vertuschen.

Meine Herren Gouverneure und Kreishaupt=leute! Ich kann für die Erfolge dieses Jahres auf dem Ernährungsgebiet immer wieder nur aus über-vollem Herzen danken. Damit haben Sie mir und meiner Arbeit im Osten einen der grössten Erfolge vermittelt.

Diese Nahrungsablieferung an das Reich und an die Wehrmacht hat natürlich zur Folge, dass die Ernährungssituation im Generalgouvernement selbst zusehends schlechter wird. Wir werden in Schluss=verhandlungen mit dem Reich ~~vielleicht~~ und unter Prüfung des endgültigen Ablieferungsergebnisses Wege finden müssen, um von der notwendigen Ab=schaltung eines grösseren Teiles der Bevölkerung von der Ernährung absehen zu können. Ich selbst werde mit allen Regierungsdienststellen versuchen, von dieser Notwendigkeit absehen zu können. Trotz=dem wird sich aber die Ernährungssituation zu=nehmend ausserordentlich verschlechtern. Damit zusammenhängend wird ein Absinken der Leistungen des fremden Volkstums, die Verschlechterung der Sicherheitslage in unserem Gebiet eintreten. Die Arbeitslust wird zurückgehen und die gesundheit=liche Situation der Bevölkerung wird in schwerste Mitleidenschaft gezogen. Die Folgen jedenfalls sind sehr ernste. Wenn wir auch diese ungeheuren Anforderungen des Reiches an uns erfüllt haben, so ist damit nur die Verantwortung für die Situ=ation in diesem Gebiet verbreitert.

Ich habe damals schon auf diese Folgen hinge=wiesen und angekündigt, dass ich mir rechtzeitig vom Reich den notwendigen Sukkurs verschaffen will. Hinzu kommen noch die steigenden Anforde=rungen für die A- und B-Karteninhaber von allen Seiten der kriegswichtigen Unternehmen, der Rüs=tungsindustrie, der Ostbahn, Transportunterneh=mungen usw.. Alle diese Betriebe müssen ständig Arbeiter einstellen. Angesichts dieser zunehmenden

Erschwerungen muss es unsere oberste Pflicht sein, ein Minimum an garantierter Nahrung der gesamten fremdvölkischen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht nicht, wie ich gleich betonen muss, im Interesse der Polen, sondern ausschliesslich im deutschen Interesse. Wenn ich die Beamten und Angestellten polnischer Nationalität an der Ostbahn nicht ernähre, dann bleiben die Züge stehen und so ein gescheit Redender aus dem Reich kann sie dann selbst in Gang bringen. Es ist ein blödes Geschwätz, wenn man sagt, dass wir die Polaken mästen. Wir haben über 12o.ooo Polen bei der Ostbahn, die Tag für Tag den Nachschub nicht für Polen, sondern für die Ostfront fahren. Insgesamt sind hier nur 6ooo deutsche Eisenbahner beschäftigt. Die Anforderungen werden bei der Vergrösserung des Tätigkeitsvolumens kriegswichtigster Art immer grösser. Aber auch das werden wir meistern, ich habe hier gar keine Bange, ich zähle Ihnen auch nicht deswegen die vielen Schwierigkeiten so ungeblümt auf. Dass soll nicht heissen, dass wir irgendwie vor diesen Schwierigkeiten kapitulieren. Die Ernährungssituation des Generalgouvernements für die Fremdvölkischen muss irgendwie gemeistert werden und wird gemeistert werden. Insbesondere für die Versorgung der städtische Bevölkerung wird aber eine ungewöhnliche Erschwerung eintreten.

Auf allen anderen Gebieten wird ebenfalls gearbeitet. Das merken Sie. Den Vorwurf, dass ich zu viel Verordnungen unterzeichne, dürfen Sie mir nicht machen. Ich habe damals erklärt, dass das Übermass an Verordnungen auf allen Gebieten notwendig war, um die grundlegenden Institutionen und Einrichtungen zu schaffen. Angesichts dieser Anstrengungen und Leistungen auf allen Gebieten gebührt der deutschen Beamten- und Angestelltenschaft das weiteste Lob. Ich kann ruhig sagen,

dass die Worte, die Reichsbeamtenführer Neef unlängst, nachdem er wiederholt im Generalgouvernement war, in den Reichsbeamtenblättern offiziell verkündet hat und in denen ausgedrückt wird, dass der deutsche Beamte und Angestellte des Generalgouvernements eine hervorragende Leistung vollbracht hat, ein völlig richtiges Anerkenntnis darstellen. Im zunehmenden Masse gehört auch Kraft persönlicher und nervenmässiger Art dazu.

Gestützt auf dieses Staatsbild vollzieht sich das Leben im Generalgouvernement. Die Deutschen im Lande nehmen zahlenmässig in erfreulicher Weise zu, ihre Qualitäten leider nicht immer. Man kann sie gruppenweise einteilen: die Volksdeutschen, die schon hier waren, die wir allmählich auf das Niveau der reichsdeutschen Welt emporentwickeln wollen. Sie erfreuen sich der ganz besonderen Fürsorge des Staates und der Partei und erfreuen sich unter dem Regime des Generalgouvernement einer zunehmenden Entwicklung ihres Lebens. Die zweite Gruppe der Deutschen sind diejenigen, die man als die Kolonialpioniere dieses Raumes bezeichnen kann. Es sind starke mutige Persönlichkeiten, die nicht lange nach links oder rechts schauen, sondern vorwärts schreiten, fachlich tüchtig sind. Sie sind uns die liebsten. Dann gibt es noch eine kleine Gruppe von Kolonialpiraten, die versuchen, hier nach altbewährter Methode schnell reich zu werden. Sie werden wir im zunehmenden Masse unter die Lupe nehmen. Die häufig an uns gestellte Frage, ob es nicht möglich ist, Werke, Industriebetriebe oder Geschäfte in Form von endgültigen Rechtstiteln an Deutsche schon jetzt abzugeben, kann nur mit nein beantwortet werden. Was auf diesem Gebiete möglich ist, muss zurückgestellt bleiben, bis der Krieg beendet ist und die Frontsoldaten, die dafür die ersten Anwärter sind, zu ihrem Recht gekommen sein werden. Unterstützen

Sie bitte die Regierung in jeder Weise, um diesen Ansturm abzustoppen.

Die Deutschen verfügen in unserem Gebiet über eine schon sehr ansehnliche Kultur. Mein Dank gebührt allen Regierungsstellen, Gouverneuren und Kreishauptleuten dafür, dass sie allüberall für das Emporblühen des deutschen Lebens Sorge tragen; dass sie bemüht sind, deutsche Gemeinschaftshäuser zu schaffen, Gastspiele aus dem Reich zu holen, Theaterveranstaltungen machen und vor allem das deutsche Schulwesen aufgebaut haben. Sie bemühen sich in jeder Form, das deutsche Leben mit Niveau zu erfüllen. Sie haben auch dafür gesorgt, dass nicht im Wodkarausch das Leben gesehen wird, sondern in der treuen Pflege, kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit, und dass den deutschen Geistes- und Seelenwerten gehuldigt werden kann. Mit Genugtuung erfüllt es mich, dass Exzesse auf ein Minimum zurückgeschraubt sind und ich nehme nicht an, dass das allein eine Folge des weniger vorhandenen Schnapses ist. Trotz aller Schwierigkeiten des Krieges und trotz aller Erschwernisse auf allen Gebieten müssen Sie, meine Herren Kreishauptleute, den Deutschen, die hier im Lande weilen, dieses Gebiet als endgültige Heimat gewinnen. Es darf trotz aller Schwierigkeiten nicht die Auffassung Platz greifen, dass man nur vorübergehend im Generalgouvernement sei. Im zunehmenden Masse muss es gelingen, die Deutschen hier heimisch zu machen. Ich bitte Sie sehr darum, alles für die Heimischwerdung der Deutschen in diesem Lande zu tun.

Ich habe mich beim Vortrag des Stadthauptmanns Pawlu gefreut, als ich gehört habe, dass in Krakau schon 30.000 Deutsche leben, und ich nehme an, dass in den übrigen Distriktshauptstädten die Zahlen entsprechend liegen. Für sie muss durch die Partei das nationalsozialistische Leben gepflegt werden; auch die Pflege des Sportes und die Pflege des Wehrgeistes gehört dazu. Jeder von Ihnen, die Sie ja

Persönlichkeiten sein sollen, muss auch Träger einer geistigen Haltung sein, an der sich die Deutschen aufrichten können. Sie müssen immer am siegessichersten, am führertreuesten sein und müssen jede Form von Skepsis auch in den privatesten Gesprächen vermeiden. Auf Sie muss ich mich verlassen können, Sie müssen das Rück= grat geistig-seelischer Art sein. Wir sind etwas verwöhnt durch den bisherigen Verlauf des Krieges, denn bis jetzt ist es immer strahlend vorwärts- gegangen. Wenn nun einmal entsprechend der Führer= parole, sich auf die Defensive zu beschränken, das nicht mehr der Fall ist, geht schon gleich ein Gemecker los. Hier müssen Sie sich einschalten; eine solche Stimmung gibt es nicht. Von Ihnen muss äusserste Entschlossenheit ausstrahlen. Sie müssen alle Beamten und Angestellten und alle Welt, auch Besucher aus dem Reich, immer wieder auf= klären und als Repräsentanten des Ostens totalste Siegeszuversicht bekunden.

Die Deutschen im Lande müssen immer wieder darauf hingewiesen werden, dass ihre gewisse Besserstellung in der Lebensführung nicht ein Entgelt für das Opfer, das sie durch ihren Aufent= halt im Generalgouvernement bringen, sein soll, sondern ein Ausgleich dafür, dass soviel andere Dinge, die man im Reich hat, hier nicht zu bekom= men sind. Sehen Sie auch darauf, was für Deut= sche ins Land kommen. Ich werde die Gouverneure bitten, bei den Stadt- und Kreishauptleuten dahin zu wirken, dass die Zuwanderung von Deutschen, die nach Krakau z.B. im Monat looo Menschen be= trägt, abgedrosselt und auf das notwendigste Mass zurückgeführt wird. Unter den Neuzuwanderern sind nähmlich viele, die sich irgendwelchen unliebsamen Verpflichtungen im Reich entziehen wollen. Nehmen Sie jeden Neuzugereisten Deutschen besonders aufs Korn. Erst wenn Sie sich von seiner

Anständigkeit überzeugt haben, dann nehmen Sie ihn allmählich in die Aspirantengarde derjenigen auf, die im Generalgouvernement bleiben dürfen. Alle diese ernsten Fragen gehören zu Ihrer persön=lichen Verantwortung und zur Gesamtpolitik in unserem Raum.

Das Leben der fremdvölkischen Menschen in diesem Raum ist mit wenigen Worten abzutun. Die Interessen des Deutschtums müssen im heutigen Durchsetzungsringen unseres Volkes allem anderen voran-gehen. Von Anfang an war es mein Programm, für die Dauer des Krieges nur einen Gesichtpunkt gelten zu lassen, nähmlich den des Sieges. Was nach dem siegreichbestandenen Krieg endgültig mit den fremden Völkern in diesem Raum geschehen wird, soll eine spätere Sorge sein. Während des Krieges haben wir dahin zu wirken, dass nicht Un=ruhe und Unrast in die fremden Völker kommen, dass nicht ein absolut fanatisierter Hass gegen uns entsteht, dem wir schliesslich nur Energien ent=gegen-setzen müssen; denn diese Energien müssten von dem grossen Energievorrat, den wir für den Sieg brauchen, abgezogen werden. Wir werden das Problem des polnischen Volkstums wie alle anderen nicht in wenigen Jahren lösen können. Wir müssen hier eine Politik auf weite Sicht treiben. Ich versuchte daher von Anfang an zu erreichen, dass sich der grösste Teil dieser Bevölkerung loyal einstellt und mitarbeitet. Das ist geglückt! Wir kommen mit den Wojts sehr gut aus, ohne deren Mitarbeit unsere Verwaltungsarbeit undenklich wäre. Sie sind zuver=lässig und sind das einzige Instrument, mit dem wir durchkommen. Sie haben sich bewährt. Wir brauchen sie auf anderen Gebieten, in den Reihen der allgemeinen Verwaltung, in vielen Zonen der techni=schen und Verwaltungsbetriebe. Infolge der Wegnahme vieler deutscher Elemente aus der Verwaltung wird uns die Entwicklung zwingen, das fremdvölkische Element in der Verwaltung noch stärker heranzuziehen. Auf diese Tatsache mache ich heute schon aufmerksam,

damit es nicht einmal im Reich ein grosses Ge=
schrei gibt.

Ich habe zu diesem Zweck auch die Philhar=
monie des Generalgouvernements gegründet. Ich
weiss, dass man sagt, dies ist für die Polen ge=
schehen. In Wirklichkeit ~~aber~~ ist es aber ein
Zuckerbrot. Ich bin der Meinung, dass die Tat=
sache, dass sie Tausenden von deutschen Verwundeten
Musik machen, genau so wichtig ist, wie die Ver=
wendung der vielen Polen bei der Ostbahn. Ich
habe auch durch meine Kirchenpolitik eine Fülle
von Schwierigkeiten weggeräumt. Freilich kann ein
Gescheiter sagen, den Pfaffen traue ich nicht. Ich
auch nicht! Wenn sie mir aber von der Kanzel herab
helfen, die Ernteablieferung durchzuführen, dann
ist das ein positiver Nutzen nicht des Polentums,
nicht der Kirche, sondern allein des Reiches. Das
muss man verstehen! Man muss über die Dinge und
die Räume hinweg sehen.

Das ist es, meine Herren Kreishauptleute,
was uns die Behandlung des fremdvölkischen Elements
irgendwie in die Hände hat spielen müssen und was
wir nicht abdrehen dürfen. Daher immer wieder mein
Hinweis, auf alle Zeichen der Lojalität zu achten,
denn hier ist ein spürbarer positiver Kern vorhanden.
Wir können ja auch nicht unseren deutschen Rüstungs=
betrieben das Leben dadurch unmöglich machen, dass
wir im ganzen Land einen Aufruhr entfachen. All=
mählich wird im Generalgouvernement eine stabile
Masse von zuverlässigen Leuten übrig bleiben.

Auf dem Gebiete der Sicherheit sehe ich trotz
aller skeptischen Mommente keine Gefahr. Wir haben
die Lage völlig in der Hand und werden sie auch
in der Hand behalten. Wir sind wehrmachts- und po=
lizeimässig in unserem Gebiet so stark, dass wir
keine Sorgen zu haben brauchen. Fest steht natür=
lich, dass der einzelne Deutsche draussen in immer
grössere Gefahr kommt. Es wird sich empfehlen, eine

Art Sicherheitskodex für das deutsche Leben in diesem Raum zu erstellen und ich bitte Sie, Herr Staatssekretär, dieses Problem systematisch durchdenken zu lassen. Vielleicht machen wir es zur Regel, daß sich die Deutschen an unbeaufsichtigten Orten des Abends nicht einzeln zeigen. Das darf aber nach aussen hin nicht wie Feigheit aussehen. Das deutsche Leben muß aber unbedingt geschützt werden.

Sie wissen, meine Herren Kreishauptleute, daß die Sicherheitslage in verschiedenen Kreisen schon brennendste Formen angenommen hat, daß wir Gebiete haben, die durch Banden litten und leiden. Ich freue mich, daß alle Kreishauptleute an ihren Dienstorten tapfer ausgeharrt haben. Den Leichtsinn der Deutschen hier darf man nicht fördern und als Tapferkeit auslegen. Das deutsche Leben wird allmählich so wertvoll und die Opfer, die unser deutsches Volk bringt, sind so gewaltig, daß es schon darauf ankommt, ob der eine oder andere erhalten bleibt oder nicht. Wenn Sie einmal die wirkliche Relation zwischen dem deutschen Leben und dem fremdvölkischen Dasein ziehen, sich von der ewigen Gewöhnung, dauernd unter Deutschen zu sein, frei machen und als einzelner in ihrer Stadt herumgehen, dann wird Ihnen beim Anblick der vielen Fremdvölkischen ein diesem Raum eine gewaltig drückende Sorge aufkommen. Wir Deutsche sind nämlich hier noch weniger als ein Halbes pro Mille. Das ist ein Fettauge auf der Suppe. Es kommt also schon darauf an, daß das deutsche Leben im einzelnen geschützt wird und ich bitte Sie, alle notwendigen Maßnahmen hierzu zu ergreifen.

Unser Verhältnis zu den Ukrainern ist insofern gefährdet, weil uns aus der Ukrainerbehandlung im Reichskommissariat Schwierigkeiten erstehen. In meiner bisherigen Politik habe ich die 4 ½ Mill. Ukrainer des Generalgouvernements als Gegengewicht zu den Polen behandelt. Auch die Gouverneure haben in dieser Linie gearbeitet. Bei den Reichsstellen ist nunmehr die Meinung vorhanden, daß die Ukrainer

in der Grossukraine nach Prinzipien zu behan=
deln sind, die noch schlimmer sind, als die,
nach denen man die Polen behandelt. Wenn Sie
daran denken, dass drüben alle ukrainischen Volks=
schulen über die vierte Klasse hinaus geschlos=
sen sind, und wenn Sie dazu in Vergleich setzen,
dass wir ukrainische Gymnasien haben, werden Sie
erkennen, dass hier eine politische Diskrepanz
der Behandlung eines Volkstums durch ein und
dieselbe Macht vorhanden ist. Wir stehen daher
auf diesem Gebiet vor Schwierigkeiten, die geradezu
von weltgeschichtlicher Bedeutung sind.

IV/9
3/1

Ich hoffe, daß es angesichts der Entwicklung auf den verschiedenen Gebieten möglich sein wird, die Frage einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Bis die endgültige Lösung gefunden ist, werde ich wenigstens von meiner Seite aus die zuständigen Gouverneure ermächtigen, an unserer bisherigen Ukrainerpolitik in vollem Umfange festzuhalten.

Eine Versteifung des ukrainischen Elements ist spürbar. Infolge der Fehlbehandlung im östlichen Raum ist da und dort zwischen Ukrainern und Polen schon eine Verbindung hergestellt worden. Es ist sehr bedenklich und führt zu einer ganz bestimmten Schwächung unserer politischen Stellung hier im Lande.

Wenn man so die Volkstumsfragen grundsätzlich überschaut, so kann ich auch nur in diesem Zeitpunkt Ihnen sagen: soweit ich die Dinge übersehe und durchdenke, soweit ich sie von meinem Platz aus reguliere, sie in der Hand habe, kann ich feststellen, daß allerdings mit der Entwicklung des Krieges, mit dem Entstehen von Widerstandsorganisationen aller Art, mit dem Ausbau eines Propagandanetzes unserer Gegner, das weit in unser Gebiet hineinstrahlt, mit dem Ausbau eines eigenen Meldewesens der Widerstandsbewegung gegen uns, mit der Tatsache, daß auch hier im Generalgouvernement in der letzten Zeit einige Morde an Deutschen mit zweifellos politischem Einschlag stattgefunden haben, daß überall im Lande diese Vorgänge gemeldet werden und auch ihre Bestätigung finden, - daß mit allen diesen Dingen eine Welle der Gefahr aufsteigt, die uns zwingen wird, auf allen Gebieten schärfere Maßnahmen zu ergreifen, was wiederum rückstrahlend die Widerstandsenergie steigern kann.

So werden wir denn auch bei diesem Schlußappell dieses Jahres mit ernsten Sorgen für den Volkstumssektor in das neue Jahr eintreten.

Wenn ich mich ~~jetzt~~ in meinen Ausführungen mit allgemeinen Dingen beschäftigt habe, so darf ich jetzt noch auf einige spezielle Dinge eingehen. Da ist zunächst

der Sonderdienst. Die Herren Kreishauptmänner haben mir wiederholt darüber berichtet, und auch die Herren Gouverneure haben es bestätigt, daß der Sonderdienst eine ihrer wichtigsten Einrichtungen ist. Ich gebe Ihnen amtlich die Erklärung ab, daß ich an der Regelung, insbesondere auf ar der Aufrechterhaltung des Sonderdienstes nicht das geringste geändert wird. Sie können nach wie vor mit Ihrem Sonderdienst rechnen, den ich übrigens als eine nicht mehr wegdenkbare Einreichtung des Generalgouvernements ansehe.

Eine zweite Spezialität des Generalgouvernements ist der Baudienst, jener Einrichtung, die auf den Vorschlag des Gouverneurs Dr. Wächter geschaffen worden ist. Ich kann ruhig sagen, daß er gegen den geheimen Widerstand verschiedener Spezialisten auf diesem Gebiet durchgesetzt werden mußte. Er hat sich jetzt zu einem wahrhaften Segen für das Generalgouvernement entwickelt. Der Baudienst wird in diesem Jahre eine ungeheure Erweiterung erfahren, nachdem er schon unter der hervorragenden Führung unserer Reichsarbeitsdienstführer, an ihrer Spitze des Parteigenossen Hinkel,eine großartige Entwicklung genommen hat. Er ist heute eines der nicht mehr weg denkbaren Bauelemente des Generalgouvernements. Wir wollen in diesem Jahre zwischen 5o- bis 6o ooo Baudienstmänner einziehen. Wir werden auch die Distrikte, indenen der Baudienst noch nicht offiziell tätig ist, mit dem Baudienst versehen. Es stellte sich heraus, daß große Bauvorhaben insbesondere der Ostbahn ohne die Tausende und Abertausende von fest in unserer Hand befindlichen Baudienstmännern gar nicht mehr zu leisten sind.

Ein weiteres Charakteristikum des Generalgouvernements ist der Zloty, unsere Währung,. Er ist trotz aller Sorgen, die wir um ihn haben, völlig gesichert.

12 a.

Sie können überzeugt sein, daß wir von der Regierung alles tun, um einigermaßen die Fiktion einer Währung aufrecht zu erhalten. Sie werden mir Recht geben, daß diese Währung hier genau schon dieselben Schädigungsmomente aufweist, wie sie sich im Reich zeigen. Mir wurde in Berlin berichtet unlängst, daß dort unter der Hand für eine Gans bis zu RM 2oo,-- gezahlt werden. Demgegenüber befinden sich unsere Preise eigentlich noch geradezu im Anfängerstadium. Der Zloty ist, wenn man ihn mit der Mark vergleicht, eigentlich genau so gesichert oder gefährdet wie die Währung des Reiches. Da die Währung des Reiches sicher ist, ist auch der Zloty völlig sicher.

Eine der wichtigsten Spezialia war die Zollsituation. Sie werden gemerkt haben, daß wir unsere Tür gegen den Westen auch offiziell durch Beseitigung der Zollschranken geöffnet haben. Wenn das auch nicht bedeutet, daß entsprechend mehr Ware aus dem Reich zu uns kommt, so bedeutet es doch sicher, daß desto mehr Waren von uns ins Reich gehen werden. Es ist merkwürdig, daß man einfach glaubt, das Generalgouvernement sei ein unerschöpfliches Reservoir von Waren und Gütern. Man kann diese Meinung nicht ausrotten. Was die Aufhebung des Zolles für praktische Folgen haben wird, wissen wir nicht, diese Frage möchte ich zunächst auch nicht untersuchen. Ich wollte das in diesem Kreise nur mitteilen. Vielleicht gelingt es Ihnen, durch persönliche oder sonstige Beziehungen den Warenzustrom aus dem Reich ins Generalgouvernement zu fördern. Im übrigen ist ja die finanzielle Verquickung der Zölle nicht so wichtig wie die wirtschaftspolitische Seite. Wenn jetzt die Wehrmacht einen Erlaß herausgegeben hat, nach welchem neben allem dem, was wir schon an Brotgetreide usw. geleistet haben, nun der freie Aufkauf von Waren aller Art und das zollfreie Wegschicken von Päckchen und Paketen - allerdings mit der Einschränkung, daß jeder nur soviel mitnehmen darf, wie er tragen kann, - erlaubt

ist, so wäre es doch vielleicht zweckmäßig gewesen, wenn eine solche Bestimmung vorher mit uns besprochen worden wäre und man uns davon Kenntnis gegeben hätte. Wohin die Entwicklung führen wird, kann ich nicht sagen. Inwieweit durch die völlige Aufreißung der Grenze unsere Gesamtversorgung mit Lebensmitteln auch für die Wehrmacht in Schwierigkeiten verstrickt werden wird, kann ich nur andeuten. Ich muß allerdings pflichtgemäß darauf hinweisen und tue es gerade in Ihrem Gremium, meine Herren Kreishauptleute,daß uns jede Macht genommen ist, dem wilden Aufkauf von Lebensmitteln durch Soldaten und Polizisten usw. entgegenzutreten. Dadurch wird natürlich der Schleichhandel wieder mit allen Mitteln vorwärts getrieben.

Daß unsere Briefmarken im Reich ein begehrtes Handelsobjekt sind, werden Sie wissen. Daß wir damit eigentlich eine der schönsten Briefmarken geschaffen haben, wissen Sie auch, und daß mir der Führer selber unsere Führermarke als seine schönste Marke bezeichnete, mag Sie mit einer gewissen Genugtuung erfüllen. Ich bitte Sie alle, gerade auf diese Frage ein besonderes Gewicht zu legen: überall da, wo Sie mit einfachen Mitteln den Hinweis auf unsere Arbeit durch Zurverfügungstellung von Briefmarken verstärken, tuen Sie es.

Eine besondere Bedeutung verdient die Oberste Rechnungsprüfungsstelle des Generalgouvernements. Es stellte sich als notwendig heraus, eine solche Stelle zu schaffen, da ihre Arbeit in aller Interesse liegt. Auch wenn unsere Finanzgebarung unverändert gut ist, so darf sie doch nicht dazu führen, daß sie irgendwie verunklart wird. Die Herren der Finanzverwaltung haben meinen besonderen Befehl, in jeder Weise auf die Kristallklarheit unserer Finanzgebarung Bedacht zu nehmen bis herab zu den untersten Stellen. Helfen Sie alle dazu mit. Ich werde berechtigte Wünsche in jeder Form erfüllen, ich werde Ihnen auch helfen, die Mittel, soweit sie irgendwie nicht kriegsnotwendig sind, zu erlangen.

Ich werde Ihnen auch in jeder Form helfen, z. die Frage
B. Ihrer Dienstwohnung zu lösen. Sorgen Sie mir aber auch in jedem Fall dafür, daß das, was Sie selber an Vorteilen dann genießen, auch Ihren Beamten und Angestellten zugute kommt. Es darf nicht sein, daß das Herrenmäßige, das persönliche Element des Kreishauptmanns so herausstrahlt, daß er allein etwa als der Prominente auftritt, während sich seine Angestellten und Beamten mit kleinen Baracken oder sonstigen Behausungen begnügen müssen.

Die Bauvorhaben des Generalgouvernements auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Dienstwohnungen unterliegen zur Zeit selbstverständlich den ungewöhnlichsten Schwierigkeiten. Die Hauptabteilung Bauwesen tut, was sie kann. Ich bedauere ja selber, daß wir nicht alle Bauvorhaben zur Zeit durchführen können. Legen wir uns daher selber eine Beschränkung auf. Hätten wir uns damals diese Beschränkung auferlegt, dann hätten wir noch ganz andere Bauvorhaben verwirklichen können. Immerhin ist es doch im weitem Umfange geglückt, draußen im Lande den deutschen Bedürfnissen entsprechende Dienstgebäude zu errichten. Aber große Bauvorhaben jetzt durchzuführen, ist vollkommen ausgeschlossen, und nicht einmal ein in dieser Beziehung gestellter Antrag kann bearbeitet werden, sei er noch so dringend begründet. Damit will ich selbstverständlich nicht sagen, daß Sie immer noch das tun können, was im Rahmen der jetzigen Regelung möglich ist. Wenn Sie z.B. eine alte Baracke erneuern können, dann tun Sie es stillschweigend. Wie ich Sie kenne, machen Sie es auch, und wir wollen darüber den Schleier der Vergessenheit breiten. Es darf aber nicht so peinlich auffallen, daß dann mir eine Beschwerde auf den Tisch gelegt wird.

Ich möchte mich nur noch mit zwei Dingen kurz beschäftigen. Ich nenne da zunächst den Polizeihilfdienst

Er hat eine gewisse Unruhe in die Beamtenschaft gebracht und zum Teil bei mir auch zu Schwierigkeiten, Beschwerden und Anfragen geführt. Ich halte es aber gleichwohl für wichtig, daß die deutschen Männer hier im Lande den Gebrauch der Waffe richtig erlernen. Wenn sich die Polizei für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt hat, so kann ich das nur begrüßen. Begrüßen Sie es auch! Man soll bei der Einrichtung des Polizeihilfsdienstes nicht von Schikanen oder ähnlichen Dingen reden; denn es muß auch eine gewisse Disziplin gehalten werden. Sie müssen daher von Ihren Beamten verlangen, daß sie sich diesem Dienst zur Verfügung stellen. Andererseits werde ich in zunehmenden Maße dafür sorgen, daß jegliche dienstliche Beschwerden im Hinblick auf den Polizeihilfsdienst, soweit es möglich ist, für Ihren eigenen Bereich ausgeschaltet werden.

Meine Herren! Ich habe Ihre Geduld vielleicht sehr lange in Anspruch genommen. Aber ich wollte den Anlaß unseres Zusammenseins einmal benutzen, um Ihnen stichwortartig einen Einblick in meine Gedanken und Sorgen zu gewähren. Wir stehen im vierten Kriegsjahr, einem Nervenjahr sondergleichen. Was in dem letzten Jahr auch an Gerüchten über das Generalgouvernement hinweggebraust ist, brauche ich im einzelnen nicht vorzutragen. Daß wir hier in einem ungeheur schweren Ringen stehen, wissen Sie selber besser als ich. Sie haben es vielleicht noch viel schwerer als ich; denn ich sitze wohlbehütet auf meiner Burg, während Sie draußen ununterbrochen die Sorgen und Nöte dieses Landes spüren. Seien Sie bedankt für den Mut, mit dem Sie sich diesen Aufgaben unterstellt haben! Sehen Sie in mir den unermüdlichen Vorkämpfer auch Ihrer eigenen Position, Ihres eigenen Wirkens. Wir sind zu einer merkwürdig einmaligen Aufgabe angetreten und wollen sie, wenn es unser Schicksal ist, auch gemeinsam einmal abschließen. Dann soll der Dienst im General-

gouvernement für Sie eine der schönsten Erinnerung des Lebens sein. Selten war es ja einer Generation von Verwaltungsdienstträgern unseres Volkes beschieden, so schöne und selbstsichere Aufgaben in einer so ernsten Zeit zu erfüllen. Die Zeit ist ernst; Sie wissen welche Sorgen die Reichsregierung bewegen. Sie wissen auch, daß wir gegen die totale Potenz einer wirtschaftlichen starken Welt angetreten sind. Sie wissen aber auch, daß gerade daraus die Entschlossenheit zum Endsiege härter denn je erstehen muß. Wenn wir die Nerven behalten, dann ist alles gut. Was aber sind diese Nerven? Man redet darüber sehr häufig und macht sich eigentlich nicht klar, worin das liegt. Wenn die Nerven anfangen schwach zu werden, dann dringt automatisch das persönliche aggressive Element hervor gegenüber der sachlichen Objektivität. Sie werden, wenn die persönlichen Reibeungen von einem zum anderen, vom Vorgesetzten zum Untergebenen, zwischen den Untergebenen zunehmen, immer irgendwie auf Nervenschwäche schließen können. Ganz selbstverständlich wird im vierten Kriegsjahr des zweiten Weltkrieges unserer Generation diese Nervenanspannung ungeheuer sein. Reichen Sie sich daher in dieser Zeit immer wieder die Hand, sehen Sie zunächst in dem kameradschaftlichen Verhältnis selbst zu Leuten, die Ihnen persönlich nicht liegen, die Sie vielleicht persönlich nicht einmal ausstehen können, doch irgendeine Möglichkeit, die Zusammenarbeit sicherzustellen. Wenn Sie an führender Stelle in diesem Raume tätig sind, dann können Sie gar keinen größeren Fehler begehen, als den, daß Sie Ihren Nerven freie Bahn lassen. Verstehen Sie die Stimmungen Ihrer Untergebenen, ertragen Sie sie, so weit es geht. Wir können Ihnen nicht eine Elite von Menschen hinstellen, denn die gibt es überhaupt nicht. Es gibt auch keine Sorglosigkeit in einer Zeit wie der jetzigen, wir können sie nicht anstreben. Wir können niemals damit rechnen, daß wir in der kommenden Entwicklung Deutschlands keine Sorgen haben werden. Aus diesem

Krieg werden neue Sorgen aufsteigen. Und wenn wir hundert Jahre alt werden, dann werden wir am Vorabend unseres hundertsten Geburtstages noch vor schweren Sorgen stehen. Lassen Sie also dem Persönlichen, soweit es nur geht, freien Spielraum. Es ist eine der übelsten Erscheinungen einer Zeit, wenn man gegen irgendeinen persönlich eingestellt ist. Wenn der andere nicht auf einen besseren Weg gebracht werden kann, so liegt darin unter Umständen ein schwerer Verlust für die Gemeinschaft.

So müssen Sie sich auch immer Ihr Verhältnis zu Ihren Mitarbeitern und Untergebenen vorstellen, so müssen auch die Gouverneure zu ihren Kreishauptleuten und Stadthauptleuten stehen. Ich verlange von den Gouverneuren, daß sie sich das absoluteste Entgegenkommen, das absoluteste Zusammenarbeiten und die absoluteste Aufgeschlossenheit zum Prinzip machen. Von den Kreishauptleuten und den Stadthauptleuten muß ich verlangen, daß sie in völliger Loyalität zu den Gouverneuren und zu den Regierungsorganen stehen. Leben Sie das Leben auch dem Deutschen vor!

Die Nervenanspannung ist groß, sie ist absolut spürbar, aber auch begreiflich. Aber die große Linie muß immer die sein: wer führen will, muß klar und entschieden sein, er muß ein totaler Mensch sein, muß Sinn haben für Humor und für die kleinen Schwächen der Menschen, er muß es verstehen, sie zu erziehen, ohne daß sie es merken. Das alles verlange ich von Ihnen. Ich verlange nicht, daß Sie mit dem normalen Kleinkram zu mir kommen. Ich habe die Hoffnung, daß Ihr Euch alle verstehen werdet. Wenn wirklich ein Außenseiter vorhanden sein sollte, dann fällt er allgemein schon so auf, daß er sich mehr oder weniger von selber ausschaltet. Wir müssen auch ein Vorbild sein und müssen deshalb alles vermeiden, was den persönlichen Kleinkrieg ausmacht. Es ist immer das Zeichen eines ganz kleinen Charakters, wenn jemand den persönlichen Kampf gegen einen anderen als höchstes Ziel seiner Träume ansieht. Persönlichkeiten, die echt sind, kann man

überhaupt nicht ändern. Wer wirklich ein Kerl ist, trägt etwas in sich, was er nicht umbiegen läßt. Man muß froh sein, daß er sich in eine Gemeinschaft fügt. Nehmen Sie nicht jeden sachlichen Widerspruch gegen eine Maßnahmen, die Sie empfehlen, für eine Widersätzlichkeit. Verlangen Sie von Ihren Untergebenen immer, daß sie ihre freie Meinung äußern, wenn Sie auch zehnmal wissen, daß es ein Schmarren ist, was der Untergebene erzählt. Glauben Sie nicht, daß es ein Gewinn ist, wenn Ihre Untergebenen vor Ihnen zittern und winseln; Sie werden betrogen. Dulden wir noch die freien schöpferischen Persönlichkeiten in unserem Bereich; sonst sinken wir für alle Zukunft ab. Darin liegt das charakteristische Element des Deutschtums. So, wie die einmal geschichtliche Figur des Führers uns allen voranleuchtet, so müssen außer ihm die Persönlichkeiten sein, die wir alle ertragen müssen. Wenn wir gemeinsam marschieren, ist alles gut.

Ich habe einmal das Generalgouvernement als das Laboratorium der Verwaltungsschule unseres Reiches bezeichnet. Auch Ihre gewaltigen Leistungen sind ein stolzes Merkmal deutscher Kraft, wenn man bedenkt, daß es gelungen ist, mitten in der schwersten kriegerischen Auseinandersetzung hier überhaupt etwas Segensreiches aufzubauen.

Meine Herren Gouverneure und Kreishauptmänner! Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich mich nicht nur als Ihren Chef, sondern auch als Ihren Kameraden ansehe und daß ich stolz bin, an der Spitze dieses Korps von Ehrenmännern stehen zu dürfen.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Ihre Ausführungen, mit welchen Sie uns einen stolzen Rechenschaftsbericht für die Vergangenheit und gleichzeitig die Ausrichtung für unsere künftige Arbeit nahegebracht haben, haben uns bis ins Innerste aufgewühlt und beeindruckt. Ich bin dessen sicher, daß von dieser Veranstaltung ein gewaltiger Strom der Energie in die Verwaltung des Generalgouvernements fließen und daß dieser Energiestrom für lange Zeit bis in die kleinsten Verästelungen der Verwaltung spürbar sein wird. Herr Generalgouverneur, Sie haben in uns das heilige Feuer und den heiligen Eifer, der heute vom Führer angefangen bis zum letzten Volksgenossen vorhanden sein muß, entfacht, einen Eifer, den wir brauchen, um die große Aufgabe der gesamteuropäischen Befreiung zu bewältigen. Wir wissen, daß unsere Arbeit in dem Vertrauen ihre Grundlage hat, das Sie mit der Person des Führers verbindet. Sie haben uns dieses Vertrauen weitergegeben. Ich möchte Ihnen als Sprecher Ihrer Gefolgschaft dafür herzlich danken, daß Sie uns in den vergangenen drei Jahren dieses Vertrauen geschenkt haben. Wir werden diesen Dank dadurch abtragen, daß wir bei der kommenden Arbeit überall treu an Ihrer Seite stehen, wohin Sie uns auch immer abordnen mögen.

Ich schließe die heutige Sitzung mit dem Gedanken an den Mann, dessen Name für uns das Symbol des Reiches, das Symbol des deutschen Volkes und des neuen Europas bedeutet. Wir grüßen unseren Führer Adolf Hitler.

Die Regierungssitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 4o Minuten.

Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu Krakau am 13. April 1 9 4 2

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kzl. des GG.
2. u. 3. O.L.G.R. Dr. Weh

Sonderreiter

Teilnehmer:

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Ministerialdirigent Dr. E m m e r i c h
Ministerialrat Dr. S i e b e r t
Bankdirigent Dr. P a e r s c h
Finanzpräsident Dr. S e n k o w s k y
Hofrat W a t z k e
Präsident B a u d e r
Präsident G e r t e i s
Präsident Dr. F r a u e n d o r f e r
Präsident O h l e n b u s c h
Präsident Ei s s f e l d t
Geschäftsf. Hauptabteilungsleiter N a u m a n n
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Oberregierungsrat G a n s e r
Oberpostrat M e r k e r

Beginn der Sitzung:
15 Uhr 40 Minuten

Staatssekretär Dr.Boepple begrüßt als Vorsitzer die Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs bei einer der zwanglosen 14tägigen Hauptabteilungsleiter-Besprechungen.

Zu Beginn der Sitzung weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß von den Reichsinstanzen eine Entwicklung ausgehe, die in der theoretischen Negierung jeder Form von Eigenverwaltung des Generalgouvernements liege. Man wolle das Generalgouvernement auf das Niveau eines Reichsgaues herabdrücken. In diesen von Berlin erlassenen Anordnungen heiße es z.B., daß die und die Anordnung oder die und die Ernennung auch für das Generalgouvernement Geltung besitze. Nach seiner Besprechung mit Reichsminister Dr. Lammers am 5.März 1942 könne er feststellen, daß sich nach dem Willen des Führers an der staatsrechtlichen Struktur des Generalgouvernements nicht das geringste geändert habe. Diese Einbeziehungen des Generalgouvernements bei Anordnungen des Reiches könnten daher in der Regel nur bedeuten, daß ein totales Zusammenwirksamwerden von Kriegsnotangelegenheiten gesichert bleibe, daß es aber den einzelnen Instanzen überlassen sei, wie sie sich im einzelnen einzuschalten hätten. Vor dieser Entwicklung, die von Berlin ausgehe, warne er eindringlich. Es bestehe für das Generalgouvernement kein Grund ihr nachzugeben. Für das kommende deutsche Weltreich seien solche Bestrebungen fehl am Platze; die Schuld liege an einem Nichtaufgeklärtsein der Berliner Stellen. Er ersuche die Hauptabteilungsleiter, die Selbständigkeit des Generalgouvernements ihren zentralen Behörden in Berlin gegenüber immer wieder zum Ausdruck zu bringen.

Der zweite Punkt, den er an den Anfang der Sitzung stellen wolle, sei die Etatfrage.

Dazu macht Finanzpräsident Dr.Senkowsky nähere Ausführungen. Der ordentliche Haushalt für das Jahr 1941 sei mit einer Summe von 1.767.626.000 Zloty ausgeglichen; der außerordentliche Haushalt betrage 714 Millionen, sodaß sich Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 2.481.626.000 Zloty ergäben. Zur Aufnahme von einer evtl. Anleihe in Höhe von 200 Millionen habe er bei Bankdirigent Dr.Paersch die nötigen Schritte unternommen. Im außerordentlichen Haushalt seien die Ausgaben für den Distrikt Galizien, für Wasserbauaufgaben und ein Wehrbeitrag von 400 Millionen Zloty enthalten. Weitere 100 Millionen Zloty Wehrbeitrag seien im ordentlichen Haushalt aufgeführt. Von den 500 Millionen Wehrbeitrag seien bereits 225 Millionen bezahlt, 25 Mill. Zloty würden durch Wehrmachtsausgaben im Generalgouvernement kompensiert, und der Rest von 250 Mill. müsse im April noch aufgebracht werden.

In einem persönlichen Schreiben des Herrn Generalgouverneurs an den Reichsfinanzminister sei dargelegt, daß das Generalgouvernement für das Haushaltsjahr 1942 vorerst keine bindenden Erklärungen über die Höhe des Wehrbeitrages für das Jahr 1942 abgeben könne, weil man die kommende Entwicklung in keiner Weise übersehen könne. Immerhin beständen Kompensationsmöglichkeiten mit dem Guthaben des Generalgouvernements beim Reich in Höhe von 250 Mill.

Für das Etatjahr 1942 seien die Vorschläge der einzelnen Abteilungen noch nicht eingereicht worden. Begründete Nachfristen seien genehmigt worden. Die Ausgaben für Galizien in Höhe von mindestens 500 Mill. Zloty müßten im Jahre 1942 aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Haushalt überstellt werden. Man komme damit auf eine ordentliche Haushaltssumme von 2.3oo Mill.. Weitere Ausgaben seien in Höhe von 150 Millionen für das Wohnungsbauprogramm nötig; die Stadt Warschau verlange für das Rechnungsjahr 1942 einen Staatszuschuß von 42 Millionen, um deren Gewährung man bei der begründeten Notlage nicht herumkommen

werde. Auch sei zu erwarten, daß verschiedene andere Gemeinden, insbesondere größere Städte in Galizien zur Ausgleichung ihrer Haushaltsdefizite Staatszuschüsse fordern würden. Der Gemeindenausgleichsstock sei dafür schon in den Jahren 1940/41 nicht ausreichend gewesen. Um bei allen diesen erhöhten Ausgaben zu einem Haushaltsausgleich zu gelangen, müßten alle vorhandenen Einnahmemöglichkeiten restlos ausgeschöpft werden. In den Begründungen für die beabsichtigten Kriegszuschläge zur Grundsteuer, Einwohnerabgabe und Lohnsteuer habe man verschiedene politische und finanzpolitische Gesichtspunkte nicht aufgeführt. Haushaltsmäßig sei es notwendig, jede mögliche Einnahmeerhöhung durchzuführen, um bei den gesteigerten Ausgaben zu einem Ausgleich des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1942 zu kommen.

Bei dieser Gelegenheit wendet sich der Herr Generalgouverneur gegen die Höhe des Polizei-Etats; er ersucht Ministerialrat Dr. Siebert dafür zu sorgen, daß der Polizeietat in grundlegender Neufassung vorgelegt werde, und will sich bei den Verhandlungen persönlich eingeschaltet wissen.

Präsident Gerteis macht Ausführungen über den Haushalt der Ostbahn, der mit einer Einnahmehöhe von 700 Millionen abschließe. Voraussichtlich könne damit auch das Defizit des vergangenen Jahres in Höhe von 24 Millionen gedeckt werden. Der außerordentliche Haushalt beinhalte die großen Bauvorhaben; er verhandele mit dem Reichsverkehrsministerium über den Beteiligungsschlüssel der Ostbahn, für den er 16 % vorgeschlagen habe.

Die Voranschläge für das Haushaltsjahr 1942 seien vor der Fertigstellung. Die Belastung des laufenden Etats werde infolge des Hinzukommens von Galizien 100 Millionen weit übersteigen; auch die Betriebskosten würden viel höher werden. Man erwäge deshalb

die Erhöhung der Personentarife.

Die <u>außerordentlichen Ausgaben</u> des Jahres 1942 seien infolge des großen Streckenausbaues sehr hoch. In diesem Jahr beginne ein Dreijahresprogramm. Der Finanzbedarf sei daher sehr schwer zu übersehen; auch die Beteiligung des Reiches sei noch nicht geregelt. Die Kassenlage von jetzt 150 Millionen reiche nicht dazu aus, man müsse eine Anleihe aufnehmen. Über die Höhe derselben könne noch nichts gesagt werden.

Die Kosten für die <u>Wiederherstellung der Bahnen in Galizien</u> in Höhe von 120 Millionen müsse das Generalgouvernement tragen. Dazu kämen die Kosten für die Erweiterung des Lokomotiv- und Wagenparks. Daraus ergäben sich weitere Anleihebedürfnisse. Nach Fertigstellung aller Bauvorhaben sei aber ein modernes Bahnnetz zwischen dem Reich und dem Osten geschaffen.

Der Reichsverkehrsminister erkenne an, daß die <u>Bahn Eigentum des Generalgouvernements</u> sei und bleiben würde. Von der angeregten anteilmäßigen Beteiligung der Reichskommissariate an den Baukosten solle man Abstand nehmen, ferner davon, die Ostbahn in den kommenden Jahren steuerlich stärker zu belasten.

Finanzpräsident Dr. <u>Senkowsky</u> weist auf die Möglichkeit hin, die Finanzierungslast vorerst hauptsächlich auf das Reich zu übertragen; mit Rücksicht auf die spätere hohe Rentabilität des Transitverkehrs könne man dann im Generalgouvernement Anleihen aufnehmen und dadurch die Anleiheschuld beim Reich abdecken.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> macht aufdie großen Schwierigkeiten aufmerksam, die bei den geplanten Bau-Vorhaben entstehen. Es müsse festgestellt werden, daß die Leistungen des Generalgouvernements auf diesem Sektor vor allem Leistungen für das Reich seien. Wenn man also z.B. für diese Bauvorhaben Arbeiter

~~im Reich~~ bereitstelle, dann müsse diese Tatsache als eine Leistung des Generalgouvernements für das Reich anerkannt werden.

Die Besprechung wendet sich dann der Behandlung der einzelnen Punkte der Tagesordnung zu.

1. Höflichkeit im Behördendienst:

Staatssekretär Dr. Boepple verliest dazu einen Erlaß aus der Reichskanzlei, den er nicht schriftlich hinausgeben wolle. In ihm werden alle Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst zu gutem Verhalten gegenüber dem Publikum angehalten.

2. Uniformfrage:

Ministerialrat Siebert führt dazu aus, daß man in der Verleihung von neuen Uniformen zurückhaltend sein müsse, da die Frage, ob die graue Uniform beibehalten werden könne, noch nicht geklärt sei. Aufgrund von Verhandlungen durch Ministerialrat Wolsegger in Berlin könne man annehmen, daß eine eigene Generalgouvernements-Uniform geschaffen werde. Sollte dieses der Fall sein, dann müßte der Kreis der Uniformträger wesentlich kleiner werden. Sie dürfe nur die Repräsentationsuniform der Angehörigen der Regierung sein. Dagegen müsse die Uniform bei den Kreishauptleuten weiter verbreitet werden, auch sei es notwendig, einzelnen unteren Beamten, die Vollstreckungsdienst tun müßten, eine Art von Dienstanzug zu geben, um damit ihre Autorität den Polen gegenüber zu unterstreichen. Er hoffe, in einigen Wochen geeignete Vorschläge unterbreiten zu können.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß bis zur Genehmigung dieser Vorschläge seine Verordnung über die Uniformierung in Kraft bleibe, und er ersucht,

daß die Verhandlungen über die Uniformfrage mit Staatsminister Meissner über seine Person geführt werden. Er sei der Meinung, daß der Deutsche im Generalgouvernement am besten in Uniform Dienst tue. Eine Abänderung der Farbe könne man nicht durchführen. Er werde diese Angelegenheit durch Absendung eines von Ministerialrat Dr.Siebert vorzulegenden Schreibens an Staatsminister Meissner erledigen.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich weist darauf hin, daß eine Abänderung der Uniformfarbe während des Krieges wegen der Mangellage auf dem Textilgebiet nicht durchzuführen sei.

Um ein Auftreten im Reich in der Generalgouvernements-Uniform zu verhindern, solle dem Staatssekretär ein Erlaß vorgelegt werden, aufgrund dessen alle in Uniform reisenden Beamten und Angestellten an der Grenze zurückgewiesen werden könnten.

3. Zeichnungsrecht:

Ministerialrat Dr.Siebert wirft die Frage auf, ob nicht eine allgemein gültige Verordnung über das Zeichnungsrecht in der Regierung des Generalgouvernements ergehen solle. In der Praxis zeige sich, daß viele Personen Unterschriften tätigten, die dazu keine Befugnisse hätten. Man stoße z.B. auf Schreiben geheimen Inhalts, unter denen eine Unterschrift mit polnisch klingendem Namen stehe. Es liege im Interesse der Verwaltung, daß ~~ml~~ möglichst wenig Personen zeichnungsberechtigt seien. Er ersuche die Hauptabteilungsleiter, ihren Dienststellen entsprechende Anordnungen zu geben. Er selber werde an die Kreishauptleute und an die Gouverneure Richtlinien herausgeben. Auch vom Staatssekretariat müßte möglichst einheitlich unterzeichnet werden. In letzter Zeit seien wiederholt unter Schriftstücken des Staatssekretariats Unterschriften eines Assessors aufgetaucht.- Staatssekretär Dr. Boepple erwidert, daß er

das bereits abgestellt habe.- Weiter ersucht Staatssekretär Dr.Boepple die Hauptabteilungsleiter Schriftstücke an die Gouverneure persönlich zu zeichnen, damit keine Verärgerung eintrete.

Präsident Dr. Senkowsky weist in diesem Zusammenhang auf das Umlaufverfahren zum Zwecke der Herbeiführung einer Regierungsübereinstimmung für eine neue Verordnung hin. Es gehe nicht an, daß zu solchen Verordnungsentwürfen von irgendeinem Referenten die Stellungnahme der Hauptabteilung durch seine Unterschrift ausgedrückt werde. Diese müsse vielmehr der Hauptabteilungsleiter selber oder bei Abwesenheit sein ständig eingetragener Vertreter tun. Diese Praxis werde auch im Reich geübt, wo die Stellungnahme zu beabsichtigten Gesetzen nur die Minister persönlich oder sein Staatssekretär durchführen könne.

Der Herr Generalgouverneur drückt seinen Wunsch aus, daß für ihn bestimmte Berichte von den Abteilungsleitern oder ihren ständigen Vertretern gezeichnet sein müßten in Zukunft. Die Liste der Stellvertreter der Abteilungsleiter müsse immer evident gehalten sein. Von jetzt ab werde er Berichte, die diesen Voraussetzungen nicht genügten, zurückleiten lassen.

Ministerialrat Dr.Siebert erklärt dann, daß die Regelung des Stempelwesens ~~und~~ so gut wie abgeschlossen sei, während bei den Behördenbezeichnungen ständig neue Probleme auftauchten. Ein schlimmes Kapitel sei die Beschriftung der Schilder, die an den Gebäuden der verschiedenen Dienststellen im Generalgouvernement angebracht seien. Hier ergebe sich manchmal das Kuriosum, daß sechs Abteilungen untereinander stünden.

Der Herr Generalgouverneur weist hier auf die bisherige Notwendigkeit des Vorhandenseins eines Sichtbildes hin, in dem die Einheit und die Geschlossenheit der Verwaltung des Generalgouvernements zum Ausdruck komme; allmählich aber könne man hier eine Lockerung eintreten lassen.

5. Errichtung von Zwangsarbeitslagern:

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh führt dazu aus, daß der Gouverneur von Warschau im November des vorigen Jahres ein Zwangsarbeitslager eingerichtet habe, das unter Aufsicht des SS- und Polizeiführers stehe; im Februar dieses Jahres habe Gouverneur Kundt die gleiche Einrichtung geschaffen. Da die Gouverneure nicht befugt seien, von sich aus derartige Anordnungen zu treffen, müsse ihnen eine generelle Ermächtigung dazu gegeben werden.

Oberregierungsrat Ganser erklärt, daß die Errichtung dazu von solchen Lagern, deren Notwendigkeit von niemanden bestritten werde, auf eine legale Grundlage gestellt werden müsse. Die Anordnungen der Gouverneure von Warschau und Radom entbehrten bisher einer solchen gesetzlichen Grundlage.

Präsident Dr.Frauendorfer führt dazu aus, daß man diese Einrichtungen beibehalten müsse, da man die Schleichhändler und Drückeberger nicht anders fassen könne. Man dürfe aber nicht große Konzentrationslager schaffen, für die ein erheblicher Kostenaufwand nötig sei, sondern es genügten einige Baracken, die man in der Nähe von großen Bauvorhaben errichten solle, damit die Insassen ihren Unterhalt durch eigene Arbeitsleistung verdienen könnten.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß die Hauptabteilung Innere Verwaltung im Benehmen mit den interessierten Hauptabteilungen einen diesbezüglichen Verordnungsentwurf vorbereiten solle. Bis zur grund-

sätzlichen Regelung müsse den Gouverneuren die Errichtung von weiteren Lagern untersagt werden. Dr.Weh wird von ihm beauftragt, den Verordnungsentwurf in der nächsten Woche vorzulegen.

6. Beförderungsrichtlinien:

Diese Frage wird bis zur Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler zurückgestellt.

7. Beschäftigung jüdischer Personen im öffentlichen Dienst:

Hofrat Watzke führt aus, daß es sich um die polnisch versippten Beamten und Angestellten im Generalgouvernement (Lehrer) handele. Das Reichserziehungsministerium verlange von den Lehrern eine Erklärung, daß sie nicht polnisch versippt sind, da sonst eine Beförderung dieser Leute nicht infrage kommen könne. Eine große Anzahl von ihnen, die ja bereits im früheren Polen gelebt hätten, könne diese Erklärung nicht abgeben.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß diese Frage in besonderen Verhandlungen mit dem Reichserziehungsministerium geklärt werde.

Anschließend berichtet Ministerialdirigent Dr. Emmerich von einem Vortrag, den er beim Vertreter des Reichsministers Speer gehalten habe. Man betrachte dort das Generalgouvernement rein ressortmäßig und verlange eine bestimmte Rüstungsleistung. Die Erkenntnis, daß das Generalgouvernement unmittelbare Leistungen für die Front vollbringe, sei in Berlin nicht Allgemeingut. Er habe in seinem 2stündigen Vortrag die Situation des Generalgouvernements klargelegt.

Präsident Frauendorfer berichtet von einer Besprechung, die er mit dem Gauleiter Sauckel als dem Generalbevollmächtigten im Vierjahresplan für den Arbeitseinsatz gehabt habe. Pläne für das Generalgouvernement seien von dieser Stelle noch nicht gefaßt.

Hierauf erinnert Staatssekretär Dr.Boepple an die rechtzeitige Erstellung der in der letzten Hauptabteilungsleitersitzung angeforderten Arbeitsberichte für den Herrn Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß diese Arbeitsberichte wohl den Inhalt einer kommenden Besprechung beim Führer bilden würden. Die Berichte sollten ein persönlicher Leistungsbericht der einzelnen Abteilungsleiter sein und könnten geheime und reichsgeheime Angaben enthalten.

Nun folgt eine eingehende Aussprache über die von der Hauptabteilung Finanzen beabsichtigten Steuererhöhungen.

1. Grundsteuer:

Dr. Senkowsky führt dazu aus, daß zur Bestreitung gesteigerter Ausgaben für das Rechnungsjahr 1942 zusätzliche Einnahmequellen geschaffen werden müßten. Die neue Grundsteuererhöhung werde insgesamt 150 Mill. Zloty einbringen. Sie betrage durchschnittlich 20 Zloty pro Hektar. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei der Ansicht, daß die Landwirtschaft bzw. die kleineren Bauern nicht in der Lage seien, den neuen Kriegszuschlag zur Grundsteuer zu tragen. Dadurch würden die Bauern gezwungen, noch mehr im Schleichhandel zu verkaufen als bisher; die Hauptabteilung Finanzen und das Amt für Preisbildung seien jedoch davon überzeugt, daß durch diese Maßnahme, den Panjes nur geldliche Mittel abgenommen würden, die sie sich im Schleichhandel durch Forderung stark

überhöhter Preise verdient hätten. Er persönlich glaube, daß die Bauern heute mehr Geld in den Händen hätten wie früher. Das werde auch nicht bestritten, jedoch die Einschränkung gemacht, daß diese Annahme nur auf die Bauern in der Nähe der Städte zutreffe. Bei der verhältnismäßig geringen sonstigen Belastung der kleineren Bauern durch öffentliche Abgaben, spiele diese Mehrbelastung, die der Kriegszuschlag zur Grundsteuer mit sich bringe, keine besondere Rolle.

Hauptabteilungsleiter Naumann geht davon aus, daß die Lage der Landwirtschaft nicht besser geworden sei als zur polnischen Zeit. Es klaffe nicht nur auf dem amtlichen Sektor zwischen Produktionsmittel und landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine große Preisschere, sondern auch auf dem Schleichhandelssektor. Auf letzterem lägen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bei ungefähr 1400 %, während sie bei den Produktionsmitteln 2600 % der amtlichen Preise erreichten. Aufgrund von Erhebungen, die das Betriebswirtschaftliche Institut in Warschau angestellt habe, könne man sagen, daß sowohl die polnischen privaten Großbetriebe wie auch die kleineren Panjes mit Verlusten arbeiteten, da kein direkter Warentausch, sondern ein Tausch über den Zloty durchgeführt werde. Bei Feststellungen, ob die Panjes zur Zurückzahlung von Schulden bereit seien, habe sich ergeben, daß nur diejenigen, die in der Nähe von Städten wohnten, dazu in der Lage seien. Daraus könne geschlossen werden, daß Geld im nennenswerten Umfange nicht vorhanden ist.

Wenn man nun die Grundsteuer nach der bis jetzt alljährlich erfolgten Erhöhung dieses Mal wieder heraufsetze, werde sich folgendes ergeben: entweder werde der Panje von den bisher legal abgelieferten drei Doppelzentnern einen abziehen und im Schleichhandel verkaufen, oder er werde wichtige Betriebsgüter

wie z.B. Saatgut nicht einkaufen. Im ersten Falle ergebe sich auf das ganze Generalgouvernement umgerechnet eine ganze Menge nicht erfaßten Getreides, im zweiten Falle werde die Produktion vermindert. Man sei eben auf die Willigkeit des Panjes angewiesen, dessen Arbeitskraft als Ausgleich für die vielen fehlenden Produktionsmittel aufs äußerste mobilisiert werden müßte. Die beabsichtigte Grundsteuererhöhung werde wohl einen großen Rückschlag auf die Produktionsmöglichkeiten und auf die Ernteerfassung ausüben. Zu prüfen sei, ob man nicht statt dessen, die Preise der Monopolerzeugnisse Salz oder Tabak heraufsetzen könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich streift die Tatsache, daß von der Ernteerfassung die gesamte Wirtschaft des Generalgouvernements abhänge. Wenn sie nicht gelinge, dann müsse man einem Zusammenburch der Wirtschaft entgegensehen. Da man nicht genügend Austauschgüter zur Verfügung habe, wäre die Ausübung eines gewissen Zwanges auf die Bauern zweckmäßig: wer nicht abliefere, habe keinen Anspruch auf Eigentumsrecht. Auf den guten Willen allein dürfe man sich nicht verlassen. Zu überlegen sei, ob sich das System der neuen Steuern nicht etwas verfeinern lasse, indem man z.B. die entlegenen Bergzonen weniger stark belaste, während die günstig gelegenen Gebiete um die Städte herum stärker herangezogen werden könnten.

Bankdirigent Dr. Paersch äußert aufgrund der Ausführungen von Hauptabteilungsleiter Naumann Bedenken, die geplanten Erhöhungen durchzuführen.

Dr. Weh berichtet, daß der Gouverneur von Galizien ebenfalls Einspruch gegen die geplante Steuererhöhung eingelegt habe.

Dr. Senkowsky nimmt zu den Ausführungen des Hauptabteilungsleiters Naumann Stellung. Er führt aus, daß Großbetriebe über 100 Hektar keine Erhöhung zu tragen hätten; ebenso seien sämtliche Liegenschaftsbetriebe u. von Deutschen geleiteten Betriebe davon befreit. Da in der Nähe der Städte die Produktionskosten immer höher seien als in anderen Gegenden, glichen sich die beim Schleichhandel in der Nähe der Städte erzielten Einnahmen im gewissen Umfang aus. Daß beim Schleichhandel immer der Zloty zwischengeschaltet werde, sei nur beschränkt richtig. Wenn der Bauer nur einige Gänse im Schleichhandel verkaufe, könne er damit seine ganzen Grundsteuern bezahlen.

Eine Erhöhung der Tabak- und Branntweinpreise könne er nicht durchführen, da ein ganz erheblicher Prozentsatz der Produktion an die Wehrmacht geliefert werde.

Der Herr Generalgouverneur wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob man nicht die Lieferung von Monopolartikeln an die Wehrmacht einschränken könne mit dem Hinweis, daß das Generalgouvernement zum Zwecke der Erfassung von Lebensmitteln für die Bedürfnisse der Wehrmacht diese Erzeugnisse im grösseren Umfang benötige; jedenfalls müsse bei Verhandlungen mit der Wehrmacht auf diese Tatsache hingewiesen werden.

Hauptabteilungsleiter Naumann kommt auf die Tatsache zu sprechen, daß die Ernteerfassung bis jetzt schon mit großer Strenge durchgeführt worden sei. Wenn man aber mit Enteignungen zu stark vorgehe, ergebe sich die Unmöglichkeit, die enteigneten Felder von anderen bestellen zu lassen, sodaß dadurch ein Produktionsrückgang eintrete. Da man Textilien für das Prämiensystem im bisherigen Umfang nicht mehr zur

Verfügung habe, wäre es zweckmäßig, wenn die Monopole mehr Erzeugnisse bereitstellen würden.

Präsident Senkowsky erwidert darauf, daßder Wert der Monopolerzeugnisse infolge geringerer Verteilung steige, daß man also für geringere Prämien, die gleiche Ablieferungsleistung der Bauern verlangen könne. Er werde der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die benötigten Mengen zur Verfügung stellen können. Die Erträgnisse aus dem Salzmonopol seien zu gering,um aus einer noch so starken Erhöhung nennenswerte Mehreinnahmen zu erzielen. Einer Verfeinerung in der steuerlichen Belastung sei durch die Einteilung in Bonitätsklassen Rechnung getragen. Eine weitere Verfeinerung sei unnötig, da sie praktisch für den einzelnen Panje nur eine Entlastung von 2 bis 3 Zloty mit sich bringe.

Der Herr Generalgouverneur will die ausreichende Belieferung der Landwirtschaft mit Monopolerzeugnissen zum Zwecke der Ernteerfassung als einen Ausgleich für die beabsichtigte Steuererhöhung durchgeführt sehen. Mit seiner Anregung, die Steuer in 2 Raten einzuziehen, erklärt sich Dr. Senkowsky einverstanden.

Bankdirigent Paersch erinnert noch daran, daß im Reich die Frage der Steuererhöhungen außerordentlich vorsichtig angepackt werde. Im Generalgouvernement werde sich bei dem jetzigen Steuersatz von 750 % der Vorkriegssteuern unweigerlich eine weitere Preiserhöhung einstellen; auch die Ernteerfassung werde davon nachteilige Folgen zu spüren bekommen.

Der Herr Generalgouverneur ist bereit, den Verordnungsentwurf zu unterzeichnen, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß eine weitere Erhöhung in Zukunft nicht mehr infrage kommen könne. Über die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beantragten Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte, über die er wohl positiv entscheiden werde, und über die landwirtschaftliche Zentralstelle wird eine neue Besprechung für die nächsten Tage angesetzt.

Die Veröffentlichung der Preiserhöhungsverordnung solle im Benehmen mit Präsident Ohlenbusch propagandistisch sehr geschickt aufgezogen werden; vielleicht sei es zweckmäßig, bei ihrer Veröffentlichung die absoluten Zahlen anzuführen und evtl. darauf hinzuweisen, daß diese Erhöhung nur 20 Zloty pro Hektar betrage.

Zum nächsten Punkt der Einführung eines Kriegszuschlages zur Einwohnerabgabe macht Präsident Dr. Senkowsky nähere Ausführungen. Der Entwurf sehe die Erhebung eines Kriegszuschlags von 100 bzw. 200 % des Grundbetrages der Einwohnerabgabe und die Befreiung der Deutschen von derselben vor. Die polnischen Lohnarbeiter mit einem Einkommen bis zu 400 Zloty würden von der neuen Steuererhöhung nicht betroffen. Die daraus sich ergebenden Beträge könne man noch nicht abschätzen. Sie würden in erster Linie für die Deckung verschiedener notleidender Gemeindehaushalte benötigt, um die dafür bisher ausgeworfenen Staatsmittel für andere Zwecke frei zu machen.

Ministerialrat Dr.Siebert will die Erhöhung, die wohl eine weitere Verelendung der Polen mit sich bringe, in der Weise durchgeführt sehen, daß man den einzelnen Gemeinden einen Kriegsbeitrag auferlege;

auf diese Weise sei es dann den einzelnen Gemeindeverbänden überlassen, innerhalb ihrer Haushalte Einsparungen für diese Zwecke vorzunehmen. Auch treffe dann das Odium der Erhöhung nicht die deutsche Verwaltung.

Bankdirigent Dr. Paersch weist auf die Tatsache hin, daß in der Begründung der Steuererhöhungen kein Unterschied gemacht werde zwischen der Auswirkung auf die Festbesoldeten und die Nichtfestbesoldeten. Die wirtschaftliche Lage der ersteren sei wesentlich schlechter.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bringt den Einspruch des Gouverneurs von Galizien vor, der eine mit 100 % beginnende Erhöhung erst für das Jahr 1943 vorschlage. Der Gouverneur erkläre, daß man den Distrikt Galizien in dieser Beziehung nicht schon jetzt den übrigen Distrikten des Generalgouvernements gleichstellen dürfe.

Darauf erwidert Dr. Senkowsky, daß die Tariflöhne für Galizien dieselben seien wie im übrigen Generalgouvernement. Gerade Galizien habe den höchsten Finanzbedarf. Es sei nicht zweckmäßig, erst im nächsten Jahr in Galizien an eine Erhöhung heranzugehen. Auf einen von Dr. Siebert vorgeschlagenen Gemeindebeitrag müsse man vielleicht später noch zurückkommen. Es sei Tatsache, daß die Gemeinden die höchsten Bankguthaben besäßen. Der neue Zuschlag zur Einwohnerabgabe verfolge auch noch den zweiten Zweck, den Ausfall aus dem Minderverkauf den an Monopolerzeugnissen an die polnische Bevölkerung hereinzubringen. Der Pole sei durch die Unmöglichkeit, Zigaretten oder Schnaps zu kaufen, von der Kriegssteuer auf diese Artikel befreit.

Der Herr Generalgouverneur glaubt nicht, daß durch die beabsichtigte Erhöhung eine weitere Verelendung der Polen eintrete, da die niederen Einkommen von ihr nicht betroffen werden. Die Lage der Festbesoldeten sei katastrophal; vielleicht könne man im Laufe der Zeit an eine gehaltliche Besserstellung denken. Was den Einspruch des Gouverneurs von Galizien betreffe, so halte er es im Interesse der Einheitlichkeit des Generalgouvernements nicht für zweckmäßig, Unterschiede zu machen.

Lohnsteuererhöhung:

Dr. Senkowsky führt aus, daß der Entwurf der neuen Lohnsteuererhöhung in seinem ersten Teil einen Vergünstigungstarif für Deutsche und im zweiten Teil eine Annäherung der Belastung der Nichtdeutschen an die Belastung der Nichtdeutschen im Reich beinhalte. Gegen den ersten Teil sei kein Einspruch erhoben worden,wenn man nicht den der Hauptabteilung Eisenbahn als solchen ansehen wolle. Sie wünsche, daß bei den deutschen Arbeitnehmern kein Unterschied gemacht werde, ob sie in das Generalgouvernement versetzt, hier direkt angestellt oder nach hier abgeordnet seien; der Unterschied, der ja auch einen Anreiz zu Versetzungen ins Generalgouvernement bezwecken solle, lasse sich nicht vermeiden. Da das Reichsfinanzministerium gegen eine steuerliche Begünstigung sei, müsse man auf einen Einspruch von dieser Seite gefaßt sein.

Präsident Gerteis, erklärt dazu, daß die Zeit für Versetzungen noch nicht reif sei. Übersiedlungen ins Generalgouvernement wären noch nicht möglich. Die Bezüge von den in den eingegliederten Ostgebieten tätigen Beamten und Angestellten lägen höher als im Generalgouvernement. Aus diesen Gründen solle man die steuerliche Begünstigung allen ohne Rücksicht darauf, ob sie versetzt oder abgeordnet

seien, zukommen lassen.

Präsident Dr. Emmerich äußert gegen eine Erhöhung der Lohnsteuer Bedenken im Hinblick darauf, daß dadurch eine stärkere Betätigung der Festbesoldeten mit höherem Einkommen im Schleichhandel folgen werde. Er rege die Wiedererstattung der bezahlten höheren Steuersätze an die im öffentlichen Dienst Beschäftigten an.

Präsident Dr. Frauendorfer hält jede Steuererhöhung für unzweckmäßig, da das Mißverhältnis zwischen Lohn und Kaufkraft bereits ungeheuer groß sei. Die Arbeitsunlust werde noch weiter steigen und die Vermittlung von Arbeitern in kriegswichtigen Betrieben werde noch schwieriger werden. Während im Reich jeder Arbeiter mit seinem Lohn seinen Lebensunterhalt leicht bestreiten könne, sei das im Generalgouvernement nicht mehr der Fall. Da das Generalgouvernement unmittelbar kriegswichtige Aufgaben zu erfüllen habe, müsse alles getan werden, um die jetzige Effektivstärke dieses Gebietes möglichst zu heben. Dafür müsse man selbst eine Verschuldung des Generalgouvernements in Kauf nehmen.

Dr. Senkowsky legt daraufhin eine Tabelle über die Verschuldung des Generalgouvernements vor.

Der Herr Generalgouverneur faßt als Ergebnis der Aussprache zusammen, daß diese Erhöhung der Steuern das Äußerste sei, was das Land, unter Aufbietung aller Kräfte, leisten könne. Man müsse alles tun, um dem Reich zu helfen. Nach Einführung dieser Steuererhöhungen sei eine weitere steuerliche Belastung undenkbar. Die Hauptabteilung Finanzen

müsse mit den jetzigen Einnahmen auskommen. Der Wehrbeitrag für das Jahr 1942 könne erst festgesetzt werden, wenn sich die kommende Entwicklung übersehen lasse. Auch eine absolute Drosselung des Polizeietats erweise sich als dringend notwendig.

Die Entwicklung im Generalgouvernement gestatte die Durchführung einer geordneten Wirtschaftspolitik nicht mehr; die Lebenslage der einheimischen Bevölkerung gebe zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Das Generalgouvernement sei bald nicht mehr in der Lage, dem Reich Produkte, die man zur Inganghaltung der eigenen Wirtschaft brauche, in einer die eigene Wirtschaft gefährdenden Weise zu liefern. Zu überlegen sei, ob man nicht angesichts der katastrophalen Entwicklung der Lebenslage im Generalgouvernement zu einer gewissen Abschreibung der Lieferungen an die Wehrmacht schreiten müsse.

Über die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beantragten Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte wie auch über die Reprivatisierung in Galizien, deren Lösung ein dringliches Problem sei, müsse demnächst eine gesonderte Besprechung stattfinden.

Hauptabteilungsleiter Naumann nimmt auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs noch kurz Stellung zur gegenwärtigen Ernährungslage und zur Lage in der Landwirtschaft. Den Anschluß an die nächste Ernte werde man gerade erreichen. Es fehlten vor allem Kartoffeln; bis zu 30 % seien in den Mieten verdorben. Nach Galizien müsse man 35 000 t Saatkartoffeln transportieren. Die Wehrmacht erhalte 136 000 t. Weiter müsse man zusätzlich 130 000 polnische Arbeiter, die im Dienst der Wehrmacht ständen, versorgen. Den Brotrationssatz von 1050 gr wöchentlich hoffe man aufrecht zu erhalten.

An Arbeitskräften fehle es in der Landwirtschaft

des Generalgouvernements noch nicht. Die Betriebsmittel wären nicht ausreichend. Die Wehrmacht habe bisher von der Landwirtschaft des Generalgouvernements 17 000 Pferde ausgehoben. Von den 500 bestellten Traktoren würden zur Zeit täglich 6 anrollen. In Galizien arbeiteten 600 Großbetriebe bereits wieder voll. Die nötigen Maschinen hoffe man zu bekommen. Eine bessere Ernte als die vorjährige könne man nicht erwarten. Es fehlten in Galizien 8 000 t Stickstoff, da die Wehrmacht die ganze Erzeugung für ihre Zwecke beanspruche. Die Frühjahrsbestellung werde man aber so recht und schlecht durchführen können.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Emmerich um den Entwurf eines Telegramms an Reichsminister Speer zu dem Zweck, die Stickstoff-Produktion in Galizien in den nächsten Monaten für die Bedürfnisse der Landwirtschaft frei zu bekommen.

Zolltarif:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh berichtet, daß die Verordnung über die Einführung eines Ein- und Ausfuhrzolltarifs vom Herrn Generalgouverneur bereits vor einiger Zeit unterzeichnet worden sei. Nun habe sich das Reichswirtschaftsministerium eingeschaltet und die damalige Regelung als nicht zweckmäßig bezeichnet und einige Abänderungen vorgeschlagen, die aber praktisch zollpolitisch nichts ändern würden; der Zolltarif müsse nur rein darstellungsmäßig anders aussehen. Für die Abänderung der Verordnung sei aber das Einverständnis des Herrn Generalgouverneurs nötig.

Da auch Präsident Dr. Senkowsky erklärte, daß sich rein praktisch nichts ändere an dem Zolltarif, ist der Herr Generalgouverneur mit der Vornahme der

der Abänderung einverstanden.

Bei dieser Gelegenheit bezeichnet Dr. Senkowsky die Einnahme aus den Zöllen mit jährlich 90 Mill; sie stiegen aber von Monat zu Monat. Die Zollgrenzen des Generalgouvernements seien alle besetzt. Er hoffe, daßder neue Zolltarif, der eine starke Arbeitsentlastung bedeute, am ersten Juli in Kraft treten könne.

Schluß der Sitzung 19 Uhr 20 Minuten.

Hauptabteilungsleitersitzung im Kleinen Sitzungssaal der Regierung am 28.April 1942.

Teilnehmer : siehe Anwesenheitsliste !

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 30

1. Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Ausführungen der Gouverneure in der letzten Regierungssitzung.

2. Beförderungsrichtlinien.

Beide Punkte der Tagesordnung wurden nicht protokolliert.

3. Neue Preisvorschläge der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Die Erörterung dieses Punktes wird bis Freitag zurückgestellt.

4. Sonderzuteilungen von Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen:

Hauptabteilungsleiter Naumann führt dazu aus, dass die bisher im Generalgouvernement geübte Praxis von einem diesbezüglichen Erlass des Führers abweiche und dass durch diesen Erlass die Beamten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die die Anträge auf Sonderzuteilungen genehmigen oder ablehnen müssten, sich widersprechende Verfügungen an der Hand hätten. Er bitte um Festsetzung der Linie, wie in Zukunft die Sonderzuteilungen 1) en bloc und 2) an einzelne Persönlichkeiten gehandhabt werden sollen. Er habe bereits am 23.4. dem Herrn Staatssekretär den Entwurf eines Erlasses eingereicht, demzufolge sämtliche Sonderzuteilungen von Lebensmitteln, Monopolartikel, Textilien usw. verboten

und notwendige Zuteilungen von einer Genehmigung des Staatssekretärs abhängig gemacht werden sollen. Für den letzteren Fall müsse ein Kreis derjenigen festgelegt werden, die für Repräsentationszwecke Sonderzuteilungen erhalten müssten; er denke dabei an den Herrn Generalgouverneur, die Staatssekretäre, Hauptabteilungsleiter und Gouverneur e. Über die Menge der für diese Zwecke zur Verfügung zu stellenden Waren müsse man sich noch einigen.

Die Tatsache, dass von verschiedenen Atteilungen Sonderzuwendungen gemacht worden sind, erklärt Hauptabteilungsleiter Naumann damit, dass manche Dienststellen noch über gewisse Bestände verfügten, die sie trotz Aufforderung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft nicht angemeldet hätten. Mit diesen Zuteilungen müsse aber Schluss gemacht werden, da sie nur Neid und Verärgerung bei den damit nicht Bedachten erregten.

Einen Einwand von Staatssekretär Dr.Bühler, dass von seiten der Hauptabteilung Ernähmung und Landwirtschaft der Stadtverwaltung Krakau grosse Zuwendungen gemacht worden seien, entkräftigt Hauptabteilungsleiter Naumann mit dem Hinweis, dass die Stadt aus dem Jahre 1939 noch über Bestände verfügt habe, von deren Vorhandensein sie der Hauptabteilung keine Mitteilung gemacht habe. Ebenso verfüge Warschau noch über gewisse Bestände.

Eine Anregung von Ministerialrat Dr.Siebert, dass die Sonderzuteilungen nach dem Vorbild des Reiches zentral von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in jedem einzelnen Fall genehmigt werden sollen, will Hauptabteilungsleiter Naumann nicht in die Tat umgesetzt sehen.

Auch Präsident Gertweis begrüsst die von der Hauptabteilung E.u.L.vorgeschlagene Regelung, da dadurch viel Neid und Verärgerung beiseite geschafft würde.

Bei Repräsentationsveranstaltungen sollten die Einladungen in bescheidenem Rahmen gehalten werden.

Staatssekretär Dr.Boepple weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass es im Reich und auch in verschiedenen Orten des Generalgouvernements immer noch Brötchen gebe, während in Krakau nur Schwarzbrot zu erhalten sei.

Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt dazu, dass an sich ab 1.März auf Grund einer Verfügung nur schwarzes Brot hergestellt werden dürfe. Manche Distrikte hätten bereits schon vor diesem Termin mit der Herstellung von schwärzeren Brot für die Polen begonnen und auf diese Weise für die Deutschen Weissmehl erspart. Es sei natürlich ganz klar, dass in Krakau mit seinen Tausenden von Deutschen diese Bestände schneller aufgebraucht seien als in den anderen Distrikten. Weiterhin sei die Kontrolle über die oben genannte Verfügung sehr schwer; bei der E.u.L. liefen immer wieder Beschwerden ein, dass die Regierungsanordnungen in den Kreisen nicht beachtet werden.

Den Hinweis von Staatssekretär Dr.Boepple, dass in den polnischen Cafès Weissbrot und viele andere bewirtschaftete Waren zu erhalten seien, beantwortet Hauptabteilungsleiter Naumann mit der Erklärung, dass es sich in diesen Fällen immer um Schleichhandelsware handle, die die deutsche Verwaltung nicht erfassen könne.

<u>B-Karte für polnische Hausangestellte</u> in deutschen Haushalten : Präsident Gerteis und Präsident Dr.Eissfeldt geben die Anregung, den polnischen Hausangestellten in deutschen Familien die Zusatzkarte B zu gewähren, da deren Normalkarte für ihren Unterhalt nicht ausreiche. Die Deutschen wären gezwungen, entweder dem Mädchen von ihren Lebensmitteln etwas abzugeben und zusätzlich im Schleichhandel zu kaufen oder auf polnische Bedienstete zu verzichten. Oft liefen die Mädchen von ihren deutschen Arbeitgebern weg und gingen zu Polen, weil sie bei diesen mehr zu essen bekämen. Die deutschen Beamten und Angestellten müssten sich nun selbst um ihr tägliches Leben kümmern, was viel

von ihrer Zeit beanspruche und auch ungünstige Auswirkungen auf ihre Arbeitskraft habe.

Hauptabteilungsleiter Naumann sieht die Notwendigkeit der Durchführung einer solchen Regelung ein und ist grundsätzlich mit ihr einverstanden, weist aber darauf hin, dass dauernd neue Anforderungen an die E.u.L. herangetragen würden. Auch die neue Erfassung laufe nicht so an wie im vergangenen Jahr ; der Grund hierfür liege wohl in den zurückgeschraubten Prämien.

Auf Anregung soll die vorgeschlagene Regelung der B.-Karten an die polnischen Hausangestellten regional durchgeführt werden, indem in den Grosstädten die Deutschen über ihre Dienststellen für ihre polnischen Hausangestellten die B-Karten zugeteilt wrhalten sollten.

Bei dieser Gelegenheit weist Präsident Dr.Frauendorfer auf die schlechte Versorgung der Polen in deutschen Diensten hin. Man müsse unbedingt erreichen, dass man dieser Kategorie wenigstens einmal täglich eine warme Mahlzeit zu normalen Preisen verabreichen könne; Dem Herrn Staatssekretär werde er demnächst Vorschläge unterbreiten. Auch Präsident Watzke schliesst sich dieser Auffassung an.

Staatssekretär Dr.Bühler fast als Ergebnis zusammen , dass von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein neuer Entwurf über die Regelung der Sonderzuteilungen vorgelegt wird.

Beginn der Dienstzeit : In einer Aussprache wird ein früherer und ein späterer Dienstbeginn wie bisher angeregt. Staatssekretär Dr.Bühler erklärt, dass in einer Kleinstadt erfahrungsgemäss die geteilte Dienstzeit die geeignetste sei. Bankdirigent Paersch weist daraufhin, dass die Arbeitszeitverlängerung im Reich nicht eingeführt werde; in dieser Beziehung habe das Generalgouvernement Vorarbeit geleistet.

Urlaubszeit : Auf Anfrage erklärt Staatssekretär Dr. Bühler, dass die Ausführungsbestimmungen des Generalgouvernements zu den neuen Urlaubsbestimmungen des Reiches im Entwurf vorlägen; ganz entschieden sei jedoch noch nicht die Frage, ob man nicht, da der Erholungsurlaub durch die neue Regelung wieder gekürzt werde, die Regelurlaube ~~nicht~~ wieder um einen vermehren solle.

Einsetzung von Betriebsobmännern: Staatssekretär Dr. Bühler erklärt auf Anfrage von Präsident Dr.Gerteis , dass auf Grund einer Besprechung Parteigenosse Dr.Fraundorfer für die Einsetzung von Betriebsobmännern innerhalb der staatlichen Gefolgschaft zuständig sei. Die Ernennung dürfe nicht einseitig vom Parteisektor aus erfolgen.

Präsident Dr.Frauendorfer berichtet dazu, dass die Angelegenheit im Anrollen sei und dass er demnächst einen Entwurf einer Verordnung, derzufolge die Partei die Obmänner ernennen könne und die Regierung diese Ernennungen bestätigen müsse, vorlegen werde.

4. Leistungskampf der Betriebe:

Präsident Dr.Eissfeldt führt dazu aus, dass im Aufruf der Partei di e Rede davon sei, dass auch die Dienststellen der Verwaltung am Leistungswettkampf teilnehmen würden. Das sei aber im Reich nicht der Fall, insbesondere die Reichsforstverwaltung habe noch nie daran teilgenommen. Die Angelegenheit bedürfe einer Klärung.

Staatssekretär Dr.Bühler weist darauf hin, dass man damals überein gekommen sei, dass sich vorerst nur die Deutsche Post Osten beteiligen solle; man habe aber nicht darüber gesprochen, welche Dienststellen noch hinzutreten sollen.

Präsident Lauxmann zeigt in längeren Ausführungen die Gründe auf, die die Deutsche Post Osten zur Teilnahme am Leistungswettkampf der Betriebe bewogen. Ihr sei es darauf angekommen, in den Ämtern eine gut funktionierende Betriebsordnung einzuführen , mit deren Hilfe eine gewisse Leistungssteigerung zu erreichen sei.

Präsident Dr.Senkowski hält den Zeitpunkt für eine Aktion zur betrieblichen Leistungssteigerung für zu spät, da sämtliche polnischen Betriebe unter deutscher Leitung ohnehin schon auf Hochtouren arbeiteten.

Präsident Dr.Frauendorfer weist darauf hin, dass die Partei den Standpunkt vertrete, dass unter die Menschenführung der Partei auch die Polen und Ukrainer fallen müssten; sie vertrete also zu sehr den DAF:Standpunkt des Reiches.

Nach Aussprache, in der es abgelehnt wird, das soziale Momment den Polen gegenüber zu sehr in den Vordergrund zu rücken, und in der man zu dem Ergebnis kommt, dass durch eine Teilnahme am Leistungskampf eine Leistungssteigerung im gegenwärtigem Zeitpunkt nicht erzielt werden kann, bestimmt der Herr Staatssekretär, dass die staatlichen und wirtschaftlichen Betriebe am Leistungswettkampf nur dann teilnehmen könnten, wenn sie von ihm die Genehmigung eingeholt und bekommen hätten; in diesem Jahre werde mann von einer Beteiligung im grossen und ganzen absehen. Er werde die Entscheidung der Regierung überhaut Hauptabschnittsleiter Stahl dem Schulungsamt der Partei mitteilen.

Schluss der Sitzung 18 Uhr 20

Fünfte Arbeitsbesprechung
der
Hauptabteilungspräsidenten
Montag, den 11. Mai 1942 im Regierungsgebäude

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. StaatssekretÄr Dr. Bühler
2. Dr. Weh
3. z.d. Akten d. Kanzl. des Generalgouverneurs

Krakau, den 13. Mai 1942

Beginn der Sitzung 15 Uhr 40 Minuten

Staatssekretär Dr. Bühler begrüßt den an der Sitzung teilnehmenden Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Er weist sodann darauf hin, daß nach einer Führerverordnung vom 14. März 1942 und einer dazu erlassenen Ausführungsverordnung jede Erhöhung der Preise verboten und auch für das Generalgouvernement der absolute Zwang gegeben sei, an dem gegenwärtigen Preisstand festzuhalten.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt einen Überblick über die Änderung der Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Der Preis für Roggen werde im Interesse der Aufrechterhaltung des Brotpreises nicht erhöht. Der Preis für Weizen werde von 32 auf 34 Zloty ℔ kg erhöht. Eine Erhöhung des Mehlpreises sei angesichts der höheren Ausmalung nicht notwendig. Der Gerstepreis erhöhe sich von 22 auf 30 Zloty ℔ kg. Bei der Bierherstellung wirke sich die Preiserhöhung nicht aus, da die Herabsetzung des Stammwürzegehaltes und eine voraussichtlich ausreichende Zuteilung von Braugerste die Aufrechterhaltung des bisherigen Preises ermögliche. Für Graupen trete eine Preiserhöhung von 60 auf 70 Groschen je Kilogramm ein. Der Haferpreis erhöhe sich von 22 auf 24 Zloty, der Preis für Raps von 80 auf 90 Zloty. Erhöhte Frachtkosten bedingten weiter eine Heraufsetzung des Preises für Margarine von 5 auf 5,50 Zloty. Bei den Kartoffeln erhöhe sich der Preis von 6 bzw. 7 Zloty auf 8 bzw. 9 Zloty, je nach dem es sich um Früh- oder Spätkartoffeln handele. Bei Zuckerrüben trete eine Erhöhung des Erzeugerpreises von 5,75 auf 7 Zloty ein, was eine Erhöhung des Verbraucherpreises von 1,60 auf 1,70 Zloty je Kilogramm bedinge. An den Milch- und Viehpreisen werde nichts geändert.

11.5.1942

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Auffassung Ausdruck, daß sich diese Preiserhöhungen in einem Rahmen hielten, der sich auch für kleine Einkommen nicht allzu schwer fühlbar mache.

Sicherheitslage im Generalgouvernement

Staatssekretär Dr. Bühler wiederholt seine in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung, daß die Lage zwar gespannt sei, aber keinerlei Grund zu einer Beunruhigung bestehe. Was die jüngsten Vorkommnisse im Osten des Generalgouvernements angehe, so sei er auf Grund neuester Nachrichten der Überzeugung, daß es sich hier um eine bewußte Sabotagetätigkeit handle, welche von russischen Agenten betrieben werde. Vorfälle solcher Art wären besonders im Eisenbahnverkehr zu verzeichnen. Besonders stark sei offenbar dieses Bandenunwesen im Distrikt Lublin. Die Tatsache, daß bei Überfällen auf Amtskassen namhafte Beträge geraubt würden, lasse den Verdacht gerechtfertigt erscheinen, daß sich die Widerstandsbewegung auf diese Weise finanziere. Jedenfalls müsse mit allen Mitteln versucht werden, Klarheit über diese Vorkommnisse zu erhalten. Falls die Polizei nicht ausreiche, werde die Wehrmacht dafür interessiert werden müssen.

Präsident Gerteis gibt hierauf eine Schilderung von Überfällen auf Eisenbahntransporte.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die Auswirkung solcher Überfälle sich nicht nur auf das Transportwesen erstrecke, sondern auch auf die Landwirtschaft und auf den Arbeitseinsatz. Jedenfalls werde es seine Sorge sein, Klarheit über diese Zustände zu schaffen.

11.5.1942

Arbeitseinsatz

Wie Staatssekretär Dr. Bühler mitteilt, soll neuen Nachrichten zufolge geplant sein, die Judenghettos aufzulösen, die arbeitsfähigen Juden zu behalten und die übrigen weiter nach dem Osten abzuschieben. Die arbeitsfähigen Juden sollten in mehreren großen Konzentrationslagern untergebracht werden, die sich im Mittelpunkt der Produktion befünden. Diese Planung sehe zwar zunächst sehr bestechend aus, bei näherer Kenntnis der Verhältnisse könne man aber nur der Auffassung sein, daß mit einer Verwirklichung dieses Planes der Schaden, der durch die Zerstürung bisheriger Organisationsformen entstehen werde, ein Mehrfaches des Nutzens betragen werde, den man sich von einer solchen Maßnahme verspreche. Jedenfalls werde seiner Auffassung nach eine solche Planung zur Zeit keine Erleichterung bringen. Die Hoffnung, mit einer solchen Maßnahme etwa polnische Arbeitskräfte in größerer Zahl für das Reich freizumachen, werde sich kaum erfüllen. Eine Umfrage bei den 27 ooo Rüstungsarbeitern habe ergeben, daß sich nur 42 freiwillig für die Arbeit in Deutschland gemeldet hätten. Wolle man aber mit polizeilichem Zwang arbeiten, dann werde das die Folge haben, daß die Arbeiter vielfach nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, weil sie besorgt sein, ins Reich abtransportiert zu werden.

Eine weitere aus dem Reich kommende Anregung sei die, in den größeren Städten eine Fangaktion gegenüber der auf der Straße befindlichen Bevölkerung in die Wege zu leiten. Mit einer solchen Maßnahme hoffe man 52 ooo Arbeitskräfte zu erhalten. Alle solche Gedankengänge seien völlig abwegig, und wenn man wirklich versuchen wollte, derartige Maßnahmen durchzuführen, dann würde man mit absoluter Sicherheit den Nachschub für die Front gefährden.

11.5.1942

Vereinfachung der Verwaltung

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Erwartung Ausdruck, daß in der nächsten Regierungssitzung Vorschläge darüber gemacht werden könnten, wie die Vereinfachung nun in die Wirklichkeit umgesetzt werden könne. Im Reich sei man sich wohl nicht darüber klar, mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten die Verwaltung im Generalgouvernement zu kämpfen habe. Nur ein geringer Teil der in den obersten Behörden arbeitenden Beamten sei wirklich in der Lage eine derartige leitende Tätigkeit auszufüllen. Wenn es trotzdem gelungen sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, so sei das nur auf den unermüdlichen Eifer und das Pflichtbewußtsein der wenigen hier eingesetzten führenden Beamten zurückzuführen. Eine Vereinfachung der Verwaltung werde im Generalgouvernement anders anssehen als im Reich.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß er kürzlich einen Runderlaß über die

Teilnahme der öffentlichen Betriebe am Leistungskampf

unterzeichnet habe.

SA-Wehrmannschaften

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf den Erlaß des Herrn Generalgouverneurs, nach welchem sich jeder Deutsche im Generalgouvernement in der SA-Wehrmannschaft zu beteiligen habe. Seines Wissens sei Sorge dafür getragen, daß keine Häufung von Dienstverpflichtungen auf dem Sektor der Partei und der Gliederungen eintrete. Er halte es nicht für möglich, daß der leitende und sonst schwer mit Pflichten überhäufte Beamte in gleicher Weise zu diesem Dienst herangezogen werde wie etwa der untere Beamte, der mit dem Glockenschlag seinen

Dienst beendigen könne, weiter keine Verantwortung trage und sehr wohl in der Lage sei, körperliche Ertüchtigung zu treiben. Er habe deshalb folgende Vereinbarung mit SA-Oberführer Peltz getroffen:

1. Beamte und Angestellte, die als Offiziere oder Unteroffiziere der Wehrmacht bereits angehört haben, sollen nicht wie der nicht ausgebildete Mann in Reih' und Glied diesen Dienst mitmachen, sondern sie sind für den Einsatz als Führer und Unterführer in der SA-Wehrgemeinschaft vorzusehen.

2. Ein noch näher zu bestimmendes Gremium von leitenden Beamten und Verantwortungsträgern wird von der Dienstverpflichtung im allgemeinen Rahmen ausgenommen werden. Für diesen Kreis von Beamten werden Sonderübungen besonders im Schießen und in der praktischen Ertüchtigung, die in gewissen Zeitabständen stattfinden, einzurichten sein.

Präsident Gerteis bemerkt, daß er ebenfalls mit SA-Oberführer Peltz über den Einsatz der deutschen Eisenbahnbediensteten gesprochen habe. Im Reich sei bekanntlich das gesamte Betriebspersonal vom SA-Dienst freigestellt. Im Generalgouvernement lägen die Verhältnisse anders. Wie die kürzlich vorgekommenen Überfälle auf Angehörige der Ostbahn gezeigt hätten, müsse unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß eine Selbstverteidigung der Bahnanlagen ermöglicht werde. Angesichts der unzulänglichen Zahl der deutschen Bahnschutzpolizei bedürfe es der Schaffung einer Reserve, die jederzeit alarmbereit sei und aus dem Verwaltungsdienst genommen werden müsse. Er habe deshalb mit

6

11.5.1942

SA-Oberführer Peltz vereinbart, daß der Dienst den Belangen der Ostbahn angepaßt werden müsse. Innerhalb der SA würden von der Ostbahn besondere Stürme, Trupps oder Scharen gebildet werden, die unter SA-Führern bzw. Offizieren bzw. Unteroffizieren ihren SA-Dienst verrichteten.

Präsident Lauxmann teilt mit, daß eine ähnliche Vereinbarung auch hinsichtlich der Postbeamten getroffen worden sei.

Geheimhaltung

Staatssekretär Dr. Bühler gibt Kenntnis von einem neuerdings eingegangenen Schreiben des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei, in welchem auf die wichtige Pflicht der Geheimhaltung hingewiesen wird. Den Berufsbeamten wie auch den Angestellten, die zur Geheimhaltung verpflichtet seien, sei es verboten über Dinge, die ihren dienstlichen Kreis berührten und geheimer Natur seien, zu sprechen. Das Verbot beziehe sich nicht nur auf Dinge, die den Beamten und Angestellten konkret als Geheimsache bekannt geworden seien, sondern auch auf Mutmaßungen über militärische Pläne usw.. Er bitte jeden Abteilungspräsidenten, in seinem Geschäftsbereich Maßnahmen zu treffen, mit denen die Geheimhaltung unbedingt gewährleistet werde.

Präsident Dr. Lauxmann gibt hierauf eine kurze Darstellung der

postalischen Verhältnisse
im Generalgouvernement.

Er schildert dabei insbesondere, wie sich die Preis verhältnisse des Generalgouvernements auf die Postver-

Waltung auswirkten. Trotz der zweieinhalb bis zehnfach höheren Preise im Generalgouvernement sei er vielfach gezwungen, hiesige Unternehmer heranzuziehen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt in diesem Zusammenhang bekannt, daß er nunmehr entschlossen sei, die

Zentralstelle für öffentliche Aufträge

ins Leben zu rufen und zu mobilisieren. Wenn er sich auch dessen bewußt sei, daß dadurch für die Eisenbahnverwaltung, die Postverwaltung und sonstige große Bedarfssektoren Unannehmlichkeiten entständen, so hoffe er doch, daß sie wesentlich reduziert werden könnten und die Vorteile einer solchen Einrichtung größer sein werden. Die Tatsache, daß die Aufträge in keiner Weise gesammelt, kontrolliert und übersehen werden könnten, führe zwangsläufig zu Preisüberforderungen. Auch würden zu solchen Aufträgen Unternehmer herangezogen, die weder über die notwendigen Rohstoffe noch über die sonstigen Produktions- und Arbeitsmittel verfügten.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist darauf hin, daß es Zentralstellen für öffentliche Aufträge in allen Gebieten gäbe. Gewiß werde die eine oder andere Stelle in der Zwischenschaltung einer solchen Zentralstelle eine Erschwernis erblicken. Es müsse nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um im Einzelfalle dem öffentlichen Auftraggeber, wo es angehe und der Überblick nicht gefährdet werde, einen gewissen Spielraum zu geben, ihm unter Umständen die Weiterbenutzung einer schon eingefahrenen Geschäftsverbindung zu gestatten. Andererseits ermögliche aber die Funktion einer solchen Zentralstelle keinen Gesamtüberblick, wenn ein großer Teil dieser öffentlichen Aufträge von der Meldepflicht ausgeschaltet bleibe. Die Zentralstelle werde sich

besonders für solche Dienststellen als sehr nützlich erweisen, die keinen engen Kontakt hätten. Vor allem müsse die Zentralstelle dafür sorgen, daß nicht die Dienststelle billigere Preise erhalte, eine andere aber alles teuer bezahlen müsse, was angesichts des Umfanges der Wehrmachtsaufträge durchaus möglich wäre. Soweit es sich um Rüstungsbetriebe handle, die über den zivilen Sektor verfügten, ließen sich diese Dinge durch Absprache mit der Rüstungsinspektion regeln.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh betont, daß nach dem Verordnungsentwurf die Zentralstelle nur beratende Funktionen habe. Ein Zwang bestehe nur insofern, als alle Unternehmungen Aufträge von einer bestimmten Größe anzeigen müßten.

Präsident Gerteis schildert die Schwierigkeiten, mit denen gerade die Verwaltung der Ostbahn hinsichtlich der Erteilung von Aufträgen größeren Umfanges zu kämpfen habe. Hinzu komme, daß zur Zeit im Reich eine Umorganisation geschaffen werde, weil man erkannt habe, daß die Verhältnisse so nicht bleiben könnten. Es müsse daher eine größere Verantwortung des einzelnen Auftraggebers und Auftragnehmers eintreten. Man habe deshalb einen Hauptausschuß eingerichtet, der das gesamte Kontingentswesen bearbeiten solle.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bemerkt, daß als Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Zentralstelle ein Fall angeführt worden sei, in welchem ein Auftrag ins Reich gegeben worden sei, der unter Berücksichtigung der Kriegswichtigkeit unter keinen Umständen dorthin hätte gegeben werden dürfen.

11.5.1942

Abteilungspräsident Naumann schildert die Schwierigkeiten, mit denen seine Abteilung angesichts der scharfen Konkurrenz des Ostlandes bei der Beschaffung mit Materialien usw. zu kämpfen habe.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß man ja nicht immer unter dem Druck solcher Riesenaufträge stehen werde. Es werde eine Zeit kommen, in der auch die großen Verwaltungen ihren Bedarf zum größten Teil im Generalgouvernement decken könnten. Die Bildung dieser Zentralstelle könne jedenfalls deswegen nicht unterbleiben, weil sie zur Zeit nicht alle Wünsche die im Generalgouvernement geäußert würden, befriedigen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt sodann davon Kenntnis, daß demnächst eine Verordnungsentwurf über die

Errichtung einer Disziplinarkammer

herauskommen werde. Diese Verordnung werde es ermöglichen, Dienstwidrigkeiten der Gefolgschaftsmitglieder in einem ordentlichen, nach festgesetzten Normen geregelten Verfahren zu verfolgen. Bisher sei man stets gezwungen gewesen, von Fall zu Fall in besonderen Gremien eine Entscheidung zu fällen. Das sei aber auf die Dauer beinahe undurchführbar geworden. Das Reich werde dann Klarheit darüber schaffen müssen, daß auch die abgeordneten Beamten der Disziplinargewalt des Generalgouvernements unterständen.

Zuteilung von B-Karten
an Hausangestellte

Hauptabteilungspräsident Naumann bittet, die in dieser Frage an die einzelnen Hauptabteilungen gerichteten Schreiben schnell und genau zu beantworten, damit doppelte Versorgungen vermieden würden. Manche polnische Hausangestellten seien bei drei oder vier reichs-

deutschen Familien beschäftigt. Es müsse daher der Name der Hausangestellten festgestellt werden. Selbstverständlich könne diese Vergünstigung nicht für Hausangestellte der Volksdeutschen Geltung haben.

Bestellung von Betriebsobmännern

Staatssekretär Dr. Bühler will dafür Sorge tragen, daß diese Frage geklärt und Betriebsobmänner, die der Partei und der Behörde nicht genehm sind, auch von der Verwaltung nicht bestätigt werden.

Überweisung von Geldbeträgen aus dem Reich an Beamte und Angestellte des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Boepple weist darauf hin, daß zur Zeit nur ein Betrag von RM 50.- monatlich überwiesen werden könne.

Ministerialrat Radtke bemerkt, daß es sich hier um eine devisenrechtliche Anordnung des Reiches handle. Gegen diese einschränkende Maßnahme sei sofort von der Hauptabteilung Finanzen eine Gegenvorstellung erhoben worden.

Ministerialrat Dr. Siebert gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß von Seiten des Reiches noch keine Antwort eingetroffen sei. Angesichts der zahlreichen Klagen aus Beamten- und Angestelltenkreisen müsse baldmöglichst eine Änderung in diesen Dingen eintreten.

Einer längeren Besprechung wird hierauf die Frage der

Ortsklasseneinteilung

unterzogen.

11.5.1942

Präsident Gerteis weist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß der 30 Kilometer von Warschau entfernt liegende Ort Brusko trotz der dort herrschenden Teuerungsverhältnisse nicht in die Sonderklasse eingereiht sei.

Ministerialrat Radtke erläutert dann an einigen Beispielen das Wesen der Ortsklasseneinteilung.

Zu dieser Frage nehmen weiter Stellung Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Wille, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Ministerialrat Dr. Siebert.

Dem Vorschlag des Ministerialrats Dr. Siebert, die endgültige Entscheidung über diese Frage hinauszuschieben und an Hand von eingehenden Einsprüchen eine Prüfung der Gesamtlage vorzunehmen, wird zugestimmt.

Präsident Gerteis gibt Kenntnis von

1. einem Schreiben des Reichsverkehrsministers
2. einem Schreiben des Reichsfinanzministers.

In beiden Schreiben, so führt Präsident Gerteis aus, werden, ausgehend von der in Deutschland bestehenden Wohnungsnot, die Anregung gegeben, die Verwaltung der Ostbahn möge dafür Sorge tragen, daß die Familienangehörigen der reichsdeutschen Eisenbahnbediensteten ins Generalgouvernement übersiedelten. Demgegenüber habe er, Präsident Gerteis, auf die im Generalgouvernement obwaltenden Verhältnisse hingewiesen, die vorläufig eine allgemeine Übersiedlung der Familienangehörigen unzweckmäßig erscheinen ließen.

12

11.5.1942

Staatssekretär Dr. Bühler dankt Präsident Gerteis dafür, daß er in dieser energischen Form gegen solche Pläne Front gemacht habe. Diese Frage werde demnächst in Berlin besprochen werden. Es sei zu hoffen, daß die Berliner Stellen sich den von Seiten der Regierung des Generalgouvernements geltend gemachten Einwendungen nicht verschließen werde.

Enteignung

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh teilt mit, daß die Hauptabteilung Arbeit einen Entwurf eingereicht habe, der eine partielle Lösung des Problems der Enteignung anstrebe. Es handle sich dabei um einen Entwurf über die Beschaffung von Bauland. Im Umlaufverfahren sei von verschiedenen Hauptabteilungen darauf hingewiesen worden, man solle das Problem der Enteignung nicht mit Spezialgesetzen erfassen, sondern eine einheitliche Lösung des gesamten Problems versuchen. Das sei vor allem die Auffassung der Hauptabteilung Innere Verwaltung und der Ostbahn. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung habe auch kürzlich schon den Entwurf eines allgemeinen Enteignungsgesetztes eingereicht, dessen Gestaltung wohl den Interessen des Generalgouvernement Rechnung trage, weil das Verfahren weitgehend von den Fesseln des polnischen Gesetzes befreit sei. Auch im Reich würden heute ja nicht mehr die alten Formen der Enteignung als gerechtfertigt anerkannt.

Ministerialrat Dr. Siebert bemerkt, dass ähnliche Entwürfe auch von den Hauptabteilungen Ernährung und Landwirtschaft, Forsten und anderen eingereicht worden seien. Alle hätten den lebhaften Wunsch geäußert, daß die Enteignung nunmehr irgendwie betrieben werden könne. Auf Veranlassung des Amtes für Gesetzgebung habe er deshalb einen generellen Entwurf aufgestellt. Seiner Auffassung nach müsse eine gemeinsame große Enteignungs-

verordnung entworfen werden, auf Grund deren alle Wünsche befriedigt werden könnten. Es gehe nicht an, daß mit 6, 8 oder 10 Verordnungen gearbeitet würde, die von einzelnen Abteilungen ausgingen. Auch im Reich bestehe ein einheitliches Gesetz.

Präsident Gerteis betont, daß die Verwaltung der Ostbahn ein starkes Interesse an dieser Frage habe. Die Ostbahn sei gezwungen, häufig erhebliche Landstriche schnell in Anspruch zu nehmen. Er habe deshalb auch einen Entwurf ausgearbeitet, der wohl mit dem von Ministerialrat Dr. Siebert aufgestellten Entwurf ziemlich identisch sein werde. Auch er halte die Emanierung eines einheitlichen ~~Verwaltungs~~Enteignungsgesetzes für erforderlich.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist darauf hin, daß nach Auffassung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft der Erlaß eines Enteignungsgesetzes nicht nötig sei, weil man die Dinge auch auf dem Wege der Beschlagnahme regeln könne. Er könne dieser Meinung nicht allgemein beipflichten. Das Enteignungsgesetz in der Form, wie es die Hauptabteilung Innte Verwaltung ausgearbeitet habe, werde die Regierung nicht allzu lange beschäftigen. Der Entwurf stelle ja nur fest, daß bei Vorliegen öffentlichen Interesses die Enteignung durchgeführt werden könne. Auch treffe er Bestimmungen über die Entschädigung.

Hauptabteilungspräsident Naumann hat angesichts der gewaltigen Flächen, die die Wehrmacht für sich beansprucht, Bedenken, den Grundsatz der Entschädigung allgemein durchzuführen.

11.5.1942

Ministerialrat Dr. Siebert gibt zu bedenken, daß es sich hinsichtlich der Entschädigung um eine Kann-Bestimmung handelt. Die Grundfrage der Enteignung gegen Entschädigung sei noch nicht endgültig entschieden.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hält eine Bestimmung des Inhalts für geboten, daß grundsätzlich Entschädigung gewährt wird, daß aber über die Art und Weise der Entschädigung erst eine spätere Regelung ergehe.

Präsident Bauder hält es für angebracht, von der Enteignung polnischen Eigentums auszugehen, da unter Umständen auch Deutsche in Betracht kämen, denen ihr Eigentum von den Polen mit Beschlag belegt worden sei.

Staatssekretär Dr. Bühler hält eine Regelung der Entschädigungsfrage für zweckmäßig, will aber die endgültige Lösung dieser Frage bis nach Kriegsende aufgeschoben wissen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 45 Minuten

Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal der Regierung

am 4.Juni 1942

--

Ausgefertigt in 3 Exemplaren

1. z.d. Akten der Kanzlei des Generalgouverneurs

2. Staatssekr. Dr. Bühler

3. O.L.G.R. Dr. Weh

Tagesordnung:

1. Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse
2. Versorgung der im deutschen Interesse tätigen fremdvölkischen Arbeiterschaft
3. Verlegung von Rüstungsindustrien aus dem Deutschen Reich in das Generalgouvernement
4. Vereinfachung der Verwaltung

Beginn der Sitzung 15 Uhr 30 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit Begrüßungsworten an die Teilnehmer, insbesondere an SS-Obergruppenführer Krüger, der zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Staatssekretär für das Sicherheitswesen teilnimmt. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse:

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, daß bei der Erörterung von landwirtschaftlichen Problemen in der letzten Zeit die Entscheidung der Frage im Vordergrund gestanden habe, ob durch eine Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte eine Sicherstellung oder gar noch eine Steigerung der Ablieferung erreicht werden könne. In einigen dieser Preiswünsche habe er den Absichten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entsprechen können vorbehaltlich einer Genehmigung, die sich der Führer persönlich bei jeder Preiserhöhung vorbehalten hat. Neben dieser Maßnahme sei en die vernünftige Übung eines Prämiensystems und die Organisation der Erfassung als solche besonders wichtig. Er werde einen Ausschuß zusammenrufen, der alle Punkte, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Erfassung zum Ziele hätten, in einen Generalplan aufnehmen solle, der dann in der kommenden Zeit abgewickelt werden müsse. Das jetzige

Erfassungssystem habe Mängel; große Schwierigkeiten bereite dabei die Tatsache, daß im Generalgouvernement 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinstbetriebe seien. Das Ziel müsse eine Kollektiverfassung sein.

Hauptabteilungsleiter Naumann geht davon aus, daß sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft über die Ablieferung der Kontingente der kommenden Ernte große Sorgen bereite. Man müsse daher verschiedene Pläne verwirklichen, wenn man im vierten Kriegsjahr die Ernährung in der Hand behalten wolle.

Die Hauptabteilung habe sich daher entschlossen, den Distrikten das abzuliefernde Kontingentsoll viel früher als in anderen Jahren mitzuteilen. Diese Maßnahme habe zur Folge, daß den Distrikten genug Zeit bleibe, die Kontingente auf die einzelnen Kreise unterzuteilen; und diese wiederum könnten die Kontingente auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe umlegen. Dadurch werde ermöglicht, daß jeder einzelne polnische Erzeuger bis zum 15. Juli im Besitze eines Kontingentscheines sei, der ihm über die Menge informiere, die er an Brot-, Futtergetreide, Kartoffeln und anderen Erzeugnissen abzuliefern habe. Auch habe man sich entschlossen, beim Kreislandwirt die Kontingentsträger in drei Gruppen unterteilen zu lassen: 1. Liegenschaftsbetriebe, 2. Betriebe über 50 Hektar, 3. alle anderen Betriebe, für deren Ablieferungsmengen die Woits verantwortlich gemacht würden.

Auch habe man sich bemüht, die Prämienwaren für die kommende Erfassung mengenmäßig festzustellen und die Lieferungszusicherungen von der Hauptabteilung Finanzen (Monopole) und der Hauptabteilung Wirtschaft zu bekommen. Diese Zusicherungen habe man aber bis jetzt nicht erhalten können.

Als weitere Maßnahme habe die Hauptabteilung geplant, die Preise für eine Reihe von Produkten zu erhöhen. Ihre diesbezüglichen Wünsche, die sie am 5. März dem Amt für Preisbildung eingereicht habe, hätten sich nicht erfüllt. Die von ihr beantragten Preiserhöhungen seien am 8. Mai erheblich gekürzt worden und sollten nun auf Grund von Besprechungen von Oberregierungsrat Schulte-Wissermann in Berlin nochmals gekürzt werden, sodaß praktisch eine Preiserhöhung nur für Kartoffel und eine ganz geringe (2 Zloty) für Hafer und Gerste in Betracht käme. Die Hauptabteilung sei auf die geringste Preiserhöhung angewiesen. Eine Anregung zur Produktionssteigerung könne aber von den jetzigen Erhöhungen nicht ausgehen.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß sich bis auf Oberregierungsrat Schulte-Wissermann alle Hauptabteilungsleiter für die reduzierten Preisvorschläge vom 8. Mai ausgesprochen hätten. Mit Ausnahme der Preise für Kartoffel und Zucker blieben alle Konsumpreise trotzdem auf dem alten Stand. Bei den Preiserhöhungen für Kartoffeln sei das Reich vorgegangen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß der Führer ihm bei seiner letzten Besprechung am 23. Mai erneut bestätigt habe, daß er, der Herr Generalgouverneur, allein alle ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen verfügen könne, und er ersucht Staatssekretär Dr. Bühler um Vorbereitung der Preiserhöhungsverordnung.

2. Versorgung der im deutschen Interesse tätigen fremdvölkischen Arbeiterschaft.

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf das große Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen hin. Der

Einsatz fremdvölkischer Arbeiter sei nur dann tragbar, wenn der Lohn in natura ausbezahlt werde, wenn also eine Naturalverpflegung stattfinden könne. Voraussetzung dafür sei die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte in solchen Mengen, daß das Generalgouvernement alle im deutschen Interesse arbeitenden Polen versorgen könne. Zur Debatte stehe also die Frage, ob die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auf Grund der neuen Erfassung dazu in der Lage sei.

Auf einen Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß im Generalgouvernement bereits Tausende von ausländischen Arbeitern (Franzosen, Slowaken usw.) ernährt werden müßten, berichtet Hauptabteilungsleiter Naumann, daß im unmittelbaren Heeresgefolge 113000 ausländische Arbeiter versorgt würden.

Präsident Dr. Frauendorfer ist ebenfalls der Meinung, daß die Versorgung verbessert werden müsse. Ein Weg dazu sei die Beschränkung auf den Kreis, der im deutschen Interesse arbeite. Er habe bereits mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vereinbart, daß vorerst in zwei Kreisen Lebensmittelkarten nur an die Leute ausgegeben würden, die entweder in regulärer Arbeit stünden oder arbeitsunfähig seien. Die Ergebnisse dieses Versuches müsse man abwarten.

Bisher seien alle für die deutschen Interessen wichtig erscheinenden Betriebe (A- und B-Betriebe) zusätzlich versorgt worden. In den übrigen Betrieben nehme mit zunehmender Arbeitssteigerung die Intensität ab. Die Löhne seien im großen und ganzen auf den Stand von 1939 gehalten. Das einzige, was zusätzlich geboten würde, bestehe in einer Werksverpflegung. Da sich die Arbeiter aber keine Kleider nachschaffen könnten, verließen sie in immer größeren Mengen ihre Arbeitsplätze, um sich im Schleichhandel

das Notwendigste zu besorgen. Das wichtigste Problem zur Verbesserung der Gesamtsituation bestehe in einer möglichst großen Lebensmittelerfassung. Der Bauer müsse durch eine restlose Bewirtschaftung der Produkte des gewerblichen Sektors gezwungen werden, seine Erzeugnisse auf dem Tauschwege zur Verfügung zu stellen. Ihm müsse die Möglichkeit, die Produzenten von Schleichhandelsware zu beliefern, genommen werden.

Auch Ministeralrat Plodeck ist für eine Ausdehnung des Bewirtschaftungsverfahrens, d.h. eine Vergrößerung und lückenlose Schließung der bewirtschafteten Güter, damit der Schwarzhandel nach Möglichkeit unterbunden wird.

Er weist weiter auf die Tatsache hin, daß die Produktionsleistung der Textilarbeiter infolge ihrer Unterernährung stark herabgedrückt werde. Um ein gefahrvolles Absinken der Textilienbelieferung, die ein nicht zu unterschätzendes Plus für die Ernteerfassung darstellte, zu verhindern, müsse man zu einer Aufbesserung der Versorgung der Textilarbeiter kommen.

Hauptabteilungsleiter Naumann geht auf die unterschiedliche Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ein. Schon im Jahre 1940 sei der Gedanke erwogen worden, ob man nicht nur die im deutschen Interesse arbeitenden Polen versorgen soll. Er habe damals erklärt, daß man allen Polen eine gewisse Grundnahrung geben müsse, da im anderen Falle der deutschen Lebensmittelerfassung zuviele Konkurrenten erstünden; denn die Polen, denen man keine Lebensmittel zur Verfügung stelle, müßten naturnotwendig auf das Land wandern und versuchen, Nahrungsmittel an sich zu bringen. Man habe sich damals entschlossen, eine Versorgung der gesamten Normalverbraucherschaft durchzuführen; dem Gedanken, die

in unserem Interesse arbeitenden Polen besser zu versorgen, sei durch die Einführung der A- und B-Karten Rechnung getragen.

Ein großer Teil der Textilarbeiter genieße die A-Verpflegung und das bedeute reichsdeutsche Normalverpflegungssätze.

Um die Konkurrenz der Polen in der Erfassung auszuschalten, plane die Hauptabteilung die Erhöhung der Rationssätze für Brot in der kommenden Ernteerfassungszeit von 1040 auf 1400 gr. Wenn alle Kontingente erfaßt seien, müsse man wieder zu einer Reduzierung schreiten. In Warschau sei für die Zeit vom 1. Juni bis 1. August die Schleichhandelsbekämpfung für Getreide und Kartoffeln restlos eingestellt, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich den Rest, den die deutsche Verwaltung nicht erfassen könne, für ihre eigenen Lebenszwecke aus dem Lande hereinzuholen. Die Folge davon sei ein großes Absacken der Schleichhandelspreise. Mit Beginn der neuen Ernteerfassung müsse der Schleichhandel zur Vermeidung von Störungen in der Ernteerfassung durch die deutsche Verwaltung wieder bekämpft werden.

Präsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß die vom Herrn Generalgouverneur befürwortete Erweiterung der bewirtschafteten Güter Hand in Hand gehen müsse mit einer Katalogisierung der unerwünschten Waren. Bei der Durchkämmung der Betriebe (zur Erfassung freier Arbeitskräfte) müsse sich die HauptabteilungWirtschaft entschließen, Betriebe, die solche unerwünschte Waren produzierten, endgültig zu schließen und nicht nur zu beschränken.

Staatssekretär Dr. Boepple sieht in diesen Maßnahmen eine Hauptaufgabe der Gewerblichen Kammern; die Arbeiten dazu seien im Gange.

Ministerialrat Plodeck räumt ein, daß in der Textilwirtschaft viele Betriebe bereits die A- und B-Verpflegung bezögen; für die Zwecke der Ernteerfassungsaktion sei aber zur Produktion der dafür benötigten Textilien eine Verdopplung der A- und B-Betriebe notwendig.

Hauptabteilungsleiter Naumann stellt die Frage zur Entscheidung, ob zur Unterstützung der Erfassungsmöglichkeiten vom 1. August beginnend für einige Monate die Rationssätze auf 1400 gr Brot heraufgesetzt werden sollen. Weiter will er eine Entscheidung in der Frage, ob die Ukrainer und Polen in der Versorgung einheitlich behandelt werden könnten; bis jetzt erhielten die Ukrainer höhere Rationssätze als die Polen. Er sei aber für eine einheitliche Versorgung der nichtdeutschen Normalverbraucherschaft.

Der Herr Generalgouverneur stellt allgemeines Einverständnis für eine einheitliche Behandlung der Polen und Ukrainer fest. Die Brotrationssätze sollten auf der bisherigen Höhe von 1040 gr erhalten bleiben; die dadurch ersparten Mengen könne man den arbeitenden Betrieben vielleicht in Form einer Familienzuweisung zukommen lassen.

Präsident Gerteis macht Ausführungen über die Erfahrungen, die die Neuregelungen bei der Ostbahn gezeitigt hätten. Die Zahl der dauernd abwesenden Bediensteten sei von früher 20 % auf 10 % und darunter zurückgegangen.

Bis zum Herbst dieses Jahres müßten nun 7-bis 8000 Lokomotiven frostsicher gemacht werden. Dieses Arbeitsvorhaben bedinge für das Generalgouvernement zusätzlich über eine Million Arbeitsstunden, sodaß man von 56 Wochenstunden auf 65 Stunden kommen müsse. Ein Kreis von 30 000 Arbeitern müsse ab sofort für zunächst drei Monate diese erhöhte Arbeitszeit leisten. Für diese Arbeitszeit reiche die jetzige Ernährung der dafür in Betracht Kommenden nicht aus, und er sei gezwungen, für diesen Kreis eine weitere

Zusatzverpflegung zu beantragen. Man müsse auch damit rechnen, daß die Zahl dieser Arbeiter sich noch wesentlich steigern werde.

Hauptabteilungsleiter Naumann glaubt, eine befriedigende Regelung in dieser Frage finden zu können.

In Verhandlungen mit Reichsstellen seien die Lieferungen des Generalgouvernements an das Reich für das Jahr 1942/43 festgelegt worden. In der Bilanz habe man eine Lieferung von 50 000 t Brotgetreide und 35 000 t Futtergetreide eingesetzt. Berlin habe die doppelte Höhe verlangt. Weiter habe man die Lieferung von 20 000 t Fleisch (gefordert 29 000 t) übernehmen müssen. Dann habe man verlangt, daß der Stammwürzegehalt des Bieres, der im Generalgouvernement 8 bis 9 % betrage, dem des Reiches mit 3,75 % angeglichen werden müsse. Diese Forderung sei aber von der Hauptabteilung abgelehnt worden, da die schwierigen Transportverhältnisse eine gute Haltbarkeit des Bieres, das in der Hauptsache an die Wehrmacht gehe, erforderten. Bei Heu und Stroh habe man je 35 000 t zugesagt, während bei Käse und Zucker keine bindenden Zusagen hätten erteilt werden können. Zur Versorgung der Lazarette müsse das Generalgouvernement Geflügel, Butterund Milch in größeren Mengen zur Verfügung stellen.

Den Berliner Stellen sei erklärt worden, daß zu einem guten Gelingen der Ernteerfassung genügend Polizeikräfte vonnöten seien; bei ihrem Fehlen müsse Wehrmacht eingesetzt werden können.

Der Herr Generalgouverneur behält sich die Genehmigung der Schlußzahlen für die Lieferungen an das Reich vor. Nach der Festsetzung bestimmter Lieferungskontingente dürften unter keinen Umständen weitere Beschlagnahmungen und Forderungen des Reiches

eintreten. Zum Zwecke einer restlosen Ernteerfassung werde ein Erfassungsplan aufgestellt, bei dem alle verfügbaren Machtmittel eingesetzt würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs führt Hauptabteilungsleiter Naumann aus, daß im Distrikt Lublin und vor allem im Distrikt Galizien noch Getreidelager fehlten. Für 85 000 t Brotgetreide würden transportable Holzbaracken erstellt. Zur Überwindung von großen Schwierigkeiten werde man auch Kirchen und Kinos mit Getreide belegen müssen.

3. Verlegung von Rüstungsindustrien aus dem Deutschen Reich in das Generalgouvernement.

Gründe für solche Planungen des Reiches sind die Luftsicherheit des Generalgouvernements und die in Berlin herrschende Vorstellung, daß im Generalgouvernement noch brachliegende Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten.

In diesem Zusammenhang kommt der Herr Generalgouverneur auf die Tatsache zu sprechen, daß man in den Großstädten des Generalgouvernements noch sehr viele Menschen beschäftigungslos herumlungern sehe. Er beauftragt Präsident Dr. Frauendorfer mit der Aufstellung eines Mobilmachungsplanes zur Erfassung der polnischen Arbeiter auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Hauptabteilung Arbeit. Im Noffall müßten Gewaltmaßnahmen ergriffen werden.

Präsident Dr. Frauendorfer erklärt, daß die deutsche Verwaltung dem Arbeitsmarkt schon stark abgeschöpft habe. In den nächsten Tagen werde der 750 000ste Arbeiter ins Reich transportiert. Das Generalgouvernement vermittle jährlich 150 000 Arbeiter ins Reich. Für die nächsten zwei Monate fordere das Reich 200 000 Arbeiter, zu deren Vermittlung die Hauptabteilung auch in der Lage sei.

Präsident Gerteis sieht die Möglichkeit eines Transportes in leer ins Reich zurückfahrenden Güterzügen für gegeben.

Ministerialrat Plodeck verneint eine Verlegung von Rüstungsbetrieben in das Generalgouvernement weniger a im Hinblick auf die geringen Arbeiterreserven, sondern vor allem mit Rücksicht darauf, daß dem Generalgouvernement keine zusätzlichen Kontingente für Rohstoffe zur Verfügung stünden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Ministerialrat Plodeck den Auftrag, mit dem Chef der Rüstungsinspektion General Schindler wegen dieser Frage in Verbindung zu treten; er wünscht, daß die Regierung des Generalgouvernements von jedem Plan einer weiteren Verlegung von Rüstungswerken in das Generalgouvernement vorher Kenntnis erhält und daß sie wegen der Rohstoffbeschaffung, der Ernährungssicherung der beschäftigten Arbeiter und aller anderen damit zusammenhängenden Fragen eingeschaltet wird.

Präsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß die Verlegung von Rüstungsindustrien ins Generalgouvernement mit einem Plan zusammenhänge, der im Reichsausschuß für Bewaffnung und Munition entstanden sei: man wolle im Generalgouvernement die Juden in die Rüstungsindustrie einschalten, indem man sie in wenige Lager konzentrieren wolle und in diesen Lagern die Betriebe zu errichten gedächte. Für das Generalgouvernement seien aber die 310 000 dafür in Betracht kommenden Juden unentbehrliche Facharbeiter. Als Beauftragter des Generalgouvernements habe bei diesen Verhandlungen Herr Kobold fungiert.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Ministerialrat Plodeck und Präsident Dr. Frauendorfer, Herrn Kobold die wahre Situation auseinanderzusetzen. Not-

falls werde er auch in dieser Angelegenheit ein Schreiben an Reichsminister Speer richten.

Präsident Gerteis referiert eingehend über die Beförderung von Kohlenzügen ins Generalgouvernement auf Grund des neuen Programms. Bisher sei es gelungen, die Wehrmachtsforderungen zu erfüllen, und die Wirtschaft, Landwirtschaft und die Bahn einigermaßen zu versorgen. Nicht gelinge die Abfuhr aller zentralgesteuerten Güter aus dem Reich, sodaß täglich 40 bis 50 Züge Rückstand aufträten. Als ganz radikales Mittel bleibe nur die zeitweilige Sperrung der Kohlentransporte für Dienstkohle und solcher, die für den Osten bestimmt sei.

Eine große Rolle spiele die Zollfrage. Das Reich klage über einen zu langen Zollaufenthalt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß es vor allem für die Wehrmacht darauf ankomme, den Aufenthalt an der Zollgrenze für Wehrmachtstransporte zu beseitigen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet von einem Vorschlag, den er in dieser Angelegenheit gemacht habe. Danach solle die Zollabfertigung sowohl im Generalgouvernement als auch im Reich auf den Empfänger abgewälzt werden. Durch eine besondere Verordnung müsse dem Warenempfänger die Verpflichtung auferlegt werden, nachträglich die Verzollung seiner Ware zu beantragen. Wenn man scharfe Strafbestimmungen erlasse, werde ein zu starker Ausfall bei den Zolleinnahmen nicht stattfinden, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß von dieser Regelung nur der Güterfernverkehr betroffen werde. Für die Wehrmacht bestehe der Gewinn darin, daß die Zollaufenthalte an der Grenze ganz wegfielen. Dadurch würden viele Beamte frei, und er habe 40 Beamte zum Einsatz bei den Zollfahndungsstellen gefordert. Auch habe er verlangt, daß

weitere Besprechungen in dieser Angelegenheit mit dem Ziel einer endgültigen Klärung stattfänden. Auch müßte man daran denken, die Zahl der für den Import aus dem Reich zugelassenen Firmen zum Zwecke einer besseren Überwachung zu beschränken.

Der Herr Generalgouverneur faßt als Ergebnis zusammen, daß in dieser Frage noch eine Fülle von Maßnahmen besprochen werden müsse. Vor allem sei auch darauf Bedacht zu nehmen, daß auf Grund der neuen Regelung Lebensmittel nicht verschoben werden könnten. Die Verordnung sei vorzubereiten.

4. Vereinfachung der Verwaltung.

Ministerialrat Wolseggerführt dazu aus, daß auf Grund von Anforderungen aus den Distrikten eine Fülle von Vorschlägen zur Vereinfachung der Verwaltung eingegangen sei. Mit jedem Hauptabteilungsleiter werde nunmehr das seine Hauptabteilung betreffende Material durchgesprochen und in jedem einzelnen Fall eine Einigung herbeigeführt. Eine autoritative Entscheidung werde in den allerwenigsten Fällen notwendig sein. In einer ganzen Reihe von Vorschlägen seien bereits Erlasse in Bearbeitung, sodaß in wenigen Wochen die betreffenden Verordnungen erlassen werden könnten. Das Generalgouvernement werde damit in der Vereinfachung der Verwaltung an der Spitze marschieren.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß anlässlich der Gouverneurssitzung in Warschau schwere Kritiken insbesondere über die Hauptabteilung Bauwesen und die landwirtschaftliche Zentralkammer geübt worden seien. Für die Hauptabteilung Bauwesen habe er die Entscheidung getroffen, daß der Präsident der Hauptabteilung genauso wie alle anderen Präsidenten ausschließlich dem Generalgouverneur zu unterstehen hat und auch die Ämter in den Distrikten genau

so zu organisieren sind wie alle anderen Abteilungen. Ministerialrat Dr. Siebert und Präsident Bauder hätten von ihm den Auftrag erhalten, einen dementsprechenden Erlaß vorzubereiten. In der Angelegenheit der Zentralkammer, bei der die Gouverneure die Befürchtung hegten, daß von ihr eine Fülle von Arbeiten ausgeführt werde, die ebenso gut die Staatsstellen leisten könnten, werde am kommenden Sonnabend auf der Burg eine zusammenfassende Besprechung stattfinden.

Zur Vereinfachung der Verwaltung wolle er ganz allgemein sagen, daß nach einer Mitteilung von Wehrmachtsseite das Generalgouvernement wider Erwarten der Wehrmacht über 1000 Beamte zur Verfügung gestellt habe, eine Leistung, die kein Reichskommissariat vollbracht hätte. Es sei damit zu rechnen, daß nunmehr alle Beamte als restlos u.k. gestellt zu betrachten seien.

In den letzten Tagen seien im Distrikt Lublin auf deutscher Seite einige Verluste eingetreten. Nach den Berichten des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen sowie des örtlichen Höheren SS- und Polizeiführers Globocnik und des Gouverneurs Zörner müsse die Sicherheitslage im Distrikt Lublin als sehr ernst angesehen werden. Man rechne damit, daß auch in Zukunft im Zusammenhang mit Partisanen im Osten des Generalgouvernements ziemlich große Unruhe entstehe. Man dürfe daher nicht überrascht sein, wenn von seiten des Generalgouverneurs diesen Unruhen mit Brutalität entgegengetreten werde. Man werde alle zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates einsetzen.

Für die nächsten Monate müsse er daher von den deutschen Beamten verlangen, den in ihren Dienststellen beschäftigten Polen und Ukrainern gegenüber nicht allzu große Freundlichkeit entgegenzubringen. Ihm habe die traurige Pflicht oblegen, dem stellvertretenden Reichsprotektor Heydrich im Namen aller

Deutschen die herzliche Anteilnahme auszusprechen. Das Attentat in Prag sei ein Zeichen dafür, daß sich die Lage in den sogenannten besetzten Gebieten verschärft und daß man sich bemüht, durch Angriffe auf führende Deutsche zum mindesten der Weltöffentlichkeit gegenüber zu beweisen, daß die deutsche Führung in diesen Räumen äußerst unsicher ist. Man traue den Polen nicht! Es werde gut sein, wenn man in den kommenden Monaten die Zügel sehr straff ziehe. Auch werde es zweckmäßig sein, sehr scharf auf die polnische Gefolgschaft aufzupassen. Den deutschen Gefolgschaftsmitgliedern müsse immer wieder die strikte Geheimhaltung aller dienstlichen Obliegenheiten zur Pflicht gemacht werden.

Der Herr Generalgouverneur weist noch auf die großen Ehrungen hin, die ihm der Führer zu seinem Geburtstag am 23. Mai hat zuteil werden lassen. Das bedeute eine große Anerkennung der Leistungen des Generalgouvernements . In einer dreistündigen eingehenden Aussprache seien alle Probleme des Generalgouvernements erörtert worden und er sei erstaunt gewesen, wie sehr der Führer über alle Angelegenheiten des Generalgouvernements unterrichtet gewesen sei.

Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1942.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet, daß bis zum jetzigen Zeitpunkt die Anmeldungen von 38 Kapiteln des Haushaltes eingegangen seien. Darin lasse sich feststellen, daß die Ausgabenanforderungen eine gewaltige Steigerung erfahren hätten. Er richte daher an sämtliche Hauptabteilungsleiter erneut die Bitte, daß sie von ihren Haushaltsreferenten die veranschlagten Ausgaben mit dem Ziele einer Einsparung nochmals überprüfen lassen. Unter den jetzigen Verhältnissen könne eine derartige Steigerung der Ausgaben nicht vorgenommen werden.

Aus dem Titel von Galizien rechne er mit einer Steigerung der Ausgaben um 30 bis 35 %. Für Galizien werde ein Polizeiregiment aufgestellt, dessen Unterhaltungskosten das Generalgouvernement bezahlen müsse Der Polizeibeitrag, den das Generalgouvernement an das Reich bezahlen solle, betrage etwa 250 Millionen.

Der Herr Generalgouverneur findet 10 % der Haushaltsausgaben für Sicherheitszwecke nicht zu hoch. Im übrigen werde der Polizeietat grundsätzlich noch besprochen werden.

Auch erhalte es für notwendig, daß in dieser Kriegszeit, dass alle Ausgaben, die nicht unbedingt kriegsnotwendig sind, zurückgestellt würden und empfehle daher strenge Maßstäbe bei der Aufstellung der Ausgaben. Auf der anderen Seite befinde man sich im höllischsten Jahr der deutschen Geschichte. Er glaube nicht, daß der Führer der Regierung des Generalgouvernements Vorwürfe machen würde, wenn in diesem Jahr ein höheres Defizit entstehe.

Da nach den Worten von Präsident Dr. Senkowsky die Haushaltsvoranschläge sämtlicher Kreishauptleute noch nicht eingegangen sind, erteilt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Siebert den Auftrag, für beschleunigten Eingang Sorge zu tragen. Ministerialrat Siebert solle die Kreishauptleute persönlich dafür verantwortlich machen. Nach Eingang sämtlicher Voranschläge, werde eine Etatsitzung stattfinden.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky will diese Sitzung bis spätestens Ende Juli durchgeführt wissen, da sonst die Genehmigung des Reichsfinanzministers zu weit in das Haushaltsjahr hineinfalle.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß auf Grund seiner Vollmachten er den Etat auch ohne Genehmigung des Reichsfinanzministers in Kraft setzen könne.

Kundgebung in einer Flugzeughalle des Flugplatzes Krakau.

Der Herr Generalgouverneur lehnt den Antrag des Präsidenten Ohlenbusch, zum Zwecke der Füllung der großen Halle für die kommende Kundgebung einen Teil der Beamten und Angestellten abzukommandieren, entschieden ab und erklärt, daß ein Zwangsaufmarsch oder eine Zwangsabstellung bei solchen Anlässen nicht infrage komme. -

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß in starkem Maße darüber Klage geführt werde, daß in der Propaganda viel zu sehr auf die deutsche Mentalität Rücksicht genommen werde und die fremdvölkische zu wenig Beachtung finde. Er wäre für diesbezügliche Vorschläge des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda dankbar und würde notfalls außerordentliche Mittel dafür zur Verfügung stellen lassen.

--

Schluß der Sitzung 18 Uhr.

A n w e s e n h e i t s l i s t e

7. Hauptabteilungsleitersitzung

am 22. Juni 1942.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär K r ü g e r
Präsident Dr. S i e b e r t
Präsident Dr. F r a u e n d o r f e r
Präsident Dr. S e n k o w s k y
Präsident N a u m a n n
Präsident B a u d e r
Präsident G e r t e i s
Präsident L a u x m a n n
Präsident Dr. E i ß f e l d t
Präsident W a t z k e
Präsident O h l e n b u s c h
Regierungsrat Dr. B e r g e m a n n
Regierungsrat Dr. G e r l a c h
Ministerialrat E d e n
Regierungsrat F e s s l e r
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h .

Tagesordnung

1. Entlohnung der volksdeutschen Angestellten und Arbeiter.
2. Lohnerhöhung für die nichtdeutschen Eisenbahner ab 1.6.1942.
3. Maßnahmen zur Erfassung der Arbeitslosen und Scheinbeschäftigten.
4. Lebensmittelrationen im Distrikt Galizien.
5. Enteignungsverordnung.

- - - -

Beginn der Sitzung: 15,3o Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler eröffnet die 7. Hauptabteilungsleitersitzung und begrüßt besonders den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Obergruppenführer Krüger. Er stellt fest, daß seit der letzten Sitzung die Grundlagen der Arbeit im wesentlichen unverändert geblieben sind, d.h. die gleichen schweren Probleme, wie die Sicherheit im allgemeinen, der Arbeitseinsatz, die Sicherstellung der Ernährung, die Transportschwierigkeiten, bestehen und an deren Lösung fieberhaft gearbeitet werde. Im ganzen gesehen sei die Lage in ihrer zukünftigen Gestaltung durch die Kriegsereignisse im Osten wesentlich bedingt und beeinflußt. Es bleibe daher nur übrig, in den nächsten Monaten mit aller Kraft an der Erfüllung der Forderungen, die das Reich als Kriegsbeitrag vom Generalgouvernement verlangt, zu arbeiten.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Entlohnung der volksdeutschen Angestellten und Arbeiter.

Staatssekretär Dr. Bühler schickt voraus, daß bei den Verhandlungen in Berlin seitens des Reichsfinanzministeriums dagegen protestiert wurde, daß den Volksdeutschen im Generalgouvernement

Lohnerhöhungen

Lohnerhöhungen bewilligt worden sind. Er sei diesem Protest entgegengetreten und habe die Gründe für eine Besserstellung der Volksdeutschen klargelegt mit dem Erfolg, dass sich auch die Wehrmacht dem Vorgehen der Regierung angeschlossen habe. In einer der letzten Sitzungen sei vor allem darüber geklagt worden, dass die Volksdeutschen in der Freien Wirtschaft bisher noch unter den gleichen ungünstigen Bedingungen gearbeitet haben wie die polnischen Arbeitskräfte, d.h. dass sie im Ernährungs- und Versorgungssektor den Deutschen wohl gleichgestellt seien, auf Grund ihrer geringen Entlöhnung aber sich die ihnen zustehenden Lebensmittel und Waren nicht erwerben könnten. Der Herr Generalgouverneur habe ihm den ultimativen Auftrag gegeben, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Volksdeutschen auch im Sektor der Freien Wirtschaft besser gestellt werden als die Polen. Diese Forderung sei schon mehrmals an die Hauptabteilung Arbeit herangetragen worden.

Präsident Dr. Frauendorfer nimmt zu dieser Frage grundsätzlich Stellung und führt aus, dass das Problem der Entlöhnung der Volksdeutschen bereits seit langer Zeit und entscheidend vor 3/4 Jahren Gegenstand von Besprechungen zwischen den Hauptabteilungen Finanzen, Wirtschaft und Arbeit war. Es sei dabei einmütig festgestellt worden, dass eine Besserstellung der Volksdeutschen im allgemeinen nicht von der Lohnseite her geschehen könne, sondern nur mit Hilfe rein staatlicher Zuschüsse. Ein solcher staatlicher Zuschuss sei es gewesen, der den Volksdeutschen im Öffentlichen Dienst auf Grund der damaligen Vorschläge und der jetzigen öffentlichen Regelung der Hauptabteilung Finanzen bewilligt wurde. Er möchte ein für allemal feststellen, dass die Volksdeutschen grundsätzlich genau so wie alle anderen in diesem Gebiet unter die Tarifordnung fallen und dass ihre Löhne ohne jegliche Zuschläge ungefähr 85% der Reichslöhne betragen. Es sei dann im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs und des Chefs der Regierung eine Leistungszulage in Höhe von 25% eingeführt worden, die zu gewähren dem einzelnen Betrieb, der volksdeutsche Arbeiter beschäftigt, selbst überlassen sei. Darüber hinaus sei um die

Jahreswende den Volksdeutschen im Auftrage des Herrn Staatssekretärs ein einmaliger Zuschuß von 300,- Zloty für Verheiratete und von 150,- Zloty für Ledige gewährt worden. Er müsse feststellen, daß heute die Volksdeutschen auf demselben Lohnniveau stehen, wie die reichsdeutschen Arbeiter in den eingegliederten Ostgebieten. Eine weitere Besserstellung der Volksdeutschen auf dem Wege der Lohnerhöhung sei daher nicht mehr möglich, sondern nur in Form eines allgemeinen staatlichen Zuschusses, der mit dem Lohn nicht verkoppelt werden dürfe und auf die Gesamtwirtschaft umgelegt werden könnte.

Staatssekretär Dr. Bühler spricht seine Verwunderung darüber aus, daß trotz der 25%igen Leistungszulage die Beschwerden nicht abreißen und bittet Präsident Dr. Frauendorfer um Vorlage entsprechender Unterlagen, die darüber Auskunft geben, in welchem Umfange von dieser Leistungszulage Gebrauch gemacht worden sei.

Staatssekretär Krüger steht auf dem Standpunkt, daß eine Besserstellung der Volksdeutschen gegenüber den Polen unbedingt erfolgen muß, um sie mehr und mehr von den Polen zu isolieren und einem Aufsaugen der Volksdeutschen durch die Polen vorzubeugen. Er sei stärkstens daran interessiert, daß das Lebensniveau der Volksdeutschen gehoben wird, da das volksdeutsche Element für die Zukunft gesehen als Unterbau für die reichsdeutsche Besiedelung dieses Gebietes von größtem Wert sei. Die Freie Wirtschaft müsse zur Besserstellung der Volksdeutschen gezwungen und die Bestimmung über die 25%ige Leistungszulage von der Kann-Bestimmung in eine Muß-Bestimmung umgewandelt werden.

Präsident Dr. Siebert gibt zu überlegen, dem volksdeutschen Arbeiter in der Privatwirtschaft genau wie dem Beamten zu den im großen und ganzen auf Reichsniveau liegenden Löhnen eine Zulage zu gewähren.

Staatssekretär Dr. Bühler sagt zu, daß bei Bewilligung einer Aufbauzulage diese den Volksdeutschen zugute kommen soll.

Der Ansicht einer grundsätzlichen Besserstellung der Volksdeutschen, vor allem der kinderreichen Familien, schließt

sich

sich Präsident Dr. Senkowsky an, der keinen Unterschied zwischen Volksdeutschen und Reichsdeutschen gemacht sehen will. Er befürwortet die Schaffung einer Aufbauzulage, die in gleicher Höhe jedem in der Wirtschaft tätigen Reichs- und Volksdeutschen gewährt werden soll und auf die Gesamtwirtschaft umzulegen sei, ohne die Staatskasse dafür in Anspruch zu nehmen. Es sei dann immer noch die Möglichkeit gegeben, eine den Reichsverhältnissen angepaßte Erziehungsbeihilfe für kinderreiche volksdeutsche Familien zu schaffen.

Regierungsrat Dr. Bergemann, als Vertreter des Präsidenten Dr. Emmerich, erklärt, daß die Betriebe gern höhere Löhne zahlen, um die Leute halten zu können, und daß man s.W. von der Leistungszulage gern Gebrauch mache. Geld spiele keine Rolle, sondern nur die Arbeitskraft. Die Betriebe vertreten die Angelegenheit nicht so sehr vom Standpunkt einer grundsätzlichen Besserstellung der Volksdeutschen gegenüber den Polen, sondern in erster Linie vom Leistungsprinzip aus.

Präsident Dr. Frauendorfer schließt sich dieser Auffassung an, während Präsident Dr. Lauxmann an Hand von Beispielen nachweist, daß die Leistungen der Volksdeutschen oftmals unter denen der Polen liegen, und daß man ihnen daher nicht Löhne zahlen könne für Posten, die auszufüllen sie nicht in der Lage sind. Im übrigen bekämen die bei der Deutschen Post Osten beschäftigten Volksdeutschen eine Zulage von 50% der Tagegelder der Reichsdeutschen. Die Volksdeutschen aus den eingegliederten Ostgebieten würden genau so bezahlt wie die Reichsdeutschen.

Präsident Dr. Gerteis referiert eingehend über die von der Deutschen Ostbahn betriebenen Lohnpolitik und betont, daß für die Volksdeutschen vom ersten Tage an die deutsche Lohnordnung eingeführt und damit ein deutlicher Unterschied zwischen deutschen und polnischen Arbeitern in der Bezahlung gemacht wurde. Mit Einverständnis des Reichsverkehrsministeriums seien eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Verbesserung des Lohnniveaus der Volksdeutschen getroffen worden. Ebenso werde eine Aufbauzulage gezahlt. Das Leistungsniveau der jetzt noch beschäftigten

Volksdeutschen reiche jedoch an das der Polen nicht heran, das auch durch Schulung kaum zu verbessern sei.

Präsident Dr. Senkowsky glaubt nicht, daß vom Leistungsprinzip aus gesehen eine gleichmässige Behandlung der Volksdeutschen möglich ist. Er schlägt vor, diejenigen Volksdeutschen, die mit den Polen nicht konkurrieren können, aus nationalpolitischen Gründen ins Reich abzuschieben. Dann könne die Wirtschaft daran gehen, die noch verbliebenen Volksdeutschen ohne jeden Unterschied den reichsdeutschen Arbeitskräften anzugleichen, und sie werde früher oder später auch zu einer Aufbauzulage kommen müssen, wie sie das Generalgouvernement im öffentlichen Dienst bezahlt. Man brauche dann nicht mehr zwei Tarifordnungen für Reichs- und Volksdeutsche, sondern nur eine Tarifordnung für Deutsche und eine für Nichtdeutsche.

Präsident Dr. Frauendorfer verneint diese Möglichkeit mit dem Hinweis darauf, daß die Deutschen, die aus dem Reich kommen, unterschiedlich bezahlt werden und dadurch einer ungerechtfertigten Kürzung bezw. Erhöhung ihres Lohnes unterworfen würden.

Eine Vereinfachung des Themas sieht Staatssekretär Dr. Bühler dann gegeben, wenn die Frage der Aufbauzulage endgültig geregelt ist, weil dann ein Großteil der bisher mehr oder weniger vorübergehend im Generalgouvernement tätigen Arbeitskräfte sich endgültig hier niederlassen werde, die sich dann an die allgemeinen Sätze anzupassen hätten.

Präsident Dr. Siebert bemerkt, daß dieser Vorgang durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für sämtliche Volksdeutschen wesentlich beschleunigt werden könnte. Unverständlicherweise würden ihm in dieser Frage von Seiten des Reiches die größten Schwierigkeiten bereitet. Er sehe nicht ein, warum die im Generalgouvernement lebenden einwandfreien Volksdeutschen schlechter behandelt werden sollen, wie diejenigen im Warthegau oder in Oberschlesien. Er glaubt, daß es möglich sein wird, im Laufe der nächsten Monate energische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Volksdeutschen endlich einbürgern zu können. Es müsse in jedem Falle wegen der Dringlichkeit des Problems vom

Reichsinnenministerium die Zustimmung zur Einbürgerung verlangt werden.

Staatssekretär Krüger bekundet nach der Gesamtlage sein stärkstes Interesse an der Einbürgerung der Volksdeutschen und sagt Präsident Dr. Siebert seine Unterstützung bei der Regelung dieser Frage zu.

Staatssekretär Dr. Bühler schließt die Debatte über den Punkt 1) der Tagesordnung und stellt fest, daß er im Augenblick Abschließendes zu dem ganzen Problem nicht sagen könne. Er werde sich die notwendigen Unterlagen beschaffen und an Hand des Materials mit den örtlichen Instanzen und der Partei Besprechungen führen und die Angelegenheit dann nochmals zur Debatte stellen.

2. Lohnerhöhung für die nichtdeutschen Eisenbahner ab 1.6.1942.

Präsident Dr. Gerteis berichtet, daß die Deutsche Ostbahn mit Wirkung vom 1. Juni 1942 gegen den Widerspruch der Hauptabteilung Finanzen eine Erhöhung der Löhne für nichtdeutsche Eisenbahner vorgenommen hat. Die Lohnerhöhung beträgt ¼%- 20% im Rahmen von 4 Ortsklassen. Die Ostbahn begründet diese Maßnahme damit, daß die bisher gezahlten Löhne mit den Löhnen der Privatwirtschaft nicht in Einklang standen und eine Angleichung unbedingt notwendig war, um eine Abwanderung der Eisenbahner in die Freie Wirtschaft zu vermeiden. Die Angleichung der Löhne entspreche auch dem Wunsche der Wehrmacht. In einer am 2o. Mai d.Js. stattgefundenen Sitzung, in der diese beabsichtigte Maßnahme der Ostbahn zur Debatte stand, haben ihr mit Ausnahme der Hauptabteilung Finanzen alle übrigen Hauptabteilungen zugestimmt, allerdings die Hauptabteilungen Post und Arbeit mit dem Vorbehalt, daß die Lohnerhöhung nur durchgeführt wird, wenn auch eine Angleichung der Löhne der wiederbeschäftigten polnischen Beamten im öffentlichen Dienst erfolgt. Wenn im Einzelfalle die Lohnerhöhung nur gering ist und keine wirkliche Hilfe darstellt, so sei sie doch in ihrer moralischen Wirkung im Hinblick auf die große

Zahl der zur Bewältigung der der Ostbahn gestellten Aufgaben notwendigen Arbeitskräfte unbedingt erforderlich gewesen. Es sei zumindest erreicht worden, daß der polnische Arbeiter nunmehr in der Lage ist, die Ernährung für sich und seine Familie auf offiziellem Wege einigermaßen sicherzustellen. Die Zahl der ständig von der Arbeit Fernbleibenden sei sofort von 2o% auf 8% gesunken, ein Erfolg, der nicht hoch genug veranschlagt werden könne.

Auf den Einwurf des Staatssekretärs Dr. Bühler, daß man vor Einführung einer solchen Maßnahme zumindest einen Schiedsspruch des Herrn Generalgouverneurs oder seine eigene Zustimmung hätte einholen müssen, erwidert Präsident Dr. Gerteis, daß er für sein eigenmächtiges Vorgehen die volle Verantwortung übernehme und um nachträgliche Genehmigung bitte.

Die unterschiedliche Lohnpolitik zwischen Staatsbetrieben und Privatwirtschaft sei untragbar gewesen. Die bisherigen Löhne der Ostbahn lagen in den Städten und Industriebetrieben erheblich unter den Löhnen der Privatwirtschaft. Die Folgen waren ein dauerndes Fehlen von bis zu 2o% der Belegschaft und das ständige Bestreben der Arbeiter nach Abwanderung zur Industrie. Neue Arbeitskräfte waren überhaupt nicht zu erhalten. Diese Schwierigkeiten konnten gerade jetzt bei dem der Ostbahn gestellten kriegswichtigen Aufgabenkreis gefährlich werden, weshalb eine Angleichung der Löhne sofort vorgenommen werden mußte. Bei der Kraftfahrzeugreparatur sei eine Lohnerhöhung bereits am 1. März 1942 vorgenommen worden. Die Hauptabteilung Arbeit habe sich bemüht, die Löhne bei den übrigen Betrieben zu senken und denen der Ostbahn gleichzusetzen, wie sie überhaupt mit der Einführung dieser neuen Lohnsätze grundsätzlich einverstanden war.

Präsident Dr. Frauendorfer bestätigt die Ausführungen des Präsidenten Dr. Gerteis und erklärt, daß bei der neuen Lohnregelung, soweit gangbar, der normale Weg eingehalten worden sei. Zwischen den interessierten Abteilungen sei volle Einigung erzielt worden und er habe unter den gegebenen Voraussetzungen die Lohnerhöhung genehmigt. Eine ähnliche Regelung sei bereits

früher

früher durchgeführt worden bei der Kraftfahrzeuginstandsetzung, bei der Polizei, Wehrmacht und Luftwaffe. Die Einwendungen der Hauptabteilung Finanzen hätten umso eher umgangen werden können, als sie lediglich formaler Art waren. Trotz halbjähriger Verhandlungen sei man in diesem Punkte nicht weitergekommen. Mit der Lohnerhöhung sei erreicht worden, daß kein Arbeiter mehr einen Grund zur Abwanderung in die Industrie habe.

Präsident Dr. Senkowsky erhebt Einspruch dagegen, daß eine Dienststelle, die so viele Polen beschäftigt, solche Lohnerhöhungen vornimmt. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn die Angelegenheit in der Hauptabteilungsleitersitzung vorgebracht worden wäre, in der er seinen Standpunkt hätte vertreten können. Die Hauptabteilung Finanzen widerspreche der Angleichung der Löhne an die der Privatwirtschaft deshalb, weil neben der dadurch entstehenden Mehrausgaben von etwa 26 Millionen Zloty die ganze Lohnentwicklung ins Wanken geraten, ja, eine allgemeine Lohnerhöhung zur Folge haben könnte. Es sei durchaus nicht so, daß durch die Hauptabteilung Finanzen aus reiner Prinzipienreiterei kriegswichtige Aufgaben verhindert worden seien.

Die Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler, ob Abwanderungen bereits eingetreten seien, bejaht Dr. Gerteis, gibt aber zu, daß die durch die Abwanderung und die Unmöglichkeit, infolge der geringen Löhne neue Arbeitskräfte zu erhalten, seit über einem Jahr bestehenden schwersten Störungen nunmehr beseitigt werden konnten.

Präsident Dr. Lauxmann berichtet von dem Bestreben seiner Leute, auf Grund der erhöhten Löhne nunmehr zur Ostbahn abzuwandern. Die Deutsche Post Osten müsse sich also notgedrungen im Interesse des Haltens der Arbeitskräfte dem Vorgehen der Ostbahn anschließen.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt fest, daß Präsident Dr. Senkowsky eine nachträgliche Einigung in Aussicht gestellt hat und nimmt an, daß eine solche Einigung auch mit der Deutschen Post Osten erreicht werden kann.

Präsident Dr. Senkowsky

Präsident Dr. Senkowsky lehnt, soweit polnische Beamte in Frage kommen, eine Lohnerhöhung ab. Eine Besserstellung der polnischen Beamten sei nicht diskussionsfähig.

Auf die Frage des Präsidenten Dr. Senkowsky, ob ein Arbeitsplatzwechsel nicht genehmigungspflichtig gemacht werden könnte, erwidert Präsident Dr. Frauendorfer daß dies seit Jahren bereits der Fall ist.

Staatssekretär Krüger führt aus, daß man es niemals wird verhindern können, daß die Arbeiter, die ihre Familie nicht ernähren können, von der Arbeitsstätte wegbleiben. Eine grundsätzliche restlose Bekämpfung des Schleichhandels sei daher zur Lösung des Problems unbedingt notwendig. Gegen den Juden müsse in erster Linie vorgegangen werden. Nach den letzten Judenaktionen, z.B. in Lublin und Krakau, habe sich gezeigt, daß die Schleichhandelspreise sofort um die Hälfte gesunken sind. Auch sei die neue Ernteerfassung nur möglich, wenn das Judenproblem und die Schleichhandelsfrage gelöst sind.

Dieser Auffassung schließt sich Staatssekretär Dr. Bühler an, räumt aber ein, daß der Schleichhandel solange bestehen wird, als die totale Versorgung der polnischen Bevölkerung nicht garantiert werden kann.

Nach Meinung des Präsidenten Dr. Frauendorfer würde eine Umsiedlung der Juden, die ein erhebliches Kontingent der Gesamtbevölkerung ausmachen, auf allen Sektoren des öffentlichen Lebens tiefgreifende Auswirkungen haben. Das Land sei arbeitsmäßig erheblich abgeschöpft. Rund 1oo ooo Facharbeiter stehen in der Rüstungsindustrie, 8oo ooo Arbeiter befinden sich im Reich, weitere 1oo ooo Arbeiter beschäftigt der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement in seinen Dienststellen. Er, Präsident Dr. Frauendorfer, sei daher zur Zeit auf den jüdischen Arbeitseinsatz absolut angewiesen, eine Auffassung, der sich auch der Rüstungsinspekteur im Generalgouvernement, Generalleutnant Schindler, angeschlossen habe. Diese seien mangels

polnischer Facharbeiter nicht zu ersetzen. Die Juden sollen den von der SS durchgeführten Aktionen zwar nicht entzogen, aber für die Dauer des Krieges arbeitsmäßig erhalten bleiben.

Er habe kein Interesse daran, jüdische Facharbeiter der Wirtschaft oder der Industrie zu entziehen. In den mit Generalleutnant Schindler getroffenen Vereinbarungen bezüglich Hergabe von Juden für die Rüstungsindustrie sei dies sehr eindeutig klargestellt worden, und er könne dessen Wünsche auch vollauf befriedigen. Tausende von jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in in der Nähe der Rüstungsbetriebe errichteten Lagern untergebracht werden, würden für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, von der SS betreut, verpflegt und, wenn notwendig, eingekleidet. Der Reichsführer-SS sowie Reichsminister Speer und der Beauftragte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel. legten sogar gesteigerten Wert auf den <u>Einsatz der arbeitsfähigen</u> Juden.

Präsident Naumann schildert die großen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Die hauptsächlich in Galizien zur Arbeit angesetzten Ukrainer treiben in zunehmendem Maße Sabotage und bleiben von der Arbeit fern, sodaß z.B. die Bestellung der Zuckerrübenfelder nahezu unmöglich geworden sei. Er schlägt vor, die sich augenblicklich auf Grund der Judenaktionen freiwillig zur Arbeit meldenden Juden mit Ausweisen zu versehen und in der Landwirtschaft einzusetzen. Es handele sich um die Versorgung von etwa 1 800 Großbetrieben, für die 30 - 40 000 Juden gebraucht würden, die im Herbst wieder für andere Zwecke verfügbar wären. Die Situation sei äusserst kritisch und er bitte Staatssekretär Krüger, ihm die Juden auf schnellstem Wege zur Verfügung zu stellen.

Präsident Dr. Frauendorfer unterstützt diesen Vorschlag und ist bereit, die nötigen Leute zu vermitteln.

Auf eine entsprechende Frage der Staatssekretäre Dr.Bühler und Krüger erklärt Präsident Naumann, daß die Möglichkeit einer sofortigen Unterbringung und notdürftigen Verpflegung der Juden gegeben, eine Überwachung derselben durch die wenigen zur Verfügung stehenden Aufsichtsbeamten jedoch nicht restlos durchzuführen sei. Er müsse daher um polizeiliche Unterstützung bitten.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß eine solche Maßnahme sehr organisiert und überlegt werden müsse. Polizeikräfte zur Überwachung der Juden könne er nicht zur Verfügung stellen.

Staatssekretär Dr. Bühler entscheidet, daß das Spezialproblem Galizien zwischen Staatssekretär Krüger und Präsident Naumann näher besprochen werden soll.

3. Maßnahmen zur Erfassung der Arbeitslosen und Scheinbeschäftigten.

Staatssekretär Dr. Bühler erinnert an eine kürzlich gemachte Anregung, die Erfassung der Arbeitslosen und Scheinbeschäftigten zu verbinden mit der Verweigerung von Lebensmitteln und Wohnungen. Er richtet an Präsident Dr. Frauendorfer die Frage, ob

die

die Hauptabteilung Arbeit diese Angelegenheit weiter verfolgen wolle.

Präsident Dr. Frauendorfer überreicht Staatssekretär Dr. Bühler einen ausführlichen Bericht, in dem diese Dinge grundsätzlich behandelt werden. Er betont, daß seit zwei Jahren auf diesem Gebiete alles, was möglich war getan worden sei. In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft könne diese Angelegenheit weiter bearbeitet werden. Die Einzelheiten bittet er aus seinem Exposé zu entnehmen.

Wie Präsident Dr. Siebert mitteilt, habe der Herr Generalgouverneur angeregt, die Scheinbeschäftigten bezw. Nichtbeschäftigten in die schlechtesten Wohnungen zu stecken, vor allem in die freigewordenen Ghettos.

Die Fürsorgeämter seien angewiesen worden, Unterstützungen grundsätzlich nur noch an arbeitsunfähige Personen zu zahlen. Allerdings müsse dabei auf die Familienangehörigen der im Reich beschäftigten Polen Rücksicht genommen werden, die ihre Angehörigen nur in sehr geringem Ausmaße unterstützen könnten.

Präsident Dr. Frauendorfer erklärt, daß die Polen im Reich nur sehr wenig verdienen und demnach nur geringe Ersparnisse in das Generalgouvernement überweisen können. Das Reich weigere sich, den Polen mehr zu zahlen. Durch den geringen Kaufwert des Zloty gegenüber der Reichsmark seien die überwiesenen Beträge praktisch gleich Null. Man komme also um eine zusätzliche Unterstützung für die zurückgebliebenen Angehörigen der Arbeiter im Reich nicht herum.

Die Mittel für diese Unterstützung werden, wie Präsident Dr. Senkowsky mitteilt, dem polnischen Arbeiter im Reich in Form der Sozialausgleichsabgabe bereits abgezogen. Das Reich sei daher ohne weiteres in der Lage, die seitens des Generalgouvernements gewährten Unterstützungen zurückzuzahlen.

Staatssekretär Dr. Bühler ersucht, diese beiden Probleme energisch vorwärts zu treiben.

4. Lebensmittelrationen im Distrikt Galizien.

Im Laufe der Diskussion über Punkt 2) der Tagesordnung wurde gleichzeitig die Regelung der Lebensmittelrationen im Distrikt Galizien erörtert. Präsident Naumann fordert nochmals eine Entscheidung über die Höhe der Lebensmittelsätze für die Ukrainer und bittet Staatssekretär Dr. Bühler, die in der letzten Hauptabteilungsleitersitzung beschlossene Gleichstellung der Ukrainer mit den Polen nunmehr einzuführen.

Staatssekretär Dr. Bühler will mit Gouverneur Dr. Wächter über die Einführung der gleichen Lebensmittelrationen für Ukrainer und Polen ab 1. Juli 1942 verhandeln.

Präsident Dr. Eißfeldt führt Klage über die anhaltende Einziehung von Pferden durch die Wehrmacht. In der Forstwirtschaft sei man weitestgehend auf das Pferd angewiesen, da Motorfahrzeuge nicht genügend vorhanden und zum großen Teil auch nicht verwendbar sind. Seit einem Jahr sei der Pferdebestand so zurückgegangen, daß die Holzabfuhr außerordentlich stark gelitten hat und der Zeitpunkt abzusehen sei, wann sie überhaupt nicht mehr funktioniert. In den Wäldern liegen riesige Mengen von Holz, die mehr oder weniger verfaulen, die Sägewerke liegen zum großen Teil still, weil die Holzanfuhr stockt. Neuerdings sei man auch dazu übergegangen, die Dienstpferde der Forstbeamten zu requirieren, sodaß diese nicht mehr in der Lage sind, ihren Dienst im vollen Ausmaß auszuüben. Wie ihm bekannt geworden ist, stehen im Augenblick neue Pferdeeinziehungen in Aussicht. Er bitte daher dringend, bei den zuständigen Stellen ganz energisch auf die Mißstände in der Holzwirtschaft hinzuweisen und Maßnahmen zu ergreifen, die eine Zurückstellung weiterer Einziehungen von Pferden zum Ziele haben. Präsident Dr. Eißfeldt regt weiter an, nicht zu viele Straßenverbesserungen ausführen zu lassen, weil dadurch eine grosse Anzahl von Pferdegespannen in Anspruch genommen wird, deren Einsatz in der Forstwirtschaft notwendiger sei.

Staatssekretär Dr. Bühler

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß er sich gegen diese fortgesetzten Einziehungen von Pferden bereits erheblich zur Wehr gesetzt und in Berlin eine Drosselung der Requirierungen verlangt habe.

Präsident Dr. Frauendorfer ersucht um Zuteilung von monatlich je 2oo Lt. Benzin für 4o Kraftwagen, die ihm zwecks Anwerbung von weiteren 100 000 Polen im Distrikt Galizien zur Verschickung ins Reich zur Verfügung gestellt worden sind.

Staatssekretär Dr. Bühler bittet um Vorlage entsprechender Unterlagen.

Punkt 5 der Tagesordnung "Enteignungsverordnung" wurde nicht behandelt.

Schluß der Sitzung: 18,1o Uhr.

Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal des

Regierungsgebäudes zu Krakau

am 21.September 1942

Ausgefertigt in 3 Exempl.:

1. z.d.Akt. d.Kanzl. des Generalgouverneurs

2. Herrn Staatssekretär Dr. Bühler

3. Herrn O.L.G.R.Dr.Weh

Abschrift

Anwesenheitsliste
für die Hauptabteilungsleitersitzung vom
21. September 1942.
15 Uhr 30 Min.

Frank
Bühler
Stahl
Emmerich
Naumann
Gerteis
Lauxmann
Blauert
Dr.Weh
Dr.Fischer
Dr.Wächter
Wille
Plodeck
Tetzner
Gwuzdz
Dr.Wendler
Dr.Heuber
Schöngarth
Becker
Paersch
Siebert
Schepers
Dr.Radtke
Kundt
Zörner
Gassner
Dr.Schulte-Wissermann
Watzke
Bauder
Dr.Frauendorfer.

Beginn der Sitzung 15Uhr 30 Minuten

1. Erfassung der nichtdeutschen Bevölkerung zum Arbeitseinsatz

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß sich in der Entwicklung des Arbeitseinsatzes der nichtdeutschen Bevölkerung im Generalgouvernement eine bedeutende Verschlechterung bemerkbar mache. Die von der Arbeitseinsatzverwaltung vermittelten Kräfte verließen nach wenigen Tagen wieder ihre Arbeitsplätze und kehrten dorthin nicht mehr zurück. Dadurch würden wesentliche Arbeitsprogramme, vor allem auch im militärischen Interesse wichtige, empfindlich gestört. Dieser Zustand habe seine Ursache darin, daß die arbeitende Bevölkerung sich für ihre Arbeitslöhne nicht hinreichend ernähren könne und daß die amtliche Zuteilung bei weitem nicht ausreiche. Man müsse in den kommenden Monaten mit einer weiteren Verschärfung dieser Lage rechnen, sodaß es angezeigt sei, bereits jetzt über Maßnahmen zu beraten, um den im deutschen Interesse erforderlichen Arbeitseinsatz im Generalgouvernement zu sichern.

Gouverneur Dr. Wächter ist der Überzeugung, daß die Arbeitskräfte, deren Gestellung das Reich vom Generalgouvernement fordere, hier im Lande vorhanden seien. Aus Galizien habe man bisher 270.000 Arbeiter - 8 % der arbeitsfähigen Bevölkerung - an das Reich abgegeben. Trotzdem könne man weitere Arbeitskräfte herausholen, insbesondere, wenn man in das kleine Bauerntum eingreife. Er bitte aber, die Organisation der Erfassung abzuändern. Die Erfassungsorgane gingen vielfach nach der Linie des geringsten Widerstandes vor, holten also Arbeitskräfte aus Stellen, in denen sie irgendwie versammelt seien: von den Liegenschaften, von den Betrieben der Wasserwirtschaft, aus den Tabakfabriken usw.. Man

greife da zu, wo man sie am leichtesten erfassen könne, und nicht da, wo sie im Interesse der Arbeitssituation noch abgeschöpft werden könnten.

Er sehe nicht ein, warum die Erfassung von Arbeitskräften anders gehandhabt werden solle, als die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte. Erfasse man die Kontingente mit Hilfe der Ernteerfassungsausschüsse mit Erfolg, so sei es naheliegend, eine ähnliche Methode zur Erfassung der Arbeitskräfte einzuschlagen. Genügend Beamte und Angestellte der Arbeitsverwaltung stünden dazu zur Verfügung. Man solle also im Benehmen mit der Hauptabteilung Arbeit die Organisation insofern etwas abändern, daß man den Arbeitsämtern der Distrikte Außenstellen bei den Kreishauptleuten schafft. Ein Kreishauptmann gehöre zu den wenigen Personen, die einen Gesamtüberblick über einen Kreis hätten. Er habe ein Interesse daran, daß sowohl die vom Reich geforderten Arbeitskräfte aufgebracht würden als auch die landwirtschaftliche Produktion im Generalgouvernement für die Zukunft gesichert würde. Ihn sollte man verantwortlich einschalten. Eine solche Organisationsänderung könne ohne besondere Kompliziertheit durchgeführt werden. Man könne im Generalgouvernement nicht nach Reichsschemen verfahren.

Die Arbeitergestellung für das Generalgouvernement selbst sei eine reine Frage der Ernährung. Stelle man eine genügende Ernährung sicher, so bereite es keine Schwierigkeiten, ständig genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.

Gouverneur Dr. Fischer schließt sich den Ausführungen Gouverneurs Dr. Wächter an. Bei einer Besprechung mit den Kreishauptleuten des Distrikts Warschau hätten ihn die Ausführungen der einzelnen Kreishauptleute überzeugt davon, daß diese leicht in der Lage seien, die erforderlichen Arbeitskräfte aufzubringen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie Einfluß auf die Werbung ausüben könnten. Bei dieser Besprechung

habe man die dem Distrikt Warschau auferlegten Kontingente für ins Reich abzugebende Arbeitskräfte aufgeteilt. Auf jeden Kreis entfielen 12- bis 1400 Mann, pro Dorf durchschnittlich 2 Mann. Diese Zahlen ließen sich leicht erreichen. Er habe für ihre Erfassung Befehlsstäbe errichtet.

Die Arbeitsmoral der städtischen Arbeiterschaft müsse unbedingt gehoben werden und er bitte zu diesem Zweck um Erlaß einer Anordnung, derzufolge unentschuldigtes Wegbleiben vom Betrieb als Sabotage ausgelegt würde.

Gouverneur Dr. Wendler ist auch der Meinung, die Kreishauptleute verantwortlich in die Arbeitererfassungsorganisation einzuschalten. Die Arbeitsämter seien größtenteils nicht in der Lage, die notwendigen Arbeitskräfte zu er/fassen. Ohne orts- und kreismäßige Verantwortung könne man zu keinem vollen Erfolg gelangen.

Gouverneur Kundt ist der gleichen Ansicht. Von seiten der Arbeitsämter gehe man bereits dazu über, Angehörige des demnächst zum Baudienst einzuziehenden Jahrganges zu erfassen, um die vorgeschriebene Zahl der Arbeitskräfte für das Reich zu erreichen. Dadurch entstehe die Gefahr, daß man dann zu wenig baudienstpflichtige Männer einziehen könne, die man gemäß einer Vereinbarung bei Staatssekretär Dr. Bühler für unbedingt kriegswichtige Arbeiten bei der Ostbahn benötige. Der Baudienst habe sich im vollen Maße bewährt und werde ausschließlich für kriegswichte Aufgaben eingesetzt. Wenn der jetzt einberufene Jahrgang, wie vorgeschrieben, nicht entlassen werde, laufe man große Gefahr, die Angehörigen der nächsten Jahrgänge schwer zu erfassen, da die Leute nicht wüßten, wie lange die dienen sollten. Der Baudienstpflichtige der kommenden Jahrgänge melde sich lieber zur Arbeit im Reich, da er dort mehr bezahlt bekomme und auch nicht der strengen Arbeitspflicht

unterliege. Die anderen Arbeitskräfte könne man nur durch Krafteinsatz erfassen. Darum sei es wichtig, daß der Gouverneur oder Kreishauptmann die entsprechenden Vollmachten bekomme, die Arbeitererfassung so vorzunehmen, wie er es je nach der Gegend für notwendig halte.

Für die Zukunft ergebe sich aber auch ein immer stärkerer Bedarf an Arbeitskräften innerhalb des Generalgouvernements infolge der großen Bahnbauten und des verstärkten Aufbaues von Rüstungsindustrien. Das treffe insbesondere für den Distrikt Radom zu. Man dürfe daher nicht einfach Arbeitskräfte für das Reich aus Rüstungsindustriegebieten herausholen, da man sie für kommende Rüstungsindustriebetriebe benötige. Auch müßten die in Rüstungsbetrieben heute tätigen Juden allmählich durch polnische Arbeiter ersetzt werden.

Bei der zunehmenden Ernährungsverknappung werde man die Arbeitskräfte für deutsche Dienste leichter erfassen können als durch die Polizei, wenn eine ausreichende Ernährung der in deutschen Diensten Tätigen gesichert sei. Ja aber der Ernährungsplan des Generalgouvernements auf der Beschäftigungsbasis vor einem halben Jahre aufgestellt worden sei, müsse man ihn auf Grund der stärkeren Erfassung der Arbeitskräfte für deutsche Betriebe korrigieren; denn die Zahl der Arbeitskräfte in deutschen Diensten steige ständig.

Gouverneur Zörner erklärt, daß die Erfassung der Arbeitskräfte für das Reich im Distrikt ~~Radom~~ Lublin der Ernteerfassung hintangestellt worden sei. Im übrigen schliesse er sich den Ausführungen der anderen Gouverneure an.

Präsident Dr. Frauendorfer ist sich darüber klar, daß es schwierig sei, die verschiedenen Anforderungen auf einen Nenner zu bringen. Bei Besprechungen mit Reichsstatthalter Sauckel und Reichsminister Speer habe er festgestellt, daß die Arbeitseinsatzlage des Reiches

katastrophal angespannt sei, sodaß eine Steigerung dieser Schwierigkeiten kaum mehr hingenommen werden könne. Die letzten Einberufungen zur Wehrmacht in Höhe von 400.000 Mann habe man bereits von den Rüstungsfacharbeitern des Reiches abziehen müssen.

Das Generalgouvernement habe bisher von allen besetzten Ländern die meisten Arbeitskräfte an das Reich abgegeben. Als der Bevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Sauckel im Mai dieses Jahres in Krakau war, habe er die Hauptabteilung Arbeit gebeten, im Laufe von zwei Monaten 100.000 Kräfte für die deutsche Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung sei erfüllt worden. Nach den Versicherungen Sauckels sollte nach Aufbringung dieses Kontingentes das Generalgouvernement auf dem Gebiete der Arbeitergestellung nicht mehr beansprucht werden. Da aber die Werbungen in Frankreich, Holland keine guten Ergebnisse gezeitigt hätten und auch aus den Ostgebieten nicht die erwarteten Arbeitskräfte gekommen wären, sei dem Reich das Generalgouvernement wieder als letzte Hoffnung geblieben. Beim letzten Besuch des Reichsstatthalters Sauckel habe man dann vereinbart, möglichst schnell weitere 140.000 Kräfte ins Reich zu vermitteln. Diese Aktion laufe nunmehr seit Mitte August.

Es sei selbstverständlich, daß die einzelnen Gebiete des Generalgouvernements dabei in Schwierigkeiten kämen. Diese müsse man aber hinnehmen. Der Führer habe vor wenigen Tagen die Entscheidung getroffen, daß die Bedürfnisse des Reiches um jeden Preis vorweg erfüllt werden müßten, selbst auf die Gefahr hin, daß wichtige Rüstungsbetriebe im Generalgouvernement ihre Arbeit einstellen müßten. Die Gouverneure hätten ja selber dargelegt, daß man aus dem Generalgouvernement noch Arbeitskräfte abziehen könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. Frauendorfer sich zur Sache zu äußern. Niemand im Generalgouvernement bestreite, daß dem Reich geholfen werden müsse. Es drehe sich darum, die Organisation der Arbeitererfassung so umzugestalten, daß sie mit dem größten Nutzen arbeiten könne. Der Arbeitseinsatz müsse bis zum Kreishauptmann hinunter dezentralisiert werden.

Präsident Dr. Frauendorfer entgegnet, daß die Organisation klar kurchgegliedert sei und während zweier Jahre bewiesen habe, daß sie ihre Aufgabe erfüllen könne. Er hegt Bedenken, die Verantwortung seiner Hauptabteilung auf die Kreishauptleute zu übertragen. So habe z.B. der Kreishauptmann in Tarnopol in seinem Kreis die Erfassungsaktion verboten. Die Aktion dürfe nicht ortsgebunden auf den Kreishauptmann übergehen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Debatte und ordnet im Anschluß an die Sitzung eine Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler an, in der mit dem Ziele einer Einflußnahme der Kreishauptleute auf die Erfassungsaktion verhandelt werden müsse.

II. Ernteerfassung

Hauptabteilungspräsident Naumann führt aus, daß sich die eingeleiteten Maßnahmen bisher 100 %ig bewährt hätten. Die fünf Distrikte und ihre Kreise wetteiferten darin, die Spitze in der Erfassung zu halten. Bis zum 21. September habe man 501 000 to Getreide erfaßt (im vergangenen Jahr 76 000 to). Bisher seien 90 000 to ins Reich abtransportiert worden.

Die Erfassung sei also kein Problem mehr; die Hauptsorge bereite der Abtransport ins Reich. 50.000 Stück Rinder würden im September ins Reich geliefert. Mit der Ostbahn habe man vor vier Wochen einen Lieferplan aufgestellt, in dem die Tagestransporte ins Reich

festgelegt seien. Insgesamt würden 600.000 to Getreide, 280.000 to Kartoffeln, 30.000 to Vieh, 5.000 to Zucker, 500 to Fett und 4.000 to Gartenbauerzeugnisse geliefert. Um diese Mengen abzutransportieren, seien folgende Waggonzahlen nötig:

1.	bis 15.9.	täglich 226	Waggons
16.	bis 19.9.	" 498	"
20.	bis 30.9.	" 765	"
1.	bis 31.10.	" 754	"
1.	bis 30.11.	" 754	"
1.	bis 15.12.	" 784	"
16.	bis 31.12.	" 200	"

Im Oktober benötige man zum Transport von 800.000 to Zuckerrüben pro Tag 3.000 Waggons. Am heutigen Tage fänden in Berlin Verhandlungen über die Gestellung der nötigen Waggons statt.

Hauptabteilungspräsident Naumann schildert dann die Schwierigkeiten, die auftauchen würden, falls man die nötigen Waggons zum Abtransport nicht erhalten könne. Er äußert sich weiter über die Situation auf dem Gebiete der für die Ernteerfassung vorhandenen Prämien, der Kohlen für Druschzwecke und Zuckerrübenfabriken und berichtet von Arbeiten zur Errichtung von 250 primitiven Molkereien in kürzester Frist.

Zum Schluß macht er Ausführungen über den Ernährungsplan für das Generalgouvernement. Man müsse vom 1.Jan.43 ab auf Grund der heutigen Situation für die nichtdeutschen Normalverbraucher, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, Rationskürzungen vornehmen. Sollte die Brotgetreideerfassung nicht den gewünschten 100 %igen Erfolg aufweisen, müsse man diese Versorgerkategorie von der Brotversorgung ab März 1943 ausschließen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe aber nach wie vor die Absicht, für die nichtdeutschen Arbeiter der Rüstungs-, A- und B und sonstigen lebenswichtigen Betriebe die heutigen Rationssätze aufrecht zu erhalten und auch den Familienangehörigen dieser Arbeitskräfte die nichtdeutschen Normalverbrauchersätze nach dem 1.Jan. 1943 in der alten Höhe zu gewähren. Sonderzuteilungen, wie

man sie im vergangenen Jahr bewilligt habe, könne man in diesem Jahre nicht durchführen.

/9
/1

Präsident Gerteis führt aus, daß ein Programm für die Abfuhr der Ernteerzeugnisse vor 4 Wochen zwischen der Ostbahn und der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Transportsituation eingehende besprochen und genau festgelegt worden sei. Es habe auf der von der Reichsbahn gegebenen Zusage basiert, daß man bemüht sein werde, den Bedarf an gedeckten und offenen Wagen aus dem Zulauf der besetzten Gebiete des Ostens zu befriedigen. Das Programm sei auch zunächst reibungslos angelaufen; die Ausfälle an Wagen für den Transport von Getreide seien in den Distrikten Lublin und Lemberg verhältnismäßig gering gewesen. Auch die Kohlenversorgung sei in diesem Zeitraum durchaus normal gewesen. Es seien dann aber Ereignisse eingetreten, angesichts deren man vor einer völlig neuen Situation gestanden habe. Man befinde sich jetzt in der schwierigsten Lage, die man in den verflossenen drei Jahren erlebt habe.

Präsident Gerteis gibt dann in längeren Ausführungen eine eingehende Schilderung der Schwierigkeiten, mit denen die Ostbahn zur Zeit zu kämpfen hat.

Über die

Sicherheitslage im Generalgouvernement

berichtet Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Oberst der Polizei Dr. Schöngarth. Nach seinen Darlegungen ist eine weitere Steigerung der Sabotageakte nicht festzustellen. Auch im Distrikt Lublin sei die Bandentätigkeit etwas eingedämmt worden, wenngleich die Banden leider aus den weißruthenischen Gebieten Zuzug erhielten. So bildeten sich immer wieder neue Banden, die Überfälle verübten, denen man nicht ohne weiteres begegnen könne, wenn man nicht rechtzeitig durch Agenten Nachricht von solchen geplanten Überfällen erhalte. Zur Zeit sei eine Großaktion im Gange, mit der der Zweck verfolgt werde, noch vor Ausbruch des Winters die

Bandentätigkeit zu unterbinden. Andererseits müsse man damit rechnen, daß in Hungerszeit manche Elemente sich den Banden anschließen würden. Diese würden auch noch durch Kriegsgefangene verstärkt. Auch abgesprungene Fallschirmjäger dirigierten diese Banden, die so in die Lage versetzt würden, immer noch Überfälle auszuüben. Weiter sei anzunehmen, daß vielleicht aus Anlaß der Polenumsiedlung sich bewaffneter Widerstand zeige. Wieweit eine Ersetzung der Juden durch Polen technisch möglich sein werde, stehe dahin.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant der Pol. Becker, daß man mit den zur Zeit im Generalgouvernement vorhandenen Polizeikräften zur Not auskomme. Man müsse mit einem weiteren Andauern der Bandenkämpfe im Lublinerbezirk rechnen, könne aber immerhin feststellen, daß ein gewisses Absinken eingetreten sei. Vor allem seien auch die Banden nicht mehr so stark. Unter dem Druck der polizeilichen Maßnahmen und der fortgesetzten Verfolgungen bei Tag und Nacht seien die Banden im allgemeinen auf 3, 5 oder 7 Mann zusammengeschmolzen. Gleichwohl habe man immer noch mit diesen Banden zu kämpfen, und die 4 Polizeibattaillone im Lubliner Bezirk seien Tag und Nacht beansprucht, auch seien ~~euch~~ schon manche Opfer zu beklagen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert berichtet sodann über die

Tätigkeit der Kommission des Generals von Unruh.

Im allgemeinen seien Klagen über die Tätigkeit der Kommission nicht erhoben worden, sie habe auch zugestanden, daß gewisse Beamte und Angestellte noch drei bis fünf Monate im Generalgouvernement bleiben könnten.

In diesem Zusammenhang weist Hauptabteilungspräsident Wille darauf hin, daß er sich veranlaßt gesehen habe, gewisse Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die ihn in die Lage versetzten, mit den noch verbleibenden Beamten zu arbeiten. Er werde demnächst dem Herrn Generalgouverneur einen diesbezüglichen Verordnungsentwurf vorlegen. Zu irgendwelchen Befürchtungen für das Gebiet der Rechtspflege bestehe kein Anlaß. Im übrigen werde es sein Bestreben sein, nach Möglichkeit polnische Streitfälle an die polnische Gerichtsbarkeit überweisen zu lassen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß die Verhandlungen über die Einrichtung und Aufstellung eines

Polizeihilfsdienstes

zur Zeit noch schwebten. Er erwarte, daß noch im Laufe dieser Woche die endgültigen Bestimmungen vereinbart werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem dafür gesorgt wissen, daß der ordnungsmäßige Verwaltungsbetrieb durch eine Inanspruchnahme von Beamten und Angestellten für diesen Polizeihilfsdienst nicht gefährdet werde. Im übrigen begrüße er diese Maßnahme der Schaffung eines Polizeihilfsdienstes, weil sie den Beamten und Angestellten einen gewissen Einblick in polizeiliche Verhältnisse ermögliche.

Gouverneur Kundt nimmt sodann in längeren Ausführungen zu dem von Finanzpräsident Dr. Senkowsky gezeichneten, im Druck erschienenen und allgemein verbreiteten

Haushaltserlaß 1943

Stellung. Dieser Erlaß, der wohl auch an Dienststellen des Reiches gelangt sein werde, gebe in seiner Fassung zu starkem Bedenken Anlaß. Der Erlaß befasse sich nicht

so sehr mit Haushaltsfragen, in ihm werde vielmehr ein Werturteil über die innere Einstellung von Behördenleitern zur Wirtschaftsführung im Generalgouvernement abgegeben, das schließlich als Werturteil über das Generalgouvernement selbst angesehen werden könnte. In dem Erlaß heiße es z.B., daß offensichtlich vielen Behördenleitern das notwendige Verständnis für eine sparsame Wirtschaftsführung fehle. Im Zusammenhang mit Personalanforderungen werde die Feststellung getroffen, daß jede Einsicht für die im Kriege nun einmal erforderlichen Einschränkungen zu vermissen sei. Als Beispiel werde hier das Amt des Gouverneurs angeführt, was den Anschein erwecken könne, als ließen die Gouverneure im allgemeinen diese Einsicht vermissen. Weiter werde in dem Erlaß von aufgeblähten Dienststellen des Generalgouvernements gesprochen. Er, Gouverneur Kundt, könne nur seinem höchsten Befremden über die Fassung dieses Erlasses Ausdruck geben. Ebenso befremdend sei es, daß ein Finanzamtmann Süßmann die Aufgabe habe, in den Distrikten sogenannte Haushaltsbesprechungen durchzuführen. Wenn solche Besprechungen aus grundsätzlichen Erwägungen der Ersparnis notwendig seien, dann sei es doch wohl angemessen, daß mindestens ein Ministerialrat der Hauptabteilung Finanzen solche Besprechungen mit den verantwortlichen Gouverneuren pflege.

Ministerialrat Radtke bittet, den Verfasser des Erlasses persönlich zu hören. Eigentlich hätte dieser Erlaß von dem Herrn Generalgouverneur oder von Staatssekretär Dr.Bühler unterzeichnet werden sollen. Infolge der Abwesenheit des Herrn Generalgouverneurs und des Herrn Staatssekretärs habe ihnen der Erlaß zur Unterschrift nicht vorgelegt werden können.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit allem Nachdruck gegen die in diesem Falle von seiten der Hauptabteilung Finanzen eingeschlagenen Methode und trifft folgende Verfügung:

1. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, in einem an sämtlichen Dienststellen, denen dieser Haushaltserlaß zugegangen ist, gerichteten Sondererlaß darauf hinzuweisen, daß der Haushaltserlaß 1943 insgesamt aufgehoben wird.
2. Künftige Erlasse der Hauptabteilung Finanzen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs bzw. des Staatssekretärs Dr.Bühler.
3. Der Verfasser des Haushaltserlasses ist festzustellen.
4. Die Einzeltatbestände, die zu den im Erlaß gezogenen Schlußfolgerungen geführt haben, sind dem Herrn Generalgouverneur bekannt zu geben. Sollte der Verfasser des Erlasses nicht imstande sein, die Beweggründe für die Herausgabe dieses Erlasses bzw. Einzeltatbestände darzulegen, dann wird er aus dem Dienste des Generalgouvernements entlassen.

Er werde in einer Haushaltsbesprechung, die demnächst stattfinden solle, in Gegenwart der Mitglieder der Regierung und der Hauptabteilungspräsidenten Stellung nehmen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Radtke, daß es Aufgabe des Finanzamtmanns Süßmann sein solle, in den Distrikten belehrend und anregend zum Haushalt Stellung zu nehmen.

Der Herr Generalgouverneur weist Ministerialrat Radtke an, ihm einen schriftlichen Bericht über diese gesamte Frage einzureichen.

Ministerialrat Radtke gibt sodann einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Finanzlage des Generalgouvernements.

Des weiteren nimmt er zur Frage der

Neuregelung der Ostzulage

Stellung. Er führt aus, daß in dieser Frage die Hauptabteilung Finanzen im Einvernehmen mit Eisenbahn, Post und auch Polizei vorzugehen gedenke. Man hoffe, demnächst dem Staatssekretär Dr.Bühler einen konkreten Vorschlag über das weitere Verfahren unterbreiten zu können.

Der Herr Generalgouverneur hält es für angemessen, daß, wenn man schon die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements auf den Status der soldatischen Notwendigkeiten stellen wolle, das Generalgouvernement für die Beamten und Angestellten alles das werde aufbringen müssen, was für den regulären Soldaten auch aufgebracht werden müsse. Aus dem, was man mit dieser Maßnahme erspare, werde man einen großen Fonds schaffen, aus dem notfalls die Mittagsmahlzeiten der Beamten bezahlt werden würden. Ebenso werde man Vergünstigungen hinsichtlich der Wohnungsmiete, der Bekleidung usw. schaffen. Ob und wieweit die Bezüge der Angestellten der freien Wirtschaft denen der Beamten und Angestellten anzugleichen seien, sei eine Frage, die gegebenenfalls auch noch zu erwägen sei.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert teilt mit, daß die

Stellenplanverhandlungen für 1942

so gut wie abgeschlossen seien. Im Oktober würden die Stellenplanvorschläge für 1943 eingereicht. Er bitte die Gouverneure und Hauptabteilungsleiter, dafür zu sorgen, daß die Anforderungen und Übernahmeanträge möglichst bald eingingen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift sodann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Am Schluße der heutigen Sitzung möchte ich Ihnen grundsätzlich sagen, daß es angesichts der sehr ernsten Entwicklung der allgemeinen Lage auch für das Generalgouvernement absolute Pflicht ist, in alledem, was nun unbedingt geschehen muß, dem Primat der kommenden nicht einfachen Situationen immer wieder zu entsprechen. Von allen Hauptabteilungen muß aber auch im wohlverstandenen Interesse des Reiches darauf geachtet werden, daß die einheitliche Verantwortung für das Geschehen in diesem Gebiet, Land Generalgouvernement, uns zur Zeit noch von niemandem abgenommen ist. Es ist also absolut notwendig, daß Sie sich restlos bis in die unterste Instanz hinein darüber klar sind, daß sich an dem Gesamtstatus des Generalgouvernements als eines selbständigen Nebenlandes des Großdeutschen Reiches unter einem Generalgouverneur, dem sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen sind, fußend auf dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung, nichts geändert hat, daß daran auch etwa durch das Hereinkommen von Sonderaufträgen, die die Not der Zeit gebiert, oder durch das Erscheinen von Sonderkommissaren für eine Spezialaufgabe, die dem Reich auf den Nägeln brennt, nichts geändert werden wird. Sie müssen sich vielmehr grundsätzlich darüber klar sein, daß diese unsere Regierungsform in diesem Lande heute genauso unverrückt feststeht wie damals im Oktober 1939.

Zu meiner Bekümmernis sehe ich da und dort vielleicht eine vorsichtige Tendenz in anderer Richtung: man glaubt, sich vielleicht jetzt aus den Banden dieser engen Geschlossenheit des Generalgouvernements durch möglichst intensive Beziehungen zu Reichszentralen allmählich loslösen zu können. Meine Herren, der Schaden ist dann auch für das Reich gegeben; denn ein verantwortungsloses planloses Hineinprellen in die Gemeinschaft

ordnung dieses Landes, die durch eherne Erlasse des Führers festgelegt ist, muß allmählich zu einer Verwirrung der Verwaltungslage in diesem Lande führen; sie muß damit den Schaden hervorrufen, daß hier anstatt eines einheitlich festgefügten Machtblockes ein zerrissenes Aggregat von einzelnen Haufen entsteht, die letzten Endes doch hilflos untergehen müßten. Das Rückgrat dieses Landes ist ja die Einheit des Gebietes, wie sie der Führer aufgebaut hat.

Ich werde daher gerade Sie, meine Herren Hauptabteilungsleiter, und auch die Herren des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen immer wieder daran erinnern, daß sich an dieser geschlossenen Führung des Gebietes nicht das geringste geändert hat. Das ist um so notwendiger, weil die Verantwortungen, die uns auch in den kommenden Wochen und Monaten in steigendem Maße auferlegt werden, vom Reich nicht planlos bekannt gegeben werden können, sondern aus der Notlage des Reiches, die jeweils auf irgendeinem Gebiet akut ist, an uns herangetragen werden.

Daher ist es auch klar, daß ich mich den Versuchen, vorzeitig etwa die Eisenbahn oder die Post oder das Bauwesen oder einen sonstigen Verwaltungsbereich aus dieser einheitlichen Ordnung des Gebietes herauszureißen, unter Einsatz meiner Person entgegengestellt habe und daß ich es auch in Zukunft immer wieder tun werde. So lange ich hier Generalgouverneur bin, kann an dieser Einheit auch nicht gerüttelt werden; denn die Verantwortung muß einer tragen, und das bin ich. Sie ist mir noch von niemandem abgenommen worden.

Ich bitte daher, nicht etwa zu glauben, daß diese Ordnung des Gebietes durch Einzelaktionen zerrissen werden könnte. Ich stehe lange genug im politischen Leben, um nicht zu wissen, wie leider Gottes die Strömungen immer wieder dilettantisch von dem staatsmäßigen auf das persönliche Gebiet übergeleitet werden, wie man sich dann auch immer, wenn Schwierigkeiten entstehen, bemüht, irgendwie auf Personen zu tendieren, wo es um

sachliche Probleme geht. Das ist der übliche dilettantische Ausweg. Aber der Erfahrene weiß, daß es in der Lage, in der wir uns befinden, - es wird jetzt die ernsteste kriegs- und siegesentscheidende Situation unseres Volkes kommen -, darauf ankommt, daß sich jeder dessen bewußt ist, was für Vollmachten er hat, und daß er von diesen Vollmachten auch Gebrauch macht. Und das werde ich tun, meine Herren, verlassen Sie sich darauf! Ich werde mit dem ganzen Spuk der Greuelpropaganda gegen das Generalgouvernement und auch gegen den Generalgouverneur aufräumen. Ich denke gar nicht daran, auf all' dieses Geschwätz und alle jenen Machinationen das Geringste zu geben. Denn wir wachsen darüber hinaus. Ob jedem diese Arbeit und die Geschlossenheit der Verwaltung paßt, die wir notwendig brauchen, ob hier jeder in seinem Ehrgeiz befriedigt werden kann, ist mir vollkommen gleichgültig. Mir geht es darum, das Generalgouvernement als geschlossenen Block zu erhalten, - und das werde ich tun. Ich bin nicht gewillt, irgend jemandem zu weichen, es sei denn dem Führer selber, der mich aber gerade auf dieser Position des Generalgouverneurs erneut mit allem Nachdruck bestätigt hat. Seien Sie, meine Herren, überzeugt, daß ich die Linie der Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes nun mit allem Nachdruck in der Zukunft erneut in den Vordergrund rücken werde.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 40 Minuten.

Hauptabteilungsleitersitzung
im Bankettsaal der Burg am
8. Dezember 1942.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kanzl. des GG.
2. Staatssekretär Dr.Bühler
3. Oberlandesgerichtsrat
   Dr. Weh

Beginn der Sitzung 1o Uhr 3o Minuten.

Tagesordnung:

1. Landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht
2. Arbeitseinsatzfragen
3. Gouvernementszulage
4. Holzbeschaffungsplan 1943

1. Landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht

Staatssekretär Dr. Bühler verweist auf den Erlaß vom 2o. November 1942, in welchem in acht Punkten die Voraussetzungen der kommenden landwirtschaftlichen Erzeugungsschlacht skizziert sind. In diesem Erlaß seien, so führt Staatssekretär Dr. Bühler aus, auch besondere Erfordernisse hinsichtlich des Einsatzes für die landwirtschaftliche Produktion aufgestellt worden. Vor allem sei gefordert, daß Kalk, Handelsdünger und sonstige gewerbliche Produkte für die Steigerung der Erzeugung in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt würden. Als weitere Voraussetzung für die Durchführung der Erzeugungsschlacht sei die Bereitstellung von Kohle für die landwirtschaftliche Produktion, die Bereitstellung von Treibstoff und der notwendigen Transportmittel bezeichnet worden. Ferner müßten die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und diejenigen der gewerblichen Erzeugnisse, deren der Landwirt für seine Produktion bedürfe, in ein gesundes Verhältnis zueinander gebracht werden. Auch müßten alle Einrichtungen für die Heranbildung von Fachkräften in den landwirtschaftlichen Gebieten noch weiter ausgebaut werden. Durch eine wirksame Propaganda müßten Polen und Ukrainer davon überzeugt werden, daß es aller Kräfte bedürfe, um eine Sicherung Europas auf dem Gebiete der Ernährung in der kommenden Zeit zu erreichen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe

darüber hinaus ein Agrarstrafrecht gefordert, das in der Zwischenzeit verordnungsmäßig bereits festgelegt sei. Ein Erlaß über die Pflichten des Landbebauers sei ebenfalls bereits ergangen.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen stehe auch der künftige Ernährungsplan. Man habe erwogen, einen wesentlichen Teil der polnischen Normalverbraucher, die bisher mit einer gewissen Grundration von Ernährungsmitteln versorgt worden seien, von der allgemeinen Ernährungsfürsorge auszuschließen und nurmehr diejenigen zu versorgen, die unmittelbar im deutschen Interesse arbeiteten. Sowohl aus sicherheitspolizeilichen Gründen wie aus allgemein politischen Erwägungen habe dieser Gedanke überall Widerspruch gefunden. Auch nach seiner Ansicht müsse vielmehr das Ziel verfolgt werden, daß genau so,wie im Reich der im deutschen Interesse arbeitende Pole, Ukrainer oder Russe im Generalgouvernement versorgt und entlohnt werde, auch für die Angehörigen dieser Menschen eine Ernährungsquote sichergestellt werden müsse. Im übrigen müsse es bei der jetzigen Versorgung im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe verbleiben.

In der Aussprache nimmt zunächst Gouverneur Kundt das Wort. Er hält die Durchführung der Erzeugungsschlacht unter vollem Einsatz der Gesamtverwaltung für unbedingt notwendig. Es müsse alles geschehen, dámit nicht nur die derzeitige Entwicklung der Ernährungswirtschaft fortgesetzt, sondern auch eine Steigerung zusätzlicher Notwendigkeiten erzielt werdenkönne.

Für eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung brauche man mehr Kunstdünger als bisher. Man habe nicht die Gewähr, daß die Ernte des nächsten Jahres ebenso günstig ausfallen werde wie im vergangenen Jahre und müsse deshalb darauf bedacht sein, durch vermehrte Verwendung von Kunstdünger einenhöheren Ertrage zu erzielen. Leider müsse festgestellt werden,

daß selbst volksdeutsche Bauern vielfach überhaupt keine Düngermengen erhalten hätten. Dieses Problem könne aber nur von der obersten Instanz gelöst werden. Die Durchführung der genannten Verordnung hänge davon ab, daß sämtliche für Einzelfragen zuständigen Hauptabteilungen im engsten Benehmen miteinander arbeiteten. Vor allem sei es Sache der Hauptabteilungen E. u. L., Bauwesen und Wirtschaft, Besserungen zu erzielen.

Was die so überaus wichtige Preisfrage angehe, so müsse man der Ansicht entgegentreten, als könnte diese Frage nur in einer Erhöhung der Agrarpreise ihre Lösung finden. Im Interesse der deutschen Bevölkerung, die im Rahmen der Wirtschaft und der Behörden als Lohn- und Gehaltsempfänger tätig sei, könne einer Erhöhung auch der amtlichen Lebensmittelpreise unter keinen Umständen zugestimmt werden. Dieselben Bedenken müßten auch für die polnischen Rüstungsarbeiter geltend gemacht werden.

Der Plan, einen großen Teil der polnischen Bevölkerung, die nicht im deutschen Interesse arbeite, von der Ernährungsversorgung auszuschließen und die frei-werden-den Mengen der Rüstungsarbeiterschaft bzw. ihren Angehörigen zuzuführen, trage starke Bedenken in sich. Auf Grund der gesamten Stimmungslage der Bevölkerung hielten es alle Gouverneure für politisch unklug, angesichts der Gegenpropaganda zu solchen Maßnahmen zu greifen. Aber ganz abgesehen davon handle es sich bei den dann nicht versorgten Menschen vielfach um Angehörige von Polen, die in großer Zahl zur Arbeit ins Reich geschickt worden seien. Das gleiche gelte für die Angehörigen der Kriegsgefangenen. Der Hinweis darauf, daß diese Menschen in der Lage wären, sich im Schleichhandel Nahrungsmittel zu verschaffen, sei fehl am Platze. Man müsse bedenken, daß die starke Abschöpfung, die die Ernteerfassung mit sich gebracht hätte, nicht mehr genügende Mengen für den Schleichhandel übrig lasse. Mit dem wenigen, was dem Bauern

nach der Ernteerfassung noch geblieben sei, könne kaum mehr die Selbstversorgung sichergestellt werden.

Er warne dringend davor, etwa von amtswegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung dem Hunger auszuliefern.

Gouverneur Kundt führt dann Beschwerde darüber, daß durch die Tätigkeit der nach kapitalistischen Grundsätzen arbeitenden Landwirtschaftlichen Zentralstelle die Handelsspanne in den Preisen stark erhöht werde. Angesichts ihrer Monopolstellung könne die L.Z. mit ihrem Apparat vielfach auch die Produktion an sich ziehen und die Preise bestimmen. Er weise hier nur auf das Beispiel der Papiersäcke für Kartoffellieferungen hin, die von der L.Z. mit 2,5o Zl. eingekauft und zu lo.-- Zl, verkauft würden.

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß nach dem neuen Plan allein in Warschau 5oo ooo Menschen nicht mehr ernährt werden würden.

Gouverneur Dr. Wächter betont, daß die von Gouverneur Kundt gemachten Darlegungen auch für Galizien zuträfen.

Hauptabteilungspräsident Naumann geht nunmehr auf den neuen Ernährungsplan ein. Die Durchführung des Planes sei durch den Umfang der Erfassung bedingt, die im Laufe des Jahres bewerkstelligt werden könne. Man habe 1,44 Millionen Tonnen Brotgetreide umgelegt. Bis heute seien erfaßt 1,13 Mill. Tonnen Brotgetreide. Nun richte sich der Umfang der Ernährung danach, wieweit es gelinge, an die 1,44 Millionen Tonnen heranzukommen. Als feste Größe müsse man 76o ooo to ansetzen, die jedenfalls bis heute an das Reich und an die Wehrmacht gingen. Was darüber hinaus noch erfaßt werde, bleibe für die Ernährung des Generalgouvernements übrig. Man müsse sich jetzt vor Augen halten, welche Mengen ab 1. Februar noch zur Verfügung ständen, was zur Ernährung der A- und B-Karteinhaber und der Deutschen wie ihrer Familienangehörigen gebraucht werde, und

welche Mengen bis zum 15. August 1943 zur Verfügung ständen, wenn die Erfassung abgeschlossen sei.

Nun müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß im Juli oder August 1943 für die Deutschen bzw. für die Rüstungsarbeiter und ihre Familienangehörigen plötzlich nichts mehr vorhanden sei. Man müsse also unter allen Umständen bis zum 15. August mit den Mengen auszukommen versuchen. Wenn es gelingen sollte, 1,3 Millionen Tonnen Brotgetreide zu erfassen, dann könnte man den Familienangehörigen der A- und B-Karteninhaber zusätzlich Brot geben. Das würde sich nicht nur auf die Rüstungsindustrie beschränken, sondern auf viele andere Dienststellen wie z.B. die Ostbahn sich ausdehnen, die viele Tausende von polnischen Arbeitern beschäftigten. Im Frühjahr werde eine grössere Zahl von Arbeitskräften bei der Ostbahn und bei der Durchführung von Bauvorhaben tätig sein, so daß man auch hier wieder mit einer Unbekannten rechnen müsse, die bei der Aufstellung der Ernährungsbilanz zu berücksichtigen sei. Für diesen Zweck müsse also eine gewisse Reserve eingebaut werden. Wenn 1,3 Mill. Tonnen insgesamt im Generalgouvernement erfaßt würden, dann könnte man sich überlegen, ob evtl. an die polnischen Arbeiter, die im deutschen Interesse arbeiteten, ein Zusatz gegeben werden könne, und ob man die Versorgung der 6,5 Millionen Menschen weiter bis zum 1. Mai oder 1. Juni fortführe und dann erst allmählich ein Abstoppen für die 2 Millionen Menschen eintreten lasse, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten. Gelinge es, 1,4 Millionen zu erfassen, dann könne man die Bevölkerung wie bisher bis zum 15. August versorgen und Verbesserungen für die Familienangehörigen der A- und B-Karteninhaber vornehmen, wie man es ab 1. November bei den 35- bis 4o ooo Familienangehörigen der ukrainischen und polnischen Polizisten getan habe. Bei einer Erfassung von 1,4 Mill. Tonnen könnten die übrigen Rüstungsarbeiter mit ihren Familienangehörigen auch eine gewisse Zusatzverpflegung erhalten.

Trotz der Lieferungen an die Wehrmacht und an das Reich habe praktisch überall eine gute Kartoffelversorgung durchgeführt werden können, so in Warschau mit 8o bis 9o kg, in Krakau mit loo kg je Kopf der Bevölkerung. Von dem Erfassungssoll von 1,88 Mill. to. Karteffeln seien bereits 1,5 Mill. to erfaßt.

Die Viehlieferungen an das Reich und an die Wehrmacht habe man voll und ganz erfüllen können, ohne daß man zu stark in die Viehbestände einzugreifen brauchte. Eine pflegliche Behandlung der Viehbestände sei auch schon um der Butterproduktion willen unbedingt notwendig. Zur Zeit sei der Eingriff in Höhe von 31 % so stark, daß man ihn auf die Dauer in der Form nicht durchführen könne.

Bei Zucker sei die Situation etwas günstiger. Man werde mit einem Ertrag von 1,12 Mill. to gegenüber 79ooo to im vergangenen Jahr rechnen können. Man wolle im nächsten Jahre 6oo Millionen Stück Eier erfassen und brauche dafür im Rahmen der Prämienaktion 12 ooo to Zucker statt bisher 7 ooo to. Da noch ganz ungewiß sei, ob entsprechende Mengen von Textilien zur Verfügung gestellt werden könnten, müsse wahrscheinlich der Zucker bei der Prämienaktion in erhöhtem Maße eingesetzt werden. Deshalb wolle er auch möglichst die mehr erzeugten Zuckermengen, von denen ja auch 17 ooo to ans Reich gegeben werden müßten, als stille Reserve behalten.

Angesichts der Versorgungslage werde man unter Umständen dem Reich erklären müssen, daß man nicht 76o ooo to, sondern nur 66o ooo to liefern könnten. Dieser Weg sei bislang nicht beschritten worden, weil man vor die vollendete Tatsache gestellt worden sei, daß man 76o ooo to unter allen Umständen übernehmen müsse. Mit diesen loo ooo to könnte man die Versorgung der Normalverbraucher noch länger aufrecht erhalten. Das hänge allerdings davon ab, welche Mengen insgesamt erfaßt würden. Ob die 1,3 Mill. to erfaßt werden könnten, sei noch ungewiß. In Galizien hätten die Kreislandwirte erklärt, daß sie ihr Kontingent nicht ganz erfüllen könnten; sie hofften allerdings, vielleicht noch

3o- bis 4o ooo to Getreide insgesamt mit Einschluß von Mais und Buchweizen erfassen zu können. Wenn es gelinge, die 1,3 Mill. to zu erfassen und loo ooo to von der Reichslieferung zu behalten, dann brauche man die 2 Millionen Normalverbraucher nicht von der Versorgung abzuscheiden.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, die Lieferungen an das Reich so lange zurückzustellen, bis man einen grundsätzlichen Einblick in die Gesamtlage habe. Er trage die Gesamtverantwortung für das Gebiet des Generalgouvernements und sei nicht gewillt,die Situation des Ostens dadurch zu gefährden, daß er einer der realpolitischen Situation zuwider-laufenden Zwangsaushebung des Getreides für das Reich zustimme. Er halte es für völlig unmöglich, 2 Millionen Polen von der Versorgung auszuschließen. Er erwarte von Präsident Naumann einen abschließenden Bericht über das noch ausstehende Ergebnis der Erfassung.

Präsident Naumann nimmt dann zu den geplanten Maßnahmen für die Ernteerfassung 1943 Stellung. Nachdem sich der Ernteausnahmezustand so vorzüglich bewährt habe, halte er es für geboten, daß nunmehr auch die gesamte Staatsführung und Staatsgewalt zusammengefaßt würden, damit die Voraussetzungen für die Erfassung der Ernte 1943 geschaffen werden könnten. Angesichts der gesamteuropäischen Lage werde das Reich auch im Jahre 1943 wieder außerordentliche Forderungen an das Generalgouvernement stellen. Deshalb müsse alles getan werden, um z.B. im Wege der Vermehrung der Kunstdüngerproduktion usw. die Ernteerträge zu steigern. Durch Versuche habe man festgestellt, daß es leicht möglich sei, bei einer ordnungsmäßigen Anwendung von Kunstdünger 30 bis 40 % Mehrerträge von der Flächeneinheit zu holen. Die Möglichkeiten der Produktion von Kali, Stickstoff und Phosphorsäure im

Generalgouvernement müsse nach jeder Richtung ausgeschöpft werden.

Beim Gespannvieh seien im vergangenen Jahre gewaltige Eingriffe durch die Wehrmacht erfolgt; man habe fast 5o ooo Pferde an die Wehrmacht abgeben müssen. Mit solchen Wehrmachtsforderungen werde man auch im nächsten Jahre wieder rechnen müssen. Auch Landesbauernführer Körner fordere jetzt wieder große Mengen von Pferden. Eine Erfüllung solcher Forderungen würde den Ruin der Pferdehaltung des Generalgouvernements bedeuten. Schon eine Lieferung von 2o ooo Pferden und lo OOO Wagen würde die gesamte Produktion entscheidend beeinflussen. Bisher habe man sich solchen Forderungen aus der Ukraine gegenüber noch ablehnend verhalten, bevor nicht die Frage geklärt sei, ob diese Pferdelieferungen dem Generalgouvernement auf die Lieferungen für das Reich angerechnet würden.

In diesem Zusammenhang geht Präsident Naumann auf die Preisfrage ein. Während man im vergangenen Jahre noch damit habe rechnen können, daß sich die Bauern im Schleichhandel viel Geld verdienen könnten, könne dieses Argument heute nicht mehr geltend gemacht werden. Heute gehe man immer weiter zu einer loo %igen Erfassung der gesamten Ernte über, auch für den Teil, der evtl. auf dem Schleichhandelsmarkt noch verwertbar wäre. Infolge dessen sei die gesamte polnische Landwirtschaft auf die Summen angewiesen, die sie für ihre Produkte auf Grund der amtlichen Preise erhalte. Daher müsse jetzt die Preisrelation zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkten hergestellt werden. Er habe kein Interesse daran, die Preise für Agrarprodukte zu erhöhen, es müsse aber gelingen, die gewerblichen Preise herunterzudrücken.

Direktor Steding gibt einen Überblick auf die Organisation und die Tätigkeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle. Die L.Z. sei eine öffentlich-rechtliche Anstalt, gegründet im Januar 1940. Das Grundkapital

betrage 2o Millionen Zloty. Die Zinsen des Grundkapitals, die Überschüsse,die die L.Z. im Geschäftsverkehr mit dem Deutschen Reich erziele, auch die sonstigen Überschüsse flössen in die öffentliche Kasse. Die L.Z. unterliege der Aufsicht des Generalgouverneurs. Diese Aufsicht werde vor allem durch die Hauptabteilung E. u. L., aber auch durch die Hauptabteilung Finanzen ausgeübt. Die L.Z. sei gewissermaßen der kaufmännisch verlängerte Arm der Hauptabteilung E. u. L. Sie unterliege in jeder Hinsicht den Weisungen der Hauptabteilung E. u. L., daneben den Weisungen des Verwaltungsrats-Vorsitzenden, der L.Z., der aber wieder in Personalunion mit dem Leiter der Hauptabteilung E. u. L. stehe. Durch die Bindung der L.Z. an diese Weisungen sei von vornherein klargelegt, daß sie keine eigene Politik irgendwelcher Art treiben könne und dürfe, also auch nicht etwa auf dem Gebiet der Preise und der Handelsspannen. Die L.Z. könne nicht selber irgendwelche Verkaufspreise oder Handelsspannen festsetzen, sondern das geschehe durch die zuständigen Organe der Regierung. Alle Waren, die die L.Z. in den Verkehr bringe, sind zu 95 % heute entweder marktgeordnet oder irgendwie bewirtschaftet. Der L.Z. als einer nachgeordneten Dienststelle der Regierung sei es selbstverständlich als Pflicht aufgegeben, nicht nur alle diese Anweisungen peinlich zu erfüllen, sondern auch überhaupt auf dem gesamten Gebiet der Preisgebarung und der kaufmännischen Geschäftsgebarung vorbildlich zu sein. Über das Beispiel des Preises für die Papiersäcke habe er sich genau informiert. Dem Gouverneur Kundt seien wohl unzutreffende Angaben gemacht worden. Es treffe nicht zu, daß ein Papiersack ab Fabrik 2,5o Zl. koste und dann von der L.Z. für lo,-- Zl verkauft werde, sondern diese Preise seien durch das Amt für Preisbildung vorgeschrieben und betrügen je nach Grösse der Säcke 4,24 Zl., 4,56 Zl., 5,19 Zl. Die L.Z. verkaufe solche Waren zum Einstandspreis, zu dem lediglich ein Handelsrabatt trete, der von der Hauptabteilung Wirtschaft

bzw. der Abteilung Preisbildung genau festgelegt sei. Der Gesamtrabatt, in den sich auch alle sonstigen Handelsstufen teilen müßten, betrage 13 %. Davon entfielen auf die Geschäftszentrale 3 %. Andererseits sei aber auch noch eine Umsatzsteuer von 1 ¼ % zu zahlen. Es sei zwar richtig, daß der Preis von 5,19 Zl. für einen Papiersack sehr hoch sei, daß habe aber nicht die L.Z. zu vertreten, die ihn genau nach der Vorschrift verkaufe und so, wie die Fabriken ihn herstellten.

Die L.Z. werde organisatorisch zentral gelenkt. Der Apparat der Geschäftszentrale in Krakau sei kleiner als derjenige der Außendienststellen. In jeder Distriktshauptstadt bestehe eine Dienststelle, die im wesentlichen die Funktionen des Großverteilers und Großhändlers ausübe. Die L.Z. habe ~~Das Amt~~/die Funktion des Ein- und Ausfuhrhändlers: Die Gesamtmengen an Vieh, Getreide, Zucker usw., die ins Reich geliefert würden, gingen restlos durch die L.Z., und zwar genau nach den Weisungen, in dem Ausmaß, zu den Preisen und Bedingungen, die ihr von der Hauptabteilung und dem Amt für Preisbildung vorgeschrieben würden. Dadurch, daß die L.Z. gehalten sei, sich peinlich genau an diese Preise zu halten, sei es bedingt, daß die L.Z. bei einzelnen Artikeln erhebliche Verluste erleide, die man durch Gewinne auf anderen Sektoren ausgleiche. Soweit es sich um Getreidelagerung handle, gebe die Finanzabteilung zu dieser Lagerhaltung Zuschüsse.

In der Kreisinstanz sei die L.Z. durch den Kreisstellenleiter vertreten, der gewisse Marktüberwachungsfunktionen auf dem kaufmännischen Gebiet gegenüber den Kreishandelsgenossenschaften und sonstigen Firmen habe, deren sich die L.Z. im Kreise bediene. Die Spolem-Organisation habe unmittelbar mit der L.Z. nichts zu tun. Sie unterstehe unmittelbar dem Hauptabteilungspräsidenten und werde durch einen Kommissar geleitet.

Das Aufgabengebiet der L.Z. dehne sich nicht nur aus auf die Artikel der Ernährungswirtschaft wie beispielsweise pflanzliche Erzeugnisse, Getreide, Futtermittel, tierische Erzeugnisse, Vieh, Butter, Käse, Wolle, Fleisch, sondern auch auf Ernährungserzeugnisse wie beispielsweise Marmelade, Zucker, Kolonialwaren. Darüber hinaus werde die Landwirtschaft durch die Bedarfsartikelstellen der L.Z. mit Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und dergleichen versorgt. Die L.Z. betätige sich aber nicht auf dem Gebiet der verarbeitenden Industrie, sondern überlasse das anderen Organisationen. Die L.Z. beteilige sich lediglich an Gesellschaften, die solche verarbeitenden Industrien auf dem Ernährungssektor betrieben.

Die L.Z. habe zur Zeit eine Bilanzsumme von über 3oo Millionen Zloty. Sie habe sich gegenüber dem Vorjahre erhöht. Das sei durch die größeren Umsätze bedingt, die in diesem Jahre die Milliardengrenze erreichen würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß sich die L.Z.durchaus bewährt habe. Wäre die L.Z. 194o nicht gegründet worden, dann hätte man sie jetzt noch gründen müssen. Man habe in Galizien den Versuch gemacht, Gemüse nicht durch die Genossenschaften bzw. die L.Z. zu erfassen, sondern durch Einsatz von deutschen Kaufleuten. Fünf oder sechs deutsche Firmen habe man in Galizien zugelassen; sie hätten aber nach den Berichten der Kreishauptleute und der Wirtschaftsabteilungen restlos versagt. Verluste in Höhe von 18 bis 2o Millionen Zloty, die z.B. bei der Getreideerfassung entstanden seien, könnten einem deutschen Kaufmann nicht zugemutet werden.

Direktor Steding fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, daß alle gegen die L.Z. vorgebrachten Argumente genauestens untersucht würden. Man sei immer dankbar dafür, wenn aus der Praxis heraus Einzelfälle bekannt gegeben würden. Er persönlich sei auch bei Gouverneur

Kundt in Radom gewesen und habe dort einen ausführlichen Vortrag über das Wesen und die Tätigkeit der L.Z. gehalten.

Ministerialrat Plodeck teilt mit, daß Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich in einer der letzten Verwaltungsratsitzungen der L.Z. Veranlassung genommen habe, das Problem der Einschaltung deutscher Kaufleute zu behandeln. Er habe sich zwar grundsätzlich mit dem von der L.Z. eingeführten Genossenschaftssystem einverstanden erklärt, sei aber doch der Auffassung, daß man nicht ohne weiteres von einem Versagen dieser Kaufleute in dem behaupteten Umfange sprechen könne. Für die Folge werde es darauf ankommen, im Benehmen mit der L.Z. den Erfassungssektor nochmals genau zu prüfen. Man werde dann vielleicht dazu kommen, den Kreis, der von der L.Z. zu erfassenden Waren entsprechend abzugrenzen und einen verbleibenden Teil für die Erfassung durch deutsche Kaufleute frei zu machen. In der Öffentlichkeit bestehe vielfach der Eindruck, daß durch die Tätigkeit der L.Z. und die Art ihrer Erfassung im Gefolge der hohen Verwaltungskosten die Preisgestaltung in einer Weise beeinflußt werde, gegen die Schritte unternommen werden müßten. Man werde zu prüfen haben, ob nicht die Handelsspanne von 13 % Rabatt vermindert werden könne.

Präsident Naumann erklärt sich damit einverstanden, die Rabattsätze so weit wie möglich herabzusetzen.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann teilt mit, daß zur Zeit eine Prüfung der L.Z. im Auftrag des Staatssekretärs laufe. Der Bericht darüber werde vielleicht im Januar 1943 vorgelegt werden. Hauptgegenstand des Berichtes werde die Preisgebarung der Landwirtschaftlichen Zentralstelle sein.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die L.Z. eine öffentliche Einrichtung sei, deren Gründung absolut notwendig war, weil es einen entsprechenden polnischen oder deutschen Apparat zur Lösung solcher

Aufgaben nicht gegeben habe. Die L.Z. sei der verlängerte Arm einer Behörde der Regierung. Sie arbeite mit staatlichem Gelde auf Grund eines staatlichen Monopols. Es sei nicht einzusehen, warum diese mit allen Machtvollkommenheiten ausgestattete Institution die gleichen Preissätze bzw. die gleichen Gewinnmöglichkeiten haben solle wie ein auf Privatintiative beruhende der Betrieb. Es gehe nicht an, daß aus der L.Z. Gewinne herausgewirtschaftet würden.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Aussprache über diesen Punkt mit der Bemerkung ab, daß solche Untersuchungen in der Regierungssitzung nicht angestellt werden könnten. Im übrigen sehe er den Berichten des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Ministerialrats Hodeck entgegen.

Es wird dann im Zusammenhang mit den Maßnahmen für die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht zur Kohlenfrage Stellung genommen.

Ministerialrat Plodeck berichtet, daß die Kohlenfrage in der letzten Zeit zunehmend ernster geworden sei und man jetzt in dieser Beziehung fast vor einer Katastrophe stehe. In der letzten Zeit sei an gewissen Tagen die Kohlenbelieferung überhaupt ausgefallen, an manchen Tagen sei die tägliche Menge von lo ooo to auf 4 ooo to und 2 4oo to zurückgegangen. Die Gründe seien in erster Linie in der katastrophlen Verschlechterung der Transportlage zu suchen. Auf die Kohlennot sei es zurückzuführen, daß das Stickstoffwerk Moscice zur Zeit nur mit einem Drittel seiner Kapazität arbeiten könne. Bislang hätten noch zwei Drittel seiner Erzeugung durchgehalten werden können. Leider sei durch den Ausfall eines technischen Aggregats nunmehr eine weitere Kürzung eingetreten. Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle sei der Auffassung, daß von der Kohlenseite gesehen leider vorläufig eine Hilfe nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Gouverneur Zörner wirft die Frage auf, ob nicht die Kohlenversorgung für das Stickstoffwerk Moscice besonders angefordert werden könne.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß das Generalgouvernement aus dem Dombrowaer Revier absolut ungenügend mit Heizkohle versorgt werde. Die Lieferung dieser minderwertigen Heizkohle bringe nur eine unnötige Inanspruchnahme des Transportwesens mit sich. Man sollte daher den Versuch machen, höherwertige Kohle aus Oberschlesien zu bekommen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß vor Weihnachten noch eine Sitzung abgehalten werden soll, in der die Kohlenfrage behandelt wird.

Oberreichsbahnrat Ammon betont, daß das Kohlenproblem gleichzeitig immer ein Transportproblem sei. Angesichts der gegenwärtigen Lage habe man gestern alle übrigen Frachten im ganzen Reich abgestoppt, um vordringlich Kohle nach dem Generalgouvernement hereinzubringen. Man habe weiter im Generalgouvernement alle Baustofftransporte für die eigenen wichtigen Bauvorhaben der Ostbahn abgestoppt und transportiere jetzt nur noch Baustoffe für Bauvorhaben in der Nähe von Krakau, die unbedingt fertiggestellt werden müssen. Präsident Gerteis verspreche sich für die nächsten Tage eine fühlbare Besserung der Lage.

Arbeitseinsatzfragen:

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß man unbedingt zu einer Vereinbarung kommen müsse, gegenüber den Bestrebungen des Reiches, aus unserem Gebiet wahllos Arbeitskräfte herauszuholen, den gebietseigenen Bedarf zu untersuchen und festzulegen. Der Regierung lägen Berichte vor, denen zufolge Arbeitskräfte von den Gütern, die einen großen Teil der Reichslieferungen zu produzieren hätten, Arbeitskräfte in Bausch und Bogen weggeholt würden. Weiter werde berichtet, daß in gewissen Kreishauptmannschaften die Werbung von Arbeitskräften so vor sich gehe, daß man Schulen umstelle und die Mädchen und 14jährigen Knaben unter Polizeibewachung in die Züge verfrachte. Dabei sei es vorgekommen, daß solche Jungen, wenn sie vom Zuge abgesprungen wären, erschossen worden seien. Diese Methode der Werbung müsse unbedingt abgestellt werden.

Die Aufmerksamkeit des Reiches müsse auch auf die Tatsache gelenkt werden, daß das Generalgouvernement auf seinem Gebiet ebenfalls reichseigene und kriegswichtige Aufgaben zu leisten habe wie z.Bl die Ausführung der großen Bauvorhaben der Ostbahn, Errichtung großer Rüstungsbetriebe des Reiches im Generalgouvernement, Ausführung immer umfangreicherer Aufträge des Reiches usw.. Zur Erfüllung dieser Aufgaben müsse das Generalgouvernement den eigenen Arbeitskräftebedarf sicherstellen.

Präsident Struwe, der Beauftragte von Gauleiter Sauckel, habe in seiner bisherigen Tätigkeit auf alle diese Umstände größte Rücksicht genommen und man könne hoffen, daß man bald dazu kommen werde, daß dem Generalgouvernement durch das Reich nicht mehr beliebige Phantasiezahlen in der Gestellung von Arbeitskräften aufgegeben würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Ministerialrat Rhetz, daß das Generalgouvernement bisher 95o ooo Arbeitskräfte ins Reich vermittelt habe. Dazu müsse man noch etwas mehr als 4oo ooo polnische Kriegsgefangene zählen.

Das Reich fordere nun bis 3o. April 1943 weitere 3oo ooo Mann, von denen die Hälfte bis zum 15.Dezember 1942 gestellt werden sollten. Bis 5. Dezember habe man die Zahl von rd. 85 ooo erreicht. Nach Lage der Dinge sei damit zu rechnen, daß man bis zu dem aufgegebenen Termin gegenüber dem Soll um rd. 4o ooo zurückbleiben werde. Man werde auch bis zum 15. April die auferlegte Zahl von 3oo ooo Arbeitskräften nicht erreichen können.

Präsident Struwe führt dann aus, daß man die Werbungsmethode geändert habe. In einer notwendigen Anlauffrist bis zum 2o. November seien die Gouverneure und Kreishauptleute mit der neuen Methode vertraut gemacht worden. Auswüchse seien in der letzten Zeit kaum mehr vorgekommen.

Ostbahn und Rüstungsindustrie seien im Generalgouvernement die stärksten Bedarfsträger; die Ostbahn benötige im Frühjahr 11o ooo Mann. Mit ihr habe er vereinbart, daß ihren Zwecken die 5o ooo Baudienstmänner zur Verfügung ständen. Den restlichen Bedarf werde man durch russische Kriegsgefangene stellen, für deren Bewachung die Wehrmacht sorgen werde.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann gegen die Tatsache, daß man von den Baustellen der Ostbahn 2o ooo Juden weggeholt habe. Staatssekretär Ganzenmüller habe sich ebenfalls gegen diese Maßnahme ausgesprochen.

Das Reich verfolge dem Generalgouvernement gegenüber keine einheitliche Linie. Auf der einen Seite solle das Generalgouvernement dem Reich möglichst viel Arbeitskräfte abstellen, auf der anderen Seite verlege das

Reich in zunehmendem Maße Rüstungsbetriebe und damit Arbeitsaufträge in das Generalgouvernement. Beides lasse sich nicht vereinbaren.

Gauleiter Sauckel stehe auf dem Standpunkt, daß in erster Linie eine loo %ige Kapazität der Rüstungsindustrie des Reiches herbeigeführt werden müsse. Der Führer habe aber entschieden, daß das Generalgouvernement in das gesamte Rüstungsterritorium des Großdeutschen Reiches einbezogen werden solle. Er könne also nicht dulden, daß hier die für die eigenen Rüstungsbetriebe notwendigen Arbeitskräfte ins Reich weggeholt würden.

Der Führer habe dem Generalgouvernement die Ausführung eines gewaltigen Bahnbauprogramms auferlegt. Man müsse also für die notwendigen Arbeitskräfte sorgen. Zu diesem Zweck würden 6o ooo Baudienstmänner einberufen und ausschließlich der Ostbahn zur Verfügung gestellt. Dringende Transportverhältnisse im Generalgouvernement, die im Auftrage des Reiches zur Erringung des Endsieges durchgeführt werden müßten, könnten nicht eingestellt werden nur zu dem Zwecke, dem Reich Arbeitskräfte zu liefern.

Trotz alledem werde das Generalgouvernement versuchen, die Gestellung der angeforderten 3oo ooo Arbeiter irgendwie zu erreichen und es werde auch bemüht sein, weitere Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen. Dazu sei aber erforderlich, daß die Werbungsmethoden so gestaltet werden, daß sie für dieses Gebiet tauglich sind. Das Generalgouvernement sei mit Abstand das Gebiet, das in der Arbeiterbeschaffung am meisten geleistet habe. Gauleiter Sauckel möge sein Augenmerk auf andere Gebiete richten, in denen der Prozentsatz zwischen Gesamtbevölkerung und Arbeiterschaft, die ins Reich vermittelt worden sei, wesentlich

ungünstiger sei als hier.

Präsident Struwe weist darauf hin, daß er in der Rangordnung der Arbeitergestellung den Kräftebedarf der Ostbahn an die erste Stelle gesetzt habe, d.h. also, daß die Kräftegestellung ins Reich gegenüber den Bedürfnissen der Ostbahn zurückzutreten habe. Für die Ostbahn seien Baudienst und Kriegsgefangene vorgesehen, damit sie auf eine beständige Gefolgschaft zählen könne und damit die Durchführung ihrer Aufgabe nicht am Arbeitseinsatz scheitere. An zweiter Stelle stehe dann die Kräftestellung für das Reich, soweit ein Abzug von Kräften aus dem Generalgouvernement ohne Bedenken durchgeführt werden könne. Voraussetzung sei allerdings, daß im Generalgouvernement in der Arbeitergestellung die Reichsgrundsätze anerkannt würden. Er habe das Gefühl, daß man in dieser Frage zu einer beide Teile befriedigenden Vereinbarung kommen könne. Er habe auch den Mut, in Berlin zu sagen, wo hier die Grenze der Leistungsfähigkeit des Generalgouvernements liege.

Der Herr Generalgouverneur weist noch darauf hin, daß die Regierung des Generalgouvernements unzureichende Macht in der Einhaltung dieser Reichsgrundsätze besitze. Die Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements stoße bei der Einstellung von Betrieben immer auf die Tatsache, daß irgendeine Wehrmachtsstelle gerade solchen Betrieben, die für eine Schließung vorgesehen seien, Aufträge übergeben habe. Auch der ganzen Osten kümmere sich um solche Reichsgrundsätze nicht. Aus der Ukraine und von der Front kämen Aufträge für die Gestellung von Pferden, Wagen, Mannschaften, Arbeitern und vielen Gebrauchsgegenständen ins Generalgouvernement. Jedes Wagenrad und jedes Hufeisen für die Front werde im Generalgouvernement fabriziert. Bei der Regierung des Generalgouvernements läge also keine Schuld, wenn diese Reichsgrundsätze im

Generalgouvernement keine Beachtung fänden.

Generalgouvernementszulage:

Als Sprecher der Gouverneure berichtet Gouverneur Dr. Wendler, daß er in dieser Frage Material habe zusammenstellen lassen, das er in Form einer Denkschrift bereits vor einiger Zeit Staatssekretär Dr. Bühler unterbreitet habe. In dieser Denkschrift habe er Untersuchungen über die Preisentwicklung angestellt, Unterlagen von einzelnen Angestellten gesammelt und die Verhältnisse geprüft. Aus alledem gehe hervor, daß der jetzige Zustand an der Grenze des möglichen liege. Eine Verringerung der jetzigen Zulage sei absolut untragbar. Dazu komme noch, daß die Neuregelung deswegen schon ungerecht sei, weil von ihr nur die ins Generalgouvernement versetzten Beamten und Angestellten betroffen würden, während das bei den abgeordneten Beamten nicht der Fall sei. Die ersteren machten den größten Teil aller Beamten und Angestellten aus. Die Leute könnten nach Einführung der Neuregelung hier nicht leben. Das stehe rechnerisch fest. Lieber sollte man prüfen, wie man der zunehmenden Teurung steuern könne.

Die geplanten Maßnahmen für eine billigere Lebenshaltung seien noch gar nicht fertig und er verspreche sich davon auch nicht allzu viel. Die Errichtung eines Warenhauses helfe den Leuten gar nichts, da man in ihm nicht alle Dinge würde kaufen können, die man im täglichen Leben brauche. Heute habe er gehört, daß die Hauptabteilung Finanzen zwecks Verbilligung des ~~Mittag~~-Essens, das 3 Zloty kosten solle, einen Zuschuß von 8o Groschen gewähren werde. 3,8o Zloty für den Tag sind jedoch zu wenig; eine Reparatur der Kleider, Neuanschaffungen usw. könnten davon nicht gemacht werden. Sollte diese Neuregelung Platz greifen, dann könnte man die Leute hier nicht halten. Man könne einem Untergebenen nicht sagen, "Du mußt arbeiten", wenn er erwidern müsse, "wovon soll ich leben?"

Die Verhältnisse lägen draußen im Lande nicht viel besser. Die Erregung unter den Angestellten sei schon jetzt ganz gewaltig. Man könne fragen, wen man wolle, immer erhalte man die ruhige Antwort,"ich will nicht verhungern". Dazu komme noch, daß viele Beamten und Angestellten noch irgend jemand unterhalten müßten. Auf der anderen Seite seien auch die Anforderungen an die Arbeitskraft des Einzelnen an der Grenze des Möglichen angelangt.

Der Herr Generalgouverneur macht auf Grund dieser offiziellen Stellungnahme der Gouverneure folgende Ausführungen:

Ich befinde mich persönlich in einer sehr schwierigen Lage. Die Neuregelung der Zulage sollte auf Grund eines Erlasses im Reichshaushalts- und Besoldungsblatt mit Wirkung vom 1. Mai 1942 in Kraft treten. Es bedurfte eines ungeheuren Einsatzes, um diesen Termin vorerst zu verschieben. Für die Hauptabteilung Finanzen muß ich erklären, daß sie alles getan hat, um das Interesse des Generalgouvernements zu vertreten. Die Angelegenheit baut sich auf folgender Grundlage auf: die hier im Lande anwesenden Offiziere und Wehrmachtsangehörigen nahmen an den Einkünften der nichtsoldatischen Reichsangehörigen Anstoß. Aus diesem Neideffekt - ich kann es nicht anders bezeichnen - ist nun künstlich ein Sturm der Entrüstung entfacht worden, der ohne Rücksicht auf den wirklichen Realwert des Einkommens der Deutschen hier im Lande lediglich die Summen verglich, und der sagte, der Offizier bekommt das, der Regierungsrat bekommt das ..... Dann hat man die Sache beim Führer vorgetragen, und der Führer hat in seiner Fürsorge, das Interesse der Wehrmacht im Generalgouvernement zu wahren, eine Überinstanz gebildet, die diese Frage prüfen und entscheiden sollte. Es fanden dann monatelange Verhandlungen statt, an denen unsere Herren, selbst Staatssekretär Dr. Bühler, immer wieder teilgenommen haben. Und auch ich selber habe mich persönlich

eingeschaltet. Trotzdem ist dann diese Verlautbarung im Reichshaushalts- und Besoldungsblatt ergangen.

Ich habe bis heute - Sie werden ermessen, welche Verantwortung ich übernehme, - trotzdem diese Anordnung auf eine Vollmacht des Führers gestützt ist, die Durchführung dieser Regelung, die ausschließlich nur für uns gilt, hintangehalten aus den Erwägungen heraus, die die Gouverneure formuliert haben, die aber auch jeder Kreishauptmann genau so vorbringen würde. Ich möchte allem vorweg betonen, daß ich auch in Zukunft unter schärfstem und allerletztem Einsatz meiner Person diese Generalgouvernementszulage-Regelung nicht einführen werde, es sei denn, daß ~~me~~ mir vom Staatssekretär der Regierung bewiesen werden könnte, daß die wirkliche Existenz, also die reale tägliche Existenz der auf unseren Ruf hier erschienenen Beamten und Angestellten durch die Neuregelung im Zusammenhang mit von uns zu schaffenden Einrichtungen wie Verkaufsstellen, Essens- und Mietverbilligung usw. gegenüber dem summarischen Verlust genau so weitergeführt werden kann wie bisher. Da mir in diesem Augenblick aus vielen Gründen, die auch Ihnen bekannt sind, ein derartiger Bericht des Staatssekretärs der Regierung nicht vorliegt, da ich also in diesem Augenblick nicht feststellen kann, daß wir Kaufhäuser, Kasinos, Mietverbilligung, Kleider- und Schuhe-Instandsetzungswerkstätten so zur Verfügung bekommen, daß das Realeinkommen, wie es notwendig ist, zur Aufrechterhaltung des Dienstes gewährleistet ist, warte ich ab, bis ein Mitglied des Killi-Ausschusses in Krakau erscheinen wird, damit erneut Verhandlungen in dieser Frage gepflogen werden können.

Staatssekretär Dr. Bühler hat mir heute ein Schreiben des Reichskabinettsrats Killi vorgelegt, in dem dieser sein Erscheinen in Krakau noch vor

Weihnachten angekündigt hat. Ich werde mit ihm persönlich verhandeln. Den Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen weise ich zu Protokoll an, die neue Generalgouvernementszulage bis zu meiner schriftlichen Genehmigung nicht einzuführen. Die Verantwortung dafür übernehme ich persönlich. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit Herrn Killi werde ich Sie in Kenntnic setzen. Ich hoffe, daß wir zu einem richtigen Ergebnis kommen werden, das beide Teile befriedigt.

Ich bitte Sie, diese meine jetzige Entscheidung mündlich bekannt zu geben. Ich betone, daß die Neuregelung in der jetzigen Form allenfalls durch meinen Nachfolger eingeführt werden müßte. Es gibt Dinge, die ungerecht sind. Die vielen braven deutschen Menschen sind im Vertrauen auf reichsamtliche Zusagen in dieses neue Gebiet gekommen. Wir können beweisen, daß sie unter steigender Lebensgefahr arbeiten müssen; die Liste der ermordeten Deutschen wächst. Es ist ungerecht, wenn man das summarische Einkommen reduziert, wo an und für sich durch das unaufhörliche Aufbessern der Bezüge in der Wehrmacht und infolge der Preisentwicklung auf ~~den~~ allgemeinwirtschaftlichem Sektor die Vergleichsbasis dauernd zum Nachteil unserer Beamten und Angestellten absinkt.

Ich werde bei den persönlichen Verhandlungen mit Herrn Killi Staatssekretär Dr. Bühler, Ministerialrat Dr. Siebert und Dr. Wendler als Vertreter der Gouverneure zuziehen.

Staatssekretär Dr. Bühler knüpft an die Ausführungen von Gouverneur Dr. Wendler an und erklärt, daß man lieber darüber verhandeln sollte, ob die jetzt gewährten Zulagen überhaupt noch ausreichten, um einen angemessenen Lebensstandard der Deutschen im Generalgouvernement aufrecht zu erhalten. Die Frage der Senkung der Zulagen müsse also in ein sekundäres Bedeutungsstadium treten.

Unabhängig davon müßten heute bereits Maßnahmen ergriffen werden zu dem Zweck, eine noch weiter steigende Teuerung für die Deutschen im Lande abzustellen. Seiner Meinung nach sei erforderlich, daß in allen Distrikten an den Problemen wie beispielsweise Senkung der Mieten auf reichsdeutsches Mietsniveau, Einrichtung der Gemeinschaftsverpflegung, Gemeinschaftsversorgung auf gewerblichem und handwerklichem Gebiet usw. weiter-zu-arbeiten sei. Vorarbeiten dazu seien für den Regierungsbereich und zum Teil für das ganze Generalgouvernement bereits von Assessor Dr. Medem und Notar Dr. Gutbrodt geleistet worden. Er halte es für erforderlich, diese Maßnahmen irtensiv zu steigern und mit den Distrikten schon jetzt enge Fühlung zu halten, um die Deutschen von den weiteren Teuerungen im Lande unabhängig zu machen.

Auch Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann stellt als Leiter des Amtes für Preisbildung amtlich fest, daß die Sorgen der richtigen Bezahlung der Deutschen begründet sind. Er müsse sich, was die Einrichtung für angemessene Verpflegung und Versorgung der Deutschen mit gewerblichen Waren betreffe, den Ausführungen von Staatssekretär Dr. Bühler anschließen. Gerade auf dem Gebiete der handwerklichen Leistung, der Transportleistung könne man auf preislichem Gebiet wenig erreichen. Auf dem Ernährungssektor sehe es auf Grund des Vorhandenseins deutscher Geschäfte etwas besser aus. Das sei aber nur ein Teil der Unkosten der Beamten und Angestellten. Auch das Amt für Preisbildung arbeite eifrig an den Problemen einer Versorgung der deutschen Beamten und Angestellten zu angemessenen Preisen.

Von Staatssekretär Dr. Bühler habe er den Auftrag erhalten, sich besonders des Mietproblems und der Versorgung der Deutschen auf dem Leistungssektor durch Einrichtung eines Schneider- und Schuh-Reparaturdienstes anzunehmen. Dafür müßten aber die notwendigen Materialien wie auch die notwendigen Lebensmittel der in diesen Diensten arbeitenden Polen herbeigeschafft werden.

Die Verhandlungen, insbesondere mit der Hauptabteilung E. und L. seien im Gange.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß die Arbeitsleistung des gesamten deutschen Personals im dauernden Anstieg begriffen sei, da die jüngeren Männer zur Wehrmacht eingezogen würden und die verbleibenden Arbeitskräfte meistens deren Arbeit zusätzlich übernehmen müßten. Aus dieser Tatsache sei ersichtlich, daß das Durchschnittsalter des Personals immer höher steige. Die Arbeitsleistung verlange aber die Kraft des gesamten Menschen und deswegen sei ein starker Rückgang des Gesundheitszustandes zu verzeichnen. Viele Leute müßten infolge Krankheit dem Dienst fernbleiben und auch deren Arbeit müßten die übrigen noch leisten. Die Arbeitsleistungen des Einzelnen würden also immer größer und man könne sie nicht mit den Leistungen, die der Einzelne in der Heimat vollbringen müsse, vergleichen. Dort könnten die Beamten und Angestellten pünktlich nach Hause gehen und hätten ihre Abende und Sonntage frei. Bei uns würden die Männer noch zum Polizeihilfsdienst herangezogen. Bei der Wehrmacht könnten die Dienststunden eingehalten werden. Dieser Gesichtspunkt der Mehrleistungen der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements müsse ebenfalls angeführt werden.

Gouverneur Dr. Wendler spricht dem Herrn Generalgouverneur im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements für seine Stellungnahme zum Schluß den Dank aus.

Holzbeschaffungsplan:

Präsident Dr. Eißfeldt führt dazu aus, daß während der vergangenen drei Jahre im Generalgouvernement die dringendster Anforderungen für Holz hätten befriedigt werden können, daß die Entwicklung der Lage aber

jetzt zu ernsten Sorgen Anlaß gebe. Auf der einen Seite würden die Schwierigkeiten immer größer, während auf der anderen Seite gerade in der letzten Zeit der Holzbedarf ins Uferlose steige. Da die Ukraine waldarm sei, hänge der ganze südliche Teil der Ostfront in der Holzversorgung am Generalgouvernement. Gerade im Kriege werde vieles aus Holz gebaut, zu dem man in normalen Zeiten andere Materialien verwende.

Seit mehreren Monaten sei die gesamte Sperrholzproduktion des Generalgouvernemnets beschlagnahmt, um daraus die Winterzellen für die Ostfront herzustellen. Vor kurzer Zeit habe das Generalgouvernement zur Behebung der Schwierigkeiten der Schlammperiode lo ooo dicke Bohlen binnen 14 Tagen einschneiden müssen. Weiter sei ein Programm vorgesehen, auf Grund dessen 38o ooo Schlitten und Fahrzeuge hergestellt werden müßten.

Da an der Front wegen der Partisanengefahr keine Einschläge vorgenommen werden könnten und außerdem keine Fertigungsbetriebe vorhanden seien, müsse jede Wehrmachtsstelle auf die Bestände und die Betriebe des Generalgouvernements zurückgreifen. Eine starke Belastung erfahre die Holzsituation des Generalgouvernements durch die Luftwaffe, die für die Errichtung von Flugzeughallen und Baracken, die Auslegung der Rollfelder mit Bohlen große Mengen Holz benötige. In Warschau arbeite ein großes Propellerwerk, das das gesamte Eschenholz des Generalgouvernements und der östlichen Gebiete mit Beschlag belege. Ferner müßten 2o ooo cbm Kiefern- und Fichtenholz nach Italien geliefert werden. Weiter verschlinge das Riesenbauprogramm der Ostbahn ungeheure Holzmengen. So müßten ihr z.B. im kommenden Jahr 1,7 Millionen Stück Eisenbahnschwellen geliefert werden, deren Zahl sich voraussichtlich noch erhöhen werde.

Die Hälfte des Grubenholzes, das in Oberschlesien gebraucht werde, stamme aus Lieferungen des Generalgouvernements. Auf dem Sektor der Ernährungswirtschaft würden für den Bau von riesigen Getreidelagern ebenfalls gewaltige Holzmengen benötigt. Außerdem werde der Rohstoff Holz in zunehmendem Maße auch als Grundstoff zur Herstellung von Textilien, Papier, Pulver, Treibstoff, Traubenzucker, Futtermelasse usw.angefordert.

Auch die Durchführung der sogenannten Kupferaktion stelle an das Generalgouvernement gewaltige Anforderungen: im Reich und in den besetzten Gebieten würden nämlich sämtliche Kupferleitungen durch Eisenleitungen ersetzt; da man für den jetzigen Kupferdraht einen achtmal so starken Eisendraht verwenden müsse, ergebe sich die Notwendigkeit, die bisherigen Masten durch stärkere zu ersetzen. Zu diesem Zweck müsse die Hauptabteilung Forsten 8o ooo Holzmasten von je 16 Meter Länge und mit einem Durchmesser von 22 cm an der Spitze liefern. Weitere Anforderungen stellten die Lieferungen von Faserholz für die Zellstoff-Fabriken im Osten des Reiches. So habe man kürzlich innerhalb von 25 Tagen 6o ooo cbm dieses Faserholzes ins Reich transportiert. Aus all' diesen Aufzählungen könne man ersehen, daß die Anforderungen an die Holzwirtschaft des Generalgouvernements im ständigen Steigen begriffen sei. Es sei heute noch nicht abzusehen, welche Höhe sie im Verlaufe des nächsten Jahres erreichen würden.

Auf der anderen Seite verursachte die Holzbeschaffung immer größere Schwierigkeiten. Heute sei es nicht mehr möglich, die Holzeinschläge nach forstlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Außergewöhnliche Schwierigkeiten verursachten die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Ernährungs- und Bekleidungsfragen der Forstarbeiter und der Holztransport.

Man müsse oft den unrentablen Weg einschlagen, das Holz mit Panjewagen abzufahren. Lastzüge stünden nur in unzureichender Menge zur Verfügung. Ihr Ersatz aus dem Reich stoße auf größte Schwierigkeiten. Erst kürzlich sei ein Transport Lastkraftwagen, den die Reichsforstverwaltung für das Generalgouvernement bestimmt hatte, von der Wehrmacht beschlagnahmt und nach Frankreich geliefert worden. Leider sei auch die Zahl der Panjegespanne viel zu gering.

Alle diese Momente hätten dazu geführt, daß der Herr Generalgouverneur einen Holzbeschaffungsplan 1943, aufgestellt habe; der entsprechende Erlaß werde in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen. Darin seien alle Gesichtspunkte für eine Holzbeschaffung zusammengefaßt. Sämtliche Dienststellen der Hauptabteilung Forsten seien auf die Holzbeschaffung ausgerichtet, während sämtliche Aufforstungsarbeiten zurückgestellt worden seien.

Nach den letzten Einziehungen zur Wehrmacht verfüge die Hauptabteilung Forsten bei einer Gesamtzahl von lo ooo Forstbeamten nur über 16o Deutsche. Leider sei zu befürchten, daß von diesen noch eine größere Anzahl eingezogen werde, da fast alle Reserveoffiziere seien. Er sei deshalb gezwungen, in seiner Hauptabteilung aus allen Tätigkeiten, die keine forstliche Ausbildung erforderten, die Forstbeamten herauszuziehen und sie durch andere oder auch weibliche Kräfte zu ersetzen.

Die Zuteilungen an Holz müßten in Zukunft auf Grund einer aufzustellenden Rangliste erfolgen. Diese Maßnahme habe man bisher umgehen können. Jetzt könne man aber nur auf diese Weise den dringendsten Bedarf liefern. Weiter müsse die Schnittholzzuteilung nur noch für den Zeitraum eines Vierteljahres im Gegensatz zu bisher einem Jahr vorgenommen werden.

Er bitte alle Dienststellen, ihm bei der Zurverfügungstellung von weiblichen Angestellten, die in der Hauptabteilung Forsten als Ersatz für die frei zu machenden Forstbeamten benötigt würden, behilflich zu sein. Zu diesem Zweck stehe er mit der Hauptabteilung Arbeit in dauernder Verbindung. Auch müsse er in der Erlangung der notwendigen Lebensmittel, Kleider und Schuhe für die Forstarbeiter unterstützt werden. In den Karpaten z.B. würden die Waldarbeiter die ganze Woche im Wald verbringen; das könne man aber nicht verlangen, wenn sie nicht warm gekleidet seien und keine Lebensmittel zum Mitnehmen hätten.

Auf dem Transportsektor sei es notwendig, daß alle Gespanne, die irgendwie zur Verfügung seien, für die Holzbeförderung herangezogen werden könnten. Durch eine schärfere Differenzierung ließen sich noch ungeheure Reserven herausholen. Er habe festgestellt, daß z.B., wenn die Frühjahrsbestellung angeordnet werde, die Panjes sich vor der Holzabfuhr drückten und länger als notwendig der Arbeit fern blieben. Man müsse da eine schärfere Überwachung und Einteilung vornehmen.

Präsident Dr. Eißfeldt richtet dann noch Bitten um Unterstützung an die Abteilung Straßenverkehr zwecks Erlangung von weiteren Lastzügen und Treibstoff, an die Ostbahn, an die Hauptabteilung Wirtschaft zwecks Versorgung der bäuerlichen Gespanne mit Leder, Eisen, Hafer usw..

Im Holzbeschaffungsplan 1943 spiele die Intensivierung der Forstwirtschaft des Distrikts Galizien eine besondere Rolle. Dieser Distrikt sei erst zwei Jahre später zum Generalgouvernement gestoßen. Die sowjetischen Zerstörungen und die große Hochwasserkatastrophe im August 1941 hätten hier große Vorarbeiten wie z.B. die Errichtung von 32o Brücken notwendig

gemacht. Auch das rollende Material auf den Waldbahnen sei von den Russen verschleppt worden und habe allmählich ersetzt werden müssen. Nunmehr müsse ~~aus~~ dieser Distrikt, der 2/5 der Waldfläche des Generalgouvernements in seinen Grenzen beherberge, in erhöhtem Maße für die Holzbeschaffung herangezogen werden. Dazu sei die Erhöhung des Personals notwendig. Er sei gezwungen, aus den anderen Distrikten Arbeitskräfte abzuziehen und in Galizien einzusetzen. Die Bereitstellung von Lastkraftwagen und Treibstoff für Galizien sei besonders dringend.

Alle mitbeteiligten Stellen müßten mithelfen, die ungeheuren Schwierigkeiten zu meistern, da dies mit den Mitteln der Forstwirtschaft allein nicht möglich ist. Insbesondere bitte er allen notwendig werdenden Kürzungen in der Holzbelieferung Verständnis entgegenzubringen. Besonders müsse auch darauf geachtet werden, daß mit dem Holz nach Menge und Güte vorsichtig umgegangen werde, daß also nicht besseres Holz als unbedingt notwendig angefordert werde. Die ganze Holzbewirtschaftung werde auch durch Anlegung zu großer Holzreserven bei den einzelnen Bedarfsträgern gestört. Holz, das von einer Dienststelle im Moment nicht gebraucht werde, könne anderweitig große Schwierigkeiten beseitigen helfen.

Gouverneur Dr. Wächter weist noch darauf hin, daß die Forstwirtschaft im Distrikt Galizien besonders darunter leidet, daß die Arbeitsleistungen des unteren Personals minderwertig sei. Zur Russenzeit sei im Distrikt Galizien nur polnisches Personal tätig gewesen, das die Sowjets bei ihrem Abzug mitgeschleppt hätten.

Präsident Dr. Eißfeldt erklärt dazu, daß man im Distrikt Galizien kein ukrainisches Forstpersonal vorgefunden habe. Bei der Übernahme sei versucht worden, polnische Beamte einzusetzen; dieses Vorgehen habe aber die Ukrainer gekränkt.

Sie hätten dann die polnischen Beamten angeschwärzt und die darauf-hin erfolgten Verhaftungen hätten große Lücken in den Personalstand gerissen. Man habe deshalb viel ungeschultes Personal einsetzen müssen. Er sei ständig dabei, hier Abhilfe zu schaffen. -

Gouverneur Kundt bringt zum Schluß folgenden Punkt zur Sprache: vor einigen Tagen sei vom Herrn Generalgouverneur ein Erlaß herausgegeben worden, demzufolge sämtliche Erlässe der Gouverneure vor ihrer Herausgabe der Genehmigung des Amtes für Gesetzgebung bedürfen. Diese Übung bedeute eine kolossale Erschwerung des Arbeitsganges.

Der Herr Generalgouverneur überträgt die Untersuchung und Entscheidung dieser Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär der Regierung.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 2o Minuten.

END OF

VOL. # 24

R. 7.

END OF

VOL. # 24

R. 7.

END OF

VOL. # 24

R. 7.